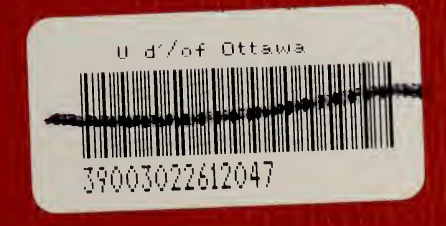

U d'/of Ottawa
39003022612047

9-13-66





NOUVEAU

RECUEIL GÉNÉRAL

DE

TRAITÉS

ET

AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS
DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL

DE

G. FR. DE MARTENS

PAR

Heinrich Triepel

TROISIÈME SÉRIE.

TOME X.



Unveränderter Neudruck der Ausgabe Leipzig 1920

SCIENTIA VERLAG

Aalen 1960



NOUVEAU

RECUEIL GÉNÉRAL

DE

TRAITÉS

ET

AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS
DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL

DE

G. FR. DE MARTENS

PAR

Heinrich Triepel

TROISIÈME SÉRIE.

TOME X.

PREMIÈRE LIVRAISON.



Unveränderter Neudruck der Ausgabe Leipzig 1920

SCIENTIA VERLAG

Aalen 1960

1.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE.

Traité d'alliance; signé à Vienne, le 7 octobre 1879,*) précédé d'un Protocole et d'un Memorandum, signés à Vienne, le 24 septembre 1879.**)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 3.

1.

Protokoll.

Die Unterzeichneten, Graf Andrássy, Minister des kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten von Oesterreich-Ungarn, und Fürst von Bismarck, Kanzler des Deutschen Reiches, sind zu Wien am 24. September 1879 zu einer Berathung darüber zusammengetreten, was ihrer gewissenhaften Ueberzeugung nach unter den gegenwärtigen Verhältnissen Europas ihren hohen Souveränen zur Sicherheit und Ruhe ihrer Völker und zur Erhaltung und Consolidirung des europäischen Friedens vorzukehren und zu thun obliegen möchte.

Der Kanzler des Deutschen Reiches hat sich bei diesem Anlasse seitens S. M. des deutschen Kaisers zu dem Vorschlag einer Verabredung für ermächtigt erklärt, vermöge deren beide Mächte sich gegenseitig versprechen, auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Russland einzutreten, in dem Falle aber, dass eine von ihnen von einer oder mehreren Mächten angegriffen werden sollte, diesen Angriff gemeinsam abzuwehren,

Graf Andrássy hat sich mit dem diesem Vorschlage zu Grunde liegenden Gedanken einverstanden erklärt, dagegen wider den Abschluss eines Uebereinkommens in der vom deutschen Reichskanzler vorgeschlagenen Form und Ausdehnung Bedenken geltend gemacht, über welche hinauszugehen ihm nicht möglich wäre und die es ihm nicht gestatten würden, seinem allerhöchsten Souverän die Annahme des gemachten Vorschlages in der erwähnten Fassung zu empfehlen.

---

*) La publication officielle du Traité, ayant eu lieu le 3 février 1888 (v. N. R. G. 2. s. XV, p. 477), ne comprenait que les articles I, II et IV.

**) L'échange des ratifications du Traité d'alliance a eu lieu à Vienne, le 21 octobre 1879.

Nachdem Graf Andrássy seine Bedenken auch in Folge des hierüber eingehend gepflogenen Meinungsaustausches nicht überwinden zu können erklärte, hat er seinerseits einen Vorschlag gemacht, welcher den Grundgedanken eines ebenfalls rein defensiven Uebereinkommens in anderer Form präcisirte und für dessen Annahme und getreue Durchführung einzutreten er sich anheischig machte.

Fürst von Bismarck erklärte nach reiflicher Prüfung dieses Vorschlages, dass ihn die Instruktionen, in deren Besitz er sich befinde, zu dermaligem bindenden Abschluss eines Uebereinkommens auf dieser Basis nicht ermächtigen, dass er aber bereit sei, auf der vom Grafen Andrássy proponierten Grundlage weiter zu verhandeln, um eine Fassung zu finden, welche den Grundgedanken und die praktischen Zwecke seines ursprünglichen Vorschlages in einer für beide Theile annehmbaren Form verwirklichen würde.

Die Unterzeichneten sind hiernach im Verfolge eingehender Unterhandlung in dem beigeschlossenen Entwurfe eines Uebereinkommens einig geworden, welchen sie ihren hohen Souveränen zu unterbreiten und allerhöchstdenselben ihrer Ueberzeugung gemäss zur allergnädigsten Gutheissung zu empfehlen übernehmen.

Urkund dessen haben beide ihre Unterschrift diesem Protokolle beigefügt.

Geschehen zu Wien, am 24. September 1879.

(L. S.) *Andrássy.*
(L. S.) *v. Bismarck.*

2.

Memorandum.

Der österreichisch-ungarische Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Kanzler des Deutschen Reiches haben anlässlich ihrer Zusammenkunft in Wien darüber berathen, was ihren hohen Souveränen unter den gegenwärtigen europäischen Verhältnissen zum Besten ihrer Reiche und zur Consolidirung des europäischen Friedens zu thun obliegen möchte.

Die beiden Regierungen halten fest an dem Gedanken, dass die Erhaltung und Consolidirung des europäischen Friedens der Hauptzweck ihrer Politik sein muss.

Sie sind entschlossen, sich durch ephemere Divergenzen mit andern Mächten hierin nicht beirren zu lassen und bleiben der Ueberzeugung, dass auch etwa noch vorhandene Interessen-Unterschiede den höheren Rücksichten des Weltfriedens untergeordnet werden müssen.

Diesen Zweck glauben die Regierungen am besten zu erreichen, wenn sie einander wiederholt versprechen, an den Abmachungen des Berliner Congresses getreu festzuhalten.

Um jedoch jeder Complication in Ausführung dieses Vertrages vorzubeugen, werden die beiden Cabinete betreffs aller noch nicht ausgeführten

Punkte des Berliner Vertrages sich ihre freundschaftlichen Gesinnungen gegen Russland vor Augen halten. Ohne auf die Selbständigkeit ihres Vorgehens auf diplomatischem Felde zu verzichten oder Russland einen solchen Verzicht zuzumuthen, werden die beiden Regierungen in jenen Fragen des Berliner Friedens, in welchen bisher eine Verständigung zwischen Russland und den übrigen Mächten nicht hat erzielt werden können, in versöhnlichem Sinne wirken.

Beide Regierungen begegnen sich in der Anschauung (— und hoffen, dass dieselbe auch von Russland geteilt wird —), dass keine der noch unerledigten Fragen des Berliner Friedens wichtig genug erscheint, um zu einem gewaltsamen Vorgehen oder casus belli zwischen einzelnen Mächten Anlass zu geben.

Die beiden Regierungen ihrerseits bekunden es als ihren übereinstimmenden Vorsatz, dass keine von beiden aus den über einzelne Punkte des Berliner Vertrages noch schwebenden Divergenzen Anlass nehmen werde, um das russische Reich ihrerseits oder in Verbindung mit anderen Mächten anzugreifen oder zu bedrohen. Beide Cabinete gehen hiebei von der Voraussetzung aus, dass auch die russische Regierung sich von den gleichen Absichten leiten lasse.

In Bethätigung ihrer gegenseitigen freundschaftlichen Gesinnungen beabsichtigen die beiden Cabinete ferner die wohlthätigen Folgen ihrer innigen Beziehungen den Völkern der beiden Reiche durch die besondere Pflege ihrer nachbarlichen Verkehrsverhältnisse sowie durch den Abschluss neuer Handelsverträge zu Gute kommen zu lassen, indem sie, unabhängig davon ob der jetzt zwischen ihnen bestehende Meistbegünstigungsvertrag verlängert werden wird oder nicht, schon jetzt Verhandlungen über weitere Tarifs- und Verkehrserleichterungen in Aussicht nehmen.

Sie beabsichtigen in diesem Sinne Bevollmächtigte zeitig genug zusammentreten zu lassen, damit das Ergebniss ihrer Verhandlungen den beiderseitigen Legislativen schon im nächsten Jahre vorgelegt werden könne.

Geschehen zu Wien, am 24. September 1879.

(L. S.) *Andrássy.*
(L. S.) *v. Bismarck.*

3.

In Erwägung, dass I. I. Majestäten, der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, und der deutsche Kaiser, König von Preussen, es als ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit ihrer Reiche und die Ruhe ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen,

in Erwägung, dass beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen,

in Erwägung schliesslich, dass ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu consolidiren,

haben I. I. Majestäten, der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, und der Kaiser von Deutschland, indem sie einander feierlich versprechen, dass sie ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Vertheidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben allerhöchstdieselben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

S. M. der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, allerhöchst ihren wirklich geheimen Rath, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeussern, Feldmarschall-Lieutenant Julius Grafen Andrássy von Csik-Szent-Király und Kraszna-Horka etc. etc.,

S. M. der Deutsche Kaiser allerhöchst ihren ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, General-Lieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuss etc. etc.,

welche sich zu Wien am heutigen Tage vereiniget haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt:

Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Contrahenten eines der beiden Reiche von Seite Russlands angegriffen werden, so sind die hohen Contrahenten verpflichtet, einander mit der gesammten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und demgemäss den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schliessen.

Artikel II.

Würde einer der hohen contrahirenden Theile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiemit der andere hohe Contrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den hohen Mitcontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Russlands, sei es in Form einer aktiven Cooperation, sei es durch militärische Massnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft und die Kriegführung der beiden hohen Contrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluss.

Artikel III.

Die Dauer dieses Vertrages wird vorläufig auf fünf Jahre vom Tage der Ratifikation festgesetzt. Ein Jahr vor Ablauf dieses Termines werden

die beiden hohen Contrahenten über die Frage, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten, in Verhandlung treten und über die weitere Dauer oder eventuelle Abänderung einzelner Modalitäten übereinkommen. Wenn im Verlaufe des ersten Monates des letzten Vertragsjahres die Einladung zur Eröffnung dieser Verhandlungen von keiner Seite erfolgt ist, so gilt der Vertrag als für die weitere Dauer von drei Jahren erneuert.

Artikel IV.

Dieser Vertrag soll, in Gemässheit seines friedlichen Charakters und um jede Missdeutung auszuschliessen, von beiden hohen Contrahenten geheimgehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Theile und nach Massgabe specieller Einigung mitgetheilt werden.

Beide hohe Contrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, dass die Rüstungen Russlands sich als bedrohlich für sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mittheilung für jetzt keinen Anlass; sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrthümliche erweisen, so würden die beiden hohen Contrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, dass sie einen Angriff auf einen von ihnen als gegen beide gerichtet betrachten müssten.

Artikel V.

Dieser Vertrag wird seine Giltigkeit durch die Genehmigung der beiden hohen Souveräne erhalten und nach erfolgter Genehmigung von allerhöchstdenselben innerhalb vierzehn Tagen ratifizirt werden.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu Wien, am 7. October 1879.

(L. S.) *Andrássy.*

(L. S.) *H. VII. von Reüss.*

2.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE.

Déclarations ministérielles en vue de confirmer le Traité d'alliance du 7 octobre 1879;*) signées à Berlin, le 18 mai et à Vienne, le 21 mai 1881.**)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 9.

Ministerial-Erklärung.

Im Hinblick auf Verhandlungen, welche zwischen S. M. dem Deutschen Kaiser, Könige von Preussen, S. M. dem Kaiser von Oesterreich, Könige von Ungarn, und S. M. dem Kaiser aller Reussen über ein Abkommen zur Sicherung der Defensivstellung ihrer Staaten geführt werden, und zur Klarstellung des Verhältnisses, welches zwischen dem bezeichneten Abkommen, wenn dasselbe abgeschlossen ist, und dem zu Wien am 7. Oktober 1879 unterzeichneten und am 21. desselben Monats ratifizirten Defensivbündniss zwischen I. I. Majestäten, dem deutschen Kaiser und S. apostolischen M., bestehen wird, haben die kaiserlich deutsche und die kaiserliche und königliche oesterreichisch-ungarische Regierung die Uebereinstimmung ihrer Auffassung und Willensmeinung darüber constatirt,

dass das in Aussicht genommene Abkommen zu Drei ihrem Allianzvertrage vom 7. Oktober 1879 in keinem Falle derogiren kann; der letzere vielmehr, wie wenn das erstere nicht existirte, gemäss seinem Inhalte und den Intentionen der beiden vertragschliessenden Mächte bindend bleibt und erfüllt werden wird;

dass der Vertrag vom 7. Oktober 1879 daher massgebend bleibt für das Verhalten beider Mächte, ohne durch den beabsichtigten neuen Vertrag mit Russland in irgend einem Punkte eine Einschränkung oder Aenderung zu erleiden.

Zur Urkund dessen ist gegenwärtige Ministerial-Erklärung, welche ebenso wie es in Artikel IV des Vertrages vom 7. Oktober 1879 vorgesehen ist, geheim gehalten werden soll, ausgefertigt worden, um gegen eine gleichlautende Erklärung des kaiserlichen und königlichen oesterreichisch-ungarischen Ministeriums des Aeussern ausgewechselt zu werden.

Berlin, den 18ten Mai 1881.

Der Reichskanzler

(L. S.) *v. Bismarck.*[1])

---

*) V. ci-dessus No. 1, p. 3.

**) Nous ne reproduisons que la Déclaration allemande.

1) La déclaration austro-hongroise porte la signature: „Der Minister des kais. Hauses und des Aeussern: Freiherr von Haymerle.“

3.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, RUSSIE.

Traité en vue d'assurer, par une Entente, la position défensive des Etats respectifs; signé à Berlin, le 18 juin 1881, suivi d'un Protocole additionnel, signé à la date du même jour et d'un Protocole explicatif, signé à Berlin, le 27 juin 1881.*)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 11.

1.

Les cours d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne et de Russie, animées d'un égal désir de consolider la paix générale par une entente destinée à assurer la position défensive de leurs états respectifs, sont tombées d'accord sur certaines questions qui touchent plus spécialement à leurs intérêts réciproques.

Dans ce but les trois cours ont nommé:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, le sieur Eméric Comte Széchényi, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, le sieur Othon Prince de Bismarck, son président du conseil des ministres de Prusse, chancelier de l'Empire,

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, le sieur Pierre de Sabouroff, conseiller privé, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

lesquels munis de pleins-pouvoirs qui ont été trouvés en bonne et due forme sont convenus des articles suivants:

Article I.

Dans le cas où l'une des hautes parties contractantes se trouverait en guerre avec une quatrième grande puissance, les deux autres maintiendront à son égard une neutralité bienveillante et voueront leurs soins à la localisation du conflit.

Cette stipulation s'appliquera également à une guerre entre l'une des trois puissances et la Turquie, mais seulement dans le cas où un accord préalable aura été établi entre les trois cours sur les résultats de cette guerre.

Pour le cas spécial où l'une d'elles obtiendrait de l'un de ses deux alliés un concours plus positif, la valeur obligatoire du présent article restera dans toute sa vigueur pour la troisième.

---

*) Les ratifications du Traité et du Protocole y annexé ont été échangées à Berlin, le 27 juin 1881.

Article II.

La Russie, d'accord avec l'Allemagne, déclare sa ferme résolution de respecter les intérêts qui découlent de la nouvelle position assurée à l'Autriche-Hongrie par le traité de Berlin*).

Les trois cours, désireuses d'éviter tout désaccord entre elles, s'engagent à tenir compte de leurs intérêts respectifs dans la péninsule des Balcans. Elles se promettent de plus que de nouvelles modifications dans le statu quo territorial de la Turquie d'Europe ne pourront s'accomplir qu'en vertu d'un commun accord entre elles.

Afin de faciliter l'accord prévu par le présent article, accord dont il est impossible de prévoir d'avance toutes les modalités, les trois cours constatent dès à présent dans le protocole annexé à ce traité les points sur lesquels une entente a déjà été établie en principe.

Article III.

Les trois cours reconnaissent le caractère européen et mutuellement obligatoire du principe de la fermeture des détroits du Bosphore et des Dardanelles, fondé sur le droit des gens, confirmé par les traités et résumé par la déclaration du second plénipotentiaire de Russie à la séance du 12 juillet du congrès de Berlin (protocole 19)**).

Elles veilleront en commun à ce que la Turquie ne fasse pas d'exception à cette règle en faveur des intérêts d'un gouvernement quelconque, en prêtant à des opérations guerrières d'une puissance belligérante la partie de son empire que forment les détroits.

En cas d'infraction, ou pour la prévenir si une pareille infraction était à prévoir, les trois cours avertiront la Turquie qu'elles la considéreraient, le cas échéant, comme s'étant mise en état de guerre vis-à-vis de la partie lésée, et comme s'étant privée dès lors des bénéfices de sécurité, assurés par le traité de Berlin à son statu quo territorial.

Article IV.

Le présent traité sera en vigueur pendant l'espace de trois ans à dater du jour de l'échange des ratifications.

Article V.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu et sur l'existence du présent traité aussi bien que du protocole y annexé.

Article VI.

Les conventions secrètes conclues entre l'Autriche-Hongrie et la Russie et entre l'Allemagne et la Russie en 1873 sont remplacées par le présent traité.

---

*) Traité de Berlin, signé le 13 juillet 1878. V. N. R. G. 2. s. III, p. 449.

**) V. ibid. p. 446.

Article VII.

Les ratifications du présent traité et du protocole y annexé seront échangées à Berlin dans l'espace de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le dix-huitième jour du mois de juin mil huit cent quatre-vingt et un.

(L. S.) *Széchényi.*
(L. S.) *v. Bismarck.*
(L. S.) *Sabouroff.*

2.

Les soussignés plénipotentiaires de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi apostolique de Hongrie,

S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et

S. M. l'Empereur de toutes les Russies,

ayant constaté conformément à l'article II du traité secret conclu aujourd'hui les points touchant les intérêts des trois cours d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne et de Russie dans la péninsule des Balcans sur lesquels une entente a déjà été établie entre elles sont convenus du protocole suivant:

1. Bosnie et Herzégowine.

L'Autriche-Hongrie se réserve de s'annexer ces deux provinces au moment qu'elle jugera opportun.

2. Sandjak de Novibazar.

La déclaration échangée entre les plénipotentiaires austro-hongrois et les plénipotentiaires russes au congrès de Berlin en date du 13/1 juillet 1878 reste en vigueur.

3. Roumélie Orientale.

Les trois puissances sont d'accord pour envisager l'éventualité d'une occupation soit de la Roumélie Orientale soit des Balcans comme pleine de périls pour la paix générale. Le cas échéant elles emploieront leurs efforts pour détourner la Porte d'une pareille entreprise, bien entendu que la Bulgarie et la Roumélie Orientale devront de leur côté s'abstenir de provoquer la Porte par des attaques partant de leurs territoires contre les autres provinces de l'empire ottoman.

4. Bulgarie.

Les trois puissances ne s'opposeront pas à la réunion éventuelle de la Bulgarie et de la Roumélie Orientale dans les limites territoriales qui leur sont assignées par le traité de Berlin, si cette question venait à surgir par la force des choses. Elles sont d'accord pour détourner les Bulgares de toute agression contre les provinces voisines, nommément la Macédoine et pour leur déclarer qu'en pareil cas ils agiraient à leurs risques et périls.

5. Attitude des agents en Orient.

Afin d'éviter des froissements d'intérêts dans les questions locales qui peuvent surgir, les trois cours muniront leurs représentants et agents en Orient d'une instruction générale pour leur prescrire de s'efforcer à aplanir leurs divergences par des explications amicales entre eux dans chaque cas spécial et pour les cas où ils n'y parviendraient pas d'en référer à leurs gouvernements.

6.

Le présent protocole fait partie intégrante du traité secret signé en ce jour à Berlin et aura même force et valeur.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Berlin, le 18 juin 1881.

(L. S.) *Széchényi.*
(L. S.) *v. Bismarck.*
(L. S.) *Sabouroff.*

3.

Pour préciser davantage le paragraphe 5 du protocole annexé au traité secret du 18 juin 1881, les soussignés plénipotentiaires de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de S. M. l'Empereur de toutes les Russies déclarent que les „questions locales“ mentionnées dans le dit paragraphe ne comprennent pas les affaires intéressant spécialement et exclusivement soit l'Autriche-Hongrie soit la Russie, telles que la protection des nationaux respectifs, les questions commerciales, réclamations, droits découlant des traités etc.

Il est entendu que le concours amical, sans être obligatoire, pourra être demandé et accordé mutuellement par les agents des deux états aussi dans les questions qui ne tombent pas sous le paragraphe 5 du protocole

Berlin, le 27 juin 1881.

Széchényi.
Sabouroff.

4.

AUTRICHE-HONGRIE, SERBIE.

Traité d'amitié et d'alliance; signé à Belgrade, le 28/16 juin 1881, suivi d'une Lettre du 12/24 octobre 1881 et d'une Déclaration explicative, signée à Vienne, le 30/18 octobre 1881 et à Belgrade, le 25/13 octobre 1881.*)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 18.

1.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et

S. A. le Prince de Serbie, animés du désir de maintenir la paix en Orient et de garantir les relations de parfaite amitié qui existent entre leurs gouvernements contre toutes les éventualités, ont résolu de conclure à cette fin un traité et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. Impériale et Royale Apostolique:

le sieur Gabriel baron de Herbert-Rathkeal, son chambellan, ministre-résident en Serbie etc.,

S. A. le Prince de Serbie:

le sieur Chédomille Mijatovich, son ministre des affaires étrangères etc. etc.

lesquels après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Il y aura paix et amitié constantes entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie. Les deux gouvernements s'engagent à suivre mutuellement une politique amicale.

Article II.

La Serbie ne tolérera point des menées politiques, religieuses ou autres qui, prenant son territoire pour point de départ, se dirigeraient contre la monarchie austro-hongroise, y compris la Bosnie, l'Herzégovine et le sandjak de Novibazar.

L'Autriche-Hongrie assume la même obligation à l'égard de la Serbie et de sa dynastie dont elle appuiera le maintien et le raffermissement par toute son influence.

Article III.

Si le Prince de Serbie jugeait nécessaire, dans l'intérêt de sa dynastie et de son pays, de prendre pour sa personne et ses descendants le titre

*) Les ratifications du Traité ont été échangées à Belgrade, le 29 juin 11 juillet 1881.

de Roi, l'Autriche-Hongrie reconnaîtra ce titre aussitôt que la proclamation en aura été faite dans les formes légales, et usera de son influence pour en obtenir la reconnaissance de la part des autres puissances.

Article IV.

L'Autriche-Hongrie s'emploiera pour seconder les intérêts de la Serbie auprès des autres cabinets européens.

A moins d'une entente préalable avec l'Autriche-Hongrie la Serbie ne négociera ni ne conclura de traité politique avec un autre gouvernement et n'admettra pas sur son territoire une force armée étrangère, soit régulière soit irrégulière, même à titre de volontaires.

Article V.

Si l'Autriche-Hongrie était menacée d'une guerre ou se trouvait en guerre avec une ou plusieurs autres puissances, la Serbie observera vis-à-vis de la monarchie austro-hongroise, y compris la Bosnie, l'Herzégovine et le sandjak de Novibazar, une neutralité amicale et lui accordera conformément à leur étroite amitié et à l'esprit de ce traité toutes les facilités possibles.

L'Autriche-Hongrie assume la même obligation vis-à-vis de la Serbie dans le cas où celle-ci serait menacée d'une guerre ou se trouverait en guerre.

Article VI.

Pour le cas, où une coopération militaire serait considérée nécessaire par les deux parties contractantes, les questions touchant cette coopération, notamment celles du commandement supérieur et du passage éventuel des troupes par les territoires respectifs, seront réglées par une convention militaire.

Article VII.

Si, par suite d'un concours d'événements dont le développement n'est pas à prévoir aujourd'hui la Serbie était en mesure de faire des acquisitions territoriales dans la direction de ses frontières méridionales (à l'exception du sandjak de Novibazar) l'Autriche-Hongrie ne s'y opposera pas et s'emploiera auprès des autres puissances afin de les gagner à une attitude favorable pour la Serbie.

Article VIII.

Le présent traité restera en vigueur pour la durée de dix ans à partir du jour de l'échange des ratifications. Six mois avant son expiration les parties contractantes se concerteront, s'il y a lieu, sur sa prolongation ou sur les modifications que les circonstances du moment pourraient rendre désirables.

Article IX.

Les parties contractantes s'engagent à tenir secret le présent traité et à n'en communiquer, sans une entente préalable, à un autre gouvernement ni l'existence ni la teneur.

Article X.

Les ratifications du présent traité seront échangées à Belgrade dans un délai de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et l'ont revêtu du cachet de leurs armes.

Fait à Belgrade, en double expédition, le vingt-huit/seize juin de l'an 1881.

(L. S.) *Baron de Herbert.*
(L. S.) *Ch. Mijatovich.*

2.

A. S. Exc. le gérant du ministère impérial et royal des affaires étrangères, Benjamin de Kállay, à Vienne.

Excellence,

Je m'empresse d'accuser réception à Votre Excellence de la lettre qu'elle a bien voulu m'adresser par l'entremise de la légation impériale et royale à Belgrade, en date du 17 courant et en réponse à celle que j'avais écrite le 20 septembre/2 octobre au ministre éclairé et si sympathique pour la Serbie, dont nous avons deploré avec vous la perte.

C'est pour moi plus qu'un devoir, c'est une véritable dette de cœur que de venir aujourd'hui exprimer à Votre Excellence ma plus sincère gratitude pour la preuve d'amitié qu'elle me témoigne en se déclarant, à titre de gérant du ministère impérial et royal des affaires étrangères, prête à accepter les propositions que j'avais faites à feu le baron Haymerle.

Tout en lui ayant exposé franchement et loyalement les motifs de ma démarche, tout en tenant un langage que ne saurait avoir que celui qui considère comme une question d'honneur de développer les relations d'entente cordiale avec la monarchie voisine qui a la ferme et inébranlable volonté de suivre systématiquement cette politique salutaire pour la Serbie, je me demandais si mes explications étaient suffisament claires pour présenter à qui de droit la situation sous son véritable jour pour faire comprendre les réelles difficultés que j'avais à surmonter et les raisons puissantes qui avaient dicté ma conduite.

Je me sentais d'autant plus embarrassé qu'il s'agissait d'un acte qui avait reçu une auguste sanction et qui à ce titre déjà ne pouvait être l'objet d'une discussion quelconque. Mes sentiments de profond respect et d'invariable attachement vis-à-vis de la personne de S. M. l'empereur n'auraient pu me permettre de tolérer un instant cette éventualité, de même que le souci de ma propre dignité me commandait impérieusement de bien établir d'un côté que M. Pirotchianatz n'était investi par moi d'aucune mission officielle, que loin d'approuver je condamnais ses scrupules, et de l'autre côté que mes propositions avaient tout au plus en vue de demander au gouvernement impérial et royal un sacrifice dans la forme et nullement dans le fond.

La réponse de Votre Excellence est à mes yeux une preuve précieuse de la confiance qu'elle a bien voulu placer en ce que j'avais tâché d'expliquer nettement et de déclarer non moins catégoriquement.

Je ne saurais que l'en remercier de tout cœur et l'assurer en même temps que tous mes efforts à l'avenir tendront à donner à l'Autriche-Hongrie des gages constants de la sincérité de ma politique à son égard ainsi que du prix énorme que j'attache à voir nos deux pays qui ont tant d'intérêts communs étroitement liés l'un à l'autre.

Ce but sera d'autant plus facile à poursuivre pour moi, que la solution que m'a si gracieusement offerte Votre Excellence pour mettre fin aux difficultés pendantes me permet de conserver au pouvoir les hommes que je désirais y maintenir non seulement à cause de leur programme politique intérieur, mais surtout et avant tout parcequ'ils pourront et — j'en suis convaincu — voudront aussi être pour moi des auxiliaires précieux dans la politique que je tiens à observer scrupuleusement vis-à-vis de la monarchie voisine et qui découle des engagements solemnels que j'ai contractés à son égard.

Ayant vivement à cœur de prouver dès les premiers pas que je fais dans la voie que j'ai de mon propre gré choisie combien je tiens à la fidèle exécution de mes promesses, je viens, Excellence, par la présente prendre l'engagement formel sur mon honneur et en ma qualité de prince de Serbie, de ne point entrer dans quelque négociation que ce soit relative à un traité politique quelconque entre la Serbie et un tiers état sans communication et consentement préalable de l'Autriche-Hongrie.

Je prie Votre Excellence de considérer le présent engagement comme ayant un caractère tout à fait officiel vis-à-vis du gouvernement de S. M. impériale et royale apostolique.

Je saisis avec plaisir cette occasion pour offrir à Votre Excellence les assurances de ma parfaite considération et de ma sincère reconnaissance.

Belgrad le 12/24 octobre 1881.

M. M. Obrénovitsch
prince de Serbie.

3.

Déclaration.

Des doutes s'étant élevés sur le sens et la portée du passage suivant de l'article IV du traité secret conclu entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie en date du 28/16 juin 1881, savoir:

„A moins d'une entente préalable avec l'Autriche-Hongrie la Serbie ne négociera ni ne conclura de traité politique avec un autre gouvernement“,

les soussignés sont tombés d'accord de préciser par la présente déclaration la portée de la disposition précitée:

L'Autriche-Hongrie, d'une part, étant animée du désir de voir sauvegardée l'indépendance de la Serbie et de favoriser son développement;

et la Serbie, d'autre part, étant fermement décidée de suivre une politique franchement amicale à l'égard de l'Autriche-Hongrie et d'éviter tout ce qui pourrait léser les intérêts légitimes de cette dernière puissance;

les soussignés déclarent par la présente que la disposition susdite de l'article IV ne saurait porter atteinte au droit de la Serbie de négocier et de conclure des traités, même politiques, avec un autre gouvernement. Elle n'implique pour la Serbie d'autre engagement que celui de ne pas négocier et de ne pas conclure de traité politique qui serait contraire à l'esprit et à la teneur du dit traité secret.

En foi de quoi la présente déclaration a été délivrée en double exemplaire et signée à Vienne en date du 30/18 octobre 1881 par le gérant du ministère impérial et royal des affaires étrangères pour l'Autriche-Hongrie, et à Belgrade le 25/13 octobre 1881 par le ministre princier des affaires étrangères pour la Serbie.

(L. S.) *Benjamin de Kállay.*
(L. S.) *M. Pirotchanaz.*

5.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, ITALIE.

Traité d'alliance; signé à Vienne, le 20 mai 1882, suivi de plusieurs Déclarations, signées le 22 et le 28 mai 1882.*)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I. p. 24.

1.

L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse et le Roi d'Italie, animées du désir d'augmenter les garanties de la paix générale, de fortifier le principe monarchique et d'assurer par cela-même le maintien intact de l'ordre social et politique dans leurs états respectifs, sont tombées d'accord de conclure un traité qui, par sa nature essentiellement conservatrice et défensive, ne poursuit que le but de les prémunir contre les dangers qui pourraient menacer la sécurité de leurs états et le repos de l'Europe.

A cet effet L. L. M. M. ont nommé, savoir S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie

le Comte Gustave Kálnoky, général, son ministre de la maison impériale et des affaires étrangères;

*) Les ratifications du Traité ont été échangées à Vienne, le 30 mai 1882.

S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

le Prince Henri VII de Reuss, aide-de-camp général, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. Impériale et Royale Apostolique,

S. M. le Roi d'Italie

le Comte Charles-Félix Nicolis de Robilant, lieutenant-général, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. Impériale et Royale Apostolique,

lesquels, munis de pleins-pouvoirs qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs états.

Elles s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter et se promettent en outre leur appui mutuel dans la limite de leurs propres intérêts.

Article II.

Dans le cas où l'Italie, sans provocation directe de sa part, serait attaquée par la France pour quelque motif que ce soit, les deux autres parties contractantes seront tenues à prêter à la partie attaquée secours et assistance avec toutes leurs forces.

Cette même obligation incombera à l'Italie dans le cas d'une agression non directement provoquée de la France contre l'Allemagne.

Article III.

Si une ou deux des hautes parties contractantes, sans provocation directe de leur part, venaient à être attaquées et à se trouver engagées dans une guerre avec deux ou plusieurs grandes puissances non-signataires du présent traité, le „casus foederis" se présentera simultanément pour toutes les hautes parties contractantes.

Article IV.

Dans le cas où une grande puissance non-signataire du présent traité menacerait la sécurité des états de l'une des hautes parties contractantes et la partie menacée se verrait par là forcée de lui faire la guerre, les deux autres s'obligent à observer à l'égard de leur allié une neutralité bienveillante. Chacune se réserve dans ce cas la faculté de prendre part à la guerre, si elle le jugeait à-propos pour faire cause commune avec son allié.

Article V.

Si la paix de l'une des hautes parties contractantes venait à être menacée dans les circonstances prévues par les articles précédents, les hautes parties contractantes se concerteront en temps utile sur les mesures militaires à prendre en vue d'une coopération éventuelle.

Elles s'engagent dès à-présent, dans tous les cas de participation commune à une guerre, à ne conclure ni armistice, ni paix, ni traité que d'un commun accord entr'elles.

Article VI.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu et sur l'existence du présent traité.

Article VII.

Le présent traité restera en vigueur durant l'espace de cinq ans à partir du jour de l'échange des ratifications.

Article VIII.

Les ratifications du présent traité seront échangées à Vienne dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Vienne, le vingtième jour du mois de mai de l'an mil huit cent quatre-vingt-deux.

(L. S.) *Kálnoky.*
(L. S.) *H. VII de Reuss.*
(L. S.) *C. Robilant.*

2.

Déclaration ministérielle.

Le Gouvernement Royal italien déclare que les stipulations du traité secret conclu le 20 mai 1882 entre l'Italie, l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne ne pourront, comme il l'a été préalablement convenu, en aucun cas être envisagées comme étant dirigées contre l'Angleterre.

En foi de quoi la présente déclaration ministérielle qui devra également rester secrète a été dressée pour être échangée contre des déclarations identiques du Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie et du Gouvernement Impérial d'Allemagne.

Rome, le 22 mai 1882.

Le ministre royal des affaires étrangères.
(L. S.) *Mancini.*

3.

Déclaration ministérielle.

Le Gouvernement I. et R. déclare que les stipulations du traité secret conclu le 20 mai 1882 entre l'Autriche-Hongrie, l'Allemagne et l'Italie ne pourront — comme il a été préalablement convenu — en aucun cas être envisagées comme étant dirigées contre l'Angleterre.

En foi de quoi la présente déclaration ministérielle qui devra également rester secrète a été dressée pour être échangée contre des déclarations identiques du Gouvernement Impérial d'Allemagne et du Gouvernement Royal d'Italie.

Vienne, le 28 mai 1882.

Le ministre I. et R. des affaires étrangères.

4.

Déclaration ministérielle.

Le Gouvernement Impérial déclare que les stipulations du traité secret conclu le 20 mai 1882 entre l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie et l'Italie ne pourront — comme il a été préalablement convenu — en aucun cas être envisagées comme étant dirigées contre l'Angleterre.

En foi de quoi la présente déclaration ministérielle qui devra également rester secrète a été dressée pour être échangée contre des déclarations identiques du Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie et du Gouvernement Royal d'Italie.

Berlin, le 28 mai 1882.

Le Chancelier de l'Empire.

(L. S.) *v. Bismarck.*

6.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE.

Protocole en vue de prolonger la durée du Traité d'alliance conclu le 7 octobre 1879;*) signé à Vienne, le 22 mars 1883.

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 28.

Protokoll.

Die Unterzeichneten, Graf Kálnoky de Körös-Patak, Minister des Kaiserlichen Hauses und des Aeussern Seiner Kaiserlichen und Königlich-apostolischen Majestät, und Prinz Heinrich VII. Reuss, ausserordentlicher und bevollmächtigter Botschafter Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, sind auf Grund allerhöchster Ermächtigung am heutigen Tage in Wien zu einer Berathung über Verlängerung des daselbst am 7. Oktober 1879 unterzeichneten, am 21. desselben Monats ratifizierten geheimen Vertrages zwischen I. I. Majestäten, dem Kaiser von Oesterreich, Könige

*) V. ci-dessus No. 1, p. 3.

von Ungarn und dem Deutschen Kaiser, Könige von Preussen, zusammengetreten und haben in Vollmacht I. I. Majestäten Folgendes verabredet:

1. Der oben bezeichnete Vertrag wird auf fünf Jahre, vom 21. October 1884 an gerechnet, also bis zum 21. October 1889, verlängert.

2. Der Artikel III wird ausserdem dahin modifiziert, dass nicht ein Jahr, sondern zwei Jahre vor dem 21. October 1889 die beiden hohen Contrahenten über die Frage, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten, in Verhandlung treten, und dass, wenn im Verlaufe des ersten Monates des vorletzten Vertragsjahres die Einladung zur Eröffnung dieser Verhandlungen von keiner Seite erfolgt ist, der Vertrag als für die weitere Dauer von drei Jahren erneuert gilt.

3. Dieses Protokoll wird den beiden hohen Souveränen zur Ratifikation unterbreitet und empfohlen werden und soll der Austausch der Ratifikations-Urkunden binnen drei Wochen hier stattfinden.

Zu Urkund dessen ist dieses Protokoll in zwei Exemplaren aufgenommen, unterzeichnet und besiegelt worden.

Geschehen zu Wien, am zwei und zwanzigsten März, im Jahre des Heils eintausendachthundert drei und achtzig.

(L. S.) *Kálnoky.*
(L. S.) *H. VII. Reuss.*

7.

AUTRICHE-HONGRIE, ROUMANIE.

Traité d'alliance; signé à Vienne, le 30 octobre 1883.*)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 30.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et

S. M. le Roi de Roumanie, animés d'un égal désir de maintenir la paix générale, conformément au but poursuivi par l'alliance austro-hongroise et allemande, d'assurer l'ordre politique et de garantir contre toutes les éventualités la parfaite amitié qui les lie, ont résolu de conclure à cette fin un traité qui par sa nature essentiellement conservatrice et défensive ne poursuit que le but de les prémunir contre les dangers qui pourraient menacer la paix de leurs états.

A cet effet leurs dites Majestés ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie: le sieur Gustave Kálnoky de Köröspatak, chambellan et conseiller intime actuel, son ministre de la maison impériale et des affaires étrangères, général dans ses armées,

---

*) Les ratifications ont été échangées à Vienne, le 15 novembre 1883.

S. M. le Roi de Roumanie: le sieur Démètre A. Stourdza, son ministre des affaires étrangères, lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme. sont convenus des articles suivants:

Article 1.

Les hautes parties contractantes se promettent paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs états. Elles s'engagent à suivre une politique amicale et à se prêter un appui mutuel dans la limite de leurs intérêts.

Article 2.

Si la Roumanie, sans provocation aucune de sa part, venait à être attaquée, l'Autriche-Hongrie est tenue à lui porter en temps utile secours et assistance contre l'agresseur. Si l'Autriche-Hongrie était attaquée dans les mêmes circonstances dans une partie de ses états limitrophes à la Roumanie, le casus foederis se présentera aussitôt pour cette dernière.

Article 3.

Si une des hautes parties contractantes se trouvait menacée d'une agression dans les conditions susmentionées les gouvernements respectifs se mettront d'accord sur les mesures à prendre en vue d'une coopération de leurs armées. Ces questions militaires, notamment celle de l'unité des opérations et du passage des territoires respectifs, seront réglées par une convention militaire.

Article 4.

Si contrairement à leur désir et espoir les hautes parties contractantes étaient forcées à une guerre commune dans les circonstances prévues par les articles précédents, elles s'engagent à ne négocier ni conclure séparément la paix.

Article 5.

Le présent traité restera en vigueur pour la durée de cinq ans à partir du jour de l'échange des ratifications. Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas dénoncé, ou si la révision n'en est pas demandée par aucune des hautes parties contractantes, il sera considéré comme prolongé pour la durée de trois autres années.

Article 6.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent traité.

Article 7.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Vienne, le trentième jour du mois d'octobre de l'an. de grâce mil huit cent quatre-vingt-trois.

(L. S.) *Kálnoky.* (L. S.) *D. Stourdza.*

8.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE, ROUMANIE.

Traité portant l'accession de l'Allemagne au Traité d'alliance conclu, le 30 octobre 1883, entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie;*) signé à Vienne, le 30 octobre 1883.**)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, p. 32.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, et S. M. le Roi de Roumanie ayant conclu le traité d'amitié et d'alliance suivant:

(suivent les Articles 1—7 du Traité d'alliance.)

ont invité S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, à accéder aux dispositions du susdit traité.

En conséquence S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, a muni de ses pleins-pouvoirs à cet effet son représentant à Vienne, le conseiller de légation Comte Max de Berchem, pour adhérer formellement aux stipulations contenues dans le traité susmentionné. En vertu de cet acte d'accession S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, prend au nom de l'Empire d'Allemagne envers L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie et le Roi de Roumanie, et en même temps L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, et le Roi de Roumanie prennent envers S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, les mêmes engagements auxquels les hautes parties contractantes se sont mutuellement obligées par les stipulations dudit traité inséré ci-dessus.

Le présent acte d'accession sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut. En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte d'accession et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Vienne, le trentième jour du mois d'octobre de l'an mil huit cent quatre-vingt-trois.

(L. S.) *Kálnoky.*
(L. S.) *Berchem.*
(L. S.) *D. Stourdza.*

---

*) V. ci-dessus No. 7, p. 21.
**) Les ratifications ont été échangées à Vienne, le 19 novembre 1883.

9.

AUTRICHE-HONGRIE, ITALIE.

Traité portant l'accession de l'Italie au Traité d'alliance conclu, le 30 octobre 1883, entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie;*) signé à Vienne, le 15 mai 1888.**)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 33

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et

S. M. le Roi de Roumanie, ayant conclu le 30 octobre 1883 un traité d'amitié et d'alliance, actuellement en vigueur, traité dont la teneur suit:

(suit le texte du Traité d'alliance.)

Ce traité ayant reçu à la même date l'accession de S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

et ayant été ensuite communiqué par les hautes parties contractantes susmentionnées à S. M. le Roi d'Italie avec l'invitation à y accéder,

S. M. le Roi d'Italie, approuvant le but pour lequel ce traité a été conclu et qui est la conservation de la paix générale et de l'ordre existant, a autorisé le soussigné, sieur Constantin Comte de Nigra, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire auprès de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, à déclarer en son nom qu'il accède au dit traité dans les limites ci-après indiquées en ce qui concerne les stipulations des articles 2 et 3, savoir:

Si les éventualités pouvant donner lieu au casus foederis, tel qu'il est prévu dans les articles 2 et 3, venaient à se produire, L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, le Roi d'Italie et le Roi de Roumanie prennent l'engagement mutuel de se concerter en temps utile pour une action commune dont les modalités seront réglées par une convention spéciale.

La présente accession sera en vigueur pour cinq ans à dater du jour de la signature; mais si le traité principal du 30 octobre 1883 venait à expirer avant ce terme, elle sera considérée comme expirée en même temps.

Le secret sera gardé sur cet acte d'accession qui ne pourra être révélé sans le consentement de chacune des hautes parties contractantes.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie, a autorisé de son côté le soussigné, sieur Gustave Comte Kálnoky de Kőrös-Patak, chambellan et conseiller intime actuel, son ministre de la maison I.le. et des affaires étrangères,

---

*) V. ci-dessus No. 7, p. 21.

**) Les ratifications ont été échangées à Vienne, le 2 juin 1888.

lieutenant-feldmaréchal dans ses armées, à déclarer en son nom qu'il accepte, dans les termes ci-dessus relatés et avec les mêmes obligations mutuelles, l'accession de S. M. le Roi d'Italie au traité du 30 octobre 1883.

Le présent acte d'accession et d'acceptation sera ratifié par S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et par S. M. le Roi d'Italie, et les ratifications seront échangées le plus tôt possible.

En foi de quoi les soussignés,

le sieur Gustave Comte Kálnoky de Körös-Patak, chambellan et conseiller intime actuel, ministre de la maison I.le. et des affaires étrangères de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie, lieutenant-feldmaréchal, et le sieur Constantin Comte de Nigra, ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. le Roi d'Italie auprès de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie,

ont signé le présent acte et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le quinzième jour du mois de mai de l'an de grâce mil huit cent quatre-vingt-huit.

(L. S.) *Kálnoky.*
(L. S.) *Nigra.*

10.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, RUSSIE.

Protocole en vue de prolonger et de modifier le Traité conclu le 18 juin 1881;*) signé à Berlin, le 27 mars 1884.**)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 35.

L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, l'Empereur de toutes les Russies ayant résolu de prolonger de trois ans la durée du traité conclu entre elles le 18 juin 1881, ont nommé à cet effet:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie, le sieur Eméric Comte Széchényi, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, le sieur Othon Prince de Bismarck, son président du conseil des ministres, chancelier de l'Empire,

*) V. ci-dessus No. 3, p. 9.

**) Les ratifications du Protocole ont été échangées à Berlin, le 15 avril 1884.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, le sieur Nicolas Prince Orloff, son aide-de-camp général, général de cavalerie, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse.

Les dits plénipotentiaires réunis aujourd'hui au ministère des affaires étrangères à Berlin, après avoir produit et vérifié leurs pleins-pouvoirs, déclarent au nom de leurs augustes souverains, que L. L. M. M. sont convenues de prolonger de trois ans à partir du 18 juin de l'année courante la durée du traité secret conclu entre elles le 18 juin 1881 et dont le texte se trouve annexé à ce protocole, après avoir subi les deux modifications suivantes sur lesquelles les soussignés au nom de leurs souverains sont tombés d'accord.

1. Le troisième alinéa du premier article, conçu en ces termes:

„Pour le cas spécial où l'une d'elles obtiendrait de l'un de ses deux alliés un concours plus positif, la valeur obligatoire du présent article restera dans toute sa vigueur pour la troisième."
est supprimé.

2. Dans le second alinéa du second article les mots:

„de la Turquie d'Europe" sont remplacés par les mots:

„de la dite péninsule".

Les ratifications du présent protocole seront échangées à Berlin dans l'espace de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les soussignés ont dressé le présent protocole expédié en trois exemplaires qu'ils ont revêtus de leurs signatures et des cachets de leurs armes.

Fait à Berlin, le vingt-septième jour du mois de mars mil huit cent quatre-vingt et quatre.

(L. S.) *Széchényi.*
(L. S.) *v. Bismarck.*
(L. S.) *Orloff.*

11.

ITALIE, GRANDE-BRETAGNE, AUTRICHE-HONGRIE.

Correspondance concernant les questions de la Méditerranée et des mers adjacentes; du 12 février au 24 mars 1887.

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 36.

1.

Dispaccio del conte Corti a Lord Salisbury.

(12 février 1887.)

Le soussigné ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. le Roi d'Italie a reçu de son gouvernement l'ordre de porter à la con-

naissance de S. E. le Marquis de Salisbury, principal secrétaire d'état de S. M. Britannique pour les affaires étrangères, ce qui suit:

Le Gouvernement de S. M. le Roi, animé du désir d'établir avec celui de S. M. la reine une entente sur diverses questions concernant leurs intérêts, est d'avis que ce but pourrait être atteint par l'adoption des bases suivantes:

I⁰. On maintiendra autant que possible le statu quo dans la Méditerranée ainsi que dans l'Adriatique, la mer Egée et la mer Noire. On aura par conséquent soin de surveiller et au besoin d'empêcher tout changement qui, sous la forme d'annexion, occupation, protectorat ou d'une toute autre manière quelconque, porterait atteinte à la situation actuelle au détriment des deux puissances.

II⁰. Si le maintien du statu quo devient impossible, on fera en sorte qu'il ne se produise une modification quelconque qu'à la suite d'un accord préalable entre les deux puissances.

III⁰. L'Italie est toute prête à appuyer l'œuvre de la Grande-Bretagne en Egypte. La Grande-Bretagne à son tour est disposée à appuyer, en cas d'envahissements de la part d'une tierce puissance, l'action de l'Italie sur tout autre point quelconque du littoral nord d'Afrique et notamment dans la Tripolitaine et la Cyrenaïque.

IV⁰. En général et pour autant que les circonstances le comporteront, l'Italie et l'Angleterre se promettent appui mutuel dans la Méditerranée pour tout différend qui surgirait entre l'une d'elles et une tierce puissance.

En exprimant la confiance que ces bases recevront l'assentiment du Gouvernement de S. M. la Reine, le soussigné saisit etc.

2.

Lettre de Lord Salisbury au Comte Corti.

Secret.

The statement of italian policy which is contained in your Exc.'s dispatch has been received by H. M.'s Government with great satisfaction, as it enables them to reciprocate cordialy Count Robilants friendly sentiments and to express their own desire to cooperate generaly with the Government of Italy in matters of common interest to the two countries. The character of that cooperation must be decided by them, when the occasion for it arises, according to the circumstances of the case.

In the interest of peace and of the independance of the territories adjacent to the Mediterranean sea, Her Majesty's Government whish to act in the closest concert and agreement with that of Italy. Both powers desire that the shores of the Euxine, the Aegean, the Adriatic and the northern coast of Africa shall remain in the same hands as now. If, owing to some calamitous events, it becomes impossible to maintain the absolute „status quo", both powers desire that there shall be no extention of the domination of any other great power over any portion of those

coasts. It will be the earnest desire of H. M.'s Government to give their best cooperation, as herein before expressed, to the Government of Italy in maintaining these cardinal principles of policy.

3.

Note du Comte Károlyi au Marquis de Salisbury.

24 mars 1887.

J'ai l'honneur, d'ordre de mon Gouvernement, d'adresser à Votre Excellence la communication suivante:

C'est avec une vive satisfaction que le cabinet de Vienne a pris connaissance de l'entente intervenue entre le cabinet britannique et celui d'Italie sur les bases d'une politique commune à suivre dans les questions de la Méditerranée et des mers adjacentes.

Je suis chargé d'exprimer à Votre Excellence tous les remercîments du Gouvernement I. et R. d'avoir été initié sans perte de temps dans cet accord important et éminemment conservateur...

Animé, avant tout, du désir de contribuer autant que possible au maintien du droit public européen et de la paix, le Gouvernement austro-hongrois est heureux de pouvoir constater que les principes fondamentaux et les buts politiques qui se trouvent établis par cette entente sont conformes à ceux qui guident la politique de l'Autriche-Hongrie.

Mû par la conviction que ces buts seraient mieux assurés par notre concours, le Gouvernement de S. M. I. et R. Apostolique est prêt à adhérer aux déclarations d'amitié et d'identité de vues politiques telles qu'elles sont consignées dans les notes échangées entre Votre Excellence et M. le Comte Corti sous la date du 12 février a. c.

En prononçant cette adhésion, le Gouvernement austro-hongrois se félicite particulièrement du rapprochement politique entre l'Angleterre et l'Autriche-Hongrie et de la consolidation des rapports réciproques qui en résulte. Ces rapports se trouveront par là distinctement placés sur une base commune visant la poursuite de buts identiques et la défense d'intérêts communs.

Bien que les questions de la Méditerranée en général ne touchent pas en première ligne les intérêts de l'Autriche-Hongrie, mon gouvernement a la conviction que l'Angleterre et l'Autriche-Hongrie ont les mêmes intérêts en ce qui concerne l'ensemble de la question d'Orient et dès lors le même besoin d'y maintenir autant que possible le status quo, d'empêcher l'extension d'une puissance au détriment des autres et par conséquent d'agir de concert pour faire valoir ces principes cardinaux de leur politique.

En exprimant la confiance que ces déclarations recevront l'assentiment cordial du Gouvernement de S. M. la Reine, je saisis etc.

4.

A S. E. le Comte Károlyi, ambassadeur d'Autriche-Hongrie, Londres.

Londres, le 24 mars 1887.

Monsieur l'ambassadeur,

J'ai eu l'honneur de recevoir la communication de V. E. de ce jour par laquelle elle veut bien me faire connaître que le Gouvernement de S. M. l'Empereur, animé du désir de contribuer au maintien du droit public européen et de la paix, et estimant que l'entente intervenue entre les Gouvernements d'Italie et d'Angleterre, et formulée par les notes échangées le 12 février dernier entre Mr. le Marquis de Salisbury et moi, est conforme à la politique de l'Autriche-Hongrie, y faisait adhésion.

Conformément aux ordres que j'ai reçus de mon Gouvernement j'ai l'honneur d'exprimer à V. E. la sincère satisfaction que le Gouvernement de S. M. le Roi a éprouvé en apprenant que celui de S. M. I. et R. A. était animé de ces dispositions lesquelles ne pouvaient que raffermir toujours plus les relations de bonne amitié existant entre les deux états, et je m'empresse d'accepter au nom du Gouvernement de S. M. le Roi l'adhésion de celui de S. M. l'Empereur à l'entente italo-anglaise, ainsi que cette adhésion a été formulée par la communication précitée de V. E.

Je saisis cette occasion pour vous offrir, Mr. l'ambassadeur, l'assurance de ma plus haute considération.

L. Corti
ambassadeur d'Italie.

5.

His Excellency the Count Károlyi etc. etc. etc.

Foreign Office, march 24 1887.

Monsieur l'ambassadeur,

It is a matter of the liveliest satisfaction to H. My's Government that the exchange of views which has passed between England and Italy, and which has been communicated to the cabinet of Vienna, has met with their approbation, and has been recognized by them as tending to the preservation of European peace and the maintenance of public right.

H. My's Government received with no less gratification the intimation that the austro-hungarian Government are prepared to adhere to those declarations of friendship and of identity in political views which are embodied in the communications between England and Italy; and they concur in the belief that the cordial relations, based on a similarity of interests and policy, which have long subsisted between the two countries, will be strengthened and established by the present proceeding.

They are fully convinced that, in respect to the political future of the territories which are washed by the Mediterranean and the adjacent seas, the interests of Austria-Hungary are closely related to those of

Great Britain and Italy. It is rather, however, with the Euxine and the Aegean than with the western portion of the Mediterranean that the policy of Austria is engaged.

But in respect to the territories bordering on those seas whose political status more specially affects the interests of the austro-hungarian Empire, the objects of english and austrian policy are the same, and the principles which ought to guide it are clearly indicated in the communications to which Count Kalnoky has expressed his willingness to adhere.

Without determining beforehand the character which the cooperation of the two powers ought in any particular contingency to take, the efforts of H. My's Government in harmony with those of the austro-hungarian Government will be constantly directed to secure in these regions the maintenance, so long as it shall be possible, of the status quo, and, should that unhappily cease to be possible, the prevention of the growth of any novel domination hostile to the interests of the two countries.

I have the honour to be with the highest consideration, Mr. l'ambassadeur, your Exc. most obedient, humble servant

Salisbury.

12.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, ITALIE.

Traité en vue de confirmer et de prolonger le Traité d'alliance, conclu le 20 mai 1882;*) signé à Berlin, le 20 février 1887, suivi de plusieurs Traités séparés, signés à la date du même jour.**)

***Pribram**, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 42.*

1.

L. L. M. M.

l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie,

l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

et le Roi d'Italie

animés du désir de maintenir les liens établis entre leurs états et leurs gouvernements par le traité conclu à Vienne le 20 mai 1882, ont résolu d'en prolonger la durée au moyen d'un traité additionnel et ont, à cet effet, nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

---

*) V. ci-dessus No. 5, p. 17.

**) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 10 mars 1887.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie, le sieur Emeric Comte Széchényi de Sárvári Felsö-Vidék, chambellan et conseiller intime actuel, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, le sieur Othon Prince de Bismarck, son président du conseil des ministres de Prusse, chancelier de l'Empire,

S. M. le Roi d'Italie, le sieur Edouard Comte de Launay, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse;

lesquels, munis de pleins-pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Le Traité d'alliance conclu à Vienne le 20 mai 1882 entre les puissances signataires du présent Traité additionnel, est confirmé et conservé en vigueur dans toute son étendue jusqu'au 30 mai 1892.

Article II.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Berlin dans le délai de quinze jours, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité additionnel et y ont apposé leur cachet.

Fait à Berlin le vingtième jour du mois de février mil huit cent quatre-vingt-sept.

(L. S.) *Széchényi.*
(L. S.) *v. Bismarck.*
(L. S.) *Launay.*

2.

L. L. M. M.

l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie,

et le Roi d'Italie,

jugeant opportun de donner quelque développement au traité d'alliance signé à Vienne le 20 mai 1882 et dont la prolongation a été stipulée aujourd'hui par un acte additionnel, ont résolu de conclure un Traité séparé qui tienne toujours mieux compte des intérêts réciproques de leurs Etats et de leurs Gouvernements, et ont à cet effet nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie, le sieur Emeric Comte Széchényi de Sárvári Felsö-Videk, chambellan et conseiller intime actuel, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

S. M. le Roi d'Italie, le sieur Edouard Comte de Launay, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

lesquels, munis de pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Les hautes parties contractantes, n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du status quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront tous les renseignements de nature à s'eclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres puissances.

Toutefois dans le cas où, par suite des événements, le maintien du status quo dans les régions des Balkans ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la mer Egée deviendrait impossible, et que, soit en conséquence de l'action d'une puissance tierce, soit autrement, l'Autriche-Hongrie ou l'Italie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation temporaire ou permanente de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux susdites puissances, basé sur le principe d'une compensation réciproque pour tout avantage territorial ou autre que chacune d'elles obtiendrait en sus du statu quo actuel, et donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées des deux parties.

Article II.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent Traité.

Article III.

Le présent Traité entrera en vigueur dès le jour de l'échange des ratifications et le restera jusqu'au 30 mai 1892.

Article IV.

Les ratifications en seront échangées à Berlin dans un délai de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé leur cachet.

Fait à Berlin le vingtième jour du mois de février mil huit cent quatre-vingt-sept.

(L. S.) *Széchényi.*
(L. S.) *Launay.*

3.

L. L. M. M. le Roi d'Italie et l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse voulant, dans un esprit de bonne entente mutuelle, resserrer de plus en plus les liens déjà établis entre leurs Etats et leurs Gouvernements par le Traité d'alliance conclu à Vienne le 20 mai 1882 et dont la prolongation

vient d'être signée aujourd'hui, ont résolu de stipuler un Traité séparé qui réponde toujours davantage aux circonstances présentes, et ont, à cet effet, nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: . . . . lesquels, munis de pleins-pouvoirs qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants.

Article I.

Les hautes parties contractantes, n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir, sur les côtes et îles ottomanes dans la mer Adriatique et dans la mer Egée, toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront à cet effet tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres puissances.

Article II.

Les stipulations de l'article I ne s'appliquent d'aucune manière à la question egyptienne, au sujet de laquelle les hautes parties contractantes conservent respectivement leur liberté d'action, eu égard toujours aux principes sur lesquels reposent le présent traité et celui du 20 mai 1882.

Article III.

S'il arrivait que la France fît acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat ou sa souveraineté, sous une forme quelconque, sur les territoires nord-africains, soit du villayet de Tripoli, soit de l'empire Marocain, et qu'en conséquence de ce fait l'Italie crût devoir, pour sauvegarder sa position dans la Méditerranée, entreprendre elle-même une action sur lesdits territoires nord-africains, ou bien recourir, sur le territoire français en Europe, aux mesures extrêmes, l'état de guerre qui s'en suivrait entre l'Italie et la France constituerait ipso facto, sur la demande de l'Italie et à la charge commune des deux alliés, le casus foederis avec tous les effets prévus par les articles II et V du susdit traité du 20 mai 1882, comme si pareille éventualité y était expressément visée.

Article IV.

Si les chances de toute guerre entreprise en commun contre la France amenaient l'Italie à rechercher des garanties territoriales à l'égard de la France pour la sécurité des frontières du royaume et de sa position maritime, ainsi qu'en vue de la stabilité de la paix, l'Allemagne n'y mettra aucun obstacle et, au besoin et dans une mesure compatible avec les circonstances, s'appliquera à faciliter les moyens d'atteindre un semblable but.

Article V.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent Traité.

Article VI.

Le présent Traité entrera en vigueur dès le jour de l'échange des ratifications et le restera jusqu'au 30 mai 1892.

Article VII.

Les ratifications en seront échangées à Berlin dans un délai de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi etc. [Berlin, le 20 février 1887.]

4.

Les soussignés viennent de procéder à la signature d'un Traité additionnel prolongeant la durée du Traité d'alliance conclu à Vienne le 20 mai 1882.

Il a été signé en même temps un Traité séparé entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie et un Traité séparé entre l'Allemagne et l'Italie. Ces deux derniers actes, quoique distincts, ne répondent pas moins à l'esprit général de l'accord précité de 1882, car aujourd'hui comme alors les trois monarchies visent essentiellement au maintien de la paix.

La simultanéité des signatures apposées aux Traités en date de ce jour démontre cette entente d'ensemble entre les gouvernements respectifs, et les soussignés se plaisent à le constater en signant le présent et unique procès-verbal.

Fait à Berlin, le 20 février 1887.

Széchényi.
v. Bismarck.
Launay.

13.

ESPAGNE, ITALIE, AUTRICHE-HONGRIE.

Echange de notes concernant la Méditerranée; des 4 et 21 mai 1887.*)

***Pribram**, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 48.*

1.

Ministerio de estado.

Madrid, le 4 mai 1887.

Le soussigné, ministre des affaires étrangères d'Espagne, a l'honneur de porter ce qui suit à la connaissance de Mr. le Marquis Maffei, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi d'Italie:

Le Gouvernement de S. M. la Reine régente, animé du désir de rechercher une entente avec le gouvernement de S. M. le Roi d'Italie, à

*) D'après une Note du Gouvernement italien du 4 mai 1891 l'Allemagne a adhéré à l'Accord intervenu entre les trois puissances.

l'effet de fortifier toujours plus le principe monarchique et de contribuer au raffermissement de la paix, se prononce dès-à-présent pour l'acceptation des dispositions suivantes:

1⁰. L'Espagne ne se prêtera envers la France, en ce qui concerne entre autres les territoires nord-africains, à aucun traité ou arrangement politique quelconque qui serait directement ou indirectement dirigé contre l'Italie, l'Allemagne et l'Autriche, ou contre l'une ou l'autre de ces puissances.

2⁰. Abstention de toute attaque non provoquée, ainsi que de toute provocation.

3⁰. En vue des intérêts engagés dans la Méditerranée et dans le but principal d'y maintenir le statu quo actuel, l'Espagne et l'Italie se tiendront sur ce sujet en communication, en se faisant part de tout renseignement propre à s'éclairer sur leurs dispositions respectives, ainsi que sur celles des autres puissances.

En exprimant l'espoir que ces présentes et secrètes propositions obtiendront l'assentiment du Gouvernement de S. M. le Roi d'Italie, le soussigné saisit cette occasion pour renouveler à Mr. le Marquis Maffei les assurances de sa considération la plus distinguée.

Madrid, le quatre mai mil huit cent quatre vingt sept.

(Signé) *Moret.*

Pour copie conforme à l'original
Madrid, le 8 mai 1887.

(L. S.) *Maffei.*

2.

R. legazione d'Italia.

Madrid, le 4 mai 1887.

Le soussigné envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi d'Italie a reçu la note que S. E. le ministre des affaires étrangères d'Espagne lui a fait l'honneur de lui adresser en date d'aujourd'hui, et il est autorisé à y répondre dans les termes suivants:

Le Gouvernement du Roi donne son assentiment aux dispositions énoncées dans la note susdite et s'engage à la réciprocité.

Il se réserve, en même temps, d'examiner, en plein accord avec les gouvernements de L. L. M. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie, si et dans quelle mesure il y aurait lieu, selon les circonstances, de se concerter ultérieurement avec le cabinet de Madrid pour mieux assurer encore le but que lui aussi se propose.

En attendant, le Gouvernement de S. M. prend acte de la communication susmentionnée et considère comme entrant dès aujourd'hui en vigueur, et pour une durée de quatre ans, l'accord secret établi par le présent échange de notes.

Le soussigné saisit cette occasion pour renouveler à S. E. le ministre des affaires étrangères d'Espagne les assurances de sa considération la plus distinguée.

Madrid, le quatre mai mil huit cent quatre-vingt sept.

(signé) *Maffai.*

Pour copie conforme à l'original

Madrid, le 8 mai 1887.

(L. S.) *Maffei.*

Per copia certificata conforme alla copia autentica delle due note, esistente nell'archivio del R. ministero degli affari esteri.

Roma, 16 maggio 1887.

Il presidente del consiglio e ministro segretario di stato per gli affari esteri.

(L. S.) *Depretis.*

Per certificazione della firma di S. E. il Sign. Depretis, presidente del consiglio e ministro segretario di stato per gli affari esteri di S. M. il re d'Italia,

l'ambasciatore di S. M. il re d'Italia a Vienna.

(L. S.) *Nigra.*

Vienna 20 maggio 1887.

3.

Vienne, 21. Mai 1887.

Le soussigné a reçu la note que S. E. l'ambassadeur d'Italie lui a fait l'honneur de lui adresser en date du 21 courant ainsi que les deux annexes, et s'empresse de notifier l'accession du gouvernement impérial aux notes échangées à Madrid le 4 du même mois entre le représentant de S. M. le Roi d'Italie et S. E. le ministre d'état de S. M. la Reine-régente.

Le soussigné témoigne sa satisfaction que les négociations aient abouti à un résultat de nature à assurer le concours de l'Espagne à la réalisation du programme de paix et de conservation dont s'inspirent les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et d'Italie.

Il saisit en même temps cette occasion etc. etc.

Kálnoky.

14.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Traité en vue d'assurer, par une Entente, la position défensive des deux Etats; signé à Berlin, le 18 juin 1887, suivi d'un Protocole additionnel et très secret, signé à la date du même jour.*)

Deutsche Allgemeine Zeitung 1919, No. 443.

Texte original.

Les Cours Impériales d'Allemagne et de Russie animées d'un égal désir de consolider la paix générale par une entente destinée à assurer la position défensive de Leurs Etats respectifs, ont résolu de consacrer par un arrangement spécial l'accord établi entre Elles en vue de l'expiration, à la date du 15/27 Juin 1887, de la validité du traité et du protocole secrets, signés en 1881**) et renouvelés en 1884***) par les trois Cours d'Allemagne, de Russie et d'Autriche-Hongrie.

A cet effet les deux Cours ont nommé comme Plénipotentiaires:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: le Sieur Herbert, Comte de Bismarck-Schoenhausen, Son Secrétaire d'Etat au département des affaires étrangères;

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies: le Sieur Paul Comte Schouvaloff, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse.

Traduction.

Die Kaiserlichen Höfe von Deutschland und Russland, von dem gleichen Wunsche beseelt, den allgemeinen Frieden durch eine Verständigung zu festigen, die die Verteidigungsstellung der beiderseitigen Staaten sichern soll, haben beschlossen, im Hinblick darauf, dass der Geheimvertrag und das Geheimprotokoll, die von Deutschland, Russland und Oesterreich-Ungarn im Jahre 1881 unterzeichnet**) und im Jahre 1884 erneuert wurden***), am 15./27. Juni 1887 abgelaufen sind, das zwischen ihnen bestehende Einvernehmen durch ein Sonderabkommen zu bekräftigen.

Zu diesem Zweck haben die beiden Höfe zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: den Grafen Herbert von Bismarck-Schönhausen, Seinen Staatssekretär des Auswärtigen Amts,

Seine Majestät der Kaiser aller Reussen: den Grafen Paul Schuwaloff, Seinen Ausserordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 25 juin 1887. (Communication officielle).

) V. ci-dessus No. 3, p. 9. *) V. ci-dessus No. 10, p. 25.

Lesquels munis de pleins-pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Dans le cas où l'une des hautes Parties contractantes se trouverait en guerre avec une troisième Grande Puissance, l'autre maintiendrait à son égard une neutralité bienveillante et vouerait ses soins à la localisation du conflit. Cette disposition ne s'appliquerait pas à une guerre contre l'Autriche ou la France dans le cas, où cette guerre résulterait d'une attaque dirigée contre l'une de ces deux dernières Puissances par l'une des hautes Parties contractantes.

Article II.

L'Allemagne reconnaît les droits historiquement acquis à la Russie dans la presqu'île Balcanique et particulièrement la légitimité de son influence prépondérante et décisive en Bulgarie et en Roumélie Orientale Les deux Cours s'engagent à n'admettre aucune modification du statu quo territorial de la dite Péninsule sans un accord préalable entre Elles, et à s'opposer éventuellement à toute tentative de porter atteinte à ce statu quo, ou de le modifier sans Leur consentement.

Article III.

Les deux Cours reconnaissent le caractère Européen et mutuellement obligatoire du principe de la fermeture des détroits du Bosphore et des Dardanelles, fondé sur le droit des gens, confirmé par les traités et résumé dans la déclaration du Second Plénipotentiare de Russie à la séance

Diese haben, mit Vollmachten versehen, die für gut und richtig befunden wurden, folgende Artikel vereinbart:

Artikel I.

Für den Fall, dass einer der hohen vertragschliessenden Teile sich mit einer dritten Grossmacht im Kriege befinden sollte, wird der andere eine wohlwollende Neutralität bewahren und seine Sorge darauf richten, den Streit zu lokalisieren. Diese Bestimmung soll auf einen Krieg gegen Oesterreich oder Frankreich keine Anwendung finden, falls dieser Krieg durch einen Angriff eines der hohen vertragschliessenden Teile gegen eine dieser beiden Mächte hervorgerufen ist.

Artikel II.

Deutschland erkennt die geschichtlich erworbenen Rechte Russlands auf der Balkan-Halbinsel an und insbesondere die Rechtmässigkeit seines vorwiegenden und entscheidenden Einflusses in Bulgarien und Ost-Rumelien. Die beiden Höfe verpflichten sich, keine Aenderung des territorialen status quo der genannten Halbinsel ohne vorheriges Einverständnis zuzulassen und sich gegebenenfalls jedem Versuch, diesem status quo Abbruch zu tun oder ihn ohne ihr Einverständnis abzuändern, zu widersetzen.

Artikel III.

Die beiden Höfe erkennen den europäischen und gegenseitig bindenden Charakter des Grundsatzes der Schliessung der Meerengen des Bosporus und der Dardanellen an, der begründet ist auf dem Völkerrechte, bestätigt durch die Verträge und zusammengefasst in der Erklärung

du 12 Juillet du Congrès de Berlin (protocole 19)*).

Elles veilleront en commun à ce que la Turquie ne fasse pas d'exception à cette règle en faveur des intérêts d'un Gouvernement quelconque en prêtant à des opérations guerrières d'une Puissance belligérante la partie de Son Empire que forment les détroits. En cas d'infraction, ou pour la prévenir si une paraille infraction était à prévoir, les deux Cours avertiront la Turquie qu'Elles la considéreraient, le cas échéant, comme s'étant mise en état de guerre vis-à-vis de la partie lésée et comme s'étant privée dès lors des bénéfices de sécurité assurés par le traité de Berlin à son statu quo territorial.

Article IV.

Le présent traité sera en vigueur pendant l'espace de trois ans à dater du jour de l'échange des Ratifications.

Article V.

Les hautes Parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu et sur l'existence du présent traité et du protocole y annexé.

Article VI.

Le présent traité sera ratifié et les Ratifications en seront échangées à Berlin dans l'espace de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent

des zweiten Bevollmächtigten Russlands in der Sitzung des Berliner Kongresses vom 12. Juli (Protokoll 19)*).

Sie werden gemeinsam darüber wachen, dass die Türkei keine Ausnahmen von dieser Regel zugunsten der Interessen irgend einer Regierung dadurch macht, dass sie den Teil ihres Reiches, den die Meerengen bilden, für militärische Operationen einer kriegführenden Macht hergibt. Im Falle einer Verletzung oder um einer etwa drohenden Verletzung vorzubeugen, werden die beiden Höfe der Türkei erklären, dass sie eintretendenfalls sie als im Kriegszustand gegenüber dem verletzten Teile befindlich und die ihrem territorialen status quo im Berliner Vertrag verbürgte Sicherheit als verwirkt ansehen werden.

Artikel IV.

Der gegenwärtige Vertrag soll während eines Zeitraumes von 3 Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationen an in Geltung bleiben.

Artikel V.

Die hohen vertragschliessenden Teile versprechen einander, über den Inhalt und das Bestehen des gegenwärtigen Vertrags und des beigefügten Protokolls Schweigen zu bewahren.

Artikel VI.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden.

Die Ratifikationen sollen in Berlin binnen 14 Tagen, wenn möglich früher, ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegen-

*) V. N. R. G. 2. s. III, p. 446.

traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le dix-huitième jour du mois de Juin mil huit cent quatre-vingt-sept.

(L. S.) *Comte Bismarck.*
(L. S.) *Comte Paul Schouvaloff.*

wärtigen Vertrag unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Gegeben zu Berlin am 18. Juni 1887.

Graf Bismarck.
Graf Paul Schuwaloff.

Protocole additionnel et très secret.

Afin de compléter les stipulations des Articles II et III du traité secret conclu à cette même date, les deux Cours sont tombées d'accord sur les points suivants:

1. L'Allemagne prêtera, comme par le passé, Son concours à la Russie afin de rétablir en Bulgarie un Gouvernement régulier et légal. — Elle promet de ne donner en aucun cas Son consentement à la restauration du Prince de Battenberg.

2. Dans le cas où Sa Majesté l'Empereur de Russie Se verrait dans la nécessité d'assumer Lui-même la tâche de défendre l'entrée de la Mer Noire pour sauvegarder les intérêts de la Russie, l'Allemagne s'engage à accorder Sa neutralité bienveillante et Son appui moral et diplomatique aux mesures que Sa Majesté jugerait nécessaire de prendre pour garder la clef de Son Empire.

3. Le présent protocole fait partie intégrante du traité secret signé en ce jour à Berlin et aura même force et valeur.

Ganz geheimes Zusatzprotokoll.

Um die Bestimmungen des Artikel II und III des Geheimvertrags vom heutigen Tage zu vervollständigen, sind die beiden Höfe über folgende Punkte übereingekommen.

1. Deutschland wird wie bisher Russland beistehen, um in Bulgarien eine geordnete und gesetzmässige Regierung wiederherzustellen. Es verspricht, in keinem Falle seine Zustimmung zur Wiedereinsetzung des Prinzen von Battenberg zu geben.

2. Für den Fall, dass Seine Majestät der Kaiser von Russland sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, zur Wahrung der Rechte Russlands selbst die Aufgabe der Verteidigung des Zugangs zum Schwarzen Meere zu übernehmen, verpflichtet sich Deutschland, seine wohlwollende Neutralität zu gewähren und die Massnahmen, die Seine Majestät für notwendig halten sollte, um den Schlüssel seines Reiches in der Hand zu behalten, moralisch und diplomatisch zu unterstützen.

3. Das gegenwärtige Protokoll bildet einen untrennbaren Bestandteil des am heutigen Tage in Berlin unterzeichneten Geheimvertrags und soll dieselbe Kraft und Geltung haben.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le dix-huitième jour du mois de Juin mil huit cent quatre-vingt-sept.

(L. S.) *Comte Bismarck.*
(L. S.) *Comte Paul Schouvaloff.*

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das Protokoll unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Gegeben zu Berlin am 18. Juni 1887.

(L. S.) *Graf Bismarck.*
(L. S.) *Graf Paul Schuwaloff.*

15.

AUTRICHE-HONGRIE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE.

Echange de notes concernant le maintien du status quo en Orient; des 12 et 16 décembre 1887.

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 51.

1.

Son Excellence Monsieur le Marquis de Salisbury.

Londres, le 12 décembre 1887.

A la suite de l'entente établie entre les Gouvernements de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de L. L. M. M. la Reine du royaume uni de la Grande Bretagne et d'Irlande et le Roi d'Italie par l'échange de notes opéré à Londres le mois de mars 1887*), le Gouvernement de S. M. I. et R. A. est tombé d'accord avec le Gouvernement d'Italie de proposer au Gouvernement de la Grande Bretagne l'adoption des points suivants, destinés à confirmer les principes établis par l'échange de notes précité, et à préciser l'attitude commune des trois puissances en prévision des éventualités qui pourraient se produire en Orient.

1⁰. Maintien de la paix et exclusion de toute politique agressive.

2⁰. Maintien du status quo en Orient fondé sur les traités à l'exclusion de toute politique de compensations.

3⁰. Maintien des autonomies locales établies par ces mêmes traités.

4⁰. Indépendance de la Turquie gardienne d'intérêts européens importants (indépendance du chalifat, liberté des détroits etc.) de toute influence étrangère prépondérante.

5⁰. Par conséquent la Turquie ne peut ni céder, ni déléguer ses droits suzerains sur la Bulgarie à une autre puissance, ni intervenir pour

---

*) V. ci-dessus No. 11, p. 26.

y établir une administration étrangère, ni tolérer des actes de coërcition entrepris dans ce dernier but, sous forme soit d'occupation militaire soit d'envoi de volontaires. De même la Turquie, constituée par les traités gardienne des détroits, ne pourrait non plus céder aucune portion de ses droits souverains, ni déléguer ses pouvoirs à une autre puissance en Asie Mineure.

6°. Désir des trois puissances de s'associer la Turquie pour la défense commune de ces principes.

7°. En cas de résistance de la Turquie à des entreprises illégales, telles qu'elles se trouvent indiquées dans l'article 5, les trois puissances se mettront aussitôt d'accord sur les mesures à prendre pour faire respecter l'indépendance de l'empire ottoman et l'intégrité de son territoire, telles qu'elles sont consacrées par les traités antérieurs.

8°. Si cependant la conduite de la Porte de l'avis des trois puissances prenait le caractère de complicité ou de connivence avec une pareille entreprise illégale, les trois puissances se considéreront comme justifiées par les traités existants à procéder, soit conjointement, soit séparément à l'occupation provisoire par leurs forces de terre ou de mer de tels points du territoire ottoman qu'elles reconnaîtront d'accord nécessaire d'occuper à l'effet d'assurer les buts déterminés par les traités antérieurs.

9°. L'existence et le contenu du présent accord entre les trois puissances ne devront être révélés à la Turquie ni à d'autres puissances qui n'en auraient déjà été informées sans le consentement antérieur de toutes et de chacune des trois puissances susdites.

Le soussigné ambassadeur extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. I. et R. A. a été chargé par son gouvernement de signer la présente note et de l'échanger contre une note analogue du gouvernement de S. M. Britannique.

Le soussigné saisit cette occasion pour renouveler à S. Exc. monsieur le Marquis de Salisbury, principal secrétaire d'état pour les affaires étrangères de S. M. la Reine, l'expression de sa plus haute considération.

(Signé) *Károlyi.*

2.

H. M.'s Government have considered the points commended to their acceptance by the identic note of the Austro-Hungarian and Italian Governments.

The three powers have already communicated to each other their conviction that it is their common interest to uphold the existing state of things upon the shores of the Mediterranean and the adjoining seas. The four first points recited in the note are in strict conformity with this understanding as well as with the policy, which has always been pursued by the government of Great Britain.

The fifth, sixth and seventh points refer to certain special dangers by which the state of things established by treaties and the interests of

the three powers in the east may be menaced, and to the course which should be pursued if those dangers should arise. The illegal enterprises anticipated by the fifth article would affect especially the preservation of the straits from the domination of any other power but Turkey and the independent liberties of the Christian communities on the northern border of the Turkish empire established by the treaty of Berlin. H. My's Government recognise that the protection of the straits and the liberties of these communities are objects of supreme importance and are to Europe among the most valuable results of the treaty; and they cordially concur with the austro-hungarian and italian Governments in taking special precautions to secure them.

The eighth point provides against a contingency which, without technical illegality, may frustrate the object of the treaties altogether. It is necessary, however, to avoid a premature publicity which might precipitate the lapse of Turkey into that state of vassalage from which it is the aim of the three powers to protect her. In view of these considerations, the undersigned, H. My's secretary of state for foreign affairs, is charged by H. My's Government, to communicate to the austro-hungarian Government their entire adhesion to the nine points recited in the identic note of the two powers, that is to say:

1. The maintenance of peace to the exclusion of all policy of aggression.

2. The maintenance of the „status quo" in the east, based on the treaties, to the exclusion of all policy of compensation.

3. The maintenance of the local autonomies established by these same treaties.

4. The independence of Turkey as guardian of important european interests, the caliphato, the freedom of the straits etc., to be independent of all foreign preponderating influence.

5. Consequently, Turkey can neither cede nor delegate her rights over Bulgaria to any other power, nor intervene in order to establish a foreign administration there, nor tolerate acts of coercion undertaken with this latter object, under the form either of a military occupation or of the dispatch of volunteers; neither will Turkey, who has by the treaties been constituted guardian of the straits, be able to cede any portion of her sovereign rights nor delegate her authority to any other power in Asia Minor.

6. The desire of the three powers to be associated with Turkey for the common defence of these principles.

7. In case of Turkey resisting any illegal enterprises such as are indicated in article 5, the three powers will immediately come to an agreement as to the measures to be taken for causing to be respected the independence of the ottoman empire and the integrity of its territory as secured by previous treaties.

8. Should the conduct of the Porte, however, in the opinion of the three powers, assume the character of complicity with or connivance at

any such illegal enterprise, the three powers will consider themselves justified by existing treaties in proceeding either jointly or separately to the provisional occupation by their forces, military or naval, of such points of ottoman territory, as they may agree to consider it necessary to occupy in order to secure the objects determined by previous treaties.

9. The existence and the contents of the present agreement between the three powers shall not be revealed either to Turkey or to any other powers who have not yet been informed of it without the previous consent of all and each of the three powers aforesaid.

Foreign Office. December 12. 1887.

Salisbury.

3.

A la suite de l'entente établie entre les Gouvernements de S. M. le Roi d'Italie et de LL. MM. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et la Reine du Royaume-Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, par l'échange de notes opéré à Londres le mois de mars 1887, le Gouvernement de S. M. le Roi d'Italie est tombé d'accord avec les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de la Grande Bretagne sur l'adoption des points suivants, destinés à confirmer les principes établis par l'échange de notes précité, et à préciser l'attitude commune des trois puissances en prévision des éventualités qui pourraient se produire en Orient.

1°. Maintien de la paix et exclusion de toute politique agressive.

2°. Maintien du status quo en Orient fondé sur les traités à l'exclusion de toute politique de compensation.

3°. Maintien des autonomies locales établies par ces mêmes traités.

4°. Indépendance de la Turquie gardienne d'intérêts européens importants (indépendance du califat, liberté des détroits etc.) de toute influence étrangère prépondérante.

5°. Par conséquent la Turquie ne peut ni céder ni déléguer des droits suzerains sur la Bulgarie à une autre puissance, ni intervenir pour y établir une administration étrangère, ni tolérer des actes de coërcition entrepris dans ce dernier but, sous forme soit d'occupation militaire soit d'envoi de volontaires. De même la Turquie, constituée par les traités gardienne des détroits, ne pourrait non plus céder aucune portion de ses droits souverains, ni déléguer ses pouvoirs à une autre puissance en Asie Mineure.

6°. Désir des trois puissances de s'associer la Turquie pour la défense commune de ces principes.

7°. En cas de résistance de la Turquie à des entreprises illégales telles qu'elles se trouvent indiquées dans l'article 5, les trois puissances se mettront aussitôt d'accord sur les mesures à prendre pour faire respecter l'indépendance de l'empire ottoman et l'intégrité de son territoire, telles qu'elles sont consacrées par les traités antérieurs.

8°. Si cependant la conduite de la Porte, de l'avis des trois puissances, prenait le caractère de complicité ou de connivence avec une pareille entreprise illégale, les trois puissances se considéreront comme justifiées par les traités existants à procéder, soit conjointement soit séparément, à l'occupation provisoire par leurs forces de terre ou de mer de tels points du territoire ottoman qu'elles reconnaîtront d'accord necéssaire d'occuper à l'effet d'assûrer les buts déterminés par les traités antérieurs.

9°. L'existence et le contenu du présent accord entre les trois puissances ne devront être révélés à la Turquie ni à d'autres puissances qui n'en n'auraient pas déjà été informées sans le consentement antérieur de toutes et de chacune des trois puissances susdites.

Le soussigné ambassadeur de S. M. le Roi d'Italie a été chargé par son Gouvernement de signer la présente note et de l'échanger contre une note identique du Gouvernement de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie.

Vienne, le 16 décembre 1887.

Nigra.

16.

AUTRICHE-HONGRIE, SERBIE.

Acte additionnel au Traité d'alliance conclu le 28/16 juin 1881;*) signé à Belgrade, le 9 février/28 janvier 1889, suivi d'une Déclaration confirmative, signée le 7/19 mars 1889.**)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 57.

1.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et

S. M. le Roi de Serbie,

animés du désir, non seulement de maintenir, mais de développer et de consolider les relations de parfaite amitié qui existent entre leurs gouvernements et de les garantir contre toute éventualité, ont résolu de prolonger le traité conclu entre eux le 28 juin 1881 et de préciser la portée de quelques uns de ses articles. A cet effet ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

---

*) V. ci-dessus No. 4, p. 13. — Le texte de l'Acte additionnel du 9 février 1889, tel qu'il a été reproduit dans l'ouvrage de Pribram, indique partout comme date du Traité de 1881 le 23 juin.

**) Les ratifications de l'Acte additionnel ont été échangées à Belgrade, le 5/17 février 1889.

S. M. I. et R. A.: le sieur Ladislas Hengelmüller de Hengervár, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Serbie, etc.

S. M. le Roi de Serbie: le sieur Chédomille Mijatovich, son ministre des affaires étrangères etc. etc.

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles additionnels suivants:

Article 1.

Le traité du 28 juin 1881 avec la déclaration y annexée restera en vigueur jusqu'au 1/13 janvier 1895. Trois mois avant son expiration les hautes parties contractantes se concerteront, s'il y a lieu, sur sa prolongation ou sur les modifications que les circonstances pourraient rendre désirables.

Par l'article présent les dispositions de l'article VIII du traité du 28 juin 1881 sont abolies.

Article 2.

En vue de mieux préciser la portée de l'article II du traité du 28 juin 1881, par lequel les deux hautes parties contractantes s'engagent réciproquement à ne point tolérer chez eux de menées politiques, religieuses ou autres dirigées contre l'un d'eux, et par lequel l'Autriche-Hongrie prend l'engagement d'appuyer le maintien et le raffermissement de la dynastie des Obrenovitch, le Gouvernement I. déclare qu'il prendra, le cas échéant, toutes les mesures pour empêcher par tous les moyens, et même de main armée, toute incursion hostile qui serait dirigée du Monténégro contre la Serbie et sa dynastie royale par le territoire placé sous l'administration des autorités I. et R.

L'Autriche-Hongrie emploiera en outre, s'il y a lieu, ses bons-offices auprès de la Sublime Porte, afin que les autorités ottomanes observent sur leur territoire une attitude analogue à l'égard d'incursions monténégrines dirigées contre la Serbie et la dynastie des Obrenovitch.

Article 3.

Les prévisions de l'article VI du traité du 28 juin 1881 ne pourront être mises en vigueur qu'en conformité aux dispositions de la constitution du royaume de Serbie en date du 22 décembre 1888 3 janvier 1889 (article 52 et 200)*).

Article 4.

Si les circonstances prévues par l'article VII du traité du 28 juin 1881 venaient à se produire tant que ce traité reste en vigueur et que la Serbie en ait fidèlement observé les stipulations, il est entendu que l'Autriche-Hongrie reconnaîtra et appuiera auprès des autres puissances la reconnaissance de l'extension territoriale en faveur du royaume de Serbie, prévue par l'article VII ci-dessus cité, laquelle extension pourra se porter dans la direction de la vallée du Wardar aussi loin que les circonstances le permettront.

---

*) V. N. R. G. 2. s. XVII, p. 139.

Article 5.

Pour répondre à un désir exprimé par S. M. le Roi Milan I et en conformité avec l'esprit de parfaite amitié dans lequel le traité du 28 juin 1881 et l'acte additionnel présent ont été conclus, le Gouvernement I. et R. déclare vouloir aider, autant que possible, à la consolidation de l'état économique et financier du Royaume de Serbie et s'engage, à cet effet, à entrer en négociations avec le Gouvernement Serbe, dès que la demande lui en aura été faite, sur certaines modifications du traité de commerce en vigueur entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie ayant trait aux droits et impôts sur les objets de consommation.

Article 6.

Le présent acte additionnel que les hautes parties s'engagent également à tenir secret, fera partie intégrante du traité du 28 juin 1881; il sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Belgrade dans un délai de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et l'ont revêtu du cachet de leurs armes.

Fait à Belgrade, en double expédition, le 9 février/28 janvier de l'an 1889.

(L. S.) *v. Hengelmüller.*
(L. S.) *Ch. Mijatovich.*

2.

A. S. Exc. Mr. Hengelmüller, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie

à Belgrade.

Très confidentielle. Belgrade ce 7/19 mars 1889.

Monsieur l'envoyé,

Nous avons reçu la note que V. E., d'ordre de son gouvernement, nous a fait l'honneur de nous adresser pour appeler notre attention sur le traité secret conclu entre la Serbie et l'Autriche-Hongrie le 28 juin 1881 et l'acte additionnel en faisant partie en date du 9 février de l'année courante.

Bien que le gouvernement impérial et royal ne doute point de la fidélité avec laquelle la régence royale remplira les obligations internationales de la Serbie contractées en bonne et due forme sous le règne précédent, ni des soins qu'elle mettra à veiller à leur scrupuleuse observation, il désire néanmoins, vu la haute importance des actes susmentionnés, obtenir des informations officielles et explicites sur le point de vue auquel la régence royale compte se placer à leur égard.

Ayant pris connaissance des traités susmentionnés et examiné avec soin leur contenu, nous nous empressons d'informer V. E. que nous les avons trouvés conclus en bonne et due forme et en pleine et entière con-

formité avec les droits souveraines accordés au roi de Serbie par l'ancienne constitution de 1869 et la nouvelle constitution du royaume promulguée le 22 décembre 1888.

La valeur légale du traité secret du 28 juin 1881 ainsi que de son acte additionnel du 9 février de l'année courante ne pouvant, par conséquent, être contestée un seul instant, nous n'hésitons pas à vous déclarer, Monsieur l'envoyé, que la régence royale n'a aucun scrupule de se placer au point de vue de la stricte et fidèle observation de ces stipulations internationales.

Cette tache nous sera d'autant plus facile que nous mêmes nous attachons le plus grand prix à chercher tous les moyens propres à assurer le développement des bonnes et cordiales relations qui existent si heureusement entre la Serbie et la puissante monarchie voisine.

Nous aimons à espérer que V. E. voudra bien nous accorder son appui bienveillant pour atteindre ce but et nous vous prions, Mr. l'envoyé, d'agréer les assurances de notre plus haute considération.

Les régents du royaume:

Dr. *J. Ristitch.*
Général *K. S. Protitch.*
Général *Belimarkowić.*

17.

ESPAGNE, ITALIE, AUTRICHE-HONGRIE.

Protocole en vue de renouveler l'Accord secret du 4/21 mai 1887;*) signé à Madrid, le 4 mai 1891, suivi de plusieurs Notes du même jour.**) ***)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 61.

1.

Protocole.

Le Gouvernement de S. M. le Roi d'Italie et le Gouvernement de S. M. la Reine régente d'Espagne, animés du désir de fortifier toujours davantage le principe monarchique et de contribuer au raffermissement de la paix, ont décidé de renouveler l'accord secret de 1887 et dans les mêmes termes qui avaient été stipulés entre les deux gouvernements par l'échange de notes du 4 mai de la dite année, à savoir:

*) V. ci-dessus No. 13, p 34.

**) D'après une Note du Gouvernement espagnol du 5 mai 1891, l'Allemagne a adhéré au Protocole le 4 mai 1891.

***) Une prolongation ultérieure a eu lieu au mois de mai 1895. — V. Pribram, l. c. p. 51, note 1.

Article I.

L'Italie et l'Espagne ne se prêteront envers la France, en ce qui concerne entre autres les territoires nord-africains, à aucun traité ou arrangement politique quelconque qui serait directement ou indirectement dirigé contre l'Italie, l'Espagne, l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie, ou contre l'une ou l'autre de ces puissances.

Article II.

Abstention de toute attaque non provoquée, ainsi que de toute provocation.

Article III.

En vue des intérêts engagés dans la Méditerranée, et dans le but principal d'y maintenir le statu quo actuel, l'Italie et l'Espagne se tiendront sur ce sujet en communication, en se faisant part de tout renseignement propre à s'éclairer sur leurs dispositions respectives, ainsi que sur celles des autres puissances.

Les dispositions qui précèdent, lesquelles constituent la reproduction de l'accord de 1887, entrent nouvellement en vigueur à partir d'aujourd'hui pour une durée de quatre ans, et continueront à être tenues secrètes.

Le Gouvernement Italien s'engage comme en 1887 à présenter les clauses susénoncées à l'adhésion des Gouvernements de S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie.

En foi de quoi leurs Excellences le Marquis Maffei, ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. le Roi d'Italie, et le Duc de Tetuan, ministre des affaires étrangères d'Espagne, dûment autorisés, ont signé ce protocole en double original.

Fait à Madrid le quatre mai mil huit cent quatre-vingt-onze.

(Signé) *Maffei.*
(Signé) *Le Duc de Tetuan.*

Pour copie conforme à l'original.

(L. S.) *Maffei.*

Madrid 4 Mai 1891.

2.

Regia ambasciata d'Italia.

Copie de la note adressée par S. E. le Duc de Tetuan, ministre des affaires étrangères d'Espagne à S. E. le Marquis Maffei, ambassadeur d'Italie.

Madrid, le 4 Mai 1891.

Monsieur l'ambassadeur: Me référant à l'accord secret que j'ai eu l'honneur de signer aujourd'hui avec V. E. au nom de nos gouvernements respectifs, je crois mon devoir de formuler au sujet de la clause 3 dudit

accord, la réserve suivante pour ce qui concerne le Maroc: Le Gouvernement de S. M. la Reine régente déclare que le statu quo à la conservation duquel vise l'accord doit être considéré non seulement en relation avec l'état de fait existant au Maroc, mais aussi en relation avec l'état des droits de l'Espagne d'après le traité de Wad Ras et sans que cela affaiblisse sa liberté d'action pour maintenir la sûreté de la ligne de frontière des possessions espagnoles sur le territoire du Maroc. En portant ce qui précède à la connaissance de V. E., je la prie de vouloir bien m'en donner acte au nom de son Gouvernement et d'en faire également notification à leurs Excellences les ambassadeurs d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie en les invitant à en prendre acte au nom de leurs Gouvernements respectifs. Veuillez agréer l'assurance de ma haute considération.

(Signé) *Duc de Tetuan.*

A. S. E. le marquis Maffei, ambassadeur de S. M. le Roi d'Italie.

Pour copie conforme à l'original:

(L. S.) *Maffei.*

Madrid 4 mai 1891.

3.

Madrid, le 4 mai 1891.

Par sa note d'aujourd'hui S. E. l'ambassadeur de S. M. le Roi d'Italie a bien voulu envoyer au soussigné copie certifiée conforme du protocole qu'elle a signé ce matin avec S. E. Mr. le Duc de Tetuan, ministre d'état, pour le renouvellement de l'accord secret du 4 mai 1887, ainsi que la copie certifiée conforme des notes relatives aux réserves formulées par le Gouvernement espagnol au sujet du Maroc.

Le soussigné s'empresse d'ordre de son Gouvernement de notifier l'accession de ce dernier au dit protocole et aux notes échangées à Madrid aujourd'hui 4 ct. entre le représentant de S. M. le Roi d'Italie et S. E. le ministre d'état de S. M. la Reine régente.

Le soussigné profite de cette occasion pour réitérer à S. E. Mr. le Marquis Maffei l'assurance de sa haute considération.

L'ambassadeur d'Autriche-Hongrie.

(Signé) *Dubsky*

18.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, ITALIE.

Traité en vue de renouveler la Triple Alliance conclue le 20 mai 1882*) et renouvelée le 20 février 1887;**) signé à Berlin, le 6 mai 1891, suivi d'un Protocole signé à la date du même jour.***)

***Pribram**, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. 1, p. 64.*

1.

L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et le Roi d'Italie fermement résolus d'assurer à leurs états la continuation des bienfaits que leur garantit, au point de vue politique aussi bien qu'au point de vue monarchique et social, le maintien de la Triple Alliance, et voulant dans ce but prolonger la durée de cette alliance conclue le 20 mai 1882 et renouvelée, une première fois déjà, par les traités du 20 février 1887 dont l'échéance était fixée au 30 mai 1892 ont, à cet effet, nommé comme leurs plénipotentiaires, savoir: -

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie: le sieur Emeric Comte Széchényi de Sárvári Felsö-Vidék, chambellan et conseiller intime actuel, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: le sieur Léon de Caprivi, général d'infanterie, chancelier de l'empire, son président du conseil des ministres de Prusse,

S. M. le Roi d'Italie: le sieur Edouard Comte de Launay, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

lesquels, après échange de leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs états.

Elles s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter,

---

*) V. ci-dessus No. 5, p. 17.
**) V. ci-dessus No. 12, p. 30.
***) Les ratifications du Traité ont été échangées à Berlin, le 17 mai 1891.

et se promettent en outre leur appui mutuel dans la limite de leurs propres intérêts.

Article II.

Dans le cas où l'Italie, sans provocation directe de sa part, serait attaquée par la France pour quelque motif que ce soit, les deux autres parties contractantes seront tenues à prêter à la partie attaquée secours et assistance avec toutes leurs forces.

Cette même obligation incombera à l'Italie dans le cas d'une agression non directement provoquée de la France contre l'Allemagne.

Article III.

Si une ou deux des hautes parties contractantes, sans provocation directe de leur part, venaient à être attaquées et à se trouver engagées dans une guerre avec deux ou plusieurs grandes puissances non signataires du présent traité, le „casus foederis" se présentera simultanément pour toutes les hautes parties contractantes.

Article IV.

Dans le cas où une grande puissance non signataire du présent traité menacèrait la sécurité des états de l'une des hautes parties contractantes, et la partie menacée se verrait par là forcée de lui faire la guerre, les deux autres s'obligent à observer, à l'égard de leur allié, une neutralité bienveillante. Chacune se réserve, dans ce cas, la faculté de prendre part à la guerre, si elle le jugeait à propos, pour faire cause commune avec son allié.

Article V.

Si la paix de l'une des hautes parties contractantes venait à être menacée dans les circonstances prévues par les articles précédents, les hautes parties contractantes se concerteront en temps utile sur les mesures militaires à prendre en vue d'une coopération éventuelle.

Elles s'engagent, dès-à-présent, dans tous les cas de participation commune à une guerre, à ne conclure ni armistice, ni paix, ni traité, que d'un commun accord entre elles.

Article VI.

L'Allemagne et l'Italie, n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir, sur les côtes et îles ottomanes dans la mer Adriatique et dans la mer Egée, toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront, à cet effet, tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres puissances.

Article VII.

L'Autriche-Hongrie et l'Italie, n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de

leur influence pour prévenir toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront, à cet effet, tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres puissances.

Toutefois dans le cas, où, par suite des événements, le maintien du statu quo dans les régions des Balcans ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la mer Egée deviendrait impossible, et que, soit en conséquence de l'action d'une puissance tierce soit autrement, l'Autriche-Hongrie ou l'Italie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation temporaire ou permanente de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux puissances, basé sur le principe d'une compensation réciproque pour tout avantage, territorial ou autre que chacune d'elles obtiendrait en sus du statu quo actuel, et donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées des deux parties.

Article VIII.

Les stipulations des articles VI et VII ne s'appliqueront d'aucune manière à la question egyptienne au sujet de laquelle les hautes parties contractantes conservent respectivement leur liberté d'action, eu égard toujours aux principes sur lesquels repose le présent traité.

Article IX.

L'Allemagne et l'Italie s'engagent à s'employer pour le maintien du statu quo territorial dans les régions nord-africains sur la Méditerranée à savoir la Cyrénaïque, la Tripolitaine et la Tunisie. Les représentants des deux puissances dans ces régions auront pour instruction de se tenir dans la plus étroite intimité de communications et assistance mutuelles.

Si malheureusement, en suite d'un mûr examen de la situation l'Allemagne et l'Italie reconnaissaient l'une et l'autre que le maintien du statu quo devenait impossible, l'Allemagne s'engage, après un accord formel et préalable, à appuyer l'Italie en toute action sous la forme d'occupation ou autre prise de garantie que cette dernière devrait entreprendre dans ces mêmes régions en vue d'un intérêt d'équilibre et de légitime compensation.

Il est entendu que pour pareille éventualité les deux puissances chercheraient à se mettre également d'accord avec l'Angleterre.

Article X.

S'il arrivait que la France fît acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat ou sa souveraineté, sous une forme quelconque, sur les territoires nord-africains, et qu'en conséquence de ce fait l'Italie crût devoir, pour sauvegarder sa position dans la Méditerranée, entreprendre elle-même une action sur les dits territoires nord-africains ou bien recourir sur le territoire français en Europe aux mesures extrêmes, l'état de guerre qui s'ensuivrait entre l'Italie et la France constituerait ipso facto, sur la

demande de l'Italie, et à la charge commune de l'Allemagne et de l'Italie, le casus foederis prévu par les articles II et V du présent traité, comme si pareille éventualité y était expressément visée.

Article XI.

Si les chances de toute guerre entreprise en commun contre la France par les deux puissances amenaient l'Italie à rechercher des garanties territoriales à l'égard de la France, pour la sécurité des frontières du royaume et de sa position maritime, ainsi qu'en vue de la stabilité de la paix, l'Allemagne n'y mettra aucun obstacle, et au besoin, et dans une mesure compatible avec les circonstances, s'appliquera à faciliter les moyens d'atteindre un semblable but.

Article XII.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent traité.

Article XIII.

Les puissances signataires se réservent d'y introduire ultérieurement sous forme de protocole et d'un commun accord, les modifications dont l'utilité serait démontrée par les circonstances.

Article XIV.

Le présent traité restera en vigueur pour l'espace de six ans à partir de l'échange des ratifications; mais s'il n'avait pas été dénoncé un an à l'avance par l'une ou l'autre des hautes parties contractantes, il restera en vigueur pour la même durée de six autres années.

Article XV.

Les ratifications du présent traité seront échangées à Berlin, dans un délai de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Berlin, en triple exemplaire, le sixième jour du mois de mai mil huit cent quatre-vingt-onze.

(L. S.) *Széchényi.*
(L. S.) *v. Caprivi.*
(L. S.) *Launay.*

2.

Protocole.

Au moment de procéder à la signature du traité de ce jour entre l'Autriche-Hongrie, l'Allemagne et l'Italie, les plénipotentiaires soussignés de ces trois puissances, à ce dûment autorisés, se déclarent mutuellement ce qui suit:

1º. Sauf réserve d'approbation parlementaire pour les stipulations effectives qui découleraient de la présente déclaration de principe les

hautes parties contractantes se promettent, dès ce moment, en matière économique (finances, douanes, chemins de fer) en sus du traitement de la nation la plus favorisée, toutes les facilités et tous les avantages particuliers qui seraient compatibles avec les exigences de chacun des trois états et avec leurs engagements respectifs avec les tierces puissances.

2°. L'accession de l'Angleterre étant déjà acquise, en principe, aux stipulations du traité de ce jour qui concernent l'Orient, proprement dit, à savoir les territoires de l'empire ottoman, les hautes parties contractantes s'emploieront au moment opportun, et pour autant que les circonstances le comporteraient, à provoquer une accession analogue à l'égard des territoires nord-africains de la partie centrale et occidentale de la Méditerranée, le Maroc compris. Cette accession pourrait se réaliser moyennant acceptation, de la part de l'Angleterre, du programme établi aux articles IX et X du traité de ce jour.

En foi de quoi les trois plénipotentiaires ont signé, en triple exemplaire, le présent protocole.

Fait à Berlin, le sixième jour du mois de mai mil huit cent quatre-vingt-onze.

Széchényi.
v. Caprivi.
Launay.

19.

AUTRICHE-HONGRIE, ROUMANIE.

Traité d'alliance; signé à Sinaia, le 25/13 juillet 1892.*)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 69.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème, etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et

S. M. le Roi de Roumanie,

animés d'un égal désir de maintenir la paix générale, conformément au but poursuivi par l'alliance austro-hongroise et allemande, d'assurer l'ordre politique et de garantir contre toutes les éventualités la parfaite amitié qui les lie, ont résolu de conclure à cette fin un traité qui par sa nature essentiellement conservatrice et défensive ne poursuit que le but de les prémunir contre les dangers qui pourraient menacer la paix de leurs états.

A cet effet L. L. dites M. M. ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie: le sieur Agénor Comte Goluchowski,

*) Les ratifications ont été échangées à Sinaia, le 4 août/25 juillet 1892.

chambellan impérial et royal, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie,

S. M. le Roi de Roumanie: le sieur Alexandre N. Lahovary, son ministre, secrétaire d'état aux affaires étrangères,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

Les hautes parties contractantes se promettent paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs états. Elles s'engagent à suivre une politique amicale et à se prêter un appui mutuel dans la limite de leurs intérêts.

Article 2.

Si la Roumanie, sans provocation aucune de sa part, venait à être attaquée, l'Autriche-Hongrie est tenue à lui porter en temps utile secours et assistance contre l'agresseur. Si l'Autriche-Hongrie était attaquée dans les mêmes circonstances dans une partie de ses états limitrophe à la Roumanie, le casus foederis se présentera aussitôt pour cette dernière.

Article 3.

Si une des hautes parties contractantes se trouvait menacée d'une agression dans les conditions susmentionnées les gouvernements respectifs se mettront d'accord sur les mesures à prendre en vue d'une coopération de leurs armées. Ces questions militaires, notamment celle de l'unité des opérations et du passage des territoires respectifs, seront réglées par une convention militaire.

Article 4.

Si contrairement à leur désir et espoir les hautes parties contractantes étaient forcées à une guerre commune dans les circonstances prévues par les articles précédents, elles s'engagent à ne négocier ni conclure séparément la paix.

Article 5.

Le présent traité restera en vigueur pour la durée de quatre ans à partir du jour de l'échange des ratifications. Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas dénoncé, ou si la révision n'en est pas demandée par aucune des hautes parties contractantes, il sera considéré comme prolongé pour la durée de trois autres années.

Article 6.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent traité.

Article 7.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Sinaia le vingt-cinquième/treizième jour du mois de juillet de l'an de grâce mil huit cent quatre-vingt-douze.

(L. S.) *Agénor Comte Goluchowski.*
(L. S.) *Al. Lahovari.*

20.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE, ROUMANIE.

Acte d'accession au Traité d'alliance conclu, le 25/13 juillet 1892, entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie;*) signé à Bucarest, le 23/11 novembre 1892.**)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 72.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et

S. M. le Roi de Roumanie ayant conclu à Sinaia le 25/13 juillet de l'année courante le traité d'amitié et d'alliance suivant:

(suivent les Articles 1—7 du Traité du 25 juillet 1892).

ont invité S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, à accéder aux dispositions du susdit traité.

En conséquence S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, a muni de ses pleins-pouvoirs à cet effet son représentant à Bucarest, le conseiller de légation Bernard de Bülow, pour adhérer formellement aux stipulations contenues dans le traité susmentionné. En vertu de cet acte d'accession S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, prend au nom de l'Empire d'Allemagne envers L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et le Roi de Roumanie, et en même temps L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et le Roi de Roumanie, prennent envers S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse. les mêmes engagements auxquels les hautes parties contractantes se sont mutuellement obligées par les stipulations du dit traité inséré ci-dessus.

Le présent acte d'accession sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

---

*) V. ci-dessus No. 19. p. 55.

**) Les ratifications ont été échangées à Bucarest, le 13/1 et le 14/2 décembre 1892.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte d'accession et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Bucarest, le 23e/11e jour du mois de novembre de l'an de grâce mil huit cent quatre-vingt-douze.

(L. S.) *A. Goluchowski.*
(L. S.) *Al. Lahovari.*
(L. S.) *Bern. Bülow.*

21.

ITALIE, AUTRICHE-HONGRIE.

Acte d'accession au Traité d'alliance conclu, le 25/13 juillet 1892, entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie;*) signé à Bucarest, le 28 novembre 1892.**)***)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 72.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, et S. M. le Roi de Roumanie, ayant conclu le 25/13 juillet 1892 un traité d'amitié et d'alliance, actuellement en vigueur, traité dont la teneur suit:

(suivent les Articles 1—7 du Traité du 25 juillet 1892.)

Ce traité ayant reçu le 23 novembre 1892 l'accession de S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et ayant été ensuite communiqué par les hautes parties contractantes susmentionnées à S. M. le Roi d'Italie avec l'invitation à y accéder, S. M. le Roi d'Italie, approuvant le but pour lequel ce traité a été conclu, et qui est la conservation de la paix générale et de l'ordre existant, a autorisé le soussigné sieur François des Marquis Curtopassi, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire auprès de S. M. le Roi de Roumanie, à déclarer en son nom qu'il accède au dit traité dans les limites ci-après indiquées en ce qui concerne les stipulations des articles 2 et 3, savoir:

Si les éventualités, pouvant donner lieu au casus foederis tel qu'il est prévu dans les articles 2 et 3, venaient à se produire, L. L. M. M., l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, le Roi d'Italie et le Roi de Roumanie prennent l'engagement mutuel de se concerter en temps utile pour une action commune dont les modalités seront réglées par une convention spéciale.

La présente accession sera en vigueur à dater du jour de la signature pour toute la durée du traité principal du 25/13 juillet 1892.

---

*) V. ci-dessus No. 19, p. 55.

**) Les ratifications ont été échangées à Vienne, le 24 décembre 1892.

***) Un Traité analogue a été conclu entre la Roumanie et l'Italie. V. Pribram, l. c. p. 70, note 1.

Le secret sera gardé sur cet acte d'accession qui ne pourra être révélé sans le consentement de chacune des hautes parties contractantes.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie a autorisé de son côté le soussigné sieur Agénor Comte Goluchowski, chambellan I. et R., son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie, à déclarer en son nom qu'il accepte dans les termes ci-dessus relatés et avec les mêmes obligations mutuelles l'accession de S. M. le Roi d'Italie au traité du 25/13 juillet 1892.

Le présent acte d'accession et d'acceptation sera ratifié par S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie et par S. M. le Roi d'Italie, et les ratifications seront échangées le plus tôt possible.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte d'accession et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Bucharest, le vingt-huitième jour du mois de novembre mille huit cent quatre-vingt-douze.

(L. S.) *Agénor Comte Goluchowski.*
(L. S.) *Francesco Curtopassi.*

22.

FRANCE, RUSSIE.

Convention militaire; signée à St.-Pétersbourg, le 17 août 1892.

Dokumente aus den russischen Geheimarchiven.
Berlin, Auswärtiges Amt (1918), p. 11.

Traduction.

Frankreich und Russland, von dem einzigen Wunsch beseelt, den Frieden zu erhalten und kein anderes Ziel verfolgend, als Massnahmen zu einem Verteidigungskriege vorzubereiten, der durch einen Angriff der Streitkräfte des Dreibundes hervorgerufen werden könnte, haben folgendes vereinbart:

1. Falls Frankreich von Deutschland oder von Italien mit Unterstützung Deutschlands angegriffen werden sollte, wird Russland mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften Deutschland angreifen.

Falls Russland von Deutschland oder von Oesterreich mit Unterstützung Deutschlands angegriffen werden sollte, wird Frankreich alle seine vorhandenen Streitkräfte zum Kampfe gegen Deutschland verwenden.

2. Im Falle einer Mobilisation der Streitkräfte des Dreibundes oder einer der ihm angehörigen Mächte, werden Frankreich und Russland, bei der ersten Nachricht von diesem Ereignis und ohne vorhergehende Vereinbarung, unverzüglich und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte mobilisieren und sie in möglichster Nähe ihrer Grenzen konzentrieren.

3. Die Streitkräfte, die gegen Deutschland aufzustellen sind, betragen auf seiten Frankreichs 1 300 000 Mann und auf seiten Russlands 700 000 bis 800 000 Mann.

Diese Streitkräfte werden vollständig und möglichst schnell in Tätigkeit treten, um Deutschland zu zwingen, gleichzeitig nach Osten und nach Westen zu kämpfen.

4. Die Generalstäbe beider Länder werden jederzeit Vereinbarungen miteinander treffen, um die oben angeführten Massnahmen vorzubereiten und ihre Durchführung zu erleichtern.

Sie werden einander schon im Frieden alle Nachrichten mitteilen, die sie über die Armeen des Dreibundes erhalten.

Mittel und Wege für den gegenseitigen Verkehr während des Krieges werden bei Zeiten erforscht und vorgesehen werden.

5. Frankreich und Russland werden keinen Sonderfrieden abschliessen.

6. Die Gültigkeitsdauer der gegenwärtigen Konvention ist gleich der Gültigkeitsdauer des Dreibundes.

7. Alle oben aufgezählten Bestimmungen sollen streng geheim gehalten werden.

Der Chef des Generalstabs, Generaladjutant *Obrutschew*,
Mitglied des Reichsrats.

Der Gehilfe des Chefs des Stabes der Armee,
Divisionsgeneral *Boisdeffre*.

23.

ROUMANIE, AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, ITALIE.

Protocole et Notes diplomatiques, concernant la prolongation du Traité d'alliance signé le 25/13 juillet 1892 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie;*) du 18/30 septembre 1896 au 5 juin 1899.

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 73.

1.

Les soussignés, munis des pleins-pouvoirs de leurs souverains, trouvés en bonne et due forme, prenant en considération les stipulations du traité d'alliance, signé le 25 juillet 1892, entre la Roumanie et l'Autriche-Hongrie, et désireux de constater une fois de plus l'entente intime établie en prévision de certaines éventualités, mentionnées dans ce traité, sont tombés d'accord sur ce qui suit:

*) V. ci-dessus No. 19. p. 55

Bien que le traité dont la durée a d'abord été fixée pour quatre ans, continue en vertu de l'Article 5, d'une manière tacite, de garder sa valeur jusqu'au 25 juillet 1899, les soussignés tiennent à déclarer d'une manière formelle que les engagements pris de part et d'autre resteront pleinement et entièrement en vigueur durant l'entière période de sept ans prévue par le dit traité.

Convaincus des bons résultats obtenus par cette entente pour les intérêts des deux parties contractantes et voulant en assurer les bienfaits pour une période prolongée, les soussignés prennent l'engagement que le traité en question restera en vigueur dans toutes ses parties et dans toute sa teneur jusqu'au 25 juillet 1903.

Il est bien entendu que le présent protocole, rédigé conformément aux pleins-pouvoirs donneés par L. L. M. M. le Roi de Roumanie et l'Empereur d'Autriche, Roi Apostolique de Hongrie, fait partie intégrante du traité d'alliance du 25 juillet 1892.

Fait à Sinaïa, le dix-huitième/trentième jour du mois de septembre de l'an de grâce mil huit cent quatre-vingt-seize.

(L. S.) *D. Sturdza.*
(L. S.) *Goluchowski.*

2.

Verbal-Note.

Die Dauer des zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien im Jahre 1892 abgeschlossenen und im Jahre 1896 verlängerten Geheimvertrags wird im Artikel 5 dieses Vertrags geregelt. Der letzte Absatz dieses Artikels lautet:

„Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas dénoncé ou si la révision n'en est pas demandée par aucune des hautes parties contractantes, il sera considéré comme prolongé pour la durée de trois autres années."

Auf Grund dieser Fassung des Artikels und folgend den allgemein üblichen Grundsätzen bei Interpretation von Verträgen geht die kaiserliche Regierung, welche dem Geheimvertrage im November 1892 beigetreten ist, von der Auffassung aus, dass der Vertrag für jeden vertragschliessenden Theil, welcher nicht ein Jahr vor Ablauf desselben seinen Rücktritt erklärt hat, stillschweigend weiterläuft. Da eine Kündigung seitens der Regierung S. M. im Laufe dieses Jahres nicht erfolgt ist, so erachtet dieselbe sich mithin nach wie vor an die Bestimmungen des Vertrages für gebunden.

Bereits im Dezember v. J. war die kaiserliche Regierung in der Lage, dem rumänischen Gesandten in Berlin auf seine Anfrage die vorstehende Auffassung über die Dauer ihrer Vertragspflichten schriftlich mitzutheilen und ist mit ihrer Darlegung dem Einverständniss und dem vollen Genügen S. M. des Königs Carl begegnet.

Berlin, den 7. Mai 1899.

3.

Geheim.

Euer Excellenz!

Die Verbal-Note, welche E. E. mit der geheimen Zuschrift vom 7. Mai l. J. mir zu übermitteln die Güte hatten, habe ich mit verbindlichstem Danke zu erhalten die Ehre gehabt.

In diesen Schriftstücken, welche ich nicht verfehlt habe meiner Regierung vorzulegen, ist seitens E. E. der Standpunkt niedergelegt, welchen die kaiserlich deutsche Regierung hinsichtlich der Dauer der Verbindlichkeiten einnimmt, die ihr aus inrem seiner Zeit erfolgten Beitritt zu dem zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien abgeschlossenen Vertrage obliegen.

E. E. haben die diesbezügliche Auffassung der kaiserlich deutschen Regierung dahin formuliert, dass auf Grund der Fassung des Artikel 5 des im Jahre 1892 mit Rumänien abgeschlossenen und 1896 verlängerten geheimen Vertrages, und nach den allgemein üblichen Grundsätzen bei Interpretation von Verträgen, der in Rede stehende Vertrag für jeden vertragschliessenden Theil, welcher nicht ein Jahr vor Ablauf desselben seinen Rücktritt erklärt hat, stillschweigend weiterläuft und dass somit, nachdem eine Kündigung seitens der Regierung S. M. des deutschen Kaisers im Laufe dieses Jahres nicht erfolgt ist, dieselbe sich nach wie vor an die Bestimmungen des Vertrages für gebunden erachtet.

Ferner hatten E. E. die Güte mitzutheilen, dass die kaiserlich deutsche Regierung bereits im Dezember vorigen Jahres in der Lage war, dem rumänischen Gesandten in Berlin auf seine Anfrage die vorstehende Auffassung über die Dauer ihrer Vertragspflichten schriftlich bekannt zu geben, und dass sie mit ihrer Darlegung dem Einverständnis und vollen Genügen S. M. des Königs Carol begegnet ist.

Im Auftrage und im Namen der k. u. k. Regierung habe ich die Ehre, E. E. ganz ergebenst bekannt zu geben, dass dieselbe in vorstehenden Erklärungen E. E. die seitens der kaiserlich deutschen Regierung bereits im November 1896 in Aussicht gestellte seinerzeitige schriftliche Adhäsion zu der im September desselben Jahres zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien stipulirten Vertragsverlängerung erblickt.

Ferner bin ich beauftragt, zu E. E. geneigten Kenntnis zu bringen, dass die k. u. k. Regierung von den eben erwähnten Mittheilungen der kaiserlich deutschen Regierung Akt nimmt und nunmehr beabsichtigt, dieselben der königlich italienischen Regierung mitzutheilen, damit diese in der Lage sei, auch ihrerseits die deutsche Auffassung zur Kenntnis zu nehmen und sich ihr durch eine analoge Declaration anzuschliessen.

Gleichzeitig benütze ich diesen Anlass, um E. E. die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Berlin, den 15. Mai 1899.

von Szögyény m. p.

4.*)

Ministero degli affari esteri. Rome, ce 5 juin 1899.

Monsieur l'ambassadeur,

V. E. m'a fait l'honneur de m'informer, d'ordre de son Gouvernement, d'un échange de notes intervenu, les 7 et 15 mai dernier, entre le secrétaire d'état de l'Empire allemand pour les affaires étrangères et l'ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Berlin au sujet du traité secret entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie. Il résulte de ces pièces que le Gouvernement allemand se considère, en vertu de l'art. 5 de ce traité, et conformément aux règles généralement admises pour l'interprétation des traités, comme étant encore et ultérieurement engagé par son accession au dit traité jusqu'à l'expiration d'une nouvelle période triennale.

Le Gouvernement du Roi n'hésite pas à s'associer, pour ce qui le concerne, à l'opinion émise par le Gouvernement Impérial d'Allemagne. L'accession de l'Italie et de l'Allemagne au traité secret entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie visant l'art. 5 aussi bien que tous les autres articles, il n'est pas douteux que le traité secret, par le fait de n'avoir été dénoncé en temps utile par aucune des parties intéressées, se trouve de plein droit prolongé pour une durée ultérieure de trois ans, et que les obligations contractées par les deux puissances qui y ont accédé demeurent également en vigueur pour la même période.

En priant V. E. de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance du gouvernement I. et R., en réponse à l'interpellation qu'il nous a adressée par son obligeante entremise, je saisis l'occasion pour lui renouveler l'assurance de ma très haute considération.

Visconti Venosta.

A. S. E. M. le Baron Pasetti, ambassadeur d'Autriche-Hongrie, Rome.

*) La déclaration d'accession formulée dans la Note ci-dessus reproduite, a été acceptée par le Gouvernement austro-hongrois. V. Pribram, l. c. p. 74, note 1.

24.

AUTRICHE-HONGRIE, RUSSIE.

Correspondance concernant les affaires des Balkans; du 8 au 17 mai 1897.

***Pribram**, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 78.*

1.

Copie
d'une dépêche secrète au Prince Liechtenstein à St. Pétersbourg, en date de Vienne, le 8 mai 1897.

A mon retour de St. Pétersbourg il me semble utile de consigner dans un résumé succinct les points cardinaux de l'entente si heureusement issue de l'échange de vues et d'idées que j'ai eu avec le Comte Mourawieff et dont les conclusions ont été ratifiées par L. L. M. M. l'Empereur et Roi, notre auguste maître, et l'Empereur Nicolas.

La conférence que les deux souverains, assistés de leurs ministres des affaires étrangères, ont tenue au palais d'hiver a eu en effet pour résultat d'établir une ligne de conduite commune dans les affaires d'Orient qui, en tenant compte de la sécurité et des intérêts vitaux des deux empires et en écartant le danger d'une concurrence funeste pour la paix de l'Europe sur le terrain brûlant de la presqu'île des Balkans, nous permet d'ores et déjà d'envisager avec plus de calme et de quiétude les complications politiques qui, à un moment donné, pourraient se présenter dans notre proche voisinage.

Basée sur un principe de confiance et de loyauté réciproques, cette entente renferme tous les éléments nécessaires à une coopération efficace et ainsi comprise, comme j'ai tout lieu de le croire, par les deux cabinets, elle offre en même temps de solides garanties pour la solution pacifique du problème oriental.

Ceci établi, je tiens à faire observer en premier lieu qu'étant tombés d'accord sur la nécessité de maintenir le statu quo actuel aussi longtemps que les circonstances le permettront, nous nous sommes plus, le comte Mourawieff et moi, à constater qu'il n'existait entre l'Autriche-Hongrie et la Russie aucune divergence de principe de nature à écarter la possibilité d'une entente entre nos deux pays pour parer aux éventualités qui, dans un avenir peut-être prochain pourraient, bien contre notre gré, surgir sur la presqu'île balcanique. Tout au contraire. Après avoir mûrement examiné la question dans tous ses détails, nous n'avons pas eu de peine à nous convaincre qu'il serait aisé de concilier les intérêts des deux grands empires, à la condition toutefois de dissiper tout esprit de méfiance dans nos rapports et de nous expliquer en parfaite franchise et loyauté sur les principes qui devront dorénavant régler notre conduite.

Pénétrés de ces sentiments nous nous sommes dès lors attachés à jeter les bases d'un accord entre les cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg, lequel approuvé sans restriction par nos augustes souverains, se trouve résumé dans les points suivants:

1⁰. Il a été convenu que pour le cas où le maintien du statu quo actuel deviendrait impossible, l'Autriche-Hongrie aussi bien que la Russie écartent d'avance tout esprit de conquête sur la presqu'île des Balkans, et qu'elles sont décidées à faire respecter ce principe par toute autre puissance qui manifesterait des visées sur le territoire susmentionné.

2⁰. Il a été également reconnu que la question de Constantinople et du territoire adjacent ainsi que celle des détroits (Dardanelles et Bosphore), ayant un caractère éminemment européen, ne sont pas de nature à faire l'objet d'une entente séparée entre l'Autriche-Hongrie et la Russie.

Le Comte Mourawieff n'hésita pas de déclarer à ce propos que, loin de tendre à une modification quelconque de l'état de choses présent sanctionné par le traité de Paris et la convention de Londres, le gouvernement impérial tenait au contraire au maintien intégral des dispositions y relatives qui donnaient pleine et entière satisfaction à la Russie en interdisant, par la fermeture des détroits, l'accès de la mer Noire aux bâtiments de guerre étrangers.

En ne pouvant admettre de concession sur ce point, le cabinet de St. Pétersbourg ne faisait que céder à un principe de légitime sécurité, principe dont la reconnaissance de notre part lui fut acquise de prime abord.

3⁰. L'établissement, par contre, d'un nouvel ordre de choses sur la presqu'île des Balkans, en dehors de Constantinople et des détroits, donnerait lieu, le cas échéant, à une stipulation spéciale entre l'Autriche-Hongrie et la Russie qui, principalement intéressées au règlement de cette question, se déclarent disposées à agir d'un commun accord en fixant dès maintenant les bases de leur entente, à savoir:

a) Les avantages territoriaux, reconnus à l'Autriche-Hongrie par le traité de Berlin, lui sont et demeurent acquis. Par conséquent, la possession de la Bosnie, de l'Hercégovine et du sandjak de Novibazar ne pourra faire l'objet d'une discussion quelconque, le gouvernement de S. M. I. et R. A. se réservant la faculté de substituer, le moment venu, au titre actuel d'occupation et de droit de garnison celui d'annexion.

b) La partie comprise entre Janina au midi et le lac de Scutari au nord avec un développement suffisant du côté de l'est, formera un état indépendant sous le nom de principauté d'Albanie, à l'exclusion de toute domination étrangère.

c) Le reste du territoire disponible fera l'objet d'un partage équitable entre les différents petits états balcaniques existants, partage au sujet duquel l'Autriche-Hongrie et la Russie se réservent de s'entendre en temps utile. Disposées à prendre en considération dans la mesure du possible les intérêts légitimes des participants, elles sont décidées d'autre

part à sauvegarder le principe de l'équilibre actuel et d'écarter, serait-ce au moyen de rectifications de frontières, toute combinaison qui favoriserait l'établissement d'une prépondérance marquée de telle principauté balcanique au détriment des autres.

d) Ayant enfin constaté que nos deux cabinets n'ont d'autre objectif sur la presqu'île des Balkans que le maintien, la consolidation et le développement pacifique des petits états qui s'y trouvent établis, nous sommes convenus de poursuivre dorénavant sur ce terrain une politique de parfaite harmonie et d'éviter par conséquent tout ce qui pourrait engendrer parmi nous des éléments de froissement ou de méfiance.

Tel est, mon prince, le résumé des pourparlers de St. Pétersbourg que je crois avoir reproduits aussi fidèlement que possible.

Je ne doute pas un moment que le Comte Mourawieff vous en confirmera l'exactitude et c'est à cet effet que je vous invite, à lui donner lecture de ma présente dépêche dont vous lui laisserez une copie entre les mains avec prière de vous en accuser réception.

Recevez etc.

2.

St. Pétersbourg, le 5 (17) mai 1897.

Monsieur l'ambassadeur,

La dépêche secrète que Mr. le Comte Goluchowski a adressé à V. A. en date de Vienne le 8 mai courant, et dont vous avez bien voulu me faire parvenir une copie, résume en traits généraux l'échange de vues et d'idées auquel a donné lieu le récent séjour en Russie de S. M. l'Empereur Roi François-Joseph et de son ministre des affaires étrangères.

Je crois devoir répondre à cette obligeante communication par un exposé succinct des impressions que j'en ai recueillies, afin d'écarter toute possibilité d'un malentendu dans nos appréciations.

Ainsi que le constate Mr. le Comte Goluchowski, nous sommes „tombés d'accord sur la nécessité de maintenir dans la presqu'île balcanique le statu quo actuel, aussi longtemps que les circonstances le permettront", et nous avons reconnu qu'il n'existait entre la Russie et l'Autriche-Hongrie aucune divergence de principe, ni le moindre motif de défiance. Dès lors, il nous a paru évident „que les intérêts des deux empires pourraient toujours être conciliés au moyen de franches et loyales explications".

Il a été convenu que, pour le cas où, malgré tous nos efforts, le statu quo actuel de la presqu'île balcanique ne pourrait plus être maintenu, „la Russie aussi bien que l'Autriche-Hongrie écartent d'avance tout esprit de conquête et qu'elles sont décidées à faire respecter ce principe par toute autre puissance qui manifesterait des visées contraires".

La Russie ne pouvant admettre la moindre atteinte aux dispositions relatives à la fermeture des détroits du Bosphore et des Dardanelles, con-

sacrée par les traités existants, l'Autriche-Hongrie „reconnaît de prime abord la parfaite légitimité de ce principe“.

Par contre, „l'établissement d'un nouvel ordre de choses sur la presqu'île des Balkans donnerait lieu, le cas échéant, à une stipulation spéciale entre l'Autriche-Hongrie et la Russie“.

Le Comte Goluchowski, dans sa note du 8 mai, fixe, dès à-présent, comme base d'une pareille entente les quatre points suivants:

a) „Les avantages reconnus à l'Autriche-Hongrie par le traité de Berlin, lui sont et demeurent acquis.“

En souscrivant à ce principe, nous croyons devoir observer, que le traité de Berlin assure à l'Autriche-Hongrie le droit d'occuper militairement la Bosnie et l'Herzégovine. L'annexion de ces deux provinces soulèverait une question plus étendue qui exigerait un examen spécial en temps et lieux. Quant au sandjak de Novibazar, il y aurait de plus à en préciser les limites qui, de fait, n'ont jamais été suffisamment définies.

Il nous semble, que les points b et c., ayant trait à la formation éventuelle d'une principauté d'Albanie et au partage équitable de tout le territoire disponible entre les différents petits états balcaniques, touchent à des questions d'avenir sur lesquelles il serait prématuré et bien difficile de statuer actuellement.

Quant au point d., portant: „ayant enfin constaté que nos deux cabinets n'ont d'autre objectif sur la presqu'île des Balkans que le maintien, la consolidation et le développement pacifique des petits états qui s'y trouvent établis, nous sommes convenus de poursuivre dorénavant, sur ce terrain, une politique de parfaite harmonie et d'éviter, par conséquent, tout ce qui pourrait engendrer parmi nous des éléments de froissement ou de méfiance“ — ce point répond entièrement aux vues de l'empereur mon auguste maître.

Je prie V. A. de vouloir bien porter tout ce qui précède à la connaissance de Mr. le Comte Goluchowski, qui relèvera, je l'espère, malgré les quelques nuances d'interprétation que je me suis fait un devoir de vous signaler, la parfaite conformité de notre manière de voir quant aux grandes lignes politiques si heureusement établies lors de notre récente entrevue.

Veuillez agréer, Mr. l'ambassadeur, l'assurance [illegible] considération.

Comte Mou[illegible]

S. A. S. le prince de Liechtenstein etc. etc. etc.

25.

ITALIE, AUTRICHE-HONGRIE.

Accord relatif à l'Albanie; réalisé par un Echange de Memorandums du 20 décembre 1900 et du 9 février 1901.*)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 83.

1.

S. E. Mr. le Comte Nigra, ambassadeur d'Italie, Vienne.

Copie. Roma, addi 20 décembre 1900.

Monsieur l'ambassadeur,

J'appelle l'attention de V. E. sur ma réponse à l'interpellation qui m'a été récemment adressée, à la chambre des députés, au sujet de l'Albanie. Voici le texte de cette réponse:

„Je puis assurer que le gouvernement italien et le gouvernement austro-hongrois ont eu l'occasion de considérer leurs intérêts sur les côtes ottomanes de l'Adriatique et de reconnaître que ces intérêts trouvent leur sauvegarde dans le respect, dans le maintien du status quo."

Je crois utile que vous portiez mes déclarations à la connaissance de S. E. Mr. le Comte Goluchowski. Je ne doute pas que le ministre I. et R. des affaires étrangères les trouvera conformes à l'entente qui s'était établie entre lui et moi, sur ce sujet, à l'occasion de la visite à Monza en 1897. Dans l'échange de vues qui eut lieu dans nos entretiens par rapport à cette question, nous nous sommes trouvés d'accord sur les points suivants:

1⁰. Maintenir le status quo aussi longtemps que les circonstances le permettraient;

2⁰. employer nos efforts, au cas où l'état de choses actuel ne pourrait être conservé, et où des changements s'imposeraient, afin que les modifications y relatives se réalisent dans le sens de l'autonomie;

3⁰. en général, et comme disposition mutuelle de part et d'autre, rechercher en commun, et toutes les fois qu'il y aurait lieu, les voies et moyens les plus propres à concilier et à sauvegarder nos intérêts réciproques.

J'attacherais du prix à être assuré que le comte Goluchowski voit, comme moi, dans ce qui précède, le résumé fidèle de la substance de ce qui a été convenu entre nous à ce sujet. J'autorise, en conséquence, V. E. à lui communiquer cette dépêche.

Veuillez agréer, Mr. l'ambassadeur, l'assurance de ma haute considération.

(signé) *Visconti Venosta.*

---

*) V. la Traduction de cet Accord N. R. G. 3. s. IX, p. 645.

2.

Dépêche strictement confidentielle au Baron Pasetti à Rome.

A son retour de Rome, le Comte Nigra a attiré mon attention sur la réponse donnée par S. E. le ministre des affaires étrangères du royaume d'Italie à l'interpellation qui lui a été récemment adressée à la chambre des députés au sujet de l'Albanie et a exprimé en même temps l'espoir que je trouverai les déclarations qu'elle renferme conformes aux principes sur lesquels nous sommes tombés d'accord en 1897 lors de mon entrevue avec le Marquis Visconti-Venosta au château de Monza.

Dans l'échange de vues strictement confidentiel qui eut lieu dans nos entretiens par rapport à cette question nous avons reconnu en effet la nécessité

1°. de maintenir le statu quo aussi longtemps que les circonstances le permettraient,

2°. d'employer nos efforts, au cas où l'état de choses actuel ne pourrait être conservé, et où des changements s'imposeraient, à ce que les modifications y relatives se réalisent dans le sens de l'autonomie, tout comme nous avons constaté; en général,

3°. la disposition de part et d'autre de rechercher en commun, et toutes les fois qu'il y aurait lieu, les voies et moyens les plus propres à concilier et à sauvegarder nos intérêts réciproques.

Etant donné ce qui précède, je me plais donc à établir que l'énonciation du Marquis Visconti-Venosta a été accueillie avec une vive satisfaction par le cabinet I. et R. et en vous priant, Mr. le baron, d'en faire part à S. E. le ministre des affaires étrangères je saisis cette occasion etc.

26.

AUTRICHE-HONGRIE, ROUMANIE.

Traité en vue de renouveler le Traité d'alliance, signé le 25/13 juillet 1892*) et prolongé par le Protocole du 18/30 septembre 1896;**) signé à Bucarest, le 17/4 avril 1902.***)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 85.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et S. M. le Roi de Roumanie, animés d'un égal désir de

---

*) V. ci-dessus No. 19, p. 55.

**) V. ci-dessus No. 23, p. 60.

***) Les ratifications ont été échangées à Bucarest, le 13/26 avril 1902.

maintenir la paix générale conformément au but poursuivi par l'alliance austro-hongroise-allemande, d'assurer l'ordre politique et de garantir contre toutes les éventualités la parfaite amitié qui les lie, ayant pris en considération les stipulations du traité signé à cette fin le 25 juillet 1892 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie, traité qui par sa nature essentiellement conservatrice et défensive ne poursuit que le but de les prémunir contre les dangers qui pourraient menacer la paix de leurs états; et désirant constater une fois de plus l'entente établie entre L. L. M. M. en prévision de certaines éventualités mentionnées dans le traité du 25 juillet 1892 dont la durée a été prolongée jusqu'au 25 juillet 1903 par le protocole signé à Sinaia le 30 septembre 1896, ont résolu de renouveler et de confirmer par un nouvel accord les engagements contenus dans le susdit traité.

A cet effet L. L. dites M. M. ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie:

le sieur Jean Marquis Pallavicini, son chambellan, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie, commandeur de l'ordre impérial autrichien de François Joseph avec plaque, chevalier de l'ordre autrichien impérial de Léopold,

S. M. le Roi de Roumanie:

le sieur Démètre A. Sturdza, président du conseil des ministres, son ministre des finances et ad interim à la guerre, grand-croix des ordres de l'étoile de Roumanie, de la couronne de Roumanie et de l'ordre autrichien impérial de Léopold en brillants, chevalier de 1ère classe de l'ordre autrichien impérial de la couronne de fer, lesquels après s'être communiqués leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Sont renouvelées et confirmées de commun accord les stipulations contenues dans les articles 1, 2, 3, 4 et 6 du traité signé le 25 juillet 1892 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie, et dont le texte suit ci-après:

Article 1.

Les hautes parties contractantes se promettent paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs états. Elles s'engagent à suivre une politique amicale et à se prêter un appui mutuel dans la limite de leurs intérêts.

Article 2.

Si la Roumanie, sans provocation aucune de sa part, venait à être attaquée, l'Autriche-Hongrie est tenue à lui porter en temps utile secours et assistance contre l'agresseur. Si l'Autriche-Hongrie était attaquée dans

les mêmes circonstances dans une partie de ses états limitrophe à la Roumanie, le casus foederis se présentera aussitôt pour cette dernière.

Article 3.

Si une des hautes parties contractantes se trouvait menacée d'une agression dans les conditions susmentionnées, les gouvernements respectifs se mettront d'accord sur les mesures à prendre en vue d'une coopération de leurs armées. Ces questions militaires, notamment celle de l'unité des opérations et du passage des territoires respectifs, seront réglées par une convention militaire.

Article 4.

Si contrairement à leur désir et espoir les hautes parties contractantes étaient forcées à une guerre commune dans les circonstances prévues par les articles précédents, elles s'engagent à ne négocier ni conclure séparément la paix.

Article 6.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent traité.

Article II.

Les articles ci-dessus reproduits resteront en vigueur pour une nouvelle période de cinq ans à partir du 25 juillet 1903 c'est-à-dire jusqu'au 25 juillet 1908. Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas dénoncé, ou si la révision n'en est pas demandée par aucune des hautes parties contractantes, il sera considéré comme prolongé pour la durée de trois autres années et ainsi de suite de trois ans en trois ans à défaut de dénonciation.

Article III.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Bucarest le dix-septième/quatrième jour du mois d'avril de l'an de grâce mil neuf cent deux.

(L. S.) *Pallavicini.*

(L. S.) *D. Sturdza.*

27.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE, ROUMANIE.

Acte d'accession au Traité d'alliance conclu le 17/4 avril 1902 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie;*) signé à Sinaia, le 25/12 juillet 1902.**)

Pribram, *Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 88.*

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème, etc. et Roi Apostolique de Hongrie et S. M. le Roi de Roumanie ayant conclu à Bucarest le 17 avril de l'année courante le traité d'amitié et d'alliance suivant:

(suivent les Articles 1—3 du Traité du 17 avril 1902)

ont invité S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, à accéder aux dispositions du susdit traité.

En conséquence S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, a muni de ses pleins-pouvoirs à cet effet son représentant à Bucarest le soussigné sieur Alfred de Kiderlen-Waechter, son conseiller intime de légation, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire, pour adhérer formellement aux stipulations contenues dans le traité susmentionné. En vertu de cet acte d'accession S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, prend au nom de l'Empire d'Allemagne envers L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et le Roi de Roumanie, et en même temps L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie et le Roi de Roumanie par les soussignés, le sieur Jean Marquis Pallavicini, son chambellan, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie, et le sieur Démètre A. Sturdza, président du conseil des ministres, son ministre des finances et ad interim à la guerre, dûment autorisés à cet effet, prennent envers S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, les mêmes engagements auxquels les hautes parties contractantes se sont mutuellement obligées par les stipulations du dit traité inséré ci-dessus.

Le présent acte d'accession sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Sinaia le vingt-cinquième/douzième jour du mois de juillet de l'an de grâce mil neuf cent deux.

(L. S.) *Pallavicini.*
(L. S.) *Kiderlen.*
(L. S.) *D. Sturdza.*

---

*) V. ci-dessus No. 26, p. 69.
**) Les ratifications ont été échangées à Bucarest, le 22 juillet/4 août 1902.

28.

ITALIE, AUTRICHE-HONGRIE.

Acte d'accession au Traité d'alliance conclu le 17/4 avril 1902 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie;*) signé à Bucarest, le 12 décembre 1902.**)***)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, p. 89.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et S. M. le Roi de Roumanie ayant conclu le 17/4 avril 1902 un traité d'amitié et d'alliance dont la teneur suit:

(suivent les Articles I—III du Traité du 17 avril 1902)

Ce traité ayant reçu le 25/12 juillet 1902 l'accession de S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et ayant été ensuite communiqué par les hautes parties contractantes susmentionnées à S. M. le Roi d'Italie avec l'invitation à y accéder, S. M. le Roi d'Italie, approuvant le but pour lequel ce traité a été conclu et qui est la conservation de la paix générale et de l'ordre existant, a autorisé le soussigné sieur Emmanuel Marquis Beccaria-Incisa, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie à déclarer en son nom qu'il accède au dit traité dans les limites ci-après indiquées en ce qui concerne les stipulations des articles 2 et 3 du traité signé le 25 juillet 1892 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie, articles qui sont reproduits dans l'article 1 du traité ci-dessus inséré, savoir:

Si les éventualités, pouvant donner lieu au casus foederis tel qu'il est prévu dans les dits articles 2 et 3, venaient à se produire, LL. MM. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, le Roi d'Italie et le Roi de Roumanie prennent l'engagement mutuel de se concerter en temps utile pour une action commune dont les modalités seront réglées par une convention spéciale.

La présente accession sera en vigueur à dater du 25/12 juillet 1903 pour toute la durée du traité principal du 17/4 avril 1902, à moins qu'elle ne soit dénoncée par une des hautes parties contractantes en temps utile conformément aux dispositions de l'article II du dit traité principal.

Le secret sera gardé sur cet acte d'accession qui ne pourra être révélé sans le consentement de chacune des hautes parties contractantes.

---

*) V. ci-dessus No. 26, p. 69.

**) Les ratifications ont été échangées à Vienne, le 4 avril 1903.

***) Un Traité analogue a été conclu entre l'Italie et la Roumanie le 12 décembre 1902. Les ratifications en ont été échangées à Bucarest, le 10 janvier 1903. V. Pribram, l. c. p. 86, note 1 et 2.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie a autorisé de son côté le soussigné sieur Jean Marquis Pallavicini, son chambellan, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie à déclarer en son nom qu'il accepte, dans les termes ci-dessus relatés et avec les mêmes obligations mutuelles, l'accession de S. M. le Roi d'Italie au traité du 17/4 avril 1902.

Le présent acte d'accession et d'acceptation sera ratifié par S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie et par S. M. le Roi d'Italie et les ratifications seront échangées le plus tôt possible.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte d'accession et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Bucarest le douzième jour du mois de décembre de l'an de grâce mil neuf cent deux.

(L. S.) *Pallavicini.*
(L. S.) *E. di Beccaria-Incisa.*

29.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE.

Protocole en vue de prolonger le Traité d'alliance, conclu le 7 octobre 1879*) et renouvelé le 22 mars 1883;**) signé à Berlin, le 1er juin 1902.***)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p 90.

Protokoll.

Die Unterzeichneten, Ladislaus Szögyény-Marich von Magyar-Szögyén und Szolgaegyháza, ausserordentlicher und bevollmächtigter Botschafter S. M. des Kaisers von Oesterreich, Königs von Böhmen u. s. w. und apostolischen Königs von Ungarn, und Graf Bernhard von Bülow, Kanzler des Deutschen Reichs, sind auf Grund allerhöchster Ermächtigung ihrer Souveräne am heutigen Tage in Berlin zu einer Berathung über die fernere Aufrechterhaltung des zu Wien am 7. Oktober 1879 unterzeichneten, am 21. desselben Monats ratifizirten und durch das zu Wien, am 22. März 1883 vollzogene, am 1. April desselben Jahres ratifizirte Protokoll bereits einmal ausdrücklich verlängerten geheimen Vertrages zwischen S. M., dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. w. und apostolischen

*) V. ci-dessus No. 1, p. 3.
**) V. ci-dessus No. 6. p. 20.
***) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 21 juin 1902.

König von Ungarn, und S. M., dem deutschen Kaiser, Könige von Preussen, zusammengetreten und haben in Vollmacht II. MM. folgende Erklärung abgegeben:

Die Bestimmungen des Artikels III des am 7. Oktober 1879 unterzeichneten und am 21. desselben Monats ratifizirten geheimen Vertrages zwischen I. I. M. M., dem Kaiser von Oesterreich, apostolischen König von Ungarn und dem deutschen Kaiser, König von Preussen, sowie auch die Bestimmungen der Punkte 1 und 2 des den Vertrag erneuernden Protokolles vom 22. März 1883 sind, gemäss den Intentionen, welche diesbezüglich bei Abschluss des Vertrages obwalteten, dahin zu verstehen, dass die Dauer des Vertrages sich immer wieder von selbst von drei zu drei Jahren verlängert, insolange die beiden Contrahenten nicht innerhalb der im Punkte 2 des Protokolles vom 22. März 1883 vereinbarten Frist vor Ablauf einer dieser dreijährigen Perioden über die Frage, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten, in Verhandlung treten.

Das gegenwärtige Protokoll wird den beiden hohen Souveränen zur Ratification unterbreitet und empfohlen werden und soll der Austausch der Ratificationsurkunden binnen drei Wochen in Berlin erfolgen.

Zu Urkund dessen ist dieses Protokoll in zwei Exemplaren aufgenommen, unterzeichnet und besiegelt worden.

Geschehen zu Berlin, am ersten Juni eintausendneunhundertzwei.

(L. S.) *Szögyény.*
(L. S.) *Bülow.*

30.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, ITALIE.

Traité afin de renouveler la Triple Alliance conclue le 20 mai 1882*) et prolongée par les Traités du 20 février 1887**) et du 6 mai 1891;***) signé à Berlin, le 28 juin 1902, suivi d'un Protocole de clôture, signé à la date du même jour.†)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I, p. 92.

1.

L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et le Roi d'Italie, fermement résolus d'assurer à leurs états la continuation des bienfaits que leur garantit, au point de vue politique aussi bien qu'au

*) V. ci-dessus No. 5, p. 17. **) V. ci-dessus No. 12, p. 30.
***) V. ci-dessus No. 18, p. 51.
†) Les ratifications du Traité ont été échangées à Berlin, le 8 juillet 1902.

point de vue monarchique et social, le maintien de la Triple Alliance, et voulant dans ce but prolonger la durée de cette alliance conclue le 20 mai 1882, renouvelée une première fois par les traités du 20 février 1887, et une seconde fois par le traité du 6 mai 1891, ont, à cet effet, nommé comme leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie: le sieur Ladislas Szögyény-Marich de Magyar-Szögyén et Szolgaegyháza, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse;

S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: le Comte Bernard de Bülow, chancelier de l'empire, son président du conseil des ministres de Prusse; et

S. M. le Roi d'Italie: le Comte Carlo Lanza di Busca, lieutenant-général, sénateur, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse lesquels, après échange de leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié, et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs états.

Elles s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter, et se promettent en outre leur appui mutuel dans la limite de leurs propres intérêts.

Article II.

Dans le cas où l'Italie, sans provocation directe de sa part, serait attaquée par la France pour quelque motif que ce soit, les deux autres parties contractantes seront tenues à prêter à la partie attaquée secours et assistance avec toutes leurs forces.

Cette même obligation incombera à l'Italie dans le cas d'une agression non directement provoquée de la France contre l'Allemagne.

Article III.

Si une ou deux des hautes parties contractantes, sans provocation directe de leur part, venaient à être attaquées et à se trouver engagées dans une guerre avec deux ou plusieurs grandes puissances non signataires du présent traité, le „casus foederis“ se présentera simultanément pour toutes les hautes parties contractantes.

Article IV.

Dans le cas où une grande puissance non signataire du présent traité menacerait la sécurité des états de l'une des hautes parties contractantes, et la partie menacée se verrait par là forcée de lui faire la guerre, les deux autres s'obligent à observer, à l'égard de leur allié, une neutralité bienveillante. Chacune se réserve, dans ce cas, la faculté de prendre part à la guerre, si elle le jugeait à propos, pour faire cause commune avec son allié.

Article V.

Si la paix de l'une des hautes parties contractantes venait à être menacée dans les circonstances prévues par les articles précédents, les hautes parties contractantes se concerteront en temps utile sur les mesures militaires à prendre en vue d'une coopération éventuelle.

Elles s'engagent, dès-à-présent, dans tous les cas de participation commune à une guerre, à ne conclure ni armistice, ni paix, ni traité, que d'un commun accord entre elles.

Article VI.

L'Allemagne et l'Italie n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir sur les côtes et îles ottomanes dans la mer Adriatique et dans la mer Egée toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront, à cet effet, tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres puissances.

Article VII.

L'Autriche-Hongrie et l'Italie, n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront, à cet effet, tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres puissances. Toutefois dans le cas où, par suite des événements, le maintien du statu quo dans les régions des Balcans ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la mer Egée deviendrait impossible, et que, soit en conséquence de l'action d'une puissance tierce soit autrement, l'Autriche-Hongrie ou l'Italie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation temporaire ou permanente de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux puissances, basé sur le principe d'une compensation réciproque pour tout avantage, territorial ou autre, que chacune d'elles obtiendrait en sus du statu quo actuel el donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées des deux parties.

Article VIII.

Les stipulations des articles VI et VII ne s'appliqueront d'aucune manière à la question egyptienne au sujet de laquelle les hautes parties contractantes conservent respectivement leur liberté d'action, eu égard toujours au principes sur lesquels repose le présent traité.

Article IX.

L'Allemagne et l'Italie s'engagent à s'employer pour le maintien du statu quo territorial dans les régions nord-africaines sur la Méditerranée

à savoir la Cyrénaïque, la Tripolitaine et la Tunisie. Les représentants des deux puissances dans ces régions auront pour instruction de se tenir dans la plus étroite intimité de communications et assistance mutuelles.

Si malheureusement, en suite d'un mûr examen de la situation, l'Allemagne et l'Italie reconnaissaient l'une et l'autre que le maintien du statu quo devenait impossible, l'Allemagne s'engage, après un accord formel et préalable, à appuyer l'Italie en toute action sous la forme d'occupation ou autre prise de garantie que cette dernière devrait entreprendre dans ces mêmes régions en vue d'un intérêt d'équilibre et de légitime compensation.

Il est entendu que pour pareille éventualité les deux puissances chercheraient à se mettre également d'accord avec l'Angleterre.

Article X.

S'il arrivait que la France fît acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat ou sa souveraineté, sous une forme quelconque, sur les territoires nord-africains, et qu'en conséquence de ce fait l'Italie crût devoir, pour sauvegarder sa position dans la Méditerranée, entreprendre elle-même une action sur les dits territoires nord-africains, ou bien recourir sur le territoire français en Europe aux mesures extrêmes, l'état de guerre qui s'ensuivrait entre l'Italie et la France constituerait ipso facto, sur la demande de l'Italie, et à la charge commune de l'Allemagne et de l'Italie le casus foederis prévu par les articles II et V du présent traité, comme si pareille éventualité y était expressément visée.

Article XI.

Si les chances de toute guerre entreprise en commun contre la France par les deux puissances amenaient l'Italie à rechercher des garanties territoriales à l'égard de la France, pour la sécurité des frontières du royaume et de sa position maritime, ainsi qu'en vue de la stabilité et de la paix, l'Allemagne n'y mettra aucun obstacle, et, au besoin, et dans une mesure compatible avec les circonstances, s'appliquera à faciliter les moyens d'atteindre un semblable but.

Article XII.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent traité.

Article XIII.

Les puissances signataires se réservent d'y introduire ultérieurement, sous forme de protocole et d'un commun accord, les modifications dont l'utilité serait démontrée par les circonstances.

Article XIV.

Le présent traité restera en vigueur pour l'espace de six ans à partir de l'échange des ratifications; mais s'il n'avait pas été dénoncé un an à l'avance par l'une ou l'autre des hautes parties contractantes, il restera en vigueur pour la même durée de six autres années.

Article XV.

Les ratifications du présent traité seront échangées à Berlin, dans un délai de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Berlin, en triple exemplaire, le vingt-huitième jour du mois de juin mil neuf cent deux.

(L. S.) *Szögyény.*
(L. S.) *Bülow.*
(L. S.) *C. Lanza.*

2.

Protocole.

Au moment de procéder à la signature du traité de ce jour entre l'Autriche-Hongrie, l'Allemagne et l'Italie, les plénipotentiaires soussignés de ces trois puissances, à ce dûment autorisés, se déclarent mutuellement ce qui suit:

1⁰. Sauf réserve d'approbation parlementaire pour les stipulations effectives qui découleraient de la présente déclaration de principe, les hautes parties contractantes se promettent, dès ce moment, en matière économique (finances, douanes, chemins de fer) en sus du traitement de la nation la plus favorisée, toutes les facilités et tous les avantages particuliers qui seraient compatibles avec les exigences de chacun des trois états et avec leurs engagements respectifs avec les tierces puissances.

2⁰. L'accession de l'Angleterre étant déjà acquise, en principe, aux stipulations du traité de ce jour qui concernent l'Orient, proprement dit, à savoir les territoires de l'empire ottoman, les hautes parties contractantes s'emploieront au moment opportun, et pour autant que les circonstances le comporteraient, à provoquer une accession analogue à l'égard des territoires nord-africains de la partie centrale et occidentale de la Méditerranée, le Maroc compris. Cette accession pourrait se réaliser moyennant acceptation, de la part de l'Angleterre, du programme établi aux articles IX et X du traité de ce jour.

En foi de quoi les trois plénipotentiaires ont signé, en triple exemplaire, le présent protocole.

Fait à Berlin, le vingt-huitième jour du mois de juin mil neuf cent deux.

Szögyény.
Bülow.
C. Lanza.

31.

AUTRICHE-HONGRIE, ITALIE.

Correspondance concernant la Tripolitaine et la Cyrénaïque; du 30 juin 1902.

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I. p. 97.

1.

Secrète. Déclaration.

Je soussigné, ambassadeur de S. M. I. et R. A., ai été autorisé de déclarer au Gouvernement de S. M. le Roi d'Italie, que tout en désirant le maintien du statu quo territorial en Orient, le Gouvernement austro-hongrois, n'ayant pas d'intérêt spécial à sauvegarder dans la Tripolitaine et la Cyrénaïque, est décidé à ne rien entreprendre de ce qui pourrait contrecarrer l'action de l'Italie au cas où, par suite de circonstances fortuites, l'état des choses actuel établi dans ces régions subirait une altération quelconque et forcerait le gouvernement royal à recourir à des mesures qui lui seraient dictées par ses propres intérêts.

Il est entendu que la présente déclaration restera secrète et qu'elle ne pourra être produite qu'en vertu d'un accord préalable entre les deux Gouvernements.

Rome, 30 juin 1902.

M. Baron Pasetti m. p.

2.

Ministero degli affari esteri.

Secrète. A. S. E. Monsieur le Baron Pasetti,
ambassadeur I. et R. d'Autriche-Hongrie
Rome.

Rome, le 30 juin 1902.

Monsieur l'ambassadeur,

Conformément au désir que V. E. a bien voulu m'en exprimer par sa note secrète en date d'aujourd'hui, N. 27, j'ai l'honneur de lui accuser réception de la déclaration concernant la Tripolitaine-Cyrénaïque que V. E. m'a transmise avec sa note précitée d'après les instructions de son gouvernement.

Veuillez agréer, Mr. l'ambassadeur, l'assurance de ma très-haute considération.

Prinetti.

32.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE, DANEMARK, ROUMANIE, RUSSIE, SERBIE, SUISSE, SUÈDE ET NORVÈGE, TURQUIE, BULGARIE.

Protocole concernant les mesures à prendre contre le mouvement anarchiste; signé à St.-Pétersbourg, le 1/14 mars 1904.

Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. Auswärtiges Amt (Berlin 1918), p. 14.

Traduction.

Protokoll.

Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Rumänien, Russland, Serbien, die Schweiz, Schweden und Norwegen, die Türkei und Bulgarien, — von der Notwendigkeit überzeugt, dass der Entwicklung der anarchistischen Bewegung tatkräftiger Widerstand entgegengesetzt werden muss, und in der Erkenntnis, dass das sicherste Mittel zur Erreichung dieses Zieles in erster Linie die Aufrechterhaltung der so glücklich erreichten Uebereinstimmung, — dann aber auch die Abgabe einer Erklärung sei, dass sie ein gemeinsames Interesse an Repressalien gegen anarchistische Machenschaften und Anschläge besitzen, — haben die Unterzeichneten, die mit den nötigen Vollmachten ihrer Regierungen versehen sind, sich auf folgende Massregeln geeinigt:

I.

Jeder Anarchist, der aus einem der vertragschliessenden Länder ausgewiesen wird, ist auf kürzestem Wege in das Land zu befördern, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt. Wenn das Heimatland des Ausgewiesenen nicht unmittelbar an das Land grenzt, das ihn ausweist, so wird der Ausgewiesene bis an die Grenze des Grenzstaates gebracht, das dem Heimatsstaat des Ausgewiesenen am nächsten liegt. Der Uebergabe des ausgewiesenen Anarchisten an der Grenze seines Heimatlandes muss eine Benachrichtigung der lokalen Polizeiorgane dieses Landes vorausgehen.

Wenn das Heimatland des Ausgewiesenen nicht an das Territorium des ausweisenden Landes grenzt, so ist der Ausgewiesene auf dem kürzesten Wege auf das Territorium des Zwischenlandes oder der Zwischenländer zu bringen und durch die Behörde dieser letzteren weiter zu schaffen, es sei denn, dass die Regierung eines dieser Länder es vorziehen sollte, dem Ausgewiesenen das Wohnen in den Grenzen ihres Gebiets zu gestatten. Wenn die Ueberführung eines Anarchisten an die Grenze seines Heimatlandes es notwendig machen sollte, ihn durch ein oder mehrere Zwischenländer zu transportieren, so sind die Behörden des Nachbarlandes gehalten, das Eintreffen des Transports stets rechtzeitig anzuzeigen. Die Behörden des Heimatlandes des Ausgewiesenen sind gleichfalls rechtzeitig sowohl von der Ausweisung, als auch von dem Wege des Transports zu benachrichtigen.

Sowohl das Gesamtverzeichnis der Beamten, die von der Ausweisung und dem Transport von Anarchisten zu benachrichtigen sind, als auch das Verzeichnis der Grenzorte, wohin diese Anarchisten geschafft werden müssen, bleibt ein Geheimnis zwischen den vertragschliessenden Ländern.

Falls zwischen den einzelnen interessierten Ländern nichts anderes vereinbart werden sollte, entfallen die Transportkosten auf jedes Land in Höhe der Auslagen, die es durch den Transport des Ausgewiesenen auf seinem eigenen Territorium hat.

II.

In jedem Lande ist ein zentrales Polizeibüro zu gründen, das die Sammlung von Mitteilungen über Anarchisten und über ihre Tätigkeit zur Aufgabe hat.

III.

Den Zentralbehörden eines jeden Landes liegt es ob zu bestimmen, auf welchem Wege die kompetenten Organe die erforderlichen Mitteilungen über die in ihrem Gebiet sich aufhaltenden Anarchisten und über ihre Tätigkeit dem zentralen Polizeibureau zuzustellen haben.

IV.

1. Jedes Zentralbureau ist verpflichtet, den Bureaus der anderen vertragschliessenden Länder Mitteilung zu machen:

a) von jeder Ausweisung,

b) von jeder freiwilligen Ausreise eines Anarchisten, der sich auf dem Territorium des betr. Staates befindet.

2. Diese Mitteilung muss von einer Notiz über das frühere Leben und, wenn möglich, von einer Photographie des Anarchisten begleitet sein. Es ist sehr erwünscht, dass der Ort und die Zeit des Uebertritts des Anarchisten in das Nachbarland in der Notiz angegeben und diese selbst so rechtzeitig zugestellt wird, dass die Beobachtung im Lande des Reiseziels des Anarchisten sofort einsetzen kann.

3. Wenn ein Anarchist das Gebiet eines der Zentralbureaus insgeheim verlassen hat und sein Aufenthaltsort unbekannt ist, so müssen sämtliche übrigen Bureaus unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt werden, um das Auffinden dieses Aufenthaltsorts zu erleichtern.

4. Wenn der Grenzort, über welchen der Anarchist im Falle seiner Ausweisung bzw. seiner freiwilligen Ausreise reist, im voraus bekannt ist, so wäre es nützlich, nicht nur das Zentralbureau, sondern auch die Behörden dieses Grenzorts zu benachrichtigen. Das Zentralbureau eines jeden Landes ist verpflichtet, allen übrigen Büros ein Verzeichnis der Grenzbehörden zu übersenden, an welche sie sich in solchen Fällen zu wenden haben.

V.

Jedes Zentralbureau ist verpflichtet, alle ihm zugehenden Mitteilungen über verbrecherische Verschwörungen anarchistischen Charakters unverzüglich allen übrigen Bureaus der vertragschliessenden Länder zur Kenntnis zu bringen.

VI.

Jedes Zentralbureau ist verpflichtet, an alle übrigen Bureaus nicht später als sechs Monate nach Eingang alle Nachrichten weiterzugeben, die sich auf bedeutendere Ereignisse in der anarchistischen Bewegung seines Gebiets beziehen.

Alle Bureaus sind ausserdem verpflichtet, alle Fragen der anderen Bureaus, die sich auf die anarchische Bewegung beziehen, unverzüglich zu beantworten.

Die oben angeführten Massregeln gelangen vom Tage der Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls zur Ausführung.

Jede unterzeichnete Macht verpflichtet sich, mit jeder der anderen unterzeichneten Mächte gemäss den Bestimmungen dieses Protokolls unverzüglich in Verbindung zu treten. Mächte, die dieses Protokoll nicht unterschreiben, können ihre Zustimmung zu den Bestimmungen desselben durch einen besonderen Akt erklären. Eine solche Zustimmung ist der russischen Regierung bekanntzugeben, die davon sowohl den vertragschliessenden als auch den später hinzutretenden Staaten Mitteilung macht.

Kraft dessen ist das gegenwärtige Protokoll, das geheim ist und bleiben soll, von den Bevollmächtigten der erwähnten Mächte unter Beifügung ihres Siegels unterschrieben worden.

Verfasst in St. Petersburg am 1/14. März 1904 in einem einzigen Exemplar, das in den Archiven des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten Russlands aufbewahrt wird, während bestätigte Abschriften davon auf diplomatischem Wege an alle vertragschliessenden Mächte einzusenden sind.

Für Deutschland: *Alvensleben.*
Für Oesterreich und für Ungarn: der österreichisch-ungarische Botschafter *H. Aehrenthal.*
Für Dänemark: *P. Löwenörn.*
Für Rumänien: *G. Rosetti-Solesko.*
Für Russland: Graf *Lambsdorf.*
Für Serbien: *Stojan Nowakowie.*
Für Schweden und Norwegen: *Aug. F. Gildenstolpe.*
Für die Türkei: *Husni.*
Für Bulgarien: *Stojanow.*

Anlage zum Protokoll vom 1/14. März 1904.

Während der Unterzeichnung des Protokolls bezüglich internationaler Massregeln gegen die Anarchisten hatten der türkische Gesandte und die Minister Dänemarks, Rumäniens, Schwedens und Norwegens dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten folgende Erklärungen abgegeben:

A, Seine Exzellenz Marschall Husni-Pascha:

Indem der unterzeichnete ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Seiner Ottomanischen Majestät das gegenwärtige

Protokoll unterschreibt, das sich auf internationale Massregeln gegen Anarchisten bezieht, nimmt er gleichzeitig Bezug auf die Erklärung der Kaiserlich Ottomanischen Regierung, die dieselbe am 6. September 1899 dem römischen Kabinett übergeben hat, und bemerkt, dass die Bestimmungen des oben erwähnten Protokolls in absolut keiner Weise die Vereinbarung berühren, die zwischen der Pforte und der russischen Regierung über die Rückkehr einiger Kategorien der in Russland sich aufhaltenden armenischen Emigranten besteht.

St. Petersburg, am 1/14. März 1904.

gez. *Husni.*

B. Herr P. von Löwenörn:

Indem der unterzeichnete ausserordentliche und bevollmächtigte Minister Seiner Majestät des dänischen Königs das gegenwärtige, internationale Massregeln gegen Anarchisten betreffende Protokoll unterschreibt, erklärt er im Namen seiner Regierung, dass die durch die Punkte 2 bis 4 des obigen Protokolls den Zentralbureaus auferlegten Pflichten von der Polizei der Stadt Kopenhagen ausgeübt werden sollen.

St. Petersburg, den 1/14. März 1904.

gez. *Löwenörn.*

C. Herr G. Rosetti-Solesko:

Indem der ausserordentliche und bevollmächtigte Minister Seiner Majestät des rumänischen Königs das heutige, internationale Massregeln gegen Anarchisten betreffende Protokoll unterschreibt, erklärt er, dass die rumänische Regierung sich das ausschliessliche Recht vorbehält, zuvörderst den anarchistischen Charakter einer jeden Person zu bestimmen, gegen die die vorgesehenen Massregeln angewendet werden sollen, und dass überhaupt jedesmal, wenn sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung bilden sollte, auf dessen Gebiet sich das Individuum befindet, und der Regierung, deren Untertan er ist, die erstere dieser Regierungen den anarchistischen Charakter festzustellen hat.

St. Petersburg, den 1/14. März 1904.

gez. *Rosetti-Solesko.*

D. Herr Graf Gildenstolpe:

Indem der ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen das heutige, internationale Massregeln gegen Anarchisten betreffende Protokoll unterschreibt, erklärt er im Namen seiner Regierung, dass die in den Punkten 2 bis 4 des erwähnten Protokolls dem Zentralbureau zugewiesenen Pflichten in Schweden von dem Chef der Polizei in Stockholm, und in Norwegen von der Polizei in Kristiania ausgeübt werden sollen.

St. Petersburg, den 1/14. März 1904.

gez. *Aug. F. Gildenstolpe.*

33.

SERBIE, BULGARIE.

Convention d'amitié et de commerce; signée à Belgrade, le 30 mars 1904.*)

Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. Auswärtiges Amt (Berlin 1918), p. 18.

Traduction.

Die Regierung Seiner Königlichen Majestät des Königs Peter I. von Serbien und die Regierung Seiner Zarischen Hoheit des Fürsten Ferdinand von Bulgarien, von dem Bewusstsein der Gemeinsamkeit der Schicksale ihrer verwandten und benachbarten Staaten tief durchdrungen und von dem aufrichtigen Wunsch beseelt, ihren Völkern die Vorteile einer friedlichen, politischen und kulturellen Entwicklung durch freundschaftliche und brüderliche Vereinigung dieser Völker zu sichern, — haben folgendes Uebereinkommen abgeschlossen:

I.

Jedes Land hat dem andern gegenüber zwecks Einfuhr der Erzeugnisse desselben (örtlicher Herkunft) seine Grenzen zu öffnen; beide Länder haben den übrigen Ländern gegenüber eine gleiche Zollpolitik zu führen, wobei angestrebt werden soll, diese Politik durch den Abschluss eines Zollvereins zwischen beiden Staaten zu krönen.

II.

Der gegenseitige Austausch und Transit aller Erzeugnisse ist im Gebiet des betreffenden Staates durch entsprechende Herabsetzung der Fracht- und Passagiertarife zu erleichtern.

III.

Die Post- und Telegraphengebühren sind den innerhalb des betreffenden Staates geltenden gleichzustellen und für den gegenseitigen telegraphischen Verkehr ist die Kyrillica einzuführen.

IV.

Der gegenseitige Passzwang ist aufzuheben und alle die Freiheit des Verkehrs zwischen den Untertanen beider Staaten beengenden Hindernisse sind zu beseitigen.

V.

Es ist eine Konvention abzuschliessen, damit in jedem Staat zivilrechtliche Urteile des anderen Staates vollstreckt und Verbrecher und Deserteure nach allgemeinem Recht (du droit commun) gegenseitig ausgeliefert werden können.

---

*) Ratifiée.

VI.

Es ist eine Münzkonvention zum Zweck der unbehinderten Zirkulation der serbischen und bulgarischen Geldzeichen in beiden Staaten abzuschliessen, um die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu erleichtern.

VII.

Vorliegendes Uebereinkommen darf nur nach vorhergehender Abmachung zwischen den beiden vertragschliessenden Parteien veröffentlicht werden und tritt mit dem Tage der Ratifikation in Kraft.

Abgeschlossen in Belgrad am 30. März 1904.

Im Namen des serbischen Königreiches:

gez. General *Sawwa Gruitsch.*
Nikola P. Paschitsch.

Im Namen des bulgarischen Fürstentums:

gez. *D. Rizow.*
Oberst im Generalstab Chesaptschijew.

(Rotb. Heft II Nr. 22.)

34.

AUTRICHE-HONGRIE, RUSSIE.

Déclaration renfermant l'engagement mutuel d'une neutralité absolue; signée à St.-Pétersbourg, le 2/15 octobre 1904.

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, p. 98.

Les soussignés dûment autorisés par leurs augustes souverains se sont réunis aujourd'hui au ministère impérial des affaires étrangères pour signer la déclaration suivante:

L'Autriche-Hongrie et la Russie, unies par des vues identiques sur la politique conservatrice à suivre dans les pays balcaniques et très satisfaites du résultat obtenu jusqu'ici de leur étroite collaboration, sont fermement décidées à persévérer dans cette voie. Heureux de constater une fois de plus cette entente, les cabinets de Vienne et de St Pétersbourg attachent un grand prix à se donner en due forme un témoignage d'amitié et de confiance réciproque.

C'est dans ce but que les deux puissances sont tombées d'accord d'observer une neutralité loyale et absolue dans le cas où l'une des deux parties signataires de cette déclaration se trouverait seule et sans provocation de sa part en état de guerre avec une troisième puissance qui chercherait à porter atteinte à sa sécurité ou au statu quo dont le maintien constitue la base de leur entente aussi pacifique que conservatrice.

L'engagement stipulé par ce qui précède entre l'Autriche-Hongrie et la Russie ne s'applique naturellement pas aux pays balcaniques dont les destinées se rattachent évidemment à l'accord établi entre les deux empires voisins. Le dit engagement est entendu rester valable aussi longtemps que ces deux grandes puissances poursuivront leur politique d'entente dans les affaires de la Turquie, il sera tenu secret et ne pourra être communiqué à un autre gouvernement qu'après entente préalable entre les cabinets de Vienne et de St Pétersbourg.

Fait en double à St Pétersbourg le 2/15 octobre 1904.

L. Aehrenthal.
Cte Lamsdorff.

35.

RUSSIE, ALLEMAGNE.

Protocole concernant le maintien du status quo territorial dans les régions de la Mer baltique; signé à St.-Pétersbourg, le 16/29 octobre 1907.

Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. Auswärtiges Amt (Berlin 1918), p. 26.

Traduction.

Die beiden Kaiserlichen Regierungen Russlands und Deutschlands im Bewusstsein der bestehenden Gemeinsamkeit der Interessen ihrer Politik in den an die Ostsee grenzenden Ländern und erfüllt von dem Wunsche, durch ein Uebereinkommen die jahrhundertelangen Bände traditioneller Freundschaft und die gutnachbarlichen Gefühle, die ihre Staaten verbinden, zu festigen, erklären durch das gegenwärtige Protokoll, dass ihre gemeinsame Politik in diesem Gebiet die Erhaltung des Status quo in demselben zum Zweck hat.

Ausgehend von diesem Grundsatz ihrer Politik, haben beide Kaiserlichen Regierungen beschlossen, die Rechte Seiner Majestät des Kaisers aller Reussen und Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preussen auf ihre festländischen Besitzungen, gleichwie auf die im bezeichneten Gebiet belegenen Inseln in voller Unantastbarkeit zu erhalten.

Die anderen beiden Staaten, die an die Ostsee grenzen, d. h. Dänemark und Schweden, können mit beiden Kaiserreichen besondere Verträge abschliessen, die ihre territoriale Unantastbarkeit anerkennen und die auf diese Weise die allgemeine Erhaltung des gegenwärtigen status quo im Becken der Ostsee festigen würden.*)

*) V. la déclaration du 10/23 avril 1908; N. R. G. 3. s. I, p. 18.

Selbstverständlich wird die Kaiserlich Deutsche Regierung, die zugunsten Russlands beabsichtigte Aufhebung der Konvention vom 30. März 1856, die in Paris zwischen Russland, Frankreich und Grossbritannien bezüglich der Alandsinseln abgeschlossen worden ist,*) als den oben dargelegten Grundsätzen de facto nicht widersprechend betrachten.

Beide Kaiserlichen Regierungen sind übereingekommen, das gegenwärtige Protokoll bis zu dem Zeitpunkt geheim zu halten, an dem sie nach gegenseitiger Uebereinkunft es für nötig befinden werden, dasselbe offiziell allen oder nur einigen Regierungen bekanntzugeben.

Zur Bekräftigung dessen haben die Unterzeichneten auf Grund ihrer Vollmacht das gegenwärtige Protokoll unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt.

Ausgefertigt in zwei Exemplaren in Sankt Petersburg am 16./29. Oktober 1907.

(gez.) *Gubastow.*
(gez.) *Jagow.*

(Rotb. Heft IV Nr. 54.)

36.

AUTRICHE-HONGRIE, ITALIE.

Correspondance en vue de préciser et de compléter l'article VII du Traité de la Triple Alliance, signé le 28 juin 1902;**) du 20 novembre et du 15 décembre 1909.

***Pribram**, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, p. 99. — Diplomatische Aktenstücke betr. die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis 23. Mai 1915 (Wien 1915), p. 203.*

Secret. 1.

Dans les pourparlers que j'ai eus ces derniers temps avec le Duc Avarna en vue de préciser et de compléter l'article VII du traité de la Triple-Alliance, nous sommes d'abord tombés d'accord que, l'Autriche-Hongrie ayant renoncé aux droits que le traité de Berlin lui avait conférés par rapport au sandjak de Novibazar, les dispositions de l'article précité de la Triple-Alliance s'appliquent au sandjak aussi bien qu'aux autres parties de l'empire ottoman. Si donc par suite de l'impossibilité du maintien du statu quo dans les Balcans l'Autriche-Hongrie était amenée par la force des événements à procéder à une occupation temporaire ou permanente du sandjak de Novibazar, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable avec l'Italie, basé sur le principe d'une compensation.

*) V. N. R. G. XV, p. 788.
**) V. ci-dessus No. 30, p. 75.

Fidèles à l'esprit qui a inspiré le traité de la Triple-Alliance et en vue de fixer d'une manière précise et d'un commun accord le procédé que les deux cabinets alliés comptent adopter dans certaines éventualités nous sommes convenus, en outre, le Duc Avarna et moi, de ce qui suit:

Chacun des deux cabinets s'engage à ne pas contracter un accord quelconque avec une tierce puissance concernant les questions balcaniques sans que l'autre cabinet y participe sur un pied d'égalité absolue; de même, les deux cabinets s'engagent à se communiquer toute proposition qui serait faite à l'un ou à l'autre par une tierce puissance, allant à l'encontre du principe de non-intervention et se rapportant à une modification du statu quo dans les régions des Balcans ou des côtes et des îles ottomanes dans l'Adriatique et de la mer Egée.

Il va sans dire que l'article VII du traité de la Triple-Alliance, que les dispositions qui précèdent ne font que préciser et compléter, reste intégralement en vigueur.

Quant à la durée de l'engagement que les deux cabinets assument en vertu de ce qui précède, il est entendu qu'elle doit coïncider avec celle du traité de la Triple-Alliance, de sorte que l'engagement même serait implicitement renouvelé avec le renouvellement de la Triple-Alliance.

Conformément aux dispositions analogues de ce traité les deux cabinets se promettent mutuellement le secret sur l'engagement qu'ils viennent de prendre; seul le cabinet de Berlin, à titre d'allié, en sera informé sans délai par les deux gouvernements.

Afin d'établir exactement ce qui a été convenu dans les pourparlers que j'ai eus avec le cabinet royal par l'entremise du Duc Avarna, je vous engage, monsieur l'ambassadeur, à communiquer cette dépêche à monsieur le ministre des affaires étrangères et à lui en laisser copie.

Agréez etc.

2.

Traduction.

Erlass des Conte Guicciardini an Herzog Avarna ddo. Rom, 15. Dezember 1909, von letzterem dem Grafen Aehrenthal am 19. Dezember 1909 eingehändigt.

In den Unterhandlungen, welche Sie in der jüngsten Zeit mit Graf Aehrenthal geführt haben, um den Artikel VII des Dreibundvertrages zu präzisieren und zu ergänzen, sind Sie zunächst darüber einig geworden, dass sich, nachdem Oesterreich-Ungarn auf die Rechte verzichtet hat, welche ihm der Berliner Vertrag bezüglich des Sandjaks von Novibazar eingeräumt hatte, die Bestimmungen des erwähnten Artikels des Dreibundes auf den Sandjak ebenso beziehen wie auf die anderen Teile des ottomanischen Kaiserreiches. Wenn somit Oesterreich-Ungarn infolge der Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan durch die Macht der Ereignisse sich gezwungen sähe, zu einer zeitweiligen oder dauernden

Besetzung des Sandjaks von Novibazar zu schreiten, wird diese Besetzung nur nach einem vorherigen, auf dem Prinzipe einer Kompensation beruhenden Uebereinkommen mit Italien stattfinden.

Treu dem Geiste, der dem Dreibundvertrage zu Grunde liegt, und von der Absicht geleitet, in einer präzisen Weise und in Uebereinstimmung den Vorgang festzustellen, den die beiden Kabinette in gewissen Eventualitäten einzuschlagen gedenken, sind Sie weiters mit Grafen Aehrenthal über folgendes übereingekommen.

Jedes der beiden Kabinette verpflichtet sich, keinerlei die Balkanfragen betreffendes Uebereinkommen mit einer dritten Macht zu schliessen, ohne dass das andere Kabinett auf dem Fusse voller Gleichheit daran teilnehme; ebenso verpflichten sich die beiden Kabinette, einander jeden Vorschlag mitzuteilen, der dem einen oder dem anderen seitens einer dritten Macht gemacht würde, dem Prinzipe der Nichteinmischung zuwiderliefe und sich auf eine Aenderung des Status quo bezüglich der Balkangebiete oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen oder im Aegäischen Meere bezöge.

Selbstverständlich bleibt der Artikel VII des Dreibundes, den die vorstehenden Bestimmungen nur präzisieren und vervollständigen, voll in Kraft.

Was die Dauer der Verpflichtung anbelangt, welche die beiden Kabinette im Sinne des Vorstehenden auf sich nehmen, ist es ausgemacht, dass sie mit jener des Dreibundvertrages koïnzidiere, und zwar in der Weise, dass das Uebereinkommen selbst sich mit der Erneuerung des Dreibundes automatisch erneuere.

Gemäss den analogen Bestimmungen dieses Vertrages versprechen sich die beiden Kabinette gegenseitig die Geheimhaltung der Verpflichtungen, welche sie hiemit eingehen; nur das Berliner Kabinett wird hievon in seiner Eigenschaft als verbündetes von den beiden Regierungen ohne Verzug verständigt werden.

Um genau festzustellen, was in den Verhandlungen, welche ich durch Ihre Vermittlung mit dem k. und k. Kabinette geführt habe, vereinbart wurde, ersuche ich Sie, Herr Botschafter, diesen Erlass dem Herrn Minister des Aeussern mitzuteilen und ihm eine Abschrift desselben zu überlassen.

Genehmigen Sie etc.

Guicciardini.

37.

FRANCE, RUSSIE.

Convention maritime; signée à Paris, le 16 juillet 1912.

Deutschland schuldig? Deutsches Weissbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. 2. Aufl. Berlin 1919, p. 145.

Traduction.

Art. 1. In allen Fällen, in denen die Allianz das gemeinsame Vorgehen der Landarmeen vorsieht und festsetzt, werden die Seestreitkräfte Frankreichs und Russlands zusammenwirken.

Art. 2. Die Zusammenwirkung der Seestreitkräfte wird schon im Frieden vorbereitet.

Zu diesem Zwecke werden die Generalstabschefs der beiden Marinen schon jetzt ermächtigt, direkt miteinander zu korrespondieren, alle Aufschlüsse auszutauschen, alle Kriegsmöglichkeiten zu studieren, alle strategischen Programme zu vereinbaren.

Art. 3. Die Generalstabschefs der beiden Marinen konferieren persönlich wenigstens einmal im Jahre; sie werden ein Protokoll über ihre Konferenzen aufnehmen.

Art. 4. Betreffs der Dauer, der Wirksamkeit und der Geheimhaltung wird das gegenwärtige Abkommen dem Militärabkommen vom 17. August 1892*) und den folgenden Uebereinkommen angegliedert.

Paris, den 16. Juli 1912.

---

*) V. ci-dessus No. 22, p. 59.

38.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, ITALIE.

Traité en vue de prolonger la durée de la Triple Alliance, conclue le 20 mai 1882*) et renouvelée par les Traités du 20 février 1887,**) du 6 mai 1891***) et du 28 juin 1902;†) signé à Vienne, le 5 décembre 1912, suivi de deux Protocoles signés à la date du même jour.††)†††)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, p. 101.

1.

L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse et le Roi d'Italie, fermement résolus d'assurer à leurs états la continuation des bienfaits que leur garantit, au point de vue politique aussi bien qu'au point de vue monarchique et social, le maintien de la Triple Alliance, et voulant dans ce but prolonger la durée de cette alliance, conclue le 20 mai 1882, renouvelée une première fois par le traité du 20 février 1887, une seconde fois par le traité du 6 mai 1891 et une troisième fois par le traité du 28 juin 1902, ont, à cet effet, nommé comme leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie: le Comte Leopold Berchtold von und zu Ungarschitz, son ministre de la maison impériale et royale et des affaires étrangères, président du conseil commun des ministres; S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: le sieur Heinrich von Tschirschky und Bögendorff, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie; et S. M. le Roi d'Italie: le Duc Giuseppe d'Avarna, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, lesquels, après échange de leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs états.

---

*) V. ci-dessus No. 5, p. 17. **) V. ci-dessus No. 12, p. 30.
***) V. ci-dessus No. 18, p. 51. †) V. ci-dessus No. 30, p. 75.
††) Les ratifications du Traité ont été échangées à Vienne, le 19 décembre 1912.
†††) Le 4 mai 1915, l'Italie a déclaré sans effets son Traité d'alliance avec l'Autriche-Hongrie.

Elles s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter, et se promettent en outre leur appui mutuel dans la limite de leurs propres intérêts.

Article II.

Dans le cas où l'Italie, sans provocation directe de sa part, serait attaquée par la France pour quelque motif que ce soit, les deux autres parties contractantes seront tenues à prêter à la partie attaquée secours et assistance avec toutes leurs forces.

Cette même obligation incombera à l'Italie dans le cas d'une agression non directement provoquée de la France contre l'Allemagne.

Article III.

Si une ou deux des hautes parties contractantes sans provocation directe de leur part venaient à être attaquées et à se trouver engagées dans une guerre avec deux ou plusieurs grandes puissances non signataires du présent traité, le „casus foederis" se présentera simultanément pour toutes les hautes parties contractantes.

Article IV.

Dans le cas où une grande puissance non signataire du présent traité menacerait la sécurité des états de l'une des hautes parties contractantes et la partie menacée se verrait par là forcée de lui faire la guerre, les deux autres s'obligent à observer, à l'égard de leur allié, une neutralité bienveillante. Chacune se réserve, dans ce cas, la faculté de prendre part à la guerre, si elle le jugeait à propos, pour faire cause commune avec son allié.

Article V.

Si la paix de l'une des hautes parties contractantes venait à être menacée dans les circonstances prévues par les articles précédents, les hautes parties contractantes se concerteront en temps utile sur les mesures militaires à prendre en vue d'une coopération éventuelle.

Elles s'engagent, dès à présent, dans tous les cas de participation commune à une guerre, à ne conclure ni armistice, ni paix, ni traité, que d'un commun accord entre elles.

Article VI.

L'Allemagne et l'Italie n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir sur les côtes et îles ottomanes dans la mer Adriatique et dans la mer Egée toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront, à cet effet, tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres puissances.

Article VII.

L'Autriche-Hongrie et l'Italie, n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur

influence pour prévenir toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront, à cet effet, tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres puissances. Toutefois dans le cas où, par suite des événements, le maintien du statu quo dans les régions des Balcans ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la mer Egée deviendrait impossible et que, soit en conséquence de l'action d'une puissance tierce soit autrement, l'Autriche-Hongrie ou l'Italie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation temporaire ou permanente de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux puissances, basé sur le principe d'une compensation réciproque pour tout avantage, territorial ou autre, que chacune d'elles obtiendrait en sus du statu quo actuel et donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées des deux parties.

Article VIII.

Les stipulations des articles VI et VII ne s'appliqueront d'aucune manière à la question egyptienne au sujet de laquelle les hautes parties contractantes conservent respectivement leur liberté d'action, eu égard toujours aux principes sur lesquels repose le présent traité.

Article IX.

L'Allemagne et l'Italie s'engagent à s'employer pour le maintien du statu quo territorial dans les régions nord-africaines sur la Méditerranée à savoir la Cyrénaïque, la Tripolitaine et la Tunisie. Les représentants des deux puissances dans ces régions auront pour instruction de se tenir dans la plus étroite intimité de communications et assistance mutuelles.

Si malheureusement, en suite d'un mûr examen de la situation, l'Allemagne et l'Italie reconnaissaient l'une et l'autre que le maintien du statu quo devenait impossible, l'Allemagne s'engage, après un accord formel et préalable, à appuyer l'Italie en toute action sous la forme d'occupation ou autre prise de garantie que cette dernière devrait entreprendre dans ces mêmes régions en vue d'un intérêt d'équilibre et de légitime compensation.

Il est entendu que pour pareille éventualité les deux puissances chercheraient à se mettre également d'accord avec l'Angleterre.

Article X.

S'il arrivait que la France fît acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat ou sa souveraineté, sous une forme quelconque, sur les territoires nord-africains, et qu'en conséquence de ce fait l'Italie crût devoir, pour sauvegarder sa position dans la Méditerranée, entreprendre elle-même une action sur les dits territoires nord-africains, ou bien recourir sur le territoire français en Europe aux mesures extrêmes, l'état de guerre qui s'ensuivrait entre l'Italie et la France constituerait ipso facto, sur la demande de l'Italie, et à la charge commune de l'Allemagne et de l'Italie,

le casus foederis prévu par les articles II et V du présent traité, comme si pareille éventualité y était expressément visée.

Article XI.

Si les chances de toute guerre entreprise en commun contre la France par les deux puissances amenaient l'Italie à rechercher des garanties territoriales à l'égard de la France pour la sécurité des frontières du royaume et de sa position maritime, ainsi qu'en vue de la stabilité et de la paix, l'Allemagne n'y mettra aucun obstacle, et au besoin, et dans une mesure compatible avec les circonstances, s'appliquera à faciliter les moyens d'atteindre un semblable but.

Article XII.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent traité.

Article XIII.

Les puissances signataires se réservent d'y introduire ultérieurement, sous forme de protocole et d'un commun accord, les modifications dont l'utilité serait démontrée par les circonstances.

Article XIV.

Le présent traité restera en vigueur pour l'espace de six ans à partir de l'expiration du traité actuel; mais s'il n'avait pas été dénoncé un an à l'avance par l'une ou l'autre des hautes parties contractantes, il restera en vigueur pour la même durée de six autres années.

Article XV.

Les ratifications du présent traité seront échangées à Vienne, dans un délai de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, en triple exemplaire, le cinquième jour du mois de décembre mil neuf cent douze.

(L. S.) *Berchtold.*
(L. S.) *von Tschirschky.*
(L. S.) *Avarna.*

2.

Protocole.

Au moment de procéder à la signature du traité de ce jour entre l'Autriche-Hongrie, l'Allemagne et l'Italie, les plénipotentiaires soussignés de ces trois puissances, à ce dûment autorisés, se déclarent mutuellement ce qui suit:

1. Sauf réserve d'approbation parlementaire pour les stipulations effectives qui découleraient de la présente déclaration de principe les hautes parties contractantes se promettent, dès ce moment, en matière économique (finances, douanes, chemins de fer) en sus du traitement de la nation la

plus favorisée, toutes les facilités et tous les avantages particuliers qui seraient compatibles avec les exigences de chacun des trois états et avec leurs engagements respectifs avec les tierces puissances.

2. L'accession de l'Angleterre étant déjà acquise, en principe, aux stipulations du traité de ce jour qui concernent l'Orient, proprement dit, à savoir les territoires de l'empire ottoman, les hautes parties contractantes s'emploieront au moment opportun, et pour autant que les circonstances le comporteraient, à provoquer une accession analogue à l'égard des territoires nord-africains de la partie centrale et occidentale de la Méditerranée, le Maroc compris. Cette accession pourrait se réaliser moyennant acceptation de la part de l'Angleterre, du programme établi aux articles IX et X du traité de ce jour.

En foi de quoi les trois plénipotentiaires ont signé, en triple exemplaire, le présent protocole.

Fait à Vienne, le cinquième jour du mois de décembre mil neuf cent douze.

Berchtold.
von Tschirschky.
Avarna.

3.

Protocole.

Au moment de procéder à la signature du traité de ce jour entre l'Autriche-Hongrie, l'Allemagne et l'Italie, les plénipotentiaires soussignés de ces trois puissances, à ce dûment autorisés, se déclarent mutuellement ce qui suit:

1. Il est entendu que le statu quo territorial dans les régions nord-africaines sur la Méditerranée mentionné dans l'article IX du traité du 28 juin 1902 implique la souveraineté de l'Italie sur la Tripolitaine et la Cyrénaïque.

2. Il est également entendu que l'article X du même traité a pour base le statu quo territorial existant dans les régions nord-africaines au moment de la signature du traité.

3. Il est entendu que les arrangements spéciaux concernant l'Albanie et le sandjak de Novi-Bazar convenus entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie le 20 décembre 1900/9 février 1901*) et le 20 novembre/15 décembre 1909**) ne sont pas modifiés par le renouvellement du traité d'alliance entre l'Autriche-Hongrie, l'Allemagne et l'Italie.

En foi de quoi les trois plénipotentiaires ont signé, en triple exemplaire, le présent protocole.

Fait à Vienne, le cinquième jour du mois de décembre mil neuf cent douze.

(L. S.) *Berchtold.*
(L. S.) *von Tschirschky.*
(L. S.) *Avarna.*

---

*) V. ci-dessus No. 25, p. 68. **) V. ci-dessus No. 36, p. 88.

39.

AUTRICHE-HONGRIE, ROUMANIE.

Traité afin de prolonger la durée du Traité d'alliance, conclu le 25 juillet 1892*) et renouvelé par les Traités du 30 septembre 1896**) et du 17 avril 1902;***) signé à Bucarest, le 5 février 1913.†)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, p. 107.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie et S. M. le Roi de Roumanie, animés d'un égal désir de maintenir la paix générale conformément au but poursuivi par l'alliance austro-hongroise-allemande, d'assurer l'ordre politique et de garantir contre toutes les éventualités la parfaite amitié qui les lie, ayant pris en considération les stipulations du traité signé à cette fin le 25 juillet 1892 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie, traité qui par sa nature essentiellement conservatrice et défensive ne poursuit que le but de les prémunir contre les dangers qui pourraient menacer la paix de leurs états, et désirant constater une fois de plus l'entente établie entre L. L. M. M. en prévision de certaines éventualités mentionnées dans le traité du 25 juillet 1892 dont la durée a été prolongée jusqu'au 25 juillet 1903 par le protocole signé à Sinaia le 30 septembre 1896, et qui a été renouvelé par le traité signé à Bucarest le 17 avril 1902, ont résolu de renouveler et de confirmer par un nouvel accord les engagements contenus dans le susdit traité.

A cet effet L. L. dites M. M. ont nommé pour leurs plénipotentiaires savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie: le sieur Charles Emile Prince de Fürstenberg, son chambellan, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie, chevalier des ordres autrichiens impériaux de Léopold et de la couronne de fer III. classe, S. M. le Roi de Roumanie: le sieur Titus Majoresco, président du conseil des ministres, son ministre des affaires étrangères, grand croix de l'ordre de l'étoile de Roumanie et de l'ordre autrichien impérial de Léopold, lesquels, après s'être communiqués leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Sont renouvelées et confirmées de commun accord les stipulations contenues dans les articles 1, 2, 3, 4 et 6 du traité signé le 25 juillet 1892 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie, et dont le texte suit ci-après:

---

*) V. ci-dessus No. 19, p. 55. **) V. ci-dessus No. 23, p. 60.
***) V. ci-dessus No. 26, p. 69.
†) Les ratifications ont été échangées à Bucarest, le 30 janvier 12 février 1913.

Article 1.

Les hautes parties contractantes se promettent paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigés contre l'un de leurs états.

Elles s'engagent à suivre une politique amicale et à se prêter un appui mutuel dans la limite de leurs intérêts.

Article 2.

Si la Roumanie, sans provocation aucune de sa part, venait à être attaquée, l'Autriche-Hongrie est tenue à lui porter en temps utile secours et assistance contre l'agresseur. Si l'Autriche-Hongrie était attaquée dans les mêmes circonstances dans une partie de ses états limitrophe à la Roumanie le casus foederis se présentera aussitôt pour cette dernière.

Article 3.

Si une des hautes parties contractantes se trouvait menacée d'une agression dans les conditions susmentionnées, les gouvernements respectifs se mettront d'accord sur les mesures à prendre en vue d'une coopération de leurs armées. Ces questions militaires, notamment celles de l'unité des opérations et du passage des territoires respectifs, seront réglées par une convention militaire.

Article 4.

Si contrairement à leur désir et espoir les hautes parties contractantes étaient forcées à une guerre commune dans les circonstances prévues par les articles précédents, elles s'engagent à ne négocier ni conclure séparément la paix.

Article 6.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent traité.

Article II.

Les articles ci-dessus reproduits resteront en vigueur jusqu'au 8 juillet 1920. Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas dénoncé ou si la revision n'en est pas demandée par aucune des hautes parties contractantes il sera considéré comme prolongé pour la durée de six années et ainsi de suite de six ans à défaut de dénonciation.

Article III.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Bucarest le cinquième jour du mois de février de l'an de grâce mil neuf cent treize.

(L. S.) *Prince Charles Emile de Fürstenberg.*
(L. S.) *T. Maïoresco.*

40.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE, ROUMANIE.

Acte d'accession au Traité d'alliance conclu le 5 février 1913 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie;*) signé à Bucarest, le 26/13 février 1913.**)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, p. 110.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie et S. M. le Roi de Roumanie ayant conclu à Bucarest le 5 février de l'année courante le traité d'amitié et d'alliance suivant:

(suivent les articles I—III du Traité cité.)

ont invité S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse à accéder aux dispositions du susdit traité.

En conséquence S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, a muni de ses pleins-pouvoirs à cet effet son représentant à Bucarest le soussigné sieur Jules de Waldthausen, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie, pour adhérer formellement aux stipulations contenues dans le traité susmentionné. En vertu de cet acte d'accession S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, prend au nom de l'Empire d'Allemagne envers L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et le Roi de Roumanie, et en même temps L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et le Roi de Roumanie par les soussignés, le sieur Charles Emile Prince de Fürstenberg, son chambellan, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie, et le sieur Titus Majoresco, président du conseil des ministres, son ministre des affaires étrangères, dûment autorisés à cet effet, prennent envers S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, les mêmes engagements auxquels les hautes parties contractantes se sont mutuellement obligées par les stipulations du dit traité inséré ci-dessus.

Le présent acte d'accession sera ratifié et les ratifications seront échangées dans un délai de trois semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Bucarest le vingt-sixième/treizième jour du mois de février de l'an de grâce mil neuf cent treize.

(L. S.) *Prince Charles Emile de Fürstenberg.*
(L. S.) *Waldthausen.*
(L. S.) *T. Maïoresco.*

---

*) V. ci-dessus No. 39, p. 97.
**) Les ratifications ont été échangées à Bucarest, le 23 février/8 mars 1913.

41.

ITALIE, AUTRICHE-HONGRIE.

Acte d'accession au Traité d'alliance conclu le 5 février 1913 entre l'Autriche-Hongrie et la Roumanie;*) signé à Bucarest, le 5 mars 1913.**)***)

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, p. 110.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie et S. M. le Roi de Roumanie ayant conclu à Bucarest le 5 février de l'année courante le traité d'amitié et d'alliance suivant:

(suivent les articles I—III du Traité cité.)

Ce traité ayant reçu [le 13/26 février 1913] l'accession de S. M. l'Empereur l'Allemagne, Roi de Prusse, et ayant été ensuite communiqué par les hautes parties contractantes susmentionnées à S. M. le Roi d'Italie avec l'invitation à y accéder, S. M. le Roi d'Italie, approuvant le but pour lequel ce traité a été conclu et qui est la conservation de la paix générale et de l'ordre existant, a autorisé le soussigné sieur Ch. Baron Fasciotti, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie, à déclarer en son nom qu'il accède au dit traité dans les limites ci-après indiquées en ce qui concerne les stipulations des articles 2 et 3 du traité du 25 juillet 1892 entre l'Autriche et la Roumanie, articles qui sont reproduits dans l'article I du traité ci-dessus inséré, savoir:

Si les éventualités, pouvant donner lieu au casus foederis, tel qu'il est prévu dans les dits articles 2 et 3, venaient à se produire, L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, le Roi d'Italie et le Roi de Roumanie prennent l'engagement mutuel de se concerter en temps utile pour une action commune dont les modalités seront réglées par une convention spéciale.

La présente accession sera en vigueur à dater du 8 juillet 1914 pour toute la durée du traité principal du 5 février 1913 à moins qu'elle ne soit dénoncé par une des hautes parties contractantes en temps utile conformément aux dispositions de l'article II du dit traité principal.

Le secret sera gardé sur cet acte d'accession qui ne pourra être révélé sans le consentement de chacune des hautes parties contractantes.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie a autorisé de son côté le soussigné sieur

---

*) V. ci-dessus No. 39, p. 97.

**) Les ratifications ont été échangées à Vienne, le 31 mars 1913.

***) Un Traité analogue a été conclu entre l'Italie et la Roumanie, le 27 février 1913. Les ratifications en ont été échangées le 13/26 mars 1913. V. Pribram, l. c. p. 107, note 2.

Charles Emile Prince de Fürstenberg, son chambellan, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Roumanie, à déclarer en son nom qu'il accepte, dans les termes ci-dessus relatés et avec les mêmes obligations mutuelles, l'accession de S. M. le Roi d'Italie au traité du 5 février 1913.

Le présent acte d'accession et d'acceptation sera ratifié par S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, et par S. M. le Roi d'Italie et les ratifications seront échangées le plus tôt possible.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Bucarest, le cinquième jour du mois de mars de l'an de grâce mil neuf cent treize.

(L. S.) Prince *Charles Emile de Fürstenberg.*
(L. S.) *Fasciotti.*

42.

AUTRICHE-HONGRIE, ALLEMAGNE, ITALIE.

Convention maritime; signée à Vienne, le 23 juin et le 2 août 1913.

Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, p. 305.

Marineübereinkommen zwischen dem k. und k. österreichisch-ungarischen Kriegsministerium, Marinesektion, dem Admiralstabe der kaiserlich deutschen Marine und dem königlich italienischen Marineministerium (Admiralstab). Im Entwurfe gefertigt am 23. Juni 1913; verbessert am 2. August 1913; in Kraft getreten mit 1. November 1913.

Mit allerhöchster Genehmigung der Souveräne des Dreibundes wird zwischen dem k. u. k. österreichisch-ungarischen Kriegsministerium, Marinesektion, dem Admiralstabe der kaiserlich deutschen Marine und dem königlich italienischen Marineministerium (Admiralstab) das nachstehende Marineübereinkommen für den Fall eines gemeinsamen Dreibundkrieges geschlossen.

Das in Berlin am 5. Dezember 1900 abgeschlossene Uebereinkommen tritt hiemit ausser Kraft.

1. Verwendung der Seestreitkräfte des Dreibundes im Kriege.

a) Im Mittelmeer.

Die im Mittelmeer befindlichen Seestreitkräfte des Dreibundes vereinigen sich behufs Erringung der Seeherrschaft im Mittelmeer durch Niederkämpfung der feindlichen Flotten.

Der Operationsplan für das Zusammenwirken im Mittelmeer wird in seinen Grundlinien von den Admiralstäben, beziehungsweise dem k. u. k. Kriegsministerium, Marinesektion, der Dreibundmächte bereits im Frieden in Form eines Zusatzübereinkommens aufgestellt und bedarf der grundsätzlichen Genehmigung der drei Souveräne. Einzelheiten können fallweise von den Admiralstäben, beziehungsweise dem k. u. k. Kriegsministerium, Marinesektion, im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.

b) Ausserhalb des Mittelmeeres.

Schiffsdivisionen, die sich auf derselben Auslandstation oder in erreichbarer Nähe von einander befinden, suchen, soweit sie nicht andere Befehle haben, Anschluss an einander, um gemeinsam im Interesse des Dreibundes zu handeln.

Kommandanten einzelner Schiffe der Dreibundstaaten, welche sich im Auslande im gleichen Gebiete aufhalten, werden, falls die allgemeine politische Lage die Möglichkeit eines Krieges zwischen dem Dreibunde und der Tripleentente annehmen lässt, von ihrer vorgesetzten Behörde auf Grund gegenseitigen Einvernehmens zwischen den Admiralstäben und dem k. u. k. Kriegsministerium, Marinesektion, von dem Bestehen eines Marineübereinkommens in Kenntnis gesetzt werden können. In diesem Falle haben die betreffenden Schiffskommandanten die Pflicht, sich über die bei Ausbruch der Feindseligkeiten zu ergreifenden Massnahmen gegenseitig zu verständigen, wobei sie die besonderen Instruktionen, die sie etwa von ihrer vorgesetzten Behörde erhalten haben, berücksichtigen werden.

2. Oberbefehl.

a) Der Oberbefehl über die Seestreitkräfte des Dreibundes im Mittelmeer kann einem österreichisch-ungarischen oder italienischen Flaggenoffizier übertragen werden, dessen Ernennung im gegenseitigen Einvernehmen der Dreibundstaaten schon im Frieden erfolgt.

Sollte während der gemeinsamen Operationen der Oberbefehlshaber dienstunfähig werden oder sonst zeitweilig ersetzt werden müssen, so hat der ihm im Range Zunächststehende, beziehungsweise im Falle gleicher Charge der Befehlshaber der grösseren Streitmacht, solange den Oberbefehl zu führen, bis der Oberbefehlshaber seinen Dienst wieder übernimmt, oder bis die Ernennung eines neuen gemeinsamen Oberbefehlshabers im Sinne des vorhergehenden Absatzes erfolgt.

b) Für die im Punkte 1 b genannten Schiffe und Befehlshaber ist hinsichtlich des Oberbefehles über die gemeinsamen Operationen das Rangverhältnis massgebend. Bei gleicher Charge fällt der Oberbefehl dem Befehlshaber der grösseren Streitmacht*) zu.

---

*) In zweifelhaften Fällen ist der Gesamttonnengehalt der Streitmacht bestimmend.

3. Verkehr zwischen den Verbündeten.

a) Vorbereitung von Operationen und Nachrichtenaustausch.

So oft es zur Vorbereitung der Operationen der verbündeten Flotten zweckmässig erscheint, treten die eingangs genannten Behörden entweder unmittelbar oder durch entsandte Offiziere mit einander in Verkehr.

Desgleichen findet unter ihnen ein fallweiser Austausch der über die Seestreitkräfte der voraussichtlichen Gegner erlangten Nachrichten und der auf die Entwicklung der eigenen Flotten bezüglichen Angaben statt.

b) Gegenseitige Kommandierung von Seeoffizieren in die allerhöchsten Hauptquartiere.

Die schnelle und sichere Verständigung und Nachrichtenübermittlung von Hauptquartier zu Hauptquartier liegt in maritimen Angelegenheiten den von jeder verbündeten Macht in die beiden anderen allerhöchsten Hauptquartiere entsandten Seeoffizieren ob. Soweit angängig, wird ihnen der Geheimverkehr mit dem eigenen allerhöchsten Hauptquartier gestattet und erleichtert werden.

Für diesen Dienst sind die Marineattachés in Aussicht genommen, da sie durch ihre persönlichen Beziehungen zu den verbündeten Marinen hiezu besonders befähigt erscheinen.

Die Marineattachés werden von dem Bestehen eines geheimen Marineübereinkommens in Kenntnis gesetzt und können fallweise, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, auch mit jenen Stellen des Uebereinkommens bekannt gemacht werden, welche auf Grund neuer Verhältnisse einer Aenderung durch gegenseitiges Einvernehmen zwischen den Admiralstäben und dem k. u. k. Kriegsministerium, Marinesektion, zu unterziehen wären.

c) Kommandierung von Seeoffizieren zum Stabe des Oberbefehlshabers im Mittelmeer.

Für den Stab des Oberbefehlshabers im Mittelmeer werden bereits im Frieden ernannt: Je ein Chef des Stabes in der Charge eines Linienschiffskapitäns von Oesterreich-Ungarn und Italien; je ein Admiralstabsoffizier mit dem nötigen Hilfspersonal von Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Italien.

4. Verständigungsmittel.

Für die Uebermittlung von Befehlen und den Nachrichtenaustausch zwischen den Schiffen (Signalstationen) der verbündeten Marinen dient das gemeinsame Signalbuch (Triplecodex), das auch Bestimmungen über geheime Erkennungssignale und den Chiffrierverkehr enthält.

Das gemeinsame Signalbuch ist als streng geheim zu behandeln.

5. Gegenseitige Ueberlassung von Handelsfahrzeugen für Kriegszwecke.

a) Handelsfahrzeuge können im Kriegsfalle einer verbündeten Macht zur Verfügung gestellt werden. Ueber die Regeln für die Requisition von Handelsschiffen der verbündeten Staaten werden sich die eingangs ge-

nannten Behörden schon im Frieden verständigen. Sie werden auch bestrebt sein, die Verwendbarkeit der Schiffe für besondere Zwecke nach Möglichkeit zu erleichtern.

b) Will eine Marine für bestimmte Handelsfahrzeuge der verbündeten Staaten schon im Frieden Kriegsvorbereitungen treffen, so werden ihr die Pläne und Beschreibungen dieser Fahrzeuge durch Vermittlung der eingangs genannten Behörden zum vorübergehenden Gebrauch zur Verfügung gestellt werden.

6. Gegenseitige Benützung von Häfen.

Im eingangs genannten Kriegsfalle können die Häfen einer der verbündeten Mächte auch von den Seestreitkräften und Handelsfahrzeugen der anderen verbündeten Mächte in gleicher Weise wie von den eigenen Schiffen benützt werden.

Wien, am 23. Juni 1913.

Im Entwurfe gezeichnet:

Köhler m. p. *Cicoli* m. p. *Conz* m. p.

Für die richtige Abschrift:

A. Suchomel.

Zusatzübereinkommen für das Mittelmeer.

(Punkt 1 a, Absatz 2, des Marineübereinkommens.)

1. Oberbefehl. Im Sinne des Punktes 2 a des Marineübereinkommens wird der Oberbefehl über die Seestreitkräfte des Dreibundes im Mittelmeer dem k. u. k. österreichisch-ungarischen Admiral Anton Haus übertragen.

2. Zusammensetzung des Stabes des Oberbefehlshabers. Der Stab des Oberbefehlshabers setzt sich nach Punkt 3 c des Marineübereinkommens wie folgt zusammen:

1 österreichisch-ungarischer Chef des Stabes im Range eines Linienschiffskapitäns, 1 italienischer Chef des Stabes im Range eines Linienschiffskapitäns, je 1 Admiralstabsoffizier der österreichisch-ungarischen, deutschen und italienischen Marine.

Die beiden Chefs des Stabes und der deutsche Admiralstabsoffizier sind dem Oberbefehlshaber direkt unterstellt.

Als Hilfskräfte sind nach Bedarf noch zuzuteilen: Signal-, Funkentelegraphen- und Bureaupersonal.

Es ist wünschenswert, dass der Oberbefehlshaber schon im Frieden mit den Offizieren seines Stabes in persönliche Fühlung tritt.

3. Kriegseinteilung der verbündeten Streitkräfte. Als Grundsätze für die Kriegseinteilung haben zu gelten:

a) Die einzelnen Unterverbände sollen aus Schiffen derselben Nationalität zusammengesetzt sein.

b) Ein Geschwader soll möglichst aus nicht mehr als acht Kampfschiffen bestehen.

Die Kriegseinteilung ist dem Zusatzübereinkommen als Anlage I beigefügt und wird der Oberbefehlshaber für deren ständige Kurrenthaltung Sorge tragen.

4. Vereinigung der verbündeten Streitkräfte. Die österreichisch-ungarische und die italienische Flotte vereinigen sich sobald als möglich im Raume um Messina und ergänzen ihre Vorräte. Die italienische Flotte wird hierzu die Ankerplätze zwischen Milazzo und Messina, die österreichisch-ungarische den Hafen von Augusta aufsuchen. Italien wird eventuell die Division für besondere Zwecke im Norden des tyrrhenischen Meeres zurückbehalten und einen Teil seiner in der Anlage I unter A angeführten Torpedoflottillen und Minenleger nach Cagliari und Trapani dirigieren, worüber es den Oberbefehlshaber rechtzeitig unterrichten wird.

Die deutschen Schiffe werden anstreben, sich in Gaëta (bei ungünstigen Seeverhältnissen bei Neapel) zu vereinigen, um dort ihre Vorräte zu ergänzen. Sollten besondere Verhältnisse das Erreichen von Gaëta (Neapel) nicht mehr zulassen, so vereinigen sich auch die deutschen Seestreitkräfte mit dem Oberbefehlshaber im Raume um Messina.

Bei der ersten Vereinigung der Flotten haben alle Schiffe und Torpedoboote die im Triplecodex gegebenen Bestimmungen über geheime Erkennungssignale besonders sorgfältig zu beobachten.

Alleinfahrende Torpedoboote und Torpedobootsverbände müssen des Nachts grundsätzlich jede Annäherung an Schiffe und Ankerplätze der verbündeten Flotten vermeiden, da jedes nicht mit vollster Sicherheit als Freund erkannte Torpedoboot unter Feuer genommen wird.

5. Operationsplan. Als Hauptziel hat für den Oberbefehlshaber die Erringung der Seeherrschaft im Mittelmeer durch rascheste Niederkämpfung der feindlichen Flotten zu gelten.

Sollte ein Teil der französischen Flotte in Bizerta stehen, so wird der Oberbefehlshaber trachten, die getrennten Teile dieser Flotte einzeln zu schlagen. Für ein Festhalten feindlicher Flottenteile in Bizerta kommen Minen- und Torpedobootsunternehmungen von Trapani und Cagliari, für Unternehmungen gegen die etwa von Toulon aus östlich vorgehende französische Flotte die leichten Streitkräfte der lokalen Küstenverteidigung von der westlichen ligurischen Küste aus in Betracht.

Die Hauptaktion ist so rasch durchzuführen, dass die Entscheidung noch vor einem Eingreifen russischer Streitkräfte des Schwarzen Meeres erfolgt.

Es bleibt dem Oberbefehlshaber überlassen, neben der Hauptoperation gegen die feindliche Flotte gleichzeitig Teilaktionen gegen etwaige französische Truppentransporte aus Nordafrika oder gegen feindliche Küstenteile anzuordnen.

6. Versorgung der Flotten und Stützpunkte. Italien macht sich erbötig, für die in diesem Punkte genannten Stützpunkte die hier angegebenen Vorbereitungen auf eigene Rechnung schon im Frieden zu

treffen. Die von den österreichisch-ungarischen und deutschen Schiffen übernommenen Ausrüstungsmengen werden der königlich italienischen Marine zu vergüten sein.

a) Stützpunkte bei der Vereinigung. Mit Bezug auf Punkt 4 des Zusatzübereinkommens werden als Stützpunkte bei der Vereinigung vorbereitet:

α) Hafen Augusta für die österreichisch-ungarischen,
β) Gaëta (Neapel) für die deutschen und
γ) Messina für die italienischen Seestreitkräfte.

Die in Augusta und Gaëta (Neapel) zu lagernden Ausrüstungsmengen sind unter Berücksichtigung der nötigen Reserve derart bemessen, dass die Schiffe bei der ersten Vereinigung ihre Vorräte auf den vollen Bestand auffüllen können.

Nach dieser Ausrüstungsergänzung, beziehungsweise dem endgültigen Auslaufen der österreichisch-ungarischen Seestreitkräfte von Augusta, werden sämtliche Vorräte in dem dortigen Hafen entfernt oder vernichtet, um sie einer Wegnahme durch den Feind zu entziehen.

Sollte die Ausrüstung der deutschen Schiffe in Gaëta (Neapel) nicht mehr möglich sein, so werden sie ihre Ausrüstung in Messina ergänzen.

b) Stützpunkte bei den weiteren Operationen. Mit Bezug auf Punkt 5 des Zusatzübereinkommens werden als Hauptstützpunkte bei den weiteren Operationen in Aussicht genommen und vorbereitet:

α) Maddalena für die österreichisch-ungarischen und deutschen,
β) Spezia für die italienischen Seestreitkräfte,
γ) Trapani, Cagliari und die westliche ligurische Küste für leichtere Verbände.

Maddalena wird mit Lebensmitteln für die österreichisch-ungarische Flotte für einen Monat versorgt; ein entsprechender Ausrüstungsbedarf an Heiz- und Maschinenbetriebsmaterial ist dort ständig vorhanden.

Anlage II*) enthält die Zusammenstellung des gesamten im Sinne des Punktes 6 erforderlichen Ausrüstungsbedarfes.

7. Verteidigung der Adria. Zur Verteidigung der Adria dienen die hiefür in der Anlage I unter B des Zusatzübereinkommens angegebenen Seestreitkräfte, sowie die normal vorgesehenen Streitkräfte für die lokale Verteidigung der Küsten.

Die in der Anlage I unter B genannten Streitkräfte versammeln sich sobald als möglich, und zwar:

Die österreichisch-ungarischen und deutschen im Golf von Cattaro,
die italienischen in Brindisi.

Die Operationen in der Adria werden vom rangältesten Befehlshaber der verbündeten Seestreitkräfte**) nach Angaben des Oberbefehlshabers durchgeführt, welch letzterem es auch überlassen bleibt, je nach der Kriegs-

*) Non apposé.

**) In zweifelhaften Fällen ist der Gesamttonnengehalt der Streitmacht bestimmend (vergleiche Punkt 2a des Marineübereinkommens.

lage Verstärkungen oder Abdetachierungen der dortigen Seestreitkräfte anzuordnen.

8. Angriffe auf französische Truppentransporte aus Nordafrika. Da die ersten französischen Truppentransporte aus Nordafrika nach dem Norden aus den Haupteinschiffungszentren Bona-Philippeville, Algier, Oran-Mostaganem und Casablanca-Mogador innerhalb der drei ersten Mobilmachungstage zu erwarten sind, wird Italien sofort eine Beobachtung der nordafrikanischen Küste durch schnelle Hilfskreuzer einrichten. Für die weitere Störung der Truppennachschübe kommen Unternehmungen leichter Streitkräfte von Cagliari (vergleiche Punkt 4, 1. Absatz des Zusatzübereinkommens) und in zweiter Linie von Maddalena aus in Betracht.

Die gemeinsame Leitung dieser Unternehmungen erfolgt von Cagliari aus durch einen von Italien zu bestimmenden Befehlshaber, der für diesen Dienst dem Oberbefehlshaber direkt unterstellt ist. Eventuell wird der Oberbefehlshaber auch schnelle Kreuzer für die Störung der Truppentransporte heranziehen (vergleiche Punkt 5, letzter Absatz, des Zusatzübereinkommens).

9. Unterbindung des feindlichen Handels im Mittelmeere. Zur Unterbindung des feindlichen Handels im Mittelmeere sind zunächst Hilfskreuzer in Aussicht zu nehmen.

Abgesehen von den Massnahmen, die voraussichtlich erst in der 2. Phase des Krieges zur Störung des feindlichen Handels zu ergreifen sind, erscheint eine sofortige Bewachung des Suezkanals und der Dardanellen schon bei Kriegsausbruch vorteilhaft.

Die für den Handelskrieg notwendigen Vorarbeiten wird der Oberbefehlshaber schon im Frieden einleiten.

Die Schiffe, die als Hilfskreuzer für den Handelskrieg in erster Linie in Betracht kommen, sind aus der Anlage III des Zusatzübereinkommens*) ersichtlich.

Als Stützpunkte für solche Unternehmungen kommen im östlichen Mittelmeer Tarent, der Raum um Messina, die libysche Küste (Tripolis, Tobruk), für das westliche Mittelmeer alle im Punkt 6 des Zusatzübereinkommens genannten Stützpunkte in Betracht.

10. Heranziehung von Handelsfahrzeugen der verbündeten Staaten für besondere Verwendungen im Kriege. Die für Kriegszwecke heranzuziehenden Handelsfahrzeuge werden unterschieden in:

a) Hilfskreuzer (Hilfskriegsschiffe),

b) Fahrzeuge für Trosszwecke und Truppentransporte,

c) Hospitalschiffe.

Die eingangs genannten Behörden werden Nachweisungen über die in Frage kommenden Handelsfahrzeuge austauschen, und die näheren Vereinbarungen bezüglich des Benutzungsrechtes und ihrer Verwendung im direkten Einvernehmen festsetzen. Diese Nachweisungen und Vereinbarungen werden dem Zusatzübereinkommen als Anlage III beigefügt, und wird der Oberbefehlshaber für deren ständige Kurrenthaltung Sorge tragen.

---

*) Non apposé.

Die unter militärischem Kommando stehenden Hilfskriegsschiffe treten unter den Befehl des ältesten Befehlshabers der Seestreitkräfte ihrer Nation im Mittelmeer.

Für den zur österreichisch-ungarischen Flotte gehörigen Train sind Messina und Maddalena als geeignete Stützpunkte anzusehen.

Als Hauptstützpunkte für die Hospitalschiffe der verbündeten Nationen dienen je nach der Lage des Kriegsschauplatzes Spezia, Neapel oder Tarent.

Die deutschen Rhedereien werden anzuweisen sein, ihre im Mittelmeer befindlichen Schiffe bei Kriegsausbruch nach italienischen Häfen zu leiten. und zwar die Postdampfer womöglich nach Spezia, die übrigen Handelsfahrzeuge nach Tarent, beziehungsweise anderen italienischen Häfen ausschliesslich Genua.

Wien, am 23. Juni 1913.

Im Entwurfe gezeichnet:

Köhler m. p. *Cicoli* m. p. *Conz* m. p.

Für die richtige Abschrift:

A. Suchomel.

Anlage I.

Kriegseinteilung der Seestreitkräfte des Dreibundes für gemeinsame Operationen.

(Gültig für das Jahr 1914.)

Oberbefehlshaber der verbündeten Seestreitkräfte:

K. u. k. österreichisch-ungarischer Admiral Anton Haus.

A. Im Mittelmeer.

I. Italien.

I. Geschwader:

1. Division: Dante Alighieri, Giulio Cesare, Leonardo da Vinci.
Aufklärungskreuzer: Quarto.
2. Division: Vittorio Emanuele, Regina Elena, Roma, Napoli.
Aufklärungskreuzer: Nino Bixio.

II. Geschwader:

1. Division: San Giorgio, San Marco, Pisa, Amalfi.
Aufklärungskreuzer: Marsala.
2. Division: Garibaldi, Varese, Ferruccio.
Aufklärungskreuzer: Agordat.

Division für besondere Zwecke: Benedetto Brin, Regina Margherita, Emanuele Filiberto, Ammiraglio di St. Bon.
Aufklärungskreuzer: Coatit.

Torpedoflottillen:

16 Torpedobootszerstörer (6 à 1000 t, 10 à 700 t, Typ Indomito-Ardente);

10 Torpedobootszerstörer zu 450 t, Typ Bersagliere;
24 Torpedoboote zu 250 t, Typ Saffo, Cigno;
30 Torpedoboote zu 33 Sm.

II. Oesterreich-Ungarn.

I. Geschwader:

1. Division: Viribus unitis, Tegetthoff, Prinz Eugen.
2. Division: Erzherzog Franz Ferdinand, Radetzky, Zrinyi.
1. Kreuzerdivision: St. Georg, Kaiser Karl VI.

II. Geschwader:

3. Division: Erzherzog Karl, Erzherzog Friedrich, Erzherzog Ferdinand Max.
4. Division: Habsburg, Árpád, Babenberg.
2. Kreuzerdivision: Spaun, Helgoland, Saida, Novara.

Torpedoflottillen:

6 Torpedobootszerstörer zu 800 t, Typ Tátra;
12 Torpedobootszerstörer zu 400 t, Typ Huszár;
12 Torpedoboote zu 200 t, Typ Kaiman.

III. Deutschland.*)

Kreuzerdivision (dem Oberbefehlshaber direkt unterstellt): Goeben, Strassburg, Breslau, Dresden.

B. In der Adria.

I. Italien.

Vettor, Pisani, Carlo Alberto, Marco Polo, Dandolo.
Aufklärungskreuzer: Piemonte, Libia.
6 Torpedobootszerstörer und einige Torpedodivisionen.

II. Oesterreich-Ungarn.

Monarch, Wien, Budapest.
Maria Theresia, Kaiser Franz Joseph I.
Zenta, Aspern, Szigetvár.
12 Torpedoboote zu 200 t, Typ Kaiman, einige Torpedodivisionen aus älteren Einheiten.

III. Deutschland.

Schulschiffe und ältere Kreuzer, die sich im Mittelmeer aufhalten sollten.

Köhler m. p. *Cicoli* m. p. *Conz* m. p.

Für die richtige Abschrift.
A. Suchomel.

*) Für die Seestreitkräfte Deutschlands wurde deren Verteilung im Mittelmeer Mitte 1913 aufgenommen, da jene für 1914 noch nicht bekannt ist.

43.

GRANDE-BRETAGNE, PERSE.

Arrangement en vue de régler les relations politiques et financières entre les deux pays; signé à Téhéran, le 9 août 1919.

Parliamentary Papers. Persia No. 1 (1919). — Cmd. 300.

No. 1.

Agreement between the Governments of Great Britain and Persia.

Preamble: In virtue of the close ties of friendship which have existed between the two Governments in the past, and in the conviction that it is in the essential and mutual interests of both in future that these ties should be cemented, and that the progress and prosperity of Persia should be promoted to the utmost, it is hereby agreed between the Persian Government on the one hand, and His Britannic Majesty's Minister, acting on behalf of his Government, on the other, as follows:

1. The British Government reiterate, in the most categorical manner, the undertakings which they have repeatedly given in the past to respect absolutely the independence and integrity of Persia.

2. The British Government will supply, at the cost of the Persian Government, the services of whatever expert advisers may, after consultation between the two Governments, be considered necessary for the several departments of the Persian Administration. These advisers shall be engaged on contracts and endowed with adequate powers, the nature of which shall be the matter of agreement between the Persian Government and the advisers.

3. The British Government will supply, at the cost of the Persian Government, such officers and such munitions and equipment of modern type as may be adjudged necessary by a joint commission of military experts, British and Persian, which shall assemble forthwith for the purpose of estimating the needs of Persia in respect of the formation of a uniform force which the Persian Government proposes to create for the establishment and preservation of order in the country and on its frontiers.

4. For the purpose of financing the reforms indicated in clauses 2 and 3 of this agreement, the British Government offer to provide or arrange a substantial loan for the Persian Government, for which adequate security shall be sought by the two Governments in consultation in the revenues of the customs or other sources of income at the disposal of the Persian Government. Pending the completion of negociations for such a loan the British Government will supply on account of it such funds as may be necessary for initiating the said reforms.

5. The British Government fully recognizing the urgent need which exists for the improvement of communications in Persia, with a view

both to the extension of trade and the prevention of famine, are prepared to co-operate with the Persian Government for the encouragement of Anglo-Persian enterprise in this direction, both by means of railway construction and other forms of transport; subject always to the examination of the problems by experts and to agreement between the two Governments as to the particular projects which may be most necessary, practicable and profitable.

6. The two Governments agree to the appointment forthwith of a joint Committee of experts for the examination and revision of the existing Customs Tariff with a view to its reconstruction on a basis calculated to accord with the legitimate interests of the country and to promote its prosperity.

Signed at Teheran, August 9, 1919.

No. 2.

Agreement relating to Loan of 2,000,000 L., at 7 per cent, redeemable in Twenty Years.

Preamble: Contract between the British Government and the Persian Government with reference to an agreement concluded this day between the said Governments. It is agreed as follows:

Article 1. The British Government grant a loan of 2,000,000 l. sterling to the Persian Government, to be paid to the Persian Government as required in such instalments and at such dates as may be indicated by the Persian Government after the British Financial Adviser shall have taken up the duties of his office at Tehran, as provided for in the aforesaid agreement.

Art. 2. The Persian Government undertakes to pay interest monthly at the rate of 7 per cent, per annum upon sums advanced in accordance with article 1 up to 20th March, 1921, and thereafter to pay monthly such amount as will suffice to liquidate the principal sum and interest thereon at 7 per cent, per annum in twenty years.

Art. 3. All the revenues and Customs receipts assigned in virtue of the contract of the 8th May, 1911, for the repayment of the loan of 1,250,000 l, are assigned for the repayment of the present loan with continuity of all conditions stipulated in the said contract, and with priority over all debts other than the 1911 loan and subsequent advances made by the British Government. In case of insufficiency of the receipts indicated above the Persian Government undertakes to make good the necessary sums from other resources, and for this purpose the Persian Government hereby assigns to the service of the present loan, and of the other advances above mentioned, in priority and with continuity of conditions stipulated in the aforesaid contract, the Customs receipts of all other regions, in so far as these receipts are or shall be at its disposal.

Art. 4. The Persian Government will have the right of repayment of the present loan at any date out of the proceeds of any British loan which it may contract for.

Signed at Tehran, August 9, 1919.

No. 3.

Article 5 of Contract between the Persian Government and the Imperial Bank of Persia relating to the Persian Government Five per cent. Loan of 1,250,000 l, of May 8, 1911.

(Included for reference).

5. The Imperial Government of Persia specially assigns to the service of the loan, and as a first charge thereon, subject only to prior charges amounting to 15,714 l, 1 s. 10 d. per annum for three years, and 30,278 l 12 s. 7 d. per annum from the year 1913 to the year 1928. The full net customs receipts of every description which the Government now is, or at any time hereafter may be, entitled to collect and receive at all ports or places in the Persian Gulf, including Bushire, Bunder Abbas, Lingah, Mohammerah, and Ahwaz, which receipts are hereby made payable to the Bank, and the Imperial Government of Persia hereby engages forthwith after receipt thereof to pay to the Bank all such Customs receipts as aforesaid without deduction other than for actual expenses of administration of the customs of the said ports disbursed prior to the date of such payment.

a) The Imperial Government of Persia undertakes that throughout the continuance of the loan all sums collected by the Customs Administration shall be paid to the Bank at the ports of collection, or at its nearest branch, week by week for meeting the prior charges referred to above and for the service of the loan, and an account of such receipts shall be submitted to the Persian Government by the Bank at the end of each month.

b) The bank shall, out of the moneys so collected, pay the prior charges above-mentioned, and the interest and sinking fund of the loan, and shall hold the surplus at the disposal of the Imperial Government of Persia.

c) The bank undertakes, out of the moneys so received, to pay on behalf of the Imperial Government of Persia the half-yearly-coupon in London, and supervise the working of the sinking fund and service of the loan free of charges connected with the same.

d) In the event of the Customs receipts of the above-mentioned ports for any three months falling short of the amount required for the prior charges and the service of the loan, either for interest or amortisation, the Imperial Government of Persia binds itself to make good such deficiency from other sources of Government revenue, and further, should receipts from these sources fall below the amount required as above, the

Persian Government hereby assigns for this purpose the revenue derived from the receipts of the telegraphs — this assignment to constitute a second charge on the said telegraph receipts up to the year 1918, after which the telegraph receipts will be free.

No. 4.

Sir P. Cox to His Highness Vossug-ed-Dowleh.

Your Highness, British Legation, Tehran, August 9, 1919.

I trust Your Highness has been able, during your successful direction of affairs of the Persian State, to convince yourself that His Britannic Majesty's Government have always endeavoured to support to the utmost the efforts of your Highness's Cabinet on the one hand to restore order and security in the interior of the country, and on the other to maintain a policy of close co-operation between the Persian and British Governments.

As further evidence of the goodwill by which the Cabinet of London is inspired, I am now authorised to inform your Highness that, in the event of the agreement regarding projects of reforms which your Government contemplates introducing in Persia being concluded, His Britannic Majesty's Government will be prepared in due course to co-operate with the Persian Government with a view to the realisation of the following desiderata:

1. The revision of the treaties actually in force between the two Powers.

2. The claim of Persia to compensation for material damage suffered at the hands of other belligerents.

3. The rectification of the frontier of Persia at the points where it is agreed upon by the parties to be justifiable.

The precise manner, time and means to be chosen for pursuing these aims shall be discussed, as soon as practicable, by the two Governments.

I have, etc.

(Signed) *P. Z. Cox.*

No. 5.

Sir P. Cox to His Highness Vossug-ed-Dowleh.

Your Highness, British Legation, Tehran, August 9, 1919.

With reference to the second desideratum indicated in my previous letter of to-day's date, it is understood and agreed between the two Governments reciprocally that, on the one hand His Majesty's Government will not claim from the Government of His Majesty the Shah the cost of the maintenance of British troops which His Majesty's Government were obliged to send to Persia owing to Persia's want of power to defend her neutrality, and that on the other hand the Persian Government will not claim from the British Government an indemnity for any damage

which may have been caused by the said troops during their presence in Persian territory.

It is to be understood, however, that this agreement of the two parties does not in any way effect the claims of individuals and private institutions, which will be dealt with independently.

A note from your Highness informing me that you accept this position on behalf of the Persian Government will suffice to record the agreement of the two Governments on this subject.

I have, etc.

(Signed) *P. Z. Cox.*

44.

ALLEMAGNE, BELGIQUE, DANEMARK, ESPAGNE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, HAÏTI, ITALIE, JAPON, LIBÉRIA, LUXEMBOURG, MONACO, NORVÈGE, PAYS-BAS, PORTUGAL, SUÈDE, SUISSE, TUNISIE.

Protocole additionnel à la Convention de Berne revisée pour la protection des œuvres littéraires et artistiques, signée à Berlin, le 13 novembre 1908;*) signé à Berne, le 20 mars 1914.**)***)

Deutsches Reichsgesetzblatt 1920, No. 23.

Protocole additionnel à la Convention de Berne revisée du 13 novembre 1908.

Les Pays membres de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques, désirant autoriser une limitation facultative de la portée de la Convention du 13 novembre 1908, ont, d'un

(Uebersetzung.)

Zusatzprotokoll zur revidierten Berner Uebereinkunft vom 13. November 1908.

Die dem internationalen Verbande zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst angehörenden Länder haben, von dem Wunsche geleitet, die Möglichkeit einer Einschränkung der Tragweite der Uebereinkunft vom

---

*) V. N. R. G. 3. s. IV, p. 590.

**) Ont déposé les ratifications l'Allemagne (le 17 octobre 1919); — le Danemark (le 19 mars 1915); — l'Espagne (le 20 avril 1915); — la France (le 2 février 1916); — la Grande-Bretagne (le 8 juillet 1914); — le Japon (le 5 février 1915); — le Luxembourg (le 11 mars 1915); — le Monaco (le 5 novembre 1914); — la Norvège (le 28 février 1920); — les Pays-Bas (le 7 avril 1915); — la Suède (le 22 septembre 1919); — la Suisse (le 30 janvier 1915). — V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1920, p. 140; Schweizerische Gesetzsammlung 1914, p. 37; 1920, p. 167; Schweizerisches Bundesblatt 1919. V, p. 726.

***) La Pologne a déclaré son adhésion au Protocole, le 28 janvier 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 165.

commun accord, arrêté le Protocole suivant:

1. Lorsqu'un pays étranger à l'Union ne protège pas d'une manière suffisante les œuvres des auteurs ressortissant à l'un des pays de l'Union, les dispositions de la Convention du 13 novembre 1908 ne peuvent porter préjudice, en quoi que ce soit, au droit qui appartient au pays contractant de restreindre la protection des œuvres dont les auteurs sont, au moment de la première publication de ces œuvres, sujets ou citoyens dudit pays étranger et ne sont pas domiciliés effectivement dans l'un des pays de l'Union.

2. Le droit accordé aux Etats contractants par le présent Protocole appartient également à chacune de leurs Possessions d'outre-mer.

3. Aucune restriction établie en vertu du n° 1 ci-dessus ne devra porter préjudice aux droits qu'un auteur aura acquis sur une œuvre publiée dans un pays de l'Union avant la mise à exécution de cette restriction.

4. Les Etats qui, en vertu du présent Protocole, restreindront la protection des droits des auteurs, le notifieront au Gouvernement de la Confédération Suisse par une déclaration écrite où seront indiqués les pays vis-à-vis desquels la protection est restreinte, de même que les restrictions auxquelles les droits des auteurs ressortissant à ces pays sont soumis. Le Gouvernement de la Confédération Suisse communiquera aussitôt le fait à tous les autres Etats de l'Union.

13. November 1908 gutzuheissen, in gemeinsamem Einverständnisse das nachstehende Protokoll vollzogen:

1. Falls ein ausserhalb des Verbandes stehendes Land die Werke der einem Verbandsland angehörigen Urheber nicht in genügender Weise schützt, so beeinträchtigen die Bestimmungen der Uebereinkunft vom 13. November 1908 in keiner Weise das dem Verbandsland zustehende Recht, den Schutz derjenigen Werke zu beschränken, deren Urheber zur Zeit der ersten Veröffentlichung dieser Werke Angehörige oder Bürger des gedachten, ausserhalb des Verbandes stehenden Landes sind und nicht tatsächlich in einem der Verbandsländer ihren Wohnsitz haben.

2. Das den Verbandsstaaten durch dieses Protokoll eingeräumte Recht steht in gleicher Weise jeder ihrer überseeischen Besitzungen zu.

3. Keine gemäss der obigen Nr. 1 festgesetzte Beschränkung soll die Rechte beeinträchtigen, die ein Urheber für ein vor der Inkraftsetzung dieser Beschränkung in einem Verbandsland veröffentlichtes Werk erworben hat.

4. Die Staaten, welche gemäss diesem Protokoll den Schutz der Urheberrechte beschränken, sollen dies der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft durch eine schriftliche Erklärung bekanntgeben, in der die Länder, denen gegenüber der Schutz beschränkt wird, sowie die Beschränkungen angegeben sind, denen die Rechte der diesen Ländern angehörigen Urheber unterworfen werden. Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft wird hiervon alsbald allen anderen Verbandsstaaten Mitteilung machen.

5. Le présent Protocole sera ratifié, et les ratifications seront déposées à Berne dans un délai maximum de douze mois comptés à partir de sa date. Il entrera en vigueur un mois après l'expiration de ce délai, et aura même force et durée que la Convention à laquelle il se rapporte.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Pays membres de l'Union ont signé le présent Protocole, dont une copie certifiée sera remise à chacun des Gouvernements unionistes.

Fait à Berne, le 20 mars 1914, en un seul exemplaire, déposé aux Archives de la Confédération Suisse.

Pour l'Allemagne:
Romberg.

Pour la Belgique:
P. de Groote.

Pour le Danemark:
W. Pestalozzi.

Pour l'Espagne:
Francisco de Reynoso.

Pour la France:
Beau.

Pour la Grande-Bretagne:
E. Hicks Beach.

Pour Haïti:
Ch. Fouchard.

Pour l'Italie:
Paulucci de' Calboli.

Pour le Japon:
Genshiro Nishi.

5. Dieses Protokoll soll ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden sollen in Bern innerhalb einer Frist von höchstens zwölf Monaten, von seiner Unterzeichnung an gerechnet, niedergelegt werden. Es soll einen Monat nach dem Ablauf dieser Frist in Kraft treten und die gleiche Wirksamkeit und Dauer haben wie die Uebereinkunft, auf die es sich bezieht.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der dem Verband angehörenden Länder dieses Protokoll, von dem ein beglaubigter Abdruck einer jeden der Verbandsregierungen übermittelt wird, gezeichnet.

So geschehen zu Bern, den 20. März 1914, in einem einzigen, in den Archiven der Schweizerischen Eidgenossenschaft niedergelegten Exemplare.

Für Deutschland:
Romberg.

Für Belgien:
P. de Groote.

Für Dänemark:
W. Pestalozzi.

Für Spanien:
Francisco de Reynoso.

Für Frankreich:
Beau.

Für Grossbritannien:
E. Hicks Beach.

Für Haiti:
Ch. Fouchard.

Für Italien:
Paulucci de' Calboli.

Für Japan:
Genshiro Nishi.

Pour Libéria:	Für Liberia:
J. Vieweg.	*J. Vieweg.*
Pour le Luxembourg:	Für Luxemburg:
P. de Groote.	*P. de Groote.*
Pour Monaco:	Für Monako:
Alb. Oeler.	*Alb. Oeler.*
Pour la Norvège:	Für Norwegen:
Dr *Georg Wettstein.*	Dr. *Georg Wettstein.*
Pour les Pays-Bas:	Für die Niederlande:
Van Panhuys.	*Van Panhuys.*
Pour le Portugal:	Für Portugal:
Joaquim Pedroso.	*Joaquim Pedroso.*
Pour la Suède:	Für Schweden:
H. von Essen.	*H. von Essen.*
Pour la Suisse:	Für die Schweiz:
Müller.	*Müller.*
Pour la Tunisie:	Für Tunis:
Beau.	*Beau.*

45.

PAYS-BAS, FRANCE.

Déclaration concernant le régime des capitulations dans la zone française de l'Empire chérifien; signée à la Haye, le 26 mai 1916, suivie d'un Echange de notes ministérielles, signées à la date du même jour.*)

Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1918, No. 64.

1.

Déclaration.

Les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, font, d'un commun accord, la déclaration suivante:

Prenant en considération les garanties d'égalité juridique, offertes aux étrangers par les Tribunaux français du Protectorat, le Gouvernement Royal

*) Les ratifications ont été échangées à la Haye, le 25 juin 1918.

Néerlandais renonce à réclamer pour ses Consuls, ses ressortissants et ses établissements dans la zone française de l'Empire Chérifien, tous droits et privilèges issus du régime des capitulations.

Les traités et conventions de toute nature en vigueur entre la France et les Pays-Bas s'étendent de plein droit, sauf clause contraire, à la zone française de l'Empire Chérifien.

La présente déclaration sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à la Haye aussitôt que faire se pourra.

Elle entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des ratifications.

Fait en double à la Haye, le 26 mai 1916.

(L. S.) *J. Loudon.*
(L. S.) *H. Allizé.*

2.

La Haye, le 26 mai 1916.

Monsieur le Ministre,

A l'occasion de la signature de la Déclaration portant abrogation des privilèges capitulaires néerlandais dans la zone française de l'Empire Chérifien, j'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence ce qui suit:

1°. Il sera procédé aussitôt que possible à la révision, d'un commun accord, de la dernière liste des protégés néerlandais, communiquée au Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Sultan du Maroc conformément à l'article 7 de la Convention de Madrid du 3 juillet 1880.*)

Cette révision se fera au moyen de négociations directes entre l'Agent Diplomatique des Pays-Bas à Tanger et le Résident Général de la République Française au Maroc sur la base de la Convention de Madrid.

Une nouvelle liste sera dressée par eux, mentionnant, autant que possible, les noms, prénoms, qualité et domicile des protégés néerlandais dans la zone française de l'Empire Chérifien; cette liste sera soumise à l'approbation des deux Gouvernements contractants.

2°. Les protégés néerlandais qui seront portés sur la nouvelle liste visée ci-dessus, seront, leur vie durant, justiciables des tribunaux français dans la zone française de l'Empire Chérifien.

3°. Les procédures tant civiles que pénales déjà commencées devant la juridiction consulaire néerlandaise dans la zone française de l'Empire Chérifien au moment de l'entrée en vigueur de la Déclaration visée ci-dessus se poursuivront jusqu'en dernier ressort devant les tribunaux compétents néerlandais. La sentence rendue dans pareille procédure obtiendra l'exéquatur des juridictions françaises dans ladite zone sans que celles-ci procèdent à un nouvel examen du fond de l'affaire.

4°. Il est bien entendu que tous les droits et privilèges dont il n'est pas fait mention dans les Traités et conventions visés dans le troisième

---

*) V. N. R. G. 2. s. VI, p. 624.

alinéa de la Déclaration et qui sont ou seraient accordés dans la zone française de l'Empire Chérifien à une autre nation, seront également et sans condition quelconque étendus aux ressortissants et aux établissements néerlandais dans ladite zone.

5°. Aucune nouvelle protection ne pourra être accordée par les Consuls, les ressortissants et les établissements néerlandais dans la zone française de l'Empire Chérifien à partir de la date de l'approbation par les deux Gouvernements contractants de la liste qui doit être dressée ainsi qu'il est dit ci-dessus entre l'Agent Diplomatique des Pays-Bas à Tanger et le Résident Général de la République Française au Maroc.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance renouvelée de ma haute considération.

J. Loudon.

3.

La Haye, le 26 mai 1916.

Monsieur le Ministre,

A l'occasion de la signature de la Déclaration portant abrogation des privilèges capitulaires néerlandais dans la zone française de l'Empire Chérifien, j'ai l'honneur, dûment autorisé par mon Gouvernement, de porter à la connaissance de Votre Excellence ce qui suit:

1°. Il sera procédé aussitôt que possible à la révision, d'un commun accord, de la dernière liste des protégés néerlandais, communiquée au Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Sultan du Maroc conformément à l'article 7 de la Convention de Madrid du 3 juillet 1880.

Cette révision se fera au moyen de négociations directes entre l'Agent Diplomatique des Pays-Bas à Tanger et le Résident Général de la République Française au Maroc sur la base de la Convention de Madrid.

Une nouvelle liste sera dressée par eux, mentionnant, autant que possible, les noms, prénoms, qualité et domicile des protégés néerlandais dans la zone française de l'Empire Chérifien; cette liste sera soumise à l'approbation des deux Gouvernements contractants.

2°. Les protégés néerlandais qui seront portés sur la nouvelle liste visée ci-dessus, seront, leur vie durant, justiciables des tribunaux français dans la zone française de l'Empire Chérifien.

3°. Les procédures tant civiles que pénales déjà commencées devant la juridiction consulaire néerlandaise dans la zone française de l'Empire Chérifien au moment de l'entrée en vigueur de la Déclaration visée ci-dessus se poursuivront jusqu'en dernier ressort devant les tribunaux compétents néerlandais. La sentence rendue dans pareille procédure obtiendra l'exéquatur des juridictions françaises dans ladite zone sans que celles-ci procèdent à un nouvel examen du fond de l'affaire.

4°. Il est bien entendu que tous les droits et privilèges dont il n'est pas fait mention dans les Traités et conventions visés dans le troisième alinéa de la Déclaration et qui sont ou seraient accordés dans la zone

française de l'Empire Chérifien à une autre nation, seront également et sans condition quelconque étendus aux ressortissants et aux établissements néerlandais dans ladite zone.

5°. Aucune nouvelle protection ne pourra être accordée par les Consuls, les ressortissants et les établissements néerlandais dans la zone française de l'Empire Chérifien à partir de la date de l'approbation par les deux Gouvernements contractants de la liste qui doit être dressée ainsi qu'il est dit ci-dessus entre l'Agent Diplomatique des Pays-Bas à Tanger et le Résident Général de la République Française au Maroc.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma haute considération.

H. Allizé.

46.

AUTRICHE.

Loi sur la juridiction consulaire; du 23 décembre 1917.

Österreichisches Reichsgesetzblatt 1917, No. CCXXIX.

Gesetz vom 23. Dezember 1917 wegen Verlängerung der Wirksamkeit und Ergänzung der Gesetze vom 30. August 1891, R. G. Bl. Nr. 136*), und vom 22. Jänner 1902, R. G. Bl. Nr. 40, über die Konsulargerichtsbarkeit und die Konsulargebühren.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

1. Die Wirksamkeit der Paragraphen 1, 2, 6 bis 18 des Gesetzes vom 30. August 1891, R. G. Bl. Nr. 136, womit Bestimmungen über die Ausübung der Konsulargerichtsbarkeit getroffen werden, wird verlängert.

2. An die Stelle der Paragraphen 3, 4 und 5 dieses Gesetzes treten folgende Bestimmungen:

§ 3.

1. Die Konsulargerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtssachen sowie in Strafsachen, einschliesslich der Polizeistrafsachen, in zweiter und letzter Instanz wird von dem k. k. österreichischen und kgl. ungarischen Konsularobergericht ausgeübt.

2. Das Konsularobergericht hat seinen Amtssitz abwechselnd in Wien oder in Budapest, und zwar jedesmal für die Dauer von fünf Jahren.

§ 4.

1. Das Konsularobergericht besteht aus einem Präsidenten, der erforderlichen Zahl von Oberrichtern und dem nötigen Hilfspersonal.

---

*) V. N. R. G. 2. s. XXIV, p. 130. — Comp. les lois du 27 décembre 1911 et du 16 mars 1914, N. R. G. 3. s. V, p. 639; VIII, p. 751.

2. Zum Präsidenten ist für die Dauer des Amtssitzes des Konsularobergerichtes in Wien ein österreichischer Staatsangehöriger, für die Dauer des Amtssitzes des Konsularobergerichtes in Budapest ein ungarischer Staatsangehöriger berufen.

3. Die Oberrichterstellen sind in gleicher Zahl mit österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen zu besetzen.

§ 5.

1. Die Stellen des Obergerichtspräsidenten und der Oberrichter besetzt Seine k. und k. Apostolische Majestät.

2. Der Vorschlag und die Gegenzeichnung für die Präsidentenstelle geschieht von jener Regierung, deren Staatsangehöriger gemäss § 4, Absatz 2, an die Reihe kommt, im Einverständnisse mit der Regierung des anderen Staatsgebietes und dem Minister des Aeussern; der Vorschlag und die Gegenzeichnung für die Oberrichterstellen aber findet von der Regierung desjenigen Staatsgebietes, dessen Angehöriger gemäss § 4, Absatz 3, vorzuschlagen ist, im Einverständnisse mit dem Minister des Aeussern statt.

3. Die Stellen des Präsidenten und der Oberrichter sind mittels Ernennung österreichischer oder ungarischer Staatsbeamter oder Beamter des Ministeriums des Aeussern oder der ihm unterstehenden Aemter für die Dauer ihrer Amtsverwendung, jedoch höchstens für fünf Jahre (§ 3), zu besetzen.

4. Die Präsidenten- und Oberrichterstellen können nur mit solchen Personen besetzt werden, die österreichische oder ungarische Staatsangehörige sind und entweder bereits die Konsulargerichtsbarkeit fünf Jahre lang ausgeübt haben oder, wenn sie österreichische Staatsangehörige sind, nach den für Oesterreich geltenden Bestimmungen, wenn sie ungarische Staatsangehörige sind, nach den in den Ländern der ungarischen heiligen Krone geltenden Bestimmungen zur Ausübung des Richteramtes befähigt sind.

5. Die übrigen Angestellten werden vom Minister des Aeussern ernannt.

6. In der Bestallungsurkunde ist auszusprechen, ob der Präsident, die Oberrichter und die übrigen Angestellten des Konsularobergerichtes ihr bisheriges Amt weiter zu versehen haben oder davon enthoben werden.

Artikel II.

Die Regierung kann einverständlich mit der Regierung der Länder der ungarischen heiligen Krone nach Einvernehmen mit dem Minister des Aeussern bestimmen, welche in einem fremden Staat erlassenen Vorschriften polizeilicher Natur auf die österreichischen Staatsangehörigen anwendbar sind und welche Strafen von den Konsulargerichten wegen Verletzung dieser Vorschriften verhängt werden sollen.

Artikel III.

1. Die bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen werden in Ansehung der Konsulargerichtsbarkeit gleich den österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen behandelt.

2. Welche Gesetze und sonstigen Vorschriften auf die bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen von den Konsulargerichten anzuwenden sind, wird einverständlich von den Regierungen der beiden Staatsgebiete nach Einvernehmen mit dem Minister des Aeussern und dem gemeinsamen Finanzminister bestimmt.

Artikel IV.

1. Für die Dauer der Wirksamkeit dieses Gesetzes bleibt auch das Gesetz vom 22. Jänner 1902, R. G. Bl. Nr. 40, betreffend die Regelung des Konsulargebührenwesens, weiter in Kraft (§ 9 des letzteren Gesetzes).

2. Den Bestimmungen der II. Abteilung des allgemeinen Konsulargebührentarifes ist in der Tarifpost 50 II a anzufügen:

„10. Das Verfahren, das zur Begründung und Abwicklung der Rechtsverhältnisse zwischen den österreichischen und ungarischen Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten einerseits und den versicherungspflichtigen Betriebsunternehmern oder den Versicherten anderseits erforderlich ist, einschliesslich der Urkunden und Beglaubigungen.“

Artikel V.

Dieses Gesetz bleibt durch zehn Jahre von dem Tage an, an dem es in Wirksamkeit tritt, in Geltung. Es kann vor dem 31. Dezember 1927 nur dann aufgehoben oder abgeändert werden, wenn in dem anderen Staatsgebiete der Monarchie gleichartige Bestimmungen getroffen werden.

Artikel VI.

1. Die Wirksamkeit der vorstehenden Anordnungen ist dadurch bedingt, dass auch in dem anderen Staatsgebiete der Monarchie eine ähnliche gesetzliche Verfügung getroffen wird.

2 Sollte diese Bedingung am 1. Jänner 1918 noch nicht erfüllt sein, so wird die Regierung ermächtigt, für die Zeit bis zu deren Erfüllung im Einvernehmen mit dem Minister des Aeussern und der Regierung der Länder der ungarischen heiligen Krone einstweilige Vorkehrungen zu treffen, damit die Konsulargerichtsbarkeit ohne Störung der Rechtspflege weiter ausgeübt werde und die Konsulargebühren wie bisher eingehoben werden.

Artikel VII.

Dieses Gesetz, mit dessen Vollzuge Mein Justizminister betraut ist tritt am 1. Jänner 1918 in Wirksamkeit.

Laxenburg, am 23. Dezember 1917.

Karl m. p.

Seidler m. p. Schauer m. p.

47.

SUISSE.

Arrêt fédéral concernant l'interdiction des saisies pratiquées sur les fonds des Etats étrangers; du 12 juillet 1918.

Schweizerische Gesetzsammlung 1918, No. 44.

Bundesratsbeschluss betreffend Arrest und Zwangsvollstreckungsmassnahmen gegenüber Vermögen fremder Staaten.

(Vom 12. Juli 1918.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 3. August 1914 betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität; in Ergänzung der gesetzlichen Bestimmungen über Arrest und Zwangsvollstreckung, beschliesst:

Art. 1. Arrest im Sinne von Art. 271 des Bundesgesetzes betreffend Schuldbetreibung und Konkurs kann in keinem Falle verfügt werden in bezug auf Vermögen, welches einem fremden Staate gehört, sofern dieser Staat Gegenrecht hält; unter der gleichen Bedingung sind Zwangsvollstreckungsmassnahmen in bezug auf bewegliches Vermögen fremder Staaten unzulässig. Ueber das Bestehen der Voraussetzung des Gegenrechts entscheidet der Bundesrat.

Erfolgt ein Arrest oder eine Zwangsvollstreckungsmassnahme im Widerspruch zu dieser Bestimmung, so hebt der Bundesrat von Amtes wegen den Arrest oder die Zwangsvollstreckungsmassnahme auf. Er gibt hiervon den zuständigen Behörden unverzüglich Kenntnis; diese sind an den Entscheid des Bundesrates gebunden.

Art. 2. Dieser Beschluss tritt am 20. Juli 1918 in Kraft.

Bern, den 12. Juli 1918.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Calonder.

Der Vizekanzler:

David.

48.

EGYPTE.

Loi prorogeant les pouvoirs des tribunaux mixtes égyptiens; du 31 janvier 1919.

Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1919, No. 126.

Loi nº. 1 de 1919 prorogeant les Pouvoirs des Tribunaux Mixtes jusqu'au 1er novembre 1919.

Nous, Sultan d'Egypte,

Vu le Règlement d'Organisation Judiciaire pour les Procès Mixtes et notamment l'article 40 du Titre III;*)

Vu les Décrets des 6 janvier 1881, 28 janvier 1882, 28 janvier 1883, 19 janvier 1884, 31 janvier 1889, 3 février 1890, 29 janvier 1894, 31 janvier 1899, 30 janvier 1900, 30 janvier 1905, 30 janvier 1910, 26 janvier 1915, 31 janvier 1916, 20 mars 1916, 30 janvier 1917 et 28 janvier 1918,**) prorogeant successivement jusqu'au 1er février 1919, le terme de la première période judiciaire des Tribunaux Mixtes Egyptiens;

Considérant que Notre Gouvernement et les Gouvernements des Puissances intéressées sont convenus de proroger les pouvoirs des dits Tribunaux;

Sur la proposition de Notre Ministre de la Justice et l'avis conforme de Notre Conseil des Ministres;

Décrétons:

Article 1er. Les pouvoirs des Tribunaux Mixtes Egyptiens sont prorogés jusqu'au 1er novembre 1919;

2. Notre Ministre de la Justice est chargé de l'exécution du présent décret.

Fait au Palais Boustan, le 31 janvier 1919.

Fouad.

Par le Sultan:
Le Président du Conseil des Ministres,
H. Ruchdi.

Le Ministre de la Justice,
A. Saroit.

---

*) V. N. R. G. 2. s. II, p. 680. **) V. N. R. G. 3. s. IX, p. 655.

49.

PAYS-BAS, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Arrangement en vue de prolonger la durée de la Convention d'arbitrage, conclue le 2 mai 1908*) et renouvelée le 9 mai 1914;**) signé à Washington, le 8 mars 1919.***)

Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1919, No. 554.

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden en de Regeering der Vereenigde Staten van Amerika, bezield met den wensch het op 2 Mei 1908 tusschen hen gesloten Arbitrageverdrag, hetwelk, ingevolge artikel I van het verdrag tusschen beide Hooge Contracteerende Partijen van 9 Mei 1914, tot 25 Maart 1919 van kracht zal blijven, verder to verlengen, hebben de ondergeteekenden, namelijk J. T. Cremer, Buitengewoon Gezant en Gevolmachtigd Minister van Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden te Washington, en Frank L. Polk, Fungeerende Secretaris van Staat der Vereenigde Staten, gemachtigd het volgend verdrag te sluiten:

Artikel I.

Het Arbitrageverdrag van 2 Mei 1908 tusschen Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden en de Regeering der Vereenigde Staten van Amerika, hetwelk, ingevolge artikel I van het verdrag van 9 Mei 1914, tot 25 Maart 1919 van kracht zal blijven, wordt hierbij verlengd en gehandhaafd voor een nieuw tijdvak van vijf jaren, van af 25 Maart 1919.

Her Majesty the Queen of the Netherlands and the Government of the United States of America, being desirous of further extending the Convention of Arbitration concluded between them on May 2, 1908, which Convention, in consequence of article I of the Agreement between both High Contracting Parties of May 9, 1914, will remain in force till March 25, 1919, have authorized the undersigned, to wit J. T. Cremer, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Her Majesty the Queen of the Netherlands at Washington, and Frank L. Polk, Acting Secretary of State of the United States, to conclude the following agreement:

Article I.

The Convention of Arbitration of May 2, 1908, between Her Majesty the Queen of the Netherlands and the Government of the United States of America, which, in consequence of article I of the Agreement of May 9, 1914, will remain in force till March 25, 1919, is hereby extended and continued in force for a further period of five years from March 25, 1919.

---

*) V. N. R. G. 3. s II, p. 316. **) V. N. R. G. 3. s. IX, p. 366.

***) L'échange des ratifications a eu lieu à Washington, le 22 août 1919.

Artikel II.

Dit verdrag zal worden bekrachtigd door Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden en den President der Vereenigde Staten van Amerika, op advies en met goedkeuren van derzelver Senaat, en het zal in werking treden op den veertienden dag na de uitwisseling der akten van bekrachtiging, welke zoo spoedig mogelijk te Washington zal plaats hebben.

Gedaan in dubbel te Washington, in de Nederlandsche en Engelsche talen, den 8sten Maart negentien honderd en negentien.

(L. S.) *J. T. Cremer.*
(L. S). *Frank L. Polk.*

Article II.

The present Agreement shall be ratified by Her Majesty the Queen of the Netherlands and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof, and it shall become effective upon the fourteenth day after the date of the exchange of ratifications, which shall take place at Washington as soon as possible.

Done in duplicate at Washington, in the Dutch and English languages, this eighth day of March, one thousand nine hundred and nineteen.

(L. S.) *J. T. Cremer.*
(L. S.) *Frank L. Polk.*

50.

SUÈDE, GRANDE-BRETAGNE.

Déclaration afin de prolonger la durée de la Convention d'arbitrage, conclue le 11 août 1904*) et renouvelée le 9 novembre 1909**) et le 9 novembre 1914;***) signée à Londres, le 8 novembre 1919.

Sveriges Överenskommelser med främmande makter 1919, No. 8.

Hans Majestät Konungen af Sverige, och Hans Majestät Konungen af det Förenade Konungariket Stora Britannien och Irland samt af de Brittiska Besittningarna hinsides Hafven, Kejsare af Indien, hvilka undertecknat den i Haag den 29 juli 1899 afslutade konventionen för afgörandet på fredlig väg af internationella tvister;†)

His Majesty the King of Sweden, and His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, signatories of the Convention for the pacific settlement of international disputes, concluded at The Hague on the 29th July, 1899;†)

*) V. N. R. G. 2. s. XXXII, p. 492.
**) V. N. R. G. 3. s. III, p. 218.
***) V. N. R. G. 3. s. IX, p. 379.
†) V. N. R. G. 2. s. XXVI, p. 920.

I betraktande däraf, att genom 19 artikeln af nämnda konvention de höga fördragsslutande parterna förbehållit sig att sluta öfverenskommelser med syfte att till skiljedom hänskjuta alla de fall, som de komma att anse möjligt att underställa en sådan,

Hafva till Sina fullmäktige utsett:

Hans Majestät Konungen af Sverige: Grefve H. Wrangel, Dess Envoyé Extraordinaire och Ministre Plénipotentiaire vid Kungl. Storbritanniska Hofvet; och

Hans Majestät Konungen af Stora Britannien och Irland och af de Brittiska Besittningarna hinsides Hafven, Kejsare af Indien: the Right Honourable Earl Curzon of Kedleston, K. G., Hans Majestäts förste statssekreterare för utrikes ärendena;

Hvilka efter att hafva meddelat hvarandra sina fullmakter, som befunnos i god och behörig form, öfverenskommit om följande:

Artikel 1.

De höga fördragsslutande parterna öfverenskomma härigenom att för en tidrymd af ytterligare 5 år, räknadt från den 9 innevarande månad, förnya den i London den 11 augusti 1904 undertecknade, och den 9 november 1914 i London förnyade, konvention för afgörande genom skiljedom af vissa slag af frågor, som kunna uppstå mellan de två regeringarna i den mån bestämmelserna i förenämnda konvention äga tillämpning på Sverige.

Som skedde i London i två exemplar den 8 november 1919.

Taking into consideration that by Article 19 of that Convention the High Contracting Parties have reserved to themselves the right of concluding Agreements, with a view to referring to arbitration all questions which they shall consider possible to submit to such treatment,

Haved named as their Plenipotentiaries:

His Majesty the King of Sweden: Count H. Wrangel, His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of His Britannic Majesty; and

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India: the Right Honourable Earl Curzon of Kedleston, K. G., His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

Article 1.

The High Contracting Parties hereby undertake to renew for a further period of 5 years, dating from the 9th instant, the Convention signed at London on the 11th August, 1904, and renewed by the Convention signed at London on the 9th November, 1914, for the settlement by arbitration of certain classes of questions which may arise between the two Governements in so far as the provisions of the aforesaid Convention apply to the Kingdom of Sweden.

Done in duplicate at London, the 8th day of November, 1919.

(L. S.) *Wrangel.*
(L. S.) *Curzon of Kedleston.*

51.

SUISSE.

Ordonnance afin de réglementer provisoirement la communication par la voie des airs; du 18 juillet 1919.

Schweizerische Gesetzsammlung 1919, No. 42.

Provisorische Regelung des Luftverkehrs in der Schweiz.

(Verfügung des eidgenössischen Militärdepartements vom 18. Juli 1919).

Das eidgenössische Militärdepartement, in Ausführung des Art. 17 der Verordnung vom 4. August 1914 betreffend Handhabung der Neutralität der Schweiz, zur Erleichterung des Luftverkehrs, verfügt:

Art. 1. Provisorische Bedingungen für die Zulassung zum Luftverkehr in der Schweiz.

1. Der Halter des oder der Luftfahrzeuge, das verwendete Führerpersonal und die Mehrzahl des übrigen zur Verwendung und zum Unterhalt der Luftfahrzeuge bestimmten Personals müssen Schweizerbürger sein. Wenn es sich um eine juristische Person handelt, müssen die Mehrzahl der finanziell Beteiligten, ferner die kaufmännischen und technischen Leiter ebenfalls Schweizerbürger sein.

Ausnahmen kann das eidgenössische Militärdepartement in besonderen Fällen bewilligen.

Führer unter 18 Jahren werden nicht zum Luftverkehr zugelassen.

2. Gewerbsmässige Unternehmungen (Luftverkehr für Personen- und Gütertransport), Betrieb von Flugplätzen, Fliegerschulen, Luftphotographie und -kinematographie müssen im schweizerischen Handelsregister eingetragen werden.

3. Das Postregal bleibt vorbehalten.

4. Der gesamte Luftverkehr in der Schweiz wird bis auf weiteres der Kontrolle der schweizerischen Flugplatzdirektion unterstellt.

5. Für die Luftfahrzeuge müssen die Verkehrsbewilligungen, für die Führer die Führerbewilligungen vom eidgenössischen Militärdepartement auf Grund dieser Verfügung erteilt und die Luftfahrzeuge überdies in dem Register der eidgenössisch kontrollierten Luftfahrzeuge eingetragen sein.

Art. 2. Gesuche um Zulassung zum Luftverkehr in der Schweiz sind an das eidgenössische Militärdepartement zu richten unter Beilage nachverzeichneter Ausweise:

1. Gesuche um Verkehrsbewilligung für Luftfahrzeuge:

a) amtlich beglaubigter Ausweis über die Erfüllung der unter Art. 1 gestellten allgemeinen Bedingungen für Luftfahrzeug-

halter (Nationalitätsausweis). Wenn es sich um gewerbsmässige Unternehmungen handelt, ist auch der Ausweis über die Eintragung ins Handelsregister beizubringen;

b) Ausweis über erfolgte Versicherung für Haftpflicht gegenüber Drittpersonen (Personen- und Sachschäden) im Betrage von Fr. 15,000 pro registriertes Flugzeug, eventuell statt dessen Depotschein der Flugplatzdirektion für eine Bar- oder Bankkaution im selben Betrage;

c) Verpflichtungsschein, durch welchen der Aussteller die Haftpflicht für Personen und Sachschäden in dem Umfange wie er vom eidgenössischen Militärdepartement durch Formular vorgeschrieben wird, übernimmt;

2. Gesuche um Führerbewilligung für Luftfahrzeugführer:

a) Heimatschein oder Niederlassungsschein;

b) ärztliches Zeugnis über körperliche Eignung;

c) Leumundszeugnis.

Art. 3. Zur Prüfung der Luftfahrzeuge und Luftfahrzeugführer wird vom eidgenössischen Militärdepartement eine Kommission mit folgenden Aufgaben eingesetzt:

1. Prüfung der Luftsicherheit der angemeldeten Luftfahrzeuge, Antrag an das eidgenössische Militärdepartement betreffend Erteilung von Verkehrsbewilligungen;

2. periodische Revision der Luftfahrzeuge laut Anordnungen des eidgenössischen Militärdepartementes;

3. *a*) Prüfung der Brevets der gesuchstellenden Führer. Mangels eines schweizerischen Militärbrevets ist das internationale Zivilbrevet und dazu ein Ausweis über bisherige Tätigkeit als Führer beizubringen;

b) Prüfung über den Training der gesuchstellenden Führer auf dem betreffenden Luftfahrzeugtyp im Momente der Gesuchstellung;

c) Antrag an das eidgenössische Militärdepartement betreffend Erteilung von Führerbewilligungen.

Art. 4.

1. Das eidgenössische Militärdepartement überweist die Gesuche um Zulassung zum Luftverkehr der Prüfungskommission, diese stellt ihre Anträge nach Prüfung der Luftfahrzeuge und der Führerbrevets.

2. Das eidgenössische Militärdepartement entscheidet auf Grund des Berichtes der Prüfungskommission und der übrigen ihm gemäss Art. 2 vorgelegten Akten über die Erteilung der Verkehrs- und Führerbewilligungen.

3. Diese werden auf Grund des Entscheides des Departementes von der Flugplatzdirektion Dübendorf ausgestellt.

Art. 5.

Gleichzeitig mit der Ausstellung der Verkehrsbewilligung werden die Luftfahrzeuge in ein von der Flugplatzdirektion Dübendorf geführtes Register der eidgenössisch kontrollierten Luftfahrzeuge eingetragen. Die Eintragung darf erst erfolgen, nachdem die von der Flugplatzdirektion vorgeschriebenen Nationalitätsabzeichen angebracht sind.

Die Flugplatzdirektion bezieht für jedes registrierte Luftfahrzeug eine Registriergebühr von Fr. 100.

Art. 6.

Das eidgenössische Militärdepartement behält sich vor, obige Bedingungen ohne jegliche Entschädigung jederzeit abzuändern und erteilte Verkehrsbewilligungen zu suspendieren oder aufzuheben. Es behält sich ferner vor, besondere Vorschriften über den Luftverkehr und den Betrieb von Luftfahrtunternehmungen im allgemeinen aufzustellen, deren Nichtbeachtung den Entzug der Verkehrs- resp. der Führerbewilligung zur Folge haben kann.

Art. 7.

Diese Verfügung tritt am 1. August 1919 in Kraft.

Eidg. Militärdepartement:
Decoppet.

52.

SUISSE.

Ordonnance afin de réglementer provisoirement la communication par la voie des airs; du 1er août 1919.

Schweizerische Gesetzsammlung 1919, No. 42.

Provisorische Vorschriften für den Luftverkehr in der Schweiz.
(Vom 1. August 1919.)

1. Den Kontrollorganen des eidgenössischen Militärdepartementes resp. der schweizerischen Flugplatzdirektion und der eidgenössischen Zollverwaltung ist jederzeit freier Zutritt zu allen Anlagen, die dem Luftverkehr dienen und zu allen Luftfahrzeugen zu gewähren. Es ist ihnen jede gewünschte Auskunft über Organisation, Personal und Material zu erteilen. Die vorgeschriebenen Verkehrs- resp. Führerbewilligungen und Bordpapiere sind auf Verlangen vorzuweisen.

2. Sofern ein Luftfahrzeug den Eigentümer resp. den Halter wechselt, ist eine neue Verkehrsbewilligung für das betreffende Luftfahrzeug einzuholen.

3. Der Inhaber der Verkehrsbewilligung kann angehalten werden, sein Luftfahrzeug periodisch durch Experten revidieren zu lassen und die Revisionsberichte zur Verfügung der eidgenössischen Kontrollorgane zu halten.

4. Das Ueberfliegen der Grenze und die Annäherung an die Grenze auf weniger als 2 Kilometer ist ohne besondere Bewilligung des eidgenössischen Militärdepartementes verboten. Die Benützung öffentlicher Landungsplätze sowie Notlandungen in der 2 Kilometergrenze bleiben vorbehalten.

5. Es dürfen nicht unter 1000 Meter überflogen werden die Städte Genf, Lausanne, Neuenburg, Biel, Bern, Luzern, Basel, Zürich, Winterthur, St. Gallen, nicht unter 500 Metern die übrigen Städte und Ortschaften sowie die Flugplätze. Akkrobatik ist über allen Ortschaften verboten. Niedriges Fliegen, das geeignet ist, Private oder öffentliche Interessen zu stören, ist allgemein verboten.

6. Das Photographieren oder Kinematographieren aus der Luft von Befestigungswerken und militärischen Flugplätzen ist verboten.

7. Das Abwerfen irgendwelcher Gegenstände ist untersagt (ausser Ballast für Ballone).

8. Wenn bei Notlandungen Schaden angerichtet wird, so muss die Feststellung der Personalien durch die nächsten Gemeindebehörden oder den betreffenden Grundeigentümer abgewartet werden, bevor das Luftfahrzeug seinen Weg fortsetzen oder abtransportiert werden darf.

9. Die Nationalitäts- und Eintragungszeichen müssen auf dem Luftfahrzeug gut erkennbar erhalten bleiben.

10. An Bord jedes Luftfahrzeuges sind mitzuführen:

a) Verkehrsbewilligung für das betreffende Luftfahrzeug;

b) Führerbewilligung für den betreffenden Führer;

c) Brevet des betreffenden Führers;

d) Bordbuch für das Luftfahrzeug (enthaltend Beschreibung des Luftfahrzeuges mit Angabe der Herkunft, des Erstellungsdatums, des Eintragungsdatums, der Eintragungsnummer, der Revisionen durch Experten, eventuell Konstruktionsänderungen, Aufzeichnung über die Leistungen mit Angabe von Ort und Zeit jeder Landung und jeden Startes).

e) Motorenbordbuch (enthaltend Angabe der Herkunft und Fabrikationsnummer, des Typs, der Pferdestärke, Aufzeichnung über die Arbeitsdauer seit der letzten Revision und der Arbeitsdauer überhaupt). Wenn mehrere Motoren eingebaut sind, ist für jeden Motor ein besonderes Motorenbordbuch zu führen.

11. Luftfahrzeuge, die sich begegnen, sollen nie in der Luft auf weniger als 200 Meter sich nähern. Ausweichen nach rechts, links Ueberholen. Bei Kreuzungen muss dasjenige ausweichen, von welchem aus die linke Seite des andern sichtbar ist.

12. Auf Flugplätzen muss stets ein Signal aufgezogen sein, das die Windrichtung angibt, oder ein Zeichen ausgelegt, das die Landungsrichtung kennzeichnet.

Bern, den 1. August 1919.

Eidg. Militärdepartement:
Decoppet.

53.

SUISSE, GRANDE-BRETAGNE.

Accord provisoire concernant les communications par la voie des airs entre les deux pays; signé à Berne, le 6 novembre 1919.

Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, No 8.

Provisorisches Uebereinkommen betreffend Regelung des Luftverkehrs zwischen der Schweiz und Grossbritannien.

Abgeschlossen am 6. November 1919.

Vom Bundesrat genehmigt am 16. Dezember 1919.

Datum des Inkrafttretens: 1. März 1920.

Der schweizerische Bundesrat und Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, in dem Bestreben, den Luftverkehr zwischen ihren Völkern zu fördern, haben sich entschlossen, zu diesem Zwecke ein provisorisches Uebereinkommen abzuschliessen und ihre Bevollmächtigten wie folgt bezeichnet:

Der schweizerische Bundesrat:

Herrn Oberst Eugen Borel;
Herrn Oberst i. G. de Loriol;
Herrn Major Isler, Kommandant des Flugplatzes Dübendorf;
Herrn Dr. Otto Pinösch, Chef des Rechtsbureaus der Abteilung für Auswärtiges;
Herrn Dr. Edmond Pittard, Rechtsanwalt in Genf;
Herrn K. Acklin, Adjunkt der I. Abteilung der Oberzolldirektion.

Seine Majestät der König des vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland:

Herrn Oberst Beatty,
Herrn Charles Brigstocke } vom Luftministerium, London.

Diese Bevollmächtigten haben, nach Prüfung und Richtigbefund ihrer Vollmachten, folgende Bestimmungen vereinbart:

Art. 1.

Dieses Uebereinkommen findet nur auf die privaten Luftfahrzeuge Anwendung, welche als solche durch die zuständigen Behörden eines der beiden Vertragsstaaten in die amtlichen Register eingetragen sind.

Art. 2.

Jeder der beiden Vertragsstaaten räumt den in Art. 1 genannten Luftfahrzeugen des andern Staates das Recht ein, in Friedenszeiten sein Gebiet und seine Territorialgewässer in unschädlicher Weise frei zu überfliegen, sofern dabei die Bedingungen dieses Uebereinkommens beachtet werden.

Art. 3.

Die schweizerische und die britische Regierung können aus militärischen oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit das Ueberfliegen gewisser Teile ihres Gebietes verbieten und nach Massgabe ihrer Gesetzgebung bestrafen, vorausgesetzt, dass in dieser Beziehung kein Unterschied zwischen den privaten Luftfahrzeugen der beiden Vertragsstaaten gemacht werde. Die verbotenen Gebietsteile müssen dem Vertragsgegner mitgeteilt werden.

Art. 4.

Jedes Luftfahrzeug, das über ein verbotenes Gebiet gerät, ist verpflichtet, unverzüglich das durch die Luftfahrordnung des überflogenen Staates vorgeschriebene Notsignal zu geben und ungesäumt auf einem ausserhalb des verbotenen Gebietes gelegenen Flugplatze dieses Staates zu landen.

Art. 5.

Jedes Luftfahrzeug muss ein Bordbuch und eine von den zuständigen Behörden eines der beiden Vertragsstaaten oder von einer von ihnen ermächtigten Gesellschaft ausgestellte Verkehrsbewilligung, sowie seinen Immatrikulationsausweis mitführen. Es muss deutliche Unterscheidungsmerkmale besitzen, durch welche es in vollem Fluge identifiziert werden kann.

Art. 6.

Die Mitglieder der Bemannung müssen alle Ausweise mitführen, welche im Heimatstaat des Luftfahrzeuges für den Luftverkehr verlangt werden. Die Vertragsstaaten teilen sich gegenseitig die in ihrem Gebiete geltenden Ausweise mit.

Die Mitglieder der Bemannung müssen ausserdem Ausweise über ihre Heimatzugehörigkeit, ihre Person, ihre militärische Stellung, und wenn notwendig, Pässe mitführen.

Die Passagiere müssen mit allen vom geltenden Recht verlangten Ausweisen und Pässen versehen sein.

Art. 7.

Die Luftfahrzeuge dürfen ohne spezielle Bewilligung ihres Heimatstaates keinerlei Apparate für drahtlose Telegraphie mitführen. Solche Apparate dürfen nur von Mitgliedern der Bemannung bedient werden, welche hierfür eine besondere Bewilligung besitzen.

Art. 8.

Die zwischen den beiden Vertragsstaaten verkehrenden Luftfahrzeuge dürfen Personen und Waren von einem Lande ins andere befördern, unter Ausschluss des internen Verkehrs in jedem der beiden Staaten.

Sie müssen folgende Ausweise mitführen: ein Namensverzeichnis der Passagiere, ein Inventar (Manifest) über die mitgeführten Waren und Vorräte, sowie die vom Versender auszustellenden detaillierten Warendeklarationen.

Alle diese Transporte unterstehen den geltenden Vorschriften.

Die Beförderung von Postsendungen unterliegt besonderen Abmachungen zwischen den beidseitigen Postverwaltungen.

Art. 9.

Die Landesbehörden haben das Recht, jedes Luftfahrzeug bei Abfahrt und Landung zu untersuchen und die verlangten Ausweise zu kontrollieren.

Art. 10.

Die Luftfahrzeuge beider Staaten haben sowohl bei ordentlichen Landungen, als bei Notlandungen Anspruch auf gleiche Hülfeleistung wie die einheimischen Flugzeuge.

Art. 11.

Alle Landungsplätze, welche den einheimischen Luftfahrzeugen gegen Bezahlung zu freier Benützung offen stehen, sollen unter den gleichen Bedingungen den Luftfahrzeugen des andern Staates offen stehen.

Art. 12.

Jedes Luftfahrzeug, das in einen der Vertragsstaaten eintritt, muss die Grenze an den von der zuständigen Behörde festgesetzten Stellen überschreiten und darf nur an einem der von ihr bezeichneten Landungsplätze landen. Dasselbe gilt für die Abfahrt.

Die Vertragsstaaten werden sich die Stellen für die Grenzüberschreitung und die in obigem Sinne bezeichneten Landungsplätze mitteilen.

Art. 13.

Bei Notlandung ausserhalb der bezeichneten Landungsplätze muss der Führer sofort die nächste Ortsbehörde benachrichtigen und unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit bis zur Ankunft der Behörde jede Entfernung der Passagiere und des Inhaltes des Luftfahrzeuges verhindern.

Art. 14.

Die Luftfahrzeuge und ihre Insassen, sowie die Luftfahrtsunternehmungen unterstehen allen rechtlichen Verpflichtungen gemäss der allgemeinen Gesetzgebung und den Vorschriften über Zölle, Steuern und Abgaben und über die öffentliche Sicherheit, ebenso den in dem Staate, in welchem sie sich befinden, geltenden Vorschriften über die Luftschiffahrt.

Die Fahrbewilligungen, Flugtüchtigkeits- und Fähigkeitsausweise, welche den Luftfahrzeugen und den Mitgliedern der Bemannung in einem Staate ausgestellt werden, haben im anderen Staate dieselbe Gültigkeit, wie die zu gleichem Zwecke durch letzteren ausgestellten Ausweise.

Jeder Vertragsstaat kann für den Luftverkehr innerhalb seiner Grenzen den an seine Staatsangehörigen vom anderen Vertragsstaat ausgestellten Lufttüchtigkeits- und Fähigkeitsausweisen die Anerkennung versagen.

Art. 15.

Der Abwurf von anderem Ballast als feinem Sand oder Wasser aus der Luft ist verboten.

Art. 16.

Es ist verboten, unterwegs etwas anderes als Ballast auszuladen oder abzuwerfen. Für Ausnahmen bedarf es besonderer Bewilligungen.

Bezüglich der Post bleiben die in Art. 8 erwähnten besonderen Abmachungen vorbehalten.

Art. 17.

Die Vertragsstaaten teilen sich gegenseitig die für den Luftverkehr in ihrem Gebiete geltenden Vorschriften mit.

Art. 18.

Das gegenwärtige Uebereinkommen gilt nicht für Militärluftfahrzeuge. Kein militärisches Luftfahrzeug eines Staates darf in das Gebiet des anderen eindringen, ohne die besondere Bewilligung des letzteren einzuholen.

Art. 19.

Das vorliegende provisorische Uebereinkommen kann von jedem Vertragsstaat jederzeit auf drei Monate gekündigt werden.

Ausserdem behält sich jeder Vertragsteil vor, das vorliegende Uebereinkommen mit unmittelbarer Wirkung zu kündigen, sobald der Austausch der Ratifikation betreffend die internationale Luftschiffahrtskonvention, die am 13. Oktober 1919 in Paris unterzeichnet wurde, erfolgt sein wird.

Im Doppel ausgefertigt.

Bern, den 6. November 1919.

gez. *Eugen Borel,*
Dr. *O. Pinösch,*
de Loriol, Oberst,
Edm. Pittard,
K. Acklin,
Isler, Major.

gez. *C. R. Brigstocke,*
W. Beatty.

Zusatz-Protokoll.

Gemäss den Bestimmungen des Uebereinkommens vom gleichen Tage, und in Ergänzung derselben, haben die Unterzeichneten, versehen mit den Vollmachten ihrer Regierungen, noch folgendes vereinbart:

I.

Bezüglich des Art. 5 versteht es sich, dass, solange die Schweiz — wie gegenwärtig — nur einen Ausweis ausstellt, welcher zugleich die Verkehrsbewilligung und den Immatrikulationsausweis enthält, dieser Ausweis seitens der britischen Behörden als gültiger Ersatz für die in Art. 5 verlangten zwei Ausweise anerkannt wird.

II.

In Uebereinstimmung mit Art. 12 bestimmen die beiden Parteien schon jetzt folgendes:

1.

a. Alle Luftfahrzeuge, mit Ausnahme der Wasserflugzeuge, die in die Schweiz eintreten, müssen auf dem Flugplatz Dübendorf landen und jede Abfahrt aus der Schweiz nach dem Auslande hat ebenfalls von diesem Flugplatze aus zu erfolgen.

Für die in die Schweiz eintretenden Wasserflugzeuge gelten als Landungs- oder Abfahrtsplätze die Häfen von Genf, Lausanne (Ouchy), Zürich, Luzern, Romanshorn, Lugano.

b. Alle Luftfahrzeuge, mit Ausnahme der Wasserflugzeuge, die in Grossbritannien eintreten, müssen auf einem der beiden Flugplätze Lympne, in Kent oder Hounslow, in Middlesex, landen, und die Abfahrt sämtlicher Luftfahrzeuge, mit Ausnahme der Wasserflugzeuge, nach dem Auslande, muss ebenfalls von einem dieser Flugplätze aus erfolgen.

Für die Wasserflugzeuge gilt als Landungs- und als Abfahrtsplatz Felixtown.

2.

a. Die Schweizerische Regierung behält sich vor, gewisse Strecken festzusetzen, auf denen alle Luftfahrzeuge, die in die Schweiz eintreten, die Grenze überschreiten müssen und verpflichtet sich, dieselben mindestens 14 Tage zum voraus der Britischen Regierung bekanntzugeben.

b. Die britische Grenze muss überschritten werden:

1. von den Luftfahrzeugen, mit Ausnahme der Wasserflugzeuge, zwischen Folkestone und Dungeness;
2. von den Wasserflugzeugen zwischen Orfordness und The Naze.

3.

Die beiden Regierungen behalten sich vor, jede für ihren Teil, das vorstehende Verzeichnis zu ändern oder zu ergänzen, unter der Bedingung, dass ihre Verfügungen dem andern Teil mindestens 14 Tage zum voraus bekanntgegeben werden.

III.

Auf alle Fälle können das heutige Uebereinkommen und die vorstehenden Bestimmungen seitens der Eidgenossenschaft erst ratifiziert werden, wenn sie durch Abkommen mit den Zwischenstaaten den schweizerischen Luftfahrzeugen, Piloten und andern Insassen die Möglichkeit verschafft hat, auf dem Luftwege nach dem Vereinigten Königreiche zu gelangen und zurückzukehren.

Im Doppel ausgefertigt.

Bern, den 6. November 1919.

gez. *Eugen Borel*,
Dr. *O. Pinösch*,
de Loriol, Oberst,
Edm. Pittard,
Isler, Major i. G.,
K. Acklin.

gez. *C. Brigstocke*,
W. D. Beatty.

54.

SUISSE, FRANCE.

Accord provisoire concernant les communications par la voie des airs entre les deux pays; signé à Berne, le 9 décembre 1919.

Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, No. 8.

Provisorisches Uebereinkommen betreffend die Regelung des Luftverkehrs zwischen der Schweiz und Frankreich.

Abgeschlossen in Bern am 9. Dezember 1919.
Vom Bundesrat genehmigt am 16. Dezember 1919.
Datum des Inkrafttretens: 1. März 1920.

Der schweizerische Bundesrat und der Präsident der französischen Republik, in dem Bestreben, den Luftverkehr zwischen ihren Völkern zu fördern, haben sich entschlossen, zu diesem Zwecke ein provisorisches Uebereinkommen abzuschliessen und ihre Bevollmächtigten wie folgt bezeichnet:

Der schweizerische Bundesrat:

Herrn Oberst Eugen Borel;
Herrn Oberst i. G. de Loriol;
Herrn Major Isler, Kommandant des Flugplatzes Dübendorf;
Herrn Dr. Otto Pinösch, Chef des Rechtsbureaus der Abteilung für Auswärtiges;
Herrn Dr. Edmond Pittard, Rechtsanwalt in Genf;
Herrn K. Acklin, Adjunkt der I. Abteilung der Oberzolldirektion.

Der Präsident der französischen Republik:

Herrn Georges Clinchant, Botschaftsrat, französischer Geschäftsträger in Bern.

Diese Bevollmächtigten haben, nach Prüfung und Richtigbefund ihrer Vollmachten, folgende Bestimmungen, unter Ratifikationsvorbehalt, vereinbart:

Art. 1.

Das gegenwärtige Uebereinkommen findet nur auf die privaten Luftfahrzeuge Anwendung, welche als solche durch die zuständigen Behörden eines der beiden Vertragsstaaten in die amtlichen Register eingetragen sind.

Art. 2.

Jeder der beiden Vertragsstaaten räumt den in Art. 1 genannten Luftfahrzeugen des anderen Staates das Recht ein, in Friedenszeiten sein Gebiet und seine Territorialgewässer in unschädlicher Weise frei zu überfliegen, sofern dabei die Bedingungen dieses Uebereinkommens beachtet werden.

Art. 3.

Die schweizerische und die französische Regierung können aus militärischen oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit das Ueberfliegen gewisser Teile ihres Gebietes verbieten und nach Massgabe ihrer Gesetzgebung bestrafen, vorausgesetzt, dass in dieser Beziehung kein Unterschied zwischen den privaten Luftfahrzeugen der beiden Vertragsstaaten gemacht werde. Die verbotenen Gebietsteile müssen dem Vertragsgegner mitgeteilt werden.

Art. 4.

Jedes Luftfahrzeug, das über ein verbotenes Gebiet gerät, ist verpflichtet, unverzüglich das durch die Luftfahrordnung des überflogenen Staates vorgeschriebene Notsignal zu geben und ungesäumt auf einem ausserhalb des verbotenen Gebietes gelegenen Flugplatze dieses Staates zu landen.

Art. 5.

Jedes Luftfahrzeug muss ein Bordbuch und eine von den zuständigen Behörden eines der beiden Vertragsstaaten oder von einer von ihnen ermächtigten Gesellschaft ausgestellte Verkehrsbewilligung, sowie seinen Immatrikulationsausweis mitführen. Es muss deutliche Unterscheidungsmerkmale besitzen, durch welche es in vollem Fluge identifiziert werden kann.

Art. 6.

Die Mitglieder der Bemannung müssen alle Ausweise mitführen, welche im Heimatstaate des Luftfahrzeuges für den Luftverkehr verlangt werden. Die Vertragsstaaten teilen sich gegenseitig die in ihrem Gebiete geltenden Ausweise mit.

Die Mitglieder der Bemannung müssen ausserdem Ausweise über ihre Heimatzugehörigkeit, ihre Person, ihre militärische Stellung und, wenn notwendig, Pässe mitführen.

Die Passagiere müssen mit allen vom geltenden Recht verlangten Ausweisen und Pässen versehen sein.

Art. 7.

Die Luftfahrzeuge dürfen ohne spezielle Bewilligung ihres Heimatstaates keinerlei Apparate für drahtlose Telegraphie mitführen. Solche Apparate dürfen nur von Mitgliedern der Bemannung bedient werden, welche hierfür eine besondere Bewilligung besitzen.

Art. 8.

Die zwischen den beiden Vertragsstaaten verkehrenden Luftfahrzeuge dürfen Personen und Waren von einem Lande ins andere befördern, unter Ausschluss des internen Verkehrs in jedem der beiden Staaten.

Sie müssen folgende Ausweise mitführen: ein Namensverzeichnis der Passagiere, ein Inventar (Manifest) über die mitgeführten Waren und Vorräte, sowie die vom Versender auszustellenden detaillierten Warendeklarationen.

Alle diese Transporte unterstehen den geltenden Vorschriften.

Die Beförderung von Postsendungen unterliegt besonderen Abmachungen zwischen den beidseitigen Postverwaltungen.

Art. 9.

Die Landesbehörden haben das Recht, jedes Luftfahrzeug bei Abfahrt und Landung zu untersuchen und die verlangten Ausweise zu kontrollieren.

Art. 10.

Die Luftfahrzeuge beider Staaten haben sowohl bei ordentlichen Landungen als bei Notlandungen Anspruch auf gleiche Hülfeleistung wie die einheimischen Flugzeuge.

Art. 11.

Alle Landungsplätze, welche den einheimischen Luftfahrzeugen gegen Bezahlung zu freier Benützung offen stehen, sollen unter den gleichen Bedingungen den Luftfahrzeugen des anderen Staates offen stehen.

Art. 12.

Die Grenze zwischen den Vertragsstaaten darf nur zwischen den im gemeinsamen Einverständnis zu bestimmenden Punkten überschritten werden.

Jeder Vertragsstaat bezeichnet auf seinem Gebiete einen oder mehrere Landungsplätze, welche bei Ankunft und Abfahrt im internationalen Verkehr zwischen beiden Staaten zu benützen sind.

Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen das Verzeichnis der von ihm hierfür bestimmten Landungsplätze mit. Er kann jederzeit dieses Verzeichnis abändern oder ergänzen, unter 14tägiger Voranzeige an den anderen Vertragsstaat.

Art. 13.

Jede Landung vor Anlaufen eines der in Art. 12 erwähnten Landungsplätze ist verboten.

Bei Notlandung ausserhalb dieser Landungsplätze muss der Führer sofort die nächste Ortsbehörde benachrichtigen und unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit bis zur Ankunft der Behörde jede Entfernung der Bemannung, der Passagiere oder des Luftfahrzeuges, seiner Bestandteile, Zubehörden oder seines Inhaltes verhindern.

Art. 14.

Die Luftfahrzeuge, die Bemannungen, die Passagiere, sowie die Luftfahrtsunternehmungen unterstehen allen rechtlichen Verpflichtungen gemäss der Gesetzgebung des Staates, in dem sie sich befinden, namentlich den Vorschriften über Zölle, Steuern und Abgaben und über die öffentliche Sicherheit. Sie unterstehen ebenfalls den in diesem Staate geltenden Vorschriften über die Luftschiffahrt.

Die Fahrbewilligungen, Flugtüchtigkeits- und Fähigkeitsausweise, welche den Luftfahrzeugen und den Mitgliedern der Bemannung im einen Staate ausgestellt werden, haben im anderen Staate dieselbe Gültigkeit, wie die zu gleichem Zwecke durch letzteren ausgestellten Ausweise.

Jeder Vertragsstaat kann für den Luftverkehr innerhalb seiner Grenzen den an seine Staatsangehörigen vom anderen Vertragsstaat ausgestellten Lufttüchtigkeits- und Fähigkeitsausweisen die Anerkennung versagen.

Art. 15.

Der Abwurf von anderem Ballast als feinem Sand oder Wasser aus der Luft ist verboten.

Art. 16.

Es ist verboten unterwegs etwas anderes als Ballast auszuladen oder abzuwerfen. Für Ausnahmen bedarf es besonderer Bewilligungen.

Bezüglich der Post bleiben die in Art. 8 erwähnten besonderen Abmachungen vorbehalten.

Art. 17.

Die Vertragsstaaten teilen sich gegenseitig die für den Luftverkehr in ihrem Gebiete geltenden Vorschriften mit.

Art. 18.

Kein militärisches Luftfahrzeug eines Staates darf in das Gebiet des anderen eindringen, ohne vorher die Bewilligung des letzteren einzuholen. Soweit eine derartige Bewilligung nichts anderes vorsieht, gelten die Bestimmungen dieses Uebereinkommens.

Art. 19.

Das vorliegende provisorische Uebereinkommen kann von jedem Vertragsstaat jederzeit auf drei Monate gekündigt werden.

Ausserdem behält sich jeder Vertragsteil vor, das vorliegende Uebereinkommen mit unmittelbarer Wirkung zu kündigen, sobald der Austausch der Ratifikationen betreffend die internationale Luftschiffahrtskonvention, die in Paris am 13. Oktober 1919 unterzeichnet wurde, erfolgt sein wird.

Im Doppel ausgefertigt,

Bern, den 9. Dezember 1919.

gez. *Eugen Borel*,
Ed. Pittard,
Isler, Major,
de Loriol, Oberst,
Dr. *O. Pinösch*,
K. Acklin.

gez. *Clinchant.*

Zusatz-Protokoll.

Gemäss den Bestimmungen des Uebereinkommens vom gleichen Tage und in Ergänzung derselben, haben die Unterzeichneten, versehen mit den Vollmachten ihrer Regierungen, unter Ratifikationsvorbehalt, noch folgendes vereinbart:

I.

Als private Luftfahrzeuge im Sinne von Art. 1 gelten alle Luftfahrzeuge, mit Ausnahme von:

a) militärischen Luftfahrzeugen,

b) Luftfahrzeugen, die ausschliesslich einem Staatsdienste zugeteilt sind, wie der Post, dem Zoll, der Polizei.

II.

Das von der französischen Behörde ausgestellte „Certificat de navigabilité“ ist der in Art. 5 vorgesehenen Verkehrsbewilligung gleichgestellt.

Ueberdies wird vereinbart, dass, solange die Schweiz — wie gegenwärtig — nur einen Ausweis ausstellt, welcher zugleich die Verkehrsbewilligung und den Immatrikulationsausweis enthält, dieser Ausweis — der nach einer Untersuchung des Luftfahrzeuges in bezug auf seine Lufttüchtigkeit ausgestellt wird — seitens der französischen Behörden als gültiger Ersatz für die in Art. 5 verlangten zwei Ausweise anerkannt wird.

Bern, den 9. Dezember 1919.

gez. *Eugen Borel*,
Dr. *O. Pinösch*,
de Loriol, Oberst,
Isler, Major i. G.,
Edm. Pittard,
K. Acklin.

gez. *Clinchant*.

55.

SUISSE.

Arrêt fédéral réglementant la communication par la voie des airs; du 27 janvier 1920.

Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, No. 15.

Bundesratsbeschluss betreffend die Ordnung des Luftverkehrs in der Schweiz.

(Vom 27. Januar 1920.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 3. April 1919 betreffend Beschränkung der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates, beschliesst:

A. Allgemeines.

Art. 1. Der unschädliche (inoffensive) Luftverkehr über dem Gebiete der Schweiz ist in Friedenszeiten frei, soweit er nicht durch bundesrechtliche Bestimmungen oder Staatsverträge eingeschränkt wird.

Art. 2. Alle Personen, welche sich an Bord eines die Schweiz überfliegenden Luftfahrzeuges befinden, haben sich nach den in der Schweiz geltenden Gesetzen und Vorschriften zu richten.

Die Rechtsverhältnisse der Insassen eines in internationaler Fahrt befindlichen Luftfahrzeuges untereinander unterstehen dem Rechte des Heimatstaates des Fahrzeuges, subsidiär dem schweizerischen Rechte.

Vorbehalten bleiben die Vorschriften des Art. 33.

Art. 3. Der Bundesrat ist berechtigt, das Ueberfliegen gewisser Gebiete aus Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit oder aus militärischen Gründen dauernd oder zeitweilig zu verbieten oder einzuschränken.

Art. 4. Die Aufsicht über den Luftverkehr und das gesamte Luftwesen wird vom Bundesrate ausgeübt.

Der Bundesrat erlässt die zum Vollzug und zur Ergänzung der vorliegenden Vorschriften notwendigen Verordnungen und Reglemente. Insbesondere setzt er die zu erhebenden Gebühren fest.

Der Bundesrat kann eine besondere Stelle (Luftamt) schaffen, deren Befugnisse er im Rahmen der vorliegenden Vorschriften regelt.

B. Luftstrassen und Landungsplätze.

Art. 5. Die Aufsichtsbehörde hat das Recht, Luftstrassen, welche die Luftfahrzeuge einzuhalten haben, vorzuschreiben und Landungsplätze zu bestimmen.

Art. 6. Jedes aus dem Auslande kommende Luftfahrzeug kann das Gebiet der Schweiz ohne Landung überfliegen. In diesem Falle hat es der von der Aufsichtsbehörde vorgeschriebenen Luftstrasse zu folgen.

Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit kann jedes Luftfahrzeug zur Landung angehalten werden. Es hat den Landungssignalen unverzüglich Folge zu leisten.

C. Luftfahrzeuge.

Art. 7. Zum Verkehr im schweizerischen Luftraum sind zugelassen:

1. Die Luftfahrzeuge, welche im schweizerischen Register der staatlich kontrollierten Luftfahrzeuge eingetragen sind;
2. nicht eingetragene Luftfahrzeuge, welche auf Grund von Staatsverträgen oder zufolge der Verfügung der Aufsichtsbehörde den im schweizerischen Register eingetragenen Luftfahrzeugen gleichgestellt sind.

Jedes zugelassene Luftfahrzeug bedarf einer von der Aufsichtsbehörde ausgestellten Verkehrsbewilligung, welche auf den Namen einer bestimmten Person als Träger der Verkehrsbewilligung lautet. Die Verkehrsbewilligung wird auf den Namen des Eigentümers oder mit dessen Zustimmung auf denjenigen des Halters des Luftfahrzeuges ausgestellt.

Art. 8. Ein Luftfahrzeug kann in das schweizerische Register eingetragen werden:

1. wenn es einer Korporation des eidgenössischen oder kantonalen öffentlichen Rechtes gehört;
2. wenn es Personen gehört, welche Schweizerbürger sind;
3. wenn es einer juristischen Person gehört, auf welche folgende Voraussetzungen zutreffen:
   a) der Hauptsitz der juristischen Person muss in der Schweiz sein,
   b) die juristische Person muss im Schweizerischen Handelsregister eingetragen sein,

c) der Präsident des Verwaltungsrates und wenigstens $^2/_3$ der Mitglieder der Verwaltung und der Direktion müssen Schweizerbürger sein.

Art. 9. Auf dem Verordnungswege stellt der Bundesrat die näheren Bedingungen auf, unter welchen Luftfahrzeuge in das schweizerische Register eingetragen werden können oder müssen, und unter welchen sie aus diesem Register zu streichen und vom Luftverkehr auszuschliessen sind.

Die Eintragung erfolgt auf den Namen des Eigentümers und gegebenenfalls auf denjenigen des Halters des Luftfahrzeuges. Bei jeder Aenderung in der Person des Eigentümers oder des Halters hat eine neue Eintragung zu erfolgen.

Die eingetragenen Luftfahrzeuge unterliegen hinsichtlich ihrer Gebrauchsfähigkeit und Betriebssicherheit einer periodischen Kontrolle, von deren Ergebnis die Fortdauer der Eintragung oder die Streichung aus dem Register, sowie die Erneuerung oder der Entzug der Verkehrsbewilligung abhängig ist.

Art. 10. Durch die Eintragung in das schweizerische Register erwirbt das eingetragene Luftfahrzeug die schweizerische Nationalität.

Art. 11. Ein bereits in einem andern Staate eingetragenes Luftfahrzeug kann nicht im schweizerischen Register eingetragen werden.

Art. 12. Luftfahrzeuge, welche auf dem Luftwege in die Schweiz gelangen, ohne die Ermächtigung zum Verkehr im schweizerischen Luftraum bereits zu besitzen, sind verpflichtet, an einer der von der Aufsichtsbehörde zu bezeichnenden Stelle zu landen und sich der amtlichen Kontrolle zu unterziehen. Sie bleiben beschlagnahmt, bis ihnen die Verkehrsbewilligung erteilt ist.

Findet die Landung eines solchen Luftfahrzeuges ausserhalb der vorgeschriebenen Landungsplätze statt, so gelten die Bestimmungen der Art. 20 und 21.

Art. 13. Ohne besondere Bewilligung der Aufsichtsbehörde darf ein Luftfahrzeug nicht mit einer Einrichtung für drahtlose Telegraphie ausgerüstet werden.

Die Aufsichtsbehörde ist befugt, gewissen Klassen von Luftfahrzeugen das Mitführen einer Einrichtung für drahtlose Telegraphie unter den Bedingungen und nach den Systemen, welche sie bestimmen wird, vorzuschreiben.

Die Einrichtungen für drahtlose Telegraphie dürfen nur von Leuten bedient werden, welche hierfür eine besondere Bewilligung besitzen.

D. Bemannung der Luftfahrzeuge.

Art. 14. Die Kommandanten, Führer, Ingenieure, Mechaniker und andern Personen, welche bei der Führung eines Luftfahrzeuges mitwirken, bedürfen zur Ausübung ihrer Obliegenheiten an Bord:

1. eines Befähigungsausweises (brevet d'aptitude);
2. einer Fahrbewilligung (licence).

Der schweizerische Befähigungsausweis wird durch die Ablegung einer Prüfung erlangt.

Ausländische Befähigungsausweise sind dem schweizerischen gleichgestellt, sofern sie durch internationale Uebereinkunft oder durch Verfügung der Aufsichtsbehörde als gleichwertig erklärt werden.

Die Aufsichtsbehörde hat das Recht, den Befähigungsausweisen und Fahrbewilligungen, welche einem Schweizer von einem fremden Staate ausgestellt worden sind, für Flüge im schweizerischen Luftraum die Anerkennung zu verweigern.

Art. 15. Die Aufsichtsbehörde bestimmt für jede Klasse von Luftfahrzeugen und für jede Funktion an Bord:

1. welche Bedingungen für die Erlangung der Befähigungsausweise und der Fahrbewilligungen zu erfüllen sind;
2. unter welchen Bedingungen die Fahrbewilligungen zeitweilig oder dauernd entzogen werden können.

E. Gewerbsmässiger Luftverkehr.

Art. 16. Unternehmungen, welche den Luftverkehr in oder nach der Schweiz gewerbsmässig ausüben wollen, inbegriffen die Schulen zur Ausbildung von Führern und Flugplatzunternehmungen, bedürfen einer Bewilligung der Aufsichtsbehörde.

Ausländern wird diese Bewilligung nur erteilt, sofern dies durch Staatsvertrag ausdrücklich vorgesehen ist.

Unternehmungen, deren Hauptsitz sich im Auslande befindet, wird diese Bewilligung nur erteilt, wenn ihr Heimatstaat Gegenrecht hält und wenn sie in der Schweiz eine Niederlassung haben.

Art. 17. Unternehmungen zur gewerbsmässigen Ausübung des Luftverkehrs in oder nach der Schweiz haben sich in das schweizerische Handelsregister eintragen zu lassen.

F. Polizeiliche Vorschriften.

Art. 18. Jedes im schweizerischen Luftraum verkehrende Luftfahrzeug hat ein deutlich sichtbares Abzeichen seiner Nationalität und seiner Eintragung (Immatrikulation), sowie den Namen und den Wohnort des Eigentümers zu tragen.

Diese Abzeichen werden von der Aufsichtsbehörde bestimmt.

Die ausländischen Fahrzeuge tragen die in ihrem Heimatstaate vorgeschriebenen Abzeichen.

Art. 19. Jedes im schweizerischen Luftraum verkehrende Luftfahrzeug soll folgende Ausweise mitführen:

1. ein Zeugnis, welches seine Eintragung in seinem Heimatstaate bescheinigt;
2. einen Ausweis über seine Tauglichkeit zum Luftverkehr, welcher von der zuständigen Behörde des Heimatstaates ausgestellt ist;
3. die Befähigungsausweise (brevets) und Fahrbewilligungen (licences) des Kommandanten, des Führers und der übrigen Bemannung;
4. das Verzeichnis allfälliger Passagiere;
5. das Ausrüstungsinventar;

6. ein Inventar (Manifest) über die mitgeführten Waren und Vorräte, sowie die vom Versender auszustellenden detaillierten Warendeklarationen;
7. die Bordbücher;
8. die besondere, in Art. 13 vorgesehene Bewilligung, sofern das Fahrzeug eine Einrichtung für drahtlose Telegraphie mitführt.

Form und Inhalt dieser Urkunden wird für die schweizerischen Luftfahrzeuge durch die Aufsichtsbehörde bestimmt.

Art. 20. Lenkbare Luftfahrzeuge dürfen nur an den von der Aufsichtsbehörde bewilligten Landungsplätzen landen.

Falls ein Luftfahrzeug ausserhalb der bewilligten Landungsplätze landet, hat der Führer die Weisungen des Luftamtes durch Vermittlung der Ortsbehörden einzuholen. Bis zum Eintreffen dieser Weisungen bleibt das Fahrzeug nebst Insassen und Inhalt unter Aufsicht der Ortsbehörden.

Absatz 2 dieses Artikels gilt auch für nichtlenkbare Luftfahrzeuge.

Art. 21. Die Zollabfertigung geschieht unter der Verantwortlichkeit des Führers an den in Art. 5 vorgesehenen Landungsplätzen.

Bei Landungen ausserhalb dieser Landungsplätze sorgen die Ortsbehörden dafür, dass das Fahrzeug nebst Insassen und Inhalt unter ihrer Aufsicht bleibt bis der Entscheid der Zollbehörde vorliegt.

Luftfahrzeuge, welche das Gebiet der Schweiz ohne Landung auf Schweizerboden überfliegen, sind von der zollamtlichen Behandlung befreit.

Art. 22. Ausser im Falle dringender Gefahr ist das Abwerfen von Gegenständen irgendwelcher Art aus Luftfahrzeugen verboten. Ausgenommen ist bei Frei- und Lenkballonen die Abgabe von Ballast, welcher nur aus Wasser oder feinem Sand bestehen darf. Vorbehalten bleiben besondere Vorschriften und Bewilligungen, unter anderen im Postverkehr.

Durch abgeworfene Gegenstände entstehender Schaden ist unter allen Umständen zu ersetzen.

Alle widerrechtlich abgeworfenen Gegenstände sind von den Ortsbehörden in Verwahrung zu nehmen.

Art. 23. Ueber den Signaldienst erlässt die Aufsichtsbehörde die erforderlichen Vorschriften.

Art. 24. Die Beförderung von Sprengstoffen, Kriegswaffen und Munition durch Luftfahrzeuge aus oder nach der Schweiz ist verboten.

Die Aufsichtsbehörde kann überdies aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die Beförderung anderer Gegenstände verbieten oder einschränken.

Art. 25. Vorbehaltlich der zollamtlichen Behandlung sind die Behörden in allen Fällen befugt, die Luftfahrzeuge im Zeitpunkt des Abfluges und bei der Landung zu besichtigen und alle Urkunden, mit denen sie ausgerüstet sein müssen, zu prüfen.

G. Haftpflicht.

Art. 26. Für die aus dem Luftverkehr entstehenden öffentlichrechtlichen Ansprüche, sowie für allen Schaden, welcher durch ein Luftfahrzeug

und dessen Betrieb an Personen oder Sachen verursacht oder auf dem Landungsplatz veranlasst wird, haften neben dem Fehlbaren unbeschränkt und solidarisch:

1. der Träger der für das Luftfahrzeug ausgestellten Verkehrsbewilligung;
2. der Halter des Luftfahrzeuges.

Die gleiche Haftung besteht für Schaden, welcher im Zusammenhange mit dem Betrieb eines Luftfahrzeuges durch dessen Insassen an Personen oder Sachen verursacht wird.

Vorbehalten bleibt in allen Fällen der Rückgriff gegen den Fehlbaren.

Gänzliche oder teilweise Befreiung von der Haftpflicht für zivilrechtliche Ansprüche kann der Richter im Falle des Selbstverschuldens des Geschädigten eintreten lassen.

Art. 27. Bei Erteilung der Verkehrsbewilligung für ein Luftfahrzeug kann die Aufsichtsbehörde nach ihrer Wahl vom Träger dieser Bewilligung oder vom Halter des Fahrzeuges oder von beiden die Ausstellung eines Verpflichtungsscheines verlangen, durch welchen der Aussteller die Haftbarkeit im Sinne von Art. 26 übernimmt.

Den gleichen Verpflichtungsschein haben die Unternehmungen im Sinne von Art. 16 bei Erteilung der Bewilligung für gewerbsmässige Ausübung des Luftverkehrs auszustellen.

Art. 28. Der Eigentümer eines Luftfahrzeuges, sowie die gemäss Art. 26 der Haftpflicht unterliegenden Personen können zur Sicherstellung der in Art. 26 erwähnten Ansprüche angehalten werden.

Die Sicherstellung, deren Höhe von der Aufsichtsbehörde bestimmt wird, kann geleistet werden:

1. durch Hinterlegung eines Barbetrages;
2. durch Solidarbürgschaft eines in der Schweiz niedergelassenen und der Aufsichtsbehörde genehmen Bankinstitutes;
3. durch den Nachweis eines Versicherungsvertrages, welcher die Haftpflicht im vollen Umfange decken und mit einer in der Schweiz konzessionierten Versicherungsgesellschaft abgeschlossen sein muss.

Ausserdem haftet für die im Art. 26 erwähnten Ansprüche das Fahrzeug selbst mit seinem gesamten Inhalt.

Liegt der Ausweis über die Zulassung zum Luftverkehr gemäss Art. 7 nicht vor, so haben die Ortsbehörden zur vorläufigen Sicherstellung dieser Ansprüche das Luftfahrzeug samt Inhalt mit Beschlag zu belegen, bis anderweitige Sicherheit geleistet oder die gerichtliche Beschlagnahme angeordnet ist.

Art. 29. Der Besitzer eines Grundstückes hat ein Retentionsrecht an dem Luftfahrzeug und dessen pfändbarem Inhalt zur Sicherstellung alles Schadens, welcher auf dem Grundstück durch dieses Fahrzeug oder dessen Insassen im Zusammenhang mit dem Betrieb verursacht oder bei der Landung veranlasst wird.

Art. 30. Für Schäden, welche durch im Eigentum des Bundes stehende oder von ihm in Dienst gestellte Luftfahrzeuge oder deren Führer und sonstige Insassen verursacht werden, haftet der Bund im Sinne von Art. 26.

Art. 31. Soweit die vorliegenden Vorschriften nicht etwas anderes bestimmen, gelten für die Haftpflicht die Bestimmungen des schweizerischen Obligationenrechts.

H. Gerichtsstand.

Art. 32. Die Klage aus Haftpflicht im Sinne von Art. 26 kann nach Wahl des Geschädigten ausser am ordentlichen Gerichtsstand des Haftpflichtigen anhängig gemacht werden:

1. am Orte, wo der Schaden entstanden ist;
2. am Orte, wo die in Art. 28 vorgesehene Sicherheit geleistet oder hinterlegt wurde;
3. am Orte der Niederlassung der Versicherungsgesellschaft, mit welcher die Haftpflichtversicherung abgeschlossen wurde.

Art. 33. Im Falle eines Verbrechens oder Vergehens, welches von einem Insassen eines in Fahrt befindlichen fremden Luftfahrzeuges gegen einen andern Insassen begangen wird, ist die Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte nur dann gegeben, wenn die Tat gegen einen Schweizerbürger begangen wurde und wenn nach der Tat eine Landung auf Schweizerboden erfolgt.

Ueberdies sind die schweizerischen Gerichte zuständig zur Beurteilung:

1. jeder Verletzung der Gesetze betreffend die öffentliche Sicherheit. sowie der Militär- und Fiskalgesetze;
2. jeder Verletzung der den Luftverkehr betreffenden schweizerischen Vorschriften;
3. derjenigen Verbrechen und Vergehen, welche von Insassen eines schweizerischen Luftfahrzeuges im Auslande begangen werden. sofern deren Verfolgung durch kein ausländisches Gericht erfolgt.

J. Staatliche Luftfahrzeuge.

Art. 34. Als staatliche Luftfahrzeuge der schweizerischen Eidgenossenschaft und als solche von der Pflicht zur Eintragung (Immatrikulation) befreit, sind:

1. die militärischen Luftfahrzeuge;
2. die Luftfahrzeuge, welche zum ausschliesslichen Gebrauch des Bundes dienen (Post, Polizei, Zolldienst).

Alle andern Luftfahrzeuge sind private.

Art. 35. Jedes Luftfahrzeug, welches sich unter dem Befehl einer hierzu kommandierten im Militärdienst stehenden Person befindet, wird als militärisches Luftfahrzeug betrachtet.

Art. 36. Fremden militärischen Luftfahrzeugen ist das Ueberfliegen schweizerischen Gebietes ohne ausdrückliche Bewilligung der Aufsichtsbehörde verboten.

K. Strafbestimmungen.

Art. 37. Die Uebertretung der vorliegenden Vorschriften, sowie der zu ihrer Ausführung oder Ergänzung erlassenen Verordnungen und Reglemente, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldbusse bis zu Fr. 10,000 (zehntausend Franken) oder mit einer dieser Strafarten allein bestraft.

Ausserdem können vom erkennenden Gericht oder von der Aufsichtsbehörde angeordnet werden:

1. der Entzug der Verkehrsbewilligung des Luftfahrzeuges;
2. der Entzug der Fahrbewilligung des Fehlbaren;
3. die Konfiskation des Luftfahrzeuges und seines Inhaltes;
4. der Entzug der Bewilligung bei gewerbsmässigen Unternehmungen.

Die strengeren Strafbestimmungen der bestehenden Strafgesetze bleiben vorbehalten.

Art. 38. Für die Strafverfolgung gilt Art. 125 des BG. betreffend Organisation der Bundesrechtspflege (vom 22. März 1893)*).

In den Fällen des Art. 2, Absatz 2, und Art. 33, Absatz 1, und Absatz 2, Ziffer 3, bezeichnet der Bundesrat, soweit nötig und in verbindlicher Weise:

1. das Gericht, welches zur Beurteilung der entstehenden Rechtsstreitigkeiten zuständig ist;
2. das kantonale Strafrecht, welches zur Anwendung kommen soll.

L. Schlusstitel.

Art. 39. Dieser Beschluss tritt am 1. April 1920 in Kraft.

Art. 40. Mit ihrem Inkrafttreten werden nachfolgende Verfügungen des eidgenössischen Militärdepartements aufgehoben:

a) Provisorische Regelung des Luftverkehrs in der Schweiz (vom 18. Juli 1919)**);

b) Provisorische Vorschriften für den Luftverkehr in der Schweiz (vom 1. August 1919)***).

Bern, den 27. Januar 1920.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,
Der Bundespräsident:
Motta.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Steiger.

---

*) V. Gesetzsammlung XXVIII p. 129.
**) V. ci-dessus No. 51, p. 128.
***) V. ci-dessus No. 52, p. 130.

56.

PRUSSE, SAXE-ALTENBOURG.

Traité concernant le chemin de fer de Eisenberg à Crossen; signé à Berlin, le 20 janvier 1900.*)

Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1902, No. 27.

Staatsvertrag zwischen Preussen und Sachsen-Altenburg, betreffend die im Sachsen-Altenburgischen Staatsgebiete belegene Theilstrecke des Eisenberg-Crossener Eisenbahnunternehmens. Vom 20. Januar 1900.

Unter der Voraussetzung, dass mit der Eisenberg-Crossener Eisenbahngesellschaft wegen des Uebergangs ihres Unternehmens auf den Preussischen Staat eine Verständigung herbeigeführt werden wird, haben zum Zwecke der hierdurch erforderlich werdenden anderweiten Regelung der Verhältnisse der auf Herzoglich Sächsischem Staatsgebiete liegenden Theilstrecke zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preussen:

Allerhöchstihren Geheimen Ober-Finanzrath Friedrich Lehmann,
Allerhöchstihren Geheimen Ober-Baurath Balduin Wiesner,
Allerhöchstihren Geheimen Regierungsrath Hugo Tessmar;

Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Altenburg:

Höchstihren Geheimen Staatsrath Friedrich Arthur v. Borries,

von welchen Bevollmächtigten, unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation, folgender Vertrag abgeschlossen ist.

Artikel I.

Die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung erklärt Sich unter dem im Artikel VII a. E. vermerkten Vorbehalt damit einverstanden, dass das Eisenberg-Crossener Eisenbahnunternehmen nach Massgabe des zwischen der Preussischen Staatsregierung und der vorgenannten Eisenbahngesellschaft abzuschliessenden Verstaatlichungsvertrags auf den preussischen Staat übergeht.

Artikel II.

Die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung überträgt von dem Tage ab, an welchem der Vorstand der im Artikel I genannten Eisenbahngesellschaft die Verwaltung ihres Unternehmens an die von der Königlich Preussischen Regierung zu bezeichnende Königliche Behörde übergiebt, auf den Preussischen Staat das Ihr nach dem wegen Anlage einer Eisen-

---

*) Ratifié.

bahn von Eisenberg nach dem Bahnhofe Crossen zwischen Preussen und Sachsen-Altenburg abgeschlossenen Staatsvertrage vom 28. Juli 1879,*) dem Statute dieser Eisenbahngesellschaft sowie der der letzteren ertheilten Konzession zustehende Aufsichtsrecht.

Artikel III.

Die Landeshoheit über die im Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Gebiete belegene Strecke der im Artikel I genannten Eisenbahn bleibt der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung vorbehalten und soll hinfort unter Beobachtung der nachstehenden Bestimmungen ausgeübt werden:

1. Die allgemeine Landespolizei und die Rechtspflege in Bezug auf alle Vorgänge auf dem Bahnkörper verbleiben den Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Staatsbehörden.
2. Die Handhabung der Bahnpolizei auf der im Herzogthume Sachsen-Altenburg belegenen Eisenbahnstrecke erfolgt durch die Königlich Preussischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preussischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Herzoglichen Behörden in Pflicht zu nehmen sind.
3. Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich der im Herzogthume Sachsen-Altenburg belegenen Eisenbahnstrecke den betreffenden Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Organen ob. Dieselben werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.
4. Zu den staatlichen Steuern und Abgaben einschliesslich der Grundsteuern sowie zu den Kommunalabgaben wird die Eisenberg-Crossener Eisenbahn innerhalb des Herzoglich Sächsischen Gebiets nach den jeweilig im Herzogthume Sachsen-Altenburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen herangezogen werden.
5. Auf die Tarifbildung, auf die Art und Weise der Beförderung sowie auf die Feststellung des Fahrplans für die im Artikel I genannte Eisenbahn steht der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung eine Einwirkung nicht zu; jedoch soll die Aufstellung von Bahnhofsprojekten und die Aenderung des Personenzugfahrplans nur nach vorgängigem Benehmen mit der Herzoglichen Regierung erfolgen, damit den Wünschen derselben die thunlichste Berücksichtigung nicht versagt werde. Es sollen übrigens in den Tarifen für die Bahn keine höheren Einheitssätze in Anwendung kommen, als in den allgemeinen Tarifen und den allgemeinen Ausnahmetarifen für die Bahnstrecken des angrenzenden Preussischen Eisenbahndirektionsbezirkes.
6. Für die Einziehung von Stationen (einschliesslich von Haltestellen und Haltepunkten), für die Neueinrichtung solcher innerhalb des

*) V. Gesetz-Sammlung für d. Königlichen Preussischen Staaten 1879, Nr. 35, p. 581.

Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Gebiets sowie für die Einstellung des Betriebs auf der jetzt innerhalb des Herzogthums betriebenen Strecke der im Artikel I genannten Eisenbahn ist die Zustimmung der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung erforderlich.

7. Ein Recht auf den Erwerb der in Sachsen-Altenburg belegenen Strecke der im Artikel I genannten Eisenbahn wird die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung nicht in Anspruch nehmen; dagegen bedarf ein Verkauf der gedachten Bahn, soweit sie auf Herzoglich Sachsen-Altenburgischem Gebiete liegt, an einen anderen Käufer als das Reich, ebenso die Uebertragung des Betriebs auf einen anderen Betriebsunternehmer, der Zustimmung der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Staatsregierung.
8. An der im Gebiete des Herzogthums Sachsen-Altenburg belegenen Strecke der im Artikel I genannten Eisenbahn sollen nur die Hoheitszeichen der Herzoglichen Regierung angebracht werden.
9. Der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung bleibt vorbehalten, die Handhabung der ihr über die betreffende Bahnstrecke zustehenden Hoheitsrechte sowie die etwaigen Verhandlungen mit der Bahnverwaltung einer Behörde oder einem besonderen Kommissar zu übertragen.

   Diese Behörde beziehungsweise dieser Kommissar hat die Beziehungen der Herzoglichen Regierung zu der Eisenbahnverwaltung in allen Fällen zu vertreten, die nicht zum direkten Einschreiten der zuständigen Polizei- oder Gerichtsbehörde geeignet sind.

   Die Eisenbahnverwaltung hat sich an diese Behörde oder an diesen Kommissar in allen zu deren Zuständigkeit gehörenden Angelegenheiten zu wenden.

Artikel IV.

Die Königlich Preussische Regierung wird bei der Verwaltung der im Artikel I genannten Eisenbahn die Verkehrs- und volkswirthschaftlichen Interessen des Herzogthums Sachsen-Altenburg in gleichem Masse berücksichtigen, wie die entsprechenden Interessen der Preussischen Landestheile. Sie wird weder im Personen- noch im Güterverkehre zwischen den beiderseitigen Unterthanen hinsichtlich der Zeit der Abfertigung oder hinsichtlich der Beförderungspreise einen Unterschied machen.

Preussische Staatsangehörige, welche in dem Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Gebiete stationiert sind, erleiden dadurch keine Aenderung ihres Staatsangehörigkeitsverhältnisses. Die Beamten der im Herzogthume Sachsen-Altenburg belegenen Eisenbahnstrecke sind rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten beziehungsweise den Aufsichtsorganen der Königlich Preussischen Staatsregierung, im Uebrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Staatsgebiets soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die Herzoglich Sächsischen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artikel V.

Die Königlich Preussische Regierung wird anderen Eisenbahnunternehmungen den Anschluss an die Bahn auf den innerhalb des Herzogthums Sachsen-Altenburg belegenen Stationen auf Verlangen der Herzoglichen Regierung nicht versagen. Ueber die hierbei etwa erforderlich erscheinenden besonderen Vereinbarungen werden die Hohen vertragschliessenden Regierungen Sich in jedem einzelnen Falle verständigen.

Artikel VI.

Die Königlich Preussische Regierung wird bei der Verwaltung und dem Betriebe der im Artikel I genannten Eisenbahn den übrigen im Herzogthume Sachsen-Altenburg gelegenen Eisenbahnen unter Beachtung der allgemeinen Verkehrsinteressen jede billige Rücksicht und Förderung zu Theil werden lassen.

Artikel VII.

Für den Fall, dass die Eisenberg-Crossener Eisenbahn in das Eigenthum des Preussischen Staates übergeht, verpflichtet sich die Königlich Preussische Regierung unter der Voraussetzung der erforderlichen Verständigung mit der Grossherzoglich Weimarischen Regierung eine Fortsetzung der Bahn in westlicher Richtung über Bürgel nach einem geeigneten Punkte der Saalbahn als Nebenbahn zu bauen und zu betreiben.

Sollte eine solche Verständigung nicht erzielt werden, so verpflichtet Sich die Königlich Preussische Regierung, unter der Voraussetzung der unentgeltlichen, lastenfreien Ueberweisung des erforderlichen Grund und Bodens, eine Fortsetzung der Eisenberg-Crossener Bahn in nördlicher Richtung nach einem noch zu verabredenden Punkte der Zeitz-Camburger Bahn als Nebenbahn zu bauen und zu betreiben.

Das im Artikel I erklärte Einverständniss der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung mit dem Uebergange des Eisenberg-Crossener Eisenbahnunternehmens auf den Preussischen Staat bleibt davon abhängig, dass die Ausführung einer der in diesem Artikel erwähnten neuen Eisenbahnverbindungen gesichert ist.

Artikel VIII.

Die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung verpflichtet sich zur lastenfreien Hergabe des für den Weiterbau (Artikel VII) erforderlichen innerhalb des Herzogthums belegenen Grund und Bodens.

Hierüber hinaus werden von der Königlich Preussischen Regierung Ansprüche an die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung auf Be-

theiligung an den Kosten der Ausführung der fraglichen neuen Eisenbahnverbindung nicht gestellt werden.

Im Uebrigen sollen die Bedingungen für die Ausführung des auf Herzoglich Sachsen-Altenburgischem Gebiete zu erbauenden Theiles der neuen Nebenbahn durch einen besonderen Staatsvertrag festgesetzt werden.

Artikel IX.

Der Preussische Staat ist berechtigt, alle für ihn aus diesem Vertrage hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen.

So geschehen zu Berlin, den 20. Januar 1900.

(Siegel.) *Lehmann.* (Siegel.) *v. Borries.*
(Siegel.) *Wiesner.*
(Siegel.) *Tessmar.*

57.

FRANCE, BRÉSIL.

Sentence arbitrale du Conseil fédéral suisse chargé de statuer sur la difficulté pendant entre la France et le Brésil en matière des frontières du Brésil et de la Guyane française; rendue à Berne, le 1er décembre 1900.

Publication officielle.
Extrait.)*

Der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft von den Vereinigten Staaten von Brasilien und von Frankreich als Schiedsrichter zur Entscheidung des bezüglich der Grenze von Brasilien und französisch Guyana zwischen den genannten Staaten obwaltenden Streites berufen, hat befunden:

A. Grundlagen des Verfahrens.

I. Der Schiedsvertrag.

1.

Am 10. April 1897 wurde in Rio de Janeiro zwischen der Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien und der französischen Republik ein Vertrag abgeschlossen, durch welchen die Regierungen der genannten Staaten die endgültige Bestimmung der Grenzen von Brasilien und französisch Guyana dem schiedsgerichtlichen Entscheide des Bundesrates der schweizerischen Eidgenossenschaft übertrugen.**)

---

*) La sentence arbitrale du Conseil fédéral remplit un volume de 841 pages.
**) V. N. R. G. 2. s. XXV, p. 335.

Die von dem Schiedsrichter zu entscheidenden Streitfragen und die dem Schiedsrichter gestellten Aufgaben wurden von den Parteien in dem Vertrage selbst in folgender Weise umschrieben:

Article I.

La République des Etats-Unis du Brésil prétend que, conformément au sens précis de l'Article 8 du Traité d'Utrecht, le rio Japoc ou Vincent Pinçon est l'Oyapoc, qui se jette dans l'Océan à l'Ouest du cap d'Orange et qui, par son thalweg, doit former la ligne frontière.

La République Française prétend que, conformément au sens précis de l'Article 8 du Traité d'Utrecht, la rivière Japoc ou Vincent Pinçon est la rivière Araguary (Araouary) qui se jette dans l'Océan au Sud du Cap Nord et qui, par son thalweg, doit former la ligne frontière.

L'Arbitre se prononcera définitivement sur les prétentions des deux Parties, adoptant dans sa sentence, qui sera obligatoire et sans appel, l'une des deux rivières énoncées ou, à son choix, l'une de celles qui sont comprises entre elles.

Article 2.

La République des Etats-Unis du Brésil prétend que la limite intérieure, dont une partie a été reconnue provisoirement par la Convention du 28 Août 1817,*) est sur le parallèle de 2° 24' qui, partant de l'Oyapoc va se terminer à la frontière de la Guyane Hollandaise.

La France prétend que la limite intérieure est la ligne qui, partant de la source principale du bras principal de l'Araguary, continue par l'Ouest parallèlement à la rivière des Amazones, jusqu'à la rencontre de la rive gauche du Rio Branco et suit cette rive jusqu'à la rencontre du parallèle qui passe par le point extrême des montagnes de Acaray.

L'Arbitre résoudra définitivement quelle est la limite intérieure, adoptant dans sa sentence, qui sera obligatoire et sans appel, une des lignes revendiquées par les deux Parties, ou choisissant comme solution intermédiaire, à partir de la source principale de la rivière adoptée comme étant le Japoc ou Vincent Pinçon jusqu'à la frontière hollandaise, la ligne de partage des eaux du bassin des Amazones, qui, dans cette région, est constituée dans sa presque totalité par la ligne de faîte des monts Tumuc-Humac.

Der in dem Schiedsvertrage angerufene Artikel 8 des Vertrages von Utrecht vom 11. April 1713 hat folgenden Wortlaut:

Afin de prevenir toute occasion de discorde qui pouroit naitre entre les sujets de la Couronne de France et ceux de la Couronne de Portugal, Sa Majesté tres Chrestienne se desistera pour toujours, comme elle se desiste des a present par ce Traité dans les termes les plus forts, et les plus autentiques, et avec toutes les clauses requises, comme si elles étoient inserées icy, tant en son nom, qu'en celuy de ses hoirs, successeurs et heritiers, de tous droits et pretentions, qu'elle peut ou pourra pretendre

*) V. N. R. IV, p. 490.

sur la proprietté des terres appellées du Cap du Nord, et situées entre la riviere des Amazones, et celle de Japoc, ou de Vincent Pinson, sans se reserver ou retenir aucune portion desdites terres, afin qu'elles soient desormais possedées par Sa Majesté Portugaise, ses hoirs, successeurs, et heritiers avec tous les droits de souveraineté, d'absolue puissance, et d'entier domaine, comme faisant partie de ces Etats, et qu'elles luy demeurent a perpetuité, sans que Sadite Majesté Portugaise, ses hoirs, successeurs et heritiers puissent jamais estre troublés dans ladite possession par Sa Majesté tres Chrestienne ny par ses hoirs, successeurs et heritiers.

2.

Es werden danach unterschieden, die äussere Grenze, wie sie sich vom Ocean ausgehend durch Verfolgung eines zu bestimmenden Flusslaufes ergiebt, und die innere Grenze, welche von diesem Flusse ausgehend nach dem Landesinnern führt. Mit Bezug auf die erstere soll der Schiedsrichter entscheiden, welcher Flusslauf nach dem bestimmten Sinne von Art. 8 des Vertrages von Utrecht gemeint ist; mit Bezug auf die innere Grenze dagegen soll der Schiedsrichter entweder eine der von den Parteien beanspruchten Grenzlinien adoptieren oder dann, von der Hauptquelle des von ihm als Grenzfluss bezeichneten Wasserlaufes ausgehend, bis zur Grenze von holländisch Guyana die Wasserscheide des Bassins des Amazonenstroms, welche in jener Gegend fast ausschliesslich durch den Kamm des Tumuc-Humac-Gebirges gebildet wird, als Grenzlinie wählen.

Mit Bezug auf die äussere Grenze soll der Schiedsrichter entweder einen der von den Parteien beanspruchten Flussläufe als Grenze bezeichnen oder nach seiner Wahl einen zwischen diesen beiden liegenden Fluss. Mit Bezug auf die innere Grenze hat er nur zu entscheiden zwischen den von den Parteien beanspruchten Grenzlinien und der Wasserscheide des Tumuc-Humac-Gebirges, welch Letztere allerdings einen anderen Verlauf ergeben wird, je nachdem der Araguary oder der Oyapoc oder einer der zwischenliegenden Wasserläufe als äussere Grenze angenommen wird.

Für die Parteien soll mit Bezug auf die äussere wie mit Bezug auf die innere Grenze der Entscheid des Schiedsrichters obligatorisch und eine Weiterziehung vor eine andere Instanz ausgeschlossen sein.

So einfach und klar diese Bestimmungen des Schiedsvertrages scheinen, so haben dieselben doch in den Prozessschriften der Parteien zu Erörterungen und teilweise auch zu Meinungsverschiedenheiten Veranlassung gegeben, welche hier erwähnt werden müssen.

1. Mit Bezug auf die *äussere* Grenze, welche von den Parteien auch „limite maritime" genannt wird, hat Brasilien in seinem ersten Memoriale den Satz aufgestellt, dass der Schiedsrichter einen der zwischenliegenden Flüsse als Grenze bezeichnen dürfe „pourvu que le cours d'eau choisi soit, *selon lui*, le Japoc ou Vincent Pinçon de l'Article 8 du Traité d'Utrecht". Es soll also nach seiner Meinung der Schiedrichter nur dann einen der zwischen Araguary und Oyapoc liegenden Flüsse als Grenzfluss bezeichnen

dürfen, wenn er denselben als den in Artikel 8 des Utrechter Vertrages bezeichneten Japoc oder Vincent Pinçon betrachtet.

Hierzu bemerkt Frankreich in seiner Replik: „Nous sommes . . . amenés à adhérer à l'interprétation brésilienne sur ce point et nous convenons que l'arbitre, devant statuer conformément aux stipulations d'Utrecht, ne pourra prendre comme frontière que le cours d'eau qui lui paraîtra représenter le plus exactement le Japoc ou Vincent Pinçon prévu par ce traité. Mais c'est à lui seul à désigner librement la rivière qu'il adopte comme telle dans la pleine souveraineté de sa conscience."

Ob diese Interpretation des Vertrages dem Wortlaute desselben entspricht, mag dahingestellt bleiben, da der Schiedsrichter auf Grund seiner Untersuchung zu einer bestimmten Ansicht darüber gelangt ist, welches der im Vertrage von Utrecht gemeinte Fluss Japoc oder Vincent Pinçon ist. Allein es mag doch darauf hingewiesen werden, dass, wenn die Interpretation der Parteien richtig wäre und der Schiedsrichter die Ansicht vertreten müsste, dass Japoc und Vincent Pinçon zwei verschiedene Flüsse seien, dass man sich also bei Abschluss des Utrechter Vertrages in einem Irrtum befunden habe, dem Schiedsrichter die Möglichkeit, die Grenze durch sein Urteil festzulegen, benommen wäre.

2. Im Schiedsvertrage ist gesagt, dass Frankreich als *innere* Grenze die Linie beanspruche „qui, partant de la source principale du bras principal de l'Araguary, *continue par l'Ouest parallèlement à la rivière des Amazones*" . . . .

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Brasilien stellt unter Vorlage von Aufnahmen, die es in den Jahren 1891 und 1896 durch den Stabshauptmann *Felinto Alcino Braga Cavalcante* hatte vornehmen lassen, die Behauptung auf, der obere Lauf des Araguary gehe von Nord nach Süd, die Hauptquelle dieses Flusses sei in der Nähe der Hauptquelle des Oyapoc und also nicht in der Richtung nach Westen zu suchen. Frankreich bestreitet die Beweiskraft der von Brasilien einseitig veranstalteten Erhebungen und macht geltend, dass man zur Zeit des Abschlusses des Schiedsvertrages ganz allgemein der Ansicht war, der Araguary sei ein von Westen nach Osten fliessender Fluss; deshalb entspreche es dem Schiedsvertrag, dass der Araguary nur insoweit die äussere Grenze bilde, als sein Lauf von Westen herkomme und er heute schon wissenschaftlich erforscht sei, und dass demnach die innere nach Westen gehende Grenze bei der Grande Pancada zu beginnen habe. Beide Parteien illustrieren ihre Auffassung durch Karten. Brasilien zeigt in einer seinem Memorial beigehefteten Karte, wie nach seiner Auffassung die von der Quelle des Araguary parallel zum Amazonas nach Westen zu führende Grenze nahezu mit der Wasserscheide des Tumuc-Humac-Gebirges zusammenfallen würde. Frankreich antwortet darauf in zwei Karten, die es seiner Replik beigiebt und deren erste zeigen soll, dass auch von der brasilianischen Annahme der Quelle des Araguary ausgehend, die Grenzlinie erheblich südlicher verlaufen würde, als sie

Brasilien zeichne, während die zweite Karte den Anspruch Frankreichs in seinem ganzen Umfange veranschaulichen soll. Mit Note vom 27. Juli 1900 stellt jedoch die französische Botschaft dem Schiedsrichter eine Korrektur der zweiten Karte zu, in welcher die Grenze ebenfalls von der Quelle des Araguary aus nach Westen geführt wird, so dass sich diese Karte Nr. 2 nun der Karte Nr. 1 der R. F. bedeutend nähert und die Differenz zwischen beiden eigentlich nur noch in der Zeichnung des oberen Laufes des Araguary besteht. Von dieser korrigierten Karte Nr. 2 sagt der französische Botschafter in seiner Note, dass sie ganz genau dem Schiedsvertrag entspreche. (Une carte rectificative de la carte n⁰ 2 a . . . été établie d'une manière exactement conforme à la Convention.) Frankreich lässt also die Auffassung fallen, die es in der Replik über den Ausgangspunkt der innern Grenze vertrat.

3. Frankreich behauptet in seiner Replik, der Schiedsvertrag entscheide in einer für den obwaltenden Rechtsstreit verbindlichen Weise auch die Frage über die Lage des *Cap de Nord*, indem er in Artikel 1 den Araguary als den Fluss bezeichne „qui se jette dans l'Océan *au Sud du Cap Nord*". Es sei damit als Cap Nord das Vorgebirge bezeichnet, bei welchem südlich der Araguary ins Meer münde. Im weiteren sagt Frankreich, es sei durch diese Formulierung, die im Einverständnisse beider Parteien erfolgt sei, auch festgestellt, dass der Araguary sich in den Ocean ergiesse und dass er also nicht ein Zufluss des Amazonenstromes sei.

Allein diese Bedeutung kann der Redaktion der Streitfragen im Schiedsvertrage unmöglich beigemessen werden. Mag diese Ausdrucksweise auch im Einverständnisse beider Teile gewählt worden sein, so sollte damit doch offenbar nicht entschieden werden, was in den verschiedenen Epochen und von verschiedenen Autoren als Mündung des Amazonenstroms oder als noch zu demselben gehörig und nicht mehr zu demselben gehörig zu betrachten sei. Und ebensowenig sollte ein für allemal bestimmt werden, dass bei der Prüfung der in Karten und Schriftstellern enthaltenen Angaben über die Lage des Vincent Pinçon oder Oyapoc, das unmittelbar nördlich des Ausflusses des Araguary liegende Cap als Cap de Nord betrachtet werden müsse. Eine solche Auslegung würde den Schiedsrichter zu offenbar unrichtigen Schlussfolgerungen nötigen, in den Fällen, wo unzweifelhaft feststeht, dass unter dem Cap de Nord das Cap der Insel Maraca und nicht das Cap der Mündung des Araguary gemeint ist! Es muss also daran festgehalten werden, dass der Richter vollständig frei ist, diese Fragen ohne Rücksicht auf die im Schiedsvertrage gebrauchten Redewendungen zu prüfen und zu entscheiden.

4. Eine tiefergreifende Meinungsverschiedenheit ist zwischen den streitenden Parteien zu Tage getreten über die Frage, von welchen Gesichtspunkten der Schiedsrichter bei seiner Urteilsfällung auszugehen habe.

Frankreich sagt in seinem Memorial hierüber folgendes: „D'après ce traité (nach dem Schiedsvertrage), le Gouvernement de la Confédération Suisse est appelé à connaître de tous les éléments du litige. Ses pou-

voirs ne sont pas bornés à l'appréciation de formules irréductibles et invariables. Il peut, soit dire le droit tel qu'il lui paraît découler des textes, soit arbitrer *ex æquo et bono* telle décision transactionnelle qui lui semblerait justifiée. Si nous avons cru devoir investir le Gouvernement de la Confédération Suisse de ces pouvoirs illimités, ce n'est point par défiance de notre cause, c'est pour donner à l'arbitre un témoignage éclatant de notre confiance dans sa justice, dans son impartialité et dans l'élévation de ses vues. Désirant avoir une solution complète, nous n'avons pas voulu entraver son jugement en l'enfermant dans des bornes trop étroites; nous avons tenu à lui fournir tous les moyens d'exercer librement sa mission et de décider, sans appel et sans restriction, soit sur le terrain du droit, soit sur celui de la convenance et de l'équité."

Frankreich will also dem Schiedsrichter das Recht einräumen, seinen Entscheid auch nach blossen Gesichtspunkten der Billigkeit und der Konvenienz zu treffen.

Gegen diese Auffassung erhebt Brasilien in seiner Replik Einspruch, indem es den Satz aufstellt, dass nach der Entstehungsgeschichte sowohl, wie nach dem Wortlaute und nach dem Sinn und Geist des Schiedsvertrages der Schiedsrichter nicht als *Vermittler* (médiateur), sondern als *Richter* berufen worden sei, *der nur nach den Grundsätzen des Rechts zu entscheiden habe.*

Ein von der französischen Regierung ausgearbeiteter und durch die französische Gesandschaft in Rio de Janeiro im Januar 1896 dem brasilianischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Carlos de Carvalho, übermittelter erster Entwurf-Schiedsvertrag hat folgenden Artikel vorgesehen:

Art. 2. L'Arbitre réglera définitivement la question, soit qu'il adopte entièrement dans sa sentence le tracé de frontière qui lui sera proposé par l'une ou l'autre des deux Puissances, soit qu'il choisisse toute autre solution intermédiaire qui lui paraîtrait plus conforme au sens précis de l'Article VIII du Traité d'Utrecht.

Am 20. März 1896 hat sodann der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Berthelot, dem brasilianischen Gesandten in Paris einen zweiten Vertragsentwurf zugestellt, in welchem der nämliche Artikel folgendermassen lautet:

L'Arbitre réglera définitivement la délimitation dont il s'agit, soit qu'il adopte dans sa sentence la ligne de frontière qui lui sera proposée par l'une ou l'autre des deux Parties, soit qu'il choisisse toute autre solution intermédiaire, les Parties entendant donner à l'Arbitre les pouvoirs les plus étendus, afin d'arriver à une solution équitable de la difficulté.

Hierauf antwortete der brasilianische Gesandte am 25. März:

„J'étudierai avec soin ces deux pièces (d. h. den Entwurf-Schiedsvertrag vom 20. März und ein Entwurf-Protokoll betreffend Einsetzung einer gemischten Polizeikommission) et j'aurai l'honneur de soumettre

prochainement à Votre Excellence un contre-projet de traité d'arbitrage, mais, dès maintenant, et pour ce qui est de l'article 2 du nouveau projet, je prends la liberté de rappeler à Votre Excellence que l'arrangement amiable à intervenir, c'est-à-dire l'arrangement définitif des limites par un Arbitre, ne saurait être fait que „conformément au sens précis de l'article VIII du Traité d'Utrecht et aux stipulations de l'Acte du Congrès de Vienne", ainsi qu'il a été convenu à Paris le 28 août 1817.

Dans l'entretien auquel Votre Excellence fait allusion, j'ai eu l'honneur de la prier de vouloir bien préciser par écrit les limites réclamées par la France. Il importe que le Traité établisse clairement les lignes prétendues par les deux Parties; et cette délimitation préalable du territoire contesté, ainsi que les pouvoirs à conférer à l'Arbitre constituent certainement les deux questions délicates à discuter et à résoudre dans la négociation du Traité."

Brasilien betont nun, wie aus den weiteren Verhandlungen schliesslich der Schiedsvertrag ohne die für Brasilien unannehmbare Klausel betreffend einen Entscheid nach Billigkeitsrücksichten hervorgegangen sei, und wie derselbe, entgegen den Wünschen der französischen Unterhändler, die Erwähnung des Art. 8 des Utrechter Vertrages enthalte, und zwar in dem Sinne, dass mit Bezug auf die äussere Grenze ausschliesslich auf den genauen Sinn (sens précis) dieses Artikels 8 abgestellt wurde.

Für den Schiedsrichter ist massgebend der Schiedsvertrag, wie er am 10. April 1897 von den Parteien unterzeichnet und am 6. August 1898 ratifiziert wurde. Nach diesem Vertrage soll der Schiedsrichter entscheiden, welcher Fluss der im Artikel 8 des Utrechter Vertrages erwähnte Japoc oder Vincent Pinçon sei; ferner hat er die sogenannte innere Grenze der beiden Nachbarländer zu bestimmen.

Die innere Grenze muss naturgemäss im Anschluss an die zuerst zu fixierende äussere Grenze bestimmt werden, und für die innere Grenze ist dem Schiedsrichter nur die Wahl gelassen zwischen den Ansprüchen der einen und der andern Partei und einer im Schiedsvertrage selbst enthaltenen vermittelnden Lösung. Hierbei ist der Schiedsrichter nicht an den Wortlaut eines von den Parteien beiderseits angerufenen, vom Schiedsrichter auszulegenden Vertrages gebunden. Es wäre demnach zulässig, mit Bezug auf die innere Grenze Rücksichten der Billigkeit mit in Betracht zu ziehen.

Mit Bezug auf die äussere Grenze hat der Schiedsrichter nach dem Schiedsvertrage den bestimmten Sinn von Artikel 8 des Utrechter Vertrages zu erforschen und diesen festzustellen. Er hat also hier eine Frage der Interpretation dieses Vertrages zu lösen, und für die Lösung dieser Aufgabe ist er sachgemäss auf die Hülfsmittel angewiesen, welche ihm die Wissenschaft in Geschichte und Geographie zu bieten vermag. Eine Auslegung des Utrechter Vertrages nach Billigkeits- oder Konvenienzrücksichten ist durch die Natur der Sache ausgeschlossen, denn nach solchen Rücksichten kann überhaupt nicht bestimmt werden, welches bei Abschluss des Utrechter Vertrages die Meinung und der Wille der vertragschliessenden Parteien war.

3.

Artikel 2 des Schiedsvertrages bedarf um des leichteren Verständnisses willen einer Erläuterung. Brasilien behauptet hier, die innere Grenze werde zwischen dem Oyapoc und der Grenze von holländisch Guyana durch den Parallelkreis von 2° 24′ nördlicher Breite gebildet, *wie dies für einen Teil derselben provisorisch bereits durch die Konvention vom 28. August 1817* anerkannt worden sei. Es nimmt damit Bezug auf die sogenannte *Pariser Konvention*, welche unter dem genannten Datum zwischen Frankreich und Portugal abgeschlossen wurde und deren erster Artikel folgenden Wortlaut hat:

Sa Majesté Très Fidèle étant animée du désir de mettre à exécution l'article 107 de l'acte du Congrès de Vienne, s'engage à remettre à Sa Majesté Très Chrétienne dans le délai de trois mois, ou plus tôt si faire se peut, la Guyane française jusqu'à la Rivière d'Oyapock, dont l'embouchure est située entre le quatrième et le cinquième degré de latitude septentrionale et jusqu'au trois-cent-vingt-deuxième degré de longitude à l'Est de l'île de Fer, *par le parallèle de deux degrés vingt-quatre minutes de latitude septentrionale.*

Nach diesem Artikel ist kein Zweifel darüber möglich, dass unter dem darin erwähnten Oyapoc derjenige Fluss zu verstehen ist, den heute Brasilien als den Japoc oder Vincent Pinçon des Utrechter Vertrages bezeichnet und als äussere Grenze in Anspruch nimmt. Mit Bezug auf die innere Grenze bestimmt Artikel II der Pariser Konvention weiter:

On procédera immédiatement des deux parts à la nomination et à l'envoi de Commissaires pour fixer définitivement les limites des Guyanes française et portugaise, conformément au sens précis de l'article VIII du traité d'Utrecht et aux stipulations de l'acte du Congrès de Vienne. Lesdits Commissaires devront terminer leur travail dans un délai d'un an, au plus tard, à dater du jour de leur réunion à la Guyane. Si, à l'expiration de ce terme d'un an, lesdits Commissaires respectifs ne parvenaient pas à s'accorder, les deux hautes Parties contractantes procéderaient à l'amiable à un autre arrangement sous la médiation de la Grande-Bretagne, et toujours conformément au sens précis de l'article VIII du traité d'Utrecht, conclu sous la garantie de cette puissance.

Die Ausführung dieser Bestimmung kam nicht zu Stande, worauf Frankreich sich auf den Standpunkt stellte: Die ganze Frage ist offen, und für die Lösung der ganzen Frage ist abzustellen auf eine endgültige Interpretation des Artikels 8 des Utrechter Friedens, wie der Minister Guizot in einer Depesche vom 5. Juli 1841 an den französischen Gesandten in Rio de Janeiro, die der Regierung Brasiliens mitgeteilt wurde, sich ausdrückte: „Je vous ai entretenu, le 21 octobre précédent, des circonstances qui avaient empêché la nomination de commissaires français pour la démarcation des limites de la Guyane du côté du Para. J'ai à vous parler aujourd'hui des motifs qui nous font regarder cette nomination comme inutile, parce que, dans notre opinion, la réunion de commissaires français et brésiliens serait peu propre à conduire à un résultat complet

et définitif. Il ne s'agit point, en effet, d'un travail ordinaire de démarcation, suite naturelle d'une négociation où la limite qui doit séparer deux territoires a été convenue en principe, pour être réalisée ensuite sur le terrain. Avant que la question soit arrivée à des termes aussi simples, il faut d'abord s'entendre sur l'interprétation de l'article 8 du traité d'Utrecht et déterminer une base de délimitation; il faut, ce qui ne peut se faire que par une négociation entre les deux Cabinets, vider d'abord la question des traités et définir les droits respectifs avant d'arriver à l'application pratique de ces mêmes droits."

Diesen Standpunkt hat Brasilien in der Folge acceptiert, und so erklärt es sich, dass in Artikel 1 des Schiedsvertrages die Entscheidung darüber, welcher Fluss der Japoc oder Vincent Pinçon des Utrechter Vertrages sei, ausschliesslich nach dem bestimmten Sinne dieses Vertrages ohne irgend eine Bezugnahme auf die Pariser Konvention verlangt wird. Auch erklärt Brasilien in seinem ersten Memoriale wiederholt, dass es sich mit Bezug auf die maritime Grenze ausschliesslich darum handle, den Artikel 8 des Vertrages von Utrecht zu interpretieren. Die Parteien sind hierüber vollständig einig, und diese Übereinstimmung enthebt den Schiedsrichter einer Prüfung der Frage, ob die Parteien nicht durch die Pariser Konvention den heutigen Oyapoc als den Japoc ou Vincent Pinçon des Artikels 8 des Utrechter Vertrages erklären wollten.

Wenn nun aber die Pariser Konvention mit Bezug auf die Frage des Grenzflusses keine endgültige Ordnung geschaffen hat, so muss ihr mit Bezug auf die Frage der inneren Grenzlinie noch viel mehr ein nur provisorischer Charakter beigemessen werden, denn diese innere Grenze kann nur festgestellt werden im Anschlusse an die erst noch zu bestimmende äussere oder maritime Grenze.

Allein die Pariser Konvention hat den Versuch gemacht, auch über den Verlauf der inneren Grenze eine Norm aufzustellen, und das mag Brasilien veranlasst haben, der Formulierung seiner Ansprüche diese Norm zu Grunde zu legen. Im übrigen sagt es in dieser Formel selbst, dass die Grenzlinie 1817 nur *provisorisch* in dieser Weise festgestellt worden sei.

II. Das Verfahren.

1.

Ueber das den Schiedsspruch vorbereitende Verfahren enthält der Schiedsvertrag im wesentlichen folgende Bestimmungen:

Jede der beiden Parteien soll in der Frist von acht Monaten von der Auswechslung der Ratifikationen des Schiedsvertrages an dem Schiedsrichter ein Memorial einreichen, in welchem sie ihre Ansprüche begründet und die Dokumente mitteilt, welche auf dieselben Bezug haben. Diese Memoriale werden gleichzeitig der Gegenpartei mitgeteilt. Nach Ablauf der ersten achtmonatlichen Frist haben die Parteien neuerdings während acht Monaten das Recht, wenn sie es für nötig erachten, dem Schiedsrichter ein zweites Memorial als Antwort auf die Ansprüche und Be-

hauptungen der Gegenpartei einzureichen. Der Schiedsrichter ist berechtigt, von den Parteien die ihm nötig scheinenden Aufklärungen zu verlangen. Er entscheidet über den Gang des Verfahrens, soweit er nicht im Schiedsvertrage selbst geordnet ist und über allfällig entstehende Zwischenfragen. Die Prozesskosten werden vom Schiedsrichter bestimmt und von den vertragschliessenden Parteien zu gleichen Teilen getragen. Das politische Departement der schweizerischen Eidgenossenschaft übernimmt die Vermittlung der Mitteilungen zwischen den Vertretern der beiden Parteien. Endlich hat der Schiedsrichter binnen Jahresfrist nach Eingang der Repliken sein Urteil zu fällen.

2.

Nachdem am *6. August 1898* in Rio de Janeiro der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hatte, beschloss der Bundesrat, von beiden Parteien darum ersucht, am 8. September 1898, das ihm durch den Vertrag vom 10. April 1897 übertragene Schiedsrichteramt zu übernehmen.

Die Vereinigten Staaten von Brasilien bezeichneten hierauf als ihren Bevollmächtigten in dieser Streitsache Herrn Paranhos do Rio-Branco, welcher am 6. April 1899 dem Bundespräsidenten seine Kreditive als ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Specialmission überreichte.

Die Vertretung Frankreichs wurde ausgeübt durch seinen beim Bundesrat akkreditierten Botschafter, zunächst durch den Grafen von Montholon, und nach dessen Tode durch seinen Nachfolger, Herrn Paul Louis Georges Bihourd, welchen als Berater in Specialmission für diese Streitsache beigegeben wurden der Marquis de Ripert-Monclar, Ministre plénipotentiaire, und Herr Albert Grodet, Gouverneur des Colonies de première classe.

Am 4. April 1899 überreichte der französische Botschafter dem Bundespräsidenten zu Handen des Bundesrates:

1. Mémoire contenant l'exposé des droits de la France dans la question des frontières de la Guyane Française et du Brésil, zwei Bände, von welchen der erste die Darstellung der französischen Ansprüche, der zweite Urkunden und Belege enthält;

2. einen Atlas, enthaltend Reproduktionen von Karten des streitigen Gebietes.

Am 6. April 1899 überreichte der brasilianische Gesandte dem Bundespräsidenten zu Handen des Bundesrates:

1. Mémoire présenté par les Etats-Unis du Brésil au Gouvernement de la Confédération Helvétique, Arbitre choisi selon les stipulations du Traité conclu à Rio-de-Janeiro, le 10 Avril 1897 entre le Brésil et la France; drei Bände, von welchen der erste die Darstellung der brasilianischen Ansprüche, der zweite Urkunden und der dritte die Akten und Protokolle der Pariser Verhandlungen von 1855 und 1856 (Mission spéciale du Vicomte do Uruguay à Paris, 1855-1856) enthält;

2. das Werk: L'Oyapoc et l'Amazone, question Brésilienne et Française par Joaquim Caetano da Silva, zwei Bände;

3. einen Atlas, enthaltend Reproduktionen von Karten des streitigen Gebietes;

4. einen Atlas, enthaltend die Aufnahmen der brasilianischen Kommission zur Erforschung des oberen Araguary unter Leitung des Stabshauptmanns Felinto Alcino Braga Cavalcante.

Von diesen sämtlichen Aktenstücken wurde den beiden Parteien durch Vermittlung des politischen Departements der Eidgenossenschaft die erforderliche Anzahl Exemplare mitgeteilt.

Bei Abgabe der ersten Memoriale seitens der Parteien hatte sich gezeigt, dass die Parteien mit Bezug auf die Berechnung der achtmonatlichen Frist verschiedener Ansicht waren. Um jeden Zweifel hierüber für die Folgezeit zu beseitigen, fasste der Bundesrat am 5. Juni 1899 den Beschluss, dass die Frist zur Einreichung der Repliken gemäss Art. 4 des Schiedsvertrages vom 10. April 1897 mit dem 6. Dezember 1899, abends 6 Uhr mitteleuropäischer Zeitrechnung, ablaufe, wovon den Parteien Mitteilung gemacht wurde.

Am 6. Dezember 1899 reichten beide Parteien dem Bundespräsidenten ihre Replik-Memoriale ein. Brasilien legte dem seinigen neuerdings drei Dokumentenbände bei, ferner einen Kartenatlas und einen Band, enthaltend die Faksimiles einer Anzahl der in den Dokumentenbänden abgedruckten Urkunden.

4.

In der R. F., p. 20, wird mit Bezug auf das den Parteien im Schiedsvertrage vorbehaltene Recht der Replik gesagt: „Nous tenons . . . . à dire un mot de la signification que nous donnons à l'article 4 (sc. du traité d'arbitrage) relatif au droit de réplique. Après avoir imposé à chacune des deux parties, dans l'article 3, l'obligation de présenter un mémoire imprimé contenant l'exposé de ses droits et les documents s'y rapportant, le compromis ouvre à chacune d'elles la faculté d'adresser à l'arbitre un second mémoire en réponse aux allégations de l'autre partie. Il ne s'agit plus, comme on le voit, que d'une réponse aux dires de l'adversaire. Il nous semble résulter de ce texte qu'en principe les seconds mémoires doivent être consacrés à la discussion des premiers. Ceci est plus amplement démontré encore par ce fait qu'après l'expiration du second délai de huit mois la procédure écrite est close. Le juge peut encore demander des éclaircissements; mais les parties n'ont plus le droit d'argumenter l'une contre l'autre; on est entré dans la période finale d'une année pendant laquelle l'arbitre a la parole pour élaborer et rendre sa sentence. Mettre au jour pour la première fois dans le second mémoire des systèmes tenus jusque-là en réserve, et qui ne pourront plus être contrôlés, nous paraîtrait contraire à l'esprit du compromis. C'est évidemment une question de mesure et de bonne foi; en combattant un argument adverse, on est tout naturellement et très légitimement entraîné à des raisonnements nouveaux et à des justifications nouvelles.

Mais nous pensons que, d'une façon générale, le second mémoire doit être essentiellement une réponse, et c'est dans ces termes que nous nous sommes efforcés de nous maintenir."

Brasilien spricht sich über diese Frage nicht aus, allein es bringt mit seiner Replik eine solche Menge neuen Beweismaterials, dass die Annahme naheliegt, es sei nicht von dem von Frankreich vertretenen Standpunkte ausgegangen.

Der Schiedsrichter geht davon aus, dass er nicht an die Behauptungen der Parteien und die von ihnen produzierten Beweismittel gebunden sei. Es handelt sich nicht um die Entscheidung einer civilrechtlichen Streitfrage in civilprozessualem Verfahren, sondern vorab um die Feststellung einer historischen Tatsache; der Schiedsrichter hat hierbei die Wahrheit zu erforschen mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen. Er wird die Behauptungen und Aktenstücke einer Partei, über welche sich die Gegenpartei nicht aussprechen konnte, nur dann berücksichtigen, wenn ihm die Richtigkeit und Zuverlässigkeit derselben ausser Zweifel steht.

D. Erwägungen.

I.

Durch den Schiedsvertrag zwischen der französischen Republik und der Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien, vom 10. April 1897, sind zum Zwecke der definitiven Festsetzung der Grenzen zwischen Französisch-Guyana und Brasilien dem von den Parteien angerufenen Schiedsrichter zwei Streitpunkte zur Entscheidung vorgelegt worden. Der erste Streitpunkt betrifft die äussere oder maritime Grenze, und die zu entscheidende Frage ist, welches ist „conformément aus sens précis de l'Article 8 du Traité d'Utrecht" der Fluss „Japoc ou Vincent Pinçon". Der zweite Streitpunkt bezieht sich auf die innere Grenze, und hier soll der Schiedsrichter die Grenzlinie bestimmen.

Die Aufgabe des Schiedsrichters ist hinsichtlich des ersten Streitpunktes eine wesentlich andere wie hinsichtlich des zweiten Streitpunktes. Dies kommt auch im Schiedsvertrag deutlich zum Ausdruck. Im Schiedsvertrag formulieren die Parteien ihre Ansprüche, sowohl mit Bezug auf die äussere Grenze, wie mit Bezug auf die innere Grenze. Bei der Frage der äusseren Grenze hat der Schiedsrichter seine Untersuchung darauf zu richten, welcher Fluss nach dem sens précis des Artikels 8 des Utrechter Vertrages der Japoc oder Vincent Pinçon ist. Der als solcher von ihm erkannte Fluss ist der Grenzfluss, und sein Thalweg bildet die Grenzlinie, möge nun dieser Fluss der von Frankreich oder der von Brasilien beanspruchte oder ein dritter sein. Dagegen hat er bei der Frage der inneren Grenze, sofern er weder den Anspruch der einen noch den der andern Partei als rechtlich begründet erachten kann, die von den Parteien im Schiedsvertrag selbst niedergelegte und in dieser Weise vereinbarte „solution intermédiaire" anzunehmen und ihr gemäss die innere Grenzlinie, die von dem Endpunkt der äussern Grenze ausgeht, festzulegen.

Gegenstand der ersten Frage ist also ausschliesslich die Interpretation des Ausdruckes Japoc- oder Vincent Pinçon-Fluss des Artikels 8 des Utrechter Vertrages; bei der zweiten Frage ist dagegen nur zu untersuchen, inwieweit der eine oder der andere der beiden von den Parteien erhobenen Ansprüche rechtlich begründet sei.

II.

Da die Festsetzung der inneren Grenzlinie die Lösung der Streitfrage über die äussere Grenze zur Voraussetzung hat, wendet sich der Schiedsrichter zunächst dieser letztern zu und konstatiert auf Grund der ausführlichen Darlegungen im geschichtlichen und geographischen Thatbestand, dass „conformément au sens précis de l'Article 8 du Traité d'Utrecht" der Fluss „Japoc-ou Vincent Pinçon" dieses Artikels 8 der heutige Oyapoc ist, der sich zwischen 4° und 5° nördlicher Breite, unmittelbar westlich vom Cap d'Orange, in den Ocean ergiesst.

Um bestimmen zu können, welcher Fluss der Japoc oder Vincent Pinçon des Utrechter Vertrages vom 11. April 1713 sei, ist vorab zu untersuchen, ob an Hand der Akten aus der Zeit des Abschlusses dieses Vertrages genau ersichtlich ist, welche Bedeutung die vertragschliessenden Staaten dem von ihnen im Vertrage gebrauchten Ausdruck „Japoc ou Vincent Pinson" beigelegt wissen wollten und in der That auch beigelegt haben.

Indem sich der Schiedsrichter dieser Untersuchung widmete, sah er sich alsobald veranlasst, nicht nur den unmittelbaren Verhandlungen nachzugehen, die zur Festsetzung des Artikels 8 und der übrigen mit diesem Artikel in Zusammenhang stehenden Bestimmungen des Utrechter Vertrages geführt haben, sondern auch den Verträgen von 1700, 1701 und 1703 seine Aufmerksamkeit zu schenken. Denn da der provisorische Vertrag vom 4. März 1700 bei den Verhandlungen zum Utrechter Vertrag keine geringe Rolle gespielt hat, so war von vorneherein anzunehmen, dass zwischen dem Japoc oder Vincent Pinçon des Utrechter Vertrages und der „Riviere d'Oyapoc dite de Vincent Pinçon" (Rio de Oiapoc ou de Vicente Pinson) des provisorischen Vertrages eine gewisse Beziehung bestehen werde.

Den zum Abschluss dieses provisorischen Vertrages von 1700 führenden mündlichen Verhandlungen gingen in den Jahren 1698 und 1699 schriftliche Auseinandersetzungen voran. Die damaligen Parteien, Frankreich einerseits, Portugal andererseits, äusserten sich in denselben des einlässlichsten über die zwischen ihnen schwebenden Differenzen und strebten danach, ihrem Rechtsstandpunkt unter Berufung auf Thatsachen, Rechtsakte und litterarische und geographische Belege die Anerkennung des Gegners zu verschaffen. Zu einem sicheren und zutreffenden Urteil über diese wichtigen Denkschriften von 1698 und 1699, die unverkennbar selbst auf die Prozesschriften der heutigen Parteien ihren Einfluss ausgeübt haben, sowie zu einem richtigen Verständnis der mit diesen Denkschriften in naher oder loser Verbindung stehenden Aktenstücke konnte man aber nur gelangen, wenn auch die in denselben erwähnten Thatsachen und Rechtsakte nachgeprüft wurden.

Damit sah sich der Schiedsrichter vor die Aufgabe gestellt, die geschichtliche Entwicklung im streitigen Gebiete, im Contesté, vom Amazonas bis zum heutigen Oyapoc westlich des Cap d'Orange, seit den ersten Entdeckungsreisen nach Südamerika eingehend zu berücksichtigen, insbesondere auch die Erhebung von Ansprüchen auf das Contesté auf Grund von Landverleihungen seitens europäischer Staaten zu erörtern und dabei das Verhältnis solcher Landverleihungen zu der thatsächlichen Besitznahme des Landes in Erwägung zu ziehen.

Diese weitausholende Betrachtung der geschichtlichen Vorgänge seit den allerersten Anfängen der Entdeckung des Contesté durch Europäer konnte schon deshalb nicht unterbleiben, weil auch die Parteien in ihren Prozessschriften sich auf diese geschichtliche Entwicklung stützen; und sie durfte um so weniger vernachlässigt werden, als der eine Name des zu ermittelnden Grenzflusses, nämlich der Name des Vincent Pinçon, in einem nicht in Zweifel zu ziehenden Zusammenhang steht mit Vicente Yañez Pinzón, dem Entdecker der Mündung des Amazonenstromes und der südöstlich und nordwestlich davon gelegenen Küstengebiete des Festlandes. Gerade deshalb konnten die rein geographischen Fragen, welche durch die Identifizierung des Vincent-Pinçon-Flusses mit einem der Flüsse der brasilianisch-guyanischen Küstenzone bedingt waren, nicht einfach damit beantwortet werden, dass die Karten aus der Zeit des Utrechter Friedens zu Rate gezogen wurden; vielmehr mussten auch diese Fragen in ihren historischen Zusammenhang gebracht werden, und damit gelangte man mitten hinein in die wissenschaftlich ebenso interessanten als bestrittenen, zum Teil noch unabgeklärten Fragen der Entwicklung der Kartographie der Südostküste Amerikas im allgemeinen, der Strandzone des Contesté im besonderen.

III.

Dies vorausgeschickt, ist folgendes zu betonen:

Erst seit Ende des XVI. und Anfang des XVII. Jahrhunderts ziehen verschiedene Staaten Europas die Küstengebiete nordwestlich der Mündung des Amazonas in ihre Interessensphäre. Um jene Zeit setzten sich an der Mündung des Amazonenstromes und an den Ufern desselben die Portugiesen dauernd fest, wenn nicht auf Grund des historischen Rechtstitels der päpstlichen Weltenteilung zwischen Spanien und Portugal, so jedenfalls auf Grund thatsächlicher Herrschaft, die sie mit Waffengewalt gegen Störer und Eindringlinge aufrecht erhielten.

Ein Konflikt mit Spanien, das vielleicht unter Berufung auf den Vertrag von Tordesillas diese Gebiete Portugal hätte streitig machen können, war ausgeschlossen, weil bis zum Jahr 1640 die spanische und die portugiesische Krone auf einem Haupt vereinigt waren. Es war übrigens, wie es scheint, im Kreise der spanisch-portugiesischen Litteratur um die Wende des Jahrhunderts allgemein verbreitete Ansicht, dass die Grenze zwischen Spanien und Portugal, die alte „linea de demarcacion", im Nordwesten der Amazonasmündung durchgehe, und dass insbesondere der nordwestlich vom „cabo del Norte" sich ins Meer ergiessende Fluss

Vincent Pinçon die Grenzlinie sei zwischen dem östlich von ihm liegenden portugiesischen Brasilien und den spanischen Besitzungen im Westen. Wie sich diese Ansicht bilden konnte, mag dahingestellt bleiben; es genügt, zu konstatieren, dass König Philipp IV. von Spanien, der dritte dieses Namens von Portugal, durch Erlass vom 13. Juni 1621 die portugiesischen Gebiete in Südamerika in zwei grosse Verwaltungskreise eingeteilt hat, von denen der nordwestliche, der Estado von Maranhão, sich über die Amazonasmündung hinaus bis zur Grenze des spanischen Gebietes erstreckte. Diese Grenze war aber der Fluss Vincent Pinçon.

Eben um jene Zeit hatten es portugiesische Brasilianer unternommen, die Angehörigen der europäischen Nationen, insbesondere Holländer, Engländer und Franzosen aus dem Mündungsgebiet des Amazonenstromes zu vertreiben und sie von demselben abzuwehren; sie führten das Unternehmen mit Erfolg durch.

Es handelt sich heute nicht mehr darum, zu beurteilen, ob Portugal oder ob eine andere europäische Macht den rechtlich besser begründeten Anspruch auf den Besitz der Gebiete der Amazonasmündung hatte, sondern es handelt sich einfach darum, festzustellen, dass die Portugiesen thatsächlich Herr dieser Gebiete wurden, und dass sie auch auf der linken Seite des Flusses unter Vertreibung jeder andern europäischen Nation ihre Herrschaft dauernd bethätigten; ferner ist festzustellen, dass die portugiesische Krone diese Gebiete in „Kapitänerien“ einteilte, und dass sie 1637 Bento Maciel Parente, einen der portugiesischen Conquistadoren, mit der „capitania do cabo do norte“ beschenkte. Diese Kapitänerie hatte eine Küstenausdehnung von 30 oder 35 bis 40 Leguas, gerechnet vom Cabo do Norte. Dass diese Landverleihung nicht nur eine „commission de découverte“ war, zeigt schon der Wortlaut der Schenkungsurkunde, und dass sie nicht unausgeführt geblieben ist, wird bewiesen durch die Thatsache, dass Parente über die Besitzergreifung seiner Kapitänerie ein amtliches Protokoll aufnehmen liess, dass die Kapitänerie seinen Nachkommen bestätigt worden ist, und dass die Anwesenheit von Beamten Parentes im Gebiet der Kapitänerie bezeugt ist.

Erst seit dem Jahre 1676 sind die Franzosen dauernd im Besitz von Cayenne. Von hier aus versuchten sie, ihrer Kolonie den in den Konzessionen der französischen Könige vorgesehenen Umfang zu verschaffen; diese wiesen nämlich der France Equinoxiale das Gebiet vom Amazonas bis zum Orinoco zu. Der damalige französische Generallieutenant dieses Gebietes, Lefebvre de la Barre, hebt in seiner Schilderung des Landes ausdrücklich den Gegensatz hervor, der besteht zwischen der Ausdehnung französischen Besitzes, je nachdem man die Konzessionen oder den thatsächlichen Besitzstand zum Ausgangspunkt der Betrachtung wählt. Das Land zwischen Amazonasmündung und Cap d'Orange, woselbst der Fluss Yapoco mündet, bezeichnet er als Indisch Guyana und stellt ihm als Französisch Guyana entgegen das Gebiet zwischen dem Cap d'Orange und dem Fluss Maroni. Dieses, nicht jenes, ist im Besitz Frankreichs; Indisch Guyana betrachtet er aber als occupationsfähiges Gebiet. Als nun die

Franzosen sich anschickten, diese Occupation vom Cap d'Orange bis zum Amazonenstrom, gestützt auf die Konzessionen ihres Königs und, wie in der Instruktion für den Präsidenten Rouillé vom 11. Dezember 1697 betont ist, „pour le maintien et l'augmentation de la Colonie de Cayenne", vorzunehmen, stiessen sie auf die Portugiesen. Diese setzten dem Eindringen der Franzosen in ihr Gebiet, das über den Amazonas und das Cap de Nord hinaus bis zum Vincent-Pinçon-Fluss reichte, Widerstand entgegen, und sie fingen an, zur Sicherung ihres Gebietes, in dem sie bereits einige Missionsstationen besassen, Forts zu errichten. Der Ausbruch des Konfliktes zwischen Frankreich und Portugal liess nun nicht mehr lange auf sich warten.

Dieser Konflikt äussert sich zunächst darin, dass Franzosen, die von Cayenne kommend im Gebiete des Cap de Nord betroffen wurden, von den Portugiesen gefangen genommen und des Landes verwiesen wurden, während die Behörden in Cayenne fortfuhren, Franzosen die Erlaubnis zu erteilen, das Gebiet bis zum Amazonenstrom zu betreten, insbesondere daselbst Handel mit den Indiern zu treiben. Er spitzt sich zu, als die Franzosen gegenüber den Fortsbauten der Portugiesen auf der linken Seite des Amazonas Einsprache erhoben, deren Niederlegung und das Aufgeben dieses Gebiets von den Portugiesen verlangten, „attendu que toute la rive septentrionale de l'Amazone appartenait de droit à Sa Majesté Très Chrétienne", während die Portugiesen zur Sicherung ihrer Gebiete weitere Massnahmen zu ergreifen gedachten. Pierre Eléonor de la Ville de Ferrolles, im Jahre 1688 von Cayenne aus diese französische „sommation" dem Kommandanten des portugiesischen Forts auf dem linken Ufer des Araguary überbringend, berichtet über den ihm gewordenen Empfang unter anderm wörtlich: „Il me demanda ensuite ce que j'estois venu faire. Je dis que j'estois venu scauoir pourquoy ils s'establissoient sur les terres du Roy qui estoient separées des leurs par le fleuve des Amazones. Ce qui l'estonna, disant que le capitaine major de Para auoit encore des ordres de construire des forts plus prez de nous, et que les terres du Roy son maistre s'estendoient jusques a la Riviere Pinson, que nous appellons Ouyapoque." Der Konflikt findet seinen schärfsten Ausdruck in dem allerdings erfolglosen Angriff Ferrolles im Mai 1697 auf die portugiesischen Forts am Amazonas.

Hierauf wurde die Angelegenheit auf den Weg diplomatischer Verhandlungen geleitet; zugleich versahen sich die Parteien mit litterarischen Waffen und begründeten nun ihren Standpunkt in den 1698 und 1699 gewechselten Denkschriften.

Durch den Vertrag vom 4. März 1700 wurde die Angelegenheit zunächst provisorisch erledigt. Es handelte sich hierbei um die „affaire de la rivière des Amazones", wie der französische Unterhändler, Rouillé, zutreffend bemerkte, und dementsprechend trug auch die erste von ihm der portugiesischen Regierung überreichte Denkschrift vom Januar 1698 den Titel: „Mémoire contenant les droits de la France sur les pays scituez à l'oüest de la riviere des Amazones." Also nicht um die Grenze am

Vincent-Pinçon-Fluss, den die Franzosen in Cayenne „Ouyapoque" nennen, handelte es sich für Frankreich bei dem Streit, sondern um die Amazonas-Grenze; und so lautete denn auch die dem französischen Botschafter in Lissabon erteilte Instruktion dahin, er solle von den Portugiesen die Anerkennung dafür erlangen, „que la rivière des Amazones serve de borne aux deux nations et que les Portugais laissent aux François la possession libre de la partie occidentale de ses bords." Diesem Begehren gegenüber erhebt Portugal den Anspruch auf das linksseitige Ufer des Amazonas bis zum „Rio de Oyapoca ou Vincente Pinson, como querem os Castelhanos, ou Rio Fresco como mostrão muitos roteiros e cartas".

Aus den Denkschriften, in Verbindung mit den übrigen dem Schiedsrichter vorgelegten Urkunden und Karten, ergiebt sich zur vollen Evidenz, dass beim Vertragschluss vom 4. März 1700 die Vertragstaaten mit der Riviere d'Oyapoc dite de Vincent Pinçon keinen andern Fluss als den heutigen Oyapoc, unmittelbar westlich vom Cap d'Orange, bezeichnen wollten und auch bezeichnet haben.

Wie bedeutungslos die Verschiedenheit der Schreibweise des Oyapoc ist, zeigt die Thatsache, dass der Oyapoca oder Oyapoc der portugiesischen Antwort von 1698 in der französischen Replik vom Februar 1699, offenbar im Anschluss an de la Barre und andere französische Schriftsteller, Yapoco heisst, während er in der portugiesischen Duplik geschrieben wird: Ojapoc (Oyapoc) ou Oviapoc (Wiapoc ou Yapoc). Es ist derselbe Fluss, der dann in der Form Japoc im Utrechter Vertrag steht, den Ferrolles Ouyapoc und Ouyapoque schreibt, und für den bei den Holländern und Engländern die Schreibweise Wiapago, Wiapoco, Wyapogo, Wayapoco, Wajabego u. a. gebräuchlich war. Dieser Oyapoc war aber nach Ansicht der Franzosen der heutige Oyapoc beim Cap d'Orange: Ferrolles sagt es deutlich in seinem Bericht vom 20. Juni 1698, wo er die Unterscheidung zwischen der Insel Ouyapoc (Hyapoc) und dem Fluss dieses Namens machen wollte, von letzterem bemerkend: (elle) „est dans la Guyanne au deçà du Cap de Nord à quinze lieues de nos habitations de Cayenne". Ebenso hatte er schon 1688 in seinem Bericht über die Expedition an den Araguary den westlich vom Cap d'Orange in den Ocean mündenden Fluss genau beschrieben unter dem Namen Ouyapoque, ohne einen andern Fluss dieses Namens im Contesté zwischen Cayenne und Amazonas zu kennen und namhaft zu machen. Ja er hatte gegen die Identifizierung des portugiesischen Grenzflusses Pinson (Vincent Pinçon) mit seinem Ouyapoque (d. h. dem Oyapoc des Cap d'Orange), wie sie sich aus seiner Unterredung mit dem portugiesischen Kommandanten des Araguary-Forts ergab, absolut keine Einwendung zu erheben. Seine Einwendung betrifft nicht diese Identifizierung, sondern sie richtet sich lediglich und allein gegen die Grenze am Oyapoc des Cap d'Orange, weil er die Amazonasgrenze für Frankreich beanspruchte.

Ganz dasselbe ergiebt sich aus den Verhandlungen von 1698 bis 1700. Gegenüber dem portugiesischen Anspruch auf die Oyapoc-Vincent-Pinçon-Grenze wenden die Franzosen nicht ein: die Identität zwischen

Oyapoc und Vincent Pinçon besteht nicht, denn der Oyapoc ist der Fluss beim Cap d'Orange und der Vincent Pinçon ist ein näher beim Amazonas gelegener Fluss. Die Franzosen wenden vielmehr ein: der Vincent Pinçon ist ein imaginärer Fluss, deshalb haben die Portugiesen keinen Anspruch auf den Oyapoc als Grenzfluss; zudem wäre die Oyapocgrenze zwecklos und ungenügend; in der Amazonasmündung soll es übrigens eine Insel mit dem Namen Oyapoc (Yapoco) geben, diese kann als Grenze zwischen Portugal und Frankreich dienen. Man sieht deutlich, dass es sich für die Franzosen, wenn sie überhaupt auf die Oyapocgrenze eintreten müssen, um den ihnen bekannten Oyapoc beim Cap d'Orange handelt und um keinen andern Fluss. Deshalb erwidern die Portugiesen in ihrer Duplik nur: eine Insel Oyapoc in der Amazonasmündung existiert nicht; Schriftsteller und Karten beweisen das Vorhandensein eines Flusses Vincent Pinçon, der mit dem Oyapoc zusammenfällt, diese Oyapocgrenze ist auch im Verhältnis zu Frankreich nicht zwecklos und ungenügend, so wenig als sie es seiner Zeit im Verhältnis zwischen Spanien und Portugal war.

Es muss allerdings hervorgehoben werden, dass die Portugiesen über die Lage des Oyapoc beim Cap d'Orange, ihres Vincent Pinçon-Flusses nicht genau orientiert waren. Allein man legte der genauen Kenntnis der Position des von portugiesischer Seite beanspruchten Grenzflusses so wenig Bedeutung bei, dass in der französischen Denkschrift vom Januar 1698 die Breitenangaben, welche in dem der Denkschrift zu Grunde liegenden Memoriale enthalten waren, weggelassen wurden.

Dass die Franzosen den Oyapoc besser kannten als die Portugiesen, ist erklärlich, denn jene mussten, um von Cayenne aus zum Amazonas zu gelangen, beim Oyapoc und Cap d'Orange vorbei, während diesen der Grenzfluss weit abgelegen war.

Nachdem einmal die Verhandlungen soweit gediehen waren, dass die Portugiesen die Schleifung ihrer sämtlichen Forts auf der linken Seite des Amazonenstromes zugestehen mussten und der Besitz des Contesté als „indecise entre les deux Couronnes“ erklärt wurde, hatte Frankreich kein Interesse daran, die Umschreibung des Contesté nicht in der Weise vorzunehmen, dass als dessen Südgrenze entsprechend dem französischen Anspruch der Amazonas, und als dessen Nord- und Westgrenze dem portugiesischen Anspruch entsprechend der Oyapoc (Ojapoc) oder Vincent Pinçon bezeichnet wurde. Seinen Hauptzweck hatte Frankreich erreicht, nämlich den ungehinderten Zutritt zum Amazonas. Ein Vordringen der Portugiesen gegen Cayenne zu hatte Frankreich nicht zu befürchten. Nichts weist aber darauf hin, dass der Oyapoc oder Vincent Pinçon des provisorischen Vertrages vom 4. März 1700 ein anderer Fluss wäre, als derjenige, welcher auch in den Vorverhandlungen zu diesem Vertrage unter diesem Namen verstanden wurde, nämlich der heutige Oyapoc.

IV.

Bei der Festsetzung vom 4. März 1700 verblieb es. Es wurde zwar nicht, wie im Artikel 9 des Vertrages vorgesehen war, die Streitfrage

ob Amazonenstromgrenze oder Oyapoc-Vincent-Pinçongrenze, durch weitere Untersuchung abgeklärt und auf Grund derselben entschieden, sondern es wurde am 18. Juni 1701 einfach der provisorische Vertrag des Vorjahres zum definitiven ewigen Vertrag umgewandelt.

Frankreich betrachtete diese Umwandlung als eine Portugal mit Rücksicht auf die damalige politische Konstellation zu gewährende Konzession. Da zudem weder irgend ein Vorbehalt, noch irgend eine Ausnahme gemacht wurde, so kann der 1701 gewählte Ausdruck „terres du Cap de Nord, confinant à la rivière des Amazones“ (Artikel 15, erster Redaktion, oder Artikel 6, zweiter Redaktion, des Vertrages) nichts anderes bedeuten als das Gebiet des Contesté im Umfang des provisorischen Vertrages, auf den auch ausdrücklich Bezug genommen wird.

Was Portugal im Jahr 1701 vergeblich von Frankreich sich erbat. nämlich den Verzicht Frankreichs „à toute prétention des terres du Cap de Nord confinant à la rivière des Amazones“ und reichend „jusqu'à la rivière de Vincent Pinson autrement dit de Oyapoc“, das liess es sich am 16. Mai 1703 in seinem Allianzvertrag mit dem Kaiser, England und den Niederlanden von diesen zusichern. Artikel 22 dieses Allianzvertrages bestimmte ausdrücklich: „. . . pax fieri non poterit cum Rege Christianissimo, nisi ipse cedat quocumque Jure, quod habere intendit in Regiones ad Promontorium Boreale vulgo Caput de Norte pertinentes et ad ditionem Status Maranonii spectantes, jacentesque inter Fluvios Amazonium et Vincentis Pinsonis.“ Portugal wählte dabei für den nördlichen Grenzfluss des Contesté die ihm geläufige Namensform, es hatte keine Veranlassung, den Namen beizufügen, dessen sich die Franzosen zur Bezeichnung desselben Flusses bedienten. Die Gebietsbezeichnung mit Regiones ad Promontorium Boreale vulgo Caput de Norte pertinentes ist eine möglichst getreue Uebersetzung des Ausdruckes Terres du Cap de Nord.

Der Umfang des Contesté ist somit im Vertrag von 1703 der gleiche wie in den Verträgen von 1700 und 1701; und nicht anders kann der Utrechter Vertrag vom 11. April 1713 interpretiert werden.

Direkt ergiebt sich dies aus den Artikeln 8 und 9 des Utrechter Vertrages, wo der provisorische Vertrag von 1700 als null und nichtig erklärt wird, wo genau dasselbe Gebiet, über das dieser provisorische Vertrag verfügt hatte, definitiv Portugal zuerkannt wird, und wo dieses Gebiet, das Contesté, ganz im Anschluss an die früheren Verträge bezeichnet wird als „terres appellées du Cap du Nord et situées entre la riviere des Amazones et celle de Japoc ou de Vincent Pinson“. Mit dieser Auffassung steht im Einklang, dass im Artikel 12 des Vertrages den Franzosen verboten wird: „de passer la riviere de Vincent Pinson. pour negocier . . . dans les terres du Cap du Nord“; ein anderes Gebiet als das im Artikel 8 umschriebene ist unter dieser Bezeichnung nicht verstanden. Somit beginnt auf der linken und nordwestlichen Seite des Vincent Pinçon der Portugiesen oder des Japoc der Franzosen das französische Gebiet von Cayenne, und deshalb bestimmt der soeben angerufene

Artikel 12 weiter: „Sa Majesté Portugaise promet . . . qu'aucuns de ses sujets n'iront commercer a Cayenne".

Ueber die Entstehung der in Frage stehenden Bestimmungen des Utrechter Vertrages giebt eine Reihe zuverlässiger Berichte genaue Auskunft; aus allen diesen Berichten gewinnt der Schiedsrichter die Ueberzeugung, dass unter dem Japoc ou Vincent Pinson des Art. 8 kein anderer Fluss verstanden werden kann, als derjenige der Verträge von 1700 und 1703, somit kein anderer als der heutige Oyapoc beim Cap d'Orange.

Die Parteien sind im Grunde genommen darüber einig, dass absolut kein Gewicht darauf gelegt werden darf, dass im Vertrage die Schreibweise Japoc statt Oyapoc gewählt wurde. In der That wird bei den dem Vertragschluss vorausgehenden Verhandlungen derselbe Fluss bald Yapoco, bald Oyapoco, bald Oyapoc (Ojapoc) geschrieben. Die Schreibweise Japoc dürfte sich daraus erklären, dass die portugiesischen Bevollmächtigten zu Utrecht, denen der Fluss unter dem Namen Vincent Pinçon bekannt war, die Textierung der Vertragsbestimmungen vornahmen, und dass sie hierbei nach ihrer Schreibweise aus dem Yapoco der französischen Karten ein Japoc machten.

Sodann ist den Verhandlungen zu entnehmen, dass Portugal der englischen Unterstützung die ihm günstigen Vertragsbestimmungen und so vorab die Zuweisung des streitigen Gebietes und die Fernhaltung der Franzosen von der Schiffahrt auf dem Amazonenstrom zu verdanken hat. Die Engländer handelten hierbei teils in eigenem Interesse, teils mit Rücksicht auf ihre vertragliche Verpflichtung gegenüber Portugal von 1703.

Portugal verlangte von Anbeginn der Friedensunterhandlungen, gestützt auf den Allianzvertrag von 1703 und unter Beseitigung des Vertrages vom 4. März 1700, dass Frankreich zu seinen Handen Verzicht leiste auf „les Terres du Cap du Nord situées entre la Rivière des Amazones et celle de Vincent Pinson"; es verlangte damit, was nicht in Zweifel gezogen werden kann, nichts anderes als das Gebiet, dessen Besitz 1700 als „indecise entre les deux couronnes" bezeichnet worden war, und dessen Grenze gegen Cayenne zu durch den heutigen Oyapoc beim Cap d'Orange gebildet wurde. Frankreich dagegen wollte zunächst den Zustand, wie er vor dem Kriege war, aufrecht erhalten und bemerkte: „quant aux domaines de l'Amérique, s'il y a quelques différends à régler, on tâchera d'en convenir à l'amiable"; später hatten die französischen Bevollmächtigten am Utrechter Kongress instruktionsgemäss die Amazonasgrenze zu vertreten, sollte diese jedoch nicht zu erlangen sein, so hatten sie darauf zu bestehen, „que les François auront la liberté entière de la Nauigation dans la Riviere des Amazones", wobei der provisorische Vertrag von 1700 in Kraft bleiben würde „jusqu'a ce qu'on soit convenu deffinitivement des Limites de la Province de la Guyanne"; sollte aber diese Grenzvereinbarung nicht innert Jahresfrist nach dem Friedensschluss erfolgt sein, so wäre ohne weiteres der Amazonenstrom die Grenze.

Portugal, das die Wahrung seiner Interessen vollständig England anvertraut hatte, wurde von diesem unterstützt. Lord Bolingbroke liess den

französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Marquis de Torcy, wissen, dass die Königin von England gegenüber dem König von Portugal „stärkere vertragsmässige Verpflichtungen habe als gegenüber irgend einem andern Alliierten“; und in London war es namentlich der portugiesische Minister, José da Cunha Brochado, der mit Erfolg die portugiesische Anschauung zur Geltung brachte: er wies darauf hin, wie der provisorische Vertrag von 1700 schädlich für Portugal gewesen sei, indem der König von Portugal auf Grund desselben genötigt worden war, „s'abstenir de l'ancienne Possession et de la jouissance des Terres, qu'il possedoit, situées depuis la Riviere appellé Yapoco jusques au Cap du Nort de la Riviere des Amazones inclusive“, „au grand prejudice de son ancien Domaine, avec si peu de seureté pour le reste du Maragnan“, und er betonte, dass die Aufrechterhaltung dieses Vertrags von 1700 eine Quelle neuer Streitigkeiten sein würde. England war bereit, Portugals Anspruch auf das Contesté Frankreich gegenüber zu vertreten, und zwar in dem Sinne, „que les Français abandonnent totalement ces terres-là, pour les éloigner du voisinage du Brésil“, aber die Rücksicht auf Frankreich bewirkte, dass es diesen Anspruch erst von dem Momente an mit aller Energie geltend machte, als Frankreich im Verlaufe der Unterhandlungen für seine Staatsangehörigen die vertragliche Zusicherung freier Schiffahrt auf dem Amazonas verlangte und dieses Begehren als seine Hauptforderung verfocht.

Es ist nun an Hand der Berichte über die denkwürdige Konferenz zu Utrecht vom 9. Februar 1713, an der die französischen, portugiesischen und englischen Bevollmächtigten teilgenommen haben, hervorzuheben, dass der Streit über die Breitenlage der Mündung des Grenzflusses damals zum Ausbruch hätte kommen können, wenn man überhaupt auf die genaue Festsetzung der geographischen Breite dieser Flussmündung Wert gelegt hätte. Weil man das nicht that, wurde diese Frage nicht akut. Es ist aber mit allem Nachdruck zu betonen, dass 1713 sowenig wie 1700 und in den vorangehenden Jahren die heutige Streitfrage bestand, und zwar bestand sie deshalb nicht, weil man einig war über die Identität des Japoc (Oyapoc) und des Vincent Pinçon und ebenso einig war in dem Punkte, dass darunter immer nur ein einziger Fluss zu verstehen ist und dieser Fluss der heutige Oyapoc beim Cap d'Orange ist.

Am 9. Februar 1713 zeigte es sich, dass Franzosen und Portugiesen nicht gleicher Ansicht waren über die Breitenlage der Mündung dieses Flusses. In der Diskussion standen sich zunächst gegenüber der portugiesische Anspruch auf Ueberlassung des Contesté und der französische Anspruch auf Beibehaltung des provisorischen Vertrages von 1700, eventuell auf Teilung des Contesté unter der Voraussetzung der Gewährung freier Schiffahrt auf dem Amazonas. Als nun die Teilungsfrage zur Sprache kam, wollten die Portugiesen auf eine Teilung des Landes eintreten, wenn die Grenzlinie in dem Friedensvertrag selbst so gezogen werde, dass sie die Küste bei $3\,^3/_4{}^0$ nördlicher Breite treffen würde; denn, da sie annahmen, ihre Karte, auf der die Mündung des Vincent Pinçon oder Oyapoc

eine nördliche Breite von $3^3/_4{}^0$ hatte, sei genauer und richtiger als die französischen Karten, auf denen der Fluss eine erheblich nördlichere Lage einnahm, waren sie der Meinung, sie erhalten bei solcher Teilung sowohl das ganze bisherige Contesté als auch eine feste, nicht weiter in Zweifel zu ziehende Grenze. Die Franzosen wollten jedoch von einer solchen Teilung nichts wissen: vorab war ihnen die sofortige Teilung nicht genehm; sie zogen nämlich eine Teilung vor, die nach dem Friedensschluss durch beidseitige Kommissäre an Ort und Stelle oder sonst wo hätte vereinbart werden sollen; überdies gefiel ihnen der portugiesische Teilungsvorschlag nicht, weil ihnen darin der Portugal zugeschiedene Anteil zu gross erschien. Sie berichten von den portugiesischen Bevollmächtigten: „Ils . . . se reserverent toujours, non seulement la plus grande partie des costes jusqu'au cap de Nort, mais encore tous les bords de la riviere des Amazones, jusqu'au fort le plus reculé, qu'ils avoient avant 1700."

Die Hauptsache war den Franzosen die freie Schiffahrt auf dem Amazonenstrom. Die französischen Bevollmächtigten sagen es deutlich in ihrem Bericht an Ludwig XIV. über die Konferenz vom 9. Februar 1713: „La premiere chose que nous demandames fut la liberté de la navigation pour les sujets de Vostre Majesté dans la riviere des Amazones." Und Ludwig der XIV. bezeichnete die freie Schiffahrt auf dem Amazonas als „condition fondamentale" für ein Eintreten auf die Teilung des Contesté. Als Frankreich diese freie Schiffahrt nicht zugestanden erhielt, und als es, im Gegenteil, auf Grund des englischen Ultimatums vom 17. Februar/6. März 1713 sowohl auf die Amazonasschiffahrt ausdrücklich verzichten musste, als auch das ganze Contesté im Umfang der früheren Verträge Portugal zu überlassen hatte, da war es ebenso klar, dass der Verschiedenheit der Ansichten über die Breitenlage des Grenzflusses des Contesté gar keine ernstliche Beachtung geschenkt wurde. Die Franzosen acceptierten den Japoc (Oyapoc) oder Vincent Pinçon als Grenzfluss im Sinne des Vertrages von 1700, ohne jede Einschränkung und ohne Vorbehalt. Der Vorbehalt, den Ludwig XIV. bei Unterzeichnung des Utrechter Vertrages machen liess, bezog sich nicht auf die Identität des Vincent Pinçon und des heutigen Oyapoc, sondern er bezog sich auf die Amazonasschiffahrt, diese war ihm erstrebenswert, nicht eine den Amazonas nicht erreichende Grenzlinie südöstlich vom heutigen Oyapoc.

V.

Seit dem Abschluss des Utrechter Vertrages, und zwar nach verhältnismässig kurzer Zeit, ist nun allerdings die Streitfrage, wie sie heute unter den Parteien besteht, entstanden.

Der Streit hebt damit an, dass der französische Gouverneur von Cayenne, Claude d'Orvilliers, im Jahre 1723, zunächst noch den heutigen Oyapoc als Grenzfluss im Sinne des Utrechter Vertrages anerkennt, aber das ganze Mündungsgebiet desselben für Frankreich beansprucht, und zwar deshalb, weil nur das Land des Cap de Nord, nicht aber das Land des Cap d'Orange im Utrechter Vertrage Portugal zugesprochen worden sei.

Er ist daher der Meinung, dass man als Grenze den Cachipour vereinbaren könnte. Dieser Auffassung gegenüber vertritt der portugiesische Gouverneur in Pará, João da Maya da Gama, die Ansicht, dass mit Rücksicht auf den 1723 durch João Paes do Amaral erkundeten portugiesisch-spanischen Grenzstein auf dem auf der linken Seite des Oyapoc befindlichen Mont d'Argent „les territoires du Roi Très-Chrétien commencent à la dite pointe appelée Comaribô, qui se trouve à l'Ouest de la rivière de Vicente Pinçon et non pas au Cap d'Orange . . . attendu que celui-ci se trouve à l'Est, et que toute l'embouchure de la rivière de Vicente Pinçon laquelle est et forme la limite des deux territoires appartient au Roi mon Maître". Beide Parteien gehen also zwar vom nämlichen Fluss als Grenzfluss, das heisst vom Oyapoc beim Cap d'Orange, aber nicht vom Thalweg desselben als der Grenzlinie aus, sondern erheben auch auf das jenseitige Gebiet Anspruch.

Während aber Portugal bald jeden Anspruch am linken Ufer des Oyapoc fallen lässt, geschieht nicht ein Gleiches auf seiten der französischen Behörden in Cayenne. Schon 1726 stützt sich d'Orvilliers auf die „Baie de Vincent Pinson", die für den weiteren Verlauf des Streites von grosser Wichtigkeit wurde; er betrachtet die Cachipourgrenze als eine Portugal einzuräumende Konzession und argumentiert: „Quoique la Baie de Vincent Pinson soit plus au Sud que la Rivière de Cachipour, je conviendrai, pour le Roi mon Maître, que nos limites soient à la Rivière de Cachipour; cette Rivière ne dépend nullement des terres dites du Cap du Nord, qui sont celles que le Roi a cédées par le dernier traité au Roi de Portugal; mais comme la Rivière de Vincent Pinson, autrement nommée Ojapoc, est petite, je crois que le Roi ne désapprouvera pas que nous placions la limite à la Rivière de Cachipour, qui est une grande rivière".

Wie diese Argumentation im Widerspruch steht mit Artikel 8 des Utrechter Vertrages, ist im geschichtlichen Thatbestand nachgewiesen worden. Es genügt, auf die ersten Kundgebungen, an die sich die heute bestehende Streitfrage anschliesst, aufmerksam gemacht zu haben. Diese ändern natürlich nichts an den auf Grund der Entstehungsgeschichte sich ergebenden Feststellungen über den wahren und eigentlichen Sinn des Artikels 8 des Utrechter Vertrages. Die Geschichte der die Grenzfrage berührenden Beziehungen zwischen den französischen Behörden in Cayenne und den portugiesischen in Pará einerseits und zwischen der französischen Regierung und der portugiesischen, später brasilianischen, andererseits seit 1713 hat für den Schiedsrichter insofern eine Interesse, als aus derselben auch mit voller Deutlichkeit hervorgeht, wie eigentlich die heutige Streitfrage entstanden ist, und welchen Standpunkt im Verlaufe des Streites die Parteien, je nach Lage der Verhältnisse, eingenommen haben. Es ist nicht erforderlich, an dieser Stelle nochmals auf diese Geschichte der Streitfrage und auf die zum Teil durch die beeinflussten Kartenwerke, die in erschöpfender Weise im geschichtlichen und geographischen Thatbestand betrachtet worden sind, einzutreten.

VI.

Nachdem Brasilien sich im Jahre 1822 von Portugal losgelöst hatte und zum selbständigen Staate geworden und als solcher von den Mächten anerkannt war, trat es mit Beziehung auf das Contesté im Verhältnis zu Frankreich in die bisher von Portugal eingenommene Rechtsstellung ein. Hierüber besteht zwischen den Parteien keine Meinungsverschiedenheit.

VII.

Ist auf Grund der bisherigen Untersuchung gemäss dem in Artikel 1 des Schiedsvertrages geltend gemachten Anspruch Brasiliens der heutige Oyapoc als äussere oder maritime Grenze zwischen Französisch Guyana und Brasilien zu bezeichnen, so ergiebt sich damit auch die Ablehnung des französischen Anspruches auf die Araguary-Grenze, und ebenso ist jeder andere Flusslauf zwischen Araguary und Oyapoc als Grenzfluss auszuschliessen. Dieses Resultat wird durch die Einzeluntersuchung über die rein geographischen Fragen in jeder Beziehung bestätigt.

Aus dem geographischen Thatbestand ist ersichtlich, wie ein und derselbe Fluss verschiedene Namen erhalten hat, den Namen Vincent Pinçon durch die Spanier-Portugiesen und den Namen Oyapoc in verschiedenartigster Schreibweise in Anlehnung an die ursprüngliche indische Namensform durch die Engländer, Holländer und Franzosen. Ferner ist aus demselben ersichtlich, wieso die Breitenlage dieses Flusses bei den verschiedenen Geographen und auf den verschiedenen Karten eine stark voneinander abweichende war, wie aber trotzdem die Identität des Flusses durch das Signalement der begleitenden „Berge" westlich seiner Mündung, durch Feststellung seiner Lage und durch Vergleichung der Nomenklatur nachgewiesen werden kann.

Es steht für den Schiedsrichter fest, dass die spanische und portugiesische Kartographie des XVI. Jahrhunderts seit dem Padron real des Chaves von 1536 unter dem von „Montañas" begleiteten Rio de Vicente Pinzon den heutigen Oyapoc beim Cap d'Orange versteht. Auf Grund des Reiseberichtes des Orellana wurde um die Mitte des XVI. Jahrhunderts nach dem Vorbilde von Nicolas Desliens und Sebastiano Cabotto ein neuer grosser Strom in die Karten eingeführt. Er wurde als ein vom Marañon der bisherigen Karten verschiedener Fluss nordwestlich desselben in die Karten eingetragen. Da aber der bisherige Marañon auf den Karten bereits mit dem heutigen Amazonenstrom identifiziert worden war und auch annähernd die demselben entsprechende Lage einnahm, der neu erscheinende Strom aber ebenfalls mit dem Amazonenstrom identifiziert wurde, so folgt daraus, dass die Lage dieses letzteren in dem im übrigen unverändert belassenen Küstenbilde eine unrichtige, also zu weit nach Nordwesten verschobene sein musste. Der Rio de Vicente Pinzon bewahrte, abgesehen von dem neu eingeführten Strome, seine alte ihm von Chaves angewiesene Position, und lag deshalb gegenüber dem neuen Strome bedeutend näher, als gegenüber dem bisherigen Marañon. Der Irrthum wird jedoch von einzelnen Kartographen bald erkannt und bereits Diogo Homem 1558 bringt

den Rio de Vicente Pinzon samt den Montañas wieder in der ursprünglichen, richtigen Entfernung vom Amazonenstrom. Dieser Auffassung folgten dann namentlich der Hauptvertreter der portugiesischen Kartographie in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts, Vaz Dourado, sowie Gerardus Mercator in seinen, in den hier wesentlichen Punkten, auf die sevillanische Schule basierten Weltkarten, durch welche der Name des Rio de Vicente Pinzon allgemein bekannt und dem XVII. Jahrhundert überliefert wurde.

Die Beschreibung des Bento Maciel Parente um 1630 und die Landverleihung an ihn von 1637 weisen, wie im geographischen Thatbestande gezeigt wurde, ebenfalls mit ziemlicher Bestimmtheit auf die Identifikation des Rio de Vicente Pinzon mit dem Oyapoc hin. Die Karten des João Teixeira aber sind für die Bestimmung der Lage des Grenzflusses nicht verwendbar, weil sie dieses Küstenstück durchaus ungenügend behandeln.

Die von Frankreich vorgebrachten Gründe zur Verteidigung der Araguary-Grenze sind im geographischen Thatbestande im einzelnen widerlegt worden. Es ergiebt sich, dass dieser Grenzanspruch nicht haltbar ist, weil eine frühere Doppelmündung des Araguary nicht nachweisbar ist, und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Rio de Vicente Pinzon mit einem ehemaligen Nordarme des Araguary zu identifizieren sei. Der Araguary mündet südlich vom Cap de Nord, während der Rio de Vicente Pinzon unstreitig nordwestlich vom Cap de Nord mündet. Von alters her wurden auch die beiden Flüsse unterschieden.

Die von Guillaume de l'Isle in seiner Karte von 1703 und später namentlich von La Condamine am Nordausgange des heutigen Kanals von Carapaporis eingetragene Baie de Vincent Pinçon, beruht auf irrtümlicher Kombination, welche auf Grund der vorliegenden Materialien zurückzuführen ist, einerseits auf unrichtige Interpretation des Reiseberichtes von Keymis durch Robert Dudley, andererseits auf die von Desliens, Cabotto und anderen hinsichtlich des Amazonas begangenen Irrtümer.

Dass auf portugiesischer Seite der Vincent Pinçon auch am Ende des XVII. Jahrhunderts und bei Abschluss des provisorischen Vertrages vom 4. März 1700 mit dem heutigen Oyapoc identifiziert wurde, zeigen ausser den Denkschriften von 1698 und 1699 namentlich die Karte des P. Fritz von 1691 und die Beschreibung des P. Pfeil. Auf ersterer, welche im übrigen für die Küste der Guyana der indischen Nomenklatur folgt, nimmt der Vincent Pinçon die Stelle des Oyapoc ein; P. Pfeil aber identifiziert den Vincent Pinzon ausdrücklich mit dem Oyapoc, indem er betont, dass es stets der nämliche Fluss sei, ob er nun Rio Pinçon oder Wiapoc oder Yapoc oder Vaiabogo oder Oyapoc genannt werde. Der Fluss, von dem er spricht, ist der heutige Oyapoc, denn er sagt von ihm: er ergiesst sich ins Meer, indem er eine schöne Bucht . . . . bildet, und sein Süsswasser verliert sich zwischen zwei berühmten Vorgebirgen, dem des Mont d'Argent und dem des Cabo d'Orange. Dass P. Pfeil der Mündung des Flusses, wie so viele andere, eine unrichtige Breitenlage giebt, ist nebensächlich, denn nicht auf diese kommt es an, sondern auf den Fluss als solchen.

VIII.

Bis zur Hauptquelle des heutigen Oyapoc reicht laut Schiedsvertrag und auf Grund obiger Ausführungen die äussere oder maritime Grenze, es wäre denn, dass Brasilien den von ihm erhobenen Anspruch auf eine innere Grenze, die durch den Parallelkreis von 2° 24′ nördlicher Breite gebildet werden soll, rechtlich begründen könnte. Diese Begründung ist Brasilien indessen nicht gelungen, weil der einzige Rechtsgrund, auf den es sich stützen kann, die Pariser Konvention vom 28. August 1817 ist, dieser Rechtsgrund jedoch, wie allseitig anerkannt wird, kein definitiver, sondern nur ein provisorischer ist. Da es sich aber im gegenwärtigen Verfahren um einen definitiven Grenzanspruch handelt, so fällt die genannte Pariser Konvention ohne weiteres ausser Betracht.

Weiter ist zu beachten, dass eine Grenzlinie, bestimmt nach einem Parallelkreis, eine künstliche Grenzlinie ist, die ohne nachweisbaren Rechtsgrund vom Schiedsrichter nicht anerkannt werden kann.

Rechtlich nicht haltbar ist auch die von Frankreich im Schiedsvertrag vertretene innere Grenze, die zunächst durch eine Parallellinie zum Lauf des Amazonenstroms gebildet werden soll.

Es ist richtig, dass Frankreich seine heute beanspruchte Parallellinie dem Grundgedanken nach schon in der „ligne de M. de Castries“ verlangt hat; aber diese Parallellinie müsste sich auf eine von beiden Parteien anerkannte Rechtsgrundlage stützen können, sollte sie vom Schiedsrichter Frankreich zuerkannt werden.

Diese Rechtsgrundlage fehlt; denn es ist eine irrtümliche Auffassung, wenn Frankreich meint, durch Artikel 10 des Utrechter Vertrages sei nur ein verhältnismässig schmaler Streifen Uferland an Portugal abgetreten worden, während das weite Gebiet hinter demselben Frankreich geblieben sei.

Der Utrechter Vertrag bestimmt nur: „les deux bords de la riviere des Amazones, tant le meridional que le septentrional, appartiennent . . . a Sa Majesté Portugaise“. Er spricht nicht von Uferstreifen, sondern von Ufern; und er bestimmt auch nicht, dass das Gebiet hinter dem Uferland Frankreich gehöre, sowenig als er festsetzt, dass das Gebiet hinter dem Uferlande Portugal-Brasilien abgetreten werde. Der Vertrag behandelt beide Ufer vollständig gleich; eine einschränkende Interpretation bezüglich der „bords“ erscheint weder auf der einen, noch auf der andern Seite des Stromes als zulässig.

Frankreichs Annahme endlich, es könne auf Grund thatsächlichen Besitzes einen Rechtsanspruch auf die Gebiete erheben, welche durch die von ihm beanspruchte innere Grenze umschrieben werden, wird durch Thatsachen nicht bestätigt.

Aus diesen Gründen hat der Schiedsrichter entsprechend der Vereinbarung der Parteien in Artikel 2 des Schiedsvertrages die „solution intermédiaire“ für die innere Grenzlinie als massgebend anzuerkennen.

E. Urteil.

Auf Grund dieser Thatsachen und Erwägungen erkennt, spricht aus und setzt fest:

Der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, in seiner Stellung als von der Regierung der französischen Republik und von der Regierung der Vereinigten Staaten von Brasilien gemäss dem Schiedsvertrage vom 10. April 1897 angerufener Schiedsrichter über die Grenze zwischen Französisch Guyana und Brasilien:

I.

Entsprechend dem genauen Sinn des Artikels 8 des Vertrages von Utrecht ist der Japoc oder Vincent Pinçon der Fluss Oyapoc, welcher sich unmittelbar westlich vom Cap d'Orange in den Ocean ergiesst, und welcher durch seinen Thalweg die Grenze bildet.

II.

Von der Hauptquelle dieses Flusses Oyapoc bis zur holländischen Grenze ist die Wasserscheide des Flussgebietes des Amazonenstromes, welche in dieser Gegend fast ausschliesslich durch den Kamm des Tumuc-Humac-Gebirges gebildet wird, die innere Grenze.

Also beschlossen zu Bern in unserer Sitzung vom 1. Dezember 1900.

Dieses Urteil ist unter Beisetzung des eidgenössischen Staatssiegels in drei französischen und drei deutschen Exemplaren auszufertigen. Hiervon sind den beiden Parteien durch Vermittlung unseres politischen Departementes je ein französisches und je ein deutsches Exemplar zuzustellen; das dritte französische und das dritte deutsche Exemplar sind in dem eidgenössischen Staatsarchiv zu hinterlegen.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:
Hauser.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Ringier.

58.

FRANCE, MONACO.

Convention douanière et de voisinage; signée à Paris, le 10 avril 1912, suivie de deux Déclarations, signées à la date du même jour.*)

Journal officiel du 10 mai 1914.

Convention.

Le Président de la République française et S. A. S. le prince de Monaco, ayant reconnu la nécessité d'établir sur de nouvelles bases les relations entre la France et la principauté de Monaco, qui étaient régies jusqu'ici par la convention du 9 novembre 1865 et par l'arrangement additionnel du 10 mars 1899, ont résolu de conclure, à cet effet, une convention et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Le Président de la République française:

M. Raymond Poincaré, sénateur, président du conseil, ministre des affaires étrangères;

Et S. A. S. le prince de Monaco:

M. le Comte Balny d'Avricourt, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près le Président de la République française,

Lesquels, dûment autorisés à cet effet, sont convenus des dispositions suivantes:

Art. 1er. Il n'y aura dans la principauté qu'une seule ligne de douane. Etablie du côté de la mer, elle ne sera qu'une section de la ligne de douane française existant sur le littoral de la Méditerranée.

Art. 2. Les droits des tarifs français à l'entrée et à la sortie, les droits de navigation tels que les définit la loi française, les taxes de plombage et d'estampillage, les droits sur les sucres seront appliqués dans le territoire de la principauté, selon les lois et règlements en vigueur en France.

La police des ports de la principauté continuera d'appartenir au gouvernement de Son Altesse Sérénissime, qui l'exercera par l'intermédiaire du directeur du port. Cet officier ne pourra percevoir, à ce titre, que les droits étrangers aux taxes de douane et de navigation et de police sanitaire.

Art. 3. Les Règlements et tarifs français relatifs à la police sanitaire seront appliqués dans la principauté. Les receveurs des douanes françaises en service dans la principauté spécialement habilités d'ores et déjà à cet

*) Les ratifications ont été échangées à Paris, le 6 avril 1914.

effet par le gouvernement de Son Altesse Sérénissime, percevront les taxes de police sanitaire maritime. Le montant net de ces taxes continuera d'appartenir au Trésor princier.

Art. 4. Les navires français acquitteront dans les ports de la principauté les mêmes droits que ceux auxquels ils seraient soumis dans les ports français et, réciproquement les navires monégasques jouiront dans les ports français du même traitement que les navires français.

La nationalité monégasque d'un navire se déterminera d'après les règles inscrites dans l'acte français de navigation du 21 septembre 1793 et dans les lois françaises subséquentes relatives à la propriété des navires et à la composition des équipages. Ces règles ne sont applicables ni aux navires portant pavillon du prince, ni aux navires régulièrement autorisés à porter pavillon monégasque à la date du 1er janvier 1912, ni aux bateaux de plaisance, ni aux bateaux de pêche qui ne comptent pas un équipage de plus de cinq hommes et vendent le produit de leur pêche à Monaco.

Le temps de navigation des inscrits maritimes français sur les navires monégasques leur sera compté pour la retraite.

Les permis de navigation et certificats de visite des navires délivrés par l'autorité monégasque seront valables au même titre que les permis et certificats délivrés par l'autorité française en exécution de la loi du 17 avril 1907.

Art. 5. Le sel et ses dérivés seront soumis, dans la principauté, aux droits d'entrée fixés par les tarifs français et la perception s'en effectuera pour le compte et par les agents de la France. Le Prince s'engage à prohiber sur son territoire la fabrication du sel et de ses dérivés, et à y faire appliquer les lois et règlements en vigueur en France quant au transport, à la circulation, à la vente et à la consommation de ces denrées.

Art. 6. Le Gouvernement princier s'engage à prendre dans les manufactures et entrepôts de Nice toutes les espèces de tabacs nécessaires à la consommation de la principauté. Lesdits tabacs seront fournis aux agents de Son Altesse Sérénissime à des tarifs se rapprochant, autant que possible, des prix de revient et qui seront, dans un but de simplification, fixés aux taux suivants:

Tabacs de luxe: prix de vente au consommateur de France diminué de 40 p. 100;

Cigarettes de vente courante: prix de vente au consommateur de France diminué de 70 p. 100;

Autres produits de vente courante et de vente restreinte: prix de vente au consommateur de France diminué de 80 p. 100.

Lesdits tabacs seront vendus, sous la surveillance des autorités locales, selon les tarifs en vigueur en France.

Art. 7. Les poudres de guerre, de chasse et de mine, ainsi que les cartes à jouer, dont la fabrication est interdite dans la principauté, seront fournies aux agents monégasques par l'administration française aux mêmes

conditions que les tabacs, pour être vendues dans la principauté selon les règlements et tarifs en vigueur en France.

Sont maintenues les dispositions contenues dans le protocole du 24 juin et l'ordonnance du 12 décembre 1891, concernant la fabrication et la vente des allumettes dans la principauté.

Art. 8. Les lois et règlements spéciaux qui régissent en France l'importation, l'exportation et la circulation des armes de guerre seront applicables dans la principauté.

Art. 9. La perception des droits de douane et de statistique, des droits de navigation, des droits sur le sel et sur les sucres, des taxes de plombage et d'estampillage, s'effectuera pour le compte de la France par les soins de l'administration française.

Art. 10. En compensation des droits de douane et de statistique, des droits de navigation, des droits sur le sel et sur les sucres, des taxes de plombage et d'estampillage qu'il percevra en vertu de l'article précédent, le Gouvernement de la République payera au Trésor princier une indemnité annuelle fixée à la somme de 400,000 fr. payable à Monaco, à trimestre échu et par termes égaux de 100,000 fr.

L'indemnité sera élevée d'une somme de 20,000 fr. pour chaque augmentation de 1,000 habitants par rapport à la population constatée par le recensement de 1908.

Ce recensement aura lieu tous les cinq ans au 1er janvier.

Art. 11. Tous les employés et agents de la douane dans la principauté devront être sujets français et seront nommés par le Gouvernement de la République.

Art. 12. Tous les employés et agents de la douane française dans la principauté seront soumis à la juridiction des tribunaux français par rapport aux crimes ou délits dont ils pourraient se rendre coupables dans l'exercice de leurs fonctions. Dans ce cas, l'instruction sera dirigée par un juge français, mais les constations, les descentes de lieux et toutes les opérations de l'instruction seront accomplies sur le territoire de la principauté par un juge du tribunal de Monaco en vertu d'une commission rogatoire du juge français préalablement visée par un membre du ministère public. Toutefois, les autorités de la principauté pourront, s'il y a lieu, procéder, en cas de flagrant délit, à l'arrestation du prévenu ainsi qu'à la constation d'un crime ou d'un délit. Les employés et agents de la douane française seront justiciables des tribunaux de la principauté pour les crimes ou délits commis en dehors de l'exercice de leurs fonctions.

Art. 13. Les infractions aux lois et règlements applicables dans la principauté par suite de l'union douanière seront poursuivies à la requête des agents de l'administration française compétente en résidence dans le ressort du tribunal de Nice, où seront également affirmés et enregistrés les procès-verbaux.

Les employés et agents de la douane française pourront requérir des autorités monégasques l'arrestation des prévenus de contrebande et la recherche par le ministère public de Monaco des individus intéressés à

des fraudes ou complices de celles-ci. La présente disposition ne fait pas obstacle à la poursuite d'office des délits par les autorités monégasques.

Les citations à comparaître devant les tribunaux français compétents dans les cas prévus par le présent article et par l'article précédent seront données à la requête de l'autorité française, mais celles seront signifiées par les huissiers ou agents de la principauté après avoir reçu le visa prescrit dans l'article 12. Les tribunaux français pourront punir des peines portées par la loi française les témoins ainsi assignés qui n'auront pas comparu soit devant les juges d'instruction, soit devant les tribunaux français.

Les jugements rendus dans les divers cas qui précèdent seront exécutoires dans la principauté sur la réquisition revêtue du visa susmentionné et adressée par l'autorité française compétente aux agents d'exécution de la principauté. L'emprisonnement prononcé par les tribunaux français sera subi en France.

Art. 14. Les bureaux de poste et de télégraphe, les cables sous-marins dont le fonctionnement est ou sera reconnu nécessaire par les deux gouvernements, sont établis par le Gouvernement français, qui nomme le personnel chargé de l'exécution du service.

Ce personnel doit être préalablement agréé par le prince, qui se réserve la faculté d'en réclamer le renvoi et le remplacement, s'il le juge utile.

Le personnel employé dans les bureaux de poste et de télégraphe de la principauté est considéré comme un personnel mixte; les receveurs et chefs de service correspondent avec l'administration française, en reçoivent les ordres pour le service général et se conforment aux instructions des autorités monégasques pour ce qui concerne le service intérieur de la principauté.

Les lois, règlements et tarifs de toute nature en vigueur dans le service français seront applicables dans la principauté.

Le produit des recettes postales et télégraphiques des bureaux de la principauté, déduction faite des parts de taxes télégraphiques ou des frais de transit postaux à verser aux offices étrangers, sera affecté d'abord au payement de toutes les dépenses de loyer, d'installation technique et d'exploitation de ces bureaux, y compris les indemnités de toute nature à payer aux tiers. En cas d'insuffisance de ces recettes, le gouvernement princier prendra la différence à sa charge; en cas d'excédant des recettes sur les dépenses, le surplus sera partagé entre les deux gouvernements dans la proportion des deux tiers pour la principauté et d'un tiers pour la France.

Les taxes afférentes à la correspondance téléphonique échangée entre la France et la principauté de Monaco seront réparties entre les deux pays, déduction faite des parts de taxe à verser aux offices étrangers, sur la base uniforme de trois quarts pour la France et un quart pour la principauté avec minimum pour celle-ci de 0 fr. 10 par unité de conversation.

Les taxes d'abonnement versées par les abonnés au réseau téléphonique de Monaco domiciliés en France, ainsi que les taxes des conversations

locales échangées avec les cabines des bureaux de poste et de télégraphe, seront partagées à raison d'un quart pour la France et de trois quarts pour la principauté.

Les dépenses afférentes à la première installation et à l'entretien des lignes téléphoniques et télégraphiques franco-monégasques sont à la charge de la principauté en ce qui concerne les sections de ces lignes établies sur son territoire.

Le Gouvernement français jouit de la franchise postale dans les bureaux de la principauté pour ceux de ses représentents, fonctionnaires ou agents qui ont droit à cette franchise sur le territoire français.

Le prince et le ministre d'Etat de la principauté jouissent de la franchise postale dans les bureaux de France et de Monaco.

Le Gouvernement français jouit de la franchise télégraphique dans les bureaux monégasques de la même manière qu'il en jouit sur son propre territoire.

Le prince et le ministre d'Etat de la principauté ont la franchise pour leurs communications télégraphiques des bureaux monégasques à un bureau quelconque français et réciproquement.

Le représentant du prince auprès du Gouvernement français aura droit à la franchise postale et télégraphique pour ses correspondances avec le prince et le ministre d'Etat.

Dans le cas où le gouvernement princier désirerait installer et faire fonctionner des stations radiotélégraphiques sur son territoire, un accord devrait être établi à ce sujet avec le Gouvernement français. Le fonctionnement en serait assuré par un personnel français.

Ces dispositions sont applicables dans le cas où il s'agirait d'installations à établir par des particuliers sur le territoire de la principauté.

Art. 15. Le Gouvernement princier s'engage pour la frappe des monnaies monégasques, à recourir, exclusivement à l'hôtel des monnaies de Paris et les monnaies ainsi frappés devront être, quant au module, au titre et à la valeur, identiques aux monnaies françaises.

Art. 16. La convention d'extradition conclue à Paris, le 8 juillet 1876, entre la France et la principauté de Monaco,*) est confirmée.

La police française aura le droit de poursuivre, en cas de flagrant délit, sur le territoire monégasque, les malfaiteurs qui s'y échapperaient de France.

Le même droit appartiendra à la police monégasque sur le territoire des communes françaises limitrophes.

Les individus arrêtés en vertu des dispositions qui précèdent seront remis aux autorités du territoire sur lequel ils auront été arrêtés.

En cas d'incendie, les pompiers de la principauté et des communes voisines sont autorisés à franchir la frontière et à se rendre sans délai sur le lieu du sinistre.

---

*) V. N. R. G. 2. s. II, p. 200.

Le Gouvernement français se réserve le droit de faire, en temps de paix, traverser par ses troupes le territoire de la principauté, à charge d'entente préalable avec le gouvernement du prince.

Art. 17. Le gouvernement princier s'engage à assurer le bon entretien des voies qui prolongent sur le territoire monégasque les voies ouvertes, en territoire français, à la circulation publique et particulièrement les routes nationales qui aboutissent à la principauté.

Il s'engage en outre à assurer sur le territoire de la principauté la sécurité des voies ferrées et des lignes télégraphiques et téléphoniques.

Art. 18. Il ne pourra être accordé aux industries établies dans la principauté, qui produisent ou fabriquent pour le marché intérieur ou pour l'exportation, aucun avantage quelconque, sous forme de prime ou autre sur les industries similaires françaises.

Le Gouvernement princier déclare sa résolution de prendre toutes les dispositions nécessaires pour prévenir et réprimer les fraudes préjudiciables au Trésor ou au commerce français, tant sur les objets de consommation que sur toutes autres marchandises est notamment sur les objets en métaux précieux.

En ce qui concerne les taxes fiscales qui seraient établies à cet effet, réserve est faite des engagements pris et des droits acquis.

Le Gouvernement princier établira sans délai sur les alcools, absinthes et similaires, apéritifs, vermouts et vins de liqueur, des droits de consommation intérieure équivalents aux droits acquittés en France au profit du Trésor.

Il s'engage enfin, à établir, sur l'importation et la vente du phosphore et de la saccharine, des restrictions analogues à celles qui sont en vigueur en France.

Art. 19. Les indigents atteints d'aliénation mentale, de quelque nationalité qu'ils soient, se trouvant sur le territoire monégasque, pourront être reçus et traités dans les asiles publics français, à la demande et aux frais du gouvernement monégasques. Toutefois, lorsque l'aliéné sera Français, les frais seront supportés par la collectivité française compétente, à partir du moment où la nationalité française de l'aliéné aura été reconnue par le gouvernement de la République sur demande qui lui sera adressée par la voie diplomatique par le gouvernement monégasque.

Si l'aliéné appartient à une nation tierce, le Gouvernement Français pourra prêter au gouvernement monégasque ses bons offices, en vue du rapatriement de l'indigent aliéné dans son pays d'origine.

Les indigents monégasques atteints en France d'aliénation mentale seront, de même que les nationaux, reçus et traités gratuitement dans les asiles publics français jusqu'au moment où le gouvernement monégasque, sur une demande qui lui sera adressée par voie diplomatique par le Gouvernement français aura reconnu la nationalité monégasque de l'aliéné. A partir de ce moment, les frais occasionnés par l'aliéné seront remboursés par le gouvernement monégasque au Gouvernement français.

Il appartiendra aux autorités françaises, conformément aux lois et règlements en vigueur en France de se prononcer sur le maintien ou la

mise en liberté des indigents aliénés entretenus dans les asiles français aux frais du gouvernement monégasque. Toutefois, il sera préalablement donné avis au gouvernement princier des décisions de la mise en liberté de ces aliénés.

Art. 20. S. A. S. le prince de Monaco, s'engage à interdire tout séjour sur son territoire aux déserteurs de l'armée française. Le séjour dans les départements des Alpes-Maritimes, du Var et des Basses-Alpes sera interdit aux déserteurs de la principauté qui ne sont pas de nationalité française.

Art. 21. Aucun individu non monégasque, expulsé ou banni du territoire de la République française, et dont l'expulsion ou la condamnation sera notifiée au gouvernement du prince, ne sera admis à résider dans la principauté. Le séjour dans les départements des Alpes-Martimes, du Var et des Basses-Alpes sera, sur la demande du gouvernement princier, interdit à tout individu non français expulsé ou banni de la principauté.

Totalité ou partie du périmètre desdits départements sera également interdite, sur la demande du gouvernement princier, à tout individu de nationalité monégasque, à qui le séjour du territoire monégasque aura été interdit en vertu d'une décision judiciaire.

Art. 22. Les individus condamnés pour des crimes ou délits de droit commun à la prison, à la réclusion et aux travaux forcés seront reçus dans les établissements pénitentiaires de France ou bagnes établis dans les colonies françaises. Les mineurs envoyés en correction seront reçus, suivant leur catégorie pénale, dans les colonies de jeunes détenus, les colonies correctionnelles, écoles de réformes ou écoles de préservation en France.

Les grâces ou réductions de peine accordées par S. A. S. le prince seront notifiées, par la voie diplomatique, au Gouvernement français, qui prendra les dispositions nécessaires pour l'exécution de ces mesures bienveillantes.

L'administration française signalera, s'il y a lieu, au gouvernement monégasque les condamnés qui lui paraîtront mériter une mesure de clémence (grâce, libération conditionnelle, libération provisoire, s'il s'agit de jeunes détenus) et lui fournirera tous renseignements utiles sur leur conduite en détention.

L'administration française ne pourra, sans l'assentiment du gouvernement monégasque, faire application des dispositions des articles 3 et 4 de la loi du 5 juin 1875 aux détenus condamnés par les tribunaux de la principauté à des peines supérieurs à un an et un jour de prison.

Les deux gouvernements s'engagent à se communiquer réciproquement les arrêts et jugements de condamnation pour crimes et délits de toute espèce qui auront été prononcés par les tribunaux de l'un des deux Etats contre les sujets de l'autre. Cette communication sera effectuée, moyennant l'envoi, par voie diplomatique, d'un extrait de la décision prononcée et devenue définitive au gouvernement dont le condamné est sujet, pour être déposé au greffe du tribunal auquel il appartiendra. Chacun des deux gouvernements donnera à ce sujet les instructions nécessaires aux autorités compétentes.

Art. 23. La jouissance des eaux entre la principauté et la commune de Beausoleil continuera à être réglée par l'arrangement qui a été conclu le 10 février 1813 entre les maires des communes de Monaco et de la Turbie.

Art. 24. Les jeunes gens de nationalité monégasques seront admis à concourrir pour l'admission dans les écoles du Gouvernement de la République dans les mêmes conditions que les jeunes gens de nationalité française. Toutefois, il ne pourra, à leur sortie de ces écoles, leur être attribué d'autres diplômes, titres ou emplois que ceux qui sont accordés par le Gouvernement de la République aux élèves étrangers.

Il ne pourra, par des arrangements particuliers à intervenir entre les deux gouvernements, être réservé aux sujets de nationalité monégasque des emplois dans les services assurés par la France dans la principauté, excepté dans la douane.

Art. 25. Il sera procédé sans délai, après la conclusion de la présente convention, à la délimitation de la frontière franco-monégasque.

Art. 26. Le prince se réserve la faculté de conclure avec les puissances étrangères tous traités qui ne renfermeraient aucune clause contraire à la présente convention.

Art. 27. La présente convention sera mise en vigueur à partir de l'échange des ratifications et pour une durée de dix années. Si elle n'a point été dénoncée avant l'expiration de ce terme, elle continuera d'avoir son effet jusqu'à ce que l'une des parties ait déclaré à l'autre partie, au moins un an à l'avance, l'intention d'y renoncer.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ont signé la présente convention, qu'ils ont revêtue de leurs cachets.

Fait à Paris en double exemplaire, le 10 avril 1912.

(L. S.) Signé: *R. Poincaré.*
(L. S.) Signé: *Balny d'Avricourt.*

Première Déclaration.

Le gouvernement princier établiera dans la principauté le régime de la garantie des métaux précieux, avec le concours du receveur des douanes de Monaco, du contrôleur du bureau de garantie de Nice et d'un pharmacien ou chimiste de la principauté en qualité d'essayeur.

L'organisation du service sera réglée par ordonnance souveraine.

Ce service fonctionnera aux frais de la principauté et les droits perçus seront versés au Trésor princier.

En ce qui concerne les briquets pyrogènes, le gouvernement princier ne fait point d'objection à ce que les droits d'importation perçus dans la principauté sur les briquets pyrogènes d'origine étrangère s'ajoutent aux perceptions douanières perçus pour le compte et au profit du Trésor français.

Il achetera à l'administration française les estampilles dont devront être revêtus les briquets vendus dans la principauté.

L'ordonnance du 14 juin 1874, relative à la circulation des spiritueux, sera modifiée de manière à mettre fin aux difficultés que l'emprunt de la voie ferrée cause aux transports par terre.

Le Gouvernement de la République accepte qu'un entrepôt réel de marchandise tarifées et prohibées soit établi à Monaco, par ordonnance du prince, sous les conditions prévues par la législation française.

Il accepte, en outre, que la faculté de l'entrepôt fictif puisse être accordée au commerce monégasque dans les mêmes conditions qu'en France.

Le Gouvernement de la République déclare qu'il ne s'opposera pas, le cas échéant, à l'ouverture de la gare de Monaco au transit international, sous la réserve que la compagnie des chemins de fer Paris-Lyon Méditerranée fournisse les locaux nécessaires au dépôt et à la vérification des marchandises ainsi qu'à l'installation du service des douanes.

Le Gouvernement de la République déclare que le bénéfice du régime de l'admission temporaire, tel qu'il fonctionne en France, sera, dès la mise en vigueur de la nouvelle convention, accordée aux marchandises étrangères importées dans la principauté et destinées à être réexportées ailleurs qu'en France et en Algérie.

Le gouvernement princier fournira à ses frais les locaux nécessaires au casernement des douaniers français, et à l'installation sur les quais du port, du bureau du receveur et du corps de garde, le Gouvernement de la République n'assumant d'autre participation à cette dépense qu'une somme de 3,380 fr. qu'il versera annuellement au Trésor princier.

Le gouvernement princier prenda également à sa charge les frais de surveillance des entrepôts ainsi que les traitements et émoluments afférents aux emplois dont la création sera rendue nécessaire par l'importance des nouvelles opérations (entrepôt, admission temporaire, ouverture de la gare de Monaco au transit international) le coût des installations que nécessiterait le développement du trafic.

Le gouvernement monégasque instituera dans la principauté, pour la circulation des automobiles, un régime identique au régime en vigueur en France.

Il prend acte des dispositions du Gouvernement français de considérer, à ce point de vue, la France et la principauté comme formant un seul territoire.

Il déclare ne pouvoir s'engager à instituer une taxe directe sur les automobiles, dont les propriétaires habitent effectivement la principauté.

Il est entendu que la mention dans le traité des droits sur les sucres et le sel n'a d'autre but que d'affirmer le maintien du régime antérieur en ce qui concerne la perception des droits sur ces denrées et qu'aucune modification n'est apportée à ce régime.

Le gouvernement princier se déclare d'ailleurs disposé à soumettre les raffineries qui s'établiraient à Monaco au régime fiscal des raffineries françaises.

Le gouvernement princier déclare que les avantages accordées à la minoterie de Monaco à titre de compensation au défaut du régime de

l'entrepôt et de l'admission temporaire, dont bénéficiaient les industries similaires françaises, prendront fin dès la mise en vigueur de la convention; cet établissement pourra, à partir de cette date, être constitué sous le régime de l'entrepôt fictif.

Il fait connaître que la brasserie de Monaco est établie en vertu d'un cahier des charges, par les dispositions duquel il est lié et qui expire en 1980 (avril).

Au terme de cet acte, la brasserie est tenue à une redevance proportionnelle calculée à raison de 20 centimes par hectolitre pour toute la bière fabriquée et augmentée pour la bière exportée en France d'une somme équivalente au droit de fabrication imposé par les lois françaises aux brasseries françaises. En dehors de ces taxes, la brasserie supporte les charges suivantes: fourniture gratuite de glace aux établissements hospitaliers, usage gratuit par le Gouvernement des installations frigoritiques de la brasserie; retour à l'Etat, au terme de la concession, des terrains et constructions. construction d'un chemin public et d'une digue contre la mer.

Le gouvernement monégasque continuera à prendre toutes les mesures nécessaires pour assurer la vérification exacte des quantités exportées, vérification qui intéresse directement le Trésor princier.

Les droits de timbre afférents aux colis postaux expédiés de la principauté et aux bordereaux d'expédition seront perçus au profit du Trésor princier, sans préjudice du droit de timbre à percevoir au profit du Trésor français, lors de l'entrée des colis en France, conformément aux lois des 3 mars 1881, 24 et 25 juillet 1881.

En ce qui concerne l'application du paragraphe 1er de l'article 18:

Par les mots „aucun avantage quelconque sous forme de prime ou autre“, les deux parties entendent:

Les primes à l'importation ou à l'exportation;

Les avantages particuliers pour les marchandises importées ou exportées sous le régime du transit, ainsi que pour celles faisant l'objet d'un compte d'admission temporaire.

La restitution, en totalité ou en partie, des droits prévus par la convention et des taxes perçues pour les opérations du port et de l'entrepôt;

Le remboursement total ou partiel des impôts directs ou indirects;

Les détaxes, les subventions, les garanties d'intérêt et autres modalités analogues.

Les taxes et droits autres que ceux énumérés aux articles 2, paragraphe 1er, 9 et 10, de la convention, qui seront établis par le gouvernement princier sur les opérations du port et de l'entrepôt, seront perçus au profit de la principauté, sous réserve des frais de perception éventuels à allouer à l'administration française.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 10 avril 1912.

(L. S.) Signé: *R. Poincaré.*

(L. S.) Signé: *Balny d'Avricourt.*

Deuxième Déclaration.

La convention s'applique non seulement aux bureaux à créer, mais aussi aux bureaux de Monaco et de Monte-Carlo qui sont déjà en exercice.

I. Service Postal.

Le quatrième alinéa de l'article 14 de la convention ainsi conçu: „Les lois, règlements et tarifs de toute nature en vigueur dans le service français seront applicables dans la principauté“ visent, bien entendu, non seulement les lois, règlements et tarifs actuellement en vigueur, mais encore ceux qui pourront être appliqués ultérieurement, sans restriction (affranchissement des objets de correspondance, mandats-poste, abonnements aux journaux, envoi contre remboursement etc. . . .).

Les dispositions qui, sur le territoire de la principauté, réglementant la répression en matière postale seront complétés, de façon à punir désormais dans les conditions stipulées à l'article 9 de l'arrangement concernant l'échange des lettres et des boîtes avec valeur déclarée, annexé à la convention postale universelle signée à Rome le 26 mai 1906*), toute déclaration frauduleuse de valeur supérieur à la valeur réellement insérée dans une lettre ou dans une boîte chargée.

Au cinquième alinéa de l'article 14 de la convention l'expression „les indemnités de toute nature à payer aux tiers“ comprend:

1⁰. Les indemnités à payer pour la perte ou la spoliation, dans le service monégasque, d'objets chargés et d'objets recommandés;

2⁰. Celles dont le payement incomberait à ce service en vertu des dispositions de l'article 8, paragraphe 7, de la convention postale universelle et de l'article 12, paragraphe 8, de l'arrangement international concernant l'échange des valeurs déclarées.

II. Service télégraphique.

L'administration française assure le service télégraphique de la principauté de Monaco.

Les conventions, arrangements et règlements internationaux généraux ou particuliers concernant le service télégraphique, conclus par la France ou auxquels elle a adhéré, sont applicables de plein droit à la principauté de Monaco.

En ce qui concerne les tarifs de toute nature et l'exécution du service, les bureaux de la principauté de Monaco appliquent les mêmes règles que les bureaux du département des Alpes-Maritimes.

Les taxes applicables aux télégrammes ordinaires échangés par les bureaux monégasques soit entre eux, soit avec la France ou les pays au delà, sont les mêmes que celles appliquées respectivement dans les mêmes relations par les bureaux français du département des Alpes-Maritimes.

Il en est de même des taxes des télégrammes de presse et d'une manière générale des taxes applicables aux diverses catégories de télégrammes spéciaux.

---

*) V. N. R. G. 3. s. I, p. 395.

En cas de modifications des tarifs, celles-ci sont applicables dans les bureaux de la principauté à la même date que dans les bureaux français.

Les taxes terminales attribuées à la France en vertu des conventions ou arrangements internationaux en vigueur comprennent la part afférente au parcours sur le territoire monégasque en ce qui concerne les dépêches originaires ou à destination de la principauté de Monaco.

L'administration française reste chargée du règlement des comptes avec tous les offices ou compagnies.

Il n'est crédité aucune taxe à la principauté de Monaco pour les télégrammes à destination de ses bureaux.

Les taxes perçues par ces derniers, déduction faite de la part revenant aux offices autres que la France aux câbles sous-marins ou à la transmission radiotélégraphique et généralement de toutes les parts de taxes qui ne sont pas acquises au Trésor français serviront à couvrir, s'il y a lieu, les dépenses d'installation et d'entretien des bureaux et appareils, le loyer des bureaux et les fournitures diverses, ainsi que le traitement et les indemnités du personnel dont la France fera l'avance. L'excédent des recettes effectuées par les bureaux monégasques constituera le produit net à répartir entre la principauté et la France.

Le Gouvernement princier restera propriétaire, sur son territoire, des lignes établies pour le service télégraphique de la principauté et du matériel affecté à ces lignes. D'autre part, le Gouvernement français conserve la propriété des lignes établies par lui pour la traversée du territoire monégasque et n'aura par suite à verser aucune taxe de transit.

III. Service téléphonique.

Le Gouvernement princier a exprimé le désir que la France „prête son concours à l'établissement et au développement des communications téléphoniques qui pourront s'ouvrir, par les lignes françaises, entre la principauté et tous autres pays".

L'administration française peut donner l'assurance qu'elle s'efforcera de favoriser l'extension des relations téléphoniques entre la principauté et les réseaux étrangers, dans toute la limite où les progrès de la technique téléphonique le permettront.

La constitution de conducteurs directs entre la principauté et certaines villes étrangères pourra être envisagée, si l'établissement de ces circuits est reconnu nécessaire pour que l'acheminement du trafic monégasque ait lieu. Dans ce cas, chacune des parties intéressées supportera les frais de pose et d'entretien des sections de lignes situées sur son territoire.

Le service de la correspondance téléphonique entre la principauté, d'une part et la France et les pays étrangers d'autre part, sera soumis à toutes dispositions résultant d'actes législatifs ou réglementaires ou de décisions administratives en vigueur ou à intervenir applicables dans les relations de la France avec les Etats étrangers.

En conséquence, les taxes à appliquer, dans la principauté, aux communications interurbaines avec la France ou d'autres pays, devront

être les mêmes que celles qui seront perçues, selon le cas, par la France ou par l'office étranger intéressé, pour ces mêmes communications. Au point de vue de la fixation des tarifs, le territoire de la principauté sera placé dans les mêmes conditions que celui du département des Alpes-Maritimes.

Les services téléphoniques spéciaux (avis d'appel, messages etc.) qui sont ou seront organisés dans le régime français et dans les relations entre la France et les états étrangers seront établis et fonctionneront dans les mêmes conditions, le cas échéant, dans le service de la correspondance téléphonique avec la principauté, sans qu'il soit besoin d'accords spéciaux à cet effet.

Les administrations des deux pays s'entendront pour déterminer les relations franco-monégasques qui peuvent être autorisées. Elles s'entendront également pour fixer les relations qui peuvent être autorisées, par l'intermédiaire des lignes françaises, entre la principauté et les états étrangers déjà admis à correspondre avec le réseau français.

Il est entendu que les dispositions de la convention téléphonique du 8 juillet 1891 et de la déclaration du 9 novembre 1891 qui n'ont pas été modifiées par la nouvelle convention ou qui ne sont pas contraires aux dispositions réglementaires présentement en vigueur continueront à être appliquées dans le service de la correspondance téléphonique avec la principauté.

IV. Personnel et locaux.

Le personnel des bureaux de poste et de télégraphe (y compris les stations de câbles sous-marins) établis ou à établir dans la principauté, devra être préalablement agréé par le gouvernement du prince qui se réserve la faculté d'en réclamer le renvoi et le remplacement s'il le juge utile. Le Gouvernement de S. A. S. s'oblige de son côté à assurer sur son territoire, aux agents de l'administration des postes et télégraphes, toutes les garanties nécessaires à l'exécution de leur service.

D'autre part au cours de pourparlers antérieurs, les représentants de la principauté ont exprimé le désir qu'il soit réservé aux sujets de nationalité monégasque, des emplois dans les services assurés par la France dans la principauté. Cela revient à dire qu'un cadre d'agents et de sous-agents auxiliaires pourra être recruté sur place, pour la moitié au maximum des emplois tels que, par exemple:

Facteurs-distributeurs de lettres ou d'imprimés, de l'effectif permanent ou de l'effectif de renfort;

Porteurs de télégrammes des deux effectifs;

Ouvriers employés à l'établissement et à l'entretien des lignes et des postes etc.

La nomination à ces emplois est réservée à l'administration française et nul sujet monégasque ne pourra obtenir ou conserver des fonctions dans les services dont ladite administration est responsable, sans l'agrément de cette dernière.

Ce personnel spécial n'aura pas, au point de vue des traitements, émoluments divers et avantages de toute nature (congés, etc.) une situation meilleure que celle qui est accordée aux unités de même grade de l'administration française en résidence dans la principauté.

Enfin, une entente déterminera les conditions de juridiction et de procédure dans lesquelles les mesures disciplinaires seront proposées et appliquées à l'égard du personnel choisi dans la principauté.

Bureaux.

L'administration française établit, après entente avec le gouvernement princier, les bureaux et les installations intérieurs éventuelles; dans le cas où elle ne trouverait pas de locaux pour les bureaux ou d'emplacements pour les installations, le gouvernement princier aurait à les lui procurer.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 10 avril 1912.

(L. S.) Signé *R. Poincaré.*
(L. S.) Signé *Balny d'Avricourt.*

59.

BELGIQUE, LUXEMBOURG.

Arrangement pour régler le mouvement des alcools et des spiritueux franchissant la frontière belgo-luxembourgeoise; signé à Luxembourg, le 6 décembre 1912.*)

Moniteur belge du 14 février 1913.

En vue de régler le mouvement des alcools et des spiritueux franchissant la frontière entre la Belgique et le Grand-Duché de Luxembourg, les soussignés, Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Belges, faisant fonctions de Chargé d'affaires de Belgique à Luxembourg, d'une part, et Ministre d'Etat, Président du Gouvernement Grand-Ducal, d'autre part, sont convenus, sous la réserve du consentement de leurs Gouvernements, de ce qui suit:

Art. 1er. La décharge ou la restitution de l'accise pour les alcools et spiritueux exportés par les bureaux de douane qui sont ou seront ouverts à cet effet à la frontière entre la Belgique et le Grand-Duché est subor-

*) L'échange des ratifications a eu lieu à la date du 28 janvier 1913; v. Mémorial du Grand-Duché de Luxembourg 1913, p. 174.

donnée à la condition qu'il soit produit au bureau de sortie du pays exportateur une attestation du bureau d'entrée de l'autre pays constatant que les marchandises ont été régulièrement déclarées à ce dernier bureau.

Art. 2. Les attestations visées à l'article 1er doivent énoncer le nom de l'expéditeur et celui du destinataire, le lieu d'expédition et celui de destination, ainsi que le nombre et l'espèce, le poids brut et le contenu des colis. Les attestations sont délivrées par le bureau où a lieu l'entrée, sans distinguer si les marchandises sont destinées à l'intérieur du pays ou au transit, aussitôt que la déclaration en a été effectuée, cela sans frais et en particulier sans frais de timbre; ces attestations sont envoyées aussitôt que possible au bureau par lequel a lieu l'exportation. Lorsque les attestations sont transmises par la poste, les envois doivent être affranchis par le bureau expéditeur, sans qu'il y ait lieu à remboursement des frais d'affranchissement.

Art. 3. Les dispositions de l'article 1er ne sont pas applicables aux marchandises exportées par la poste.

Art. 4. Le Gouvernement de chacun des deux pays restera libre de résilier, à tout moment, le présent Arrangement.

Art. 5. Le présent Arrangement entrera en vigueur après l'échange des ratifications des deux Gouvernements et sera appliqué en remplacement de celui concernant le même objet conclu, à Luxembourg, le 2 avril 1903.*)

Fait en double, à Luxembourg, le six décembre mil neuf cent douze.

Cte F. van den Steen de Jehay.
Eyschen.

Conformément à ce qui a été convenu entre le Gouvernement belge et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, l'Arrangement qui précède entrera en vigueur le 1er mars 1913.

Certifié par le Secrétaire général du Ministère des Affaires Etrangères.

Bon van der Elst.

---

*) V. N. R. G. 2. s. XXXI, p. 529.

60.

SUÈDE, PORTUGAL.

Convention en vue d'assurer, en Chine, la protection réciproque des marques de fabrique, brevets et dessins; signée à Lisbonne, le 21 décembre 1912.*)

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1913, No. 8.

Convention pour la protection réciproque en Chine des marques de fabrique, brevets et dessins.

Sa Majesté le Roi de Suède et le Président de la République Portugaise, désireux d'assurer en Chine la protection réciproque des inventions, dessins et marques de fabrique de leurs sujets ou citoyens respectifs, ont résolu de conclure une convention à cet effet et ont désigné comme leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Suède:

Monsieur le Comte C. H. Strömfelt, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Lisbonne;

et le Président de la République Portugaise:

Monsieur le Docteur Augusto Cesar de Almeida Vasconcellos Corrêa, Ministre des Affaires Etrangères de la République Portugaise,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs et les avoir trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Les inventions, dessins et marques de fabrique et de commerce dûment patentés ou enregistrés par les sujets ou citoyens de l'une des Hautes Parties contractantes à l'office compétent de l'autre Partie contractante auront, dans toutes les parties de la Chine, la même protection contre toute contrefaçon de la part des sujets ou citoyens de cette autre Partie contractante que sur les territoires et possessions de cette autre Partie contractante.

Article II.

Dans le cas de contrefaçon en Chine, par tout sujet ou citoyen de l'une des deux Hautes Parties contractantes, d'une invention, d'un dessin, d'une marque de fabrique quelconque, jouissant de la protection en vertu de la présente convention, la Partie lésée aura, devant les tribunaux nationaux ou consulaires compétents de cette Partie contractante les mêmes droits et recours que les sujets ou citoyens de cette Partie contractante.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Lisbonne, le 20 juin 1913.

Article III.

Chacune des Hautes Parties contractantes s'engage à étendre à la Chine le traitement dont jouissent les sujets ou citoyens de l'autre Partie contractante, en matière de protection des noms commerciaux, sur les territoires et possessions de cette Partie contractante en vertu de la convention concernant la protection de la propriété industrielle, signée à Paris le 20 mars 1883*) et de l'acte additionnel modifiant la dite convention et signé à Bruxelles le 14 décembre 1900.**)

Article IV.

Il est mutuellement convenu entre les Hautes Parties contractantes que les effets de la présente convention seront étendus, dans la mesure où elle est applicable, à tout autre pays où chacune d'elles aurait des droits de juridiction extra-territoriale.

Article V.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Lisbonne le plus tôt possible. Elle entrera en vigueur dix jours après l'échange des ratifications.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention en double exemplaire et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Lisbonne le 21 décembre 1912.

(L. S.) *C. H. Strömfelt.*
(L. S.) *Augusto Vasconcellos.*

61.

SUÈDE, RUSSIE.

Convention pour assurer, en Chine, la protection réciproque des inventions, dessins et marques de fabrique; signée à St.-Pétersbourg, le 11 janvier 1913/29 décembre 1912.***)

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1913, No. 9.

Convention.

Sa Majesté le Roi de Suède et Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies désireux d'assurer en Chine la protection réciproque des inventions, dessins et marques de fabrique de leurs sujets respectifs, ont résolu de

*) V. N. R. G. 2. s. X, p. 133; XXX, p. 449.
**) V. N. R. G. 2. s. XXX, p. 465
***) Les ratifications ont été échangées à St. Pétersbourg, le 30 septembre 1913.

conclure une convention à cet effet et ont désigné comme leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Suède:

le Général Major Per Henrik Edvard Brändström, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près la Cour Impériale de Russie, et

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies:

le Maître de Sa Cour Serge Sazonow, Ministre des Affaires Etrangères,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs et les avoir trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

Les inventions, dessins et marques de fabrique et de commerce dûment patentés ou enregistrés par les sujets de l'une des hautes parties contractantes à l'office compétent de l'autre partie contractante auront, dans toutes les parties de la Chine la même protection contre toute contrefaçon de la part des sujets de cette autre partie contractante que sur les territoires et possessions de cette autre partie contractante.

Article 2.

Dans le cas de la contrefaçon en Chine, par tout sujet de l'une des deux hautes parties contractantes, d'une invention, d'un dessin, d'une marque de fabrique quelconque, jouissant de la protection en vertu de la présente convention, la partie lésée aura, devant les tribunaux nationaux et consulaires compétents de cette partie contractante, les mêmes droits et recours que les sujets de cette partie contractante.

Article 3.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à St Pétersbourg le plus tôt possible. Elle entrera en vigueur trois mois après l'échange des ratifications.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention en double et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à St Pétersbourg le onze janvier mil neuf cent treize (le vingt neuf décembre mil neuf cent douze).

(L. S.) *Edv. Brändström.*
(L. S.) *Sazonow.*

62.

SUÈDE, BELGIQUE.

Echange de notes concernant la protection réciproque, en Chine, des inventions, dessins et marques de commerce; du 23 décembre 1912.

Sveriges Öfverenskömmelser med främmande makter 1912, No. 7.

---

a)

Svenske ministern i Bryssel till belgiske utrikesministern.

Bruxelles le 23 décembre 1912.

Monsieur le Ministre.

En vue d'assurer en Chine une protection réciproque des inventions, dessins et marques de fabrique de ses sujets le Gouvernement du Roi est désireux de conclure un arrangement avec le Gouvernement Belge.

A cette fin le soussigné, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Suède, d'ordre de son Gouvernement, a l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence qu'il a été autorisé à déclarer que le Gouvernement du Roi s'engage à observer, sous réserve de réciprocité, les dispositions suivantes:

1.

Les inventions, dessins et marques de fabrique et de commerce dûment patentés ou enregistrés par les sujets de l'une des hautes parties contractantes à l'office compétent de l'autre partie contractante auront, dans toutes les parties de la Chine, la même protection contre toute contrefaçon de la part des sujets de cette autre partie contractante que sur les territoires et possessions de cette autre partie contractante.

2.

Dans le cas de la contrefaçon en Chine, par tout sujet de l'une des deux hautes parties contractantes, d'une invention, d'un dessin, d'une marque de fabrique quelconque, jouissant de la protection en vertu du présent accord, la partie lésée aura, devant les tribunaux nationaux ou consulaires compétents de cette partie contractante, les mêmes droits et recours que les sujets de cette partie contractante.

3.

Chacune des hautes parties contractantes s'engage à étendre à la Chine le traitement dont jouissent ou jouiront, sur son territoire et dans ses possessions les sujets de l'autre partie contractante, en matière de protection des noms commerciaux, d'après les conventions internationales actuellement en vigueur ou qui entreront ultérieurement en vigueur.

4.

Le présent arrangement entrera en vigueur un mois après la date de ce jour.

Je serai reconnaissant à Votre Excellence de vouloir bien me faire connaître si, de son côté, le Gouvernement Belge est disposé à prendre le même engagement. Dans ce cas, il sera convenu que la présente note et la réponse que Votre Excellence me fera parvenir serviront à constater l'entente intervenue entre nos deux Pays.

Veuillez agréer, etc.

F. de Klercker.

---

b)

Belgiske utrikesministern till svenske ministern i Bryssel.

Bruxelles le 23 décembre 1912.

Monsieur le Ministre.

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que Votre Excellence a bien voulu m'adresser sous la date de ce jour pour marquer l'accord existant entre le gouvernement Belge et le gouvernement Suédois concernant la protection réciproque en Chine des brevets d'invention, marques de fabrique et dessins industriels appartenant à leurs sujets respectifs.

Ainsi que le constate Votre Excellence cet accord porte sur les points suivants:

1.

Les inventions, dessins et marques de fabrique et de commerce dûment patentés ou enregistrés par les sujets de l'une des hautes parties contractantes à l'office compétent de l'autre partie contractante auront, dans toutes les parties de la Chine, la même protection contre toute contrefaçon de la part des sujets de cette autre partie contractante que sur les territoires et possessions de cette autre partie contractante.

2.

Dans le cas de la contrefaçon en Chine, par tout sujet de l'une des deux hautes parties contractantes, d'une invention, d'un dessin, d'une marque de fabrique quelconque, jouissant de la protection en vertu du présent accord, la partie lésée aura, devant les tribunaux nationaux ou consulaires compétents de cette partie contractante, les mêmes droits et recours que les sujets de cette partie contractante.

3.

Chacune des hautes parties contractantes s'engage à étendre à la Chine le traitement dont jouissent ou jouiront, sur son territoire et dans ses possessions les sujets de l'autre partie contractante, en matière de protection des noms commerciaux, d'après les conventions internationales actuellement en vigueur ou qui entreront ultérieurement en vigueur.

4.

Le présent arrangement entrera en vigueur un mois après la date de ce jour.

J'ai l'honneur de faire part à Votre Excellence de ce qui précède et je saisis cette, etc.

J. Davignon.

63.

ALLEMAGNE, ZURICH.

Déclarations concernant les droits de successions; des 10 janvier et 13 février 1913.

Copie officielle.

Gegenseitigkeitserklärung.

Nach dem deutschen Erbschaftssteuergesetze vom 3. Juni 1906 § 12 Absatz 1 Ziffer 2 und 3, Absatz 3 sind

1. ein Erwerb von Todes wegen, der anfällt solchen inländischen Stiftungen, Gesellschaften, Vereinen und Anstalten, die ausschliesslich gemeinnützige Zwecke verfolgen, sofern ihnen die Rechte juristischer Personen zustehen;
2. Zuwendungen von Todes wegen, die ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken innerhalb des Deutschen Reichs oder der deutschen Schutzgebiete gewidmet sind, sofern die Verwendung zu dem bestimmten Zweck gesichert und die Zuwendung nicht auf einzelne Familien oder bestimmte Personen beschränkt ist,

von jeder Erbschaftssteuer befreit, sofern die Vermögensvorteile nicht mehr als 5000 Mk. betragen. Sie unterliegen einem nicht steigerungsfähigen Steuersatze von nur 5 vom Hundert, wenn die Vermögensvorteile den Betrag von 5000 Mk. übersteigen. Schenkungen unter Lebenden von der bezeichneten Art unterliegen nach § 55 des Gesetzes der gleichen steuerlichen Behandlung.

Nachdem die Regierung des Kantons Zürich derartige Zuwendungen von Todes wegen oder Schenkungen unter Lebenden, die auf seinem Gebiete zu Gunsten deutscher Anstalten und für in Deutschland zu verfolgende Zwecke gemacht werden, Steuerfreiheit zugesichert hat, gebe ich auf Grund § 12 Absatz 4 des Deutschen Erbschaftssteuergesetzes die Erklärung ab, dass die Vergünstigungen des § 12 Absatz 1 Nr. 2, 3 und Absatz 3 daselbst den unter das deutsche Erbschaftssteuergesetz fallenden Zuwendungen zu Gunsten von Stiftungen, Gesellschaften, Vereinen und Anstalten der vorstehend unter Ziffer 1 bezeichneten Art im Gebiete des Kantons Zürich und zu Gunsten von Zuwendungen, die den unter 2 bezeichneten Zwecken innerhalb des Kantons Zürich gewidmet sind, im gleichen Umfang und unter den gleichen Voraussetzungen zugebilligt werden sollen.

Die beiderseitigen Erklärungen stehen solange in Kraft, als sie nicht zurückgenommen oder die massgebenden gesetzlichen Vorschriften über die Besteuerung von Anfällen von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden nicht geändert werden.

Berlin, den 10. Januar 1913.

Der Reichskanzler.

(L. S.) In Vertretung: gez. Kühn.

Gegenseitigkeitserklärung.

Das zürcherische Gesetz vom 20. Februar 1870 betreffend die Erbschaftssteuer nimmt in § 2, lit. d von der Steuer auf Erbschaften und Vermächtnissen aus: „Vermächtnisse zu gemeinnützigen Zwecken".

Diese gesetzliche Bestimmung ist immer in der Weise angewendet worden, dass auch Vermächtnisse an gemeinnützige Anstalten in anderen Kantonen der Schweiz von der Erbschaftssteuer befreit waren. Als solche werden im besonderen Anstalten betrachtet, die sich der Pflege von Kranken und sittlich verwahrlosten Personen widmen.

Sofern von seiten des Deutschen Reiches die Zusicherung gegeben wird, dass Vermächtnissen, Schenkungen und Erbschaften von Erblassern, die im Reichsgebiet wohnhaft waren, zu Gunsten zürcherischer gemeinnütziger Anstalten oder gemeinnütziger Zwecke, die im Kanton Zürich verwirklicht werden sollen, die in § 12 Abs. 1, Ziffern 2 und 3, Absatz 3 und 4 und § 55 des Reichs-Erbschaftssteuergesetzes vorgesehenen Vergünstigungen gewährt werden, wird der Kanton Zürich ähnliche Zuwendungen, die auf seinem Gebiete zu Gunsten von gemeinnützigen Anstalten des Deutschen Reiches oder zu Gunsten von gemeinnützigen, innerhalb des Deutschen Reiches, zu verfolgenden Zwecken, ausgesetzt werden, gemäss den Bestimmungen des geltenden Erbschaftssteuergesetzes steuerfrei lassen.

Schenkungen unter Lebenden unterliegen im Kanton Zürich gemäss § 8 des geltenden Erbschaftssteuergesetzes der Steuer nur dann, wenn sie an erbberechtigte Verwandte gelangen.

Diese Erklärungen stehen solange in Kraft, als sie nicht zurückgenommen oder die massgebenden gesetzlichen Vorschriften über die Besteuerung von Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen nicht geändert werden.

Zürich, den 13. Februar 1913.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Zürich.

Der Präsident:

(L. S.) gez. Nägeli.

Der Staatsschreiber:

I. V.: gez. Paul Keller.

64.

NORVÈGE.

Ordonnance royale accordant exemption d'impôts au personnel des légations et consulats étrangers; du 17 janvier 1913.

Norsk Lovtidende 1913, No. 3.

Kongelig resolution av 17 januar.

I. Formues- og indtægtsskat til stat og kommune kan ikke paalægges:
1. Fremmede magters gesandter, chargés d'affaires (faste og midlertidige), legationsraader, legationssekretærer, attachéer og legationsprester samt disses hustruer og barn, som tilhører deres husstand.
2. Utsendte konsuler og konsulære tjenestemænd samt disses hustruer og barn, som tilhører deres husstand.
3. Valgte konsuler samt det underordnede kontorpersonale, ansat ved de fremmede magters gesandtskaper og ved de konsulater, som forestaaes av utsendte konsulære tjenestemænd, forsaavidt angaar den indtægt, som de i denne egenskap oppebærer.
4. Tjenere, som er fremmede undersaatter og i tjeneste hos de under post 1 nævnte diplomatiske tjenestemænd.

II. Fritagelsen for formues- og indtægtsskat omfatter ikke virksomhet, næring eller indtægt, som nogen av de under I nævnte personer maatte ha her i riket, og som er deres diplomatiske eller konsulære stilling uvedkommende. Det samme gjælder ogsaa disse personers hustruer, barn og tjenerskap, forsaavidt der tilkommer dem skattefrihet efter foranstaaende regler.

65.

NORVÈGE, SUÈDE.

Déclaration concernant le traitement fiscal d'une certaine association commerciale; signée à Christiania, le 18 janvier 1913.

Overenskomster med fremmede stater 1913, No. 1.

Deklaration mellem Norge og Sverige om beskatning i Narvik av Luossavaara-Kiirunavaaraselskapets indtægt.

Deklaration.

Hans Majestæt Kongen av Norges regjering og Hans Majestæt Kongen av Sveriges regjering er i henhold

Deklaration.

Hans Majestät Konungens av Sverige Regering och Hans Majestät Konungens av Norge Regering hava,

til § 29, 2det avsnit, i skatteloven for byene av 18 august 1911 og § 14 i forordningen av 28 oktober 1910 angaaende bevilling av fast eiendom samt av indkomst, angaaende principerne for fordeling i beskatningsøiemed mellem Norge og Sverige av Luossavaara-Kiirunavaaraselskapets indtægt kommet overens om, at en tiendedel av selskapets samlede indtægt beskattes i kjøpstaden Narvik i Norge og ni tiendedeler i Sverige.

Denne overenskomst træder straks i kraft og skal forbli gjældende indtil 6 maaneder efter den dag, da en av de kontraherende parter har opsagt den.

Til bekræftelse herav har undertegnede, dertil behørig bemyndiget av sine respektive regjeringer, undertegnet denne deklaration og forsynt den med sine segl.

Utfærdiget i to eksemplarer paa norsk og svensk i Kristiania den 18 januar 1913.

(L. S.) (u.) *J. Irgens.*

jämlikt § 14 i förordningen den 28 oktober 1910 angående bevilling av fast egendom samt av inkomst och § 29 mom. 2 i skatteloven for byerne den 18 august i 1911, beträffande grunderna för fördelning i skatteavseende mellan Sverige och Norge av Luossavaara-Kiirunavaaraaktiebolags inkomst överenskommit, att nio tiondelar av bolagets samlade inkomst tagas till beskattning i Sverige samt att en tiondel av samma inkomst kommer till beskattning i staden Narvik i Norge.

Denna överenskommelse träder omedelbart i kraft och skall förbliva gällande intill sex månader efter den dag, då endera av de fördragsslutande parterna densamma uppsagt.

Till bekräftelse härav hava undertecknade, därtill behörigen bemyndigade av sina respektive regeringar, underskrivit denna deklaration och försett densamma med sina sigill.

Som skedde i två exemplar på svenska och norska i Kristiania den 18 januari 1913.

(L. S.) (u.) *Falkenberg.*

66.

SUISSE, FRANCE.

Déclaration relative à la transmission des actes judiciaires et extra-judiciaires et des commissions rogatoires; signée à Berne, le 1er février 1913.

Eidgenössische Gesetzsammlung 1913, No. 4.

(Originaltext.)

Déclaration entre la Suisse et la France relative à la transmission des actes judiciaires

(Uebersetzung.)

Erklärung zwischen der Schweiz und Frankreich, betreffend die Uebermittlung von gerichtlichen

et extra-judiciaires et des commissions rogatoires en matière civile et commerciale.

Conclue le 1er février 1913.

Entrée en vigueur le 1er mai 1913.

Le Conseil Fédéral Suisse et le Gouvernement de la République Française, désirant, d'un commun accord, simplifier les règles actuellement suivies pour la transmission des actes judiciaires ou extra-judiciaires et des commissions rogatoires en matière civile et commerciale, sont convenus des dispositions suivantes:

Art. 1er. Les actes judiciaires et extra-judiciaires destinés à des personnes résidant en Suisse et les commissions rogatoires émanant des tribunaux français à exécuter sur le territoire suisse seront transmis directement par l'autorité compétente au Département fédéral de Justice et Police à Berne.

Art. 2. Les actes judiciaires et extra-judiciaires destinés à des personnes résidant en France et les commissions rogatoires émanant des tribunaux suisses à exécuter sur le territoire français seront transmis directement par le Département fédéral de Justice et Police à Berne ou par l'autorité cantonale compétente au Procureur de la République dans le ressort duquel se trouve le destinataire de l'acte ou dans le ressort duquel doit être exécutée la commission rogatoire.

En cas d'incompétence du Procureur de la République à qui un acte ou une commission rogatoire aurait été adressé directement par les autorités suisses, ce magistrat transmettra d'office cet acte ou cette

und aussergerichtlichen Aktenstücken, sowie von Requisitorien in Zivil- und Handelssachen.

Abgeschlossen am 1. Februar 1913.

In Kraft am 1. Mai 1913.

Der Schweizerische Bundesrat und die Regierung der Französischen Republik, von dem gemeinsamen Wunsche beseelt, die gegenwärtig für die Uebermittlung der gerichtlichen oder aussergerichtlichen Aktenstücke, sowie der Requisitorien in Zivil- und Handelssachen befolgten Regeln zu vereinfachen, haben folgende Bestimmungen vereinbart:

Art. 1. Die gerichtlichen und aussergerichtlichen Aktenstücke, welche für Personen in der Schweiz bestimmt sind, sowie die auf schweizerischem Gebiete zu vollziehenden Requisitorien der französischen Gerichte werden durch die zuständige Behörde unmittelbar dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement in Bern übersandt.

Art. 2. Die gerichtlichen und aussergerichtlichen Aktenstücke, welche für Personen in Frankreich bestimmt sind, und die in Frankreich zu vollziehenden Requisitorien der schweizerischen Gerichte werden durch das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement in Bern oder die zuständige kantonale Behörde unmittelbar dem französischen Staatsanwalt übersandt, in dessen Bezirk der Adressat des Aktenstückes sich befindet oder das Requisitorial vollzogen werden soll.

Im Falle der Unzuständigkeit des Staatsanwaltes, dem ein Aktenstück oder ein Requisitorial durch die schweizerischen Behörden unmittelbar zugesandt worden ist, hat dieser Beamte das betreffende Aktenstück oder

commission rogatoire à son collègue compétent.

Art. 3. Les lettres de transmission des actes et des commissions rogatoires seront rédigées en français, conformément aux formules annexées à la présente déclaration.

Art. 4. Conformément aux dispositions des articles 3 et 10 de la Convention internationale de la Haye du 17 juillet 1905*), relative à la procédure civile, les actes destinés à être signifiés en France, sur demande expresse de l'autorité requérante, par des officiers ministériels, et les commissions rogatoires destinées à être exécutées en France, doivent être rédigés en français ou être accompagnés d'une traduction en français.

Les actes destinés à être signifiés en Suisse, sur demande expresse de l'autorité requérante, par un officier ministériel, et les commissions rogatoires destinées à être exécutées en Suisse, seront rédigés ou accompagnés d'une traduction dans les langues suivantes:

1⁰ en français si l'acte doit être signifié ou la commission rogatoire exécutée sur le territoire des Cantons de Fribourg, Vaud, Neuchâtel, Genève, Berne (districts de Porrentruy, Delémont, Moutier, Courtelary, Franches-Montagnes et Neuveville), Valais (districts de Monthey, St-Maurice, Martigny, Entremont, Conthey, Sion, Hérens et Sierre);

2⁰ en allemand si l'acte doit être signifié ou la commission rogatoire

Requisitorial von Amtes wegen seinem zuständigen Kollegen zu übermitteln.

Art. 3. Die Schreiben, womit die Aktenstücke und die Requisitorien übermittelt werden, sind in französischer Sprache gemäss den dieser Erklärung beigefügten Formularen abzufassen.

Art. 4. Entsprechend den Bestimmungen von Artikel 3 und 10 der internationalen Haager Uebereinkunft betreffend Zivilprozessrecht vom 17. Juli 1905*) sind die Aktenstücke, deren Zustellung in Frankreich auf ausdrückliches Verlangen der ersuchenden Behörde durch öffentliche Beamte erfolgen sollen, sowie die Requisitorien, welche in Frankreich vollzogen werden sollen, in französischer Sprache abzufassen oder mit einer französischen Uebersetzung zu begleiten.

Die Aktenstücke, deren Zustellung in der Schweiz auf ausdrückliches Verlangen der ersuchenden Behörde durch einen öffentlichen Beamten erfolgen soll, sowie die Requisitorien, welche in der Schweiz vollzogen werden sollen, sind in den nachstehend bezeichneten Sprachen abzufassen oder mit einer Uebersetzung in diesen Sprachen zu begleiten:

1. in französischer Sprache, wenn die Zustellung des Aktenstückes oder die Vollziehung des Requisitorials in den Kantonen Freiburg, Waadt, Neuenburg, Genf, Bern (Bezirke Pruntrut, Delsberg, Münster, Courtelary, Freibergen und Neuenstadt) und Wallis (Bezirke Monthey, St. Maurice, Martigny, Entremonts, Conthey, Sitten, Hérens und Siders) erfolgen soll;

2. in deutscher Sprache, wenn die Zustellung des Aktenstückes oder die

*) V. N. R. G. 3. s. II. p. 243.

exécutée sur le territoire des cantons de Zurich, Lucerne, Uri, Schwyz, Unterwalden (le Haut et le Bas), Glaris, Zoug, Soleure, Bâle (Ville et Campagne), Schaffhouse, Appenzell (les deux Rhodes), St-Gall, les Grisons, Argovie, Thurgovie, Berne (à l'exception des districts mentionnés à l'alinéa précédent), Valais (districts de Loèche, Rarogne, Viège, Brigue et Conches);

3⁰ en italien si l'acte doit être signifié ou la commission rogatoire exécutée sur le territoire du Canton du Tessin.

Les traductions pourront être certifiées par les personnes désignées dans l'Etat requérant par la loi ou l'usage pour traduire les pièces présentées aux Tribunaux de cet Etat.

Si les traductions n'ont pas été effectuées par les soins de l'autorité requérante, dans le cas où elle en est chargée par la présente Déclaration, elles seront effectuées d'office par les soins de l'autorité requise.

Art. 5. Les remises d'actes et l'exécution des commissions rogatoires ne donnent lieu au remboursement d'aucuns frais, sauf les exceptions suivantes:

1⁰ les frais prévus au paragraphe 2 de l'article 7, au paragraphe 2 de l'article 16 et à l'article 23 de la Convention de la Haye du 17 juillet 1905 sur la procédure civile. Cependant, le remboursement des indemnités payées aux témoins ne sera pas exigé;

2⁰ les frais de traduction des actes et des commissions rogatoires lorsque ces traductions sont faites d'office par l'autorité requise con-

Vollziehung des Requisitorials in den Kantonen Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (Ob- und Nidwalden), Glarus, Zug, Solothurn, Basel (Baselstadt und Baselland), Schaffhausen, Appenzell (Ausser- und Innerrhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Bern (mit Ausnahme der unter Ziffer 1 angegebenen Bezirke) und Wallis (Bezirke Leuk, Raron, Visp, Brig und Goms) erfolgen soll;

3. in italienischer Sprache, wenn die Zustellung des Aktenstückes oder die Vollziehung des Requisitorials im Kanton Tessin erfolgen soll.

Die Uebersetzungen können von den Personen beglaubigt werden, welche im ersuchenden Staate gesetzlich oder übungsgemäss befugt sind, die den Gerichten dieses Landes vorgelegten Schriftstücke zu übersetzen.

Sofern die Uebersetzungen, durch die ersuchende Behörde in den Fällen, in denen sie dazu gemäss der gegenwärtigen Erklärung verpflichtet ist, nicht beigebracht worden sind, so werden sie durch die ersuchte Behörde von Amtes wegen beschafft.

Art. 5. Für die Zustellung von Aktenstücken und die Vollziehung von Requisitorien werden keine Kosten vergütet, ausgenommen die folgenden:

1. die in Art. 7, Absatz 2, Art. 16, Absatz 2, und Art. 23 der Haager Uebereinkunft betreffend Zivilprozessrecht vom 17. Juli 1905 vorgesehenen Kosten. Doch soll die Erstattung der den Zeugen bezahlten Entschädigungen nicht verlangt werden;

2. die Kosten für die Uebersetzungen von Aktenstücken und Requisitorien, wenn diese Uebersetzungen durch die ersuchte Behörde von Amtes

formément au dernier alinéa de l'article 4;

3° les frais d'envoi des pièces d'exécution lorsque celles-ci, vu leur volume ou leur poids, ne pourront être transmises par les soins des administrations des Postes et qu'elles ne pourront être divisées en plusieurs colis.

Art. 6. Le remboursement des frais mentionnés à l'article 5 sera réclamé directement par l'autorité requise en même temps qu'elle enverra à l'autorité requérante les pièces d'exécution de la demande qui lui aura été adressée. L'autorité requérante enverra par mandat-poste et franco de port, à l'adresse qui lui aura été indiquée, le montant des frais réclamés.

Art. 7. Les deux parties contractantes ne pourront, sur le territoire de l'autre partie, faire exécuter des commissions rogatoires ni faire effectuer des remises d'actes par leurs agents diplomatiques et consulaires. Néanmoins, conformément au dernier paragraphe de l'article 6 de la Convention de la Haye du 17 juillet 1905, elles pourront faire effectuer par leurs agents des remises d'actes, directement et sans contrainte, à leurs propres nationaux. En cas de conflit de législation, la nationalité du destinataire de l'acte sera déterminée par la loi du pays où la remise doit avoir lieu.

Art. 8. La Convention de la Haye du 17 juillet 1905 réglera les rapports entre les deux parties, pour tout ce qui concerne les remises et significations d'actes et l'exécution des commissions rogatoires, en tant qu'il

wegen gemäss Art. 4, letztes Alinea, der gegenwärtigen Erklärung hergestellt worden sind;

3. die Kosten für die Uebersendung der Vollzugsakten, wenn diese in Anbetracht ihres Umfangs oder Gewichtes nicht durch die Post befördert und nicht in mehrere Gepäckstücke geteilt werden können.

Art. 6. Die Erstattung der in Artikel 5 erwähnten Kosten wird unmittelbar von der ersuchten Behörde verlangt, gleichzeitig mit der Uebersendung der durch die Vollziehung des gestellten Ansuchens ergangenen Akten an die ersuchende Behörde. Die ersuchende Behörde hat den Kostenbetrag an die ihr angegebene Stelle durch Postanweisung portofrei einzusenden.

Art. 7. Die beiden vertragschliessenden Teile können durch ihre diplomatischen und konsularischen Vertreter im Gebiete des andern Teiles weder Requisitorien vollziehen noch Aktenstücke zustellen lassen. Sie können indessen gemäss dem letzten Absatz von Art. 6 der Haager Uebereinkunft vom 17. Juli 1905 durch ihre Vertreter, unmittelbar und ohne Anwendung von Zwang, an ihre eigenen Staatsangehörigen Aktenzustellungen bewirken lassen. Im Falle sich die Gesetzgebungen widersprechen, wird die Staatsangehörigkeit des Adressaten des Aktenstückes durch das Gesetz des Landes bestimmt, in welchem die Zustellung erfolgen soll.

Art. 8. Die Haager Uebereinkunft vom 17. Juli 1905 ist für die Beziehungen zwischen den beiden vertragschliessenden Teilen, welche die Uebermittlung und Zustellung von Aktenstücken und die Vollziehung

n'y est pas dérogé par la présente Déclaration.

Les articles 20 et 21 de la Convention entre la Suisse et la France sur la compétence judiciaire et l'exécution des jugements en matière civile, du 15 juin 1869, et du protocole explicatif*) y annexé sont abrogés.

Art. 9. Toutes les difficultés résultant de l'application de la Convention de la Haye du 17 juillet 1905 et de la présente Déclaration seront réglées par la voie diplomatique.

Art. 10. La présente Déclaration entrera en vigueur trois mois après sa signature. Ses effets cessent à l'expiration d'un délai de six mois à partir de sa dénonciation notifiée par l'une ou l'autre Partie contractante.

Fait à Berne, en double exemplaire, le 1er février 1913.

Au nom du Conseil Fédéral Suisse et en vertu d'une délégation spéciale,

Le Chef du Département Fédéral de Justice et Police:
sig. *Decoppet.*

Au nom du Gouvernement de la République Française,

L'Ambassadeur de France, dûment autorisé à cet effet:
sig. *Beau.*

von Requisitorien betreffen, massgebend, soweit nicht durch die gegenwärtige Erklärung eine Abänderung getroffen wird.

Die Artikel 20 und 21 des Vertrages zwischen der Schweiz und Frankreich über den Gerichtsstand und die Vollziehung von Urteilen in Zivilsachen vom 15. Juni 1869 und des angeschlossenen Protokolls*) sind aufgehoben.

Art. 9. Alle Anstände, welche aus der Anwendung der Haager Uebereinkunft vom 17. Juli 1905 und der gegenwärtigen Erklärung entstehen, werden auf dem diplomatischen Wege geordnet.

Art. 10. Diese Erklärung tritt drei Monate nach ihrer Unterzeichnung in Kraft. Sie verliert ihre Wirksamkeit mit dem Ablauf einer Frist von sechs Monaten, von der erfolgten Kündigung seitens des einen oder andern der vertragschliessenden Teile hinweg.

Also geschehen zu Bern, in doppelter Ausfertigung, den 1. Februar 1913.

Namens des Schweiz. Bundesrates und auf Grund einer Spezialvollmacht,

Der Vorsteher des eidg. Justiz- und Polizeidepartements:
sig. *Decoppet.*

Namens der Regierung der Französischen Republik,

Der zu dem Zwecke bevollmächtigte Botschafter von Frankreich:
sig. *Beau.*

*) V. de Clercq, Recueil des Traités de la France X (1872), p. 289, 295.

Modèles des lettres prévues à l'article 3 de la Déclaration.

Adresses

à mettre par les autorités suisses:	à mettre par les autorités françaises:
M. le Procureur de la République à (Localité) Département de.................. (France)	Au Département fédéral de Justice et Police à Berne (Suisse)

Modèle de lettre

N° 1.

Transmission d'un acte judiciaire en vue d'une simple remise.

(Lieu et date.)

L.........(autorité requérante, nom et qualité)......... prie .....(autorité requise).....
de vouloir bien faire remettre l'acte ci-joint au destinataire et d'envoyer une pièce constatant cette remise.

(Signature.)

Autorité dont l'acte émane ....
Noms et qualités des parties ....
Adresse du destinataire ....
Nature de l'acte ....
(Joindre un reçu préparé.)

N° 2.

Envoi d'une pièce constatant la simple remise d'un acte judiciaire.

(Lieu et date.)

L.........(autorité requise).......... a l'honneur de transmettre ci-joint à ....(autorité requérante)........une pièce constatant la remise d'un acte judiciaire à M. X. ....

Cet envoi répond à une demande adressée le ....(date de la lettre d'envoi de l'acte.).........

(Signature.)

N° 3.

Transmission d'un acte judiciaire en vue d'une signification par un officier ministériel dans les formes de la loi locale.

(Lieu et date.)

L.........autorité requérante, nom et qualité)......... prie .....(autorité requise).....
de vouloir bien faire effectuer la signification de l'acte ci-joint (accom-

pagné d'une traduction) par un officier ministériel et de lui renvoyer une pièce constatant cette signification.

(Signature.)

Autorité dont l'acte émane ....
Noms et qualités des parties ....
Adresse du destinataire ....
Nature de l'acte ....

N° 4.

Envoi d'une pièce constatant la signification d'un acte judiciaire par un officier ministériel dans les formes de la loi locale.

(Lieu et date.)

L.......... (autorité requise) .... a l'honneur de transmettre ci-joint à .... (autorité requérante) .... une pièce constatant la signification d'un acte judiciaire à M. X. .... par un officier ministériel.

Cet envoi répond à une demande adressée le .... (date de la lettre d'envoi de l'acte) ....

Frais à rembourser:

1° à M. Y. .... (nom et qualité) .... demeurant à .... Fr. ....
2° à M. Z. .... demeurant à .... „ ....

Total Fr. ....

(Signature.)

(Joindre les pièces justificatives des dépenses.)

N° 5.

Transmission d'une commission rogatoire.

(Lieu et date.)

L.......... (autorité requérante, nom et qualité) .... prie .... (autorité requise) .... de vouloir bien faire exécuter la commission rogatoire ci-jointe (accompagnée d'une traduction).

(Si l'intéressé a obtenu le bénéfice de l'assistance judiciaire, ajouter: M. X. a obtenu le bénéfice de l'assistance judiciaire.)

(Signature.)

Objet du procès ....
Objet de la commission rogatoire ....
Noms et qualités des parties ....
Noms et adresses des témoins à entendre: ....

1° à M. X. .... demeurant à ....
2° à M. Z. .... demeurant à ....

N⁰ 6.

Envoi des pièces constatant l'exécution d'une commission rogatoire.

(Lieu et date.)

L.......... (autorité requise) .... a l'honneur de transmettre ci-joint à .... (autorité requérante) .... les pièces constatant l'exécution d'une commission rogatoire.

Cet envoi répond à une demande adressée le .... (date de la lettre d'envoi de la commission rogatoire) ....

Objet du procès ....

Objet de la commission rogatoire ....

Noms et qualités des parties ....

(S'il y a eu des frais, ajouter:)

Frais à rembourser:

1⁰ à M. Y. .... (nom et qualité) .... demeurant à .... Fr. ....

2⁰ à M. Z. .... demeurant à .... „ ....

Total Fr. ....

(Signature.)

(Joindre les pièces justificatives des dépenses.)

N⁰ 7.

Renvoi des actes et commissions rogatoires lorsqu'ils n'ont pu être remis, signifiés ou exécutés.

(Lieu et date.)

L.......... (autorité requise) .... a l'honneur de renvoyer ci-joint à .... (autorité requérante) .... l'acte judiciaire / la commission rogatoire qui lui avait été adressé(e) par lettre en date du ....

Il n'a pas été possible de donner suite à sa demande.

(Indiquer les motifs pour lesquels il n'a pu être donné suite à la demande)*).

(Signature).

(Acte judiciaire:)	(Commission rogatoire:)
Autorité dont l'acte émane.	Objet du procès.
Noms et qualités des parties.	Objet de la commission rogatoire.
Nature de l'acte.	Noms et qualités des parties.

*) Ces motifs peuvent être rédigés dans la langue nationale de l'autorité qui répond.

67.

PRUSSE, ANHALT.

Traité de délimitation; signé à Halle, le 12 février 1913.*)

Preussische Gesetzsammlung 1913, No. 22.

Staatsvertrag zwischen dem Königreiche Preussen und dem Herzogtum Anhalt über den Austausch von Gebietsteilen, die zu dem preussischen Kreise Bitterfeld und den anhaltischen Kreisen Dessau und Ballenstedt gehören. Vom 12. Februar 1913.

Die Gemarkungen der Dörfer Abberode und Steinbrücken gehören teils zu Preussen, teils zu Anhalt. Zur Beseitigung der hierdurch hervorgerufenen Missstände haben

der von der Königlich Preussischen Regierung bestellte Kommissar:

Königlicher Regierungspräsident Wolf von Gersdorff in Merseburg und

der von der Herzoglich Anhaltischen Regierung bestellte Kommissar:

Präsident der Herzoglichen Finanzdirektion und Erster vortragender Rat im Staatsministerium Paul Lange in Dessau

die folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1.

Preussen tritt an Anhalt die in dem beigefügten Uebersichtsplan (Anlage 1 der Originalausfertigung dieses Vertrags) und in dem ebenfalls beigefügten Lageplan A (Anlage 2 der Originalausfertigung) rot gefärbten drei Gebietsteile ab, nämlich:

		Grundsteuerreinertrag
a) aus der Gemarkung Möst, Kreis Bitterfeld, die Flächen I und II mit	273 ha 32 a 36 qm	und 1 461,52 Taler
b) aus der Gemarkung Schierau, Kreis Bitterfeld, die Fläche III mit	43 „ 65 „ 36 „	„ 94,17 „
zusammen	316 ha 97 a 72 qm	mit 1 555,69 Taler

Die neuen Landesgrenzen sind in dem Lageplan A (Anlage 2) mit einem roten Farbstreifen bezeichnet und längs der Fläche I mit den roten Buchstaben A B C D E F, längs der Fläche II mit den roten Buchstaben G H und längs der Fläche III mit den roten Buchstaben J K L M N versehen.

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Halle, le 7 août 1913. V. Preussische Gesetzsammlung 1913, p. 369.

§ 2.

Anhalt tritt dafür an Preussen die in dem Uebersichtsplan (Anlage 1) und dem ferner beigefügten Lageplan B (Anlage 3 der Originalausfertigung dieses Vertrags) gelb gefärbten beiden Gebietsteile ab, nämlich:

	ha	a	qm	Katastralreinertrag
a) aus der Gemarkung Sollnitz, Kreis Dessau, die Fläche IV mit	7 ha	19 a	65 qm und	93,60 Mark
b) aus den Feldlagen Abberode und Steinbrücken der Gemarkung Tilkerode die zum Kreise Ballenstedt gehörige Fläche V mit .	332 „	07 „	19 „ „	4 489,20 „
zusammen .	339 ha	26 a	84 qm mit	4 582,80 Mark

Die neuen Landesgrenzen sind in dem Lageplan B (Anlage 3) mit einem roten Farbstreifen bezeichnet und längs der Fläche IV mit den blauen Buchstaben A B, längs der Fläche V mit den blauen Buchstaben C D E F G H J K versehen.

§ 3.

Die neuen Landesgrenzen sollen alsbald nach dem Inkrafttreten dieses Staatsvertrags gemeinschaftlich durch Beauftragte beider vertragschliessenden Teile an Ort und Stelle ausgemessen, beschrieben und durch Grenzzeichen vermarkt werden. Die Kosten werden von Preussen getragen.

§ 4.

Mit dem Inkrafttreten dieses Staatsvertrags geht die Unterhaltung der Wege, Gräben und Brücken, die in den von Preussen abgetretenen Gebietsteilen belegen sind, mit sämtlichen Rechten und Pflichten an diejenigen Gutsbezirke über, denen diese Gebietsteile in Anhalt zugewiesen werden.

Gleichzeitig übernehmen in dem als Fläche V bezeichneten, von Anhalt abgetretenen Gebietsteile die Unterhaltung der Feldwege, Gräben und Brücken mit sämtlichen Rechten und Pflichten die Gemeinden Abberode und Steinbrücken, und zwar jede dieser Gemeinden insoweit, als die Feldwege, Gräben und Brücken in dem ihr zufallenden Anteile der Fläche V belegen sind. Ferner übernimmt es die Gemeinde Abberode, den öffentlichen Kommunikationsweg von Abberode nach der preussischen Gemeinde Ritzgerode in dem bisherigen Zustande zu erhalten. Die innerhalb der Fläche V liegenden, von Abberode in der Richtung nach den preussischen Gemeinden Molmerswende und Wippra und der anhaltischen Gemeinde Tilkerode ausgehenden Kreisstrassen übernimmt der preussische Mansfelder Gebirgskreis mit allen Rechten und Pflichten, insbesondere mit der Verpflichtung, sie einschliesslich der in ihrem Zuge befindlichen Brücken dauernd im bisherigen Zustand als Kreisstrassen zu erhalten.

§ 5.

Am Tage des Inkrafttretens dieses Staatsvertrages zahlen als Abfindung:

a) die Gemeinden Abberode und Steinbrücken an die anhaltische Gemeinde Tilkerode 7 253,71 Mark (Siebentausendzweihundertdreiundfünfzig Mark 71 Pf.);

b) die Herzoglich Anhaltische Hofkammer an die preussische Gemeinde Möst 750 Mark (Siebenhundertfünfzig Mark) und an die preussische Gemeinde Schierau 527,50 Mark (Fünfhundertsiebenundzwanzig Mark 50 Pf.).

§ 6.

Die Verpflichtung zur Zahlung der anhaltischen Landrenten in Abberode und Steinbrücken wird durch diesen Vertrag nicht berührt. Die Erhebung erfolgt durch die Vorsteher dieser beiden Gemeinden, welche die Beträge wie bisher durch die Gemeinde Tilkerode abführen.

§ 7.

Die dem Herzoglich Anhaltischen Landesfiskus gehörigen an Preussen abgetretenen Parzellen 131, 155, 172, 174 und 175 der Gemarkung Abberode sowie die Parzelle 35 der Gemarkung Steinbrücken des Lageplans B (Anlage 3), das heisst: die früher anhaltischen Parzellen 82/339, 300 bis 304 von Tilkerode, bleiben wie bisher und solange sie sich im Besitze des Herzoglichen Landesfiskus befinden, von der Zahlung von Kommunalsteuer befreit.

§ 8.

Durch die Abtretung der Gebietsteile (§§ 1, 2) wird in den privatrechtlichen Verhältnissen nichts geändert.

Die Aenderung der Kataster und der Grundbücher sowie die Neuregelung der Grundsteuer in Ansehung der abgetretenen Gebietsteile soll alsbald nach dem Inkrafttreten dieses Staatsvertrags, und zwar gebührenund auslagenfrei, erfolgen.

§ 9.

Die neuen Landesgrenzen (§§ 1, 2) bilden auch die Grenzen der Kirchengemeinden.

§ 10.

Dieser Staatsvertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Halle a. S. ausgewechselt werden.

Der Vertrag tritt in Kraft einen Monat nach dem Tage, an dem die Auswechselung der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat.

Zu Urkund dessen haben die Kommissare diesen Staatsvertrag sowie die in den §§ 1, 2 bezeichneten Pläne unterzeichnet und den Staatsvertrag mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen in zweifacher Ausfertigung.

Halle a. S., den 12. Februar 1913.

(L. S.) *Wolf v. Gersdorff.* (L. S.) *Paul Lange.*

68.

GRANDE-BRETAGNE, HONDURAS.

Echange de notes en vue de proroger le Traité de commerce et de navigation, signé le 21 janvier 1887;*) du 13 février au 31 mars 1913.**)

Treaty Series 1913, No. 12.

(1.)

His Majesty's Chargé d'Affaires at Guatemala to the Honduranean Minister for Foreign Affairs.

British Legation, Guatemala,
February 13, 1913.

M. le Ministre,

By instructions of my Government, I have the honour to express the hope that, as it has been found impossible as yet to obtain the approval by Congress of the Commercial Treaty concluded in 1910 between Great Britain and Honduras, your Excellency's Government will have no objection to extend the operation of the Treaty of 1887 and the 1900 Protocol for a further period of two years, terminable on the 6th April, 1915.

This extension being subject to the terms of the Protocol of 1900, your Excellency will note that the accessions of the various British Colonies already notified to the Government of Honduras on different occasions will remain in force as hitherto, unless or until notice of withdrawal be given to your Excellency's Government in accordance with the stipulations of article 3 of the Protocol. The accessions at present existing are those of the following Colonies and Possessions:

British Honduras,
Ceylon,
Gambia,
India,
Lagos (now part of the Colony and Protectorate of Southern Nigeria),
Mauritius,
Northern Nigeria,
St. Helena,
Sierra Leone, and the
Straits Settlements.

I avail, &c.

Godfrey Haggard.

His Excellency Dr. Don Mariano Vásquez,
Minister for Foreign Affairs, Tegucigalpa.

---

*) V. N. R. G. 2. s. XXIX, p. 8; XXXIII, p. 149.
**) V. l'Echange des notes N. R. G. 3. s. VII, p. 311.

(2.)

The Honduranean Minister for Foreign Affairs to His Majesty's Chargé d'Affaires at Guatemala.

Secretaría de Relaciones Exteriores de la República de Honduras,
Tegucigalpa, 3 de marzo de 1913.

Señor Ministro,

Tengo la honra de remitir á Vueseñoría una copia adjunta del Decreto No. 74, expedido el 24 de febrero anterior, por el Congreso Nacional, aprobando el acuerdo que el Ejecutivo de esta República expidió prorrogando, por dos años más, los efectos del Tratado Hondureño-Británico de 1887. En consecuencia dicho Tratado continuará en vigor hasta el 6 de abril de 1915.

Me ha sido muy satisfactorio complacer á Vueseñoría en las gestiones que hizo á este respecto.

Con sentimientos, &c.

Mariano Vásquez.

Honorable Señor Godfrey Haggard,
Encargado de Negocios
de Su Majestad Británica, Guatemala.

(Translation.)

Department of Foreign Affairs of the Republic of Honduras,
Tegucigalpa, March 3, 1913.

M. le Ministre,

I have the honour to transmit to you herewith a copy of Decree No. 74 issued on the 24th February last by the National Congress, approving the Resolution of the Executive, extending for two years more the provisions of the Anglo-Honduranean Treaty of 1887. In accordance therewith the Treaty will continue in force until the 6th April, 1915.

I am glad to have been able to meet your wishes in this matter, and avail, &c.

Mariano Vásquez.

Godfrey Haggard, Esq.,
His Britannic Majesty's Chargé d'Affaires,
Guatemala.

(3.)

The Honduranean Minister for Foreign Affairs to His Majesty's Chargé d'Affaires at Guatemala.

Secretaría de Relaciones Exteriores de la República de Honduras,
Tegucigalpa, 31 de marzo de 1913.

Señor Ministro,

He tenido la honra de recibir la atenta nota de Vueseñoría fecha 13 de febrero anterior, referente á la prorroga del Tratado 1887 y al

Protocolo de 1900; lo mismo que á las accesiones de las Colonias Británicas, ya notificadas á este Gobierno.

En cuanto á la prorroga del Tratado, ya manifesté á Vueseñoría en nota anterior, que el Congreso Nacional de esta República había decretado la prorroga por dos años más, que concluirán el 6 de abril de 1915, término que se estima suficiente para negociar un Tratado de mutua conveniencia para ambos países.

Queda anotado, de conformidad con los deseos de Vueseñoría, que se incluyen en los beneficios del Tratado de 1887 las Colonias Británicas siguientes:

Honduras Británica.
Ceylán,
Gambia,
India,
Lagos (actualmente parte de la Colonia y Protectorado de Nigricia del Sur),
Mauricia,
Nigricia del Norte,
Santa Elena,
Sierra Leona, y las
Colonias del Estrecho.

Con toda consideración, &c.

Mariano Vásquez.

Honorable Señor Godfrey Haggard,
Encargado de Negocios de la Gran Bretaña,
Guatemala.

(Translation.)

Department of Foreign Affairs of the
Republic of Honduras,
Tegucigalpa, March 31, 1913.

M. le Ministre,

I have had the honour to receive your note of the 13th February last, referring to the extension of the Treaty of 1887 and the Protocol of 1900, as well as to the accessions of the British Colonies already notified to this Government.

In regard to the extension of the Treaty, I have already informed you in a previous note that the National Congress of this Republic have sanctioned it for two years more, until the 6th April, 1915, a period which is regarded as sufficient to allow for the negotiation of a Treaty to the mutual satisfaction of both countries.

Note has been taken, in accordance with your wishes, that the following British Colonies are to be included in the benefits of the Treaty of 1887:

British Honduras,
Ceylon,
Gambia,
India.

Lagos (now part of the Colony and Protectorate of Southern Nigeria),
Mauritius,
Northern Nigeria,
St. Helena,
Sierra Leone, and the
Straits Settlements.

I avail, &c.
Mariano Vásquez.

Godfrey Haggard, Esq.,
His Britannic Majesty's Chargé d'Affaires,
Guatemala.

69.

ALLEMAGNE, BELGIQUE.

Echange de notes concernant les échantillons introduits par les voyageurs de commerce; des 18 et 27 février 1913.

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1913, No. 62.

Brüssel, den 18. Februar 1913.

Herr Minister!

In Beantwortung der gefälligen Note, Direktion B Nr. 2318/2, vom 3. Dezember v. J., beehre ich mich im Auftrag der Kaiserlichen Regierung Euer Exzellenz folgende Mitteilung zu machen:

Im Artikel 9 des Handels- und Zollvertrags zwischen dem Deutschen Reiche und Belgien vom 6. Dezember 1891*) in der durch den Zusatzvertrag vom 22. Juni 1904**) abgeänderten Fassung wird für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster eingebracht werden, beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen einer im voraus zu bestimmenden Frist unverkauft wieder ausgeführt werden, und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist. Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrags der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden.

Die Kaiserliche Regierung ist bereit, im Falle der Gegenseitigkeit hinsichtlich der vorbezeichneten Muster für die fernere Dauer des Vertrags vom 6. Dezember 1891 in der durch den Zusatzvertrag vom 22. Juni 1904 abgeänderten Fassung folgende Behandlung eintreten zu lassen:

Werden vor Ablauf der gestellten Frist die Proben oder Muster ganz oder teilweise einem zur Abfertigung befugten Amte zum Zwecke der

---

*) V. N. R. G. 2. s. XVII, p. 809.
**) V. N. R. G. 2. s. XXXIV, p. 538.

Wiederausfuhr oder Einlieferung in eine Niederlage vorgeführt, so hat dieses Amt sich durch eine Prüfung davon zu überzeugen, ob ihm dieselben Gegenstände vorgeführt worden sind, für welche das Abfertigungspapier beim Eingang erteilt worden ist. Soweit in dieser Hinsicht keine Bedenken entstehen, bescheinigt das Amt die Wiederausfuhr oder die Einlieferung in die Niederlage und erstattet den bei der Einfuhr hinterlegten Zoll oder trifft wegen Freigabe der bestellten Sicherheit die erforderliche Verfügung.

Indem ich Euer Exzellenz um eine gefällige Rückäusserung bitten darf, ob die Belgische Regierung diesem Vorschlag zustimmt, benutze ich die Gelegenheit, um Euer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Im Auftrage:
Prinz von Hatzfeldt-Trachenberg.

Seiner Exzellenz Herrn Davignon, usw. usw. usw.
Brüssel.

Bruxelles, le 27 février 1913.

Ministère des Affaires Etrangères.
Direction B No. 2318/2.

Prince,

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que Vous avez bien voulu m'adresser le 18 février courant, concernant le régime douanier réciproquement applicable aux échantillons des voyageurs de commerce importés de Belgique en Allemagne et d'Allemagne en Belgique.

Ainsi que le constate cette communication, l'article 9 du traité de commerce et de douane conclu le 6 décembre 1891 entre la Belgique et l'Empire allemand, et modifié par le traité additionnel du 22 juin 1904, stipule que les objets passibles d'un droit de douane, importés comme échantillons, seront de part et d'autre, admis en franchise de droits d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets sans avoir été vendus, soient réexportés dans un délai fixé à l'avance et que l'identité des objets importés et réexportés ne soit pas douteuse. La réexportation des échantillons devra être garantie dans les deux pays à l'entrée, soit par le dépôt du montant des droits de douane respectifs, soit par cautionnement.

Le Gouvernement belge consent, sous condition de réciprocité, à faire appliquer aux échantillons susvisées le traitement ci-après indiqué, pour toute la durée du traité du 6 décembre 1891, tel qu'il a été modifié par le traité additionnel du 22 juin 1904.

Si, avant l'expiration du délai prescrit, les modèles ou échantillons sont présentés en tout ou en partie à un bureau autorisé à cette fin, en vue de la réexportation ou de la mise en entrepôt, ce bureau s'assurera du point de savoir si les articles qui lui sont soumis sont bien ceux qui ont fait l'objet du document établi, lors de l'importation. Si aucun doute

ne surgit à cet égard, le bureau atteste la réexportation ou la mise en entrepôt et rembourse le montant des droits versés pour ces articles lors de leur importation ou donne les instructions nécessaires pour la restitution de la garantie déposée.

J'ai recours à votre obligeante entremise pour faire part de ce qui précède au Gouvernement Impérial et je vous prie d'agréer, etc. etc. etc.

Davignon.

Monsieur
le Prince de Hatzfeldt-Trachenberg, etc. etc. etc.
Bruxelles.

Brüssel, den 27. Februar 1913.

(Uebersetzung).

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.
Direktion B Nr. 2318/2.

Durchlaucht!

Ich hatte die Ehre, Ihre Mitteilung vom 18. Februar d. J., betreffend die gegenseitige Zollbehandlung der von Handlungsreisenden aus Belgien nach Deutschland und aus Deutschland nach Belgien eingeführten Muster, zu empfangen. Wie darin ausgeführt wird, vereinbart der Artikel 9 des Handels- und Zollvertrags zwischen Belgien und dem Deutschen Reiche vom 6. Dezember 1891 in der durch den Zusatzvertrag vom 22. Juni 1904 abgeänderten Fassung, dass die zollpflichtigen Gegenstände, welche als Muster eingeführt werden, beiderseits von Eingangs- und Ausgangsabgaben befreit sein sollen unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen einer im voraus zu bestimmenden Frist unverkauft wieder ausgeführt werden, und die Identität der ein- und wiederausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist. Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrags der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden.

Die Belgische Regierung ist bereit, im Falle der Gegenseitigkeit hinsichtlich der vorbezeichneten Muster für die fernere Dauer des Vertrags vom 6. Dezember 1891 in der durch den Zusatzvertrag vom 22. Juni 1904 abgeänderten Fassung folgende Behandlung eintreten zu lassen.

Werden vor Ablauf der gestellten Frist die Proben oder Muster ganz oder teilweise einem hierzu befugten Amte zum Zwecke der Wiederausfuhr oder Einlieferung in eine Niederlage vorgeführt, so hat dieses Amt sich davon zu überzeugen, ob die ihm vorgelegten Gegenstände dieselben sind, für welche das Abfertigungspapier beim Eingang erteilt worden ist. Soweit in dieser Hinsicht keine Bedenken entstehen, bescheinigt das Amt die Wiederausfuhr oder die Einlieferung in die Niederlage und erstattet den bei der Einfuhr für diese Gegenstände hinterlegten Zollbetrag oder trifft wegen Freigabe der bestellten Sicherheit die erforderliche Verfügung.

Ich nehme Ihre gütige Vermittlung in Anspruch, um Vorstehendes zur Kenntnis der Kaiserlichen Regierung zu bringen und bitte Sie zu genehmigen usw. usw. usw.

Davignon.

Seiner Durchlaucht
dem Prinzen von Hatzfeldt-Trachenberg, usw. usw. usw.
in Brüssel.

Die vorstehende Vereinbarung hat die Genehmigung des Bundesrats gefunden.

70.

PRUSSE, SCHAUMBOURG-LIPPE.

Traité concernant la construction d'un chemin de fer de Nienbourg à Minden; signé à Berlin et à Buckebourg, les 22 et 27 février 1913.*)

Preussische Gesetzsammlung 1913, No. 35.

Staatsvertrag zwischen Preussen und Schaumburg-Lippe wegen Herstellung einer Eisenbahn von Nienburg nach Minden mit Abzweigung nach Stadthagen. Vom 27./22. Februar 1913.

Seine Majestät der König von Preussen und Seine Durchlaucht der Fürst zu Schaumburg-Lippe haben zum Zwecke einer Vereinbarung über die Herstellung einer Eisenbahn von Nienburg nach Minden mit Abzweigung nach Stadthagen zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preussen:

Allerhöchstihren Geheimen Oberregierungsrat Wilhelm Welcker,
Allerhöchstihren Geheimen Legationsrat Paul Goetsch,
Allerhöchstihren Geheimen Oberfinanzrat Dr. Ernst Schneider,
Allerhöchstihren Geheimen Oberbaurat Robert Brosche;

Seine Durchlaucht der Fürst zu Schaumburg-Lippe:

Höchstihren Staatsrat Gotthard von Campe,

welche unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation nachstehenden Vertrag abgeschlossen haben:

Artikel I.

Die Königlich Preussische Regierung erklärt sich bereit, eine Eisenbahn von Nienburg nach Minden mit Abzweigung nach Stadthagen für eigene Rechnung auszuführen.

---

*) Ratifié.

Die Fürstlich Schaumburg-Lippische Regierung gestattet der Königlich Preussischen Regierung den Bau und Betrieb dieser Bahnen innerhalb ihres Staatsgebiets.

Die Königlich Preussische Regierung wird dahin wirken, dass die Verbindung von Stadthagen über Leese nach Nienburg spätestens bei der Betriebseröffnung des Schiffahrtskanals vom Rhein zur Weser mit Anschlusskanal nach Hannover (Misburg) dem Verkehr übergeben werden kann.

Artikel II.

Die Feststellung sämtlicher ausführlicher Bauentwürfe soll ebenso wie die Prüfung der anzuwendenden Fahrzeuge lediglich der Königlich Preussischen Regierung zustehen, die indes bezüglich der Führung der Bahn und der Anlegung von Stationen in dem schaumburg-lippischen Staatsgebiet etwaige besondere Wünsche der Fürstlichen Regierung tunlichst berücksichtigen wird. Jedoch bleibt die landespolizeiliche Prüfung und Genehmigung der Bauentwürfe, soweit diese die Herstellung von Wegübergängen, Brücken, Durchlässen, Flussregelungen, Vorflutanlagen und Seitenwegen betreffen, nebst der baupolizeilichen Prüfung der Stationsanlagen jeder Regierung innerhalb ihres Gebiets vorbehalten.

Sollte nach Fertigstellung der Bahn infolge eintretenden Bedürfnisses die Anlage neuer Wasserdurchlässe oder öffentlicher Wege, welche die geplante Eisenbahn kreuzen, von der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung angeordnet oder genehmigt werden, so wird zwar preussischerseits gegen die Ausführung derartiger Anlagen keine Einsprache erhoben werden, die Fürstliche Regierung verpflichtet sich aber, dafür einzutreten, dass durch die neue Anlage weder der Betrieb der Eisenbahn gestört wird, noch auch daraus der Eisenbahnverwaltung ein Kostenaufwand erwächst. Die Befugnis der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung, auf Grund des § 13 Abs. 3 des Enteignungsgesetzes die Herstellung und Aenderung der im Abs. 1 dieses Artikels bezeichneten Anlagen auch noch nach Ausführung des Unternehmens anzuordnen, wird durch vorstehende Vereinbarungen nicht berührt.

Artikel III.

Die Spurweite der Gleise soll 1,435 m zwischen den Schienen betragen.

Die Bahn soll nach den Bestimmungen der Eisenbahn-Bau und Betriebsordnung vom 4. November 1904 und den dazu inzwischen ergangenen sowie künftig ergehenden, ergänzenden oder abändernden Bestimmungen hergestellt und betrieben werden.

Die Strecke von Nienburg nach Minden wird von vornherein im Unterbau als eingleisige und im Grunderwerb als zweigleisige Hauptbahn vorgesehen, vorläufig aber — ebenso wie die Abzweigung nach Stadthagen — als Nebenbahn betrieben werden.

Artikel IV.

Zwecks Erwerbung des zum Bahnbau im Fürstentume Schaumburg-Lippe erforderlichen Grund und Bodens wird gleichzeitig mit der Ratifizierung

dieses Staatsvertrags durch landesherrliche Verordnung der Königlich Preussischen Regierung das Enteignungsrecht erteilt werden, insoweit dasselbe nicht bereits nach den gesetzlichen Bestimmungen von selbst Anwendung findet. Für die Ermittelung und Feststellung der Entschädigungen werden keine ungünstigeren Bestimmungen in Anwendung gebracht als die bei Enteignungen im Fürstentume Schaumburg-Lippe jeweilig geltenden. Für die Verhandlungen, die zur Uebertragung des Eigentums oder zur Ueberlassung in die Benutzung an den Preussischen Staat in den bezeichneten Fällen erforderlich sind, namentlich auch für die Auflassung in den Grundbüchern, sind nur die Auslagen der Gerichte zu erstatten. Im übrigen tritt Freiheit von Stempel und Gerichtsgebühren ein.

Dieselben Grundsätze sollen Geltung haben, wenn die Königlich Preussische Regierung sich demnächst zu einer Erweiterung der ursprünglichen Bahnanlagen durch Herstellung von Anschlussgleisen, Stationen oder zu ähnlichen Einrichtungen entschliessen sollte.

Die vertragschliessenden Regierungen sind darin einig, dass die Herstellung, Unterhaltung und Beleuchtung der Zufuhrwege zu den Stationen, soweit diese Wege ausserhalb der Stationen liegen, nicht Sache der Eisenbahnverwaltung ist.

Artikel V.

Die Feststellung der Tarife sowie die Feststellung und Abänderung der Fahrpläne erfolgt — unbeschadet der Zuständigkeit des Reichs — durch die Königlich Preussische Regierung unter tunlichster Berücksichtigung der Wünsche der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung. In den Tarifen für die Bahn sollen für die Strecke in dem schaumburg-lippischen Staatsgebiete keine höheren Einheitssätze zur Anwendung kommen als für die Strecke auf preussischem Staatsgebiete.

Artikel VI.

Die Landeshoheit bleibt in Ansehung der in das Fürstlich Schaumburg-Lippische Staatsgebiet fallenden Bahnstrecke der Fürstlichen Regierung vorbehalten. Auch sollen die an der Bahnstrecke im schaumburg-lippischen Staatsgebiete zu errichtenden Hoheitszeichen nur die der Fürstlichen Regierung sein.

Für Akte der staatlichen Oberaufsicht und die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte — soweit sie den Gegenstand dieses Vertrags berühren —, insbesondere für die landespolizeiliche Prüfung und Abnahme von Eisenbahnstrecken und sonstigen Eisenbahnanlagen, wird Schaumburg-Lippe Gebühren nicht erheben und Auslagen nicht in Rechnung stellen.

Die Bahnpolizei auf der im Fürstlich Schaumburg-Lippischen Gebiete belegenen Bahnstrecke wird durch die Königlich Preussischen Eisenbahnbehörden und Beamten gehandhabt; letztere sind auf Vorschlag der Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung von den zuständigen Fürstlichen Behörden in Pflicht zu nehmen. Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich dieser Bahnstrecke den Fürstlichen Organen ob, die den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten werden.

Artikel VII.

Preussische Staatsangehörige, die in dem Fürstlich Schaumburg-Lippischen Gebiet ihren dienstlichen Wohnsitz haben, erleiden dadurch keine Aenderung ihrer Staatsangehörigkeit.

Die Beamten der Bahn sind ohne Unterschied des Ortes der Anstellung rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten und den Aufsichtsbehörden der Königlich Preussischen Regierung, im übrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates, in dem sie ihren Wohnsitz haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen Unterbeamten dieser Art innerhalb des Fürstlich Schaumburg-Lippischen Staatsgebiets soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter denen die schaumburg-lippischen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artikel VIII.

Entschädigungsansprüche, die aus Anlass des Baues oder Betriebs der im schaumburg-lippischen Gebiete belegenen Bahnstrecke gegen die Eisenbahnverwaltung geltend gemacht werden, sollen von den schaumburg-lippischen Gerichten und — soweit nicht Reichsgesetze Platz greifen — auch nach den schaumburg-lippischen Landesgesetzen beurteilt werden.

Artikel IX.

Die Fürstlich Schaumburg-Lippische Regierung verpflichtet sich, von der den Gegenstand dieses Vertrags bildenden Eisenbahn und dem zu ihr gehörigen Grund und Boden keinerlei Staatsabgaben zu erheben, solange die Bahn sich im Eigentum oder Betriebe der Königlich Preussischen Regierung befindet. Im übrigen findet auf die Besteuerung der Eisenbahn der Artikel VII des Staatsvertrags zwischen Preussen und Schaumburg-Lippe wegen Fortführung des Rhein-Weser-Kanals durch das Fürstentum Schaumburg-Lippe vom 19./30. Oktober 1906 sinngemäss Anwendung.

Die Steuerfreiheit des Bahnhofsgeländes der Stammbahn in Stadthagen wird durch die Einführung der neuen Bahn in diesen Bahnhof nicht berührt.

Artikel X.

Zur Einziehung von Stationen auf schaumburg-lippischem Gebiete sowie zur Einstellung des Betriebs auf der Bahn ist die Zustimmung der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Regierung erforderlich.

Artikel XI.

Ein Recht auf den Erwerb der in das Fürstlich Schaumburg-Lippische Staatsgebiet fallenden Bahnstrecke wird die Fürstliche Regierung, solange die Bahn im Eigentum oder Betriebe des Preussischen Staates sich befindet, nicht in Anspruch nehmen.

Artikel XII.

Für den Fall der Abtretung des preussischen Eisenbahnbesitzes an das Deutsche Reich soll es der Königlich Preussischen Regierung freistehen, auch die aus diesem Vertrag erworbenen Rechte und Pflichten auf das Reich mit zu übertragen.

Artikel XIII.

Gegenwärtiger Vertrag soll beiderseits zur landesherrlichen Genehmigung vorgelegt werden.

Die Auswechselung der Ratifikationsurkunden soll in Berlin erfolgen.

Zur Beglaubigung haben die Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Berlin, den 27. Februar 1913. / Bückeburg, den 22. Februar 1913.

(L. S.) *Wilhelm Welcker.* (L. S.) *Gotthard von Campe.*
(L. S.) *Paul Goetsch.*
(L. S.) *Dr. Ernst Schneider.*
(L. S.) *Robert Brosche.*

71.

PRUSSE, OLDENBOURG.

Traité concernant la construction d'un chemin de fer de Neustadt à Schwartau; signé à Berlin, le 1 mars 1913.*)

Preussische Gesetzsammlung 1913. No. 35.

Staatsvertrag zwischen Preussen und Oldenburg wegen Herstellung einer Eisenbahn von Neustadt (Holst.) nach Schwartau. Vom 1. März 1913.

Seine Majestät der König von Preussen und Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Oldenburg haben zum Zwecke einer Vereinbarung über die Herstellung einer Eisenbahn von Neustadt (Holst.) nach Schwartau zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preussen:
Allerhöchstihren Geheimen Legationsrat Paul Goetsch,
Allerhöchstihren Geheimen Oberfinanzrat Dr. Ernst Schneider,
Allerhöchstihren Geheimen Baurat Karl Mellin,
Allerhöchstihren Regierungsrat Dr. Fritz Pischel;

Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Oldenburg:
Allerhöchstihren Regierungspräsident Dr. Peter Meyer,
Allerhöchstihren Oberfinanzrat Johannes Stein,

*) Ratifié.

welche unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation nachstehenden Staatsvertrag abgeschlossen haben:

Artikel I.

Die Königlich Preussische Regierung beabsichtigt, eine Eisenbahn von Neustadt (Holst.) nach Schwartau für eigene Rechnung auszuführen, sobald sie die gesetzliche Ermächtigung hierzu erhalten haben und die Erfüllung derjenigen Bedingungen, von denen der Bau gesetzlich abhängig gemacht werden sollte, sichergestellt sein wird.

Die Grossherzoglich Oldenburgische Regierung gestattet der Königlich Preussischen Regierung den Bau und Betrieb dieser Bahn innerhalb ihres Staatsgebiets.

Artikel II.

Die Feststellung der gesamten Bauentwürfe für die den Gegenstand dieses Vertrags bildende Eisenbahn und ihre etwaigen künftigen Erweiterungen soll ebenso wie die Prüfung der anzuwendenden Fahrzeuge, einschliesslich der Dampfwagen, lediglich der Königlich Preussischen Regierung zustehen, die indes sowohl bezüglich der Führung der Bahn und der Anlegung von Stationen wie auch bezüglich demnächstiger Erweiterungen der ursprünglichen Bahnanlagen in dem oldenburgischen Gebiet etwaige besondere Wünsche der Grossherzoglichen Regierung tunlichst berücksichtigen wird. Jedoch bleibt die landespolizeiliche Prüfung und Genehmigung der Bauentwürfe, soweit diese die Herstellung von Wegübergängen, Ueber- und Unterführungen, Brücken, Durchlässen, Flussregelungen, Vorflutanlagen, Einfriedigungen und Seitenwegen betreffen, nebst der baupolizeilichen Prüfung der Stationsanlagen jeder Regierung innerhalb ihres Gebiets vorbehalten.

Sollte nach Fertigstellung der Bahn infolge eintretenden Bedürfnisses die Anlage neuer Wasserdurchlässe oder öffentlicher Wege, die die geplante Eisenbahn kreuzen, von der Grossherzoglich Oldenburgischen Regierung angeordnet oder genehmigt werden, so wird zwar preussischerseits gegen die Ausführung derartiger Anlagen keine Einsprache erhoben werden, die Grossherzoglich Oldenburgische Regierung verpflichtet sich aber, dafür einzutreten, dass durch die neue Anlage weder der Betrieb der Eisenbahn gestört wird, noch auch daraus der Eisenbahnverwaltung ein anderer Kostenaufwand erwächst als der für die etwa von der Eisenbahnverwaltung für notwendig erachtete oder nach Artikel III zu bewirkende Bewachung der neuen Uebergänge.

Artikel III.

Die Spurweite der Gleise soll 1,435 m zwischen den Schienen betragen. Die Königlich Preussische Regierung wird die Bahn nach den Bestimmungen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 4. November 1904, gültig vom 1. Mai 1905 ab, und den dazu inzwischen ergangenen sowie künftig ergehenden, ergänzenden oder abändernden Bestimmungen als Nebenbahn herstellen und betreiben.

Artikel IV.

Für den Fall der Ausführung der den Gegenstand dieses Vertrags bildenden Bahn verpflichtet sich die Grossherzoglich Oldenburgische Regierung:

1. den zum Bau der Bahnanlagen erforderlichen Grund und Boden innerhalb ihres Landesgebiets der Königlich Preussischen Regierung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und die hierzu erforderlichen Verhandlungen mit der Lübeck-Eutiner Bahn zu übernehmen;
2. die Mitbenutzung der Chausseen und sonstigen öffentlichen Wege, soweit dies die Aufsichtsbehörde für zulässig erachtet, unentgeltlich und ohne besondere Entschädigung für die Dauer des Bestehens und Betriebs der Bahn zu gestatten.

Artikel V.

Die im Artikel IV unter Nr. 1 übernommene Verpflichtung erstreckt sich auf das gesamte zur Herstellung der Bahn, einschliesslich der Stationen und aller sonstigen Anlagen, sowie auf das für Seitenentnahmen, Seitenwege, Sicherheitsstreifen, Gewinnung von Baumaterialien, Lagerplätze, Aenderung von Wegen und Wasserläufen usw. nach den genehmigten Bauplänen und nach den Bestimmungen der Landespolizeibehörden erforderliche oder zum Schutze der benachbarten Grundstücke, zur Verhütung von Feuersgefahr usw. für notwendig erachtete, der Enteignung unterworfene Grundeigentum mit Einschluss von Rechten und Gerechtigkeiten. Die Ueberweisung des Grundeigentums nebst Rechten und Gerechtigkeiten soll dergestalt unentgeltlich erfolgen, dass von der bauenden Eisenbahnverwaltung auch Kulturentschädigungen sowie Ersatzleistungen für Wirtschaftserschwernisse nicht zu tragen sind und die für den Bau der Bahn erforderlichen Grundstücke frei von Pfandrechten, anderen dinglichen Lasten, Abgaben und Gebühren, die dauernd erforderlichen in das Eigentum, die vorübergehend erforderlichen für die Dauer des Bedürfnisses, in die Benutzung des Preussischen Staates übergehen. Letzterem sollen vielmehr nur die Kosten der Vermessung und Versteinung des überwiesenen Geländes zur Last fallen.

Die bauleitende Eisenbahnverwaltung wird nach Genehmigung des Bauplans und der bei der Bauausführung etwa erforderlich werdenden Ergänzungen für jede Feldmark einen Planauszug vorlegen, welcher die zu überweisenden Grundstücke nach ihrer katastermässigen oder sonst üblichen Bezeichnung und Grösse, deren Eigentümer nach Namen und Wohnort, ferner die landespolizeilich angeordneten Anlagen sowie, wo nur eine Belastung von Grundeigentum in Frage steht, die Art und den Umfang dieser Belastung zu enthalten hat.

Binnen einer angemessenen, acht Wochen tunlichst nicht überschreitenden Frist nach Vorlage des betreffenden Auszugs sind die erforderlichen Grundstücke im Wege der freien Vereinbarung oder der Enteignung durch die Grossherzoglich Oldenburgische Regierung zu erwerben und der Eisenbahnverwaltung zu überweisen.

Der Grossherzoglich Oldenburgischen Regierung bleibt es freigestellt, wegen der Uebertragung dieser sowie der im Artikel IV unter Nr. 2 übernommenen Verpflichtung auf die von der Bahnlinie berührten Gemeinden usw. mit letzteren sich zu verständigen. Sie bleibt indessen auch bei einer derartigen Uebertragung für die Erfüllung der Verpflichtungen ihrerseits der Königlich Preussischen Regierung verhaftet.

Die vertragschliessenden Regierungen sind darin einig, dass die Herstellung, Unterhaltung und Beleuchtung der Zufuhrwege zu den Stationen, soweit diese Wege ausserhalb der Stationen liegen, nicht Sache der Eisenbahnverwaltung ist.

Sollte die Königlich Preussische Regierung sich demnächst zu einer Erweiterung der ursprünglichen Bahnanlagen durch Herstellung von Anschlussgleisen, Stationen oder zu ähnlichen Einrichtungen entschliessen und insbesondere auch zur Anlage des zweiten Gleises schreiten, so wird die Grossherzoglich Oldenburgische Regierung zwecks Erwerbung des zur Ausführung dieser Anlagen erforderlichen Grund und Bodens, auf den sich die Verpflichtung im Artikel IV unter Nr. 1 des Vertrags nicht bezieht, für ihr Gebiet das Enteignungsrecht erteilen, insoweit es nicht bereits nach den gesetzlichen Bestimmungen von selbst Anwendung findet, und für die Ermittelung und Feststellung der Entschädigungen keine ungünstigeren Bestimmungen in Anwendung bringen lassen als diejenigen, welche bei Enteignungen in dem Fürstentume Lübeck jeweilig Geltung haben.

Für die Verhandlungen, die zur Uebertragung des Eigentums oder zur Ueberlassung in die Benutzung an den Preussischen Staat in den bezeichneten Fällen erforderlich sind, namentlich auch für die Auflassung in den Grundbüchern, sind nur die Auslagen der Gerichte zu erstatten, und tritt im übrigen Freiheit von Stempel und Gerichtsgebühren ein.

Artikel VI.

Die Genehmigung der Tarife sowie die Feststellung und Abänderung der Fahrpläne erfolgt — unbeschadet der Zuständigkeit des Reichs — durch die Königlich Preussische Regierung unter tunlichster Berücksichtigung der Wünsche der Grossherzoglich Oldenburgischen Regierung. Es sollen übrigens in den Tarifen für die Strecken in dem Grossherzoglich Oldenburgischen Gebiete keine höheren Einheitssätze in Anwendung kommen als für die anschliessenden Strecken des Königlich Preussischen Staatseisenbahngebiets.

Artikel VII.

Die Landeshoheit bleibt in Ansehung der in das Grossherzogtum Oldenburg entfallenden Bahnstrecken der Grossherzoglich Oldenburgischen Regierung vorbehalten. Auch sollen die an den Bahnstrecken im Grossherzogtum Oldenburg zu errichtenden Hoheitszeichen nur die dieser Landesregierung sein.

Der Grossherzoglich Oldenburgischen Regierung bleibt vorbehalten, zur Handhabung des ihr über die im Grossherzogtume belegenen Bahnstrecken zustehenden Hoheitsrechts einen ständigen Kommissar zu bestellen,

der die Beziehungen zur Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung in allen denjenigen Fällen zu vertreten hat, die nicht zum direkten gerichtlichen und polizeilichen Einschreiten der Behörden geeignet sind. Für Akte der staatlichen Oberaufsicht und die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte — soweit sie den Gegenstand dieses Vertrags berühren —, insbesondere für die landespolizeiliche Prüfung und Abnahme von Eisenbahnstrecken und sonstigen Eisenbahnanlagen, wird Oldenburg Gebühren nicht erheben und Auslagen nicht in Rechnung stellen.

Die Handhabung der Bahnpolizei auf den im Grossherzoglich Oldenburgischen Gebiete belegenen Bahnstrecken erfolgt durch die Königlich Preussischen Eisenbahnbehörden und Beamten, die auf Vorschlag der Königlich Preussischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Grossherzoglichen Behörden in Pflicht zu nehmen sind. Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich dieser Bahnstrecken den betreffenden Grossherzoglich Oldenburgischen Organen ob. Sie werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.

Artikel VIII.

Preussische Staatsangehörige, die in dem Grossherzoglich Oldenburgischen Gebiete stationiert sind, erleiden dadurch keine Aenderung ihrer Staatsangehörigkeit.

Die Beamten der Bahn sind rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten und den Aufsichtsorganen der Königlich Preussischen Staatsregierung, im übrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Grossherzoglich Oldenburgischen Staatsgebiets soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter denen die oldenburgischen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artikel IX.

Entschädigungsansprüche, die aus Anlass des Baues oder Betriebs der im Grossherzoglich Oldenburgischen Gebiete belegenen Bahnstrecken gegen die Eisenbahnverwaltung etwa geltend gemacht werden, sollen von den oldenburgischen Gerichten und — insoweit nicht Reichsgesetze Platz greifen — auch nach den oldenburgischen Landesgesetzen beurteilt werden.

Artikel X.

Die Grossherzoglich Oldenburgische Regierung verpflichtet sich, von der Eisenbahnunternehmung und dem zu ihr gehörigen Grund und Boden keinerlei Staatsabgaben zu erheben, noch auch eine Besteuerung derselben zugunsten der Gemeinden und sonstigen korporativen Verbände zuzulassen, solange die Bahn sich im Eigentum oder Betriebe der Königlich Preussischen Regierung befindet.

Sofern dieser Vereinbarung zuwider Steuern erhoben werden sollten, hat die genannte Regierung die hierfür geleisteten Ausgaben der Königlich Preussischen Regierung zu erstatten.

Artikel XI.

Ein Recht auf den Erwerb der in das Grossherzoglich Oldenburgische Staatsgebiet entfallenden Bahnstrecken wird die Grossherzoglich Oldenburgische Regierung, solange die Bahn im Eigentum oder Betriebe des Preussischen Staates sich befindet, nicht in Anspruch nehmen. Sollte dagegen später Eigentum und Betrieb an einen Privatunternehmer abgetreten werden, wozu die Genehmigung der Grossherzoglich Oldenburgischen Regierung erforderlich sein würde, so bleibt dieser das Recht vorbehalten, die Bahn nach Massgabe des preussischen Eisenbahngesetzes vom 3. November 1838 anzukaufen.

Artikel XII.

Für den Fall der Abtretung des preussischen Eisenbahnbesitzes an das Deutsche Reich soll es der Königlich Preussischen Regierung freistehen, auch die aus diesem Vertrag erworbenen Rechte und Pflichten auf das Reich mit zu übertragen.

Artikel XIII.

Gegenwärtiger Vertrag soll beiderseits baldtunlichst zur landesherrlichen Genehmigung vorgelegt werden; die Auswechselung der Ratifikationsurkunden soll in Berlin erfolgen.

Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Berlin, den 1. März 1913.

(L. S.) *Paul Goetsch.*
(L. S.) *Dr. Ernst Schneider.*
(L. S.) *Karl Mellin.*
(L. S.) *Dr. Fritz Pischel.*

(L. S.) *Peter Meyer.*
(L. S.) *Johannes Stein.*

72.

SUÈDE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Echange de notes afin d'assurer, en Chine, la protection réciproque de la propriété industrielle; des 26 février et 7 mars 1913.

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1913, No. 2.

---

a.

Tokyo, February 26th 1913.

Mr. Minister and dear Colleague.

The Swedish Government being desirous of reaching an understanding with the Government of the United States for the reciprocal protection in China of Swedish and American industrial property, I have been authorized by my Government to effect with you by an exchange of notes an Agreement for that purpose.

I have therefore the honour to inform you that I have been authorized by my Government to state that henceforth protection will be afforded in accordance with the laws of Sweden, for the inventions, designs and trade-marks of citizens of the United States duly patented or registered in Sweden against infringement in China by persons under Swedish Consular jurisdiction. To that end the Swedish Consular Courts and the Swedish Courts to which the judgement of the Swedish Consular Courts may be appealed, will be competent to hear all such cases presented by American citizens.

I beg that you will kindly inform me whether Swedish subjects are entitled to the same legal remedies in the Consular Courts of the United States in China and the United States Court for China as regards protection for industrial property.

It is understood that the proposed Agreement will be effected by the present note and the reply, which will be forwarded to me.

Accept, Mr. Minister and dear Colleague, the renewed assurance of my highest consideration.

G. O. Wallenberg.

H. Exc., M. William J. Calhoun,
E. E. and M. P. of the United States of America, Peking.

---

b.

Peking, March 7th, 1913.

Mr. Minister and dear Colleague,

I have the honour to acknowledge the receipt of your note of February 26, 1913, informing me that you have been authorized by your

Government to effect with me by an exchange of notes an agreement for the reciprocal protection in China of American and Swedish industrial property.

I have the honour to inform you in reply that I have been authorized to state that protection will be afforded, in accordance with the laws of the United States, for the inventions, designs and trade-marks of Swedish subjects duly patented or registered in the United States, against infringement in China by persons under American jurisdiction. To that end the United States Court for China and the American Consular Courts are competent to hear all such cases presented by subjects of Sweden.

Accept, Mr. Minister and dear Colleague, the renewed assurances of my highest consideration.

E. T. Williams.
Chargé d'Affaires.

H. Exc., Mr. G. O. Wallenberg.
E. E. and M. P. of Sweden, Tokyo.

73.

NORVÈGE, ESPAGNE.

Echange de notes concernant la reconnaissance mutuelle des lettres de jauge; des 3 et 11 mars 1913.

Overenskomster med fremmede stater 1913, No. 3.

Légation de Norvège. Madrid, le 3 mars 1913.

Monsieur le Ministre,

Par une note en date du 26 mars 1912 Son Excellence M. le marquis de Albucemas avait bien voulu proposer au Gouvernement norvégien l'établissement d'un accord quant à la reconnaissance mutuelle des lettres de jauge, délivrées en Norvège et en Espagne, et, en même temps, il avait indiqué les bases sur lesquelles ladite entente devrait s'établir.

Ayant examiné la proposition du Gouvernement de S. M. Catholique mon Gouvernement m'a chargé de porter à la connaissance de Votre Excellence qu'il est tout disposé à conclure l'accord en question et qu'il accepte les bases définitives, ainsi conçues:

„Les certificats de jauge délivrés aux bateaux espagnols par les autorités de leur Pays seront reconnus valables dans les ports norvégiens pour la perception des droits de navigation et, réciproquement, seront reconnus valables dans les ports espagnols, pour le même objet, les certificats de jauge délivrés aux bateaux norvégiens par les autorités de leur Pays, en tenant compte dans les deux cas des observations suivantes:

a) Lorsqu'un bateau norvégien, dont le certificat de jauge est d'une date antérieure au 1er janvier 1914, arrivera dans un port espagnol, les autorités espagnoles se réservent le droit d'examiner son certificat national de jauge, afin de vérifier si la déduction faite au tonnage total pour ce qui concerne le volume occupé par l'appareil propulseur, excède 55 pct. de ce qui reste, après que les emplacements mentionnés à l'art. 27 du Règlement espagnol, auront été déduits du tonnage total, et si un tel excédent est constaté, la quantité excédante sera ajoutée au tonnage net indiqué dans son certificat national afin d'obtenir ce qui doit servir de base pour le calcul des droits à payer.

b) Les bateaux espagnols, arrivant dans un port norvégien, auront le droit, après qu'une requête en aura été, au préalable, adressée par leur capitaine aux autorités de ce port, à ce que si, en vertu du règlement norvégien, il leur est accordé, à titre de déduction pour l'appareil propulseur, un tant pour cent plus élevé, que celui dont fait mention le précédent paragraphe, ce tant pour cent soit compté et qu'on déduise du tonnage net, indiqué dans son certificat national, la différence qui en résulte pour obtenir ce qui doit servir de base pour le calcul des droits à payer.

c) En tout cas, les autorités norvégiennes dans les ports de leur Pays, de même que les autorités espagnoles dans ceux de l'Espagne, se réservent le droit de contrôler les certificats de jauge des bateaux espagnols et norvégiens respectivement et, si les autorités dont il s'agit constatent des différences importantes entre les jauges espagnole et norvégienne ou norvégienne et espagnole, elles pourront rectifier le tonnage inscrit pour la perception des droits, conformément au résultat du contrôle.

Il est entendu que ces rectifications ne produiront effet qu'en ce qui concerne le voyage au cours duquel l'examen du certificat a été jugé nécessaire.

d) Les bénéfices de cet accord ne seront applicables qu'aux bateaux espagnols qui produiront un certificat de jauge, délivré par les autorités de leur Pays à une date postérieure au 1er Avril 1910 et en-tête duquel se trouve l'observation suivante: „Le calcul des jauges et les déductions inscrits dans ce certificat ont été effectúes conformément aux règles édictées par le „Board of Trade". Réciproquement, les dispositions de cet accord ne seront applicables qu'aux bateaux norvégiens, dont les certificats de jauge nationaux auront été délivrés à une date postérieure au 1er Octobre 1893.

e) Si le Gouvernement espagnol vient à donner un effet rétroactif au nouveau Règlement il sera obligé de donner avis au Gouvernement norvégien de la date à laquelle tous les navires portant son pavillon doivent être rejaugés conformément au dit Règlement et à partir de cette date on considérera la clause d) comme étant sans effet et les autres stipulations de cet accord comme établies sans aucune distinction."

Je prie Votre Excellence de bien vouloir en prendre acte et de me faire connaître la conformité du Gouvernement de Sa Majesté Catholique

avec ces bases pour que l'accord à ce sujet reste établi entre les deux Puissances.

Veuillez agréer, osv. (u.) *K. Wedel Jarlsberg.*

Son Excellence M. Navarro Reverter,
Ministre d'Etat etc. etc. etc.

Denne note er av den spanske utenriksminister besvart og dens indhold akceptert ved en note, datert 11 mars 1913.

74.

PRUSSE, SAXE-MEININGEN.

Traité concernant la construction d'un chemin de fer; signé à Berlin, le 11 mars 1913.*)

Preussische Gesetzsammlung 1914, No. 4.

Staatsvertrag zwischen Preussen und Sachsen-Meiningen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Weidhausen nach Neustadt. Vom 11. März 1913.

Seine Majestät der König von Preussen und Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen haben zum Zwecke einer Vereinbarung über die Herstellung einer Eisenbahn von Weidhausen nach Neustadt zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preussen:
Allerhöchstihren Geheimen Oberbaurat Wilhelm Sprengell,
Allerhöchstihren Geheimen Legationsrat Paul Goetsch,
Allerhöchstihren Geheimen Oberfinanzrat Dr. Ernst Schneider,
Allerhöchstihren Regierungsrat Dr. Fritz Pischel;

Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen:
Höchstihren Staatsrat Ludwig Freiherrn von Türcke,

welche unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation nachstehenden Staatsvertrag abgeschlossen haben:

Artikel I.

Die Königlich Preussische Regierung erklärt sich bereit, eine Eisenbahn von Weidhausen nach Neustadt für eigene Rechnung auszuführen, sobald sie die gesetzliche Ermächtigung hierzu erhalten haben wird.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung gestattet der Königlich Preussischen Regierung den Bau und Betrieb dieser Bahn innerhalb ihres Staatsgebiets.

---

*) Ratifié.

Artikel II.

Die Feststellung der gesamten Bauentwürfe für die den Gegenstand dieses Vertrags bildende Eisenbahn soll ebenso wie die Prüfung der anzuwendenden Fahrzeuge, einschliesslich der Dampfwagen, lediglich der Königlich Preussischen Regierung zustehen, die indes bezüglich der Führung der Bahn und der Anlegung von Stationen etwaige besondere Wünsche der Herzoglich Sächsischen Regierung tunlichst berücksichtigen wird. Jedoch bleibt die landespolizeiliche Prüfung und Genehmigung der Bauentwürfe, soweit diese die Herstellung von Wegübergängen, Brücken, Durchlässen, Flussregelungen, Vorflutanlagen und Seitenwegen betreffen, nebst der baupolizeilichen Prüfung und Genehmigung der Stationsanlagen der Herzoglichen Regierung innerhalb ihres Gebiets vorbehalten.

Sollte nach Fertigstellung der Bahn infolge eintretenden Bedürfnisses die Anlage neuer Wasserdurchlässe oder Wege, welche die geplante Eisenbahn kreuzen, von der Herzoglichen Regierung angeordnet oder genehmigt werden, so wird zwar preussischerseits gegen die Ausführung derartiger Anlagen keine Einsprache erhoben werden, die Herzogliche Regierung verpflichtet sich aber, dafür einzutreten, dass durch die neue Anlage weder der Betrieb der Eisenbahn gestört wird, noch auch daraus der Eisenbahnverwaltung ein anderer Kostenaufwand erwächst als der für etwa von der Eisenbahnverwaltung für notwendig erachtete oder nach Artikel III zu bewirkende Bewachung der neuen Uebergänge.

Artikel III.

Die Spurweite der Gleise soll 1,435 m zwischen den Schienen betragen. Die Bahn soll nach den Bestimmungen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 4. November 1904 und den dazu inzwischen ergangenen sowie künftig ergehenden ergänzenden oder abändernden Bestimmungen als Nebenbahn hergestellt und betrieben werden.

Artikel IV.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung übernimmt für den Fall der Ausführung der den Gegenstand dieses Vertrags bildenden Bahn die Verpflichtung:

1. den zum Bau der Bahnanlagen erforderlichen Grund und Boden innerhalb ihres Landesgebiets der Königlich Preussischen Regierung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen;
2. die Mitbenutzung der Chausseen und sonstigen öffentlichen Wege unentgeltlich und ohne besondere Entschädigung für die Dauer des Bestehens und Betriebs der Bahn zu gestatten;
3. zu den Baukosten der Linie einen unverzinslichen, nicht rückzahlbaren Zuschuss von 60 000 Mark, in Worten „Sechzigtausend Mark“ zu gewähren.

Artikel V.

Die im Artikel IV unter Nr. 1 übernommene Verpflichtung erstreckt sich auf das gesamte, zur Herstellung der Bahn, einschliesslich der Stationen

und aller sonstigen Anlagen, sowie auf das für Seitenentnahmen, Seitenwege, Sicherheitsstreifen, Gewinnung von Baumaterialien, Lagerplätze, Aenderungen von Wegen oder Wasserläufen usw. nach den genehmigten Bauplänen oder nach den Bestimmungen der Landespolizeibehörden erforderliche oder zum Schutze der benachbarten Grundstücke, zur Verhütung von Feuersgefahr usw. für notwendig erachtete, der Enteignung unterworfene Grundeigentum mit Einschluss von Rechten und Gerechtigkeiten. Die Ueberweisung des Grundeigentums nebst Rechten und Gerechtigkeiten soll dergestalt unentgeltlich erfolgen, dass von der bauenden Eisenbahnverwaltung auch Kulturentschädigungen sowie Ersatzleistungen für Wirtschaftserschwernisse nicht zu tragen sind und die für den Bau der Bahn erforderlichen Grundstücke, frei von Pfandrechten, anderen dinglichen Lasten, Abgaben und Gebühren, die dauernd erforderlichen in das Eigentum, die vorübergehend erforderlichen für die Dauer des Bedürfnisses in die Benutzung des Preussischen Staates übergehen. Letzterem sollen vielmehr nur die Kosten der Vermessung und Versteinung des ihm überwiesenen Geländes zur Last fallen.

Die bauleitende Eisenbahnverwaltung wird nach Genehmigung des Bauplans und der bei der Bauausführung etwa erforderlich werdenden Ergänzungen für jede Feldmark einen Planauszug vorlegen, welcher die zu überweisenden Grundstücke nach ihrer katastermässigen oder sonst üblichen Bezeichnung und Grösse, deren Eigentümer nach Namen und Wohnort, ferner die landespolizeilich angeordneten Anlagen sowie, wo nur eine Belastung von Grundeigentum in Frage steht, die Art und den Umfang dieser Belastung zu enthalten hat.

Binnen einer angemessenen, acht Wochen tunlichst nicht überschreitenden Frist nach Vorlage dieses Auszugs ist die Eisenbahnverwaltung in den Besitz der erforderlichen Grundstücke zu setzen. Ist innerhalb dieser Frist die Ueberweisung nicht erfolgt, so steht der Eisenbahnverwaltung die Befugnis zu, ohne weiteres die gesetzliche Enteignung zu beantragen, zu welchem Zwecke die Herzogliche Regierung der Königlich Preussischen Regierung das Enteignungsrecht rechtzeitig erteilen wird. Der im Enteignungswege für den Grunderwerb usw. erwachsende Aufwand, einschliesslich der Kosten des Verfahrens, ist der Eisenbahnverwaltung alsdann zu ersetzen.

Der Herzoglichen Regierung bleibt es freigestellt, wegen der Uebertragung dieser sowie der im Artikel IV unter Nr. 2 und 3 übernommenen Verpflichtungen auf die von der Bahnlinie berührten Gemeinden usw. mit letzteren sich zu verständigen; sie bleibt indes auch für den Fall einer derartigen Uebertragung für die Erfüllung der Verpflichtungen ihrerseits der Königlich Preussischen Regierung verbunden.

Die vertragschliessenden Regierungen sind darin einig, dass die Herstellung und Erhaltung und Beleuchtung der Zufuhrwege zu den Stationen, soweit diese Wege ausserhalb der Stationen liegen, nicht Sache der Eisenbahnverwaltung ist.

Von dem nach Artikel IV Nr. 3 zu leistenden Barzuschuss ist die eine Hälfte vier Wochen nach Beginn der Bauarbeiten innerhalb ihres Landesgebiets, die andere Hälfte vier Wochen nach Eröffnung des Betriebs (Personen- und Güterverkehr) seitens der Herzoglich Sächsischen Regierung an die Königlich Preussische Regierung zu zahlen.

Sollte die Königlich Preussische Regierung sich demnächst nach Fertigstellung der Bahn zu einer Erweiterung der ursprünglichen Bahnanlagen durch Herstellung von Anschlussgleisen, Stationen oder zu ähnlichen Einrichtungen entschliessen und insbesondere zur Anlage eines zweiten Gleises schreiten, so wird die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung zwecks Erwerbung des zur Ausführung dieser Anlagen erforderlichen Grund und Bodens, auf welche sich die Verpflichtung im Artikel IV unter Nr. 1 des Vertrags nicht bezieht, für ihr Gebiet das Enteignungsrecht erteilen, insoweit dasselbe nicht bereits nach den gesetzlichen Bestimmungen von selbst Anwendung findet, und für die Ermittelung und Feststellung der Entschädigungen keine ungünstigeren Bestimmungen in Anwendung bringen lassen als diejenigen, welche bei Enteignungen in dem Herzogtume Sachsen-Meiningen jeweilig Geltung haben. Für die Verhandlungen, welche zur Uebertragung des Eigentums oder zur Ueberlassung in die Benutzung an den Preussischen Staat in den bezeichneten Fällen erforderlich sind, namentlich auch für die Auflassung in den Grundbüchern, sind nur die Auslagen der Gerichte zu erstatten und tritt im übrigen Freiheit von Stempel- und Gerichtsgebühren ein.

Artikel VI.

Die Feststellung der Tarife sowie die Feststellung und Abänderung der Fahrpläne erfolgt — unbeschadet der Zuständigkeit des Reichs — durch die Königlich Preussische Regierung unter tunlichster Berücksichtigung der Wünsche der Herzoglichen Regierung. Es sollen übrigens in den Tarifen für die Bahn keine höheren Einheitssätze in Anwendung kommen als für die anschliessenden Strecken des preussischen Eisenbahngebiets.

Artikel VII.

Die Landeshoheit bleibt in Ansehung der in das Herzoglich Sachsen-Meiningensche Staatsgebiet fallenden Bahnstrecke der Herzoglichen Regierung vorbehalten. Auch sollen die an dieser Strecke zu errichtenden Hoheitszeichen nur die der Herzoglichen Regierung sein.

Der Herzoglichen Regierung bleibt vorbehalten, zur Handhabung des ihr über die Bahnstrecke zustehenden Hoheitsrechts einen ständigen Kommissar zu bestellen, welcher die Beziehungen zur Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung in allen denjenigen Fällen zu vertreten hat, welche nicht zum direkten gerichtlichen und polizeilichen Einschreiten der Behörden geeignet sind. Für Akte der staatlichen Oberaufsicht und die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte, soweit sie den Gegenstand dieses Vertrags berühren, insbesondere für die landespolizeiliche Prüfung und Abnahme von Eisenbahnstrecken und sonstigen Eisenbahnanlagen, wird Sachsen-Meiningen Gebühren nicht erheben und Auslagen nicht in Rechnung stellen.

Die Handhabung der Bahnpolizei im Herzoglichen Staatsgebiet erfolgt durch die Königlich Preussischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preussischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Herzoglichen Behörden in Pflicht zu nehmen sind. Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt in demselben Gebiete den betreffenden Herzoglichen Organen ob. Diese werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.

Artikel VIII.

Preussische Staatsangehörige, welche in dem Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Gebiete stationiert sind, erleiden dadurch keine Aenderung ihrer Staatsangehörigkeit.

Die Beamten der Bahn sind ohne Unterschied des Ortes der Anstellung rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten beziehungsweise den Aufsichtsorganen der Königlich Preussischen Staatsregierung, im übrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Staatsgebiets soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die sachsen-meiningenschen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artikel IX.

Enschädigungsansprüche, welche aus Anlass des Baues oder Betriebs der im Herzoglichen Gebiete belegenen Bahnstrecke gegen die Eisenbahnverwaltung geltend gemacht werden möchten, sollen von den Herzoglichen Gerichten und — insoweit nicht Reichsgesetze Platz greifen — nach den sachsen-meiningenschen Landesgesetzen beurteilt werden.

Artikel X.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung verpflichtet sich, von der Eisenbahnunternehmung und dem zu ihr gehörigen Grund und Boden keinerlei Staatsabgaben zu erheben, solange die Bahn sich im Eigentum oder Betriebe der Königlich Preussischen Regierung befindet.

Auf die Gemeindebesteuerung der Bahnstrecke, insbesondere auf die Berechnung des gemeindesteuerpflichtigen Reineinkommens und dessen Verteilung unter die beteiligten Gemeinden, finden vom 1. Januar des auf die Betriebseröffnung folgenden Jahres an die Bestimmungen des preussischen Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Preussische Gesetzsamml. S. 152) oder der künftighin etwa an dessen Stelle tretenden späteren Gesetze in der gleichen Weise Anwendung, als wenn die Bahn auf Königlich Preussischem Gebiete läge.

Bei der Besteuerung durch die Gemeinden soll ausgeschlossen sein, dass diese höhere Steuersätze oder Steuersätze nach einem höheren Massstab anwenden oder endlich andere Steuern auferlegen, als sie von den übrigen Gemeindeabgabepflichtigen gefordert werden.

Die Zahlung erfolgt alljährlich bis zum 1. Juli für das vorausgegangene Kalenderjahr.

Bei Feststellung des Verhältnisses, nach welchem die von der Bahn berührten ausserpreussischen Gemeinden gemäss den Bestimmungen des § 47 Abs. 2 beziehungsweise Abs. 1 unter b des preussischen Kommunalsteuergesetzes an dem gemeindesteuerpflichtigen Einkommen der für Rechnung des Preussischen Staates verwalteten Eisenbahnen beteiligt werden, sollen nur diejenigen Ausgaben an Gehältern und Löhnen zugrunde gelegt werden, die aus dem Betriebe der Bahn erwachsen.

Eine Besteuerung der Bahn durch andere korporative Verbände wird die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung nicht zulassen. Sofern dieser Bestimmung zuwider Steuern erhoben werden sollten, hat die Herzogliche Regierung die hierfür geleisteten Ausgaben der Königlich Preussischen Regierung zu erstatten.

Artikel XI.

Ein Recht auf Erwerb der in das Herzoglich Sachsen-Meiningensche Gebiet entfallenden Bahnstrecke wird die Herzogliche Regierung, solange die Bahn im Eigentum oder Betriebe des Preussischen Staates sich befindet, nicht in Anspruch nehmen. Sollte dagegen später Eigentum und Betrieb an einen Privatunternehmer abgetreten werden, so bleibt der Herzoglich Sächsischen Staatsregierung das Recht vorbehalten, die Bahnstrecke nach Massgabe des preussischen Eisenbahngesetzes vom 3. November 1838 anzukaufen.

Artikel XII.

Zur Einziehung von Stationen auf meiningenschem Gebiete sowie zur Einstellung des Betriebs auf der Bahn ist die Zustimmung der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung erforderlich.

Artikel XIII.

Für den Fall der Abtretung des preussischen Eisenbahnbesitzes an das Deutsche Reich soll es der Königlich Preussischen Regierung freistehen, auch die aus diesem Vertrag erworbenen Rechte und Pflichten auf das Reich mit zu übertragen.

Artikel XIV.

Gegenwärtiger Vertrag soll beiderseits zur landesherrlichen Genehmigung vorgelegt werden; die Auswechselung der Ratifikationsurkunden soll in Berlin erfolgen.

Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Berlin, den 11. März 1913.

(L. S.) *Wilhelm Sprengell.* (L. S.) *Ludwig Frhr. v. Türcke.*
(L. S.) *Paul Goetsch.*
(L. S.) *Dr. Ernst Schneider.*
(L. S.) *Dr. Fritz Pischel.*

75.

PRUSSE, SAXE-COBOURG-GOTHA.

Traité concernant la construction d'un chemin de fer; signé à Berlin, le 11 mars 1913.*)

Preussische Gesetzsammlung 1914, No. 4.

Staatsvertrag zwischen Preussen und Sachsen-Coburg-Gotha wegen Herstellung einer Eisenbahn von Weidhausen nach Neustadt. Vom 11. März 1913.

Seine Majestät der König von Preussen und Seine Königliche Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha haben zum Zwecke einer Vereinbarung über die Herstellung einer Eisenbahn von Weidhausen nach Neustadt zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preussen:

Allerhöchstihren Geheimen Oberbaurat Wilhelm Sprengell,
Allerhöchstihren Geheimen Legationsrat Paul Goetsch,
Allerhöchstihren Geheimen Oberfinanzrat Dr. Ernst Schneider,
Allerhöchstihren Regierungsrat Dr. Fritz Pischel;

Seine Königliche Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha:

Höchstihren Staatsrat und Kammerherrn Hans Bartold von Bassewitz,

welche unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation nachstehenden Staatsvertrag abgeschlossen haben:

Artikel I.

Die Königlich Preussische Regierung erklärt sich bereit, eine Eisenbahn von Weidhausen nach Neustadt für eigene Rechnung auszuführen, sobald sie die gesetzliche Ermächtigung hierzu erhalten haben wird.

Die Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Regierung gestattet der Königlich Preussischen Regierung den Bau und Betrieb dieser Bahn innerhalb ihres Staatsgebiets.

Artikel II.

Die Feststellung der gesamten Bauentwürfe für die den Gegenstand dieses Vertrags bildende Eisenbahn soll ebenso wie die Prüfung der anzuwendenden Fahrzeuge, einschliesslich der Dampfwagen, lediglich der Königlich Preussischen Regierung zustehen, die indes bezüglich der Führung der Bahn und der Anlegung von Stationen etwaige besondere Wünsche der Herzoglich Sächsischen Regierung tunlichst berücksichtigen wird. Jedoch

---

*) Ratifié.

bleibt die landespolizeiliche Prüfung und Genehmigung der Bauentwürfe, soweit diese die Herstellung von Wegübergängen, Brücken, Durchlässen, Flussregelungen, Vorflutanlagen und Seitenwegen betreffen, nebst der baupolizeilichen Prüfung und Genehmigung der Stationsanlagen der Herzoglichen Regierung innerhalb ihres Gebiets vorbehalten.

Sollte nach Fertigstellung der Bahn infolge eintretenden Bedürfnisses die Anlage neuer Wasserdurchlässe oder Wege, welche die geplante Eisenbahn kreuzen, von der Herzoglichen Regierung angeordnet oder genehmigt werden, so wird zwar preussischerseits gegen die Ausführung derartiger Anlagen keine Einsprache erhoben werden, die Herzogliche Regierung verpflichtet sich aber, dafür einzutreten, dass durch die neue Anlage weder der Betrieb der Eisenbahn gestört wird, noch auch daraus der Eisenbahnverwaltung ein anderer Kostenaufwand erwächst als der für etwa von der Eisenbahnverwaltung für notwendig erachtete oder nach Artikel III zu bewirkende Bewachung der neuen Uebergänge.

Artikel III.

Die Spurweite der Gleise soll 1,435 m zwischen den Schienen betragen. Die Bahn soll nach den Bestimmungen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 4. November 1904 und den dazu inzwischen ergangenen sowie künftig ergehenden ergänzenden oder abändernden Bestimmungen als Nebenbahn hergestellt und betrieben werden.

Artikel IV.

Die Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Regierung übernimmt für den Fall der Ausführung der den Gegenstand dieses Vertrags bildenden Bahn die Verpflichtung:

1. den zum Bau der Bahnanlagen erforderlichen Grund und Boden innerhalb ihres Landesgebiets der Königlich Preussischen Regierung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen;
2. die Mitbenutzung der Chausseen und sonstigen öffentlichen Wege unentgeltlich und ohne besondere Entschädigung für die Dauer des Bestehens und Betriebs der Bahn zu gestatten;
3. zu den Baukosten der Linie einen unverzinslichen, nicht rückzahlbaren Zuschuss von 750 000 Mark, in Worten: „Siebenhundertfünfzigtausend Mark“ zu gewähren.

Artikel V.

Die im Artikel IV unter Nr. 1 übernommene Verpflichtung erstreckt sich auf das gesamte, zur Herstellung der Bahn, einschliesslich der Stationen und aller sonstigen Anlagen, sowie auf das für Seitenentnahmen, Seitenwege, Sicherheitsstreifen, Gewinnung von Baumaterialien, Lagerplätze, Aenderungen von Wegen oder Wasserläufen usw. nach den genehmigten Bauplänen oder nach den Bestimmungen der Landespolizeibehörden erforderliche oder zum Schutze der benachbarten Grundstücke, zur Verhütung von Feuersgefahr usw. für notwendig erachtete, der Enteignung

unterworfene Grundeigentum mit Einschluss von Rechten und Gerechtigkeiten. Die Ueberweisung des Grundeigentums nebst Rechten und Gerechtigkeiten soll dergestalt unentgeltlich erfolgen, dass von der bauenden Eisenbahnverwaltung auch Kulturentschädigungen sowie Ersatzleistungen für Wirtschaftserschwernisse nicht zu tragen sind und die für den Bau der Bahn erforderlichen Grundstücke, frei von Pfandrechten, anderen dinglichen Lasten, Abgaben und Gebühren, die dauernd erforderlichen in das Eigentum, die vorübergehend erforderlichen für die Dauer des Bedürfnisses in die Benutzung des Preussischen Staates übergehen. Letzterem sollen vielmehr nur die Kosten der Vermessung und Versteinung des ihm überwiesenen Geländes zur Last fallen.

Die bauleitende Eisenbahnverwaltung wird nach Genehmigung des Bauplans und der bei der Bauausführung etwa erforderlich werdenden Ergänzungen für jede Feldmark einen Planauszug vorlegen, welcher die zu überweisenden Grundstücke nach ihrer katastermässigen oder sonst üblichen Bezeichnung und Grösse, deren Eigentümer nach Namen und Wohnort, ferner die landespolizeilich angeordneten Anlagen sowie, wo nur eine Belastung von Grundeigentum in Frage steht, die Art und den Umfang dieser Belastung zu enthalten hat.

Binnen einer angemessenen, acht Wochen tunlichst nicht überschreitenden Frist nach Vorlage dieses Auszugs ist die Eisenbahnverwaltung in den Besitz der erforderlichen Grundstücke zu setzen. Ist innerhalb dieser Frist die Ueberweisung nicht erfolgt, so steht der Eisenbahnverwaltung die Befugnis zu, ohne weiteres die gesetzliche Enteignung zu beantragen, zu welchem Zwecke die Herzogliche Regierung der Königlich Preussischen Regierung das Enteignungsrecht rechtzeitig erteilen wird. Der im Enteignungswege für den Grunderwerb usw. erwachsende Aufwand, einschliesslich der Kosten des Verfahrens, ist der Eisenbahnverwaltung alsdann zu ersetzen.

Der Herzoglichen Regierung bleibt es freigestellt, wegen der Uebertragung dieser sowie der im Artikel IV unter Nr. 2 und 3 übernommenen Verpflichtungen auf die von der Bahnlinie berührten Gemeinden usw. mit letzteren sich zu verständigen; sie bleibt indes auch für den Fall einer derartigen Uebertragung für die Erfüllung der Verpflichtungen ihrerseits der Königlich Preussischen Regierung verbunden.

Die vertragschliessenden Regierungen sind darin einig, dass die Herstellung und Erhaltung und Beleuchtung der Zufuhrwege zu den Stationen, soweit diese Wege ausserhalb der Stationen liegen, nicht Sache der Eisenbahnverwaltung ist.

Von dem nach Artikel IV Nr. 3 zu leistenden Barzuschuss ist die eine Hälfte vier Wochen nach Beginn der Bauarbeiten innerhalb ihres Landesgebiets, die andere Hälfte vier Wochen nach Eröffnung des Betriebs (Personen- und Güterverkehr) seitens der Herzoglich Sächsischen Regierung an die Königlich Preussische Regierung zu zahlen.

Sollte die Königlich Preussische Regierung sich demnächst nach Fertigstellung der Bahn zu einer Erweiterung der ursprünglichen Bahn-

anlagen durch Herstellung von Anschlussgleisen, Stationen oder zu ähnlichen Einrichtungen entschliessen und insbesondere zur Anlage eines zweiten Gleises schreiten, so wird die Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Regierung zwecks Erwerbung des zur Ausführung dieser Anlagen erforderlichen Grund und Bodens, auf welche sich die Verpflichtung im Artikel IV unter Nr. 1 des Vertrags nicht bezieht, für ihr Gebiet das Enteignungsrecht erteilen, insoweit dasselbe nicht bereits nach den gesetzlichen Bestimmungen von selbst Anwendung findet, und für die Ermittelung und Feststellung der Entschädigungen keine ungünstigeren Bestimmungen in Anwendung bringen lassen als diejenigen, welche bei Enteignungen in dem Herzogtume Sachsen-Coburg jeweilig Geltung haben. Für die Verhandlungen, welche zur Uebertragung des Eigentums oder zur Ueberlassung in die Benutzung an den Preussischen Staat in den bezeichneten Fällen erforderlich sind, namentlich auch für die Auflassung in den Grundbüchern, sind nur die Auslagen der Gerichte zu erstatten und tritt im übrigen Freiheit von Stempel- und Gerichtsgebühren ein.

Artikel VI.

Die Feststellung der Tarife sowie die Feststellung und Abänderung der Fahrpläne erfolgt — unbeschadet der Zuständigkeit des Reichs — durch die Königlich Preussische Regierung unter tunlichster Berücksichtigung der Wünsche der Herzoglichen Regierung. Es sollen übrigens in den Tarifen für die Bahn keine höheren Einheitssätze in Anwendung kommen als für die anschliessenden Strecken des preussischen Eisenbahngebiets.

Artikel VII.

Die Landeshoheit bleibt in Ansehung der in das Herzoglich Sachsen-Coburgische Staatsgebiet fallenden Bahnstrecke der Herzoglichen Regierung vorbehalten. Auch sollen die an dieser Strecke zu errichtenden Hoheitszeichen nur die der Herzoglichen Regierung sein.

Der Herzoglichen Regierung bleibt vorbehalten, zur Handhabung des ihr über diese Bahnstrecke zustehenden Hoheitsrechts einen ständigen Kommissar zu bestellen, welcher die Beziehungen zur Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung in allen denjenigen Fällen zu vertreten hat, welche nicht zum direkten gerichtlichen und polizeilichen Einschreiten der Behörden geeignet sind. Für Akte der staatlichen Oberaufsicht und die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte, soweit sie den Gegenstand dieses Vertrags berühren, insbesondere für die landespolizeiliche Prüfung und Abnahme von Eisenbahnstrecken und sonstigen Eisenbahnanlagen, wird Sachsen-Coburg-Gotha Gebühren nicht erheben und Auslagen nicht in Rechnung stellen.

Die Handhabung der Bahnpolizei im Herzoglichen Staatsgebiet erfolgt durch die Königlich Preussischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preussischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Herzoglichen Behörden in Pflicht zu nehmen sind. Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt in demselben Gebiete den

betreffenden Herzoglichen Organen ob. Diese werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.

Artikel VIII.

Preussische Staatsangehörige, welche in dem Herzoglich Sachsen-Coburgischen Gebiete stationiert sind, erleiden dadurch keine Aenderung ihrer Staatsangehörigkeit.

Die Beamten der Bahn sind ohne Unterschied des Ortes der Anstellung rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten beziehungsweise den Aufsichtsorganen der Königlich Preussischen Staatsregierung, im übrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Herzoglich Sachsen-Coburgischen Staatsgebiets soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die sachsen-coburg-gothaischen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artikel IX.

Entschädigungsansprüche, welche aus Anlass des Baues oder Betriebs der im Herzoglichen Gebiete belegenen Bahnstrecke gegen die Eisenbahnverwaltung geltend gemacht werden möchten, sollen von den Herzoglichen Gerichten und — insoweit nicht Reichsgesetze Platz greifen — nach den sachsen-coburg-gothaischen Landesgesetzen beurteilt werden.

Artikel X.

Die Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Regierung verpflichtet sich, von der Eisenbahnunternehmung und dem zu ihr gehörigen Grund und Boden keinerlei Staatsabgaben zu erheben, solange die Bahn sich im Eigentum oder Betriebe der Königlich Preussischen Regierung befindet.

Auf die Gemeindebesteuerung der Bahnstrecke, insbesondere auf die Berechnung des gemeindesteuerpflichtigen Reineinkommens und dessen Verteilung unter die beteiligten Gemeinden, finden vom 1. Januar des auf die Betriebseröffnung folgenden Jahres an die Bestimmungen des preussischen Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Preussische Gesetzsamml. S. 152) oder der künftighin etwa an dessen Stelle tretenden späteren Gesetze in der gleichen Weise Anwendung, als wenn die Bahn auf Königlich Preussischem Gebiete läge.

Bei der Besteuerung durch die Gemeinden soll ausgeschlossen sein, dass diese höhere Steuersätze oder Steuersätze nach einem höheren Massstab anwenden oder endlich andere Steuern auferlegen, als sie von den übrigen Gemeindeabgabenpflichtigen gefordert werden.

Die Zahlung erfolgt alljährlich bis zum 1. Juli für das vorausgegangene Kalenderjahr.

Bei Feststellung des Verhältnisses, nach welchem die von der Bahn berührten ausserpreussischen Gemeinden gemäss den Bestimmungen des

§ 47 Abs. 2 beziehungsweise Abs. 1 unter b des preussischen Kommunalsteuergesetzes an dem gemeindesteuerpflichtigen Einkommen der für Rechnung des Preussischen Staates verwalteten Eisenbahnen beteiligt werden, sollen nur diejenigen Ausgaben an Gehältern und Löhnen zugrunde gelegt werden, die aus dem Betriebe der Bahn erwachsen.

Eine Besteuerung der Bahn durch andere korporative Verbände wird die Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Regierung nicht zulassen. Sofern dieser Bestimmung zuwider Steuern erhoben werden sollten, hat die Herzogliche Regierung die hierfür geleisteten Ausgaben der Königlich Preussischen Regierung zu erstatten.

Artikel XI.

Ein Recht auf den Erwerb der in das Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Gebiet entfallenden Bahnstrecke wird die Herzogliche Regierung, solange die Bahn im Eigentum oder Betriebe des Preussischen Staates sich befindet, nicht in Anspruch nehmen. Sollte dagegen später Eigentum und Betrieb an einen Privatunternehmer abgetreten werden, so bleibt der Herzoglich Sächsischen Staatsregierung das Recht vorbehalten, diese Bahnstrecke nach Massgabe des preussischen Eisenbahngesetzes vom 3. November 1838 anzukaufen.

Artikel XII.

Zur Einziehung von Stationen auf coburgischem Gebiete sowie zur Einstellung des Betriebs auf der Bahn ist die Zustimmung der Herzoglich Coburg-Gothaischen Regierung erforderlich.

Artikel XIII.

Für den Fall der Abtretung des preussischen Eisenbahnbesitzes an das Deutsche Reich soll es der Königlich Preussischen Regierung freistehen, auch die aus diesem Vertrag erworbenen Rechte und Pflichten auf das Reich mit zu übertragen.

Artikel XIV.

Gegenwärtiger Vertrag soll beiderseits zur landesherrlichen Genehmigung vorgelegt werden; die Auswechselung der Ratifikationsurkunden soll in Berlin erfolgen.

Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Berlin, den 11. März 1913.

(L. S.) *Wilhelm Sprengell.* (L. S.) *Hans Bartold v. Bassewitz.*
(L. S.) *Paul Goetsch.*
(L. S.) *Dr. Ernst Schneider.*
(L. S.) *Dr. Fritz Pischel.*

76.

FRANCE, ITALIE.

Convention en vue de réglementer la circulation du bétail à la frontière franco-italienne; signée à Rome, le 19 mars 1913.*)

Journal officiel 1913, No. 128.

Convention.

Le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de S. M. le roi d'Italie désirant réglementer l'échange immédiat des informations entre les autorités compétentes de la frontière des deux Etats, en cas d'apparition de maladies contagieuses des animaux, les soussignés, dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

I. Les maladies contagieuses affectant les animaux au sujet desquelles il y a lieu à information réciproque, sont les suivantes:

Peste bovine.
Rage.
Morve et farçin.
Fièvre aphteuse.
Péripneumonie contagieuse.
Clavelée.
Dourine.
Gale de mouton.
Pneumo-entérite du porc (maladies infectieuses du porc) et rouget.
Fièvre charbonneuse.
Charbon symptomatique.

La communication des avis s'étend du côté français sur les départements frontières de la Haute-Savoie, Savoie, Hautes-Alpes, Basses-Alpes, Alpes-Maritimes.

Du côté italien sur les provinces de Torino, Cunéo et Porto-Maurizio.

Elle a lieu du côté français par les soins des préfets de la Haute-Savoie, Savoie, Hautes-Alpes, Basses-Alpes, Alpes-Maritimes.

Du côté italien par les soins des préfets des provinces de Cunéo, Torino et Porto-Maurizio.

Les informations ont lieu entre les préfets des départements et provinces dont les territoires sont contigus.

Les informations relatives aux maladies des animaux seront fournies toutes les semaines par l'échange de bulletins sanitaires. Seule l'apparition de la fièvre aphteuse et de la clavelée devra être annoncée chaque fois qu'elle sera constatée au moyen d'une déclaration spéciale transmise dans le plus bref délai.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Rome, le 28 avril 1913.

II. *Pacage de longue durée* (*Alpage, estivage, hivernage*).

La pénétration dans chaque pays contractant des animaux équidés, bovidés, ovidés, caprins et porcs sera autorisée après l'accomplissement des formalités suivantes:

1° Les animaux d'un pays contractant destinés au pacage sur le territoire de l'autre pays au delà de la douane du pays d'introduction doivent être inscrits quinze jours avant le départ auprès du maire ou du syndic (sindaco) de la commune où ils séjournent.

L'inscription doit contenir:

a) Les nom, prénoms et domicile du propriétaire des animaux;

b) L'espèce;

c) Le nombre des animaux de chaque espèce;

d) Le lieu où séjournent les animaux au moment de l'inscription;

e) L'indication de la commune et des pâturages de destination;

f) Le chemin que les animaux ont à parcourir pour rejoindre les pâturages auxquels ils sont destinés et le mode de transport (à pied, voie ferrée, etc.);

g) Le bureau de douane par où les animaux doivent entrer dans le pays de destination.

La demande signée par le maire est immédiatement envoyée à la préfecture;

2° Après avoir reçu les demandes, le préfet délègue le vétérinaire d'Etat ou le vétérinaire spécialement désigné à cet effet par l'Etat dans la localité où se trouvent les animaux destinés au pacage;

3° Le vétérinaire d'Etat ou spécialement désigné par l'Etat à cet effet doit visiter chaque animal et s'assurer que tout le troupeau est indemne de maladie contagieuse et qu'il n'a pas été exposé à la contagion;

4° A la suite de cette visite par le vétérinaire d'Etat, ou spécialement désigné à cet effet par l'Etat, le maire ou le syndic (sindaco) délivre un certificat de provenance et de santé signé aussi par le susdit vétérinaire, certificat constatant que les animaux sont indemnes de maladies contagieuses et que le territoire de la commune est, depuis trente jours au moins, indemne:

De fièvre aphteuse pour les espèces bovine, ovine, caprine et porcine;

De clavelée pour les espèces ovine et caprine;

De maladies infectieuses (rouget, pneumo-entérite) pour l'espèce porcine.

Ce certificat indiquera en plus qu'aucun foyer de fièvre aphteuse ou de clavelée n'existe dans une zone large de quatre kilomètres autour du territoire de la commune de provenance.

Ce certificat sera rédigé d'après les modèles joints à la convention; il sera valable pendant dix jours et sa validité pourra être prolongée d'une égale période à la suite d'une nouvelle visite par un vétérinaire d'Etat, ou spécialement agréé par l'Etat.

Au bureau de douane du pays de destination, la visite sanitaire sera faite par un vétérinaire d'Etat, ou désigné à cet effet par l'Etat.

5⁰ Chaque Etat s'engage à organiser l'inspection vétérinaire aux bureaux de douane de pénétration et à fixer les jours et les heures de visite de manière à entraver le moins possible la circulation des animaux. Les Etats contractants se communiqueront réciproquement les jours et heures de visite par l'intermédiaire des préfets.

Lorsqu'une maladie contagieuse est constatée au moment de la visite à la frontière les animaux atteints et les animaux contaminés sont refoulés dans les pays de provenance.

III. *Réglementation de la circulation des animaux destinés au pacage journalier et des animaux servant aux travaux agricoles entre les communes frontières.*

Ces animaux ne seront astreints à aucune formalité sanitaire jusqu'au moment où une maladie contagieuse apparaîtra.

IV. *Réglementation de la circulation des animaux solipèdes et des bovidés servant au transport des personnes et des marchandises.*

Ces animaux ne pourront pénétrer sur le territoire du pays voisin que s'ils sont accompagnés d'un certificat délivré par le maire ou le syndic (sindaco) attestant que dans la commune d'où ils proviennent il n'existe pas, depuis trente jours au moins, de la fièvre aphteuse sur les espèces bovine, ovine, caprine et porcine et qu'en outre aucune autre maladie réputée contagieuse par la législation sanitaire propre à chaque pays n'a été constatée dans l'exploitation de provenance.

Ce certificat mentionnera les nom, prénoms et domicile du propriétaire; le signalement individuel des animaux.

Ce certificat qui ne devra pas avoir plus de trente jours de date devra être présenté à toute réquisition des agents de l'autorité; il devra être immédiatement retiré par le maire de la commune de provenance des mains du bénéficiaire si les conditions de délivrance stipulées ci-dessus venaient à cesser d'exister.

Toutefois, et par dérogation aux dispositions précédentes, les animaux solipèdes attelés ou montés servant aux voyageurs de commerce, aux entrepreneurs de transport, aux forains et nomades circulant dans la zone frontière, devront être accompagnés aux lieu et place du certificat de provenance d'un certificat de santé n'ayant pas plus de trente jours de date, délivré par un vétérinaire français ou italien attestant qu'il a visité les animaux et que ceux-ci sont indemnes de toute maladie réputée contagieuse.

V. *Réglementation du transit des animaux par la vallée de la Roya et de la vallée d'Aoste vers la Suisse par Seez et le petit Saint-Bernard.*

a) Transit par la vallée de la Roya par Fontan et Breil et inversement:

Les animaux seront soumis à une visite sanitaire par le vétérinaire-inspecteur à la frontière.

b) Transit de la vallée d'Aoste par Seez et le petit Saint-Bernard:

Les animaux qui pour se rendre en Suisse pénétreront en territoire français seront soumis aux dispositions édictées dans la réglementation du pacage de longue durée (alpage, estivage et hivernage).

VI. En ce qui concerne les territoires compris entre la ligne frontière et la ligne douanière, les animaux appelés à les fréquenter seront assimilés, quant aux prescriptions sanitaires de leur circulation, aux animaux de pacage journalier, sous réserve que la présente disposition ne portera pas atteinte aux droits qui sont accordés par les traités et conventions antérieurs.

VII. La présente convention entrera en vigueur dès qu'elle sera ratifiée par les gouvernements contractants. Elle pourra être dénoncée en tout temps moyennant avis donné un an à l'avance par la voie diplomatique. Elle pourra être dénoncée, après avis motivé donné par la même voie, dans le cas où l'existence d'une maladie épizootique constituerait un danger très grave nécessitant des mesures exceptionnelles de protection.

Fait à Rome en double expédition le 19 mars 1913.

(L. S.) *Barrère.*
(L. S.) *di San Giuliano.*

N⁰ d'Ordre ....

République Française.

Ministère de l'agriculture.

Service Vétérinaire

Département	Arrondissement	Commune
de	de	de ....

Certificat de santé et de provenance pour le pacage des animaux en Italie.

(Valable pour les animaux isolés ou pour des troupeaux appartenant au même propriétaire ou conduits par la même personne.)

Nombre de chaque espèce.	Equidés	Nombre total ....
	Bovins	
	Ovins	
	Caprins	
	Porcs	

Signalement ....

Signes particuliers ....

Nom et prénoms, domicile du propriétaire ....

Nom et prénoms, domicile du conducteur ....

Commune et localité de provenance ....

Commune et localité de destination ....

Chemins à parcourir jusqu'au bureau de douane du pays de destination

....

Bureau de douane par lequel les animaux doivent pénétrer dans le pays de destination ....

On déclare que les animaux ci-dessus sont sains, qu'ils proviennent d'une commune remplissant les conditions spécifiées dans la convention franco-italienne du ....

Le présent certificat est valable pour 10 jours.

Date du certificat ....
Jour de l'échéance ....

Le vétérinaire,	Sceau de la mairie	*Le maire,*

Le présent certificat est régulier et authentique. Les animaux sont arrivés sains à la frontière.

Le vétérinaire frontière,

Il sottoscritto, veterinario di confine, certifica di aver visitati gli animali sovraindicati, e di averli riconosciuti immuni da ogni malatia contagiosa.

(Data)

Timbro del veterinario di confine	*Il veterinario,*

N° d'Ordine ....

Regno d'Italia

Ministero dell'interno.

Direzione generale della sanita pubblica

Provincia	Circondario	Comune
di	di	di ....

Certificato di sanità e di origine per condurre il bestiame al pascolo in Francia.

(Valevole per animali isolati oppure in mandrie appartenenti allo stesso proprietario o condotti dalla stessa persona.)

Numero di clascuna spieci	Equini	Numero totale ....
	Bovini	
	Ovini	
	Caprini	
	Suini	

Segni ....
Segni particolari ....
Cognome, nome e domicilio del proprietario ....
Cognome, nome e domicilio del conduttore ....
Comune o località di origine ....
Comune o località di destinazione ....
Percorso stradale fino all'ufficio doganale del paese di destinazione ....
Ufficio doganale per il quale gli animali debbono entrare nel paese di destinazione ....

Si dichiara che gli animali sovraindicati sono sani e provengono da un comune che si trova nelle condizioni specificate nella convenzione franco-italiana del ....

Il presente certificato è valido per 10 giorni.

Data del certificato ....
Giorno di scadenza ....

Il Veterinario, | Timbro del comune | *Il Sindaco,*

Il presente certificato è regolare ed autentico. Gli animali sono arrivati sani al confine.

Timbro del veterinario di confine | *Il Veterinario di confine,*

Le vétérinaire soussigné, de l'Etat ou spécialement autorisé à cet effet, certifie avoir visité les animaux ci-dessus désignés et les avoir reconnus indemnes de toute maladie contagieuse.

(Date.) *Le Vétérinaire,*

77.

ALLEMAGNE, GRANDE-BRETAGNE.

Déclaration additionnelle à la Déclaration du 27 mars 1874, concernant la reconnaissance réciproque des sociétés commerciales;*) signée à Berlin, le 25 mars 1913.

Treaty Series 1913, No. 5.

Declaration Additional to the Agreement of March 27th, 1874, between Great Britain and the German Empire respecting the Reciprocal Recognition of Joint Stock Companies and other Commercial, Industrial, and Financial Associations.

In order to give a wider scope to the Agreement of March 27th, 1874, between Great Britain and the German Empire respecting the reciprocal recognition of joint stock

Zusatzerklärung zu dem Uebereinkommen vom 27. März 1874 zwischen Grossbritannien und dem Deutschen Reiche über die gegenseitige Anerkennung der Aktiengesellschaften und anderer kommerzieller, industrieller und finanzieller Gesellschaften.

Um dem Uebereinkommen vom 27. März 1874 zwischen Grossbritannien und dem Deutschen Reiche über die gegenseitige Anerkennung der Aktiengesellschaften und anderer

*) V. N. R. G. 2. s. I, p. 239.

companies and other commercial, industrial, and financial associations, the Government of His Majesty the King of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, and the Government of His Majesty the German Emperor, King of Prussia, have agreed:

That the Agreement of 1874 shall extend to the Protectorates and Consular Court districts of both Parties to that Agreement, so that the companies of either Party established in its Dominions, Protectorates and Consular Court districts shall be entitled in the Dominions, Protectorates, and Consular Court districts of the other Party to all the rights and privileges accorded by that Agreement.

It is further understood that the term „joint stock companies and other commercial, industrial, and financial associations“ includes those German Colonial companies which are engaged in commercial undertakings.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Declaration and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at Berlin the 25th March, 1913, in duplicate.

(L. S.) *W. E. Goschen.*
(L. S.) *Jagow.*

kommerzieller, industrieller und finanzieller Gesellschaften eine erweiterte Geltung zu geben, haben die Regierung Seiner Majestät des Königs von Grossbritannien und Irland und der Britischen überseeischen Lande, Kaisers von Indien, und die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, Königs von Preussen, folgendes vereinbart:

Das Uebereinkommen von 1874 soll sich erstrecken auf die deutschen Schutzgebiete und auf die britischen Protektorate sowie auf die Konsulargerichtsbezirke der beiden vertragschliessenden Teile, sodass die Gesellschaften, die in den Herrschaftsgebieten, in den Schutzgebieten oder Protektoraten oder in den Konsulargerichtsbezirken des einen Teiles errichtet oder zugelassen sind, in den Herrschaftsgebieten, in den Protektoraten oder Schutzgebieten und in den Konsulargerichtsbezirken des anderen Teiles alle durch jenes Uebereinkommen gewährleisteten Rechte und Privilegien geniessen sollen.

Es besteht ferner Einverständnis darüber, dass unter die Bezeichnung „Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle und finanzielle Gesellschaften“ auch die deutschen Kolonialgesellschaften fallen, die ein geschäftliches Unternehmen betreiben.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Erklärung unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in Berlin am 25. März 1913 in doppelter Ausfertigung.

(L. S.) *Jagow.*
(L. S.) *W. E. Goschen.*

78.

BOLIVIE, PARAGUAY.

Protocole préliminaire de délimitation; signé à Assomption, le 5 avril 1913.*)

Memoria presentada al Congreso ordinario de 1913, La Paz 1913, p. 32.

Protocolo.

En la ciudad de Asunción, Capital de la República del Paraguay, a los cinco días del mes de abril de mil novecientos trece, reunidos en el Ministerio de Relaciones Exteriores, el Excelentísimo señor Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de Bolivia doctor don Ricardo Mujía, y el Excelentísimo señor Ministro del ramo doctor don Eusebio Ayala, convinieron en firmar el siguiente Protocolo:

Artículo 1°. Las Altas Partes Contratantes se comprometen a negociar un Tratado definitivo de límites, en el término de dos años, contados desde la aprobación del presente Convenio por los respectivos Gobiernos.

Artículo 2°. Se contemplará primeramente la posibilidad de un tratado por arreglo directo, teniéndose en cuenta las conveniencias comerciales de ambos países.

Artículo 3°. Si no fuera posible convenir en un tratado por arreglo directo, las Altas Partes Contratantes someterán su cuestión de límites a un arbitraje de derecho.

Artículo 4°. Mientras se lleve a efecto el arreglo directo, o se pronuncie el fallo arbrital, seguirá en vigencia el *statu quo* estipulado en el Acuerdo de 12 de enero de 1907, declarando ambas Partes no haber modificado sus respectivas posesiones desde aquella fecha.

Artículo 5°. En virtud de las cláusulas precedentes que modifican las estipulaciones del Acuerdo de 12 de enero de 1907, las Altas Partes Contratantes convienen en declarar la caducidad de aquel Acuerdo.

Artículo 6°. El término para la aprobación por los respectivos Gobiernos del presente Convenio *ad referendum*, será de cuatro meses contados desde esta fecha.

En fe de lo cual, los infrascritos Plenipotenciarios firman el presente Protocolo en doble ejemplar.

(Firmado) *Ricardo Mujia.*
(Firmado) *Eusebio Ayala.*

---

*) Approuvé par les deux Gouvernements le 28 juillet 1913.

79.

NORVÈGE, SUÈDE.

Convention concernant le droit des Lapons nomades au pacage pour les rennes; signée à Stockholm, le 8 avril 1913.*)

Overenskomster med fremmede stater 1913, No. 5.

Konvention angaaende indledning av forhandlinger mellem Norge og Sverige om flytlappenes ret til renbeite m. m.

Hans Majestæt Kongen av Norge og Hans Majestæt Kongen av Sverige, forvissede om ønskeligheten av gjennem forhandlinger om flytlappenes ret til renbeite m. m. at søke at træffe en for begge riker tilfredsstillende ordning herom, er kommet overens om at avslutte en konvention om indledning av saadanne forhandlinger og har i dette øiemed utset til sine befuldmægtigede

Hans Majestæt Kongen av Norge:

Sin envoyé extraordinaire og ministre plénipotentiaire Dr. Jørgen Brunchorst, samt

Hans Majestæt Kongen av Sverige:

Sin utenriksminister Grev Johan Jakob Albert Ehrensvärd,

som efter at ha meddelt hverandre sine fuldmagter, som fandtes i god og behørig form, er kommet overens om følgende:

Art. 1.

I henhold til art. 3 i konventionen av 26 oktober 1905**) om flyt-

Konvention angående inledande av förhandlingar mellan Sverige och Norge rörande flyttlapparnas rätt till renbete m. m.

Hans Majestät Konungen av Sverige och Hans Majestät Konungen av Norge, övertygade om önskvärdheten att genom förhandlingar rörande flyttlapparnas rätt till renbete m. m. söka träffa en för båda rikena tillfredsställande ordning härutinnan, hava överenskommit att avsluta en konvention om inledande av sådana förhandlingar samt för detta ändamål till sina fullmäktige utsett

Hans Majestät Konungen av Sverige:

Sin minister för utrikes ärendena greve Johan Jakob Albert Ehrensvärd: samt

Hans Majestät Konungen av Norge:

Sin envoyé extraordinaire och ministre plénipotentiaire dr. Jörgen Brunchorst,

vilka efter att hava meddelat varandra sina fullmakter, som befunnos i god och behörig form, överenskommit om följande:

Art. 1.

I anslutning till art. 3 av konventionen den 26 oktober 1905**) angå-

---

*) Les ratifications ont été échangées à Christiania, le 15 mai 1913.
**) V. N. R. G. 2 s. XXXIV, p. 706.

lappenes ret til renbeite m. m. aapnes forhandlinger mellem Norge og Sverige om revision av de mellem rikerne herom gjældende bestemmelser i det øiemed at fastsætte for en længere fremtid en for begge riker tilfredsstillende ordning; og de Høie kontraherende parter forpligter sig til inden en maaned efter ratifikationen av nærværende avtale at utse tre delegerte fra hver side til efter forhandling sig imellem til sine regjeringer at avgi forslag til de bestemmelser som bør bli gjældende i emnet.

Skulde de delegerte finde, at yderligere lokale undersøkelser er paakrævet i noget av rikerne inden saadant forslag avgives, maa de delegerte indgaa med forslag herom til begge regjeringer.

Art. 2.

I den tid forhandlingerne paagaar og — om de skulde endelig avbrytes av noger av parterne — i et og et halvt aar efter avbrytelsen skal det være tilladt de lapper fra Karesuando (Enontekis) og Jukkasjärvi sogn som hittil har flyttet til Tromsø amt, eller dem som fra disse utleder sin ret, at indflytte dertil med sine rener paa den tid som er bestemt i loven av 1883 om flytlappene.

Art. 3.

Den i henhold til kompromis av 29 mars 1909*) paabegyndte voldgiftssak skal hvile i den tid de nu indledede forhandlinger paagaar, med ret for enhver av de Høie parter til, saafremt forhandlingerne skulde avbrytes, atter at indbringe for vold-

ende flyttlapparnes rätt till renbete m. m. öppnas förhandlingar mellan Sverige och Norge om revision av de mellan rikena härutinnan gällande bestämmelser, i syfte att för längre tid framåt fastställa en för bägge rikena tillfredsställande ordning, och förbinda sig de Höga föredragsslutande parterna att inom en månad efter ratificerandet av detta avtal utse tre delegerade från vardera sidan att efter överläggning sinsemellan till sina regeringar avgiva förslag till de bestämmelser, som böra i ämnet bliva gällande.

Skulle de delegerade finna, att före sådant förslags avgivande ytterligare lokala undersökningar äro i någotdera av rikena erforderliga, må jämväl förslag härom av de delegerade till de båda regeringarna ingives.

Art. 2.

Under den tid förhandlingarna pågå samt, för den händelse att de skulle av den ena eller andra parten definitivt avbrytas, jämväl under ett och ett halvt år efter avbrytandet skall det vara tillåtet de lappar från Karesuando (Enontekis) och Jukkasjärvi socknar, som hittills flyttat till Tromsö amt, eller deras rättsinnehavare ett med sina renar dit inflytta på den i lagen av 1883 rörande flyttlapparna bestämda tid.

Art. 3.

Det jämlikt kompromissen av den 29 mars 1909*) påbörjade skiljedomsförfarandet skall vila under den tid de nu inledda förhandlingarna pågå med rätt för en var av de båda Höga parterna att, därest förhandlingarna skulle avbrytas, åter till be-

*) V. N. R. G. 3. s. II, p. 766.

giftsdomstolen det til voldgift henskutte sporsmaal.

Skulde voldgiftsdomstolen komme til atter at træde i virksomhet, kan ikke noget tilbud eller nogen indrommelse, som nogen av de Høie kontraherende parter har gjort under de nu optagne forhandlingers lop, paaberopes som præjudicerende.

Art. 4.

Denne konvention skal ratificeres og træder i kraft saasnart ratifikationerne er utvekslet, hvilket skal ske senest den 15 mai 1913. Ratifikationerne skal utveksles i Kristiania.

Til bekræftelse herav har de respektive befuldmægtigede undertegnet denne konvention og forsynet den med sine segl.

Utfærdiget i Stockholm i to eksemplarer den 8 april 1913.

(L. S.) (u.) *Brunchorst.*

handling inför skiljedomstolen anmäla den till skiljedom hänskjutna frågan.

Skulle skiljedomstolen komma att åter träda i verksamhet, må ej något anbud eller medgivande, som under de nu upptagna förhandlingars lopp av någon av de Höga kontraherande parterna gjorts, åberopas såsom prejudice.

Art. 4.

Denna konvention skall ratificeras och träder i kraft så snart ratifikationerna utväxlats, vilket skall äga rum senast den 15 maj 1913. Ratifikationerna skola utväxlas i Kristiania.

Til bekräftelse härav hava de respektive fullmäktige underskrivit denna konvention och försett densamma med sina sigill.

Som skedde i Stockholm i två exemplar den 8 april 1913.

(L. S.) (u.) *Albert Ehrensvärd.*

80.

NORVÈGE, RUSSIE.

Echange de notes concernant la reconnaissance réciproque des lignes de franc-bord des navires de commerce; du 14/1 avril 1913.

Overenskomster med fremmede stater 1913, No. 5.

St. Petersburg, le 1/14 avril 1913.

Monsieur le Chargé d'Affaires.

Comme il a été constaté de part et d'autre que le Gouvernement Impérial de Russie et le Gouvernement Royal de Norvège sont entièrement disposés à conclure un arrangement concernant la reconnaissance réciproque des lignes de franc-bord des navires de commerce, j'ai l'honneur, dûment autorisé à cet effet, de Vous déclarer que le Gouvernement Impérial s'engage, à titre de réciprocité, à reconnaître les lignes de franc-bord apposées

aux navires norvégiens d'après les prescriptions Royales y compris bien entendu la ligne de franc-bord pour le transport du bois.

Il est entendu en outre que les navires russes auront le droit de charger le bois, d'après les prescriptions norvégiennes, même si ces navires ne portent pas sur leur bord la ligne ordonnée par ces prescriptions.

En attendant de Votre part une communication identique du Gouvernement Royal, je profite de cette occasion pour Vous renouveler, Monsieur le Chargé d'Affaires, l'assurance de ma considération distinguée.

(signée) *Sazonow.*

Monsieur Jakhelln,
etc. etc.

Légation Royale de Norvège en Russie.

St. Petersburg, le 1/14 avril 1913.

Monsieur le Ministre.

Comme il a été constaté de part et d'autre que le Gouvernement Royal de Norvège et le Gouvernement Impérial de Russie sont entièrement disposés à conclure un arrangement concernant la reconnaissance réciproque des lignes de franc-bord des navires de commerce, j'ai l'honneur, dûment autorisé à cet effet, de Vous déclarer, que le Gouvernement Royal s'engage, à titre de réciprocité, à reconnaître les lignes de franc-bord apposées aux navires russes d'après les prescriptions Impériales y compris bien entendu la ligne de franc-bord pour le transport du bois.

Il est entendu en outre que les navires russes auront le droit de charger le bois, d'après les prescriptions norvégiennes, même si ces navires ne portent pas sur leur bord la ligne ordonnée par ces prescriptions.

En attendant de Votre part une communication identique du Gouvernement Impérial je profite de l'occasion pour Vous renouveler, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma plus haute considération.

(signée) *Fr. Jakhelln.*

Son Excellence Monsieur Sazonow,
Ministre des Affaires Etrangères
etc. etc. etc.

81.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, PANAMA.

Echange de notes concernant les déclarations en douane; du 17 avril 1913.

Treaty Series, No. 578.

The undersigned, W. J. Bryan, Secretary of State of the United States of America, duly authorized thereto, in virtue of a reciprocal Declaration made by J. E. Lefevre, Chargé d'Affaires of the Republic of Panama at Washington, does hereby declare that from and after June 1, 1913, and until the expiration of one month after the date on which either the United States of America or the Republic of Panama shall give notice of the withdrawal of said Declaration, the consuls of the Republic of Panama in the United States of America shall be permitted to take note in person, or through their authorized representatives, of the declaration made by shippers before the American customs officers in which they state the value of the merchandise exported to the Republic of Panama. The consuls of the Republic of Panama shall be given certified copies of the said declarations when requested by them.

W. J. Bryan
Secretary of State of the United States.

Washington, April 17, 1913.

Legación de Panamá, Washington.

The undersigned, J. E. Lefevre, Chargé d'Affaires of the Republic of Panama at Washington, duly authorized thereto, in virtue of a reciprocal Declaration made by W. J. Bryan, Secretary of State of the United States of America, does hereby declare that from and after June 1, 1913, and until the expiration of one month after the date on which either the Republic of Panama or the United States of America shall give notice of the withdrawal of said Declaration, the consuls of the United States of America in the Republic of Panama shall be permitted to take note in person, or through their authorized representatives, of the declaration made by shippers before the customs officers of the Republic of Panama in which they state the value of the merchandise exported to the United States of America. The consuls of the United States of America shall be given certified copies of the said declarations when requested by them.

[seal] *J. E. Lefèvre*
Chargé d'Affaires of the Republic of Panama.

Washington, April 17, 1913.

82.

PAYS-BAS, SUÈDE.

Arrangement concernant l'assistance à donner aux marins délaissés des deux pays; signé à Stockholm, le 2 mai 1913.*)

Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1913, No. 372.

Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas et le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Suède, désirant régler l'assistance à donner, dans certains cas, aux marins délaissés des Pays respectifs, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus de ce qui suit:

Lorsqu'un marin de l'un des Etats contractants, après avoir servi à bord d'un navire appartenant à l'autre Etat, se trouvera, par suite de naufrage ou pour d'autres causes, délaissé sans ressources, soit dans un pays tiers, soit dans les colonies de ce pays, soit dans le territoire ou les colonies de l'Etat dont le navire porte le pavillon, le Gouvernement de ce dernier Etat sera tenu d'assister ce marin jusqu'à ce qu'il embarque de nouveau ou trouve un autre emploi ou jusqu'à son arrivée dans son propre pays, ou, enfin, jusqu'à son décès.

Il est toutefois entendu que le marin placé dans la situation prévue au paragraphe précédent, devra profiter de la première occasion qui se présentera pour justifier devant les autorités compétentes de l'Etat appelé à lui prêter assistance, de son dénûment et des causes qui l'ont amené. Il devra prouver, en outre, que ce dénûment est la conséquence naturelle de son débarquement. Faute de quoi, le marin sera déchu de son droit d'assistance.

Il sera également déchu de ce droit dans le cas où il aura déserté ou aura été renvoyé du navire pour avoir commis un crime ou un délit, ou l'aura quitté par suite d'une incapacité de service occasionnée par une maladie ou une blessure résultant de sa propre faute.

L'assistance comprend l'entretien, l'habillement, les soins médicaux, les médicaments, les frais de voyage et, en cas de mort, les dépenses de funérailles.

Le présent arrangement sera exécutoire 3 mois après la date de l'échange des ratifications et restera en vigueur jusqu'à ce que l'une ou l'autre des parties contractantes ait annoncé, une année d'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

En foi de quoi, les soussignés ont signé le présent arrangement et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Stockholm, en double exemplaire, le 2 mai 1913.

(L. S.) *W. v. Welderen. Rengers.* (L. S.) *Albert Ehrensvärd.*

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Stockholm, le 19 juillet 1913.

83.

DANEMARK, RUSSIE.

Convention pour le règlement des successions des nationaux respectifs; signée à St.-Pétersbourg, le 5 mai / 22 avril 1913.*)

Lovtidenden 1914, No. 3.

Sa Majesté le Roi de Danemark et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies désirant déterminer les droits des nationaux respectifs et les attributions des autorités judiciaires et consulaires de l'un et de l'autre pays en ce qui concerne les successions laissées dans l'un des deux Etats, par les nationaux de l'autre Etat, ont résolu d'un commun accord de conclure dans ce but une Convention spéciale et ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Danemark:

Monsieur Harald de Scavenius, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, et

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies:

Monsieur Serge Sazonow, Son Ministre des Affaires étrangères.

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleinspouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme sont convenus des articles suivants:

Article Premier.

1) En cas de décès d'un Danois en Russie ou d'un Russe en Danemark les autorités locales aviseront immédiatement de ce décès le Consul Général, Consul, Vice-Consul ou Agent Consulaire de l'Etat auquel appartenait le défunt et dans la circonscription duquel le décès sera survenu. D'autre part l'autorité consulaire en agira de même vis-à-vis des autorités locales lorsqu'elle sera informée du décès avant ces dernières.

2) Les Consuls Généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents Consulaires seront désignés dans les articles suivants de la présente Convention sous la dénomination collective de „Consul“ ou „autorité consulaire“.

3) La nationalité du défunt sera établie par son passeport ou par tous autres documents certifiant sa nationalité, ou, faute de pièces reconnues suffisantes, par une déclaration de l'autorité consulaire qui fera foi jusqu'à preuve du contraire.

Article II.

1) Quelles que soient les qualités et la nationalité des héritiers, qu'ils soient majeurs ou mineurs, présents ou absents, connus ou inconnus,

---

*) Les ratifications ont été échangées à St.-Pétersbourg, le 21 janvier 1914.

les scellés seront apposés sur tous les effets mobiliers et papiers du défunt dans les 24 heures qui suivront la réception de l'avis de décès. Cette apposition sera faite soit d'office, soit à la réquisition des parties intéressées par l'autorité consulaire en présence de l'autorité locale compétente dûment appelée qui pourra croiser de ses scellés ceux de l'autorité consulaire.

2) Si l'autorité consulaire ne procédait pas à l'apposition des scellés, l'autorité locale compétente sera tenue d'y pourvoir après avoir adressé à l'autorité consulaire une simple invitation, celle-ci gardant le droit de croiser de ses scellés ceux de l'autorité locale.

3) L'apposition des scellés n'aura pas lieu dans les cas où une succession se présenterait une entreprise commerciale ou industrielle laquelle serait exploitée conformément aux dispositions du § 2 de l'art. VIII de la présente Convention.

4) La levée des scellés devra être faite de concert. Toutefois si après une invitation à assister à la levée des scellés adressée par l'autorité locale, ou vice versa, l'autorité invitée ne s'était pas présentée dans un délai de 48 heures à compter de la réception de l'avis, l'autorité consulaire seule ou l'autorité locale seule, suivant le cas, pourra procéder à la levée des scellés.

5) Les avis et invitations susmentionnées seront adressées par écrit et un récépissé en constatera la remise.

Article III.

1) Après la levée des scellés ou bien aussitôt que faire se pourra dans les cas prévus par le § 3 de l'article II, l'inventaire de tous les biens et effets du défunt sera dressé par l'autorité consulaire en présence de l'autorité locale ou par cette dernière seule si l'autorité consulaire, n'ayant pas assisté à l'apposition des scellés et invitée par l'autorité locale à prendre part à l'inventaire, ne se présentait pas dans un délai de 48 heures après réception de l'avis.

2) Le Consul pourra procéder à l'apposition et à la levée des scellés ainsi qu'à l'inventaire soit en personne, soit par l'entremise d'un délégué. Ce délégué devra être muni d'un pouvoir émanant de l'autorité consulaire et revêtu du sceau officiel.

Article IV.

Les autorités locales compétentes feront les publications usitées dans le pays ou prescrites par ses lois concernant l'ouverture de la succession et la convocation des héritiers ou créanciers et elles communiqueront ces publications à l'autorité consulaire, cette dernière restant libre de faire les publications qu'elle jugera nécessaires.

Article V.

1) Tous les biens meubles qui composent la succession, à savoir: valeurs, en espèces ou en titres, créances, papiers ainsi que le ou les testaments, s'il en existe, doivent être remis à l'autorité consulaire sur une simple demande écrite et sans aucun retard par l'autorité locale

compétente. C'est à cette autorité qu'incombe le devoir de se faire délivrer à cet effet et dans les limites de sa compétence légale les éléments de la succession par tout membre du notariat ou du barreau ainsi que par toute banque ou caisse de consignation, bref, par toute personne officielle ou privée, qui serait détenteur de quelque objet que ce soit, faisant partie de la succession.

2) Les testaments trouvés sous pli fermé seront ouverts par l'autorité consulaire. Si le testament du défunt contenait des dispositions par lesquelles des biens meubles ou immeubles laissés par le défunt dans le pays où la succession sera ouverte, auraient été légués à un ou plusieurs sujets de cet Etat, l'autorité consulaire devra tenir ce ou ces testaments à la disposition des intéressés pendant le délai de 8 mois prévu par l'art. VII afin de leur assurer la possibilité de jouir des privilèges prévus par le § 2 de l'art. XIV.

Article VI.

1) Le Consul est tenu de déclarer à l'autorité compétente du pays le montant de toutes les successions de ses nationaux qui lui auront été remises afin que cette autorité puisse fier les droits dûs au fisc de l'Etat dans lequel la succession est ouverte.

2) Ces déclarations seront faites dans le courant de huit mois à partir du jour de décès, si la succession avait été remise à l'autorité consulaire en temps opportun. Si cette remise avait été faite après l'expiration du terme de huit mois, les déclarations susmentionnées seront faites dans le plus bref délai possible.

3) Si la non-déclaration ou le non-payement des droits de mutation dans un délai déterminé entraînait d'après les lois du pays la peine d'une amende, celle-ci ne sera pas applicable aux successions qui se trouvent entre les mains de l'autorité consulaire, même si la déclaration prévue par le § 1 de cet article n'avait pas été faite par l'autorité consulaire dans le délai ci-dessus fixé.

4) Les droits de mutation dûs à l'Etat où la succession est ouverte ne seront perçus que sur la partie de l'hoirie qui se trouve sur le territoire de cet Etat, mais en aucun cas ils ne pourront frapper les biens immobiliers ou mobiliers du défunt situés dans sa patrie ou dans d'autres Etats.

5) Les successions des Danois en Russie et des Russes en Danemark ne seront pas frappées de droits de mutation autres ou plus élevés que les successions des nationaux.

Article VII.

1) L'autorité consulaire devra conserver à titre de dépôt, demeurant soumis aux lois du pays, les effets et valeurs inventoriés, le montant des créances encaissées et des revenus réalisés, ainsi que le produit de la vente des meubles, si elle a eu lieu, dans le courant de huit mois à compter du jour de décès.

2) Cependant l'autorité consulaire pourra faire vendre aux enchères publiques tous les objets mobiliers de la succession susceptibles de se détériorer et tous ceux dont la conservation en nature serait difficile ou onéreuse. La vente aux enchères sera faite par les autorités locales compétentes sur la demande de l'autorité consulaire et dans les formes prescrites par les lois du pays.

3) L'autorité consulaire aura le droit de prélever immédiatement sur l'actif de la succession les frais de dernière maladie et d'enterrement du défunt, les gages de domestiques, loyers et autres dépenses de même nature ainsi que les sommes nécessaires à l'entretien de la famille du défunt, s'il y a lieu.

Article VIII.

1) Sous réserve des dispositions de l'article précédent le Consul aura le droit de prendre à l'égard de la succession mobilière ou immobilière du défunt toutes les mesures qu'il jugera utiles dans l'intérêt des héritiers. Il pourra administrer la succession lui-même ou la faire administrer par un délégué qu'il nommera sous sa responsabilité et qui agira en son nom.

2) Si tout ou partie de la succession constitue une entreprise commerciale ou industrielle, le Consul ne pourra la liquider qu'avec le consentement de tous les héritiers. À défaut de ce consentement l'entreprise sera exploitée sans interruption jusqu'à la remise de la succession aux héritiers.

3) Sont exceptées de la stipulation précédente (§ 2) les entreprises commerciales ou industrielles dont l'exploitation causerait indubitablement des dommages. Ces entreprises pourront être liquidées par l'autorité consulaire quant elle le jugera opportun.

Article IX.

1) Toute réclamation produite contre la succession peut être jugée par les tribunaux du pays où la succession est ouverte, en tant que cette réclamation ne repose pas sur un titre d'hérédité ou de legs et n'a pas pour objet un droit réel dans des immeubles situés en dehors du pays ci-dessus.

2) Mais il est expressément stipulé que les tribunaux du pays ne seront compétents que si l'action était intentée dans le délai stipulé à l'art. VII de la présente Convention. Dans ce cas les tribunaux du pays ne peuvent pas se déclarer incompétents.

Article X.

1) En cas d'insuffisance des valeurs de la succession pour satisfaire au payement intégral des créances les créanciers pourront, si les lois du pays les y autorisent, demander à l'autorité locale compétente la déclaration de faillite. Cette déclaration prononcée, tous les documents, effets ou valeurs faisant partie de la succession, devront être remis par l'autorité consulaire à l'autorité locale compétente ou aux syndics de la faillite, l'autorité consulaire restant chargée de représenter les intérêts de ses nationaux.

2) Il est bien entendu que la déclaration de faillite ne pourra se rapporter qu'à la partie de la succession qui se trouve dans le pays, où la succession est ouverte, et n'aura aucun effet à l'égard des biens laissés par le défunt dans sa patrie ou dans d'autres pays.

Article XI.

1) A l'expiration du terme fixé par l'art. VII l'autorité consulaire acquittera dans le délai de trois mois d'après les tarifs en vigueur dans le pays tous les frais et comptes à la charge de la succession et fera droit aux réclamations reconnues par l'autorité consulaire elle-même ou par les tribunaux du pays saisis en vertu de l'art. IX de la présente Convention.

2) L'autorité consulaire transmettra ensuite la succession aux ayants-droit ou à son Gouvernement, si les ayants-droit ne se sont pas présentés en personne ou n'ont pas envoyé de fondé de pouvoirs.

3) Si des actions prévues par l'art. IX étaient intentées contre la succession et restaient en suspens à l'expiration du délai fixé par l'art. VII, l'autorité consulaire serait tenue, sur l'ordre d'un tribunal compétent, de garder en dépôt la totalité ou telle partie de la succession qui suffirait à solder les créances jusqu'à ce que les tribunaux compétents aient statué définitivement.

4) L'autorité consulaire ne rendra compte de la gestion de la succession qu'à son Gouvernement. Les héritiers ont droit de recevoir une copie de ces états.

Article XII.

1) Dans toutes les questions auxquelles pourront donner lieu l'ouverture, l'administration et la liquidation des successions, le Consul de l'un et de l'autre pays sera reconnu ipso jure comme représentant de l'hoirie. Les autorités locales ne pourront en aucun cas exiger du Consul ni pouvoirs qu'il tiendrait des héritiers, ni peuves officielles qu'il existe des héritiers appartenant à la nationalité du défunt.

2) Le Consul pourra se présenter ou se faire représenter par des délégués par devant toutes les autorités compétentes, judiciaires, administratives ou autres pour défendre dans toute affaire se rapportant à la succession ouverte, les intérêts de la succession et des héritiers en poursuivant leurs droits ou en répondant aux demandes formulées contre eux. Les délégués choisis par le Consul devront posséder toutes les qualités requises par les lois du pays et être munis d'un pouvoir émanant de l'autorité consulaire.

3) Les autorités locales auront le droit, sur la demande des intéressés et si les lois locales le permettent, de nommer un représentant d'une succession d'un Danois en Russie ou d'un Russe en Danemark pour défendre la succession dans les actions judiciaires qui pourraient s'élever contre celle-ci. Dans ce cas les autorités du pays seront tenues, au moment même de la nomination, d'en aviser l'autorité consulaire, qui pourra, si elle le juge nécessaire, se substituer au dit représentant.

4) Il est toutefois bien entendu que le Consul ne pourra jamais être personnellement mis en cause dans une affaire concernant les successions de ses nationaux.

Article XIII.

1) La succession aux biens immobiliers ainsi que la connaissance de toute demande ou contestation concernant les successions immobilières sera réglée par les tribunaux ou autres autorités compétentes du pays dans lequel les immeubles seront situés, et conformément aux lois de ce pays.

2) Dans le cas où la succession se composerait en partie ou en totalité de propriétés immobilières que, d'après les lois du pays celui ou ceux à qui elles écherraient ne serait pas apte à posséder, il sera accordé de part et d'autre aux intéressés — à défaut d'un délai prévu par les lois locales — un délai suffisant selon les circonstances pour opérer de la manière la plus avantageuse possible la vente de ces propriétés.

Article XIV.

1) La succession aux biens mobiliers ainsi que la connaissance de toute demande ou contestation y relative sera réglée par les tribunaux ou autorités compétentes de l'Etat auquel appartenait le défunt et conformément aux lois de cet Etat.

2) Mais si un sujet du pays où la succession s'est ouverte fait valoir ses droits à la dite succession, droits reposant sur un titre d'hérédité ou de legs, et si sa réclamation était présentée à l'autorité consulaire dans le délai fixé par l'art. VII de la présente Convention, l'examen de cette réclamation sera déféré aux tribunaux ou autorités compétentes du pays où la succession est ouverte, à condition qu'ils soient saisis de l'affaire avant l'expiration du délai mentionné ci-dessus. Ces tribunaux ou autorités compétentes statueront, en se conformant aux stipulations du droit national du défunt, sur la validité, des droits du réclamant, et s'il y a lieu, sur la quote part qui doit lui être attribuée.

3) Après avoir délivré aux ayants-droit la quote part de la succession fixée par les tribunaux ou autres autorités compétentes, l'autorité consulaire disposera du reliquat de la succession conformément aux stipulations de l'art. XI de la présente Convention.

Article XV.

Les jugements prononcés par les tribunaux danois dans les affaires ayant rapport au règlement des successions aux biens mobiliers, lorsque ces jugements deviendront exécutoires en vertu des lois appliquées par ces tribunaux compétents, seront déclarés exécutoires en Russie en tant qu'ils concernent les biens successoraux, sous les conditions et suivant les formes établies par les lois russes mais sans révision du fond de l'affaire.

De même les jugements des tribunaux russes, ayant rapport au règlement des successions, seront exécutoires en Danemark sous les mêmes conditions.

Article XVI.

Si une succession d'un Danois en Russie ou d'un Russe en Danemark tombe en déshérence il sera disposé des biens immobiliers faisant partie de cette succession suivant les lois de l'Etat dans le territoire duquel les biens immeubles sont situés; quant aux meubles il en sera disposé suivant les lois de l'Etat national du défunt.

Article XVII.

1) Lorsqu'un Danois en Russie ou un Russe en Danemark sera décédé dans un lieu où il ne se trouve pas d'autorité consulaire de son pays, l'autorité locale compétente procédera, conformément aux lois du pays, aux mesures conservatoires de la succession. Des copies authentiques des actes y relatifs seront transmises dans le plus bref délai, avec l'acte de décès, le ou les testaments du défunt et les documents établissant sa nationalité, à l'autorité consulaire compétente.

2) L'autorité locale compétente prendra à l'égard des biens laissés par le défunt toutes les mesures prescrites par les lois du pays concernant le délaissé des nationaux, et le produit de la succession sera transmis, dans le plus bref délai possible, aux Agents diplomatiques ou consulaires de l'Etat auquel appartenait le défunt.

3) Il est bien entendu que dès que le représentant diplomatique de la nation du défunt ou l'autorité consulaire compétente aura envoyé un délégué sur le lieu de décès, l'autorité locale qui serait intervenue, devra se conformer aux prescriptions contenues dans les articles précédents.

Article XVIII.

Les dispositions de la présente Convention s'appliqueront également aux successions des sujets des deux Etats contractants qui étant décédés hors du territoire de l'autre Etat, y auraient laissé des biens mobiliers ou immobiliers.

Article XIX.

La présente Convention n'est applicable qu'au territoire métropolitain du Royaume de Danemark. L'extension de la Convention aux autres territoires du Royaume de Danemark pourra avoir lieu, le cas échéant, par un échange de notes*). La présente Convention restera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes l'aura dénoncée.

Article XX.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à St. Pétersbourg le plus tôt que faire se pourra.

Elle entrera en vigueur un mois après l'échange des ratifications.

---

*) Effectué pour les Antilles danoises. V. Lovtidenden 1916. Tillaeg p. 18.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et l'ont revêtue du cachet de leurs armes.

Fait à Saint-Pétersbourg, en double exemplaire le $\frac{\text{5 mai}}{\text{22 avril}}$ mil neuf cent treize.

(L. S.) *Harald Scavenius.*
(L. S.) *Sazonow.*

84.

NORVÈGE, GRANDE-BRETAGNE.

Convention relative à l'application de la Convention de commerce et de navigation du 18 mars 1826*) à certaines colonies britanniques; signée à Christiania, le 16 mai 1913.**)

Overenskomster med fremmede stater 1913, No. 7.

Convention between Norway and Great Britain relating to the amendment of the Convention of Commerce and Navigation of March 18th., 1826.

His Majesty the King of Norway and His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, being desirous of making special provision with regard to the application of the Convention of Commerce and Navigation between Norway and Great Britain of March 18th, 1826, to certain parts of His Britannic Majesty's Dominions have named as their Plenipotentiaries for this purpose:

His Majesty the King of Norway:

Monsieur Nils Claus Ihlen, His Minister for Foreign Affairs,

Konvention mellem Norge og Storbritannien angaaende ændring av handels- og sjøfartskonventionen av 18 mars 1826.

Hans Majestæt Kongen av Norge og Hans Majestæt Kongen av det Forenede Kongerike Storbritannien og Irland og av de Britiske Besiddelser hinsides havet, Keiser av Indien, som ønsker at træffe særlig bestemmelse angaaende anvendelsen av handels- og sjøfartskonventionen mellem Norge og Storbritannien av 18 mars 1826 paa visse dele av den britiske Krones lydlande, har i denne hensigt utnævnt til sine befuldmægtigede:

Hans Majestæt Kongen av Norge:

Herr Nils Claus Ihlen, Hans Utenriksminister,

---

*) V. N. R. VI, p. 912; N. S. II, p. 452.

**) Les ratifications ont été échangées à Christiania, le 8 septembre 1913.

and His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India:

Mr. Mansfeldt de Cardonnel Findlay, His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Majesty the King of Norway,

who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

Whereas it is desirable to make special provision with regard to the application of the Convention of Commerce and Navigation between Norway and Great Britain of March 18th, 1826, to certain parts of His Britannic Majesty's Dominions, viz., the Dominion of Canada, the Commonwealth of Australia, the Dominion of New Zealand, the Union of South Africa, and the Colony of Newfoundland, the High Contracting Parties hereby agree that either of them shall have the right to terminate the said Convention with respect to any or all of the abovementioned Dominions at any time on giving twelve months' notice to that effect.

It is further agreed that should the said Convention cease, in pursuance of the present Convention, to be applicable to the Commonwealth of Australia, it shall also cease to be applicable to Papua and Norfolk Island, if so desired by either of the High Contracting Parties.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at Kristiania as soon as possible.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the

og Hans Majestæt Kongen av det Forenede Kongerike Storbritannien og Irland og av de Britiske Besiddelser hinsides havet, Keiser av Indien:

Herr Mansfeldt de Cardonnel Findlay, Hans Envoyé Extraordinaire og Ministre Plénipotentiaire hos Hans Majestæt Kongen av Norge,

hvilke efter at ha meddelt hinanden sine respektive fuldmagter, som er fundet i god og behørig form, er kommet overens om følgende:

Da det ansees for ønskelig at træffe særlig bestemmelse angaaende anvendelsen av handels- og sjøfartskonventionen mellem Norge og Storbritannien av 18 mars 1826 paa visse dele av den Britiske Krones lydlande, nemlig: Kanada, Den Australske Union, Ny Zealand, Den Sydafrikanske Union og Kolonien New-Foundland, enes de Høie Kontraherende Parter herved om, at enhver av dem skal ha ret til at opsi den nævnte konvention i forholdet til et eller alle av de ovennævnte lydlande til en hvilkensomhelst tid mot at gi et aars forutgaaende varsel.

Fremdeles er der enighet om, at den ovennævnte konvention, dersom den som følge av nærværende konvention ophører at være anvendelig overfor Den Australske Union, ogsaa skal ophøre at være anvendelig i forhold til Papua og Norfolk Island, hvis en av de Høie Kontraherende Parter ønsker det.

Nærværende konvention skal ratifiseres, og ratifikationerne skal utveksles i Kristiania saa snart som mulig.

Til bekræftelse herav har de respektive befuldmægtigede under-

present Convention in duplicate and have affixed thereto their seals.

Done at Kristiania, the 16th day of May, 1913.

(L. S.) (s.) *M. de C. Findlay.*

tegnet og forsynet med sine segl nærværende konvention i to eksemplarer.

Utfærdiget i Kristiania den 16 mai 1913.

(L. S.) (u.) *Ihlen.*

85.

FRANCE.

Décret déterminant les conditions dans lesquelles les indigènes de l'Indo-Chine sujets ou protégés français peuvent obtenir la qualité de Français; du 26 mai 1913.

Journal officiel 1913, No. 150.

Le Président de la République française,

Vu le sénatus-consulte du 3 mai 1851;

Vu le décret du 1er décembre 1858;

Vu les décrets des 25 mai 1881 et 29 juillet 1887, réglement tant les conditions de naturalisation des indigènes de la Cochinchine et de l'Annam et du Tonkin;

Sur le rapport du ministre des colonies et du garde des sceaux, ministre de la justice,

Décrète:

Art. 1er. Peuvent obtenir la qualité de citoyen français, après l'âge de vingt et un ans accomplis et après avoir justifié qu'ils savent écrire et parler la langue française:

1° Les indigènes de l'Indo-Chine, sujets ou protégés français qui, pendant dix ans, ont avec mérite et dévouement servi la France soit dans ses armées de terre et de mer, soit dans les fonctions ou emplois civils rétribués sur les fonds de l'Etat français, d'un des budgets de l'Indo-Chine ou d'un budget d'une colonie ou protectorat français.

2° Ceux qui, pendant le même temps, ont en Indo-Chine, en France ou dans une autre colonie ou protectorat français, rendu dans le commerce, l'industrie ou l'agriculture des services aux intérêts de la France.

3° Les indigènes, sujets ou protégés français décorés de la Legion d'honneur ou ceux qui ont rendu à la France des services exceptionnels. Ils peuvent, dans ce cas, être dispensés de justifier de la connaissance de la langue française.

4° Ceux qui, ayant obtenu un brevet de l'enseignement primaire supérieur ou professionnel ou un diplôme de l'enseignement secondaire, ont rendu, pendant cinq ans, des services importants aux intérêts de la France.

5° Ceux qui ont obtenu, soit le diplôme de docteur ou licencié ès lettres, ès sciences, de docteur en médecine, en droit, de pharmacien de 1[re] classe, ou le titre d'interne des hôpitaux, nommé au concours dans une ville où il existe une faculté de médecine; soit le diplôme délivré par l'école centrale des arts et manufactures, soit le diplôme supérieur délivré aux élèves externes par l'école des ponts et chaussées, l'école supérieure des mines, l'école du génie maritime; soit le diplôme de l'école nationale des mines de Saint-Etienne, le diplôme supérieur délivré par l'institut national agronomique, l'école du haras du Pin, les écoles nationales d'agriculture de Grignon, Montpellier et Rennes, l'école nationale des eaux et forêts, l'école des hautes études commerciales et les écoles supérieures de commerce reconnues par l'Etat; soit un prix ou médaille d'Etat dans les concours annuels de l'école nationale des beaux-arts, du Conservatoire de musique et de l'école nationale des arts décoratifs et qui justifieront en outre du temps de scolarité effectif, nécessaire pour l'obtention des diplômes, prix ou médailles de ces facultés ou écoles.

6° Ceux qui, patronnés, recueillis ou élevés pendant les cinq années qui précèdent leur majorité par des familles françaises ou par des sociétés de protection françaises reconnues d'utilité publique, ont obtenu un brevet de l'enseignement primaire supérieur ou professionnel ou un diplôme de l'enseignement secondaire.

7° Ceux qui ont épousé, dans les formes prévues par le code civil, une Française en cas d'existence d'enfant issu de ce mariage.

Art. 2. La demande formulée en vue d'obtenir soit la naturalisation, si elle émane d'un indigène protégé français, soit l'admission à la jouissance des droits de citoyen français, si elle émane d'un indigène sujet français, à laquelle sont joints l'acte de naissance du requérant et un extrait du casier judiciaire, est présenté au maire ou à l'administrateur, chef de province, dans le ressort duquel est domicilié l'intéressé. Le maire ou le chef de province procède à une enquête sur les antécédents, la situation, la moralité du requérant et sur sa connaissance de la langue française; il en consigne les résultats sur un procès-verbal. Le requérant doit, dans sa demande, faire choix d'un nom patronymique.

Art. 3. Si le demandeur est sous les drapeaux, la demande est adressée au chef de corps qui la transmet au général, commandant supérieur des troupes, chargé de diriger l'enquête et d'émettre son avis.

Art. 4. Le dossier constitué pour chaque demande est communiqué au gouverneur de la Cochinchine ou aux résidents supérieurs qui donnent leur avis, en conseil privé ou de protectorat.

La demande est ensuite transmise au gouverneur général qui l'adresse, avec son avis motivé, au ministre des colonies. Il est statué par décret, sur la proposition collective du ministre des colonies et du garde des sceaux, ministre de la justice.

Art. 5. La naturalisation française ou l'admission à la jouissance des droits de citoyen français est un bénéfice individuel qui ne s'étend pas de plein droit au conjoint ni à la descendance de l'intéressé. L'indigène qui l'obtient est régi par les lois civiles et politiques applicables aux Français.

La femme mariée à un indigène qui sollicite la qualité de citoyen français peut, si elle le demande, obtenir la qualité de française, sans autres conditions par le décret qui confère cette qualité à son mari.

Art. 6. Toutefois, contrairement aux dispositions de l'article précédent, se trouvent définitivement placés sous le régime des lois civiles et politiques applicables aux Français, le conjoint et les enfants mineurs de l'indigène naturalisé français ou admis à la jouissance des droits de citoyen français, né lui-même d'un indigène ayant obtenu la qualité de citoyen français.

Art. 7. Les actes de l'état civil dont la production est exigée par le présent décret devront être accompagnés de leur traduction, s'ils sont en langue étrangère.

Si les intéressés sont dans l'impossibilité de se procurer les actes de l'état civil visés au paragraphe précédent, ces actes seront suppléés par un acte de notoriété délivré dans la forme prescrite par l'article 71 du code civil.

Art. 8. Aucun droit de sceau ne sera perçu pour la naturalisation ou l'admission à la jouissance des droits de citoyen français des indigènes de l'Indo-Chine.

Art. 9. Sont abrogées toutes dispositions contraires à celles du présent décret.

Art. 10. Le ministre des colonies et le garde des sceaux, ministre de la justice sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret qui sera publié aux *Journaux officiels* de la République française et de l'Indo-Chine et inséré au *Bulletin des lois* et au *Bulletin officiel* du ministère des colonies.

Fait à Paris, le 26 mai 1913.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:

Le ministre des colonies,

J. Morel.

Le garde des sceaux, ministre de la justice,

Antony Ratier.

86.

BOLIVIE, ARGENTINE.

Protocole concernant le chemin de fer de Tupiza à La Quiaca; signé à Buenos Aires, le 17 juin 1913.

Memoria presentada al Congreso ordinario de 1913; La Paz 1913, p. 7.

Reunidos en el Despacho del Ministerio de Relaciones Exteriores de la República Argentina, S. E. el doctor Severo Fernandez Alonso, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de Bolivia, y S. E. el doctor Ernesto Bosch, Ministro del ramo, debidamente autorizados por sus respectivos Gobiernos:

S. E. el Ministro de Bolivia expuso: Que por diversas causas, ajenas a la voluntad de los Gobiernos Argentino y Boliviano, no se han realizado hasta el presente las construcciones ferroviarias a que se refieren los protocolos de 30 de junio de 1894,*) 11 de diciembre de 1902,**) 16 de febrero de 1906***) y 18 de mayo de 1907.†)

Agregó que el Gobierno de Bolivia, en el anhelo de estrechar las relaciones comerciales y políticas con la República Argentina, había realizado últimamente una operación financiera que le permite sufragar por sí solo los gastos de la construcción de una línea férrea de La Quiaca a Tupiza.

Dijo asimismo que la línea de La Quiaca a Tupiza una vez empalmada con la que se construye de Uyuni a Tupiza, ligará el Ferrocarril Central Norte Argentino, con los Departamentos de Chuquisaca y Potosí, por una parte, con los de La Paz, Cochabamba y Oruro, por otra y también con la costa del Pacífico.

Concluyó el Ministro de Bolivia diciendo que, por todo lo expuesto, el Gobierno de Bolivia propone que se declaren sin efecto los mencionados protocolos. En cuanto a la línea directa de Tupiza a Potosí, por Cotagaita, el Gobierno de Bolivia, tiene el propósito de construirla gradualmente, cuando las circunstancias se lo permitan, conforme a su plan ferroviario.

S. E. el señor Ministro de Relaciones Exteriores de la República Argentina manifestó a su vez que, en vista de los hechos producidos, su Gobierno defería a los propósitos manifestados por el señor Ministro Plenipotenciario de Bolivia, tratándose, como se trata, de vincular los altos intereses de ambos países por una línea férrea que uniéndolos, propenderá a su intercambio comercial, a favor del cual la Argentina concurrirá por los medios que tiene a su alcance.

---

*) V. N. R. G. 3. s. VI, p. 293. **) V. ibid. p. 296.

***) La Convention du 16 février 1906 n'a pas été ratifiée; v. República Argentina. Tratados etc. II (1911), p. 220.

†) V. N. R. G. 3. s. VI, p. 774.

En consecuencia, ambos Gobiernos resuelven dejar sin efecto los protocolos de 30 de junio de 1894, 11 de diciembre de 1902, 17 de febrero de 1906 y 18 de mayo de 1907; quedando entendido que Bolivia construirá de inmediato y por su cuenta la línea de Tupiza a La Quiaca y posteriormente, cuando las circunstancias se lo permitan y conforme a su plan ferroviarios la línea de Tupiza a Potosí, por Cotagaita. El Gobierno Argentino ejecutará oportunamente las obras y contrucciones que juzgue convenientes en su frontera de La Quiaca, para facilitar el intercambio comercial.

En fe de lo cual, ambos Plenipotenciarios suscriben el presente Protocolo, en doble ejemplar, a los diez y siete días del mes de junio de mil novecientos trece.

(Firmado) *Ernesto Bosch,*
(Firmado) *Severo Fernandez Alonso.*

87.

SUÈDE, ALLEMAGNE.

Déclarations concernant les requêtes d'arrestation; signées à Stockholm et à Berlin, le 18 juin 1913.

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1913, No. 6.

Deklaration.

Mellan Kungl. Svenska Regeringen och Kejserliga Tyska Regeringen har träffats följande överenskommelse rörande ömsesidigt införande av framställningar om efterlysning i vederbörande tidskrift för polisunderrättelser.

1. Framställningar från vederbörande svenska justitiemyndigheter om efterlysning skola kungöras i „Deutsches Fahndungsblatt" och dylika framställningar från vederbörande tyska justitiemyndigheter skola kungöras i „Polisunderrättelser".

2. För kungörelse förutsättes, att häktningsorder utfärdats, och att sådan straffbar handling, som utgör förutsättning för tillämpningen av

Erklärung.

Zwischen der Kaiserlich Deutschen Regierung und der Königlich Schwedischen Regierung ist die nachstehende Vereinbarung über die Aufnahme von Fahndungsersuchen in den beiderseitigen Fahndungsblättern getroffen worden.

1. Fahndungsersuchen der deutschen Justizbehörden sollen im schwedischen Polizeiblatt, Fahndungsersuchen der schwedischen Justizbehörden im Deutschen Fahndungsblatt veröffentlicht werden.

2. Die Veröffentlichung setzt voraus, dass ein Haftbefehl erlassen ist, und dass es sich um Straftaten handelt, welche die Auslieferung

svensk-tyska fördraget den 19 januari 1878*) angående utlämnande af förbrytare, föreligger.

nach dem deutsch-schwedischen Auslieferungsvertrage vom 19. Januar 1878*) begründen.

3. Framställningarna skola av vederbörande myndighet i den stat, av vilken begäran framställes, skriftligen eller medelst telegram riktas direkt till redaktionen av vederbörande tidskrift för polisunderrättelser i den stat, hos vilken begäran framställes.

3. Die Ersuchen sind von den zuständigen Behörden des ersuchenden Staates auf schriftlichem oder telegraphischem Wege unmittelbar an die Redaktion des Fahndungsblatts des ersuchten Staates zu richten.

4. Redaktionerna för tidskrifterna för polisunderrättelser i bägge länderna äro förpliktade att, för såvitt framställningarna uppfylla de under N:o 2 givna förutsättningar, snarast möjligt efterkomma desamma genom deras kungörande. Därest framställning om efterlysning avböjes, skall den myndighet, som därom framställt begäran, ofördröjligen därom underrättas.

4. Die Redaktionen der beiderseitigen Fahndungsblätter sind verpflichtet, den Ersuchen durch Veröffentlichung schleunigst nachzukommen, sofern sie den Voraussetzungen unter Nr. 2 entsprechen. Im Falle der Ablehnung ist die ersuchende Behörde unverzüglich zu benachrichtigen.

5. De båda regeringarna skola lämna varandra uppgift å de justitiemyndigheter, som äga befogenhet att framställa begäran om efterlysning samt å redaktionernas för polisunderrättelser adresser.

5. Die für die Ersuchen zuständigen Justizbehörden sowie die Adressen der Redaktionen der Fahndungsblätter werden die beiden Regierungen einander mitteilen.

6. Framställningar om kungörande böra avfattas å den myndighets språk, av vilken framställning göres, och såvitt möjligt efter enhetligt mönster, dock överlämnas åt den myndighet, som framställer begäran om efterlysning, att avgöra, huruvida myndigheten för åstadkommande av ärendets skyndsamma handläggning vill begagna den myndighets språk, hos vilken efterlysning begäres, eller vid framställningen foga översättning till sistnämnda myndighets språk.

6. Die Ersuchen um Ausschreibung sind in der Sprache der ersuchenden Behörde, und zwar tunlichst nach einem einheitlichen Muster abzufassen, doch bleibt es dem Ermessen der ersuchenden Behörde überlassen, ob sie im Interesse der Beschleunigung die Sprache der ersuchten Behörde anwenden oder dem Ersuchen eine Uebersetzung in der Sprache der ersuchten Behörde beifügen will.

7. Kungörelse skall avfattas å den stats språk, hos vilken begäran om efterlysning framställes.

7. Die Veröffentlichung selbst erfolgt in der Sprache des ersuchten Staates.

8. Kostnader för kungörelse skola icke beräknas; myndigheterna skola

8. Für die Veröffentlichung werden Kosten nicht berechnet; auch trägt

*) V. N. R. G. 2. s. IV, p. 443.

var å sin sida vidkännas de vid skriftväxlingen uppkommande kostnader.

9. Denna överenskommelse skall träda i kraft den 1 juli 1913 och gälla till utgången av sex månader efter från endera regeringen skedd uppsägning.

Deklarationen kommer att utväxlas mot en liknande förklaring av Kejserliga Tyska Regeringen.

Stockholm den 18 juni 1913.

(undert.) *Ehrensvärd.*

jede Behörde die ihr durch den Schriftwechsel entstehenden Portoauslagen.

9. Diese Vereinbarung tritt am 1. Juli 1913 in Wirksamkeit und bleibt in Kraft bis zum Ablauf von 6 Monaten nach erfolgter Kündigung seitens einer der beiden Regierungen.

Die Erklärung wird gegen eine entsprechende Erklärung der Königlich Schwedischen Regierung ausgetauscht werden.

Berlin, den 18. Juni 1913.

Im Namen der Kaiserlich Deutschen Regierung:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

(gez.) *Jagow.*

88.

PORTUGAL.

Loi sur la pêche de la baleine dans les eaux territoriales des colonies; du 16 juillet 1913.

Diario do Governo du 16 juillet 1913.
Traduction.

Im Namen der Nation erlässt der Kongress der Republik und ich verfüge folgendes Gesetz:

Artikel 1.

Die Ausübung des Walfischfanges in den Territorialgewässern der Kolonien ist nur portugiesischen Schiffen, welche eine vom Gouverneur der Provinz bewilligte und im Amtsblatt (Boletim Official) veröffentlichte Lizenz besitzen, erlaubt.

Artikel 2.

Die Anzahl der Konzessionen für den Walfischfang in den Gewässern von Angola und Mozambique bleibt auf die zur Zeit bestehenden beschränkt, bis die Vorschriften, das Studium der Fangregionen und die Untersuchungen der zu diesem Zweck ernannten Lokalbehörden und technischen Kom-

18*

missionen die nötigen Daten geliefert haben werden, um ihre Anzahl in Uebereinstimmung mit dem Vorkommen des Walfisches in den Gewässern Südafrikas zu bestimmen.

Artikel 3.

Die Konzessionen lauten auf den Inhaber und können nicht auf eine andere Person oder Gesellschaft übertragen werden ohne Genehmigung der Regierung, welche jedoch die Uebertragung erlauben oder verbieten kann.

Artikel 4.

Die Plätze für die Anlagen der Konzessionen für den Walfischfang, sowohl zu Wasser wie zu Lande, müssen vorher besichtigt werden.

Artikel 5.

Der Fang junger oder nicht ausgewachsener Walfische ist verboten. Zuwiderhandelnde werden beim ersten Mal mit einer Geldstrafe von 250 $ (Escudos), welche bei jeder neuen Zuwiderhandlung um ein Drittel verschärft wird, belegt.

Artikel 6.

Wenn der Termin der gegenwärtigen Konzessionen für ausländische Unternehmungen abgelaufen ist, so kann der Kontrakt nur erneuert werden, wenn die Regierungen der betreffenden Länder sich verpflichten volle Gegenseitigkeit zu verbürgen, indem sie portugiesischen Unternehmungen den Walfang in ihren Territorialgewässern, sowohl des Mutterlandes wie denen der Kolonien gestatten.

Artikel 7.

Alle ausländischen Gesellschaften, welche den Walfischfang in den überseeischen Provinzen betreiben, haben jährlich zu zahlen:

1. 500 $ für jeden Walfischdampfer.
2. 300 $ für jedes für den Walfang bestimmte Segelschiff.
3. 190 $ für jeden kleinen Schlepper für den Walfang.
4. 20 $ für jedes Paar Walfischboote.
5. 5 $ für jeden Quadratmeter Land, welches für die Ausbeutung nötig ist.

Zusatzparagraph: Die einheimischen Unternehmungen sind von den in diesem Artikel festgesetzten Zahlungen befreit.

Artikel 8.

Die ausländischen Gesellschaften zahlen jährlich 10 centavos pro Quadratmeter der Gesamtoberfläche über jegliche schwimmende Station, seien es Schiffe oder irgend ein anderes schwimmendes Objekt, welche an dem von den Seebehörden bezeichneten Platz vor Anker liegen und, falls dieselben es für nötig erachten, zu entfernen sind.

Artikel 9.

Alle Unternehmer oder jeder Konzessionsinhaber zahlen 2000 Escudos Strafe für jedes Jahr, gerechnet vom Ablauf des ersten nach der Terrain-

konzession verflossenen Jahres, wenn sie nicht die für die industrielle Ausbeutung nötigen Einrichtungen angelegt haben.

Artikel 10.

Die mit dem Walfang beschäftigten Schiffe sind, falls sie keinen Lotsen nehmen, von den Lotsengebühren befreit.

Artikel 11.

Der aus den Walen gewonnene Tran und die Barten zahlen, falls sie für den Export bestimmt sind, 5% ad valorem für fremde Häfen und 2% für portugiesische Häfen. Die Ambra zahlt 20% ad valorem für fremde und 10% für portugiesische Häfen.

Zusatzparagraph: Der aus den Ueberresten der Walfische hergestellte künstliche Dünger ist für die Ausfuhr in portugiesisches Territorium von Abgaben befreit und zahlt für die Ausfuhr ins Ausland 3% vom Werte.

Artikel 12.

Die Konzessionsinhaber, sowohl einheimische wie fremde, sind verpflichtet, alle Produkte des Walfisches zu benutzen und auch die Ueberreste zu künstlichem Dünger zu verarbeiten, widrigenfalls ihnen die Konzession entzogen wird.

Artikel 13.

Alles Material, welches zum Walfischfang oder zur Gewinnung des Trans dient, ist vom Zoll befreit.

Artikel 14.

Den Fässern oder irgendwelchen anderen zur Verpackung dienenden Gefässen, welche bestimmt sind die Industrieerzeugnisse des Walfischfanges für den Export aufzunehmen, wird zeitweilige Einfuhr gestattet werden.

Artikel 15.

Die Stationen, welche an Orten oder Häfen errichtet sind, an denen sich keine See- oder Zollbehörde befindet, müssen auf ihre eigenen Kosten am Ort der Konzession, sei er am Lande oder auf einer schwimmenden Station, einen Zollbeamten und einen Aufsichtsbeamten der Hafenpolizei (cabo de mar) unterhalten, falls dies für nötig erachtet wird.

Artikel 16.

Es ist den interessierten Gemeinden verboten, die Industrie des Walfischfanges mit Taxen oder Abgaben zu belegen, die 1 $ (einen Escudo) pro gefangenen Wal überschreiten.

Artikel 17.

Den gegenwärtigen Konzessionsinhabern bleiben alle Rechte, welche in Verträgen oder Urkunden internationalen Charakters festgelegt sind, gewahrt, falls dieselben schon vor der Veröffentlichung gegenwärtigen Erlasses bestanden.

Artikel 18.

Die Gouverneure sind beauftragt die nötigen Vorschriften für die Ausführung dieses Gesetzes zu veröffentlichen und für die Erfüllung derselben im Sinne des gegenwärtigen Erlasses zu sorgen.

Artikel 19.

Alle entgegengesetzten Bestimmungen werden hiermit aufgehoben.

Der Minister der Kolonien ist mit der Veröffentlichung beauftragt.

Gegeben im Regierungspalast der Republik und publiziert am 16. Juli 1913.

Manuel de Arriaga.
Artur R. de Almeida Ribeiro.

89.

PAYS-BAS, BELGIQUE.

Echange de notes afin de régler le rapatriement des mineurs; du 21 juillet 1913.

Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1913, No. 371.

Légation des Pays-Bas.

Le soussigné, Chargé d'Affaires des Pays-Bas ad interim à Bruxelles, dûment autorisé à cet effet, a l'honneur de porter à la connaissance de son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi des Belges, que le Gouvernement néerlandais s'engage à prendre les mesures nécessaires pour le rapatriement en Belgique des mineurs belges qui se trouveraient aux Pays-Bas contre la volonté des personnes investies sur eux du droit de garde, par application des lois en vigueur en Belgique, toutefois aux conditions suivantes:

1⁰. que le droit de garde soit simplement méconnu, sans être contesté. Il est présumé que cette condition est remplie, du moment que les autorités belges appuient la requête des personnes susvisées;

2⁰. que la requête soit adressée au parquet néerlandais compétent;

3⁰. que le rapatriement soit, en fait, jugé conforme à l'intérêt du mineur.

Le rapatriement aura également lieu si un mineur, ayant été mis à la disposition du Gouvernement belge en vertu d'un jugement et placé dans un établissement d'éducation de l'Etat ou confié, soit par le Gouvernement, soit par l'autorité judiciaire, à une institution privée ou à une famille, se trouve en territoire néerlandais, après s'être soustrait ou avoir été soustrait à la surveillance à laquelle il est ainsi soumis. Il en sera de même si le mineur a été confié à une institution ou à une famille,

soit par l'autorité judiciaire, soit par le Conseil de famille. Il en sera de même encore, aussitôt qu'il a été rendu un jugement prononçant la déchéance de la puissance paternelle ou la mise à la disposition du Gouvernement, alors même qu'il n'a pas encore été pourvu à l'éducation du mineur. Dans tous ces cas, les conditions prévues sous les 1°. et 2°. devront également être remplies.

La requête sera adressée directement au parquet néerlandais compétent par l'intermédiaire du parquet belge. De même l'instruction de la demande se fera par moyen d'une correspondance directe de parquet à parquet.

Le parquet néerlandais avisera directement le parquet belge compétent de l'heure et du lieu du rapatriement.

Chaque pays supportera les frais d'entretien et de voyage occasionnés sur son territoire par le transport du mineur.

Les autorités néerlandaises auxquelles les mineurs renvoyés aux Pays-Bas pourront être confiés sont le commissaire de police à Maestricht et le bourgmestre de Roosendael, ainsi que le bourgmestre de Sas de Gand, s'il s'agit de mineurs domiciliés dans les Flandres Zélandaises.

Le soussigné profite de cette occasion pour renouveler à Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi des Belges les assurances de Sa haute considération.

Bruxelles, le 21 juillet 1913.

Melvill.

Ministère des Affaires Etrangères.

Direction C 3 No. 30497 d.

Le soussigné, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi des Belges, dûment autorisé à cet effet, a l'honneur de porter à la connaissance de Son Excellence Monsieur l'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas à Bruxelles, que le Gouvernement belge s'engage à prendre les mesures nécessaires pour le rapatriement aux Pays-Bas des mineurs néerlandais qui se trouveraient en Belgique contre la volonté des personnes auxquelles la loi en vigueur aux Pays-Bas attribue le droit de garde sur eux toutefois sous les conditions suivantes:

1) que le droit de garde soit simplement méconnu, sans être contesté. Il est présumé que cette condition est remplie, du moment que les autorités néerlandaises appuient la requête des personnes susvisées;

2) que la requête soit adressée au parquet belge compétent;

3) que le rapatriement soit, en fait, jugé conforme à l'intérêt du mineur.

Le rapatriement aura également lieu si un mineur qui a été mis à la disposition du Gouvernement néerlandais en vertu d'un jugement et à l'égard duquel le pourvoi à l'éducation de la part du Gouvernement n'a pas encore été définitivement terminé, se trouve en territoire belge après

s'être soustrait ou après avoir été soustrait à la surveillance à laquelle il était ainsi soumis. Dans ces cas les conditions sous 1 et 2 devront également être remplies.

La requête sera adressée directement au parquet belge compétent par l'intermédiaire du parquet néerlandais. De même l'instruction de la demande se fera par moyen d'une correspondance directe de parquet à parquet.

Le parquet belge avisera directement le parquet néerlandais compétent de l'heure et du lieu du rapatriement.

Chaque pays supportera les frais d'entretien et de voyage occasionnés sur son territoire par le transport du mineur.

Les autorités belges auxquelles les mineurs renvoyés en Belgique pourront être confiés sont les commandants de la brigade de gendarmerie à Esschen, Lanaeken et Visé.

Le soussigné profite de cette occasion pour renouveler à Son Excellence Monsieur l'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas à Bruxelles les assurances de sa haute considération.

Bruxelles, le 21 juillet 1913.

Davignon.

90.

PRUSSE, WURTTEMBERG.

Déclarations concernant la construction d'un chemin de fer de Buchau à Riedlingen; des 4 et 26 août 1913.

Preussische Gesetzsammlung 1913, No. 43.

Ministerialerklärung, betreffend die Herstellung einer Eisenbahn von Buchau nach Riedlingen. Vom 26. August 1913.

Die Königlich Preussische und die Königlich Württembergische Regierung sind wegen Herstellung einer Eisenbahn von Buchau nach Riedlingen auf der Markung des württembergisch-preussischen Kondominatsorts Burgau, Gemeinde Heudorf, Oberamts Riedlingen, über folgende Punkte übereingekommen:

I. Die Königlich Preussische Regierung gestattet der Königlich Württembergischen Regierung, zur Herstellung einer Nebenbahn mit 0,75 m Spurweite von Buchau nach Riedlingen auf der Markung Burgau die preussischen Grundstücke Nr. 16, 17, 18, 22, 23, 24, 27, den preussischen Feldweg Nr. 18 und den gemeinschaftlichen Nachbarschaftsweg Nr. 2, soweit erforderlich, zu benutzen und die Bahn, soweit sie die preussischen Grundstücke berührt, dauernd auf ihre Rechnung zu betreiben.

II. Die Königlich Württembergische Regierung wird die Bahn auf den preussischen Grundstücken der Markung Burgau mit derselben Sorgfalt wie auf württembergischem Staatsgebiet erbauen, unterhalten und betreiben.

III. Die Landeshoheit bleibt für die auf preussischem Gebiete liegenden Streckenteile der Bahn der Königlich Preussischen Regierung vorbehalten. Der Königlich Preussischen Regierung steht insbesondere die landespolizeiliche Prüfung und Genehmigung des Bauentwurfs zu, soweit dieser die Herstellung von Wegübergängen, Durchlässen, und Nebenwegen auf preussischen Gebietsteilen vorsieht. Im übrigen soll der Bauentwurf auch für die preussischen Gebietsteile von der Königlich Württembergischen Regierung aufgestellt werden.

Alle auf preussischen Gebietsteilen vorkommenden, die Bahnanlagen oder die Beförderung darauf betreffenden Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen sollen den Königlich Preussischen Behörden zur Untersuchung und Bestrafung angezeigt werden.

Die Bahnpolizei wird auf den preussischen Gebietsteilen unter der Aufsicht der in Preussen hierfür zuständigen Behörden nach der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung ausgeübt. Die zur Wahrnehmung der Bahnpolizei auf diesen Gebietsteilen berufenen württembergischen Eisenbahnbeamten werden auf den Vorschlag der Königlich Württembergischen Eisenbahnverwaltung durch die zuständigen Königlich Preussischen Behörden verpflichtet werden.

IV. Die Königlich Württembergische Regierung überlässt dem Ermessen der Königlich Preussischen Regierung, zur Ueberwachung der Königlich Preussischen Interessen und Gerechtsame bei den von der Königlich Württembergischen Regierung im Königlich Preussischen Gebiete gebauten und betriebenen Streckenteile sowie zur Verhandlung mit der Königlich Württembergischen Eisenbahnverwaltung in allen auf den Bau und Betrieb sich beziehenden Angelegenheiten einen besonderen Kommissarius zu bestellen oder auch andere geeignete Organe auszuwählen.

V. Die Königlich Preussische Regierung wird dem Staate Württemberg für die auf preussischem Gebiete gelegenen Teile der Bahnanlagen und für den Betrieb der Bahn Befreiung von Staats- und Gemeindeabgaben und Lasten in dem für die Bahn von Tuttlingen nach Sigmaringen im Artikel 8 des Staatsvertrags vom 15. Juni 1887*) zugestandenen Umfang einräumen und nötigenfalls die Einräumung veranlassen und genehmigen.

VI. Die Königlich Württembergische Regierung wird durch ihre Eisenbahn-Bau- und Betriebsverwaltung wegen aller Entschädigungsansprüche, die wegen der Anlegung oder des Betriebs der Bahn auf preussischen Gebietsteilen etwa erhoben werden, vor den zuständigen Königlich Preussischen Gerichten Recht nehmen lassen.

*) V. Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1887, p. 456.

VII. Solange die Königlich Württembergische Regierung die Bahn besitzt und betreibt, stellt sie auch die Fahrpläne und Tarife fest.

VIII. Der Königlich Württembergischen Regierung ist gestattet, längs der auf preussischen Gebietsteilen liegenden Bahnstrecken Telegraphenleitungen anzulegen.

IX. Falls die Königlich Württembergische Regierung Eigentum oder Betrieb der Bahn an einen anderen übertragen sollte, wird wegen Abänderung der gegenwärtigen Vereinbarung das Nähere zwischen den beiden Regierungen verabredet werden.

Zur Beurkundung ist die gegenwärtige Erklärung ausgefertigt worden, um gegen eine entsprechende Erklärung des Königlich Württembergischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten ausgewechselt zu werden.

Berlin, den 26. August 1913.

Der Königlich Preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Bethmann Hollweg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen eine entsprechende Erklärung des Königlich Württembergischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten vom 4. August d. J. ausgewechselt worden ist, hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 20. Oktober 1913.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Bethmann Hollweg.

91.

PRUSSE, SAXE.

Traité sur l'imposition des chemins de fer; signé à Berlin et à Dresde, le 6/25 août 1913.*)

Preussische Gesetzsammlung 1913, No. 46.

Staatsvertrag zwischen Preussen und Sachsen, betreffend eine Aenderung der Vereinbarungen über die staatliche Besteuerung der im Königreiche Sachsen belegenen preussischen Staatseisenbahnstrecken. Vom 6./25. August 1913.

Infolge Umgestaltung der Eisenbahnanlagen in und um Leipzig ist eine Aenderung der Vereinbarungen über die staatliche Besteuerung der im Königreiche Sachsen belegenen preussischen Staatseisenbahnstrecken erforderlich geworden. Zu diesem Behufe haben zu Bevollmächtigten ernannt:

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 25 novembre 1913.

Seine Majestät der König von Preussen:
Allerhöchstihren Geheimen Oberregierungsrat Heintzmann,
Allerhöchstihren Geheimen Legationsrat Goetsch,
Allerhöchstihren Geheimen Oberfinanzrat Dr. Schneider,
Allerhöchstihren Geheimen Finanzrat Dr. Sander;

Seine Majestät der König von Sachsen:
Allerhöchstihren Ministerialdirektor Geheimen Rat Elterich,
Allerhöchstihren Geheimen Finanzrat Dr. Böhme,
Allerhöchstihren Geheimen Legationsrat von Leipzig,
Allerhöchstihren Oberfinanzrat Friedrich.

Die Bevollmächtigten haben unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation nachstehenden Staatsvertrag abgeschlossen:

Artikel I.

Die preussische Staatseisenbahnverwaltung zahlt an den Sächsischen Staat auf Grund von Artikel XII des Staatsvertrags vom 30. Juni 1884*) eine feste Rente von jährlich 44 400 Mark, von denen nach Artikel 4 des Staatsvertrags vom 7./12. Juni 1895 1 030 Mark abgehen, und ausserdem auf Grund von Artikel VIII des Staatsvertrags vom 24. Januar 1887**) eine feste Rente von jährlich 2 000 Mark, zusammen also 45 370 Mark jährlich. Dieses Pauschale von 45 370 Mark wird mit Wirkung vom 1. Januar 1912 an auf 97 000 Mark erhöht. Der das bisherige Pauschale übersteigende Betrag ist für das Betriebsjahr 1912 alsbald nach der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrags zu zahlen. Für die späteren Betriebsjahre ist das erhöhte Pauschale jedesmal im Juli des nächstfolgenden Jahres zu zahlen. Im übrigen wird an den die gegenseitige Besteuerung der Staatseisenbahnen betreffenden Vereinbarungen, insbesondere auch hinsichtlich der Erhebung der Grundsteuer, nichts geändert. Auch bewendet es bezüglich der Linie Plagwitz-Lindenau-Markranstädt-Rippach-Poserna bei den im Staatsvertrage vom 18. November 1892 und im Schlussprotokolle hierzu hinsichtlich der Besteuerung getroffenen Bestimmungen.

Artikel II.

Gegenwärtiger Vertrag soll beiderseitig zur landesherrlichen Genehmigung vorgelegt werden; die Auswechselung der Ratifikationsurkunden soll in Berlin erfolgen.

Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Berlin, den 6. August 1913. / Dresden, den 25. August 1913.

(L. S.) *Heintzmann.*	(L. S.) *Elterich.*
(L. S.) *Goetsch.*	(L. S.) *Dr. Böhme.*
(L. S.) *Schneider.*	(L. S.) *v. Leipzig.*
(L. S.) *Sander.*	(L. S.) *Friedrich.*

*) V. Preussische Gesetzsammlung 1884, p. 328.
**) V. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1887, p. 68

92.

GRANDE-BRETAGNE, COSTA-RICA.

Protocole afin d'étendre à certaines Colonies britanniques le Traité d'amitié, de commerce et de navigation du 27 novembre 1849;*) signé à Panamá, le 18 août 1913.

Treaty Series 1913, No. 16.

Protocol between the United Kingdom and Costa Rica respecting the application of the Treaty of Friendship, Commerce, and Navigation of November 27, 1849, to certain parts of His Britannic Majesty's Dominions.

Whereas the commercial relations between the British Empire and the Republic of Costa Rica are regulated by the Treaty of Friendship, Commerce, and Navigation of November 27, 1849; and whereas it is desirable to make further provision with regard to the application of the said Treaty to certain parts of His Britannic Majesty's dominions, viz., the Dominion of Canada, the Commonwealth of Australia, the Dominion of New Zealand, the Union of South Africa, and the Colony of Newfoundland; the Government of His Britannic Majesty and the Government of Costa Rica hereby agree that either of the Contracting Parties shall have the right to terminate the said Treaty with respect to any or all of the above-mentioned dominions at any time on giving twelve months' notice to that effect.

It is further agreed that should the said Treaty cease, in pursuance

Protocolo entre el Reino Unido y Costa Rica respecto á la aplicación del Tratado de Amistad, Comercio y Navegación de 27 de noviembre de 1849, en ciertas partes de los dominios de Su Majestad Británica.

Por cuanto las relaciones comerciales entre el Imperio Británico y la República de Costa Rica están reguladas por el Tratado de Amistad, Comercio y Navegación de 27 de noviembre de 1849, y por cuanto es conveniente celebrar nuevo acuerdo respecto á la aplicación de dicho Tratado en ciertas partes de los dominios de Su Majestad Británica, á saber: el Dominio de Canadá, la Confederación de Australia, el Dominio de Nueva Zelandia, la Unión del Africa del Sur y la Colonia de Terranova, el Gobierno de Su Majestad Británica y el Gobierno de la República de Costa Rica, por el presente, convienen que cualquiera de las Partes Contratantes tendrá derecho á poner fin á dicho Tratado con respecto á alguno ó á todos los dominios arriba mencionados, en cualquier tiempo, dando para ello aviso con doce meses de anticipación.

Se conviene además que si, en virtud de este Protocolo llegare á

*) V. N. R. G. XIV, p. 650.

of this Protocol, to be applicable to the Commonwealth of Australia, it shall also cease to be applicable to Papua and Norfolk Island, if so desired by either of the Contracting Parties.

In witness whereof, we, Claude Coventry Mallet, Knight, Companion of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, Minister Resident of His Britannic Majesty to Costa Rica, and Humberto Vaglio M., Consul-General of Costa Rica in Panamá, duly authorized by our respective Governments, have signed and sealed the present Protocol in the city of Panamá, on the eighteenth day of August, in the year one thousand nine hundred and thirteen.

caducar dicho Tratado en lo que se refiere á su aplicación en la Confederación de Australia, caducará también y dejará por lo tanto de aplicarse en Papua y en la Isla de Norfolk, si así lo deseare cualquiera de las Partes Contratantes.

En fe de lo cual, nosotros, Claude Coventry Mallet, Caballero, Compañero de la Muy Distinguida Orden de San Miguel y San Jorge, Ministro Residente de Su Majestad Británica en Costa Rica, y don Humberto Vaglio M., Cónsul General de Costa Rica en Panamá, debidamente autorizados por nuestros respectivos Gobiernos, hemos firmado el presente Protocolo en la ciudad de Panamá, á los diez y ocho días de agosto de mil novecientos trece.

(L. S.) *C. Mallet.*
(L. S.) *Hum. Vaglio M.*

93.

SUÈDE ET NORVÈGE, LIBÉRIA.

Traité d'amitié, de commerce et de navigation; signée à Londres, le 1er septembre 1863.*)

Sandgren, Recueil des Traités de la Suède (1910), p. 862.
Extrait.

Art. 1. There shall be perpetual peace and friendship between His Majesty The King of Sweden and Norway, His Heirs and Successors, on the one part, and the Republic of Liberia, on the other part, and also between the subjects and citizens of the respective States.

Art. 2. The slave-trade is prohibited and declared criminal by the two contracting parties.

Art. 3. A) Swedish and Norwegian subjects in the Republic of Liberia, and Liberian citizens in the United Kingdoms of Sweden and Nor-

*) V. ci-dessous, No. 94.

way, shall enjoy religious liberty in accordance with the legislation in force in the respective countries.

B) There shall be reciprocal freedom of commerce between the United Kingdoms of Sweden and Norway, and the Republic of Liberia. The subjects of His Majesty The King of Sweden and Norway shall be permitted to reside and trade in any part whatever of the territory of the Republic of Liberia, where other foreigners now are or in future may be admitted. They shall enjoy full protection for their persons and property. They shall be allowed to buy from and sell to whomsoever they choose, without being placed under any limitation or restriction from monopolies, contracts or any other exclusive privileges of purchase or sale whatever. They shall have the right to possess, on the same terms as native citizens, and without being subjected to any special tax or import as foreigners. personal property of any and every description, and freely to dispose of the same according to the laws of the country; to succeed to and to transmit such property, whether by inheritance *ab intestato* or by testament. They shall enjoy all other rights and privileges which now are or hereafter may be conceded to any other foreigners, the subjects or citizens of the most favoured nation. In consideration whereof the citizens of the Republic of Liberia shall enjoy in the United Kingdoms of Sweden and Norway the same protection and the same privileges.

Art. 4. No other or higher duties on tonnage of importation or charges or taxes of any description whatever shall be levied in the Republic of Liberia on Swedish or Norwegian vessels or on goods imported or exported in Swedish or Norwegian vessels, than are levied on the vessels of the Republic or on the goods imported or exported in the same; and in like manner no other or higher duties on tonnage of importation or other charges or taxes shall be levied in the United Kingdoms of Sweden and Norway on the vessels of the Republic or on the goods imported or exported in the same, than in like case would be levied on national vessels or on the goods imported or exported in the same. Liberian vessels shall be admitted to the colonies of His Majesty The King of Sweden and Norway on the same terms as the vessels of the most favoured nations; but in respect to the intercourse between Sweden and Norway and the colonies as also to the coasting trade in the countries belonging to either of the contracting parties the laws of the respective States are to be followed.

Art. 5. Produce and wares imported from Swedish or Norwegian Ports into the Republic of Liberia, irrespective of the nationality of the vessels, and imported in Swedish or Norwegian vessels, irrespective of the ports of lading, shall be subject to no prohibition, nor to any other or higher duties on the part of the Republic than in like case are levied on the same produce or wares imported from any other place or in any other foreign vessels. Likewise all articles produced in the Republic may be exported by Swedish or Norwegian merchants and in Swedish or Norwegian vessels on as favourable conditions as are conceded to the flag

and to the citizens of any other foreign State. In like manner all produce and wares exported from the ports of the Republic of Liberia, irrespective of the nationality of the vessels, and imported into Swedish or Norwegian ports in Liberian vessels, irrespective of the ports of lading, shall, on the part of the United Kingdoms be subject neither to prohibition nor to any other or higher duties than are levied on the same produce or wares imported from any other foreign place or in any other foreign vessels. Likewise all articles of Swedish or Norwegian production may be exported by Liberian citizens and in Liberian vessels on as favourable conditions as they can be exported by the citizens and in the vessels of any other foreign State.

Art. 6. The protection of the Government of the Republic of Liberia shall be granted to all Swedish and Norwegian vessels, their officers and crews. If any Swedish or Norwegian ship be wrecked on the coast of the Republic, the local authorities shall succour and protect the same against plunder and see that all articles saved from the wreck be restored to their lawful owner. In like manner the protection of His Majesty The King of Sweden and Norway shall be granted to all Liberian ships, their officers and crews. If any such ship should be wrecked on the coasts of Sweden or Norway, the local authorities shall succour and protect the same against plunder and see that all articles saved from the wreck be restored to their lawful owner. The amount of the salvage-dues shall be regulated, in case of dispute, by arbitrators chosen by the two parties.

Art. 7. It being the intention of the two contracting parties to bind themselves by the present treaty to treat each other on the basis of the most favoured nation, it is agreed that every favour, preference or immunity, which one of the contracting parties may now or at any future time grant to the citizens or subjects of any other State in matter of commerce or navigation, shall at once be extended to the citizens or subjects of the other contracting party, gratuitously, if the concession in favour of such other State shall have been gratuitous, or for a consideration, if it has been conditionally granted, the consideration to be determined by common consent, and to correspond as far as possible in value and importance with that for which the said favour had been granted.

Art. 8. Each of the contracting parties shall have the right to appoint, for the protection of commerce, Consuls and Vice-Consuls in the territories of the other. These functionaries can not, however, enter upon the duties of their office before they have been recognized in the customary manner by the Government of the country where they are to reside. They shall enjoy, both in their persons and in the exercise of their official duties, the same protection and privileges that are accorded to Consuls of the most favoured nations.

Art. 9. The respective Consuls of the contracting parties shall have the right to cause to be arrested and sent back, either on board their own ship, or home, such seamen as have deserted from the ships of their

own nation, whilst in the ports of the other, provided, however they be not subjects of the power on who's territory the desertion has taken place. To this end they shall apply, in writing, to the local authorities and prove by an exhibition of the original, or of a certified copy, of the register of the vessel, or of the roll of the crew, or by other official documents, that the persons claimed belonged to the crew of the ship, designated. On such demand the deserters shall be surrendered to the Consuls. All necessary assistance shall besides be afforded them for the apprehension of the said deserters, who on the demand of the Consul, and at his expense, shall be detained and kept in the public prisons of the country, until the Consul has found an opportunity for sending them home. If, however, no such opportunity should occur within two months from the date of the arrest, the deserters shall be set at liberty and not again be liable to arrest for the same cause.

Art. 10. It is clearly and reciprocally understood by the contracting parties that no article, nor any part of this treaty whatever, shall be so interpreted, constructed or understood as prohibiting the respective Governments of the contracting parties, whenever either or both shall be disposed so to do, from restricting by statute law, the vessels, as well as the exports and imports belonging to subjects or citizens of the other, to the regularly constituted ports of entry within their respective dominions.

Art. 11. The present Treaty shall be in force for ten years from the date of the exchange of the ratifications, and further until the end of twelve months after either of the contracting parties shall have given notice to the other of its intention to terminate the same; each of the contracting parties reserving to itself the right of giving such notice to the other at the end of the said term of ten years, or at any later period.

Done at London on the first day of September A. D. Eighteen hundred and sixty three.

C. Wachtmeister. *Gerard Ralston.*

94.

SUÈDE, LIBÉRIA.

Déclaration en vue de modifier le Traité d'amitié, de commerce et de navigation conclu, le 1er septembre 1863, entre les Royaumes-Unis de Suède et de Norvège et la République de Libéria;*) signée à Londres, le 5 décembre 1913.

Sveriges Överenskommelser med främmande makter 1914, No. 5.

Declaration.

The Government of Sweden and the Government of Liberia, being desirous of modifying article 3. B. of the Treaty of Friendship, Commerce and Navigation between Sweden and Liberia, signed on the 1st of September 1863, the undersigned, duly authorized to that effect, have agreed as follows:

Art. 3. B. of the Treaty of Friendship, Commerce and Navigation between Sweden and Liberia, signed on the 1st of September 1863, is cancelled and the following paragraph is substituted.

There shall be reciprocal freedom of commerce between the Kingdom of Sweden and the Republic of Liberia. The subjects of His Majesty the King of Sweden shall be permitted to reside and trade in any part whatever of the territory of the Republic of Liberia, where other foreigners now are or in future may be admitted. They shall enjoy full protection for their persons and property. They shall have the right to buy and to sell and to possess, on the same terms as the subjects or citizens of the most favoured nation and without being subjected to any special tax or impost as foreigners, personal property of any and every description, and freely to dispose of the same according to the laws of the country; to succeed to and to transmit such property, whether by inheritance ab intestato or by testament. They shall enjoy all other rights and privileges which now are or hereafter may be conceded to any other foreigners, the subjects or citizens of the most favoured nation. In consideration whereof the citizens of the Republic of Liberia shall enjoy in the Kingdom of Sweden the same protection and the same privileges.

This declaration shall be in force as soon as it has been ratified by the Liberian Senate.**)

In witness whereof the undersigned have signed the present Declaration and thereto affixed their respective seals.

Done in duplicate at London on the fifth day of December in the year Nineteen Hundred and Thirteen.

(L. S.) *Herman Wrangel.* (L. S.) *J. P. Crommelin.*

*) V. ci-dessus, No. 93. **) La ratification a eu lieu le 15 janvier 1914.

95.

SUISSE, FRANCE.

Convention pour l'aménagement de la puissance hydraulique du Rhône; signée à Berne, le 4 octobre 1913.*)

Schweizerische Gesetzsammlung 1915, Nr. 23.

1.

(Originaltext.)

Le Gouvernement de la Confédération suisse,
et le
Gouvernement de la République française

simultanément saisis par la ville de Genève, en Suisse, et par Messieurs Janin et Emile Crepel, en France, d'une demande de concession de la force hydraulique disponible sur le Rhône dans la partie où le fleuve forme frontière entre les deux pays, ainsi que dans la partie à l'amont, jusqu'au débouché du canal de fuite de l'usine projetée de la Plaine, ont reconnu que le canton de Genève et l'Etat français avaient des droits égaux sur les eaux et la pente du fleuve dans la première section et que le canton de Genève avait des droits exclusifs dans la seconde section, mais que l'aménagement de cette force hydraulique et son utilisation dans une usine unique devaient faire l'objet d'une convention internationale tenant compte des différences de législation des deux Etats.

Ils ont, en conséquence, convenu qu'il y avait lieu pour les deux Gouvernements d'établir ou de faire établir de concert les ouvrages nécessaires à la création de la chute, et de procéder entre eux à un partage de la puissance hydraulique disponible, laissant ensuite chacun libre d'utiliser à son gré et suivant les principes de sa propre législation la puissance qui lui serait ainsi dévolue.

A cet effet, ils ont arrêté les dispositions suivantes:

Article premier. Les concessionnaires des deux Gouvernements établiront sur le Rhône, en un point à déterminer en amont du pont de Pougny-Chancy, un barrage mobile susceptible de créer une retenue dont le remous ne pourra pas dépasser le débouché du canal de fuite de l'usine projetée de la Plaine.

Art. 2. Le barrage sera établi aussi en aval que la constitution géologique du sol le permettra; il sera disposé dans les conditions les plus avantageuses pour l'aménagement de l'usine hydro-électrique.

Il présentera un débouché libre suffisant pour que les plus grandes crues puissent s'écouler sans produire aucune surélévation en amont du point fixé à l'article précédent comme limite du remous.

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Berne, le 14 juin 1915.

Le radier sera établi à un niveau voisin du fond moyen du lit de manière à assurer l'écoulement des graviers dont la retenue provoquerait le dépôt.

Le barrage comportera à l'une de ses extrémités une amorce d'écluse permettant éventuellement d'établir sans difficulté une navigation commode.

Art. 3. Le projet d'exécution des ouvrages sera dressé par les soins des concessionnaires; il sera soumis avec toutes justifications utiles à l'acceptation des deux Gouvernements, qui se réservent expressément le contrôle des travaux, ainsi que le droit d'autoriser de concert, s'il y a lieu, toutes modifications au projet précédemment approuvé.

Art. 4. Le barrage sera entretenu et manœuvré par les concessionnaires.

La manœuvre sera faite suivant un règlement concerté entre les deux Gouvernements en vue d'éviter, en amont, tout danger d'inondation et tout dommage à l'usine supérieure et d'atténuer, en aval, dans la mesure du possible, les inconvénients pouvant résulter des variations de l'écoulement des eaux.

Art. 5. Chacun des deux Etats riverains aura droit à une partie de la force motrice ainsi créée, proportionnelle à la chute du fleuve au droit des portions de rives qui lui appartiennent, c'est-à-dire que le canton de Genève aura droit à toute la force correspondant à la chute dans la région où il possède les deux rives, et que chacun des deux Etats aura droit à la moitié de la force correspondant à la chute dans la région où la rive gauche est suisse et la rive droite française.

Chacun des deux Etats pourra disposer de cette force, soit en l'utilisant lui-même, soit en la concédant ou en l'affermant à un tiers dans telle forme et sous telle condition qu'il jugera utiles.

Dans le cas où une partie de l'énergie attribuée à l'un des Etats ne pourrait être, pendant un certain temps, utilisée sur son territoire, l'énergie ainsi disponible pourra être employée sur le territoire de l'autre Etat, sous réserve de la possibilité de résilier les contrats conclus après avertissement donné au moins cinq ans d'avance.

En vue du contrôle du partage de la force, les deux Gouvernements se communiqueront réciproquement tous documents statistiques sur la création et l'utilisation de l'énergie.

Art. 6. Les deux Gouvernements se communiqueront leurs décisions au sujet des actes de concession et ceux-ci n'auront leur effet que lorsque les deux pays se seront déclarés d'accord sur les conditions imposées.

La limitation ultérieure ou le retrait de la concession ne pourront être décrétés qu'à la suite d'une entente commune.

Art. 7. A l'expiration de la concession, de nouveaux pourparlers seront engagés entre les deux Gouvernements en vue de fixer les nouvelles conditions d'exploitation.

Art. 8. En cas de non-achèvement de l'usine, d'interruption de l'exploitation ou de toute autre cause de déchéance prévue aux actes de concession, les deux Gouvernements prendront d'un commun accord les

mesures qu'ils jugeront les mieux appropriées à la situation et éventuellement à l'octroi d'une nouvelle concession.

Art. 9. Les deux Gouvernements s'entendront sur les dispositions à appliquer pour la protection du poisson, ainsi que pour l'exercice de la navigation et du flottage sur le Rhône.

Ils réservent expressément leur liberté pour les mesures à prendre dans l'intérêt de la défense nationale et du service des douanes.

Art. 10. La présente Convention n'aura son effet qu'après l'approbation des deux Gouvernements contractants.

Berne, le 4 octobre 1913.

(L. S.) (Signé) *Müller.*
A. Gilbert.

2.

(Uebersetzung.)

Der schweizerische Bundesrat
und
die Regierung der französischen Republik

haben infolge eines von der Stadt Genf in der Schweiz und den Herren Janin und Emile Crepel in Frankreich gleichzeitig eingereichten Konzessionsgesuches für die Benutzung der verfügbaren Wasserkraft in der Strecke, wo der Fluss die Grenze zwischen beiden Ländern bildet, sowie in der oberhalb befindlichen Strecke bis zur Einmündung des Unterwasserkanals des projektierten Kraftwerkes von la Plaine anerkannt, dass der französische Staat und der Kanton Genf gleiche Rechte über das Wasser und das Gefälle des Flusses auf der ersten Strecke besitzen und dass der Kanton Genf über diese Rechte auf der zweiten Strecke ausschliesslich verfüge, dass aber die Gewinnung dieser Wasserkraft und ihre Benutzung in einer einzigen Kraftanlage den Gegenstand einer den Unterschieden in der Gesetzgebung der beiden Staaten Rücksicht tragenden internationalen Uebereinkunft bilden solle.

Infolgedessen ist vereinbart worden, dass beide Regierungen dafür besorgt sein sollen, gemeinsam die zur Schaffung des Staues nötigen Bauten auszuführen oder ausführen zu lassen und die verfügbare Wasserkraft unter sich zu verteilen und es nachher jedem Teil zu überlassen die ihm zufallende Kraft nach seinem Ermessen und gestützt auf die Grundsätze seiner eigenen Gesetzgebung zu verwenden.

Zu diesem Zwecke sind folgende Anordnungen getroffen worden:

Art. 1. Die Konzessionsbewerber beider Staaten werden in der Rhone an einer noch zu bestimmenden Stelle, oberhalb der Brücke von Pougny-Chancy, ein bewegliches Stauwehr errichten, mit dem ein Stau erzeugt werden kann, der sich nicht weiter als bis zur Einmündung des Unterwasserkanales des projektierten Kraftwerkes de la Plaine erstreckt.

Art. 2. Das Wehr ist so weit flussabwärts zu erstellen, als es die geologische Beschaffenheit des Bodens gestatten wird; es soll so gebaut werden, dass es den für die hydro-elektrische Kraftanlage vorteilhaftesten Bedingungen entspricht.

Die Durchflussöffnung soll genügend gross sein, um den ungehinderten Abfluss der grössten Hochwasser zu ermöglichen, ohne irgendeine Erhebung des Wasserspiegels oberhalb des im vorgehenden Artikel bestimmten Punktes zu veranlassen.

Die Wehrsohle ist ungefähr auf der Höhe der mittleren Flusssohle in der Art anzubringen, dass der Abtrieb der Geschiebe gesichert und allfällige Ablagerungen vermieden werden.

Das Wehr soll auf einer seiner Seiten so eingerichtet sein, dass später, wenn nötig, ohne Schwierigkeiten eine den Anforderungen der Schiffahrt entsprechende Schleuse eingebaut werden kann.

Art. 3. Das Ausführungsprojekt der Kraftwerke ist von den Konzessionsbewerbern aufzustellen; dasselbe ist mit der erforderlichen Begründung der Genehmigung der beiden Regierungen zu unterbreiten, die sich ausdrücklich die Aufsicht über die Bauten, sowie das Recht vorbehalten, wenn es sich als nötig erweisen sollte, jegliche Abänderung an dem schon genehmigten Projekte gemeinschaftlich anzuordnen.

Art. 4. Das Wehr ist von den Konzessionären zu unterhalten und zu bedienen.

Die Bedienung der Schleusen hat nach den von beiden Regierungen vereinbarten Vorschriften in der Weise zu erfolgen, dass oberhalb des Wehres alle Ueberschwemmungsgefahren und allfällige Schädigungen des oberen Kraftwerkes vermieden und unterhalb die aus den Schwankungen des Wasserstandes entstehenden Nachteile soviel als möglich abgeschwächt werden.

Art. 5. Jeder der Uferstaaten erhält seinen Anteil der so geschaffenen Wasserkraft im Verhältnis des Nutzgefälles auf den ihnen gehörenden Strecken; d. h. der Kanton Genf wird berechtigt sein, über das ganze Nutzgefälle auf der Strecke, wo beide Ufer ihm gehören, zu verfügen, und jeder der beiden Uferstaaten hat das Recht auf die Hälfte der Kraft, die auf der Strecke gewonnen wird, wo das linke Ufer schweizerisch und das rechte Ufer französisch ist.

Jeder der beiden Staaten kann über die ihm zufallende Kraft verfügen, sei es indem er sie selbst verwendet, sei es indem er sie einem Dritten in irgend einer Weise und unter den ihm zusagenden Bedingungen überträgt oder verpachtet.

In dem Falle, wo ein Teil der einem der beiden Staaten zufallenden Energie während einer gewissen Zeit auf seinem Gebiete keine Verwendung finden könnte, so kann die derart verfügbar gewordene Kraft auf dem Gebiete des andern Staates verwendet werden, unter dem Vorbehalt, dass die bezüglichen Verträge nach in einer Frist von wenigstens fünf Jahren gekündet werden können.

Zur Ueberwachung der Kraftverteilung werden die beiden Regierungen sich gegenseitig alle statistischen Angaben über die Erzeugung und die Ausnützung der Kraft zustellen.

Art. 6. Beide Regierungen werden einander von ihren Massnahmen betreffend die Konzessionserteilung Kenntnis geben, welche nur in Kraft tritt, wenn beide Staaten über die aufzustellenden Bedingungen einig sind.

Die spätere Beschränkung, oder die Aufhebung der Konzession, kann nur infolge eines beiderseitigen Uebereinkommens erfolgen.

Art. 7. Nach dem Erlöschen der Konzession werden zwischen beiden Regierungen neue Unterhandlungen stattfinden, um die neuen Betriebsbedingungen festzusetzen.

Art. 8. Im Falle der Nichtbeendigung der Bauten, der Unterbrechung des Betriebes oder anderer zur Aufhebung der Konzession führender und in derselben vorgesehener Vorgänge, werden beide Regierungen gemeinschaftlich die Massnahmen treffen, die sie im gegebenen Falle für die richtigsten erachten und die allfällig für die Erteilung einer neuen Konzession erforderlich sind.

Art. 9. Beide Regierungen werden sich über die Vorkehren einigen, die für den Schutz der Fischerei, sowie für die Ausübung der Schiffahrt und der Flösserei auf der Rhone zu ergreifen sind.

Die freie Entschliessung für die im Interesse der Landesverteidigung und des Zolldienstes zu treffenden Massnahmen wird ausdrücklich vorbehalten.

Art. 10. Vorliegende Uebereinkunft tritt nur nach erfolgter Genehmigung beider Regierungen in Kraft.

Bern, den 4. Oktober 1913.

(L. S.) (sig.) *Müller.*
A. Gilbert.

96.

FRANCE, JAPON.

Echange de notes concernant les certificats d'origine; du 4 octobre 1913.

Journal officiel japonais du 10 octobre 1913.
Traduction.

Bekanntmachung des Ministeriums des Aeussern
Nr. 8 vom 10. Oktober 1913.

Ueber die zwischen Japan und Frankreich vereinbarte, gegenseitige Gebührenfreiheit für Ursprungszeugnisse werden nachstehende diplomatische Aktenstücke bekannt gegeben.

I.

Tokio, den 4. Oktober 1913.

Herr Minister,

Ich habe die Ehre, zu Ew. Exzellenz gefälligen Kenntnis zu bringen, dass ich von der Regierung der Französischen Republik den Auftrag erhalten habe, der Japanischen Regierung die Versicherung abzugeben, dass die in Japan residierenden französischen Konsuln unter der Bedingung der Gegenseitigkeit vom 1. Jan. 1914 ab Ursprungszeugnisse für nach Frankreich ausgeführte japanische Erzeugnisse abgaben- und gebührenfrei verabfolgen, visieren und zu öffentlichem Glauben anerkennen werden.

Ew. Exzellenz darf ich ergebenst bitten, mir eine gleiche sehr gefällige Erklärung zukommen lassen zu wollen, wodurch zugesichert wird, dass auf obige Zusicherung hin die in Frankreich residierenden japanischen Konsuln von genanntem Zeitpunkt ab Ursprungszeugnisse für nach Japan ausgeführte französische Erzeugnisse abgaben- und gebührenfrei verabfolgen, visieren und zu öffentlichem Glauben anerkennen werden.

Ich benutze pp. . . .

gez.: *Auguste Gérard,*
Ausserordentlicher und Bevollmächtigter
Botschafter der Französischen Republik.

An den Minister des Aeussern,
Herrn Baron Makino, Exzellenz.

II.

Tokio, den 4. Oktober 1913.

Herr Botschafter,

Euerer Exzellenz sehr gefällige Note vom heutigen Tage, des Inhalts, dass Sie beauftragt sind der Kaiserl. Regierung gegenüber die Versicherung abzugeben, dass die in Japan residierenden französischen Konsuln unter der Bedingung der Gegenseitigkeit vom 1. Januar 1914 ab Ursprungszeugnisse für nach Frankreich ausgeführte japanische Erzeugnisse abgaben- und gebührenfrei verabfolgen, visieren und zu öffentlichem Glauben anerkennen werden, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Indem ich von vorstehender Erklärung Euerer Exzellenz ergebenst Kenntnis nehme, habe ich die Ehre, hierdurch der Französischen Regierung die Versicherung abzugeben, dass die in Frankreich residierenden japanischen Konsuln von dem angegebenen Zeitpunkte an, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit Ursprungszeugnisse für nach Japan ausgeführte französische Erzeugnisse abgaben- und gebührenfrei verabfolgen, visieren und zu öffentlichem Glauben anerkennen werden.

Ich benutze pp. . . .

gez.: *Baron Makino,*
Minister des Aeussern.

An den Ausserordentlichen und Bevollmächtigten
Botschafter der Französischen Republik zu Tokio.
Herrn Auguste Gérard, Exzellenz.

97.

ITALIE, RUSSIE.

Convention concernant les communications télégraphiques; signée à Rome, le 15 octobre et à St.-Pétersbourg, le 7 octobre 1913, confirmée par des Déclarations du 11 et du 10/23 décembre 1913.

Gazzetta ufficiale 1914, No. 54.

Déclaration concernant les communications télégraphiques entre l'Italie et la Russie.

En vue de faciliter par l'abaissement des tarifs en vigueur les relations télégraphiques entre l'Italie et la Russie, le Ministre des Postes et des Télégraphes d'Italie a conclu avec le Directeur Général des Postes et des Télégraphes de Russie, sous la réserve de l'approbation de leurs Gouvernements, une convention dont la teneur est mot pour mot comme suit:

Convention télégraphique entre l'Italie et la Russie.

La correspondance télégraphique entre l'Italie et la Russie étant réglée par la convention internationale de St.-Pétersbourg et par le règlement de service y annexé*), les Administrations intéressées, faisant usage de l'art. 17 de la Convention susdite, se sont entendues, sous réserve d'approbation de leurs Gouvernements respectifs, sur les dispositions suivantes:

Art. I. Pour les relations télégraphiques entre l'Italie et la Russie les taxes normales sont fixées comme suit:

Pour l'Italie à huit centimes par mot.

Pour la Russie à vingt centimes par mot.

Les taxes normales susdites sont réduites du 50% pour les télégrammes de presse qui remplissent les conditions à fixer d'un commun accord par les deux Administrations intéressées.

Art. II. La présente Convention ne deviendra obligatoire qu'après l'approbation des Gouvernements respectifs et sera mise en exécution à partir du 1° novembre 1913; elle restera en vigueur aussi longtemps qu'elle ne sera en contradiction avec quelque disposition de la Convention télégraphique internationale de St.-Pétersbourg et du règlement revisé y

---

*) Du 22 juillet 1875. V. N. R. G. 2. s. III, p. 614. — Revision de Lisbonne, v. N. R. G. 3. s. V, p. 208.

annexé, ou bien jusqu'à l'expiration d'une année après la dénonciation faite par une des parties contractantes.

Ainsi faite en double expédition.

A Rome, le 15 octobre 1913.

Le Ministre des Postes et des Télégraphes
(L. S.) *Francesco Tedesco.*

A St.-Pétersbourg, le 7 octobre 1913.

Le Directeur Général des Postes et des Télégraphes
(L. S.) *Sevastianof.*

Le soussigné, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi d'Italie, dûment autorisé à cet effet, déclare que la dite Convention est confirmée en tous points par la présente Déclaration destinée à être échangée contre une Déclaration semblable du Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté l'Empereur de Russie.

Rome, le 11 décembre 1913.

(L. S.) *di San Giuliano.*

98.

DANEMARK, SUÈDE.

Arrangement concernant le signalement de la situation des navires naufragés; signé à Copenhague, le 14 novembre 1913.

Dansk Lovtidenden 1913, No. 43.

Undertegnede, behørigt dertil befuldmægtigede, er kommet overens om følgende:

Bestemmelser vedrørende Afmærkning af sunket Skib eller sunken Vragdel.

Naar sunket Skib eller sunken Vragdel frembyder Hindring eller Fare for Skibsfarten, skal Pladsen for saadan Hindring, der nedenstaaende benævnes Vrag, afmærkes ved Udlægning af et Vragfyrskib, der enten kan være et Fyrskib eller et andet Fartøj, udstyret som Vragfyrskib, en

Undertecknade därtill behörigen bemyndigade hava överenskommit om följande:

Bestämmelser rörande utmärkande av sjunket fartyg eller sjunken vrakdels läge.

Då fartyg eller vrakdel, som sjunkit, innebär hinder eller fara för sjöfarten, skall läget av dylikt hinder, här nedan kallat vrak, utmärkas genom utläggande av vrakfyrskepp (fyrskepp eller annat fartyg apterat till vrakfyrskepp), vraklysboj, vrakboj eller vrakprick.

Vraglystønde, en Vragvager eller en Vragprik.

Et Vragfyrskib skal føre om Dagen 3 grønmalede Balloner, hejste under en mindst 6 m over Vandfladen horisontalt hængende Raa, den ene Ballon under den Raanok, der er nærmest Vraget, og de to Balloner vertikalt med 2 m Mellemrum under den anden Raanok, og om Natten 3 paa samme Maade anbragte Lanterner, der viser fast grønt Lys, men ingen Ankerlanterne.

Paa et Vragfyrskib skal der i Taage og under usigtbare Omstændigheder (saavel ved Dag som ved Nat) afgives Taagesignaler, der skal bestaa af Ringning med Klokke af omtrent 10 Sekunders Varighed med Mellemrum af højst 2 Minutter. Naar Vragfyrskibet er forankret i Retninger mellem N. og E. fra Vraget, skal Klokkesignalet bestaa af en Række, ved korte Ophold adskilte, 2-Slag. Naar Vragfyrskibet er forankret i Retninger mellem S. og W. fra Vraget, skal Klokkesignalet bestaa af en Række, ved korte Ophold adskilte, 1-Slag.

Naar et Vrag er afmærket med et Vragfyrskib, og der fra dette observeres, at et Skib styrer en saadan Kurs, at Paasejling af Vraget kan befrygtes, skal der fra Vragfyrskibet saavidt mulig afgives et eller flere Varselskud med korte Mellemrum.

Skibssiderne paa et Vragfyrskib maa saavidt mulig ikke være rødmalede.

En Vraglystønde skal være grønmalet og vise grønt Blink eller Lyn med 1 eller 2 korte Blink.

En Vragvager skal være grønmalet og forsynet med en Stage med 1 eller 2 grønne Flag.

Vrakfyrskepp skall föra: vid dager tre grönmålade ballonger, hissade under en minst 6 m över vattenytan horisontalt hängande rå, därav en ballong under den rånock, som är närmast vraket, och två ballonger, vertikalt med 2 m mellanrum under den andra rånocken, samt under mörker tre på enahanda sätt anbragta lanternor, visande fast grönt sken, men icke någon ankarlanterna.

A vrakfyrskepp skall under tjock eller disig luft (såväl vid dager som under mörker) mistsignalering äga rum medelst klämtning med klocka under ungefär 10 sekunders tid med högst 2 minuters mellanrum. När vrakfyrskeppet är förankrat i riktningen mellan nord och ost från vraket, skall klämtningen bestå av en följd av, genom korta uppehåll åtskiljda, 2 klämtslag (dubbelslag). När vrakfyrskepp är förankrat i riktningen mellan syd och väst från vraket skall klämtningen bestå av en följd av, genom korta uppehåll åtskiljda, 1 klämtslag (enkelslag).

När ett vrak är utmärkt medelst vrakfyrskepp och från det sistnämnda observeras, att ett fartyg styr sådan kurs att fara för påsegling av vraket kan befaras, skall från vrakfyrskeppet så vitt möjligt avlossas ett eller flera varningsskot med korta mellanrum.

Skeppssidorna å vrakfyrskepp må så vitt möjligt icke vara rödmålade.

Vraklysboj skall vara grönmålad och visa grönt blänk- eller blixtsken med 1 eller 2 korta blänkar.

Vrakboj skall vara grönmålad och försedd med 1 eller 2 gröna flaggor å stång.

En Vragprik skal være grønmalet og forsynet med 1 eller 2 grønne Flag.

En Vraglystønde, som viser 2-Blink, og en Vragvager eller Vragprik med 2 Flag forankres i en Retning, der ligger mellem N. og E. fra Vraget.

En Vraglystønde, som viser 1-Blink, og en Vragvager eller Vagerprik med 1 Flag forankres i en Retning, der ligger mellem S. og W. fra Vraget.

Ovennævnte Afmærkning (Vragfyrskib, Vraglystønde m. m.) maa ikke forankres i længere Afstand fra Vraget, end det er uomgængelig nødvendigt for Afmærkningens og Søfartens Sikkerhed.

Paa følgende Fyrskibe og Stationer skal der vises Signaler for saadanne Vrags Tilstedeværelse i Sundet, der skønnes at være farlige for den gennemgaaende Trafik:

Paa dansk Side: Stevns Fyr, Drogdens Fyrskib og Helsingør. Paa svensk Side: Falsterborefs og Oskargrundets Fyrskibe samt Kullens Fyr.

Signalerne skal være følgende: 2 grønne Balloner eller 2 Lanterner, der viser fast grønt Lys, hejste i nævnte Fyrskibe eller paa nævnte Stationer, betyder:

„Der findes Vrag i det nordlige Indløb til Sundet eller i Sundet Nord for Middelgrundsfortets Breddeparalel; iagttag Forsigtighed ved Navigeringen!“

3 grønne Balloner eller 3 Lanterner, der viser fast grønt Lys, hejste i nævnte Fyrskibe eller paa nævnte Stationer, betyder:

„Der findes Vrag i Sundet Syd for Middelgrundsfortets Breddeparallel; iagttag Forsigtighed ved Navigeringen!“

Vrakprick skall vara grönmålad och försedd med 1 eller 2 gröna flaggor.

Vraklysboj, som visar 2 korta blänkar, samt vrakboj eller vrakprick med 2 flaggor förankras i riktning mellan nord och ost från vraket.

Vraklysboj, som visar 1 kort blänk, samt vrakboj eller vrakprick med 1 flagga förankras i riktning mellan syd och väst från vraket.

Ofvanstående vrakfyrskepp, vraklysboj m. m. må icke förankras på längre avstånd från vraket än som är oundgängligen nödvändigt för deras och sjöfartens säkerhet.

Å följande fyrskepp och stationer signaleras om befintligheten av sådana skeppsvrak i Oeresund, som synas vara farliga för den genomgående trafiken:

Falsterborefs och Oskarsgrundets fyrskepp samt Kullens fyrplats å svenska sidan, jämte Stevns fyr, Drogdens fyrskepp och Helsingör å danska sidan.

2 lanternor, visande fast grönt sken, eller 2 grönmålade ballonger, hissade å ovannämnda fyrskepp eller vid ovannämnda stationer betyder:

„Det finnes vrak i norra inloppet till Oresund eller i Oeresund norr om Latitudsparallellen genom Middelgrundsfortet; iakttag försiktighet vid navigeringen!“

3 lanternor, visande fast grönt sken, eller 3 grönmålade balonger, hissade å ovannämnda fyrskepp eller vid ovannämnda stationer, betyder:

„Det finnes vrak i Oeresund söder om Latitudsparallellen genom Middelgrundsfortet; iagttag försiktighet vid navigeringen!“

Forholdsregler, der vil være at iagttage ved Passage af et Vragfyrskib eller en anden Afmærkning af Vrag i danske og svenske Farvande:

Et Fartøj skal passere et Vragfyrskib paa den Side, paa hvilken der om Dagen vises 2 grønmalede Balloner og om Natten vises 2 Lanterner med fast grønt Lys.

Det vil være nødvendigt at passere enhver Vragafmærkning med Forsigtighed og i tilbørlig Afstand, idet man dog som Hovedregel kan gaa ud fra, at man bør passere Nord eller Øst om et Vragfyrskib, der giver Klokkesignal bestaaende af en Række 2-Slag, men Syd eller Vest om et Vragfyrskib, der giver Klokkesignal bestaaende af en Række 1-Slag, samt at man bør passere Nord eller Øst om en Vraglystønde, der viser 2-Blink, og en Vragvager eller Vragprik med 2 Flag, men Syd eller Vest om en Vraglystønde, der viser 1-Blink, og en Vragvager eller Vragprik med 1 Flag.

Overstaaende Bestemmelser skal træde i Kraft den 1. Maj 1914.

Til Bekræftelse heraf har undertegnede underskrevet denne Overenskomst i tvende ligelydende Exemplarer med alternerende dansk og svensk Text og forsynet samme med deres Segl.

Sket i København, den 14. November 1913.

Hans Majestæt Kongen af Danmark's Udenrigsminister

(L. S.) *Erik Scavenius.*

Förhållningsregler att iakttaga vid passerande av för utmärkande av vrak utlagt vrakfyrskepp, vraklysboj, vrakboj eller vrakprick inom svenska eller danska farvatten:

Fartyg skall passera vrakfyrskepp på den sida, på vilken vid dager två grönmålade vävkulor och under mörker två lanternor visande fast grönt sken befinna sig.

Vid passerande av vrakfyrskepp, vraklysboj, vrakboj eller vrakprick är nödvändigt att passera desamma med försiktighet och på tillbörligt avstånd, under det man dock såsom huvudregel kan utgå ifrån, att man bör passera nord eller ost om vrakfyrskepp, som giver mistsignal bestående av 2 klämtslag (dubbelslag), men syd eller väst om vrakfyrskepp, som giver mistsignal bestående av 1 klämtslag (enkelslag) samt att man bör passera nord eller ost om vraklysboj, som visar 2 blänkar, och vrakboj eller vrakprick med 2 flaggor, men syd eller väst om vraklysboj, som visar 1 blänk, och vrakboj eller vrakprick med 1 flagga.

Ovanstående bestämmelser skola träda i kraft den 1. maj 1914.

Till bekräftelse härav hava undertecknade underskrivit denna överenskommelse i två likalydande exemplar med alternerande svensk och dansk text och försett densamma med sina sigill.

Som skedde i Köpenhamn, den 14. November 1913.

Hans Majestät Konungens af Sverige Envoyé Extraordinaire och Ministre plénipotentiaire

(L. S.) *Ernst Günther.*

Traduction allemande.

Die Unterzeichneten, in gehöriger Form hierzu bevollmächtigt, haben folgende Vereinbarung getroffen:

Bestimmungen, betreffend die Kennbarmachung der Lage eines gesunkenen Schiffes oder gesunkenen Wrackteils:

Wenn ein gesunkenes Schiff oder gesunkener Wrackteil ein Hindernis oder eine Gefahr für die Schiffahrt bildet, so ist die Lage eines solchen Hindernisses, im nachstehenden Wrack genannt, durch Auslegung eines Wrackfeuerschiffes, das entweder ein Feuerschiff oder ein anderes als Wrackfeuerschiff hergerichtetes Fahrzeug sein kann, oder eine Wrackleuchtboje oder Wrackboje oder Wrackbake zu kennzeichnen.

Ein Wrackfeuerschiff soll am Tage 3 grüngemalte Ballons führen, die unter einer mindestens 6 m über der Wasserfläche horizontal hängenden Raa gehisst sind, der eine Ballon unter dem Raanock, der dem Wrack am nächsten ist, und die beiden anderen Ballons vertikal mit 2 m Zwischenraum unter dem anderen Raanock, und während der Dunkelheit drei auf gleiche Weise angebrachte Laternen, die ein festes grünes Licht zeigen, aber keine Ankerlaterne.

Auf dem Wrackfeuerschiff sind bei dichtem Nebel oder unsichtiger Luft (sowohl am Tage wie während der Dunkelheit) Nebelsignale zu geben mittels Läutens einer Glocke von ungefähr 10 Sekunden Dauer mit höchstens 2 Minuten Zwischenraum. Wenn das Wrackfeuerschiff in der Richtung zwischen Norden und Osten vom Wrack verankert ist, soll das Glockensignal aus einer Folge von durch kurze Pausen auseinandergehaltenen 2-Glockenschlägen (Doppelschlag) bestehen. Wenn das Wrackfeuerschiff in der Richtung zwischen Süd und West vom Wrack verankert ist, soll das Glockensignal aus einer Folge von durch kurze Pausen auseinandergehaltenen 1-Glockenschlägen (einfacher Schlag) bestehen.

Wenn ein Wrack mittels eines Wrackfeuerschiffs kennbar gemacht ist und von dem letzteren beobachtet wird, dass ein Schiff einen Kurs steuert, der eine Kollision mit dem Wrack befürchten lässt, so sind von dem Wrackfeuerschiff, soweit möglich, ein oder mehrere Warnungsschüsse in kurzen Zwischenräumen abzugeben.

Die Schiffsseiten eines Wrackfeuerschiffs sollen, soweit möglich, nicht rot gemalt sein.

Eine Wrackleuchtboje soll grün gemalt sein und grünes Blink- oder Blitzlicht mit einem oder 2 kurzen Blinken zeigen.

Eine Wrackboje soll grüngemalt und mit einer oder zwei grünen Flaggen an einer Stange versehen sein.

Eine Wrackbake soll grüngemalt und mit einer oder zwei grünen Flaggen versehen sein.

Eine Wrackleuchtboje, die 2 kurze Blinke zeigt, sowie eine Wrackboje oder eine Wrackbake mit 2 Flaggen wird in der Richtung von Norden nach Osten vom Wrack verankert.

Eine Wrackleuchtboje, die einen kurzen Blink zeigt, sowie eine Wrackboje oder eine Wrackbake mit einer Flagge wird in der Richtung zwischen Süden und Westen vom Wrack verankert.

Vorstehend bezeichnete Kennbarmachung (Wrackfeuerschiff, Wrackleuchtboje etc.) darf nicht weiter vom Wrack entfernt verankert werden, als für ihre eigene Sicherheit und diejenige der Schiffahrt unumgänglich erforderlich ist.

Auf folgenden Feuerschiffen und Stationen werden Signale gezeigt für das Vorhandensein solcher Schiffswracks im Oeresund, die für den durchgehenden Verkehr gefährlich scheinen:

Auf schwedischer Seite: Falsterborevs und Oskargrundets Feuerschiffe und Kullen Feuer und auf der dänischen Seite: Stevns Feuer, Drogdens Feuerschiff und Helsingör.

2 Laternen, die festes grünes Licht zeigen, oder 2 grün gemalte Ballons auf den vorgenannten Feuerschiffen oder den vorbezeichneten Stationen gehisst, bedeuten:

„Es befindet sich ein Wrack im Einlauf zum Oeresund oder im Oeresund nördlich der Breitenparallele des Middelgrundforts. Vorsicht beim Navigieren!"

3 Laternen, die festes grünes Licht zeigen, oder 3 grün gemalte Ballons auf den vorgenannten Feuerschiffen oder den vorbezeichneten Stationen gehisst, bedeuten:

„Es befindet sich ein Wrack im Oeresund südlich der Breitenparallele des Middelgrundforts. Vorsicht beim Navigieren!"

Verhaltungsmassregeln, die zu beobachten sind beim Passieren eines Wrackfeuerschiffs, einer Wrackleuchtboje, einer Wrackboje oder Wrackbake, die zur Kennbarmachung eines Wracks in schwedischen und dänischen Gewässern ausgelegt sind:

Ein Schiff hat das Wrackfeuerschiff auf der Seite zu passieren, auf der sich am Tage zwei grüngemalte Stoffkugeln und während der Dunkelheit zwei, festes grünes Licht zeigende Laternen befinden.

Es ist notwendig, ein Wrackfeuerschiff, eine Wrackleuchtboje, Wrackboje oder Wrackbake mit Vorsicht und in gehörigem Abstande zu passieren, indem man jedoch als Hauptregel davon ausgehen kann, dass man nördlich oder östlich von einem Wrackfeuerschiff passieren muss, das ein Nebelsignal gibt, bestehend aus 2-Glockenschlägen (Doppelschlag), aber südlich oder westlich von einem Wrackfeuerschiff, das ein Nebelsignal gibt, bestehend aus 1-Glockenschlag (einfacher Schlag), sowie dass man nördlich oder östlich von einer Wrackleuchtboje passieren muss, die 2 Blinke zeigt, ebenso von einer Wrackboje oder Wrackbake mit 2 Flaggen, aber südlich oder westlich von einer Wrackleuchtboje, die 1 Blink zeigt und von einer Wrackboje oder Wrackbake mit 1 Flagge.

Vorstehende Bestimmungen treten in Kraft am 1. Mai 1914.

Zur Bekräftigung dessen haben die Unterzeichneten dies Uebereinkommen in zwei gleichlautenden Exemplaren mit alternierendem schwedischen und dänischen Text unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen in Kopenhagen am 14. November 1913.

Seiner Majestät des Königs von Schweden ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister.	Seiner Majestät des Königs von Dänemark Minister des Aeussern.
(L. S.) gez. *Ernst Günther.*	(L. S.) gez. *Erik Scavenius.*

99.

FRANCE.

Décret déterminant les conditions d'accession à une nationalité étrangère des indigènes sujets ou protégés français. originaires des possessions françaises autres que l'Algérie. le Maroc et la Tunisie; du 25 novembre 1913.

Journal officiel 1913, No. 323.

Le Président de la République française,

Sur le rapport du ministre des colonies et du garde des sceaux. ministre de la justice,

Vu l'article 17 du décret du 7 février 1897, déterminant les conditions auxquelles les dispositions de la loi du 26 juin 1889 sur la nationalité sont applicables aux colonies autres que la Guadeloupe. la Martinique et la Réunion;

Vu l'article 18 du sénatus-consulte du 3 mai 1854,

Décrète:

Art. 1er. Dans les possessions françaises autres que l'Algérie. le Maroc et la Tunisie, les indigènes sujets ou protégés français ne peuvent perdre cette qualité par l'acquisition d'une nationalité étrangère qu'avec l'autorisation du gouvernement français.

Toute naturalisation obtenue sans cette autorisation est nulle et non avenue.

Art. 2. Cette autorisation est donnée par décret rendu sur la proposition du ministre des colonies et du garde des sceaux, ministre de la justice, après avis du gouverneur général ou du gouverneur de la colonie dont l'indigène est originaire.

Art. 3. Le ministre des colonies et le garde des sceaux, ministre de la justice, sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution

du présent décret, qui sera publié au *Journal officiel* de la République française et inséré au *Bulletin des lois* et au *Bulletin officiel* du ministère des colonies.

Fait à Paris, le 25 novembre 1913.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:
Le ministre des colonies,
J. Morel.

Le garde des sceaux, ministre de la justice,
Antony Ratier.

100.

BELGIQUE, FRANCE.

Arrangement pour le pacage sur les pâturages situés dans la Zone frontière; signé à Paris, le 22 décembre 1913.

Moniteur belge 1913, No. 358.

Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges et le Gouvernement de la République française désirant réglementer les conditions du pacage du bétail dans les zones frontières des deux pays, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, sont convenus des dispositions ci-après:

Article premier.

Pacage Journalier.

Le pacage journalier des ruminants et des porcs dans les pâturages à cheval sur la frontière ou situés à proximité de celles-ci, les animaux restant logés dans les étables de leur pays d'origine, est autorisé moyennant l'observation des prescriptions ci-après.

Les propriétaires devront fournir un état signalétique des animaux, comportant leur dénombrement établi conformément aux indications ci-après:

Espèce et sexe;

Race;

Robe;

Age;

Poids approximatif pour les bovidés exclusivement;

Indication et description sommaire des marques particulières (taches pigmentaires, direction et écartement des cornes, etc.).

Cet état devra être présenté aux agents des douanes du pays de destination accompagné d'un certificat sanitaire et de provenance délivré, gratuitement, par le maire ou par le bourgmestre, attestant que ces ani-

maux sont en provenance de sa commune et que dans cette dernière ainsi que dans les communes limitrophes il n'existe, ou n'a existé, aucun cas de fièvre aphteuse depuis trente jours au moins. Ce certificat sanitaire sera conservé par la douane.

Si la fièvre aphteuse vient à apparaître ou sévit dans une commune, avis en est donné à la douane du pays où règne la maladie; à partir de cet instant, il est interdit de laisser les animaux de cette commune et des communes limitrophes franchir la frontière. Toutefois, pour ceux provenant des exploitations situées en dehors d'un périmètre déclaré infecté et dans le voisinage immédiat de la frontière, il pourra être dérogé à cette interdiction par des autorisations spéciales, délivrées par le Préfet du département ou le Gouverneur de la province après avis du vétérinaire départemental ou de l'inspecteur vétérinaire du Gouvernement. Ces autorisations fixeront les conditions de la circulation des animaux, les voies et chemins qu'ils devront suivre. Avis de leur délivrance ou de leur retrait sera donné à la douane du pays de provenance.

Art. 2.

Pacage de saison.

Pour le pacage de saison, les propriétaires pourront envoyer les animaux des espèces chevaline, asine et leurs croisements, des espèces bovine, ovine, caprine et porcine, en observant les dispositions suivantes:

1⁰ Les animaux devront être exempts de toute maladie contagieuse. Si la fièvre aphteuse ou la clavelée a existé dans une commune, les animaux en provenant, susceptibles de contracter ces maladies, ne pourront se rendre au pacage qu'après un délai de trente jours, compté à dater de la guérison du dernier cas constaté;

2⁰ Les animaux devront être accompagnés d'un certificat sanitaire et de provenance imprimé qui devra avoir été délivré le jour ou la veille du jour de leur mise en route.

Ce certificat, qui sera délivré gratuitement, par le maire ou le bourgmestre, attestera que les animaux proviennent de sa commune et que, depuis trente jours, aucun cas de fièvre aphteuse ou de clavelée n'y a été constaté; que, depuis quinze jours, aucune des autres maladies contagieuses prévues par la législation du pays de destination, à l'exception de la tuberculose, n'a été signalée dans l'exploitation de provenance;

3⁰ Avant que le bétail franchisse la frontière, les fonctionnaires de la douane et le vétérinaire-inspecteur ou le vétérinaire de contrôle du pays de destination vérifieront les certificats tant au point de vue de l'authenticité qu'à celui de l'espèce et du nombre des animaux.

L'état de santé du bétail sera, lors de son passage au bureau de douane, constaté par le vétérinaire-inspecteur ou le vétérinaire de contrôle du pays de destination, lequel apposera son visa sur les certificats sanitaires et de provenance.

Lors de l'introduction par un bureau de douane où il n'existe pas de service d'inspection sanitaire vétérinaire, les animaux seront examinés

audit bureau par un vétérinaire désigné par le Ministre de l'agriculture. Ce vétérinaire apposera sur les certificats sanitaires et de provenance le visa prévu à l'alinéa précédent. Le receveur des douanes et le vétérinaire devront être prévenus quarante-huit heures à l'avance du jour et de l'heure de la présentation des animaux.

Les certificats sanitaires et de provenance seront remis à la douane du pays de destination, qui devra les conserver;

4° Chaque troupeau, pour rentrer dans son pays d'origine, devra être accompagné d'une attestation qui sera remise à la douane de ce pays. Cette attestation sera délivrée gratuitement par le maire ou le bourgmestre et portera que le pâturage d'où les animaux proviennent n'est pas compris dans un périmètre déclaré infecté.

Art. 3.

Fumiers. — Fourrages. — Pailles.

L'introduction dans le pays voisin, par le propriétaire ou amodiataire, en vue de l'exploitation du sol ou de l'entretien des animaux au pacage, de fumiers, fourrages et pailles, en provenance d'une exploitation infectée de fièvre aphteuse, est rigoureusement interdite pendant un délai de trois mois à compter de la levée du séquestre frappant ladite exploitation.

Art. 4.

Dispositions générales.

1° Lorsque la fièvre aphteuse ou la clavelée sera constatée sur le territoire d'une commune frontière, avis en sera immédiatement donné au Préfet du département ou au Gouverneur de la province limitrophe.

2° La visite dans les bureaux de douane où il existe un service d'inspection sanitaire vétérinaire est gratuite.

La visite faite à la demande des propriétaires dans les conditions prévues au troisième alinéa du tertio de l'article 2 „Pacage de saisons" est à la charge des intéressés d'après le tarif ci-dessous:

Indemnité de déplacement.

Fr. 0.40 par kilomètre (à l'aller seulement).

Indemnité de visite.

Fr. 0.25 par tête d'animal visité, pour les solipèdes et les bovidés;

Fr. 0.10 par tête d'animal visité, pour les espèces ovine, caprine et porcine, avec un minimum d'indemnité de visite de 5 francs.

Art. 5.

Le présent Arrangement entrera en vigueur le 1er janvier 1914. Il pourra être dénoncé en tout temps, moyennant avis donné un an à l'avance par la voie diplomatique.

Dans le cas où l'apparition d'une maladie grave créerait un danger évident de contagion, les effets du présent Arrangement pourraient être

immédiatement suspendus à la demande de l'un des deux Gouvernements intéressés. Cette demande devra être faite par la voie diplomatique, et le Gouvernement qui l'aura formulée fera connaître par la même voie la date à laquelle l'Arrangement sortira à nouveau ses effets.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 22 décembre 1913.

(L. S.) *Guillaume.*
(L. S.) *Gaston Doumergue.*

101.

ROUMAMIE, SERBIE.

Arrangement pour régler les relations postales et télegraphiques; signé à Bucarest, le 5/18 décembre 1913.

Monitorul oficial 1914, No. 58.

Arrangement particulier conclu entre l'Administration des postes et des télégraphes de Roumanie, d'une part et l'Administration des postes et des télégraphes de Serbie, d'autre part, pour régler leurs rapports de service.

En vertu de l'art. 21 de la Convention postale universelle*) et de l'article 17 de la Convention télégraphique internationale de St. Pétersbourg**), les soussignés, sous la réserve de l'approbation des gouvernements respectifs, ont arrêté, d'un commun accord, les dispositions suivantes:

Art. I.

Les relations postales entre la Roumanie et la Serbie seront soumises aux dispositions des conventions, Arrangements et Règlement de l'Union postale universelle, sauf les dispositions contenues dans le présent arrangement.

Art. II.

a) Les Administrations contractantes entretiennent un échange régulier des envois postaux originaires et à destination de leurs pays et de ceux provenant et à destination des autres pays, par rapport auxquels les administrations contractantes peuvent réciproquement se servir d'intermédiaires;

b) Cet échange peut être effectué par terre ou par eau.

Il peut être fait directement par les frontières des deux pays et le cas échéant par l'intermédiaire d'autres pays;

c) Les bureaux d'échange autorisés à se livrer réciproquement des dépêches closes ou des envois à découvert sont désignés de commun accord

---

*) V. N. R. G. 3. s. I. p. 380.
**) V. N. R. G. 2. s. III, p. 618.

par les Administrations contractantes qui s'entendent pour régler tous les autres détails de leur service d'échange;

d) Les Administrations contractantes se prêtent réciproquement leur bons offices pour obtenir, en ce qui concerne le traitement douanier des expéditions directes qu'elles se livrent réciproquement, toutes les facilités compatibles avec les règlements des douanes de leur pays;

e) Chaque Administration s'engage à expédier, par les moyens de transport les plus rapides, dont elle dispose pour ses propres envois, les envois qui lui sont livrés en conformité des dispositions précédents par l'autre administration.

Art. III.

Chaque Administration supporte elle-même les frais de transport sur son territoire ou, le cas échéant, jusqu'au point d'échange qui est déterminé d'un commun accord.

Toutefois, lorsque les deux Administrations s'entendent pour confier à une même personne le transport des postes dans les deux directions entre leurs bureaux d'échange, les frais du transport seront partagés par moitié entre les deux offices.

Art. IV.

Sauf entente contraire entre les Administrations contractantes, la livraison des postes échangées directement entre leurs bureaux d'échange doit avoir lieu, lorsque le transport est effectué par paquebot, au point de débarquement du bateau chargé du transport; lorsque le transport est effectué par chemin de fer, à la porte du vagon-poste; dans la gare du point d'échange déterminé de commun acord.

Art. V.

Pour les envois adressés de la Roumanie à destination de la Serbie et vice-versa, les taxes à percevoir sont les suivantes:

a) pour les lettres:

10 centimes par chaque poids de 20 grammes ou fraction;

b) pour les cartes postales ouvertes:

5 centimes par pièce;

c) pour les imprimés:

5 centimes par chaque 100 grammes ou fraction;

d) pour les échantillons de marchandise:

5 centimes pour chaque 100 grammes ou fraction;

e) pour les papiers d'affaires:

5 centimes pour chaque 100 grammes ou fraction;

f) pour les colis postaux:

1 franc, dont 50 centimes pour la Roumanie et 50 centimes pour la Serbie;

g) pour les colis-postaux en transit:

25 centimes;

h) pour les mandats-poste:

10 centimes pour chaque 25 frs. ou fraction.

En cas de non affranchissement, les lettres sont soumises au double de la taxe indiquée.

Le complément de taxe à percevoir pour les lettres et autres objets postaux insuffisamment affranchis, est le double de l'insuffisance;

i) Les correspondances échangées entre les Ministres plénipotentiaires et les consuls avec les Ministres des Affaires Etrangères des pays contractants, ainsi que la correspondance échangée entre les Ministres plénipotentiaires et les consuls de leurs pays, et vice-versa, sont exemptées de toute taxe.

Art. VI.

Les décomptes entre les Administrations contractantes, à l'exception de ceux afférents à l'échange des mandats de poste, sont réglés par trimestre.

Pour l'établissement des décomptes sur l'échange des colis postaux, les montants des bonifications réciproques seront exprimés en francs.

Le payement des soldes résultant des décomptes réciproques sera effectué en francs par les moyens les plus favorables.

Art. VII.

L'article 1 de l'arrangement télégraphique entre la Roumanie et la Serbie conclu à Budapest le 20 juillet 1896 est modifié comme suit:

La taxe intégrale télégraphique par mot, pour les correspondances terminales échangées directement entre les bureaux des parties contractantes est fixée à 5 centimes par mot.

Le minimum de taxe est de 1 franc par télégramme.

Art. VIII.

La taxe intégrale fixée dans l'article précédent, sera réduite de 50% par mot pour les télégrammes de presse admis à la transmission de 6 heures du soir à 9 heures du matin conformément aux art. LXV et LXVII du règlement de la Convention télégraphique internationale.

Art. IX.

La taxe de transit est fixée pour les télégrammes à destination des pays du régime européen à 3 centimes par mot.

Art. X.

Les taxes perçues en Roumanie pour les correspondances originaires de Roumanie à destination de la Serbie, ainsi que les taxes perçues en Serbie à destination de la Roumanie resteront intégralement acquises à l'office qui les aura perçues.

Art. XI.

Les télégrammes météorologiques, soit échangés entre les administrations contractantes, soit en transit, les télégrammes officiels concernant le service postal, ainsi que ceux ayant trait à d'autres objets d'intérêt public (comme les courses des paquebots, etc.) seront expédiés en franchise de taxe, comme télégrammes de service.

Les administrations contractantes s'entendront sur l'application de cet article et sur le mode d'expédition de ces télégrammes.

Art. XII.

Toutes les autres dispositions qui doivent régler l'échange de la correspondance télégraphique entre les bureaux des parties contractantes seront soumises au régime de la Convention télégraphique internationale et du Règlement y annexé.

Art. XIII.

Le présent Arrangement sera mis en application à partir du 1er Janvier 1914, à l'exception de l'alinéa *g.* de l'article V pour les colis postaux, qui sera mis en vigueur plus tard, de commun accord entre les deux Administrations contractantes.

Il sera valable pour un temps indéterminé, jusqu'à ce que l'une des parties contractantes demandera d'en faire cesser les effets six mois après la notification.

Art. XIV.

La taxe prévue à l'article V alinéa *a* à percevoir pour les lettres échangées entre la Roumanie et la Serbie sera de 15 centimes jusqu'à ce qu'une loi aura réduit à 10 centimes la taxe roumaine pour les lettres intérieures.

Fait à Bucarest, le 5/18 décembre 1913.

Le Directeur général des postes, des télégraphes et des téléphones de Roumanie.
N. Cosacesco.

Le Directeur général des postes, des télégraphes et des téléphones de Serbie.
S. D. Miyalcovitch.

102.

ROUMANIE, GRÈCE.

Arrangement pour régler les relations postales et télégraphiques; signé à Bucarest, le 15/28 décembre 1913.

Monitorul oficial 1914, No. 58.

Arrangement particulier conclu entre l'Administration des postes et des télégraphes de Roumanie d'une part et l'Administration des postes et des télégraphes de Grèce d'autre part pour régler leurs rapports de service.

En vertu de l'art. 21 de la Convention postale universelle*) et de l'article 17 de la Convention télégraphique internationale de St. Pétersbourg**)

*) V. N. R. G. 3. s. I, p. 380.
**) V. N. R. G. 2. s. III, p. 618.

les soussignés, sous la réserve de l'approbation du gouvernement roumain et de la Chambre des Députés du Royaume Hellénique, ont arrété, d'un commun accord, les dispositions suivantes:

Art. I.

Les relations postales entre la Roumanie et la Grèce seront soumises aux dispositions des Conventions, Arrangements et Règlements de l'Union postale universelle, sauf les dispositions contenues dans le présent Arrangement.

Art. II.

a) Les Administrations contractantes entretiennent un échange régulier des envois postaux originaires et à destination de leurs pays. et de ceux provenant et à destination des autres pays, par rapport auxquels les administrations contractantes peuvent réciproquement se servir d'intermédiaires.

b) Cet échange peut être effectué par terre ou par eau.

Il peut être fait directement par les frontières des deux pays et le cas échéant par l'intermédiaire d'autres pays.

c) Les Administrations contractantes se prêtent réciproquement leurs bons offices pour obtenir, en ce qui concerne le traitement douanier des expéditions qu'elles se livrent réciproquement, toutes les facilités compatibles avec les règlements des douanes de leurs pays.

Art. III.

Chaque Administration supporte elle-même les frais de transport sur son territoire ou, le cas échéant, jusqu'au point d'échange qui est déterminé d'un commun accord.

Toutefois, lorsque les deux Administrations s'entendent pour confier à une même personne le transport des postes, dans les deux directions entre leurs bureaux d'échange, les frais du transport seront partagés par moitié entre les deux offices.

Art. IV.

Sauf entente contraire entre les Administrations contractantes, la livraison des postes échangées directement entre leurs bureaux d'échange doit avoir lieu, lorsque le transport est effectué par paquebot, au point de débarquement du bateau chargé du transport.

Art. V.

Pour les envois adressés de la Roumanie à destination de la Grèce et vice-versa, les taxes à percevoir sont les suivantes:

a) Pour les lettres originaires de la Roumanie à destination de la Grèce:

10 centimes par chaque poids de 20 grammes; et pour les lettres originaires de la Grèce, à destination de la Roumanie 10 centimes par chaque poids de 20 grammes.

b) Pour les cartes postales ouvertes:

5 centimes par pièce;

c) Pour les imprimés:

5 centimes par chaque 100 grammes ou fraction;

d) Pour les échantillons de marchandise:

5 centimes pour chaque 100 grammes ou fraction;

e) Pour les papiers d'affaires:

5 centimes pour chaque 100 grammes ou fraction;

f) Pour les colis postaux:

50 centimes pour la Roumanie, 50 centimes pour la Grèce, et 25 centimes pour le transit;

g) Pour les colis postaux en transit:

25 centimes;

h) Pour les mandats-poste:

10 centimes par 25 francs ou fraction de 25 francs.

En cas de non affranchissement les lettres sont soumises au double de la taxe indiquée.

Le complément des taxes à percevoir pour les lettres et autres objets postaux insuffisamment affranchis est égal au double de l'insuffisance.

i) Les correspondances échangées entre les Ministres plénipotentiaires et les Consuls avec les Ministres des Affaires Etrangères des pays contractants, ainsi que la correspondance échangée entre les Ministres plénipotentiaires et les Consuls de leurs pays et vice-versa sont exemptées de toute taxe.

Art. VI.

Les décomptes entre les Administrations contractantes, à l'exception de ceux afférents à l'échange des mandats de poste, sont réglés par trimestre.

Pour l'établissement des décomptes sur l'échange des colis postaux, les montants des bonifications réciproques seront exprimés en francs.

Le payement des soldes résultant des décomptes réciproques sera effectué en francs par les moyens les plus favorables.

Art. VII.

La taxe télégraphique est fixée à 5 centimes par mot, en plus la taxe de transit.

La minimum de taxe est de 1 franc par télégramme.

Art. VIII.

La taxe fixée dans l'article précédent, sera réduite de 50% par mot pour les télégrammes de presse admis à la transmission de 6 heures du soir à 9 heures du matin conformément aux art. LXV et LXVII du règlement de la Convention télégraphique internationale.

Art. IX.

La taxe de transit est fixée pour les télégrammes à destination des pays du régime européen à 3 centimes par mot.

Art. X.

Les taxes perçues en Grèce pour les correspondances originaires de la Grèce à destination de la Roumanie ainsi que les taxes perçues en Roumanie pour les correspondances originaires de la Roumanie à destination de la Grèce, resteront acquises à l'office qui les aura perçues, et qui aura le soin de faire le décompte avec le ou les pays de transit, sur la base de la taxe de 3 centimes par mot.

Art. XI.

Les télégrammes météorologiques, soit échangés entre les Administrations contractantes, soit en transit, les télégrammes officiels concernant le service postal, ainsi que ceux ayant trait à d'autres objets d'intérêt public (comme les courses des paquebots, etc.), seront expédiés en franchise de taxe comme télégrammes de service.

Les Administrations contractantes s'entendront sur l'application de cet article et sur le mode d'expédition de ces télégrammes.

Art. XII.

Toutes les autres dispositions qui doivent régler l'échange de la correspondance télégraphique entre les bureaux des parties contractantes seront soumises au régime de la Convention télégraphique internationale et du Règlement y annexé.

Art. XIII.

Le présent Arrangement sera mis en application à partir du 1 Mars 1914.

Il sera valable pour un temps indéterminé jusqu'à ce que l'une des parties contractantes demandera d'en faire cesser les effets, six mois après la notification.

Fait à Bucarest, le 28 décembre 1913*).

Le Directeur Général des Postes, des Télégraphes et des Téléphones de Roumànie, autorisé spécialement.

N. Cosaccesco.

L'envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Hellènes près Sa Majesté le Roi de Roumanie, autorisé spécialement.

A. Papadiamantopoulos.

---

*) Le 15/28 décembre 1913. V. Monitorul p. 2913.

103.

ROUMANIE, MONTÉNÉGRO.

Arrangement pour régler les relations postales et télégraphiques; signé à Bucarest, le $\frac{\text{20 décembre 1913}}{\text{2 janvier 1914}}$.

Monitorul oficial 1914, No. 58.

Arrangement particulier conclu entre l'Administration des postes et des télégraphes de Roumanie d'une part et l'Administration des postes et des télégraphes de Monténégro d'autre part pour régler leurs rapports de service.

En vertu de l'art. 21 de la Convention postale universelle*) et de l'article 17 de la Convention télégraphique internationale de St. Pétersbourg**), les soussignés, sous la réserve de l'approbation des gouvernements respectifs, ont arrêté d'un commun acord les dispositions suivantes:

Art. I.

Les relations postales entre la Roumanie et le Monténegro seront soumises aux dispositions des Conventions, Arrangements et Règlements de l'Union postale universelle, sauf les dispositions contenues dans le présent Arrangement.

Art. II.

a) Les Administrations contractantes entretiennent un échange régulier des envois postaux originaires et à destination de leurs pays et de ceux provenant et à destination des autres pays, par rapport auxquels les Administrations contractantes peuvent réciproquement se servir d'intermédiaires;

b) Cet échange peut être effectué par terre ou par eau;

c) Les Administrations contractantes se prêtent réciproquement leurs bons offices pour obtenir, en ce qui concerne le traitement douanier des expéditions directes qu'elles se livrent réciproquement, toutes les facilités compatibles avec les règlements des douanes de leur pays.

Art. III.

Chaque Administration supporte elle-même les frais de transport sur son territoire, ou, le cas échéant, jusqu'au point d'échange qui est déterminé d'un commun acord.

Toutefois, lorsque les deux Administrations s'entendent pour confier à une même personne le transport des postes dans les deux directions entre leur bureaux d'échange, les frais du transport seront partagés par moitié entre les deux offices.

---

*) V. N. R. G. 3. s. I, p. 380.
**) V. N. R. G. 2. s. III, p. 618.

Art. IV.

Pour les envois adressés de la Roumanie à destination du Monténégro et vice versa, les taxes à percevoir sont les suivantes:

a) pour les lettres:

10 centimes par chaque poids de 20 grammes;

b) pour les cartes postales ouvertes:

5 centimes par pièce;

c) pour les imprimés:

5 centimes par chaque 100 grammes ou fraction;

d) pour les échantillons de marchandise:

5 centimes pour chaque 100 grammes ou fraction;

e) pour les papiers d'affaires:

5 centimes pour chaque 100 grammes ou fraction;

f) pour les colis postaux:

50 centimes la taxe terminale pour la Roumanie et 50 centimes pour le Monténégro;

g) pour les colis postaux en transit:

25 centimes;

h) pour les mandats poste;

10 centimes pour 25 francs ou fraction.

En cas de non affranchissement les lettres sont soumises au double de la taxe indiquée.

Le complément de taxe à percevoir pour les lettres et autres objets postaux insuffisamment affranchis est le double de l'insuffisance;

i) Les correspondances échangées entre les Ministres plénipotentiaires et les Consuls avec les Ministres des Affaires Etrangères des pays contractants, ainsi que la correspondance échangée entre les Ministres plénipotentiaires et les Consuls de leurs pays et vice-versa sont exemptées de toute taxe.

Art. V.

Les décomptes entre les Administrations contractantes, à l'exception de ceux afférents à l'échange des mandats de poste sont réglés par trimestre.

Pour l'établissement des décomptes sur l'échange des colis postaux, le montant des bonifications réciproques sera exprimé en francs.

Le payement des soldes résultant des décomptes réciproques sera effectué en francs par les moyens les plus favorables.

Art. VI.

La taxe télégraphique par mot est fixée à 5 centimes, en plus la taxe de transit.

Le minimum de taxe est de 1 franc par télégramme.

Art. VII.

La taxe intégrale fixée dans l'article précédent, sera réduite de 50% par mot pour les télégrammes de presse admis à la transmission de 6 heures du soir à 9 heures du matin conformément aux art. LXV et LXVII du règlement de la Convention télégraphique internationale.

Art. VIII.

La taxe de transit est fixée pour les télégrammes à destination des pays du régime européen à 3 centimes par mot.

Art. IX.

Les taxes perçues en Roumanie pour les correspondances originaires de Roumanie à destination du Monténégro ainsi que les taxes perçues au Monténégro pour les correspondances à destination de la Roumanie resteront intégralement acquises à l'office qui les aura perçues et qui aura le soin de faire le décompte avec le ou les autres pays de transit sur la base de la taxe de 3 centimes par mot.

Art. X.

Les télégrammes météorologiques soit échangés entre les Administrations contractantes, soit en transit, les télégrammes officiels concernant le service postal ainsi que ceux ayant trait à d'autres objets d'intérêt public (comme les courses des paquebots, etc.), seront expédiés en franchise de taxe comme télégramme de service.

Les Administrations contractantes s'entendront sur l'application de cet article et sur le mode d'expédition de ces télégrammes.

Art. XI.

Toutes les autres dispositions qui doivent régler l'échange de la correspondance télégraphique entre les bureaux des parties contractantes seront soumises au régime de la Convention télégraphique internationale et du Règlement y annexé.

Art. XII.

Le présent Arrangement sera mis en application à partir du 1-er Janvier 1914, à l'exception de l'alinéa *g* de l'article IV pour les colis postaux, qui sera mis en vigueur plus tard, de commun accord entre les deux administrations contractantes.

Il sera valable pour un temps indéterminé jusqu'à ce que l'une des parties contractantes demandera d'en faire cesser les effets six mois après la notification.

Art. XIII.

La taxe prévue à l'art. V (alinéa *a*) à percevoir pour les lettres échangées entre la Roumanie et le Monténégro sera de 15 centimes jusqu'à ce qu'une loi aura réduit à 10 centimes la taxe roumaine pour les lettres intérieures.

Fait à Bucarest, le $\frac{\text{20 décembre 1913}}{\text{2 janvier 1914}}$

Par délégation No. 15.826 et au nom de l'administration des postes, des télégraphes et des téléphones du Monténégro.

Le directeur général des postes, des télégraphes et des téléphones de Roumanie.
N. Cosacesco.

Le directeur general des postes, des télégraphes et des téléphones de Serbie.
S. D. Miyalcovitch.

104.

ROUMANIE, BULGARIE.

Arrangement pour régler les relations postales et télégraphiques; signé à Sofia et à Bucarest, le 9/22 janvier et le 1/14 mars 1914.

Monitorul oficial 1914, No. 58.

Arrangement particulier conclu entre l'Administration des postes, des télégraphes et des téléphones de Roumanie, d'une part, et l'Administration des postes, des télégraphes et des téléphones de Bulgarie, d'autre part, pour régler leurs rapports de service.

En vertu de l'art. 21 de la Convention postale universelle*) et de l'art. 17 de la Convention télégraphique internationale de St. Pétersbourg**), les soussignés, sous la réserve de l'approbation des gouvernements respectifs, ont arrêté, d'un commun accord, les dispositions suivantes:

Art. I.

Les relations postales entre la Roumanie et la Bulgarie seront soumises aux dispositions des Conventions, Arrangements et Règlements de l'Union postale universelle, sauf les dispositions contenues dans le présent Arrangement.

Art. II.

a) Les Administrations contractantes entretiennent un échange périodique et régulier des envois postaux originaires ou à destination de leurs pays et de ceux provenant et à destination des autres pays, par rapport auxquels les dites Administrations peuvent réciproquement se servir d'intermédiaires:

b) Cet échange peut être effectué par terre ou par eau, soit directement par les frontières des deux pays, soit le cas échéant par l'intermédiaire d'autres pays;

c) Les bureaux d'échange autorisés à se livrer réciproquement des dépêches closes ou des envois à découvert sont désignés de commun accord par les Administrations contractantes qui s'entendent pour régler tous les autres détails de leur service d'échange;

d) Les Administrations contractantes se prêtent leurs bons offices pour obtenir, en ce qui concerne le traitement douanier des expéditions directes qu'elles se livrent réciproquement, toutes les facilités compatibles avec les règlements des douanes de leurs pays;

e) Chaque Administration s'engage à expédier, par les moyens de transport les plus rapides dont elle dispose pour ses propres envois, les

---

*) V. N. R. G. 3. s. I, p. 380.
**) V. N. R. G. 2. s. III, p. 618.

envois qui lui sont livrés, en conformité des dispositions précédentes, par l'autre Administration.

Art. III.

Chaque Administration supporte elle-même les frais de transport sur son territoire ou, le cas échéant, jusqu'au point d'échange qui est déterminé d'un commun accord.

Toutefois, lorsque les deux Administrations s'entendent pour confier à une même personne le transport des postes dans les deux directions entre leurs bureaux d'échange, les frais du transport seront partagés par moitié entre les deux offices.

Art. IV.

Sauf entente contraire entre les Administrations contractantes, la livraison des postes échangées directement entre leurs bureaux d'échange doit avoir lieu, lorsque le transport est effectué par paquebot, au point de débarquement du bateau chargé du transport; lorsque le transport est effectué par chemin de fer, au wagon-poste dans la gare du point d'échange déterminé de commun accord.

Art. V.

Pour les envois adressés de la Roumanie à destination de la Bulgarie et vice-versa, les taxes à percevoir sont les suivantes:

a) pour les lettres:

10 centimes par chaque poids de 20 grammes ou fraction;

b) pour les cartes postales simples:

5 centimes par pièce et 10 centimes pour celles avec réponse payée;

c) pour les imprimés:

5 centimes par chaque 100 grammes ou fraction;

d) pour les échantillons de marchandise:

5 centimes pour chaque 100 grammes ou fraction;

e) pour les papiers d'affaires:

5 centimes pour chaque 100 grammes ou fraction;

f) pour les colis postaux:

1 franc, dont 50 centimes pour la Roumanie et 50 centimes pour la Bulgarie;

g) pour les colis postaux en transit, originaires ou à destination des pays contractants:

25 centimes pour chaque colis;

h) pour les mandats-poste:

10 centimes pour chaque 25 francs ou fraction.

Toutes les correspondances énumérées ci-haut, à l'exclusion des lettres, doivent être affranchies au moins partiellement.

En cas de non affranchissement, les lettres sont soumises au double de la taxe, ou au double de l'insuffisance de la taxe.

Les autres objets insuffisamment affranchis, au double de l'insuffisance;

i) Les correspondances échangées entre les Ministres plénipotentiaires et les Consuls avec les Ministres des Affaires Etrangères des pays con-

tractants, ainsi que les correspondances échangées entre les Ministres plénipotentiaires et les Consuls de leurs pays, et vice-versa, sont exemptées de toute taxe.

Art. VI.

Les décomptes entre les Administrations contractantes, à l'exception de ceux afférents à l'échange des mandats de poste, sont réglés par trimestre.

Pour l'établissement des décomptes sur l'échange des colis postaux, les montants des bonifications réciproques seront exprimés en francs.

Le payement des soldes résultant des décomptes réciproques sera effectué en francs par les moyens les plus favorables.

Art. VII.

L'article I de l'Arrangement télégraphique entre la Roumanie et la Bulgarie conclu à Sofia le 3/15 mai 1896, est modifié comme suit:

La taxe intégrale télégraphique par mot, pour les correspondances terminales échangées directement entre les bureaux des parties contractantes est fixée à 5 centimes par mot.

Le minimum de taxe est de 1 franc par télégramme.

Art. VIII.

La taxe intégrale fixée dans l'article précédent, sera réduite de 50 % par mot pour les télégrammes de presse présentés à la transmission de 6 heures du soir à 9 heures du matin, conformément aux art. LXV et LXVII du Règlement de la Convention télégraphique internationale.

Art. IX.

La taxe de transit est fixée pour les télégrammes à destination des pays du régime européen à 3 centimes par mot.

Art. X.

Les taxes perçues en Roumanie pour les correspondances originaires de Roumanie à destination de la Bulgarie, ainsi que les taxes perçues en Bulgarie pour les correspondances à destination de la Roumanie, resteront intégralement acquises à l'office qui les aura perçues.

Art. XI.

Les télégrammes météorologiques échangés soit entre les Administrations contractantes, soit en transit; les télégrammes officiels concernant le service postal, ainsi que ceux ayant trait à d'autres objets d'intérêt public (comme les cours des paquebots, etc.) seront expédiés en franchise de taxe, comme télégrammes de service.

Les Administrations contractantes s'entendront sur l'application de cet article et sur le mode d'expédition de ces télégrammes.

Art. XII.

Les articles V et VII de la Convention téléphonique conclue à Bucarest le 13/26 février 1900 sont modifiés comme suit:

L'unité adoptée tant pour la perception des taxes que pour la durée des communications est de trois minutes ou fraction.

Les taxes des conversations échangées entre les réseaux téléphoniques des deux pays sont fixées:

a) Entre les bureaux limitrophes ou riverains, reliés par des circuits téléphoniques directs: un franc;

b) Entre les autres bureaux des deux pays contractants: deux francs.

Les taxes perçues seront partagées à moitié par les Administrations contractantes.

Celles perçues pour les avis téléphoniques restent acquises à l'Administration qui les aura perçues.

Art. XIII.

Toutes les autres dispositions qui doivent régler l'échange de la correspondance télégraphique et téléphonique entre les bureaux des parties contractantes seront soumises au régime de la Convention télégraphique internationale et du Règlement y annexé.

Art. XIV.

Le présent Arrangement sera mis en application après avoir été ratifié par les Gouvernements des deux pays contractants.

Il sera valable pour un temps indéterminé juspu'à ce que l'une des parties contractantes demandera d'en faire cesser les effets, six mois après la notification.

Art. XV additionnel.

Les dispositions prévues par l'article V, alinéa h, concernant la taxe à percevoir sur les mandats de poste, ainsi que les dispositions prévues par l'article VIII touchant l'échange des télégrammes de presse, seront mises en application lorsque la législation de l'Administration des postes, des télégraphes et des téléphones de Bulgarie aura été modifiée dans le sens d'admettre les réductions des taxes arrêtées par le présent Arrangement.

En ce qui concerne les dispositions prévues par l'article V cité ci-haut, littera a, il est expressément stipulé qu'à partir de la date de la mise en vigueur du présent Arrangement et jusqu'à l'époque où la législation intérieure de l'Administration des postes, des télegraphes et des téléphones de Bulgarie aura prévu l'élévation du poids des lettres à 20 grammes ou fraction, l'Administration des postes, des télégraphes et des téléphones de Roumanie percevra 10 centimes pour chaque port simple de 20 grammes ou fraction, tandis que celle de Bulgarie en percevra 10 centimes pour chaque port simple de 15 grammes ou fraction.

Fait à Sophia, le 9/22 janvier 1914.

Fait à Bucarest, le 1/14 mars 1914.

Le directeur général des postes, des télégraphes et des téléphones de Bulgarie,

Stoyanovich.

Le directeur général des postes, des télégraphes et des téléphones de Roumanie,
Par délégation,

Al. Mihalcea.

NOUVEAU

RECUEIL GÉNÉRAL

DE

TRAITÉS

ET

AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS
DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL

DE

G. FR. DE MARTENS

PAR

Heinrich Triepel

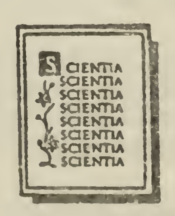
Conseiller intime de justice

Professeur de droit public à l'Université de Berlin.

TROISIÈME SÉRIE.

TOME X.

DEUXIÈME LIVRAISON.



Unveränderter Neudruck der Ausgabe Leipzig 1920

SCIENTIA VERLAG

Aalen 1960

105.

GRANDE-BRETAGNE, FRANCE.

Echange de lettres concernant les mesures à prendre en commun au cas des événements menaçant la paix générale; du 22 et du 23 novembre 1912.

Documents diplomatiques 1914. La Guerre européenne I. Paris 1914, p. 167.

1.

Foreign Office. „Londres, le 22 novembre 1912.

„Mon cher Ambassadeur,

„A différentes reprises, au cours des dernières années, les Etats-Majors militaires et navals de la France et de la Grande-Bretagne ont échangé leur vues. Il a toujours été entendu que ces échanges de vues ne portent pas atteinte à la liberté de l'un et l'autre Gouvernement de décider à n'importe quel moment dans l'avenir s'il doit ou non soutenir l'autre avec ses forces armées. Nous avons admis que des échanges de vues entre techniciens ne constituent pas et ne doivent pas être regardés comme constituant un engagement qui oblige l'un ou l'autre Gouvernement à intervenir dans une éventualité qui ne s'est pas encore présentée et qui peut ne jamais naître. Par exemple, la répartition actuelle des flottes françaises et anglaises ne repose pas sur un engagement de collaborer en temps de guerre.

„Vous avez cependant fait remarquer que si l'un ou l'autre Gouvernement avait de graves raisons de redouter une attaque de la part d'une tierce puissance sans aucune provocation, il pourrait être essentiel de savoir si, dans cette circonstance, il pourrait compter sur l'assistance militaire de l'autre puissance.

„J'accepte que si l'un ou l'autre gouvernement a de graves raisons de craindre une attaque sans provocation de la part d'une tierce puissance, ou tout autre événement menaçant pour la paix générale, ce gouvernement devrait examiner immédiatement avec l'autre s'ils ne doivent pas agir tous deux ensemble pour empêcher l'agression et maintenir la paix et, dans ce cas, rechercher les mesures qu'ils seraient disposés à prendre en commun.

Si ces mesures comportaient une action militaire, les plans des Etats-Majors généraux seraient aussitôt pris en considération et les deux Gouvernements décideraient alors la suite qu'il conviendrait de leur donner.

„Sincèrement vòtre,

„Signé: *E. Grey.*"

2.

„Londres, le 23 novembre 1912.

Cher Sir Edward,

„Par votre lettre en date d'hier, 22 novembre, vous m'avez rappelé que, dans ces dernières années, les autorités militaires et navales de la France et de la Grande-Bretagne s'étaient consultées de temps en temps; qu'il avait toujours été entendu que ces consultations ne restreignaient pas la liberté, pour chaque Gouvernement, de décider dans l'avenir s'ils se prêteraient l'un l'autre le concours de leurs forces armées; que, de part et d'autre, ces consultations entre spécialistes n'étaient et ne devaient pas être considérées comme des engagements obligeant nos Gouvernements à agir dans certains cas; que cependant je vous avais fait observer que, si l'un ou l'autre des deux Gouvernements avait de graves raisons d'appréhender une attaque non provoquée de la part d'une tierce puissance, il deviendrait essentiel de savoir s'il pourrait compter sur l'assistance armée de l'autre.

„Votre lettre répond à cette observation et je suis autorisé à vous déclarer que, dans le cas où l'un de nos deux Gouvernements aurait un motif grave d'appréhender soit l'agression d'une tierce puissance, soit quelque événement menaçant pour la paix générale, ce Gouvernement examinerait immédiatement avec l'autre si les deux Gouvernements doivent agir de concert en vue de prévenir l'agression ou de sauvegarder la paix. Dans ce cas, les deux Gouvernements délibéreraient sur les mesures qu'ils seraient disposés à prendre en commun; si ces mesures comportaient une action, les deux Gouvernements prendraient aussitôt en considération les plans de leurs états-majors et décideraient alors de la suite qui devrait être donnée à ces plans.

„Sincèrement à vous.

„Signé: *P. Cambon.*"

106.

FRANCE, RUSSIE, GRANDE-BRETAGNE.

Déclaration de la Triple Entente; signée à Londres, le 4 septembre 1914.*)**)

Documents diplomatiques 1914. La Guerre européenne I. Paris 1914, p. 175.

Déclaration.

M. Delcassé, Ministre des Affaires étrangères,
à MM. les Ambassadeurs et Ministres de France à l'étranger.

Paris, le 4 septembre 1914.

La déclaration suivante a été signée ce matin au Foreign Office, à Londres.

„Les soussignés, dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, font la déclaration suivante:

„Les Gouvernements britannique, français et russe s'engagent mutuellement à ne pas conclure de paix séparée au cours de la présente guerre.

„Les trois gouvernements conviennent que, lorsqu'il y aura lieu de discuter les termes de la paix, aucune des Puissances alliées ne pourra poser des conditions de paix sans accord préalable avec chacun des autres alliés."

Signé: *Paul Cambon.*
Signé: Comte *Benckendorff.*
Signé: *Edward Grey.*

Cette déclaration sera publiée aujourd'hui.

Delcassé.

---

*) La Déclaration telle qu'elle a été reproduite dans les déclarations d'adhésion (v. la note suivante), est datée tantôt du 4, tantôt du 5 septembre 1914.

**) V. l'accession du Japon ci-dessous No. 107, l'accession de l'Italie ci-dessous No. 108, 109.

107.

GRANDE-BRETAGNE, FRANCE, RUSSIE, JAPON.

Echange de notes concernant l'accession du Japon à la Déclaration de la Triple Entente du 4 septembre 1914;*) du 19 octobre 1915.

Treaty Series 1915, No. 1.

No. 1.

Sir E. Grey and the French and Russian Ambassadors to the Japanese Ambassador.

(Translation.)

London, October 19, 1915.

Your Excellency,

We, the undersigned, duly authorized thereto by our respective Governments, have the honor to invite the Imperial Japanese Government to signify, through your Excellency, their adherence to the Declaration between the French, Russian, and British Governments, signed at London on the 5th September, 1914, the text of which reads as follows:

The undersigned, duly authorized thereto by their respective Governments, hereby declare as follows:

The French, Russian, and British Governments mutually engage not to conclude peace separately during the present war.

The three Governments agree that when terms of peace come to be discussed no one of the Allies will demand conditions of peace without the previous agreement of each of the other Allies.

In faith whereof the undersigned have signed this Declaration and have affixed thereto their seals.

Done at London, in triplicate, this 5th day of September, 1914.

(L. S.) *Paul Cambon*,
Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the French Republic.

(L. S.) *Benckendorff*,
Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Russia.

(L. S.) *E. Grey*,
His Britannic Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs

We have &c.

Paul Cambon. *Benckendorff.* *E. Grey.*

---

*) V. ci-dessus, No. 106.

No. 2.

The Japanese Ambassador to Sir E. Grey and the French and Russian Ambassadors.

Japanese Embassy, London, October 19, 1915.

Your Excellencies,

I have the honor to acknowledge the receipt of your note of this day's date, in which, in the name and with the authority of your respective Governments, you invite the Imperial Japanese Government to signify their adherence to the Declaration between the French, Russian, and British Governments, signed at London on the 5th September, 1914, the text of which reads as follows:

The undersigned, duly authorized thereto by their respective Governments, hereby declare as follows:

The French, Russian, and British Governments mutually engage not to conclude peace separately during the present war.

The three Governments agree that when terms of peace come to be discussed no one of the Allies will demand conditions of peace without the previous agreement of each of the other Allies.

In faith whereof the undersigned have signed this Declaration and have affixed thereto their seals.

Done at London, in triplicate, this 5th day of September, 1914.

(L. S.) *Paul Cambon*,
Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the French Republic.

(L. S.) *Benckendorff*,
Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Russia.

(L. S.) *E. Grey*,
His Britannic Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs.

In reply, I have the honor to acquaint your Excellencies that the Imperial Japanese Government have authorized me to inform you of their full and complete adherence to the terms of this Declaration.

I have, &c.

K. Inouyé.

108.

GRANDE-BRETAGNE, FRANCE, ITALIE, JAPON, RUSSIE.

Déclaration portant adhésion de l'Italie à la Déclaration de la Triple Entente du 4 septembre 1914;*) signée à Londres, le 30 novembre 1915.

Fauchille, La guerre de 1914. Recueil de documents intéressant le droit international II, p. 104.

Le gouvernement italien ayant décidé d'adhérer à la déclaration faite à Londres le 4 septembre 1914 par les gouvernements britannique, français et russe, déclaration à laquelle a adhéré également le gouvernement japonais en date du 19 octobre 1915,**) les soussignés, dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, font la déclaration suivante:

„Les gouvernements britannique, français, italien, japonais et russe s'engagent à ne pas conclure de paix séparée au cours de la présente guerre. Les cinq gouvernements conviennent que, lorsqu'il y aura lieu de discuter les termes de la paix, aucune des puissances alliées ne pourra poser des conditions de paix sans accord préalable avec chacun des autres alliés."

En foi de quoi les soussignés ont signé la présente déclaration, et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Londres, en quintuple original, le 30 novembre 1915.

Signé: *E. Grey.*
Signé: *Paul Cambon.*
Signé: *Impériali.*
Signé: *Inouye.*
Signé: *Benckendorff.*

---

*) V. ci-dessus, No. 106.
**) V. ci-dessus, No. 107.

109.

FRANCE, RUSSIE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE.

Accord concernant la coopération de l'Italie à la guerre contre les puissances centrales; signé à Londres, le 26 avril 1915, suivi de deux Déclarations, signées à la date du même jour.

Parliamentary Papers. Miscellaneous No. 7 (1920). — Cmd. 671.

D'Ordre de son Gouvernement, le Marquis Impériali, Ambassadeur de Sa Majesté le Roi d'Italie, a l'honneur de communiquer au Très Honorable Sir Edward Grey, Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté britannique pour les Affaires Etrangères, et à leurs Excellences M. Paul Cambon, Ambassadeur de la République française, et M. le Comte de Benckendorff, Ambassadeur de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, le mémorandum suivant:

Mémorandum.

Article 1er.

Une convention militaire sera immédiatement conclue entre les états-majors généraux de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie et de la Russie; cette convention fixera le minimum des forces militaires que la Russie devra employer contre l'Autriche-Hongrie afin d'empêcher cette Puissance de concentrer tous ses efforts contre l'Italie, dans le cas où la Russie déciderait de porter son principal effort contre l'Allemagne.

La convention militaire réglera la question des armistices, qui relève essentiellement du commandement en chef des armées.

Article 2.

De son côté, l'Italie s'engage à employer la totalité de ses ressources

By Order of his Government the Marquis Imperiali, Ambassador of His Majesty the King of Italy, has the honour to communicate to the Rt. Hon. Sir Edward Grey, His Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, and to their Excellencies M. Paul Cambon, Ambassador of the French Republic, and to Count de Benckendorff, Ambassador of His Majesty the Emperor of All the Russias, the following memorandum:

Memorandum.

Article 1.

A military convention shall be immediately concluded between the General Staffs of France, Great Britain, Italy and Russia. This convention shall settle the minimum number of military forces to be employed by Russia against Austria-Hungary in order to prevent that Power from concentrating all its strength against Italy, in the event of Russia deciding to direct her principal effort against Germany.

This military convention shall settle question of armistices, which necessarily comes within the scope of the Commanders-in-chief of the Armies.

Article 2.

On her part, Italy undertakes to use her entire resources for the

à poursuivre la guerre en commun avec la France, la Grande-Bretagne et la Russie contre tous leurs ennemis.

Article 3.

Les flottes de la France et de la Grande-Bretagne donneront leur concours actif et permanent à l'Italie jusqu'à la destruction de la flotte austro-hongroise ou jusqu'à la conclusion de la paix.

Une convention navale sera immédiatement conclue à cet effet entre la France, la Grande-Bretagne et l'Italie.

Article 4.

Dans le traité de paix, l'Italie obtiendra le Trentin, le Tyrol cisalpin avec sa frontière géographique et naturelle (la frontière du Brenner), ainsi que Trieste, les comtés de Gorizia et de Gradisca, toute l'Istrie jusqu'au Quarnero et y compris Volosca et les îles istriennes de Cherso, Lussin, de même que les petites îles de Plavnik, Unie, Canidole, Palazzuoli, San Pietro di Nembi, Asinello, Gruica, et les îlots voisins.

Note.

La frontière nécessaire pour assurer l'exécution de l'article 4 sera tracée comme suit:

Du Piz Umbrail jusqu'au nord du Stelvio, elle suivra la crête des Alpes rhétiennes jusqu'aux sources de l'Adige et de l'Eisach, passant alors sur les monts Reschen et Brenner et sur les hauteurs de l'Oetz et du Ziller. La frontière ensuite se dirigera vers le sud, traversera le mont Toblach et rejoindra la frontière actuelle des Alpes carniques. Elle suivra cette frontière jusqu'au mont Tarvis, et après le mont Tarvis la ligne de partage des eaux des Alpes juliennes par le col Predil, le mont Mangart,

purpose of waging war jointly with France, Great Britain and Russia against all their enemies.

Article 3.

The French and British fleets shall render active and permanent assistance to Italy until such time as the Austro-Hungarian fleet shall have been destroyed or until peace shall have been concluded.

A naval convention shall be immediately concluded to this effect between France, Great Britain and Italy.

Article 4.

Under the Treaty of Peace, Italy shall obtain the Trentino, Cisalpine Tyrol with its geographical and natural frontier (the Brenner frontier), as well as Trieste, the counties of Gorizia and Gradisca, all Istria as far as the Quarnero and including Volosca and the Istrian islands of Cherso and Lussin, as well as the small islands of Plavnik, Unie, Canidole, Palazzuoli, San Pietro di Nembi, Asinello, Gruica, and the neighbouring islets.

Note.

The frontier required to ensure execution of Article 4 hereof shall be traced as follows:

From the Piz Umbrail as far as north of the Stelvio, it shall follow the crest of the Rhetian Alps up to the sources of the Adige and the Eisach, then following the Reschen and Brenner mountains and the Oetz and Ziller heights. The frontier shall then bend towards the south, cross Mt. Toblach and join the present frontier of the Carnic Alps. It shall follow this frontier line as far as Mt. Tarvis and from Mt. Tarvis the watershed of the Julian Alps by the Predil Pass, Mt. Mangart, the Tricorno (Terglu) and the watersheds

le Tricorno (Terglou) et la ligne de partage des eaux des cols de Podberdo, de Podlaniscam et d'Idria. A partir de ce point, la frontière suivra la direction du sud-est vers le Schneeberg, laissant hors du territoire italien tout le bassin de la Save et de ses tributaires; du Schneeberg la frontière descendra vers la côte de manière à inclure Castua, Mattuglia et Volosca dans le territoire italien.

Article 5.

L'Italie recevra également la province de Dalmatie dans ses limites administratives actuelles en y comprenant au nord Lisarica et Tribania, et au sud jusqu'à une ligne partant sur la côte du cap Planka et suivant vers l'est les sommets des hauteurs formant la ligne de partage des eaux de manière à laisser dans le territoire italien toutes les vallées et cours d'eau descendant vers Sebenico, comme la Cicola, la Kerka, la Butisnica et leurs affluents. Elle recevra aussi toutes les îles situées au nord et à l'ouest de la Dalmatie depuis Premuda, Selve, Ulbo, Scherda, Maon, Pago et Patadura au nord, jusqu'à Meleda au sud en y comprenant Sant' Andrea, Busi, Lissa, Lesina, Tercola, Curzola, Cazza et Lagosta, ainsi que les rochers et îlots environnants et Pelagosa, à l'exception seulement des îles Grande et Petite Zirona, Bua, Solta et Brazza.

Seront neutralisées:

(1.) Toute la côte depuis le cap Planka au nord jusqu'à la racine méridionale de la péninsule de Sabioncello au sud, de manière à comprendre toute cette péninsule; (2) la partie du littoral commençant au nord à un point situé à 10 kilom. au sud de la pointe de Ragusa Vecchia des-

of the Podberdo, Podlaniscam and Idria passes. From this point the frontier shall follow a south-easterly direction towards the Schneeberg, leaving the entire basin of the Save and its tributaries outside Italian territory. From the Schneeberg the frontier shall come down to the coast in such a way as to include Castua, Mattuglia and Volosca within Italian territory.

Article 5.

Italy shall also be given the province of Dalmatia within its present administrative boundaries, including to the north Lisarica and Tribania; to the south as far as a line starting from Cape Planka on the coast and following eastwards the crests of the heights forming the watershed, in such a way as to leave within Italian territory all the valleys and streams flowing towards Sebenico—such as the Cicola, Kerka, Butisnica and their tributaries. She shall also obtain all the islands situate to the north and west of Dalmatia, from Premuda, Selve, Ulbo, Scherda, Maon, Pago and Patadura to the north, up to Meleda to the south including Sant' Andrea, Busi, Lissa, Lesina, Tercola, Curzola, Cazza and Lagosta, as well as the neighbouring rocks and islets and Pelagosa, with the exception of Greater and Lesser Zirona, Bua, Solta and Brazza.

To be neutralized:

(1) The entire coast from Cape Planka on the north to the southern base of the peninsula of Sabbioncello in the south, so as to include the whole of that peninsula; (2) the portion of the coast which begins in the north at a point situated 10 kilometres south of the headland of Ra-

cendant au sud jusqu'à la rivière Voïussa, de manière à comprendre le golfe et les ports de Cattaro, Antivari, Dulcigno, Saint-Jean de Medua, Durazzo, sans préjudice des droits du Monténégro résultant des déclarations échangées entre les Puissances en avril et mai 1909.*) Ces droits ne s'appliquant qu'au territoire actuel monténégrin ne pourront être étendus aux territoires ou ports qui pourraient être attribués au Monténégro. En conséquence, aucune partie des côtes appartenant actuellement au Monténégro ne pourra être neutralisée. Resteront en vigueur les restrictions concernant le port d'Antivari auxquelles le Monténégro a lui-même consenti en 1909; (3) et, enfin, toutes les îles qui ne sont pas attribuées à l'Italie.

Note.

Les territoires de l'Adriatique énumérés ci-dessous seront attribués par les quatre Puissances alliées à la Croatie, à la Serbie et au Monténégro:

Dans le Haut-Adriatique, toute la côte depuis la baie de Volosca sur les confins de l'Istrie jusqu'à la frontière septentrionale de Dalmatie comprenant le littoral actuellement hongrois et toute la côte de Croatie, avec le port de Fiume et les petits ports de Novi et de Carlopago, ainsi que les îles de Veglia, Pervichio, Gregorio, Goli et Arbe. Et, dans le Bas-Adriatique (dans la région intéressant la Serbie et le Monténégro), toute la côte du cap Planka jusqu'à la rivière Drin, avec les ports importants de Spalato, Raguse, Cattaro, Antivari, Dulcigno et Saint-Jean de Medua et les îles de Zirona Grande, Zirona Piccola, Bua, Solta,

gusa Vecchia extending southward as far as the River Voïussa, in such a way as to include the gulf and ports of Cattaro, Antivari, Dulcigno, St. Jean de Medua and Durazzo, without prejudice to the rights of Montenegro consequent on the declarations exchanged between the Powers in April and May 1909.*) As these rights only apply to the present Montenegrin territory, they cannot be extended to any territory or ports which may be assigned to Montenegro. Consequently neutralisation shall not apply to any part of the coast now belonging to Montenegro. There shall be maintained all restrictions concerning the port of Antivari which were accepted by Montenegro in 1909; (3) finally, all the islands not given to Italy.

Note.

The following Adriatic territory shall be assigned by the four Allied Powers to Croatia, Serbia and Montenegro:

In the Upper Adriatic, the whole coast from the bay of Volosca on the borders of Istria as far as the northern frontier of Dalmatia, including the coast which is at present Hungarian and all the coast of Croatia, with the port of Fiume and the small ports of Novi and Carlopago, as well as the islands of Veglia, Pervichio, Gregorio, Goli and Arbe. And, in the Lower Adriatic (in the region interesting Serbia and Montenegro) the whole coast from Cape Planka as far as the River Drin, with the important harbours of Spalato, Ragusa, Cattaro, Antivari, Dulcigno and St. Jean de Medua and the islands of Greater and Lesser Zirona, Bua,

*) V. N. R. G. 3. s. IV, p. 31.

Brazza, Jaclian et Calamotta. Le port de Durazzo resterait attribué à l'Etat indépendant musulman d'Albanie.

Article 6.

L'Italie recevra l'entière souveraineté sur Vallona, l'île de Sasseno et un territoire suffisamment étendu pour assurer la défense de ces points (depuis Voïussa au nord et à l'est, approximativement jusqu'à la frontière septentrionale du district de Chimaru au sud).

Article 7.

Si l'Italie obtient le Trentin et l'Istrie conformément aux termes de l'article 4, la Dalmatie et les îles de l'Adriatique dans les limites indiquées dans l'article 5 et la baie de Vallona (article 6), et si la partie centrale de l'Albanie est réservée pour la constitution d'un petit Etat autonome neutralisé, elle ne s'opposera pas à ce que les parties septentrionale et méridionale de l'Albanie soient, si tel est le désir de la France, de la Grande-Bretagne et de la Russie, partagées entre le Monténégro, la Serbie et la Grèce. La côte à partir de la frontière méridionale de la possession italienne de Vallona (voyez l'article 6) jusqu'au cap Stylos sera neutralisee.

L'Italie sera chargée de représenter l'Etat d'Albanie dans ses relations avec l'étranger.

L'Italie accepte, d'autre part, de laisser dans tous les cas à l'est de l'Albanie un territoire suffisant pour assurer l'existence d'une frontière commune à la Grèce et à la Serbie à l'ouest du lac d'Ochrida.

Article 8.

L'Italie recevra l'entière souveraineté sur les îles du Dodécanèse qu'elle occupe actuellement.

Solta, Brazza, Jaclian and Calamotta. The port of Durazzo to be assigned to the independent Moslem State of Albania.

Article 6.

Italy shall receive full sovereignty over Valona, the island of Saseno and surrounding territory of sufficient extent to assure defence of these points (from the Voïussa to the north and east, approximately to the northern boundary of the district of Chimara on the south).

Article 7.

Should Italy obtain the Trentino and Istria in accordance with the provisions of Article 4, together with Dalmatia and the Adriatic islands within the limits specified in Article 5, and the Bay of Valona (Article 6), and if the central portion of Albania is reserved for the establishment of a small autonomous neutralised State, Italy shall not oppose the division of Northern and Southern Albania between Montenegro, Serbia and Greece, should France, Great Britain and Russia so desire. The coast from the southern boundary of the Italian territory of Valona (see Article 6) up to Cape Stylos shall be neutralized.

Italy shall be charged with the representation of the State of Albania in its relations with foreign Powers.

Italy agrees, moreover, to leave sufficient territory in any event to the east of Albania to ensure the existence of a frontier line between Greece and Serbia to the west of Lake Ochrida.

Article 8.

Italy shall receive entire sovereignty over the Dodecanese Islands which she is at present occupying.

Article 9.

D'une manière générale, la France, la Grande-Bretagne et la Russie reconnaissent que l'Italie est intéressée au maintien de l'équilibre dans la Méditerranée et qu'elle devra, en cas de partage total ou partiel de la Turquie d'Asie, obtenir une part équitable dans la région méditerranéenne avoisinant la province d'Adalia où l'Italie a déjà acquis des droits et des intérêts qui ont fait l'objet d'une convention italo-britannique. La zone qui sera éventuellement attribuée à l'Italie sera délimitée, le moment venu, en tenant compte des intérêts existants de la France et de la Grande-Bretagne.

Les intérêts de l'Italie seront également pris en considération dans le cas où l'intégrité territoriale de l'Empire ottoman serait maintenue et où des modifications seraient faites aux zones d'intérêt des Puissances.

Si la France, la Grande-Bretagne et la Russie occupent des territoires de la Turquie d'Asie pendant la durée de la guerre, la région méditerranéenne avoisinant la province d'Adalia dans les limites indiquées ci-dessus sera réservée à l'Italie, qui aura le droit de l'occuper.

Article 10.

L'Italie sera substituée en Lybie aux droits et privilèges appartenant actuellement au Sultan en vertu du Traité de Lausanne.*)

Article 11.

L'Italie recevra une part correspondant à ses efforts et à ses sacrifices dans l'indemnité de guerre éventuelle.

Article 9.

Generally speaking, France, Great Britain and Russia recognise that Italy is interested in the maintenance of the balance of power in the Mediterranean and that, in the event of the total or partial partition of Turkey in Asia, she ought to obtain a just share of the Mediterranean region adjacent to the province of Adalia, where Italy has already acquired rights and interests which formed the subject of an Italo-British convention. The zone which shall eventually be allotted to Italy shall be delimited, at the proper time, due account being taken of the existing interests of France and Great Britain.

The interests of Italy shall also be taken into consideration in the event of the territorial integrity of the Turkish Empire being maintained and of alterations being made in the zones of interest of the Powers.

If France, Great Britain and Russia occupy any territories in Turkey in Asia during the course of the war, the Mediterranean region bordering on the Province of Adalia within the limits indicated above shall be reserved to Italy, who shall be entitled to occupy it.

Article 10.

All rights and privileges in Libya at present belonging to the Sultan by virtue of the Treaty of Lausanne*) are transferred to Italy.

Article 11.

Italy shall receive a share of any eventual war indemnity corresponding to her efforts and her sacrifices.

---

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 7.

Article 12.

L'Italie déclare s'associer à la déclaration faite par la France, la Grande-Bretagne et la Russie à l'effet de laisser l'Arabie et les lieux saints musulmans en Arabie sous l'autorité d'un pouvoir musulman indépendant.

Article 13.

Dans le cas où la France et la Grande-Bretagne augmenteraient leurs domaines coloniaux d'Afrique aux dépens de l'Allemagne, ces deux Puissances reconnaissent en principe que l'Italie pourrait réclamer quelques compensations équitables, notamment dans le règlement en sa faveur des questions concernant les frontières des colonies italiennes de l'Erythrée, de la Somalie et de la Lybie et des colonies voisines de la France et de la Grande-Bretagne.

Article 14.

La Grande-Bretagne s'engage à faciliter la conclusion immédiate, dans des conditions équitables, d'un emprunt d'au moins £ 50,000,000 à émettre sur le marché de Londres.

Article 15.

La France, la Grande-Bretagne et la Russie appuieront l'opposition que l'Italie formera à toute proposition tendant à introduire un représentant du Saint Siège dans toutes les négociations pour la paix et pour le règlement des questions soulevées par la présente guerre.

Article 16.

Le présent arrangement sera tenu secret. L'adhésion de l'Italie à la déclaration du 5 septembre, 1914, sera seule rendue publique aussitôt après la déclaration de guerre par ou contre l'Italie.

Article 12.

Italy declares that she associates herself in the declaration made by France, Great Britain and Russia to the effect that Arabia and the Moslem Holy Places in Arabia shall be left under the authority of an independent Moslem Power.

Article 13.

In the event of France and Great Britain increasing their colonial territories in Africa at the expense of Germany, those two Powers agree in principle that Italy may claim some equitable compensation, particularly as regards the settlement in her favour of the questions relative to the frontiers of the Italian colonies of Eritrea, Somaliland and Libya and the neighbouring colonies belonging to France and Great Britain.

Article 14.

Great Britain undertakes to facilitate the immediate conclusion, under equitable conditions, of a loan of at least 50,000,000 *l.* to be issued on the London market.

Article 15.

France, Great Britain and Russia shall support such opposition as Italy may make to any proposal in the direction of introducing a representative of the Holy See in any peace negotiations or negotiations for the settlement of questions raised by the present war.

Article 16.

The present arragement shall be held secret. The adherence of Italy to the Declaration of the 5th September, 1914, shall alone be made public, immediately upon declaration of war by or against Italy.

Après avoir pris acte du mémorandum ci-dessus, les représentants de la France, de la Grande-Bretagne et de la Russie, dûment autorisés à cet effet, ont conclu avec le représentant de l'Italie, également autorisé par son Gouvernement, l'accord suivant:

La France, la Grande-Bretagne et la Russie, donnent leur plein assentiment au mémorandum présenté par le Gouvernement italien.

Se référant aux articles 1er, 2 et 3 du mémorandum, qui prévoient la coopération militaire et navale des quatre Puissances, l'Italie déclare qu'elle entrera en campagne le plus tôt possible et dans un délai qui ne pourra excéder un mois à partir de la signature des présentes.

En foi de quoi les soussignés ont signé le présent accord et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Londres, en quadruple original, le 26 avril, 1915.

(L. S.) *E. Grey.*
(L. S.) *Imperiali.*
(L. S.) *Benckendorff.*
(L. S.) *Paul Cambon.*

After having taken act of the foregoing memorandum, the representatives of France, Great Britain and Russia, duly authorised to that effect, have concluded the following agreement with the representative of Italy, also duly authorised by his Government:

France, Great Britain and Russia give their full assent to the memorandum presented by the Italian Government.

With reference to Articles 1, 2 and 3 of the memorandum, which provide for military and naval co-operation between the four Powers, Italy declares that she will take the field at the earliest possible date and within a period not exceeding one month from the signature of these presents.

In faith whereof the undersigned have signed the present agreement and have affixed thereto their seals.

Done at London, in quadruplicate, the 26th day of April, 1915.

(L. S.) *E. Grey.*
(L. S.) *Imperiali.*
(L. S.) *Benckendorff.*
(L. S.) *Paul Cambon.*

II.

Déclaration par laquelle la France, la Grande-Bretagne, l'Italie et la Russie s'engagent à ne pas conclure de paix séparée au cours de la présente Guerre européenne.

Le Gouvernement italien ayant décidé de participer à la présente guerre avec les Gouvernements français, britannique et russe et d'adhérer à la déclaration faite à Londres le

II.

Declaration by which France, Great Britain, Italy and Russia undertake not to conclude a Separate Peace during the course of the Present European War.

The Italian Government, having decided to participate in the present war with the French, British and Russian Governments and to accede to the Declaration made at London.

5 septembre, 1914, par les trois Gouvernements précités,*)

Les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, font la déclaration suivante:

Les Gouvernements français, britannique, italien et russe s'engagent mutuellement à ne pas conclure de paix séparée au cours de la présente guerre.

Les quatre Gouvernements conviennent que, lorsqu'il y aura lieu de discuter les termes de la paix, aucune des Puissances alliées ne pourra poser des conditions de paix sans accord préalable avec chacun des autres Alliés.

En foi de quoi les soussignés ont signé la présente déclaration et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Londres, en quadruple original, le 26 avril, 1915.

(L. S.) *E. Grey.*
(L. S.) *Imperiali.*
(L. S.) *Benckendorff.*
(L. S.) *Paul Cambon.*

the 5th September, 1914, by the three abovenamed Governments,*)

The undersigned, being duly authorised by their respective Governments, make the following declaration:

The French, British, Italian and Russian Governments mutually undertake not to conclude a separate peace during the course of the present war.

The four Governments agree that, whenever there may be occasion to discuss the terms of peace, none of the Allied Powers shall lay down any conditions of peace without previous agreement with each of the other Allies.

In faith whereof the undersigned have signed the present Declaration and have affixed thereto their seals.

Done at London, in quadruplicate, the 26th day of April, 1915.

(L. S.) *E. Grey.*
(L. S.) *Imperiali.*
(L. S.) *Benckendorff.*
(L. S.) *Paul Cambon.*

III.

Déclaration.

La Déclaration du 26 avril, 1915, par laquelle la France, la Grande-Bretagne, l'Italie et la Russie s'engagent à ne pas conclure de paix séparée au cours de la présente guerre européenne, restera secrète.

Après la déclaration de guerre par ou contre l'Italie, les quatre Puissances signeront une nouvelle déclaration identique, qui sera rendue publique à ce moment.

En foi de quoi les soussignés ont signé la présente déclaration et y ont apposé leurs cachets.

III.

Declaration.

The Declaration of the 26th April, 1915, whereby France, Great Britain, Italy and Russia undertake not to conclude a separate peace during the present European war, shall remain secret.

After the declaration of war by or against Italy, the four Powers shall sign a new declaration in identical terms, which shall thereupon be made public.

In faith whereof the undersigned have executed the present Declaration and have affixed thereto their seals.

*) V. ci-dessus, No. 106.

Fait à Londres, en quadruple original, le 26 avril, 1915.	Done at London, in quadruplicate, the 26th day of April, 1915.
(L. S.) *E. Grey.*	(L. S.) *E. Grey.*
(L. S.) *Imperiali.*	(L. S.) *Imperiali.*
(L. S.) *Benckendorff.*	(L. S.) *Benckendorff.*
(L. S.) *Paul Cambon.*	(L. S.) *Paul Cambon.*

110.

ALLEMAGNE, ITALIE.

Arrangement au sujet du traitement des ressortissants réciproques et de leurs biens durant l'état de guerre; signé à Berlin, le 21 mai 1915.

Auswärtiges Amt. Ausnahmegesetze gegen deutsche Privatrechte in den feindlichen Ländern. I. Italien. p. 78.

Art. 1.

Les sujets allemands en Italie et les sujets italiens en Allemagne seront protégés quant à leurs personnes et à leurs biens en conformité des lois et des principes de droit respectivement en vigueur dans les deux Etats.

Art. 2.

Ils pourront continuer à résider librement dans le pays, sauf dans les régions et localités qui seront déterminées par les autorités compétentes et sauf l'application des mesures restrictives et de police qui pourront être adoptées à leur égard en vue, soit de la sûreté de l'Etat et des nécessités de l'ordre public, soit de leur sûreté personnelle.

Ils seront également libres de quitter le pays dans les délais et par les endroits que les autorités compétentes croiront utile de fixer à cet égard, à la seule exception des officiers actifs ou en retraite et des personnes poursuivies ou condamnées pour crimes de droit commun.

Ils auront le droit d'emporter leurs biens meubles personnels sauf ceux dont l'exportation est défendue par des dispositions générales.

Art. 3.

Les Allemands en Italie et les Italiens en Allemagne continueront à jouir de leurs droits privés et de la faculté de défendre leurs intérêts en justice, sans autres restrictions que celles admises pour les neutres établis dans le pays. Leur fortune personnelle ne pourra, par conséquent, être

l'objet d'aucune mesure de séquestre ou de liquidation, en dehors des cas prévus par des lois en vigueur, et ils ne pourront être forcés d'aliéner leurs biens immeubles.

Les brevets et autres droit de protection appartenant à des Allemands en Italie et à des Italiens en Allemagne ne pourront être déclarés nuls: aucune entrave ne pourra être apportée à leur exercice, et ils ne pourront être transférés sans le consentement de leur titulaire, sauf l'application des mesures adopteés dans le seul intérêt de l'Etat.

Les contrats passés avant ou après le début de la guerre et les obligations de toute sorte existant entre Allemands et Italiens ne pourront être résiliés ni déclarés nuls ou en suspens que dans des cas admis par les règles générales de droit; les indemnités dues, en cas de résiliation d'un contrat et selon les dispositions en vigueur, ne pourront excéder la valeur des dommages effectivement supportés par les parties contractantes.

Les ressortissants de chacun des deux Etats continueront à jouir des avantages que les lois en vigueur dans l'autre pays confèrent en matière d'assurance sociale, et aucune entrave ne pourra être apportée à la jouissance des droits relatifs.

Art. 4.

Les dispositions de la sixième Convention de la Haye relative au régime des navires de commerce ennemis au début des hostilités seront applicables à l'égard des navires de commerce allemands dans les ports italiens et des navires de commerce italiens dans les ports allemands, ainsi que de leurs cargaisons. Les navires susdits ne pourront être obligés de quitter le port que si on leur offre, en même temps, un laissez-passer obligatoire pour les puissances maritimes ennemies, jusqu'à un port du pays du navire ou d'un pays allié ou neutre, ou à un autre port italien ou allemand.

Les dispositions du chapitre troisième de la onzième Convention de la Haye, relative à certaines restrictions de l'exercice du droit de capture dans la guerre maritime, seront applicables au capitaine, aux officiers et aux membres de l'équipage de ces navires, ainsi que des navires de commerce capturés pendant la guerre.

Art. 5.

Cet arrangement s'étend aux territoires occupés par les autorités militaires des deux Etats, ainsi qu'à leurs colonies et à leurs protectorats.

Berlin, le 21 mai 1915.

(Signé) *v. Jagow.*
(Signé) *R. Bollati.*

111.

RUSSIE, ROUMANIE.

Echange de notes concernant l'accroissement du territoire roumain; du 18 septembre/1er octobre 1914.

Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. Auswärtiges Amt (Berlin 1918). p. 129.
Traduction.

Note an den rumänischen Gesandten.

Nr. 112.

Zarskoje Sselo, 18. September 1914.

Als Folge der Unterhandlungen, die wir geführt haben, habe ich die Ehre, Ihnen folgende Erklärungen abzugeben:

Russland verpflichtet sich, sich jedem Anschlag gegen den territorialen status quo Rumäniens in der Ausdehnung seiner gegenwärtigen Grenzen zu widersetzen. Gleichzeitig verpflichtet es sich, Rumänien das Recht zuzuerkennen, sich diejenigen Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie anzugliedern, die von Rumänen bevölkert sind. Für die Bukowina soll das Prinzip der Mehrheit der Bevölkerung die Grundlage der territorialen Abgrenzung zwischen Russland und Rumänien bilden. Diese Abgrenzung wird nach speziellen Beobachtungen an Ort und Stelle vollzogen werden, und zu diesem Zweck wird eine interministerielle Kommission gebildet werden, die eine in dem friedfertigen Geiste verfasste Instruktion erhalten soll, von dem beide Regierungen beseelt sind.

Rumänien wird die vorerwähnten Territorien besetzen, sobald es dieses für notwendig findet.

Russland wird dafür Sorge tragen, dass die oben erwähnten Verpflichtungen von den Kabinetten von London und Paris bestätigt werden.

Es ist selbstverständlich, dass die gegenwärtige Deklaration bis zum Moment der Annexion der in Rede stehenden Territorien durch Rumänien geheimzuhalten ist.

Genehmigen Sie usw.

(Rotb. Heft VII Nr. 72.)

Die Antwort Rumäniens.

Seiner Exzellenz Herrn Ssasonow,
dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz mitzuteilen, dass ich Ihre Deklaration vom 18. September/1. Oktober, sub 112, erhalten und zur Kenntnis genommen habe, dass:

Russland sich verpflichtet, sich jedem Anschlag gegen den territorialen status quo Rumäniens in der Ausdehnung seiner gegenwärtigen Grenzen zu widersetzen. Gleichzeitig verpflichtet es sich, Rumänien das Recht zuzuerkennen, sich diejenigen Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie anzugliedern, die von Rumänen bevölkert sind. Für die Bukowina soll das Prinzip der Mehrheit der Bevölkerung die Grundlage der territorialen Abgrenzung zwischen Russland und Rumänien bilden. Diese Abgrenzung wird nach speziellen Beobachtungen an Ort und Stelle vollzogen werden, und zu diesem Zweck wird eine interministerielle Kommission gebildet werden, die eine in dem friedfertigen Geiste verfasste Instruktion erhalten soll, von dem beide Regierungen beseelt sind.

Rumänien wird die vorerwähnten Territorien besetzen, sobald es dieses für notwendig findet.

Russland wird dafür Sorge tragen, dass die oben erwähnten Verpflichtungen von den Kabinetten von London und Paris bestätigt werden.

Im Austausch gegen diese Deklaration bin ich durch Herrn Bratianu, den Präsidenten des rumänischen Ministerrates bevollmächtigt, Ew. Exzellenz zu erklären, dass Rumänien sich seinerseits verpflichtet, bis zu dem Tage, an dem es die von Rumänen bewohnten Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie besetzt, wohlwollende Neutralität gegenüber Russland zu wahren.

Es ist selbstverständlich, dass die Deklarationen, die wir untereinander ausgetauscht haben, bis zu dem Tage geheim bleiben müssen, an dem Rumänien die in Rede stehenden Territorien annektieren wird. Ich bitte Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner grössten Hochachtung entgegenzunehmen.

(L. S.) gez. *Diamandi.*

Petrograd, am 18. September/1. Oktober 1914.

(Rotb. Heft VII Nr. 73.)

112.

FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, RUSSIE, ROUMANIE.

Traité d'alliance; signé à Bucarest, le 4/17 août 1916, suivi d'une Convention militaire, signée à la date du même jour.

Le Temps du 4 février 1919.

Convention.

Article 1er. La France, la Grande-Bretagne, l'Italie et la Russie garantissent l'intégrité territoriale du royaume de Roumanie dans toute l'étendue de ses frontières actuelles.

Art. 2. La Roumanie s'engage à déclarer la guerre et à attaquer l'Autriche-Hongrie dans les conditions stipulées par la convention militaire: la Roumanie s'engage également à cesser, dès la déclaration de la guerre, toutes relations économiques et échanges commerciaux avec les ennemis des alliés.

Art. 3. La France, la Grande-Bretagne, l'Italie et la Russie reconnaissent à la Roumanie le droit d'annexer les territoires de la monarchie austro-hongroise stipulés et déterminés à l'article 4.

Art. 4. Les limites des territoires mentionnés à l'article précédent sont fixées comme suit:

La ligne de délimitation commencera sur le Pruth à un point de la frontière actuelle entre la Roumanie et la Russie près de Novoselitza, et remontera ce fleuve jusqu'à la frontière de la Galicie au confluent du Pruth et du Ceremos. Ensuite, elle suivra la frontière de la Galicie et de la Bukovine et celle de la Galicie et de la Hongrie jusqu'au point Stog (cote 1655). De là, elle suivra la ligne de séparation des eaux de la Tisza et du Vizo pour atteindre la Tisza au village de Trebusa en amont de l'endroit où elle s'unit au Vizo. A partir de ce point, elle descendra le thalweg de la Tisza jusqu'à 4 kilomètres en aval de son confluent avec le Szamos en laissant le village de Vasares-Namény à la Roumanie. Elle continuera ensuite dans la direction du sud-sud-ouest jusqu'à un point à 6 kilomètres à l'est de la ville de Debreczen. De ce point, elle atteindra le Crisch à 3 kilomètres en aval de la réunion de ses deux affluents (le Crisch blanc et le Crisch rapide). Elle joindra ensuite la Tisza à la hauteur du village Algye au nord de Szegedin en passant à l'ouest des villages de Croshaza et de Bekessamson à 3 kilomètres duquel elle fera une petite courbe. A partir d'Algye, la ligne descendra le thalweg de la Tisza jusqu'à son confluent avec le Danube, et enfin suivra le thalweg du Danube jusqu'à la frontière actuelle de la Roumanie.

La Roumanie s'engage à ne pas élever de fortifications en face de Belgrade dans une zone à déterminer ultérieurement et à ne tenir dans

cette zone que les forces nécessaires au service de la police. Le gouvernement royal roumain s'engage à indemniser les Serbes de la région du Banat qui, abandonnant leurs propriétés, voudraient émigrer dans l'espace de deux ans à partir de la conclusion de la paix.

Art. 5. La Roumanie d'une part, et la France, la Grande-Bretagne, l'Italie et la Russie de l'autre part, s'engagent à ne pas conclure de paix séparée ou la paix générale que conjointement et simultanément.

La France, la Grande-Bretagne, l'Italie et la Russie s'engagent également à ce que, au traité de paix, les territoires de la monarchie austro-hongroise, stipulés à l'article 4, soient annexés à la couronne de Roumanie.

Art. 6. La Roumanie jouira des mêmes droits que les alliés pour tout ce qui a trait aux préliminaires, aux négociations de la paix, ainsi qu'à la discussion des questions qui seront soumises aux décisions de la Conférence de la paix.

Art. 7. Les puissances contractantes s'engagent à garder secrète la présente convention jusqu'à la conclusion de la paix générale.

Fait en cinq exemplaires à Bucarest le 4/17 août 1916.

Convention militaire.*)

Article 1er. Pour faire suite au traité d'alliance conclu le 4/17 août 1916, entre la France, la Grande-Bretagne, l'Italie, la Russie et la Roumanie, la Roumanie s'engage en mobilisant toutes ses forces de terre et de mer, à attaquer l'Autriche-Hongrie au plus tard le 15/28 août 1916 (huit jours après l'offensive de Salonique). Les opérations offensives de l'armée roumaine commenceront le jour même de la déclaration de guerre.

Art. 2. Dès la signature de la présente convention et pendant la durée de la mobilisation et de la concentration de l'armée roumaine, l'armée russe s'engage à agir d'une façon particulièrement énergique sur tout le front autrichien dans le but d'assurer les opérations roumaines susmentionnées. Cette action sera spécialement offensive et vigoureuse en Bukovine où les troupes russes devront tout au moins garder leurs positions ainsi que leurs effectifs actuels.

A partir du 12/25 août 1916, la flotte russe devra assurer la sécurité du port de Constantza, empêcher tout débarquement des troupes ennemies sur les côtes roumaines et toute incursion sur le Danube, en amont des bouches de ce fleuve.

De son côté, la Roumanie reconnaîtra à la flotte russe de la mer Noire le droit d'utiliser le port de Constantza, et de prendre les mesures nécessaires contre la flotte sous-marine ennemie.

*) Traduction allemande de la Convention militaire dans les „Dokumente aus den russischen Geheimarchiven", Berlin 1918.

Les navires de guerre russes qui se serviront du Danube tant pour garantir les rives que pour prêter concours à l'armée et à la flotte roumaines seront sous les ordres du commandement en chef des armées roumaines et coopéreront sur ce fleuve avec l'escadre des monitors roumains. Les détails de cette coopération seront établis conformément aux articles de la présente convention.

Art. 3. La Russie s'engage au moment de la mobilisation de l'armée roumaine, à envoyer en Dobroudja deux divisions d'infanterie et une division de cavalerie pour coopérer avec l'armée roumaine contre l'armée bulgare.

Les alliés s'engagent à faire précéder au moins de huit jours, par une offensive affirmée des armées de Salonique, l'entrée en guerre de la Roumanie, afin de faciliter la mobilisation et la concentration de toutes les forces militaires roumaines. Cette offensive commencera le 7/20 août 1916.

Si, au cours des opérations militaires, les puissances alliées, après entente entre les états-majors respectifs, étaient amenées à augmenter leur appoint militaire coopérant avec l'armée roumaine, cette augmentation de forces ne modifiera en rien les stipulations des conventions conclues.

Art. 4. La France, la Grande-Bretagne, l'Italie et la Russie s'engagent à fournir à la Roumanie des munitions et le matériel de guerre qui seront transportés par des bateaux roumains ou alliés et transités par la Russie.

Ces livraisons et transports devront être exécutés de façon à assurer l'arrivée en Roumanie, d'une façon aussi continue que possible, d'un minimum de trois cents tonnes par jour, calculé sur un mois de transport.

Au cas où les alliés auront à leur disposition de nouvelles voies d'accès facilitant le transit des munitions, la Roumanie pourra en bénéficier.

Art. 5. Les alliés s'engagent également à fournir à la Roumanie, dans la limite du possible, les chevaux, caoutchoucs, médicaments, articles de subsistance et d'équipement qu'elle demanderait dans les quantités et catégories qui seront fixées de commun accord.

Art. 6. Les alliés mettront à la disposition de la Roumanie le personnel technique nécessaire à la fabrication dans le pays des munitions et du matériel de guerre.

Art. 7. Dès la conclusion de la présente convention, les états-majors des armées roumano-russes, ainsi que l'état-major des armées de Salonique se mettront d'accord pour établir les modalités de leur coopération.

L'accord pendant les opérations militaires des armées roumano-russes ou tout changement, éclaircissement et supplément en vue d'une liaison permanente, s'établira au quartier général respectif, ainsi qu'il sera dit au-dessous.

Art. 8. La coopération des armées alliés n'implique pas la subordination d'une des parties contractantes à l'autre, elle n'implique que la libre acceptation des dispositions ou modifications dues à la situation générale, aux nécessités exigées par le but poursuivi et à la camaraderie d'armes.

Art. 9. En principe, les troupes royales roumaines et les troupes impériales russes conserveront leur commandement propre, leur zone

d'opérations distincte et une complète indépendance dans la conduite des opérations. La ligne de démarcation entre les deux armées passera de Dorna-Vatra par la Bistritza et les vallées des rivières Chaio et Samesch à Debreczen. Le but principal de l'action roumaine, en tant que la situation militaire au sud du Danube le permettra, sera par la Transylvanie dans la direction de Budapest.

Les troupes russes prévues à l'art. 3, destinées à coopérer avec l'armée roumaine, seront sous le commandement en chef de l'armée roumaine.

Au cas ou le contingent russe opérant au sud du Danube serait considérablement augmenté de manière à être de force égale ou supérieure aux troupes roumaines avec lesquelles il coopérera, ce contingent pourra former, à la sortie du territoire roumain, une armée indépendante qui sera placée sous le commandement suprême russe. Dans ce cas cette armée, agissant hors du territoire roumain, devra avoir une zone d'opérations distincte et sera conduite d'après les directions du commandement suprême russe, tout en se conformant entièrement aux plans des deux quartiers généraux sur les bases établies ci-dessus.

Si en vue du but poursuivi, des opérations militaires avec des forces combinées roumano-russes, devaient avoir lieu, le commandement de ces forces serait indiqué par la zone respective d'opérations. Tous les ordres et instructions relatifs à la conduite de ces opérations seront rédigés en roumain et en russe.

Art. 10. En principe, dans le territoire national de même que dans le territoire occupé par l'armée de l'une des parties contractantes, les armées de l'autre partie contractante ne pourront y pénétrer que si l'intérêt général et le but commun le réclamaient et avec le consentement écrit et préalable pour chaque cas particulier.

Art. 11. Chaque fois qu'au cours des opérations les armées alliées se trouveront dans la nécessité, pour le transport des troupes, provisions et fournitures militaires, d'user d'une ou plusieurs voies ferrées sur le territoire de l'Etat allié, l'utilisation sera établie pour chaque cas particulier par les délégués des grands quartiers généraux alliés.

L'administration, l'organisation des transports et l'approvisionnement avec les ressources locales incomberont dans tous les cas aux autorités territoriales.

Art. 12. Les prisonniers, le butin de guerre et les trophées pris par l'une des armées, lui appartiendront.

Le butin de guerre, pris dans des combats en commun, et sur le même champ de bataille, sera partagé proportionnellement aux effectifs qui y auront pris part. Toutefois, afin de faciliter l'approvisionnement de l'armée roumaine, le commandement impérial russe cédera à celle-ci le matériel de guerre et les munitions, compris dans ce butin mixte, dont elle aurait un besoin urgent.

Art. 13. Pour coordonner les actions des armées roumaines, russes et alliés, et pour atteindre plus sûrement les buts militaires, un représentant

de l'armée roumaine, aidé si nécessaire d'un certain nombre d'officiers adjoints, doit se trouver aux quartiers généraux russes et alliés au moment de l'ouverture des opérations militaires roumaines. De même les représentants des armées russes et alliées et leurs adjoints doivent se trouver au quartier général de l'armée roumaine.

Les quartiers généraux des armées coopérantes doivent se renseigner mutuellement et en temps utile sur les conjectures militaires, la réparation des forces et la marche des opérations.

Art. 14. Si, au cours des opérations, il survenait des situations exigeant la prise de mesures nouvelles et soulevant des questions non prévues dans la présente convention, toutes ces questions seront traitées dans chaque quartier général avec le délégué de l'armée alliée, mais ne deviendront définitives qu'après un accord des commandants en chef.

Art. 15. Pour pouvoir prendre à temps les mesures préparatoires au commencement des opérations, les parties contractantes devront s'entendre sur le plan de l'action militaire avant le jour de l'ouverture des hostilités par l'armée roumaine.

Art. 16. La question des armistices sera décidée de commun accord par les commandements suprêmes des armées coopérantes.

Art. 17. La présente convention demeurera en vigueur du jour de la signature jusqu'à la paix générale.

Fait en cinq exemplaires à Bucarest, le 4/17 août 1916.

(Signé) *Tatarinow.*
(Signé) *M. Depré.*
(Signé) *Tomson.*
(Signé) *L. G. Ferigo.*
(Signé) *Ivan Bratianu.**)

---

*) Les signatures ci-dessus apposées d'après les „Geheimdokumente" (comp. p. 343 note *).

113.

FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, RUSSIE.

Correspondance concernant la ville de Constantinople et les Détroits; du 4 au 20 mars 1915.

Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. Berlin, Auswärtiges Amt, p. 319.
Traduction.

Memorandum.

Am 4. März 1915 hat der Minister des Auswärtigen den französischen und englischen Botschaftern eine Denkschrift überreicht, in der Russlands Wünsche bezüglich der Einverleibung folgender Gebiete als Ergebnis des jetzigen Krieges dargelegt sind: Die Stadt Konstantinopel, die Westküste des Bosporus, des Marmara-Meers und der Dardanellen, Süd-Thraziens bis zur Linie Enos—Midia, die Küste Kleinasiens zwischen dem Bosporus, dem Flusse Sakaria und einem später zu bestimmenden Punkte des Golfes von Ismid; die Inseln des Marmara-Meeres und die Inseln Imbros und Tenedos. Die Sonderrechte Frankreichs und Englands in den Grenzen der erwähnten Gebiete würden unangetastet bleiben.

Sowohl die französische wie die englische Regierung haben ihr Einverständnis mit der Befriedigung unserer Wünsche ausgesprochen unter der Bedingung der erfolgreichen Beendigung des Krieges und der Erfüllung einer ganzen Reihe von Wünschen Frankreichs und Englands, sowohl bezüglich des ottomanischen Reiches als auch an anderen Stellen.

Diese Wünsche, soweit sie die Türkei betreffen, bestehen in folgendem:

Anerkennung Konstantinopels als Freihafen für den Transit von Waren, die nicht aus Russland kommen und nicht nach Russland gehen, und der Freiheit der Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Meerengen.

Anerkennung der Rechte Englands und Frankreichs in der asiatischen Türkei, die noch auf dem Wege eines Sonderabkommens zwischen Frankreich, England und Russland genau zu bestimmen sind.

Belassung der heiligen Stätten des Islams und Arabiens unter unabhängiger mohammedanischer Herrschaft.

Einrechnung der in dem Abkommen zwischen England und Russland im Jahre 1907 festgesetzten neutralen Zone Persiens in die englische Einflusssphäre.

Indem die russische Regierung anerkannt hat, dass diese Forderungen im allgemeinen zu erfüllen sind, hat sie dennoch einige Vorbehalte gemacht:

Um unsere Wünsche hinsichtlich der heiligen Stätten des Islams zu formulieren, ist es notwendig, jetzt schon zu vereinbaren, ob diese Gebiete

unter Beibehaltung des Kalifats durch den türkischen Sultan unter der Oberherrschaft der Türkei verbleiben sollen, oder ob es beabsichtigt ist, neue selbständige Staaten zu bilden. Unserer Ansicht nach ist es wünschenswert, das Kalifat von der Türkei zu trennen. Jedenfalls muss die Freiheit der Wallfahrten gesichert bleiben.

Indem die russische Regierung sich damit einverstanden erklärt, dass die neutrale Zone Persiens mit in die englische Einflusssphäre einbezogen wird, hält sie es für gerechtfertigt, auszusprechen, dass die Gebiete der Städte Ispahan und Jesd zu Russland kommen und dass der Teil der neutralen Zone, der wie ein Keil zwischen die russische und afghanische Grenze eindringt und sich der russischen Grenze bei Sulfagar unmittelbar nähert, in die russische Einflusssphäre eingeschlossen werden müssen.

Die russische Regierung hält die gleichzeitige Lösung der das an Russland grenzende nördliche Afghanistan betreffenden Frage im Sinne der während der Verhandlungen im Jahre 1914 von Russland gestellten Forderungen für wünschenswert.

Nach dem Eintritt Italiens in den Krieg sind unsere Wünsche auch der italienischen Regierung mitgeteilt worden, und letztere hat ihrerseits ihr Einverständnis erklärt unter der Bedingung, dass der Krieg siegreich beendigt, die italienischen Ansprüche überhaupt nur im Orient insbesondere verwirklicht und endlich, dass wir in dem zu erwerbenden Gebiet Italien dieselben Rechte einräumen werden wie England und Frankreich.

(Iswestija vom 23. November 17.)

Geheimtelegramm des Ministers des Auswärtigen an den Botschafter in Paris.

18. März 1915. Nr. 1226.

Am 8. März hat mir der französische Botschafter im Namen seiner Regierung erklärt, dass Frankreich bereit sei, sich gegenüber der Durchführung der in meinem Telegramm an Sie Nr. 937 dargelegten Wünsche Russlands bezüglich der Meerengen und Konstantinopels durchaus wohlwollend zu verhalten und ich habe Sie beauftragt, Delcassé meinen verbindlichen Dank dafür auszusprechen. In seinen Gesprächen mit Ihnen hat Delcassé auch früher wiederholt der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass wir auf die Zustimmung Frankreichs rechnen können und berief er sich nur auf die Notwendigkeit, die Stellungnahme Englands, von dessen Seite er Entgegnungen befürchtete, klarzustellen, bevor er uns in der angegebenen Richtung bestimmte Versicherungen geben könne.

Jetzt hat die englische Regierung schriftlich ihre volle Zustimmung zu der Vereinigung der Meerengen und Konstantinopels mit Russland ausgesprochen, und zwar in dem von uns besprochenen Umfange; sie hat dabei nur ausbedungen, dass ihre wirtschaftlichen Interessen sichergestellt werden und dass wir uns unsererseits ebenso wohlwollend zu den politischen Wünschen Englands auf anderen Gebieten stellen.

Mir persönlich, der ich von weitgehendem Vertrauen zu Delcassé erfüllt bin, genügt die von ihm erhaltene Versicherung vollständig, aber für die kaiserliche Regierung sind genauere Erklärungen Frankreichs wünschenswert, dass es einverstanden ist, unsere Wünsche voll zu erfüllen, und zwar in derselben Weise, wie es die englische Regierung getan hat.

Ssasonow.

(Iswestija vom 23. November 17.)

Politisches Archiv. 14. Kopie 7. 403 Spez.

Geheimtelegramm des Ministers des Auswärtigen an den Botschafter in Paris.

20. März 1915. Nr. 1265.

Bezugnehmend auf das Memorandum der hiesigen englischen Botschaft vom 12. März wollen Sie bitte Grey den tiefgefühlten Dank der kaiserlichen Regierung für das volle und endgültige Einverständnis Englands mit der Lösung der Frage bezüglich der Meerengen und Konstantinopels entsprechend den Wünschen Russlands aussprechen. Die kaiserliche Regierung weiss die Gefühle der englischen Regierung in vollem Umfange zu schätzen und ist überzeugt, dass die aufrichtige Anerkennung der beiderseitigen Interessen für immer eine dauerhafte Freundschaft zwischen Russland und England sichern wird. Nachdem die kaiserliche Regierung bereits Versprechungen bezüglich der Bedingungen für den Handel in den Meerengen und Konstantinopels abgegeben hat, erhebt sie keine Einwendungen erstens gegen die Freiheit des Transitverkehrs für Waren durch Konstantinopel, die nicht nach Russland kommen und nicht nach Russland gehen, zweitens gegen die Freiheit der Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Meerengen.

Um den von den Verbündeten unternommenen Durchbruchsversuch durch die Dardanellen zu erleichtern, ist die kaiserliche Regierung bereit. daran mitzuwirken, dass diejenigen Länder, deren Mitarbeit England und Frankreich zweckmässig erscheint, auf vernünftiger Grundlage zu dieser Sache hinzugezogen werden.

Die kaiserliche Regierung teilt die Ansicht der englischen Regierung vollständig, dass die heiligen Stätten des Islam auch in Zukunft unter unabhängiger mohammedanischer Herrschaft verbleiben müssen. Es ist wünschenswert, sofort festzustellen, ob es beabsichtigt ist, diese Gebiete unter der Herrschaft der Türkei unter Beibehaltung des Kalifats seitens des türkischen Sultans zu belassen, oder ob beabsichtigt wird, neue selbstständige Staaten zu bilden, da die kaiserliche Regierung ihre Wünsche nur dann formulieren kann, wenn diese Frage gelöst ist. Ihrerseits würde die kaiserliche Regierung es für sehr wünschenswert halten, das Kalifat von der Türkei zu trennen. Die Freiheit der Wallfahrten muss natürlich durchaus gesichert sein.

Die kaiserliche Regierung bestätigt ihr Einverständnis mit der Einverleibung der neutralen Zone Persiens in die englische Interessensphäre.

Dabei hält sie es jedoch für gerechtfertigt, zu bemerken, dass die Gebiete der Städte Ispahan und Jesel, die mit diesem ein untrennbares Ganzes bilden, Russland überlassen werden müssten, da dort russische Interessen entstanden sind.

Die neutrale Zone dringt jetzt wie ein Keil zwischen die russische und afghanische Grenze ein und nähert sich der russischen Grenze bei Sulfager. Daher wird es notwendig sein, einen Teil dieses Keils mit der russischen Einflusssphäre zu vereinigen.

Von wesentlicher Bedeutung für die kaiserliche Regierung ist die Frage des Eisenbahnbaues in der neutralen Zone, die einen weiteren freundschaftlichen Meinungsaustausch erfordert.

Die kaiserliche Regierung rechnet in Zukunft mit der Anerkennung ihrer vollständigen Handlungsfreiheit in der ihr zugeteilten Interessensphäre und besonders damit, dass ihr dort ein Vorrecht bei Entwicklung der finanziellen und wirtschaftlichen Pläne zusteht.

Schliesslich hält es die kaiserliche Regierung für wünschenswert, dass gleichzeitig auch die Frage des an Russland grenzenden nördlichen Afghanistan in dem Sinne gelöst werde, den das kaiserliche Ministerium in dieser Hinsicht während der im vorigen Jahre stattgehabten Vorverhandlungen für wünschenswert erklärt hat.

Ssasonow.

(Iswestija vom 23. November 17.)

114.

FRANCE, GRANDE-BRETAGNE.

Correspondance relative à la reconnaissance et à la protection d'un Etat arabe en Syrie; du 9 au 16 mai 1916.

Le Temps du 22 mai 1919. — Bulletin de l'Institut intermédiaire international I, p. 543.

Lettre de M. Paul Cambon à Sir Edward Grey, en date du 9 mai 1916.

1. La France et la Grande Bretagne sont disposées à reconnaître et à protéger un Etat arabe indépendant ou une Confédération d'Etats arabes dans les zones (A) et (B) indiquées sur la carte ci-jointe, sous la suzeraineté d'un chef arabe. Dans la zone (A) la France et dans la zone (B) la Grande-Bretagne auront un droit de priorité sur les entreprises et les emprunts locaux. Dans la zone (A) la France et dans la zone (B) la Grande Bretagne seront seules à fournir des conseillers ou des fonctionnaires étrangers à la demande de l'Etat arabe ou de la Confédération d'Etats arabes.

2. Dans la zone bleue, la France, et dans la zone rouge la Grande-Bretagne, seront autorisées à établir telle administration directe ou indirecte ou tel contrôle qu'elles désirent et qu'elles jugeront convenable d'établir après entente avec l'Etat ou la Confédération d'Etats arabes.

3. Dans la zone brune sera établie une administration internationale dont la forme devra être décidée après consultation avec la Russie, et ensuite d'accord avec les autres alliés et les représentants du chérif de la Mecque.

4. Il sera accordé à la Grande-Bretagne: 1° Les ports de Caïffa et d'Acre; 2° la garantie d'une quantité définie d'eau du Tigre et de l'Euphrate dans la zone (A) pour la zone (B). Le gouvernement de Sa Majesté, de son côté, s'engage à n'entreprendre à aucun moment des négociations en vue de la cession de Chypre à une tierce puissance sans le consentement préalable du gouvernement français.

5. Alexandrette sera un port franc en ce qui concerne le commerce de l'empire britannique et il ne sera pas établi de différence de traitement dans les droits de port, ni d'avantages particuliers refusés à la marine ou aux marchandises anglaises; il y aura libre transit pour les marchandises anglaises par Alexandrette et par chemins de fer à travers la zone bleue, que ces marchandises soient destinées à la zone rouge, la zone (B), la zone (A) ou en proviennent; et aucune différence de traitement ne sera établie (directement ou indirectement) aux dépens des marchandises anglaises sur quelque chemin de fer que ce soit comme aux dépens de marchandises ou de navires anglais dans tout port desservant les zones mentionnées.

Caïffa sera un port franc en ce qui concerne le commerce de la France, de ses colonies et de ses protectorats et il n'y aura ni différence de traitement ni avantage dans les droits de port qui puisse être refusé à la marine et aux marchandises françaises. Il y aura libre transit pour les marchandises françaises par Caïffa et par le chemin de fer anglais à travers la zone brune, que ces marchandises soient en provenance ou à destination de la zone bleue, de la zone (A) ou de la zone (B), et il n'y aura aucune différence de traitement directe ou indirecte aux dépens des marchandises françaises sur quelque chemin de fer que ce soit comme aux dépens des marchandises ou des navires français dans quelque port que ce soit desservant les zones mentionnées.

6. Dans la zone (A), le chemin de fer de Bagdad ne sera pas prolongé vers le sud au delà de Mossoul et dans la zone (B) vers le nord au delà de Samara, jusqu'à ce qu'un chemin de fer reliant Bagdad à Alep par la vallée de l'Euphrate ait été terminé et cela seulement avec le concours des deux gouvernements.

7. La Grande-Bretagne aura le droit de construire, d'administrer et d'être seule propriétaire d'un chemin de fer reliant Caïffa avec la zone (B). Elle aura, en outre, un droit perpétuel de transporter des troupes, en tout temps, le long de cette ligne. Il doit être entendu par les deux gouvernements que ce chemin de fer doit faciliter la jonction de Bagdad

et de Caïffa, et il est, de plus, entendu que si les difficultés techniques et les dépenses encourues pour l'entretien de cette ligne de jonction dans la zone brune en rendent l'exécution impraticable, le gouvernement français sera disposé à envisager que ladite ligne puisse traverser le polygone Barries-Keis-Maril-Silbrad-Tel-Hotsda-Mesuire avant d'atteindre la zone (B).

8. Pour une période de 20 ans, les tarifs douaniers turcs resteront en vigueur dans toute l'étendue des zones bleue et rouge aussi bien que dans les zones (A) et (B) et aucune augmentation dans les taux des droits ou changement des droits ad valorem en droits spécifiques ne pourra être faite si ce n'est avec le consentement des deux puissances.

Il n'y aura pas de douanes intérieures entre aucune des zones ci-dessus mentionnées. Les droits de douanes prélevables sur les marchandises destinées à l'intérieur seront exigés aux ports d'entrée et transmis à l'administration de la zone destinataire.

9. Il sera entendu que le gouvernement français n'entreprendra, à aucun moment, aucune négociation pour la cession de ses droits et ne cédera les droits qu'il possédera dans la zone bleue à aucune autre tierce puissance si ce n'est l'Etat ou la Confédération d'Etats arabes, sans l'agrément préalable du gouvernement de Sa Majesté qui, de son côté, donnera une assurance semblable au gouvernement français en ce qui concerne la zone rouge.

10. Les gouvernements anglais et français, en tant que protecteurs de l'Etat arabe, se mettront d'accord pour ne pas acquérir, et ne consentiront pas à ce qu'une tierce puissance acquière de possessions territoriales dans la péninsule arabique, ou construise une base navale dans les îles sur la côte est de la mer Rouge. Ceci, toutefois, n'empêchera pas telle rectification de la frontière d'Aden qui pourra être jugée nécessaire par suite de la récente agression des Turcs.

11. Les négociations avec les Arabes pour les frontières de l'Etat ou de la Confédération d'Etats arabes continueront par les mêmes voies que précédemment au nom des deux puissances.

12. Il est entendu, en outre, que des mesures de contrôle pour l'importation des armes sur le territoire arabe seront envisagées par les deux gouvernements.

A cette lettre, Sir Edward Grey a répondu, le 15 mai, en demandant une garantie particulière, que M. Paul Cambon lui a donnée le même jour, au nom du gouvernement français, dans une lettre, dont voici le texte:

Par sa communication de ce jour, Votre Excellence m'a exprimé le désir, avant de répondre à ma lettre, en date du 9 de ce mois, relative à la création d'un Etat arabe, de recevoir l'assurance que, dans les régions qui deviendraient françaises ou dans celles où les intérêts français seraient prédominants, les concessions et droits de navigation ainsi que les droits et privilèges de tous les établissements religieux scolaires et médicaux britanniques seraient maintenus. Il serait entendu, par contre, que les mêmes droits seraient reconnus à la France par le gouvernement du roi dans la sphère dévolue à l'Angleterre.

J'ai l'honneur de faire connaître à Votre Excellence que le gouvernement français est prêt à sanctionner les diverses concessions britanniques ayant date certaine antérieure à la guerre, dans les régions qui lui seraient attribuées ou qui relèveraient de son action. Quant aux établissements religieux scolaires et médicaux, ils continueraient à fonctionner comme par le passé, étant entendu toutefois qu'une telle réserve ne comporte pas le maintien des droits de juridiction et des capitulations dans ces territoires.

A la lettre de M. Paul Cambon, Sir Edward Grey répondait, le 16 mai 1916, en acceptant, au nom du gouvernement britannique, le texte de l'accord consigné dans la première lettre de M. Paul Cambon.

115.

FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, RUSSIE.

Correspondance concernant la question d'Asie mineure; du 6 mars au 25 septembre 1917.

Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. Berlin, Auswärtiges Amt, p. 323.
Traduction.

Denkschrift über die Kleinasiatische Frage.
6. März 1917.

In Verfolg der Verhandlungen, die im Frühjahr 1916 in London und Petersburg stattfanden, sind die verbündeten Regierungen Englands, Frankreichs und Russlands zu einem Abkommen bezüglich der zukünftigen Verteilung ihrer Einflusssphären und territorialen Erwerbungen in der asiatischen Türkei gelangt, ferner auch bezüglich der Bildung eines unabhängigen arabischen Reiches oder einer Konföderation arabischer Staaten in den Grenzen des jetzigen Arabiens.

Dieses Abkommen besteht in allgemeinen Grundzügen aus folgendem:

Russland erhält die Bezirke von Erzerum, Trapezunt, Wan und Bitlis, ferner das Gebiet des südlichen Kurdistan bis zur Linie Muscha—Sert, Ibn—Omar, Amalia, persische Grenze. Der Endpunkt der russischen Erwerbungen an der Küste des Schwarzen Meeres wird ein Punkt westlich von Trapezunt sein, der noch in Zukunft näher bestimmt werden soll.

Frankreich erhält den Küstenstrich Syriens, das Wilajet Adana und ein Gebiet, das im Süden durch die Linie Aintab—Mardin bis zur zukünftigen russischen Grenze und im Norden durch die Linie Ala—Dag, Cäsarea, Ak—Dag, Ildys—Dag, Sara, Ogin, Charput begrenzt wird.

England erhält den südlichen Teil Mesopotamiens mit Bagdad und behält sich in Syrien die Häfen Haifa und Akka vor.

Nach einem Abkommen zwischen Frankreich und England wird die Zone zwischen dem französischen und dem englischen Bezirk eine Konföderation arabischer Staaten oder ein unabhängiges arabisches Reich bilden, dessen Einflusssphäre bei der Gründung näher bestimmt werden wird.

Alexandrette wird zum Freihafen erklärt werden.

Um die religiösen Interessen der verbündeten Länder sicherzustellen, wird Palästina mit den Heiligen Stätten aus dem Bestand des türkischen Reiches ausgeschieden und einem besonderen Regime, entsprechend einem Abkommen zwischen Russland, Frankreich und England unterworfen.

Als allgemeine Regel verpflichten sich die Mächte gegenseitig, die schon vor dem Kriege vorhandenen Konzessionen und Vorrechte in den von ihnen erworbenen Gebieten anzuerkennen.

Sie sind damit einverstanden, den ihren Erwerbungen entsprechenden Teil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen.

(Unterschrift.)

(Istwestija vom 24. November 1917.)

Geheimtelegramm an den Geschäftsträger in Paris.

25. September 1917. Nr. 4239.

Bezugnehmend auf Ihr Telegramm Nr. 947. Vom Standpunkte der gussischen Interessen aus kann das Abkommen über Kleinasien nicht als resondert dastehend betrachtet werden. Seine Durchführung hängt ab von der Durchführung des Abkommens über die Meerengen. Dieser Gedanke ist in dem ersten Telegramm über unsere Absichten auf Konstantinopel vom 4. März 1915 Nr. 937 in dem Schlusssatze ausgedrückt und in der Denkschrift über das kleinasiatische Abkommen wiederholt worden, das den englischen und französischen Botschaftern in Petersburg am 17. März 1916 unter Nr. 205 überreicht worden ist. In letzterem Dokumente heisst es: Zweifellos steht das Einverständnis Russlands mit den vorhergehenden Punkten in Abhängigkeit von der Durchführung des Abkommens zwischen Frankreich und England bezüglich Konstantinopels und der Meerengen.

Da unsere erwähnten Erklärungen von der französischen Regierung ohne jede Einwendung entgegengenommen worden sind, so folgt hieraus, dass das kleinasiatische Abkommen nicht getrennt von dem Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen und umgekehrt betrachtet werden kann, irgendwelche Veränderungen in letzterem müssen unvermeidlich auf das erstere zurückwirken.

Wenn wir dabei in Übereinstimmung mit Ribot das kleinasiatische Abkommen als nicht endgültig ansehen, so hat es um so weniger verpflichtende Kraft.

Diesen Standpunkt wollen Sie bitte im Falle eines weiteren Meinungsaustausches mit der französischen Regierung ohne jede Abweichung einhalten.

Kopie nach London. Der Schluss nur für London.

Der Text des Telegramms Sewastopulos unter Nr. 947 wird Ihnen besonders mitgeteilt werden.

Terestschenko.

(Iswestija vom 24. November 1917.)

116.

FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, RUSSIE BELGIQUE.

Déclaration en vue de garantir à la Belgique la restauration de son indépendance; faite à Sainte-Adresse, le 14 février 1916.

Fauchille, La guerre de 1914. Recueil de documents intéressant le droit international. II, p. 106.

Lundi, 14 février, MM. les ministres de France, de Grande-Bretagne et de Russie auprès de S. M^r le Roi des Belges se sont présentés au ministère des affaires étrangères de Belgique à Sainte-Adresse, et M. le Prince Koudacheff, prenant la parole au nom de ses collègues, s'est adressé en ces termes au ministre des affaires étrangères:

Excellence.

Les puissances alliées, signataires des traités qui garantissent l'indépendance et la neutralité de la Belgique, ont décidé de renouveler aujourd'hui, par un acte solennel, les engagements qu'elles ont pris envers votre pays héroïquement fidèle à ses obligations internationales.

En conséquence, nous, ministres de la France, de la Grande-Bretagne et de la Russie, dûment autorisés par nos gouvernements, avons l'honneur de faire la déclaration suivante:

„Les puissances alliées et garantes déclarent que, le moment venu, le gouvernement belge sera appelé à participer aux négociations de paix et qu'elles ne mettront pas fin aux hostilités sans que la Belgique soit rétablie dans son indépendance politique et économique et largement indemnisée des dommages qu'elle a subis. Elles prêteront leur aide à la Belgique pour assurer son relèvement commercial et financier".

Le Baron Beyens a répondu:

Le gouvernement du Roi est profondément reconnaissant aux gouvernements des trois puissances garantes de l'indépendance de la Belgique, dont vous êtes auprès de lui les représentants, de la généreuse initiative

qu'ils ont prise en lui apportant aujourd'hui cette déclaration. Je vous en exprime ses chaleureux remerciements. Vos paroles auront un vibrant écho dans le cœur des Belges, soit qu'ils combattent sur le front, soit qu'ils souffrent dans le pays occupé ou qu'ils attendent en exil l'heure de la délivrance, tous avec un égal courage. Les nouvelles assurances que vous venez de me donner confirmeront leur conviction inébranlable que la Belgique sera relevée de ses ruines et restaurée dans sa complète indépendance politique et économique. Je suis certain d'être leur interprète en vous disant que vous devez avoir pleine confiance en nous comme nous avons confiance en nos loyaux garants, car nous sommes tous résolus à lutter énergiquement avec eux jusqu'au triomphe du droit pour la défense duquel nous nous sommes sacrifiés sans hésitation, après la violation injustifiée de notre patrie bien-aimée.

M. le ministre d'Italie a annoncé de son côté au Baron Beyens que l'Italie, n'étant pas au nombre des puissances garantes de l'indépendance et de la neutralité de la Belgique, faisait connaître qu'elle n'avait aucune objection à ce que la déclaration susdite fût faite par les Alliés.

De son côté, le gouvernement japonais a fait une communication identique.

117.

FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, RUSSIE, BELGIQUE.

Déclaration en vue de garantir l'intégrité territoriale du Congo belge; faite le 29 avril 1916.

Fauchille, La guerre de 1914. Recueil de documents intéressant le droit international. II, p. 112.

Le 29 avril 1916, S. E. M. Klobukowski, ministre de la République française auprès du gouvernement belge, a remis au ministre des affaires étrangères de Belgique une déclaration conçue dans les termes suivants:

„Se référant d'une part aux accords franco-belges des 23—24 avril 1884, 5 février 1895 et 23 décembre 1908,*) d'autre part à l'adhésion qu'il a donnée à la Note remise le 19 septembre 1914 au gouvernement belge par le ministre de la Grande-Bretragne au sujet du Congo, ainsi qu'à la déclaration des puissances garantes de l'indépendance et de la neutralité de la Belgique en date du 14 février 1916,**) le gouvernement de la République française tient à déclarer qu'il prêtera son concours au gouvernement royal lors des négociations de paix en vue de maintenir le Congo belge

*) V. N. R. G. 2. s. XVI, p. 582; XX, p. 698; 3. s. VI, p. 336.
**) V. ci-dessus, p. 355.

dans son état territorial actuel et de faire attribuer à cette colonie une indemnité spéciale pour les dommages subis au cours de la guerre".

Le même jour, S. E. sir Hyde Francis Villiers, ministre de la Grande-Bretagne, et M. de Hoeck, chargé d'affaires de Russie, ont informé le ministre des affaires étrangères de Belgique de l'adhésion de leurs gouvernements à cette déclaration. S. E. M. Carignani, ministre d'Italie, et M. Chiyuki Yamanaka, chargé d'affaires du Japon, lui ont fait savoir que leurs gouvernements en prenaient acte.

Le Baron Beyens a exprimé aux représentants des puissances alliées la vive reconnaissance du gouvernement belge pour ce nouveau témoignage d'amitié et de solidarité.

118.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, DANEMARK.

Convention concernant la cession des Antilles danoises; signée à New York, le 4 août 1916, suivie d'une Déclaration relative au Groënland, signée à la date du même jour, et d'un Echange de notes du 3 janvier 1917.*)

Treaty Series, No. 629.

The United States of America and His Majesty the King of Denmark being desirous of confirming the good understanding which exists between them, have to that end appointed as Plenipotentiaries:

The President of the United States:

Mr. Robert Lansing, Secretary of State of the United States,

and His Majesty the King of Denmark:

Mr. Constantin Brun, His Majesty's Envoy extraordinary and Minister plenipotentiary at Washington,

who, having mutually exhibited their full powers which were found

Da de amerikanske Forenede Stater og Hans Majestaet Kongen af Danmark onsker at befaeste det gode Forhold, der bestaar imellem dem, har de i den Anledning udnaevnt til deres Befuldmaegtigede:

Praesidenten for de Forenede Stater:

Hr. Robert Lansing, de Forenede Staters Statssekretaer,

og Hans Majestaet Kongen af Danmark: Hr. Constantin Brun, Hans Majestaets overordentlige Gesandt og befuldmaegtigede Minister i Washington,

hvilke efter gensidigt at have fremvist deres Fuldmagt, der befandtes

*) Les ratifications de la Convention ont été échangées à Washington, le 17 janvier 1917.

to be in due form, have agreed upon the following articles:

Article 1.

His Majesty the King of Denmark by this convention cedes to the United States all territory, dominion and sovereignty, possessed, asserted or claimed by Denmark in the West Indies including the Islands of Saint Thomas, Saint John and Saint Croix together with the adjacent islands and rocks. –

This cession includes the right of property in all public, government, or crown lands, public buildings, wharves, ports, harbors, fortifications, barracks, public funds, rights, franchises, and privileges, and all other public property of every kind or description now belonging to Denmark together with all appurtenances thereto.

In this cession shall also be included any government archives, records, papers or documents which relate to the cession or the rights and property of the inhabitants of the Islands ceded, and which may now be existing either in the Islands ceded or in Denmark. Such archives and records shall be carefully preserved, and authenticated copies thereof, as may be required shall be at all times given to the United States Government or the Danish Government, as the case may be, or to such properly authorized persons as may apply for them.

Article 2.

Denmark guarantees that the cession made by the preceding article

i behørig Form, er komne overens om følgende Artikler:

Artikel 1.

Haus Majestaet Kongen af Danmark overdrager ved denne Konvention til de Forenede Stater ethvert Territorium, Besiddelse og Højhedsret, som Danmark besidder, opretholder eller gør Krav paa i Vestindien, bestaaende af Øerne St. Thomas, St. Jan og St. Croix tilligemed de tilliggende Øer og Klipper.

Denne Overdragelse indbefatter Ejendomsretten til alle offentlige, Regeringen eller Kronen tilhørende Landstraekninger, offentlige Bygninger, Vaerfter, Havne, Rede, Faestningsvaerker, Kaserner, offentlige Midler, Rettigheder, Friheder, Privilegier, og enhver anden offentlig Ejendom af en hvilken som helst Art eller Beskrivelse, som nu tilhører Danmark, tilligemed alle dertil hørende Appertinentier.

I denne Overdragelse skal ogsaa vaere indbefattet alle offentlige Arkiver, Protokoller, Papirer eller Dokumenter, som vedrører Overdragelsen eller de Rettigheder og den Ejendom, som tilhører de overdragne Øers Indbyggere, og som nu maatte befinde sig enten paa de overdragne Øer eller i Danmark. Disse Arkiver og Protokoller skal omhyggelig opbevares, og bekraeftede Genparter deraf, som maatte blive forlangt, skal til enhver Tid gives til de Forenede Staters Regering eller til den danske Regering, efter de foreliggende Omstaendigheder, eller til saadanne behørig bemyndigede Personer, som maatte begaere samme.

Artikel 2.

Danmark garanterer, at den Overdragelse, som finder Sted ved den

is free and unencumbered by any reservations, privileges, franchises, grants, or possessions, held by any governments, corporations, syndicates, or individuals, except as herein mentioned. But it is understood that this cession does not in any respect impair private rights which by law belong to the peaceful possession of property of all kinds by private individuals of whatsoever nationality, by municipalities, public or private establishments, ecclesiastical or civic bodies, or any other associations having legal capacity to acquire and possess property in the Islands ceded.

The congregations belonging to the Danish National Church shall retain the undisturbed use of the churches which are now used by them, together with the parsonages appertaining thereunto and other appurtenances, including the funds allotted to the churches.

Article 3.

It is especially agreed, however, that:

1. The arms and military stores existing in the Islands at the time of the cession and belonging to the Danish Government shall remain the property of that Government and shall, as soon as circumstances will permit, be removed by it, unless they, or parts thereof, may have been bought by the Government of the United States; it being however understood that flags and colors, uniforms and such arms or military articles as are marked as being the property of the Danish Government

foregaaende Artikel, er fri og ubehaeftet af hvilke som helst Forbehold, Privilegier, Friheder, Indrømmelser eller Besiddelsesrettigheder, som maatte tilhøre nogen Regering, Korporation, Syndikat eller privat Person, undtagen for saa vidt det heri er omtalt. Men man er enig om, at denne Overdragelse ikke i nogen Henseende skal komme private Rettigheder til Skade, som ifølge Loven er forbundet med den fredelige Besiddelse af Ejendom as enhver Art, som tilkommer private Personer af hvilken som helst Nationalitet, Komuner, offentlige eller private Etablissementer, kirkelige eller borgerlige Korporationer eller nogen anden Sammenslutning, som ifølge Loven er beføjet til at erhverve og besidde Ejendom paa de overdragne Øer.

De Menigheder, som hører til den danske Folkekirke, skal vedblive at have den uforstyrrede Brug af de Kirker, som nu benyttes af dem, tillige med de dertil hørende Praesteboliger og andet tilhørende, herunder de til Kirkerne henlagte Kapitaler.

Artikel 3.

Man er dog saerlig kommet overens om, at:

1. Vaaben og Militaerbeholdninger, som befinder sig paa Øerne paa Tidspunktet for Overdragelsen, og som tilhører den danske Regering, skal forblive denne Regerings Ejendom, og skal, saa snart Omstaendighederne tillader det, bortfjernes af denne, med mindre de, eller Dele deraf, skulde blive købt ad de Forenede Staters Regering, hvorved dog er underforstaaet, at Flag og Faner, Uniformer og saadanne Vaaben eller Militaergenstande, der er maerkede som den danske Regerings Ejendom, ikke skal

shall not be included in such purchase.

2. The movables, especially silver plate and pictures which may be found in the government buildings in the islands ceded and belonging to the Danish Government shall remain the property of that Government and shall, as soon as circumstances will permit, be removed by it.

3. The pecuniary claims now held by Denmark against the colonial treasuries of the islands ceded are altogether extinguished in consequence of this cession and the United States assumes no responsibility whatsoever for or in connection with these claims. Excepted is however the amount due to the Danish Treasury in account current with the West-Indian colonial treasuries pursuant to the making up of accounts in consequence of the cession of the islands; should on the other hand this final accounting show a balance in favour of the West-Indian colonial treasuries, the Danish Treasury shall pay that amount to the colonial treasuries.

4. The United States will maintain the following grants, concessions and licenses, given by the Danish Government, in accordance with the terms on which they are given:

a) The concession granted to „Det vestindiske Kompagni" (the West-Indian Company) Ltd. by the communications from the Ministry of Finance of January 18th 1913 and of April 16th 1913 relative to a license to embank, drain, deepen and utilize certain areas in St. Thomas Harbor and perferential rights as to commercial, industrial or shipping establishments in the said Harbor.

b) Agreement of August 10th and 14th, 1914 between the municipality

vaere indbefattet i en saadan Erhvervelse.

2. Løsøre, saerlig Sølvtøj og Malerier, som maatte findes i Gouvernementsbygningerne paa de overdragne Øer, og som tilhører den danske Regering, skal forblive denne Regerings Ejendom og skal, saa snart Omstaendighederne tillader det, bortfjernes af denne.

3. Pengekrav, som nu haves af Danmark mod de overdragne Øers Kolonialkasser, er fuldstaendig ophørt som Følge af denne Overdragelse, og de Forenede Stater paatager sig intet som heldst Ansvar for eller i Forbindelse med samme Pengekrav. Herfra undtages dog det Beløb, som den danske Statskasse maate have tilgode i Mellemregning med de vestindiske Kolonialkasser i Henhold til den i Anledning af Øernes Afstaaelse stedfindende Opgørelse. Skulde omvendt Mellemregningsforholdet give de vestindiske Kolonialkasser et Tilgodehavende hos den danske Statskasse, har denne at tilsvare Kolonialkasserne dette.

4. De Forenede Stater vil opretholde de efterfølgende af den danske Regering givne Tilsagn, Koncessioner og Bevillinger, overensstemmende med de Vilkaar, under hvilke de er givne:

a) Finansministeriets Tilsagn i Skrivelser af 18' Januar 1913 og 16' April 1913 til Aktieselskabet „Det vestindiske Kompagni" angaaende Tilladelse til at inddaemme, tørlaegge, uddybe og udnytte visse Arealer i St. Thomas Havn samt Fortrinsret med Hensyn til kommercielle, industrielle eller Skibsfartsanlaeg i St. Thomas Havn:

b) Overenskomst af 10' og 14' August 1914 mellem Kommunen

of St. Thomas and St. John and „Det vestindiske Kompagni" Ltd. relative to the supply of the city of Charlotte Amalie with electric lighting.

St. Thomas og St. Jan og Aktieselskabet „Det vestindiske Kompagni" angaaende Byen Charlotte Amalies Forsyning med elektrisk Belysning;

c) Concession of March 12th 1897 to „The Floating Dock Company of St. Thomas Ltd.", subsequently transferred to „The St. Thomas Engineering and Coaling Company Ltd." relative to a floating dock in St. Thomas Harbor, in which concession the maintenance, extension, and alteration of the then existing repairing slip are reserved.

c) Koncession af 12' Marts 1897 for „The Floating Dock Company of St. Thomas Ltd.", senere overgaaet til „The St. Thomas Engineering and Coaling Company Ltd." vedrørende end Flydedok i St. Thomas Havn, ved hvilken Koncession Opretholdelse, Udvidelse og Forandring af den da eksisterende Ophalingsbedding er forbeholdt;

d) Royal Decree Nr. 79 of November 30th 1914 relative to the subsidies from the colonial treasuries of St. Thomas and Sainte Croix to „The West India and Panama Telegraph Company Ltd."

d) Kongelig Anordning No. 79 af 30' November 1914 om Tilskud fra St. Thomas og St. Croix Kolonialkasser til „The West India and Panama Telegraph Company Ltd.";

e) Concession of November 3rd, 1906, to K. B. Hey to establish and operate a telephone system on St. Thomas island, which concession has subsequently been transferred to the „St. Thomas Telefonselskab" Ltd.

e) Koncession af 3' November 1906 til cand. polyt. K. B. Hey paa Anlaeg og Drift af Telefoner paa St. Thomas, hvilken Koncession senere er overgaaet til Aktieselskabet „St. Thomas Telefonselskab";

f) Concession of February 28th 1913 to the municipality of Sainte Croix to establish and operate a telephone system in Sainte Croix.

f) Bevilling af 28' Februar 1913 til St. Croix Kommune til Anlaeg og Drift af Telefoner paa St. Croix;

g) Concession of July 16th 1915 to Ejnar Svendsen, an Engineer, for the construction and operation of an electric light plant in the city of Christiansted, Sainte Croix.

g) Koncession af 16' Juli 1915 til Diplomingeniør Ejnar Svendsen paa Oprettelse og Drift af et Elektricitetsvaerk i Byen Christianssted paa St. Croix;

h) Concession of June 20th 1904 for the establishment of a Danish West-Indian bank of issue. This bank has for a period of 30 years acquired the monopoly to issue bank-notes in the Danish West-India islands against the payment to the Danish Treasury of a tax amounting to ten percent of its annual profits.

h) Koncession af 20' Juni 1904 paa Oprettelse af en dansk vestindisk Seddelbank. Banken har for et Tidsrum af 30 Aar Eneret paa de dansk vestindiske Øer til at udstede Sedler mod af sit Aarsoverskud at betale 10 Procent i Afgift til den danske Statskasse.

i) Guarantee according to the Danish supplementary Budget Law for the

i) Garanti i Henhold til den danske Lov om Tillaegsbevilling for Finans-

financial year 1908—1909 relative to the St. Thomas Harbor's four percent loan of 1910.

aaret 1908—09 vedrørende St. Thomas Havneraads 4 Procent Laan af 1910;

5. Whatever sum shall be due to the Danish Treasury by private individuals on the date of the exchange of ratifications are reserved and do not pass by this cession; and where the Danish Government at that date holds property taken over by the Danish Treasury for sums due by private individuals, such property shall not pass by this cession, but the Danish Government shall sell or dispose of such property and remove its proceeds within two years from the date of the exchange of ratifications of this convention; the United States Government being entitled to sell by public auction, to the credit of the Danish Government, any portion of such property remaining unsold at the expiration of the said term of two years.

5. Ethvert Beløb, som skyldes til den Danske Statskasse af Privatpersoner paa den Dag, da Udvekslingen af Ratifikationerne finder Sted, bevares og indbefattes ikke ved denne Overdragelse, og for saa vidt den danske Regering páa denne Dag besidder fast Ejendom, som er overtaget af den danske Statskasse for Beløb, som skyldes af Privatpersoner, skal saadan Ejendom ikke indbefattes under denne Overdragelse, men den danske Regering vil have at saelge eller raade over saadan Ejendom og fjerne dens Udbytte indenfor 2 Aar fra Datoen for Udvekslingen af Ratifikationerne af denne Konvention, saaledes at de Forenede Staters Regering er beføjet til at saelge ved offentlig Auktion, for den danske Regerings, Regning, enhver Del af saadan Ejendom, som maatte vaere forblevet usolgt ved Udløbet af den naevnte Frist af to Aar.

6. The Colonial Treasuries shall continue to pay the yearly allowances now given to heretofore retired functionaries appointed in the islands but holding no Royal Commissions, unless such allowances may have until now been paid in Denmark.

6. Kolonialkasserne skal vedblive at betale de aarlige Understøttelser, der nu gives til tidligere afskedigede Tjenestemaend, som vår ansatte paa Øerne, men ikke havde kongelig Udnaevnelse, med mindre disse Understøttelser hidtil er udredede i Danmark.

Article 4.

The Danish Government shall appoint with convenient despatch an agent or agents for the purpose of formally delivering to a similar agent or agents appointed on behalf of the United States, the territory, dominion, property, and appurtenances which are ceded hereby, and for doing any other act which may be necessary in

Artikel 4.

Den danske Regering skal saa snart som muligt udnaevne en Befuldmaegtiget eller flere Befuldmaegtigede i det Øjemed formelt at overlevere til en lignende Befuldmaegtiget eller Befuldmaegtigede, som er udnaevnte paa de Forenede Staters Vegne, Territorium, Højhedsret, Ejendomsret og Appertinentier, som herved overdrages, og

regard thereto. Formal delivery of the territory and property ceded shall be made immediately after the payment by the United States of the sum of money stipulated in this convention; but the cession with the right of immediate possession is nevertheless to be deemed complete on the exchange of ratifications of this convention without such formal delivery. Any Danish military or naval forces which may be in the islands ceded shall be withdrawn as soon as may be practicable after the formal delivery, it being however understood that if the persons constituting these forces, after having terminated their Danish service, do not wish to leave the Islands, they shall be allowed to remain there as civilians.

til at foretage enhver anden Handling, som i denne Henseende maatte vaere nødvendig. Formel Overlevering af det overdragne Territorium og Ejendom skal finde Sted umiddelbart efter, at de Forenede Stater har betalt det i denne Konvention stipulerede Pengebeløb; men Overdragelsen med Ret til umiddelbar Besiddelsestagelse skal ikke desmindre anses at vaere fuldstaendig ved Udvekslingen af Ratifikationerne til denne Konvention uden saadan formel Overlevering. Alle danske landeller Sømilitaere Styrker, som maatte befinde sig paa de overdragne Øer, skal traekkes tilbage, saa snart dette lader sig gøre efter den formelle Overlevering, idet man dog er enig om, at dersom de Personer, som udgør saadanne Styrker, efter at have afsluttet deres danske Tjeneste, ikke ønsker at forlade Øerne, skal det vaere dem tilladt at forblive der som Civilpersoner.

Article 5.

In full consideration of the cession made by this convention, the United States agrees to pay, within ninety days from the date of the exchange of the ratifications of this convention, in the City of Washington to the diplomatic representative or other agent of His Majesty the King of Denmark duly authorized to receive the money, the sum of twenty-five million dollars in gold coin of the United States.

Artikel 5.

Som fuldt Vederlag for den ved denne Konvention skete Overdragelse gaar de Forenede Stater ind paa at betale, inden 90 Dage fra Datoen for Udvekslingen af Ratifikationerne af denne Konvention, i Staden Washington til Hans Majestaet Kongen af Danmarks diplomatiske Repraesentant eller anden Befuldmaegtiget, som er behørig bemyndiget til at modtage Pengene, en Sum of 25 Millioner Dollars i de Forenede Staters Guldmønt.

Article 6.

Danish citizens residing in said islands may remain therein or may remove therefrom at will, retaining in either event all their rights of property, including the right to sell or dispose of such property or its proceeds; in case they remain in the

Artikel 6.

De danske Statsborgere, der bebor de naevnte Øer, kan efter eget Valg, blive boende eller flytte derfra, idet de i det ene som i det andet Tilfaelde bevarer alle deres Ejendomsrettigheder, deri indbefattet Retten til at saelge eller raade over saadan

Islands, they shall continue until otherwise provided, to enjoy all the private, municipal and religious rights and liberties secured to them by the laws now in force. If the present laws are altered, the said inhabitants shall not thereby be placed in a less favorable position in respect to the above mentioned rights and liberties than they now enjoy. Those, who remain in the islands may preserve their citizenship in Denmark by making before a court of record, within one year from the date of the exchange of ratifications of this convention, a declaration of their decision to preserve such citizenship; in default of which declaration they shall be held to have renounced it, and to have accepted citizenship in the United States; for children under eighteen years the said declaration may be made by their parents or guardians. Such election of Danish citizenship shall however not, after the lapse of the said term of one year, be a bar to their renunciation of their preserved Danish citizenship and their election of citizenship in the United States and admission to the nationality thereof on the same terms as may be provided according to the laws of the United States, for other inhabitants of the islands.

The civil rights and the political status of the inhabitants of the islands shall be determined by the Congress, subject to the stipulations contained in the present convention.

Danish citizens not residing in the islands but owning property therein at the time of the cession, shall retain their rights of property, in-

Ejendom eller Udbyttet deraf; i Tilfaelde af, at de forbliver paa Oerne, skal de, indtil anderledes bestemmes, vedblive at nyde alle private Rettigheder, kommunale og religiøse Friheder, som er dem tilstaaede ved de nu gaeldende Love. Ifald de nuvaerende Love forandres, skal de ikke derved bringes i en ugunstigere Stilling i Henseende til de ovenomtalte Rettigheder og Friheder, end de nu nyder. De, som forbliver paa Øerne, har Ret til at bevare deres Statsborgerforhold til Danmark ved, indem et Aar fra Dagen for Udvekslingen af denne Konventions Ratifikationer, til en „Court of Record" at afgive en Erklaering om, at de ønsker at bevare saadant Statsborgerforhold, i Mangel af hvilkin Erklaering de skal anses for at have givet Afkald derpaa og at have valgt at traede i undersaatligt Forhold til de Forenede Stater; for Børn under 18 Aar kan den naevnte Erklaering afgives af Foraeldre eller Vaerge. Saadant Valg af dansk Statsborgerforhold skal dog ikke efter Udløbet af ovennaevnte First af et Aar vaere til hinder for, at de giver Afkald paa deres bevarede Statsborgerforhold til Danmark og vaelger at traede i statsborgerligt Forhold til de Forenede Stater og optages i disses Nationalitet paa de Betingelser, som overensstemmende med de Forenede Staters Love maate blive foreskrevne for andre Beboere af Øerne.

Øernes Indbyggeres borgerlige Rettigheder og politiske Vilkaar skal bestemmes af Kongressen, Overensstemmelse med de i naervaerende Konvention indeholdte Bestemmelser.

Danske Statsborgere, der ikke er bosatte paa Oerne, men paa Overdragelsestiden ejer Ejendom dèr, skal bevare deres Ejendomsrettigheder, deri

cluding the right to sell or dispose of such property, being placed in this regard on the same basis as the Danish citizens residing in the islands and remaining therein or removing therefrom, to whom the first paragraph of this article relates.

Article 7.

Danish subjects residing in the Islands shall be subject in matters civil as well as criminal to the jurisdiction of the courts of the Islands, pursuant to the ordinary laws governing the same, and they shall have the right to appear before such courts, and to pursue the same course therein as citizens of the country to which the courts belong.

Article 8.

Judicial proceedings pending at the time of the formal delivery in the islands ceded shall be determined according to the following rules:

1. Judgments rendered either in civil suits between private individuals, or in criminal matters, before the date mentioned, and with respect to which there is no recourse or right to review under Danish law, shall be deemed to be final, and shall be executed in due form and without any renewed trial whatsoever, by the competent authority in the territories within which such judgments are to be carried out.

If in a criminal case a mode of punishment has been applied which, according to new rules, is no longer applicable on the islands ceded after delivery, the nearest corresponding punishment in the new rules shall be applied.

2. Civil suits or criminal actions pending before the first courts, in

indbefattet Retten til at saelge eller raade over disse Ejendomme, idet de i saa Henseende er stillede paa samme Fod som de denske Statsborgere, der bor paa Øerne og bliver dèr eller flytter derfra, om hvem denne Artikels første Del handler.

Artikel 7.

Danske Undersaatter, som bor paa Øerne, skal saavel i civile som i kriminelle Sager vaere undergivet Øernes Domstoles Jurisdiktion i Overensstemmelse med de for samme gaeldende almindelige Love; og de skal have Ret til at give Møde for disse Domstole og forfølge den samme Fremgangsmaade for dem som Borgere af det Land, til hvilket Domstolene hører.

Artikel 8.

Retssager, som paa Tidspunktet for den formelle Overlevering verserer paa de overdragne Øer, skal føres til Afslutning i Overensstemmelse med følgende Regler:

1. Domme, som er afsagt enten i civile Retssager mellem private Personer eller i kriminelle Sager før det ommeldte Tidspunkt, og med Hensyn til hvilke der ikke bestaar Adgang til Appel eller Revision efter dansk Ret, skal anses for at vaere endelige og skal uden fornyet Prøvelse af nogen Art eksekveres paa behørig Maade af den kompetente Myndighed i de Territorier, i hvilke saadanne Domme skal udføres.

Dersom i en kriminel Sag en Strafart er idømt, som efter nye Bestemmelser ikke mere anvendes paa de overdragne Øer efter overleveringen, skal den naermest tilsvarende Straf bringes til Anvendelse.

2. Civile og kriminelle Sager i første Instans, som ved det omhandlede Tids-

which the pleadings have not been closed at the same time, shall be confirmed before the tribunals established in the ceded islands after the delivery, in accordance with the law which shall thereafter be in force.

3. Civil suits and criminal actions pending at the said time before the Superior Court or the Supreme Court in Denmark shall continue to be prosecuted before the Danish courts until final judgment according to the law hitherto in force. The judgment shall be executed in due form by the competent authority in the territories within which such judgment should be carried out.

Article 9.

The rights of property secured by copyrights and patents acquired by Danish subjects in the Islands ceded at the time of exchange of the ratifications of this treaty, shall continue to be respected.

Article 10.

Treaties, conventions and all other international agreements of any nature existing between Denmark and the United States shall *eo ipso* extend, in default of a provision to the contrary, also to the ceded islands.

Article 11.

In case of differences of opinion arising between the High Contracting Parties in regard to the interpretation or application of this convention, such differences, if they cannot be regulated through diplomatic negotiations, shall be submitted for arbitration to the permanent Court of Arbitration at the Hague.

Article 12.

The ratifications of this convention shall be exchanged at Washington as

punkt endnu ikke er optagne til Doms, fortsaettes for de Domstole og efter den Ret, som gaelder paa de overdragne Øer efter Overleveringen.

3. Civile og kriminelle Sager, som paa det omhandlede Tidspunkt verserer for den danske Overret eller Højesteret, skal fortsaettes for de danske Domstole efter den hidtil gaeldende Ret, indtil endelig Dom er afsagt. Eksekution af Dommen skal finde Sted i behørig Form af den kompetente Myndighed i de Territorier, i hvilke saadanne Domme skal udføres.

Artikel 9.

Forfatter- og Patentrettigheder, som paa det Tidspunkt, da Ratifikationerne af denne Konvention bliver udvekslet, er erhvervet af danske Undersaatter paa de overdragne Øer, skal vedblivende respekteres.

Artikel 10.

Traktater, Konventioner samt alle andre internationale Aftaler af enhver Art, som er i Kraft mellem Danmark og de Forenede Stater, udvides *eo ipso*, i Mangel af anden Bestemmelse, til ogsaa at gaelde de overdragne Øer.

Artikel 11.

Saafremt der mellem de Høje kontraherende Parter maatte opstaa Meningsforskelligheder om Fortolkningen eller Anvendelsen af naervaerende Konvention, og de ikke kan udjaevnes gennem diplomatiske Forhandlinger, skal de undergives Voldgift ved den staaende Voldgiftsdomstol i Haag.

Artikel 12.

Ratifikationinstrumenterne af denne Konvention skal udveksles i Washing-

soon as possible after ratification by both of the High Contracting Parties according to their respective procedure.

In faith whereof the respective plenipotentiaries have signed and sealed this convention, in the English and Danish languages.

Done at New York this fourth day of August, one thousand nine hundred and sixteen.

ton saa snart som muligt, efter at den er blevet ratificeret af begge de Høje Kontraherende Parter i Overensstemmelse med deres respektive Fremgangsmaader.

Til Bekraeftelse derpaa har de respektive Befuldmaegtigede undertegnet og med deres Segl forsynet denne Konvention, som er affattet i det engelske og i det danske Sprog.

Sket i New York den fjerde Dag af August, Nitten Hundrede og Seksten.

[seal.] *Robert Lansing.*
[seal.] *C. Brun.*

Declaration.

In proceeding this day to the signature of the Convention respecting the cession of the Danish West-Indian Islands to the United States of America, the undersigned Secretary of State of the United States of America, duly authorized by his Government, has the honor to declare that the Government of the United States of America will not object to the Danish Government extending their political and economic interests to the whole of Greenland.

Robert Lansing.

New York, August 4, 1916.

[Exchange of Notes mentioned in Proclamation.]

[The Secretary of State to the Danish Minister.]

Department of State,
Washington, January 3, 1917.

Sir:

I have the honor to inform you that the Senate of the United States by its resolution of ratification has advised and consented to the ratification of the convention between the United States and Denmark, ceding to the United States the Danish West Indian Islands, with the following provisos:

„Provided, however, That it is declared by the Senate that in advising and consenting to the ratification of the said convention, such advice and consent are given with the understanding, to be expressed as a part of the instrument of ratification, that such Convention shall not be taken and construed by the High Contracting Parties as imposing any trust upon the United States

with respect to any funds belonging to the Danish National Church in the Danish West Indian Islands, or in which the said church may have an interest, nor as imposing upon the United States any duty or responsibility with respect to the management of any property belonging to said church, beyond protecting said church in the possession and use of church property as stated in said Convention, in the same manner and to the same extent only as other churches shall be protected in the possession and use of their several properties. And provided further, that the Senate advises and consents to the ratification of the said Convention on condition that the attitude of the United States in this particular, as set forth in the above proviso, be made the subject of an exchange of notes between the Governments of the two High Contracting Parties, so as to make it plain that this condition is understood and accepted by the two Governments, the purpose hereof being to bring the said Convention clearly within the Constitutional powers of the United States with respect to church establishment and freedom of religion."

In view of this resolution of the Senate I have the honor to state that it is understood and accepted by the Government of the United States and the Government of Denmark that the provisions of this Convention referring to the property and funds belonging to the Danish National Church in the Danish West Indian Islands shall not be taken and construed by the High Contracting Parties as imposing any trust upon the United States with respect to any funds belonging to the Danish National Church in the Danish West Indian Islands, or in which the said church may have an interest nor as imposing upon the United States any duty or responsibility with respect to the management of any property belonging to said church, beyond protecting said church in the possession and use of church property as stated in said Convention, in the same manner and to the same extent only as other churches shall be protected in the possession and use of their several properties.

I trust that your Government will in a formal reply to this communication accept this understanding as to the meaning and construction of the provisions of said Convention in accordance with the foregoing resolution of the Senate.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

Robert Lansing.

Mr. Constantin Brun,
Minister of Denmark.

[The Danish Minister to the Secretary of State.]

The Danish Legation Washington, D. C.
January 3rd 1917.

Sir:

In reply to your communication of this day concerning the relation of the United States to the rights of the Established Church in the Danish West Indies and to the provisions referring to this point in the convention between the United States and Denmark ceding to the States the Danish Westindian Islands, I have the honour to state that it is understood and accepted by the Government of Denmark and the Government of the United States that the provisions of his convention referring to the property and funds belonging to the Danish National Church in the Danish Westindian Islands, shall not be taken and construed by the high contracting parties as imposing any trust upon the United States with respect to any funds belonging to the Danish National Church in the Danish Westindian Islands or in which the said Church may have an interest nor as imposing upon the United States any duty or responsibility with respect to the management of any property belonging to said church beyond protecting said church in the possession and use of church property as stated in said convention in the same manner and to the same extent only as other churches shall be protected in the possession and use of their several properties.

It will be evident from the above that the Danish Government accept the understanding as to the meaning and construction of the provisions of the said convention in accordance with the resolution of the United States' Senate concerning the question of the rights of the Church in the Islands.

I have the honor to be, Sir,

with the highest consideration,

Your most obedient and humble servant,

C. Brun.

The Honorable

Robert Lansing,

Secretary of State of the United States.

119.

FRANCE, RUSSIE.

Correspondance concernant l'Alsace-Lorraine, le bassin de la Sarre, les territoires allemands situés à l'ouest du Rhin et les frontières occidentales de la Russie; du 12 février au 11 mars 1917.

Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. Auswärtiges Amt (Berlin 1918), p. 91.

Traduction.

Geheimtelegramm an den Botschafter in Paris.

Petersburg, den 12. Februar 1917.

Nr. 507. Kopie nach London.

Geheim. Auf einer Audienz beim Zaren machte Herr Doumergue dem Kaiser Mitteilung von dem Wunsche Frankreichs, sich nach der Beendigung des jetzigen Krieges die Rückgabe Elsass-Lothringens und eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern, ferner die politische Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von Deutschland zu erreichen und diese auf einer besonderen Grundlage zu organisieren, damit der Rhein für die Zukunft eine sichere strategische Grenze gegen einen deutschen Einfall bildet. Doumergue sprach die Hoffnung aus, dass die kaiserliche Regierung sich nicht weigern würde, sofort ihr formelles Einverständnis mit diesen Vorschlägen auszusprechen. Seine Majestät geruhte, sich hiermit prinzipiell einverstanden zu erklären, infolgedessen bat ich Doumergue, sich mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen und mir den Entwurf eines Abkommens mitzuteilen, das durch einen Notenwechsel zwischen dem französischen Botschafter und mir formell vollzogen werden könnte. Indem wir auf diese Weise den Wünschen unseres Bundesgenossen entgegenkommen, halte ich es dennoch für meine Pflicht, an den Standpunkt zu erinnern, den die kaiserliche Regierung im Telegramm vom 9. März 1916, Nr. 948, eingenommen hat: „Dass, indem wir Frankreich und England volle Freiheit in der Bestimmung der westlichen Grenzen Deutschlands überlassen, wir unsererseits damit rechnen, dass unsere Verbündeten ihrerseits uns die gleiche Freiheit in unseren Grenzregulierungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn einräumen.“ Daher gibt uns der bevorstehende Notenaustausch über die von Doumergue angeregte Frage Anlass, die französische Regierung zu bitten, uns gleichzeitig ihr Einverständnis damit zu bestätigen, dass sie Russland in der Sache der Bestimmung seiner zukünftigen westlichen Grenzen volle Handlungsfreiheit lässt. Genaue Angaben zu dieser Frage werden wir seinerzeit dem Pariser Kabinett mitteilen. Ausserdem

halten wir es für notwendig, einen Vorbehalt zu machen bezüglich des Einverständnisses Frankreichs zu der Abschaffung des auf den Aalandsinseln ruhenden Servituts nach Beendigung des Krieges. Wollen Sie sich bitte im oben angeführten Sinne mit Briand aussprechen und mir die Ergebnisse telegraphisch mitteilen.

Pokrowsky.

(Iswestija vom 23. November 1917.)

Geheimtelegramm des Botschafters in Paris.

13. Februar 1917. Nr. 88.

Kopie nach London.

Ich nehme Bezug auf Ihr Telegramm N. 507.

Geheim. Ich habe eben schriftlich dessen Inhalt Briand mitgeteilt, der mir sagte, dass er nicht verfehlen würde, mir die offizielle Antwort der französischen Regierung zu übermitteln, dass er aber schon jetzt in seinem eigenen Namen mir erklären könne, dass die in Ihrem Telegramm ausgesprochenen Wünsche auf keine Schwierigkeit stossen werden.

Iswolski.

(Iswestija vom 23. November 1917.)

Abschrift der Note des Ministers des Auswärtigen vom 14. Februar 1917 unter Nr. 26 an den französischen Botschafter in Petersburg.

In der Note vom heutigen Tage waren Euer Exzellenz so freundlich, der kaiserlichen Regierung mitzuteilen, dass die Regierung der Republik beabsichtige, unter die Friedensbedingungen, welche Deutschland vorgeschlagen werden sollen, folgende Forderungen und Garantien territorialer Natur aufzunehmen:

1. Elsass-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. Die Grenzen (dieses Gebiets) werden mindestens bis zum Umfange des früheren Herzogtums Lothringen ausgedehnt und sind nach den Wünschen der französischen Regierung festzusetzen, wobei die strategischen Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers dem französischen Territorium einverleibt wird.
3. Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die jetzt zum Bestande des Deutschen Reiches gehören, sollen von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden.

4. Die linksrheinischen Gebiete, die dem Bestand des französischen Territoriums nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und so lange von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen und Garantien erfüllt haben werden, die im Friedensvertrage angeführt sein werden.

Euer Exzellenz erklärten mir, dass die Regierung der Republik glücklich wäre, die Möglichkeit zu haben, auf die Unterstützung der kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer Absichten rechnen zu können. Auf Befehl Seiner kaiserlichen Majestät, meines erlauchten Gebieters, habe ich die Ehre, im Namen der russischen Regierung auf die gegenwärtige Note Euer Exzellenz zu erklären, dass die Regierung der Republik auf die Unterstützung der kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer oben dargelegten Absichten rechnen kann.

Genehmigen Sie usw.

(Iswestija vom 23. November 1917.)

Geheimtelegramm des Pariser Botschafters vom 11. März 1917. Nr. 168.

Meine Antwort auf das Telegramm Nr. 167.

Nr. 2. Um die volle Bedeutung der im Jahre 1916 mit der russischen Regierung abgeschlosssenen Verträge hervorzuheben, nach denen nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges die Frage bezüglich Konstantinopels und der Meerengen entsprechend den Wünschen Russlands geregelt werden soll, sowie um den Verbündeten in militärischer und industrieller Hinsicht alle Garantien zu schaffen, die die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches gewährleisten, gesteht die Regierung der französischen Republik Russland volle Freiheit zu, seine westlichen Grenzen nach seinem Ermessen zu bestimmen.

Iswolski.

Notiz über den Vertrag zwischen Russland, Frankreich und England über Elsass-Lothringen und das linksrheinische Gebiet, sowie über die westlichen Grenzen Russlands vom Jahre 1917.

Geheimarchiv des Ministers. Sehr geheim.

Während der Anwesenheit des ersten französischen Bevollmächtigten auf der Konferenz der Verbündeten in Petersburg im Jahre 1917 teilte Herr Doumergue den Wunsch Frankreichs mit, dass demselben nach Beendigung des Krieges die Zurückgabe von Elsass-Lothringen gewährleistet und eine besondere Stellung im Flusstal der Saar zuerkannt und dass das linksrheinische Gebiet von Deutschland abgetrennt und nach besonderen Grundsätzen organisiert werde, damit künftig der Rhein eine gesicherte

strategische Grenze gegen deutsche Einfälle bildet. Herr Doumergue äusserte die Hoffnung, dass die russische Regierung es nicht ablehnen werde, ihrem Einverständnis mit diesen Vorschlägen die nötige Form zu geben.

Hierzu telegraphierte der Minister des Auswärtigen N. N. Pokrowsky dem Botschafter in Paris, dass wir unsere Zustimmung zur Erfüllung der Wünsche unseren Verbündeten geben wollen, er es aber für seine Pflicht halte, den Standpunkt, den Ssasonow bereits im Februar 1916 entwickelt habe, in Erinnerung zu bringen: indem Russland Frankreich und England völlig freie Hand bei Bestimmung der Westgrenze Deutschlands lässt, rechnet es darauf, dass die Verbündeten ihrerseits Russland die gleiche Freiheit bei der Grenzführung mit Deutschland und Österreich-Ungarn einräumen.

Das Pariser Kabinett schloss sich dem dargelegten Standpunkt an, woraufhin ein Austausch von folgenden zwei diplomatischen Dokumenten stattfand:

1. Durch die Note vom 14. Februar 1917 unterrichtete N. N. Pokrowsky Herrn Paleologue von der Zustimmung Russlands zu den französischen Vorschlägen über die Führung der westlichen Grenzen Deutschlands.
2. Am 11. März 1917 teilte der Botschafter in Paris, Herr Iswolski, den Text der Note des französischen Ministers des Auswärtigen mit, in der Frankreich seine Zustimmung dazu gibt, dass Russland bei Bestimmung seiner westlichen Grenze volle Freiheit geniesst.

(Rotb. Heft III Nr. 42.)

120.

RUSSIE, MONGOLIE.

Convention concernant les chemins de fer mongoliens; signée à Kiachta, le 30 septembre 1914.

The Peking Gazette du 8 décembre 1914.

Article 1.

The Russian Government hereby recognizes the permanent right of the Mongolian Government to build railways within the boundaries of its own territory.

Article 2.

The Russian and Mongolian Governments shall consult each other to decide the railway lines and procedure of their building, which should be carried out in such a way as to benefit both parties concerned.

Article 3.

In case of railway building, whether financed by the Russian or Mongolian Government or by private persons, the Russian Government shall render adequate help to the Mongolian Government.

Article 4.

When such railways as will connect with the railways on Russian frontiers are to be built, the Russian and Mongolian Governments shall consult each other on the terms concerning the privileges, localities and railway revenue regarding the same.

Article 5.

Whereas the Mongolian Government has the right to build railways within the boundaries of its own territory, if it can raise funds internally to build paying railways, the Russian Government shall not interfere with it. But should the Mongolian Government concede such rights to other countries, the Mongolian Government, for the sake of friendly relations with Russia, should discuss this matter with the Russian Government, before the former makes the actual concession, in order to ascertain whether the projected line or lines of railway would jeopardize the Russian interest from an economical or military standpoint.

Article 6.

This treaty shall be duplicated in both the Mongolian and Russian languages. One copy shall be deposited in the office of the Russian Consul-General in Mongolia and the other in the office of the Ministry of Foreign Affairs of the Mongolian Government.

121.

CHINE, RUSSIE, MONGOLIE.

Arrangement concernant la Mongolie Extérieure; signé à Kiachta, le 7 juin/25 mai 1915, suivi de deux Déclarations, signées à la date du même jour.

American Journal of International Law. Supplement X, p. 251.

Agreement between China, Russia and Mongolia.
Signed at Kiachta, June 7/May 25, 1915.

The President of the Republic of China,

His Imperial Majesty, the Emperor of all the Russias, and

His Holiness the Bogdo (Great) Cheptsun (Venerable) Damba (Sacred) Hut'ukht'u (Reincarnated) Khan (Ruler) of Outer Mongolia,

Animated by a sincere desire to settle by mutual agreement various questions created by a new state of things in Outer Mongolia, have named for that purpose their plenipotentiary delegates, that is to say:

The President of the Republic of China, General Pi Kuei-fang and Monsieur Ch'ên Lu, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of China to Mexico;

His Imperial Majesty the Emperor of all the Russias, His Councillor of State Alexandre Miller, Diplomatic Agent and Consul-General in Mongolia; and

His Holiness the Bogdo Cheptsun Damba Hut'ukht'u Kahn of Outer Mongolia, E'êrh-tê-ni Cho-nang Pei-tzu Sê-lêng-tan, Vice-Chief of Justice, and T'uhsieh-t'u Ch'in Wang Ch'a-K'o-tu-êrh-cha-pu, Chief of Finance.

Who having verified their respective full powers found in good and due form, have agreed upon the following:

Article I.

Outer Mongolia recognizes the Sino-Russian Declaration and the Notes exchanged between China and Russia of the 5th day of the 11th month of the 2nd year of the Republic of China (23 October 1913).*)

Article II.

Outer Mongolia recognizes China's suzerainty. China and Russia recognize the autonomy of Outer Mongolia forming part of Chinese territory.

Article III.

Autonomous Mongolia has no right to conclude international treaties with foreign Powers respecting political and territorial questions.

As respects questions of a political and territorial nature in Outer Mongolia, the Chinese Government engages to conform to Article II of the Notes exchanged between China and Russia on the 5th day of the 11th month of the 2nd year of the Republic of China (23rd October, 1913).

Article IV.

The title „Bogdo Cheptsun Damba Kut'ukt'u Kahn of Outer Mongolia" is conferred by the President of the Republic of China. The calendar of the Republic as well as the Mongol calendar of cyclical signs are to be used in official documents.

Article V.

China and Russia, conformably to Article II and III of the Sino-Russian Declaration of the 5th day of the 11th month of the 2nd year of the Republic of China, 23rd October 1913, recognize the exclusive right of the Autonomous Government of Outer Mongolia to attend to all the affairs of its internal administration and to conclude with foreign Powers

---

*) V. N. R. G. 3. s. VIII, p. 145

international treaties and agreements respecting all questions of a commercial and industrial nature concerning autonomous Mongolia.

Article VI.

Conformably to the same Article III of the Declaration, China and Russia engage not to interfere in the system of autonomous internal administration existing in Outer Mongolia.

Article VII.

The military escort of the Chinese Dignitary at Urga provided for by Article III of the above-mentioned Declaration is not to exceed two hundred men. The military escorts of his assistants at Uliassutai, at Kobdo and at Mongolian-Kiachta are not to exceed fifty men each. If, by agreement with the Autonomous Government of Outer Mongolia, assistants of the Chinese Dignitary are appointed in other localities of Outer Mongolia, their military escorts are not to exceed fifty men each.

Article IX.

On all ceremonial or official occasions the first place of honor is due to the Chinese Dignitary. He has the right, if necessary, to present himself in private audience with His Holiness Bogdo Cheptsun Damba Kut'uhkt'u Kahn of Outer Mongolia. The Imperial representative of Russia enjoys the same right of private audience.

Article X.

The Chinese Dignitary at Urga and his assistants in the different localities of Outer Mongolia provided for by Article VII of this agreement are to exercise general control lest the acts of the Autonomous Government of Outer Mongolia and its subordinate authorities may impair the suzerain rights and the interests of China and her subjects in Autonomous Mongolia.

Article XI.

Conformably to Article IV of the Notes exchanged between China and Russia on the 5th day of the 11th month of the 2nd year of the Republic of China (23rd October, 1913), the territory of Autonomous Outer Mongolia comprises the regions which were under the jurisdiction of the Chinese Amban at Urga, of the Tartar-General at Uliassutai and of the Chinese Amban at Kobdo; and connects with the boundary of China by the limits of the banners of the four aimaks of Khalka and of the district of Kobdo, bounded by the district of Houlon Bouire on the east, by Inner Mongolia on the south, by the Province of Singkiang on the South-West, and by the districts of Altai on the west.

The formal delimitation between China and Autonomous Mongolia is to be carried out by a special commission of delegates of China, Russia, and Autonomous Outer Mongolia, which shall set itself to the work of delimitation within a period of two years from the date of signature of the present agreement.

Article XII.

It is understood that customs duties are not to be established for goods of whatever origin they may be, imported by Chinese merchants into Autonomous Outer Mongolia. Nevertheless, Chinese merchants shall pay all the taxes on internal trade which have been established in Autonomous Outer Mongolia and which may be established therein in the future, payable by the Mongols of autonomous Outer Mongolia. Similarly the merchants of Autonomous Outer Mongolia, when importing any kind of goods of local production into Inner China, shall pay all the taxes on trade which have been established in Inner China and which may be established therein in the future, payable by Chinese merchants. Goods of foreign origin imported from Autonomous Outer Mongolia into Inner China shall be subject to the customs duties stipulated in the regulations for land trade of the 7th year of the Reign of Kouang-Hsu (of 1881).

Article XIII.

Civil and criminal actions arising between Chinese subjects residing in Autonomous Outer Mongolia are to be examined and adjudicated by the Chinese Dignitary at Urga and by his assistants in the other localities of Autonomous Outer Mongolia.

Article XIV.

Civil and criminal actions arising between Mongols of Autonomous Outer Mongolia and Chinese subjects residing therein are to be examined and adjudicated conjointly by the Chinese Dignitary at Urga and his assistants in the other localities of Autonomous Outer Mongolia, or their delegates, and the Mongolian authorities. If the defendant or the accused is a Chinese subject and the claimant or the complainant is a Mongol of Autonomous Outer Mongolia, the joint examination and decision of the case are to be held at the Chinese Dignitary's place at Urga and at that of his assistants in the other localities of Autonomous Outer Mongolia; if the defendant or the accused is a Mongol of Autonomous Outer Mongolia and the claimant or the complainant is a Chinese subject, the case is to be examined and decided in the same manner in the Mongolian yamen. The guilty are to be punished according to their own laws. The interested parties are free to arrange their disputes amicably by means of arbiters chosen by themselves.

Article XV.

Civil and criminal actions arising between Mongols of Autonomous Outer Mongolia and Russian subjects residing therein are to be examined and decided conformably to the stipulations of Article XVI of the Russo-Mongolian Commercial Protocol of 21st October, 1912.*)

---

*) **V. N. R. G.** 3. s. VII, p. 11; VIII, p. 693.

Article XVI.

All civil and criminal actions arising between Chinese and Russian subjects in Autonomous Outer Mongolia are to be examined and decided in the following manner; in an action wherein the claimant or the complainant is a Russian subject and the defendant or accused is a Chinese subject, the Russian Consul personally or through his delegate participates in the judicial trial, enjoying the same rights as the Chinese Dignitary at Urga or his delegate or his assistants in the other localities of Autonomous Outer Mongolia. The Russian Consul or his delegate proceeds to the hearing of the claimant and the Russian witnesses in the court in session and interrogates the defendant and the Chinese witnesses through the medium of the Chinese Dignitary at Urga or his delegate or of his assistants in the other localities of Autonomous Outer Mongolia; the Russian Consul or his delegate examines the evidence presented, demands security for „revindications" and has recourse to the opinion of experts, if he considers such expert opinion necessary for the elucidation of the rights of the parties, etc.; he takes part in deciding and in the drafting of the judgment, which he signs with the Chinese Dignitary at Urga or his delegate or his assistants in the other localities of Autonomous Outer Mongolia. The execution of the judgment constitutes a duty of the Chinese authorities.

The Chinese Dignitary at Urga and his assistants in the other localities of Autonomous Outer Mongolia may likewise personally or through their delegates be present at the hearing of an action in the consulates of Russia wherein the defendant or the accused is a Russian subject and the claimant or the complainant is a Chinese subject. The execution of the judgment constitutes a duty of the Russian authorities.

Article XVII.

Since a section of the Kiachta-Urga-Kalgan telegraph line lies in the territory of Autonomous Outer Mongolia, it is agreed that the said section of the said telegraph line constitutes the complete property of the Autonomous Government of Outer Mongolia.

The details respecting the establishment on the borders of that country and Inner Mongolia of a station to be administered by Chinese and Mongolian employees for the transmission of telegrams, as well as the questions of the tariff for telegrams transmitted and of the apportionment of the receipts, etc., are to be examined and settled by a special commission of technical delegates of China, Russia and Autonomous Outer Mongolia.

Article XVIII.

The Chinese postal institutions at Urga and Mongolian-Kiachta remain in force on the old basis.

Article XIX.

The Autonomous Government of Outer Mongolia will place at the disposal of the Chinese Dignitary of Urga and of his assistants at Ulias-

sutai, Kobdo and Mongolian-Kiachta, as well as of their staff, the necessary houses, which are to constitute the complete property of the Government of the Republic of China. Similarly necessary grounds in the vicinity of the residence of the said staff are to be granted for their escorts.

Article XX.

The Chinese Dignitary at Urga and his assistants in the other localities of Autonomous Outer Mongolia and also their staffs are to enjoy the right to use the courier stations of the Autonomous Mongolian Government conformably to the stipulation of Article XI of the Russo-Mongolian Protocol of 21 October, 1912.

Article XXI.

The stipulations of the Sino-Russian Declaration and the Notes exchanged between China and Russia of the 5th day of the 11th month of the 2nd year of the Republic of China (23 October, 1913), as well as those of the Russo-Mongolian Commercial Protocol of the 21 October, 1912, remain in full force.

Article XXII.

The present agreement drawn up in triplicate in Chinese, Russian, Mongolian and French, comes into force from the day of its signature. Of the four texts which have been duly compared and found to agree the French text shall be authoritative in the interpretation of the present agreement.

Done at Kiachta the 7th day of the sixth month of the fourth year of the Republic of China, corresponding to the twenty-fifth of May (seventh of June), one thousand nine hundred fifteen.

Declarations made by Russia and China upon signing the tripartite Agreement between China, Russia and Mongolia of June 7/May 25, 1915.

Kiachta, $\frac{\text{May 25.}}{\text{June 7,}}$ 1915.

The undersigned Imperial Delegate Plenipotentiary of Russia to the tripartite negotiations at Kiachta, duly authorized for this purpose, has the honor, on proceeding to sign the tripartite agreement of this day's date relating to Autonomous Outer Mongolia, to declare in the name of his government to their excellencies Messieurs Py Koue Fang and Tcheng Loh, Delegates Plenipotentiary of the Republic of China to the tripartite negotiations at Kiachta, as follows:

It is agreed that all the telegraph offices which are situated along that section of the Kalgan-Urga-Kiachta line which lies within Outer Mongolia and of which mention is made in Article XVII of the agreement of Kiachta, are to be handed over by the Chinese officials to the Mongolian

officials within a period at most of six months after the signing of the agreement; and that the point of junction of the Chinese and Mongolian lines is to be fixed by the technical commission provided for in the aforesaid article.

The above is at the same time brought to the knowledge of the Delegates Plenipotentiary of the Autonomous Government of Outer Mongolia.

The undersigned seizes this occasion to renew to the Delegates Plenipotentiary of the Repu[illegible] of China the assurances of his very high consideration.

(Signed) *A. Miller.*

To MM. General Py Koue Fang and Tcheng Loh,
Chinese Delegates Plenipotentiary.

Kiachta, May 25, / June 7, 1913.

The undersigned, Delegate Plenipotentiary of Russia to the tripartite negotiations at Kiachta, has the honor to acknowledge to their excellencies Messieurs Pu Koue Fang and Tcheng Loh, Delegates Plenipotentiary of the Republic of China to the tripartite negotiations at Kiachta, the receipt of the following note of to-day's date:

„The undersigned Delegates Plenipotentiary of the Republic of China to the tripartite negotiations at Kiachta, duly authorized for this purpose, have the honor, on proceeding to sign the tripartite agreement of this day's date relating to Autonomous Outer Mongolia, to declare in the name of their government to his excellency, Mr. Miller, Imperial Delegate Plenipotentiary of Russia to the tripartite negotiations at Kiachta as follows: From the day of signature of the present Sino-Russo-Mongolian agreement the Government of the Republic of China grants a full amnesty to all the Mongols who submitted to the Autonomous Government of Outer Mongolia; it leaves to all the Mongols of Outer Mongolia as of Inner Mongolia the freedom as before of residence and travel in the said regions. The Government of the Republic of China will not place any restraint upon Mongols going in pilgrimage to testify their veneration to His Holiness Bogdo Cheptsun Damba Hut'ukht'u Khan of Outer Mongolia."

The undersigned seizes this occasion to renew to the Delegates Plenipotentiary of the Republic of China the assurances of his very high consideration.

(Signed) *A. Miller.*

To MM. General Py Koue Fang and Tcheng Loh,
Chinese Delegates Plenipotentiary.

122.

JAPON, RUSSIE.

Convention concernant l'Extrême-Orient; signée à Pétrograd, le 3 juillet/20 juin 1916.

The Japan Times du 9 juillet 1916. — Pravitelstvennij Vestnik du 24 juin 1916.

1.

Publication japonaise.

The Imperial Governments of Japan and Russia, having resolved by united efforts to maintain permanent peace in the Far East, have agreed upon the following:

Article I.

Japan will not become party to any arrangement or political combination directed against Russia.

Russia will not become party to any arrangement or political combination directed against Japan.

Article II.

In case the territorial rights or special interests in the Far East of one of the contracting parties recognized by the other contracting party are menaced, Japan and Russia will act in concert on the measures to be taken in view of the support or cooperation necessary for the protection and defence of these rights and interests.

In faith of which the undersigned, duly authorized by their respective governments, have signed this convention and thereto affixed their seals.

Done at Petrograd, the third day of the seventh month of the fifth year of Taisho, corresponding to the 3rd of July/20th June, 1916.

J. Motono. *Sazonow.*

2.

Publication russe.

Le Gouvernement Impérial de Russie et le Gouvernement Impérial du Japon, resolus d'unir leurs efforts pour le maintien d'une paix constante en Extrême-Orient, s'entendent sur ce qui suit:

Article I.

La Russie ne fera partie d'aucun arrangement ou combinaison politique dirigés contre le Japon.

Le Japon ne fera partie d'aucun arrangement ou combinaison politique dirigés contre la Russie.

Article II.

Dans les cas où les droits territoriaux ou les intérêts spéciaux en Extrême-Orient de l'une des Parties Contractantes reconnus par l'autre Partie Contractante, viendraient à être menacés, la Russie et le Japon se concerteront sur les mesures à prendre en vue de l'appui ou du concours à se prêter pour la sauvegarde de la défense de ces droits et intérêts.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé cette convention et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Pétrograd, le 20 juin (3 juillet 1916, correspondant au 3ème jour du 7ème mois de la 5ème année de Taisho.

(L. S.) (Signé) *Sazonow.*
(L. S.) (Signé) *Motono.*

123.

RUSSIE, JAPON.

Traité secret concernant les intérêts des deux pays en Extrême-Orient; signé à Pétrograd, le 3 juillet 1916.

Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. Auswärtiges Amt (Berlin 1918), p. 50.

Traduction.

Um die Bande der Freundschaft, die durch die Geheimverträge vom 30. Juli 1907, 4. Juli 1910 und 8. Juli 1912 geschlossen sind, noch enger zu knüpfen, vereinbarten die Kaiserlich Russische Regierung und die Kaiserlich Japanische Regierung, die angeführten Geheimverträge durch folgende Artikel zu ergänzen.

Artikel I. Beide hohe, vertragschliessende Parteien erkennen an, dass die Lebensinteressen jeder Partei den Schutz Chinas vor der politischen Beherrschung durch eine dritte Macht erfordern, die Russland oder Japan gegenüber feindselig gesinnt ist. Jede Partei verpflichtet sich deshalb jedesmal, wenn die Umstände es erfordern sollten, mit der anderen Partei in offenherzige und auf volles Vertrauen beruhende Beratung einzutreten, um gemeinsame Massregeln gegen die Möglichkeit zu ergreifen, dass in China eine solche Sachlage eintritt.

Artikel II. Wenn die nach Artikel I auf Grund gegenseitiger Abmachung zwischen Russland und Japan getroffenen Massregeln eine dritte derartige Macht, wie sie der Artikel I vorsieht, zu einer Kriegserklärung an eine der vertragschliessenden Parteien führen sollte, so ist die andere Partei verpflichtet, den Verbündeten auf dessen Verlangen sofort zu Hilfe zu eilen. Wenn ein solcher Fall eintreten sollte, so verpflichtet sich jede

der vertragschliessenden Parteien, den Frieden mit dem gemeinsamen Feind nicht eher abzuschliessen, als bis die andere Partei ihre Zustimmung hierzu erteilt hat.

Artikel III. Die Bedingungen, unter welchen jede der hohen vertragschliessenden Parteien auf Grund des vorhergehenden Punktes der anderen Partei bewaffnete Hilfe zu leisten hat, sowie die Art und Weise, auf welche diese Hilfe verwirklicht werden soll, werden durch die entsprechenden Behörden der beiden vertragschliessenden Parteien gemeinsam bestimmt.

Artikel IV. Es wird ausdrücklich vereinbart, dass jede der hohen vertragschliessenden Parteien zu dem in Artikel II vorgesehenen, bewaffneten Einschreiten zugunsten der anderen nur dann verpflichtet ist, wenn diese andere selbst die Garantien ihrer Verbündeten dafür erhalten hat, dass auch diese Verbündeten ihr zu Hilfe kommen werden, und zwar mit Machtmitteln, die dem Ernst des reifenden Konflikts entsprechen.

Artikel V. Diese Vereinbarung tritt mit dem Moment ihrer Unterfertigung in Kraft, und behält ihre Gültigkeit bis zum 1./14. (russ. und ausl. Stils) Juli 1921, wenn dieselbe von keiner der vertragschliessenden Parteien 12 Monate vor ihrem Ablaufen gekündigt worden ist.

Artikel VI. Dieser Vertrag muss für alle, mit Ausnahme der vertragschliessenden Parteien, das tiefste Geheimnis bleiben.

Urkundlich dessen die Bevollmächtigten beider Parteien denselben mit Unterschriften versehen.

Petrograd, am 3. Juli 1916, was dem japanischen Datum des 3. Tages des 7. Monats entspricht. (Zwei Worte verdruckt und unverständlich.)

(gez.) *Ssasonow.*

(Rotb. Heft I Nr. 3.) (gez.) *Motono.*

124.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE. JAPON.

Echange de notes diplomatiques concernant les intérêts des deux Etats en Chine; du 2 novembre 1917.

Treaty Series. No. 630.

[The Secretary of State to the Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of Japan, on Special Mission.]

Department of State,
Washington, November 2, 1917.

Excellency:

I have the honor to communicate herein my understanding of the agreement reached by us in our recent conversations touching the questions of mutual interest to our Governments relating to the Republic of China.

In order to silence mischievous reports that have from time to time been circulated, it is believed by us that a public announcement once more of the desires and intentions shared by our two Governments with regard to China is advisable.

The Governments of the United States and Japan recognize that territorial propinquity creates special relations between countries, and, consequently, the Government of the United States recognizes that Japan has special interests in China, particularly in the part to which her possessions are contiguous.

The territorial sovereignty of China, nevertheless, remains unimpaired and the Government of the United States has every confidence in the repeated assurances of the Imperial Japanese Government that while geographical position gives Japan such special interests they have no desire to discriminate against the trade of other nations or to disregard the commercial rights heretofore granted by China in treaties with other powers.

The Governments of the United States and Japan deny that they have any purpose to infringe in any way the independence or territorial integrity of China and they declare, furthermore, that they always adhere to the principle of the so-called „Open Door“ or equal opportunity for commerce and industry in China.

Moreover, they mutually declare that they are opposed to the acquisition by any Government of any special rights or privileges that would affect the independence or territorial integrity of China or that would deny to the subjects or citizens of any country the full enjoyment of equal opportunity in the commerce and industry of China.

I shall be glad to have Your Excellency confirm this understanding of the agreement reached by us.

Accept, Excellency, the renewed assurance of my highest consideration.

Robert Lansing.

His Excellency Viscount Kikujiro Ishii,
Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary
of Japan, on Special Mission.

[The Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of Japan, on Special Mission, to the Secretary of State.]

The Special Mission of Japan,
Washington, November 2, 1917.

Sir:

I have the honor to acknowledge the receipt of your note of to-day, communicating to me your understanding of the agreement reached by us in our recent conversations touching the questions of mutual interest to our Governments relating to the Republic of China.

I am happy to be able to confirm to you, under authorization of my Government, the understanding in question set forth in the following terms:

In order to silence mischievous reports that have from time to time been circulated, it is believed by us that a public announcement once more of the desires and intentions shared by our two Governments with regard to China is advisable.

The Governments of Japan and the United States recognize that territorial propinquity creates special relations between countries, and, consequently, the Government of the United States recognizes that Japan has special interests in China, particularly in the part to which her possessions are contiguous.

The territorial sovereignty of China, nevertheless, remains unimpaired and the Government of the United States has every confidence in the repeated assurances of the Imperial Japanese Government that while geographical position gives Japan such special interests they have no desire to discriminate against the trade of other nations or to disregard the commercial rights heretofore granted by China in treaties with other Powers.

The Governments of Japan and the United States deny that they have any purpose to infringe in any way the independence or territorial integrity of China and they declare, furthermore, that they always adhere to the principle of the so-called „Open Door" or equal opportunity for commerce and industry in China.

Moreover, they mutually declare that they are opposed to the acquisition by any government of any special rights or privileges that would affect the independence or territorial integrity of China or that would deny to the subjects or citizens of any country the full enjoyment of equal opportunity in the commerce and industry of China.

I take this opportunity to convey to you, Sir, the assurances of my highest consideration.

K. Ishii

Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of Japan on Special Mission.

Honorable Robert Lansing,
Secretary of State.

125.

JAPON, CHINE.

Echange de notes concernant la province de Shantoung; du 24 septembre 1918.*)

Manchester Guardian du 27 février 1919. — Bulletin de l'Institut intermédiaire international I, p. 400.

1.

Note from Baron Goto to the Chinese Minister.

Tokio, September 24, 1918.

Monsieur le Ministre,

I have the honour to inform you that the Imperial Government, in view of the feeling of good neighbourhood existing between our two countries, and in the spirit of mutual accommodation, have deemed it fitting and have accordingly decided to propose to your Government to settle various questions relating to the province of Shantung in a manner as below set forth:

1. To concentrate at Tsing-tao all the Japanese troops stationed along the Tsing-tao-Tainan Railway, excepting a contingent to be left at Tainan.
2. The Chinese Government to provide for guarding the Tsing-tao-Tainan Railway and to organise a police force for the purpose.
3. The Tsing-tao-Tainan Railway to contribute an appropriate sum of money towards defraying the expenses of such police force.
4. Japanese to be employed at the headquarters of the police force, the principal railway stations, and the training stations of police forces.
5. Chinese to be employed on the Tsing-tao-Tainan Railway.
6. Upon determination of the ownership of the Tsing-tao-Tainan Railway, to run it as a joint Chino-Japanese undertaking.
7. The civil administration now in force to be withdrawn.

In acquainting you with the above the Japanese Government desire to be advised of the disposition of your Government regarding the proposals.

(signed) *Shimpei Goto.*

His Excellency Mr. Tsung-Hiang Chang.

The Chinese Government replied on the same day, accepting the proposals of the Japanese Government, and then submitted the subjoined Note to Japan:

---

*) Comp. les Traités signés le 25 mai 1915; **N. R. G.** 3. s. IX, p. 334.

2.

Note from the Chinese Minister to Baron Goto.

Tokio, September 24. 1918.

Monsieur le Ministre.

The Chinese Government have decided to obtain loans from Japanese capitalists and to proceed speedily to build the railways connecting points as below set forth. Having received an authorisation from my Government, I have the honour herewith to communicate the same to your Government:

1. Between Tainan and Shuntch.
2. Between Kaomi and Suchow.

However, in case the afore-mentioned two lines are deemed to be disadvantageous from the point of railway management, other suitable lines will be decided upon by consultation.

Should there be no objection to the above propositions, it is requested that your Government will lose no time in taking necessary steps to cause the capitalists of your country to agree to enter into negotiations for loans on the same. Reply to the above is awaited and will be appreciated.

(signed) *Tsung-Hiang Chang.*

His Excellency Baron Shimpei Goto.

The Japanese Government, in reply, at once intimated that they would lose no time in causing Japanese capitalists to open the necessary negotiations. Further Notes bearing on the participation of Japanese capital in railway construction in China were also exchanged. They relate to railways:

1. Between Kaiyuan, Hailung, and Kirin.
2. Between Changchun and Taonan.
3. From a point between Taonan and Jehol to some seaport (this line to be determined subject to a future investigation).

The assent of the Japanese Government was given without delay, the agreement and the Notes exchanged all bearing the same date, September 24, 1918. The formal assent of the Chinese Government was given on the same day.

126.

GRANDE-BRETAGNE, JAPON.

Déclaration concernant l'Arrangement du 13 juillet 1911;*) communiquée à la Société des Nations le 8 juillet 1920.

League of Nations. Treaty Series I, p. 24.

Spa, 8th July, 1920.

The Governments of Great Britain and Japan have come to the conclusion that the Anglo-Japanese Agreement of July 13th, 1911, now existing between the two countries, though in harmony with the spirit of the Covenant of the League of Nations, is not entirely consistent with the letter of that Covenant, which both Governments earnestly desire to respect. They accordingly have the honour jointly to inform the League that they recognise the principle that if the said Agreement be continued after July 1921, it must be in a form which is not inconsistent with that Covenant.

(Signed) *Chinda.*
(Signed) *Curzon of Kedleston.*

127.

FRANCE, BELGIQUE.

Accord afin d'assurer la poursuite des actes préjudiciables aux armées des deux nations; signé à Bruxelles, le 14 août 1914.

Journal officiel du 4 decembre 1914.

Les gouvernements français et belge sont d'accord pour appliquer, chacun en ce qui le concerne, le principe suivant lequel chaque armée garde sa juridiction quant aux faits susceptibles de lui nuire, quels que soient les territoires où elle se trouve et la nationalité de l'inculpé. Par dérogation à ce principe, il est entendu que les nationaux belges inculpés d'actes préjudiciables à l'armée française seront livrés aux autorités belges pour être jugés par elles selon les lois de la Belgique; en territoire français, l'armée belge appliquerait éventuellement cette même règle.

Fait à Bruxelles, le 14 août 1914.

---

*) V. N. R. G. 3. s. V, p. 3.

128.

FRANCE, BELGIQUE.

Arrangement concernant la suspension, durant la guerre, de la Convention franco-belge du 30 juillet 1891 relative à l'application des lois qui règlent le service militaire dans les deux pays;*) signé au Havre, le 13 mars 1915.**)

Journal officiel du 23 mars 1915.

Le Président de la République française et Sa Majesté le Roi des Belges, prenant en considération les inconvénients qu'entraîne pour leurs deux pays, dans les circonstances actuelles, l'ajournement du service militaire des jeunes gens visés par la convention du 30 juillet 1891, ont résolu de conclure un arrangement en vue de suspendre, pour la durée de la guerre, l'application de ladite convention et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Le Président de la République française, M. Klobukowski, commandeur de l'ordre national de la Légion d'honneur, grand'croix de l'ordre de la Couronne, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la République française près Sa Majesté le Roi des Belges;

Sa Majesté le Roi des Belges, M. Davignon, grand'croix de l'ordre de la Couronne, officier de l'ordre de Léopold, grand'croix de l'ordre de la Légion d'honneur, membre de la Chambre des représentants, ministre des affaires étrangères;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Est suspendue, pendant la durée de la guerre, l'application de la convention franco-belge du 30 juillet 1891.

En conséquence, les jeunes gens appartenant aux catégories visées par la convention, à l'exception des mineurs, nés en France, de parents belges, nés l'un et l'autre hors de France, seront appelés dans l'armée française. Il ne sera toutefois pas procédé à l'incorporation de ceux qui produiront un acte d'engagement dans l'armée belge ou qui manifesteront le désir de servir dans cette armée. Ces jeunes gens seront immédiatement dirigés sur le dépôt belge le plus voisin pour y être incorporés.

Le gouvernement de la République française prêtera d'ailleurs son concours au gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges pour l'exécution de toute mesure ayant pour but l'assujettissement au service militaire belge des mineurs nés en France de parents belges, nés l'un et l'autre hors de France.

---

*) V. N. R. G. 2. s. XVIII, p. 594; XIX, p. 541.
**) Les ratifications ont été échangées au Havre, le 22 mars 1915.

Il est formellement entendu que les questions de nationalité demeurent réservées.

Le présent arrangement sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans les quinze jours de sa signature; il sera exécutoire à partir du jour de la ratification.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double, au Havre, le 13 mars 1915.

(L. S.) *Klobukowski.* (L. S.) *Davignon.*

129.

ITALIE, FRANCE.

Déclaration au sujet de la remise réciproque des insoumis et déserteurs des deux armées italienne et française; signée à Paris, le 9 mars 1916.

Fauchille. La guerre de 1914. Recueil de documents intéressant le droit international II, p. 164.

Le gouvernement de Sa Majesté le Roi d'Italie et le gouvernement de la République française prennent en considération la communauté d'intérêts créée par l'alliance qui existe entre leurs deux pays ainsi que l'union intime de leurs deux armées, et désireux d'apporter à la défense de la cause commune le concours de toutes leurs forces disponibles, sont d'accord pour prendre des mesures destinées à empêcher leurs ressortissants respectifs de se soustraire à l'accomplissement de leur devoir militaire.

A cet effet, les deux gouvernements, faisant application du principe de la juridiction exclusive d'une armée d'opérations sur les militaires qui la composent, conviennent d'effectuer la remise aux Commissions militaires française et italienne, respectivement établies en Italie et en France, des déserteurs et insoumis de l'armée française et des déserteurs et insoumis de l'armée italienne. La remise des insoumis et des déserteurs aura lieu aux gares internationales de Modane et de Vintimille. Seront exceptés de cette remise les hommes qui possédaient, dans le premier cas, la nationalité italienne et, dans le second cas, la nationalité française.

La transmission des listes contenant les noms des déserteurs et insoumis aura lieu par la voie diplomatique.

La présente déclaration cessera d'avoir ses effets le jour de la signature de la paix.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 9 mars 1916.

(L. S.) *Tittoni.* (L. S.) *A. Briand.*

130.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE.

Arrangement concernant le régime douanier dans le territoire polonais occupé par les armées des deux Etats; signé à Berlin, le 26 septembre 1916.*)

Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau 1917, No. 60.

Übereinkommen.

Die zur Beratung über die Neuregelung des Zollwesens im polnischen Okkupationsgebiete deutscherseits und österreichisch-ungarischerseits bestellten Kommissare sind in Berlin am 26. September 1916 über folgende Punkte übereingekommen:

§ 1.

Das deutscherseits verwaltete Generalgouvernement Warschau und die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens bilden ein gemeinschaftliches Zollgebiet. Jeder Teil ist berechtigt, von ihm besetzte russische Gebietsteile in das gemeinschaftliche Zollgebiet einzuschliessen.

§ 2.

Für beide Verwaltungsgebiete wird die angeschlossene gleichlautende Zollordnung samt Zolltarif in verbindender Weise erlassen werden.

Die Durchführungsvorschriften zur Zollordnung und dem Zolltarif werden für die deutsche Verzollung vom Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau, für die österreichisch-ungarische Verzollung vom k. u. k. Armee-Oberkommando mit besonderen Verordnungen erlassen. Diese Stellen werden sich auch über die Zulassung von Veredelungsverkehren verständigen.

Jeder der beiden Teile wird die notwendigen Verfügungen treffen, um die Durchführung der Zollordnung durch Straf- und Zwangsmassnahmen sicherzustellen. Hierbei werden sich beide Teile Rechtshilfe leisten und die von dem anderen Teile verhängten Strafen vollziehen.

§ 3.

Die Zolleinnahmen fallen vom 1. Juli 1916 an jenem Teile zu, bei dessen Zollämtern sie entrichtet werden.

§ 4.

Die Aufsicht über die gleichmässige Handhabung der Zollordnung und des gemeinschaftlichen Zolltarifs wird einer Kommission von zwei

*) L'échange des ratifications a eu lieu le 27 décembre 1916.

Mitgliedern übertragen. Das eine Mitglied wird vom Reichskanzler ernannt, das andere vom k. u. k. Armee-Oberkommando delegiert. Der Reichskanzler und das k. u. k. Armee-Oberkommando bestellen für die von ihnen entsendeten Mitglieder je einen Vertreter.

Jedem der beiden Mitglieder ist es gestattet, in den das gemeinschaftliche Zollgebiet betreffenden Zollbetrieb des anderen Teiles Einsicht zu nehmen. Zu diesem Zwecke sind sie befugt, vereint die preussischen und österreichischen Zollämter, die mit der Zollverwaltung des gemeinschaftlichen Zollgebiets betraut sind, zu besuchen und deren Zolleinnahmebücher nebst den zugehörigen Belegen einzusehen.

Allmonatlich werden summarische Nachweisungen über die Wareneinfuhr, geordnet nach den Nummern des Zolltarifs, wechselseitig ausgetauscht. Diese Nachweisungen werden deutscherseits dem k. u. k. Finanzministerium in Wien und österreichisch-ungarischerseits dem Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau übersandt.

§ 5.

Die inneren Steuern werden von jedem Teile für alleinige Rechnung erhoben.

§ 6.

Die aus dem einen Verwaltungsgebiet in das andere übergehenden Waren unterliegen keiner weiteren Verzollung. Sie sind auch von einer weiteren inneren Besteuerung befreit, soweit sie bereits im erstgenannten Verwaltungsgebiet einer gleichartigen Besteuerung nachweisbar unterzogen worden sind.

Jedem Teile bleibt der Erlass von Verkehrsverboten oder Verkehrsbeschränkungen unbenommen.

§ 7.

Die Erzeugnisse, bezüglich deren ein Teil in seinem Verwaltungsgebiet ein Monopol eingeführt hat, bilden nicht den Gegenstand der Zollgemeinschaft. Die Erzeugnisse, bezüglich deren ein Monopol eingeführt wird, scheiden aus der Zollgemeinschaft aus.

§ 6 Abs. 1 findet auf Monopolgegenstände keine Anwendung.

§ 8.

Beide Teile sind einverstanden, dass die Verbrauchsabgaben und die etwaigen Monopole in den beiderseitigen Verwaltungsgebieten möglichst übereinstimmen sollen. Jeder Teil wird dem anderen von der Absicht, eine neue Verbrauchsabgabe oder ein Monopol einzuführen, tunlichst bald Kenntnis geben.

§ 9.

Das Übereinkommen vom 19. April 1915 über die Vereinigung der beiderseitigen Verwaltungsgebiete in Russisch-Polen links der Weichsel zu einem gemeinschaftlichen Zollgebiete wird aufgehoben.

§ 10.

Dieses Übereinkommen soll von den Regierungen der beiden Teile bestätigt werden und zwei Wochen nach dem Austausche der Bestätigungserklärungen in Kraft treten.

Jeder Teil soll dasselbe mit dreimonatlicher Frist zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli oder 1. Oktober jedes Kalenderjahres aufkündigen dürfen.

Zollordnung.

§ 1.

Das deutscherseits verwaltete Generalgouvernement Warschau und die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens bilden ein gemeinschaftliches Zollgebiet.

Bei der Einfuhr von Waren über die Grenzstrecke des unter deutscher Zivilverwaltung oder des unter österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiets in das gemeinschaftliche Zollgebiet werden Zölle nach Massgabe des anliegenden Zolltarifs erhoben.

§ 2.

Die Einfuhr darf nur über die österreichischen oder die preussischen Zollstrassen erfolgen.

Die Waren, die über die Grenzstrecke des deutschen Verwaltungsgebiets eingehen, sind nach den Vorschriften des deutschen Vereinszollgesetzes und den hierzu erlassenen Verwaltungsbestimmungen bei den preussischen Grenzzollämtern, die Waren, die über die Grenzstrecke des österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiets eingehen, sind nach der Zoll- und Staatsmonopolordnung und den sonstigen Vorschriften über das Zollverfahren bei den als delegierte Organe des Armee-Oberkommandos fungierenden österreichischen Grenzzollämtern zur Abfertigung zu stellen.

Die über jede der beiden Grenzstrecken eingehenden Waren können von der Zollverwaltung jedes der beiden Teile auch an ein in seinem Verwaltungsgebiete bestehendes Inlandsamt im gebundenen Verkehr angewiesen und dortselbst zur Abfertigung gestellt werden.

Die Zölle sind bar zu bezahlen. Eine laufende Stundung findet nicht statt.

§ 3.

Die Gewichtszölle werden vom Rohgewicht erhoben bei allen Waren, für die der Zoll für 100 kg 12 K 50 h bei der österreichisch-ungarischen Verzollung oder 10 Mark bei der deutschen Verzollung nicht übersteigt.

Bei Einfuhr zollpflichtiger Waren bis zu 5 kg Rohgewicht im Brief- und Paketpostverkehre wird ein Stückzoll von 2 Mark bei der deutschen Verzollung, von 2 K 50 h bei der österreichisch-ungarischen Verzollung erhoben, sofern das Poststück keine Waren enthält, die einem Zollsatz von 375 K oder mehr für 100 kg der österreichisch-ungarischen Verzollung, von 300 Mark oder mehr für 100 kg bei der deutschen Verzollung oder einem Stückzoll unterliegen.

§ 4.

Von der Zollpflicht sind befreit:

1. Liebesgaben für deutsche oder österreichisch-ungarische Truppen;
2. Waren, die für die österreichisch-ungarische Feldarmee oder für die k. u. k. Militärverwaltung oder für die deutsche Heeres- oder Zivilverwaltung eingeführt werden, wenn sie durch eine amtliche Bescheinigung gedeckt sind;
3. Waren, die von den Angehörigen der verbündeten Armeen, der deutschen Zivilverwaltung oder der k. u. k. Militärverwaltung zum eigenen Gebrauche eingeführt werden;
4. gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche, die nicht zum Verkaufe oder zur gewerblichen Verwendung dienen;
5. Gebrauchs- oder Verzehrungsgegenstände, die von Reisenden, einschliesslich der Fuhrleute und Schiffer, zum eigenen Gebrauch oder Verbrauch oder zur Ausübung ihres Berufs auf der Reise mitgeführt werden;
6. Monopolgegenstände, die durch die k. u. k. Militärverwaltung oder die deutsche Zivilverwaltung eingeführt werden.

§ 5.

Ausnahmen von der Zollpflicht oder Ermässigungen der Zollsätze können bezüglich der österreichisch-ungarischen Verzollung vom k. u. k. Militärgeneralgouvernement Lublin, bezüglich der deutschen Verzollung vom Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement in Warschau zur Milderung von Kriegsschäden, zur Abwehr von Notständen oder aus jenen Gründen bewilligt werden, aus denen nach den deutschen oder österreichischen Zollgesetzen eine Zollbefreiung oder Zollermässigung gewährt werden kann.

Zolltarif.*)

*) Non imprimé.

131.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, GRANDE-BRETAGNE.

Convention concernant le service militaire des citoyens respectifs; signée à Washington, le 3 juin 1918, suivie de Notes diplomatiques échangées à la date du même jour.*)

Treaty Series (Washington), No. 633.

The President of the United States of America and His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, being convinced that for the better prosecution of the present war it is desirable that citizens of the United States in Great Britain and British Subjects in the United States shall either return to their own country to perform military service in its army or shall serve in the army of the country in which they remain, have resolved to enter into a Convention to that end and have accordingly appointed as their Plenipotentiaries:

The President of the United States of America, Robert Lansing, Secretary of State of the United States; and

His Britannic Majesty, The Earl of Reading, Lord Chief Justice of England, High Commissioner and Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary on Special Mission to the United States,

who, after having communicated to each other their respective full powers found to be in proper form, have agreed upon and concluded the following articles:

Article I.

All male citizens of the United States in Great Britain and all male British Subjects in the United States shall, unless before the time limited by this Convention they enlist or enroll in the forces of their own country or return to the United States or Great Britain respectively for the purpose of military service, be subject to military service and entitled to exemption or discharge therefrom under the laws and regulations from time to time in force of the country in which they are: *Provided* that in respect to British Subjects in the United States the ages for military service shall be for the time being twenty to forty-four years, both inclusive:

Provided however that no citizen of the United States in Great Britain and no British Subject in the United States who, before proceeding to Great Britain or the United States, respectively, was ordinarily resident

*) Les ratifications de la Convention ont été échangées à Londres, le 30 juillet 1918.

in a place in the possessions of the United States or in His Majesty's Dominions respectively, where the law does not impose compulsory military service shall, by virtue of this Convention, be liable to military service under the laws and regulations of Great Britain or the United States, respectively;

Provided further that in the event of compulsory military service being applied to any part of His Majesty's Dominions in which military service at present is not compulsory, British Subjects who, before proceeding to the United States were ordinarily resident in such part of His Majesty's Dominions, shall thereupon be included within the terms of this Convention.

Article II.

Citizens of the United States and British Subjects within the age limits aforesaid who desire to enter the military service of their own country must, after making such application therefor as may be prescribed by the laws or regulations of the country in which they are, enlist or enroll or must leave Great Britain or the United States as the case may be for the purpose of military service in their own country before the expiration of sixty days after the date of the exchange of ratifications of this Convention, if liable to military service in the country in which they are at the said date; or if not so liable, then before the expiration of thirty days after the time when liability shall accrue; or as to those holding certificates of exemption under Article III of this Convention, before the expiration of thirty days after the date on which any such certificate becomes inoperative unless sooner renewed; or as to those who apply for certificates of exemption under Article III and whose applications are refused, then before the expiration of thirty days after the date of such refusal, unless the application be sooner granted.

Article III.

The Government of the United States and His Britannic Majesty's Government may through their respective Diplomatic Representatives issue certificates of exemption from military service to citizens of the United States in Great Britain and British Subjects in the United States respectively, upon application or otherwise, within sixty days from the date of the exchange of ratifications of this Convention, or within thirty days from the date when such citizens or subjects become liable to military service in accordance with Article I, provided that the applications be made or the certificates be granted prior to their entry into the military service of either country.

Such certificates may be special or general, temporary or conditional, and may be modified, renewed, or revoked in the discretion of the Government granting them. Persons holding such certificates shall, so long as the certificates are in force, not be liable to military service in the country in which they are.

Article IV.

This Convention shall not apply to British Subjects in the United States (a) who were born or naturalized in Canada, and who, before proceeding to the United States, were ordinarily resident in Great Britain or Canada or in any other part of His Majesty's Dominions to which compulsory military service has been or may be hereafter by law applied, or outside the British Dominions; or (b) who were not born or naturalized in Canada, but who, before proceeding to the United States, were ordinarily resident in Canada.

Article V.

The Government of the United States and His Britannic Majesty's Government will, respectively, so far as possible, facilitate the return of British Subjects and citizens of the United States who may desire to return to their own country for military service, but shall not be responsible for providing transport or the cost of transport for such persons.

Article VI.

No citizen or subject of either country who, under the provisions of this Convention, enters the military service of the other, shall, by reason of such service, be considered, after this Convention shall have expired or after his discharge, to have lost his nationality or to be under any allegiance to His Britannic Majesty or to the United States as the case may be.

Article VII.

The present Convention shall be ratified by the President of the United States of America by and with the advice and consent of the Senate of the United States and by His Britannic Majesty, and the ratifications shall be exchanged at Washington or at London as soon as possible. It shall come into operation on the date on which the ratifications are exchanged, and shall remain in force until the expiration of sixty days after either of the contracting parties shall have given notice of termination to the other; whereupon any subject or citizen of either country incorporated into the military service of the other under this Convention shall be as soon as possible discharged therefrom.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate at Washington the third day of June, in the year of our Lord one thousand nine hundred and eighteen.

[Seal.] *Robert Lansing.*
[Seal.] *Reading.*

Exchange of Notes Relating to Article I.

[The Ambassador of Great Britain on Special Mission to the Secretary of State.]

British Embassy
Washington, June 3, 1918.

Sir:

With reference to the Military Service Convention between the United States and Great Britain signed to-day, I am instructed by His Majesty's Government to explain why the proviso to Article One does not limit the military service of citizens of the United States in Great Britain to those of the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service, as requested by the United States Government. The reason for the omission of this clause in the proviso is a desire to avoid the delay that would be involved in modifying the Military Service Acts 1916 to 1918, which control the operation of any convention of this character. I beg you, therefore, to be good enough not to press this proposal.

The effect of these Acts is to make United States citizens in Great Britain under this convention liable to military service between the ages of 18 and 49 both inclusive. The limitation of the ages of United States citizens in Great Britain for the purpose of military service to those prescribed in the laws of the United States relating to compulsory military service may, however, be attained without amendment of these Acts by exercise of the United States of its right of exemption under Article Three.

His Majesty's Government unterstand, therefore, that the United States Government will exercise their right under Article Three to exempt from compulsory military service in Great Britain all citizens of the United States in Great Britain, outside the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service.

I have the honor to be with the highest consideration, Sir,

Your most obedient, humble servant,

Reading.

The Honorable Robert Lansing,
Secretary of State of the United States.

[The Secretary of State to the Ambassador of Great Britain on Special Mission.]

Department of State,
Washington, June 3, 1918.

Excellency:

I have the honor to acknowledge the receipt of Your Excellency's note of this date in regard to the Military Service Convention between the United States and Great Britain signed to-day, in which you state that you are instructed to explain why the proviso to Article One does

not limit the military service of citizens of the United States in Great Britain to those of the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service as requested by the United States Government. In explanation Your Excellency states as follows:

„The reason for the omission of this clause in the proviso is a desire to avoid the delay which would be involved in modifying the Military Service Acts 1916 to 1918, which control the operation of any convention of this character. I beg you therefore to be good enough not to press this proposal.

„The effect of these Acts is to make United States citizens in Great Britain under this convention liable to military service between the ages of 18 and 49 years, both inclusive. The limitation of the ages of United States citizens in Great Britain for the purposes of military service to those prescribed in the laws of the United States relating to compulsory military service, may, however, be attained without amendment of these Acts by the exercise by the United States of its right of exemption under Article Three."

Your Excellency adds that

„His Majesty's Government understand, therefore that the United States Government will exercise its right under Article Three to exempt from compulsory military service in Great Britain all citizens of the United States in Great Britain, outside the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service."

In reply I have the honor to inform your Excellency that the Government of the United States is pleased to accept this explanation of said Article One and in lieu of a clause in this Article limiting the military service of citizens of the United States in Great Britain to those of the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service to exercise its right under Article Three to exempt from compulsory military service in Great Britain all citizens of the United States in Great Britain outside of the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service.

I have the honor to be, with the highest consideration,

Your Excellency's most obedient servant,

Robert Lansing.

His Excellency
The Earl of Reading,
Ambassador of Great Britain
On Special Mission.

132.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, GRANDE-BRETAGNE.

Convention concernant le service militaire des citoyens americains au Canada et des Canadiens aux Etats-Unis; signée à Washington, le 3 juin 1918.*)

Treaty Series (Washington), No. 634.

The President of the United States of America and His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and of the British Dominions Beyond the Seas, Emperor of India being convinced that for the better prosecution of the present war it is desirable that citizens of the United States in Canada and Canadian British subjects in the United States shall either return to their own country to perform military service in its army or shall serve in the army of the country in which they remain, have resolved to enter into a Convention to that end and have accordingly appointed as their Plenipotentiaries:

The President of the United States of America, Robert Lansing, Secretary of State of the United States, and

His Britannic Majesty, The Earl of Reading, Lord Chief Justice of England, High Commissioner and Ambassador, Extraordinary and Plenipotentiary on Special Mission to the United States,

who, after having communicated to each other their respective full powers found to be in proper form, have agreed upon and concluded the following Articles:

Article I.

All male citizens of the United States in Canada (hereinafter called Americans) and all male British subjects in the United States (a) who were born or naturalized in Canada, and who, before proceeding to the United States, were ordinarily resident in Great Britain or Canada or in any other part of His Majesty's Dominions to which compulsory military service has been or may be hereafter by law applied, or outside the British Dominions; or (b) who were not born or naturalized in Canada, but who, before proceeding to the United States, were ordinarily resident in Canada (hereinafter called Canadians) shall, unless before the time limited by this Convention they enlist or enroll in the forces of their own country or return to the United States, or Canada, respectively, for the purpose of military service, be subject to military service and entitled to exemption or discharge therefrom under the laws and regulations, from time to time in force, of the country in which they are: *Provided*, that

*) Les ratifications ont été échangées à Londres, le 30 juillet 1918.

in respect to Americans in Canada, the ages for military service shall be the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service, and in respect to Canadians in the United States the ages for military service shall be for the time being twenty to forty-four years, both inclusive.

Article II.

Americans and Canadians within the age limits aforesaid who desire to enter the military service of their own country must enlist or enroll, or must leave Canada or the United States, as the case may be, for the purpose of military service in their own country before the expiration of sixty days after the date of the exchange of ratifications of this Convention, if liable to military service in the country in which they are at the said date; or, if not so liable, then before the expiration of thirty days after the time when liability shall accrue; or, as to those holding certificates of exemption under Article III of this Convention, before the expiration of thirty days after the date on which any such certificate becomes inoperative unless sooner renewed; or as to those who apply for certificates of exemption under Article III, and whose applications are refused, then before the expiration of thirty days after the date of such refusal, unless the application be sooner granted.

Article III.

The Government of the United States, through the Consul General at Ottawa, and His Britannic Majesty's Government through the British Ambassador at Washington may issue certificates of exemption from military service to Americans and Canadians, respectively, upon application or otherwise, within sixty days from the date of the exchange of ratifications of this Convention or within thirty days from the date when such citizens or subjects become liable to military service in accordance with Article I, provided that the applications be made or the certificates be granted prior to their entry into the military service of either country. Such certificates may be special or general, temporary or conditional and may be modified, renewed, or revoked in the discretion of the Government granting them. Persons holding such certificates shall, so long as the certificates are in force, not be liable to military service in the country in which they are.

Article IV.

The Government of the United States and the Government of Canada will, respectively, so far as possible facilitate the return of Canadians and Americans who may desire to return to their own country for military service, but shall not be responsible for providing transport or the cost of transport for such persons.

Article V.

No citizen or subject of either country who, under the provisions of this Convention, enters the military service of the other shall, by reason

of such service be considered, after this Convention shall have expired or after his discharge, to have lost his nationality or to be under any allegiance to the United States or to His Britannic Majesty as the case may be.

Article VI.

The present Convention shall be ratified by the President of the United States of America by and with the advice and consent of the Senate of the United States and by His Britannic Majesty and the ratifications shall be exchanged at Washington or at London as soon as possible. It shall come into operation on the date on which the ratifications are exchanged and shall remain in force until the expiration of sixty days after either of the contracting parties shall have given notice of termination to the other; whereupon any citizen or subject of either country incorporated into the military service of the other under this Convention shall be as soon as possible discharged therefrom.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate at Washington the third day of June in the year of our Lord one thousand nine hundred and eighteen.

[Seal.] *Robert Lansing.*
[Seal.] *Reading.*

133.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, ITALIE.

Convention relative au service militaire des citoyens respectifs; signée à Washington, le 24 août 1918.*)

Treaty Series, No. 637.

The President of the United States of America and His Majesty the King of Italy being convinced that for the better prosecution of the present war it is desirable that citizens of the United States in Italy and Italian citizens in the United States shall either return to their own country to perform military service in its

Il Presidente degli Stati Uniti d'America e Sua Maestà il Re d'Italia essendo convinti che per la migliore prosecuzione della guerra presente è desiderabile che i cittadini degli Stati Uniti in Italia ed i cittadini italiani negli Stati Uniti tornino nei loro rispettivi paesi per adempiervi gli obblighi del servizio militare nel

*) Les ratifications ont été échangées à Washington et à Rome, le 12 novembre 1918.

army or shall serve in the army of the country in which they remain, have resolved to enter into a Convention to that end, and have accordingly appointed as their Plenipotentiaries:

The President of the United States of America, Robert Lansing, Secretary of State of the United States, and

His Majesty the King of Italy Count Vincenzo Macchi di Cellere, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary to the United States,

who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in proper form, have agreed upon and concluded the fallowing Articles:

Article I.

All male citizens of the United States in Italy and all male citizens of Italy in the United States shall, unless before the time limited by this Convention they enlist or enroll in the forces of their own country or return to the United States or Italy, respectively, for the purpose of military service, be subject to military service and entitled to exemption or discharge therefrom under the laws and regulations from time to time in force of the country in which they are: Provided, that in respect to citizens of the United States in Italy the ages for military service shall be the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service, and in respect to Italian citizens in the United States the ages for military service shall be for the time being twenty to forty-four years, both inclusive.

Article II.

Citizens of the United States and Italian citizens within the age limits

proprio esercito ovvero servano nell' esercito del paese nel quale rimangono, hanno deciso di conchiudere a questo fine un accordo ed hanno di conseguenza nominato a loro plenipotenziari,

Il Presidente degli Stati Uniti d'America, Robert Lansing, Segretario di Stato degli Stati Uniti, e

Sua Maestà il Re d'Italia, Vincenzo Macchi dei Conti di Cellere, Ambasciatore Straordinario e Plenipotenziario agli Stati Uniti,

i quali dopo essersi scambiate le rispettive credenziali e averle trovate in debita forma, hanno convenuto e concluso i seguenti articoli:

Articolo I.

Tutti i cittadini degli Stati Uniti di sesso maschile in Italia e tutti i cittadini italiani di sesso maschile negli Stati Uniti saranno tenuti al servizio militare e avranno diritto ad esonero o a congedo in conformità delle leggi e dei regolamenti vigenti nel paese nel quale dimorano, salvo che, nel termine stabilito dal presente accordo, si arruolino nelle forze armate del proprio paese o ritornino rispettivamente negli Stati Uniti od in Italia per prestare servizio militare. Per i cittadini degli Stati Uniti in Italia. i limiti di età per il servizio militare saranno quelli stabiliti dalle leggi degli Stati Uniti per il servizio militare obbligatorio, e per i cittadini italiani negli Stati Uniti i limiti di età per il servizio militare sono attualmente dai 20 ai 44 anni compresi.

Articolo II.

I cittadini degli Stati Uniti ed i cittadini italiani compresi nei limiti

aforesaid, who desire to enter the military service of their own country, must enlist or enroll or must leave Italy or the United States, as the case may be, for the purpose of military service in their own country, before the expiration of sixty days after the date of the exchange of ratifications of this Convention, if liable to military service in the country in which they are at said date; or if not so liable, then, before the expiration of thirty days after the time when liability shall accrue; or, as to those holding certificates of exemption under Article III of this Convention, before the expiration of thirty days after the date on which any such certificate becomes inoperative unless sooner renewed; or, as to those who apply for certificates of exemption under Article III, and whose applications are refused, then before the expiration of thirty days after the date of such refusal, unless the application be sooner granted.

Article III.

The Government of the United States and the Government of Italy may, through their respective diplomatic representatives or by other authorities appointed for that purpose by the respective Governments, issue certificates of exemption from military service to citizens of the United States in Italy and Italian citizens in the United States, respectively, upon application or otherwise, within sixty days from the date of the exchange of ratifications of this Convention or within thirty days from the date when such citizens become liable to military service in accordance with Article I, provided that the applications be made or the cer-

di età predetti i quali desiderino di prestare servizio militare nel proprio paese dovranno arruolarsi o lasciare, secondo il caso, l'Italia o gli Stati Uniti, per prestare servizio nel proprio paese: entro sessanta giorni dalla data dello scambio delle ratifiche del presente accordo, se tenuti a' servizio militare nel paese in cui si trovano a quella data; oppure entro trenta giorni dalla data in cui detti cittadini diventino soggetti al servizio militare qualora non lo fossero ancora; oppure entro trenta giorni dalla scadenza del certificato di esenzione di cui all' articolo III di questo accordo, salvo il previo rinnovo del certificato stesso; ovvero entro trenta giorni dalla data del rifiuto della richiesta del certificato di esenzione di cui all' articolo III, salvo che nel frattempo la richiesta stessa fosse stata accolta.

Articolo III.

Il Governo degli Stati Uniti ed il Governo di Sua Maestà il Re d'Italia possono, per mezzo dei rispettivi rappresentanti diplomatici o delle altre autorità a ciò delegate dai rispettivi governi, rilasciare certificati di esonero dal servizio militare rispettivamente a cittadini degli Stati Uniti in Italia ed a cittadini italiani negli Stati Uniti, a loro domanda o altrimenti, entro sessanta giorni dalla data dello scambio delle ratifiche del presente accordo o entro trenta giorni dalla data in cui i cittadini divengano soggetti al servizio militare in conformità dell'articolo I, a condizione che la domanda sia fatta o il certificato concesso prima della loro en-

tificates be granted prior to their entry into the military service of either country. Such certificates may be special or general, temporary or conditional and may be modified, renewed, or revoked, in the discretion of the Government granting them. Persons holding such certificates shall, so long as the certificates are in force, not be liable to military service in the country in which they are.

Article IV.

The Government of the United States and the Italian Government will, respectively, so far as possible, facilitate the return of citizens of Italy and of the United States who may desire to return to their own country for military service, but shall not be responsible for providing transport or the cost of transport for such persons.

Article V.

No citizen of either country who, under the provisions of this Convention, enters the military service of the other shall, by reason of such service, be considered, after this Convention shall have expired or after his discharge, to have lost his nationality or to be under any allegiance to the United States or to His Majesty the King of Italy, as the case may be.

Article VI.

This agreement while in force, holds in abeyance any provisions inconsistent therewith, in the treaty of February 26, 1871, or in any other treaty between the United States and Italy.

Article VII.

The present Convention shall be ratified by the President of the Uni-

trata nel servizio militare dell' uno o dell' altro paese. Tali certificati possono essere speciali o generali, temporanei o condizionali, e potranno venir modificati, rinnovati o revocati a discrezione del governo che li concede. I titolari di questi certificati non saranno soggetti al servizio militare nel paese nel quale dimorano finchè il certificato abbia vigore.

Articolo IV.

Il Governo degli Stati Uniti ed il Governo di Sua Maestà il Re d'Italia faciliteranno rispettivamente, per quanto è possibile, il ritorno dei cittadini italiani e dei cittadini degli Stati Uniti che desiderino tornare al proprio paese per prestare servizio militare, ma non saranno tenuti a provvedere al transporto od alle spese di viaggio di tali persone.

Articolo V.

I cittadini di uno dei due paesi che a norma della presente convenzione prestino servizio militare nell'altro paese, non si troveranno, in conseguenza di tale servizio dopo la scadenza di questo accordo o dopo il loro congedo, ad aver perduto la loro nazionalità nè ad aver contratto alcun obbligo di fedeltà rispettivemente verso gli Stati Uniti o verso Sua Maestà il Re d'Italia.

Articolo VI.

Questo accordo sospende, per il tempo della sua durata, ogni disposizione contraria del trattato del 26 Febbraio 1871 o di ogni altro trattato vigente fra gli Stati Uniti e l'Italia.

Articolo VII.

Il presente accordo sarà ratificato dal Presidente degli Stati Uniti d'Ame-

ted States of America by and with the advice and consent of the Senate of the United States and by His Majesty the King of Italy, and the ratifications shall be exchanged at Washington or at Rome as soon as possible. It shall come into operation on the date on which the ratifications are exchanged and shall remain in force until the expiration of sixty days after either of the contracting parties shall have given notice of termination to the other; whereupon any citizen of either country incorporated into the military service of the other under this Convention, shall be, as soon as possible, discharged therefrom.

In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate at Washington the twenty-fourth day of August in the year of our Lord one thousand nine hundred and eighteen.

rica col parere e consenso del Senato degli Stati Uniti e da Sua Maestà il Re d'Italia, e le ratifiche saranno scambiate a Washington o a Roma al più presto possibile. Il presente accordo avrà effetto dalla data dello scambio delle ratifiche e rimarrà in vigore fino a sessanta giorni dopo che una delle parti contraenti abbia notificato all'altra la fine di esso; allora ogni cittadino dell' uno o dell'altro paese, arruolato a norma del presente accordo in servizio militare dell'altro, sarà congedato al più presto possibile.

In fede di che, i rispettivi plenipotenziari hanno firmato la presente convenzione e vi hanno apposto i loro sigilli.

Fatto a Washington in doppio esemplare il giorno venti quattro del mese di Agosto dell'anno del Signore mille novecento diciotto.

[Seal.] *Robert Lansing.*
[Seal.] *Macchi di Cellere.*

134.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, GRÈCE.

Convention concernant le service militaire des sujets respectifs; signée à Washington, le 30/17 août 1918.*)

Treaty Series, No. 638.

The President of the United States of America and His Majesty the King of the Hellenes, being convinced that for the better prosecution of the present war it is desirable that citizens of the United States in Greece

*) Les ratifications ont été échangées à Washington et à Athènes, le 12 novembre 1918.

and citizens of Greece in the United States shall either return to their own country to perform military service in its Army or shall serve in the Army of the country in which they remain, have resolved to enter into a convention to that end, and have accordingly appointed as their plenipotentiaries,

The President of the United States, Robert Lansing, Secretary of State of the United States; and

His Majesty the King of the Hellenes, Mr. Georges Roussos, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Greece to the United States,

who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in proper form, have agreed upon and concluded the following articles:

Article I.

All male citizens of the United States in Greece and all male citizens of Greece in the United States, shall, unless before the time limited by this convention they enlist or enroll in the forces of their own country or return to the United States or Greece, respectively, for the purpose of military service, be subject to military service and entitled to exemption or discharge therefrom under the laws and regulations from time to time in force of the country in which they are: *Provided,* That in respect to citizens of the United States in Greece the ages for military service shall be the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service, and in respect to citizens of Greece in the United States the ages for military service shall be for the time being twenty to forty-four years, both inclusive.

Article II.

Citizens of the United States and citizens of Greece within the age limits aforesaid who desire to enter the military service of their own country must enlist or enroll or must leave Greece or the United States, as the case may be, for the purpose of military service in their own country before the expiration of sixty days after the date of the exchange of ratifications of this convention, if liable to military service in the country in which they are at the said date; or if not so liable, then before the expiration of thirty days after the time when liability shall accrue; or as to those holding certificates of exemption under Article III of this convention, before the expiration of thirty days after the date on which any such certificate becomes inoperative unless sooner renewed; or as to those who apply for certificates of exemption under Article III and whose applications are refused, then before the expiration of thirty days after the date of such refusal, unless the application be sooner granted.

Article III.

The Government of the United States and the Government of Greece may through their respective diplomatic representatives issue certificates of exemption from military service to citizens of the United States in

Greece and citizens of Greece in the United States, respectively, upon application or otherwise, within sixty days from the date of the exchange of ratifications of this convention, or within thirty days from the date when such citizens become liable to military service in accordance with Article I, provided that the applications be made or the certificates be granted prior to their entry into the military service of either country.

Such certificates may be special or general, temporary or conditional, and may be modified, renewed, or revoked in the discretion of the Government granting them. Persons holding such certificates shall, so long as the certificates are in force, not be liable to military service in the country in which they are.

Article IV.

The Government of the United States and the Government of Greece will, respectively, so far as possible, facilitate the return of citizens of Greece and citizens of the United States who may desire to return to their own country for military service, but shall not be responsible for providing transport or the cost of transport for such persons.

Article V.

No citizen of either country who, under the provisions of this convention, enters the military service of the other shall, by reason of such service, be considered after this convention shall have expired or after his discharge to have lost his nationality or to be under any allegiance to His Majesty the King of the Hellenes or to the United States, as the case may be.

Article VI.

The present convention shall be ratified by the President of the United States of America by and with the advice and consent of the Senate of the United States and by His Majesty, the King of the Hellenes, and the ratifications shall be exchanged at Washington or at Athens as soon as possible. It shall come into operation on the date on which the ratifications are exchanged and shall remain in force until the expiration of sixty days after either of the contracting parties shall have given notice of termination to the other; whereupon any citizen of either country incorporated into the military service of the other under this convention shall be as soon as possible discharged therefrom.

In witness whereof the respective plenipotentiaries have signed the present convention and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate at Washington the $\frac{30\text{th}}{17\text{th}}$ day of August in the year of our Lord one thousand nine hundred and eighteen.

(seal.) *Robert Lansing.*
(seal.) *G. Roussos.*

135.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE.

Convention concernant le service militaire des sujets respectifs; signée à Washington, le 3 septembre 1918.*)

Treaty Series, No. 636.

The President of the United States of America and the President of the French Republic, being convinced that for the better prosecution of the present war it is desirable that American citizens in France and citizens of France in the United States shall either return to their own country to perform military service in its army or shall serve in the army of the country in which they remain, have resolved to enter into a Convention to that end and have accordingly appointed as their Plenipotentiaries the President of the United States of America, Robert Lansing, Secretary of State of the United States, and the President of the French Republic, J. J. Jusserand, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary to the United States, who, after having communicated to each other their respective full powers found to be in proper form, have agreed upon and concluded the following Articles:

Article 1.

All male citizens of the United States in France and all male citizens of France in the United States shall, unless before the time limited

Le Président des Etats-Unis d'Amérique et le Président de la République Française, ayant reconnu que pour assurer la poursuite de la présente guerre dans les meilleures conditions possibles il est désirable que les citoyens américains en France, et les citoyens français aux Etats-Unis retournent dans leur pays pour y accomplir leur service militaire dans l'armée nationale ou servent dans l'armée du pays où ils résident, ont décidé de conclure une convention à cette fin et ont en conséquence nommé comme plénipotentiaires, le Président des Etats-Unis d'Amérique, Robert Lansing, Secrétaire d'Etat des Etats-Unis et le Président de la République française, J. J. Jusserand, Ambassadeur de la République française aux Etats-Unis, qui après s'être communiqués leurs pleins pouvoirs, trouvés en due forme, se sont mis d'accord et ont conclu les articles suivants:

Article 1er.

Tous les citoyens américains en France et tous les citoyens français aux Etats-Unis, à moins qu'ils ne se soient, avant le temps fixé par

---

*) Les ratifications ont été échangées à Washington, le 8 novembre 1918.

by this Convention they enlist or enroll in the forces of their own country or return to the United States or France, respectively, for the purpose of military service, be subject to military service and entitled to exemption or discharge therefrom under the laws and regulations from time to time in force, of the country in which they are: *Provided*, that in respect to citizens of the United States in France, the ages for military service shall be the ages specified in the laws of the United States prescribing compulsory military service, and in respect to citizens of France in the United States the ages for military service shall be for the time being twenty to forty-four years, both inclusive.

Article II.

Citizens of the United States and citizens of France within the age limits aforesaid who desire to enter the military service of their own country must enlist or enroll or must leave France or the United States as the case may be for the purpose of military service in their own country before the expiration of sixty days after the date of the exchange of ratifications of this Convention, if liable to military service in the country in which they are at said date; or if not so liable, then before the expiration of thirty days after the time when liability shall accrue; or as to those holding certificates of exemption under Article III of this Convention, before the expiration of thirty days after the date on which any such certificate becomes inoperative unless sooner renewed; or as to

la présente convention, engagés ou enrôlés dans les forces de leur pays d'origine ou soient retournés respectivement aux Etats-Unis ou en France pour y faire leur service militaire, seront soumis aux obligations du service militaire et auront droit d'en être exemptés ou libérés, conformément aux lois et règlements éventuellement en vigueur dans le pays où ils résident. Il est convenu toutefois que pour ce qui concerne les citoyens américains en France, les limites d'âge relativement au service militaire seront celles spécifiées par les lois des Etats-Unis prescrivant le service militaire obligatoire, et pour ce qui concerne les citoyens français aux Etats-Unis les limites d'âge relativement au service militaire seront quant à présent de 20 à 44 ans, inclusivement.

Article 2.

Les citoyens américains et les citoyens français se trouvant dans les limites d'âge indiquées ci-dessus qui désirent effectuer leur service militaire dans leur propre pays doivent soit s'engager ou enrôler, soit quitter la France ou les Etats-Unis, suivant le cas, pour gagner leur pays d'origine et y accomplir leur service militaire, dans un délai de 60 jours après la date de l'échange des ratifications de la présente convention, s'ils remplissent les conditions pour le service militaire dans le pays où ils se trouvent à cette date. S'ils ne les remplissent pas le délai sera de 30 jours après le moment où ils viendraient à les remplir. Pour ceux qui seront possesseurs des certificats d'exemption prévus par l'article 3 de la présente Convention le délai sera de 30 jours après la date à laquelle de tels certi-

those who apply for certificates of exemption under Article III, and whose applications are refused, then before the expiration of thirty days after the date of such refusal, unless the application be sooner granted.

ficats deviendront inopérants à moins qu'ils n'aient été préalablement renouvelés. Pour ceux qui sollicitent des certificats d'exemption, conformément à l'article 3 et dont les demandes sont rejetées, le délai sera de 30 jours après la date de ce refus, à moins que la demande n'ait été entre temps accueillie.

Article III.

The Government of the United States and the Government of the French Republic may, through their respective diplomatic representatives, issue certificates of exemption from military service to citizens of the United States in France and citizens of France in the United States, respectively, upon application or otherwise, within sixty days from the date of the exchange of ratifications of this Convention or within thirty days from the date when such citizens become liable to military service in accordance with Article I: *Provided,* that the applications be made or the certificates be granted prior to their entry into the military service of either country. Such certificates may be special or general, temporary or conditional, and may be modified, renewed, or revoked in the discretion of the government granting them. Persons holding such certificates shall so long as the certificates are in force, not be liable to military service in the country in which they are.

Article 3.

Le Gouvernement des Etats-Unis et le Gouvernement de la République française, peuvent, par l'entremise de leurs représentants diplomatiques respectifs délivrer des certificats exemptant respectivement du service militaire les citoyens américains en France et les citoyens français aux Etats-Unis, sur leur demande ou autrement, dans un délai de 60 jours à partir de la date à laquelle la présente Convention aura été ratifiée, ou de 30 jours à partir de la date à laquelle ces citoyens deviendraient soumis à l'obligation du service militaire, suivant les dispositions de l'article 1er, pourvu que ces demandes aient été faites ou ces certificats accordés, avant leur entrée au service militaire de l'un des deux pays. Ces certificats peuvent être spéciaux ou généraux, temporaires ou conditionnels, et peuvent être modifiés, renouvelés ou annulés à la discrétion du Gouvernement qui les délivre. Les détenteurs de tels certificats, aussi longtemps que ces certificats seront valables, ne seront pas tenus au service militaire dans le pays où ils se trouvent.

Article IV.

The Government of the United States and the Government of the French Republic will, respectively,

Article 4.

Le Gouvernement des Etats-Unis et le Gouvernement français faciliteront respectivement, autant que possible,

so far as possible facilitate the return of citizens of France and of the United States who may desire to return to their own country for military service, but shall not be responsible for providing transport or the cost of transport for such persons.

Article V.

No citizen of either country who, under the provisions of this Convention enters the military service of the other shall, by reason of such service, be considered, after this Convention shall have expired or after his discharge, to have lost his nationality or to be under any allegiance to the United States or to France, as the case may be.

Article VI.

The present Convention shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate of the United States, and by the President of the French Republic, and the ratifications shall be exchanged at Washington or at Paris as soon as possible. It shall come into operation on the date on which the ratifications are exchanged and shall remain in force until the expiration of sixty days after either of the contracting parties shall have given notice of termination to the other. Whereupon any citizen of either country incorporated into the military service of the other under this Convention shall be as soon as possible discharged therefrom.

In Witness Whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention and have affixed thereto their seals.

le retour des citoyens français et des citoyens américains qui désireraient rentrer dans leur pays pour y accomplir leur service militaire, mais n'auront pas à fournir aucun moyen ou frais de transport.

Article 5.

Aucun citoyen de l'un des deux pays, qui, suivant les dispositions de la précédente Convention, entrera au service militaire de l'autre, ne pourra de ce chef être considéré, après l'expiration de ladite Convention, ou après qu'il aura été libéré du service, comme ayant perdu sa nationalité ou comme étant à aucun égard sous l'allégeance des Etats Unis ou de la France, suivant le cas.

Article 6.

La présente Convention sera ratifiée par le Président des Etats-Unis d'Amérique après avoir pris l'avis et obtenu le consentement du Sénat des Etats-Unis, et par le Président de la République française, et les ratifications seront échangées à Washington ou à Paris aussitôt que faire se pourra. Elle produira ses effets à la date à laquelle les ratifications seront échangées et restera en vigueur jusqu'à l'expiration d'un délai de 60 jours après que l'une ou l'autre des parties contractantes aura notifié à l'autre son intention d'y mettre fin. Après quoi tous les citoyens de chaque pays incorporé dans les forces militaires de l'autre, d'après les dispositions de la présente Convention, seront aussitôt que possible libéré.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Done in duplicate at Washington, the 3rd day of September in the year of our Lord one thousand nine hundred and eighteen.

Fait en double exemplaire à Washington le 3 Septembre de l'année Mil neuf cent dix-huit.

[seal.] *Robert Lansing.*
[seal.] *Jusserand.*

136.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, ITALIE.

Protocole concernant le service radiotélégraphique entre les deux pays; signé à Washington, le 27 mars 1918.

Treaty Series, No. 631 A.

Protocol

between the United States and Italy relative to Italo-American Radio Service:

The undersigned representatives of the Governments of the United States and Italy met the 27th day of March nineteen hundred and eighteen, at 11:30 a. m., at the State Department, Washington, D. C., and agreed upon the following articles:

Article I.

The Government of the United States and the Government of Italy, considering that there are no direct submarine cables connecting the two Countries, think it is most urgent to establish immediately a regular radioservice between the United States and Italy.

Article II.

The Government of the United States and the Government of Italy acquiesce in designating one Ameri-

Protocollo

fra gli Stati Uniti d'America e l'Italia per il Servizio Radiotelegrafico, fra i due Paesi.

I sottoscritti, rappresentanti del Governo degli Stati Uniti d'America e del Governo d'Italia, riunitisi il giorno 27 del mese di marzo millenovecentodiciotto, alle ore 11:30 al Dipartimento di Stato a Washington. D. C. hanno convenuto quanto segue:

Articolo I.

I Governi degli Stati Uniti d'America e d'Italia, in vista della mancanza di cavi telegrafici sottomarini diretti che colleghino i due Paesi. hanno convenuto nella necessitá di stabilire immediatamente un regolare servizio radiotelegrafico fra gli Stati Uniti e l'Italia.

Articolo II.

I Governi degli Stati Uniti d'America e d'Italia convengono di designare rispettivamente una stazione

can and one Italian wireless station of sufficient power to insure the radio communications between the two Countries. These stations will be determined upon and respectively notified by both parties in the agreement mentioned in Article VIII of this protocol.

Article III.

The radio line cannot be considered a duplicate of submarine cable route. Therefore, the Government of the United States and the Government of Italy, considering that there is no other direct system of communication between the two Countries, will insure transmission by priority over all other messages between the two Countries of their official urgent messages.

Article IV.

In principle radiograms regularly handled shall be limited in character to official, political, military, or naval urgent communications. This does not prevent the regular handling of official government press information.

Article V.

This new transatlantic radio line is to be used also to insure communications with Italy in case the cable lines by way of France and England should prove to be insufficient.

Article VI.

Official radiograms shall be in cipher; however radiograms conveying only official press information will be transmitted unciphered.

radiotelegrafica Americana ed una Italiana di potenza sufficiente per assicurare le comunicazioni radiotelegrafiche tra i due paesi. Queste due stazioni saranno specificate e reciprocamente notificate dalle due parti nell'accordo di cui é parola nell'articolo VIII. del presente protocollo.

Articolo III.

La linea radiotelegrafica non puó essere considerata quale duplicato della linea telegrafica sottomarina. Perciò i Governi degli Stati Uniti d'America e d'Italia visto che non esiste altro sistema diretto di comunicazioni fra i due Paesi, convengono di dare alla trasmissione del rispettivi loro telegrammi ufficiali urgenti la precedenza sulla trasmissione di ogni altro radiotelegramma fra i due Paesi.

Articolo IV.

In massima la presentazione normale di radiotelegrammi sará limitata a quelli urgenti di carattere ufficiale, politico, navale o militare. Ció non toglie peró che possano essere normalmente presentati anche i comunicati ufficiali per la stampa.

Articolo V.

Questa linea radiotelegrafica dovrá essere usata anche per assicurare le comunicazioni coll'Italia nel caso in sui le linee telegrafiche attraverso la Francia e l'Inghilterra risultassero insufficienti.

Articolo VI.

I radiotelegrammi ufficiali dovranno essere cifrati. Quelli peraltro che contengono soltanto informazioni ufficiali per la stampa saranno trasmessi in chiaro.

Article VII.

The United States and Italian authorities who are authorized to employ radio communications are the following:

Authorities residing in Washington: The Department of State; the Department of War; the Department of the Navy; the Italian Embassy; the Italian Military Attaché; the Italian Naval Attaché; and the Director of Naval Communications.

Authorities residing in Rome: The Ministry of Foreign Affairs; the Ministry of War; the Ministry of Marine; the Ministry of Posts and Telegrams; the Embassy of the United States; the Military Attaché of the United States; and the Naval Attaché of the United States.

Articolo VII.

Le Autoritá degli Stati Uniti d'America e Italiane che sono autorizzate a servirsi della trasmissione radiotelegrafica sono le seguenti:

Autoritá residenti a Washington: Dipartimento di Stato; Dipartimento della Guerra; Dipartimento della Marina; Ambasciata Italiana; Addetto Militare Italiano; Addetto Navale Italiano; Direttore delle Comunicazioni Navali.

Autoritá residenti a Roma: Ministero degli Affari Esteri; Ministero della Guerra; Ministero della Marina; Ministero delle Poste e Telegrafi; Ambasciata degli Stati Uniti; Addetto Militare degli Stati Uniti; Addetto Navale degli Stati Uniti.

Article VIII.

The technical and practical conditions under which the United States and Italy will employ this radio line will be determined in a further agreement between the communication services of the respective Governments. It is, of course, understood that systematic trials have to be made to perfect the various conditions, specially to determine the hours of service, in order to improve this important service.

Articolo VIII.

Le condizioni tecniche e practiche secondo le quali verrá regolato negli Stati Uniti d'America e in Italia l'uso de questa linea radiotelegrafica saranno determinate con ulteriore accordo tra i servizi tecnici competenti dei due rispettivi Governi. Resta naturalmente inteso che si dovranno fare prove sistematiche per definire le varie condizioni, specialmente per determinare le ore di lavoro, allo scopo di migliorare questo importanto servizio.

(seal.) *Robert Lansing.*
(seal.) *Macchi di Cellere.*

137.

RUSSIE.

Règlement concernant les prisonniers de guerre; du 7/20 octobre 1914.

Fauchille, La guerre de 1914. Recueil de documents intéressant le droit international. I, p. 247.

Règlement concernant les prisonniers de guerre, en date du 7/20 octobre 1914, modificatif du règlement du 13/26 Mai 1904.

Chapitre I. *Dispositions générales.*

Article 1er. Tous les individus faisant partie des forces armées de l'ennemi sur terre ou sur mer sont exposés à être faits prisonniers de guerre. Les espions arrêtés ne sont pas considérés comme prisonniers de guerre. Peuvent être déclarés prisonniers de guerre les sujets des puissances belligérantes ennemies qui font partie des équipages des navires de commerce appartenant à ces puissances.

Art. 2. Les personnes qui sont autorisées à suivre l'armée ennemie en qualité de correspondants de journaux, de reporters, de vivandiers et de fournisseurs peuvent être, selon la décision du généralissime, retenus comme prisonniers de guerre ou relâchés sous la condition de quitter le rayon des hostilités par la voie indiquée par les autorités militaires.

Art. 3. Les prisonniers de guerre ont droit, comme défenseurs légitimes de leur patrie, à un traitement humain.*)

Art. 4. Les prisonniers de guerre ne peuvent, sous aucun prétexte, être empêchés de remplir les devoirs religieux de leur confession, y compris l'assistance au service divin dans les églises, sous la seule réserve de l'observation des mesures d'ordre et de sécurité prises par les autorités militaires.

Art. 5. La propriété des objets appartenant aux prisonniers de guerre est intangible, à l'exception des armes, des chevaux et des documents militaires. A l'époque de leur retour dans leur patrie, les prisonniers de guerre auront le droit d'emporter tout ce qui leur appartient, y compris ce qu'ils auront pu acquérir pendant la durée de leur internement. Exception est faite seulement pour les armes.

Art. 6. Les prisonniers de guerre sont soumis aux lois, règlements et juridiction militaires russes. Cette disposition leur est communiquée lors de leur entrée en captivité. Toute désobéissance de leur part les expose aux mesures répressives prévues par la loi.

Art. 7. Les prisonniers de guerre peuvent être internés dans des villes, des forteresses, des camps ou autres lieux, avec l'obligation de ne

---

*) Le texte russe porte „philanthropique“.

pas franchir les limites fixées par l'autorité, mais ils ne sont soumis à l'incarcération que si des circonstances spéciales exigent cette mesure.

Art. 8. Il n'est permis de faire usage des armes contre les prisonniers de guerre qu'au cas de révolte ouverte ou d'évasion concertée par plusieurs individus. Au cas de tentative individuelle d'évasion, il ne peut être fait usage des armes que si le fugitif, interpellé, continue de fuir sans obtempérer aux appels.

Art. 9. Les prisonniers évadés, s'ils sont repris avant d'avoir rejoint leur armée ou sur le territoire occupé par les troupes russes, ne sont pas passibles des tribunaux et sont simplement soumis à des peines disciplinaires et à une surveillance plus étroite. Les prisonniers évadés, qui sont de nouveau faits prisonniers pendant la guerre, ne subissent aucune peine du fait de leur première évasion.

Art. 10. Tout prisonnier est tenu de déclarer son nom et son grade véritables, sous peine d'être privé des avantages accordés aux prisonniers de sa catégorie.

Art. 11. Les prisonniers peuvent être mis en liberté sur parole, mais ne peuvent pas être obligés à donner leur parole. Tout prisonnier, libéré sur parole ou exempté de la surveillance immédiate de l'autorité militaire, s'il est repris les armes à la main, est privé des droits de prisonnier de guerre et peut être déféré aux tribunaux militaires.

Art. 12. Les prisonniers de guerre peuvent être employés à divers travaux d'utilité publique, en prenant en considération leur grade et leurs capacités. Les officiers en sont exemptés. Ces travaux doivent être modérés et n'avoir aucun rapport avec les opérations militaires.

Art. 13. Les travaux exécutés par les prisonniers de guerre ne comportent pas de paie.

Art. 14. Toutes les dépenses relatives à l'entretien des prisonniers de guerre sont couvertes par le budget de la guerre.

Art. 15. Il est permis aux prisonniers de guerre de recevoir des secours, soit des personnes privées, soit des Sociétés fondées pour secourir les prisonniers de guerre (article 15 de la convention de la Haye 1907), mais sous l'autorisation et la surveillance des commandants de place.

Art. 16. Les secours et envois d'objets destinés aux prisonniers de guerre sont exemptés (article 16 de la convention de la Haye 1907) de tous droits de douane et de tous impôts et transportés gratuitement sur les lignes de chemins de fer de l'Etat.

Art. 17. Les règlements concernant les testaments des prisonniers de guerre et les formalités en cas de décès sont les mêmes que ceux établis pour l'armée russe. Les enterrements des prisonniers de guerre se font avec les égards dus à leur grade et à leur état.

Art. 18. Il est institué à la direction générale de la Société russe de la Croix-Rouge un Bureau de renseignements, destiné à répondre aux demandes d'information concernant les prisonniers.

Art. 19. Ce Bureau central, fonctionnant à Pétrograd, peut organiser des Bureaux locaux, après accord avec la direction générale et les autorités locales.

Art. 20. Le Bureau central de renseignements sur les prisonniers de guerre a pour fonctions: 1⁰ de recevoir, soit de l'Etat-major, soit de toutes autres instances militaires ou civiles, les renseignements sur l'internement, le transfert, la libération, l'évasion, la maladie ou le décès des prisonniers de guerre, ainsi que toutes les indications nécessaires à l'établissement des fiches individuelles. Ces fiches doivent indiquer pour chaque prisonnier: le numéro, le nom, le prénom, l'âge, la religion, de lieu de domicile ordinaire, le grade, l'unité de corps dont il faisait partie, la date et le lieu de sa prise, les changements de lieu d'internement, les blessures et, le cas échéant, le décès. Ces fiches seront transmises, après la conclusion de la paix, aux gouvernements belligérants respectifs; 2⁰ de recueillir, de conserver et de renvoyer aux familles tous les objets personnels, lettres, valeurs, etc., soit trouvés sur les champs de bataille, soit recueillis après la libération, l'échange, l'évasion ou le décès des prisonniers, ainsi que dans les hôpitaux et ambulances; 3⁰ de communiquer au ministère des affaires étrangères tous les renseignements relatifs aux personnes décédées et aux sujets des puissances étrangères servant dans les armées ennemies et faits prisonniers; 4⁰ de recevoir du ministère des affaires étrangères tous les renseignements relatifs aux sujets russes, détenus comme prisonniers de guerre chez les puissances belligérantes et de servir, autant que possible, d'intermédiaire entre eux et leurs familles.

Art. 21. Toutes les correspondances émanant du Bureau central de renseignements ou à lui adressées sont exemptées de l'affranchissement postal, à l'exception des colis de messagerie et des envois contre remboursement.

Art. 22. A la conclusion de la paix, le transport des prisonniers, dans leur patrie, doit être effectué le plus rapidement possible et conformément aux conditions des traités de paix.

Chapitre II. *Du séjour des prisonniers de guerre dans le rayon des opérations militaires.*

Art. 23. Les prisonniers de guerre, saisis dans le rayon des opérations des armées russes ou de la flotte russe, sont concentrés sur des points déterminés, d'où ils sont dirigés, sur l'ordre du généralissime, vers les dépôts spéciaux, établis à l'arrière des armées et sur leurs lignes de communication, pour être ensuite envoyés à leur destination.

Art. 24. Ces dépôts de concentration pour les prisonniers de guerre sont établis dans les localités désignées par le ministère de la guerre d'accord avec le ministère de l'intérieur.

Art. 25. De la ligne du front, les prisonniers de guerre sont envoyés par convois aux dépôts de concentration sous une escorte suffisante, commandée par des officiers et des sous-officiers, spécialement désignés par les commandants d'armée. Les chefs de convois reçoivent les sommes nécessaires à l'entretien des prisonniers de guerre durant le trajet, à moins qu'il ne soit pourvu à cet entretien par d'autres mesures.

Remarque. Les prisonniers de guerre peuvent confier aux chefs de convois, contre reçu, leur argent, leurs valeurs, bijoux, etc. . ., à l'exception des armes, des chevaux et des documents militaires. Les objets confiés sont restitués à leur propriétaire dès qu'il en fait la demande.

Art. 26. Les chefs de convois sont tenus de veiller à ce que les prisonniers de guerre reçoivent l'entretien fixé, à ce qu'ils ne soient exposés à aucun mauvais traitement, et à ce que la discipline soit observée dans leurs rangs.

Art. 27. Les commandants de corps qui ont à diriger des prisonniers de guerre sur les dépôts de concentration doivent les remettre aux chefs de convois avec des listes nominatives spéciales. — Ces listes doivent contenir, en regard du nom et prénom de chaque prisonnier: 1⁰ l'indication de son grade et de l'unité militaire à laquelle il appartient (pour les marins, le nom du bâtiment sur lequel ils servent); 2⁰ son adresse dans son pays; 3⁰ la religion à laquelle il appartient; 4⁰ le lieu et la date de son entrée en captivité.

Art. 28. Les prisonniers de guerre, passibles des tribunaux ou subissant une condamnation, sont envoyés aux dépôts de concentration séparément. Les listes de ces prisonniers doivent, en dehors des indications citées à l'article 27, mentionner le motif de la condamnation ou de la prévention. Le règlement appliqué à ces prisonniers est le même que celui concernant les prévenus et les condamnés de droit commun.

Remarque. Les sujets russes qui faisaient partie des troupes de l'ennemi. soit sur terre, soit sur mer, ne sont pas considérés comme prisonnier de guerre et relèvent des lois générales de l'Empire.

Art. 29. Avant d'expédier un convoi de prisonniers aux dépôts de concentration, les commandants de corps sont tenus de prévenir télégraphiquement les autorités militaires des dépôts de concentration de l'arrivée du convoi, en mentionnant le nombre des prisonniers, des officiers, des malades, des hommes soumis au régime des détenus, afin que toutes les dispositions soient prises pour le logement et l'entretien des prisonniers et pour la continuation de leur voyage.

Remarque. Si des civils se trouvent parmi les prisonniers de guerre, l'autorité militaire déterminera dans quelle catégorie de prisonniers ils doivent être classés, pour le traitement et l'entretien.

Art. 30. Toutes les autres dispositions concernant le transport des prisonniers de guerre aux dépôts de concentration sont prises conformément aux prescriptions du généralissime et aux ordres des commandants de l'armée et de la flotte.

Chapitre III. *Du séjour des prisonniers de guerre dans les dépôts de concentration et de leur envoi à leur destination définitive.*

Art. 31. Les commandants militaires d'arrondissements sous la direction des chefs de brigades territoriales sont chargés de la réception, de l'entretien et de l'administration des prisonniers de guerre aux dépôts de concentration.

ainsi que de leur expédition aux localités de l'intérieur de l'Empire qui leur sont assignées comme séjour.

Art. 32. Pendant leur séjour aux dépôts de concentration avant leur réexpédition, les prisonniers de guerre sont soumis aux autorités militaires locales et aux règlements concernant le transport des détenus en général. L'autorité militaire désigne dans la garnison le nombre d'officiers, de sous-officiers et de soldats nécessaire pour la surveillance des prisonniers. Pour faciliter les rapports avec les prisonniers, des traducteurs, choisis de préférence parmi les sujets russes, seront attachés aux dépôts de concentration. Dans les localités désignées comme lieux de détention définitive des prisonniers de guerre, les traducteurs peuvent être choisis parmi des personnes n'appartenant pas à la nationalité russe.

Remarque. L'autorité militaire de la circonscription peut, pour faciliter la tâche des chefs d'arrondissements, leur envoyer des officiers spéciaux ou des renforts de troupes en vue de la surveillance ou de l'expédition des prisonniers.

Art. 33. Aussitôt qu'il est prévenu de la prochaine arrivée d'un convoi de prisonniers de guerre, le chef de l'arrondissement militaire où se trouve le dépôt de concentration prend toutes les dispositions concernant le logement, l'entretien des prisonniers et la désignation des troupes locales chargées de la surveillance.

Art. 34. A l'arrivée au dépôt de concentration, le chef du convoi remet les prisonniers de guerre au chef d'arrondissement militaire, avec les listes et les autres documents, ainsi que l'argent et autres objets que les prisonniers lui ont confiés.

Art. 35. Le chef d'arrondissement militaire vérifie les prisonniers d'après les listes, inspecte les effets, contrôle les objets déposés, et donne au chef de convoi une quittance. Sur cette quittance sont inscrites, le cas échéant, les réclamations des prisonniers de guerre.

Art. 36. Des registres, où sont inscrits par ordre alphabétique tous les prisonniers arrivés au dépôt de concentration, sont tenus à jour à la chancellerie du chef d'arrondissement militaire. En regard du nom de chaque prisonnier sont portées toutes les indications contenues dans les listes du convoi. On y joint l'indication de la localité où le prisonnier est dirigé pour son internement. A la fin de la guerre et après la fermeture des dépôts de concentration, ces registres seront déposés à la Direction générale de l'Etat-major qui concentre tous les renseignements relatifs aux prisonniers de guerre.

Art. 37. Les chefs d'arrondissements militaires ne doivent garder que le moins longtemps possible les prisonniers de guerre dans les dépôts de concentration. Dès l'arrivée de chaque convoi, ils doivent opérer la répartition des prisonniers d'après les lieux de détention désignés dans les Instructions de la Direction générale de l'Etat-major, organiser les convois, faire dresser les feuilles de route et les listes nominatives, préparer tous les documents relatifs au voyage, et, après avoir muni chaque convoi de tout le nécessaire, l'expédier sans retard au lieu de sa destination.

Art. 38. Les convois de prisonniers de guerre sont remis à des officiers et à des sous-officiers spécialement désignés, et, accompagnés d'une escorte suffisante, sont envoyés à leur destination définitive soit par chemin de fer, soit par les grandes routes, soit par eau, suivant les règles établies pour les services d'étape.

Art. 39. L'installation des prisonniers de guerre dans les trains de chemin de fer et le remboursement du prix des place se font d'après les règlements établis pour le transport des troupes par chemin de fer. Les généraux et les amiraux sont transportés, autant que possible, en 1re classe; les officiers supérieurs et les officiers d'Etat-major en 2e classe.

Art. 40. Sur les grandes routes, les prisonniers de guerre de grade inférieur ou non gradés sont conduits suivant les règlements ordinaires d'étape. Les convois ne dépassant pas 25 hommes sont accompagnés d'une escorte commandée par un sous-officier; les convois de 25 à 100 hommes sont escortés par une „commande spéciale“. Au delà de 100 hommes, le convoi est commandé par un officier. Les officiers prisonniers suivent le convoi et font le trajet sur des véhicules du pays, à raison d'un cheval par deux personnes. Les généraux, les amiraux et les officiers d'Etat-major font route à part du convoi et chacun d'eux a droit pour lui et son escorte à deux chevaux de poste, autant que faire se peut.

Remarque. Le transport par eau des prisonniers de guerre est soumis aux mêmes règlements que le transport par eau des troupes.

Art. 41. Les convois de prisonniers voyageant par les grandes routes sont accompagnés de charrettes destinées soit au transport des effets, soit au transport des prisonniers dans l'incapacité de marcher. Le nombre de ces charrettes est fixé par les règles indiquées à l'article 38.

Art. 42. Pendant le trajet, les prisonniers de guerre malades ou atteints de malaise sont remis aux établissements sanitaires qui se trouvent sur la route, que ces établissements appartiennent à l'autorité militaire, à l'autorité civile ou à la Croix-Rouge, ou même aux trains sanitaires qui se trouveront à proximité.

Art. 43. Conjointement avec l'expédition des convois de prisonniers, les chefs d'arrondissements militaires font aux autorités militaires et civiles des localités situées sur le trajet les communications prévues par les règlements, en vue d'organiser le passage et le ravitaillement des convois. En même temps, les chefs d'arrondissements militaires préviennent par télégraphe les autorités militaires des localités désignées comme lieux de détention des prisonniers, afin que celles-ci prennent toutes les mesures, d'accord avec les autorités civiles, pour préparer les logements nécessaires aux prisonniers.

Art. 44. Les chefs d'arrondissements militaires aux dépôts de concentration pourvoient aux dépenses d'entretien des prisonniers et aux frais de route par des avances sur les fonds destinés au transport des troupes. Ces avances, faites par l'intendance militaire de la circonscription, seront justifiées par une comptabilité spéciale des dépenses faites pour les prisonniers de guerre.

Art. 45. Les chefs de convois accompagnent les prisonniers de guerre jusqu'à leur destination et les remettent aux autorités compétentes dans les formes prévues par le règlement sur le transport des troupes.

Art. 46. Ce même règlement s'applique aux autorités civiles et militaires des localités traversées par les convois de prisonniers de guerre.

Art. 47. Les prisonniers de guerre, objet d'une prévention judiciaire ou d'une condamnation pénale, sont, aux dépôts de concentration, internés dans des lieux de détention, sous garde et sont envoyés à leur destination dans les mêmes conditions que les délinquants civils, et surveillés par les commandes d'escorte.

Art. 48. Les chefs d'arrondissements militaires aux dépôts de concentration adressent chaque semaine à la Direction générale de l'Etat-major un rapport contenant le nombre des prisonniers de guerre dirigés à leur destination et la liste nominative des officiers, avec toutes les indications portées sur les registres, ainsi que l'indication des localités où ils ont été envoyés.

Art. 49. La surveillance générale de la réception et de l'entretien des prisonniers de guerre aux dépôts de concentration, ainsi que de leur expédition aux localités de leur détention à l'intérieur de l'Empire, et de leur escorte, incombe aux chefs des brigades locales des arrondissements respectifs.

Chapitre IV. *Répartition des prisonniers de guerre à l'intérieur de l'Empire. Surveillance.*

Art. 50. Tout ce qui concerne les prisonniers de guerre, internés dans l'Empire, est du ressort de la Direction générale de l'Etat-major au ministère de la guerre. Les autorités civiles lui prêtent leur concours pour assurer l'exécution des présentes dispositions.

Art. 51. Dans chaque localité, les prisonniers de guerre forment un groupement *(commande)* remis aux autorités militaires locales. La Direction générale de l'Etat-major fournit à celles-ci toutes les instructions relatives à l'entretien et à la garde des prisonniers, ainsi qu'à la comptabilité qui s'y rapporte.

Art. 52. La Direction générale de l'Etat-major concentre tous les renseignements fournis sur les prisonniers de guerre par les autorités militaires locales et en donne connaissance au Bureau central de renseignements de la Société russe de la Croix-Rouge.

Art. 53. Les prisonniers de guerre sont placés sous l'autorité et la surveillance immédiates des commandants des unités de troupes auxquelles ils sont attribués. Les commandants ont le devoir de veiller à ce que les prisonniers ne soient exposés à aucune injure, ni à aucun mauvais traitement et à ce que les rations auxquelles ils ont droit leur parviennent intégralement et en bon état.

Art. 54. Les *commandes* de prisonniers sont divisées en escouades, demi-compagnies, compagnies ou unités plus fortes suivant le nombre des hommes. Les escouades peuvent être subdivisées en dizaines, sous la surveillance d'un dizainier, désigné parmi les prisonniers.

Art. 55. Pour tout ce qui concerne la discipline et le régime intérieur, les prisonniers de guerre sont soumis aux mêmes règlements que les troupes de la place. Les prisonniers ont le droit de remettre en dépôt entre les mains des autorités militaires leur argent, leurs valeurs, et autres objets. Ces dépôts, inscrits dans un registre spécial à souche, sont conservés à la trésorerie de la troupe et sont rendus, sur la demande de leurs possesseurs, contre quittance inscrite audit registre. Il est absolument interdit aux prisonniers de guerre de porter des armes.

Art. 56. Les prisonniers de guerre sont logés dans les casernes des troupes locales, pour autant que celles-ci peuvent laisser de locaux vacants. A défaut de ces locaux, les prisonniers sont installés dans des bâtiments civils, loués à cet effet, et aménagés en casernes. Les autorités veillent à ce que les conditions hygiéniques requises soient observées, et à ce que le prix de location ne dépasse pas la norme locale. La désignation et la distribution des locaux loués seront fixées par la Commission administrative provinciale ou par l'instance correspondante.

Art. 57. Lorsque les prisonniers de guerre ne seront pas internés dans une enceinte fortifiée, leur surveillance sera assurée par les contingents locaux, selon les indications de l'Etat-major et sous les ordres des commandants de place.

Art. 58. Les commandants de place peuvent accorder, aux officiers prisonniers, l'autorisation de loger dans des maisons particulières, dans un rayon déterminé, à condition qu'ils s'engagent sur l'honneur à ne pas sortir de ce rayon. Ces officiers seront tenus de se présenter au commandant de place à toute réquisition. L'autorisation qui leur est accordée devra être communiquée à la police locale. Elle peut être retirée en tout temps. L'officier coupable d'avoir manqué à sa parole d'honneur encourt une peine disciplinaire et la privation des avantages accordés à son grade.

Art. 59. Le ministère de la guerre, d'accord avec les autres Départements, établit les règles suivant lesquelles les prisonniers de guerre peuvent être astreints à des travaux d'utilité publique.

Art. 60. Il est interdit à toutes les personnes chargées de la surveillance des prisonniers de guerre d'employer à leur service aucun de ceux-ci, même de leur consentement et contre rétribution.

Art. 61. Les commandants de place font tenir à jour les listes alphabétiques de tous les prisonniers de guerre qui leur sont confiés. Ces listes contiennent tous les renseignements nécessaires et sont communiquées, chaque mois, à la Direction générale de l'Etat-major. Il est dressé en outre des listes spéciales concernant les mouvements d'entrée et de sortie des prisonniers.

Art. 62. L'administration économique et la comptabilité concernant les prisonniers de guerre sont établies sur les mêmes règles que pour les troupes locales.

Art. 63. Les prisonniers de guerre malades, officiers, sous-officiers ou soldats, reçoivent les soins médicaux dans les mêmes conditions que les troupes de la garnison et sont admis dans les hôpitaux militaires et civils exactement sur le même pied que les grades russes correspondants.

Art. 64. La surveillance du traitement des prisonniers de guerre et des listes d'entrée et de sortie incombe aux commandants de place et aux commandants d'arrondissement.

Chapitre V. *Entretien des prisonniers de guerre.*

Art. 65. Dans le rayon des opérations militaires et pendant leur transport aux points de concentration, les soldats prisonniers de guerre reçoivent l'entretien en vivres et en argent sur le même pied que les troupes russes.

Art. 66. La même règle est observée, soit pendant le séjour aux points de concentration, soit pendant le transport aux lieux d'internement.

Art. 67. Pendant leur internement, les prisonniers de guerre reçoivent, autant que possible, la même nourriture que les troupes de la garnison.

Art. 68. Dans le rayon des opérations militaires, les prisonniers de guerre reçoivent les effets d'habillement nécessaires à la conservation de leur santé. Ces effets peuvent provenir, soit d'uniformes inutilisés dans les régiments et privés des insignes militaires, soit des dépôts des troupes, soit de fournitures spéciales confectionnées par l'intendance. Tous les effets remis aux prisonniers seront rayés des listes d'effets de régiment, conformément aux règlements de l'intendance.

Art. 69. Pendant leur séjour à l'intérieur de l'Empire, les prisonniers de guerre sont autorisés à porter leur linge, leurs chaussures et leurs uniformes particuliers. Les signes distinctifs, tels que galons, épaulettes, cocardes, sont retirés des uniformes. Tous les effets manquants seront fournis aux prisonniers par l'intendance, et, autant que possible, en état de neuf. Les effets fournis seront considérés comme mis par l'intendance à la disposition des commandants de place.

Art. 70. Les commandants de place adressent à l'intendance les listes des effets requis pour l'usage des prisonniers de guerre placés sous leurs ordres.

Art. 71. Sur leur requête, l'intendance expédie aux commandants de place les effets requis, en bon état d'emploi.

Art. 72. Les dépenses nécessitées par les soins médicaux donnés aux prisonniers de guerre sont calculées sur les mêmes normes que pour les troupes russes.

Art. 73. Les généraux, amiraux, officiers d'Etat-major et officiers supérieurs, prisonniers de guerre, ne touchent ni effets, ni aliments, mais reçoivent un traitement fixé par ordre suprême aux chiffres de: généraux et amiraux, 1.500 roubles par an; officiers d'Etat-major, 900 roubles; officiers supérieurs, 600 roubles. Pendant les déplacements, une avance leur est faite pour leurs dépenses d'entretien journalier, fixée à 2 roubles 50 cop. par jour pour les généraux et les amiraux; 2 roubles 25 cop. pour les officiers d'Etat-major, et 1 rouble 50 cop. pour les officiers supérieurs.

Art. 74. Les dépenses nécessitées pour le logement des officiers prisonniers sont calculées sur la norme de la moitié de l'indemnité de logement accordée aux officiers de l'armée russe de grade correspondant. Aucune indemnité

n'est accordée pour la location d'écuries. Au cas où un officier prisonnier de guerre ne trouverait absolument pas à louer lui-même un logement, il lui sera accordé un logement en nature, au lieu d'indemnité.

Le Conseil des ministres;

1⁰ Vu l'article 87 des lois fondamentales de l'Empire, et en modification du Règlement concernant les prisonniers de guerre du 13/26 mai 1904, présente à Sa Majesté l'Empereur le projet actuel de Règlement concernant les prisonniers de guerre;

2⁰ Propose de porter au compte des dépenses de guerre les crédits nécessités par les modifications introduites dans le présent Règlement;

3⁰ Charge le ministre de l'intérieur d'élaborer, d'accord avec le ministre des affaires étrangères, les règles relatives aux franchises postales accordées aux prisonniers de guerre, conformément à la convention de la Haye, 5/18 octobre 1907.

Approuvé par Sa Majesté l'Empereur le 7/20 octobre 1914.

138.

ALLEMAGNE.

Loi concernant les soins donnés aux prisonniers de guerre; du 15 août 1917.

Reichs-Gesetzblatt 1917, No. 149.

Gesetz über Fürsorge für Kriegsgefangene. Vom 15. August 1917.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1.

Gesundheitsstörungen, welche deutsche Militärpersonen oder andere unter die deutschen Militärversorgungsgesetze fallende Personen in feindlicher Kriegsgefangenschaft erleiden, gelten als Dienstbeschädigungen im Sinne dieser Gesetze, wenn sie infolge von Arbeiten, zu denen die bezeichneten Personen verwendet werden, oder durch einen Unfall während der Verrichtung solcher Arbeiten eingetreten, oder wenn sie durch die der Kriegsgefangenschaft eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert worden sind. Die Angaben des Beschädigten, die sich auf Vorgänge in der Kriegsgefangenschaft beziehen, sind der Entscheidung zugrunde zu legen, soweit nicht die Umstände des Falles offenbar entgegenstehen.

Wer wegen einer in feindlicher Kriegsgefangenschaft erlittenen Dienstbeschädigung (Abs. 1) von einer deutschen Militärverwaltung Versorgungsgebührnisse auf Grund der deutschen Militärversorgungsgesetze erhält, ist auf Verlangen der Militärverwaltung verpflichtet, ihr in Höhe der gewährten Gebührnisse die Ansprüche abzutreten, die ihm wegen des durch die Dienstbeschädigung verursachten Schadens kraft Gesetzes für die gleiche Zeit gegen Dritte zustehen.

§ 2.

Feindliche Militärpersonen oder ihnen gleichgestellte Personen, die in deutscher Kriegsgefangenschaft eine Gesundheitsstörung im Sinne des § 1 Abs. 1 erleiden, erhalten, solange sie sich in der Gewalt einer deutschen Militärverwaltung befinden, eine angemessene Fürsorge.

§ 3.

Überlässt eine deutsche Militärverwaltung Kriegsgefangene an Unternehmer zur Beschäftigung in solchen Betrieben oder Tätigkeiten, welche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung der Unfallversicherung unterliegen, so ist der für die Überlassung der Kriegsgefangenen zu entrichtende Entgelt bei der Berechnung der Beiträge oder Prämien, die der Unternehmer an den Träger der Unfallversicherung zu zahlen hat, entsprechend zu berücksichtigen.

§ 4.

Auf feindliche Kriegsgefangene (§ 2), die in Betrieben oder Tätigkeiten beschäftigt werden, welche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung der Unfallversicherung unterliegen, und auf ihre Hinterbliebenen sind § 898 Satz 1 und die §§ 899, 900 der Reichsversicherungsordnung entsprechend anzuwenden. Dabei gehen die Ansprüche aus einem vorsätzlich herbeigeführten Unfall auf die deutsche Militärverwaltung im Umfange der von ihr aus Anlass des Unfalls gemachten Aufwendungen über; der Bundesrat kann die Festsetzung des Wertes anderer Leistungen als Barleistungen näher regeln.

Die Ansprüche gegen den Unternehmer oder die ihm gleichgestellten Personen können von den Kriegsgefangenen oder ihren Hinterbliebenen nicht geltend gemacht werden, wenn in dem Staate, dessen Streitkräften der beschädigte Kriegsgefangene angehört hat, nicht nach einer im Reichs-Gesetzblatt veröffentlichten Bekanntmachung des Reichskanzlers die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 5.

Die Vorschriften der §§ 1, 2 gelten für die seit Kriegsbeginn eingetretenen Dienstbeschädigungen und Gesundheitsstörungen, die des § 4 für die seitdem eingetretenen Unfälle.

Die Vorschrift des § 3 gilt für den Entgelt, der für die Zeit seit dem 1. Januar 1917 auf Grund der Überlassung von Kriegsgefangenen zu entrichten ist.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 15. August 1917.

(Siegel) *Wilhelm.*

Dr. Helfferich.

139.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil concernant le régime des navires de commerce ennemis se trouvant, au but des hostilités, dans les ports britanniques; du 4 août 1914, suivi d'une Notification du 7 août 1914.

The London Gazette du 7 et du 11 août 1914.

At the Court at Buckingham Palace.

The 4th day of August 1914.

Present.

The King's Most Excellent Majesty in Council.

His Majesty being mindful, now that a state of war exists between this Country and Germany, of the recognition accorded to the practice of granting „days of grace" to enemy merchant ships by the Convention relative to the Status of Enemy Merchant Ships at the Outbreak of Hostilities, signed at The Hague on the 18th October, 1907*), and being desirous of lessening, so far as may be practicable, the injury caused by war to peaceful and unsuspecting commerce, is pleased, by and with the advice of His Privy Council, to order, and it is hereby ordered, as follows:

1. From and after the publication of this Order no enemy merchant ship shall be allowed to depart, except in accordance with the provisions of this Order, from any British port or from any ports in any Native State in India, or in any of His Majesty's Protectorates, or in any State under His Majesty's protection or in Cyprus.

2. In the event of one of His Majesty's Principal Secretaries of State being satisfied by information reaching him not later than midnight on Friday, the seventh day of August, that the treatment accorded to British merchant ships and their cargoes which at the date of the outbreak of hostilities were in the ports of the enemy or which subsequently entered

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 533.

them is not less favourable than the treatment accorded to enemy merchant ships by Articles 3 to 7 of this Order, he shall notify the Lords Commissioners of His Majesty's Treasury and the Lords Commissioners of the Admiralty accordingly, and public notice thereof shall forthwith be given in the „London Gazette", and Articles 3 to 8 of this Order shall thereupon come into full force and effect.

3. Subject to the provisions of this Order, enemy merchant ships which

(i.) At the date of the outbreak of hostilities were in any port in which this Order applies; or

(ii.) Cleared from their last port before the declaration of war, and, after the outbreak of hostilities, enter a port to which this Order applies, with no knowledge of the war:

shall be allowed up till midnight (Greenwich mean time), on Friday, the fourteenth day of August, for loading or unloading their cargoes, and for departing from such port:

Provided that such vessels shall not be allowed to ship any contraband of war, and any contraband of war already shipped on such vessels must be discharged.

4. Enemy merchant ships which cleared from their last port before the declaration of war, and which with no knowledge of the war arrive at a port to which this Order applies after the expiry of the time allowed by Article 3 for loading or unloading cargo and for departing, and are permitted to enter, may be required to depart either immediately, or within such time as may be considered necessary by the Customs Officer of the port for the unloading of such cargo as they may be required or specially permitted to discharge.

Provided that such vessels may, as a condition of being allowed to discharge cargo, be required to proceed to any other specified British port, and shall there be allowed such time for discharge as the Customs Officer of that port may consider to be necessary.

Provided also that, if any cargo on board such vessel is contraband of war or is requisitioned under Article 5 of this Order, she may be required before departure to discharge such cargo within such time as the Customs Officer of the port may consider to be necessary; or she may be required to proceed, if necessary under escort, to any other of the ports specified in Article 1 of this Order, and shall there discharge the contraband under the like conditions.

5. His Majesty reserves the right recognised by the said Convention to requisition at any time subject to payment of compensation enemy cargo on board any vessel to which Articles 3 and 4 of this Order apply.

6. The privileges accorded by Articles 3 and 4 are not to extend to cable ships, or to sea-going ships designed to carry oil fuel, or to ships whose tonnage exceeds 5,000 tons gross, or whose speed is 14 knots or over, regarding which the entries in Lloyd's Register shall be conclusive for the purposes of this Article. Such vessels will remain liable on ad-

judication by the Prize Court to detention during the period of the war, or to requisition, in accordance, in either case, with the Convention aforesaid. The said privileges will also not extend to merchant ships which show by their build that they are intended for conversion into warships, as such vessels are outside the scope of the said Convention, and are liable on adjudication by the Prize Court to condemnation as prize.

7. Enemy merchant ships allowed to depart under Articles 3 and 4 will be provided with a pass indicating the port to which they are to proceed, and the route they are to follow.

8. A merchant ship which, after receipt of such a pass, does not follow the course indicated therein will be liable to capture.

9. If no information reaches one of His Majesty's Principal Secretaries of State by the day and hour aforementioned to the effect that the treatment accorded to British merchant ships and their cargoes which were in the ports of the enemy at the date of the outbreak of hostilities, or which subsequently entered them, is, in his opinion, not less favourable than that accorded to enemy merchant ships by Articles 3 to 8 of this Order, every enemy merchant ship which, on the outbreak of hostilities, was in any port to which this Order applies, and also every enemy merchant ship which cleared from its last port before the declaration of war, but which, with no knowledge of the war, enters a port to which this Order applies, shall, together with the cargo on board thereof, be liable to capture, and shall be brought before the Prize Court forthwith for adjudication.

10. In the event of information reaching one of His Majesty's Principal Secretaries of State that British merchant ships which cleared from their last port before the declaration of war, but are met with by the enemy at sea after the outbreak of hostilities, are allowed to continue their voyage without interference with either the ship or the cargo, or after capture are released with or without proceedings for adjudication in the Prize Court, or are to be detained during the war or requisitioned in lieu of condemnation as prize, he shall notify the Lords Commissioners of the Admiralty accordingly, and shall publish a notification thereof in the „London Gazette", and in that event, but not otherwise, enemy merchant ships which cleared from their last port before the declaration of war, and are captured after the outbreak of hostilities and brought before the Prize Courts for adjudication, shall be released or detained or requisitioned in such cases and upon such terms as may be directed in the said notification in the „London Gazette".

11. Neutral cargo, other than contraband of war, on board an enemy merchant ship which is not allowed to depart from a port to which this Order applies, shall be released.

12. In accordance with the provisions of Chapter III of the Convention relative to certain Restrictions on the Exercise of the Right of Capture

in Maritime War, signed at The Hague on the 18th October, 1907,*) an undertaking must, whether the merchant ship is allowed to depart or not, be given in writing by each of the officers and members of the crew of such vessel, who is of enemy nationality, that he will not, after the conclusion of the voyage for which the pass is issued, engage while hostilities last in any service connected with the operation of the war. If any such officer is of neutral nationality, an undertaking must be given in writing that he will not serve, after the conclusion of the voyage for which the pass is issued, on any enemy ship while hostilities last. No undertaking is to be required from members of the crew who are of neutral nationality.

Officers or members of the crew declining to give the undertakings required by this Article will be detained as prisoners of war.

And the Lords Commissioners of His Majesty's Treasury, the Lords Commissioners of the Admiralty, and each of His Majesty's Principal Secretaries of State, and all Governors, Officers, and Authorities whom it may concern are to give the necessary directions herein as to them may respectively appertain.

Almeric FitzRoy.

Notice.

On the night of August 4th, 1914, the Secretary of State received the following notice from the German Ambassador:

„The Imperial Government will keep merchant vessels flying the British flag interned in German harbours, but will liberate them if the Imperial Government receive a counter undertaking from the British Government within forty-eight hours."

On August 5th a copy of the Order in Council issued on August 4th as to the treatment of enemy merchant vessels in British ports at the date of the outbreak of hostilities was communicated to the Ambassador of the United States in London, who was then in charge of German interests in this country, with a request that he would be so good as to cause enquiry to be made of the German Government as to whether the terms of Articles III. to VIII. of the Order in Council constituted an undertaking of the nature the German Government required, and under which they would liberate merchant vessels flying the British flag interned in German harbours.

On August 7th a communication was received from the United States Embassy that the United States Minister at Stockholm had sent the following telegram signed by the United States Ambassador at Berlin:

„Please state if England has issued Proclamation that she gives permission to enemy ships to leave British ports until midnight, August 14th. If this is so, Germany will issue corresponding orders. Reply through German Legation, Stockholm."

---

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 663.

The United States Embassy added that they did not believe that this telegram was a reply to the message which had been transmitted to Berlin.

On enquiry at the United States Embassy shortly before midnight it was ascertained that no further communication had been received from Berlin.

The Secretary of State for Foreign Affairs has therefore no information as to the treatment accorded to British merchant ships and their cargoes in German ports, and has accordingly addressed the undermentioned notification to the Lords Commissioners of the Treasury and to the Lords Commissioners of the Admiralty.

Foreign Office, S. W.,
Midnight, August 7th, 1914.

My Lords,

I have the honour to state that no information has reached me that the treatment accorded to British merchant ships and their cargoes which were in German ports at the date of the outbreak of hostilities or which subsequently entered them is not less favourable than that accorded to enemy merchant ships by Articles III. to VIII. of the Order in Council issued on the 4th day of August, 1914, with reference to enemy ships being in British ports at the outbreak of hostilities or subsequently entering them. Articles III. to VIII. of the said Order in Council will therefore not come into operation.

I have the honour to be,

My Lords.

Your Lordships' most obedient humble servant.

E. Grey.

140.

FRANCE.

Décret relatif aux navires de commerce allemands se trouvant au but des hostilités, dans les ports français; du 4 août 1914.

Journal officiel du 6 août 1914.

Le Président de la République française;

Vu la convention VI signée à la Haye le 18 octobre 1907 relative au régime des navires de commerce ennemis au début des hostilités:*)

---

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 533.

Sur le rapport des ministres, des affaires étrangères, de la marine, des travaux publics, du commerce, des postes et des télégraphes et des colonies;

Décrète:

Article 1er. Les navires de commerce allemands se trouvant actuellement dans les ports français depuis et y compris le 3 août 1914, à dix-huit heures quarante-cinq minutes, ou y entrant sans connaître les hostilités, auront, à partir de la date du présent décret, un délai de sept jours francs pour en sortir librement, et gagner directement, après avoir été munis d'un laissez-passer. leur port de destination ou tel autre port qui leur sera désigné par les autorités maritimes du port français où ils se trouvent.

Par suite de la réserve faite par le gouvernement allemand aux articles 3 et 4, alinéa 2, de la convention VI de la Haye de 1907, le bénéfice de la disposition précédente ne s'applique pas aux navires allemands qui ont quitté leur dernier port de départ avant le 3 août 1914, à dix-huit heures quarante-cinq minutes. et qui sont rencontrés en mer, ignorant les hostilités.

Art. 2. Ne bénéficieront pas de la faveur accordée par l'article 1er tous navires dont la construction, l'armement ou l'affectation indiqueront qu'ils sont susceptibles d'être transformés en bâtiments de guerre ou affectés à un service public.

Dans le cas où ces navires seraient chargés d'un service postal, l'administration des postes pourvoira à l'expédition, par la voie la plus rapide, des sacs et colis postaux embarqués sur lesdits navires.

Art. 3. Les ministres des affaires étrangères, de la marine, des travaux publics, du commerce, des postes et des télégraphes et des colonies sont chargés de l'exécution du présent décret.

Fait à Paris, le 4 août 1914.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:

Le ministre des affaires étrangères, Gaston Doumergue.

Le ministre de la marine, Victor Augagneur.

Le ministre des travaux publics, René Renoult.

Le ministre du commerce, de l'industrie, des postes et des télégraphes, Gaston Thomson.

Le ministre des colonies, Maurice Raynaud.

141.

FRANCE.

Décret relatif aux navires de commerce autrichiens et hongrois se trouvant, au but des hostilités, dans les ports français; du 13 août 1914.

Journal officiel du 14 août 1914.

Le Président de la République française;

Vu la convention VI signée à la Haye le 18 octobre 1907, relative au régime des navires de commerce ennemis au début des hostilités;*)

Sur le rapport des ministres des affaires étrangères, de la marine, des travaux publics, du commerce, des postes et des télégraphes et des colonies;

Décrète:

Article 1er. Les navires de commerce autrichiens ou hongrois se trouvant actuellement dans les ports français depuis et y compris le 12 août 1914, minuit, ou y entrant sans connaître les hostilités, auront, à partir de la date du présent décret, un délai de sept jours francs pour en sortir librement et gagner directement, après avoir été munis d'un laissez-passer, leur port de destination ou tel autre port qui leur sera désigné par les autorités maritimes du port français où ils se trouvent.

Art. 2. Ne bénéficieront pas de la faveur accordée par l'article 1er tous navires dont la construction, l'armement ou l'affectation indiqueront qu'ils sont susceptibles d'être transformés en bâtiments de guerre ou affectés à un service public, non plus que ceux qui se trouveraient actuellement saisis ou capturés pour violation de neutralité.

Dans le cas où ces navires seraient chargés d'un service postal, l'administration des postes pourvoira à l'expédition, par la voie la plus rapide, des sacs et colis postaux embarqués sur lesdits navires.

Art. 3. Les ministres des affaires étrangères, de la marine, des travaux publics, du commerce, des postes et des télégraphes et des colonies sont chargés de l'exécution du présent décret.

Fait à Paris, le 13 août 1914.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:

Le ministre des affaires étrangères, Gaston Doumergue.

Le ministre de la marine, Victor Augagneur.

Le ministre des travaux publics, René Renoult.

Le ministre du commerce, des postes et des télégraphes, Gaston Thomson.

Le ministre des colonies, Raynaud.

---

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 533.

142.

ITALIE.

Décret en vue de saisir les navires de commerce ennemis se trouvant, au but des hostilités, dans les ports italiens; du 30 mai 1915.

Gazzetta ufficiale du 12 juin 1915.

Decreto Luogotenenziale 30 maggio 1915, n. 814.

Art. 1.

Tutte le navi mercantili nemiche presenti nei porti e nelle acque territoriali del Regno e delle colonie allo scoppio delle ostilità, saranno poste sotto sequestro dalle locali autorità marittime.

Art. 2.

Speciali Commissioni tecniche assistite dalle autorità marittime procederanno alla visita delle navi mercantili nemiche così sequestrate, allo scopo di accertare quali fra esse presentino particolari di costruzione, strutture, sistemazioni e adattamenti interni, tali da far giudicare, che siano destinate ad essere eventualmente trasformate in navi da guerra.

Art. 3.

Le navi riconosciute come destinate alla trasformazione in navi da guerra, saranno catturate e deferite alla Commissione delle prede per il giudizio sulla loro sorte definitiva.

Art. 4.

Per le navi non riconosciute come destinate alla trasformazione in navi da guerra, sarà mantenuto il provvedimento di sequestro.

Esse potranno essere requisite dal Ministero della marina, per tutta la durata della presente guerra, secondo norme che saranno stabilite con altro nostro decreto.

Art. 5.

Le merci nemiche trovate a bordo di tutte le navi mercantili di cui al precedente articolo 1 saranno sequestrate e restituite dopo la guerra senza indennità, ovvero saranno requisite con indennità.

Le merci deperibili potranno essere vendute con la osservanza di speciali norme che saranno emanate dal ministro della marina.

Art. 6.

Le merci neutrali trovate a bordo di tutte le navi mercantili di cui al precedente articolo 1 saranno rilasciate, salvo il provvedimento di requisizione con indennità che il Governo del Re credesse eventualmente di adottare per esse.

Art. 7.

Il giudizio sulla nazionalità delle merci di cui ai precedenti articoli 5 e 6 e le conseguenti determinazioni per il sequestro o il rilascio delle merci stesse saranno pronunciati della Commissione delle prede.

Art. 8.

Per i componenti gli equipaggi delle navi mercantili nemiche di cui al precedente articolo 1 si applicheranno le disposizioni degli articoli 5 e 6 della XI convenzione firmata all'Aja il 18 ottobre 1907.*)

Art. 9.

Non sarà accordato il trattamento stabilito dagli articoli precedenti alle navi mercantili nemiche che compiano o tentino di compiere atti di ostilità sia diretti sia indiretti.

Art. 10.

Le disposizioni sancite dagli articoli precedenti sono anche applicate a quelle navi mercantili nemiche che abbiano lasciato l'ultimo loro porto di partenza prima della dichiarazione di guerra e che siano incontrate in mare mentre ancora ignorano l'avvenuto inizio delle ostilità.

Art. 11.

Il ministro della marina ha facoltà di emanare speciali norme per la pubblicazione del presente decreto che ha effetto da oggi.

143.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil concernant l'application, durant la guerre, de la Déclaration signée à Londres, le 26 février 1909, relative au droit de la guerre maritime;**) du 20 août 1914.***)

The London Gazette du 22 août 1914.

At the Court at Buckingham Palace, the 20th day of August 1914.

Present,

The King's Most Excellent Majesty in Council.

Whereas during the present hostilities the Naval Forces of His Majesty will co-operate with the French and Russian Naval Forces, and

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 663.

**) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 39.

***) La Russie a accepté la Déclaration de Londres avec les mêmes modifications. V. Diplomatic Correspondence with Belligerent Governments. Washington 1915. p. 7.

Whereas it is desirable that the naval operations of the allied forces so far as they affect neutral ships and commerce should be conducted on similar principles, and

Whereas the Governments of France and Russia have informed His Majesty's Government that during the present hostilities it is their intention to act in accordance with the provisions of the Convention known as the Declaration of London, signed on the 26th day of February, 1909, so far as may be practicable:

Now, therefore, His Majesty, by and with the advice of His Privy Council, is pleased to order, and it is hereby ordered, that during the present hostilities the Convention known as the Declaration of London shall, subject to the following additions and modifications, be adopted and put in force by His Majesty's Government as if the same had been ratified by His Majesty:

The additions and modifications are as follows:

1. The lists of absolute and conditional contraband contained in the Proclamation dated August 4th, 1914,*) shall be substituted for the lists contained in Articles 22 and 24 of the said Declaration.

2. A neutral vessel which succeeded in carrying contraband to the enemy with false papers may be detained for having carried such contraband if she is encountered before she has completed her return voyage.

3. The destination referred to in Article 33 may be inferred from any sufficient evidence, and (in addition to the presumption laid down in Article 34) shall be presumed to exist if the goods are consigned to or for an agent of the Enemy State or to or for a merchant or other person under the control of the authorities of the Enemy State.

4. The existence of a blockade shall be presumed to be known

(a) to all ships which sailed from or touched at an enemy port a sufficient time after the notification of the blockade to the local authorities to have enabled the enemy Government to make known the existence of the blockade,

(b) to all ships which sailed from or touched at a British or allied port after the publication of the declaration of blockade.

5. Notwithstanding the provisions of Article 35 of the said Declaration, conditional contraband, if shown to have the destination referred to in Article 33, is liable to capture to whatever port the vessel is bound and at whatever port the cargo is to be discharged.

6. The General Report of the Drafting Committee on the said Declaration presented to the Naval Conference, and adopted by the Conference at the eleventh plenary meeting on February 25th, 1909, shall be considered by all Prize Courts as an authoritative statement of the meaning and intention of the said Declaration, and such Courts shall construe and interpret the provisions of the said Declaration by the light of the commentary given therein.

---

*) V. ci-dessous, No. 154.

And the Lords Commissioners of His Majesty's Treasury, the Lords Commissioners of the Admiralty, and each of His Majesty's Principal Secretaries of State, the President of the Probate, Divorce and Admiralty Division of the High Court of Justice, all other Judges of His Majesty's Prize Courts, and all Governors, Officers and Authorities whom it may concern, are to give the necessary directions herein as to them may respectively appertain.

Almeric FitzRoy.

144.

FRANCE.

Décret concernant l'application, durant la guerre, de la Déclaration signée à Londres, le 26 février 1909, relative au droit de la guerre maritime;*) du 25 août 1914.

Journal officiel du 26 août 1914.

Le Président de la République française;

Sur le rapport du Président du Conseil, des ministres des affaires étrangères, de la guerre, de la marine et des colonies;

Décrète:

Article 1er. La déclaration signée à Londres, le 26 février 1909, relative au droit de la guerre maritime, sera appliquée durant la guerre, sous réserve des additions et modifications ci-après:

1° Les listes de contrebande absolue et conditionnelle notifiées par insertion au *Journal officiel* du 11 août 1914**) sont substituées à celles contenues aux articles 22 et 24 de la déclaration; des notifications insérées au *Journal officiel* feront connaître, le cas échéant, toutes nouvelles additions ou modifications auxdites listes.

2° Un navire neutre qui a réussi à transporter de la contrebande à l'ennemi avec des papiers faux peut être saisi pour avoir effectué ce transport, s'il est rencontré avant d'avoir achevé son voyage de retour.

3° La destination visée à l'article 35 de la déclaration peut être induite de toute preuve suffisante et (outre la présomption posée à l'article 34) sera présumée si la marchandise est consignée à, ou pour compte de, un agent de l'Etat ennemi, ou à, ou pour compte de, un commerçant ou toute autre personne agissant sous le contrôle des autorités de l'Etat ennemi.

4° L'existence d'un blocus sera présumée connue: *a*) de tous navires partant de, ou touchant à un port ennemi dans un délai suffisant, après

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 39. **) V. ci-dessous No. 155.

la notification du blocus aux autorités locales, pour avoir permis au gouvernement ennemi de faire connaître l'existence du blocus; b) de tous navires qui sont partis de, ou ont touché à un port français ou allié, après la publication de la déclaration de blocus.

5⁰ Nonobstant la disposition de l'article 35 de la déclaration, la contrebande conditionnelle, s'il est établi qu'elle a la destination visée à l'article 33. est sujette à capture, quels que soient le port de destination du navire et le port où la cargaison doit être déchargée.

Art. 2. Les ministres des affaires étrangères, de la guerre, de la marine et des colonies sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

Fait à Paris, le 25 août 1914.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:

Le Président du Conseil, René Viviani.
Le ministre des affaires étrangères, Gaston Doumergue.
Le ministre de la guerre, Messimy.
Le ministre de la marine, Victor Augagneur.
Le ministre des colonies, Raynaud.

145.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil concernant l'application, au cours de la guerre, de la Déclaration signée à Londres, le 26 février 1909, relative au droit de la guerre maritime;*) du 29 octobre 1914.

The London Gazette du 30 octobre 1914.

At the Court at Buckingham Palace, the 29th day of October 1914.

Present,

The King's Most Excellent Majesty in Council.

Whereas by an Order in Council dated the 20th day of August, 1914,**) His Majesty was pleased to declare that during the present hostilities the Convention known as the Declaration of London should, subject to certain additions and modifications therein specified, be adopted and put in force by His Majesty's Government; and

*) V. N. R. G. 3. s. VII. p. 39. **) V. ci-dessus, No. 143.

Whereas the said additions and modifications were rendered necessary by the special conditions of the present war; and

Whereas it is desirable and possible now to re-enact the said Order in Council with amendments in order to minimise, so far as possible, the interference with innocent neutral trade occasioned by the war:

Now, therefore, His Majesty, by and with the advice of His Privy Council, is pleased to order, and it is hereby ordered, as follows:

1. During the present hostilities the provisions of the Convention known as the Declaration of London shall, subject to the exclusion of the lists of contraband and non-contraband, and to the modifications hereinafter set out, be adopted and put in force by His Majesty's Government.

The modifications are as follows:

(i.) A neutral vessel, with papers indicating a neutral destination, which, notwithstanding the destination shown on the papers, proceeds to an enemy port, shall be liable to capture and condemnation if she is encountered before the end of her next voyage.

(ii.) The destination referred to in Article 33 of the said Declaration shall (in addition to the presumptions laid down in Article 34) be presumed to exist if the goods are consigned to or for an agent of the enemy State.

(iii.) Notwithstanding the provisions of Article 35 of the said Declaration, conditional contraband shall be liable to capture on board a vessel bound for a neutral port if the goods are consigned „to order“, or if the ship's papers do not show who is the consignee of the goods or if they show a consignee of the goods in territory belonging to or occupied by the enemy.

(iv.) In the cases covered by the preceding paragraph (iii.) it shall lie upon the owners of the goods to prove that their destination was innocent.

2. Where it is shown to the satisfaction of one of His Majesty's Principal Secretaries of State that the enemy Government is drawing supplies for its armed forces from or through a neutral country, he may direct that in respect of ships bound for a port in that country, Article 35 of the said Declaration shall not apply. Such direction shall be notified in the „London Gazette“, and shall operate until the same is withdrawn. So long as such direction is in force, a vessel which is carrying conditional contraband to a port in that country shall not be immune from capture.

3. The Order in Council of the 20th August, 1914, directing the adoption and enforcement during the present hostilities of the Convention known as the Declaration of London, subject to the additions and modifications therein specified, is hereby repealed.

4. This Order may be cited as „the Declaration of London Order in Council, No. 2, 1914“.

And the Lords Commissioners of His Majesty's Treasury, the Lords Commissioners of the Admiralty, and each of His Majesty's Principal Secretaries of State, the President of the Probate, Divorce, and Admiralty Division of the High Court of Justice, all other Judges of His Majesty's Prize Courts, and all Governors, Officers, and Authorities whom it may concern, are to give the necessary directions herein as to them may respectively appertain.

Almeric FitzRoy.

146.

FRANCE.

Décret concernant l'application, au cours de la guerre, de la Déclaration signée à Londres, le 26 février 1909, relative au droit de la guerre maritime;*) du 6 novembre 1914.

Journal officiel du 7 novembre 1914.

Le Président de la République française,

Sur le rapport du président du conseil, des ministres des affaires étrangères, de la guerre, de la marine et des colonies,

Vu le décret du 25 août 1914,

Décrète:

Art. 1er. La déclaration signée à Londres le 26 février 1909, relative au droit de la guerre maritime, sera appliquée durant la guerre actuelle, sous réserve des additions et modifications suivantes:

I.

Sont considérés comme contrebande absolue les objets suivants:

1° Les armes de toute nature, y compris les armes de chasse et de sport, ainsi que leurs pièces détachées caractérisées;

2° Les projectiles, gargousses et cartouches de toute nature et les pièces détachées caractérisées;

3° Les poudres et explosifs spécialement affectés à la guerre;

4° L'acide sulfurique;

5° Les affûts, caissons, avant-trains, fourgons, forges de campagne et les pièces détachées caractérisées;

6° Les télémètres et leurs pièces détachées caractérisées:

---

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 39. **) V. ci-dessus. No. 144.

7⁰ Les effets d'habillement et d'équipement militaires caractérisées. de toute nature;

8⁰ Les animaux de selle, de trait et de bât, utilisables pour la guerre;

9⁰ Les harnachements militaires de toute nature, caractérisées;

10⁰ Le matériel de campement et les pièces détachées caractérisées;

11⁰ Les plaques de blindage;

12⁰ Les minerais et les gueuses de fer hématite;

13⁰ Les pyrites de fer;

14⁰ Le minerai de nickel et le nickel;

15⁰ Le ferro-chrome et le minerai de chrome;

16⁰ Le cuivre brut;

17⁰ Le plomb, en lingot, en feuilles ou en tuyaux;

18⁰ L'aluminium;

19⁰ Le ferro-silicate;

20⁰ Les fils de fer barbelés et les instruments employés à les poser ou à les couper;

21⁰ Les bâtiments de guerre, y compris les embarcations et les pièces détachées spécialement caractérisées comme ne pouvant être utilisées que sur un navire de guerre;

22⁰ Les aéroplanes, les aérostats, ballons et aéronefs de toute nature, leurs pièces détachées ainsi que les accessoires, objets et matériaux caractérisés comme devant servir à l'aérostation ou à l'aviation;

23⁰ Les automobiles de toute nature et leurs pièces détachées;

24⁰ Les pneumatiques; le caoutchouc;

25⁰ Les huiles minérales et les essences à moteur, excepté les huiles lubréfiantes;

26⁰ Les instruments et appareils exclusivement faits pour la fabrication des munitions de guerre, pour la fabrication ou la réparation des armes ou du matériel militaire, terrestre ou naval;

II.

Sont considérés comme contrebande conditionnelle:

1⁰ Les vivres;

2⁰ Les fourrages et matières propres à la nourriture des animaux;

3⁰ Les vêtements, les tissus d'habillement, les chaussures propres à des usages militaires;

4⁰ L'or et l'argent monnayés et en lingots; les papiers représentatifs de la monnaie;

5⁰ Les véhicules de toute nature, autres que les automobiles et pouvant servir à la guerre, ainsi que les pièces détachées;

6⁰ Les navires, bateaux et embarcations de tout genre, les docks flottants, parties de bassins, ainsi que les pièces détachées;

7⁰ Le matériel fixe ou roulant des chemins de fer, le matériel des télégraphes, radiotélégraphes et téléphones;

8⁰ Les combustibles, autres que les huiles minérales, les matières lubréfiantes;

9° Les poudres et les explosifs qui ne sont pas spécialement affectés à la guerre;

10° Le soufre;

11° La glycérine;

12° Les fers à cheval et le matériel de maréchalerie;

13° Les objets d'harnachement et de sellerie;

14° Les peaux de toute nature, séchées ou fraiches, la peau du porc, brute ou manufacturée, le cuir manufacturé ou non, propre à la confection des selles, des harnachements et des bottes à usage militaire;

15° Les jumelles, les télescopes, les chronomètres et les divers instruments nautiques.

III.

Le navire neutre, dont les papiers de bord indiquent une destination neutre, et qui, malgré la destination résultant de ses papiers, se rend dans un port ennemi, reste passible de capture et de confiscation s'il est rencontré avant d'avoir achevé son voyage suivant.

IV.

La destination visée à l'article 33 de la Déclaration de Londres (outre les présomptions posées à l'article 34) est présumée si la marchandise est consignée à ou pour un agent de l'Etat ennemi.

V.

Nonobstant la disposition de l'article 35 de la Déclaration de Londres, la contrebande conditionnelle est sujette à capture lorsqu'elle est trouvée à bord d'un navire à destination d'un port neutre, si la marchandise est consignée à ordre, ou si les papiers de bord n'indiquent pas le consignataire, ou encore s'ils indiquent un consignataire dans un pays ennemi ou occupé par l'ennemi.

Dans les cas ci-dessus visés, il appartient aux propriétaires de la marchandise, de prouver que la destination était innocente.

VI.

Lorsqu'il est démontré au Gouvernement de la République qu'un gouvernement ennemi tire d'un pays neutre, ou par transit dans un pays neutre, des approvisionnements pour ses forces armées, les mesures nécessaires seront prises pour qu'au regard des navires à destination dudit pays neutre l'article 35 de la déclaration de Londres ne soit pas appliqué. Cette mesure sera publiée au *Journal officiel* et restera en vigueur jusqu'à ce qu'elle soit révoquée: pendant ce temps, les navires transportant de la contrebande conditionnelle à un port dudit pays neutre ne seront pas exempts de capture.

Art. 2. Des notifications insérées au *Journal officiel* feront connaître, le cas échéant, toutes nouvelles additions ou modifications aux listes des articles de contrebande de guerre établies par le présent décret.

Art. 3. Le décret du 25 août 1914 est abrogé.

Art. 4. Les ministres des affaires étrangères, de la guerre, de la marine et des colonies sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

Fait à Bordeaux, le 6 novembre 1914.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:

Le président du conseil, René Viviani.
Le ministre des affaires étrangères, Delcassé.
Le ministre de la guerre, A. Millerand.
Le ministre de la marine par intérim, René Viviani.
Le ministre des colonies, Gaston Doumergue.

147.

ITALIE.

Décret concernant l'application, durant la guerre, de la Déclaration signée à Londres le 26 février 1909, relative au droit de la guerre maritime;*) du 3 juin 1915.

Gazzetta ufficiale du 15 juin 1915.

Decreto Luogotenenziale 3 giugno 1915, n. 840.

Art. 1.

Durante l'attuale stato di guerra saranno adottate e messe in vigore dal Governo del Re le disposizioni della dichiarazione firmata a Londra il 26 febbraio 1909, ad eccezione degli articoli 22, 24 e 28 e salvo le modificazioni contenute negli articoli seguenti.

Art. 2.

Una nave neutrale, che secondo le carte di bordo abbia una destinazione neutrale, e che non ostante la destinazione dichiarata dalle carte di bordo, diriga ad un porto nemico, sarà soggetta a cattura e confisca, se sarà incontrata prima della fine del viaggio di ritorno.

Art. 3.

La destinazione indicata nell' art. 33 della dichiarazione di Londra sarà presunta come reale (oltre le presunzioni previste nell' art. 34) se le merci sono consegnate ad un agente di uno Stato nemico, ovvero per conto di un agente di Stato nemico.

*) V. N. R. G. 3. s. VII. p. 39.

Art. 4.

Non ostante le disposizioni dell' art. 35 della dichiarazione di Londra, il contrabbando condizionale sarà soggetto a cattura a bordo di una nave diretta a un porto neutrale se i recapiti di bordo non mostrano chi è il consegnatario delle merci, ovvero se essi mostrano che il consegnatario delle merci risiede in territorio appartenente al nemico o da lui occupato.

Art. 5.

Nei casi indicati dal precedente art. 4 resta carico dei proprietari della merce di provare che la destinazione di questa era innocente.

Art. 6.

Quando risulti al Governo del Re che un Governo nemico rifornisce le sue forze armate per mezzo o attraverso un paese neutrale, i ministri degli affari esteri e della marina potranno disporre, con loro provvedimento preso di concerto, che non sia applicato l'art. 35 della dichiarazione di Londra rispetto alle navi dirette ad un porto di tale paese.

Tale disposizione sarà pubblicata nella Gazzetta ufficiale e avrà vigore finchè non sarà abrogata con altro analogo provvedimento.

Per tutto il tempo in cui tale disposizione avrà vigore, una nave che trasporti contrabbando di guerra condizionale ad un porto di quel paese sarà suscettibile di cattura.

148.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil portant abolition de l'article 57 de la Déclaration de Londres;*) du 20 octobre 1915.

The London Gazette du 26 octobre 1915.

At the Court at Buckingham Palace, the 20th day of October, 1915.

Present,

The King's Most Excellent Majesty in Council.

Whereas by the Declaration of London Order in Council No. 2, 1914**), His Majesty was pleased to declare that, during the present hostilities, the provisions of the said Declaration of London should, subject to certain exceptions and modifications therein specified, be adopted and put in force by His Majesty's Government; and

Whereas, by Article 57 of the said Declaration, it is provided that the neutral or enemy character of a vessel is determined by the flag which she is entitled to fly; and

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 66. **) V. ci-dessus, No. 145

Whereas it is no longer expedient to adopt the said Article:

Now, therefore, His Majesty, by and with the advice of His Privy Council, is pleased to order, and it is hereby ordered, that from and after this date Article 57 of the Declaration of London shall cease to be adopted and put in force.

In lieu of the said Article, British Prize Courts shall apply the rules and principles formerly observed in such Courts.

This Order may be cited as „The Declaration of London Order in Council, 1915."

And the Lords Commissioners of His Majesty's Treasury, the Lords Commissioners of the Admiralty, and each of His Majesty's Principal Secretaries of State, the President of the Probate, Divorce, and Admiralty Division of the High Court of Justice, all other Judges of His Majesty's Prize Courts, and all Governors Officers, and Authorities whom it may concern, are to give necessary directions herein as to them may respectively appertain.

J. C. Ledlie.

149.

FRANCE.

Décret concernant la modification de l'article 57 de la Déclaration de Londres;*) du 23 octobre 1915.

Journal officiel du 26 octobre 1915.

Le Président de la République française,

Sur le rapport du président du conseil, ministre des affaires étrangères, et du ministre de la marine,

Vu le décret du 6 novembre 1914,**)

Décrète:

Art. 1er. La disposition de l'article 57, alinéa 1er, de la déclaration signée à Londres le 26 février 1909, relative à la guerre maritime, sera, durant la guerre actuelle, appliquée, sous réserve de la modification ci-après, savoir:

„S'il est établi que les intérêts dans la propriété d'un navire, battant pavillon ennemi, appartiennent en fait à des nationaux d'un pays neutre ou allié, ou, réciproquement, que les intérêts dans la propriété d'un navire battant pavillon neutre ou allié, appartiennent en fait à des nationaux d'un pays ennemi ou à des personnes résidant en pays ennemi, le navire sera en conséquence réputé neutre, allié ou ennemi."

---

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 66. **) V. ci-dessus, No. 146.

Art. 2. Le président du conseil, ministre des affaires étrangères. et le ministre de la marine sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

Fait à Paris, le 23 octobre 1915.

R. Poincaré.

Par le President de la République:

Le président du conseil, ministre des affaires étrangères, Rene Viviani.

Le ministre de la marine, Victor Augagneur.

150.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil concernant l'application, durant la guerre, de la Déclaration signée à Londres, le 26 février 1909, relative au droit de la guerre maritime;*) du 30 mars 1916.

The London Gazette du 31 mars 1916.

At the Court at Buckingham Palace, the 30th day of March, 1916.

Present,

The King's Most Excellent Majesty in Council.

Whereas by the Declaration of London Order in Council Nr. 2, 1914,**) His Majesty was pleased to direct that during the present hostilities the provisions of the Convention known as the Declaration of London should, subject to certain omissions and modifications therein set out, be adopted and put in force by His Majesty's Government; and

Whereas doubts have arisen as to the effect of Article 1 (iii) of the said Order in Council on the right to effect the capture of conditional contraband on board a vessel bound for a neutral port; and

Whereas it is expedient to put an end to such doubts and otherwise to amend the said Order in Council in the manner hereinafter appearing; and

Whereas by Article 19 of the said Declaration it is provided that whatever may be the ulterior destination of a vessel or of the cargo, she cannot be captured for breach of blockade if, at the moment, she is on her way to a non-blockaded port; and

---

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 39. **) V. ci-dessus, No. 145.

Whereas it is no longer expedient to adopt Article 19 of the said Declaration;

Now, therefore, His Majesty, by and with the advice of His Privy Council, is pleased to order, and it is hereby ordered, as follows:

1. The provisions of the Declaration of London Order in Council No. 2. 1914, shall not be deemed to limit or to have limited in any way the right of His Majesty, in accordance with the law of nations, to capture goods upon the ground that they are conditional contraband, nor to affect or to have affected the liability of conditional contraband to capture, whether the carriage of the goods to their destination be direct or entail transhipment or a subsequent transport by land.

2. The provisions of Article 1 (ii) and (iii) of the said Order in Council shall apply to absolute contraband as well as to conditional contraband.

3. The destinations referred to in Article 30 and in Article 33 of the said Declaration shall (in addition to any presumptions laid down in the said Order in Council) be presumed to exist, if the goods are consigned to or for a person, who, during the present hostilities, has forwarded imported contraband goods to territory belonging to or occupied by the enemy.

4. In the cases covered by Articles 2 and 3 of this Order, it shall lie upon the owner of the goods to prove that their destination was innocent.

5. From and after the date of this Order, Article 19 of the Declaration of London shall cease to be adopted and put in force. Neither a vessel nor her cargo shall be immune from capture for breach of blockade upon the sole ground that she is at the moment on her way to a non-blockaded port.

6. This Order may be cited as „The Declaration of London Order in Council, 1916".

And the Lords Commissioners of His Majesty's Treasury, the Lords Commissioners of the Admiralty, and each of His Majesty's Principal Secretaries of State, the President of the Probate, Divorce, and Admiralty Division of the High Court of Justice, all other Judges of His Majesty's Prize Courts, and all Governors, Officers, and Authorities whom it may concern, are to give the necessary directions herein as to them may respectively appertain.

Almeric FitzRoy.

151.

FRANCE.

Décret concernant l'application, durant la guerre, de la Déclaration signée à Londres, le 26 février 1909, relative au droit de la guerre maritime;*) du 12 avril 1916.

Journal officiel du 15 avril 1916.

Le Président de la République française,

Sur le rapport du président du conseil, ministre des affaires étrangères; des ministres de la guerre, de la marine et des colonies,

Vu le décret du 6 novembre 1914,**)

Décrète:

Art. 1er. Aux dispositions du décret du 6 novembre 1914 sont ajoutées les additions et modifications ci-après, apportées aux règles inscrites dans la déclaration signée à Londres le 26 février 1909, relativement au droit de la guerre navale:

I. La règle, formulée, relativement à la preuve de destination ennemie des articles de contrebande absolue, dans l'article 31 de la déclaration de Londres, est complétée ainsi qu'il suit:

„La destination prévue à l'article 30 est présumée, sauf preuve contraire:

1° Lorsque la marchandise est consignée dans un port neutre ou ennemi à ou pour un agent de l'Etat ennemi; il en est de même si la marchandise est consignée à ou pour une personne ayant, au cours de la présente guerre, expédié des articles de contrebande en pays ennemi ou occupé par l'ennemi;

2° Lorsque la marchandise, chargée sur un navire à destination d'un port neutre de l'Europe, est consignée à ordre ou lorsque les papiers de bord n'indiquent pas le consignataire ou encore s'ils indiquent un consignataire dans pays ennemi ou occupé par l'ennemi."

II. L'article 19 de la déclaration de Londres cesse d'être applicable et aucun navire ni aucun chargement ne seront exempts de capture pour violation de blocus par le seul motif qu'ils seraient, au moment de la visite, en route pour un port non bloqué.

Art. 2. Le paragraphe 4 de l'article 1er du décret du 6 novembre 1914 est complété comme il suit:

„Il en est de même si la marchandise est consignée à ou pour une personne qui, au cours de la présente guerre, a expédié des articles de contrebande en pays ennemi ou occupé par l'ennemi."

---

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 39. **) V. ci-dessus, No. 146.

Art. 3. Le président du conseil, ministre des affaires étrangères; les ministres de la guerre, de la marine et des colonies sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

Fait à Paris, le 12 avril 1916.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:

Le président du conseil, ministre des affaires étrangères, Aristide Briand.

Le ministre de la guerre, Roques.

Le ministre de la marine, Lacaze.

Le ministre des colonies, Gaston Doumergue.

152.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil portant abolition de la Déclaration de Londres;*) du 7 juillet 1916.

The London Gazette du 11 juillet 1916.

At the Court at Buckingham Palace, the 7th day of July, 1916.

Present

The King's Most Excellent Majesty in Council.

Whereas by an Order in Council, dated the 20th day of August, 1914,**) His Majesty was pleased to declare that during the present hostilities the provisions of the Declaration of London should, subject to certain additions and modifications therein specified, be adopted and put in force by His Majesty's Government:

And whereas the said Declaration was adopted as aforementioned in common with His Majesty's Allies:

And whereas it has been necessary for His Majesty and for His Allies from time to time to issue further enactments modifying the application of the articles of the said Declaration:

And whereas Orders in Council for this purpose have been issued by His Majesty on the 29th day of October, 1914,***) the 20th day of October, 1915,†) and the 30th day of March, 1916:††)

---

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 39.

**) V. ci-dessus, No. 143.

***) V. ci-dessus, No. 145.

†) V. ci-dessus, No. 148.

††) V. ci-dessus, No. 150.

And whereas the issue of these successive Orders in Council may have given rise to some doubt as to the intention of His Majesty, as also as to that of His Allies, to act in strict accordance with the law of nations, and it is therefore expedient to withdraw the said Orders so far as they are now in force:

Now therefore, His Majesty, by and with the advice of His Privy Council, is pleased to order, and it is hereby ordered, that the Declaration of London Order in Council No. 2, 1914, and all Orders subsequent thereto amending the said Order are hereby withdrawn;

And His Majesty is pleased further to declare by and with the advice of His Privy Council, and it is hereby declared, that it is and always has been His intention, as it is and has been that of His Allies, to exercise their belligerent rights at sea in strict accordance with the law of nations;

And whereas on account of the changed conditions of commerce and the diversity of practice doubts might arise in certain matters as to the rules which His Majesty and His Allies regard as being in conformity with the law of nations, and it is expedient to deal with such matters specifically;

It is hereby ordered that the following provisions shall be observed:

(a) The hostile destination required for the condemnation of contraband articles shall be presumed to exist, until the contrary is shown, if the goods are consigned to or for an enemy authority, or an agent of the enemy State, or to or for a person in territory belonging to or occupied by the enemy, or to or for a person who, during the present hostilities, has forwarded contraband goods to an enemy authority, or an agent of the enemy state, or to or for a person in territory belonging to or occupied by the enemy, or if the goods are consigned „to order", or if the ship's papers do not show who the real consignee of the goods.

(b) The principle of continuous voyage or ultimate destination shall be applicable both in cases of contraband and of blockade.

(c) A neutral vessel carrying contraband with papers indicating a neutral destination, which, notwithstanding the destination shown on the papers, proceeds to an enemy port, shall be liable to capture and condemnation if she is encountered before the end of her next voyage.

(d) A vessel carrying contraband shall be liable to capture and condemnation if the contraband, reckoned either by value, weight, volume, or freight forms more than half the cargo.

And it is hereby further ordered as follows:

(i) Nothing herein shall be deemed to affect the Order, in Council of the 11th March, 1915, for restricting further the commerce of the enemy, or any of His Majesty's Proclamations declaring articles to be contraband of war during the present hostilities.

(ii) Nothing herein shall affect the validity of anything done under the Orders in Council hereby withdrawn.

(iii) Any cause or proceeding commenced in any Prize Court before the making of this Order may, if the Court thinks just, be heard and decided under the provisions of the Orders hereby withdrawn so far as they were in force at the date when such cause or proceeding was commenced, or would have been applicable in such cause or proceeding if this Order had not been made.

This Order may be cited as „The Maritime Rights Order in Council, 1916".

And the Lords Commissioners of His Majesty's Treasury, the Lords Commissioners of the Admiralty, and each of His Majesty's Principal Secretaries of State, the President of the Probate, Divorce, and Admiralty Division of the Hight Court of Justice, all other Judges of His Majesty's Prize Courts, and all Governors, Officers, and Authorities whom it may concern, are to give the necessary directions herein as to them may respectively appertain.

Almeric FitzRoy.

153.

FRANCE.

Décret portant abolition de la Déclaration de Londres;*) du 7 juillet 1916.

Journal officiel du 8 juillet 1916.

Le Président de la République française,

Sur le rapport du président du conseil, ministre des affaires étrangères, des ministres de la guerre, de la marine et des colonies,

Vu les décrets du 6 novembre 1914,**) du 23 octobre 1915***) et du 12 avril 1916,†)

Vu l'ordonnance de la marine d'août 1681, livre III, titre 9, le règlement du 26 juillet 1778, l'arrêté des consuls du 29 frimaire an VIII;

Vu la déclaration de Paris du 16 avril 1856††) et les conventions signées à la Haye, le 18 octobre 1907,†††)

Décrète:

Article 1.

Sont rapportés le décret du 6 novembre 1914 rendant applicables avec certaines modifications et additions les règles formulées par la décla-

---

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 39.
**) V. ci-dessus, No. 146.
***) V. ci-dessus, No. 149.
†) V. ci-dessus, No. 151.
††) V. N. R. G. XV, p. 791.
†††) V. N. R. G. 3. s. III, p. 323.

ration de Londres du 26 février 1909 concernant le droit de la guerre maritime, ainsi que les décrets des 23 octobre 1915 et 12 avril 1916 apportant de nouvelles modifications auxdites règles.

Article 2.

Lorsque les marchandises de contrebande de guerre saisies sur un navire forment, par leur valeur, leur poids, leur volume ou leur fret, plus de la moitié de la cargaison, le navire et la cargaison entière sont sujets à confiscation.

Article 3.

Si les documents accompagnant une cargaison constituant par sa nature de la contrebande de guerre et trouvée à bord d'un navire se rendant dans un pays voisin des pays ennemis ou occupés par l'ennemi n'établissent pas la destination finale et définitive de cette cargaison en pays neutre ou si l'importation dans ce pays des articles composant ladite cargaison présente sur les importations normales une disproportion impliquant leur destination hostile ultérieure, ladite cargaison sera sujette à capture, sauf aux intéressés à prouver que la destination était réellement innocente.

Article 4.

Le président du conseil, ministre des affaires étrangères, les ministres de la guerre, de la marine et des colonies sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

Fait à Paris, le 7 juillet 1916.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:

Le président du conseil, ministre des affaires étrangères, Aristide Briand.

Le ministre de la guerre, Roques.

Le ministre de la marine, Lacaze.

Le ministre des colonies, Gaston Doumergue.

154.

GRANDE-BRETAGNE.

Proclamations concernant les articles considérées comme contrebande de guerre: du 4 août 1914, du 21 septembre 1914, du 29 octobre 1914, du 23 décembre 1914, du 11 mars 1915, du 27 mai 1915, du 20 août 1915, du 14 octobre 1915, du 27 janvier 1916, du 12/13 avril 1916, du 27 juin 1916, du 3 octobre 1916, du 23 novembre 1916, du 29 décembre 1916 et du 2 juillet 1917.

The London Gazette.

By the King.

A Proclamation Specifying the Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas a state of War exists between Us on the one hand and the German Empire on the other:

And whereas it is necessary to specify the articles which it is Our intention to treat as Contraband of War:

Now, therefore, We do hereby Declare, by and with the advice of Our Privy Council that during the continuance of the War or until We do give further public notice the articles enumerated in Schedule I hereto will be treated as absolute contraband, and the articles enumerated in Schedule II hereto will be treated as conditional contraband.

Schedule I.

The following articles will be treated as absolute contraband:

1. Arms of all kinds, including arms for sporting purposes, and their distinctive component parts.
2. Projectiles, charges, and cartridges of all kinds, and their distinctive component parts.
3. Powder and explosives specially prepared for use in war.
4. Gun mountings, limber boxes, limbers, military waggons, field forges, and their distinctive component parts.
5. Clothing and equipment of a distinctively military character.
6. All kinds of harness of a distinctively military character.
7. Saddle, draught, and pack animals suitable for use in war.
8. Articles of camp equipment, and their distinctive component parts.
9. Armour plates.

10. Warships, including boats, and their distinctive component parts of such a nature that they can only be used on a vessel of war.

11. Aeroplanes, airships, balloons, and aircraft of all kinds, and their component parts together with accessories and articles recognisable as intended for use in connection with balloons and aircraft.

12. Implements and apparatus designed exclusively for the manufacture of munitions of war, for the manufacture or repair of arms, or war material for use on land and sea.

Schedule II.

The following articles will be treated as conditional contraband:

1. Food-stuffs.

2. Forage and grain, suitable for feeding animals.

3. Clothing, fabrics for clothing, and boots and shoes, suitable for use in war.

4. Gold and silver in coin or bullion: paper money.

5. Vehicles of all kinds available for use in war, and their component parts.

6. Vessels, craft and boats of all kinds; floating docks, parts of docks, and their component parts.

7. Railway material, both fixed and rolling stock, and materials for telegraphs, wireless telegraphs, and telephones.

8. Fuel: lubricants.

9. Powder and explosives not specially prepared for use in war.

10. Barbed wire, and implements for fixing and cutting the same.

11. Horse-shoes and shoeing materials.

12. Harness and saddlery.

13. Field-glasses, telescopes, chronometers, and all kinds of nautical instruments.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this Fourth day of *August*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and fourteen, and in the Fifth year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

Specifying certain additional Articles which are to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the fourth day of August last We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as Contraband of War during the War between Us and the German Emperor:

And whereas on the twelfth day of August last We did by Our Royal Proclamation of that date extend Our Proclamation aforementioned to the War between Us and the Emperor of Austria, King of Hungary:

And whereas by an Order in Council of the twentieth day of August, 1914,*) it was ordered that during the present hostilities the Convention known as the Declaration of London should, subject to certain additions and modifications therein specified, be adopted and put in force as if the same had been ratified by Us:

And whereas it is desirable to add to the list of articles to be treated as Contraband of War during the present War:

And whereas it is expedient to introduce certain further modifications in the Declaration of London as adopted and put in force:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that during the continuance of the War, or until We do give further public notice, the articles enumerated in the Schedule hereto will, notwithstanding anything contained in Article 28 of the Declaration of London, be treated as conditional Contraband.

Schedule.

Copper, unwrought.
Lead, pig, sheet, or pipe.
Glycerine.
Ferrochrome.
Haematite Iron Ore.
Magnetic Iron Ore.
Rubber.
Hides and Skins, raw or rough tanned (but not including dressed leather).

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this Twenty-first day of *September*, in the Year of our Lord one thousand nine hundred and fourteen, and in the Fifth Year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Revising the List of Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the fourth day of August, 1914, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband of war during the war between Us and the German Emperor; and

Whereas on the twelfth day of August, 1914, We did by Our Royal Proclamation of that date extend Our Proclamation aforementioned to the war between Us and the Emperor of Austria, King of Hungary; and

Whereas on the twenty-first day of September, 1914, We did by Our Royal Proclamation of that date make certain additions to the list of articles to be treated as contraband of war; and

*) V. ci-dessus, No. 143.

Whereas it is expedient to consolidate the said lists and to make certain additions thereto:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that the lists of contraband contained in the schedules to Our Royal Proclamations of the fourth day of August and the twenty-first day of September aforementioned are hereby withdrawn, and that in lieu thereof during the continuance of the war or until We do give further public notice the articles enumerated in Schedule I hereto will be treated as absolute contraband, and the articles enumerated in Schedule II hereto will be treated as conditional contraband.

Schedule I.

1. Arms of all kinds, including arms for sporting purposes, and their distinctive component parts.
2. Projectiles, charges, and cartridges of all kinds, and their distinctive component parts.
3. Powder and explosives specially prepared for use in war.
4. Sulphuric acid.
5. Gun mountings, limber boxes, limbers, military waggons, field forges and their distinctive component parts.
6. Range-finders and their distinctive component parts.
7. Clothing and equipment of a distinctively military character.
8. Saddle, draught, and pack animals suitable for use in war.
9. All kinds of harness of a distinctively military character.
10. Articles of camp equipment and their distinctive component parts.
11. Armour plates.
12. Hæmatite iron ore and hæmatite pig iron.
13. Iron Pyrites.
14. Nickel ore and nickel.
15. Ferrochrome and chrome ore.
16. Copper, unwrought.
17. Lead, pig, sheet, or pipe.
18. Aluminium.
19. Ferro-silica.
20. Barbed wire, and implements for fixing and cutting the same.
21. Warships, including boats and their distinctive component parts of such a nature that they can only be used on a vessel of war.
22. Aeroplanes, airships, balloons, and aircraft of all kinds, and their component parts, together with accessories and articles recognisable as intended for use in connection with balloons and aircraft.
23. Motor vehicles of all kinds and their component parts.
24. Motor tyres; rubber.
25. Mineral oils and motor spirit, except lubricating oils.
26. Implements and apparatus designed exclusively for the manufacture of munitions of war, for the manufacture or repair of arms, or war material for use on land and sea.

Schedule II.

1. Foodstuffs.

2. Forage and feeding stuffs for animals.

3. Clothing, fabrics for clothing, and boots and shoes suitable for use in war.

4. Gold and silver in coin or bullion; paper money.

5. Vehicles of all kinds, other than motor vehicles, available for use in war, and their component parts.

6. Vessels, craft, and boats of all kinds; floating docks, parts of docks, and their component parts.

7. Railway materials, both fixed and rolling stock, and materials for telegraphs, wireless telegraphs, and telephones.

8. Fuel, other than mineral oils. Lubricants.

9. Powder and explosives not specially prepared for use in war.

10. Sulphur.

11. Glycerine.

12. Horseshoes and shoeing materials.

13. Harness and saddlery.

14. Hides of all kinds, dry or wet; pigskins, raw or dressed; leather, undressed or dressed, suitable for saddlery, harness, or military boots.

15. Field glasses, telescopes, chronometers, and all kinds of nautical instruments.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this twenty-ninth day of *October*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and fourteen, and in the fifth year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Revising the List of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the fourth day of August, 1914, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband of war during the war between Us and the German Emperor; and

Whereas on the twelfth day of August, 1914, We did by Our Royal Proclamation of that date extend Our Proclamation aforementioned to the war between Us and the Emperor of Austria, King of Hungary; and

Whereas on the twenty-first day of September, 1914, We did by Our Royal Proclamation of that date make certain additions to the list of articles to be treated as contraband of war; and

Whereas on the twenty-ninth day of October, 1914, We did by Our Royal Proclamation of that date withdraw the said lists of contraband,

and substitute therefore the lists contained in the schedules to the said Proclamation; and

Whereas it is expedient to make certain alterations in and additions to the said lists:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that the lists of contraband contained in the schedules to Our Royal Proclamation of the twenty-ninth day of October aforementioned are hereby withdrawn, and that in lieu thereof during the continuance of the war, or until We do give further public notice, the articles enumerated in Schedule I hereto will be treated as absolute contraband, and the articles enumerated in Schedule II hereto will be treated as conditional contraband.

Schedule I.

1. Arms of all kinds, including arms for sporting purposes, and their distinctive component parts.

2. Projectiles, charges, and cartridges of all kinds, and their distinctive component parts.

3. Powder and explosives specially prepared for use in war.

4. Ingredients of explosives, viz., nitric acid, sulphuric acid, glycerine, acetone, calcium acetate and all other metallic acetates, sulphur, potassium nitrate, the fractions of the distillation products of coal tar between benzol and cresol inclusive, aniline, methylaniline, dimethylaniline, ammonium perchlorate, sodium perchlorate, sodium chlorate, barium chlorate, ammonium nitrate, cyanamide, potassium chlorate, calcium nitrate, mercury.

5. Resinous products, camphor and turpentine (oil and sprit).

6. Gun mountings, limber boxes, limbers, military waggons, field forges, and their distinctive component parts.

7. Range-finders and their distinctive component parts.

8. Clothing and equipment of a distinctively military character.

9. Saddle, draught, and pack animals suitable for use in war.

10. All kinds of harness of a distinctively military character.

11. Articles of camp equipment and their distinctive component parts.

12. Armour plates.

13. Ferro alloys, including ferro-tungsten, ferro-molybdenum, ferro-manganese, ferro-vanadium, ferro-chrome.

14. The following metals: Tungsten, molybdenum, vanadium, nickel, selenium, cobalt, hæmatite pig-iron, manganese.

15. The following ores: Wolframite, scheelite, molybdenite, manganese ore, nickel ore, chrome ore, hæmatite iron ore, zinc ore, lead ore, bauxite.

16. Aluminium, alumina and salts of aluminium.

17. Antimony, together with the sulphides and oxides of antimony.

18. Copper, unwrought and part wrought, and copper wire.

19. Lead, pig, sheet, or pipe.

20. Barbed wire, and implements for fixing and cutting the same.

21. Warships, including boats and their distinctive component parts of such a nature that they can only be used on a vessel of war.

22. Submarine sound signalling apparatus.

23. Aeroplanes, airships, balloons, and aircraft of all kinds, and their component parts, together with accessories and articles recognisable as intended for use in connection with balloons and aircraft.

24. Motor vehicles of all kinds and their component parts.

25. Tyres for motor vehicles and for cycles, together with articles or materials especially adapted for use in the manufacture or repair of tyres.

26. Rubber (including raw, waste, and reclaimed rubber) and goods made wholly of rubber.

27. Iron pyrites.

28. Mineral oils and motor spirit, except lubricating oils.

29. Implements and apparatus designed exclusively for the manufacture of munitions of war, for the manufacture or repair of arms, or war material for use on land and sea.

Schedule II.

1. Foodstuffs.

2. Forage and feeding stuffs for animals.

3. Clothing, fabrics for clothing, and boots and shoes suitable for use in war.

4. Gold and silver in coin or bullion; paper money.

5. Vehicles of all kinds, other than motor vehicles, available for use in war, and their component parts.

6. Vessels, craft, and boats of all kinds; floating docks, parts of docks, and their component parts.

7. Railway materials, both fixed and rolling stock, and materials for telegraphs, wireless telegraphs, and telephones.

8. Fuel, other than mineral oils. Lubricants.

9. Powder and explosives not specially prepared for use in war.

10. Horseshoes and shoeing materials.

11. Harness and saddlery.

12. Hides of all kinds, dry or wet; pigskins, raw or dressed; leather, undressed or dressed, suitable for saddlery, harness, or military boots.

13. Field glasses, telescopes, chronometers, and all kinds of nautical instruments.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this twenty-third day of *December*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and fourteen, and in the fifth year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Adding to the List of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the twenty-third day of December, 1914, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities or until We did give further public notice, and

Whereas it is expedient to make certain additions to the lists contained in the said Proclamation:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that during the continuance of the war or until We do give further public notice the following articles will be treated as absolute contraband in addition to those set out in Our Royal Proclamation aforementioned:

Raw wool, wool tops and noils and woollen and worsted yarns.
Tin, chloride of tin, tin ore.
Castor oil.
Paraffin wax.
Copper iodide.
Lubricants.
Hides of cattle, buffaloes, and horses; skins of calves, pigs, sheep, goats, and deer; leather, undressed or dressed, suitable for saddlery, harness, military boots, or military clothing.
Ammonia and its salts whether simple or compound; ammonia liquor; urea, aniline, and their compounds.

And We do hereby further declare that the following articles will be treated as conditional contraband in addition to those set out in Our Royal Proclamation aforementioned:

Tanning substances of all kinds (including extracts for use in tanning).

And We do hereby further declare that the terms „foodstuffs“ and „feeding stuffs for animals“ in the list of conditional contraband contained in Our Royal Proclamation aforementioned shall be deemed to include oleaginous seeds, nuts and kernels; animal and vegetable oils and fats (other than linseed oil) suitable for use in the manufacture of margarine; and cakes and meals made from oleaginous seeds, nuts and kernels.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this eleventh day of *March*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and fifteen, and in the Fifth year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Making certain further Additions to and Amendments in the List of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the twenty-third day of December, 1914, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities or until We did give further public notice; and

Whereas on the eleventh day of March, 1915, We did by Our Royal Proclamation of that date make certain additions to the list of articles to be treated as contraband of war; and

Whereas it is expedient to make certain further additions to and amendments in the said list:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that during the continuance of the war, or until We do give further public notice, the following articles will be treated as absolute contraband in addition to those set out in Our Royal Proclamations aforementioned:

Toluol, and mixtures of toluol, whether derived from coal-tar, petroleum, or any other source;

Lathes and other machines or machine-tools capable of being employed in the manufacture of munitions of war;

Maps and plans of any place within the territory of any belligerent, or within the area of military operations, on a scale of four miles to one inch or on any larger scale, and reproductions on any scale by photography or otherwise of such maps or plans.

And We do hereby further declare that item 4 of Schedule I of Our Royal Proclamation of the twenty-third day of December aforementioned shall be amended as from this date by the omission of the words „and all other metallic acetates" after the words „calcium acetate."

And We do hereby further declare that in Our Royal Proclamation of the eleventh day of March aforementioned the words „other than linseed oil" shall be deleted and that the following article will as from this date be treated as conditional contraband:

Linseed oil.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this Twenty-seventh day of *May*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and fifteen, and in the Sixth year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Adding to the List of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the 23rd day of December, 1914, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities or until We did give further notice; and

Whereas on the 11th day of March and on the 27th day of May, 1915, We did, by Our Royal Proclamations of those dates, make certain additions to the list of articles to be treated as contraband of war; and

Whereas it is expedient to make certain further additions to the said lists:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that during the continuance of the war or until We do give further public notice, the following articles will be treated as absolute contraband in addition to those set out in Our Royal Proclamations aforementioned:

Raw cotton, cotton linters, cotton waste, and cotton yarns.

And We do hereby further declare that this Our Royal Proclamation shall take effect from the date of its publication in the London Gazette.

Given at Our Court at the *Royal Pavilion*, *Aldershot Camp*, this twentieth day of *August*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and fifteen, and in the Sixth Year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Revising the List of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the 23rd day of December, 1914, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities or until We did give further public notice; and

Whereas on the 11th day of March, and on the 27th day of May, and on the 20th day of August, 1915, We did, by Our Royal Proclamations of those dates, make certain additions to the lists of articles to be treated as contraband of war; and

Whereas it is expedient to make certain further additions to and amendments in the said lists:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that the lists of contraband contained in the Schedules to Our Royal Proclamation of the 23rd day of December, as subsequently amended by Our Proclamations of the 11th day of March, and of the 27th day of May, and of the 20th day of August aforementioned, are hereby withdrawn, and that in lieu thereof, during the continuance of the war or until We do give further public notice, the articles enumerated in Schedule I. hereto will be treated as absolute contraband, and the articles enumerated in Schedule II. hereto will be treated as conditional contraband.

Schedule I.

1. Arms of all kinds, including arms for sporting purposes, and their component parts.

2. Implements and apparatus designed exclusively for the manufacture of munitions of war, or for the manufacture or repair of arms or of war material for use on land or sea.

3. Lathes and other machines or machine tools capable of being employed in the manufacture of munitions of war.

4. Emery, corundum, natural and artificial (alundum), and carborundum, in all forms.

5. Projectiles, charges, and cartridges of all kinds, and their component parts.

6. Paraffin wax.

7. Powder and explosives specially prepared for use in war.

8. Materials used in the manufacture of explosives, including: Nitric acid and nitrates of all kinds; sulphuric acid; fuming sulphuric acid (oleum); acetic acid and acetates; barium chlorate and perchlorate; calcium acetate, nitrate and carbide; potassium salts and caustic potash; ammonium salts and ammonia liquor; caustic soda, sodium chlorate and perchlorate; mercury; benzol, toluol, xylol, solvent naphtha, phenol (carbolic acid), cresol, naphthalene, and their mixtures and derivatives; aniline, and its derivatives; glycerine; acetone; acetic ether; ethyl alcohol; methyl alcohol; ether; sulphur; urea; cyanamide; celluloid.

9. Manganese dioxide; hydrochloric acid; bromine; phosphorus; carbon disulphide; arsenic and its compounds; chlorine; phosgene (carbonyl chloride). ulphur dioxide; prussiate of soda; sodium cyanide; iodine and its compounds.

10. Capsicum and peppers.

11. Gun mountings, limberboxes, limbers, military waggons, field forges, and their component parts; articles of camp equipment and their component parts.

12. Barbed wire and the implements for fixing and cutting the same.

13. Range-finders and their component parts; searchlights and their component parts.

14. Clothing and equipment of a distinctively military character.

15. Saddle, draught, and pack animals suitable, or which may become suitable, for use in war.

16. All kinds of harness of a distinctively military character.

17. Hides of cattle, buffaloes, and horses; skins of calves, pigs, sheep, goats, and deer; and leather, undressed or dressed, suitable for saddlery, harness, military boots, or military clothing; leather belting, hydraulic leather, and pump leather.

18. Tanning substances of all kinds, including quebracho wood and extracts for use in tanning.

19. Wool, raw, combed or carded; wool waste; wool tops and noils; woollen or worsted yarns; animal hair of all kinds, and tops, noils and yarns of animal hair.

20. Raw cotton, linters, cotton waste, cotton yarns, cotton piece goods, and other cotton products capable of being used in the manufacture of explosives.

21. Flax; hemp; ramie; kapok.

22. Warships, including boats and their component parts of such a nature that they can only be used on a vessel of war.

23. Submarine sound-signalling apparatus.

24. Armour plates.

25. Aircraft of all kinds, including aeroplanes, airships, balloons and their component parts, together with accessories and articles suitable for use in connection with aircraft.

26. Motor vehicles of all kinds and their component parts.

27. Tyres for motor vehicles and for cycles, together with articles or materials especially adapted for use in the manufacture or repair of tyres.

28. Mineral oils, including benzine and motor spirit.

29. Resinous products, camphor and turpentine (oil and spirit); wood tar and wood-tar oil.

30. Rubber (including raw, waste, and reclaimed rubber, solutions and jellies containing rubber, or any other preparations containing rubber, balata, and gutta-percha, and the following varieties of rubber, viz.: Borneo, Guayule, Jelutong, Palembang, Pontianac, and all other substances containing caoutchouc), and goods made wholly or partly of rubber.

31. Rattans.

32. Lubricants.

33. The following metals: Tungsten, molybdenum, vanadium, sodium, nickel, selenium, cobalt, hæmatite pig-iron, manganese, electrolytic iron, and steel containing tungsten or molybdenum.

34. Asbestos.

35. Aluminium, alumina, and salts of aluminium.

36. Antimony, together with the sulphides and oxides of antimony.

37. Copper, unwrought and part wrought; copper wire; alloys and compounds of copper.

38. Lead, pig, sheet, or pipe.

39. Tin, chloride of tin, and tin ore.

40. Ferro alloys, including ferro-tungsten, ferro-molybdenum, ferro-manganese, ferro-vanadium, and ferro-chrome.

41. The following ores: Wolframite, scheelite, molybdenite, manganese ore, nickel ore, chrome ore, hæmatite iron ore, iron pyrites, copper pyrites and other copper ores, zinc ore, lead ore, arsenical ore, and bauxite.

42. Maps and plans of any place within the territory of any belligerent, or within the area of military operations, on a scale of 4 miles to 1 inch or any larger scale, and reproductions on any scale, by photography or otherwise, of such maps or plans.

Schedule II.

1. Foodstuffs.
2. Forage and feeding stuffs for animals.
3. Oleaginous seeds, nuts and kernels.
4. Animal, fish, and vegetable oils and fats, other than those capable of use as lubricants, and not including essential oils.
5. Fuel, other than mineral oils.
6. Powder and explosives not specially prepared for use in war.
7. Horseshoes and shoeing materials.
8. Harness and saddlery.
9. The following articles, if suitable for use in war: Clothing, fabrics for clothing, skins and furs utilisable for clothing, boots and shoes.
10. Vehicles of all kinds, other than motor vehicles, available for use in war, and their component parts.
11. Railway materials, both fixed and rolling stock, and materials for telegraphs, wireless telegraphs, and telephones.
12. Vessels, craft, and boats of all kinds; floating docks and their component parts; parts of docks.
13. Field glasses, telescopes, chronometers, and all kinds of nautical instruments.
14. Gold and silver in coin or bullion; paper money.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this fourteenth day of *October*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and fifteen, and in the Sixth year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Making certain Additions to and Amendments in the List of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the 14th day of October, 1915, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities or until We did give further public notice; and

Whereas it is expedient to make certain further additions to and amendments in the said list:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council that, during the continuance of the war or until We do give further public notice, the following articles will be treated as absolute contraband, in addition to those set out in Schedule I of Our Royal Proclamation aforementioned:

Cork, including cork dust.

Bones in any form, whole or crushed, and bone ash.

Soap.

Vegetable fibres and yarns made therefrom.

And We do hereby further declare that as from this date the following amendments shall be made in Schedule I of Our Royal Proclamation aforementioned:

In item 8, for „acetone" shall be substituted „acetones, and raw or finished materials usable for their preparation".

In item 9, for „phosphorus" shall be substituted „phosphorus and its compounds".

In item 26 there shall be added after the word „parts" the words „and accessories".

In item 38 the more general term „lead" shall be substituted for the words „lead, pig, sheet, or pipe".

And We do hereby further declare that the following articles shall as from this date be treated as conditional contraband in addition to those set out in Schedule II of Our Royal Proclamation aforementioned:

Casein.

Bladders, guts, casings, and sausage skins.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this twenty-seventh day of *January*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and sixteen, and in the Sixth year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Making certain Additions to and Amendments in the List of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the 14th day of October, 1915, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities, or until We did give further public notice;

And whereas on the 27th day of January, 1916, We did by Our Royal Proclamation of that date make certain additions to and modifications in the list of articles to be treated as contraband;

And whereas it is expedient to make certain further additions to and modifications in the said list:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that during the continuance of the war or until We do give further public notice, the following articles will be treated as absolute contraband in addition to those set out in Our Royal Proclamations aforementioned:

Gold, silver, paper money, and all negotiable instruments and realisable securities.

Metallic chlorides, except chloride of sodium; metalloidic chlorides; halogen compounds of carbon.

Starch.

Borax, boric acid, and other boron compounds.

Sabadilla seeds and preparations therefrom.

And We do hereby further declare that as from this date the following amendments shall be made in Schedule I of Our Royal Proclamation aforesaid:

In item 3 the following shall be substituted for the present wording: „Lathes, machines, and tools capable of being employed in the manufacture of munitions of war."

In item 8 for „ether" shall be substituted „formic ether; sulphuric ether".

And We do hereby further declare that no gold, silver, or paper money captured after this date shall be treated as conditional contraband, and that, except as to captures already effected, item 14 shall as from this date be struck out of Schedule II of Our Royal Proclamation aforementioned.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this twelfth day of *April*, in the year of our Lord, one thousand nine hundred and sixteen, and in the Sixth year of Our Reign.

God save the King.

List of Articles declared to be Contraband of War.*)

The articles declared to be contraband of war in the Proclamations now in force have been arranged alphabetically in the accompanying list. It is hoped that this will be convenient to all parties concerned.

The list comprises the articles which have been declared to be absolute contraband as well as those which have been declared to be conditional contraband. The circumstances of the present war are so peculiar that His Majesty's Government consider that for practical purposes the distinction

*) Parliamentary Papers. Miscellaneous No. 12 (1916).

between the two classes of contraband has ceased to have any value. So large a proportion of the inhabitants of the enemy country are taking part, directly or indirectly, in the war that no real distinction can now be drawn between the armed forces and the civilian population. Similarly, the enemy Government has taken control, by a series of decrees and orders, of practically all the articles in the list of conditional contraband, so that they are now available for Government use. So long as these exceptional conditions continue our belligerent rights with respect to the two kinds of contraband are the same, and our treatment of them must be identical.

Foreign Office, April 13, 1916.

List of Articles.

Acetic acid and acetates.
Acetic ether.
Acetones, and raw and finished materials, usable for their preparation.
Aircraft of all kinds, including aeroplanes, airships, balloons, and their component parts, together with accessories and articles suitable for use in connection with aircraft.
Aluminium, alumina, and salts of aluminium.
Ammonia liquor.
Ammonium salts.
Aniline and its derivatives.
Animals, saddle, draught, or pack, suitable, or which may become suitable, for use in war.
Antimony, together with the sulphides and oxides of antimony.
Apparatus designed exclusively for the manufacture of munitions of war, or for the manufacture or repair of arms or of war material for use on land or sea.
Armour plates.
Arms of all kinds, including arms for sporting purposes, and their component parts.
Arsenic and its compounds.
Arsenical ore.
Articles especially adapted for use in the manufacture or repair of tyres.
Asbestos.
Barbed wire.
Barium chlorate and perchlorate.
Bauxite.
Benzol and its mixtures and derivatives.
Bladders, guts, casings, and sausage skins.
Bones in any form, whole or crushed, and bone ash.
Boots and shoes suitable for use in war.
Borax, boric acid, and other boron compounds.
Bromine.
Calcium acetate, calcium nitrate, and calcium carbide.
Camp equipments, articles of, and their component parts.
Camphor.
Capsicum.
Carbon disulphide.
Carbon, halogen compounds of.
Carbonyl chloride.
Carborundum in all forms.
Casein.
Caustic potash and caustic soda.
Celluloid.
Charges and cartridges of all kinds and their component parts.

Chlorides, metallic (except chloride of sodium) and metalloidic.
Chlorine.
Chrome ore.
Chronometers.
Clothing and fabrics for clothing suitable for use in war.
Clothing of a distinctively military character.
Cobalt.
Copper pyrites and other copper ores.
Copper unwrought and part wrought, copper wire, alloys and compounds of copper.
Cork, including cork dust.
Corundum, natural and artificial (alundum), in all forms.
Cotton, raw, linters, cotton waste, cotton yarns, cotton piece-goods, and other cotton products capable of being used in the manufacture of explosives.
Cresol and its mixtures and derivatives.
Cyanamide.
Docks, parts of.
Emery in all forms.
Equipment of a distinctively military character.
Ethyl alcohol.
Explosives, whether specially prepared for use in war or not.
Ferro alloys, including ferro-tungsten, ferro-molybdenum, ferro-manganese, ferro-vanadium, and ferro-chrome.
Field forges and their component parts.
Field glasses.
Flax.
Floating docks and their component parts.
Foodstuffs.
Forage and feeding stuffs for animals.
Formic ether.
Fuel, other than mineral oils.
Fuming sulphuric acid.
Furs utilisable for clothing suitable for use in war.
Glycerine.
Gold.
Gun mountings and their component parts.
Hair, animal, of all kinds, and tops, noils, and yarns of animal hair.
Harness and saddlery.
Harness of a distinctively military character, all kinds of.
Hemp.
Hides of cattle, buffaloes, and horses.
Horseshoes and shoeing material.
Hydrochloric acid.
Implements designed exclusively for the manufacture of munitions of war, or for the manufacture or repair of arms or of war material for use on land or sea.
Implements for fixing and cutting barbed wire.
Iodine and its compounds.
Iron, electrolytic.
Iron, hæmatite and hæmatite iron ore.
Iron pyrites.
Kapok.
Lathes capable of being employed in the manufacture of munitions of war.
Lead and lead ore.
Leather belting, hydraulic leather, pump leather.
Leather, undressed or dressed, suitable for saddlery, harness, military boots, or military clothing.
Limbers and limber-boxes and their component parts.
Lubricants.
Machines capable of being employed in the manufacture of munitions of war.
Manganese and manganese ore.
Manganese dioxide.
Maps and plans of any place within the territory of any belligerent, or within the area of military opera-

tions, on a scale of 4 miles to 1 inch or any larger scale, and reproductions on any scale, by photography, or otherwise, of such maps or plans.
Materials especially adapted for use in the manufacture or repair of tyres.
Materials used in the manufacture of explosives.
Mercury.
Methyl alcohol.
Military waggons and their component parts.
Mineral oils, including benzine and motor spirit.
Molybdenum and molybdenite.
Motor vehicles of all kinds and their component parts and accessories.
Naphthalene and its mixtures and derivatives.
Nautical instruments, all kinds of.
Negotiable instruments.
Nickel and nickel ore.
Nitric acid and nitrates of all kinds.
Oils and fats, animal, fish, and vegetable, other than those capable of use as lubricants, and not including essential oils.
Oleaginous seeds, nuts, and kernels.
Oleum.
Paper money.
Paraffin wax.
Peppers.
Phenol (carbolic acid) and its mixtures and derivatives.
Phosphorus and its compounds.
Phosgene.
Potassium salts.
Powders, whether specially prepared for use in war or not.
Projectiles of all kinds and their component parts.
Prussiate of soda.
Railway materials, both fixed and rolling stock.
Ramie.
Rangefinders and their component parts.
Rattans.
Realisable securities.
Resinous products.
Rubber (including raw, waste, and reclaimed rubber solutions and jellies containing rubber, or any other preparations containing rubber, balata, and gutta-percha, and the following varieties of rubber, viz., Borneo, Guayule, Jelutong, Palembang, Pontianac. and all other substances containing caoutchouc), and goods made wholly or partly of rubber.
Sabadilla seeds and preparations therefrom.
Scheelite.
Searchlights and their component parts.
Selenium.
Silver.
Skins of calves, pigs, sheep, goats. and deer.
Skins utilisable for clothing suitable for use in war.
Soap.
Sodium.
Sodium chlorate and perchlorate.
Sodium cyanide.
Solvent naphtha and its mixtures and derivatives.
Starch.
Steel containing tungsten or molybdenum.
Submarine sound signalling apparatus.
Sulphur.
Sulphur dioxide.
Sulphuric acid.
Sulphuric ether.
Tanning substances of all kinds. including quebracho wood and extracts for use in tanning.
Telegraphs, materials for.

Telephones, materials for.
Telescopes.
Tin, chloride of tin, and tin-ore.
Toluol and its mixtures and derivatives.
Tools capable of being employed in the manufacture of munitions of war.
Tungsten.
Turpentine (oil and spirit).
Tyres for motor vehicles and for cycles.
Urea.
Vanadium.
Vegetable fibres and yarns made therefrom.
Vehicles of all kinds, other than motor vehicles, available for use in war, and their component parts.
Vessels, craft, and boats of all kinds.
Warships, including boats and their component parts of such a nature that they can only be used on a vessel of war.
Wireless telegraphs, materials for.
Wolframite.
Wood tar and wood tar oil.
Wool, raw, combed, or carded; wool waste; wool tops and noils; woollen or worsted yarns.
Xylol and its mixtures and derivatives.
Zinc ore.

By the King.

A Proclamation Making certain Additions to the List of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the 14th day of October, 1915, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities, or until We did give further public notice; and

Whereas on the 27th day of January, 1916, and the 12th day of April, 1916, We did by Our Royal Proclamations of those dates make certain additions to and modifications in the said list of articles to be treated as contraband; and

Whereas it is expedient to make certain further additions to the said list:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council that during the continuance of the war or until We do give further public notice, the following articles will be treated as absolute contraband in addition to those set out in Our Royal Proclamations aforementioned:

Electric appliances adapted for use in war and their component parts.
Asphalt, bitumen, pitch, and tar.
Sensitized photographic films, plates, and paper.
Felspar.
Goldbeaters' skin.
Talc.
Bamboo.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this Twenty-seventh day of *June*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and sixteen, and in the Seventh year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Making certain Additions to and Amendments in the List of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the 14th day of October, 1915, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities, or until We did give further public notice;

And whereas, on the 27th day of January, 1916, the 12th day of April, 1916, and the 27th day of June, 1916, We did, by Our Royal Proclamations of those dates, make certain additions to and modifications in the said list of articles to be treated as contraband;

And whereas it is expedient to make certain further additions to the said list:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that during the continuance of the war or until We do give further public notice, the following articles will be treated as absolute contraband, in addition to those set out in Our Royal Proclamations aforementioned:

Insulating materials, raw and manufactured.
Fatty acids.
Cadmium, cadmium alloys, and cadmium ore.
Albumen.

And We do hereby further declare that as from this date the following amendments shall be made in Schedule 1 of Our Royal Proclamation of the 14th day of October, 1915, aforementioned:

For item 6, „paraffin wax", there shall be substituted „waxes of all kinds".

And We do hereby further declare that the following article shall as from this date be treated as conditional contraband in addition to those set out in Our Royal Proclamations aforementioned:

Yeast.

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this Third day of *October*, in the year of our Lord One thousand nine hundred and sixteen, and in the Seventh year of Our Reign.

God save the King.

Whereas, on the 14th day of October, 1915, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities, or until We did give further public notice, and

Whereas, on the 27th day of January, 1916, the 12th day of April, 1916, the 27th day of June, 1916, and the 3rd day of October, 1916,

We did, by Our Royal Proclamations of those dates, make certain additions to and modifications in the said list of articles to be treated as contraband, and

Whereas it is expedient to make certain further additions to the said list:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that during the continuance of the war or until We do give further public notice, the following articles will be treated as absolute contraband, in addition to those set out in Our Royal Proclamations aforementioned:

Diamonds suitable for industrial purposes.
Silk in all forms and the manufactures thereof; silk cocoons.
Artificial silk and the manufactures thereof.
Quillaia bark.
Zirconium, cerium, thorium, and all alloys and compounds thereof.
Zirconia and monazite sand.

And We do hereby further declare that, as from this date, the following amendments shall be made in Schedule 1 of Our Royal Proclamation of the 14th day of October, 1915, aforementioned:

For item 4, „emery, corundum, natural and artificial (alundum), and carborundum in all forms," there shall be substituted „emery, corundum, carborundum, and all other abrasive materials whether natural or artificial, and the manufactures thereof."

And We do hereby further declare that, as from this date, the following amendments shall be made in Our Royal Proclamation of the 12th day of April, 1916, aforementioned:

For „gold, silver, paper money, and all negotiable instruments and realisable securities," there shall be substituted „gold, silver, paper money, securities, negotiable instruments, cheques, drafts, orders, warrants, coupons, letters of credit delegation or advice, credit and debit notes, or other documents, which in themselves, or if completed, or if acted upon by the recipient, authorise, confirm, or give effect to the transfer of money, credit, or securities."

And We do hereby further declare that the following articles shall, as from this date, be treated as conditional contraband in addition to those set out in Our Royal Proclamations aforementioned:

Sponges, raw and prepared.
Glue, gelatine, and substances used in the manufacture thereof.
Empty barrels and casks of all kinds and their component parts.

Given at our Court, at *Buckingham Palace*, this twenty-third day of *November*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and sixteen, and in the Seventh year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Making Certain Additions to, and Amendments in, the List of Articles to be Treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the 14th day of October, 1915, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities, or until We did give further public notice; and

Whereas on the 27th day of January, 1916, the 12th day of April, 1916, the 27th day of June, 1916, the 3rd day of October, 1916, and the 23rd day of November, 1916, We did, by Our Royal Proclamations of those dates, make certain additions to and modifications in the said list of articles to be treated as contraband; and

Whereas it is expedient to make certain further additions to the said list:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that during the continuance of the war or until We do give further public notice, the following articles will be treated as absolute contraband, in addition to those set out in Our Royal Proclamations aforementioned:

Oxalic acid and oxalates.
Formic acid and formates.
Phenates.
Metallic sulphites and thiosulphates.
Soda lime, and bleaching powder.
Platinum, osmium, ruthenium, rhodium, palladium, irridium, and the alloys and compounds of these metals.
Strontium salts and compounds thereof.
Sulphate of barium (barytes).
Bone black.

And We do hereby further declare that, as from this date, the following amendments shall be made in Schedule I of Our Royal Proclamation of the 14th October, 1915, aforementioned:

For item 8, „ethyl alcohol; methyl alcohol", there shall be substituted „Alcohols, including fusel oil and wood spirit, and their derivatives and preparations".

For item 35, „aluminium, alumina, and salts of aluminium", there shall be substituted „aluminium and its alloys, alumina, and salts of aluminium".

For item 41, „wolframite, scheelite", there shall be substituted „tungsten ores".

And We do hereby further declare that, as from this date, the following amendments shall be made in Schedule II of Our Royal Proclamation of the 14th October, 1915, aforementioned:

For item 5, „fuel, other than mineral oils“, there shall be substituted „fuel, including charcoal, other than mineral oils.“

Given at Our Court at *Buckingham Palace*, this Twenty-ninth day of *December*, in the year of our Lord one thousand nine hundred and sixteen, and in the Seventh year of Our Reign.

God save the King.

By the King.

A Proclamation Consolidating, with Additions and Amendments, the Lists of Articles to be treated as Contraband of War.

George R. I.

Whereas on the 14th day of October, 1915, We did issue Our Royal Proclamation specifying the articles which it was Our intention to treat as contraband during the continuance of hostilities or until We did give further public notice:

And whereas on the 27th day of January, and on the 12th day of April, and on the 27th day of June, and on the 3rd day of October, and on the 23rd day of November, and on the 29th day of December, 1916, We did by Our Royal Proclamations of those dates, make certain additions to the lists of articles to be treated as contraband of war:

And whereas it is expedient to make certain additions to and amendments in the said lists, and to consolidate and re-issue the same in alphabetical order:

Now, therefore, We do hereby declare, by and with the advice of Our Privy Council, that the lists of contraband contained in the Schedules to Our Royal Proclamation of the 14th day of October, 1915, as subsequently amended by Our Proclamations of the 27th day of January, and of the 12th day of April, and of the 27th day of June, and of the 3rd day of October, and of the 23rd day of November, and of the 29th day of December, 1916, aforementioned, are hereby withdrawn, and that, in lieu thereof, during the continuance of the war or until We do give further public notice, the articles enumerated in Schedule I hereto will be treated as absolute contraband, and the articles enumerated in Schedule II hereto will be treated as conditional contraband.

Schedule I.

Abrasive materials. (See „Emery“.)
Acetic acid and acetates.
Acetic anhydride.
Acetic ether.
Acetones, and raw or finished materials usable for their preparation.
Aicraft of all kinds, including aeroplanes, airships, balloons, and their component parts, together with accessories and articles suitable for use in connection with aircraft.
Albumen.

Alcohols, including fusel oil and wood spirit, and their derivatives and preparations.
Aluminium, and its alloys, alumina. and salts of alumina.
Ammonia.
Ammonia liquor.
Ammonium salts.
Aniline and its derivatives.
Animals, saddle, draught, and pack, suitable, or which may become suitable, for use in war.
Antimony, and the sulphides and oxides of antimony.
Apparatus which can be used for the storage or projecting of compressed or liquefied gases, flame, acids, or other destructive agents capable of use in warlike operations, and their component parts.
Armour plates.
Arms of all kinds, including arms for sporting purposes, and their component parts.
Arsenic and its compounds.
Arsenical ore.
Asbestos.
Asphalt.
Balata. (See „Rubber".)
Bamboo.
Barbed wire, and the implements for fixing and cutting the same.
Barium chlorate and perchlorate.
Barium sulphate (barytes).
Bauxite.
Benzine. (See „Mineral Oils".)
Benzol and its mixtures and derivatives.
Bitumen.
Bleaching powder.
Bone black.
Bones in any form, whole or crushed; bone ash.
Borax, boric acid, and other boron compounds.
Bromine.
Cadmium, cadmium alloys, and cadmium ore.
Calcium acetate, nitrate, and carbide.
Calcium sulphate.
Camp equipment, articles of, and their component parts.
Camphor.
Capsicum.
Carbolic acid. (See „Phenol".)
Carbon disulphide.
Carbon, halogen compounds of.
Carborundum. (See „Emery".)
Carbonyl chloride. (See „Phosgene".)
Cartridges. (See „Projectiles".)
Caustic potash.
Caustic soda.
Celluloid.
Cerium, and its alloys and compounds.
Charges. (See „Projectiles".)
Cheques. (See „Gold".)
Chloride of lime.
Chlorides, metallic (except chloride of sodium), and metalloidic.
Chlorine.
Chromium and its alloys, salts, compounds and ores.
Clothing and equipment of a distinctively military character.
Cobalt and its alloys, salts, compounds and ores.
Copper pyrites, and other copper ores.
Copper, unwrought and part wrought; copper wire; alloys and compounds of copper.
Cork, including cork dust.
Corundum. (See „Emery".)
Cotton, raw, linters, cotton waste, cotton yarns, cotton piece-goods, and other cotton products capable of being used in the manufacture of explosives.
Coupons. (See „Gold".)
Credit notes. (See „Gold".)
Cresol and its mixtures and derivatives.
Cyanamide.

Debit notes. (See „Gold“.)
Diamonds suitable for industrial purposes.
Electrical appliances adapted for use in war and their component parts.
Electrolytic iron.
Emery, corundum, carborundum, and all other abrasive materials, whether natural or artificial, and the manufactures thereof.
Equipment. (See „Clothing“.)
Explosives, materials used in the manufacture of.
Explosives specially prepared for use in war.
Fatty acids.
Felspar.
Ferro-alloys of all kinds.
Ferro-silicon.
Fibres, vegetable, and yarns made therefrom.
Financial documents. (See „Gold“.)
Flax.
Forges, field, and their component parts.
Formic acid and formates.
Formic ether.
Fusel oil. (See „Alcohols“.)
Gases for war purposes and materials for production thereof.
Glycerine.
Gold, silver, paper-money, securities, negotiable instruments, cheques, drafts, orders, warrants, coupons, letters of credit, delegation, or advice, credit and debit notes, or other documents which in themselves, or if completed, or if acted upon by the recipient, authorise, confirm, or give effect to the transfer of money, credit, or securities.
Goldbeaters' skin.
Gun-mountings and their component parts.
Gutta-percha. (See „Rubber“.)
Haematite iron ore.
Haematite pig-iron.
Hair, animal, of all kinds, and tops, and noils and yarns of animal hair.
Harness, of all kinds, of a distinctively military character.
Hemp.
Hides of cattle, buffaloes, and horses.
Hydrochloric acid.
Implements and apparatus designed exclusively for the manufacture of munitions of war, or for the manufacture or repair of arms or of war material for use on land or sea.
Incendiary materials for war purposes.
Insulating materials, raw and manufactured.
Iodine and its compounds.
Iridium and its alloys and compounds.
Iron (electrolytic).
Iron pyrites.
Kapok.
Lathes, machines, and tools, capable of being employed in the manufacture of munitions of war.
Lead and lead ore.
Leather, undressed or dressed, suitable for saddlery, harness, military boots, or military clothing.
Leather belting; hydraulic leather; pump leather.
Letters of credit, delegation, or advice. (See „Gold“.)
Light producing materials for war purposes.
Limbers and limber-boxes and their component parts.
Lithium. (See „Strontium“.)
Lubricants.
Machines. (See „Lathes“.)
Manganese and manganese ore.
Manganese dioxide.
Maps and plans of any place within the territory of any belligerent, or within the area of military operations, on a scale of 4 miles to 1 inch or any larger scale, and reproductions

on any scale, by photography or otherwise, of such maps or plans.
Mercury.
Metallic sulphites and thiosulphates.
Mineral oils, including benzine and motorspirit.
Molybdenum and molybdenite.
Monazite sand.
Motor-spirit. (See „Mineral oils".)
Motor vehicles of all kinds, and their component parts and accessories.
Naphtha. (See „Solvent naphtha".)
Naphthalene and its mixtures and derivatives.
Negotiable instruments. (See „Gold".)
Nickel and its alloys, salts, compounds and ores.
Nitrates of all kinds.
Nitric acid.
Oleum. (See „Sulphuric acid".)
Orders. (See „Gold".)
Osmium and its alloys and compounds.
Oxalic acid and oxalates.
Palladium and its alloys and compounds.
Paper-money. (See „Gold".)
Peppers.
Phenates.
Phenol (carbolic acid) and its mixtures and derivatives.
Phosgene (Carbonyl Chloride).
Phosphorus and its compounds.
Photographic films, plates, and paper, sensitised.
Pitch.
Platinum and its alloys and compounds.
Potassium salts.
Powder specially prepared for use in war.
Projectiles, charges, cartridges, and grenades of all kinds, and their component parts.
Prussiate of soda.
Quebracho wood. (See „Tanning substances".)
Quillaia bark.
Ramie.
Rangefinders and their component parts.
Rattans.
Resinous products.
Rhodium and its alloys and compounds.
Rubber (including raw, waste, and reclaimed rubber, solutions and jellies containing rubber, and any other preparations containing balata and gutta-percha, and the following varieties of rubber, viz.: Borneo, Guayule, Jelutong, Palembang, Pontianac, and all other substances containing caoutchouc), and goods made wholly or partly of rubber.
Ruthenium and its alloys and compounds.
Sabadilla, seeds and preparations thereof.
Searchlights and their component parts.
Securities. (See „Gold".)
Selenium.
Silk, artificial, and the manufactures thereof.
Silk, in all forms, and the manufactures thereof; silk cocoons.
Silver. (See „Gold".)
Skins of calves, pigs, sheep, goats, and deer.
Smoke producing materials for war purposes.
Soap.
Soda lime.
Sodium.
Sodium chlorate and perchlorate.
Sodium cyanide.
Solvent naphtha and its mixtures and derivatives.
Starch.
Steel containing tungsten or molybdenum.
Strontium and lithium compounds and mixtures containing the same.

Submarine sound-signalling apparatus.
Sulphur.
Sulphur dioxide.
Sulphuric acid; fuming sulphuric acid (oleum).
Sulphuric ether.
Talc.
Tanning substances of all kinds, including quebracho wood, and extracts for use in tanning.
Tantalum and its alloys, salts, compounds and ores.
Tar.
Thiosulphates. (See „Metallic sulphites“.)
Thorium and its alloys and compounds.
Tin; chloride of tin; tin-ore.
Titanium and its salts and compounds; titanium ore.
Toluol and its mixtures and derivatives.
Tools. (See „Lathes“.)
Tungsten and its alloys and compounds; tungsten ores.
Turpentine (oil and spirit).
Tyres for motor vehicles and for cycles, together with articles or materials especially adapted for use in the manufacture or repair of tyres.
Uranium and its salts and compounds; uranium ore.
Urea.
Vanadium and its alloys, salts, compounds and ores.
Vegetable fibres. (See „Fibres“.)
Waggons, military, and their component parts.
Warrants. (See „Gold“.)
Warships, including boats and their component parts of such a nature that they can only be used on a vessel of war.
Waxes of all kinds.
Wire, barbed. (See „Barbed wire“.)
Wire, steel and iron.
Wood spirit. (See „Alcohols“.)
Wood tar and wood-tar oil.
Woods of all kinds capable of use in war.
Wool, raw, combed, or carded; wool waste; wool tops and noils; woollen or worsted yarns.
Xylol and its mixtures and derivatives.
Zinc and its alloys.
Zinc ore.
Zirconia.
Zirconium and its alloys and compounds.

Schedule II.

Algae, lichens, and mosses.
Barrels and casks, empty, of all kinds, and their component parts.
Bladders.
Boots and shoes, suitable for use in war.
Casein.
Casings.
Casks. (See „Barrels“.)
Charcoal. (See „Fuel“.)
Chronometers.
Clothing and fabrics for clothing, suitable for use in war.
Docks, floating, and their component parts; parts of docks.
Explosives not specially prepared for use in war.
Field glasses.
Foodstuffs.
Forage and feeding-stuffs for animals.
Fuel, including charcoal, other than mineral oils.
Furs utilisable for clothing suitable for use in war.
Gelatine and substances used in the manufacture thereof.
Glue and substances used in the manufacture thereof.
Guts.
Harness and saddlery.

Horse-shoes and shoeing materials.
Lichens. (See „Algae".)
Mosses. (See „Algae".)
Nautical instruments, all kinds of.
Oils and fats, animal, fish, and vegetable, other than those capable of use as lubricants, and not including essential oils.
Oleaginous seeds, nuts, and kernels.
Powder not specially prepared for use in war.
Railway materials; both fixed and rolling stock.
Sausage skins.
Skins utilisable for clothing suitable for use in war.
Sponges, raw and prepared.
Telegraphs, materials for; materials for wireless telegraphs.
Telephones, materials for.
Telescopes.
Vehicles of all kinds, other than motor vehicles, available for use in war, and their component parts.
Vessels, craft, and boats of all kinds.
Yeast.

Given at Our Court at *Buckingham Palace,* this Second day of *July,* in the year of our Lord one thousand nine hundred and seventeen, and in the Eighth year of Our Reign.

God save the King.

155.

FRANCE.

Notifications relatives à la contrebande de guerre; du 11 août 1914, du 3 octobre 1914, du 3 janvier 1915, du 12 mars 1915, du 29 mai 1915, du 22 août 1915, du 14 octobre 1915, du 27 janvier 1916, du 13 avril 1916, du 28 juin 1916, du 13 octobre 1916, du 23 novembre 1916, du 3 janvier 1917, du 11 juillet 1917.

Journal officiel de la République française.

Le gouvernement de la République fait savoir aux intéressés que, pendant le cours des hostilités, il considérera comme articles de contrebande les articles suivants, savoir:

Contrebande absolue.

1⁰ Les armes de toute nature, y compris les armes de chasse et les pièces détachées caractérisées;

2⁰ Les projectiles, gargousses et cartouches de toute nature et les pièces détachées caractérisées;

3⁰ Les poudres et les explosifs spécialement affectés à la guerre;

4⁰ Les affûts, caissons, avant-trains, fourgons, forges de campagne et les pièces détachées caractérisées;

5⁰ Les effets d'habillement et d'équipement militaire caractérisés;

6⁰ Les harnachements militaires caractérisés de toute nature;

7⁰ Les animaux de selle, de trait et de bât, utilisables pour la guerre;

8⁰ Le matériel de campement et les pièces détachées caractérisées;

9⁰ Les plaques de blindage;

10⁰ Les bâtiments et embarcations de guerre et les pièces détachées spécialement caractérisées comme ne pouvant être utilisées que sur un navire de guerre;

11⁰ Les instruments et appareils exclusivement faits pour la fabrication de munitions de guerre, pour la fabrication et la réparation des armes et du matériel militaire, terrestre ou naval;

12⁰ Les aérostats et les appareils d'aviation, les pièces détachées caractérisées, ainsi que les accessoires, objets et matériaux caractérisés comme devant servir à l'aérostation ou à l'aviation.

Contrebande conditionnelle.

1⁰ Les vivres;

2⁰ Les fourrages et les graines propres à la nourriture des animaux;

3⁰ Les vêtements et les tissus d'habillement, les chaussures propres à des usages militaires;

4⁰ L'or et l'argent monnayés et en lingots, les papiers représentatifs de la monnaie;

5⁰ Les véhicules de toute nature, pouvant servir à la guerre, ainsi que les pièces détachées;

6⁰ Les navires, bateaux et embarcations de tout genre, les docks flottants, parties de bassins, ainsi que les pièces détachées;

7⁰ Le matériel fixe ou roulant des chemins de fer, le matériel des télégraphes, radiotélégraphes et téléphones;

8⁰ Les combustibles, les matières lubréfiantes;

9⁰ Les poudres et les explosifs qui ne sont pas spécialement affectés à la guerre;

10⁰ Les fils de fer barbelés, ainsi que les instruments servant à les fixer ou à les couper;

11⁰ Les fers à cheval et le matériel de maréchalerie;

12⁰ Les objets de harnachement et de sellerie;

13⁰ Les jumelles, les télescopes, les chronomètres et les divers instruments nautiques. — (J. O. du 11 août 1914.)

Par application de l'article 1er du décret du 25 août 1914*) et conformément à l'article 25 de la déclaration de Londres de 1909,**) les articles suivants sont ajoutés aux listes de contrebande de guerre, savoir:

*) V. ci-dessus, No. 144. **) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 55.

Contrebande conditionnelle: 1⁰ les fers et aciers, ainsi que les oxydes, sulfures et carbonates de fer; 2⁰ le cuivre; 3⁰ le plomb; 4⁰ le nickel; 5⁰ le ferro-chrôme; 6⁰ la glycérine; 7⁰ les cuirs; 8⁰ les pneumatiques et bandes pour automobiles ainsi que les matières servant à les fabriquer. — (J. O. du 3 octobre 1914.)

Conformément à la disposition de l'article 2 du décret du 6 novembre 1914, relatif à l'application, au cours de la guerre actuelle, des règles de droit international maritime,*) il est notifié que les listes des articles de contrebande de guerre établies par ledit décret du 6 novembre 1914 sont remplacées par les listes ci-après:

I. Contrebande absolue.

1⁰ Les armes de toute nature, y compris les armes de chasse et de sport ainsi que leurs pièces détachées caractérisées;

2⁰ Les projectiles, gargousses et cartouches de toute nature et leurs pièces détachées caractérisées;

3⁰ Les poudres et explosifs spécialement affectés à la guerre;

4⁰ Les matières premières des explosifs, savoir: l'acide nitrique, l'acide sulfurique, la glycérine, l'acétone, l'acétate de calcium et tous autres acétates métalliques, le soufre, le nitrate de potassium, les produits de la distillation du goudron compris entre le benzol et le crésol inclusivement, l'aniline, la méthylaniline, la diméthylaniline, le perchlorate d'ammonium, le perchlorate de sodium, le chlorate de sodium, le chlorate de barium, le nitrate d'ammonium, le cyanamide, le chlorate de potassium, le nitrate de calcium, le mercure;

5⁰ Les produits résineux, le camphre et la térébenthine (huile et essence);

6⁰ Les affûts, caissons, avant-trains, fourgons, forges de campagne et leurs pièces détachées caractérisées;

7⁰ Les télémètres et leurs pièces détachées caractérisées;

8⁰ Les effets d'habillement et d'équipement militaires caractérisés de toute nature;

9⁰ Les animaux de selle, de trait et de bât, utilisables pour la guerre;

10⁰ Les harnachements militaires de toute nature caractérisés;

11⁰ Le matériel de campement et les pièces détachées caractérisées;

12⁰ Les plaques de blindage;

13⁰ Les alliages de fer, y compris le ferro-tungstène, le ferro-molybdenum, le ferro-manganèse, le ferro-vanadium, le ferro-chrome;

14⁰ Les métaux suivants: le tungstène, le molybdenum, le vanadium, le nickel, le selenium, le cobalt, les gueuses de fer hématite, le manganèse;

15⁰ Les minerais suivants: la wolframite, la schéelite, la molybdenite, le minerai de manganèse, de nickel, de fer hématite, de zinc, de plomb, la bauxite;

---

*) V. ci-dessus, No. 146.

16⁰ L'aluminium, l'alumine et les sels d'alumine;

17⁰ L'antimoine, ainsi que les sulfites et oxydes d'antimoine;

18⁰ Le cuivre non travaillé, ou partiellement travaillé, et les fils de cuivre;

19⁰ Le plomb, en lingots, en feuilles ou en tuyaux;

20⁰ Les fils de fer barbelés et les instruments employés à les fixer et à les couper.

21⁰ Les bâtiments de guerre, y compris les embarcations, et les pièces détachées spécialement caractérisées comme ne pouvant être utilisées que sur un bâtiment de guerre;

22⁰ Les appareils de signaux phoniques sous-marins;

23⁰ Les aéroplanes, les aérostats, ballons et aéronefs de toute nature, leurs pièces détachées ainsi que les accessoires, objets et matériaux caractérisés comme devant servir à l'aérostation ou à l'aviation;

24⁰ Les automobiles de toute nature et leurs pièces détachées;

25⁰ Les pneumatiques et bandages pour automobiles et pour bicyclettes ainsi que les articles ou matériaux spécialement propres à être employés pour leur fabrication ou leur réparation;

26⁰ Le caoutchouc (y compris le caoutchouc brut, usagé et récupéré) ainsi que les objets entièrement composés de caoutchouc;

27⁰ Les pyrites de fer;

28⁰ Les huiles minérales et les essences à moteur, excepté les huiles lubréfiantes;

29⁰ Les instruments et appareils exclusivement faits pour la fabrication des munitions de guerre, pour la fabrication ou la réparation des armes ou du matériel militaire, terrestre ou naval.

II. Contrebande conditionnelle.

1⁰ Les vivres;

2⁰ Les fourrages et matières propres à la nourriture des animaux;

3⁰ Les vêtements, les tissus d'habillement, les chaussures propres à des usages militaires;

4⁰ L'or et l'argent monnayés et en lingots; les papiers représentatifs de la monnaie;

5⁰ Les véhicules de toute nature, autres que les automobiles, et pouvant servir à la guerre, ainsi que les pièces détachées;

6⁰ Les navires, bateaux et embarcations de tout genre, les docks flottants, parties de bassins, ainsi que les pièces détachées;

7⁰ Le matériel fixe ou roulant des chemins de fer, le matériel des télégraphes, radiotélégraphes et téléphones;

8⁰ Les combustibles autres que les huiles minérales, les matières lubréfiantes;

9⁰ Les poudres et les explosifs qui ne sont pas spécialement affectés à la guerre;

10⁰ Les fers à cheval et le matériel de maréchalerie;

11⁰ Les objets de harnachement et de sellerie;

12⁰ Les peaux de toute nature, séchées ou fraîches; les peaux de porc brutes ou manufacturées; le cuir manufacturé ou non, propre à la confection des selles, des harnachements ou des bottes à usage militaire:

13⁰ Les jumelles, les télescopes, les chronomètres et les divers instruments nautiques. — (J. O. du 2—3 janvier 1915.)

Conformément à la disposition de l'article 2 du décret du 6 novembre 1914, il est notifié que les additions et modifications suivantes sont apportées aux listes des articles de contrebande de guerre publiées au Journal officiel du 2—3 janvier 1915.

I. Contrebande absolue.

Sont ajoutés ou dorénavant classés comme articles de contrebande absolue:

30⁰ La laine brute, les laines peignées ou cardées, les fils de laine peignés ou cardés, les déchets de laine;

31⁰ L'étain, le chlorure d'étain et le minerai d'étain;

32⁰ L'huile de ricin;

33⁰ La cire de paraffine;

34⁰ Le cuivre iodique;

35⁰ Les matières lubrifiantes (antérieurement classées au paragraphe 8 de la liste de contrebande conditionnelle);

36⁰ Les peaux de bétail, de buffles et de chevaux, les peaux de veaux, de porcs, de moutons, de chèvres et de daims, le cuir manufacturé ou non, propre à la confection des selles, des harnachements, des chaussures ou des vêtements militaires (antérieurement classés au paragraphe 12 de la liste de contrebande conditionnelle, qui est supprimé et remplacé par le paragraphe 13);

37⁰ L'ammoniaque et ses sels, simples ou composés, l'ammoniaque liquide, l'urée, l'aniline et leurs composés.

II. Contrebande conditionnelle.

Sont ajoutés:

13⁰ Les matières tannantes de toutes sortes (y compris les extraits servant au tannage).

Il est spécifié en outre que sous les termes de „vivres“ et de „fourrages et matières propres à la nourriture des animaux“, qui figurent aux articles 1er et 2 de la liste de contrebande conditionnelle, sont compris les graines, noix et amandes oléagineuses, les huiles et graisses animales ou végétales (autres que l'huile de lin) pouvant servir à la fabrication de la margarine, ainsi que les tourteaux et farines de graines, noix et amandes oléagineuses. — (J. O. du 12 mars 1915.)

Conformément à la disposition de l'article 2 du décret du 6 novembre 1914, il est notifié que les modifications et additions suivantes sont apportées aux

listes des articles de contrebande de guerre publiées dans les numéros du *Journal officiel* du 2—3 janvier et du 12 mars 1915.

I. Contrebande absolue.

Sont supprimés au paragraphe 4 les mots: „et tous autres acétates métalliques“.

Sont ajoutés:

38° Le toluol et les mélanges de toluol, dérivés du goudron, du pétrole ou de toute autre source;

39° Les tours et autres machines ou machines-outils pouvant servir à la fabrication des munitions de guerre;

40° Les cartes et plans de toute partie du territoire des pays belligérants ou compris dans la zone des opérations militaires, à toute échelle plus grande que un deux cent cinquante millième, ainsi que les reproductions à toute échelle de ces cartes ou plans par la photographie ou tout autre procédé.

II. Contrebande conditionnelle.

Sont ajoutés: 14° l'huile de lin. — (J. O. du 29 mai 1915.)

Conformément à la disposition de l'article 2 du décret du 6 novembre 1914, il est notifié que l'addition suivante est apportée aux listes de contrebande de guerre publiées dans les numéros du *Journal officiel* des 2—3 janvier, 12 mars et 29 mai 1915.

Contrebande absolue.

Le coton brut, les linters, les dechets de coton et les filés de coton. — (J. O. du 22 août 1915.)

Conformément à la disposition de l'article 2 du décret du 6 novembre 1914, relatif à l'application, au cours de la guerre actuelle, des règles de droit international maritime, il est notifié que les listes des articles de contrebande de guerre publiées jusqu'à ce jour au *Journal officiel* sont abrogées et remplacées par les listes ci-après:

I. Contrebande absolue.

1° Les armes de toute nature, y compris les armes de chasse et de sport, ainsi que leurs pièces détachées.

2° Les instruments et appareils exclusivement propres à la fabrication des munitions de guerre ou à la fabrication ou à la réparation des armes ou du matériel de guerre, terrestre ou naval.

3° Les tours et autres machines ou machines-outils pouvant servir à la fabrication des munitions de guerre.

4° L'émeri, le corindon naturel et artificiel (alundum) et le carborundum, sous toutes leurs formes.

5⁰ Les projectiles, gargousses et cartouches de toute nature et leurs pièces détachées.

6⁰ La cire de paraffine.

7⁰ Les poudres et explosifs spécialement affectés à la guerre.

8⁰ Les matières employées à la confection des explosifs, y compris: l'acide nitrique et les nitrates de toute nature: l'acide sulfurique, l'acide sulfurique fumant (oleum), l'acide acétique et les acétates, le chlorate et le perchlorate de baryum, l'acétate, le nitrate et le carbure de calcium, les sels de potassium et la potasse caustique, les sels d'ammonium et l'ammoniaque (solution), la soude caustique, le chlorate et le perchlorate de sodium, le mercure, le benzol, le toluol, le xylol, le naphte (employé comme dissolvant), le phénol (acide phénique), le crésol, la naphtaline, ainsi que leurs mélanges et leurs dérivés; l'aniline et ses dérivés, la glycérine, l'acétone, l'éther acétique, l'alcool éthylique; l'alcool méthylique; l'éther; le soufre; l'urée, la cyanamide; le celluloïd.

9⁰ Le bioxyde de manganèse; l'acide chlorhydrique; le brome; le phosphore; le sulfure de carbone; l'arsenic et ses composés; le chlore; le phosgène (chlorure de carbonyle); l'anhydride sulfureux; le prussiate de soude; le cyanure de sodium; l'iode et ses composés.

10⁰ Le piment et le poivre.

11⁰ Les affûts, caissons, avant-trains, fourgons, forges de campagne et leurs pièces détachées; le matériel de campement et ses pièces détachées.

12⁰ Les fils de fer barbelés et les instruments employés à les fixer ou à les couper.

13⁰ Les télémètres et leurs pièces détachées; les projecteurs et leurs pièces détachées.

14⁰ Les effets d'habillement et d'équipement ayant un caractère militaire.

15⁰ Les animaux de selle, de trait et de bât, utilisables pour la guerre ou susceptibles de le devenir.

16⁰ Toutes espèces de harnachements ayant un caractère militaire.

17⁰ Les peaux de bétail, de buffles et de chevaux; les peaux de veaux, de porcs, de moutons, de chèvres et de daims; ainsi que le cuir manufacturé ou non, propre à la sellerie, aux harnachements, chaussures ou effets militaires; les courroies de cuir, les cuirs imperméables et les cuirs de pompe.

18⁰ Les matières tannantes de toutes sortes, y compris le bois de quebracho et les extraits servant au tannage.

19⁰ La laine, brute, peignée ou cardée; les déchets de laine et résidus de toute nature; les fils de laine; les crins et poils d'animaux de toute espèce ainsi que leurs filés et leurs déchets.

20⁰ Le coton brut, les linters, les déchets de coton, les filés de coton, les tissus de coton et autres produits tirés du coton susceptibles d'être employés à la fabrication des explosifs.

21⁰ Le lin, le chanvre, la ramie, le kapok.

22⁰ Les bâtiments de guerre, y compris les embarcations et les pièces détachées ne pouvant être utilisées que sur un bâtiment de guerre.

23⁰ Les appareils de signaux phoniques sous-marins.

24° Les plaques de blindage.

25° Les appareils aériens de toute espèce, y compris les aéroplanes, les aéronefs, les ballons et aérostats de toute nature, leurs pièces détachées ainsi que les accessoires, objets et matériaux propres à servir à l'aérostation ou à l'aviation.

26° Les automobiles de toute nature et leurs pièces détachées.

27° Les pneumatiques et bandages pour automobiles et bicyclettes, ainsi que les articles ou matériaux propres à être employés pour leurs fabrication ou leur réparation.

28° Les huiles minérales, y compris la benzine et les essences à moteur.

29° Les produits résineux, le camphre et la térébenthine (huile et essence); les goudrons et l'essence de goudron de bois.

30° Le caoutchouc (y compris le caoutchouc brut, usagé et récupéré, les solutions et pâtes contenant du caoutchouc et toutes autres préparations contenant du caoutchouc, le balata, la gutta-percha, ainsi que les variétés suivantes de caoutchouc, savoir: Bornéo, Guayulé, Jelutong, Palembang, Pontianac, et toutes autres substances contenant du caoutchouc), ainsi que les objets faits, en tout ou en partie, en caoutchouc.

31° Le rotin.

32° Les matières lubréfiantes et notamment l'huile de ricin.

33° Les métaux suivants: le tungstène, le molybdène, le vanadium, le sodium, le nickel, le selenium, le cobalt, la fonte hématite, le manganèse, le fer électrolytique et l'acier contenant du tungstène ou du molybdène.

34° L'amiante.

35° L'aluminium, l'alumine et les sels d'aluminium.

36° L'antimoine, ainsi que les sulfures et oxydes d'antimoine.

37° Le cuivre, non travaillé ou mi-ouvré, les fils de cuivres; les alliages ou composés de cuivre.

38° Le plomb en lingots, en feuilles ou en tuyaux.

39° L'étain, le chlorure d'étain et le minerai d'étain.

40° Les alliages de fer, y compris le ferro-tungstène, le ferro-molybdène, le ferro-manganèse, le ferro-vanadium et le ferro-chrome.

41° Les minerais suivants: la wolframite, la scheelite, la molybdenite, les minerais de manganèse, de nickel, de chrome, l'hématite, les pyrites de fer, les pyrites de cuivre et autres minerais de cuivre, les minerais de zinc, de plomb, d'arsenic, et la bauxite.

42° Les cartes et plans de toute partie du territoire des pays belligérants ou de la zone des opérations militaires, à toute échelle plus grande que 1/250,000 ainsi que les reproductions, à toute échelle, de ces cartes ou plans, par la photographie ou tout autre procédé.

II. Contrebande conditionnelle.

1° Les vivres.

2° Les fourrages et matières propres à la nourriture des animaux.

3° Les graines oléagineuses, noix et cosses.

4⁰ Les huiles et graisses d'animaux, de poissons ou de végétaux, autres que celles susceptibles d'être employées comme lubréfiants et ne comprenant pas les huiles essentielles.

5⁰ Les combustibles, autres que les huiles minérales.

6⁰ Les poudres et explosifs qui ne sont pas spécialement préparés pour un usage de guerre.

7⁰ Les fers à cheval et les matériaux de maréchalerie.

8⁰ Les harnachements et la sellerie.

9⁰ Les articles suivants, s'ils sont utilisables pour la guerre: les vêtements, les articles fabriqués pour le vêtement, les peaux et fourrures, les chaussures et les bottes.

10⁰ Les véhicules de toute nature, autres que les automobiles et pouvant servir à la guerre, ainsi que leurs pièces détachées.

11⁰ Le matériel, fixe ou roulant, des chemins de fer; le matériel des télégraphes, radiotélégraphes et téléphones.

12⁰ Les navires, bateaux et embarcations de tous genres; les docks flottants et leurs pièces détachées; les parties de bassins.

13⁰ Les jumelles, télescopes, chronomètres et toutes espèces d'instruments nautiques.

14⁰ L'or et l'argent monnayé et en lingots; les papiers représentatifs de la monnaie. — (J. O. du 14 octobre 1915.)

Conformément à la disposition de l'article 2 du décret du 6 novembre 1914, il est notifié que les modifications suivantes sont apportées aux listes de contrebande de guerre publiées au *Journal officiel* du 14 octobre 1915.

Contrebande absolue.

Modifications.

Au paragraphe 8, au lieu de: „l'acétone“: „les acétones et matières premières brutes ou raffinées pouvant servir à leur préparation“.

Au paragraphe 9, au lieu de: „phosphore“: „phosphore et ses composés“.

Au paragraphe 21, ajouter: „toutes fibres végétales ainsi que leurs filés“.

Au paragraphe 26, après les mots: „pièces détachées“, ajouter les mots: „ainsi que leurs accessoires“.

Au paragraphe 38, remplacer le paragraphe par les mots; „le plomb sous toutes ses formes“.

Additions.

„Le liège, y compris le liège en poudre“:

„Les os sous toutes leurs formes, entiers ou concassés, et les os calcinés“.

„Le savon“.

Contrebande conditionnelle.

Additions.

„La caséine“;

„Les vessies, boyaux, enveloppes et peaux à saucisses“.

— (J. O. du 27 janvier 1916.)

Conformément à la disposition de l'article 2 du décret du 6 novembre 1914, il est notifié que les modifications et additions suivantes sont apportées aux listes de contrebande de guerre publiées au *Journal officiel* du 14 octobre 1915 et modifiées le 27 janvier 1916.

Contrebande absolue.

Modifications.

L'article 3 est remplacé par le suivant:

„Les tours, machines et outils pouvant servir à la fabrication des munitions de guerre".

A l'article 8 remplacer le mot „éther" par les mots: „éther acétique, éther formique, éther sulfurique".

Additions.

Les chlorures métalliques, à l'exception du chlorure de sodium, les chlorures métalloïdiques, les composés halogènes du carbone, l'amidon.

Le borax, l'acide borique et les autres composés du bore; les graines de sabadelles et les préparations qui en dérivent; l'or, l'argent, le papier-monnaie et tous les instruments de crédit négociables et titres réalisables. — (J. O. du 13 avril 1916.)

Conformément à la disposition de l'article 2 du décret du 6 novembre 1914, il est notifié que les additions suivantes sont apportées aux listes de contrebande de guerre publiées au *Journal officiel* du 14 octobre 1915 et modifiées les 27 janvier et 13 avril 1916.

Contrebande absolue.

Additions.

Au paragraphe 25: la baudruche. — Au paragraphe 29: les bitumes, asphaltes, poix et goudrons de toute nature. — Au paragraphe 31: le bambou. — Au paragraphe 42: les pellicules sensibles, plaques et papiers photographiques. — (Paragraphe 51): le talc. — (Paragraphe 52): le feldspath. — (Paragraphe 53): les matériels électriques adaptés aux usages de la guerre et pièces détachées. — (J. O. du 28 juin 1916.)

Conformément à la disposition de l'article 2 du décret du 6 novembre 1914, il est notifié que les modifications et additions suivantes sont apportées aux listes de contrebande de guerre publiées au *Journal officiel* du 14 octobre 1915 et modifiées le 27 janvier, le 13 avril et le 28 juin 1916.

Contrebande absolue.

Modifications.

Le paragraphe 6 est remplacé par le suivant·

Les cires de toutes sortes.

Additions:

Paragraphe 54: les matières isolantes, brutes et ouvrées.

Paragraphe 55: les acides gras.

Paragraphe 56: le cadmium, alliages de cadmium et minerais de cadmium.

Paragraphe 57: l'albumine.

Contrebande conditionnelle.

Addition.

Paragraphe 16: les levures. — (J. O. du 13 octobre 1916.)

Il est notifié que les modifications et additions suivantes sont apportées aux listes de contrebande de guerre publiées au *Journal officiel* du 14 octobre 1915 et modifiées le 27 janvier, le 13 avril, le 28 juin et le 13 octobre 1916.

Contrebande absolue.

Modifications.

Le paragraphe 4 est remplacé par le suivant:

„L'émeri, le corindon, le carborundum sous toutes ses formes, et toutes autres substances abrasives, naturelles ou artificielles, ainsi que les produits fabriqués avec ces matières".

Le paragraphe 50 est remplacé par le suivant:

„L'or, l'argent, les papiers représentatifs de la monnaie, les titres, les effets négociables, les chèques, les traites, les mandats, les coupons, les lettres de crédit, de délégation ou d'avis, les avis de crédit et de débit, ou autres documents qui, soit par eux-mêmes, soit une fois complétés ou mis en usage par le destinataire, autorisent, confirment ou rendent effectif le transfert de fonds, de crédits ou de titres."

Additions.

Au paragraphe 45: le bois de Panama (écorce de quillaia).

Au paragraphe 58: zirconium, cérium, thorium, ainsi que tous alliages et composés; zircon et sable monazité.

Au paragraphe 59: soie sous toutes ses formes et articles manufacturés: cocons à soie, soie artificielle et articles manufacturés.

Contrebande conditionnelle.

Additions.

Paragraphe 17: les éponges brutes et préparées.

Paragraphe 18: les colles, gélatines et substances servant à leur fabrication.

Paragraphe 19: les barriques et tonneaux vides de toutes sortes et leurs parties constitutives. — (J. O. du 23 novembre 1916.)

Il est notifié que les modifications et additions suivantes sont apportées aux listes de contrebande de guerre publiées au Journal officiel du 14 octobre 1915 et modifiées le 27 janvier, le 13 avril, le 28 juin, le 13 octobre et le 23 novembre 1916.

Contrebande absolue.

Modifications.

Au paragraphe 8: remplacer „l'alcool éthylique et l'alcool méthylique" par „les alcools, y compris l'huile de fusel, l'esprit de bois, leurs dérivés et leurs préparations".

Au paragraphe 41: remplacer „la wolframite, la scheelite, la molybdenite" par les „minerais de tungstène, de molybdène, de vanadium, de titane et d'uranium".

Additions.

Au paragraphe 8, après le soufre, ajouter le sulfate de baryte (barytine).

Au paragraphe 9, l'acide oxalique et les oxalates, l'acide formique et les formiates, les phénates, les sulfites et hyposulfites métalliques, la chaux sodée et le chlorure de chaux, les sels de strontium et de lithium et leurs composés.

Au paragraphe 33, après le „vanadium", ajouter „le titane, l'uranium"; après le „nickel", ajouter le „zinc"; après „l'acier contenant du tungstène ou du molybdène" ajouter „ou du titane et de l'uranium".

Au paragraphe 35, les alliages d'aluminium.

Au paragraphe 40, le ferro-titane et le ferro-uranium.

Au paragraphe 41, les minerais de strontium et de lithium.

Au paragraphe 44, après „les os calcinés", ajouter „le noir animal".

Paragraphe 60, les diamants bruts utilisables pour des emplois industriels.

Paragraphe 61, le platine (minerai, métal et sels) et métaux de la mine de platine (iridium, osmium, ruthenium, rhodium, palladium etc.) et leurs sels, ainsi que les alliages de tous ces métaux.

Contrebande conditionnelle.

Additions.

Au paragraphe 5, après „les combustibles autres que les huiles minérales", ajouter les mots: „y compris le charbon de bois". — (J. O. du 2—3 janvier 1917.)

Il est notifié que les modifications et additions suivantes sont apportées aux listes de contrebande de guerre publiées au Journal officiel du 14 octobre 1915 et modifiées le 27 janvier, le 13 avril, le 28 juin, le 13 octobre, le 23 novembre 1916 et le 3 janvier 1917:

Contrebande absolue.

Modifications.

Le paragraphe 9 est remplacé par le suivant: „Les gaz, les vapeurs et les liquides vaporisables employés pour la guerre, ainsi que les matières servant à leur préparation; les substances incendiaires et les matières servant à produire de la fumée employées pour la guerre tels que le gaz ammoniac, le chlore, l'acide chlorhydrique, l'anhydride sulfureux, le phosgène (chlorure de carbonyle), le brome, l'iode et ses composés, le phosphore et ses composés, le sulfure de carbone, l'arsenic et ses composés, le bioxyde de manganèse, le prussiate de soude, le cyanure de sodium, l'acide oxalique et les oxalates, l'acide formique et les formiates, les phénates, les sulfites et les hyposulfites métalliques, la chaux sodée, le chlorure de chaux, les sels de strontium et de lithium et leurs composés etc. . . .“.

Le paragraphe 33 est remplacé par le suivant: „Les métaux suivants: le tungstène, le molybdène, le vanadium, le titane, l'uranium, le tantale, le zinc, le nickel, le cobalt, le manganèse, le chrome, leurs alliages, leurs sels et leurs composés; le sodium, le sélénium, le fer électrolytique, la fonte hématite, l'acier contenant du tungstène, du molybdène, du titane ou de l'uranium“.

Le paragraphe 40 est remplacé par le suivant: „Les ferro-alliages de toutes sortes, y compris le ferro-silicium“.

Additions.

Au paragraphe 1er, ajouter: „Les appareils pouvant servir à contenir ou à projeter des gaz liquéfiés ou comprimés, des liquides inflammables, des acides ou d'autres agents de destruction susceptibles d'être utilisés pour la guerre, ainsi que leurs pièces détachées“.

Au paragraphe 5, après les mots „projectiles, gargousses, cartouches“ ajouter „et grenades“.

Au paragraphe 8, après les mots „acide sulfurique fumant (oléum)“ ajouter „l'anhydride acétique“.

Au paragraphe 12, avant „les fils de fer barbelés“, ajouter „les fils de fer et d'acier“.

Au paragraphe 41, après les „minerais de lithium“, ajouter „de tantale“; après ceux „de nickel“, ajouter „de cobalt“.

Paragraphe 62: Tous les bois susceptibles d'usage militaires“.

Contrebande de guerre conditionnelle.

Additions.

Paragraphe 20: „les algues, varechs, lichens et mousses diverses“. — (J. O. du 11 juillet 1917.)

156.

RUSSIE.

Décrets impériaux concernant la contrebande de guerre; du 24 janvier et du 8 mars 1916.*)

Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft 1916, No. 20, 31.

Traduction.

1.

Ein Kaiserlicher Erlass an den Senat vom 24. Januar 1916, a. St., verordnet folgendes:

Als unbedingte Konterbande gelten:

1. Schusswaffen jeder Art, mit Einschluss der Schusswaffen für Jagd- und Sportzwecke, und deren Bestandteile;
2. Instrumente und Apparate, die ausschliesslich zur Herstellung von Munition oder zur Anfertigung oder Ausbesserung von Schusswaffen dienen können, sowie Gegenstände der Kriegsausrüstung für das Heer und die Marine;
3. Werktische und Maschinen oder Instrumente zur Herstellung von Gegenständen der Kriegsausrüstung;
4. Schmirgel, Korund, natürlicher und künstlicher (Alund), und Karborund in allen vorkommenden Formen;
5. Geschosse, Kartuschen und Patronen jeder Art und deren Bestandteile;
6. Paraffin:
7. Schiesspulver und Sprengstoffe jeder Art, insbesondere die im Kriege gebräuchlichen;
8. Rohstoffe jeder Art, die zur Herstellung von Sprengstoffen gebraucht werden können, mit Einschluss von: Salpetersäure und salpetersauren Verbindungen aller Art; Schwefelsäure; rauchender Schwefelsäure (Nordhäuser Vitriolöl); Essigsäure und essigsauren Salzen; Bariumchlorat und Bariumperchlorat; essigsaurem Calcium; salpetersaurem Karbid und Calcium-Karbid; Kalisalzen und Ätzkali; Ammoniaksalzen und Ammoniaklösungen; Ätznatron; Natriumchlorat und Natriumperchlorat; Quecksilber; Benzol; Toluol; Xylol; Solventnaphtha (Naphtha zur Auflösung); Phenol (Karbolsäure); Kresol; Naphthalin, seinen Verbindungen und seinen Grundstoffen; Anilin und seinen Grundstoffen; Glyzerin; Aceton; Essigäther:

---

*) La liste des articles de contrebande a été remplacée par une autre conforme aux listes édictées par les Puissances alliées. Décret du 9 décembre 1916: Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft 1917, No. 14.

Äthylalkohol; Methylalkohol (Holzgeist); Äther; Schwefel; Harnsäure; Karbonit; Cyanamid; Celluloid;

9. Mangansuperoxyd; Salzsäure; Brom; Phosphor; Doppel-Schwefelkohlenstoff (Schwefelkohlenstoff); Arsenik und seine Verbindungen; Chlor; Phosgen (Chlorkohlenoxyd); Schwefelsäureanhydrid (Anhydrid); Eisencyannatrium; Cyannatrium; Jod und seine Verbindungen;
10. Guinea- und andere Pfeffersorten;
11. Kanonengestelle, Kasten, Protzenteile, Munitionswagen, Feldschmieden und deren Bestandteile, sowie Gegenstände der Lagerausrüstung und deren Bestandteile;
12. Stacheldraht und Instrumente zur Befestigung und zum Abschneiden desselben;
13. Distanzmesser und deren Bestandteile, Projektoren und deren Bestandteile;
14. militärische Uniformierungs- und Ausrüstungsgegenstände jeder Art;
15. Reit-, Vorspann- und Saumtiere, die für den Krieg benutzbar sind;
16. militärisches Sattel- und Geschirrzeug jeder Art;
17. Häute von Rindern, Stieren, Pferden, Kälbern, Schweinen, Hammeln, Ziegen, Hirschen; bearbeitetes oder unbearbeitetes Leder, das für Sättel, Zuggeschirr, militärisches Schuhwerk oder militärische Bekleidung geeignet ist; Leder, das für Riemen (Gürtel), für hydraulische Apparate und Pumpen verwendbar ist;
18. Gerbstoffe jeder Art einschliesslich Quebrachoholz und jeder Art der für Gerbzwecke gebräuchlichen Auszüge;
19. unbearbeitete Wolle, gekämmte und gekrempelte; Wollabfälle; Wollenden und Wollkämmlinge; wollene Streich- und Kammgarne; alle Arten von Tierhaaren; Enden, Kämmlinge und Garne aus Tierhaaren;
20. unbearbeitete Baumwolle; Linters; Baumwollkämmlinge; Baumwollgarne; Erzeugnisse, die Baumwolle enthalten, und Erzeugnisse aus Baumwolle, die zur Herstellung von Explosivstoffen verwendet werden können;
21. Flachs; Hanf; Ramie; Kapok;
22. Kriegsschiffe mit Einschluss von Schaluppen und solchen Bestandteilen, die nach ihrer besonderen Beschaffenheit auf Kriegsschiffen irgendwie benutzt werden können;
23. Apparate für unterseeische Läutesignalisierungen;
24. Panzerplatten;
25. Luftschiffe jeder Art, mit Einschluss von Äroplanen, Ärostaten, Luftballons und deren Bestandteilen, wie auch Zubehörstücke, Vorrichtungen und Stoffe, die zur Luftschiffahrt oder zu Flugzwecken benutzt werden können;
26. Motorfahrzeuge jeder Art und deren Bestandteile;
27. Schienen für Motorfahrzeuge und Fahrräder, einschliesslich der Teile und Stoffe, die insbesondere zur Herstellung oder zur Ausbesserung dieser Schienen gebraucht werden können;

28. Mineralöle, einschliesslich des Benzins und jeder Art flüssigen Heizmaterials für Motoren und dergleichen mit innerer Verbrennung;
29. Harze; Kampfer; Terpentinöl und Terpentin; Baumharz und Baumharzöl;
30. Kautschuk, einschliesslich des Rohkautschuks sowie des regenerierten Kautschuks; Auflösungen und Mischungen, die Kautschuk enthalten; alle Waren, die Kautschuk und Guttapercha enthalten, wie auch die verschiedenen Arten von Kautschuk (Borneo-, Guayule-, Yelutong-, Palembang- und Pontianak-Kautschuk) und Stoffe aller Art, die Kautschuk enthalten, und Gegenstände, die ganz oder zum Teil aus Kautschuk gefertigt sind;
31. indisches Rohr (Rotang);
32. Schmiermittel; Kastoröl (Rizinusöl);
33. folgende Metalle: Wolfram; Molybdän; Vanadium; Natrium; Selen; Kobalt; aus Roteisenstein gewonnenes Roheisen in Barren; Mangan; elektrolytisches Eisen und dergl. Stahl, die Wolfram oder Molybdän enthalten;
34. Asbest;
35. Aluminium; Alaunerde (künstliche Tonerde) und Aluminiumsalze;
36. Antimon sowie seine Schwefelverbindungen und Antimonoxyde;
37. Kupfer, roh oder bearbeitet; Kupferdraht; Kupferlegierungen und Kupferverbindungen;
38. Blei in Barren, Blöcken oder Klumpen;
39. Zinn; Chlorzinn und Zinnerze;
40. Eisenlegierungen (Ferroverbindungen), einschliesslich Wolfram-, Molybdän-, Mangan-, Vanadium- und Chromeisen;
41. folgende Erze: Wolframerze (Wolframit und Scheelit); Molybdän-, Mangan-, Nickel- und Chromerz; Erz von rotem Eisenstein; Eisenkies; Kupferkies und andere Kupfererze; Zink-, Blei-, Arsenerz und Bauxit;
42. Landkarten und Pläne irgendeines Gebietes der kriegführenden Staaten oder von Gebieten im Bereiche der militärischen Operationen im Massstabe von 1:250 000 oder in einem grösseren Massstabe, ferner alle auf photographischem oder einem anderen Wege hergestellten Vervielfältigungen solcher Karten und Pläne in jeglichem Massstabe.

Als bedingte Konterbande gelten:

1. Lebensmittel;
2. Furage und Futtermittel für Tiere;
3. Ölsämereien, Nüsse und Körner;
4. tierische und pflanzliche Öle und Fette, die nicht als Schmiermittel gebraucht werden können, einschliesslich der flüchtigen Öle;
5. Heizmaterial, ausgenommen Mineralöle;

6. Schiesspulver und Sprengstoffe, die im Kriege nicht gebraucht werden können;
7. Hufeisen und Hufschmiedematerial;
8. Geschirr und Sattelzeug;
9. folgende für militärische Zwecke geeignete Gegenstände: Kleider und Kleiderstoffe, Leder und Pelzwerk, die zu Kleidern und Schuhzeug verwertet werden können;
10. für den Krieg verwendbare Fuhrwerke jeder Art, ausgenommen Motorfahrzeuge und deren Bestandteile;
11. für den Bau und den Betrieb geeignetes Eisenbahnmaterial (festes und rollendes); Telegraphen-, Funkentelegraphen- und Telephonmaterial;
12. Schiffe, Boote und Wasserfahrzeuge jeder Art; Schwimmdocks und deren Bestandteile und Teile von Trockendocks;
13. Doppelferngläser (Operngläser), Fernrohre, Chronometer und nautische Instrumente jeder Art;
14. Gold und Silber, gemünzt und in Barren, sowie Papiergeld.

(Torg. Prom. Gaz. Nr. 25 vom 31. Januar/13. Februar 1916.)

2.

Ein Kaiserlicher Erlass an den Senat vom 8. März 1916, a. St., verordnet folgendes:

Als unbedingte Bannware gelten:

1. Schusswaffen jeder Art, mit Einschluss der Schusswaffen für Jagd- und Sportzwecke, und deren Bestandteile;
2. Instrumente und Apparate, die ausschliesslich zur Herstellung von Munition oder zur Anfertigung oder Ausbesserung von Schusswaffen dienen können, sowie Gegenstände der Kriegsausrüstung für das Heer und die Marine;
3. Werktische und Maschinen oder Instrumente zur Herstellung von Gegenständen der Kriegsausrüstung;
4. Schmirgel, Korund, natürlicher und künstlicher (Alund), und Karborund in allen vorkommenden Formen;
5. Geschosse, Kartuschen und Patronen jeder Art und deren Bestandteile;
6. Paraffin;
7. Schiesspulver und Sprengstoffe jeder Art, insbesondere die im Kriege gebräuchlichen;
8. Rohstoffe jeder Art, die zur Herstellung von Sprengstoffen gebraucht werden können, mit Einschluss von: Salpetersäure und salpetersauren Verbindungen aller Art; Schwefelsäure; rauchender Schwefelsäure (Nordhäuser Vitriolöl); Essigsäure und essigsauren Salzen; Bariumchlorat und Bariumperchlorat; essigsaurem Calcium; salpetersaurem Karbid und Calcium-Karbid; Kalisalzen und Ätzkali; Ammoniaksalzen und Ammoniaklösungen; Ätznatron; Natrium-

chlorat und Natriumperchlorat; Quecksilber; Benzol; Toluol; Xylol; Solventnaphtha (Naphtha zur Auflösung); Phenol (Karbolsäure); Kresol; Naphthalin, seinen Verbindungen und seinen Grundstoffen; Anilin und seinen Grundstoffen; Glyzerin; Acetonen und den zu ihrer Herstellung verwendbaren und gebrauchsfertigen Stoffen; Essigäther; Äthylalkohol; Methylalkohol (Holzgeist); Äther; Schwefel; Harnsäure; Karbonit; Cyanamid; Celluloid;

9. Mangansuperoxyd; Salzsäure; Brom; Phosphor und seine Verbindungen; Schwefelkohlenstoff; Arsenik und seine Verbindungen; Chlor; Phosgen (Chlorkohlenoxyd); Schwefelsäureanhydrid; (Anhydrid); Eisencyannatrium; Cyannatrium; Jod und seine Verbindungen;
10. Guineapfeffer und andere Pfeffersorten;
11. Kanonengestelle, Kasten, Protzenteile, Munitionswagen, Feldschmieden und deren Bestandteile sowie Gegenstände der Lagerausrüstung und deren Bestandteile;
12. Stacheldraht und Instrumente zur Befestigung und zum Abschneiden desselben;
13. Distanzmesser und deren Bestandteile, Projektoren und deren Bestandteile;
14. militärische Uniformierungs- und Ausrüstungsgegenstände jeder Art;
15. Reit-, Vorspann- und Saumtiere, die für den Krieg benutzbar sind;
16. militärisches Sattel- und Geschirrzeug jeder Art;
17. Häute von Rindern, Stieren, Pferden, Kälbern, Schweinen, Hammeln, Ziegen, Wild; bearbeitetes oder unbearbeitetes Leder, das für Sättel, Zuggeschirr, militärisches Schuhwerk oder militärische Bekleidung geeignet ist; Leder, das für Riemen (Gürtel), für hydraulische Apparate und Pumpen verwendbar ist;
18. Gerbstoffe jeder Art, einschliesslich Quebrachoholz und jeder Art der für Gerbzwecke gebräuchlichen Auszüge;
19. unbearbeitete Wolle, gekämmte und gekrempelte; Wollabfälle; Wollenden und Wollkämmlinge; wollene Streich- und Kammgarne; alle Arten von Tierhaaren; Enden, Kämmlinge und Garne aus Tierhaaren;
20. unbearbeitete Baumwolle; Linters; Baumwollkämmlinge; Baumwollgarne; Erzeugnisse, die Baumwolle enthalten, und andere Erzeugnisse aus Baumwolle, die zur Herstellung von Explosivstoffen verwendet werden können;
21. Flachs, Hanf, Ramie, Kapok sowie alle anderen Pflanzenfasern und daraus hergestellten Garne;
22. Kriegsschiffe, mit Einschluss von Schaluppen und solchen Bestandteilen, die nach ihrer besonderen Beschaffenheit nicht anders als auf Kriegsschiffen benutzt werden können;
23. Unterwasser-Schallsignalapparate;
24. Panzerplatten;

25. Luftschiffe jeder Art, mit Einschluss von Aeroplanen, Aerostaten, Luftballons und deren Bestandteilen, wie auch Zubehörstücke, Vorrichtungen und Stoffe, die zur Luftschiffahrt oder zu Flugzwecken benutzt werden können;
26. Kraftfahrzeuge jeder Art und deren Bestandteile;
27. Reifen und Decken für Kraftfahrzeuge und Fahrräder, einschliesslich der Teile und Stoffe, die insbesondere zur Herstellung oder zur Ausbesserung dieser Reifen und Decken gebraucht werden können;
28. Mineralöle, einschliesslich des Benzins und jeder Art flüssigen Heizmaterials für Motoren und dergleichen mit innerer Verbrennung;
29. Harze; Kampfer; Terpentin (Öl und Geist); Holzteer und Holzteeröl;
30. Kautschuk (einschliesslich des Rohkautschuks sowie des alten und regenerierten Kautschuks; Auflösungen und Mischungen, die Kautschuk enthalten sowie alle anderen Zubereitungen, die Kautschuk und Guttapercha enthalten, wie auch die verschiedenen Arten von Kautschuk [Borneo-, Guayule-, Yelutong-, Palembang- und Pontianak-Kautschuk] und alle übrigen Stoffe, die Kautschuk enthalten) und Gegenstände, die ganz oder zum Teil aus Kautschuk gefertigt sind;
31. indisches Rohr (Rotang);
32. Schmiermittel, darunter besonders Kastoröl (Rizinusöl);
33. folgende Metalle: Wolfram; Molybdän; Vanadium; Natrium; Nickel; Selen; Kobalt; aus Roteisenstein gewonnenes Roheisen in Barren; Mangan; elektrolytisches Eisen und dergl. Stahl, die Wolfram oder Molybdän enthalten;
34. Asbest;
35. Aluminium; Alaunerde (künstliche Tonerde) und Aluminiumsalze;
36. Antimon sowie seine Schwefelverbindungen und Antimonoxyde;
37. Kupfer, roh oder teilweise bearbeitet; Kupferdraht; Kupferlegierungen und Kupferverbindungen;
38. Blei in jeder Form;
39. Zinn; Chlorzinn und Zinnerze;
40. Eisenlegierungen (Ferroverbindungen), einschliesslich Wolfram-, Molybdän-, Mangan-, Vanadium- und Chromeisen;
41. folgende Erze: Wolframerze (Wolframit und Scheelit); Molybdän-, Mangan-, Nickel- und Chromerz; Erz von rotem Eisenstein; Eisenkies; Kupferkies und andere Kupfererze; Zink-, Blei-, Arsenerz; Bauxit und Kryolith;
42. Landkarten und Pläne aller Gebietsteile der kriegführenden Staaten oder von Gebieten im Bereiche der militärischen Operationen im Massstab von 1 : 250 000 oder in einem grösseren Massstab, ferner alle auf photographischem oder einem anderen Wege hergestellten Vervielfältigungen solcher Karten und Pläne in jeglichem Massstab;
43. Kork und Korkmehl;

44. Knochen in jeder Form, ganz oder zerkleinert, sowie Rückstände gebrannter Knochen;
45. Seife.

Als bedingte Bannware gelten:

1. Lebensmittel;
2. Furage und Futtermittel für Tiere;
3. Ölsämereien, Nüsse und Körner;
4. Tier-, Fisch- und Pflanzenöle und -Fette, die nicht als Schmiermittel gebraucht werden können; nicht einbegriffen die flüchtigen Öle;
5. Heizmaterial, ausgenommen Mineralöle;
6. Schiesspulver und Sprengstoffe, die nicht ausschliesslich im Kriege gebraucht werden können;
7. Hufeisen und Hufschmiedematerial;
8. Geschirr und Sattelzeug;
9. folgende für militärische Zwecke geeignete Gegenstände: Kleider und Kleiderstoffe, Leder und Pelzwerk, die zu Kleidern und Schuhzeug verwertet werden können;
10. für den Krieg verwendbare Fuhrwerke jeder Art, ausgenommen Kraftfahrzeuge und deren Bestandteile;
11. für den Bau und den Betrieb geeignetes Eisenbahnmaterial (festes und rollendes); Telegraphen-, Funkentelegraphen- und Fernsprechmaterial;
12. Schiffe, Boote und Wasserfahrzeuge jeder Art; Schwimmdocks und deren Bestandteile und Teile von Trockendocks;
13. Doppelferngläser (Feldstecher), Fernrohre, Chronometer und nautische Instrumente jeder Art;
14. Gold und Silber, gemünzt oder ungemünzt, sowie Papiergeld;
15. Kasein;
16. Blasen, Därme, Hüllen und Häute für die Wurstfabrikation.

(Prawst. Wjestnik Nr. 62 vom 17./30. März 1916.)

157.

PORTUGAL.

Décret concernant la contrebande de guerre; du 14 août 1916.*)

Diario oficial du 14 août 1916.
Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft 1916, No. 75.

Traduction.

Artikel 1. Die in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführten Waren werden als Kriegsbannware erklärt, sofern die in den nachstehenden Artikeln vorgesehenen Bedingungen gegeben sind.

Artikel 2. Die in dem vorhergehenden Artikel erwähnten Waren gelten als Kriegsbannware, wenn sie unmittelbar oder mittelbar nach dem Gebiete des Feindes oder dem Gebiete seiner Verbündeten bestimmt sind.

Artikel 3. Ausser Waren, deren feindliche Bestimmung offensichtlich aus den Papieren hervorgeht, sollen diejenigen als unmittelbar nach Feindesgebiet bestimmt angesehen werden, die auf Schiffen befördert werden, welche nach Häfen des Feindes oder Häfen seiner Verbündeten fahren oder solche Häfen anlaufen.

Artikel 4. Waren gelten als unmittelbar nach Feindesgebiet bestimmt:

a) wenn sie nach neutralen Häfen bestimmt, aber an den Feind oder seine Verbündeten oder an ihre Agenten oder bekannte Zwischenpersonen oder an Personen, die in ihrem Auftrag oder nach ihren Anweisungen handeln oder unter ihrem Einfluss stehen, konsigniert sind,

b) wenn sie nach neutralen Häfen bestimmt sind, aber nicht unter den vorhergehenden Absatz fallen, sofern ihre endgültige Bestimmung nach Feindesgebiet aus der augenfälligen Abweichung des befördernden Schiffes von der regelmässigen Fahrt hergeleitet werden kann, oder wenn solche Bestimmung auf andere Weise festgestellt wird.

§ 1. Die Beförderung von Waren nach einem Lande, welches an Feindesgebiet grenzt, oder nach einem Lande, von dem erwiesenermassen das Feindesland Vorräte an Waren erhält, welche das in Frage stehende einführende Land bereits in Mengen eingeführt hat, die über die Höchsteinfuhr der letzten drei Jahre hinausgehen, soll als wohlbegründete Annahme der obigen feindlichen Bestimmung betrachtet werden.

---

*) La liste des articles de contrebande fixée par le Décret du 14 août 1916, a été remplacée par une autre conforme aux listes édictées par les Gouvernements des Puissances alliées. — Décret du 30 mars 1917; Diario do Governo du 16 avril 1917.

Artikel 5. Ausser anderen Waren, die an sich als gesetzmässige Prisen zu betrachten sind, sollen die folgenden als gesetzmässige Prisen gelten:

a) Schiffe mit Kriegsbannware, deren Wert, Gewicht, Umfang oder Fracht mehr als die Hälfte des Wertes, Gewichts, Umfanges oder der Fracht beträgt;
b) Schiffe auf ihrer Rückreise, nachdem sie Bannware in der in dem vorigen Absatz angegebenen Weise geführt haben;
c) Schiffe, die nicht unter die Absätze a und b fallen, welche gewöhnlich im Bannwarenverkehr oder in einem anderen Verkehr verwandt werden, der sich infolge Hilfeleistung für den Feind als ein solcher Verkehr kenntlich macht;
d) Schiffe feindlichen Eigentums, die nach ihrer Bauart, Kriegsausrüstung oder inneren Anlage und Ausrüstung in Kriegsschiffe umgewandelt werden können.

Artikel 6. Nicht als Kriegsbannware geltende Waren, die tatsächlich Eigentum des Feindes oder seiner Verbündeten sind, können, während sie sich an Bord neutraler Schiffe befinden, ohne Rücksicht auf den Hafen, wohin diese bestimmt sind, beschlagnahmt werden und sind gemäss den Vorschriften der Verordnung Nr. 2350 vom 20. April 1916 und anderer geltender gesetzlicher Bestimmungen zurückzubehalten und zu behandeln.

Artikel 7. In anderen Fällen, die nicht in dieser Verordnung oder anderen geltenden landesgesetzlichen Bestimmungen vorgesehen sind, sollen die über diesen Gegenstand in der Gesetzgebung der verbündeten Nationen enthaltenen Vorschriften, wie auch die allgemeinen Grundsätze des öffentlichen internationalen Rechtes Anwendung finden.

Artikel 8. Die gegenwärtige Verordnung soll sofort in Kraft treten; alle gegenteiligen gesetzlichen Bestimmungen werden hiermit aufgehoben.

Liste zu Artikel 1 der Verordnung Nr. 2567.

1. Acetone sowie rohe und gebrauchsfertige Stoffe, die zu ihrer Herstellung verwendbar sind;
2. Essigsäure und essigsaure Salze; Salzsäure;
3. Luftfahrzeuge aller Art, einschliesslich Flugzeuge, Luftschiffe, Ballons und ihre Bestandteile, zusammen mit Zubehörstücken und Gegenständen, die zum Gebrauch in Verbindung mit Luftfahrzeugen geeignet sind;
4. Ätzende Alkalien;
5. Entfernungsmesser und ihre Bestandteile;
6. Holzteer und Holzteeröl;
7. Methyl- und Äthylbranntwein;
8. Baumwolle, roh, Baumwollwatte sowie andere Pflanzenfasern und ihre entsprechenden Garne und Abfälle;
9. Aluminium, Tonerde und Aluminiumsalze;
10. Asbest;
11. Stärke;

12. Ammonium und seine Salze; Harnstoff, Anilin, seine Bestandteile und Ableitungen;
13. Sattel-, Zug- oder Packtiere;
14. Antimon, Antimonsulfide und -oxyde:
15. Stachel- und anderer Draht sowie Vorrichtungen zum Befestigen und Zerschneiden des Stacheldrahts;
16. Waffen aller Art, einschliesslich Waffen für Jagdzwecke, und ihre Bestandteile; Artilleriematerial, einschliesslich Bestandteile und Zubehör;
17. Geschirr und Sättel aller Art;
18. Arsenik und seine Verbindungen; Bor und seine Verbindungen; Chlor, Chloride und chlorsaures Natrium; Jod und seine Verbindungen; Schwefel; Schwefelsäure-Anhydrid; Phosphor und seine Verbindungen;
19. Gegenstände der Bekleidung und militärischen Ausrüstung;
20. Blasen, Därme und Wursthäute;
21. Feldgläser, Teleskope, Telemeter, Chronometer und nautische Instrumente aller Art;
22. Schwefelkohlenstoff;
23. Kautschuk, Guttapercha und ähnliche Stoffe, einschliesslich Rohkautschuk, wiedergewonnener Kautschuk und Abfälle, Lösungen und Teige, sowie Waren, ganz oder teilweise aus Kautschuk;
24. Calciumkarbid;
25. Karten und Pläne von Orten im Gebiete eines Kriegführenden oder dem militärischen Operationsgebiet, in einem Massstabe von 1 : 250000 oder einem grösseren Massstab, und photographische oder in anderer Weise hergestellte Vervielfältigungen solcher Karten und Pläne jeden Massstabs;
26. Kasein;
27. Zellhorn;
28. Paraffinwachs;
29. Panzerplatten;
30. Barium, chlorsaures und überchlorsaures;
31. Blei, Kobalt, Eisen, Mangan, Molybdän, Nickel, Selen, Tungsten und Vanadium;
32. Kupfer, bearbeitet oder unbearbeitet, Kupferdraht, Legierungen und Verbindungen von Kupfer;
33. Feuerungsmaterial;
34. Halogene Verbindungen des Kohlenstoffs;
35. Korund, natürlicher und künstlicher, einschliesslich Schmirgel in allen Formen;
36. Kork und Korkmehl;
37. Tierhaar aller Art und Flocken, Kämmlinge und Garne aus Tierhaar;
38. Docks aller Art, Zubehörstücke und Einzelteile solcher;
39. Zinn, Zinnchlorid;

40. Äther (Essig-, Schwefel- und Ameisen-);
41. Phenol und seine Gemische und Ableitungen;
42. Hufeisen und Beschlagmaterial;
43. Feldschmieden und ihre Bestandteile;
44. Furage und Viehfuttermittel;
45. Ramie;
46. Scheinwerfer und ihre Bestandteile;
47. Unterwasser-Schallsignalapparate;
48. Wolle, roh, gekämmt oder kardätscht, Kammwollgarne, gekämmt oder kardätscht, Wollabfall;
49. Eisen- und Stahllegierungen, einschliesslich tungsten-. molybdän-, mangan-, vanadium- oder chromhaltige Spezialeisen oder -stahle;
50. Schmiermittel;
51. Lagerausrüstungen und ihre Bestandteile;
52. Eisenbahnmaterial, sowohl festes wie rollendes; Material für Telegraphen, drahtlose Telegraphen und Fernsprecher;
53. Gerbmittel;
54. Mineralerze (arsenhaltige, Chrom-, Blei-, Kupfer-, Zinn-, Eisen-, Mangan-, Nickel-, Zinkerze und Bauxit, „Kryoolit", Molybdänit, Scheelit und Wolframit);
55. Naphthalin und seine Mischungen und Ableitungen;
56. Schiffe und Boote aller Art, und ihre Bestandteile;
57. Mineralöle und Mineralölgeist, Mineralöle, ungereinigt, destilliert, Petroleum, Benzin, Naphtha und ihre Mischungen und Ableitungen sowie allgemein Essenzen, die für Motoren verwendet werden können;
58. Knochen in jeder Form, ganz oder zerkleinert, sowie Knochenasche;
59. Gold und Silber, ungemünzt oder gemünzt; Papiergeld, Staatsschuldverschreibungen und andere begebbare Wertpapiere;
60. Felle und Häute aller Art, roh oder gegerbt; zugerichtetes Leder für Sattlerei, Militärstiefel oder Militärkleidung geeignet; Lederpackungen, Lederventile und Treibriemenleder;
61. Pulver und Sprengstoffe aller Art sowie die zu ihrer Herstellung erforderlichen Rohstoffe wie Salpetersäure und Nitrate. Schwefelsäure, Glycerin, Erzeugnisse der fraktionierten Destillation des Mineralteers zwischen Benzol und Kreosol einschliesslich, ihre Mischungen und Ableitungen, Ammoniumperchlorid, Natriumperchlorid, Ammoniumnitrat, Cyanamid und Quecksilber;
62. Harzprodukte, Kampfer und Terpentin (Öl und Geist);
63. Geschosse, Ladungen und Patronen aller Art und ihre erkennbaren Bestandteile;
64. Seife;
65. Kalisalze;
66. Ölhaltige Sämereien, Nüsse und Kerne sowie tierische oder pflanzliche Fette und Öle;
67. Natrium; blausaures Natrium und Natriumcyanid;
68. Nahrungsmittel;

69. Stoffe (stuffs), die zur Bekleidung oder zum Gebrauch im Kriege verwendbar sind;
70. Toluol und seine Mischungen und Ableitungen;
71. Vorrichtungen, Geräte, Maschinen und Apparate, die geeignet sind, zur Herstellung von Sprengstoffen und Kriegsmunition oder zur Herstellung oder Wiederinstandsetzung von Waffen oder Kriegsmaterial für Land- und Seegebrauch zu dienen;
72. Fahrzeuge aller Art, die zur Verwendung im Kriege geeignet sind, und ihre Bestandteile, einschliesslich Personen- und Lastkraftwagen aller Art, ihre Bestandteile und Zubehörstücke, ferner Materialien zu ihrer Herstellung oder Wiederinstandsetzung;
73. Xylol und seine Mischungen und Ableitungen.

158.

ALLEMAGNE.

Loi sur la juridiction des prises; du 3 mai 1884.

Reichs-Gesetzblatt 1884, No. 14.

Gesetz, betreffend die Prisengerichtsbarkeit. Vom 3. Mai 1884.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§ 1.

Die Entscheidung über die Rechtmässigkeit der in einem Kriege gemachten Prisen erfolgt durch besondere Behörden (Prisengerichte).

§ 2.

Der Sitz der Prisengerichte, ihre Zusammensetzung, das Verfahren vor denselben, sowie die Verpflichtung anderer Behörden des Reichs oder der Bundesstaaten, in Prisensachen mitzuwirken, werden durch Kaiserliche Verordnung bestimmt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 3. Mai 1884.

(L. S.) *Wilhelm.*

Fürst von Bismarck.

159.

ALLEMAGNE.

Règlement des prises maritimes; du 30 septembre 1909, suivi d'une Ordonnance du 22 juin 1914 et de plusieurs Décrets additionnels du 18 octobre 1914 au 24 avril 1918.

Deutsches Reichsgesetzblatt.

Prisenordnung. Vom 30. September 1909.
(Reichs-Gesetzbl. 1914, No. 50, p. 275.)

Ich genehmige die anliegende Prisenordnung und bestimme, dass die Seebefehlshaber Meiner Marine im Kriege bei Ausübung des Prisenrechts nach den Bestimmungen der Prisenordnung verfahren. Insoweit für besondere Kriegsfälle Abweichungen notwendig sind, haben Sie Mir diese in Vorschlag zu bringen. Ich ermächtige Sie, erforderliche Erläuterungen zu geben und Abänderungen vorzunehmen, soweit sie nicht von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Rominten, den 30. September 1909.

gez. *Wilhelm.*

In Vertretung des Reichskanzlers:
ggez. v. Tirpitz.

Inhaltsverzeichnis.

Prisenordnung.

Abschnitt 1.

Allgemeine Bestimmungen.

1. Die Kommandanten S. M. Kriegsschiffe haben während der Dauer eines Krieges nach Massgabe der nachstehenden Bestimmungen das Recht, feindliche oder neutrale Kauffahrteischiffe anzuhalten, zu durchsuchen und sie ebenso wie die auf ihnen befindlichen feindlichen und neutralen Güter zu beschlagnahmen und ausnahmsweise zu vernichten.

Während eines Waffenstillstandes ruht dieses „Prisenrecht" nur dann, wenn das ausdrücklich vereinbart wird.

Die Rechtmässigkeit der Beschlagnahme von Kauffahrteischiffen („Aufbringung"), der Beschlagnahme von Gütern sowie der Vernichtung von neutralen Kauffahrteischiffen oder von Gütern aus ihrer Ladung wird später durch prisengerichtliches Urteil festgestellt. Das prisengerichtliche Verfahren findet auf Antrag eines Interessenten auch dann statt, wenn die einmal bewirkte Beschlagnahme vom Kommandanten selber wieder aufgehoben worden ist (vgl. 97). Das Prisengericht erkennt auf „Einziehung" oder auf Freigabe mit oder ohne Schadenersatz, im Falle der Vernichtung sowie einer vom Kommandanten selber wieder aufgehobenen Beschlagnahme unter Umständen auf. Schadenersatz.

2. Auf neutrale Staatsschiffe ist das Prisenrecht nicht anzuwenden.

Feindliche Staatsschiffe verfallen ohne weitere Förmlichkeiten nach Kriegsrecht (vgl. jedoch 7).

Staatsschiffe sind die Kriegsschiffe sowie die zu Staatsdienstzwecken verwendeten und unter staatlicher Befehlsgewalt stehenden Schiffe. Ihnen werden die im sonstigen Eigentume des Staates stehenden Schiffe gleichgeachtet.

Die notwendigen Merkmale der Kriegsschiffe sind: Kriegsflagge (dazu in der Regel der Wimpel), vom Staat eingesetzter Befehlshaber, dessen Name in der Rangliste der Kriegsmarine steht, und militärisch disziplinierte Besatzung. Vgl. Artikel 2 bis 4, und 6 des Abkommens VII der II. Haager Konferenz.*)

3. Das Prisengericht ist nicht geltend zu machen:

a) innerhalb neutraler Hoheitsgewässer, d. h. innerhalb eines Seegebietes, das in einer Breitenausdehnung von 3 sm. von der Niedrigwasserküstenlinie gerechnet, die Küste und die zugehörigen Inseln und Buchten begleitet; als zugehörig gelten: Inseln, wenn sie nicht weiter als 6 sm von einer demselben Staate gehörigen Festlandsküste entfernt sind, Buchten, wenn ihre Küste ausschliesslich in Besitz neutraler Staaten steht und ihre Öffnung 6 sm oder weniger breit ist.

---

*) N. R. G. 3. s. III, p. 557.

b) innerhalb derjenigen Gewässer, welche vertragsmässig den Kriegsoperationen oder den Kriegsschiffen verschlossen sind. Dieses sind:
α) der Suezkanal einschliesslich seiner Zugangshäfen und eines Seegebietes von 3 sm von letzteren (Artikel 4 Absatz 1 des Vertrages von Konstanstinopel vom 29. X. 1888),*)
β) der Bosporus und die Dardanellen, sofern die Türkei nicht selbst Kriegspartei ist (Londoner Meerengenvertrag vom 13. VII. 1841;**) Artikel 10 des Pariser Friedens vom 30. III. 1856 und Anhang 1 hierzu,***) Artikel 2 des Londoner Vertrages vom 13. III. 1871;†) Artikel 63 des Berliner Vertrages 13. VII. 1878),††)
γ) die Gewässer von Corfu und Paxo, sofern keine anderen Mächte als Griechenland, Grossbritannien, Frankreich, Russland, Österreich-Ungarn und Deutschland an dem Kriege beteiligt sind (Artikel 2 des Londoner Vertrages vom 14. XI. 1863†††) und Artikel 2 des Londoner Vertrages vom 24. III. 1864),a)
δ) die Mündungen der Donau (Artikel 52 des Berliner Vertrages vom 13. VII. 1878),b)
ε) die Mündungen des Kongo und Niger und die diesen gegenüberliegenden Teile des Küstenmeeres (Generalakte der Berliner Konferenz vom 26. II. 1885, Artikel 25 und 33).c)

Das Prisenrecht darf auch dann nicht mehr geltend gemacht werden, wenn ein Kauffahrteischiff erst im Verlauf der Verfolgung oder der Anhaltung und Durchsuchung in die unter a und b genannten Gewässer gelangt.

Ein unter Verletzung der vorstehenden Bestimmungen aufgebrachtes Schiff ist sofort wieder freizugeben, insbesondere auf Ersuchen der neutralen Regierung.

4. Zweck der Anhaltung und Durchsuchung eines Kauffahrteischiffes ist, festzustellen:

a) welche Nationalität das Schiff besitzt,
b) ob es Konterbande an Bord hat,
c) ob es den Feind in neutralitätswidriger Weise unterstützt,
d) ob es sich eines Blockadebruches schuldig gemacht hat.

Die Anhaltung und Durchsuchung soll nur erfolgen, wenn der Kommandant sich hiervon einen Erfolg verspricht. Alle Massnahmen sind in derjenigen Form durchzuführen, deren Beobachtung — auch dem Feinde gegenüber — die Ehre des Deutschen Reiches erheischt, und mit derjenigen Rücksicht gegen Neutrale, die zu üben dem Völkerrecht und dem deutschen Interesse entspricht.

---

*) V. N. R. G. 2. s. XV, p. 557.
**) V. N. R. G. II, p. 128.
***) V. N. R. G. XV, p. 775, 782.
†) V. N. R. G. XVIII, p. 303.
††) V. N. R. G. 2. s. III, p. 465.
†††) V. N. R. G. XVIII, p. 55.
a) V. N. R. G. XVIII, p. 63.
b) V. N. R. G. 2. s. III, p. 463.
c) V. N. R. G. 2. s. X, p. 424, 426.

5. Neutrale Schiffe unter dem Geleit ihrer Kriegsflagge sind von der Anhaltung und Durchsuchung befreit. Der Befehlshaber des Konvois hat dem Kommandanten auf sein Ersuchen über die Eigenschaft der Schiffe und über ihre Ladung schriftlich jede Auskunft zu geben, zu deren Erlangung die Durchsuchung dienen würde.

Hat der Kommandant Ursache anzunehmen, dass der Befehlshaber des Konvois getäuscht worden ist, so teilt er ihm seine Verdachtsgründe mit. In diesem Falle steht es allein dem Befehlshaber des Konvois zu, eine Nachprüfung vorzunehmen. Er muss das Ergebnis der Nachprüfung in einem Protokoll feststellen, das in Abschrift dem Offizier des Kriegsschiffes zu übergeben ist. Rechtfertigen die so festgestellten Tatsachen nach Ansicht des Befehlshabers des Konvois die Beschlagnahme eines oder mehrerer Schiffe, so muss diesen der Schutz des Geleits entzogen werden. Glaubt der Befehlshaber des Konvois jedoch weiter die Verantwortung für die Unschuld der geleiteten Schiffe übernehmen zu können, so kann der Kommandant gegen diese Entscheidung nur Verwahrung einlegen; er hat dann den Vorfall dem Chef des Admiralstabs zu melden zwecks Erledigung auf diplomatischem Wege.

Dem Befehlshaber des Konvois steht es frei, die Teilnahme eines Vertreters des Kommandanten an der Nachprüfung zu gestatten.

6. Der Aufbringung unterliegen nicht:

a) Lazarettschiffe usw. nach Massgabe vom 2. Haager Konferenz-Abkommen X;*)

b) die ausschliesslich der Küstenfischerei oder den Verrichtungen der kleinen Lokalschiffahrt dienenden Fahrzeuge, solange sie nicht in irgendwelcher Art an den Feindseligkeiten teilnehmen (2. Haager Konferenz-Abkommen XI).**)

Die Küstenfischerei ist nicht auf die Hoheitsgewässer des betreffenden Staates beschränkt; der Begriff umfasst hier die gesamte Fischerei mit Ausnahme der ausgesprochenen Hochseefischerei.

c) die mit religiösen, wissenschaftlichen und menschenfreundlichen Aufgaben betrauten Schiffe (2. Haager Konferenz-Abkommen XI).**)

d) Schiffe, deren Fahrt ausschliesslich die Beförderung von Parlamentären oder den Austausch von Kriegsgefangenen zum Zweck hat;

e) feindliche Kauffahrteischiffe, die bei Beginn der Feindseligkeiten auf der Fahrt von einem deutschen oder verbündeten Hafen nach ihrem Bestimmungsort oder einem sonstigen, ihnen bezeichneten Hafen begriffen und im Besitz eines Passierscheines sind, es sei denn, dass sie von der ihnen vorgeschriebenen Fahrt abgewichen sind, ohne sich deswegen hinreichend rechtfertigen zu können (2. Haager Konferenz-Abkommen VI, Artikel 1).***)

---

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 630.

**) Diese Vergünstigung geniessen nicht China, Montenegro und Russland für die betreffenden Schiffe und Fahrzeuge ihrer Flagge. — V. ibid. p. 663.

***) V. ibid. p. 533.

7. Die auf See auf neutralen oder feindlichen Schiffen vorgefundenen Briefpostsendungen der Neutralen und der Kriegführenden, mögen sie amtlicher oder privater Natur sein, sind unverletzlich. Erfolgt die Aufbringung des Schiffes, so sind sie vom Aufbringenden möglichst unverzüglich weiter zu befördern (2. Haager Konferenz-Abkommen XI Artikel 1 und 2).*)

Die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes finden im Falle des Blockadebruches keine Anwendung auf die Briefsendungen, die nach dem blockierten Hafen bestimmt sind oder von ihm kommen.

Die Unverletzlichkeit der Briefpostsendungen entzieht die neutralen Postdampfer nicht den Gesetzen und Gebräuchen des Seekrieges, also auch nicht dem Prisenrecht; doch soll ihre Durchsuchung nur im Notfall unter möglichster Schonung und mit möglichster Beschleunigung vorgenommen werden.

8. Wird die Beschlagnahme von Schiffen und Gütern von der Prisengerichtsbarkeit nicht bestätigt oder wird sie vor dem prisengerichtlichen Verfahren aufgehoben, so haben die Beteiligten Anspruch auf Schadensersatz, es sei denn, dass ausreichende Gründe für die Beschlagnahme vorlagen (vgl. 13c und 14c).

Letzteres ist stets der Fall, wenn seitens einer an Bord des Schiffes befindlichen Person Schiffspapiere vernichtet oder beiseite gebracht sind oder wenn doppelte, falsche oder gefälschte Schiffspapiere an Bord vorgefunden werden, sofern die letztgenannte Unregelmässigkeit mit Umständen in Verbindung steht, die für die Aufbringung oder Freigabe des Schiffes von Bedeutung sind.

9. Auch gegen Zahlung einer Entschädigung wird der Kommandant nicht berechtigt, Schiffe oder Güter, die der Aufbringung oder Beschlagnahme nicht unterliegen, gegen den Willen der Beteiligten anzufordern (zu requirieren).

Abschnitt II.

Feindliche Schiffe und ihre Ladung.

10. Feindliche Schiffe unterliegen mit Ausnahme der unter 6 genannten der Aufbringung. Wegen der feindlichen Staatsschiffe vgl. 2.

11. Die Eigenschaft eines Schiffes als feindlichen oder neutralen Schiffes wird durch die Flagge bestimmt, zu deren Führung es berechtigt ist.

Welche Flagge ein Schiff zu führen berechtigt ist, ergibt sich nach dem Flaggenrecht fast aller Seestaaten aus einer amtlichen Urkunde (Schiffs-, Register-, Nationalitäts-Zertifikat, Lettre de mer, Acte de Francisation, Zeebrief, Pass, Patent, Fribreef usw.), die jedes Kauffahrteischiff an Bord haben muss.

Kann die Nationalität eines Schiffes nicht einwandfrei festgestellt werden, fehlt insbesondere die nach dem Flaggenrecht des betreffenden Staates erforderliche Urkunde, so ist das Schiff als feindliches zu behandeln.

---

*) Briefsendungen folgender Staaten geniessen diese Vergünstigung nicht: China, Montenegro und Russland.

12. Als feindliche Schiffe sind ferner diejenigen zu behandeln, die nach Beginn der Feindseligkeiten von der feindlichen zu einer neutralen Flagge übergegangen sind, wenn

a) entweder der Kommandant nicht die Ueberzeugung gewinnt, dass der Uebergang auch ohne den Ausbruch des Krieges erfolgt wäre, z. B. infolge von Erbgang, Bauvertrag;
b) oder der Uebergang bewirkt ist, während das Schiff sich auf der Reise oder in einem blockierten Hafen befand;
c) oder ein Rückkaufs- oder ein Rückfallsrecht vorbehalten ist;
d) oder die Bedingungen nicht erfüllt worden sind, von denen das Flaggenrecht nach der Gesetzgebung des Flaggenstaates abhängt.

13. Ist der Uebergang zur neutralen Flagge innerhalb von 30 Tagen vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten erfolgt, so ist das Schiff als feindliches zu behandeln, wenn

a) entweder die für die Gültigkeit des Ueberganges erforderlichen rechtlichen Bedingungen nicht erfüllt sind, also tatsächlich ein gültiger Uebergang zur neutralen Flagge nicht stattgefunden hat;
b) oder begründete Aussicht besteht, vor dem Prisengericht zu beweisen, dass der Uebergang erfolgt ist, um das Schiff den Folgen seiner Eigenschaft als feindliches Schiff zu entziehen (vgl. 12a), so namentlich, wenn das Schiff nach dem Uebergang weiter in der gleichen Fahrt wie vorher verwendet wird;
c) oder die Uebertragungsurkunde nicht an Bord ist, es sei denn, dass gewichtige Gründe dafür sprechen, dass der Uebergang auch ohne den Kriegsausbruch erfolgt wäre (vgl. 12a); die Aufbringung des Schiffes gibt in solchem Falle nie zu Schadensersatz Anlass (vgl. 8).

14. Ist der Uebergang zur neutralen Flagge früher als 30 Tage vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten erfolgt, so ist das Schiff nur dann als feindliches zu behandeln, wenn

a) der Uebergang später als 60 Tage vor Ausbruch der Feindseligkeiten erfolgt ist, wenn ferner
b) der Uebergang nur bedingt oder unvollständig ist oder der Gesetzgebung der beteiligten Länder nicht entspricht oder zur Folge hat, dass die Kontrolle über das Schiff oder der Gewinn aus seiner Verwendung in denselben Händen wie vorher verbleibt, und wenn ausserdem
c) begründete Aussicht besteht, vor dem Prisengericht zu beweisen, dass der Uebergang erfolgt ist, um das Schiff den Folgen seiner Eigenschaft als feindliches Schiff zu entziehen.

Dieses kann im besonderen angenommen werden, wenn sich die Uebertragungsurkunde nicht an Bord befindet; die Aufbringung des Schiffes gibt in solchem Falle nie zu Schadensersatz Anlass (vgl. 8).

15. Ist der Kommandant nicht in der Lage festzustellen, welcher Flagge ein zu einer neutralen Flagge übergegangenes Schiff vorher angehört hat, so ist er berechtigt anzunehmen, dass es der feindlichen Flagge angehört hat.

16. Als feindliches Schiff ist ferner ein neutrales Schiff zu behandeln, wenn es:

a) eine Schiffahrt betreibt, die ihm von der feindlichen Staatsgewalt erst nach Ausbruch des Krieges oder innerhalb zweier Monate vorher gestattet ist,

b) sich den Massnahmen des Prisenrechts gewaltsam widersetzt; gegen das betreffende Schiff ist mit Waffengewalt vorzugehen, bis es den Widerstand aufgibt; ein blosser Fluchtversuch gilt nicht als gewaltsamer Widerstand (vgl. jedoch 83).

17. Ein aufgebrachtes feindliches Schiff unterliegt der Einziehung.

18. Folgende Teile seiner Ladung unterliegen der Einziehung:

a) das feindliche Gut;

b) die dem Kapitän und dem Eigentümer des Schiffes gehörenden Waren, wenn das Schiff wegen Widerstandes (siehe 16 b) aufzubringen war;

c) Konterbande und die deren Eigentümer gehörenden Waren gemäss Abschnitt III;

d) im Falle des Blockadebruchs die gemäss 80 einziehbaren Waren.

19. Diese Teile der Ladung unterliegen der Beschlagnahme auch dann, wenn der Kommandant von der Aufbringung eines feindlichen Schiffes absieht, sofern sie nicht einwandfrei als neutrales Gut erwiesen sind.

20. a) Der Kommandant hat das an Bord eines feindlichen Schiffes betroffene Gut als feindliches Gut anzusehen, es sei denn, dass dessen Eigenschaft als neutralen Gutes einwandfrei erwiesen ist.

b) Die Eigenschaft des auf einem feindlichen Schiff betroffenen Gutes als neutralen oder feindlichen Gutes bestimmt sich nach der Staatsangehörigkeit des Eigentümers.

Besitzt dieser keine oder sowohl eine neutrale wie die feindliche Staatsangehörigkeit, so bestimmt sich die Eigenschaft des Gutes nach dem Wohnsitz des Eigentümers. Güter, die einer Aktiengesellschaft gehören, werden als feindliche oder neutrale angesehen, je nachdem die Gesellschaft ihren Sitz in feindlichem oder neutralem Lande hat.

Der Nachweis, wessen Eigentum Teile der Ladung sind und ob sie neutrales Gut sind, wird an Bord im allgemeinen kaum geführt werden können.

c) Die Eigenschaft des an Bord eines feindlichen Schiffes verfrachteten Gutes als feindlichen Gutes bleibt bis zur Ankunft am Bestimmungsort bestehen, ungeachtet eines während der Reise nach Ausbruch der Feindseligkeiten eingetretenen Eigentumswechsels.

d) Neutrales Gut kann während der Reise in feindliches Eigentum übergehen.

Abschnitt III.

Kriegskonterbande.

A. Gegenstände der Konterbande.

21. Als Kriegskonterbande werden, ohne dass es einer Erklärung bedürfte, die nachstehenden, unter der Bezeichnung absolute Konterbande begriffenen Gegenstände und Stoffe angesehen:

1. Waffen jeder Art, mit Einschluss der Jagdwaffen, und ihre als solche kenntlichen Bestandteile;
2. Geschosse, Kartuschen und Patronen jeder Art sowie ihre als solche kenntlichen Bestandteile;
3. Schiesspulver und Sprengstoffe, die besonders für den Krieg bestimmt sind;
4. Lafetten, Munitionswagen, Protzen, Proviantwagen, Feldschmieden und ihre als solche kenntlichen Bestandteile;
5. militärische als solche kenntliche Kleidungs- und Ausrüstungsstücke;
6. militärisches als solches kenntliches Geschirr jeder Art;
7. für den Krieg benutzbare Reit-, Zug- und Lasttiere;
8. Lagergerät und seine als solche kenntlichen Bestandteile;
9. Panzerplatten;
10. Kriegsschiffe und sonstige Kriegsfahrzeuge sowie solche Bestandteile, die nach ihrer besonderen Beschaffenheit nur auf einem Kriegsfahrzeuge benutzt werden können;
11. Werkzeuge und Vorrichtungen, die ausschliesslich zur Anfertigung von Kriegsmaterial oder zur Anfertigung und Ausbesserung von Waffen und von Landkriegs- oder Seekriegsmaterial hergestellt sind.

22. Absolute Konterbande sind ferner diejenigen Gegenstände und Stoffe, die seitens des Deutschen Reiches ausdrücklich als absolute Konterbande erklärt werden.

23. Als Kriegskonterbande werden, ohne dass es einer Erklärung bedürfte, folgende für kriegerische wie für friedliche Zwecke verwendbare, unter der Bezeichnung relative Konterbande begriffene Gegenstände und Stoffe angesehen:

1. Lebensmittel;
2. Furage und zur Viehfütterung geeignete Körnerfrüchte;
3. für militärische Zwecke geeignete Kleidungsstücke, Kleidungsstoffe und Schuhwerk;
4. Gold und Silber, geprägt und in Barren, sowie Papiergeld;
5. für den Krieg verwendbare Fuhrwerke jeder Art und ihre Bestandteile;
6. Schiffe, Boote und Fahrzeuge jeder Art, Schwimmdocks und Vorrichtungen für Trockendocks sowie ihre Bestandteile;
7. festes oder rollendes Eisenbahnmaterial, Telegraphen-, Funkentelegraphen- und Telephonmaterial;
8. Luftschiffe und Flugmaschinen, ihre als solche kenntlichen Bestandteile sowie Zubehörstücke, Gegenstände und Stoffe, die erkennbar zur Luftschiffahrt oder zu Flugzwecken dienen sollen;

9. Feuerungsmaterial und Schmierstoffe;
10. Schiesspulver und Sprengstoffe, die nicht besonders für den Krieg bestimmt sind;
11. Stacheldraht sowie die zu dessen Befestigung und Zerschneidung dienenden Werkzeuge;
12. Hufeisen und Hufschmiedegerät;
13. Geschirr und Sattelzeug;
14. Doppelgläser, Fernrohre, Chronometer und nautische Instrumente aller Art.

Unter „Lebensmitteln" sind alle zur menschlichen Ernährung dienenden festen oder flüssigen Stoffe zu verstehen; der Ausdruck „Papiergeld" umfasst auch Banknoten, jedoch nicht Wechsel und Schecks; Kessel und Maschinen fallen unter Nr. 6 der Liste; als „festes Eisenbahnmaterial" sind unter anderem Schienen, Schwellen, Drehscheiben, Brückenteile anzusehen.

24. Relative Konterbande sind ferner diejenigen Gegenstände und Stoffe, die seitens des Deutschen Reiches ausdrücklich als solche erklärt werden.

25. Die unter 22 und 24 genannte Erklärung wird den verbündeten und neutralen Regierungen bekanntgegeben und den Kommandanten S. M. Schiffe mitgeteilt.

26. Gegenstände und Stoffe, die für kriegerische Zwecke nicht verwendbar sind, können nicht als Kriegskonterbande erklärt werden.

27. Als Kriegskonterbande können die nachstehenden Gegenstände nicht erklärt werden:

1. Rohbaumwolle, Rohwolle, Rohseide, rohe Jute, roher Flachs, roher Hanf und andere Rohstoffe der Textilindustrie sowie die daraus gesponnenen Garne;
2. ölhaltige Nüsse und Sämereien, Kopra;
3. Kautschuk, Harz, Gummi und Lack, Hopfen;
4. rohe Felle, Hörner, Knochen und Elfenbein;
5. natürlicher und künstlicher Dünger, mit Einschluss der für die Landwirtschaft verwendbaren Nitrate und Phosphate;
6. Erze;
7. Erde, Ton, Kalk, Kreide, Steine mit Einschluss des Marmors, Ziegelsteine, Schiefer und Dachziegel;
8. Porzellan und Glaswaren;
9. Papier und die zu seiner Herstellung zubereiteten Stoffe;
10. Seife, Farbe mit Einschluss der ausschliesslich zu ihrer Herstellung bestimmten Materialien, und Firnis;
11. Chlorkalk, Soda, Ätznatron, schwefelsaures Natron in Kuchen, Ammoniak, schwefelsaures Ammoniak und Kupfervitriol;
12. Maschinen für Landwirtschaft, für Bergbau, für Textilindustrie und für Buchdruckerei;
13. Edelsteine, Halbedelsteine, Perlen, Perlmutter und Korallen;
14. Turm- und Wanduhren, Standuhren und Taschenuhren ausser Chronometern;

15. Mode- und Galanteriewaren;
16. Federn jeder Art, Haare und Borsten;
17. Gegenstände zur Wohnungseinrichtung und zum Wohnungsschmucke; Bureaumöbel und Bureaubedarf.

28. Als Kriegskonterbande können ferner nicht angesehen werden:
1. Gegenstände und Stoffe, die ausschliesslich zur Pflege der Kranken und Verwundeten dienen, jedoch mit der Massgabe, dass sie im Falle gewichtiger militärischer Erfordernisse gegen Entschädigung angefordert werden können, wenn sie die unter 29 vorgesehene Bestimmung haben;
2. Gegenstände und Stoffe, die zum Gebrauche des Schiffes, auf dem sie vorgefunden werden, oder zum Gebrauche der Besatzung oder der Passagiere dieses Schiffes während der Reise bestimmt sind.

B. Voraussetzungen für die Behandlung als Konterbande.

29. Die Gegenstände der absoluten Konterbande unterliegen der Beschlagnahme (s. 43), wenn bewiesen wird, dass ihre Bestimmung das feindliche oder vom Feinde besetzte Gebiet oder die feindliche Streitmacht ist. Es macht keinen Unterschied, ob die Zuführung dieser Gegenstände unmittelbar erfolgt, oder ob sie noch eine Umladung oder eine Beförderung zu Lande erfordert.

30. Der Kommandant hat die unter 29 bezeichnete feindliche Bestimmung ohne weiteres als vorliegend anzusehen

a) wenn die Ware zur Ausladung in einem feindlichen Hafen oder zur Ablieferung an die feindliche Streitmacht bestimmt ist;
b) wenn das Schiff nur feindliche Häfen anlaufen soll, oder wenn es einen feindlichen Hafen berühren oder zur feindlichen Streitmacht stossen soll, bevor es den neutralen Hafen erreicht, wohin die Ware bestimmt ist.

31. Hat ein Schiff Gegenstände der absoluten Konterbande an Bord, so ist den Angaben der Schiffspapiere über seine weitere Fahrt unbedingt Glauben zu schenken, es sei denn, dass das Schiff offenbar von der nach seinen Schiffspapieren einzuhaltenden Fahrt abgewichen ist, ohne sich deswegen hinreichend rechtfertigen zu können, oder dass Tatsachen vorliegen, aus denen sich unwiderleglich ergibt, dass die betreffenden Angaben der Papiere falsch sind. (Vgl. 37 Abs. 1.)

32. Die Gegenstände der relativen Konterbande unterliegen, sofern auch die Bedingungen der Nr. 35 erfüllt sind, der Beschlagnahme (s. 43), wenn bewiesen wird, dass sie für den Gebrauch der Streitmacht oder der Verwaltungsstellen des feindlichen Staates bestimmt sind, es sei denn, dass im letzteren Falle nach Ausweis der Umstände diese Gegenstände tatsächlich nicht für den derzeitigen Krieg benutzt werden können.

Gold und Silber, geprägt oder in Barren, sowie Papiergeld ist indessen stets als für den Krieg verwendbar anzusehen.

Verwaltungen, die (wie z. B. lokale und städtische) nicht unmittelbar von der Zentralgewalt abhängen, sind nicht als Verwaltungsbehörden des Staates zu betrachten.

33. Der Kommandant hat, sofern die Umstände dem nicht widersprechen, die unter 32 bezeichnete feindliche Bestimmung als vorliegend anzusehen:

a) wenn die Sendung an eine feindliche Behörde oder
b) an einen in Feindesland ansässigen Händler gerichtet ist, von dem feststeht, dass er der Streitmacht oder den Verwaltungsstellen des feindlichen Staates Gegenstände der fraglichen Art oder Erzeugnisse aus ihnen liefert; oder
c) wenn die Sendung nach einem befestigten Platz des Feindes oder
d) nach einem anderen Platz gerichtet ist, der der feindlichen Streitmacht als Operations- oder Versorgungsbasis dient.

Kauffahrteischiffe selbst sind jedoch nicht schon um deswillen als für die feindliche Streitmacht usw. bestimmt anzusehen, weil sie nach einem der zu c und d genannten Plätze fahren; es müssen vielmehr bei ihnen noch andere Umstände vorliegen, um die Annahme einer feindlichen Bestimmung gemäss 32 zu rechtfertigen.

34. Liegt keiner der unter 33 angeführten Fälle vor, so hat der Kommandant eine feindliche Bestimmung im Sinne von Nr. 32 nur anzunehmen, wenn begründete Aussicht besteht, deren Vorhandensein zu beweisen.

35. Die Gegenstände der relativen Konterbande unterliegen der Beschlagnahme nur auf einem Schiff, das sich auf der Fahrt nach dem feindlichen oder vom Feind besetzten Gebiet oder zur feindlichen Streitmacht befindet und das diese Gegenstände nicht in einem neutralen Zwischenhafen ausladen soll, d. h. in einem Hafen, den das Schiff vor dem Erreichen jenes Zieles anzulaufen hat.

36. Hat ein Schiff Gegenstände der relativen Konterbande an Bord, so ist den Angaben der Schiffspapiere über seine weitere Fahrt und über den Ausladungsort der Waren unbedingt Glauben zu schenken, es sei denn, dass das Schiff offenbar von der nach seinen Schiffspapieren einzuhaltenden Fahrt abgewichen ist, ohne sich deswegen hinreichend rechtfertigen zu können, oder dass Tatsachen vorliegen, aus denen sich unwiderleglich ergibt, dass die betreffenden Angaben der Papiere falsch sind.

37. Enthalten die Schiffspapiere keine Angaben über die weitere Fahrt des Schiffes, oder stellen sie diesem frei, einen feindlichen Hafen anzulaufen, so kann der Kommandant annehmen, dass es auf der Fahrt nach einem feindlichen Hafen begriffen ist.

Enthalten die Schiffspapiere keine Angaben über den Ausladungsort von Gegenständen der relativen Konterbande, oder stellen sie dem Schiff frei, diese Gegenstände in einem feindlichen Hafen auszuladen, so kann der Kommandant — sofern das Schiff einen feindlichen Hafen anlaufen darf oder soll — annehmen, dass die fraglichen Gegenstände in diesem Hafen auszuladen sind.

38. Hat das feindliche Gebiet keine Seegrenze, so tritt die Bestimmung der Nr. 35 ausser Kraft und es genügt dann schon die Erfüllung der unter 32 genannten Bedingung, um die Beschlagnahme von Gegenständen der relativen Konterbande zu rechtfertigen.

C. Behandlung der Schiffe und der Konterbande.

39. Befördert ein Schiff Gegenstände, die der Beschlagnahme als absolute oder relative Konterbande unterliegen, so kann es auf hoher See oder in den Gewässern der Kriegführenden während der ganzen Dauer seiner Reise aufgebracht werden, selbst wenn es die Absicht hat, einen Zwischenhafen anzulaufen, bevor es die feindliche Bestimmung erreicht.

40. Auf Grund einer früher ausgeführten, aber bereits vollendeten Beförderung von Konterbande kann eine Aufbringung nicht bewirkt werden.

41. Schiffe, die selbst Konterbande sind, unterliegen der Einziehung. Ein wegen Beförderung von Konterbande aufgebrachtes Schiff unterliegt der Einziehung, wenn die Konterbande nach Wert, Gewicht, Umfang oder Frachtgebühren mehr als die Hälfte der Ladung ausmacht.

42. Von der Ladung unterliegen der Einziehung:

a) Gegenstände, die als absolute oder relative Konterbande beschlagnahmt werden dürfen;

b) die deren Eigentümer gehörenden Waren.

Der Rest der Ladung eines neutralen Schiffes ist einschliesslich etwaigen feindlichen Gutes nicht einziehbar.

43. Die Beschlagnahme der in 42 a und b bezeichneten Gegenstände hat regelmässig mittels Aufbringung des Schiffes zu erfolgen. Ausnahmen s. 46 und 47.

44. Wenn ein Schiff bei der Anhaltung noch keine Kenntnis vom Ausbruch der Feindseligkeiten oder von der auf seine Ladung anwendbaren Konterbande-Erklärung (s. 25) hat, so kann die Konterbande zwar auch mittels Aufbringung des Schiffes beschlagnahmt werden; sie unterliegt aber der Einziehung nur gegen Entschädigung, während das Schiff und die übrige Ladung von der Einziehung befreit ist.*)

Das gleiche gilt, wenn der Kapitän die fragliche Kenntnis zwar erlangt, die Konterbande aber noch nicht in einem Hafen hat ausladen können; sein etwaiger Einwand, er hätte hierzu von seinem Reisewege abweichen müssen, ist nicht anzuerkennen.

45. Bei der Beurteilung, ob die fragliche Kenntnis vorliegt, ist zu berücksichtigen, dass

a) der Kriegszustand in deutschen, verbündeten und feindlichen Häfen — soweit sie telegraphische Verbindung haben — sofort bekannt sein wird;

---

*) Ist ein feindliches Schiff unter diesen Umständen aufgebracht, so unterliegt auf ihm verfrachtete Konterbande, soweit sie feindliches Gut ist, als solches der Einziehung ohne Entschädigung.

b) dass der Beginn der Feindseligkeiten den neutralen Regierungen sofort telegraphisch bekanntgegeben und von ihnen sofort auf gleichem Wege ihren Hafenbehörden mitgeteilt wird;

c) dass die Konterbande-Erklärung beim Beginn der Feindseligkeiten im Deutschen Reich veröffentlicht und den verbündeten und neutralen Regierungen telegraphisch bekanntgegeben wird, die sie ihren Hafenbehörden usw. unverzüglich mitteilen werden;

d) dass die Konterbande-Erklärung in feindlichen Häfen wenigstens zunächst nicht bekannt sein wird.

46. Der Kommandant kann von der Aufbringung eines Konterbande befördernden Schiffes, das gemäss 41 der Einziehung nicht unterliegt, absehen, wenn der Kapitän bereit ist, ihm die Konterbande zu überliefern.

Die Übergabe der Konterbande ist in dem Tagebuch des angehaltenen Schiffes zu vermerken; der Kapitän dieses Schiffes hat dem Kommandanten für das prisengerichtliche Verfahren beglaubigte Abschrift aller zweckdienlichen Papiere zu übergeben.

Der Kommandant ist befugt, die ihm so überlieferte Konterbande zu zerstören.

47. Bezüglich des Rechtes, die zu 42 genannten Teile der Ladung unter Absehung von der Aufbringung des Schiffes zu beschlagnahmen, vgl. 121.

Im Falle der Nr. 44 findet dieses Recht auf die dem Eigentümer der Konterbande gehörenden Waren keine Anwendung.

Abschnitt IV.

Neutralitätswidrige Unterstützung.

A. Leichtere Fälle.

48. Ein neutrales Schiff unterstützt den Feind in neutralitätswidriger Weise, wenn es:

a) die betreffende Reise unter Abweichung von seiner gewöhnlichen Verwendung eigens zum Zwecke der Beförderung einzelner in die feindliche Streitmacht eingereihter Personen oder zur Nachrichtenbeförderung im Interesse des Feindes ausführt;

b) mit Wissen des Eigentümers, des Charterers oder des Kapitäns eine geschlossene feindliche Truppenabteilung oder eine oder mehrere Personen, die während der Reise die Operationen des Feindes unmittelbar unterstützen, an Bord hat.

Der Kommandant ist unter anderem berechtigt, dieses anzunehmen, wenn ein mit F.T.-Einrichtung ausgerüstetes Schiff sich offenbar zur Übermittelung von Kriegsnachrichten im Gebiete der Operationen befindet und einer ausdrücklichen Verweisung aus diesem nicht Folge leistet.

49. Reservisten, Rekruten und Kriegsfreiwillige auf dem Wege zu ihrem Gestellungsort sind nicht als „in die feindliche Kriegsmacht eingereihte Personen“ anzusehen.

50. Unter „Nachrichtenbeförderung" ist jede Übermittelung von Nachrichten zu verstehen, sei es, dass diese schriftlich oder mündlich oder durch Signal oder Funkspruch erfolgen soll.

51. Solange die zu 48 genannten Umstände vorliegen, unterliegt das Schiff der Aufbringung und Einziehung.

Von seiner Ladung sind lediglich die dem Eigentümer des Schiffes gehörenden Waren einbeziehbar. Bezüglich des Rechtes, diese unter Absehung von der Aufbringung des Schiffes zu beschlagnahmen, vgl. 121.

52. Die Bestimmungen der Nr. 51 finden keine Anwendung, wenn das Schiff bei der Anhaltung noch keine Kenntnis vom Ausbruch der Feindseligkeiten hatte oder wenn der Kapitän nach Erlangung solcher Kenntnis die beförderten Personen noch nicht hatte ausschiffen können.

Bezüglich der Frage, ob solche Kenntnis vorliegt, vgl. 45a und b.

53. Jede in die feindliche Streitmacht eingereihte Person, die an Bord eines Kauffahrteischiffes betroffen wird, kann zum Kriegsgefangenen gemacht werden, auch wenn dieses Schiff der Aufbringung nicht unterliegt.

54. Personen, die, ohne in die feindliche Streitmacht eingereiht zu sein, während der Reise die Operationen des Feindes unmittelbar unterstützen (48b), dürfen nur bei gleichzeitiger Aufbringung des Schiffes festgenommen werden.

B. Schwerere Fälle.

55. Ein neutrales Schiff unterstützt ferner den Feind in neutralitätswidriger Weise

a) wenn es an den Feindseligkeiten unmittelbar teilnimmt;
   Gegen das betreffende Schiff ist mit Waffengewalt vorzugehen, bis es sein neutralitätswidriges Verhalten aufgibt.
b) wenn es den Befehlen oder der Kontrolle eines seitens der feindlichen Regierung an Bord des Schiffes eingesetzten Agenten untersteht;
c) wenn es von der feindlichen Regierung gechartert ist;
d) wenn es gegenwärtig und ausschliesslich zur Beförderung feindlicher Truppen oder zur Nachrichtenbeförderung im Interesse des Feindes bestimmt ist.
   Es handelt sich hier im Gegensatz zu 48 nicht um die betreffende einzelne Fahrt, sondern um eine dauernde Verwendung des Schiffes für die betreffenden Zwecke. Solange solche Verwendung ausschliesslich besteht, liegt neutralitätswidrige Unterstützung vor, auch wenn das Schiff bei der Anhaltung weder Truppen befördert noch Nachrichten übermittelt.

56. Solange die zu 55 genannten Umstände vorliegen, ist das Schiff als feindliches zu behandeln (vgl. 17 bis 20).

Von der Ladung sind auch die dem Eigentümer des Schiffes gehörenden Waren einziehbar. Bezüglich des Rechtes, die einziehbaren Teile der Ladung unter Absehung von der Aufbringung zu beschlagnahmen, vgl. 19.

Abschnitt V.

Blockade.

57. Von der Verhängung einer Blockade hat der Seebefehlshaber seinem Vorgesetzten und ausserdem unmittelbar dem Chef des Admiralstabes der Marine möglichst bald Meldung zu machen. Er muss alle möglichen Schritte tun, um die Tatsache der Blockade möglichst schnell allgemein bekannt werden zu lassen.

58. Die Blockade muss auf die feindlichen oder vom Feinde besetzten Häfen und Küsten beschränkt werden; die blockierende Streitmacht darf den Zugang zu neutralen Häfen und Küsten nicht versperren.

59. Um rechtlich wirksam zu sein, muss die Blockade tatsächlich wirksam sein, unparteiisch gehandhabt und vorschriftsmässig erklärt und bekannt gegeben werden.

60. Die Blockade ist tatsächlich wirksam, wenn sie durch eine Streitmacht aufrechterhalten wird, die hinreicht, um den Zugang zur feindlichen Küste in Wirklichkeit zu verhindern.

Die Frage, ob eine Blockade nach Zahl und Aufstellung der blockierenden Streitkräfte unter den vorliegenden geographischen Verhältnissen tatsächlich wirksam ist, unterliegt in jedem einzelnen Falle der Nachprüfung durch das Prisengericht. Sie wird unter anderem zu verneinen sein, wenn der Seeverkehr eines der blockierten Häfen mit irgendeinem nicht blockierten Hafen aufrechterhalten werden konnte (vgl. 71).

61. Die Blockade wird unparteiisch gehandhabt, wenn sie gegen die Kauffahrteischiffe aller Flaggen gleichmässig zur Geltung gebracht wird.

62. Der Befehlshaber der blockierenden Streitmacht kann neutralen Kriegsschiffen gestatten, einen blockierten Hafen anzulaufen und ihn später wieder zu verlassen. Doch begründet die einem Kriegsschiff erteilte Erlaubnis für ein anderes Kriegsschiff keinen Anspruch auf die gleiche Erlaubnis.

63. Ein neutrales Schiff, das sich nach Feststellung einer Befehlsstelle der blockierenden Streitmacht in Seenot befindet, hat das Recht, in die blockierte Örtlichkeit einzulaufen und sie, vorausgesetzt, dass dort weder Ladung gelöscht noch eingenommen ist, später wieder zu verlassen. Doch kann statt dessen die blockierende Streitmacht selbst dem Schiffe diejenige Unterstützung angedeihen lassen, deren es bedarf.

64. Die Erklärung und Bekanntgabe der Blockade erfolgt vorschriftsmässig gemäss 65 bis 71, 74 und 75.

65. Die Blockadeerklärung ist entweder von der Regierung der blockierenden Macht oder von dem Seebefehlshaber zu erlassen.

Sie muss enthalten:

a) den Tag des Beginns der Blockade;
b) die genauen geographischen Grenzen der blockierten Küstenstrecke;
c) die Frist, die den neutralen Schiffen gewährt werden und mindestens so bemessen sein muss, dass sie zum Auslaufen ausreicht.

66. Wenn die Blockade später begonnen hat oder sich weniger weit erstreckt als in der Blockadeerklärung angegeben war, so ist die Erklärung

nichtig und damit die ganze Blockade rechtlich unwirksam. In diesem Falle ist der Erlass einer neuen Erklärung notwendig, um die Blockade wenigstens für die Zukunft rechtlich wirksam zu machen.

Hat die Blockade früher begonnen oder erstreckt sie sich weiter, als in der Blockadeerklärung angegeben war, so ist die Blockade nur von dem Zeitpunkt ab oder nur für die Küstenstrecke rechtlich wirksam, die in der Blockadeerklärung bezeichnet waren.

Ist verabsäumt, in der Erklärung die Frist zum Auslaufen anzugeben, so hat ein aus einem blockierten Hafen auslaufendes neutrales Schiff Recht auf freie Durchfahrt, es sei denn, dass es vorher unter Kenntnis der Blockade diese einlaufend gebrochen hätte. Der Seebefehlshaber kann den fraglichen Mangel jederzeit durch Bekanntgabe einer entsprechenden Ergänzung der Erklärung an die örtlich zuständigen Behörden abstellen.

67. Die Blockadeerklärung ist bekanntzugeben:

a) den neutralen Mächten durch die Regierung der blockierenden Macht auf diplomatischem Wege. Die neutralen Mächte haben für das Bekanntwerden der Erklärung innerhalb ihres Gebiets, zumal in ihren Häfen, zu sorgen,

b) den örtlich zuständigen Behörden durch den Befehlshaber der blockierenden Streitmacht. Diese haben ihrerseits möglichst bald die Erklärung den für den blockierten Hafen oder die blockierte Küstenstrecke zuständigen fremden Konsuln mitzuteilen zwecks Benachrichtigung der dort befindlichen neutralen Staatsangehörigen und Schiffe.

Die Bekanntgabe kann auf jede Weise erfolgen, sofern nur sichergestellt ist, dass sie in die Hände der örtlich zuständigen Behörde gelangt. Es genügt in jedem Falle die Bekanntgabe an die Hafenbehörde.

68. Ist infolge Versäumnis des Befehlshabers der blockierenden Streitmacht die Bekanntgabe an die örtlich zuständigen Behörden unterblieben, so hat ein aus einem blockierten Hafen auslaufendes neutrales Schiff*) Recht auf freie Durchfahrt, es sei denn, dass es vorher unter Kenntnis der Blockade diese einlaufend gebrochen hätte.

Der Seebefehlshaber kann die fragliche Bekanntgabe jederzeit nachholen.

69. Um die Blockade gemäss 59 rechtlich wirksam zu machen, genügt gegenüber einlaufenden Schiffen die Bekanntgabe zu 67a; solange diese nicht erfolgt ist, muss die Blockadeerklärung jedem einlaufenden Schiffe gemäss 74 besonders bekanntgegeben werden. Gegenüber auslaufenden Schiffen genügt die Bekanntgabe zu 67b. (Vgl. 75).

70. Wird eine Blockade über ihre ursprünglichen Grenzen ausgedehnt, so ist bezüglich des Gebiets, auf das die Blockade ausgedehnt wird, eine neue Erklärung zu erlassen und bekanntzugeben.

---

*) Wird ein feindliches Schiff unter diesen Umständen aufgebracht, so liegt kein Blockadebruch vor, der neutrale Teil der Ladung ist demnach nicht einziehbar.

Wird eine Blockade nach Aufhebung wieder aufgenommen, so ist eine erneute Erklärung und Bekanntgabe erforderlich.

71. Wird eine Blockade freiwillig aufgehoben oder in ihrer Ausdehnung beschränkt, so ist dieses gemäss 67 bekanntzugeben.

Eine Blockade gilt nicht als aufgehoben, wenn die blockierende Streitmacht sich infolge schlechten Wetters zeitweise entfernt hat.

72. Ein Schiff kann wegen Blockadebruchs nur aufgebracht werden, wenn es von der Blockade Kenntnis hat oder solche Kenntnis bei ihm vorausgesetzt werden kann.

73. Für die Beurteilung, ob die fragliche Kenntnis vorliegt, ist zu berücksichtigen:

a) der Gang und der Wirkungsbereich der Bekanntgabe (vgl. 67);

b) dass die Blockadeerklärung in deutschen und verbündeten Häfen möglichst bald bekanntgegeben werden wird;

c) dass die Tatsache der Blockade in den von ihr nicht betroffenen feindlichen Häfen wenigstens zunächst nicht bekannt sein wird.

74. Nähert sich ein neutrales Schiff*) einem blockierten Hafen, ohne vom Bestehen der Blockade Kenntnis zu haben oder ohne dass solche Kenntnis bei ihm vorausgesetzt werden kann, so ist ihm die Blockadeerklärung durch einen Offizier eines der blockierenden Schiffe bekanntzugeben. Dieser hat die Bekanntgabe unter Angabe des Tages und der Stunde sowie des Schiffsortes in dem Schiffstagebuch des Schiffes zu vermerken. Hiermit ist die Blockade für das Schiff rechtlich wirksam, soweit Erklärung und Bekanntgabe dafür in Frage kommen.

Die Bekanntgabe an den Befehlshaber eines Konvois ist für alle geleiteten Schiffe verbindlich.

75. Hat der Feind es dem Befehlshaber der blockierenden Streitmacht unmöglich gemacht, den örtlich zuständigen Behörden die Blockadeerklärung bekanntzugeben, so hat auch ein aus einem blockierten Hafen auslaufendes neutrales Schiff*) Anspruch auf die unter 74 genannte besondere Bekanntgabe.

Ist eine solche einmal erfolgt und das Schiff in den blockierten Hafen zurückgekehrt, so ist bei allen später aus diesem auslaufenden Schiffen Kenntnis der Blockade vorauszusetzen.

76. Ein Blockadebruch ist als vorliegend anzusehen, wenn ein Schiff den Blockadegürtel durchbricht oder zu durchbrechen versucht in der Absicht, einen blockierten Hafen zu erreichen oder aus ihm zu entkommen.

Unter Blockadegürtel ist das in sich zusammenhängende Seegebiet zu verstehen, das diejenigen Kriegsschiffe beherschen, die beauftragt sind, die tatsächliche Wirksamkeit der Blockade sicherzustellen.

Die Breite des Blockadegürtels hängt ebenso wie seine Lage von militärischen und geographischen Verhältnissen sowie von der Zahl der verfügbaren Schiffe ab; doch darf er gemäss 58 nie derart liegen, dass ein neutraler Hafen oder eine neutrale Küste nur mittels Durchbrechens des Blockadegürtels erreichbar sind.

---

*) Siehe Anmerkung zu 68.

77. Ein Schiff kann wegen Blockadebruchs erst aufgebracht werden, wenn es ein- oder auslaufend den Blockadegürtel erreicht hat.

78. Ein Schiff, das sich eines Blockadebruchs schuldig gemacht hat. unterliegt der Aufbringung, solange es von einem der blockierenden Streitmacht angehörenden Schiffe verfolgt wird. Doch ist die Aufbringung nicht mehr zulässig, wenn die Blockade aufgehoben oder die Verfolgung aufgegeben ist. Letzteres ist nicht ohne weiteres der Fall, wenn das Schiff einen neutralen Hafen erreicht.

79. Ein Blockadebruch durch Einlaufen liegt nicht vor, wenn das Schiff sich tatsächlich auf der Fahrt nach einem offenen Hafen befindet, selbst wenn das Schiff von diesem aus nach einem blockierten Hafen weiterfahren will oder seine Ladung nach einem solchen weiterbefördert werden soll.

80. Ein Schiff, das sich des Blockadebruchs schuldig gemacht hat, unterliegt im Anschluss an die Aufbringung der Einziehung. Seine Ladung ist ebenfalls einziehbar, es sei denn, dass der Befrachter bewiesenermassen zur Zeit der Verladung der Ware die Absicht eines Blockadebruchs weder gekannt hat noch hat kennen können.

Im Zweifel hat der Kommandant die ganze Ladung als einziehbar anzusehen.

Bezüglich des Rechtes, die einziehbaren Teile der Ladung unter Absehung von der Aufbringung des Schiffes zu beschlagnahmen, vgl. 121.

Abschnitt VI.

Verfahren bei der Anhaltung, Durchsuchung und Aufbringung.

81. Der Kommandant hat möglichst zu vermeiden, bei der Anhaltung und Durchsuchung ein Schiff unter neutraler Flagge von seinem Reiseweg abzubringen; er soll sich überhaupt bemühen, dem Schiffe so wenig Störung als möglich zu verursachen. Insbesondere darf er unter keinen Umständen beanspruchen, dass der Kapitän an Bord des Kriegsschiffes kommt oder ein Boot, Leute der Besatzung, die Schiffspapiere usw. dorthin sendet.

82. Will der Kommandant ein Schiff anhalten, so hat er es durch Signal und Heulen mit der Sirene zum Stoppen aufzufordern. Spätestens zugleich mit diesem Signal sind Flagge und Wimpel zu setzen; bei Nacht ist erstere zu beleuchten. Während der Jagd ist ein Zeigen der Kriegsflagge nicht erforderlich, die Führung einer beliebigen Handelsflagge statthaft.

83. Stoppt das Schiff nicht auf das Signal, so sind zwei aufeinanderfolgende blinde Schüsse und, wenn erforderlich, noch ein scharfer Schuss über das Schiff hinweg abzugeben.

Stoppt das Schiff auch dann noch nicht oder leistet es Widerstand, so zwingt der Kommandant es zum Stoppen.

84. Hat das Schiff gestoppt, so sendet der Kommandant einen Offizier, dem ein zweiter Offizier und bis zu 3 Mann als Zeugen und zur Unter-

stützung beigegeben sind, mit einem nicht armierten, gewöhnlich besetzten Boote (mit Flagge) an Bord. Von dem Anhaltungskommando tragen die Offiziere den Säbel, die Mannschaften dagegen keine Waffen. Die übrige Bootsbesatzung nimmt ihre Handwaffen im Boote mit.

85. Schliesst die Witterung den Bootsverkehr aus, so darf der Kommandant bei dringendem Verdachte dem Schiffe einen Kurs vorschreiben und selbst folgen, bis die Durchführung der Anhaltung möglich ist.

86. Bei dieser geht der Offizier im allgemeinen zunächst nur mit dem ihm zugeteilten Offizier an Bord und ersucht höflich, aber bestimmt um Vorzeigung der Schiffspapiere. Weigert sich der Kapitän, so befiehlt er die Vorzeigung. Eine weitere Weigerung berechtigt zur Aufbringung des Schiffes.

87. Der Offizier unterzieht die Schiffspapiere einer genauen Durchsicht, prüft, soweit dies ohne genauere Untersuchung möglich ist, die Identität des Schiffes mit den Angaben der Papiere (Name am Heck, Schornsteinabzeichen, Reedereiflagge, Name an Booten und Bojen usw.), seine Nationalität, Dauer ihres Bestehens, Heimats- und Abgangshafen, Bestimmung des Schiffes, Art und Bestimmung der Ladung usw.

88. Kommt der Offizier bei der Prüfung der Papiere zu der Ansicht, dass das Schiff der Aufbringung nicht unterliegt, so entlässt er es nach eingeholter Genehmigung des Kommandanten und nach Eintragung eines Vermerkes in Schiffstagebuch und Nationalitätsurkunde (anhaltendes Schiff. Zeit, Ort der Anhaltung, Grund der Entlassung, Name und Dienstgrad des Kommandanten und des Offiziers). Vor der Entlassung ersucht er den Kapitän um eine schriftliche Erklärung, ob und welche Ausstellungen dieser an der Durchführung der Massnahmen zu machen hat.

89. Hatte der Kapitän Ausstellungen zu machen, so äussert sich der Offizier in einer kurzen Meldung zu diesen. Der Kommandant reicht baldigst die Erklärung, gegebenenfalls mit dieser Meldung unter eigener Stellungnahme, dem Chef des Admiralstabes unmittelbar ein.

90. Kommt der Offizier bei der Prüfung der Papiere zu der Ansicht, dass das Schiff verdächtig ist, so schreitet er zur Durchsuchung. Diese umfasst genauere Feststellung der Übereinstimmung zwischen dem Schiffe und den Angaben seiner Papiere (Änderungen an äusseren Merkmalen. Abzeichen, Lademarke, Namenschildern zu beachten!) und Prüfung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben der Papiere über die Verhältnisse von Schiff und Ladung. Die Durchsuchung erfolgt durch Befragung von Kapitän, Besatzung (bei Verdacht des Flaggenwechsels Vergleich der namentlichen Unterschrift der Besatzung mit derjenigen in der Musterrolle, falls das Flaggenrecht die nationale Zusammensetzung der Besatzung bestimmt) und Passagieren, bei der jedoch keinerlei Zwang durch Drohung auszuüben ist, und durch Untersuchung von Schiff und Ladung. Diese geschieht mit Hilfe der erforderlichenfalls zu verstärkenden Bootsbesatzung und — falls er sich nicht weigert — im Beisein des Kapitäns, welcher

die Öffnung der Verschlüsse und Verpackungen zu veranlassen oder die zweckmässigste Art der Öffnung anzugeben hat. Beschädigungen sind nach Möglichkeit zu vermeiden.

91. Erweist sich die Durchführung der Durchsuchung als notwendig, aber als zur Zeit nicht durchführbar, so ist das Schiff später an einer geeigneten Stelle zu durchsuchen. Ergeben sich hieraus für das zu durchsuchende Schiff erhebliche Nachteile, so hat der Kommandant zur einstweiligen Aufbringung zu schreiten. (Vgl. 97.)

92. Gewinnt der Offizier bei der Durchsuchung die Überzeugung, dass das Schiff der Aufbringung nicht unterliegt, so ist nach sorgfältiger Wiederherstellung des früheren Zustandes von Schiff und Ladung gemäss 88 und 89 zu verfahren. Ansprüche des Kapitäns aus Beschädigungen sind, wenn möglich, vor Entlassung des Schiffes vom Kommandanten zu regeln.

93. Ergibt die Durchsuchung, dass nur Teile der Ladung einziehbar sind, so entscheidet der Kommandant, ob er das Schiff aufbringen oder nur die fraglichen Ladungsteile gemäss 121 beschlagnahmen oder das Schiff ohne weiteres freilassen will. Ein Verzicht auf die Beschlagnahme gegen eine Zahlung ist unstatthaft. (Vgl. auch 46.)

94. Ergibt die Durchsuchung nach Anhörung des Kapitäns derartige Umstände, dass der Kommandant die Einziehung des Schiffes erwarten zu können glaubt, so hat er im allgemeinen das Schiff aufzubringen. (Vgl. 119.)

95. Die Aufbringung wird bewirkt durch Mitteilung zu Protokoll an den Kapitän, Besetzung des Schiffes durch ein Kommando und Heissen der Kriegsflagge. Ist eine Besetzung des Schiffes und damit das Heissen der Kriegsflagge zunächst nicht möglich, so ist das Schiff anzuweisen, seine Flagge niederzuholen und Fahrt und Kurs nach den Befehlen des Kommandanten zu regeln.

Durch etwaiges Führen der Kriegsflagge wird das Schiff nicht zum Kriegsschiff.

96. Über die Aufbringung berichtet der Kommandant baldigst dem Chef des Admiralstabes unmittelbar. Der Bericht muss enthalten: Name des Kapitäns und des Schiffes, Flagge, die es beim Anhalten führte, Zeit, Ort und Gründe der Aufbringung. Das Prisenamt erhält bei der Einbringung Abschrift des Berichts.

97. Ergeben sich nach erfolgter Aufbringung Beweise dafür, dass ein Schiff zu Unrecht aufgebracht ist, so ist es unverzüglich gemäss 92 zu entlassen. Der zu 96 genannte Bericht ist auch in diesem Falle unter Angabe der Gründe für die Freilassung zu erstatten und vom Chef des Admiralstabes an das zuständige Prisengericht abzugeben.

98. Wird ein vom Feinde aufgebrachtes Schiff wieder genommen, bevor es von ihm eingezogen oder zu kriegerischen Unternehmungen verwendet ist, so ist es, wenn deutscherseits kein Grund zu seiner Aufbringung vorliegt, freizugeben. Über die Freigabe ist unmittelbar an den Chef des Admiralstabes Meldung zu erstatten.

Abschnitt VII.

Behandlung der Besatzung und der Passagiere aufgebrachter Schiffe.

99. Ist ein Schiff nach 16 b (Widerstand) oder 55 a (Teilnahme an Feindseligkeiten) aufgebracht worden, so kann mit denjenigen Personen, die, ohne in die feindliche Streitmacht eingereiht zu sein, an den Feindseligkeiten teilgenommen oder gewaltsam Widerstand geleistet haben, nach dem Kriegsgebrauche verfahren werden. Die übrigen Personen der Besatzung werden zu Kriegsgefangenen gemacht. Wegen der Besatzungen bewaffneter Handelsschiffe siehe Anlage.*)

100. Ist ein Schiff gemäss 10 bis 16 a als feindliches oder gemäss 55 b, c, d wegen neutralitätswidriger Unterstützung aufgebracht, so werden der Kapitän, die Offiziere und die Mitglieder der Besatzung — soweit sie feindliche Staatsangehörige sind — nicht zu Kriegsgefangenen gemacht, wenn sie sich unter Bekräftigung mit einem förmlichen schriftlichen Versprechen verpflichten, während der Dauer der Feindseligkeiten keinen Dienst zu übernehmen, der mit den Kriegsunternehmungen des Feindes in Zusammenhang steht.

Soweit die Mannschaft einem neutralen Staate angehört, ist sie bedingungslos freizulassen.

Besitzen Kapitän und Offiziere eine neutrale Staatsangehörigkeit, so sind sie freizulassen, wenn sie ein förmliches schriftliches Versprechen abgeben, während der Dauer des Krieges auf keinem feindlichen Schiffe Dienste zu nehmen.

101. Ist ein neutrales Schiff gemäss 39 wegen Konterbande oder gemäss 77, 78 wegen Blockadebruchs oder gemäss 51 wegen neutralitätswidriger Unterstützung aufgebracht, so wird die gesamte Besatzung — einschliesslich des Kapitäns und der Offiziere — bedingungslos freigelassen.

102. Die Freilassung erfolgt durch Entlassung von Bord bei Abgabe der Prise. Doch sind die erforderlichen Zeugen zurückzubehalten. Die Namen der bedingungsweise freigelassenen feindlichen und neutralen Personen sind dem Chef des Admiralstabes unmittelbar zu melden zwecks Mitteilung an die feindliche Macht.

103. Passagiere aufgebrachter Schiffe sind auf freiem Fuss zu belassen und mit Ausnahme der erforderlichen Zeugen sobald als angängig zu entlassen.

104. a) Die Behandlung der Kriegsgefangenen richtet sich, soweit es die Verhältnisse des Seekrieges zulassen, nach Art. 4 bis 20 der Anlage zum 2. Haager Konferenz-Abkommen IV.

b) Kapitän und Besatzung aufgebrachter Schiffe — soweit sie nicht zu Kriegsgefangenen gemacht sind — haben gleichwohl ihre bisherigen Dienste weiter zu versehen bis zu ihrer Entlassung. Die Anwendung von Zwangsmitteln ist, wenn irgend tunlich, zu vermeiden. Sie bleiben im übrigen im Genuss ihrer Rechte, soweit die Verhältnisse des Krieges nicht ein anderes gebieten.

---

*) V. ci-dessous, p. 530.

c) An den Rechten der Passagiere aufgebrachter Schiffe soll nur in dringenden Fällen gerührt werden, z. B. wegen neutralitätswidriger Handlungen (vgl. 54).

105. Gebieten es die Umstände, so dürfen an Bord aufgebrachter Schiffe befindliche Personen — auch auf das Kriegsschiff — umgeschifft werden. Ihr Aufenthalt auf dem Kriegsschiff darf nicht länger als unbedingt notwendig ausgedehnt werden.

Abschnitt VIII.

Behandlung aufgebrachter Schiffe und beschlagnahmter Güter.

106. Der Kommandant hat nach der Aufbringung des Schiffes oder der Beschlagnahme der Güter sofort die Massnahmen zu treffen, die für deren Sicherstellung und für das prisengerichtliche Verfahren erforderlich sind.

107. Bedingen die Verhältnisse eine schnelle Trennung des Kriegsschiffes vom aufgebrachten Schiff, so ist der Führer des Besatzungskommandos (Prisenoffizier) mit diesen Massnahmen zu betrauen.

108. Der Kommandant hat sich sofort in den Besitz der Papiere des Schiffes zu setzen, d. h. aller Papiere, die sich an Bord vorfinden und als Beweismittel vor dem Prisengericht dienen können.

Die Papiere werden in demselben Zustand, wie sie gefunden werden, geordnet und mit Nummern versehen; ein Verzeichnis wird aufgestellt und vom Kommandanten sowie vom Kapitän unterschrieben; Papiere und Verzeichnis werden mit dem Dienstsiegel des Kriegsschiffes und dem Siegel des Kapitäns verschlossen und nebst einer Verhandlung über den Zustand von Schiff und Ladung und Abschrift des zu 96 genannten Berichtes dem Prisenoffizier zur sicheren Aufbewahrung und späteren Ablieferung an das Prisenamt übergeben.

Sollte der Kapitän seine Unterschrift oder sein Siegel verweigern, so ist dieses am Schlusse des Verzeichnisses zu vermerken.

Werden Papiere nachträglich gefunden, oder sind solche in Gegenwart von Zeugen vernichtet oder über Bord geworfen worden, so sind Verhandlungen darüber mit den Zeugen aufzunehmen und dem Prisenamt mit vorzulegen.

109. Über die an Bord vorgefundenen Gelder und Wertsachen ist ein gemäss 108 unterschriftlich zu vollziehendes Verzeichnis, von dem der Kapitän Abschrift erhält, aufzusetzen und später an das Prisenamt abzuliefern.

Der Kommandant hat durch geeignete Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich niemand etwas von der Ladung, dem Schiffsinventar und den Schiffsvorräten aneignen kann. Schiff, Inventar, Vorräte und Ladung sind, soweit die personellen und materiellen Hilfsmittel es gestatten, mit der grössten Sorgfalt zu behandeln und zu verwalten.

110. S. M. Schiffe und verbündete Kriegsschiffe und genommene Prisen können im Bedarfsfalle gegen Empfangsbescheinigung aus der Ladung, dem Inventar und den Vorräten aufgebrachter feindlicher Schiffe ihren Bedarf ergänzen, soweit die Gegenstände nicht einwandfrei als neutrales Gut erwiesen sind.

Gegenüber neutralen Schiffen ist dieses nur zulässig, wenn entweder der Kapitän bewogen werden kann, den Bedarf käuflich oder auf Grund der Nr. 46 zu überlassen, oder es sich um Gegenstände handelt, die der Einziehung unterliegen und auf Grund der Nr. 117 oder 121 unter Zerstörung oder Freigabe des neutralen Schiffes an Bord genommen sind. Zuwiderhandlungen würden berechtigte Reklamationen der betreffenden neutralen Macht zur Folge haben.

Über Entnahme durch die eigene Prisenbesatzung s. 127.

111. Der Kommandant sorgt für die möglichst schnelle und sichere Einbringung des Schiffes in einen deutschen Hafen oder in den einer verbündeten Macht.

In einen neutralen Hafen darf eine Prise nur eingebracht werden, wenn die neutrale Macht die Einbringung von Prisen gestattet. Einen neutralen Hafen anlaufen darf eine Prise stets wegen Seeuntüchtigkeit, wegen ungünstiger See sowie wegen Mangels an Feuerungsmaterial oder an Vorräten. Sie muss in diesen letzteren Fällen wieder auslaufen, sobald die Ursache, die das Einlaufen rechtfertigte, weggefallen ist.

Der Kommandant erteilt dem Prisenoffizier einen entsprechenden schriftlichen Reisebefehl und setzt das Prisenkommando so zusammen, dass dem Prisenoffizier die Einbringung des Schiffes möglich ist.

112. Der Kommandant ist berechtigt, ein gemäss 10 bis 16b als feindliches aufgebrachtes Schiff als Hilfsschiff zu verwenden oder es, wenn seine Einbringung ihm unzweckmässig oder unsicher erscheint, zu zerstören. Das gleiche gilt für ein gemäss 56 aufgebrachtes Schiff, falls die Sicherheit besteht, dass eine neutralitätswidrige Unterstützung der schweren Art vor dem Prisengericht erwiesen werden kann.

Die Umwandlung in ein Kriegsschiff ist an die Bedingung des 2. Haager Konferenz-Abkommens VII geknüpft.*)

113. Der Kommandant ist nur dann berechtigt, ein gemäss 39 wegen Konterbande oder gemäss 77, 78 wegen Blockadebruches oder gemäss 51 wegen neutralitätswidriger Unterstützung aufgebrachtes neutrales Schiff zu zerstören, wenn es

a) der Einziehung (vgl. 41, 51 oder 80) unterliegt und wenn ausserdem
b) die Einbringung das Kriegsschiff einer Gefahr auszusetzen oder den Erfolg der Unternehmungen, in denen es derzeit begriffen ist, gefährden könnte. Dieses ist u. a. anzunehmen, wenn
   α) das Schiff wegen seines schlechten Zustandes oder wegen Mangels an Vorräten nicht eingebracht werden kann, oder
   β) das Schiff dem Kriegsschiff nicht folgen kann und deshalb der Wiederwegnahme ausgesetzt ist, oder
   γ) die Nähe einer feindlichen Macht die Wiederwegnahme des Schiffes besorgen lässt oder
   δ) das Kriegsschiff keine genügende Prisenbesatzung zu stellen vermag.

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 557.

114. Bevor der Kommandant sich zur Zerstörung eines Schiffes entschliesst, hat er zu erwägen, ob der hierdurch dem Feinde entstehende Schaden den Schadensersatz aufwiegt, der für die Mitvernichtung des nicht einziehbaren Teiles der Ladung (vgl. 18, 42, 51, 56 und 80) zu zahlen ist.

115. Ist ein neutrales Schiff zerstört, ohne dass nach Auffassung des Prisengerichts die zu 113b genannten besonderen Umstände vorlagen, so haben die Eigentümer von Schiff und Ladung — mochten diese einziehbar sein oder nicht — Anspruch auf Schadensersatz. Lagen die fraglichen Umstände zwar vor, erweisen sich aber das zerstörte Schiff oder vernichtete neutrale Güter als nicht einziehbar, so haben die betreffenden Eigentümer ebenfalls Anspruch auf Schadensersatz.

116. Vor der Zerstörung sind alle an Bord befindlichen Personen möglichst mit ihrem Hab und Gut in Sicherheit zu bringen und alle Schiffspapiere und sonstigen Beweisstücke, die nach Ansicht der Beteiligten für das Urteil des Prisengerichts von Wert sind, von dem Kommandanten zu übernehmen.

117. Gestatten die Verhältnisse die Bergung von Teilen der Ladung oder der Ausrüstung, so sind für deren Auswahl in erster Linie die eigenen Erfordernisse des Kriegsschiffes massgebend, in zweiter Linie die Rücksicht auf die zu zahlenden Entschädigungen (vgl. 114, 115).

118. Bei der Versenkung von Schiffen ist möglichst dafür Sorge zu tragen, dass kein Hindernis für die neutrale Schiffahrt entsteht.

119. Glaubt der Kommandant ein aufgebrachtes Schiff weder einbringen zu können noch versenken zu sollen, so hat er es freizulassen gemäss 92.

120. Lässt der Kommandant ein aufgebrachtes feindliches Schiff (s. 112) frei, oder verzichtet er auf dessen Aufbringung, so kann der in diesem Falle gemäss 19 und 56 zu beschlagnahmende Teil der Ladung vernichtet werden.

121. Lässt der Kommandant ein aufgebrachtes neutrales Schiff (s. 113) frei, oder verzichtet er auf dessen Aufbringung, so darf er auch die einziehbaren Teile der Ladung nur dann beschlagnahmen und gegebenenfalls vernichten, wenn die Einbringung des Schiffes das Kriegsschiff einer Gefahr aussetzen oder den Erfolg der Unternehmungen, in denen es derzeit begriffen ist, gefährden könnte.

Die überlieferten oder zerstörten Gegenstände sind im Tagebuch des angehaltenen Schiffes zu vermerken: der Kommandant hat sich von dem Kapitän beglaubigte Abschrift aller zweckdienlichen Papiere übergeben zu lassen. Sobald die Überlieferung oder die Zerstörung erfolgt ist und die Förmlichkeiten erledigt sind, muss dem Kapitän die Fortsetzung der Fahrt gestattet werden.

Ist von dem vorstehenden Recht Gebrauch gemacht, ohne dass nach Auffassung des Prisengerichts die fraglichen besonderen Umstände vorlagen, so haben die Eigentümer der Güter stets Anspruch auf Schadensersatz. Das gleiche gilt, wenn die beschlagnahmten Güter sich als nicht einziehbar erweisen.

122. Bei jeder Beschlagnahme von Gütern unter Absehung von der Aufbringung des Schiffes finden die Bestimmungen der Nr. 96, 108 und 109 Anwendung, abgesehen davon, dass im Fall der Nr. 46 und 121 das Prisenamt nur Abschriften der Papiere erhält. Die Güter sind bei nächster Gelegenheit gemäss 131 abzugeben.

123. Bei jeder Zerstörung von Schiffen oder Gütern sind dem Chef des Admiralstabes zwecks Übermittlung an das zuständige Prisengericht möglichst bald und sicher einzureichen:

a) die Papiere und sonstigen Beweisstücke,
b) eine Verhandlung über die Zerstörung, die Beweggründe und alle Nebenumstände.

Ausserdem ist dem Chef des Admiralstabes über die Zerstörung eines neutralen Schiffes sobald als möglich unter kurzer Angabe der Gründe unmittelbar telegraphische Meldung zu erstatten.

Abschnitt IX.

Rechte und Pflichten des Prisenoffiziers.

124. Der Prisenoffizier führt das Kommando über das aufgebrachte Schiff und hat hinsichtlich desselben die Rechte und Pflichten des aufbringenden Kriegsschiffskommandanten. Er hat also vor allem für die sichere Einbringung des Schiffes und für die Beobachtung der in Abschnitt VII und VIII gegebenen Bestimmungen zu sorgen.

125. Er sorgt für die Weiterführung des Schiffstagebuches und führt selbst vom Augenblick des Anbordkommens ab ein Tagebuch, in das alle die Reise, das Schiff, die Ladung und die Personen betreffenden Ereignisse einzutragen sind.

126. Auf Versuche der Schiffsleute, das Schiff wieder in ihre Gewalt zu bringen, muss er gefasst sein und ihnen vorbeugen; unnötige Zwangsmassregeln sind zu vermeiden.

127. Aus der Ladung darf er im Beisein des Kapitäns und gegen Quittung Güter entnehmen, deren er zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf.

128. Wenn notwendig, darf der Prisenoffizier Personen und, soweit er gemäss 110 dazu berechtigt ist, Teile der Ladung auf ein anderes Fahrzeug umschiffen; die Gründe hat er im Tagebuch aufzuführen. Eine Umschiffung ist stets gerechtfertigt, wenn sie im Interesse der Sicherheit der Personen oder der Erhaltung der Ladung geschieht.

129. Ist die Einbringung in den befohlenen Hafen nicht möglich, so hat er einen anderen aufzusuchen, in den Prisen eingebracht werden dürfen (s. 111). Ist auch dieses nicht möglich, so hat er unter den Voraussetzungen der Nr. 112 bis 118 zur Zerstörung des Schiffes zu schreiten, sobald die sichere Bergung der auf dem Schiffe befindlichen Personen, der Papiere und Beweisstücke gewährleistet ist. Die Bestimmungen der Nr. 123 sind zu beachten.

130. Unmittelbar nach Ankunft in einem Hafen hat der Prisenoffizier telegraphisch vom Chef des Admiralstabes weitere Befehle einzuholen.

131. Ist der erreichte Hafen ein deutscher, oder gehört er einer verbündeten oder einer solchen neutralen Macht, welche die Einbringung von Prisen allgemein gestattet, so hat der Prisenoffizier die Prise hier abzugeben. Die Abgabe hat in einem deutschen Hafen an die zuständige Hafenbehörde zu erfolgen, sonst an den konsularischen Vertreter des Deutschen Reiches oder einer verbündeten Macht unter gleichzeitiger Übergabe der Papiere, Berichte und sonstigen Beweismittel zwecks Weitergabe an das Prisenamt. Zugleich sind die gemäss 102 freizulassenden Personen zu entlassen, soweit sie nicht als Zeugen zurückbehalten werden müssen.

Anlage zur Prisenordnung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.
A. 1512. II. Berlin, den 22. Juni 1914.

Befehl für die Seebefehlshaber und Kommandanten über ihr Verhalten beim Zusammentreffen mit bewaffneten Handelsschiffen im Kriege.

1. Die Ausübung des Anhaltungs-, Durchsuchungs- und Wegnahmerechtes sowie jeder Angriff seitens eines bewaffneten Handelsschiffes gegenüber einem deutschen oder neutralen Handelsschiff gilt als Seeraub. Gegen die Besatzung ist gemäss der Verordnung über das ausserordentliche kriegsrechtliche Verfahren vorzugehen.
2. Leistet ein bewaffnetes feindliches Kauffahrteischiff bewaffneten Widerstand gegen prisenrechtliche Massnahmen, so ist dieser mit allen Mitteln zu brechen. Die Verantwortung für jeden Schaden, den Schiff, Ladung und Passagiere dabei erleiden, trägt die feindliche Regierung. Die Besatzung ist als kriegsgefangen zu behandeln. Die Passagiere sind zu entlassen, ausser wenn sie sich nachweisbar am Widerstand beteiligt haben. Im letzteren Falle ist gegen sie das ausserordentliche kriegsrechtliche Verfahren anzuwenden.

Auf Allerhöchsten Befehl.

gez. v. Pohl.

Zusatz zur Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275). Vom 18. Oktober 1914.

Ich bestimme hiermit, dass in der Prisenordnung vom 30. September 1909 in Ziffer 23 folgende beiden Nummern hinzugefügt werden:

15. Kupfer (unbearbeitet);
16. Blei in Blöcken, Platten oder Röhren.

Berlin, den 18. Oktober 1914.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Bekanntmachung über die Behandlung von Feuerungsmaterial als relative Konterbande. Vom 17. November 1914.

Ziffer 23 Nr. 9 der Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275) wird dahin erläutert:

Mit Ausnahme von einigen sehr harten überseeischen Hölzern, wie Pockholz, Polisander, Ebenholz und dergleichen, sind alle Holzarten in unbearbeiteter oder nur roh bearbeiteter Form als relative Konterbande anzusehen, weil sie sich als Feuerungsmaterial verwenden lassen und unter Umständen auch tatsächlich als solches verwendet werden. Zu diesen Holzarten zählen auch Grubenhölzer und Papierhölzer, roh oder entrindet. Dagegen sind diejenigen Holzarten nicht zum Feuerungsmateriale zu rechnen, welche infolge ihrer Bearbeitung durch Menschenhand oder Maschinen eine so erhebliche Wertsteigerung erfahren haben, dass ihre Benutzung als Feuerungsmaterial mit ihrem durch die Bearbeitung erhöhten wirtschaftlichen Werte in keinem Einklang stehen würde.

Berlin, den 17. November 1914.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Zusatz zur Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275). Vom 23. November 1914.

Ich bestimme hiermit im Anschluss an die Anordnung vom 18. Oktober 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 441), dass in der Prisenordnung vom 30. September 1909 in Ziffer 23 die folgenden beiden weiteren Nummern hinzugefügt werden:

17. Hölzer jeder Art, roh oder bearbeitet (insbesondere auch behauen, gesägt, gehobelt, genutet), Holzkohlenteer:
18. Schwefel, roh oder gereinigt, Schwefelsäure.

Berlin, den 23. November 1914.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Zusatz zur Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275). Vom 14. Dezember 1914.

Ich bestimme hiermit im Anschluss an die Anordnung vom 23. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 481), dass in der Prisenordnung vom 30. September 1909 in Ziffer 23 die folgenden beiden weiteren Nummern hinzugefügt werden:

19. Aluminium;
20. Nickel.

Berlin, den 14. Dezember 1914.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Verordnung, betreffend Abänderung der Prisenordnung, vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275, 441, 481, 509).

Vom 18. April 1915.

In Vergeltung der von England und seinen Verbündeten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seekriegsrecht vom 26. Februar 1909 getroffenen Bestimmungen genehmige Ich für den gegenwärtigen Krieg die nachstehenden Abänderungen der Prisenordnung vom 30. September 1909 sowie ihrer Zusätze vom 18. Oktober, 23. November und 14. Dezember 1914.

An die Stelle der Ziffern 21, 23, 27, 33, 35, 40 sowie der Zusätze zur Ziffer 23 treten folgende Bestimmungen:

21. Als Kriegskonterbande werden die nachstehenden, unter der Bezeichnung absolute Konterbande begriffenen Gegenstände und Stoffe angesehen:

1. Waffen jeder Art mit Einschluss der Waffen für sportliche Zwecke und ihre als solche kenntlichen Bestandteile;
2. Geschosse, Kartuschen und Patronen jeder Art sowie ihre als solche kenntlichen Bestandteile;
3. Schiesspulver und Sprengstoffe jeder Art;
4. Geschützrohre, Lafetten, Protzen, Munitionswagen, Feldküchen, Backofenwagen, Proviantwagen, Feldschmieden, Scheinwerfer, Scheinwerfergerät und ihre als solche kenntlichen Bestandteile;
5. Entfernungsmesser und ihre als solche kenntlichen Bestandteile;
6. Doppelgläser, Fernrohre, Chronometer und nautische Instrumente aller Art;
7. militärische als solche kenntliche Kleidungs- und Ausrüstungsstücke;
8. für den Krieg benutzbare Reit-, Zug- und Lasttiere;
9. militärisches als solches kenntliches Geschirr jeder Art;
10. Lagergerät und seine als solche kenntlichen Bestandteile;
11. Panzerplatten;
12. Blei in Blöcken, Platten oder Röhren;
13. Stacheldraht, sowie die zu dessen Befestigung und Zerschneidung dienenden Werkzeuge;
14. Weissbleche;
15. Kriegsschiffe und sonstige Kriegsfahrzeuge sowie solche Bestandteile, die nach ihrer besonderen Beschaffenheit nur auf einem Kriegsfahrzeuge benutzt werden können; Schiffsbleche und Schiffbaustahl;
16. Unterwasserschallsignalapparate;
17. Luft- und Flugfahrzeuge aller Art, deren als solche kenntlichen Bestandteile sowie Zubehörstücke, Gegenstände und Stoffe, die erkennbar zur Luftschiffahrt oder zu Flugzwecken dienen sollen;
18. Werkzeuge und Vorrichtungen, die ausschliesslich zur Anfertigung und Ausbesserung von Waffen und Kriegsmaterial hergestellt sind
19. Drehbänke jeder Art;
20. Grubenholz;
21. Kohlen und Koks;
22. Flachs.

23. Als Kriegskonterbande werden folgende für kriegerische wie für friedliche Zwecke verwendbare unter der Bezeichnung relative Konterbande begriffene Gegenstände und Stoffe angesehen:

1. Lebensmittel;
2. Furage und Futtermittel jeder Art;
3. für militärische Zwecke geeignete Kleidungsstücke, Kleidungsstoffe und Schuhwerk;
4. tierische Wolle, roh oder bearbeitet, sowie wollene Streichgarne und Kammgarne;
5. Gold und Silber, geprägt und in Barren, sowie Papiergeld;
6. für den Krieg verwendbare Fuhrwerke jeder Art und ihre Bestandteile, insbesondere alle Kraftfahrzeuge;
7. Gummiräder für Kraftfahrzeuge, sowie alle Gegenstände und Stoffe, die besonders bei der Herstellung oder Reparatur von Gummirädern verwendet werden;
8. Kautschuk und Guttapercha und die daraus hergestellten Waren;
9. festes oder rollendes Eisenbahnmaterial, Telegraphen-, Funkentelegraphen und Telephonmaterial;
10. Feuerungsmaterial, ausgenommen Kohlen und Koks; Schmierstoffe;
11. Schwefel, Schwefelsäure, Salpetersäure;
12. Hufeisen und Hufschmiedegerät;
13. folgende Erze: Wolframerze (Wolframit und Scheelit), Molybdän-, Nickel-, Chrom-, Hämatiteisen-, Mangan-, Blei-Erz;
14. folgende Metalle: Wolfram, Molybdän, Vanadium, Nickel, Selen, Kobalt, Hämatitroheisen, Mangan, Aluminium, Kupfer;
15. Antimon sowie seine Schwefelverbindungen und Oxyde;
16. Eisenlegierungen (Ferro-Verbindungen) einschliesslich Wolfram-, Molybdän-, Mangan-, Vanadium-, Chrom-Eisen;
17. Geschirr und Sattelzeug;
18. Leder, zugerichtet und nicht zugerichtet, sofern es brauchbar ist für Sattlerei, Geschirr, Militärschuhzeug oder militärische Kleidungsstücke;
19. Gerbstoffe aller Art einschliesslich der beim Gerben gebrauchten Extrakte;
20. Hölzer jeder Art, roh oder bearbeitet (insbesondere auch behauen, gesägt, gehobelt, genutet), ausgenommen Grubenholz; Holzkohlenteer;
21. Schiffe, Boote und Wasserfahrzeuge jeder Art, Schwimmdocks und Vorrichtungen für Trockendocks sowie ihre Bestandteile.

27. Als Kriegskonterbande können die nachstehenden Gegenstände nicht erklärt werden:

1. Rohbaumwolle, Rohseide, rohe Jute, roher Hanf;
2. Harz, Lack, Hopfen;
3. rohe Felle, Hörner, Knochen und Elfenbein;
4. natürlicher und künstlicher Dünger;

5. Erde, Ton, Kalk, Kreide, Steine mit Einschluss des Marmors, Ziegelsteine, Schiefer und Dachziegel;
6. Porzellan und Glas;
7. Papier und die zu seiner Herstellung zubereiteten Stoffe;
8. Seife, Farbe mit Einschluss der ausschliesslich zu ihrer Herstellung bestimmten Materialien und Firnis;
9. Chlorkalk, Soda, Ätznatron, schwefelsaures Natron in Kuchen, Ammoniak, schwefelsaures Ammoniak und Kupfervitriol;
10. Maschinen für Landwirtschaft, für Bergbau, für Textilindustrie und für Buchdruckerei;
11. Edelsteine, Halbedelsteine, Perlen, Perlmutter und Korallen;
12. Turm- und Wanduhren, Standuhren und Taschenuhren ausser Chronometern;
13. Mode- und Galanteriewaren;
14. Federn jeder Art, Haare und Borsten;
15. Gegenstände zur Wohnungseinrichtung und zum Wohnungsschmucke; Bureaumöbel und Bureaubedarf.

33. Sofern die Umstände dem nicht widersprechen, ist die in Ziffer 32 bezeichnete feindliche Bestimmung anzunehmen:

a) wenn die Sendung an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen oder an einen Händler, von dem feststeht, dass er Gegenstände der fraglichen Art oder Erzeugnisse aus ihnen der Streitmacht oder den Verwaltungsstellen des feindlichen Staates liefert, gerichtet ist;
b) wenn die Sendung an Order oder an einen aus den Schiffspapieren nicht ersichtlichen Empfänger oder an eine Person, die sich im feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet aufhält, gerichtet ist;
c) wenn die Sendung nach einem befestigten Platze des Feindes oder nach einem Platze, der der feindlichen Streitmacht als Operations- oder Versorgungsbasis dient, bestimmt ist.

Kauffahrteischiffe selbst sind nicht schon um deswillen als für die feindliche Streitmacht oder für Verwaltungsstellen des feindlichen Staates bestimmt anzusehen, weil sie sich auf der Fahrt nach einem der zu c bezeichneten Plätze befinden.

35. Gegenstände der relativen Konterbande unterliegen der Beschlagnahme nur auf einem Schiffe, das sich auf der Fahrt nach dem feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet oder zur feindlichen Streitmacht befindet und das diese Gegenstände nicht in einem neutralen Zwischenhafen ausladen soll, d. h. in einem Hafen, den das Schiff vor dem Erreichen jenes Zieles anzulaufen hat.

Die Einschränkung des Abs. 1 findet keine Anwendung:

a) wenn die Voraussetzungen der Ziffer 33b vorliegen oder
b) wenn das Schiff nach einem neutralen Lande bestimmt ist, von dem feststeht, dass die feindliche Regierung von dort Gegenstände der fraglichen Art bezieht.

40. Auf Grund einer früher ausgeführten, aber bereits vollendeten Beförderung von Konterbande kann eine Aufbringung nicht bewirkt werden.

Hat jedoch das Schiff Konterbande entgegen den Angaben seiner Schiffspapiere dem Feinde zugeführt, so unterliegt es der Aufbringung und Einziehung bis zur Beendigung des Krieges.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündigung in Kraft.

Grosses Hauptquartier, den 18. April 1915.

(L. S.) *Wilhelm.*

v. Tirpitz.

Zusatz zur Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275). Vom 3. Juni 1916.

Ich bestimme hiermit, dass in der zuletzt durch die Kaiserliche Verordnung vom 18. April 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 227) abgeänderten Prisenordnung vom 30. September 1909 in Ziffer 23 folgende weitere Nummer hinzugefügt wird:

22. Zement.

Berlin, den 3. Juni 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: von Jonquières.

Verordnung, betreffend Abänderung der Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275, 441, 481, 509; 1915 S. 227; 1916 S. 437). Vom 22. Juli 1916.

In weiterer Vergeltung der von England und seinen Verbündeten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seekriegsrecht vom 26. Februar 1909 getroffenen Bestimmungen genehmige Ich für den gegenwärtigen Krieg die nachstehenden Abänderungen der Prisenordnung vom 30. September 1909 sowie ihrer Zusätze vom 18. Oktober, 23. November und 14. Dezember 1914, vom 18. April 1915 und vom 3. Juni 1916.

An die Stelle der Ziffern 21, 23, 27, 30 und 33 sowie der Zusätze zu Ziffer 23 treten folgende Bestimmungen:

21. Als Kriegskonterbande werden die nachstehenden, unter der Bezeichnung absolute Konterbande begriffenen Gegenstände und Stoffe angesehen:

1. Waffen jeder Art, mit Einschluss der Waffen für sportliche Zwecke, ihre Bestandteile sowie Zwischenerzeugnisse, die zu ihrer Herstellung geeignet sind;
2. Geschosse, Kartuschen und Patronen jeder Art, ihre Bestandteile sowie Zwischenerzeugnisse, die zu ihrer Herstellung geeignet sind;
3. Schiesspulver und Sprengstoffe jeder Art, Rauch- und Leuchtkörper, Brandmassen, Gaskampfmittel und Stoffe, die zu ihrer

Herstellung geeignet sind, einschliesslich: Salpetersäure und salpetersaure Salze jeder Art, Ammoniak, Ammoniakwasser, Salmiak, Ammoniumsalze; Schwefel, Schwefeldioxyd, Schwefelsäure, rauchende Schwefelsäure (Oleum), Schwefelkohlenstoff; Essigsäure, essigsaure Salze (Azetate), z. B. essigsaures Kalzium (Graukalk); Essigäther, Ameisenäther, Schwefeläther; Azeton; Äthyl- und Methylalkohol (Sprit), z. B. Sulfitsprit; Harnstoff; Harzprodukte, Kampfer und Terpentin (Öl und Geist); Kalziumkarbid; Cyanamid; Natriumcyanid; Phosphor und seine Verbindungen; chlorsaures und überchlorsaures Natrium, -Barium, -Kalzium; Chlor, Chlorhydrin; Brom; Phosgen (Carbonylchlorid); Zinnchlorid; Quecksilber; Pech; Teer mit Einschluss von Holzteer, Holzteeröl; Benzol, Toluol, Xylol, Solvent-Naphtha, Phenol (Karbolsäure), Kresol, Naphthalin, sowie deren Mischungen und Derivate; Anilin und seine Derivate; Glyzerin; Mangandioxyd; Arsenik und seine Verbindungen;

4. Geschützrohre, Lafetten, Protzen, Munitionswagen, Feldküchen, Backofenwagen, Proviantwagen, Feldschmieden, Scheinwerfer, Scheinwerfergerät und ihre Bestandteile;
5. Entfernungsmesser und ihre Bestandteile;
6. Doppelgläser, Fernrohre, Chronometer, nautische und artilleristische Instrumente aller Art;
7. Kleidungs- und Ausrüstungsstücke von erkennbar militärischer Art;
8. Sattel-, Zug- und Packtiere, jetzt oder künftig für den Kriegsgebrauch geeignet;
9. militärisches, als solches kenntliches Geschirr jeder Art;
10. Lagergerät und seine Bestandteile;
11. Panzerplatten;
12. Stahl- und Eisendraht; Stacheldraht sowie die zu dessen Befestigung und Zerschneidung dienenden Werkzeuge;
13. Bleche, verzinnt oder verzinkt;
14. Kriegsschiffe und sonstige Kriegsfahrzeuge sowie solche Bestandteile, die nach ihrer besonderen Beschaffenheit nur auf einem Kriegsfahrzeuge benutzt werden können; Schiffsbleche und Schiffbaustahl;
15. Unterwasser-Schallsignal-Apparate;
16. Luft- und Flugfahrzeuge aller Art, deren Bestandteile sowie Zubehörstücke, Gegenstände und Stoffe, die zur Luftschiffahrt oder zu Flugzwecken brauchbar sind; Goldschlägerhaut;
17. Photographische Artikel;
18. Werkzeuge und Vorrichtungen, die ausschliesslich zur Anfertigung und Ausbesserung von Waffen und Kriegsmaterial bestimmt sind;
19. Drehbänke, Maschinen und Werkzeuge, die bei der Herstellung von Kriegsmunition gebraucht werden;
20. Elektrische Artikel, angefertigt für Kriegsgebrauch;

21. Grubenholz mit Einschluss roher und wenig bearbeiteter zu Grubenholz bestimmter Hölzer, spanisches Rohr, Bambus, Kork einschliesslich Korkmehl;
22. Kohlen und Koks;
23. Flachs, Hanf, Jute, Pflanzenfasern und daraus hergestellte Garne;
24. Wolle, roh, gekämmt oder gekrempelt; Wollabfälle, Wollflocken und Wollkämmlinge; wollene Streichgarne und Kammgarne; Tierhaar aller Art sowie Flocken, Kämmlinge und Garne aus Tierhaar;
25. Rohbaumwolle, Baumwollfasern (linters), Baumwollabfälle, Baumwollgarne, baumwollene Stoffe und andere Baumwollerzeugnisse. die bei der Herstellung von Sprengstoffen gebraucht werden können;
26. Fässer aller Art und ihre Bestandteile;
27. Gold, Silber, geprägt und in Barren, Papiergeld und alle begebbaren Handelspapiere und verkäuflichen Effekten;
28. Gummiräder für Kraftfahrzeuge sowie alle Gegenstände und Stoffe, die besonders bei der Herstellung oder Reparatur von Gummirädern verwendet werden;
29. Kautschuk (einschliesslich Rohkautschuk, Kautschukabfälle und wiedergewonnener Kautschuk, Kautschuklösung und -teig oder irgendwelche anderen kautschukhaltigen Zubereitungen, Balata und Guttapercha sowie folgende Sorten von Kautschuk, nämlich: Borneo, Guayule, Jelutong, Palembang und alle anderen kautschukhaltigen Stoffe); ferner Gegenstände, die ganz oder zum Teil aus Kautschuk hergestellt sind;
30. Mineralöle (einschliesslich Erdöle, Petroleum, Benzin, Naphtha, Gasolin);
31. Schmierstoffe;
32. Gerbstoffe aller Art einschliesslich Quebrachoholz und der beim Gerben gebrauchten Extrakte;
33. Rindvieh-, Büffel- und Rosshäute; Kalb-, Schweins-, Ziegen- und Wildhäute; ferner Leder, zugerichtet und nicht zugerichtet, sofern es brauchbar ist für Sattlerei, Geschirr, Militärschuhzeug oder militärische Bekleidungsstücke; Treibriemen, hydraulisches Leder und Pumpenleder;
34. folgende Erze: Wolframerze (Wolframit und Scheelit), Molybdänerz, Manganerz, Nickelerz, Chromerz, Zinkerz, Bleierz, Hämatiteisenerz, Pyrite sowie deren Abbrände, Kupfererze;
35. Aluminium, Aluminiumsalze, kalzinierte Tonerde, Bauxit;
36. Antimon sowie seine Schwefelverbindungen und Oxyde;
37. Feldspat;
38. folgende Metalle: Wolfram; Molybdän; Vanadium; Nickel; Selen; Kobalt; Hämatitroheisen; Mangan beziehungsweise seine Legierungen; Kupfer beziehungsweise seine Legierungen; Zinn; Blei;
39. Eisenlegierungen (Ferroverbindungen), einschliesslich Wolfram-, Mangan-, Vanadium-, Chromeisen.

26. Als Kriegskonterbande werden folgende für kriegerische wie für friedliche Zwecke verwendbare unter der Bezeichnung relative Konterbande begriffene Gegenstände und Stoffe angesehen:

1. Lebensmittel;
2. Furage und Futtermittel jeder Art; ölhaltige Sämereien, Nüsse und Kerne; tierische, fisch- und pflanzliche Öle und Fette, ausser den als Schmiermittel geeigneten, und nicht einbegriffen flüchtige Öle;
3. folgende Gegenstände, sofern sie für den Kriegsgebrauch geeignet sind: Kleidungsstücke, Kleiderstoffe, Schuhwerk, Felle und Pelzwerk, die für Kleidung, Stiefel und Schuhe benutzbar sind;
4. für den Krieg verwendbare Fahrzeuge aller Art und ihre Bestandteile sowie Zubehör, insbesondere alle Kraftfahrzeuge;
5. festes und rollendes Eisenbahnmaterial, Telegraphen-, Funken- und Telephonmaterial;
6. Feuerungsmaterial, ausgenommen Kohlen, Koks und Mineralöle;
7. Hufeisen und Hufschmiedegerät;
8. Geschirr- und Sattelzeug;
9. Schiffe, Boote und Wasserfahrzeuge jeder Art, Schwimmdocks und Vorrichtungen für Trockendocks sowie ihre Bestandteile;
10. Zement;
11. Hölzer jeder Art, roh oder bearbeitet (insbesondere auch behauen, gesägt, gehobelt, genutet), ausgenommen Grubenholz usw. (siehe Ziffer 21 lfde. Nr. 21);

27. Als Kriegskonterbande können die nachstehenden Gegenstände nicht erklärt werden:

1. Rohseide;
2. Harz, Lack, Hopfen;
3. Hörner, Knochen und Elfenbein;
4. natürlicher und künstlicher Dünger;
5. Erde, Kalk, Kreide, Steine mit Einschluss des Marmors, Ziegelsteine, Schiefer und Dachziegel;
6. Porzellan und Glas;
7. Papier und die zu seiner Herstellung zubereiteten Stoffe;
8. Seife, Farbe mit Einschluss der ausschliesslich zu ihrer Herstellung bestimmten Materialien und Firnis;
9. Chlorkalk, Soda, Ätznatron, schwefelsaures Natron in Kuchen, Kupfervitriol;
10. Spezialmaschinen für Landwirtschaft, für Textilindustrie und für Buchdruckerei;
11. Edelsteine, Halbedelsteine, Perlen, Perlmutter und Korallen;
12. Turm- und Wanduhren, Standuhren und Taschenuhren, ausser Chronometern;

13. Mode- und Galanteriewaren;
14. Federn jeder Art;
15. Gegenstände zur Wohnungseinrichtung und zum Wohnungsschmucke; Bureaumöbel und Bureaubedarf.

30. Die unter 29 bezeichnete feindliche Bestimmung ist ohne weiteres als vorliegend anzusehen:

a) wenn die Ware zur Ausladung in einem feindlichen Hafen oder zur Ablieferung an die feindliche Streitmacht bestimmt ist;

b) wenn das Schiff nur feindliche Häfen anlaufen soll oder wenn es einen feindlichen Hafen berühren oder zur feindlichen Streitmacht stossen soll, bevor es den neutralen Hafen erreicht, wohin die Ware bestimmt ist.

Ohne Rücksicht auf den Bestimmungshafen des Schiffes ist, sofern die Umstände dem nicht widersprechen, die unter Ziffer 29 bezeichnete feindliche Bestimmung anzunehmen, wenn die Sendung gerichtet ist

a) unmittelbar oder mittelbar an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen oder

b) an Order oder an einen aus den Schiffspapieren nicht ersichtlichen Empfänger oder unmittelbar oder mittelbar an eine Person, die sich im feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet aufhält oder während des gegenwärtigen Krieges Konterbande nach dem feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet oder an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen unmittelbar oder mittelbar geliefert hat.

33. Sofern die Umstände dem nicht widersprechen, ist die in Ziffer 32 bezeichnete feindliche Bestimmung anzunehmen, wenn die Sendung gerichtet ist:

a) an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen oder an einen Händler, von dem feststeht, dass er Gegenstände der fraglichen Art oder Erzeugnisse aus ihnen der Streitmacht oder den Verwaltungsstellen des feindlichen Staates liefert;

b) an Order oder an einen aus den Schiffspapieren nicht ersichtlichen Empfänger oder unmittelbar oder mittelbar an eine Person, die sich im feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet aufhält oder während des gegenwärtigen Krieges Konterbande nach dem feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet oder an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen unmittelbar oder mittelbar geliefert hat;

c) unmittelbar oder mittelbar nach einem befestigten Platze des Feindes oder nach einem Platze, der der feindlichen Streitmacht als Operations- oder Versorgungsbasis dient.

Kauffahrteischiffe selbst sind nicht schon um deswillen als für die feindliche Streitmacht oder für Verwaltungsstellen des feindlichen Staates

bestimmt anzusehen, weil sie sich auf der Fahrt nach einem der zu c bezeichneten Plätze befinden.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 22. Juli 1916.

(Siegel) *Wilhelm.*

von Capelle.

Verordnung, betreffend Abänderung der Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275, 441, 481, 509; 1915 S. 227; 1916 S. 437, 773). Vom 9. Januar 1917.

In weiterer Vergeltung der von England und seinen Verbündeten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seekriegsrecht getroffenen Massnahmen erhalten die in der Verordnung vom 22. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 773) enthaltenen Kontrebandelisten folgende Zusätze und Änderungen:

In Ziffer 21 treten folgende neuen Nummern hinzu:

40. Isolierungsmaterial, roh und bearbeitet;
41. Seide jeder Art und die aus ihr verfertigten Seidenwaren; Seidenkokons; künstliche Seide und die aus ihr verfertigten Seidenwaren;
42. Wachse aller Art; Fettsäure;
43. Quillajarinde;
44. Talk, Schmirgel, Korund, Karborundum und alle anderen Poliermittel, natürliche und künstliche, sowie die aus ihnen verfertigten Waren; Diamanten für den Industriegebrauch;
45. Albumin;
46. Glas und Glassachen jeder Art; Flaschen jeder Art.

In Ziffer 21 werden folgende Nummern ergänzt:

In Nummer 3 zwischen „Quecksilber;" und „Pech;" zu setzen „Asphalt; Erdpech;".

In Nummer 20 wird hinter „Elektrische Artikel, angefertigt für Kriegsgebrauch" hinzugefügt:

„und ihre Bestandteile;".

In Nummer 26 wird hinter „Fässer" hinzugefügt:

„und Behälter".

Nummer 27 erhält folgende Fassung:

Gold, Silber, Papiergeld, Effekten, begebbare Handelspapiere, jede Art von Schecks, Tratten, Zahlungsaufträge, Gewinnanteilscheine, Zins- und Rentenscheine, Kredit-, Überweisungs- und Avisbriefe, Gutschrift- und Belastungsanzeigen oder andere Urkunden, die, sei es in sich, sei es nach einer Vervollständigung oder auf Grund einer Handlung des Empfängers zur Übertragung von Geldwerten, Krediten oder Effekten ermächtigen, eine solche bestätigen oder wirksam machen.

In Nummer 34 wird hinzugefügt:

„Kadmiumerz;“.

In Nummer 38 werden hinzugefügt:

„Zink; Kadmium oder seine Legierungen; Zirkonium, Cerium, Thorium oder ihre Legierungen und Verbindungen; Zirkonerde, Monazitsand;“.

In Ziffer 23 treten folgende neue Nummern hinzu:

12. Schwämme, roh oder bearbeitet;
13. Leim, Gelatine und Stoffe, die zu ihrer Herstellung gebraucht werden.

In Ziffer 23 Nummer 2 wird hinzugefügt:

„Hefe;“.

In Ziffer 27 fallen folgende Nummern fort: „1. Rohseide;“ „6. Porzellan und Glas;“.

In Nummer 2 fällt fort: „Harz;“.

Nummer 11 erhält folgende neue Fassung:

Edelsteine mit Ausnahme der für den Industriegebrauch geeigneten Diamanten; Halbedelsteine, Perlen, Perlmutter und Korallen;.

Berlin, den 9. Januar 1917.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: von Capelle.

Verordnung, betreffend Abänderung der Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275, 441, 481, 509; 1915 S. 227; 1916 S. 437, 773; 1917 S. 21). Vom 25. Juni 1917.

In weiterer Vergeltung der von England und seinen Verbündeten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seekriegsrecht vom 26. Februar 1909 getroffenen Bestimmungen genehmige Ich für den gegenwärtigen Krieg die nachstehenden Abänderungen der Prisenordnung vom 30. September 1909 sowie ihrer Zusätze vom 18. Oktober, 23. November und 14. Dezember 1914, vom 18. April 1915, vom 3. Juni und 22. Juli 1916 und vom 9. Januar 1917.

Die Ziffern 21, 23 und 27 erhalten folgende Fassung:

21. Als Kriegskonterbande werden die nachstehenden, unter der Bezeichnung absolute Konterbande begriffenen Gegenstände und Stoffe angesehen:

1. Waffen jeder Art, mit Einschluss der Waffen für sportliche Zwecke, ihre Bestandteile sowie Zwischenerzeugnisse, die zu ihrer Herstellung geeignet sind;
2. Geschosse, Kartuschen und Patronen jeder Art, ihre Bestandteile sowie Zwischenerzeugnisse, die zu ihrer Herstellung geeignet sind;
3. Schiesspulver und Sprengstoffe jeder Art, Rauch- und Leuchtkörper, Brandmassen, Gaskampfmittel, und Stoffe, die zu ihrer Herstellung geeignet sind, einschliesslich: Salpetersäure und salpetersaure Salze

jeder Art. Ammoniak. Ammoniakwasser, Salmiak, Ammoniumsalze; Schwefel. Schwefeldioxyd, Sulfite und Thiosulfate, Schwefelsäure, rauchende Schwefelsäure (Oleum), Schwefelkohlenstoff; Essigsäure, essigsaure Salze (Azetate), z. B. essigsaures Kalzium (Graukalk); Essigäther, Ameisensäure und ameisensaure Salze, Ameisenäther, Schwefeläther; Azeton; Äthyl- und Methylalkohol, Sprit, Sulfitsprit, Holzgeist roh, Alkohole jeder Art und deren Derivate, sowie die daraus gewonnenen Erzeugnisse; Harnstoff; Harze und Harzprodukte, Kampfer und Terpentin (Öl und Geist); Kalziumkarbid; Cyan und seine Verbindungen; Phosphor und seine Verbindungen; chlorsaures und überchlorsaures Natrium, Barium und Kalzium; Chlor, Chlorhydrin; Brom; Phosgen (Karbonylchlorid); Zinnchlorid; Quecksilber; Asphalt; Erdpech; Pech; Teer mit Einschluss von Holzteer, Holzteeröl; Benzol, Toluol, Xylol, Solvent-Naphtha, Phenol (Karbolsäure), Kresol, Naphthalin sowie deren Mischungen und Derivate; Anilin und seine Derivate; Glyzerin; Mangandioxyd; Oxalsäure und oxalsaure Salze;

4. Geschützrohre, Lafetten, Protzen, Munitionswagen, Feldküchen, Backofenwagen, Proviantwagen, Feldschmieden, Scheinwerfer, Scheinwerfergerät und ihre Bestandteile;
5. Entfernungsmesser und ihre Bestandteile;
6. Doppelgläser, Fernrohre, Chronometer, nautische und artilleristische Instrumente aller Art;
7. Kleidungs- und Ausrüstungsstücke von erkennbar militärischer Art;
8. Sattel-, Zug- und Packtiere, jetzt oder künftig für den Kriegsgebrauch geeignet;
9. militärisches, als solches kenntliches Geschirr jeder Art;
10. Lagergerät und seine Bestandteile;
11. Panzerplatten;
12. Stahl- und Eisendraht; Stacheldraht, sowie die zu dessen Befestigung und Zerschneidung dienenden Werkzeuge;
13. Bleche, verzinnt oder verzinkt;
14. Kriegsschiffe und sonstige Kriegsfahrzeuge sowie solche Bestandteile, die nach ihrer besonderen Beschaffenheit nur auf einem Kriegsfahrzeuge benutzt werden können; Schiffsbleche und Schiffsbaustahl;
15. Unterwasser-Schallsignal-Apparate;
16. Luft- und Flugfahrzeuge aller Art, deren Bestandteile sowie Zubehörstücke, Gegenstände und Stoffe, die zur Luftschiffahrt oder zu Flugzwecken brauchbar sind; Goldschlägerhaut;
17. photographische Artikel;
18. Werkzeuge und Vorrichtungen, die ausschliesslich zur Anfertigung und Ausbesserung von Waffen und Kriegsmaterial bestimmt sind;
19. Drehbänke, Maschinen und Werkzeuge, die bei der Herstellung von Kriegsmunition gebraucht werden;
20. elektrische Artikel, geeignet für Kriegsgebrauch, und ihre Bestandteile;

21. Grubenholz mit Einschluss roher und wenig bearbeiteter zu Grubenholz bestimmter Hölzer, spanisches Rohr, Bambus, Kork einschliesslich Korkmehl;
22. Kohlen, Koks, einschliesslich Pechkoks und Petrolkoks; Retortengraphit;
23. Flachs, Hanf, Jute, Ramie, Espartogras, Kokos, Kapock, Pflanzenfasern, sowie daraus hergestellte Garne und Seilfäden;
24. Wolle und Tierhaar aller Art, deren Verarbeitungsstufen bis zum Garne einschliesslich, und deren Abfälle bei der Verarbeitung;
25. Rohbaumwolle, Baumwollfasern (linters), Baumwollabfälle, Baumwollgarne, baumwollene Stoffe; Lumpen, Stoffabfälle und Kunstbaumwolle;
26. Fässer und Behälter aller Art und ihre Bestandteile;
27. Gold, Silber, Papiergeld, Effekten, begebbare Handelspapiere, jede Art von Schecks, Tratten, Zahlungsaufträge, Gewinnanteilscheine, Zins- und Rentenscheine, Kredit-, Überweisungs- und Avisbriefe, Gutschrift- und Belastungsanzeigen oder andere Urkunden, die, sei es in sich, sei es nach einer Vervollständigung oder auf Grund einer Handlung des Empfängers zur Übertragung von Geldwerten, Krediten oder Effekten ermächtigen, eine solche bestätigen oder wirksam machen;
28. Gummiräder für Kraftfahrzeuge, sowie alle Gegenstände und Stoffe, die besonders bei der Herstellung oder Reparatur von Gummirädern verwendet werden;
29. Kautschuk (einschliesslich Rohkautschuk, Kautschukabfälle und wiedergewonnener Kautschuk. Kautschuklösung und -teig oder irgendwelche anderen kautschukhaltigen Zubereitungen, Balata und Guttapercha sowie folgende Sorten von Kautschuk, nämlich: Borneo, Guayule, Jelutong, Palembang und alle anderen kautschukhaltigen Stoffe); ferner Gegenstände, die ganz oder zum Teil aus Kautschuk hergestellt sind;
30. Mineralöle (einschliesslich Erdöle, Petroleum, Benzin, Naphtha, Gasolin);
31. Schmierstoffe;
32. Gerbstoffe aller Art einschliesslich Quebrachoholz und der beim Gerben gebrauchten Extrakte;
33. Rindvieh-, Büffel- und Rosshäute; Kalb-, Schweins-, Ziegen- und Wildhäute; ferner Leder, zugerichtet und nicht zugerichtet, sofern es brauchbar ist für Sattlerei, Geschirr, Militärschuhzeug oder militärische Bekleidungsstücke; Treibriemen, hydraulisches Leder und Pumpenleder;
34. folgende Erze: Wolframerze, Molybdänerz, Manganerz, Nickelerz, Chromerz, Zinkerz, Bleierz, Hämatiteisenerz, Pyrite sowie deren Abbrände, Kupfererze, Kadmiumerz, Vanadiumerz, Kobalterz;
35. Aluminium, seine Legierungen und Verbindungen, Tonerde, Bauxit;
36. Arsen und Antimon sowie deren Verbindungen;

37. Feldspat; Borax, Borsäure und sonstige Borverbindungen; borhaltige Erden und Mineralien (Boraxkalk, Borazit);
38. folgende Metalle: Wolfram; Molybdän; Vanadium; Nickel; Selen; Kobalt; Hämatitroheisen; Mangan und seine Legierungen; Kupfer und seine Legierungen; Zinn; Blei; Zink; Kadmium und seine Legierungen; Zirkonium, Cerium, Thorium, ihre Legierungen und Verbindungen; Zirkonerde, Monazitsand; Platin, Osmium, Ruthenium, Rhodium, Palladium, Iridium, ihre Legierungen und Verbindungen;
39. Eisenlegierungen, einschliesslich Wolfram-, Mangan-, Vanadium-, Chromeisen; Eisenverbindungen;
40. Isolierungsmaterial, roh und bearbeitet;
41. Seide jeder Art und die aus ihr verfertigten Seidenwaren; Seidenkokons; künstliche Seide und die aus ihr verfertigten Seidenwaren;
42. Wachse aller Art; Fettsäure;
43. Quillajarinde;
44. Talk, Schmirgel, Korund, Karborundum und alle anderen Poliermittel, natürliche und künstliche, sowie die aus ihnen verfertigten Waren; Diamanten für den Industriegebrauch;
45. Albumin;
46. Glas und Glassachen jeder Art; Flaschen jeder Art;
47. Kalk, Kreide, Chlorkalk, Bleichpulver, Soda und Ätznatron;
48. Strontium- und Bariumsalze;
49. Knochenkohle;
50. Graphite jeder Art, in Stücken oder gemahlen; Graphittiegel und deren Scherben, Atchesongraphit, Elektroden und deren Reste.

23. Als Kriegskonterbande werden folgende für kriegerische wie für friedliche Zwecke verwendbaren, unter der Bezeichnung relative Konterbande begriffene Gegenstände und Stoffe angesehen:

1. Lebensmittel;
2. Furage und Futtermittel jeder Art; ölhaltige Sämereien, Nüsse und Kerne; tierische, fisch- und pflanzliche Öle und Fette, ausser den als Schmiermittel geeigneten, und nicht einbegriffen flüchtige Öle; Hefe;
3. folgende Gegenstände, sofern sie für den Kriegsgebrauch geeignet sind: Kleidungsstücke, Kleiderstoffe, Schuhwerk, Felle und Pelzwerk, die für Kleidung, Stiefel und Schuhe benutzbar sind;
4. für den Krieg verwendbare Fahrzeuge aller Art und ihre Bestandteile sowie Zubehör, insbesondere alle Kraftfahrzeuge;
5. festes und rollendes Eisenbahnmaterial, Telegraphen-, Funken- und Telephonmaterial;
6. Feuerungsmaterial, ausgenommen Kohlen, Koks und Mineralöle;
7. Hufeisen und Hufschmiedegerät;
8. Geschirr und Sattelzeug;

9. Schiffe, Boote und Wasserfahrzeuge jeder Art, Schwimmdocks und Vorrichtungen für Trockendocks sowie ihre Bestandteile:
10. Zement;
11. Hölzer jeder Art, roh oder bearbeitet (insbesondere auch behauen, gesägt, gehobelt, genutet) ausgenommen Grubenholz usw. (siehe Ziffer 21 lfde. Nr. 21);
12. Schwämme, roh oder bearbeitet;
13. Leim, Gelatine und Stoffe, die zu ihrer Herstellung gebraucht werden;
14. Seife;
15. Schiffsbodenfarben;
16. Lack;
17. Kupfervitriol;
18. Drehbänke sowie solche Maschinen und Werkzeuge, die vorwiegend zur Anfertigung und Ausbesserung von Waffen und Kriegsmaterial gebraucht werden.

27. Als Kriegskonterbande können die nachstehenden Gegenstände nicht erklärt werden:

1. Hopfen;
2. Hörner, Knochen und Elfenbein;
3. natürlicher und künstlicher Dünger, soweit nicht bestimmte Stoffe ausdrücklich als Konterbande erklärt sind;
4. Erde, Steine mit Einschluss des Marmors, Ziegelsteine, Schiefer und Dachziegel;
5. Papier und die zu seiner Herstellung zubereiteten Stoffe, soweit nicht bestimmte Stoffe ausdrücklich als Konterbande erklärt sind;
6. Farbe, mit Einschluss der ausschliesslich zu ihrer Herstellung bestimmten Materialien, ausgenommen Schiffsbodenfarben; Firnis;
7. schwefelsaures Natron in Kuchen;
8. Spezialmaschinen für Landwirtschaft und für Buchdruckerei;
9. Edelsteine mit Ausnahme der für den Industriegebrauch geeigneten Diamanten; Halbedelsteine, Perlen, Perlmutter und Korallen;
10. Turm- und Wanduhren, Standuhren und Taschenuhren, ausser Chronometern;
11. Mode- und Galanteriewaren;
12. Federn aller Art;
13. Gegenstände zur Wohnungseinrichtung und zum Wohnungsschmucke; Bureaumöbel und Bureaubedarf.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 25. Juni 1917.

(Siegel) *Wilhelm.*

von Capelle.

Verordnung, betreffend Abänderung der Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275, 441, 481, 509; 1915 S. 227; 1916 S. 437, 773; 1917 S. 21, 544). Vom 16. Juli 1917.

In weiterer Vergeltung der von England und seinen Verbündeten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seekriegsrecht vom 26. Februar 1909 getroffenen Bestimmungen genehmige Ich für den gegenwärtigen Krieg die nachstehenden Abänderungen zur Prisenordnung vom 30. September 1909 sowie ihrer Zusätze vom 18. Oktober, 23. November und 14. Dezember 1914, vom 18. April 1915, vom 3. Juni und 22. Juli 1916 und vom 9. Januar und 25. Juni 1917.

Hinter Ziffer 11 wird als Ziffer 11a eingefügt:

11a) Als feindliches Schiff ist ein neutrales Schiff zu behandeln, wenn das Eigentum ganz oder zum grösseren Teil feindlichen Staatsangehörigen zusteht.

Als feindliche Staatsangehörige im Sinne dieser Vorschrift gelten auch juristische Personen oder Gesellschaften anderer Art, die im feindlichen Lande ihren Sitz haben. Dem Sitze im Feindeslande steht es gleich, wenn das Kapital überwiegend feindlichen Staatsangehörigen zusteht oder wenn der Geschäftsbetrieb von feindlichen Staatsangehörigen oder vom feindlichen Lande aus geleitet oder beaufsichtigt wird.

Sofern die Umstände dem nicht widersprechen, ist feindliche Leitung oder Beaufsichtigung des Geschäftsbetriebs anzunehmen, wenn feindliche Staatsangehörige an ihr beteiligt sind oder der Geschäftsbetrieb vom feindlichen Lande aus mitgeleitet wird. Das gleiche gilt, wenn eine Kapitalbeteiligung oder sonstige Zuführung von Betriebsmitteln oder die Inanspruchnahme von Erträgnissen des Geschäftsbetriebs von seiten feindlicher Staatsangehöriger oder vom feindlichen Lande aus feststeht.

Ziffer 55c erhält folgende Fassung:

55c) wenn es von der feindlichen Regierung gechartert ist, oder wenn es im Interesse der feindlichen Kriegführung in Fahrt gesetzt ist.

Als im Interesse der feindlichen Kriegführung in Fahrt gesetzt ist, soweit die Umstände dem nicht widersprechen, ein auf der Fahrt von oder nach feindlichem oder vom Feinde besetzten Gebiete befindliches Schiff dann anzusehen, wenn es von einem feindlichen Staatsangehörigen oder von einer in einem feindlichen Lande wohnhaften Person, oder wenn es von einer Person gechartert ist, von der feststeht, dass sie einer feindlichen Regierung während des gegenwärtigen Krieges Agentendienste geleistet hat.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 16. Juli 1917.

Wilhelm.

von Capelle.

Verordnung, betreffend Abänderung der Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275, 441, 481, 509; 1915 S. 227; 1916 S. 437, 773; 1917 S. 21, 554, 631, 652). Vom 18. Januar 1918.

In weiterer Vergeltung der von England und seinen Verbündeten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seekriegsrecht vom 26. Februar 1909 getroffenen Bestimmungen genehmige Ich für den gegenwärtigen Krieg die nachstehenden Abänderungen der Prisenordnung vom 30. September 1909 sowie ihrer Zusätze vom 18. Oktober, 23. November und 14. Dezember 1914, vom 18. April 1915, vom 3. Juni und 22. Juli 1916, vom 9. Januar, 25. Juni und 16. Juli 1917.

1. In Ziffer 21 werden in Nummer 3' hinzugefügt:
Papier und Pappe jeder Art und Form sowie ihre Abfälle; Holzschliff und Zellstoff.
2. In Ziffer 27 fällt Nummer 5 fort.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 18. Januar 1918.

(Siegel) *Wilhelm.*

In Vertretung des Reichskanzlers: von Capelle.

Verordnung, betreffend Abänderung der Prisenordnung vom 30. September 1909 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 275, 441, 481, 509; 1915 S. 227; 1916 S. 437, 773; 1917 S. 21, 554, 631, 652; 1918 S. 43). Vom 24. April 1918.

In weiterer Vergeltung der von England und seinen Verbündeten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seekriegsrecht vom 26. Februar 1909 getroffenen Bestimmungen genehmige Ich für den gegenwärtigen Krieg die nachstehende Abänderung der Prisenordnung vom 30. September 1909 sowie ihrer Zusätze vom 18. Oktober, 23. November und 14. Dezember 1914, vom 18. April 1915, vom 3. Juni und 22. Juli 1916, vom 9. Januar, 25. Juni und 16. Juli 1917, vom 18. Januar 1918.

In Ziffer 55c) wird folgender Absatz hinzugefügt:

Als im Interesse der feindlichen Kriegführung in Fahrt gesetzt ist ferner, soweit die Umstände dem nicht widersprechen, ein neutrales Schiff dann anzusehen, wenn der Staat, dessen Flagge das Schiff zu führen berechtigt ist, mit einem feindlichen Staate ein Abkommen über die Gewährung von Frachtraum geschlossen hat oder wenn der überwiegende Teil der in Fahrt befindlichen Handelsflotte des neutralen Staates für den Feind fährt.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 24. April 1918.

(Siegel) *Wilhelm.*

In Vertretung des Reichskanzlers: von Capelle.

160.

ALLEMAGNE.

Règlement concernant la juridiction des prises; du 15 avril 1911, suivi de deux Décrets du 3 août 1914 et de plusieurs Décrets additionnels du 26 mars 1915 au 20 juillet 1917.

Deutsches Reichs-Gesetzblatt.

Prisengerichtsordnung. Vom 15. April 1911. (Reichs-Gesetzbl. 1914, Nr. 51, p. 301).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen usw. verordnen auf Grund des § 2 des Gesetzes, betreffend die Prisengerichtsbarkeit, vom 3. Mai 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 49*) im Namen des Reichs, was folgt:

I. Umfang der Prisengerichtsbarkeit.

§ 1.

Gegenstand der Prisengerichtsbarkeit ist die Entscheidung über die Rechtmässigkeit der in einem Kriege gemachten Prisen.

Die Entscheidung erstreckt sich:

1. wenn die Beschlagnahme zur Einbringung der Prise geführt hat, auf die Fragen.
   a) ob das in Beschlag genommene Eigentum einzuziehen oder freizugeben ist;
   b) ob für die Beschlagnahme des freizugebenden Eigentums ausreichende Gründe vorlagen;
2. wenn die Beschlagnahme zum Untergange der Prise geführt hat, auf die Fragen,
   a) ob das untergegangene Eigentum der Einziehung unterlag, oder nicht;
   b) ob für die Beschlagnahme des nicht einziehbaren Eigentums ausreichende Gründe vorlagen.

Ist ein neutrales Kauffahrteischiff oder neutrales Gut aus der Ladung eines solchen zerstört oder sind aus der Ladung eines nicht aufgebrachten neutralen Kauffahrteischiffs gegen den Willen des Kapitäns Güter in Beschlag genommen worden, so ist zunächst zu entscheiden, ob die Zerstörung oder die Beschlagnahme rechtmässig war.

Ist die Prise während des prisengerichtlichen Verfahrens ganz oder zum Teil gegen Hinterlegung des Wertes herausgegeben oder zur Hinterlegung des Erlöses öffentlich verkauft worden, so ist zu entscheiden, ob

---

*) V. ci-dessus. No. 158.

der hinterlegte Betrag für Rechnung des Reichs einzuziehen oder freizugeben ist. Im übrigen erfolgt, wenn die Prise vor ihrer prisengerichtlichen Aburteilung freigegeben oder herausgegeben worden ist, die Entscheidung nur im Falle einer Reklamation; sie beschränkt sich auf die Frage, ob ausreichende Gründe für die Beschlagnahme vorlagen.

Auf Antrag ist ferner zu entscheiden, ob und in welcher Höhe Schadenersatz zu leisten ist.

§ 2.

Prisen im Sinne dieser Verordnung sind feindliche oder neutrale Kauffahrteischiffe — d. h. alle Schiffe, die nicht Staatseigentum sind — sowie auf solchen Schiffen befindliche feindliche oder neutrale Güter, sofern sie in Ausübung des Prisenrechts in Beschlag genommen werden.

II. Behörden.

§ 3.

Entscheidende Behörden in Prisensachen sind in erster Instanz die Prisengerichte, in zweiter Instanz das Oberprisengericht in Berlin.

Durch Kaiserliche Verordnung wird bestimmt:

1. der Beginn und die Beendigung der Prisengerichtsbarkeit sowie der Tätigkeit der einzelnen Prisenbehörden;
2. der Sitz und die Bezirke der Prisengerichte.

§ 4.

Vorbereitende Behörden in Prisensachen sind die Prisenämter. Der Reichskanzler überträgt die Befugnisse eines Prisenamts unter Zuweisung eines bestimmten Bezirkes entweder einem Amts- oder Schutzgebietsgericht oder einem einzelnen rechtskundigen Reichs-, Staats-, Kolonial- oder Kommunalbeamten.

III. Zusammensetzung der Prisengerichte.

§ 5.

Das Prisengericht entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern mit Einschluss des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende und ein Beisitzer müssen rechtskundig sein. Von den übrigen Beisitzern soll je einer ein Seeoffizier, ein Vertreter des Reedergewerbes und ein Vertreter des Seehandels sein.

Der Vorsitzende wird von dem rechtskundigen Beisitzer vertreten. Für jeden Beisitzer wird ein Vertreter, für den rechtskundigen ein rechtskundiger Vertreter bestellt.

§ 6.

Das Oberprisengericht entscheidet in der Besetzung von sieben Mitgliedern mit Einschluss des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende und zwei Beisitzer müssen rechtskundig sein. Von den übrigen Beisitzern soll je einer ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, ein Seeoffizier, ein Vertreter des Reedergewerbes und ein Vertreter des Seehandels sein.

Der Vorsitzende wird durch den vom Reichskanzler beauftragten rechtskundigen Beisitzer vertreten. Für jeden Beisitzer wird ein Vertreter, für die rechtskundigen werden rechtskundige Vertreter bestellt.

§ 7.

Rechtskundig im Sinne dieser Verordnung sind diejenigen Personen, welche die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst im Reiche oder in einem Bundesstaate haben.

§ 8.

Der Reichskanzler erlässt die Geschäftsordnungen für das Oberprisengericht und die Prisengerichte und beaufsichtigt deren Geschäftsführung.

Der Vorsitzende leitet die Verhandlung und übt die Sitzungspolizei aus. Die §§ 177 bis 185 des Gerichtsverfassungsgesetzes finden entsprechende Anwendung.

§ 9.

Bei dem Oberprisengericht und jedem Prisengerichte wird ein Kaiserlicher Kommissar bestellt, der die Interessen des Reichs auch bei den in dem Bezirke des Prisengerichts gelegenen Prisenämtern wahrzunehmen hat.

Dem Kommissare können Stellvertreter beigegeben werden, die seinen dienstlichen Anweisungen nachzukommen haben.

Der Kaiserliche Kommissar bei dem Oberprisengericht untersteht dem Reichskanzler. Er ist befugt, den Kaiserlichen Kommissaren bei den Prisengerichten Anweisungen zu erteilen.

§ 10.

Die Mitglieder des Oberprisengerichts und der Prisengerichte (Prisenrichter) mit Einschluss der Vorsitzenden und der Vertreter, die Kaiserlichen Kommissare und deren Stellvertreter werden vom Kaiser ernannt.

Das Amt der Prisenrichter ist ein Ehrenamt. Es kann nur von einem Deutschen versehen werden.

Die Prisenrichter sind vor ihrem Amtsantritte zu vereidigen. Der Eid lautet:

> Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Prisenrichters getreulich zu erfüllen und meine Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben, so wahr mir Gott helfe.

Die Vereidigung des Vorsitzenden erfolgt durch den Reichskanzler oder einen von ihm beauftragten höheren Reichs- oder Staatsbeamten, die Vereidigung der übrigen Prisenrichter durch den Vorsitzenden des Gerichts, dem sie zugeteilt sind.

Die Prisenrichter haben während der Dauer und in Ansehung ihres Amtes alle Rechte und Pflichten richterlicher Beamten. Die Vorschriften des § 16 des Reichsbeamtengesetzes finden auf sie keine Anwendung.

§ 11.

Die erforderlichen Anordnungen hinsichtlich des Bureau-, Kanzlei- und Unterbeamtenpersonals, der Geschäftsräume und der Bureaubedürfnisse trifft der Reichskanzler.

IV. Zuständigkeit der Prisenbehörden.

§ 12.

Die örtliche Zuständigkeit des Prisenamts bestimmt sich nach dem Hafen, in dem die Prise eingebracht ist, diejenige des Prisengerichts nach dem Prisenamte, das ihm nachgeordnet ist.

Das Prisenamt in Hamburg ist auch für die in ausländische Häfen eingebrachten Prisen zuständig; das Prisengericht in Hamburg ist auch zuständig für die Fälle, in denen die Beschlagnahme der Prise zu ihrem Untergange geführt hat oder die Prise vor der Einbringung wieder freigegeben worden ist. Der Reichskanzler ist befugt, die Zuständigkeit anders zu regeln.

§ 13.

Das Oberprisengericht ist zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel der Berufung und Beschwerde gegen die Urteile und Beschlüsse der Prisengerichte.

V. Vorbereitendes Verfahren.

§ 14.

Die zuständige Behörde des Hafens, in den die Prise eingebracht worden ist, hat nach der Abgabe der Prise unverzüglich das Prisenamt zu benachrichtigen.

Ist die Prise in einem ausländischen Hafen an den deutschen Konsul abgegeben, so hat dieser das Prisenamt zu benachrichtigen.

Das Prisenamt benachrichtigt unverzüglich den zuständigen Kaiserlichen Kommissar.

§ 15.

Das Prisenamt entsiegelt die eingereichten Papiere sobald als möglich in Gegenwart des Prisenführers oder, falls dieser verhindert ist, eines Vertreters der Hafenbehörde und unter Zuziehung des Kapitäns der Prise. Es stellt den Befund unter Zugrundelegung des von dem Kommandanten des Kriegsschiffs oder dem Prisenoffizier aufgenommenen Verzeichnisses der Schiffspapiere fest. Es vermerkt, ob die Ladung der Prise unter Verschluss und Siegel vorgefunden wird, und vernimmt sodann den Kapitän und, soweit es zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich erscheint, die übrigen an Bord der Prise befindlichen Personen zu Protokoll.

§ 16.

Das Prisenamt nimmt unmittelbar nach Besichtigung der Prise unter Zuziehung von Sachverständigen über Schiff und Ladung ein Inventar auf.

Es kann sich dabei der Mitwirkung der Hafenbehörde bedienen, an welche die eingebrachte Prise abgegeben worden ist.

§ 17.

Auch sonst erhebt das Prisenamt über alle Tatsachen, die für die Entscheidungen des Prisengerichts von Erheblichkeit sind, sobald als möglich, wenn nötig unter Zuziehung von Sachverständigen, Beweis.

§ 18.

Bei der Beweisaufnahme hat der Prisenbeamte einen vereidigten Protokollführer zuzuziehen. In dringenden Fällen kann er den Protokollführer selbst vereidigen.

Über jede Untersuchungshandlung ist ein Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll muss Ort und Tag der Verhandlung sowie die Bezeichnung der Beteiligten und der bei der Verhandlung mitwirkenden Personen enthalten und ersehen lassen, ob die für die Verhandlung vorgeschriebenen Formen beobachtet worden sind.

Das Protokoll ist den beteiligten Personen, soweit es sie betrifft, behufs Genehmigung vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen, und von ihnen zu unterschreiben. Wird das Protokoll genehmigt, so ist dies zu vermerken. Wird die Genehmigung versagt oder unterbleibt die Unterschrift, so ist der Grund anzugeben.

Das Protokoll ist von dem Prisenbeamten und dem Protokollführer zu unterschreiben.

§ 19.

Der Kaiserliche Kommissar kann stets von dem Stande der Sache durch Einsicht der Akten Kenntnis nehmen. Er ist, soweit tunlich, von allen Verhandlungen und Vernehmungen zu benachrichtigen und befugt, ihnen beizuwohnen und Anträge zu stellen.

Erklärt er, die Sache sofort zur Entscheidung des Prisengerichts bringen zu wollen, so ist das vorbereitende Verfahren einzustellen.

Nach Abschluss oder Einstellung des vorbereitenden Verfahrens übersendet das Prisenamt die Akten unverzüglich dem Kaiserlichen Kommissar.

§ 20.

Der Kaiserliche Kommissar ist nach Eingang der Akten berechtigt, weitere Erhebungen durch Ersuchen der zuständigen Behörden zu veranlassen.

Erachtet er die Angelegenheit für spruchreif, so überreicht er die Akten dem zuständigen Prisengerichte mit einem Schriftsatz, in dem er einen bestimmten, mit Gründen versehenen Antrag stellt.

§ 21.

Soweit das Schiff und die Ladung offensichtlich der prisengerichtlichen Aburteilung nicht unterliegen, kann das Prisenamt mit Zustimmung des Kaiserlichen Kommissars die Herausgabe an den Empfangsberechtigten oder, falls die Einziehung in Frage kommt, die Übergabe an die zuständige Staatsanwaltschaft verfügen. Versagt der Kommissar die Zustimmung, so sind die Akten durch seine Vermittlung unverzüglich dem Prisengerichte zur Entscheidung vorzulegen.

Die Herausgabe kann von der Bedingung abhängig gemacht werden, dass wegen der Kosten des Verfahrens in einer von dem Prisengerichte zu bestimmenden Höhe Sicherheit geleistet wird.

§ 22.

In den Fällen, in denen die Beschlagnahme nicht zur Einbringung der Prise geführt hat, geht das gesamte Beweismaterial dem Prisengericht unmittelbar durch den Chef des Admiralstabs zu. In diesen Fällen liegen die Geschäfte des Prisenamts dem Prisengericht ob.

§ 23.

Die Bestimmungen der § 14 bis 22 finden entsprechende Anwendung, wenn Hafenbehörden oder Truppen auf Grund des Prisenrechts Eigentum in Beschlag genommen haben.

VI. Verfahren vor dem Prisengerichte.

§ 24.

Das Prisengericht kann jederzeit nach Anhörung des Kaiserlichen Kommissars die Vornahme weiterer Erhebungen durch Ersuchen der zuständigen Behörden oder durch ein eigenes beauftragtes Mitglied veranlassen.

§ 25.

Auf Antrag des Kaiserlichen Kommissars kann das Prisengericht auch ohne mündliche Verhandlung durch Urteil dahin erkennen, dass die Prise ganz oder zum Teil freizugeben ist. Die Freigabe kann von der Bedingung abhängig gemacht werden, dass wegen der Kosten des Verfahrens in einer von dem Prisengerichte zu bestimmenden Höhe Sicherheit geleistet wird.

Die Vorschrift des Abs. 1 findet keine Anwendung, wenn durch die Freigabe die Entscheidung über Ansprüche auf Schadensersatz wesentlich erschwert werden würde.

In dem Urteil ist die Ausführung von Rechten auf Schadensersatz vorzubehalten.

§ 26.

Das Prisengericht hat, auch wenn die Freigabe gemäss § 25 erfolgt ist, die Beteiligten alsbald aufzufordern, ihre Ansprüche binnen einer bestimmten Frist durch Einreichung einer Reklamationsschrift geltend zu machen. Die Frist darf nicht weniger als zwei Wochen und nicht mehr als zwei Monate betragen.

Die Zustellung der Aufforderung geschieht durch öffentliche Bekanntmachung mittels einmaliger Einrückung in den Reichsanzeiger. Die Zustellung gilt als bewirkt mit dem Ablauf des zweiten Tages nach der Ausgabe des die Bekanntmachung enthaltenden Blattes.

An die ihrem Wohnort nach bekannten Beteiligten ergeht, soweit sie eine Reklamationsschrift nicht schon eingereicht haben, eine besondere Be-

kanntmachung durch Aufgabe zur Post; jedoch gilt auch diesen Beteiligten gegenüber die öffentliche Bekanntmachung als Zustellung.

Als Beteiligte gelten:

1. die Eigentümer der beschlagnahmten Schiffe und Güter;
2. alle Privatpersonen, die ein rechtliches Interesse daran haben, dass die Prise freigegeben wird oder dass die Eigentümer Schadensersatz erhalten.

§ 27.

Die Reklamationsschrift muss die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf welche die Reklamation gestützt wird; Urkunden sind, wenn angängig, in Urschrift beizufügen.

Sie muss von einem mit schriftlicher Vollmacht versehenen, bei einem deutschen Gerichte zugelassenen Rechtsanwalte, der die Fähigkeit zum Richteramt erlangt hat, unterschrieben sein.

Wohnt der Reklamant nicht an dem Amtssitz des Prisengerichts, so hat er eine daselbst wohnhafte Person anzugeben, an die Zustellungen für ihn erfolgen sollen.

§ 28.

Soweit bis zum Ende der Reklamationsfrist eine Reklamation nicht erhoben worden ist, spricht das Gericht nach Anhörung des Kaiserlichen Kommissars auf Grund des vorliegenden Beweismaterials sein Urteil.

§ 29.

Ist eine Reklamation rechtzeitig erhoben, so bestimmt der Vorsitzende den Termin zur mündlichen Verhandlung. Der Kaiserliche Kommissar und der Reklamant sind von Amts wegen zu laden. Über mehrere Reklamationen wegen des gleichen Gegenstandes ist in der Regel gleichzeitig zu verhandeln.

§ 30.

Auf Antrag oder von Amts wegen kann ein Termin verlegt, eine Verhandlung vertagt und ein Termin zur Fortsetzung der Verhandlung bestimmt werden.

§ 31.

Der Kaiserliche Kommissar kann stets von den Akten Einsicht nehmen.

Dem Reklamanten und seinem Bevollmächtigten ist mit Zustimmung des Kaiserlichen Kommissars auf sein Verlangen vor dem Termine die Akteneinsicht zu gestatten. Der Kaiserliche Kommissar darf seine Zustimmung nur insoweit versagen, als es die militärischen Interessen erfordern.

§ 32.

Die mündliche Verhandlung ist öffentlich. Die Öffentlichkeit kann durch Beschluss des Prisengerichts für die ganze Verhandlung oder für einen Teil ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der Staatssicherheit besorgen lässt.

Die Bestimmungen der §§ 174 bis 176 des Gerichtsverfassungsgesetzes finden entsprechende Anwendung.

§ 33.

Die mündliche Verhandlung beginnt mit dem Vortrag des mit der Berichterstattung beauftragten Beisitzers. Hierauf werden der Kaiserliche Kommissar und der Reklamant mit ihren Ausführungen und Anträgen gehört. Die Anführung neuer Tatsachen und Beweismittel ist gestattet.

Der Reklamant muss sich durch einen bei einem deutschen Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt, der die Fähigkeit zum Richteramt erlangt hat. vertreten lassen. Das Prisengericht kann auch einen anderen rechts- oder sachkundigen Vertreter zulassen.

Ist der Reklamant in dem Termine nicht gehörig vertreten, so wird gleichwohl in der Sache verhandelt.

§ 34.

Bei der mündlichen Verhandlung wird ein vereidigter Protokollführer zugezogen. Die Vorschriften der §§ 159 bis 163 der Zivilprozessordnung finden entsprechende Anwendung.

§ 35.

Das Prisengericht entscheidet unter Berücksichtigung des gesamten Inhalts des Verfahrens.

Will es sein Urteil auf Umstände gründen, die nicht Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind, so ist der Reklamant vorher zu hören.

Auf die Beratung und Abstimmung finden die §§ 194 bis 198 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung. Der Berichterstatter stimmt zuerst ab, der Vorsitzende zuletzt; im übrigen stimmt das jüngere Mitglied vor dem älteren.

§ 36.

In der Urteilsformel sind alle Fragen zu erledigen, auf die sich die Entscheidung nach den Vorschriften des § 1 Abs. 2 bis 5 erstreckt.

§ 37.

Das Urteil muss ferner entscheiden, von wem die Kosten des Verfahrens zu tragen sind.

Soweit die Reklamation abgewiesen wird, sind dem Reklamanten die durch seine Reklamation entstandenen Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. Sind die Kosten durch mehrere verbundene Reklamationen entstanden, so ist die Beteiligung zum Massstab zu nehmen.

Soweit der Reklamation stattgegeben wird, fallen die Kosten dem Reiche zur Last. Ihm sind, soweit der Reichskanzler die Gegenseitigkeit für verbürgt erklärt, auch die notwendigen Auslagen des Reklamanten aufzuerlegen, es sei denn, dass für die prisenrechtliche Massregel, auf welche sich die Reklamation bezieht, ausreichende Gründe vorlagen.

Ist ein Schiff, das Konterbande befördert hat, freigelassen worden. so sind die Kosten, die durch das Verfahren wegen Einziehung der Konterbande sowie durch die Erhaltung von Schiff und Ladung während der

Untersuchung entstanden sind, dem Schiffe aufzuerlegen, auch wenn keine Reklamation erhoben ist.

Die Höhe der Kosten wird durch Beschluss festgesetzt. Der Beschluss kann mit dem Urteil verbunden werden.

§ 38.

Das Urteil ist mit Gründen zu versehen. Es enthält die Namen der Richter, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, und ist von dem Vorsitzenden und einem rechtskundigen Beisitzer zu unterschreiben. Es wird mit der Eingangsformel „Im Namen des Reichs" ausgefertigt.

VII. Berufung.

§ 39.

Gegen die Urteile der Prisengerichte steht, abgesehen von dem Falle des § 25, sowohl dem Kaiserlichen Kommissar als auch dem Reklamanten die Berufung zu.

Die Berufung muss bei dem Prisengerichte binnen zwei Wochen nach Zustellung des Urteils schriftlich eingelegt werden.

Der Berufungskläger muss binnen weiterer vier Wochen mittels einer Rechtfertigungsschrift eine bestimmte Erklärung darüber abgeben, weshalb er die Entscheidung anfechte und inwieweit er die Änderung beantrage.

Die Rechtfertigung der Berufung kann mit der Einlegung verbunden werden.

Die Berufungs- und die Rechtfertigungsschrift des Reklamanten müssen von einem bei einem deutschen Gerichte zugelassenen Rechtsanwalte, der die Fähigkeit zum Richteramt erlangt hat, unterzeichnet sein.

Das Gericht kann die nachträgliche Beibringung einer beglaubigten Vollmacht anordnen.

§ 40.

Ist die Berufung nicht rechtzeitig eingelegt oder ist die Rechtfertigungsschrift nicht in der vorgeschriebenen Frist oder Form angebracht, so hat das Prisengericht das Rechtsmittel durch Beschluss als unzulässig zu verwerfen.

Der Berufungskläger kann binnen einer Woche nach Zustellung des Beschlusses auf die Entscheidung des Oberprisengerichts antragen. Das Prisengericht kann seinen Beschluss nicht ändern; es hat die Akten durch Vermittlung des Kaiserlichen Kommissars zur Entscheidung an das Oberprisengericht einzusenden.

§ 41.

Das Prisengericht ist auf Antrag des Berufungsklägers berechtigt, die im § 39 Abs. 2, 3 vorgeschriebenen Fristen zu verlängern.

§ 42.

Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt und in der vorgeschriebenen Frist und Form gerechtfertigt, so werden die Berufungs- und die Recht-

fertigungsschrift dem Gegner des Berufungsklägers mit der Aufforderung zugestellt, innerhalb einer Frist von zwei Wochen eine Gegenerklärung einzureichen. Auf die Gegenerklärung des Reklamanten findet die Vorschrift des § 39 Abs. 5 Anwendung.

§ 43.

Nach Eingang der Gegenerklärung oder nach Ablauf der Frist übersendet der Kaiserliche Kommissar die Akten dem Oberprisengerichte.

§ 44.

Auf die Verhandlung vor dem Oberprisengerichte finden die Vorschriften der §§ 24, 25, 29 bis 38 entsprechende Anwendung.

Sind durch das angefochtene Urteil nicht alle Fragen erledigt, auf welche sich die Entscheidung des Oberprisengerichts zu erstrecken hat, so kann die Sache, soweit eine neue Verhandlung erforderlich ist, an das Prisengericht zurückverwiesen werden.

VIII. Allgemeine Bestimmungen.

§ 45.

Die zur Sicherung und Erhaltung der Prise sowie die zur Unterbringung und Verpflegung der zurückgehaltenen Personen der Besatzung nötigen Massregeln trifft die Hafenbehörde, an welche die eingebrachte Prise abgegeben worden ist. Sie hat dabei dem Ersuchen des Prisenamts Folge zu leisten. Die entstehenden baren Auslagen werden durch Vermittlung des Prisenamts erstattet.

§ 46.

Ist die Prise einer erheblichen Wertverringerung ausgesetzt oder würde ihre Aufbewahrung unverhältnismässige Kosten verursachen, so hat das Prisenamt nach Anhörung der Beteiligten und des Kaiserlichen Kommissars den öffentlichen Verkauf der Prise und die Hinterlegung des Erlöses anzuordnen. Ist Gefahr im Verzuge, so bedarf es der Anhörung nicht. Versagt der Kommissar die Zustimmung, so sind die Akten durch seine Vermittlung unverzüglich dem Prisengerichte zur Entscheidung vorzulegen.

§ 47.

Ist die Prise in einen ausländischen Hafen eingebracht, so finden die Vorschriften des V. Abschnitts sowie diejenigen der §§ 45, 46 nur insoweit Anwendung, als es die Verhältnisse gestatten.

Die deutschen Konsuln haben, sobald ihnen die Prise übergeben ist, zur vorläufigen Feststellung des Tatbestandes diejenigen Ermittlungen und Beweiserhebungen vorzunehmen, welche keinen Aufschub dulden und nach den für ihren Amtssitz massgebenden Gesetzen zulässig sind; die Konsuln sind hierbei zur eidlichen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen befugt. Bare Auslagen werden ihnen von dem nach § 12 zuständigen Prisenamt erstattet.

§ 48.

Die Beteiligten können in jeder Lage des Verfahrens die Herausgabe des Schiffes oder der Ladung gegen Hinterlegung des Wertes beantragen. Dem Antrag kann nur mit Zustimmung des Kaiserlichen Kommissars stattgegeben werden. Für die Entscheidung ist das Prisengericht oder, falls das Verfahren in der Berufungsinstanz anhängig ist, das Oberprisengericht zuständig.

§ 49.

Gegen die Anordnungen des Prisenamts sowie gegen diejenigen Entscheidungen des Prisengerichts, die der Berufung nicht unterliegen, steht jedem, dessen Recht durch sie beeinträchtigt wird, sowie dem Kaiserlichen Kommissare das Rechtsmittel der Beschwerde zu; jedoch sind die gemäss § 26 Abs. 1, §§ 29, 30, 32, § 33 Abs. 2 erlassenen Beschlüsse und Anordnungen der Anfechtung entzogen.

Zuständig für die Entscheidung über die Beschwerde ist gegenüber Anordnungen des Prisenamts das Prisengericht, gegenüber solchen des Prisengerichts das Oberprisengericht. Die von dem Prisengericht in der Beschwerdeinstanz erlassenen Beschlüsse können durch weitere Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde wird bei der Stelle eingelegt, deren Entscheidung angefochten wird. Sie kann in dringenden Fällen auch bei dem Beschwerdegericht eingelegt werden.

Die Einlegung erfolgt durch Einreichung einer Beschwerdeschrift, in der auch neue Tatsachen und Beweise vorgebracht werden dürfen. Erachtet das Prisenamt oder das Prisengericht oder der Vorsitzende, dessen Entscheidung angefochten wird, die Beschwerde für begründet, so ist ihr abzuhelfen; andernfalls ist die Beschwerdeschrift mit den Akten binnen drei Tagen durch Vermittlung des Kaiserlichen Kommissars dem Beschwerdegerichte vorzulegen.

Durch die Einlegung der Beschwerde wird die Vollziehung der angefochtenen Entscheidung nicht gehemmt, es sei denn, dass die Stelle, welche die Entscheidung erlassen hat, oder das Beschwerdegericht ein anderes anordnet.

Das Beschwerdegericht kann dem Gegner des Beschwerdeführers die Beschwerde zur schriftlichen Gegenerklärung mitteilen; es kann Ermittlungen anordnen oder selbst vornehmen. Über die Beschwerde wird ohne mündliche Verhandlung nach Anhörung des Kaiserlichen Kommissars entschieden. Wird die Beschwerde für begründet erachtet, so erlässt das Beschwerdegericht zugleich die in der Sache erforderliche Entscheidung.

§ 50.

Soweit nicht der Kaiser über eine verurteilte Prise zu Zwecken der Kriegsführung verfügt, wird sie dem Reichskanzler für sonstige Zwecke des Reichs zur Verfügung gestellt; dieser ist ermächtigt, sie für Rechnung des Reichs verkaufen zu lassen. Die erforderlichen Massnahmen hat der Kaiserliche Kommissar zu veranlassen.

§ 51.

Hinsichtlich der Gerichtssprache finden die §§ 186 bis 193 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung.

Eingaben, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung.

§ 52.

Die auf Grund einer mündlichen Verhandlung ergehenden Entscheidungen müssen verkündet werden. Urteile sowie nicht verkündete Beschlüsse und Verfügungen sind von Amts wegen zuzustellen.

§ 53.

Die Vollstreckung der Urteile ist erst nach Eintritt der Rechtskraft zulässig. Rechtskräftig werden die Urteile, wenn sie mit dem Rechtsmittel der Berufung nicht mehr angefochten werden können.

§ 54.

Auf das Verfahren bei Zustellungen finden, soweit diese Verordnung nicht ein anderes bestimmt oder die besonderen Verhältnisse des Prisengerichtsverfahrens ein anderes geboten erscheinen lassen, die Vorschriften der Zivilprozessordnung für Zustellungen von Amts wegen entsprechende Anwendung. Die Vorschriften über Zustellungen in den Schutzgebieten bleiben unberührt.

Schriftstücke, die dem Kaiserlichen Kommissar zuzustellen sind, werden ihm in Urschrift vorgelegt. Beginnt mit der Zustellung der Lauf einer Frist, so hat der Kommissar den Tag der Vorlegung auf der Urschrift zu vermerken.

§ 55.

Auf die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie auf die sonstigen Arten der Beweisaufnahme finden die Vorschriften der Strafprozessordnung mit der Massgabe entsprechende Anwendung, dass die Beeidigung der Zeugen und Sachverständigen in der Regel bei ihrer ersten Vernehmung zu erfolgen hat.

§ 56.

Sämtliche Gerichts- und Verwaltungsbehörden im Reichsgebiet und in den deutschen Schutzgebieten, sowie die Vertreter des Reichs im Ausland haben innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Ersuchen der Prisenbehörden und des Kaiserlichen Kommissars um Vornahme von Amtshandlungen zu entsprechen. Auf die von den Gerichten zu leistende Rechtshilfe finden die §§ 158 bis 162, 166 und 167 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung. Die deutschen Konsuln sind befugt, zur Erledigung des Ersuchens Zeugen und Sachverständige eidlich zu vernehmen.

Bare Auslagen werden der ersuchten Behörde von der ersuchenden Prisenbehörde erstattet.

§ 57.

Das Verfahren in Prisensachen ist gebühren- und stempelfrei. Auch von den ersuchten Behörden werden Gebühren und Stempel nicht erhoben.

Der Reichskanzler kann mit Rücksicht auf den Mangel der Gegenseitigkeit die Erhebung bestimmter Gebühren anordnen.

Zur Deckung der Auslagen hat der Reklamant einen Kostenvorschuss einzuzahlen, dessen Betrag vom Gerichte bestimmt wird; der Betrag kann nachträglich erhöht werden.

Die in Prisensachen mitwirkenden Personen erhalten bei Dienstverrichtungen ausserhalb ihres Wohnorts aus Reichsmitteln Tagegelder und Reisekosten, deren Höhe der Reichskanzler bestimmt.

Einnahmen und Ausgaben in Prisensachen gehen auf Rechnung des Reichs.

§ 58.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erlassen.

Die in dieser Verordnung dem Reichskanzler zugewiesenen Obliegenheiten, mit Ausnahme der im § 50 erwähnten, werden in dessen Vertretung durch das Reichs-Justizamt wahrgenommen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Achilleion, den 15. April 1911.

(L. S.) *Wilhelm* I. R.

v. Bethmann Hollweg.

Verordnung, betreffend den Beginn der Prisengerichtsbarkeit und den Sitz der Prisengerichte. Vom 3. August 1914.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen usw. verordnen auf Grund des § 3 der Prisengerichtsordnung vom 15. April 1911 im Namen des Reichs, was folgt:

§ 1.

Die Prisengerichtsbarkeit und die Tätigkeit der Prisengerichte und Prisenämter beginnt am 4. August 1914.

§ 2.

Es werden zwei Prisengerichte errichtet, von denen das eine in Hamburg, das andere in Kiel seinen Sitz hat.

Dem Prisengerichte zu Hamburg sind die Prisenämter an der deutschen Nordseeküste und in den deutschen Schutzgebieten nachgeordnet.

Dem Prisengerichte zu Kiel sind die Prisenämter an der deutschen Ostseeküste nachgeordnet.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloss, den 3. August 1914.

(L. S.) *Wilhelm.*

v. Bethmann Hollweg.

Ausführungsbestimmungen zur Prisengerichtsordnung vom 15. April 1911. Vom 3. August 1914.

Auf Grund der §§ 4, 8, 11, § 12 Abs. 2, § 57 Abs. 4, § 58 der Prisengerichtsordnung vom 15. April 1911 bestimme ich, was folgt:

1. Prisenämter.

§ 1.

Es werden Prisenämter errichtet:

in Danzig für die Bezirke der Seeämter zu Königsberg und Danzig;
in Swinemünde für die Bezirke der Seeämter zu Stettin und Stralsund;
in Kiel für die Bezirke der Seeämter zu Rostock, Lübeck und Flensburg, einschliesslich des Kaiser-Wilhelm-Kanals;
in Hamburg für die Bezirke der Seeämter Tönning, Hamburg und Bremerhaven, einschliesslich der Insel Helgoland und der Weser, sowie für die in ausländische Häfen eingebrachten Prisen;
in Wilhelmshaven für den Bezirk des Seeamts zu Brake;
in Emden für den Bezirk des Seeamts zu Emden;
in Duala für die Schutzgebiete Togo und Kamerun;
in Lüderitzbucht für das Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika;
in Daressalam für das Schutzgebiet Deutsch Ostafrika;
in Apia für das Schutzgebiet Samoa;
in Rabaul für das Schutzgebiet Deutsch-Neuguinea einschliesslich des Inselgebiets der Karolinen-, Palau-, und Mariannen- sowie der Marschall-, Brown- und Providence-Inseln;
in Tsingtau für das Schutzgebiet Kiautschou.

§ 2.

Die erforderlichen Bureau-, Kanzlei- und Unterbeamten werden von derjenigen Behörde zur Verfügung gestellt, welcher der Prisenbeamte angehört.

§ 3.

Die Prisenämter verfahren gemäss §§ 14 bis 19, 21, 23 der Prisengerichtsordnung.

Für jede in dem Bezirk eines Prisenamts eingehende Prise hat das Prisenamt besondere Akten anzulegen. Entstehen nach der Abgabe der Akten an den Kaiserlichen Kommissar in derselben Prisensache weitere Verhandlungen bei dem Prisenamte, so sind Ergänzungsakten anzulegen, die nach Erledigung gleichfalls an den Kommissar abgegeben werden.

§ 4.

Verfügungen des Prisenamts sind von dem Prisenbeamten zu unterzeichnen und, sofern sie einem Beteiligten zugestellt werden oder im Verkehre mit anderen Behörden erfolgen, mit dem Dienststempel des Prisenamts zu versehen.

§ 5.

Die Kosten, welche durch das Verfahren vor dem Prisenamt entstehen, sind, vorbehaltlich der Erstattung aus der Reichskasse, von der Kasse derjenigen Behörde auszulegen, welcher der Prisenbeamte angehört.

Entstehen durch die Einbringung, Verwahrung und Herstellung der Prise oder durch den Unterhalt ihrer Mannschaft besondere Unkosten, so sind diese zunächst von der Hafenbehörde auszulegen und die Belege dem Prisenamte zu übersenden. Das Prisenamt bescheinigt, dass die Unkosten im vorbereitenden Prisengerichtsverfahren entstanden sind und übersendet die Belege mit der Bescheinigung und dem Zahlungsersuchen an die zuständige Königlich Preussische Oberzollkasse, die sich mit der Reichshauptkasse verrechnet. Zuständig ist:

für das Prisenamt in Danzig die Oberzollkasse daselbst,
für das Prisenamt in Swinemünde die Oberzollkasse in Stettin,
für das Prisenamt in Kiel die Oberzollkasse in Altona,
für die Prisenämter in Wilhelmshaven und Emden die Oberzollkasse in Hannover.

Kosten, die beim Prisenamt und der Hafenbehörde in Hamburg entstehen, werden zunächst von der Hamburgischen Hauptstaatskasse erstattet, die ihrerseits aus Reichsmitteln entschädigt wird.

In Ansehung der Kosten, die bei den Prisenämtern und Hafenbehörden der Schutzgebiete entstehen, bewendet es bei den bereits erlassenen Bestimmungen.

§ 6.

Jede entstehende Ausgabe wird von dem Prisenamt unter fortlaufender Nummernfolge in einem Kassenjournal vermerkt und mit der Nummer des Journals in die betreffenden Prisenakten eingetragen. Auch die von der Hafenbehörde angemeldeten besonderen Unkosten sind zu den Prisenakten zu vermerken.

§ 7.

Wird nach § 46 der Prisengerichtsordnung eine Prise im Reichsgebiet öffentlich verkauft, so hat das Prisenamt den vereinnahmten Erlös für Rechnung dessen, den es angeht, bei der zuständigen Oberzollkasse, in Hamburg bei der Hauptstaatskasse zu hinterlegen.

II. Prisengerichte.

§ 8.

Der Vorsitzende des Prisengerichts zu Hamburg wird durch den Vorsitzenden der Senatskommission für die Justizverwaltung in Hamburg, der Vorsitzende des Prisengerichts zu Kiel durch den Präsidenten des dortigen Oberlandesgerichts vereidigt.

§ 9.

Das Bureau-, Kanzlei- und Unterbeamtenpersonal, sowie die Geschäftsräume und die Bureaubedürfnisse werden für das Prisengericht in Hamburg

durch den Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, für das Prisengericht in Kiel durch den Präsidenten des dortigen Oberlandesgerichts zur Verfügung gestellt.

§ 10.

Der Vorsitzende des Prisengerichts leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang.

Er beruft die Mitglieder des Prisengerichts und, soweit erforderlich, deren Stellvertreter zu den Verhandlungen.

Er vereidigt die Mitglieder des Prisengerichts bei Beginn der ersten Sitzung, an der sie teilnehmen (§ 10 Abs. 3, 4 der Prisengerichtsordnung).

Er vereidigt den Protokollführer (§ 34 daselbst).

§ 11.

Über jede Prise, die zur Verhandlung des Prisengerichts gelangt, werden besondere Akten angelegt. Die von dem Prisenamt über dieselbe Prise geführten Akten können fortgeführt werden. Die angelegten oder fortgeführten Akten werden in ein Aktenregister eingetragen.

§ 12.

Prozessleitende Verfügungen, welche ausserhalb der mündlichen Verhandlung ergehen, werden von dem Vorsitzenden erlassen.

§ 13.

Der Vorsitzende bestellt für jede Prisensache einen Berichterstatter.

§ 14.

Vor jeder Entscheidung hat der Vorsitzende dem Kaiserlichen Kommissar Gelegenheit zur Äusserung zu geben.

§ 15.

In den Fällen, in denen nach § 22 (Prisengerichtsordnung) dem Prisengerichte die Geschäfte des Prisenamts obliegen, kann der Vorsitzende ein Mitglied des Gerichts damit beauftragen.

§ 16.

Ladungen, Mitteilungen an Beteiligte und Behörden, Ersuchungsschreiben und auf die Verhandlung bezügliche schriftliche Anordnungen unterzeichnet der Vorsitzende; sie werden, soweit sie nicht bei den Akten bleiben, mit dem Dienststempel des Prisengerichts versehen.

Protokolle unterzeichnet der Vorsitzende mit dem Protokollführer.

Urteile unterzeichnet der Vorsitzende und ein rechtskundiger Beisitzer (§ 38 der Prisengerichtsordnung).

Ausfertigungen der Urteile sind von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer zu beglaubigen und mit dem Dienstsiegel zu versehen; sie tragen die Eingangsformel: „Im Namen des Reichs“.

§ 17.

Die Gründe des Urteils sind von dem Prisengericht im wesentlichen in der Beratung festzustellen. Sie werden bei der schriftlichen Abfassung des Urteils in gedrängter Kürze wiedergegeben. Werden Bedenken gegen den vorgelegten Entwurf erhoben und nicht vom Verfasser oder mit dessen Einverständnis durch Änderung des Entwurfs beseitigt, so ist ein Beschluss des Prisengerichts herbeizuführen.

§ 18.

Von allen Urteilen, auch wenn kein Rechtsmittel gegen sie eingelegt wird, ist eine Abschrift dem Reichs-Justizamt einzusenden.

§ 19.

Die bei einem Prisengericht entstehenden Auslagen werden von der Kasse des Oberlandesgerichts, an dessen Sitz sich das Prisengericht befindet, für Rechnung des Reichs vorgeschossen.

§ 20.

Jede Auslage des Prisengerichts ist unter fortlaufender Nummernfolge in ein besonderes Kassenjournal einzutragen. Die Auslage ist in den Akten, auf die sie sich bezieht, unter ihrer Kassennummer zu vermerken. Ist ein Reklamant zur Tragung der Kosten verurteilt (§ 37 Abs. 2 der Prisengerichtsordnung) oder sind einem Schiffe, das Konterbande befördert hat, die Kosten des Verfahrens auferlegt worden (§ 37 Abs. 4 daselbst), so hat das Prisengericht die Höhe der Kosten festzusetzen und die Einziehung des nicht durch den Kostenvorschuss (§ 57 Abs. 3 der Prisengerichtsordnung) gedeckten Betrags, wenn sie im Inland stattfinden soll, durch Ersuchen der zuständigen Behörde, andernfalls unter Vermittlung des Reichs-Justizamts durch Ersuchen des Auswärtigen Amts zu veranlassen.

§ 21.

Gebühren und Kostenvorschüsse, die bei dem Prisengerichte gemäss § 57 Abs. 2, 3 der Prisengerichtsordnung eingehen, werden zu der Kasse des Oberlandesgerichts vereinnahmt, dem das Prisengericht angegliedert ist.

Wird für eine herausgegebene oder freigegebene Prise gemäss § 21 Abs. 2, § 25 Abs. 1, § 48 der Prisengerichtsordnung eine Sicherheit hinterlegt, so sind die vereinnahmten Gelder an die zuständige Landeskasse zur vorläufigen Verwahrung abzuführen. Zuständig ist für das Prisengericht in Hamburg die Hamburgische Hauptstaatskasse, für das Prisengericht in Kiel die Königlich Preussische Oberzollkasse in Altona.

III. Oberprisengericht.

§ 22.

Das Bureau-, Kanzlei- und Unterbeamtenpersonal sowie die Geschäftsräume und die Bureaubedürfnisse werden für das Oberprisengericht durch das Reichs-Justizamt zur Verfügung gestellt.

§ 23.

Der Vorsitzende des Oberprisengerichts leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang.

Er wird im Falle der Verhinderung durch den Beisitzer vertreten, den der Staatssekretär des Reichs-Justizamts bezeichnet.

§ 24.

Der Vorsitzende beruft die Mitglieder des Oberprisengerichts und, soweit erforderlich, deren Stellvertreter zu den Verhandlungen.

Er vereidigt die Mitglieder des Oberprisengerichts bei Beginn der ersten Sitzung, an der sie teilnehmen (§ 10 Abs. 3, 4 der Prisengerichtsordnung).

Er vereidigt den Protokollführer (§ 34 daselbst).

§ 25.

Über jede Prise, die zur Verhandlung des Oberprisengerichts gelangt, werden besondere Akten angelegt. Die von dem Prisengericht über dieselbe Prise geführten Akten können fortgeführt werden. Die angelegten oder fortgeführten Akten werden in ein Aktenregister eingetragen.

§ 26.

Jede Sache, die bei dem Oberprisengerichte nicht durch Vermittlung des Kaiserlichen Kommissars eingeht, ist diesem zunächst zur Äusserung vorzulegen.

§ 27.

Prozessleitende Verfügungen, welche ausserhalb der mündlichen Verhandlung ergehen, werden von dem Vorsitzenden erlassen.

§ 28.

Der Vorsitzende bestellt für jede Prisensache einen ersten und einen zweiten Berichterstatter. Bei der Auswahl des ersten Berichterstatters sind die rechtskundigen Beisitzer in erster Linie zu berücksichtigen.

§ 29.

Vor jeder Entscheidung des Oberprisengerichts ist der Kaiserliche Kommissar zu hören.

§ 30.

Ladungen, Mitteilungen an Beteiligte und Behörden, Ersuchungsschreiben und auf die Verhandlung bezügliche schriftliche Anordnungen unterzeichnet der Vorsitzende; sie werden, soweit sie nicht bei den Akten bleiben, mit dem Dienststempel des Oberprisengerichts versehen.

Protokolle unterzeichnet der Vorsitzende mit dem Protokollführer.

Urteile unterzeichnet der Vorsitzende und der erste Berichterstatter oder falls dieser verhindert ist, ein anderer rechtskundiger Beisitzer, der an der Entscheidung teilgenommen hat.

Ausfertigungen der Urteile sind von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer zu beglaubigen und mit dem Dienstsiegel zu versehen; sie tragen die Eingangsformel: „Im Namen des Reichs“.

§ 31.

Die Gründe des Urteils sind von dem Oberprisengericht im wesentlichen in der Beratung festzustellen. Sie werden bei der schriftlichen Abfassung des Urteils in gedrängter Kürze wiedergegeben. Der Vorsitzende prüft den Entwurf. Werden Bedenken gegen die Fassung erhoben und nicht vom Verfasser oder mit dessen Einverständnis durch Änderung des Entwurfs beseitigt, so ist ein Beschluss des Oberprisengerichts herbeizuführen.

§ 32.

Von allen Entscheidungen, die das Oberprisengericht auf Berufungen oder Beschwerden erlässt, sind die Urschriften zurückzubehalten und in einen Sammelband zu vereinigen.

Nach Erledigung der Instanz sind die Akten mit einer beglaubigten Abschrift der Entscheidung dem zuständigen Prisengerichte durch den Kaiserlichen Kommissar zurückzusenden.

§ 33.

Die bei dem Oberprisengericht entstehenden Kosten werden vom Reichs-Justizamt ausgelegt und aus der Reichshauptkasse erstattet.

Jede Auslage des Oberprisengerichts ist unter fortlaufender Nummer in ein besonderes Kassenjournal einzutragen. Die Auslage ist in den Akten, auf die sie sich bezieht, unter ihrer Kassennummer zu vermerken.

§ 34.

Gebühren und Kostenvorschüsse, die bei dem Oberprisengerichte gemäss § 57 Abs. 2, 3 eingehen, werden zur Kasse des Reichs-Justizamts vereinnahmt.

Wird auf Beschluss des Oberprisengerichts eine Prise gegen Hinterlegung des Wertes herausgegeben (§ 48 der Prisengerichtsordnung), so sind die vereinnahmten Gelder an die für die Prisensache zuständige Landeskasse (§ 21 Abs. 2) zur vorläufigen Verwahrung abzuführen.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

§ 35.

Den in Prisensachen vernommenen Zeugen und Sachverständigen sind Gebühren und Auslagen in der gleichen Weise zu vergüten, wie bei dem Verfahren vor den ordentlichen Gerichten.

§ 36.

Die Mitglieder des Oberprisengerichts und der Prisengerichte erhalten bei Dienstverrichtungen ausserhalb ihres Wohnorts Tagegelder und Reisekosten nach den Vorschriften der Verordnung, betreffend die Tagegelder, die Fuhrkosten und die Umzugskosten der Reichsbeamten, in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. September 1910 (Reichs-Gesetzbl. S. 993) und den Ausführungsbestimmungen vom 29. September 1910 (Reichs-

Gesetzbl. S. 1071). Die Höhe der Tagegelder und Reisekosten bestimmt sich nach den Sätzen, welche für die im § 1 unter III der ersteren Verordnung bezeichneten Beamten gelten.

Die übrigen bei den Prisenbehörden tätigen Beamten erhalten bei Dienstverrichtungen ausserhalb ihres Wohnorts Tagegelder und Reisekosten nach den Grundsätzen, die für ihre Tätigkeit im Hauptamt massgebend sind.

Die Kaiserlichen Kommissare erhalten Tagegelder und Reisekosten nach Massgabe der für aktive Marineoffiziere ihres Ranges bestehenden Vorschriften.

Berlin, den 3. August 1914.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: Lisco.

Verordnung, betreffend Änderung des § 21 der Prisengerichtsordnung (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 301). Vom 26. März 1915.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen usw. verordnen auf Grund des § 2 des Gesetzes, betreffend die Prisengerichtsbarkeit, vom 3. Mai 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 49) im Namen des Reichs, was folgt:

Im § 21 der Prisengerichtsordnung (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 301) erhält der Abs. 1 Satz 1 folgende Fassung:

> Soweit das Schiff und die Ladung offensichtlich der Einziehung oder der prisengerichtlichen Entscheidung nicht unterliegen, kann das Prisenamt mit Zustimmung des Kaiserlichen Kommissars die Herausgabe an den Empfangsberechtigten oder, falls die strafgerichtliche Einziehung in Frage kommt, die Übergabe an die zuständige Staatsanwaltschaft verfügen.

Im Abs. 2 daselbst werden die Worte „in einer von dem Prisengerichte zu bestimmenden Höhe" gestrichen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 26. März 1915.

(L. S.) *Wilhelm*

von Bethmann Hollweg.

Verordnung zur Ergänzung der Prisengerichtsordnung (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 301). Vom 16. Juli 1915.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen usw. verordnen auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Prisengerichtsbarkeit vom 3. Mai 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 49) im Namen des Reichs, was folgt:

In die Prisengerichtsordnung vom 15. April 1911 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 301) wird hinter § 6 folgende Vorschrift eingestellt:

§ 6a

Für Entscheidungen, die ohne mündliche Verhandlung und nicht in der Form des Urteils erlassen werden, genügt sowohl bei den Prisengerichten wie bei dem Oberprisengerichte die Mitwirkung von drei Mitgliedern mit Einschluss des Vorsitzenden.

Wohnt der regelmässige Stellvertreter des Vorsitzenden nicht am Sitze des Gerichts, so kann der Vorsitzende im Falle seiner Verhinderung für Angelegenheiten, die von ihm allein zu erledigen sind oder die von dem Gericht in der Besetzung von drei Mitgliedern erledigt werden können, seine Vertretung einem anderen rechtskundigen Mitglied oder stellvertretenden Mitglied übertragen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 16. Juli 1915.

(L. S.) *Wilhelm.*

von Bethmann Hollweg.

Verordnung, betreffend Änderung der §§ 26, 28 der Prisengerichtsordnung vom 15. April 1911 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 301). Vom 4. September 1915.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen usw. verordnen auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Prisengerichtsbarkeit vom 3. Mai 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 49) im Namen des Reichs, was folgt:

Artikel 1.

Die Prisengerichtsordnung (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 301) wird dahin geändert:

I. Im § 26 Abs. 1 erhält der Satz 2 folgende Fassung:

Die Frist darf nicht weniger als zwei Wochen und soll in der Regel nicht mehr als drei Monate betragen.

II. Im § 28 wird der folgende Satz hinzugefügt:

Solange das Urteil noch nicht gesprochen ist, kann das Gericht einem Beteiligten, der ohne sein Verschulden verhindert war, die Reklamationsfrist einzuhalten, auf Antrag eine neue Frist gewähren.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 4. September 1915.

(L. S.) *Wilhelm.*

von Bethmann Hollweg.

Verordnung zur Ergänzung des § 46 der Prisengerichtsordnung (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 301). Vom 11. Dezember 1915.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen usw. verordnen auf Grund des § 2 des Gesetzes, betreffend die Prisengerichtsbarkeit, vom 3. Mai 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 49) im Namen des Reichs, was folgt:

Der § 46 der Prisengerichtsordnung (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 301) erhält folgenden Abs. 2:

Auch ohne dass die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, kann das Prisenamt auf Antrag des Kaiserlichen Kommissars die Prise ganz oder zum Teil unter Festsetzung des dafür zu hinterlegenden Betrags einer von dem Kaiserlichen Kommissar bezeichneten Stelle überweisen. Der Betrag soll dem Werte der überwiesenen Prise entsprechen. Der Reichskanzler kann die Art der Hinterlegung bestimmen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Grosses Hauptquartier, den 11. Dezember 1915.

(L. S.) *Wilhelm.*

von Bethmann Hollweg.

Bestimmung über eine Änderung in der Zuständigkeit der Prisengerichte. Vom 20. Juli 1917.

Auf Grund des § 12 Abs. 2 Satz 2 der Prisengerichtsordnung vom 15. April 1911 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 301) wird bestimmt:

Sind in den Fällen, in denen die Beschlagnahme eines Schiffes zu seinem Untergange geführt hat oder das Schiff vor der Einbringung wieder freigegeben worden ist, Gegenstände aus dem Schiffe als Prise eingebracht worden, so ist auch hinsichtlich des Schiffes und der mit ihm untergegangenen Ladung das Prisengericht zuständig, das dem für die eingebrachten Gegenstände nach § 12 Abs. 1 zuständigen Prisenamt übergeordnet ist.

Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft; sie findet keine Anwendung, wenn bereits vor diesem Zeitpunkt die öffentliche Bekanntmachung der Reklamationsfrist angeordnet worden ist.

Berlin, den 20. Juli 1917.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Lisco.

161.

ALLEMAGNE, NORVÈGE.

Echange de notes concernant les frais de procédure devant les tribunaux des prises; des 7 juillet et 17 août 1915.

Overenskomster med fremmede stater, 1915, No. 3.

I.

Auswärtiges Amt.

Verbalnote.

Nach § 37 der deutschen Prisengerichtsordnung*) fallen die Kosten eines prisengerichtlichen Verfahrens, soweit der Reklamation stattgegeben wird, dem Reiche zur Last. Ihm sind auch die notwendigen Auslagen des Reklamanten im allgemeinen aufzuerlegen, soweit der Reichskanzler die Gegenseitigkeit für verbürgt erklärt.

In letzter Zeit haben vor deutschen Prisengerichten Verhandlungen in Sachen stattgefunden, bei denen norwegische Staatsangehörige . . . beteiligt waren. Nach dem hier vorliegenden Material ist der Reichskanzler nicht in der Lage, die Gegenseitigkeit bezüglich Norwegens . . . ohne weiteres als verbürgt zu erklären. Das Auswärtige Amt bittet daher die Königlich Norwegische Gesandtschaft . . . eine verbindliche Erklärung ihrer Regierung darüber herbeizuführen, dass im umgekehrt liegenden Falle norwegische Prisengerichte deutschen Reklamanten den Ersatz der Auslagen gleichfalls zusprechen würden.

Berlin, den 7. Juli 1915.

An die Königlich Norwegische Gesandtschaft.

II.

Verbalnote.

Durch seine Verbalnote vom 7. v. M. hat das Kaiserlich Auswärtige Amt die Gefälligkeit gehabt, der königlich norwegischen Gesandtschaft mitzuteilen, dass nach § 37 der deutschen Prisengerichtsordnung die Kosten eines prisengerichtlichen Verfahrens, soweit der Reklamation stattgegeben wird, dem Reiche zur Last fallen, ebenso wie auch die notwendigen Auslagen des Reklamanten im allgemeinen dem Reiche aufzuerlegen sind, soweit der Reichskanzler die Gegenseitigkeit für verbürgt erklärt. Das Kaiserliche Amt bat daher die königliche Gesandtschaft, eine verbindliche Erklärung ihrer Regierung darüber herbeizuführen, dass im umgekehrt liegenden Falle

---

*) V. ci-dessus, p. 555.

norwegische Prisengerichte deutschen Reklamanten den Ersatz der Auslagen gleichfalls zusprechen würden.

Aus diesem Anlass beehrt sich die Königliche Gesandtschaft, im Auftrage ihrer Regierung, zu erklären, dass norwegische Prisengerichte deutschen Reklamanten den Ersatz der Auslagen zusprechen werden unter derselben Bedingung wie die deutschen Prisengerichte nach § 37 der deutschen Prisengerichtsordnung norwegischen Reklamanten den Ersatz der Auslagen zusprechen würden, wenn die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

Berlin, den 17. August 1915.

An das Kaiserlich Auswärtige Amt, Berlin.

162.

AUTRICHE-HONGRIE.

Décret concernant les tribunaux des prises; du 28 novembre 1914.

Oesterreichisches Reichsgesetzblatt 1914, No. 181.

Verordnung des Gesamtministeriums vom 9. Dezember 1914 über die Kundmachung der mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. November 1914 allergnädigst genehmigten Prisengerichtsordnung.

Seine k. und k. Apostolische Majestät geruhten über einen nach Zustimmung der Regierungen beider Staaten der Monarchie erstatteten alleruntertänigsten Vortrag mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. November 1914 bis zur diesbezüglichen Verfügung der Gesetzgebungen beider Staaten die nachstehende Prisengerichtsordnung allergnädigst zu genehmigen.

Diese Prisengerichtsordnung wird in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern hiemit kundgemacht.

Stürgkh m. p. *Georgi* m. p.
Hochenburger m. p. *Heinold* m. p.
Forster m. p. *Hussarek* m. p.
Truka m. p. *Schuster* m. p.
Zenker m. p. *Engel* m. p.
Morawski m. p.

Prisengerichtsordnung.

§ 1.

Zur Fällung des Urteiles in betreff der von den k. u. k. Kriegsschiffen im gegenwärtigen Krieg aufgebrachten feindlichen und verdächtigen Schiffe und ihrer Ladungen wird ein Prisengericht I. Instanz in Pola und ein Oberprisengericht als II. Instanz am Sitze des k. u. k. Kriegsministeriums, Marinesektion, eingesetzt.

§ 2.

Das Prisengericht I. Instanz besteht aus einem Konteradmiral oder Linienschiffskapitän als Vorsitzenden und aus zwei Offizieren für den Marinejustizdienst, wovon einer als Referent fungiert, und entscheidet mit Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende hat zur Instruktion des Prozesses eine Prisenuntersuchungskommission aus Angehörigen der k. u. k. Marineverwaltung zu bilden. Diese Kommission, von welcher ein Mitglied als Untersuchungsführer fungiert, ist berechtigt, Experten aus dem Kreise der Sachverständigen für Fragen des internationalen Handels zu hören. Sie hat alle im Interesse der Beteiligten und zur Förderung der Untersuchung noch vor der Urteilsfällung erforderlichen Massnahmen in betreff des Schiffes, der Ladung und der Bemannung zu treffen (§ 4, Absatz 2), die spruchreifen Untersuchungsakten dem Prisengericht vorzulegen und die Urteile zu vollziehen (§ 9).

§ 3.

Das Oberprisengericht besteht aus einem ranghöheren Flaggenoffizier als Vorsitzenden, dann aus zwei höheren Offizieren für den Marinejustizdienst, wovon einer als Referent fungiert, und aus je einem rechtskundigen Funktionär des Ministeriums des Äussern, des österreichischen und des ungarischen Handelsministeriums. Es entscheidet über die gegen die Urteile des Prisengerichtes I. Instanz eingelegten Berufungen in II. und letzter Instanz. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 4.

Aufgebrachte feindliche oder verdächtige Schiffe sind in der Regel in den Kriegshafen von Pola zu führen. Von der Ankunft des Schiffes hat der Kommandant des aufbringenden Kriegsfahrzeuges oder der Führer der Prise bei dem Vorsitzenden der Prisenuntersuchungskommission (Untersuchungsführer) sogleich die Meldung zu erstatten. Der Untersuchungsführer eröffnet in Gegenwart des Kommandanten (Prisenführers) und des Schiffers das versiegelte Konvolut mit den Schiffspapieren, vernimmt ohne Verzug den Kommandanten (den Prisenführer) über alle erheblichen Umstände der Anhaltung und Aufbringung zu Protokoll und verhört den Schiffer des aufgebrachten Schiffes, der, insolange die sonstigen Beteiligten an Schiff und Ladung sich nicht gemeldet und ausgewiesen haben, als deren Vertreter anzusehen ist.

In gleicher Weise hat er, soweit dies erheblich erscheint, die Mannschaft, die bei der Aufbringung oder Führung der Prise mitgewirkt hat,

in jedem Falle aber die gesamte Mannschaft des aufgebrachten Schiffes und nach Umständen die Passagiere zu verhören und erst nach diesem Verhör dem Schiffer und der Mannschaft, wenn keine Bedenken entgegenstehen, den Verkehr mit dem Lande zu gestatten.

Dem Verhör des Schiffers, der Mannschaft und der Sachverständigen, dann den Lokalaugenscheinen sind Gerichtszeugen beizuziehen, die die Protokolle mitunterfertigen.

Die Prisenuntersuchungskommission hat das aufgebrachte Schiff sobald als möglich zu übernehmen, die Inventarisierung des Schiffes und der Ladung durch Sachverständige zu veranlassen und nötigenfalls im Einvernehmen mit der Marine-(Militär-)Lokalbehörde alles vorzukehren, was zur Sicherung von Schiff und Ladung sowie zur Verpflegung und Bewachung der Mannschaft erforderlich ist.

§ 5.

Der Untersuchungsführer hat mit möglichster Beschleunigung für die vollständige Aufklärung des Sachverhaltes zu sorgen und bei seinen Amtshandlungen mit gleicher Sorgfalt das Interesse des Kaptors und des aufgebrachten Schiffes zu wahren.

Die Rechte des Kaptors werden im öffentlichen Interesse durch einen vom Flottenkommando bestimmten Vertreter der Kriegsmarine geltend gemacht, der ein bestimmtes Begehren bezüglich der Entscheidung über die Prise zu stellen hat.

Nach Abschluss der Erhebungen hat der Untersuchungsführer allen Beteiligten Einsicht in die Akten zu gewähren und sie zur Erklärung aufzufordern, ob sie noch etwas zur Wahrung ihrer Rechte anzuführen haben. Hierauf haben sich der Vertreter der Kriegsmarine und die Gegner protokollarisch oder schriftlich zu äussern; sohin sind die Akten, wenn die Untersuchungskommission sie nicht zu ergänzen findet, dem Prisengericht I. Instanz mit einer Einbegleitung vorzulegen.

§ 6.

Der Beschlussfassung der Prisenuntersuchungskommission ist vorbehalten:

1. Die Aufstellung von Kuratoren für die an Schiff oder Ladung Beteiligten;

2. die Entlöschung des Schiffes, der Verkauf der Ladung und die Hinterlegung des Erlöses. Der Verkauf ist nur zulässig, wenn alle Beteiligten zustimmen oder wenn er zur Rettung vor drohendem Verderben geboten ist;

3. die Freigebung des als unverdächtig befundenen Schiffes und der Ladung, die nicht Gegenstand der Prise ist;

4. jede Verfügung über die Mannschaft und die Passagiere;

5. die Entscheidung über Beschwerden gegen Amtshandlungen des Untersuchungsführers.

Die Beschlüsse der Prisenuntersuchungskommission unterliegen keinem abgesonderten Rechtszug. Über allfällige Beschwerden fällt das Prisengericht I. Instanz die Entscheidung mit dem Urteil.

§ 7.

Das Prisengericht I. Instanz kann die Vervollständigung der ihm von der Prisenuntersuchungskommission vorgelegten Akten anordnen, namentlich die Beteiligten zur Beibringung weiterer Beweismittel zulassen und zu diesem Behufe die Akten an die Prisenuntersuchungskommission zurückleiten.

Das Prisengericht I. Instanz hat im Urteil auszusprechen, ob das aufgebrachte Schiff und ob die Ladung und inwieweit die letztere als gute Prise zu betrachten ist. Es hat ferner die erforderlichen Verfügungen über das Schiff, die Ladung und die Mannschaft zu treffen sowie im Falle der Freigabe eines Schiffes, das Kriegskonterbande an Bord hatte, die Kosten festzustellen, die durch das Prisenverfahren und durch die Erhaltung von Schiff und Ladung während der Untersuchung erwachsen sind.

Bei Fällung des Urteils haben die geltenden Gesetze und Vorschriften, die etwa bestehenden einschlägigen Staatsverträge sowie die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts als Richtschnur zu dienen. Das Urteil ist zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

Jedem Beteiligten, welcher einen Schriftenempfänger am Sitze des Prisengerichtes namhaft gemacht hat, sowie dem k. u. k. Kriegsministerium, Marinesektion, für den Kaptor ist ein Exemplar des Urteils zuzufertigen; auch ist dessen sofortige Verlautbarung in dem Normalverordnungsblatte für die k. u. k. Kriegsmarine zu veranlassen.

§ 8.

Wird binnen 30 Tagen nach der Verlautbarung im Verordnungsblatte für die k. u. k. Kriegsmarine gegen das Urteil von keinem der Beteiligten beim Prisengericht I. Instanz schriftliche Berufung eingelegt, mit der die Rechtsausführung zu verbinden ist, so erwächst das Urteil in Rechtskraft, worauf sämtliche Akten zur Vollziehung des Urteils an die Prisenuntersuchungskommission zu senden sind.

Wird Berufung eingelegt, so steht denjenigen Beteiligten, denen eine Abänderung des Erkenntnisses zum Nachteil gereichen kann, frei, von den Berufungsschriften beim Vorsitzenden des Prisengerichtes I. Instanz binnen 14 Tagen nach Ablauf der Berufungsfrist Einsicht zu nehmen und innerhalb dieser 14 Tage schriftliche Gegenausführungen einzubringen.

Nach Ablauf der 14 Tage hat das Prisengericht I. Instanz die eingelangten Schriften samt den Untersuchungsakten an das Oberprisengericht zu leiten und die Prisenuntersuchungskommission hievon zu verständigen.

Für die Schöpfung und Kundmachung des Urteils des Oberprisengerichtes gelten die Vorschriften des § 7, Absatz 2 und 3.

Nach Fällung des Urteils sind die Akten an das Prisengericht I. Instanz behufs Verständigung der Beteiligten und der Prisenuntersuchungskommission zu übersenden.

§ 9.

Wird das Schiff oder die ganze Ladung oder ein Teil derselben als gute Prise erklärt, so hat die Prisenuntersuchungskommission Weisungen des Flottenkommandos einzuholen.

Werden Schiff oder Ladung nicht als gute Prise erklärt, so hat die Prisenuntersuchungskommission die Freigebung und Rückstellung an die zur Übernahme berechtigten Personen, entweder mit oder ohne Abzug der Kosten, nach Anordnung des prisengerichtlichen Erkenntnisses zu veranlassen.

163.

ITALIE.

Décret en vue de supprimer les articles 211 et 243 du Code de commerce maritime; du 16 mai 1915.

Gazzetta ufficiale du 22 mai 1915.

Regio Decreto 16 maggio 1915, n. 659.

Art. unico.

Nel caso di partecipazione dell' Italia all' attuale conflitto internazionale, non saranno applicati gli articoli 211 e 243 del Codice per la marina mercantile.*)

Il presente decreto che avrà effetto dal giorno della sua pubblicazione sarà presentato al Parlamento per essere convertito in legge.

---

*) Art. 211.

La cattura e la preda di navi mercantili di nazione nemica per parte delle navi da guerra dello Stato saranno abolite in via di reciprocità verso quelle Potenze, che adotteranno eguale trattamento a favore della marina mercantile nazionale.

Il trattamento di reciprocità dovrà risultare da leggi locali, da convenzioni diplomatiche, o da dichiarazioni fatte dal nemico prima del cominciamento delle ostilità.

Art. 243.

Le navi mercantili di nazione nemica, che si trovassero nei porti o litorali dello Stato al momento della dichiarazione di guerra, saranno libere di uscirne in qualunque tempo, salvo che il Governo, per ispeciali circostanze, non creda prescrivere un limite per la partenza.

A questo fine le navi suddette saranno alla loro partenza munite di salvocondotto per recarsi in patria.

Ciò non di meno, in via di rappresaglia, potrà farsi luogo all' embargo o sequestro di tali navi, quando il nemico avesse cominciato le sue ostilità, catturando le navi nazionali che si trovassero nei suoi porti, od operando estorsioni nelle provincie dello Stato.

164.

ITALIE.

Décret instituant une Commission des prises; du 30 mai 1915, suivi d'un Décret modifiant du 21 août 1915.

Gazzetta ufficiale du 11 juin 1915. — Popolo Romano du 21 août 1915.

Decreto Luogotenenziale 30 maggio 1915, n. 807.

Art. 1.

La Commissione delle prede, prevista dall' art. 225 del Codice per la marina mercantile, ha sede in Roma e funziona anche per le colonie.

Art. 2.

La Commissione delle prede è presieduta da un primo presidente di Corte d' appello, in servizio o a riposo, oppure da un presidente di sezione di Corte di cassazione in attività di servizio.

Essa è composta di membri ordinari e di membri supplenti.

Sono membri ordinari:

a) un ufficiale ammiraglio;
b) un membro del Contenzioso diplomatico;
c) un consigliere di Stato;
d) il direttore generale della marina mercantile;
e) l' ispettore delle capitanerie di porto;
f) un magistrato del personale giudicante di grado non inferiore a consigliere di Corte d' appello.

In ciascuna delle categorie di cui alle lettere a), b), c) ed f) è scelto un membro supplente.

Art. 3.

Un commissario del Governo promuove l' istanza a nome del Governo e dà le sue conclusioni.

Funziona da commissario del Governo un magistrato del Pubblico Ministero di grado non inferiore a procuratore del Re. In caso di assenza o di impedimento ne assumerà temporaneamente le funzioni un altro magistrato del Pubblico Ministero.

Il commissario del Governo e il commissario supplente, ove questi lo sostituisca all' udienza, non hanno voto deliberativo e non possono assistere alla votazione.

Art. 4.

La Commissione delle prede è assistita da un segretario senza voto, scelto tra i funzionari dell' Amministrazione centrale della marina, di grado non inferiore a quello di capo sezione.

Il segretario è coadiuvato da un vice-segretario che lo sostituisce in caso di temporaneo impedimento.

Il vice-segretario è scelto tra i funzionari del Ministero della marina, del Ministero degli affari esteri, e del Ministero di grazia, giustizia e dei culti di grado non inferiore a quello di primo segretario.

Art. 5.

Il presidente, i membri ordinari e supplenti della Commissione delle prede, il commissario del Governo, il commissario supplente, e il segretario sono nominati con Nostro decreto, sulla proposta dei ministri della marina, degli affari esteri, e di grazia, giustizia e dei culti.

Il vice-segretario è nominato con decreto degli stessi ministri.

Art. 6.

La Commissione delle prede compila, nelle sue prime adunanze, un regolamento interno per l' adempimento del proprio ufficio.

Tale regolamento è pubblicato nella Gazzetta ufficiale.

Art. 7.

Le deliberazioni della Commissione sono valide quando vi intervengono almeno cinque membri, compreso il presidente, o chi ne fa le veci.

In caso di parità di voti, quello del presidente o di chi ne fa le veci, determina la maggioranza.

Art. 8.

Le parti hanno facoltà di presentare memorie scritte, dirette al presidente della Commissione.

Art. 9.

Gli agenti di potenze estere, accreditati presso il Governo del Re, possono indirizzare al commissario del Governo presso la Commissione delle prede quelle osservazioni che giudichino opportune nell' interesse dei loro nazionali.

Art. 10.

Le sentenze della Commissione delle prede sono motivate. Esse non sono soggette ad appello, opposizione o revocazione, salvo il ricorso alla suprema Corte di cassazione nei termini e con le norme stabilite dall' articolo 3 della legge 31 marzo 1877, n. 3761 (serie 2a).

Art. 11.

Le decisioni della Commissione delle prede sono communicate ai ministri degli affari esteri e della marina, entro otto giorni da quello in cui furono pronunciate.

Art. 12.

Le spese di segreteria ed altre accessorie per il funzionamento e il servizio della Commissione delle prede sono poste a carico dei fondi straordinari messi a disposizione del Ministero della marina in consequenza degli avvenimenti internazionali.

Roma, 30 maggio 1915.

Tomaso di Savoia.

Salandra. Viale. Sonnino. Martini. Orlando.

Art. 1.

La Commissione delle prede costituita col nostro decreto 30 maggio 1915 n. 807, è competente a giudicare di qualsiasi domanda di risarcimento di danni presentata in confronto dello Stato, per fatti attinenti all'esercizio del diritto di preda durante il presente stato di guerra.

Il giudizio si inizierà con la presentazione della domanda al Ministero della marina, ed avrà corso secondo le norme che a tal uopo saranno stabilite nel regolamento interno della Commissione delle prede.

Art. 2.

All' art. 12 del Nostro decreto 30 maggio 1915 n. 807, è sostituito il seguente:

„Art. 12. Con decreti del Ministro della Marina da registrarsi alla Corte dei conti, sarà determinato l'ammontare delle indennità e degli onorari da corrispondersi ai componenti la Commissione delle prede, e al segretario e vice segretario a carico del capitolo — Spese per la guerra — nel bilancio del Ministero della Marina.

Saranno pagati a carico dello stesso capitolo i compensi al personale addetto alla segreteria, le spese per l'acquisto di pubblicazioni, quelle di stampa, traduzioni e tutte le altre accessorie pel servizio e funzionamento della Commissione delle prede".

165.

ITALIE.

Instructions concernant l'exercice du droit de capture; du 15 juillet 1915.

Gazzetta ufficiale du 27 juillet 1915.

Decreto Luogotenenziale 15. luglio 1915. n. 1113.

Articolo unico.

Sono approvate le istruzioni ai comandanti navali, unite al presente decreto, e firmate d'ordine Nostro, dal ministro della marina.

Istruzioni ai comandanti navali per l'esercizio del diritto di preda.

Le seguenti istruzioni serviranno a regolare la condotta dei comandanti navali nell' esercizio del diritto di preda durante l' attuale stato di guerra.

I.

In conseguenza del R. decreto 16 maggio 1915, n. 659,*) per il quale, durante il presente conflitto, non è applicato l' art. 211 del Codice per la

*) V. ci-dessus, No. 163.

marina mercantile, è autorizzata in ogni caso la cattura delle navi mercantili nemiche, salvo le seguenti eccezioni:

a) le barche a vela addette esclusivamente alla pesca costiera, ovvero a servizio di breve navigazione locale entro tre miglia dalla costa nemica, purchè non superino le 5 tonnellate di stazza e non contravvengano alle disposizioni speciali emanate dalle autorità militari circa l' esercizio della pesca e della navigazione;

b) le navi esclusivamente incaricate di missioni religiose, scientifiche o filantropiche, e le navi ospedaliere equipaggiate da privati o da società di soccorso, espressamente riconosciute in tale ufficio dal R. Governo, secondo comunicazioni che all' uopo saranno date ai comandanti navali.

I carichi di proprietà nemica sulle barche di cui alla lettera a) sono esenti da sequestro, sempre quando non si tratti di contrabbando di guerra; sono del pari esenti i carichi di proprietà nemica a bordo delle navi di cui alla lettera b) quando si riferiscano alla missione della nave.

Sono però in ogni caso soggette a cattura le barche e le navi indicate alle lettere a) e b), e i loro carichi di proprietà nemica quando tali navi e barche partecipino alle ostalità in qualsiasi modo e con qualsiasi mezzo diretto o indiretto.

II.

Saranno catturate in conformità delle disposizioni degli articoli seguenti le navi mercantili di qualsiasi bandiera che:

a) siano colpevoli di violazione di blocco;

b) trasportino contrabbando di guerra;

c) prestino assistenza al nemico;

d) oppongano resistenza con la forza o tentino sottrarsi alla visita;

e) manchino di carte di bordo, ovvero abbiano a bordo carte o recapiti falsi, alterati o insufficienti, in grado tale da far sospettare ch' esse tentino di celare la loro vera nazionalità, ovvero la reale qualità e destinazione del carico;

f) dirigano ad un porto nemico mentre dalle carte di bordo risulti dichiarata una destinazione neutrale;

g) abbiano fatto passaggio da bandiera nemica a bandiera neutrale dopo l' inizio delle ostilità o non più di trenta giorni prima di quella data o non più di sessanta quando, in tal caso, non si trova a bordo l' atto di vendita in seguito al quale potè aver luogo il passaggio di bandiera.

III.

Una nave deve essere catturata per violazione di blocco quando tenta entrare o uscire dalle zone bloccate senza essere munita di regolare salvacondotto, ovvero quando, avendo ottenuto il salvacondotto per l' entrata o per l' uscita, non osserva gli ordini ricevuti circa la rotta che dovrà seguire navigando nelle zone bloccate o attraversando la linea di blocco.

IV.

Se una nave dirige verso una zona bloccata ignorando l' esistenza del blocco, gliene sarà data notificatione da una delle navi bloccanti, facendone possibilmente menzione sul giornale nautico.

Si presume che la nave ignori l' esistenza del blocco quando questo sia stato dichiarato dopo la partenza della nave dall' ultimo porto di approdo.

V.

Sono considerati articoli di contrabbando di guerra gli oggetti e materiali compresi nelle relative liste approvate con Nostri decreti.

Gli articoli di contrabbando assoluto e condizionale sono sequestrati sempre quando risulti la loro destinazione al territorio appartenente al nemico o da lui occupato ovvero alle sue forze armate.

Tanto il contrabbando assoluto quanto il contrabbando condizionale esistente a bordo di una nave diretta ad un porto neutrale è soggetto a sequestro quando dai recapiti di bordo non risulta il consegnatario della merce o risulta che l' ultimo consegnatario risiede in territorio appartenente al nemico o da lui occupato, ovvero quando risulta che la merce è diretta ad agenti di un Governo nemico, ovunque stabiliti, o a terza persone che ricevono la merce per conto di agenti di un Governo nemico.

VI.

La nave che trasporta contrabbando assoluto e condizionale può essere catturata in alto mare o nelle acque dei belligeranti, durante tutto il corso del suo viaggio.

Tuttavia se gli articoli di contrabbando costituiscono una piccola parte del carico, i comandanti navali, potranno a loro giudizio ricevere in consegna o, secondo le circostanze, distruggere le merci di contrabbando facendone menzione sul giornale nautico della nave e lasciando libera quest' ultima di proseguire il viaggio.

VII.

Sarà catturata come colpevole di assistenza ostile una nave che:

a) partecipi direttamente alle ostilità;
b) sia noleggiata totalmente da un Governo nemico, ovvero ne dipenda per avere a bordo un agente di tale Governo che abbia il controllo della nave;
c) sia addetta esclusivamente al trasporto di truppe o alla trasmissione di notizie nell' interesse del nemico;
d) trasporti distaccamenti militari del nemico ovvero persone che durante il viaggio prestino o abbiano prestato un' assistenza diretta alle operazioni del nemico, a cognizione del proprietario o del noleggiatore o del capitano;
e) navighi specialmente allo scopo di trasportare individui destinati alle forze armate nemiche.

VIII.

Coloro che appartenendo od essendo destinati alle forze armate del nemico sono trovati a bordo di una nave neutrale, possono essere fatti prigionieri di guerra, anche se la nave non sia soggetta a cattura.

IX.

Per adempiere alle istruzioni contenute nei precedenti articoli, i comandanti navali, ogni qualvolta lo riterranno utile, procederanno in alto mare o nelle acque dei belligeranti alla visita delle navi mercantili ovvero potranno invitarle a dirigere per uno dei porti più vicini per ivi subire la visita.

X.

Le navi neutrali scortate da una nave da guerra saranno esenti da visita purchè il comandante della scorta dichiari per iscritto quale sia il carattere e il carico delle navi scortate, in modo che da tale dichiarazione risultino tutte quelle informazioni che si sarebbero ottenute con la visita.

Se i comandanti navali avranno motivo di ritenere che sia stata sorpresa la buona fede del comandante della scorta, gli comunicheranno i propri sospetti affinchè egli possa procedere da solo alle opportune verifiche e rilasciarne relazione scritta.

XI.

Le navi e le merci catturate saranno condotte nel porto più vicino del Regno, delle Colonie o dei territori occupati dall' Italia, ovvero, quando ciò non sia possibile, in un porto di nazioni alleate o da esse occupato ovvero, in caso di assoluta necessità in un porto neutrale. Le navi e le merci saranno messe ivi a disposizione delle autorità marittime e consolari, secondo i casi, insieme con una relazione delle operazioni compiute, accompagnata dai verbali e documenti relativi..

XII.

Ove l' osservanza delle disposizioni del precedente articolo potesse compromettere la sicurezza della nave che operò la cattura, ovvero potesse nuocere al buon esito delle operazioni di guerra nelle quali la nave stessa è impegnata, i comandanti navali potranno distruggere la preda, dopo aver provveduto alla sicurezza delle persone, delle carte e dei recapiti di bordo, e di quanto altro possa riuscire utile agli effetti del giudizio sulla legittimità della cattura. La distruzione della preda dovrà essere giustificata con uno speciale verbale.

Roma, 15 luglio 1915.

Visto, d' ordine del Luogotenente Generale di Sua Maestà.

Il ministro della marina

Viale.

166.

ITALIE.

Règlement des prises; du 25 mars 1917.

Gazzetta ufficiale du 26 avril 1917.

Il numero 600 della raccolta ufficiale delle leggi e dei decreti del Regno contiene il seguente decreto:

Tomaso di Savoia Duca di Genova
Luogotenente Generale di Sua Maestà
Vittorio Emanuele III
per grazia di Dio e per volontà della Nazione Re d'Italia.

In virtù dell' autorità a Noi delegata;

In virtù dei poteri conferiti al Governo del Re con la legge 22 maggio 1915, n. 671;

Sentito il Consiglio dei ministri;

Su proposta del ministro della marina, di concerto coi ministri degli affari esteri, delle colonie, di grazia e giustizia, dell' industria, commercio e lavoro, e dei trasporti marittimi e ferroviari;

Abbiamo decretato e decretiamo:

1.

Per l' esercizio del diritto di preda, durante la guerra attuale, si osserveranno le norme allegate al presente decreto. Sarà quindi sospesa l' applicazione degli articoli 207, 245 del Codice per la marina mercantile.*)

I Nostri decreti 3 giugno e 15 luglio 1915, nn. 840**) e 1113,***) sono abrogati.

Art. 2.

Il presente decreto entrerà in vigore il giorno della sua pubblicazione ed avrà effetto fino a sei mesi dopo la conclusione della pace.

---

*) Art. 207.

Nessuna nave mercantile potrà correre sul nemico, far prede, visitare navi od esercitare atti di guerra, se non nei casi indicati dagli articoli seguenti.

Art. 245.

Gli equipaggi delle navi mercantili sequestrate, predate o confiscate saranno in tutt' i casi lasciati in libertà. Soltanto in via di rappresaglia potranno gl' individui di nazione nemica essere trattenuti, quando dalla Potenza cui appartengono siansi fatti prigionieri equipaggi o marinai di navi mercantili nazionali, o di Potenza alleata.

**) V. ci-dessus, No. 147.

***) V. ci-dessus, No. 165.

Ordiniamo che il presente decreto munito del sigillo dello Stato sia inserto nella raccolta ufficiale delle leggi e dei decreti del Regno d' Italia mandando a chiunque spetti di osservarlo e di farlo osservare.

Dato a Roma, addì 25 marzo 1917.

Tomaso di Savoia.

Boselli — Corsi — Sonnino — Colosimo — Sacchi — De Nava — Arlotta.

Visto, *Il guardasigilli:* Sacchi.

Titolo I.

Disposizioni generali.

Art. 1.

Le navi da guerra e le navi mercantili trasformate in navi da guerra procederanno alla visita e alla cattura delle navi mercantili nemiche e neutrali secondo le seguenti norme.

Art. 2.

Sono navi da guerra tutte quelle adibite ad usi militari, comandante ed equipaggiate da personale militare o militarmente organizzato, che legittimano la propria qualità mediante i segni distintivi adottati dallo Stato a questo fine.

Art. 3.

Sono trasformate in navi da guerra ed hanno i diritti e gli obblighi inerenti a questa qualità le navi mercantili, quando sieno poste sotto la diretta autorità dello Stato ed usino i segni che distinguono le navi da guerra.

Il comandante dev' essere al servizio dello Stato e il suo nome sarà inscritto, se già non vi sia, nell' elenco degli ufficiali della flotta militare.

L' equipaggio dev' essere soggetto alle regole della disciplina militare.

La nave dev' essere inscritta al più presto nei quadri del naviglio da guerra.

Art. 4.

E lecito alle navi mercantili difendersi e accorrere in soccorso di navi nazionali od alleate aggredite; nel qual caso, durante l' attacco e la difesa, sono loro applicabili i doveri e i diritti propri delle navi da guerra, secondo le presenti norme.

A questo effetto potranno gli armatori delle navi nazionali ottenere dal Governo l' autorizzazione per la sistemazione a bordo e per l' aumento di armi, di munizioni e di equipaggi oltre il consueto.

Art. 5.

Il diritto di preda si esercita nel mare e nelle acque interne aperte alla navigazione marittima.

Non è lecito esercitarlo nelle acque territoriali delle potenze neutrali e nelle acque neutralizzate, nè continuare in tali acque l'inseguimento o la visita di una nave cominciata in alto mare.

Art. 6.

Il diritto di visita e di cattura non può essere esercitato se non durante il periodo delle ostilità.

Qualora una nave sia stata catturata dopo la sospensione delle ostilità, sarà rilasciata, quand' anche la sospensione fosse ignorata dalla nave che ha eseguito la cattura.

Art. 7.

Il diritto di preda può essere esercitato anche fuori dei casi e dei modi stabiliti nelle presenti norme, secondo le disposizioni che il Governo stimerà opportuno di emanare, occorrendo, a titolo di rappresaglia.

Titolo II.

Della preda delle navi e merci nemiche.

§ 1. Navi e merci soggette a preda.

Art. 8.

Sono soggette a preda, salvo le eccezioni stabilite nell' articolo seguente:

a) le navi da guerra e le altre appartenenti per qualsiasi titolo allo Stato nemico;

b) le navi mercantili nemiche, salvo che l' esercizio del diritto di predare la proprietà privata nemica non sia sospeso, in via di reciprocità, con disposizione del Governo. Queste navi sono trattate in tal caso come le navi mercantili neutrali.

Art. 9.

Sono esenti da preda, salvo particolari disposizioni contrarie:

a) le navi parlamentari e le altre navi nemiche munite di salvacondotto;

b) le navi esclusivamente incaricate di missioni religiose, scientifiche o filantropiche;

c) le navi ospedaliere, sia militari, sia equipaggiate da privati o da Società di soccorso, semprechè la loro destinazione a questo fine sia stata preventivamente notificata al Governo del Re;

d) le barche a vela addette esclusivamente alla pesca costiera, ovvero a servizi di piccola navigazione locale, con gli attrezzi ed il carico loro appartenenti.

La esenzione cessa appena le dette navi partecipino in un modo qualunque alle ostilità o non osservino le prescrizioni stabilite.

Art. 10.

Sono soggette al diritto di preda le merci nemiche a bordo di navi nemiche, nazionali od alleate, e di navi neutrali confiscate.

Le merci neutrali a bordo di nave nemica e le merci nemiche a bordo di nave neutrale sono esenti dal diritto di preda, ad eccezione del contrabbando di guerra.

§ 2. Navi nemiche al principio delle ostilità.

Art. 11.

Le navi mercantili nemiche che si trovano in un porto nazionale al principio delle ostilità potranno essere autorizzate dal Governo del Re ad uscirne liberamente, o subito o dentro un certo termine, per raggiungere direttamente con salvacondotto il porto di destinazione, o quell' altro porto che sarà loro designato.

Lo stesso trattamento si applicherà alle navi mercantili nemiche che, avendo lasciato l' ultimo porto di partenza prima dell' inizio dello stato di guerra, fossero entrate in un porto nazionale ignorando le ostilità.

Art. 12.

La nave mercantile nemica che per circostanze di forza maggiore non avesse potuto lasciare il porto nazionale nel tempo prefisso a tenore del precedente articolo, od alla quale non fosse stata accordata la facoltà di uscire, non sarà confiscata.

La detta nave potrà soltanto essere sequestrata, durante la guerra, senza indennità o requisita con indennità.

Art. 13.

Il trattamento stabilito dall' articolo precedente si applica, a condizione di reciprocità, alle navi mercantili nemiche che, avendo lasciato l' ultimo porto prima dell' inizio dello stato di guerra, sieno incontrate in mare, senza che abbiano avuto conoscenza delle ostilità.

Le dette navi possono tuttavia essere anche distrutte, con l' obbligo di pagare una indennità, di provvedere alla sicurezza delle persone ed alla conservazione delle carte di bordo.

Art. 14.

Le norme stabilite dai precedenti articoli non si applicano alle navi mercantili costruite in guisa da ritenerle destinate ad essere trasformate in navi da guerra.

Art. 15.

Le merci nemiche che si trovassero a bordo delle navi nemiche nelle circostanze degli articoli precedenti saranno egualmente soggette ad essere sequestrate, requisite o distrutte, insieme con la nave o separatamente.

Le altre merci saranno, per quanto è possibile, lasciate a disposizione degli aventi diritto.

Art. 16.

Le persone componenti l' equipaggio e i passeggeri delle navi sequestrate a norma delle disposizioni di questo paragrafo saranno lasciati liberi, salvo l' osservanza delle disposizioni emanate dal Governo circa i sudditi esteri presenti nello Stato all' apertura delle ostilità.

§ 3. Determinazione del carattere nemico delle navi e delle merci — Cambiamento di bandiera.

Art. 17.

Sotto riserva delle disposizioni che seguono, la nazionalità della nave è determinata dalla bandiera che essa ha il diritto di usare.

Se la nave non ha diritto di usare una bandiera determinata, si avrà riguardo alla nazionalità del proprietario.

Art. 18.

Non è considerato valido il cambiamento di bandiera di una nave inteso ad eludere le conseguenze derivanti dal carattere di nave nemica.

Tale scopo si presume, salvo prova contraria:

1°. se dalle carte di bordo non risulta legalmente accertato il passaggio di bandiera e la nave ha perduto la nazionalità nemica meno di 60 giorni prima dell' apertura delle ostilità;

2°. se il passaggio è avvenuto dopo l' apertura delle ostilità.

La cattura della nave, in tali casi, non potrà dar luogo a risarcimento di danni.

Art. 19.

Si considera senz' altro valido un cambiamento di bandiera avvenuto più di 30 giorni prima dell' apertura delle ostilità, se è assoluto, completo e conforme alla legislazione dei paesi interessati, e se ha per effetto che la gestione della nave e i profitti che ne derivano non rimangano a persone di nazionalità nemica.

Si considera, invece, senz' altro nullo il cambiamento di bandiera avvenuto dopo l' apertura delle ostilità:

1°. se è avvenuto mentre la nave è in viaggio o in un porto bloccato;

2°. se fu convenuta la facoltà di riscatto o di retrocessione;

3°. se non sono state osservate le condizioni alle quali è subordinato il diritto di portare la bandiera, secondo la legislazione dello Stato cui appartiene.

Art. 20.

Le disposizioni degli articoli precedenti si applicano anche alla prima concessione di bandiera, rispetto alle navi costruite per conto di un suddito nemico.

Art. 21.

Il carattere delle merci trovate a bordo di una nave nemica è determinato dalla nazionalità del proprietario.

Se il carattere nazionale o neutrale della merce trovata a bordo di una nave nemica non è provato, la merce è presunta nemica.

Art. 22.

Il carattere nemico della merce caricata a bordo di una nave nemica sussiste fino all' arrivo a destinazione, nonostante un trasferimento avvenuto nel corso del viaggio, dopo l' apertura delle ostilità.

Tuttavia, se, prima della cattura, un precedente proprietario esercita, in caso di fallimento del proprietario attuale, un diritto di rivendicazione sopra la merce, questa riprende il carattere conforme alla nazionalità del rivendicante.

Titolo III.

Del blocco.

§ 1. Oggetto e condizioni di validità.

Art. 23.

Salvo le eccezioni stabilite da apposite convenzioni internazionali, si può bloccare qualunque parte della costa nemica o occupata dal nemico, e le zone acquee adiacenti.

Art. 24.

Le forze bloccanti non devono impedire l' accesso ai porti e alle coste neutrali, ma possono regolarlo, in quanto sia necessario.

Art. 25.

Il blocco, per essere obbligatorio, deve essere effettivo; ossia mantenuto da una forza sufficiente ad impedire realmente l'accesso alla zona bloccata.

La questione se il blocco sia effettivo è questione di fatto.

Art. 26.

Il blocco non si considera tolto se, per causa di cattivo tempo, le forze bloccanti si sono momentaneamente allontanate.

Art. 27.

Il blocco, per essere obbligatorio, deve essere dichiarato e notificato in conformità delle disposizioni che seguono.

Art. 28.

La dichiarazione del blocco è fatta, sia dal Governo del Re, sia dalle autorità navali che agiscono in suo nome.

Deve precisare:

1°. la data dell' inizio del blocco;

2°. i limiti geografici della zona bloccata;

3°. il termine entro il quale sarà permessa l' uscita alle navi neutrali.

La dichiarazione è nulla se non contiene le indicazioni prescritte ai nn. 1 e 2.

Art. 29.

La dichiarazione di blocco dev' essere notificata:

1°. alle potenze neutrali per mezzo di una comunicazione diretta ai Governi stessi o ai loro rappresentanti accreditati presso il Governo del Re;

2°. alle autorità locali, in quanto sia possibile, dal comandante delle forze bloccanti. Spetta a queste autorità informarne al più presto i consoli esteri che esercitano le loro funzioni nel porto o nel littorale bloccato.

Art. 30.

Quando, per omissione del comandante delle forze bloccanti, non sia stata notificata alle autorità locali la dichiarazione di blocco, o quando non sia stato indicato un termine per l' uscita, la nave neutrale che esce dalla zona bloccata dev' essere lasciata libera di passare.

Art. 31.

Se la nave che si dirige alla zona bloccata non ha conosciuto, o non si può presumere abbia conosciuto l' esistenza del blocco, a termini dell' art. 35, la notificazione dev' esserle fatta dalla nave che procede alla visita. Questa notificazione sarà annotata sul giornale di bordo, con l' indicazione della data, dell' ora e della posizione geografica della nave in quel momento.

Art. 32.

Le regole relative alla dichiarazione e alla notificazione del blocco si applicano anche nel caso che il blocco sia esteso o sia ripreso dopo essere stato tolto.

Art. 33.

La cessazione volontaria, come qualunque restrizione del blocco dev' essere notificata nella forma prescritta dall' art. 29.

§ 2. Violazione del blocco — Sanzioni.

Art. 34.

Costituisce violazione di blocco ogni atto compiuto contro l'esercizio del diritto di blocco.

Si considera tale, non solo qualsiasi tentativo di attraversare la linea di blocco, ma anche il fatto che la nave incrocia o dà fondo nel raggio di azione delle forze bloccanti, ed il fatto che la nave o il carico siano destinati alla zona bloccata, sebbene al momento della visita la nave si diriga verso un porto non bloccato.

Art. 35.

La legittimità della cattura di una nave per violazione di blocco è subordinata alla conoscenza, reale o presunta, del blocco.

La conoscenza del blocco è presunta, salvo prova contraria, quando la nave abbia lasciato un porto neutrale dopo la notificazione del blocco fatta in tempo utile alla potenza da cui il porto dipende.

Art. 36.

La nave che, violando il blocco, sia uscita da una zona bloccata o abbia tentato di entrarvi può essere catturata finchè è inseguita. Se l' inseguimento è abbandonato, o se il blocco è tolto, la cattura non può più aver luogo.

Art. 37.

La nave riconosciuta colpevole di violazione di blocco è confiscata. Il carico è confiscato del pari, quando non risulti che, al momento in cui la merce fu imbarcata, il caricatore non conosceva, nè aveva potuto conoscere l' intenzione di violare il blocco.

§ 3. Permessi di entrata ed uscita.

Art. 38.

Il blocco deve essere imparzialmente applicato a tutte le bandiere.

Art. 39.

Il comandante della flotta bloccante può concedere alle navi da guerra il permesso di entrare nella zona bloccata e di uscirne.

Art. 40.

Il comandante della flotta bloccante può concedere, alle condizioni che crederà opportune, salvacondotti per l'entrata ed uscita delle navi mercantili dalla linea di blocco e per la navigazione nella zona bloccata.

Art. 41.

Una nave neutrale, in caso di urgente bisogno constatato da una autorità delle forze bloccanti, può penetrare nella zona bloccata ed uscirne, a condizione che non vi lasci nè prenda alcun carico.

Se però la nave portasse articoli di contrabbando di guerra, sarà provveduto in modo che siano distrutti a cura della nave medesima. o depositati nel modo stabilito dal comando della forza bloccante.

Nessuna indennità in tal caso è dovuta per il fatto della distruzione o del deposito.

Titolo IV.

Del contrabbando di guerra.

Art. 42.

I generi di contrabbando sono dichiarati e notificati con apposito atto di Governo.

La notificazione è fatta ai Governi delle altre potenze o ai loro rappresentanti accreditati presso il Governo del Re. La dichiarazione fatta dopo l'apertura delle ostilità è notificata soltanto alle potenze alleate e neutrali.

Art. 43.

In mancanza della dichiarazione di cui all' articolo precedente, si considerano oggetti di contrabbando le armi, le munizioni, gli esplosivi e le materie per fabbricarli, gli effetti di vestiario e di equipaggiamento militare, i materiali e gli attrezzi che servono ad usi di guerra, gli animali da tiro, da sella e da basto, i viveri, i foraggi, i mezzi di locomozione e comunicazione di ogni genere adatti a servizi militari e le parti di cui si compongono, l'oro e l'argento monetati o in barre e la carta moneta, i combustibili, e generalmente tutto ciò che serve agli usi dell' esercito e della flotta nemica.

Art. 44.

Non saranno considerati contrabbando di guerra:

1º. gli oggetti e i materiali che servono esclusivamente a curare i malati e i feriti; tuttavia essi possono, in caso di grave necessità militare, essere requisiti con indennità;

2°. gli oggetti e i materiali destinati all' uso della nave sulla quale si trovano, o all' uso personale dell' equipaggio e dei passeggeri durante la traversata.

Art. 45.

Gli oggetti di contrabbando saranno catturati, quando risulti la loro destinazione al territorio appartenente al nemico o da lui occupato, o alle sue forze armate.

Art. 46.

La destinazione ostile è presunta, salvo prova contraria, quando la nave sia diretta ad un porto neutrale di transito verso il territorio o le forze armate del nemico e la merce sia spedita all' ordine, o al nome dello stesso caricatore o di un suo agente, o dai documenti del carico non risulti il nome del destinatario, ovvero quando risulti che la merce è diretta ad agenti di un Governo nemico, o a persone che ricevano o abbiano altra volta ricevuto la merce per conto di essi o di altri che risieda in territorio appartenente al nemico o da lui occupato.

Altre presunzioni potranno, quando sia il caso, essere determinate dal Governo con decreti speciali, oltre quelle stabilite in questo articolo.

Art. 47.

La nave che trasporta oggetti di contrabbando è catturabile durante tutto il corso del viaggio, anche se deve toccare un porto neutrale prima di raggiungere la sua destinazione.

Art. 48.

La nave che trasporta oggetti di contrabbando con documenti indicanti una destinazione neutrale, e che, nonostante la destinazione indicata, si rechi o si sia recata in un porto nemico, è soggetta a cattura e confisca sino al termine del viaggio di ritorno.

Art. 49.

Le carte e documenti di bordo fanno prova dell' itinerario della nave che trasporta oggetti di contrabbando, a meno che sia incontrata in manifesta deviazione dalla rotta che avrebbe dovuto seguire secondo le carte e i documenti predetti, senza che possa giustificare la deviazione stessa.

Art. 50.

Gli oggetti di contrabbando sono confiscati.

Sono del pari confiscate le merci appartenenti al proprietario del contrabbando.

Le altre merci sono lasciate a disposizione degli aventi diritto, senza che si faccia luogo a indennità.

Art. 51.

La nave sarà soggetta a confisca se il contrabbando, calcolato in valore, o in peso, o in volume, o in nolo, formi più della metà del carico.

Quando la nave sia rilasciata perchè il contrabbando, calcolato nel modo predetto, non formi più della metà del carico, le spese sopportate dal catturante, sia per la procedura avanti la giurisdizione delle prede, sia per la custodia della nave e del carico durante l' istruttoria, saranno a carico della nave.

Art. 52.

Se gli oggetti di contrabbando costituiscono una piccola parte del carico, il comandante navale potrà, a suo giudizio, ricevere in consegna o, secondo le circostanze, distruggere le merci di contrabbando, facendone menzione sul giornale nautico della nave e lasciando libera quest' ultima di proseguire il viaggio.

Art. 53.

Se la nave ignora le ostilità o la dichiarazione di contrabbando applicabile al carico, gli oggetti di contrabbando possono essere requisiti con indennità e la nave è esente da confisca. Lo stesso vale se il capitano, dopo avere avuto conoscenza dell' apertura delle ostilità o della dichiarazione suddetta, si è trovato nella impossibilità di scaricare gli oggetti di contrabbando.

Si presume che la nave conosca lo stato di guerra o la dichiarazione di contrabbando, quando abbia lasciato un porto neutrale dopo che le notificazioni relative sono state fatte, in tempo utile, alla potenza da cui il detto porto dipende. Si presume egualmente che lo stato di guerra sia conosciuto dalla nave, quando questa abbia lasciato un porto nemico dopo l' apertura delle ostilità.

Titolo V.

Dell' assistenza ostile.

Art. 54.

E colpevole di assistenza ostile e passibile in genere del trattamento proprio delle navi mercantili nemiche la nave neutrale che:

a) partecipi alle ostilità;
b) agevoli i rifornimenti del nemico o in qualunque modo ne favorisca le operazioni;
c) sia noleggiata da un Governo nemico, ovvero sia agli ordini e sotto la sorveglianza di un agente posto a bordo dal detto Governo;
d) sia addetta al trasporto di truppe o di materiali da guerra, o alla ricerca e alla trasmissione di notizie, nell' interesse del nemico;
e) trasporti distaccamenti militari del nemico, ovvero persone che durante il viaggio prestino o abbiano prestato assistenza alle operazioni del nemico, a cognizione del proprietario o del noleggiatore o del capitano;
f) navighi allo scopo di trasportare individui destinati alle forze armate nemiche.

Art. 55.

Nei casi contemplati nel precedente articolo, le merci appartenenti al proprietario e al capitano della nave sono sempre soggette a confisca.

Art. 56.

Le disposizioni dei precedenti articoli non si applicano, nei casi indicati alle lettere *e* ed *f* dell' art. 54, se la nave ignora l' inizio dello stato di guerra o se il capitano non ha ancora potuto sbarcare le persone che trasporta.

Si presume che la nave conosca lo stato di guerra, quando abbia lasciato un porto nemico dopo l' apertura delle ostilità, o un porto neutrale dopo la notificazione fattane in tempo utile alla potenza da cui il detto porto dipende.

Art. 57.

Chiunque appartenga alle forze armate del nemico o sia destinato a farne parte, trovato a bordo di una nave mercantile, potrà essere fatto prigioniero di guerra, quand' anche non vi siano motivi per catturare la nave.

Titolo VI.

Visita e cattura.

§ 1. Scopo, limiti e sanzioni della visita.

Art. 58.

La visita di una nave ha per scopo di determinarne la nazionalità e di eseguire tutti gli accertamenti ammessi dal diritto di guerra, sia riguardo alla nave, sia al carico e alle persone che sotto qualsiasi titolo si trovano a bordo.

Art. 59.

Il diritto di visita dev' essere esercitato in conformità dei trattati e delle regole che seguono, con i debiti riguardi per la nave visitata, in massima, non dev' essere esercitato se non nei paraggi e nelle circostanze che daranno motivi fondati di credere che possa risultarne la cattura della nave.

Art. 60.

Il diritto di visita su piroscafi postali non dev' essere esercitato se non in caso di necessità, con tutti i riguardi e tutta la celerità possibile.

Art. 61.

Le navi neutrali sotto scorta di navi da guerra sono esenti da visita. Il comandante della scorta dà per iscritto, a richiesta del comandante della nave da guerra, tutte quelle informazioni sul carattere delle navi e sul loro carico, che si otterrebbero mediante la visita.

Art. 62.

Se il comandante della nave da guerra ha motivo di sospettare che la buona fede del comandante della scorta sia stata sorpresa, gli comunica i suoi dubbi. Spetta, in questo caso, al solo comandante della scorta di

procedere ad una verifica. Egli constaterà il risultato di questa verifica con un processo verbale, copia del quale sarà rimessa all' ufficiale della nave da guerra. Se i fatti, così constatati, giustificano, nell' opinione del comandante della scorta, la cattura di una o più navi, queste perderanno la protezione della scorta.

Art. 63.

La resistenza opposta con la forza all' esercizio legittimo del diritto di visita e di cattura importa, in tutti i casi, la confisca della nave.

Il carico è passibile dello stesso trattamento che subirebbe il carico di una nave nemica. Le merci appartenenti al capitano o al proprietario della nave sono considerate come merci nemiche.

§ 2. Formalità della visita.

Art. 64.

La visita in navigazione, salvo disposizioni contrarie si eseguisce nel modo seguente:

a) la nave da visitare, invitata a fermarsi con un colpo di cannone in bianco, dovrà rispondere alzando la propria bandiera e fermarsi; se non ottempera all' intimazione si sparerà un colpo a palla a proravia, ed in caso che ciò non fosse ancora sufficiente, si potrà usare la forza per obbligare la nave ad obbedire;
b) appena che la nave mercantile si sarà fermata, la nave visitatrice le si avvicinerà a distanza conveniente, secondo lo stato del tempo, ed invierà al suo bordo una imbarcazione comandata da un ufficiale armato, incaricato della visita;
c) l' ufficiale, accompagnato dal personale necessario, salirà a bordo e procederà all' esame delle carte e dei documenti relativi alla nave, al carico, all' equipaggio ed ai passeggeri.

Art. 65.

Se la nave trasporta anche posta, l' ufficiale che la visita esigerà che il consegnatario di essa gli presenti tutti i documenti che riguardano il servizio postale e gli oggetti che ha in consegna (corrispondenza e pacchi).

Se dall' esame di questi documenti risulterà che vi sia del contrabbando di guerra, sarà sequestrato e del sequestro si redigerà processo verbale, di cui sarà lasciata copia al consegnatario.

Art. 66.

La qualità e la destinazione del carico e delle persone imbarcate si verificano, di regola, mediante l' esame delle carte di bordo e dei documenti. Se però si hanno motivi per supporre che la nave porti o abbia portato contrabbando di guerra, o per sospettare delle persone imbarcate, si può procedere agli opportuni accertamenti.

Qualora il capitano o il personale di bordo, debitamente richiesti non prestino l' opera loro per tali accertamenti, la nave sarà catturata.

Art. 67.

Se è constatato che manchino le carte e i documenti di bordo, o che alcuni di essi siano stati gettati a mare, soppressi o nascosti, che vi siano carte o recapiti falsi, alterati o insufficienti, in grado tale da far sospettare che si tenti di nascondere la vera nazionalità della nave, o la reale qualità e destinazione del carico e delle persone che sono a bordo, la nave sarà catturata.

Art. 68.

Se speciali circostanze non permettono al comandante di inviare a bordo della nave mercantile il personale occorrente per la visita, potrà essere imposto al capitano di recarsi a bordo della nave da guerra con le carte e i documenti necessari.

Art. 69.

Se non risultano motivi legittimi di cattura, la nave sarà lasciata libera. L' ufficiale che ha proceduto alla visita ne annoterà le circostanze sul giornale nautico o su qualche altra importante carta di bordo.

Art. 70.

Qualora il comandante di una nave da guerra non creda opportuno procedere alla visita di una nave mercantile in alto mare, la inviterà a recarsi nel porto che le sarà indicato.

Art. 71.

Indipendentemente dalle visite di cui agli articoli precedenti, il Governo ha facoltà di far visitare nei porti dello Stato le navi di qualunque bandiera, in arrivo o in partenza, secondo le disposizioni stabilite in questo paragrafo, in quanto siano applicabili.

§ 3. Formalità della cattura.

Art. 72.

Sussistendo un motivo legittimo, la nave sarà catturata, dandone immediato avviso al comando navale dal quale dipende la nave catturante.

Il comandante della nave catturante ritira da quello della nave catturata le carte di bordo, la corrispondenza, i fondi in denaro e quanto altro giudicherà degno di particolare custodia, compilandone sommario processo verbale.

Provvede poi, in quanto è possibile, perchè sia compilato un inventario per sommi capi di quanto esiste sulla nave catturata e siano apposti i suggelli sulle porte dei magazzini o depositi, dei quali crede prudente assicurare la chiusura.

Art. 73.

Il comando della nave catturata sarà assunto da un ufficiale posto a bordo insieme col personale necessario. In caso diverso la nave catturata sarà scortata.

Art. 74.

Le prede, quando non sia ordinato diversamente dal comando navale, devono essere inviate, per gli ulteriori provvedimenti, al porto nazionale più vicino, designato a tale scopo.

Art. 75.

Il comandante della nave da guerra, quando non possa condurre o scortare la nave catturata in uno dei porti dello Stato, potrà condurla o scortarla nel porto di uno Stato alleato.

Art. 76.

Le prede possono essere condotte nei porti neutrali in caso di forza maggiore, per riparare avarie o per provvedersi di viveri e di combustibili.

Quando lo Stato neutrale vi consenta, potranno esservi condotte altresì per rimanervi sotto sequestro, in attesa delle decisioni dello Stato catturante.

Art. 77.

La preda dev' essere consegnata all' autorità di porto in condizioni, per quanto è possibile, eguali a quelle in cui era al momento della cattura.

Art. 78.

Il comandante della nave da guerra di scorta, o l' ufficiale delegato al comando della nave catturata, dovrà, non appena giunto a destinazione, rimettere all' autorità di porto:

a) il rapporto della traversata riguardante la preda;
b) il processo verbale della cattura;
c) il processo verbale, se fu compilato, dell' inventario e dell' apposizione dei suggelli;
d) le carte di bordo, i documenti e le testimonianze raccolte circa i fatti che giustificano la cattura.

Art. 79.

L' autorità di porto dovrà:

a) redigere processo verbale dell' atto di consegna, indicandovi tutti i documenti consegnati dal comandante, e constatando la eseguita verificazione dei sigilli apposti all' atto della cattura;
b) ricevere i rapporti fatti dal capitano della nave catturata e le dichiarazioni delle persone dell' equipaggio;
c) fare l' inventario dei colli depositati e la lista delle persone che si trovano a bordo.

Art. 80.

Quando la nave catturata sia condotta in un porto alleato o neutrale, la relazione e le carte saranno rimesse all' ufficiale consolare, il quale disimpegnerà tutte le incombenze affidate in materia di preda all' autorità di porto, nei limiti consentiti dalle leggi locali, dai trattati e dagli usi.

Art. 81.

L' ufficiale posto al comando della nave catturata o il comandante della nave di scorta provvederanno, per quanto è possibile e conveniente, alla conservazione della nave catturata e del carico, senza nulla mutare, consumare o distrarre, salvo gravi ed urgenti necessità constatate con apposito atto.

Art. 82.

Qualora fosse necessario vendere una parte del carico, si potrà farlo all' arrivo in porto, possibilmente d' accordo col capitano della nave o con l' agente consolare dello Stato a cui la nave e gli interessati appartengono, o che ne ha assunto la tutela.

Art. 83.

In caso di cattura di una nave mercantile, le merci che non siano di proprietà nemica saranno portate nel luogo in cui è condotta la preda ed ivi rimarranno a disposizione degli aventi diritto, a meno che vi sia motivo legittimo di confiscarle.

Art. 84.

La corrispondenza postale trovata a bordo di una nave catturata sarà spedita a destinazione, col minimo ritardo possibile secondo le norme generali stabilite per il servizio postale, salvo le speciali disposizioni emesse a questo riguardo durante la guerra.

Le disposizioni di questo articolo non si applicano alla corrispondenza destinata al littorale bloccato o proveniente da esso.

Art. 85.

Se la visita è stata eseguita in un porto a norma dell' art. 71, le stesse autorità che vi hanno proceduto provvederanno per la cattura, quando ne sia il caso, osservando le disposizioni di questo paragrafo, in quanto siano applicabili.

§ 4. Requisizione delle prede.

Art. 86.

Se la nave catturante avesse penuria di materiali di stretta necessità (viveri, combustibili, munizioni, ecc.), il comandante avrà facoltà di prelevarli dalla nave catturata, avendo riguardo ai mezzi di cui questa dispone.

Art. 87.

Si osserveranno a tal uopo le norme seguenti:

a) il comandante della nave catturante deve rivolgersi al capitano della nave catturata, lasciando a questi il compito di fornirgli le cose richieste;

b) si farà un inventario delle cose requisite, determinandone il valore, per rendere possibile il pagamento del prezzo;

c) quando il capitano si opponesse alla richiesta, il comandante potrà ordinare la requisizione forzata, per ottenere direttamente la consegna dei materiali occorrenti, rilasciandone semplice ricevuta.

Art. 88.

Quando la nave sia stata consegnata all' autorità di porto, la requisizione può essere ordinata dalle autorità militari marittime secondo le norme vigenti.

Art. 89.

Occorrendo procedere alla requisizione di una nave catturata, il comandante navale in alto mare e le autorità marittime nei porti redigeranno processo verbale di consegna, allegando l' inventario di bordo, salvo le disposizioni ulteriori che saranno prese in seguito al giudizio sulla legittimità della preda.

§ 5. Trattamento degli equipaggi e dei passeggieri.

Art. 90.

In caso di cattura, sono considerati prigionieri di guerra:

a) tutti coloro che appartengono al naviglio da guerra e alle forze armate del nemico o sono destinati a farne parte, ancorchè feriti, malati o naufraghi;

b) il personale delle navi mercantili nemiche, idoneo a prestare servizi utili per l' esercito o per la flotta;

c) il personale delle navi mercantili neutrali colpevoli di assistenza ostile.

Coloro che seguono un' armata senza farne parte, muniti di una legittimazione dell' autorità militare dello Stato la cui armata accompagnano, qualora non si reputi opportuno lasciarli in libertà, sono trattati come prigionieri di guerra.

Art. 91.

Quando una nave mercantile nemica è catturata, gli uomini dell' equipaggio, sudditi di una potenza neutrale, non sono fatti prigionieri di guerra.

Il capitano e gli ufficiali, sudditi di una potenza neutrale, non sono fatti prigionieri di guerra, purchè promettano formalmente per iscritto di non più servire sopra una nave nemica durante il corso della guerra.

Art. 92.

Salvo il disposto dell' art. 90, tutti i passeggeri debbono essere lasciati liberi e sbarcati alla prima favorevole occasione. Potrà però essere trattenuta qualunque persona che si trova a bordo, finchè la sua presenza sia stimata necessaria per gli accertamenti a cui la cattura della nave può dar luogo.

Art. 93.

I prigionieri di guerra devono essere trattati a bordo con umanità: ricevono vitto ed alloggio a seconda del loro grado, come è prescritto per le truppe di passaggio.

Si lasciano ai prigionieri gli oggetti di proprietà privata, ad eccezione delle armi, carte militari, documenti ed oggetti che possono servire alla guerra.

Art. 94.

Alle persone lasciate libere sarà consegnato tutto ciò che a loro personalmente appartiene, ad eccezione delle armi, carte militari, documenti ed oggetti che possono servire alla guerra.

Titolo VII.

Perdita e distruzione delle prede. Risarcimento dei danni.

Art. 95.

Se la preda si perde per forza maggiore, non è dovuta alcuna indennità per la nave nè per il carico, anche se la legittimità della cattura non fosse poi riconosciuta dall' autorità competente.

Il comandante o l' autorità cui è affidata la preda avrà cura di constatare, con apposito atto, le circostanze della perdita, e di porre in salvo le persone imbarcate sulla nave pericolante e quanto altro sia in essa di particolare interesse, per quanto le circostanze lo permettano.

Art. 96.

La nave nemica predata può essere distrutta, quando le circostanze rendano difficile o pericoloso il conservarla e custodirla.

Queste condizioni si verificheranno particolarmente nei seguenti casi:

a) se, avvicinandosi una forza navale avversaria, sussista una evidente probabilità che la nave catturata sia ripresa dal nemico;
b) se la nave catturata non possa, per avarie o per altre ragioni, seguire la nave di scorta;
c) se il porto nel quale si dovrebbe condurre la nave catturata è troppo lontano perchè vi siano fondate probabilità di poterla mettere al sicuro;
d) se il condurre o scortare la preda in un porto può ostacolare la missione della nave da guerra.

Art. 97.

Una nave neutrale catturata non può, di regola, salvo il disposto dell' art. 54, esser distrutta, ma deve essere condotta in un porto, affinchè sia stabilito quanto è di diritto sulla legittimità della cattura.

Una nave neutrale catturata e soggetta a confisca può essere distrutta, se l' osservanza della regola predetta comprometterebbe la sicurezza della nave da guerra od il buon esito delle operazioni nelle quali quest' ultima è attualmente impegnata.

Art. 98.

In ogni caso di distruzione di una preda se ne redigerà processo verbale, indicandone i motivi; si metteranno al sicuro le persone imbarcate, le carte di bordo e gli altri documenti che gli interessati credessero utili per il giudizio sulla legittimità della cattura o per il risarcimento dei danni, quando ne sia il caso.

Art. 99.

Qualora venga distrutta una nave neutrale, si dovrà, salvo il disposto dell' art. 54, prima del giudizio sulla legittimità della cattura, giustificare in fatto le circostanze che resero necessaria la distruzione.

In mancanza di ciò, sarà corrisposta una indennità agli interessati, senza indagare se la cattura fosse legittima.

Art. 100.

Se la cattura di una nave neutrale, di cui è stata giustificata la distruzione, è dichiarata illegittima, sarà dovuta agli interessati una indennità che sostituisca la restituzione alla quale avrebbero diritto.

Se con una nave neutrale o nemica sono state distrutte merci neutrali non suscettibili di confisca, il proprietario di queste merci ha del pari diritto ad indennità.

Art. 101.

Il catturante ha facoltà di esigere la consegna, o di procedere alla distruzione delle merci confiscabili trovate a bordo di una nave non soggetta a confisca, quando le circostanze giustificherebbero, secondo il capoverso dell' art. 97, la distruzione della nave. Egli farà menzione, sul giornale di bordo della nave fermata, degli oggetti consegnati o distrutti, e si farà rimettere dal capitano una copia, certificata conforme, di tutte le carte utili. Effettuata la consegna o la distruzione e adempite le formalità relative, il capitano sarà autorizzato a continuare la sua rotta.

Si applicheranno in tal caso le disposizioni degli articoli 99 e 100 circa la responsabilità derivante dalla distruzione di una nave neutrale.

Art. 102.

Se la cattura della nave o delle merci non è convalidata dalla giurisdizione delle prede, o se la cattura non è mantenuta, senza che abbia avuto luogo il giudizio, gli interessati hanno diritto al risarcimento dei danni, a meno che vi siano stati motivi sufficienti per giustificare la cattura.

Titolo VIII.

Giudizio delle prede.

Art. 103.

Gli atti relativi alla cattura saranno sottoposti all' esame del ministro della marina, che provvederà, secondo le circostanze, per il rilascio in via amministrativa della nave e del carico o di una parte di esso, ovvero per il rinvio al giudizio davanti alla giurisdizione delle prede.

Art. 104.

Il Governo del Re potrà, anche durante e dopo il giudizio, ordinare il rilascio della nave e del carico o di una parte di esso.

Art. 105.

Spetta all' autorità di porto compiere, sia spontaneamente, sia per incarico della giurisdizione delle prede, tutti gli atti istruttori preliminari del giudizio, nel luogo ove trovansi la nave e le merci catturate, e quegli altri atti che potranno esserle deferiti nel corso del giudizio medesimo.

Spetta alla stessa autorità procedere, con l' intervento, quando lo ritenga opportuno, di un rappresentante degli interessati, all' inventario di tutti gli oggetti di carico ed altri esistenti a bordo della nave catturata, e disporre per la loro custodia o per la vendita.

Art. 106.

Il giudizio per la legittimazione della cattura e per la confisca è promosso da un commissario del Governo in contraditttorio con gli interessati.

Finchè non sarà trascorso il termine utile per la comparizione delle parti, è ammesso l' intervento in causa di chiunque vi abbia interesse.

Dovrà esser proposta avanti alla giurisdizione delle prede qualsiasi domanda di risarcimento di danni in confronto dello Stato, per fatti attinenti all' esercizio del diritto di preda.

Art. 107.

La cattura si presume legittima, finchè non sia intervenuta una sentenza contraria.

La sentenza che dichiara la legittimità della preda ha effetto retroattivo al momento della cattura.

Art. 108.

Qualunque nave mercantile nazionale o alleata predata dal nemico, che sia stata ripresa, dovrà essere restituita al proprietario, salvo rimborso delle spese occorse.

Art. 109.

Il giudizio non avrà luogo in caso di cattura di navi da guerra, di navi mercantili trasformate in navi da guerra e di qualsiasi nave o merce di proprietà dello Stato nemico. Esse saranno senza altro messe a disposizione del ministro della marina.

Art. 110.

Salvo il disposto dell' art. 104, le navi e le merci confiscate saranno poste a disposizione del ministro della marina, il quale provvederà per la loro vendita, quando lo ritenga opportuno, secondo le norme vigenti.

In ogni caso, salvo il disposto dell' art. 104, la quinta parte del valore delle prede sarà devoluta alla Cassa degli invalidi della marina mercantile.

Art. 111.

E in facoltà del ministro di concedere, a seconda delle circostanze, gratificazioni speciali sul valore della preda a coloro che eseguirono la cattura di navi mercantili o da guerra o vi concorrero.

Art. 112.

Le altre norme relative alla costituzione e alla competenza della giurisdizione delle prede e al procedimento saranno determinate, quando occorra, con decreti speciali.

Roma, 25 marzo 1917.

Visto, d' ordine di S. A. R. il Luogotenente Generale di S. M. il Re:

Il ministro della marina Corsi.
Il ministro degli affari esteri Sonnino.
Il ministro delle colonie Colosimo.
Il ministro di grazia e giustizia Sacchi.
Il ministro dell' industria, commercio e lavoro De Nava.
Il ministro dei trasporti marittimi e ferroviari Arlotta.

167.

SIAM.

Décret concernant le jugement des prises; du 20 juillet 1917.

The London Gazette du 18 septembre 1917.

Traduction.

Whereas it is expedient to provide for the establishment of a Prize Court. Be it enacted as follows:

Article 1. This decree shall be known as the Prize Court Law 2460, prize being defined as ships or goods captured jure belli by the maritime force of a belligerent at sea or seized in port. It shall come into force from the date of proclamation thereof.

Article 2. In addition to the High Court of Justice already established there shall also be established a Prize Court having full jurisdiction throughout the territories of His Majesty to take cognisance of and judicially proceed in all matters of prize, including special captures, namely, conjoint captures with an ally, captures arising out of land expeditions, joint captures, or captures by the officers and crew of a ship other than a ship of war, and also including prize salvage and prize bounty. Such Court shall decide the legality of the capture and pronounce a decree of condemnation, detention, restitution or restoration subject to payment of prize salvage, or otherwise, of ships or goods taken as prize, in accordance with the Law of Nations and the decrees, rules and regulations for the time being in force in that behalf.

Article 3. All ships or goods captured as prize by any of His Majesty's ships of war, or captured in ports or harbours of the realm, or captured by a ship other than a ship of war, belong, at the moment of capture, to His Majesty as droits and perquisites in his office of admiralty.

Article 4. A ship or goods taken by any of His Majesty's ships of war as prize is entirely dependent on His Majesty's pleasure, and any prize money which may be granted to the officers and crew of the Navy for the capture of any ship or goods shall be so granted by a decision according to the ancient customs in use.

Article 5. The amount of prize salvage to be awarded shall be at the discretion of the Court, but shall not exceed one-tenth part of the estimated value of the prize.

Article 6. The Prize Court shall consist of three or more judges who shall be duly appointed by His Majesty for the purpose, any three of whom shall constitute a quorum.

Article 7. The Court shall be authorised to act in the event of war by Royal Proclamation, and shall after the conclusion of the war continue so to act in relation to, and finally dispose of, all matters and things which arose during the war.

Article 8. The Judges of the Court shall have power in any case, if they think fit, to appoint one or more assessors to assist them or advise them upon matters requiring expert or other special knowledge.

Article 9. The Law of Civil Procedure R. S. 127 shall be followed as far as practicable. But if no such Rule is applicable the President of the Court may direct such other rules or practice to be followed in prize cases.

Article 10. Appeals against a decree of the Prize Court lie to the Dika Court as Judicial Committee of the Privy Council. Judgment of the Court after receiving the Royal assent shall be final.

Article 11. When and as long as the Prize Court is in existence, the Minister of Justice shall appoint a registrar to the Court, and provide a proficient staff; and the Minister of Finance shall make provision from the public fund for the establishment of the Court.

Article 12. All decrees and orders of the Prize Court shall be carried out by the Sheriff's Department of the Ministry of Justice.

Article 13. Where the ship or goods taken as Prize is sold by order of the Court, the purchaser may, within one month from the date of the sale or condemnation of the same, whichever last happens, apply to the Court for a certificate of condemnation and sale, or of sale only, and the Court shall direct such certificate to be issued or endorsed on the bill of sale. Where the ships or goods taken as Prize, if restored to the owner by decree of the Court, the owner may, within one month from the date of the decree, apply for a certificate of restitution, and the Court shall direct such certificate to be issued.

Article 14. All claims for the condemnation of captured ships, vessels, or goods shall be entered in the name of the Crown by the Department of Public Prosecution. All other claims of whatever nature may be instituted by the claimants.

This Law is proclaimed on the 20th day of July of the year of our Lord the Buddha 2460, being the 2444th day of the present reign.

168.

FRANCE, GRANDE-BRETAGNE.

Convention en vue de déterminer le jugement des prises et le mode de répartition des produits des prises effectuées en commun; signée à Londres, le 9 novembre 1914.*) **)

Journal officiel du 28 décembre 1914.

Convention.

Le Président de la République française et Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des territoires britanniques au delà des mers, Empereur des Indes, voulant déterminer la juridiction à laquelle devra appartenir le jugement des prises qui, dans le cours de la guerre actuelle, pourront être opérées par les forces navales des pays alliés, ou des prises qui pourront être faites sur des navires marchands appartenant aux nationaux de l'un des pays par les croiseurs de l'autre; et voulant régler en même temps le mode de répartition des produits des prises effectuées en commun, ont nommé pour leurs plénipotentiaires à cet effet, savoir:

Le Président de la République française, Son Excellence M. Paul Cambon, ambassadeur de France à Londres; — Et Sa Majesté le Roi de Grande-Bretagne et d'Irlande et des territoires britanniques au delà des mers, Empereur des Indes, le très honorable Sir Edward Grey, Baronnet du Royaume-Uni, membre du Parlement, principal secrétaire d'Etat de Sa Majesté au Département des affaires étrangères;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1er. Le jugement des prises ennemies ou neutres appartiendra à la juridiction du pays du bâtiment capteur, sans qu'il y ait à distinguer selon que celui-ci était placé sous les ordres de l'autorité navale de l'un ou de l'autre des pays alliés.

Art. 2.***) En cas de capture d'un bâtiment de la marine marchande de l'un des pays alliés, le jugement en appartiendra toujours à la juridiction du pays du bâtiment capturé; la cargaison suivra, en ce cas, quant à la juridiction, le sort du bâtiment.

Lorsqu'un navire de commerce allié, originairement destiné à un port ennemi, et portant une cargaison ennemie ou neutre sujette à capture, est

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Londres, le 23 décembre 1914.

**) La Russie a adhéré à la Convention le 5 mars 1915. V. ci-dessous, No. 169. — L'Italie a déclaré son adhésion le 15 janvier 1917. V. ci-dessous, No. 170.

***) Comp. l'Echange de notes, ci-dessous No. 171.

entré dans le port d'un des pays alliés, la juridiction des prises de ces pays est compétente pour en prononcer la condamnation. En ce cas, la valeur des marchandises, déduction faite des dépenses nécessaires, sera placée au crédit du gouvernement du pays allié, sous le pavillon duquel le navire de commerce naviguait.

Art. 3. Lorsqu'une prise sera faite en commun par les forces navales des pays alliés, le jugement en appartiendra à la juridiction du pays dont le pavillon aura été porté par l'officier qui aura eu le commandement supérieur dans l'action.

Art. 4. Lorsqu'une prise sera faite par un croiseur de l'une des nations alliées en présence et en vue d'un croiseur de l'autre, qui aura ainsi contribué à intimider l'ennemi et à encourager le capteur, le jugement en appartiendra à la juridiction du capteur effectif.

Art. 5. En cas de condamnation dans les circonstances prévues par les articles précédents:

1⁰ Si la capture a été faite par des bâtiments des nations alliées agissant en commun, le produit net de la prise, déduction faite des dépenses nécessaires, sera divisé en autant de parts qu'il y aura d'hommes embarqués sur les bâtiments capteurs, sans tenir compte des grades, et les parts revenant ainsi à chacune des nations alliées seront payées et délivrées à la personne qui sera dûment autorisée par le gouvernement allié à les recevoir; et la répartition des sommes revenant aux bâtiments respectifs sera faite par les soins de chaque gouvernement, suivant les lois et les règlements du pays;

2⁰ Si la prise a été faite par les croiseurs de l'une des nations alliées en présence et en vue d'un croiseur de l'autre, le partage, le payement et la répartition du produit net de la prise, déduction faite des dépenses nécessaires, auront lieu également de la manière indiquée ci-dessus;

3⁰ Si, conformément à l'article 2, alinéa 1er, la prise, faite par un croiseur de l'un des pays alliés, a été jugée par les tribunaux de l'autre, le produit net de la prise, déduction faite des dépenses nécessaires, sera remis de la même manière au gouvernement du capteur, pour être distribué conformément à ses lois et règlements.

Art. 6. Les commandants des bâtiments de guerre des pays se conformeront, pour la conduite et la remise des prises, aux Instructions jointes à la présente convention, et que les deux gouvernements se réservent de modifier, s'il y a lieu, d'un commun accord.

Art. 7. Lorsque, pour l'exécution de la présente convention, il y aura lieu de procéder à l'estimation d'un bâtiment de guerre capturé, cette estimation portera sur sa valeur effective; et le gouvernement allié aura la faculté de déléguer un ou plusieurs officiers compétents pour concourir à l'estimation. En cas de désaccord, le sort décidera quel officier devra avoir la voix prépondérante.

Art. 8. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Londres aussitôt que faire se pourra.

Art. 9. Les puissances alliées non signataires seront invitées à adhérer à la présente convention.

La puissance qui désirera adhérer notifiera par écrit son intention au gouvernement de Sa Majesté britannique, lequel transmettra immédiatement au gouvernement de la République française une copie certifiée conforme de cette notification.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, en double exemplaire, le 9 novembre 1914.

(L. S.) Signé: *Paul Cambon.*
(L. S.) Signé: *E. Grey.*

Annexe.

Instructions pour les commandants des bâtiments de guerre de la République française et de S. M. le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande.

Vous trouverez ci-joint copie d'une convention signée le 9 novembre 1914, entre le Président de la République française et S. M. le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, pour régler la juridiction à laquelle devra appartenir le jugement des prises opérées par les forces navales alliées ou faites sur des navires marchands appartenant aux nationaux de l'un des deux Etats par les croiseurs de l'autre, ainsi que le mode de répartition du produit des prises effectuées en commun.

Pour assurer l'exécution de cette convention, vous aurez à vous conformer aux Instructions suivantes:

Article 1er. Lorsque, par suite d'une action commune, vous serez dans le cas de rédiger le rapport ou le procès-verbal d'une capture, vous aurez soin d'indiquer avec exactitude les noms des bâtiments de guerre présents à l'action, ainsi que de leurs commandants, et, autant que possible, le nombre d'hommes embarqués à bord de ces bâtiments au commencement de l'action, sans distinction de grades.

Vous remettrez une copie de ce rapport ou procès-verbal à l'officier de la puissance alliée qui aura eu le commandement supérieur dans l'action, et vous vous conformerez aux instructions de cet officier en ce qui concerne les mesures à prendre pour la conduite et le jugement des prises ainsi faites en commun sous son commandement.

Si l'action a été commandée par un officier de votre nation, vous vous conformerez aux règlements de votre propre pays, et vous vous bornerez à remettre à l'officier le plus élevé en grade de la puissance alliée présent à l'action une copie certifiée du rapport ou du procès-verbal que vous aurez rédigé.

Art. 2. Lorsque vous aurez effectué une capture en présence et en vue d'un bâtiment de guerre allié, vous mentionnerez exactement, dans le rapport que vous rédigerez, s'il s'agit d'un bâtiment de guerre, et dans le procès-verbal de capture, s'il s'agit d'un bâtiment de commerce, le nombre

d'hommes que vous aviez à bord au commencement de l'action, sans distinction de grades, ainsi que le nom du bâtiment de guerre allié qui se trouvait en vue, et, s'il est possible, le nombre d'hommes embarqués à bord, également sans distinction de grades. Vous remettrez une copie certifiée de votre rapport ou procès-verbal au commandant de ce bâtiment.

Art. 3. Lorsqu'en cas de violation de blocus, de transport d'objets de contrebande, de troupes de terre ou de mer ennemies, ou de dépêches officielles, de ou pour l'ennemi, vous serez dans le cas d'arrêter et de saisir un bâtiment de la marine marchande du pays allié, vous devrez:

1° Rédiger un procès-verbal énonçant le lieu, la date et le motif de l'arrestation, le nom du bâtiment, celui du capitaine, le nombre des hommes de l'équipage, et contenant, en outre, la description exacte de l'état du navire et de sa cargaison;

2° Réunir en un paquet cacheté, après en avoir fait l'inventaire, tous les papiers de bord tels que: actes de nationalité ou de propriété, passeports, charte-parties, connaissements, factures et autres documents propres à constater la nature et la propriété du bâtiment et de la cargaison;

3° Mettre les scellés sur les écoutilles;

4° Placer à bord un officier, avec le nombre d'hommes que vous jugerez convenable, pour prendre le bâtiment en charge et en assurer la conduite;

5° Envoyer le bâtiment au port le plus voisin de la puissance dont il portait le pavillon;

6° Faire remettre le bâtiment aux autorités du port où vous l'aurez fait conduire, avec une expédition du procès-verbal et de l'inventaire ci-dessus mentionnés et avec le paquet cacheté, contenant les papiers de bord.

Art. 4. L'officier conducteur d'un bâtiment capturé se fera délivrer un reçu constatant la remise qu'il en aura faite, ainsi que la délivrance qu'il aura faite du paquet cacheté et de l'expédition du procès-verbal et de l'inventaire ci-dessus mentionnés.

Art. 5. En cas de détresse, si le bâtiment capturé est hors d'état de continuer sa route, ou en cas de trop grand éloignement, l'officier chargé de conduire dans un port de la puissance alliée une prise faite sur la marine marchande de cette puissance, pourra entrer dans un port de son propre pays, et il remettra sa prise à l'autorité locale, sans préjudice des mesures ultérieures à prendre pour le jugement de la prise. Il veillera, dans ce cas, à ce que le rapport ou procès-verbal et l'inventaire qu'il aura rédigés, ainsi que le paquet cacheté contenant les papiers de bord, soient envoyés exactement à la juridiction chargée du chargement.

Signé: *Paul Cambon.*
Signé: *E. Grey.*

169.

RUSSIE, GRANDE-BRETAGNE.

Echange de notes concernant l'accession de la Russie à la Convention conclue, le 9 novembre 1914, entre la France et la Grande-Bretagne, relative au jugement des prises maritimes:*) du 5 et du 12 mars 1915.

Treaty Series 1915. No. 4.

---

(1)

The Russian Ambassador to Sir E. Grey.

(Translation.)

Imperial Russian Embassy, London, March 5, 1915.

Sir,

In acceding, in the name of my Government, to the convention concluded between Great Britain and France on the 9th November, 1914, I desire to call your excellency's attention to the fact that, according to Russian legislation, the condemnation of enemy cargoes on board merchant vessels of the allied states which enter Russian ports does not appertain to prize court jurisdiction, but is pronounced by the Imperial administrative authorities. It is consequently in this sense that Article 2, paragraph 2, of the aforesaid convention should be interpreted so far as regards Russia.

In requesting your excellency to take note of this communication in the name of His Britannic Majesty's Government, I have, &c.

Benckendorff.

Declaration.

The undersigned, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Russia, duly authorized to that effect, hereby declares, in the name of his Government, their accession to the convention concluded between Great Britain and France on the 9th November, 1914.

In witness whereof the undersigned has signed the present Declaration.

Benckendorff.

London, March 5, 1915.

---

*) V. ci-dessus, No. 168.

(2)

Sir E. Grey to the Russian Ambassador.

Foreign Office, March 12, 1915.

Your Excellency,

I have the honor to acknowledge the receipt of your excellency's note of the 5th instant, conveying the formal accession of Russia to the convention relating to prizes captured during the present war, which was concluded between Great Britain and France on the 9th November, 1914.

Due note has been taken of this communication, a certified copy of which will, in accordance with article 9 of the convention, be forwarded by His Majesty's Government to the Government of the French Republic.

I have, &c.

E. Grey.

His Excellency the Count Benckendorff, &c.

170.

ITALIE, GRANDE-BRETAGNE.

Echange de notes concernant l'accession de l'Italie à la Convention conclue, le 9 novembre 1914, entre la France et la Grande-Bretagne, relative au jugement des prises maritimes;*) des 15 et 26 janvier 1917.

Gazzetta ufficiale 1917, No. 99. — Treaty Series 1917, No. 6.

1.

Londra, li 15 gennaio 1917.

Signor Segretario di Stato,

Con riferimento alla nota del Visconte Grey di Fallodon in data delli 24 luglio 1915, n. 9999, ho l' onore di portare alla conoscenza dell' Eccellenza Vostra che il Governo del Re ha deciso di aderire alla Convenzione conclusa fra la Gran Bretagna e la Francia il 9 novembre 1914 — circa le prede marittime durante la presente guerra europea — nonchè all' interpretazione che è stata data dai Governi britannico e francese all' art. II. della Convenzione stessa, e di cui era cenno nei paragrafi 2 e 3 della nota precitata.

Nel pregare l' Eccellenza Vostra di voler prender atto, in nome del Governo britannico, della presente dichiarazione, La prego di gradire, signor segretario di Stato, gli atti, ecc.

Imperiali.

*) V. ci-dessus, No. 168.

2.

Foreign Office, January 26, 1917.

Your Excellency,

I have the honour to acknowledge the receipt of Your Excellency's note of the 15th instant, in which you are good enough to inform me of the accession of Italy to the Convention between the United Kingdom and France of November 9th, 1914, relative to prizes captured during the present war, as modified by the extended interpretation which has since been assigned by the Contracting parties to article 2 thereof.

His Majesty's Government have taken due note of his communication, a certified copy of which will, in view of article 9 of the Convention, be forwarded to the French and Russian Governments.

I have the honour to be, with the highest consideration, etc.

(For the Secretary of State)
W. Langley.

171.

GRANDE-BRETAGNE, FRANCE, RUSSIE.

Échange de notes en vue de modifier la Convention sur le jugement des prises conclue le 9 novembre 1914;*) du 15 février 1915 au 26 octobre 1916.

Treaty Series 1916, No. 5.

Article 2 of Convention of November 9, 1914 (Captures of Merchant Vessels belonging to the Allied Countries).

By exchange of notes (15th February—27th April, 1915) between His Majesty's Government and the French Government it has been agreed that, where both vessel and cargo are proceeded against under Article 2 of the convention of the 9th November, 1914, the provisions of paragraph 1 of that article shall be held to apply in all cases. Where only the cargo of the vessel is concerned, however, it has been agreed that, in addition to the specific case provided for by Article 2, paragraph 2 — viz., where the original destination of the vessel was an enemy port — the principles laid down in that paragraph shall apply also to cases of contraband consigned to a neutral port and to cases of enemy property where the original destination was not a hostile port.

*) V. ci-dessus, No. 168.

By exchange of notes (31st May, 1915—26th October, 1916) between His Majesty's Government and the Russian Government it has been agreed that a similar interpretation of Article 2 of the convention shall be held to apply in the cases above referred to.*)

172.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil sur la répartition du produit des prises; du 2 mars 1915.

The London Gazette du 2 mars 1915.

At the Court at Buckingham Palace, the 2nd day of March, 1915.

Present,

The King's Most Excellent Majesty in Council.

Whereas there was this day read at the Board a Memorial from the Right Honourable the Lords Commissioners of the Admiralty, dated the 19th day of February, 1915, in the words following, viz.:

„1. Whereas by the Naval Prize Act, 1864, it is enacted that if Your Majesty is pleased in relation to any War to declare, by Proclamation or Order in Council, Your intention to grant Prize Bounty to the Officers and crews of Your Majesty's Ships of War, then such of the Officers and crews of Your Majesty's Ships of War as are actually present at the taking or destroying of any armed Ship of any of Your Majesty's enemies shall be entitled to have distributed among them as Prize Bounty a sum calculated at the rate of £ 5 for each person on board the enemy's Ship at the beginning of the engagement:

„2. And whereas a state of war exists between Your Majesty and the German Empire, the Dual Monarchy of Austria-Hungary, and the Ottoman Empire:

„3. We beg humbly to submit that Your Majesty may now be graciously pleased, by Your Order in Council, to declare Your intention to grant Prize Bounty to the Officers and crews of Your Majesty's Ships of War.

„4. We further beg humbly to submit that Prize Bounty as ascertained under the provisions of the Naval Prize Act, 1864, should be paid

*) By the Imperial Russian Ukase of the 10th/23rd August, 1915, it is decreed that enemy cargo found in Russian vessels, and equally in Allied vessels, which have been overtaken by the war in Russian ports or littoral waters, or which have entered therein during the war is liable to confiscation on the order of the nearest prize court.

by the Lords Commissioners of Your Majesty's Treasury into the account of Your Majesty's Paymaster General at the Bank of England for distribution under our direction among the Officers and crews of Your Majesty's Ships of War entitled thereto in the shares in that behalf to be specified hereafter by Your Order in Council.

„The Lords Commissioners of Your Majesty's Treasury have signified their concurrence in this proposal."

His Majesty, having taken the said Memorial into consideration, was pleased, by and with the advice of His Privy Council, to make a Declaration in the terms mentioned, and to approve of what is thereinafter proposed. And the Right Honourable the Lords Commissioners of the Admiralty are to give the necessary directions herein accordingly.

Almeric FitzRoy.

173.

FRANCE.

Loi déterminant le mode d'attribution des prises maritimes; du 15 mars 1916.

Journal officiel du 18 mars 1916

Le Sénat et la Chambre des députés ont adopté,

Le Président de la République promulgue la loi dont la teneur suit:

Article 1er.

Le régime des prises maritimes s'applique uniquement aux navires marchands et aux cargaisons.

Article 2.

Le produit net de toute prise maritime, pendant la présente guerre, par nos forces navales, ainsi que les parts leur revenant conformément aux dispositions des conventions internationales en vigueur à l'occasion de leur participation à une prise, fait en commun, par les bâtiments des alliés, sont attribués à un fonds spécial, géré par l'établissement des invalides de la marine, destiné, entièrement, à être réparti en indemnités aux officiers, officiers mariniers et marins dans le besoin, mis par leurs infirmités dans l'impossibilité de servir par suite de blessures reçues au cours des opérations de guerre, soit à la mer, soit à terre, et aux veuves, enfants et ascendants immédiats de ces mêmes marins, morts des suites de blessures reçues ou de maladies contractées au cours de la campagne.

Cette attribution n'a lieu qu'après prélèvement éventuel sur le produit net total des parts revenant, aux termes des conventions internationales en vigueur, aux bâtiments des nations alliées ayant coopéré à la prise.

Article 3.

Sont abrogées toutes dispositions contraires à la présente loi, spécialement le décret de la convention en date du 1er octobre 1793 et l'arrêté des consuls du 9 ventôse an IX.

Des décrets rendus en conseil d'Etat et préparés par le ministre de la marine, d'accord avec le ministre des affaires étrangères et le ministre des finances, fixent les règles en matière d'instruction, de jugement et d'administration des prises maritimes, ainsi que celles relatives à l'application de la présente loi.

La présente loi, délibérée et adoptée par le Sénat et par la Chambre des députés, sera exécutée comme loi de l'Etat.

Fait à Paris, le 15 mars 1916.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:

Le ministre de la marine, Lacaze.

Le ministre des finances, A. Ribot.

174.

GRANDE-BRETAGNE.

Communiqué de l'Amirauté britannique touchant la navigation dans la Mer du Nord déclarée zone de guerre; du 3 novembre 1914, suivi d'une Notification en date du 28 mars 1917.

Ministère des affaires étrangères. Recueil de diverses communications aux Etats-Généraux par rapport à la neutralité des Pays-Bas. La Haye 1916, p. 86.

During the last week the Germans have scattered mines indiscriminately in the open sea on the main trade route from America to Liverpool via the North of Ireland. Peaceful merchant ships have already been blown up with loss of life by this agency. The White Star Liner „Olympic" escaped disaster by pure good luck. But for warnings given by British cruisers other British and neutral merchant and passenger vessels would have been destroyed. These mines cannot have been laid by any German ship of war. They have been laid by some merchant vessel flying a neutral flag which has come along the trade route as if for purposes of peaceful commerce and, while profiting the full by the immunity enjoyed by neutral merchant ships, has wantonly and recklessly endangered the lives of all who travel on the sea, regardless of whether they are friend or foe, civilian or military in character.

Mine-laying under a neutral flag and reconnaissance conducted by trawlers, hospital ships and neutral vessels are the ordinary features of German naval warfare. In these circumstances, having regard to the great

interests entrusted to the British Navy, to the safety of peaceful commerce on the high seas and to the maintenance within limits of international trade between neutral countries, the Admiralty feel it necessary to adopt exceptional measures appropriate to the novel conditions under which this war is being waged. They therefore give notice: that the whole of the North Sea must be considered a military area. Within this area merchant shipping of all kinds, traders of all countries, fishing craft and all other vessels will be exposed to the gravest dangers from the mines which it has been necessary to lay and from the warships searching vigilantly by night and day for suspicious craft. All merchant and fishing vessels of every description are hereby warned of the dangers they encounter by entering this area except in strict accordance with Admiralty directions. Every effort will be made to convey this warning to neutral countries and to vessels on the sea, but from November 5th onwards the Admiralty announce that all ships passing a line drawn from the Northern point of the Hebrides through Faroe Islands to Iceland do so at their own peril. Ships of all countries wishing to trade to and from Norway, the Baltic, Denmark and Holland are advised to come if inward bound, by the English Channel and the Straits of Dover. There they will be given sailing directions which will pass them safely so far as Great Britain is concerned up the East Coast of England to Farne Island, whence a safe route will if possible be given to the Lindesnaes Lighthouse. From this point they should turn North or South according to their destination keeping as near the coast as possible. The converse applies to vessels outward bound. By strict adherence to these routes the commerce of all countries will be able to reach its destination in safety, so far as Great Britain is concerned, but any straying, even for a few miles, from the course thus indicated may be followed by fatal consequences.

Haag, 28. März 1917.*)

Das Ministerium des Äusseren machte bekannt, dass die britische Regierung mitgeteilt hat, dass vom 1. April ab das von England für abgeschlossen erklärte Seegebiet erweitert wird. Von diesem Datum an wird es mit Ausnahme der dänischen und niederländischen Territorialgewässer ein Gebiet umfassen, das folgendermassen begrenzt ist. Im Norden durch den Parallelkreis von 56 Grad nördlicher Breite westlich von einem Punkte, der drei Seemeilen von der Küste von Jütland liegt, im Westen durch die Verbindungslinie der folgenden Punkte: 56 Grad nördlicher Breite und 6 Grad östlicher Länge, 54 Grad 45 Min. nördlicher Breite und 4 Grad 30 Min. östlicher Länge, sowie 53 Grad 23 Min. nördlicher Breite und 5 Grad 1 Min. östlicher Länge, im Süden durch die Linie, die durch den letztgenannten und einen in 53 Grad 25 Min. nördlicher Breite und 5 Grad 5 Sek. östlicher Länge gelegenen Punkt verläuft und dann im Osten der Grenze der niederländischen Territorialgewässer folgt.

*) Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1917, No. 87.

175.

ALLEMAGNE.

Notification et Memorandum en vue de déclarer les eaux de la Grande-Bretagne et de l'Irlande zone de guerre; du 4 février 1915, suivie d'une Déclaration explicative du 23 février 1915.

Deutscher Reichsanzeiger 1915, No. 29; Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1915, No. 55.

Bekanntmachung.

1. Die Gewässer rings um Grossbritannien und Irland einschliesslich des gesamten englischen Kanals werden hiermit als Kriegsgebiet erklärt. Vom 18. Februar 1915 an wird jedes in diesem Kriegsgebiet angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden, ohne dass es immer möglich sein wird, die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden.

2. Auch neutrale Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, da es angesichts des von der Britischen Regierung am 31. Januar angeordneten Missbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Seekrieges nicht immer vermieden werden kann, dass die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen.

3. Die Schiffahrt nördlich um die Shetlandsinseln in dem östlichen Gebiet der Nordsee und in einem Streifen von mindestens 30 Seemeilen Breite entlang der niederländischen Küste ist nicht gefährdet.

Berlin, den 4. Februar 1915.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.
von Pohl.

Zur Erläuterung der Bekanntmachung vom 4. Februar 1915 wurde den verbündeten, den neutralen und den feindlichen Mächten die nachstehende Denkschrift mitgeteilt:

Denkschrift der Kaiserlich Deutschen Regierung über Gegenmassnahmen gegen die völkerrechtswidrigen Massnahmen Englands zur Unterbindung des neutralen Seehandels mit Deutschland.

Seit Beginn des gegenwärtigen Krieges führt Grossbritannien gegen Deutschland den Handelskrieg in einer Weise, die allen völkerrechtlichen Grundsätzen Hohn spricht. Wohl hat die Britische Regierung in mehreren Verordnungen die Londoner Seekriegsrechtserklärung als für ihre Seestreitkräfte massgebend bezeichnet; in Wirklichkeit hat sie sich aber von dieser

Erklärung in den wesentlichsten Punkten losgesagt, obwohl ihre eigenen Bevollmächtigten auf der Londoner Seekriegsrechtskonferenz deren Beschlüsse als geltendes Völkerrecht anerkannt hatten. Die Britische Regierung hat eine Reihe von Gegenständen auf die Liste der Konterbande gesetzt, die nicht oder doch nur sehr mittelbar für kriegerische Zwecke verwendbar sind und daher nach der Londoner Erklärung wie nach allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts überhaupt nicht als Konterbande bezeichnet werden dürfen. Sie hat ferner den Unterschied zwischen absoluter und relativer Konterbande tatsächlich beseitigt, indem sie alle für Deutschland bestimmten Gegenstände relativer Konterbande ohne Rücksicht auf den Hafen, in dem sie ausgeladen werden sollen, und ohne Rücksicht auf ihre feindliche oder friedliche Verwendung der Wegnahme unterwirft. Sie scheut sich sogar nicht, die Pariser Seerechtsdeklaration zu verletzen, da ihre Seestreitkräfte von neutralen Schiffen deutsches Eigentum, das nicht Konterbande war, weggenommen haben. Über ihre eigenen Verordnungen zur Londoner Erklärung hinausgehend, hat sie weiter durch ihre Seestreitkräfte zahlreiche wehrfähige Deutsche von neutralen Schiffen wegführen lassen und sie zu Kriegsgefangenen gemacht. Endlich hat sie die ganze Nordsee zum Kriegsschauplatz erklärt und der neutralen Schiffahrt die Durchfahrt durch das offene Meer zwischen Schottland und Norwegen wenn nicht unmöglich gemacht, so doch aufs äusserste erschwert und gefährdet, so dass sie gewissermassen eine Blockade neutraler Küsten und neutraler Häfen gegen alles Völkerrecht eingeführt hat. Alle diese Massnahmen verfolgen offensichtlich den Zweck, durch die völkerrechtswidrige Lahmlegung des legitimen neutralen Handels nicht nur die Kriegführung, sondern auch die Volkswirtschaft Deutschlands zu treffen und letzten Endes auf dem Wege der Aushungerung das ganze deutsche Volk der Vernichtung preiszugeben.

Die neutralen Mächte haben sich den Massnahmen der Britischen Regierung im grossen und ganzen gefügt; insbesondere haben sie es nicht erreicht, dass die von ihren Schiffen völkerrechtswidrig weggenommenen deutschen Personen und Güter von der Britischen Regierung herausgegeben worden sind. Auch haben sie sich in gewisser Richtung sogar den mit der Freiheit der Meere unvereinbaren englischen Massnahmen angeschlossen, indem sie offenbar unter dem Druck Englands die für friedliche Zwecke bestimmte Durchfuhr nach Deutschland auch ihrerseits durch Ausfuhr- und Durchfuhrverbote verhindern. Vergebens hat die Deutsche Regierung die neutralen Mächte darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich die Frage vorlegen müsse, ob sie an den von ihr bisher streng beobachteten Bestimmungen der Londoner Erklärung noch länger festhalten könne, wenn Grossbritannien das von ihm eingeschlagene Verfahren fortsetzen und die neutralen Mächte alle diese Neutralitätsverletzungen zu ungunsten Deutschlands länger hinnehmen würden. Grossbritannien beruft sich für seine völkerrechtswidrigen Massnahmen auf die Lebensinteressen, die für das Britische Reich auf dem Spiele stehen, und die neutralen Mächte scheinen sich mit theoretischen Protesten abzufinden, also tatsächlich Lebensinteressen von Kriegführenden als hinreichende Entschuldigung für jede Art von Kriegführung gelten zu lassen.

Solche Lebensinteressen muss nunmehr auch Deutschland für sich anrufen. Es sieht sich daher zu seinem Bedauern zu militärischen Massnahmen gegen England gezwungen, die das englische Verfahren vergelten sollen. Wie England das Gebiet zwischen Schottland und Norwegen als Kriegsschauplatz bezeichnet hat, so bezeichnet Deutschland die Gewässer rings um Grossbritannien und Irland mit Einschluss des gesamten englischen Kanals als Kriegsschauplatz und wird mit allen ihm zu Gebote stehenden Kriegsmitteln der feindlichen Schiffahrt daselbst entgegentreten. Zu diesem Zwecke wird es vom 18. Februar 1915 an jedes feindliche Kauffahrteischiff, das sich auf den Kriegsschauplatz begibt, zu zerstören suchen, ohne dass es immer möglich sein wird, die dabei den Personen und Gütern drohenden Gefahren abzuwenden. Die Neutralen werden daher gewarnt, solchen Schiffen weiterhin Mannschaften, Passagiere und Waren anzuvertrauen. Sodann aber werden sie darauf aufmerksam gemacht, dass es sich auch für ihre eigenen Schiffe dringend empfiehlt, das Einlaufen in dieses Gebiet zu vermeiden. Denn wenn auch die deutschen Seestreitkräfte Anweisung haben, Gewalttätigkeiten gegen neutrale Schiffe, soweit sie als solche erkennbar sind, zu unterlassen, so kann es doch angesichts des von der britischen Regierung angeordneten Missbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Krieges nicht immer verhütet werden, dass auch sie einem auf feindliche Schiffe berechneten Angriff zum Opfer fallen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, dass die Schiffahrt nördlich um die Shetlandsinseln, in dem östlichen Gebiet der Nordsee und in einem Streifen von mindestens 30 Seemeilen Breite entlang der niederländischen Küste nicht gefährdet ist.

Die Deutsche Regierung kündigt diese Massnahme so rechtzeitig an, dass die feindlichen wie die neutralen Schiffe Zeit behalten, ihre Dispositionen wegen Anlaufens der am Kriegsschauplatze liegenden Häfen danach einzurichten. Sie darf erwarten, dass die neutralen Mächte die Lebensinteressen Deutschlands nicht weniger als die Englands berücksichtigen und dazu beitragen werden, ihre Angehörigen und deren Eigentum vom Kriegsschauplatze fernzuhalten. Dies darf um so mehr erwartet werden, als den neutralen Mächten auch daran liegen muss, den gegenwärtigen verheerenden Krieg so bald als möglich beendigt zu sehen.

Berlin, den 4. Februar 1915.

Berlin, den 23. Februar 1915.

Im Hinblick auf aufgetauchte Zweifel über die Ausdehnung der in der amtlichen Ankündigung vom 4. d. M. als Kriegsgebiet bezeichneten Gewässer um Grossbritannien nach Norden hin wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, dass die Orkney-Inseln (also auch der Hafen Kirkwall) und die Shetlandsinseln innerhalb des Kriegsgebiets liegen, dass dagegen die Durchfahrten auf beiden Seiten der Färöerinseln ungefährdet sind.

176.

GRANDE-BRETAGNE, FRANCE.

Déclaration conjointe annonçant des mesures de répressailles en réponse à la Déclaration allemande du 4 février 1915;*) notifiée aux Puissances neutres le 1er mars 1915.

Parliamentary Papers. Miscellaneous No. 6 (1915).

Germany has declared that the English Channel, the north and west coasts of France, and the waters round the British Isles are a „war area“ and has officially notified that „all enemy ships found in that area will be destroyed, and that neutral vessels may be exposed to danger. This is in effect a claim to torpedo at sight, without regard to the safety of the crew or passengers, any merchant vessel under any flag. As it is not in the power of the German Admiralty to maintain any surface craft in these waters, this attack can only be delivered by submarine agency. The law and custom of nations in regard to attacks on commerce have always presumed that the first duty of the captor of a merchant vessel is to bring it before a Prize Court, where it may be tried, where the regularity of the capture may be challenged, and where neutrals may recover their cargoes. The sinking of prizes is in itself a questionable act, to be resorted to only in extraordinary circumstances and after provision has been made for the safety of all the crew or passengers (if there are passengers on board). The responsibility for discriminating between neutral and enemy vessels, and between neutral and enemy cargo, obviously rests with the attacking ship, whose duty it is to verify the status and character of the vessel and cargo, and to preserve all papers before sinking or even capturing it. So also is the humane duty of providing for the safety of the crews of merchant vessels, wether neutral or enemy, an obligation upon every belligerent. It is upon this basis that all previous discussions of the law for regulating warfare at sea have proceeded.

A German submarine, however, fulfils none of these obligations. She enjoys no local command of the waters in which she operates. She does not take her captures within the jurisdiction of a Prize Court. She carries no prize crew which she can put on board a prize. She uses no effective means of discriminating between a neutral and an enemy vessel. She does not receive on board for safety the crew of the vessel she sinks. Her methods of warfare are therefore entirely outside the scope of any of the international instruments regulating operations against commerce in time of war. The German declaration substitutes indiscriminate destruction for regulated capture.

---

*) V. ci-dessus, No. 175.

Germany is adopting these methods against peaceful traders and non-combatant crews with the avowed object of preventing commodities of all kinds (including food for the civil population) from reaching or leaving the British Isles or Northern France. Her opponents are, therefore, driven to frame retaliatory measures in order in their turn to prevent commodities of any kind from reaching or leaving Germany. These measures will, however, be enforced by the British and French Governments without risk to neutral ships or to neutral or non-combatant life, and in strict observance of the dictates of humanity.

The British and French Governments will therefore hold themselves free to detain and take into port ships carrying goods of presumed enemy destination, ownership, or origin. It is not intended to confiscate such vessels or cargoes unless they would otherwise be liable to condemnation.

The treatment of vessels and cargoes which have sailed before this date will not be affected.

March 1, 1915.

177.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil édictant des restrictions nouvelles au commerce de l'Allemagne; du 11 mars 1915.

The London Gazette du 16 mars 1915.

At the Court at Buckingham Palace, the 11th day of March 1915.

Present,

The King's Most Excellent Majesty in Council.

Whereas the German Government has issued certain Orders*) which, in violation of the usages of war, purport to declare the waters surrounding the United Kingdom a military area, in which all British and allied merchant vessels will be destroyed irrespective of the safety of the lives of passengers and crew, and in which neutral shipping will be exposed to similar danger in view of the uncertainties of naval warfare;

And whereas in a memorandum accompanying the said Orders neutrals are warned against entrusting crews, passengers, or goods to British or allied ships;

And whereas such attempts on the part of the enemy give to His Majesty an unquestionable right of retaliation;

And whereas His Majesty has therefore decided to adopt further measures in order to prevent commodities of any kind from reaching or

*) V. ci-dessus, No. 175.

leaving Germany, though such measures will be enforced without risk to neutral ships or to neutral or non-combatant life, and in strict observance of the dictates of humanity;

And whereas the Allies of His Majesty are associated with Him in the steps now to be announced for restricting further the commerce of Germany;

His Majesty is therefore pleased, by and with the advice of His Privy Council, to order and it is hereby ordered as follows:

I. No merchant vessel which sailed from her port of departure after the 1st March, 1915, shall be allowed to proceed on her voyage to any German port.

Unless the vessel receives a pass enabling her to proceed to some neutral or allied port to be named in the pass, goods on board any such vessel must be discharged in a British port and placed in the custody of the Marshal of the Prize Court. Goods so discharged, not being contraband of war, shall, if not requisitioned for the use of His Majesty, be restored by order of the Court, upon such terms as the Court may in the circumstances deem to be just, to the person entitled thereto.

II. No merchant vessel which sailed from any German port after the 1st March, 1915, shall be allowed to proceed on her voyage with any goods on board laden at such port.

All goods laden at such port must be discharged in a British or allied port. Goods so discharged in a British port shall be placed in the custody of the Marshal of the Prize Court, and, if not requisitioned for the use of His Majesty, shall be detained or sold under the direction of the Prize Court. The proceeds of goods so sold shall be paid into Court and dealt with in such manner as the Court may in the circumstances deem to be just.

Provided that no proceeds of the sale of such goods shall be paid out of Court until the conclusion of peace, except on the application of the proper Officer of the Crown, unless it be shown that the goods had become neutral property before the issue of this Order.

Provided also, that nothing herein shall prevent the release of neutral property laden at such enemy port on the application of the proper Officer of the Crown.

III. Every merchant vessel which sailed from her port of departure after the 1st of March, 1915, on her way to a port other than a German port, carrying goods with an enemy destination, or which are enemy property, may be required to discharge such goods in a British or allied port. Any goods so discharged in a British port shall be placed in the custody of the Marshal of the Prize Court, and, unless they are contraband of war, shall, if not requisitioned for the use of His Majesty, be restored by order of the Court, upon such terms as the Court may in the circumstances deem to be just, to the person entitled thereto.

Provided, that this Article shall not apply in any case falling within Articles II. or IV. of this Order.

IV. Every merchant vessel which sailed from a port other than a German port after the 1st of March, 1915, having on board goods which are of enemy origin or are enemy property may be required to discharge such goods in a British or allied port. Goods so discharged in a British port shall be placed in the custody of the Marshal of the Prize Court, and, if not requisitioned for the use of His Majesty, shall be detained or sold under the direction of the Prize Court. The proceeds of goods so sold shall be paid into Court and dealt with in such manner as the Court may in the circumstances deem to be just.

Provided that no proceeds of sale of such goods shall be paid out of Court until the conclusion of peace except on the application of the proper Officer of the Crown, unless it be shown that the goods had become neutral property before the issue of this Order.

Provided also that nothing herein shall prevent the release of neutral property of enemy origin on the application of the proper Officer of the Crown.

V. (1) Any person claiming to be interested in, or to have any claim in respect of, any goods (not being contraband of war) placed in the custody of the Marshal of the Prize Court under this Order, or in the proceeds of such goods, may forthwith issue a writ in the Prize Court against the proper Officer of the Crown and apply for an order that the goods should be restored to him, or that their proceeds should be paid to him, or for such other order as the circumstances of the case may require.

(2) The practice and procedure of the Prize Court shall, so far as applicable, be followed *mutatis mutandis* in any proceedings consequential upon this Order.

VI. A merchant vessel which has cleared for a neutral port from a British or allied port, or which has been allowed to pass having an ostensible destination to a neutral port, and proceeds to an enemy port, shall, if captured on any subsequent voyage, be liable to condemnation.

VII. Nothing in this Order shall be deemed to affect the liability of any vessel or goods to capture or condemnation independently of this Order.

VIII. Nothing in this Order shall prevent the relaxation of the provisions of this Order in respect of the merchant vessels of any country which declares that no commerce intended for or originating in Germany or belonging to German subjects shall enjoy the protection of its flag.

Almeric FitzRoy.

178.

FRANCE.

Décret portant édiction des mesures prises à l'encontre des marchandises allemandes d'origine, de destination ou de propriété; du 13 mars 1915.

Journal officiel du 15 mars 1915.

Le Président de la République française;

Sur le rapport du ministre des affaires étrangères, du ministre des finances, du ministre de la guerre, du ministre de la marine;

Décrète:

Article 1er. Toutes marchandises appartenant à des sujets de l'Empire d'Allemagne, ou venant d'Allemagne, ou expédiées sur l'Allemagne, et ayant pris la mer postérieurement à la promulgation du présent décret seront arrêtées par les croiseurs de la République.

Le territoire occupé par les forces armées allemandes est assimilé au territoire allemand.

Art. 2. Seront considérés comme marchandises venant d'Allemagne tous articles et marchandises de marque ou de fabrication allemandes ou fabriqués en Allemagne, les produits du sol allemand, ainsi que tous les articles et marchandises de quelque nature que ce soit, dont le lieu d'expédition, directe ou par voie de transit, est en territoire allemand.

Toutefois, la présente disposition ne s'appliquera pas aux articles ou marchandises qu'un national d'un pays neutre justifiera avoir fait entrer de bonne foi en pays neutre avant la promulgation du présent décret, ou dont il justifiera avoir la propriété régulière et de bonne foi antérieurement à ladite promulgation.

Art. 3. Seront considérés comme marchandises expédiées sur l'Allemagne tous articles et marchandises, de quelque nature que ce soit, expédiés directement ou par voie de transit sur l'Allemagne ou sur un pays voisin de l'Allemagne, lorsque les documents qui accompagnent lesdits articles ou marchandises ne fournissent pas la preuve d'une destination finale et sincère en pays neutre.

Art. 4. Les navires neutres, à bord desquels seront trouvées les marchandises visées à l'article 1er, seront déroutés sur un port français ou allié. Lorsque le navire sera conduit dans un port français, les marchandises seront débarquées, s'il n'est statué autrement à leur égard, comme il est dit ci-après. Le navire sera ensuite laissé libre.

Les marchandises qui auront été reconnues appartenant à des sujets allemands seront mises sous séquestre ou vendues, pour le prix en être déposé à la Caisse des dépôts et consignations jusqu'à la signature de la paix, pour le compte de qui de droit.

Les marchandises appartenant à des neutres et venant d'Allemagne seront laissées à la disposition des propriétaires neutres pour être ren-

voyées à leur port de départ dans le délai qui sera fixé. Passé ce délai, lesdites marchandises seront sujettes à réquisition ou vendues pour le compte et aux frais et risques des propriétaires.

Les marchandises appartenant à des neutres et expédiées sur l'Allemagne seront laissées à la disposition des propriétaires neutres pour être soit renvoyées à leur port de départ, soit dirigées sur tel autre port français, allié ou neutre qui sera autorisé. Dans l'un et l'autre cas, un délai sera fixé passé lequel les marchandises seront sujettes à réquisition ou vendues pour le compte et aux frais et risques du propriétaire.

Art. 5. Exceptionnellement, sur la proposition du ministre des affaires étrangères et sur avis conforme du ministre de la guerre, le ministre de la marine pourra accorder des autorisations de passer, soit à une cargaison déterminée, soit à une certaine catégorie spéciale de marchandises à destination ou en provenance d'un pays neutre déterminé.

Toute marchandise venant d'Allemagne ne pourra bénéficier d'une autorisation de passer que si elle a été embarquée en port neutre après y avoir acquitté les droits de douane du pays neutre.

Art. 6. Le présent décret ne porte pas atteinte aux dispositions édictées au regard des marchandises déclarées contrebande de guerre absolue ou conditionnelle.

Art. 7. La question de savoir si la marchandise déroutée est une marchandise appartenant à des sujets allemands, ou venant d'Allemagne, ou expédiée sur l'Allemagne, est portée devant le Conseil des prises statuant comme il est dit ci-après.

Dans les deux jours de l'arrivée du navire dérouté, les papiers de bord et autres documents justifiant le déroutement sont envoyés par le service des prises du port, et sous le couvert du ministre de la marine au Commissaire du gouvernement près le Conseil des prises qui en saisit d'urgence le Président dudit Conseil.

Le Président convoque le Conseil qui statue sur pièces dans la huitaine de l'enregistrement du dossier au Conseil. Nonobstant ledit délai, il appartiendra toujours au Conseil d'ordonner les mesures d'instruction qui lui paraîtraient nécessaires et d'accorder, s'il y a lieu, aux parties qui le demanderaient les délais suffisants pour faire valoir leurs droits.

La décision du Conseil des prises est transmise au ministre de la marine chargé d'en assurer l'exécution.

Art. 8. Le ministre des affaires étrangères, le ministre des finances, le ministre de la guerre et le ministre de la marine seront chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

Fait à Paris, le 13 mars 1915.

R. Poincaré.

Par le Président de la République:

Le ministre des affaires étrangères, Delcassé.

Le ministre des finances, A. Ribot.

Le ministre de la guerre, A. Millerand.

Le ministre de la marine, Victor Augagneur.

179.

BELGIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, PORTUGAL, RUSSIE, SERBIE.

Protocole de clôture d'une Conférence en vue d'unifier l'action économique des Alliés durant la guerre; dressé à Paris, le 28 mars 1916.*)

Fauchille, La guerre de 1914. Recueil de documents intéressant le droit international. II, p. 108.

I.

Les représentants des gouvernements alliés, réunis à Paris les 27 et 28 mars 1916, affirment l'entière communauté de vues et la solidarité des Alliés.

Ils confirment toutes les mesures prises pour réaliser l'unité d'action sur l'unité de front.

Ils entendent, par là, à la fois l'unité d'action militaire assurée par l'entente conclue entre les Etats-majors, l'unité d'action économique dont la présente Conférence a réglé l'organisation, et l'unité d'action diplomatique que garantit leur inébranlable volonté de poursuivre la lutte jusqu'à la victoire de la cause commune.

II.

Les gouvernements alliés décident de mettre en pratique dans le domaine économique leur solidarité de vues et d'intérêts. Ils chargent la Conférence économique qui se tiendra prochainement à Paris de leur proposer les mesures propres à réaliser cette solidarité.

III.

En vue de renforcer, de coordonner et d'unifier l'action économique à exercer pour empêcher les ravitaillements de l'ennemi, la Conférence décide de constituer à Paris un Comité permanent dans lequel tous les Alliés seront représentés.

IV.

La Conférence décide:

1⁰. De poursuivre l'organisation entreprise à Londres d'un Bureau central international des affrètements;

2⁰. De procéder en commun et dans le plus bref délai à la recherche des moyens pratiques à employer pour répartir équitablement entre les nations alliées les charges résultant des transports maritimes et pour enrayer la hausse des frets.

---

*) Comp. ci-dessous, No. 180.

180.

BELGIQUE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, ITALIE, JAPON, PORTUGAL, RUSSIE, SERBIE.

Résolutions de la Conférence économique des Gouvernements alliés tenue à Paris; adoptées le 17 juin 1916.

Journal officiel de la République française du 21 juin 1916.

Les représentants des gouvernements alliés se sont réunis à Paris, sous la présidence de M. Clémentel, ministre du commerce, les 14, 15, 16 et 17 juin 1916, en vue de remplir le mandat que leur a donné la Conférence de Paris du 28 mars 1916*) de mettre en pratique leur solidarité de vues et d'intérêts et de proposer à leurs gouvernements respectifs les mesures propres à réaliser cette solidarité.

Ils constatent qu'après leur avoir opposé la lutte militaire, malgré tous leurs efforts pour écarter le conflit, les Empires du Centre de l'Europe préparent aujourd'hui, de concert avec leurs alliés, sur le terrain économique, une lutte qui, non seulement survivra au rétablissement de la paix, mais prendra, à ce moment-là, toute son ampleur et toute son intensité.

Ils ne peuvent, en conséquence, se dissimuler que les ententes qui se préparent à cet effet, entre leurs ennemis, ont pour but évident d'établir la domination de ceux-ci sur la production et les marchés du monde entier et d'imposer aux autres pays une hégémonie inacceptable.

En face d'un péril aussi grave, les représentants des gouvernements alliés considèrent qu'il est du devoir de ces derniers, dans un souci de défense nécessaire et légitime, de prendre et de réaliser, dès maintenant, toutes les mesures propres, d'une part, à assurer, pour eux comme pour l'ensemble des marchés des pays neutres, la pleine indépendance économique et le respect des saines pratiques commerciales et, d'autre part, à faciliter l'organisation du régime permanent de leur alliance économique.

A cet effet, les représentants des gouvernements alliés ont décidé de soumettre à l'approbation desdits gouvernements les résolutions suivantes:

A.

Mesures pour le temps de guerre.

I.

Les lois et règlements interdisant le commerce avec l'ennemi seront mis en concordance.

A cet effet:

A. Les Alliés interdiront à leurs nationaux et à toute personne résidant sur leurs territoires tout commerce avec: 1⁰ les habitants des pays ennemis,

---

*) V. ci-dessus No. 179.

quelle que soit leur nationalité; 2° les sujets ennemis, en quelque lieu que ces sujets résident; 3° les personnes, maisons de commerce et sociétés dont les affaires sont contrôlées en tout ou en partie par des sujets ennemis, ou soumises à l'influence de l'ennemi, et qui seront inscrites sur une liste spéciale.

B. Ils prohiberont l'entrée sur leur territoire de toutes marchandises originaires ou provenant des pays ennemis.

C. Ils rechercheront l'établissement d'un régime permettant la résiliation pure et simple des contrats souscrits avec des sujets ennemis et nuisibles à l'intérêt national.

II.

Les maisons de commerce possédées ou exploitées par des sujets ennemis sur les territoires des pays alliés seront toutes mises sous séquestre ou contrôle; des mesures seront prises à l'effet de liquider certaines de ces maisons, ainsi que les marchandises qui en dépendent, les sommes provenant de ces réalisations restant placées sous séquestre ou contrôle.

III.

En dehors des prohibitions d'exportation rendues nécessaires par la situation intérieure de chacun des Alliés, ceux-ci compléteront, tant dans les métropoles que dans les dominions, pays de protectorat et colonies, les mesures déjà prises contre le ravitaillement de l'ennemi:

1° En unifiant les listes de contrebande de guerre et de prohibition de sortie, et notamment en prohibant à l'exportation toutes les marchandises déclarées contrebande de guerre absolue ou conditionnelle;

2° En subordonnant l'octroi des autorisations d'exportation dans les pays neutres, d'où l'exportation vers les territoires ennemis pourrait être effectuée, soit à l'existence, dans ces pays, d'organismes de contrôle général agréés par les Alliés, soit, à défaut de ces organismes, à des garanties spéciales, telles que la limitation des quantités exportées, le contrôle des agents consulaires alliés, etc. . .

B.

Mesures transitoires pour la période de reconstitution commerciale, industrielle, agricole et maritime des pays alliés.

I.

Proclamant leur solidarité pour la restauration des pays victimes de destructions, de spoliations et de réquisitions abusives, les Alliés décident de rechercher en commun les moyens de faire restituer à ces pays, à titre privilégié, ou de les aider à reconstituer leurs matières premières, leur outillage industriel et agricole, leur cheptel et leur flotte marchande.

II.

Constatant que la guerre a mis fin à tous les traités de commerce qui les liaient aux puissances ennemies et considérant qu'il est d'un intérêt essentiel que, pendant la période de reconstitution économique qui suivra la cessation des hostilités, la liberté d'aucun des Alliés ne soit gênée par

la prétention que pourraient émettre les puissances ennemies de réclamer le traitement de la nation la plus favorisée, les Alliés conviennent que le bénéfice de ce traitement ne pourra être accordé à ces puissances pendant un nombre d'années qui sera déterminé par voie d'entente entre eux.

Les Alliés s'engagent à s'assurer mutuellement, pendant ce nombre d'années, et dans toute la mesure possible, des débouchés compensateurs, pour le cas où des conséquences désavantageuses pour leur commerce résulteraient de l'application de l'engagement prévu au paragraphe précédent.

III.

Les Alliés se déclarent d'accord pour conserver pour les pays alliés avant tous autres leurs ressources naturelles pendant toute la période de restauration commerciale, industrielle, agricole et maritime, et à cet effet ils s'engagent à établir des arrangements spéciaux qui faciliteraient l'échange de ces ressources.

IV.

Afin de défendre leur commerce, leur industrie, leur agriculture et leur navigation contre une agression économique résultant du „dumping" ou de tout autre procédé de concurrence déloyale, les Alliés décident de s'entendre pour fixer une période de temps pendant laquelle le commerce des puissances ennemies sera soumis à des règles particulières, et les marchandises originaires de ces puissances seront assujetties ou à des prohibitions ou à un régime spécial qui soit efficace.

Les Alliés se mettront d'accord par voie diplomatique sur les règlements spéciaux à imposer pendant la période ci-dessus indiquée aux navires des puissances ennemies.

V.

Les Alliés rechercheront les mesures, communes ou particulières, à prendre pour empêcher l'exercice sur leurs territoires par les sujets ennemis de certaines industries ou professions intéressant la défense nationale ou l'indépendance économique.

C.

Mesures permanentes d'entr'aide et de collaboration entre les Alliés.

I.

Les Alliés décident de prendre sans délai les mesures nécessaires pour s'affranchir de toute dépendance des pays ennemis relativement aux matières premières et objets fabriqués essentiels pour le développement normal de leur activité économique.

Ces mesures devront tendre à assurer l'indépendance des Alliés, non seulement en ce qui concerne les sources d'approvisionnement, mais aussi en ce qui touche à l'organisation financière, commerciale et maritime.

Pour l'exécution de cette résolution, les Alliés adopteront les moyens leur paraissant le mieux appropriés selon la nature des marchandises et suivant les principes qui régissent leur politique économique.

Ils pourront notamment recourir soit à des entreprises subventionnées, dirigées ou contrôlées par les gouvernements eux-mêmes; soit à des avances pour encourager les recherches scientifiques et techniques, le développement des industries et des ressources nationales; soit à des droits de douane ou à des prohibitions à titre temporaire ou permanent; soit enfin à une combinaison de ces divers moyens.

Quels que soient les moyens adoptés, le but poursuivi par les Alliés est d'accroître assez largement la production sur l'ensemble de leurs territoires, pour qu'ils soient à même de maintenir et de développer leur situation et leur indépendance économiques au regard des puissances ennemies.

II.

Afin de leur permettre d'écouler réciproquement leurs produits, les Alliés s'engagent à prendre les mesures destinées à faciliter leurs échanges tant par l'établissement de services directs, rapides et à tarifs réduits de transports terrestres et maritimes, que par le développement et l'amélioration des communications postales, télégraphiques ou autres.

III.

Les Alliés s'engagent à réunir des délégués techniques pour préparer les mesures propres à unifier le plus possible leurs législations concernant les brevets d'invention, les indications d'origine, les marques de fabrique ou de commerce.

Les Alliés adopteront à l'égard des inventions, des marques de fabrique et de commerce des œuvres littéraires et artistiques, créées durant la guerre en pays ennemis, un régime autant que possible identique et applicable dès la cessation des hostilités.

Ce régime sera élaboré par les délégués techniques des Alliés.

D.

Les représentants des gouvernements alliés;

Constatant que, pour leur commune défense contre l'ennemi, les puissances alliées sont d'accord pour adopter une même politique économique, dans les conditions définies par les résolutions qu'ils ont arrêtées;

Et reconnaissant que l'efficacité de cette politique dépend d'une façon absolue de la mise en œuvre immédiate de ces résolutions,

S'engagent à recommander à leurs gouvernements respectifs de prendre sans retard toutes les mesures propres à faire produire immédiatement à cette politique son plein et entier effet, et de se communiquer entre eux les décisions intervenues pour atteindre ce but.

Paris, 17 juin 1916.

Ont signé ces résolutions:

Pour la France:

M. E. Clémentel, ministre du commerce et de l'industrie;
M. G. Doumergue, ministre des colonies;

M. M. Sembat, ministre des travaux publics;
M. A. Métin, ministre du travail et de la prévoyance sociale;
M. J. Thierry, sous-secrétaire d'Etat de la guerre (service de l'intendance);
M. L. Nail, sous-secrétaire d'Etat de la marine (marine marchande);
M. J. Cambon, ambassadeur de France, secrétaire général du ministère des affaires étrangères;
M. A. Massé, secrétaire général du ministère de l'agriculture;
M. J. Branet, directeur général des douanes;
M. P. de Margerie, ministre plénipotentiaire, directeur des affaires politiques et commerciales au ministère des affaires étrangères.

Pour la Belgique:

M. de Broqueville, Président du Conseil, ministre de la guerre;
M. le Baron Beyens, ministre des affaires étrangères;
M. de Van de Vyvere, ministre des finances;
M. le Comte Goblet d'Alviella, membre du Conseil des ministres.

Pour la Grande-Bretagne:

M. le Marquis de Crewe, lord Président du Conseil privé;
M. A. Bonar Law, ministre des colonies;
M. W.-M. Hughes, premier ministre d'Australie;
Sir George Foster, ministre du commerce du Canada.

Pour l'Italie:

S. E. M. Tittoni, ambassadeur d'Italie à Paris;
M. Daneo, ministre des finances.

Pour le Japon:

M. le Baron Sakatani, ancien ministre des finances.

Pour le Portugal:

M. le Dr. Alfonso Costa, ministre des finances;
M. le Dr. Augusto Soares, ministre des affaires étrangères.

Pour la Russie:

M. Pokrowsky, contrôleur de l'Empire, Conseiller privé;
M. Prilejaieff, adjoint au ministre du commerce et de l'industrie, Conseiller privé.

Pour la Serbie:

M. Marinkovitch, ministre du commerce.

181.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil additionnel à l'Ordre en conseil du 11 mars 1915;*) du 10 janvier 1917.

The London Gazette du 12 janvier 1917.

At the Court at Buckingham Palace, the 10th day of January, 1917.

Present,

The King's Most Excellent Majesty in Council.

Whereas, on the 11th day of March, 1915, an Order was issued by His Majesty in Council directing that all ships which sailed from their ports of departure after the 1st day of March, 1915, might be required to discharge in a British or Allied port goods which were of enemy origin or of enemy destination or which were enemy property:

And whereas such Order in Council was consequent upon certain Orders issued by the German Government purporting to declare, in violation of the usages of war, the waters surrounding the United Kingdom a military area, in which all British and Allied merchant vessels would be destroyed, irrespective of the lives of passengers and crew, and in which neutral shipping would be exposed to similar danger, in view of the uncertainties of naval warfare:

And whereas the sinking of British, Allied, and neutral merchant ships, irrespective of the lives of passengers and crews, and in violation of the usages of war, has not been confined to the waters surrounding the United Kingdom, but has taken place in a large portion of the area of naval operations:

And whereas such illegal acts have been committed not only by German warships but by warships flying the flag of each of the enemy countries:

And whereas on account of the extension of the scope of the illegal operations carried out under the said German Orders, and in retaliation therefor, vessels have been required under the provisions of the Order in Council aforementioned to discharge in a British or Allied port goods which were of enemy origin or of enemy destination or which were enemy property, irrespective of the enemy country from or to which such goods were going or of the enemy country in which was domiciled the person whose property they were:

And whereas doubts have arisen as to whether the term „enemy“ in articles 3 and 4 of the said Order in Council includes enemy countries other than Germany:

---

*) V. ci-dessus, No. 177.

Now, therefore, His Majesty is pleased, by and with the advice of His Privy Council, to order, and it is hereby ordered, as follows:

1. In articles 3 and 4 of the said Order in Council of the 11th March, 1915, aforementioned, the terms „enemy destination" and „enemy origin" shall be deemed to apply and shall apply to goods destined for or originating in any enemy country, and the term „enemy property" shall be deemed to apply and shall apply to goods belonging to any person domiciled in any enemy country.

2. Effect shall be given to this Order in the application of the said Order in Council of the 11th March, 1915, to goods which previous to the date of this Order have been discharged at a British or Allied port, being goods of destination or origin or property which was enemy though not German, and all such goods shall be detained and dealt with in all respects as is provided in the said Order in Council of the 11th March, 1915.

J. C. Ledlie.

182.

ALLEMAGNE.

Memorandum concernant l'interdiction de la navigation dans certaines zones de la mer du Nord, de la Manche, de l'Océan Atlantique et de la Méditerranée; adressé aux Puissances neutrales le 31 janvier 1917, suivi de plusieurs Notifications.*)

Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1917, No. 31, 83, 343.

Denkschrift.

Vom 1. Februar 1917 ab wird in den nachstehend bezeichneten Sperrgebieten um Grossbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden. Solche Sperrgebiete sind:

a) im Norden ein Gebiet um England und Frankreich, das begrenzt wird durch eine Linie in 20 (zwanzig) Seemeilen Abstand längs der holländischen Küste bis Terschelling-Feuerschiff, den Längengrad von Terschelling-Feuerschiff bis Utsire, eine Linie von dort über den Punkt 62 Grad Nord 0 (null) Grad Länge nach 62 Grad Nord 5 Grad West, weiter zu einem Punkt 3 (drei) Seemeilen südlich der Südspitze der Faröer, von dort über Punkt 62 Grad Nord, 10 Grad West nach 61 Grad Nord 15 Grad West, dann 57 Grad Nord 20 Grad West bis 47 Grad Nord 20 Grad West weiter nach 43 Grad Nord 15 Grad West, dann auf dem Breiten-

---

*) Une Notification ultérieure, du 8 janvier 1918, sera reproduite dans l'Annexe du Tome X.

grad 43 Grad Nord entlang bis 20 Seemeilen von Cap Finisterre und in 20 Seemeilen Abstand entlang der spanischen Nordküste bis zur französischen Grenze.

b) im Süden das Mittelmeer. Der neutralen Schiffahrt bleibt offen das Seegebiet westlich der Linie Pt. de l'Espiquette bis zu 38 Grad 20 Minuten Nord und 6 Grad Ost, sowie nördlich und westlich eines 60 Seemeilen breiten Streifens längs der nordafrikanischen Küste beginnend auf 2 Grad Westlänge.

Zur Verbindung dieses Seegebiets mit Griechenland führt ein 20 Seemeilen breiter Streifen nördlich bezw. östlich folgender Linie: 38 Grad Nord und 6 Grad Ost nach 38 Grad Nord und 10 Grad Ost nach 37 Grad Nord und 11 Grad 30 Minuten Ost nach 34 Grad Nord und 11 Grad 30 Minuten Ost nach 34 Grad Nord und 22 Grad 30 Minuten Ost.

Von hier führt ein zwanzig Seemeilen breiter Streifen westlich 22 Grad 30 Minuten Ostlänge in die griechischen Hoheitsgewässer.

Neutrale Schiffe, die die Sperrgebiete befahren, tun dies auf eigene Gefahr. Wenn auch Vorsorge getroffen ist, dass neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach Häfen der Sperrgebiete sind, während einer angemessenen Frist geschont werden, so ist doch dringend anzuraten, dass sie mit allen verfügbaren Mitteln gewarnt und umgeleitet werden.

Neutrale Schiffe, die in Häfen der Sperrgebiete liegen, können mit gleicher Sicherheit die Sperrgebiete noch verlassen, wenn sie vor dem 5. Februar auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen.

Der Verkehr der regelmässigen amerikanischen Passagierdampfer kann unbehelligt weitergehen, wenn

a) Falmouth als Zielhafen genommen wird,

b) auf dem Hin- und Rückwege die Scillys sowie ein Punkt 50 Grad Nord, 20 Grad West angesteuert wird. Auf diesem Wege werden keine deutschen Minen gelegt werden,

c) die Dampfer folgende besondere in den amerikanischen Häfen ihnen allein gestattete Abzeichen führen: Anstrich des Schiffsrumpfes und der Aufbauten 3 Meter breite Vertikalstreifen abwechselnd weiss und rot. In jedem Mast eine grosse weiss- und rotkarierte Flagge, am Heck amerikanische Nationalflagge. Bei Dunkelheit müssen Nationalflagge und Anstrich der Schiffe nach Möglichkeit von weitem gut erkennbar und die Schiffe durchweg hell erleuchtet sein,

d) ein Dampfer wöchentlich in jeder Richtung geht, dessen Ankunft in Falmouth Sonntags, Abfahrt aus Falmouth Mittwochs erfolgt,

e) Garantie der amerikanischen Regierung gegeben wird, dass diese Dampfer keine Bannware (nach deutschen Bannwarenlisten) mit sich führen.

Karten, in welchen die Sperrgebiete eingezeichnet sind, sind in je zwei Exemplaren beigefügt.

Den Regierungen der anderen neutralen Staaten sind entsprechende Noten übermittelt worden.

Berlin, 24. März 1917.

Den fremden Regierungen ist mitgeteilt worden, dass künftig in dem Gebiet des nördlichen Eismeeres östlich des 24. Grad östlicher Länge und südlich des 75. Grad nördlicher Breite mit Ausnahme der norwegischen Hoheitsgewässer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten wird. Neutrale Schiffe, die dieses Gebiet befahren, tun dies auf eigene Gefahr; jedoch ist Vorsorge getroffen, dass neutrale Schiffe, die schon auf der Fahrt nach Häfen dieses Speergebietes sind oder solche Häfen verlassen wollen, bis zum 5. April nicht ohne besondere Warnung angegriffen werden.

Den Regierungen der verbündeten, neutralen und feindlichen Staaten ist folgende Mitteilung zugestellt worden:

I. In Ergänzung der Sperrgebietserklärung vom 31. Januar 1917 wird vom 22. November 1917 ab das Sperrgebiet innerhalb der nachstehend angegebenen Grenzen erweitert:

1. Sperrgebiete um England: Die Grenze des Sperrgebiets um England und Frankreich verläuft vom Endpunkte der belgisch-holländischen Landgrenze über den Punkt

	51° 35′ N	2° 57′ O
nach	52° 2′ N	3° 52′ O
„	52° 28′ N	4° 22′ O
„	52° 40′ N	4° 25′ O
„	52° 40′ N	3° 40′ O
„	54° 45′ N	3° 40′ O
„	55° 10′ N	4° 0′ O
„	56° 0′ N	4° 0′ O
„	56° 0′ N	4° 50′ O

weiter von dort auf dem Längengrade 4° 50′ O entlang bis zu einem Punkte in 10 sm Abstand von Utsire Leuchtturm ab, dann auf einem Kreise in 10 sm Abstand westlich um den genannten Leuchtturm herum bis zum Schnittpunkte der Verbindungslinie Utsire Leuchtturm mit dem Punkte

62° 0′ N 0° 0′ O Länge

von diesem Schnittpunkte über die Punkte

	62° 0′ N	0° 0′ O Länge
und	62° 0′ N	5° 0′ W

zu einem Punkt 3 sm südlich der Südspitze der Faröer, von dort über

	62° 0′ N	10° 0′ W
nach	61° 0′ N	15° 0′ W
„	57° 0′ N	30° 0′ W
„	47° 0′ N	30° 0′ W
„	43° 0′ N	15° 0′ W

dann auf dem Breitengrade 43° N entlang bis zu einem Punkt in 20 sm Abstand von der spanischen Küste und in 20 sm Abstand entlang der spanischen Nordküste bis zur französisch-spanischen Grenze.

2. Neues Sperrgebiet um den feindlichen Stützpunkt auf den Azoren:

Die Grenze verläuft über folgende Punkte:

Von	39° 0′ N	17° 0′ W
nach	44° 0′ N	27° 45′ W
„	44° 0′ N	34° 0′ W
„	42° 30′ N	37° 0′ W
„	37° 0′ N	37° 0′ W
„	30° 0′ N	26° 0′ W
„	34° 0′ N	20° 0′ W

nach dem Anfangspunkt zurück.

3. Sperrgebiet im Mittelmeer: Der im Mittelmeer bisher frei gelassene Kanal wird in das Sperrgebiet eingeschlossen.

II. Sicherheit gegen Anwendung des für das Sperrgebiet angeordneten militärischen Verfahrens in den nachfolgend näher bezeichneten bisher zum Sperrgebiet gehörenden Gebietsteilen kann erst vom 1. Januar 1918 ab gewährleistet werden:

1. Gebiet zwischen:

Punkt	52° 40′ N	4° 0′ O
„	52° 40′ N	3° 40′ O
„	54° 45′ N	3° 40′ O
„	55° 10′ N	4° 0′ O

2. Gebiet zwischen: Dem Endpunkt der belgisch-holländischen Landgrenze,

Punkt 51° 35′ N 2° 57′ O

und dem Schnittpunkt der Verbindungslinie zwischen dem zuletzt genannten Punkte und dem

Punkt 52° 2′ N 3° 52′ O

mit der bisher gültigen östlichen Sperrgebietsgrenze vor der holländischen Küste.

III. Neutrale Schiffe und Schiffe der belgischen Unterstützungskommission, die zur Zeit der Veröffentlichung dieser Erklärung in Häfen innerhalb des neuen Sperrgebietsteiles um die Azoren und in griechischen Häfen liegen, können diese Gebiete noch verlassen, ohne dass das für das Sperrgebiet angeordnete militärische Verfahren Anwendung findet, wenn sie bis 29. November auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen.

Es ist Vorsorge getroffen, dass gegen neutrale Schiffe und Schiffe der belgischen Unterstützungskommission innerhalb völlig ausreichender Schonfristen das für das Sperrgebiet angeordnete militärische Verfahren keine Anwendung findet, wenn sie in die neuerklärten Sperrgebietsteile geraten,

ohne dass sie Kenntnis der vorliegenden Erweiterungen haben oder haben erhalten können.

Es wird dringend geraten, die neutrale Schiffahrt mit allen verfügbaren Mitteln zu warnen und umzuleiten.

Berlin, den 22. November 1917.

Denkschrift.

Die Vergewaltigungen der Neutralen Europas durch unsere Feinde haben sich in verschärfter Form fortgesetzt.

Nicht genug damit, dass die feindlichen Regierungen seit einiger Zeit neutrale Schiffe, deren sie in ihren Häfen oder auf hoher See habhaft werden konnten, weggenommen haben, um die durch die Tätigkeit unserer U-Boote bedrohlich gelichteten Bestände ihrer Handelsflotten aufzufüllen und um ihre eigene Flagge zu entlasten, versuchen sie jetzt durch Anwendung zahlreicher Druckmittel, besonders aber durch Verschärfung der Hungerblockade gegen die neutralen Länder. den vor ihrem gewaltsamen Zugriff bisher in die eigenen schützenden Häfen geretteten und dort aufgelegten neutralen Schiffsraum herauszupressen und in ihre Dienste zu zwingen.

Unser Handelskrieg auf dem Meere richtet sich gegen die Zufuhren über See nach feindlichen Ländern und damit gegen den feindlichen und im feindlichen Interesse fahrenden Schiffsraum. Da dieser Schiffsraum durch Gewaltmassregeln ergänzt wird, so sieht sich die Deutsche Regierung im Kampfe gegen die rücksichtslose, über alle Rechte, besonders die der kleineren Nationen hinwegschreitende Gewaltherrschaft Englands genötigt, das Operationsfeld ihrer Unterseeboote zu vergrössern. Die Erweiterung erstreckt sich in der Hauptsache auf eine Ausdehnung des um England gelegten Sperrgebietsgürtels nach Westen, um den für England zunehmend wichtiger werdenden Verkehr aus dieser Richtung zu treffen, und auf ein neues Sperrgebiet um die Azoren, die zu einem wirtschaftlich und militärisch wichtigen feindlichen Stützpunkt des atlantischen Seeverkehrs geworden sind; ausserdem auf die Schliessung des bisher im Mittelmeer frei gelassenen Kanals nach Griechenland, da dieser von der venizelistischen Regierung nicht sowohl zur Versorgung der griechischen Bevölkerung mit Lebensmitteln als vielmehr zur Beförderung von Waffen und Munition verwandt worden ist.

183.

GRANDE-BRETAGNE.

Ordre en conseil additionnel à l'Ordre en conseil du 11 mars 1915;*) du 16 février 1917.

The London Gazette du 23 février 1917.

At the Court at Buckingham Palace, the 16th day of February, 1917.

Present,

The King's Most Excellent Majesty in Council.

Whereas by an Order in Council dated the 11th day of March, 1915, His Majesty was pleased to direct certain measures to be taken against the commerce of the enemy:

And whereas the German Government has now issued a memorandum declaring that from the 1st February, 1917, all sea traffic will be prevented in certain zones therein described adjacent to Great Britain and France and Italy, and that neutral ships will navigate the said zones at their own risk:**)

And whereas similar directions have been given by other enemy Powers:

And whereas the orders embodied in the said memorandum are in flagrant contradiction with the rules of international law, the dictates of humanity, and the treaty obligations of the enemy:

And whereas such proceedings on the part of the enemy render it necessary for His Majesty to adopt further measures in order to maintain the efficiency of those previously taken to prevent commodities of any kind from reaching or leaving the enemy countries, and for this purpose to subject to capture and condemnation vessels carrying goods with an enemy destination or of enemy origin unless they afford unto the forces of His Majesty and His Allies ample opportunities of examining their cargoes, and also to subject such goods to condemnation:

His Majesty is therefore pleased, by and with the advice of His Privy Council, to order, and it is hereby ordered, that the following directions shall be observed in respect of all vessels which sail from their port of departure after the date of this Order:

1. A vessel which is encountered at sea on her way to or from a port in any neutral country affording means to access to the enemy territory without calling at a port in British or Allied territory shall, until the contrary is established, be deemed to be carrying goods with an enemy destination, or of enemy origin, and shall be brought in for examination, and, if necessary, for adjudication before the Prize Court.

2. Any vessel carrying goods with an enemy destination, or of enemy origin, shall be liable to capture and condemnation in respect of the

---

*) V. ci-dessus, No. 177. **) V. ci-dessus, No. 182.

carriage of such goods; provided that, in the case of any vessel which calls at an appointed British or Allied port for the examination of her cargo, no sentence of condemnation shall be pronounced in respect only of the carriage of goods of enemy origin or destination, and no such presumption as is laid down in Article 1 shall arise.

3. Goods which are found on the examination of any vessel to be goods of enemy origin or of enemy destination shall be liable to condemnation.

4. Nothing in this Order shall be deemed to affect the liability of any vessel or goods to capture or condemnation independently of this Order.

5. This Order is supplemental to the Orders in Council of the 11th day of March, 1915, and the 10th day of January, 1917,*) for restricting the commerce of the enemy.

Almeric FitzRoy.

184.

PORTUGAL, GRANDE-BRETAGNE.

Arrangement concernant le règlement, par voie d'arbitrage, des conflits entre les deux pays; signé à Londres, le 16 novembre 1914.

Diario do Governo du 8 septembre 1915.

O Govêrno da República Portuguesa e o Govêrno de Sua Majestade Britânica, signatários da Convenção para a solução pacífica dos conflitos internacionais celebrada na Haia aos 29 de Julho de 1899;**)

Considerando que, pelo artigo 19.⁰ da mesma Convenção, as Altas Partes Contratantes reservaram a faculdade de celebrar entre si acordos no intuito de se submeterem a juízo de árbitros todas as questões que julgarem possível submeter a tal juízo;

Desejando confirmar em mais um pacto solene a amizade e aliança desde longas eras felizmente existente entre êles e as duas nações por êles repre-

The Government of the Portuguese Republic, and the Government of His Britannic Majesty, signatories of the Convention for the pacific settlement of international disputes, concluded at The Hague on the 29th July, 1899;**)

Taking into consideration that by Article 19.⁰ of that Convention the High Contracting Parties have reserved to themselves the right of concluding Agreements, with a view to referring to arbitration all questions which they shall consider possible to submit to such treatment;

Being moreover desirous of confirming, by a further solemn Agreement, the friendship and alliance which have happily subsisted for so

---

*) V. ci-dessus, No. 181.

**) V. N. R. G. 2. s. XXVI, p. 920.

sentadas, e desviar quanto possível de suas mútuas relações tudo que possa concorrer a entibiar ou enfraquecer tal amizade e aliança;

Autorizaram os abaixo assinados a firmar o seguinte acôrdo:

Artigo 1.º

Todas as divergências de índole jurídica ou relativas à interpretação de tratados existentes entre as duas Partes Contratantes que venham de futuro a produzir-se, e que não haja sido possível resolver por meios diplomáticos, serão sujeitas ao Tribunal Permanente de Arbitragem, criado na Haia pela convenção de 29 de Julho de 1899, contanto que não entendam com os vitais interêsses, a honra ou a independência dos dois Estados Contratantes, ou os interêsses de terceira Potência.

Artigo 2.º

Para cada caso particular e antes de recorrerem ao mencionado Tribunal, convirão as Altas Partes Contratantes num compromisso especial em que se exprima claramente o assunto em litígio, o alcance das faculdades atribuídas aos árbitros e se estipulem as disposições que hajam de observar-se quanto à constituição do tribunal e às formas de processo usadas nele.

Artigo 3.º

O presente acôrdo ficará em vigor por espaço de cinco anos, contados do dia da sua assinatura.

Feito em duplicado, em Londres, aos 16 dias do mês de Novembro de 1914.

long a period between them and the two nations which they represent, and of eliminating, as far as possible, from their mutual relations everything which might tend to impair or weaken that friendship and alliance;

Have authorized the undersigned to conclude the following arrangement:

Article I.

Differences which may arise of a legal nature, or relating to the interpretation of Treaties existing between the two Contracting Parties, and which it may not have been possible to settle by diplomacy, shall be referred to the Permanent Court of Arbitration established at The Hague by the Convention of the 29th July, 1899, provided, nevertheless, that they do not affect the vital interests, the independence, or the honour of the two Contracting States, and do not concern the interests of third Parties.

Article II.

In each individual case the High Contracting Parties, before appealing to the Permanent Court of Arbitration, shall conclude a special Agreement defining clearly the matter in dispute, the scope of the powers of the Arbitrators, and the periods to be fixed for the formation of the Arbitral Tribunal and the several stages of the procedure.

Article III.

The present Agreement is concluded for a period of five years, dating from the day of signature.

Done in duplicate, at London, the 16th day of November, 1914.

(L. S.) *M. Teixeira Gomes.*
(L. S.) *E. Grey.*

185.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, FRANCE.

Arrangement en vue de prolonger la durée de la Convention d'arbitrage, conclue le 10 février 1908*) et prolongée le 13 février 1913;**) signé à Washington, le 27 février 1918.***)

Treaty Series, No. 631.

Agreement
extending the duration of the Arbitration Convention of February 10, 1908, between the United States and the French Republic.

The Government of the United States of America and the Government of the French Republic, desiring to extend for another five years the period during which the arbitration convention concluded between them on February 10, 1908, and extended by the agreement concluded between the two Governments on February 13, 1913, shall remain in force, have authorized the undersigned, to wit: Robert Lansing, Secretary of State of the United States, and J. J. Jusserand, Ambassador of the French Republic to the United States, to conclude the following agreement:

Article I.

The Convention of Arbitration of February 10, 1908, between the Government of the United States of America and the Government of the French Republic, the duration of which by Article III thereof was fixed at a period of five years from the date of the exchange of ratifications, which period, by the agreement of Febru-

Arrangement
prolongeant la durée de la Convention d'Arbitrage du 10 février 1908, entre les Etats-Unis et la République Française.

Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique et le Gouvernement de la République Française, désireux de prolonger de nouveau, pour cinq ans, la période durant laquelle la Convention d'arbitrage, conclue entre eux le 10 février 1908 et prolongée par arrangement conclu entre les deux Gouvernements le 13 février 1913, doit demeurer en vigueur, ont autorisé les soussignés, savoir Robert Lansing, Secrétaire d'Etat des Etats-Unis, et J. J. Jusserand, Ambassadeur de la République Française aux Etats-Unis, à conclure l'arrangement ci-après:

Article I.

La Convention d'arbitrage du 10 février 1908, entre le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique et le Gouvernement de la République Française, dont la durée, aux termes de son Article III, avait été fixée à cinq années à partir de la date de ratification, période qui, par l'arrangement du 13 février 1913 entre les deux Gou-

---

*) V. N. R. G. 3. s. I, p. 925. **) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 349.
***) Les ratifications ont été échangées à Washington, le 15 mai 1918.

ary 13, 1913, between the two Governments was extended for five years from February 27, 1913, is hereby extended and continued in force for the further period of five years from February 27, 1918.

Article II.

The present agreement shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof, and by the President of the French Republic, in accordance with the Constitutional laws of France, and it shall become effective upon the date of the exchange of ratifications, which shall take place at Washington as soon as possible.

Done in duplicate in the English and French languages at Washington, this 27th day of February, one thousand nine hundred and eighteen.

vernements, fut prolongée de cinq années à partir du 27 du même mois, est renouvelée et maintenue en vigueur pour une nouvelle période de cinq ans. à partir du 27 février 1918.

Article II.

Le présent arrangement sera ratifié par le Président des Etats-Unis d'Amérique, sur l'avis et avec le consentement du Sénat des Etats-Unis, et par le Président de la République Française, conformément aux lois constitutionnelles de la France, et il deviendra définitif dès l'échange des ratifications auquel il sera procédé à Washington aussitôt que faire se pourra.

Fait double, en langues anglaise et française, à Washington, le 27 février, mil neuf cent dix huit.

[seal.] *Robert Lansing.*
[seal.] *Jusserand.*

186.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, NORVÈGE.

Arrangement en vue de renouveler la Convention d'arbitrage du 4 avril 1908,*) prolongée le 16 juin 1913;**) signé à Washington, le 30 mars 1918.***)

Treaty Series, No. 632.

The Government of the United States of America and the Government of the Kingdom of Norway, being desirous of continuing for

Amerikas Forenede Staters Regjering og Kongeriket Norges Regjering, som ønsker at bibeholde for et nyt tidsrum av fem aar den Vold-

*) V. N. R. G. 3. s. II, p. 718. **) V. N. R. G. 3. s. VIII, p. 707.
***) Les ratifications ont été échangées à Washington, le 1er juillet 1918.

another period of five years the Arbitration Convention concluded between them on April 4, 1908, which by the terms of the Agreement signed between them on June 16, 1913, will expire on June 24, 1918, have authorized the undersigned, to wit: Robert Lansing, Secretary of State of the United States, and H. H. Bryn, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Norway to the United States, to conclude the following Agreement:

Article I.

The Convention of Arbitration of April 4, 1908, between the Government of the United States of America and the Government of the Kingdom of Norway, which by the terms of the Agreement signed between them on June 16, 1913, will terminate on June 24, 1918, is hereby extended and continued in force for a further period of five years from June 24, 1918.

Article II.

The present Agreement shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and by His Majesty the King of Norway, and it shall become effective upon the date of the exchange of ratifications, which shall take place at Washington as soon as possible.

Done in duplicate in the English and Norwegian languages, at Washington this 30th day of March one thousand nine hundred and eighteen.

gifts Konvention, som blev avsluttet mellem dem den 4de april 1908, hvilken i henhold til den Avtale som blev undertegnet mellem dem den 16de juni 1913, vil utløpe den 24de juni 1918, har bemyndiget undertegnede nemlig: Robert Lansing, de Forenede Staters statssekretaer, og H. H. Bryn, Norges overordentlige utsending og befuldmaegtigede minister i de Forenede Stater, til at avslutte følgende Avtale:

Artikel I.

Voldgifts Konventionen av 4de april 1908 mellem Amerikas Forenede Staters Regjering og Kongeriket Norges Regjering, hvilken i henhold til den Avtale som blev undertegnet mellem dem den 16de juni 1913, vil utløpe den 24de juni 1918, forlaenges herved og forblir i kraft for et yderligere tidsrum av fem aar fra 24de juni 1918.

Artikel II.

Naervaerende Avtale skal ratificeres av Praesidenten for Amerikas Forenede Stater med raad og samtykke av Staternes Senat; og av Hans Majestaet Kongen av Norge, og den skal traede i kraft den dag, som ratifikationernes utveksling sker, hvilken skal finde sted i Washington saa snart som mulig.

Utfaerdiget i to eksemplarer paa engelsk og norsk i Washington, den 30 marts 1918.

[seal.] *Robert Lansing.*
[seal.] *Helmer H. Bryn.*

NOUVEAU

RECUEIL GÉNÉRAL

DE

TRAITÉS

ET

AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS
DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL

DE

G. FR. DE MARTENS

PAR

Heinrich Triepel

Conseiller intime de justice

Professeur de droit public à l'Université de Berlin.

TROISIÈME SÉRIE.

TOME X.

TROISIÈME LIVRAISON.



LEIPZIG

LIBRAIRIE THEODOR WEICHER

1921



187.

SUISSE.

Déclaration de neutralité; du 4 août 1914.

Eidgenössische Gesetzsammlung 1914, No. 28.

Neutralitäts-Erklärung.
(Vom 4. August 1914.)

Der schweizerische Bundesrat hat folgende Neutralitätserklärung beschlossen:

„Angesichts des zwischen mehreren europäischen Mächten ausgebrochenen Krieges hat die Schweizerische Eidgenossenschaft, getreu ihrer Jahrhunderte alten Überlieferung, den festen Willen, von den Grundsätzen der Neutralität in keiner Weise abzuweichen, die dem Schweizervolke so teuer sind und so sehr seinen Bestrebungen, seiner inneren Einrichtung, seiner Stellung gegenüber den andern Staaten entsprechen und die die Vertragsmächte vom Jahre 1815 ausdrücklich anerkannt haben.*)

Im besondern Auftrage der Bundesversammlung erklärt der Bundesrat daher ausdrücklich, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft während des bevorstehenden Krieges mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Neutralität und die Unverletzbarkeit ihres Gebietes, so wie sie durch die Verträge vom Jahre 1815 anerkannt worden sind, aufrechterhalten und wahren wird.

Mit Bezug auf die Gebietsteile von Savoyen, die laut der Erklärung der Mächte vom 29. März 1815, der Wiener Schlussakte vom 9. Juni 1815, der Beitrittserklärung der schweizerischen Tagsatzung vom 12. August 1815, dem Pariser Vertrage vom 20. November 1815 und der Urkunde über die Anerkennung und Gewährleistung der schweizerischen Neutralität vom nämlichen Tage auf gleiche Weise der Neutralität teilhaftig sind, als wären sie Bestandteile der Schweiz, Bestimmungen, welche Frankreich und Sardinien im Art. 2 des Turiner Vertrages vom 24. März 1860 neuerdings anerkannt haben,*) glaubt der Bundesrat darauf hinweisen zu müssen, dass der Schweiz das Recht zusteht, diese Gebietsteile zu besetzen. Der Bundesrat würde von diesem Rechte Gebrauch machen, wenn die Verhältnisse es zur Sicherung der Neutralität und der Unverletzbarkeit des Gebietes der Eidgenossenschaft erforderlich erscheinen liessen; er wird indessen nicht ermangeln, die in den genannten Verträgen enthaltenen Beschränkungen, namentlich in betreff der Verwaltung dieses Gebietes, gewissenhaft zu beobachten; er wird bestrebt sein, sich darüber mit der Regierung der französischen Republik zu verständigen.

---

*) V. N. R. II, p. 177, 379, 682, 740; IV, p. 184, 186. — N. R. G. XVI, 2, p. 539.

Der Bundesrat ist fest überzeugt, dass diese Erklärung von den kriegführenden Mächten, sowie von den andern Staaten, die den Vertrag von 1815 unterzeichnet haben, als Ausdruck der altherkömmlichen Anhänglichkeit des Schweizervolkes an den Neutralitätsgedanken und als gewissenhafte Bekräftigung der für die Schweizerische Eidgenossenschaft aus den Wiener Verträgen sich ergebenden Verhältnisse mit Wohlwollen entgegengenommen werden wird."

Diese Erklärung ist denjenigen Staaten, die 1815 die Unverletzbarkeit und Neutralität der Schweiz anerkannt haben, sowie einigen anderen Staatsregierungen amtlich mitgeteilt worden.

188.

SUISSE.

Décret concernant le maintien de la neutralité; du 4 août 1914.

Eidgenössische Gesetzsammlung 1914, No. 27.

Verordnung betreffend Handhabung der Neutralität der Schweiz.

(Vom 4. August 1914.)

Der schweizerische Bundesrat hat, in der Absicht, allen Handlungen und Unterlassungen, welche mit der neutralen Stellung der Schweiz nicht verträglich sind, vorzubeugen, gestützt auf Art. 102, Ziffer 9, der Bundesverfassung, auf Art. 39, 40, 41 des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht vom 4. Hornung 1853 und auf die Bestimmungen des Internationalen Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen, im Falle eines Landkrieges,*) folgende Verfügungen erlassen, die zu jedermanns Verhalt hiermit öffentlich bekannt gemacht werden:

1. Es ist strenge Unparteilichkeit in den Beziehungen zu allen Kriegführenden zu beobachten und jede Begünstigung eines Kriegführenden zu unterlassen.

2. Es dürfen keinerlei Feindseligkeiten gegen irgendeinen der Kriegführenden von der Schweiz aus unternommen, vorbereitet, unterstützt oder irgendwie begünstigt werden.

3. Der friedliche Verkehr ist, mit Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen und der Spezialerlasse von Behörden und Truppenkommandanten, soweit möglich, aufrechtzuerhalten.

4. Der Eintritt von regulären Truppen, sowie von Freiwilligen der kriegführenden Staaten, sei es, dass sie korpsweise oder einzeln den Durch-

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 504.

gang durch eidgenössisches Gebiet anstreben, ist unverzüglich dem nächsten Truppenkommando und der nächsten Polizeibehörde zu melden.

5. Einzelne fremde Wehrmänner, die innerhalb des neutralen Gebietes betroffen werden, sind durch die Truppen, bezw. durch die Polizei zu verhaften, desgleichen Zivilpersonen, die verdächtig sind, unter täuschendem Vorwande das neutrale Gebiet zu missbrauchen.

6. Die Bewilligung zur Durchführung von Verwundeten und Kranken seitens eines Kriegführenden durch unser Gebiet muss beim Oberkommando eingeholt werden. Im übrigen wird in betreff des mitgeführten Personals und Materials jeder Art auf die Vorschriften für die Truppenkommandanten über die Handhabung der Neutralität (Bundesratsbeschluss vom 21. Dezember 1912) verwiesen.

7. Beim Versuche einer Kriegspartei, Transporte von Kriegsmitteln irgendwelcher Art, insbesondere Waffen-, Munitions- und Verpflegungstransporte der kriegführenden Armeen über unser Gebiet zu bewerkstelligen, soll unverzüglich das nächste Truppenkommando und die nächste Polizeibehörde benachrichtigt werden. Die betreffenden Gegenstände sind durch diese Behörden mit Beschlag zu belegen.

8. Verboten und zu verhindern ist:

a) Die Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial in die angrenzenden kriegführenden Staaten, sowie jede Ansammlung solcher Gegenstände im betreffenden Grenzgebiete.

Bei Kriegsereignissen in der Nähe der Grenze kann das Armeekommando den Verkehr über die Grenze nach Bedarf weiter einschränken oder gänzlich sperren.

b) Der Ankauf und überhaupt die Annahme von Waffen, Kriegsmaterial und Ausrüstungsgegenständen, die von Fahnenflüchtigen über die Grenze gebracht werden.

Die unter a und b fallenden Gegenstände sind, auch wenn sie sich im Besitze von Drittpersonen befinden, in Beschlag zu nehmen.

9. Wenn einzelne Wehrmänner der kriegführenden Mächte sich auf neutrales Gebiet flüchten wollen, oder wenn Wehrmänner als entwichene Gefangene Aufnahme verlangen, so ist ihnen der Übertritt bis auf weiteres zu gestatten. Sie sind zu entwaffnen und der Militärbehörde zuzuweisen, sowie allfällige Gefangene der Gegenpartei, die beim Übertritt einer Kriegspartei mitgeführt worden sind.

10. Der Übertritt ist, sofern keine besonderen Verdachtsgründe vorliegen, Frauen, Kindern und sehr betagten Leuten zu gestatten, ebenso solchen Personen, die vor Kriegsausbruch in der Schweiz eine Niederlassung erworben oder hier Grundbesitz haben.

11. Alle Personen, die sich nicht ruhig und der Neutralität gemäss verhalten, können in das Innere des Landes verwiesen werden; sind es Ausländer, so können sie ausgewiesen werden.

12. Auf Schweizergebiet dürfen zugunsten der Kriegführenden weder Korps von Kombattanten gebildet noch Werbestellen eröffnet werden. Das

Bestehen von Auskunfts- oder Vermittlungsstellen für Wehrmänner und Freiwillige der kriegführenden Staaten ist dem Bundesrate zu melden.

13. Angehörigen fremder Staaten, die als Einzelreisende weder bewaffnet noch uniformiert, noch in Abteilungen organisiert in das Gebiet eines kriegführenden Staates direkt oder indirekt, sei es aus der Schweiz oder durch die Schweiz, gelangen wollen, ist der Übertritt über die Grenze bis auf weiteres nicht zu verwehren.

14. Den kriegführenden Parteien ist unbedingt zu verwehren, auf Schweizergebiet eine funkentelegraphische Station oder sonst irgendeine Anlage (Telephon, Telegraph, optische oder andere Signalstation, Brieftaubenstation, Luftfahrerstation etc.) einzurichten oder zu benützen, die bestimmt oder geeignet ist, einen Verkehr mit den Land- oder Seestreitkräften der betreffenden Partei zu vermitteln oder der einen oder anderen in irgendeiner Weise Hülfe zu leisten.

15. Die Telegraphen- und Telephonbureaux, die Postanstalten und die Zollämter erhalten Weisungen ihrer Verwaltung für ihr Verhalten. Die Benützung von Post, Telegraph und Telephon für militärische Zwecke hat stets den Vorrang vor jeder anderen Inanspruchnahme, mit Ausnahme dringlicher Anforderungen des Bundesrates, des politischen und des Militärdepartements.

16. Die Eisenbahnen verhalten sich gemäss den Vorschriften für den Kriegsbetrieb und ihren übrigen Spezialinstruktionen.

17. Hinsichtlich der Luftschiffahrt ist folgendes zu beachten:

a) Das Aufsteigen und das Fahren mit irgendwelcher Art von Luftfahrzeugen, die nicht der schweizerischen Armee angehören, in unserem Luftraume ist nur gestattet, wenn die betreffenden Personen mit einem vorschriftsmässigen Erlaubnisschein versehen sind. Dieser Schein wird in dem von der Armee besetzten Raume vom Armeekommando, im übrigen Gebiete vom schweizerischen Militärdepartement ausgestellt.

b) Das Eindringen von Luftfahrzeugen jeder Art vom Auslande her in unseren Luftraum ist verboten; vorkommenden Falles ist es mit allen Mitteln zu verhindern und zu diesem Zwecke auch weiter zu melden.

c) Beim Landen von fremden Luftfahrzeugen sind die Insassen dem nächsten höheren Militärkommando zuzuführen, welches nach Vorschrift handeln wird. Das Material ist in jedem Falle durch die Polizei- oder Militärbehörden mit Beschlag zu belegen. Das schweizerische Militärdepartement, bezw. das Armeekommando wird entscheiden, was mit dem Personal und dem Material eines durch höhere Gewalt, mit Ausschluss jeder Absicht und Fahrlässigkeit, in unseren Luftraum hineingetriebenen Luftfahrzeuges zu geschehen hat.

18. Das an der Grenze stehende Grenzwächter- und Polizeipersonal kann den Grenzbewachungstruppen unterstellt werden und hat sich in diesem Falle nach den Anordnungen des Militärkommandos zu richten. Ist dieses Personal dagegen selbständig, so hat es auch in diesem Falle die Pflicht, den Truppen in ihrer Aufgabe an die Hand zu gehen, gleich wie andererseits die Truppen Polizei und Grenzwächter bei ihrer Tätigkeit,

wo es die Not erfordert, schützen und unterstützen sollen. Das gleiche gilt überhaupt für das Verhältnis der Truppen gegenüber irgendwelchen schweizerischen Amtspersonen im Gebiete der Armee, insbesondere zum Personal der öffentlichen Verkehrsanstalten und des Zolldienstes, der Sanitäts- und Veterinärpolizei.

19. Die Visitation von Eisenbahnzügen und von Schiffen darf nur von Militär- oder Amtspersonen vorgenommen werden, die besonderen Auftrag und Instruktion dafür erhalten haben.

20. Der gewöhnliche Verkehr über die Grenze ist, abgesehen von den durch die Aufrechterhaltung der Neutralität gebotenen Einschränkungen, insbesondere den vorstehenden Bestimmungen, in herkömmlicher Weise freizulassen. Doch können die Truppenkommandanten verlangen, und, wo nötig, selbst anordnen, dass er auf bestimmte Wege beschränkt werde.

21. Die Kantonsregierungen, insbesondere diejenigen der Grenzkantone, und die Militärkommandos, nach Massgabe ihrer besonderen Vorschriften, sind mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt; ebenso das Zolldepartement und das Post- und Eisenbahndepartement mit Bezug auf die Leistungen und das Verhalten ihrer Verwaltungen und ihres Personals.

Bern, den 4. August 1914.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Kanzler der Eidgenossenschaft: *Schatzmann.*

Der Bundespräsident: *Hoffmann.*

189.

SUISSE, ALLEMAGNE, FRANCE, AUTRICHE-HONGRIE, ITALIE.

Correspondance concernant la neutralité de la Suisse; du 4 au 26 août 1914, et du 25 mai 1915.

Schweizerisches Bundesblatt 1914, IV. No. 50. — Nörddeutsche Allgemeine Zeitung 1915, No. 144.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen. (Vom 1. Dezember 1914.)

(Extrait.)

Wir haben am 4. August nachstehende Neutralitätserklärung beschlossen:

[suit la teneur de la Déclaration, ci-dessus p. 643]

Diese Erklärung ist denjenigen Staaten, die 1815 die Unverletzbarkeit und Neutralität der Schweiz anerkannt haben, sowie einigen andern Staats-

regierungen amtlich mitgeteilt und den Kantonsregierungen mittelst Kreisschreibens zur Kenntnis gebracht worden.

Schon in den ersten Tagen, als sich die gegenseitigen Beziehungen der heutigen kriegführenden Staaten zu trüben begannen, haben sowohl der Vertreter von Deutschland als derjenige von Frankreich spontan und wiederholt auf das bestimmteste erklärt, dass seine Regierung die Neutralität der Schweiz in dem bevorstehenden Kriege aufs gewissenhafteste respektieren werde.

Auf unsere Notifikation vom 4. August sind von diesen beiden Staaten folgende Erklärungen abgegeben worden:

Von Deutschland:

„Der unterzeichnete Kaiserlich deutsche Gesandte beehrt sich, dem „hohen Bundesrat namens seiner Regierung folgende Erklärung ganz „ergebenst abzugeben:

„Die Kaiserliche Regierung hat die an die Signatarmächte der Ver-„träge von 1815 unter dem 4. August d. J. ergangene Zirkularnote zu „empfangen die Ehre gehabt, derzufolge der hohe Schweizerische Bundesrat „erklärt, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft während des gegen-„wärtigen Krieges mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Neutralität „und die Unverletzbarkeit ihres Gebietes aufrechterhalten und wahren wird.

„Die Kaiserliche Regierung hat von dieser Erklärung mit aufrichtiger „Genugtuung Kenntnis genommen und vertraut darauf, dass die Eidge-„nossenschaft, gestützt auf ihr kraftvolles Heer und den unbeugsamen „Willen des gesamten Schweizervolkes, jede Verletzung ihrer Neutralität „zurückweisen wird.

„Die Kaiserliche Regierung erneuert bei diesem Anlasse ihre bereits „vor Ausbruch des Krieges dem hohen Bundesrat abgegebene feierliche „Versicherung, dass das Deutsche Reich die Neutralität der Schweiz auf „das peinlichste beobachten wird. Das aufrichtige Vertrauensverhältnis, „das von jeher zwischen den beiden benachbarten Ländern bestanden hat, „bürgt dafür, dass auch während des Krieges diese Beziehungen unver-„ändert fortbestehen werden.

„Der Unterzeichnete benützt den Anlass etc.

sig. Romberg."

Von Frankreich:

„Le Ministre des Affaires Etrangères au Ministre de Suisse.

„Monsieur le Ministre,

„J'ai l'honneur de vous accuser réception de la déclaration de neu-„tralité du Gouvernement helvétique que vous m'avez notifiée à la date „du 5 de ce mois, et je prends acte de cette communication.

„En ce qui le concerne, le Gouvernement de la République ne man-„quera pas d'observer scrupuleusement les dispositions des traités con-„cernant la neutralité de la Confédération helvétique.

„Quant à la zone de Savoie, dont la neutralité est prévue par les „traités de 1815 et 1860, le Gouvernement de la République croit devoir

„rappeler au Gouvernement de la Confédération que les conditions de l'in-„tervention éventuelle de la Suisse en vue d'assurer cette neutralité de-„vraient, d'après l'Acte d'acceptation du traité de Vienne en date du „12 août 1815, être l'objet d'un accord entre la France et la Suisse.

„Agréez . . . . sig. Gaston Doumergue."

Da der Schlussatz der Note die Auslegung zuliess, dass die französische Regierung die Geltendmachung des schweizerischen Besetzungsrechtes von der vorgängigen Verständigung der beiden Regierungen abhängig machen möchte, so sahen wir uns veranlasst, dem gegenüber unsern Standpunkt in einer Note zu wahren. Dies um so mehr, als auch im Jahre 1870 eine Erörterung dieser Frage an unsere Neutralitätserklärung geknüpft worden war. Unsere Note hat folgenden Wortlaut:

„Monsieur le Ministre,

„Le Conseil fédéral, auquel je m'étais empressé de communiquer „la teneur de la note que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser „en date du 8 de ce mois, a pris connaissance avec une vive satisfaction „de la déclaration renouvelée par le Gouvernement de la République que „celui-ci ne manquera pas d'observer scrupuleusement les dispositions des „traités qui ont reconnu la neutralité de la Suisse.

„Quant à la neutralité de la Haute-Savoie, le Conseil fédéral est „d'avis qu'il a d'autant moins de motifs de se livrer, dans le moment „actuel, à l'examen développé des divers aspects juridiques de la question „que l'éventualité d'une occupation est éloignée. Le Conseil fédéral se „contente de réserver et de sauvegarder les droits qui sont assurés à la „Suisse par les traités internationaux; il se permet toutefois de faire re-„marquer que, même d'après le texte, invoqué par le Gouvernement de „la République, de l'acte d'accession de la Suisse du 12 août 1815, le „droit d'occuper, le cas échéant, la Savoie ne dépend pas de la conclusion „parfaite d'accords préalables entre les deux Gouvernements.

„Agréez . . . . sig. Lardy."

Der französische Minister des Äussern beantwortete diese Note mit folgendem Schreiben:

„J'ai l'honneur de vous accuser réception de votre dépêche du 26 de „ce mois.

„En ce qui concerne la neutralité de la Haute-Savoie, le Gouver-„nement de la République, tout en réservant actuellement sa manière de „voir, estime qu'il n'a pas plus de motifs que le Gouvernement Fédéral „pour se livrer dans les circonstances présentes à l'examen développé des „divers aspects juridiques de cette question."

In der Sache selbst können wir heute so wenig als 1870 zugeben, dass der Bundesrat verpflichtet wäre, ohne vorherige Verständigung mit der französischen Regierung nicht zur Besetzung der savoyischen Provinzen zu schreiten. Selbstverständlich würde sich im gegebenen Falle der Bundesrat mit der französischen Regierung über die Modalitäten der Besetzung

zu verständigen suchen, aber das Recht der Besetzung kann von dem Zustandekommen einer solchen Verständigung nicht abhängig sein. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass die französische Regierung, wenn diese Frage zwischen den beiden Staaten einmal gründlich erörtert werden sollte, sich unserer Auffassung anschliessen wird.

Von Österreich-Ungarn wurde unsere Neutralitätserklärung mit nachfolgender Note beantwortet:

„Der ergebenst gefertigte k. u. k. österreichisch-ungarische ausser„ordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister ist beauftragt, zur Kennt„nis des hohen schweizerischen Bundesrates zu bringen, dass der Empfang „der vom Gesandten Herrn Choffat am 5. ds. Mts. überreichten schweize„rischen Neutralitätserklärung seitens der k. u. k. Regierung am 13. ds. „Mts. zunächst schriftlich bestätigt wurde, worauf dann noch auf mündlich „angebrachtes Ansuchen des Herrn Gesandten in einer ergänzenden Note „am 17. ds. Mts. die Versicherung abgegeben wurde, dass Österreich-Un„garn die Neutralität der Schweiz selbstverständlich anerkennen und re„spektieren werde.

„Der ergebenst Unterzeichnete benutzt usw.

sig. M. Gagern."

Italien, das zwar weder zu den Garantiemächten von 1815 noch zu den kriegführenden Staaten gehört, hatte die Gelegenheit der Notifikation unserer Neutralitätserklärung ergriffen, um auch seinerseits die Anerkennung der schweizerischen Neutralität auszusprechen. Es führte dies zu nachstehendem Notenwechsel:

„Par note du 5 de ce mois, la Légation de Suisse à Rome a bien „voulu porter à la connaissance du Ministère des Affaires Etrangères le „texte de la déclaration de neutralité faite par la Confédération suisse en „raison de l'état de guerre existant entre plusieurs Puissances européennes.

„Le Gouvernement de Sa Majesté, en informant le soussigné de ce „qui précède, vient de le charger de déclarer au Conseil fédéral que, „quoique l'Italie ne soit pas une des Puissances signataires de l'Acte du „20 novembre 1815, portant reconnaissance et garantie de la neutralité „perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire, le Gouver„nement du Roi s'est toujours inspiré des principes consacrés par cet Acte „et est fermement résolu à observer cette attitude à l'avenir.

„Le soussigné saisit . . . etc.

sig. Paulucci de 'Calboli."

„Par note du 19 de ce mois, la Légation de Sa Majesté le Roi d'Italie, „au nom de son Gouvernement, a bien voulu porter à la connaissance du „Conseil fédéral que, tout en n'étant pas une des Puissances signataires „de l'Acte du 20 novembre 1815, portant reconnaissance et garantie de la „neutralité perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire, „l'Italie s'est toujours inspirée des principes consacrés par cet Acte et „que le Gouvernement du Roi est fermement résolu à observer cette atti„tude à l'avenir.

„Le Conseil fédéral remercie le Gouvernement de Sa Majesté le Roi „d'Italie de cette déclaration à laquelle il est d'autant plus sensible que, „se basant sur une politique conforme aux traditions et à la volonté du „peuple suisse et résolu de défendre de toute sa force l'intégrité de son „territoire contre tout agresseur, il continuera à observer une neutralité „absolue à l'égard de qui que ce soit.

„En priant son Excellence Monsieur le Ministre d'Italie de vouloir „porter ce qui précède à la connaissance du Gouvernement Royal, le soussigné saisit cette occasion . . . etc.

sig. Hoffmann."

Die übrigen Mächte erwiderten unsere Kundgebung der Neutralität, indem sie notifizierten, dass davon Akt genommen worden sei.

Bern, 25. Mai.

Die deutsche Reichsregierung und die K. und K. österreichisch-ungarische Regierung haben dem Bundesrat mitgeteilt, dass sie selbstverständlich die bei Kriegsausbruch abgegebenen Erklärungen einer strengen Beobachtung der schweizerischen Neutralität auch unter den durch die Beteiligung Italiens am Kriege veränderten Verhältnissen aufrechterhalten.

Zwischen der italienischen Regierung und dem Bundesrat hat folgender Notenwechsel stattgefunden:

Erklärung der Königlich italienischen Regierung. Die Regierung Seiner Majestät legt Wert darauf, dem Schweizerischen Bundesrat die Erklärung, betreffend die ewige Neutralität der Schweiz und die Unverletzbarkeit schweizerischen Gebietes, die die Königliche Regierung die Ehre hatte, ihm unter dem Datum des 19. August 1914 zu überreichen, zu bestätigen. Die Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien ist fest entschlossen, in Hinsicht auf die Schweiz alle ihre Pflichten als Kriegführende auf das peinlichste und loyalste zu beobachten. Sie wünscht, bei dieser Gelegenheit dem Gefühl ihres Vertrauens Ausdruck zu geben, welches ihr die in der Note der schweizerischen Regierung vom 26. August enthaltenen Erklärungen, betreffend den festen Willen des schweizerischen Volkes und die Haltung seiner Regierung in bezug auf die Neutralität und der sich daraus ergebenden Pflichten, eingeflösst haben.

Erklärung des Bundesrats: Im Augenblick, da Italien im Begriff ist, sich an den kriegerischen Ereignissen zu beteiligen, legt der Schweizerische Bundesrat Wert darauf, der Königlich italienischen Regierung die formellen Versicherungen der absoluten Neutralität, die in der Erklärung des Schweizerischen Bundesrats am 5. August vergangenen Jahres und wiederholt in seiner Note vom 26. August desselben Jahres niedergelegt waren, in aller Form zu bestätigen. Der Schweizerische Bundesrat ist fest entschlossen, in seinen Beziehungen zu Italien alle seine Pflichten als Neutraler aufs loyalste und peinlichste zu beobachten. Er wünscht bei dieser Gelegenheit, dem Gefühl vollen Vertrauens Ausdruck zu geben, welches ihm die in der Note vom 19. August vergangenen Jahres niedergelegte Erklärung einflösst, wonach die Königlich italienische Regierung entschlossen ist, für die Zu-

kunft, wie sie es für die Vergangenheit getan hat, die durch die Akte vom 20. November 1815 festgelegten Grundsätze, betreffend die Anerkennung der ewigen Neutralität der Schweiz und der Unverletzbarkeit ihres Territoriums, zu befolgen. Im übrigen hat der Bundesrat seine Gesandten beauftragt, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu notifizieren, dass die schweizerische Neutralitätserklärung vom 5. August 1914 bestätigt wird.

Die Kaiserlich deutsche Regierung hat den Schweizerischen Bundesrat gefragt, ob er geneigt wäre, die Vertretung der deutschen Interessen in Italien während der Dauer des soeben ausgebrochenen Krieges zu übernehmen. Der Schweizerische Bundesrat hat beschlossen, diese freundschaftliche und ehrenvolle Mission anzunehmen, und er hat in der Folge der schweizerischen Gesandtschaft in Rom die nötigen Instruktionen erteilt.

Die Königlich italienische Regierung hat den Schweizerischen Bundesrat gefragt, ob er geneigt wäre, die Vertretung der italienischen Interessen in Deutschland während des soeben ausgebrochenen Krieges auf sich zu nehmen. Der Schweizerische Bundesrat hat diese freundschaftliche und ehrenvolle Mission angenommen und hat der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin die gewünschten Instruktionen erteilt.

190.

SUISSE.

Décret concernant les actes injurieux contre les nations, les chefs d'Etats et les gouvernements étrangers; du 2 juillet 1915.*)

Schweizerische Gesetzsammlung 1915, No. 24.

Verordnung betreffend die Beschimpfung fremder Völker, Staatsoberhäupter oder Regierungen.

(Vom 2. Juli 1915.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf Art. 102, Ziffer 9, der Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft, vom 29. Mai 1874, sowie auf den Bundesbeschluss vom 3. August 1914 betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität, beschliesst:

Art. 1. Wer öffentlich, in Wort oder Schrift, in Bild oder Darstellung ein fremdes Volk, dessen Staatsoberhaupt, oder dessen Regierung in der öffentlichen Meinung herabwürdigt oder dem Hasse oder der Missachtung preisgibt;

*) Abrogé en vertu d'un Arrêt fédéral du 2 décembre 1918. V. Eidgenössische Gesetzsammlung No. 75.

wer eine nicht öffentliche Äusserung dieses Inhalts in beleidigender Absicht öffentlich macht;

wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Busse bis zu 5000 Franken bestraft. Beide Strafen können verbunden werden.

Art. 2. Wer Drucksachen, Bilder oder andere Darstellungen, die solche Beschimpfungen gegenüber einem fremden Volke, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung enthalten, ausstellt, in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldbusse bis zu 1000 Franken bestraft. Beide Strafen können verbunden werden.

Art. 3. Auf diese Vergehen finden die allgemeinen Bestimmungen des Bundesstrafrechts vom 4. Februar 1853, und wenn die Widerhandlung mittelst der Druckerpresse oder auf ähnliche Weise verübt worden ist, die Art. 69 bis 71 dieses Gesetzes Anwendung.

Art. 4. Die Strafverfolgung findet nur auf Beschluss des Bundesrates statt.

Die Beurteilung erfolgt durch das Bundesstrafgericht.

Art. 5. Die Bundesanwaltschaft wird, in Verbindung mit der gerichtlichen Polizei und nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege vom 27. August 1851, die nötigen Erhebungen machen und sichernde Massnahmen treffen. Sie stellt dem Bundesrate Antrag betreffend Anhebung der Voruntersuchung.

Gegenstände, die eine strafbare Äusserung enthalten, sowie die zur Herstellung solcher Gegenstände speziell bestimmten Werkzeuge sind einzuziehen.

Art. 6. Der Bundesrat ist befugt, Drucksachen, Bilder oder andere Darstellungen beschimpfender Art, und die zur Herstellung speziell bestimmten Werkzeuge einziehen zu lassen, auch dann, wenn eine Strafverfolgung nicht eintritt.

Art. 7. Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1915 in Kraft.

Der Bundesrat wird den Zeitpunkt bestimmen, in dem sie ausser Kraft treten wird.

Während der Geltungsdauer dieser Verordnung sind alle ihr widersprechenden Bestimmungen der Bundesgesetzgebung aufgehoben.

Bern, den 2. Juli 1915.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:
Motta.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schatzmann.

191.

SUISSE.

Arrêt du Conseil fédéral concernant la juridiction criminelle et les enquêtes disciplinaires envers les internés; du 14 octobre 1916.*)

Schweizerische Gesetzsammlung 1916, No. 50.

Bundesratsbeschluss betreffend Strafgerichtsbarkeit und Disziplinargewalt über Internierte.

(Vom 14. Oktober 1916.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 3. August 1914 betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität; auf Antrag seines Politischen Departements, beschliesst:

Art. 1. Als Internierte im Sinne dieses Beschlusses gelten:

a) Angehörige fremder Heere, welche als Kriegsgefangene in der Schweiz zur Hospitalisierung interniert sind;

b) Angehörige eines kriegführenden Staates, die als Zivilpersonen von einem andern kriegführenden Staate festgehalten und nachher in der Schweiz zur Hospitalisierung interniert worden sind.

Art. 2. Sämtliche in Art. 1 bezeichneten Personen unterstehen der Militärgerichtsbarkeit und der in Art. 3 umschriebenen Disziplinargewalt.

Das schweizerische Militärdepartement bezeichnet die für die Internierten zuständigen Gerichte.

Art. 3. Die Disziplinargewalt über die Internierten wird ausgeübt durch die Sanitätsabteilung des Armeestabes und die vom Armeearzt bezeichneten Kommandostellen.

Eine Ausnahme bildet die in A 7 und B 4 vorgesehene Rückversetzung in die Kriegsgefangenschaft. Diese wird vom Politischen Departemente verfügt.

Die Disziplinarstrafen sind folgende:

A. Für Soldaten, Unteroffiziere und Zivilpersonen:

1. Frondienste (corvées).

2. Verbot des Wirtshausbesuches und des Genusses alkoholischer Getränke.

3. Konsignierung gemäss M. St. G. Art. 168, Ziffer 3.

4. Gemeiner Arrest gemäss M. St. G. Art. 168, Ziffer 4.

---

*) Abrogé par un Arrêt du 17 novembre 1919 (Schweizerische Gesetzsammlung 1919, p. 937).

5. Versetzung in eine Disziplinaranstalt auf unbestimmte oder bestimmte Zeit.

6. Strafhaft in einer Anstalt bis auf die Dauer von 60 Tagen.

7. Rückversetzung in die Kriegsgefangenschaft.

B. Für Offiziere:

1. Konsignierung im Internierungsrayon bis zu 3 Monaten.

2. Arrest im Quartier bis zu 30 Tagen; der Arrestant darf das Quartier nur zu Dienstverrichtungen und zu den gemeinsamen Mahlzeiten verlassen, und es ist ihm verboten, Besuche zu empfangen.

3. Strenger Arrest im Zimmer bis zu 30 Tagen; ohne Dienstverrichtung, verbunden mit dem Verbot, Besuche zu empfangen und an den gemeinsamen Mahlzeiten teilzunehmen.

4. Rückversetzung in die Kriegsgefangenschaft.

Art. 4. Der Armeearzt, mit Genehmigung des schweizerischen Politischen Departements, erlässt die erforderlichen Vorschriften zum Vollzug der in Art. 3 vorgesehenen Strafen.

Art. 5. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft.

Bern, den 14. Oktober 1916.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:
Decoppet.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schatzmann.

192.

SUISSE.

Arrêt du Conseil fédéral relatif à l'entremise de l'internement ou du rapatriement des prisonniers de guerre; du 4 octobre 1917.*)

Schweizerische Gesetzsammlung 1917, No. 56.

Bundesratsbeschluss betreffend Vermittlung der Internierung oder Heimschaffung von Kriegs- und Zivilgefangenen.

(Vom 4. Oktober 1917.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 3. August 1914 betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität, beschliesst:

*) Abrogé par un Arrêt du 17 novembre 1919 (Schweizerische Gesetzsammlung 1919, p. 937).

Art. 1. Wer in gewinnsüchtiger Absicht die Internierung oder die Heimschaffung von Kriegs- und Zivilgefangenen vermittelt oder zu vermitteln versucht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder Busse bis zu Fr. 5000 bestraft. Beide Strafen können gleichzeitig ausgesprochen werden.

Wer solches Vermitteln gewerbsmässig betreibt, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und Busse bis zu Fr. 10,000 bestraft.

Art. 2. Die in Art. 1 genannten Handlungen sind in der Schweiz auch dann strafbar, wenn sie im Ausland begangen worden sind.

Art. 3. Die Verfolgung und Beurteilung der in Art. 1 genannten Vergehen liegt den kantonalen Behörden ob.

Der erste Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft findet Anwendung.

Art. 4. Dieser Bundesratsbeschluss tritt am 10. Oktober 1917 in Kraft.

Bern, den 4. Oktober 1917.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Schulthess.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schatzmann.

193.

SUISSE.

Arrêts du Conseil fédéral concernant le contrôle des étrangers; du 21 novembre 1917, du 17 novembre 1919 et du 9 juillet 1920.

Schweizerische Gesetzsammlung 1917, No. 67; 1919, No. 60; 1920, No. 31.

Verordnung betreffend die Grenzpolizei und die Kontrolle der Ausländer.

(Vom 21. November 1917.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 3. August 1914 betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität, beschliesst:

I. Grenzkontrolle.

Art. 1. Erfordernis für das Betreten des schweizerischen Gebietes ist

für Ausländer:

a) Der Besitz eines Passes oder eines andern gleichwertigen Legitimationspapieres, wodurch die Staatsangehörigkeit des Einreisenden

und die Möglichkeit der Rückkehr in den Heimat- oder letzten Aufenthaltsstaat dargetan wird.

Die Pässe und gleichwertigen Legitimationspapiere haben das Visum des für den letzten Wohnort des Einreisenden zuständigen schweizerischen Gesandten oder Konsuls zu tragen.

b) Die Vorlage eines Auszuges aus dem Strafenregister oder eines Leumundszeugnisses, das von der zuständigen Behörde des letzten Wohnortes des Einreisenden innert der letzten 3 Monate ausgestellt worden ist.

c) Der Nachweis des einwandfreien Zweckes des beabsichtigten Aufenthaltes in der Schweiz.

d) Der Nachweis der für den Aufenthalt in der Schweiz nötigen Subsistenzmittel.

für Schweizerbürger:

Der Nachweis der schweizerischen Staatsangehörigkeit.

Art. 2. Die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate haben vor Erteilung des Visums zu prüfen, ob der Gesuchsteller die Bedingungen für das Betreten des schweizerischen Gebietes erfüllt.

Die Erteilung des Visums ist zu verweigern, wenn der Bewerber eine der in Art. 1 genannten Bedingungen nicht erfüllt.

Wird das Visum erteilt, so ist dem Einreisenden von den wesentlichen Bestimmungen dieser Verordnung Kenntnis zu geben.

Art. 3. Ausländer haben bei der Ausreise aus der Schweiz ihre Ausweisschriften vorzuzeigen, die mit dem Abmeldungsstempel der Polizeibehörde, bei der die Schriften hinterlegt waren, versehen sein müssen (Art. 16).

Art. 4. Der kleine Grenzverkehr soll in jedem Grenzabschnitt durch die für die Handhabung der Grenzkontrolle zuständigen Behörden besonders geregelt werden.

Für den kleinen Grenzverkehr kann die Kontrolle vereinfacht werden. Es können hierfür besondere Ausweise ausgegeben werden.

Art. 5. Ausländer, die ohne Unterbrechung durch die Schweiz reisen wollen, haben sich über die Absicht der Durchreise und den Besitz der hierfür nötigen Subsistenzmittel, sowie der für den Eintritt in den Staat der Einreise erforderlichen Papiere oder Bewilligungen auszuweisen.

Sie haben ihre Reiseroute genau anzugeben und sind von der Grenzkontrollstelle der Ausreisestation unverzüglich zu melden.

Art. 6. Die Grenzkontrollorgane haben zu prüfen, ob die die Grenze überschreitenden Ausländer und Schweizer die Bedingungen der Ein- und Ausreise erfüllen. Die Pässe oder die gleichwertigen Legitimationspapiere der Einreisenden sind mit dem Tagesstempel zu versehen.

Die Grenzkontrollorgane haben Passanten, die ihnen auffallen, anhand eines Fragebogens über den letzten Aufenthalt, bisherige Tätigkeit, Reiseziel und Zweck ihres Aufenthaltes in der Schweiz oder im Ausland zu befragen.

Die ausgefüllten Fragebogen sind unverzüglich der Polizeidirektion des Kantons zu übersenden, in den sich der Einreisende begeben will. Die bei der Ausreise einer Person ausgefüllten Fragebogen sind der Zentralstelle zu übermitteln.

Art. 7. Personen, die die Bedingungen der Ein- oder Ausreise nicht erfüllen, sind zurückzuweisen.

In zweifelhaften Fällen haben die Grenzkontrollorgane die Weisung der kantonalen Polizeidirektion, im Armeeraum die Weisung der die Grenzkontrolle leitenden Stelle einzuholen. Diese Instanzen können die Zentralstelle für Fremdenpolizei um Instruktion ersuchen. Personen, deren Ein- oder Ausreise an der Grenze beanstandet wird, sind zurückzuhalten, bis die zuständige Behörde darüber entschieden hat, ob sie die Grenze überschreiten dürfen.

Ergibt die Grenzkontrolle dringende Verdachtsgründe dafür, dass eine Person das Gebiet der Schweiz zur Begehung einer strafbaren Handlung betreten oder verlassen will oder dass sie wegen einer strafbaren Handlung verfolgt wird, so ist sie festzunehmen und der zuständigen Amtsstelle zuzuführen.

Art. 8. Die Grenzkontrolle wird durch die Polizei der Grenzkantone ausgeübt.

In den zum Armeeraum gehörenden Grenzabschnitten wird die Grenzkontrolle nach einer Verständigung zwischen den zuständigen Kommandostellen und den kantonalen Polizeidirektionen durch die Heerespolizei und die Polizei der Grenzkantone ausgeübt.

Die Grenzkontrollorgane sollen von den Truppen, den Zollbeamten und den Bahn- und Schiffsangestellten möglichst unterstützt werden.

Art. 9. Der Grenzverkehr kann auf bestimmte Übergänge und Tageszeiten beschränkt werden. Im Armeeraum werden diese Beschränkungen des Grenzverkehrs durch die zuständigen Truppenkommandanten im Einverständnis mit den kantonalen Polizeidirektionen geordnet.

II. Kontrolle im Innern des Landes.

Art. 10. Jeder neuankommende Ausländer hat sich innerhalb 24 Stunden nach der Ankunft am ersten Aufenthaltsort unter Vorlage seiner Ausweisschriften bei der Polizeibehörde anzumelden und über den Zweck seines Aufenthaltes auszuweisen. Die Anmeldung hat persönlich oder durch das Familienhaupt zu erfolgen.

Art. 11. Jedem Ausländer, der nicht nach Massgabe der kantonalen Vorschriften eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zu erwerben hat, wird bei der ersten Anmeldung gegen Hinterlegung seiner Ausweisschriften eine Kontrollkarte ausgestellt, sofern sein Aufenthalt in der Schweiz nicht zu beanstanden ist.

Diese Kontrollkarte gilt als Ausweis für einen vorübergehenden Aufenthalt im ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft und dient zur Kontrolle aller Ausländer, die nicht im Besitz einer ordentlichen Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung sind. Die Kontrollkarte ist auf kurze Dauer

auszustellen. Ihre Gültigkeitsdauer kann für Ausländer, deren Verhalten zu keinen Klagen Anhalt gibt, verlängert werden.

Erwirbt der Ausländer eine ordentliche Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, so darf sie nur gegen Rückgabe der Kontrollkarte erteilt werden.

Die kantonalen Polizeibehörden sollen Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen nach Massgabe der kantonalen Vorschriften nur an solche Ausländer erteilen, die sich über einen einwandfreien Zweck des Aufenthaltes oder der Niederlassung in der Schweiz ausweisen.

Art. 12. Alle Ausländer, die sich beim Inkrafttreten dieser Verordnung ohne Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in der Schweiz aufhalten, haben innerhalb acht Tagen nach diesem Zeitpunkt der Polizeibehörde ihres Aufenthaltsortes ihre Ausweisschriften vorzulegen und über den Zweck und die voraussichtliche Dauer ihres Aufenthaltes in der Schweiz, sowie über ihre Subsistenzmittel Auskunft zu geben.

Jedem betreffenden Ausländer, dessen Aufenthalt nicht zu beanstanden ist, wird eine Kontrollkarte gemäss Art. 11 ausgestellt, sofern er nicht nach Massgabe der kantonalen Vorschriften eine ordentliche Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zu erwerben hat.

Art. 13. Der im Besitze einer Kontrollkarte befindliche Ausländer hat sich bei Änderung seines bisherigen Wohnortes bei der Polizeibehörde abzumelden und anzugeben, wohin er sich begibt. Am neuen Aufenthaltsorte in der Schweiz hat er sich, sofern der Aufenthalt länger als 24 Stunden dauert, wiederum bei der Polizeibehörde persönlich oder durch das Familienhaupt unter Vorweis der Kontrollkarte anzumelden. Die Polizeibehörde kann die am ersten Aufenthaltsorte hinterlegten Ausweisschriften zur Hinterlegung am neuen Aufenthaltsorte einverlangen.

Art. 14. Die Polizeibehörde hat verdächtige Ausländer einer periodischen Meldepflicht zu unterwerfen.

Art. 15. In die Kontrollkarte sind aufzunehmen:

die Personalien des Inhabers und der bei ihm befindlichen Familienangehörigen (Ehefrau und minderjährige Kinder),
Gültigkeitsdauer der Kontrollkarte,
die eingelegten Ausweisschriften,
Zweck des Aufenthaltes,
Ort und Dauer des bisherigen Aufenthaltes in der Schweiz,
die An- und Abmeldungen an allen Aufenthaltsorten,
die allfällige Auferlegung einer Meldepflicht nach Art. 14,
Unterschrift des Inhabers und des ausstellenden Beamten,
Datum der Ausstellung der Karte,
die für den Fremden wesentlichen Bestimmungen dieser Verordnung.

Die Kontrollkarte wird gegen eine Gebühr von höchstens Fr. 5 abgegeben. Im übrigen bestimmen die Kantone die Höhe der Gebühr.

Art. 16. Die hinterlegten Ausweisschriften dürfen dem Ausländer nur zum Zwecke der Ausreise persönlich ausgehändigt werden.

Die Aushingabe der Ausweisschriften soll nur erfolgen gegen Rückgabe der Kontrollkarte und in der Regel erst nach Bezahlung der nach dieser Verordnung und nach den kantonalen Vorschriften über das Aufenthalts-, Niederlassungs- und Kontrollwesen zu entrichtenden Taxen und nach Bezahlung der gegen den Ausländer etwa ausgefällten Bussen und Erstehung der über ihn verhängten Strafen.

Auf den Pässen oder den gleichwertigen Legitimationspapieren ist das Datum der Abmeldung und der Vermerk „Abgemeldet zur Ausreise“ anzubringen.

Art. 17. Ist der Ausländer durch Krankheit an der persönlichen An- oder Abmeldung verhindert, so ist er durch den Inhaber des Gasthofes oder der Pension, wo er abgestiegen ist, oder durch seinen Logisgeber zu vertreten.

Art. 18. Schriftenlose oder mit ungenügenden Ausweisschriften versehene Ausländer sind über die Landesgrenze abzuschieben.

Die kantonalen Polizeidirektionen sind ermächtigt, Ausländern, die die Unmöglichkeit der sofortigen Vorlage der Ausweisschriften glaubhaft dartun, zur Beschaffung dieser Schriften eine Frist von höchstens drei Monaten zu gewähren, sofern ihr Aufenthalt im übrigen nicht zu beanstanden ist. Für den Aufenthalt während dieser Frist wird eine Kontrollkarte gemäss Art. 11 ausgestellt.

Die kantonalen Polizeidirektionen sind auch befugt, ausnahmsweise an Ausländer, die keine Ausweisschriften erhalten können, sofern ihr bisheriges Verhalten zu keinen Klagen Anlass gegeben hat, sowie an politische Flüchtlinge Toleranzbewilligungen auszustellen. Die Kantone haben die Folgen solcher Bewilligungen zu tragen.

Art. 19. Für die Fremdenkontrolle in den Gasthöfen und Pensionen gelten, unter Vorbehalt der weitergehenden kantonalen Vorschriften, folgende Bestimmungen:

a) Jeder Gast, schweizerischer oder ausländischer Nationalität, hat bei seiner Ankunft im Gasthof oder in der Pension einen Anmeldeschein eigenhändig auszufüllen und zu unterschreiben.

   Dieser Anmeldeschein soll Ankunftstag, Namen, Vornamen, Beruf, Nationalität, Herkunft und Reiseziel des Reisenden enthalten.

   Der Anmeldeschein ist spätestens bis zum Mittag des auf die Ankunft folgenden Tages der Polizeibehörde abzuliefern.

b) Die Inhaber von Gasthöfen und Pensionen sind verpflichtet, anhand der Anmeldescheine eine genaue Kontrolle der bei ihnen wohnenden Gäste zu führen.

c) Die Inhaber von Gasthöfen und Pensionen haben der Polizeibehörde innerhalb vier Tagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung ein Verzeichnis der in diesem Zeitpunkt bei ihnen wohnenden Gäste einzureichen.

   Das Verzeichnis hat Ankunftstag, Namen, Vornamen, Beruf, Nationalität, Herkunft und Reiseziel des Gastes anzugeben.

d) Die Inhaber von Gasthöfen und Pensionen sind verpflichtet, die bei ihnen wohnenden Ausländer, die einer strafbaren Handlung verdächtig sind, bei den zuständigen Polizei- und Gerichtsbehörden zu verzeigen.

e) Die Polizeibehörden haben von den Kontrollen der Gasthöfe und Pensionen wenigstens einmal in der Woche Einsicht zu nehmen.

Art. 20. Alle Personen, die Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich bei sich aufnehmen oder anstellen, haben sie innerhalb 24 Stunden nach der Ankunft bei der Polizeibehörde anzumelden.

Die bei ihnen sich aufhaltenden Ausländer haben sie innerhalb vier Tagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung bei der Polizeibehörde anzumelden.

Art. 21. Die Anmeldepflicht der in Art. 19 und 20 erwähnten Personen befreit die Ausländer nicht von der persönlichen Anmeldung bei der Polizeibehörde gemäss Art. 10, 12 und 13.

Art. 22. Die Polizeibehörden haben über die Richtigkeit der Angaben der Ausländer und der gemäss Art. 19 und 20 zur Anmeldung verpflichteten Personen Erhebungen zu machen.

III. Strafbestimmungen und administrative Landesverweisung.

Art. 23. Wer wissentlich den Grenzkontroll- oder Polizeibehörden oder ihren Organen über Verhältnisse und Tatsachen, die sich auf die Grenzpolizei oder die Kontrolle der Ausländer beziehen, mündlich oder schriftlich falsche Angaben macht,

wer wissentlich bei der Anmeldung in den Gasthöfen und Pensionen falsche Angaben macht,

wird, wenn nicht schwerere Strafbestimmungen zutreffen, mit Geldbusse von Fr. 50.— bis Fr. 2000.— oder mit Gefängnis bis zu 60 Tagen bestraft. Die beiden Strafen können verbunden werden.

Art. 24. Wer sonstwie den Vorschriften dieser Verordnung oder den Weisungen und Anordnungen der Polizeibehörden und ihrer Organe zuwiderhandelt, wird mit Geldbusse von Fr. 20.— bis Fr. 2000.— bestraft.

Art. 25. Die Verfolgung und Beurteilung dieser Widerhandlungen liegt den Kantonen ob.

Der erste Abschnitt des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 4. Februar 1853 findet Anwendung.

Art. 26. Die militärgerichtliche Verfolgung wegen Zuwiderhandlung gegen Anordnungen der militärischen Organe bleibt vorbehalten.

Art. 27. Den Inhabern von Gasthöfen und Pensionen kann bei fortgesetzter Widerhandlung gegen die Bestimmungen dieser Verordnung das Wirtschaftspatent und das Beherbergungsrecht entzogen werden.

Art. 28. Die Landesverweisung der Ausländer gemäss Art. 70 BV wird durch den Bundesrat ausgesprochen. Ausländer, die durch ihr Verhalten die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und andern unentbehrlichen Bedarfsgegenständen stören, erschweren oder verhindern, sind dem Bundesrat zur Ausweisung bekanntzugeben.

Die Landesverweisung der Ausländer nach Massgabe der kantonalen Gesetzgebung wird durch die kantonalen Behörden verfügt. Diese sind überdies zuständig, Ausländer auszuweisen wegen Unterlassung der Anmeldung, Verweigerung der Auskunft, unrichtiger Angaben, Widerhandlung gegen die Weisungen der Polizeibehörden und ungenügender Ausweise über den Zweck des Aufenthaltes in der Schweiz.

Art. 29. Die von den kantonalen Behörden gestützt auf diese Verordnung ausgesprochenen Ausweisungen gelten für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft.

Kein Kanton darf einem andern die ausgewiesenen Ausländer ohne dessen Einverständnis zuschieben.

Ist die Ausweisung nicht durchführbar, so können die Ausgewiesenen auf Kosten des Kantons, der die Ausweisung ausgesprochen hat, in einer geeigneten Anstalt interniert werden.

IV. Oberaufsicht und Zentralstelle.

Art. 30. Das schweizerische Justiz- und Polizeidepartement übt die Oberaufsicht über die Grenzpolizei und die Kontrolle der Ausländer aus. Es erlässt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Weisungen und Instruktionen, die auch für die militärischen Stellen verbindlich sind.

Das Departement ist befugt, Inspektionen vornehmen zu lassen und alle zur Abstellung von Mängeln oder Übelständen erforderlichen Massnahmen, nötigenfalls auf Kosten der Kantone, zu treffen.

Diese Oberaufsicht bezieht sich nicht auf die militärischen Massnahmen der zuständigen militärischen Stellen.

Art. 31. Dem schweizerischen Justiz- und Polizeidepartement wird eine Zentralstelle für Fremdenpolizei angegliedert, an welche die Meldungen und Anfragen zu richten sind.

Die Zentralstelle gibt den kantonalen Polizeidirektionen und den die Grenzkontrolle im Armeeraum leitenden Stellen, in dringenden Fällen auch direkt den Grenzkontrollorganen, gegebenenfalls nach Einholung des Entscheides des Departements, Weisungen, wenn sich bei der Grenzkontrolle Anstände oder Zweifel ergeben. Sie erteilt ihnen, sowie den die Kontrolle im Innern handhabenden Polizeibehörden Auskunft über verdächtige Personen.

Die kantonalen Polizeidirektionen übersenden der Zentralstelle die ihnen von den Grenzkontrollorganen zugestellten Fragebogen und melden ihr alle verdächtigen Ausländer, insbesondere Personen, die der Meldepflicht unterworfen oder wegen Widerhandlung gegen die Bestimmungen dieser Verordnung bestraft werden.

Die Zentralstelle führt eine Kontrolle der ihr gemeldeten Personen.

Art. 32. Das Armeekommando und die kantonalen Polizeidirektionen geben der Zentralstelle Kenntnis von den gemäss Art. 4, 8 und 9 getroffenen Anordnungen.

Die kantonalen Polizeidirektionen haben ihr überdies von den erteilten Toleranzbewilligungen und den auf Grund dieser Verordnung verfügten Ausweisungen Kenntnis zu geben.

Das schweizerische Justiz- und Polizeidepartement unterstützt die Kantone beim Vollzug dieser Ausweisungen und ist für die Ausschreibung der Ausgewiesenen im schweizerischen Polizeianzeiger besorgt.

Art. 33. Das schweizerische Justiz- und Polizeidepartement wird zur Organisation der Zentralstelle ermächtigt, und es wird ihm der hierfür nötige Kredit gewährt.

V. Schlussbestimmungen.

Art. 34. Die kantonalen Vorschriften über Fremdenpolizei, Niederlassungs-, Aufenthalts- und Kontrollwesen bleiben in Kraft, soweit dieselben mit den Bestimmungen dieser Verordnung nicht in Widerspruch stehen.

Art. 35. Das schweizerische Justiz- und Polizeidepartement gibt den kantonalen Polizeibehörden die Kontrollkarten (Art. 11) und die Fragebogen (Art. 6) zum Selbstkostenpreise ab.

Art. 36. Vorbehalten bleiben die besondern Vorschriften für die fremden Deserteure und Refraktäre.

Die Verordnung findet auf Internierte, Hospitalisierte und die Transporte von Kriegsgefangenen und Evakuierten keine Anwendung.

Art. 37. Die Verordnung tritt am 20. Dezember 1917 in Kraft.

Bern, den 21. November 1917.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:
Schulthess.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schatzmann.

Verordnung über die Kontrolle der Ausländer.
(Vom 17. November 1919.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 3. April 1919 betreffend Beschränkung der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates, beschliesst:

I. Das Überschreiten der Schweizergrenze.

Art. 1. Erfordernis für das Betreten des schweizerischen Gebietes ist für Ausländer ein Pass oder in Ausnahmefällen ein gleichwertiges, mit der Photographie des Inhabers versehenes Ausweispapier, die von der zuständigen schweizerischen Behörde zur Einreise visiert sind und die Staatsangehörigkeit des Inhabers, sowie die Möglichkeit seiner jederzeitigen Rückkehr in den Heimats- oder letzten Aufenthaltsstaat dartun.

Für Schweizerbürger genügt der Nachweis der schweizerischen Staatsangehörigkeit, auch wenn der Einreisende zugleich Bürger eines andern Staates ist.

Art. 2. Das Visum kann von allen schweizerischen Gesandtschaften und Konsulaten, einschliesslich den Konsulaten in Finnland und Polen,

für einen vorübergehenden Aufenthalt bis zu drei Monaten, vom Tage des Grenzübertrittes an gerechnet, selbständig erteilt werden.

Ausgenommen sind die Konsulate in den übrigen Gebieten des ehemaligen russischen Reiches. Diese haben vor Erteilung des Visums die Zustimmung der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei in Bern einzuholen.

Diese Zustimmung ist für alle Angehörigen dieser Gebiete erforderlich, auch wenn sie sich im übrigen Auslande befinden.

Die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate in den überseeischen Ländern können allen in diesen Gebieten wohnhaften Ausländern das Visum für einen vorübergehenden Aufenthalt bis zu sechs Monaten, vom Tage des Grenzübertrittes an gerechnet, selbständig erteilen.

Die schweizerische Passtelle Feldkirch erhält die Ermächtigung zur Erteilung des Visums für Staatsangehörige des Vorarlbergs und des Fürstentums Liechtenstein.

Für Einreisen aus den Freizonen Hochsavoyens und dem Pays de Gex kann das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement der Polizeidirektion des Kantons Genf besondere Befugnisse erteilen.

Art. 3. An Kinder von Ausländern, Töchter, die das 20., und Söhne, die das 18. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, und die sich zum Zwecke der Ausbildung in schweizerische Pensionate oder Erziehungsinstitute begeben wollen, wird das Visum bis auf die Dauer eines Jahres erteilt, sofern der Nachweis der Aufnahme in die betreffende Anstalt erbracht ist.

Vorbehalten bleiben Art. 2, Absatz 2 und 3.

Art. 4. Das Visum zum vorübergehenden Aufenthalt in der Schweiz wird erteilt, nachdem die visierende Stelle sich bei der Prüfung des Einreisegesuches, gegebenenfalls durch eingezogene Erkundigungen, davon überzeugt hat, dass der Gesuchsteller unbescholten ist und dass die Einreise einen einwandfreien, den Interessen der Schweiz nicht zuwiderlaufenden Zweck hat.

Ausnahmsweise kann die zuständige Behörde in zweifelhaften Fällen vor der Verweigerung des Visums die Zentralstelle anfragen.

Die von den Kantonen auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 29. Oktober 1918 betreffend Bekämpfung der Wohnungsnot durch Beschränkung der Freizügigkeit erlassenen Bestimmungen bleiben vorbehalten.

Art. 5. Der Zweck der Einreise muss im Ausweispapier vermerkt werden.

Art. 6. Für die Durchreise durch die Schweiz gelten folgende Bestimmungen:

Die Gesandtschaften und die nach Art. 2 zur selbständigen Erteilung von befristeten Visa ermächtigten Konsulate erteilen Durchreisevisa für einfache Durchreise oder für Hin- und Rückreise, wenn die für die Einreise festgelegten Voraussetzungen vorliegen. Der Aufenthalt auf schweizerischem Gebiet darf insgesamt die Dauer von drei Monaten nicht überschreiten.

Die Durchreise durch die Schweiz ohne Aufenthalt in durchgehenden internationalen Expresszügen ist ohne Visum einer schweizerischen Gesandtschaft oder eines Konsulates gestattet, sofern der Eintrittsgrenzübergangsstelle der Nachweis erbracht wird, dass die Einreise in den dritten Staat sichergestellt ist.

Art. 7. Die Gesandtschaften und Konsulate haben der Zentralstelle alle Gesuche, mit eingehender Begutachtung versehen, zur Entscheidung zu unterbreiten:

a) betreffend Einreisen für mehr als drei Monate, abgesehen von den in Artikel 2, Absatz 4, und Artikel 3 vorgesehenen Ausnahmen;
b) betreffend Einreisen zum Zwecke der Niederlassung und Anstellung; solchen Gesuchen sind stets Leumundszeugnisse und Strafregisterauszüge beizufügen. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind weibliche Dienstboten, die sich über ein Anstellungsverhältnis als solche ausweisen können;
c) betreffend Visa zur mehrmaligen Einreise;
d) betreffend Visa zur Einreise von Sammeltransporten wie Ferienkinder, Pilgerzüge, Auswanderer, sowie zu politischen Zusammenkünften.

Die unter a—d genannten Gesuche sind dem interessierten Kanton zur Begutachtung zu unterbreiten; der Entscheid ist ihm von der Zentralstelle mitzuteilen.

Gegen den Entscheid der Zentralstelle steht dem Gesuchsteller und dem interessierten Kanton das Recht des Rekurses an das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zu. Dieses entscheidet endgültig.

Art. 8. Die Dauer eines Visums, einschliesslich Verlängerungen, darf die Gültigkeitsfrist des Ausweispapieres nicht überschreiten.

Art. 9. Die Zentralstelle kann die Einreisebewilligung oder die Aufenthaltsberechtigung aufheben, wenn Tatsachen bekannt werden, die die Einreise oder den Aufenthalt als unerwünscht erscheinen lassen.

Art. 10. Der Bundesrat behält sich vor:

a) für die Einreise von Angehörigen überseeischer oder europäischer Staaten, sofern diese letztern Staaten Gegenrecht halten, allgemein oder für Reisen zu besondern Zwecken Erleichterungen zu verfügen;
b) im Falle von politischen, wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Gefahren oder wenn einzelne Staaten der Einreise von Schweizern besondere Hindernisse in den Weg legen, die Grenzen für die Einreise ganz oder teilweise zu schliessen, oder für die Einreise von Angehörigen bestimmter Staaten oder für bestimmte Grenzabschnitte besondere Massnahmen anzuordnen.

Art. 11. In der Schweiz niedergelassene oder mit befristetem Visum sich aufhaltende Ausländer haben für jede einzelne Aus- und Wiedereinreise die Bewilligung der Polizeidirektion oder der mit der Fremdenpolizei betrauten Amtsstelle desjenigen Kantons einzuholen, von welchem sie die

Niederlassung erhalten haben bzw. in dessen Gebiet sie sich mit dem befristeten Visum aufhalten.

Für Dauerrückreisevisa ist die Genehmigung der Zentralstelle erforderlich. Sämtliche Gesuche dieser Art sind bei der vorgenannten kantonalen Amtsstelle einzureichen, die sie begutachtet und an die Zentralstelle weiterleitet.

Das Rückreisevisum ist in das Ausweispapier einzutragen. Die Frist zur Wiedereinreise ist festzusetzen. Dieselbe hat vor Ablauf der Dauer der Aufenthaltsberechtigung in der Schweiz zu erfolgen.

Art. 12. Die Grenzkontrollorgane haben darüber zu wachen:

a) dass die die Grenze überschreitenden Ausländer die Bedingungen für die Einreise erfüllen;

b) dass die für den Aufenthalt in der Schweiz gewährte Frist nicht überschritten wird und die Vorschriften über die Kontrolle im Inland erfüllt sind.

Art. 13. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ist ermächtigt, für den kleinen Grenzverkehr im Einvernehmen mit den beteiligten kantonalen und übrigen Organen besondere Bestimmungen zu erlassen.

II. Befristeter Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer in der Schweiz.

Art. 14. Jeder neu eingereiste Ausländer hat sich innerhalb 24 Stunden nach Ankunft am ersten Aufenthaltsort unter Vorlage seines Ausweispapieres bei der Polizeibehörde dieses Ortes anzumelden. Die Anmeldung kann durch den Logisgeber unter dessen Verantwortlichkeit erfolgen. Sie wird im Ausweispapier als solche eingetragen.

Das Ausweispapier ist einem mit befristetem Visum eingereisten Ausländer zu belassen.

Wenn das Ausweispapier während des Aufenthaltes in der Schweiz durch ein anderes ersetzt wird, so ist das neue der Zentralstelle zur Eintragung der Aufenthaltsvermerke vorzulegen.

Art. 15. Bei jedem Wechsel seines Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes hat sich der zu befristetem Anfenthalt eingereiste Ausländer bei der Polizeibehörde seines bisherigen Wohnortes unter Vorweisung seines Ausweispapieres abzumelden unter Angabe des Ortes, an den er sich begibt.

An jedem neuen Aufenthaltsort, an dem er mindestens 24 Stunden verbleibt, ist er verpflichtet, sich in gleicher Weise an- und abzumelden wie an seinem ersten.

Alle An- und Abmeldungen sind in das Ausweispapier einzutragen.

Die Ausländer, welche sich im Besitze einer Niederlassungsbewilligung befinden, sind verpflichtet, diese auf Inlandsreisen mitzuführen.

Art. 16. Für die Fremdenkontrolle in den Gasthöfen und Pensionen gelten, unter Vorbehalt der weitergehenden kantonalen Vorschriften, folgende Bestimmungen:

a) jeder Gast, schweizerischer oder ausländischer Nationalität, hat bei seiner Ankunft im Logis einen Anmeldeschein eigenhändig

auszufüllen und zu unterschreiben. Dieser Anmeldeschein soll Ankunftstag, Namen, Vornamen, Beruf, Nationalität, Herkunft, Reiseziel und für Ausländer Angabe des Ausweispapieres nebst Dauer der Aufenthaltsberechtigung enthalten. Der Logisgeber bzw. sein Beauftragter hat sich das Ausweispapier zum Vergleich der Richtigkeit der gemachten Angaben vorweisen zu lassen;

b) die Logisgeber sind verpflichtet, anhand der Anmeldescheine eine fortlaufende Kontrolle zu führen;

c) sie sind ferner verpflichtet, von Unstimmigkeiten, die sich aus den Ausweispapieren ihrer ausländischen Gäste ergeben, der Polizeibehörde Mitteilung zu machen und ihr Ausländer, die einer strafbaren Handlung verdächtig erscheinen, anzuzeigen;

d) die Anmeldescheine selbst sind spätestens bis zum Mittag des auf die Ankunft folgenden Tages der Polizeibehörde abzuliefern;

e) die Polizeibehörden haben wenigstens einmal wöchentlich von den Kontrollen der Logisgeber Einsicht zu nehmen, und dies durch einen Vermerk darin zu bestätigen.

Art. 17. In sinngemässer Weise wie die Gasthöfe und Pensionen haben Kur- und Krankenanstalten, sowie alle Personen, die Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich beherbergen oder anstellen, die vorstehenden Vorschriften über die Fremdenkontrolle zu befolgen.

Art. 18. Die kantonalen Polizeidirektionen oder die mit der Fremdenpolizei betrauten kantonalen Amtsstellen sind ermächtigt, befristete Einreisebewilligungen bis höchstens auf ein Jahr, vom Tage des Grenzübertrittes an gerechnet, zu verlängern. Von jeder Verlängerung ist der Zentralstelle auf vorgeschriebenem Formular sofort Anzeige zu machen.

Ausländer, die bei Ablauf eines einjährigen Aufenthaltes in der Schweiz nicht im Besitze einer Niederlassungsbewilligung (Bewilligung zu dauerndem Aufenthalt) sind, haben das Land zu verlassen. Die eidgenössische Zentralstelle für Fremdenpolizei kann Ausnahmen bewilligen.

Art. 19. Bis zum Erlass eines Bundesgesetzes über die Niederlassung von Ausländern in der Schweiz gelten für die Erteilung von Niederlassungsbewilligungen folgende Vorschriften:

Gesuche um Niederlassungsbewilligung (Bewilligung zu dauerndem Aufenthalt) sind unter Beifügung der Ausweispapiere, sowie eines Leumundszeugnisses und eines Auszuges aus dem Strafregister jeweilen vor Annahme einer dauernden Anstellung, spätestens aber vor Ablauf des sechsten Monates des Aufenthaltes in der Schweiz bei der zuständigen Behörde desjenigen Kantons einzureichen, in welchem der Gesuchsteller wohnt. Die kantonale Behörde unterbreitet ihren Entscheid mit den Akten der Zentralstelle.

Die Niederlassung wird erst rechtswirksam, wenn die Zentralstelle nicht innerhalb eines Monates, vom Eingang der Akten an gerechnet, Einsprache erhebt.

Gegen den Entscheid der Zentralstelle steht dem Gesuchsteller und dem interessierten Kanton das Recht des Rekurses an das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zu. Dieses entscheidet endgültig.

III. Strafbestimmungen und administrative Landesverweisung.

Art. 20. Wer zur Täuschung der Organe der Fremdenpolizei (Fremdenpolizei, Grenzkontrolle, Polizeibehörden) falsche, verfälschte oder echte, aber nicht für ihn bestimmte Ausweispapiere gebraucht oder solche verschafft, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Art. 21. Wer durch Umgehung der Vorschriften dieser Verordnung oder durch Nichtbefolgung besonderer Weisungen der Fremdenpolizeibehörden das schweizerische Gebiet betritt oder nicht verlässt,

wer im In- oder Ausland den Organen der Fremdenpolizei über die Voraussetzungen seiner Ein- und Ausreise, seines Aufenthaltes oder seiner Niederlassung in der Schweiz mündlich oder schriftlich falsche Angaben macht,

wer bei der Anmeldung in den Gasthöfen, Pensionen, Kur- und Krankenanstalten falsche Angaben macht,

wird mit Gefängnis bis zu 60 Tagen oder mit Busse von Fr. 20 bis Fr. 5000 bestraft. Beide Strafen können verbunden werden.

Wer am fünften Tage nach Ablauf der ihm bewilligten Frist und der ihm etwa gewährten Verlängerungen nicht ausgereist ist, wird der Zentralstelle zur sofortigen Ausschreibung, Bestrafung und Ausschaffung verzeigt.

Art. 22. Wer den Vorschriften dieser Verordnung oder den besonderen Weisungen der Fremdenpolizeibehörden zuwiderhandelt, wird mit Busse von Fr. 20 bis Fr. 2000, bei Wiederholung nicht unter Fr. 50 bestraft.

Art. 23. Die Bussen können bei nachgewiesener Bedürftigkeit oder Mittellosigkeit um die Hälfte herabgesetzt, in leichten Fällen erlassen werden.

Art. 24. Die Verfolgung und Beurteilung dieser Widerhandlungen liegt den Kantonen ob.

Die in Art. 21 und 22 genannten Widerhandlungen sind als Polizeiübertretungen zu beurteilen. Solche Verurteilungen fallen nicht ins Strafregister. Die Polizeibussen fallen je zur Hälfte an den Kanton und an den Bund.

Im übrigen findet der erste Abschnitt des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 4. Februar 1853 Anwendung.

Die militärgerichtliche Verfolgung der Widerhandlungen gegen die Anordnungen von militärischen Organen bleibt vorbehalten.

Art. 25. Die Fremdenpolizeibehörden können ausreisende Ausländer, die sich einer Widerhandlung gegen die Bestimmungen dieser Verordnung oder die Weisungen der Fremdenpolizeibehörden schuldig gemacht haben, zur Leistung einer Kaution von Fr. 20 bis Fr. 5000 verhalten. Entzieht sich der Beschuldigte der gerichtlichen Verfolgung, so fällt die Kaution zur Hälfte an den Bund und zur Hälfte an den beteiligten Kanton. In leichten Fällen kann auf die Kaution verzichtet werden.

Art. 26. Schriftenlose oder mit ungenügenden Ausweispapieren versehene Ausländer sind über die Landesgrenze abzuschieben.

Die kantonalen Polizeidirektionen sind ermächtigt, Ausländern, die die Unmöglichkeit der sofortigen Vorlage der Ausweispapiere glaubhaft dartun, zur Beschaffung dieser Papiere eine Frist von höchstens 3 Monaten zu gewähren, sofern ihr Aufenthalt im übrigen nicht zu beanstanden ist. Für den Aufenthalt während dieser Frist wird eine kantonale Kontrollkarte ausgestellt.

Die kantonalen Polizeidirektionen sind auch befugt, ausnahmsweise an Ausländer, die keine Ausweispapiere besitzen, mit Zustimmung der Zentralstelle Toleranzbewilligungen auszustellen.

Art. 27. Die Landesverweisung der Ausländer gemäss Art. 70 der Bundesverfassung wird durch den Bundesrat ausgesprochen. Ausländer, die durch ihr Verhalten die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und andern unentbehrlichen Bedarfsgegenständen stören, erschweren oder verhindern, sind dem Bundesrat zur Ausweisung bekanntzugeben.

Die Landesverweisung der Ausländer nach Massgabe der kantonalen Gesetzgebung wird durch die kantonalen Behörden verfügt. Diese sind überdies zuständig, Ausländer auszuweisen, wegen Unterlassung der Anmeldung, Verweigerung der Auskunft, unrichtiger Angaben, Widerhandlung gegen die Weisungen der Polizeibehörden und ungenügender Ausweise über einen einwandfreien und den Interessen der Schweiz nicht zuwiderlaufenden Zweck des Aufenthalts.

Art. 28. Die von den kantonalen Behörden in Anrufung dieser Verordnung ausgesprochenen Ausweisungen gelten für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft.

Kein Kanton darf einem andern die ausgewiesenen Ausländer ohne dessen Einverständnis zuschieben.

Ist die Ausweisung nicht durchführbar, so können die Ausgewiesenen auf Kosten des Kantons, der die Ausweisung ausgesprochen hat, interniert werden.

IV. Oberaufsicht.

Art. 29. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement übt die Oberaufsicht über die Handhabung der Fremdenpolizei und die Kontrolle der Ausländer aus. Es erlässt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen allgemeinen Weisungen und Instruktionen, die auf diesem Gebiete auch die militärischen Stellen, soweit sie mit der Beaufsichtigung und Überwachung des Grenzverkehrs betraut sind, verpflichten.

Diese Oberaufsicht bezieht sich dagegen nicht auf die militärischen Massnahmen der Organe der Armee.

Art. 30. Die eidgenössische Zentralstelle für Fremdenpolizei überwacht die Durchführung dieser Verordnung, sowie der durch das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement erlassenen Weisungen und Instruktionen. Sie erteilt den ausführenden Stellen, insbesondere den die Kontrolle im Innern handhabenden Behörden Auskunft über verdächtige und beanstandete Personen, über die sie eine besondere Kontrolle führt.

Art. 31. Die kantonalen Polizeidirektionen sind gehalten, von den in ihrem Bereich auf Grund der Strafbestimmungen dieser Verordnung ausgefällten Bussen und Strafen, sowie verfügten Ausweisungen der Zentralstelle Mitteilung zu machen.

Diese gibt ihrerseits den zuständigen Kantonen Kenntnis von den von ihr verfügten Rückziehungen des Visums und Ausschaffungen.

Art. 32. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement überwacht den Vollzug der verfügten Ausweisungen und sorgt für die Ausschreibung der Betroffenen im schweizerischen Polizeianzeiger. Die Gemeinden sind verpflichtet, den Polizeianzeiger zu halten und denselben täglich anhand der Kontrollisten durchzugehen.

Art. 33. Gegen die von den zuständigen Organen (Gesandtschaften, Konsulate, Zentralstelle für Fremdenpolizei) nach Mitgabe dieser Verordnung getroffenen Verfügungen steht den Beteiligten der Rekurs an das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zu, welches endgültig entscheidet.

V. Schlussbestimmungen.

Art. 34. Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen über entlassene Wehrmänner, Internierte, Hospitalisierte, Transporte von Kriegsgefangenen und Evakuierten, Refraktäre und Deserteure.

Art. 35. Die kantonalen Vorschriften über Fremdenpolizei-, Kontroll-, Aufenthalts- und Niederlassungswesen bleiben in Kraft, soweit sie mit den Bestimmungen dieser Verordnung nicht in Widerspruch stehen.

Die Kantone sind ermächtigt, strengere Vorschriften, besonders über das Meldungswesen, zu erlassen.

Art. 36. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1919 in Kraft.

Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ist mit der Durchführung beauftragt.

Mit dem 1. Dezember 1919 werden aufgehoben:

die Verordnung des Bundesrates vom 21. November 1917 betreffend die Grenzpolizei und die Kontrolle der Ausländer,

der Bundesratsbeschluss vom 19. Juni 1919 betreffend Ermächtigung der Gesandtschaften und Konsulate zur Erteilung von Einreisebewilligungen für beschränkte Dauer,

der Bundesratsbeschluss vom 11. Juli 1919 betreffend befristete Einreisebewilligungen,

der Bundesratsbeschluss vom 20. September 1919 betreffend Einreisebewilligungen an Kinder von Ausländern,

der Bundesratsbeschluss vom 7. November 1919 betreffend Erleichterung der Einreise.

Bern, den 17. November 1919.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Ador.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Steiger.

Bundesratsbeschluss betreffend Abänderung der Verordnung vom 17. November 1919 über die Kontrolle der Ausländer. (Vom 9. Juli 1920.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 3. April 1919 betreffend Beschränkung der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates, in teilweiser Abänderung der Verordnung vom 17. November 1919 über die Kontrolle der Ausländer, beschliesst:

I. Die in Art. 14, Absatz 1, vorgesehene Anmeldefrist wird auf 48 Stunden ausgedehnt.

Der Art. 14 erhält folgenden Schlussabsatz:

„Die Ausländer, die ihre Ausweispapiere deponiert haben, sind verpflichtet, auf Inlandsreisen den Schriftenempfangsschein mitzuführen."

II. Die Art. 15—17 werden aufgehoben und ersetzt durch folgenden Art. 14bis:

„Art. 14bis. Die Inhaber von Gasthöfen und Pensionen, oder wer sonst mit befristetem Visum eingereiste Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich beherbergt, sind verpflichtet, dieselben innerhalb 24 Stunden nach der Ankunft bei der Ortspolizeibehörde an- und innerhalb 24 Stunden nach der Abreise abzumelden.

Die Anmeldungen müssen Ankunftstag, Familiennamen, Vornamen, Beruf, Nationalität und letzten Aufenthaltsort, die Abmeldungen Familiennamen, Vornamen, nächsten Aufenthaltsort und Abreisetag enthalten. Die An- und Abmeldungsscheine sind vom Ausländer eigenhändig auszufüllen und zu unterschreiben.

Diese Meldungen werden im Ausweispapier nicht eingetragen.

Der Logisgeber ist dafür verantwortlich, dass die gemachten Angaben mit denjenigen des Ausweispapiers übereinstimmen. Er hat von Unstimmigkeiten, die sich aus dem Ausweispapier ergeben, der Ortspolizeibehörde Mitteilung zu machen und ihr die Ausländer, die einer strafbaren Handlung verdächtig erscheinen, anzuzeigen.

Der Logisgeber ist verpflichtet, anhand der Anmeldescheine eine fortlaufende Kontrolle zu führen. Die Polizeibehörden haben wenigstens einmal wöchentlich von diesen Kontrollen Einsicht zu nehmen und dies durch einen Vermerk darin zu bestätigen."

III. Der Art. 21, Absatz 3, wird ersetzt durch:

„der Ausländer, der die Anmeldung gemäss Art. 14 unterlässt, der Logisgeber, der die Meldungen gemäss Art. 14bis unterlässt, wer bei den Meldungen falsche Angaben macht."

IV. Die Bussenminima von Fr. 20 der Art. 21, Absatz 4, und Art. 22 sowie das Minimum einer Kaution von Fr. 20 des Art. 25 werden aufgehoben.

V. Der Art. 35 wird durch folgende Bestimmungen ergänzt:

„Über den Art. 14 hinausgehende polizeiliche Anmeldungen unter Vorlage des Ausweispapiers dürfen jedoch nur angeordnet werden:

a) frühestens nach Ablauf eines Aufenthaltes von 14 Tagen im betreffenden Kanton. Für diese Anmeldung darf keine Gebühr erhoben werden;

b) überdies nach Ablauf eines Aufenthaltes von zwei Monaten im betreffenden Kanton, wobei die Hinterlegung des Ausweispapieres gegen Schriftenempfangsschein gefordert sowie eine Gebühr erhoben werden kann.

Spezielle Vorladungen von Ausländern zu Kontroll- oder andern Zwecken bleiben vorbehalten."

VI. Dieser Bundesratsbeschluss tritt am 15. Juli 1920 in Kraft.

Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ist mit der Durchführung beauftragt.

Bern, den 9. Juli 1920.

Im Namen des schweiz. Bundesrates:

Der Vizepräsident:
Schulthess.

Der Vizekanzler:
Contat.

194.

PAYS-BAS.

Ordonnance interdisant aux bâtiments de guerre étrangers l'entrée dans les eaux territoriales néerlandaises; du 30 juillet 1914.*)

Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1914, No. 332.

Wij Wilhelmina, bij de gratie Gods, Koningin der Nederlanden, Prinses van Oranje-Nassau, enz., enz., enz.

Op de gemeenschappelijke voordracht van Onze Ministers van Marine, van Oorlog, van Buitenlandsche Zaken en van Justitie van 30 Juli 1914;

Gezien het Koninklijk besluit van den 30sten October 1909 (*Staatsblad* n⁰. 351) houdende vaststelling van nieuwe regelen ten aanzien van de toelating van oorlogsschepen van vreemde mogendheden in de Nederlandsche territoriale wateren en het daarbinnen gelegen Nederlandsche watergebied;

Overwegende, dat het met het oog op den algemeenen politieken toestand in Europa wenschelijk is, gebruik te maken van het voorbehoud, bedoeld in het tweede lid van artikel 14 van Ons besluit, voornoemd;

Hebben goedgevonden en verstaan:

te bepalen:

---

*) Une ordonnance du 11 mars 1919 (Staatsblad No. 100) en révoquant l'Ordonnance du 30 juillet 1914, a réintégré les dispositions du 30 octobre 1909.

Art. 1.

Het Koninklijk besluit van 30 October 1909 (*Staatsblad* n°. 351)*) wordt tot nadere aankondiging tijdelijk buiten werking gesteld.

Art. 2.

Gedurende den tijd, dat het in artikel 1 genoemde besluit buiten werking zal zijn, is het aan oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van vreemde mogendheden niet geoorloofd zich van uit zee in de Nederlandsche territoriale wateren en het daarbinnen gelegen Nederlandsche watergebied te begeven of zich daarin op te houden.

Art. 3.

Het bepaalde in artikel 2 is niet van toepassing:

a. op kruisers voor het politietoezicht op de visscherij in de Noordzee door de mogendheden, voor welke het verdrag van 6 Mei 1882 (*Staatsblad* 1884 n°. 40) rechtskracht heeft;

b. op oorlogsschepen van vreemde mogendheden die uitsluitend bestemd zijn voor godsdienstige, wetenschappelijke of menschlievende doeleinden;

c. op oorlogsschepen van vreemde mogendheden in gevallen van nood, zeegevaar of averij. Zoodra deze oorzaken ophouden te bestaan, zulks ter beoordeeling van Onzen Minister van Marine, treedt de bepaling van artikel 2 van dit besluit weder in werking.

De uitzonderingen op de beperkende verbodsbepalingen vermeld in de punten *a* en *b*, zijn slechts toepasselijk tegenover de mogendheden, die dezelfde gedragslijn tegenover Nederlandsche oorlogsschepen in acht nemen.

Art. 4.

Oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van vreemde mogendheden, welke in strijd met de bepalingen van dit besluit zich in de Nederlandsche territoriale wateren of het daarbinnen gelegen Nederlandsche watergebied begeven of zich daarin ophouden, en zich niet op eerste aanmaning verwijderen, stellen zich bloot aan zoodanige maatregelen van geweld als de Nederlandsche Regeering zal goedvinden te gebruiken.

Onze Ministers van Marine, van Oorlog, van Buitenlandsche Zaken en van Justitie zijn belast met de uitvoering van dit besluit, dat in het *Staatsblad* zal worden geplaatst.

's-Gravenhage, den 30sten Juli 1914.

Wilhelmina.

De Minister van Marine, J. J. Rambonnet.
De Minister van Oorlog, Bosboom.
De Minister van Buitenlandsche Zaken, J. Loudon.
De Minister van Justitie, B. Ort.

Uitgegeven den dertigsten Juli 1914.

De Minister van Justitie, B. Ort.

*) V. N. R. G. 3. s. IV, p. 162.

195.

PAYS-BAS.

Déclaration de neutralité; du 5 août 1914.

Staatscourant du 5 août 1914. — Recueil de diverses communications du Ministre des affaires étrangères aux Etats-Généraux par rapport à la neutralité des Pays-Bas. La Haye 1916.

I.

Texte original.

Nederlandsche Neutraliteitsproclamatie.

Artikel 1.

Binnen het rechtsgebied van den Staat, omvattende het grondgebied van het Koninkrijk in Europa, benevens de koloniën en bezittingen in andere werelddeelen, worden geenerlei vijandelijkheden toegelaten, noch mag dat gebied als basis voor vijandelijke operaties worden gebruikt.

Artikel 2.

Noch bezetting van eenig deel van het rechtsgebied van den Staat door een oorlogvoerende, noch het doortrekken van dit gebied te land door tot een der oorlogvoerenden behoorende troepen of convooien van munitie of levensmiddelen wordt toegelaten, noch het doortrekken van het binnen de territoriale wateren gelegen Nederlandsche watergebied door oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen der oorlogvoerenden.

Artikel 3.

Troepen of militairen, behoorende tot of bestemd voor de oorlogvoerenden, komende binnen het gebied van den Staat te land, worden onmiddellijk ontwapend en tot het einde van den oorlog geïnterneerd.

Oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende, welke handelen in strijd met de voorschriften van artikel 2, 4 of 7, mogen voor het einde van den oorlog dat gebied niet verlaten.

Artikel 4.

Oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende zullen niet binnen het rechtsgebied van den Staat worden toegelaten.

Artikel 5.

Het bepaalde in het vorige artikel is niet van toepassing op:

1°. oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende, welke wegens averij of wegens de gesteldheid der zee genoodzaakt zijn eene der havens of reeden van den Staat binnen te loopen. Deze schepen zullen weder moeten vertrekken zoodra de omstan-

digheden, welke het binnenloopen noodzakelijk maakten, hebben opgehouden te bestaan;

2°. oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende, welke binnen het rechtsgebied van de koloniën en bezittingen in andere werelddeelen eene haven of reede aandoen, uitsluitend met het doel om hunnen voorraad levensmiddelen of brandstof aan te vullen. Deze schepen zullen weder moeten vertrekken, zoodra de omstandigheden, welke het binnenloopen noodzakelijk maakten, hebben opgehouden te bestaan, met dien verstande, dat zij in geen geval langer dan 24 uren in die haven of op die reede mogen verblijven;

3°. oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende, welke uitsluitend gebezigd worden voor eene godsdienstige, wetenschappelijke of menschlievende zending.

Artikel 6.

Oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende mogen in de havens en op de reeden van den Staat hunne averijen slechts in zooverre herstellen als voor de veiligheid van de vaart onmisbaar is, en mogen niet op eenerlei wijze hunne strijdkracht vermeerderen.

Artikel 7.

Oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogsvoerende, welke zich bij het uitbreken van den oorlog binnen het rechtsgebied van den Staat mochten bevinden, zijn gehouden te vertrekken binnen 24 uren na de afkondiging dezer bepalingen.

Artikel 8.

Indien oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van tegen elkander oorlog voerende partijen zich gelijktijdig onder de omstandigheden, bedoeld in art. 5, in een zelfde werelddeel binnen het rechtsgebied van den Staat bevinden, moeten er ten minste 24 uren verloopen tusschen het vertrek van aan elkander vijandige schepen.

De orde van vertrek wordt, behoudens bijzondere omstandigheden, bepaald door de orde van aankomst.

Een oorlogsschip of een daarmede gelijkgesteld vaartuig van eene der oorlogvoerende partijen kan het rechtsgebiet van den Staat niet verlaten binnen 24 uren na het vertrek van een handelsvaartuig, dat de vlag van zijne tegenpartij voert.

Artikel 9.

Oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende, genoemd in artikel 5 en artikel 7, mogen zich in de havens en op de reeden van den Staat niet verder van levensmiddelen voorzien dan om hunnen voorraad aan te vullen tot hunnen normalen voorraad in vredestijd.

Evenzeer mogen zij geen brandstof innemen dan tot eene hoeveelheid noodig om, met inbegrip van den nog aan boord aanwezigen voorraad, de naaste haven van hun eigen land te bereiken.

Een zelfde schip mag niet wederom van brandstof voorzien worden dan nadat ten minste drie maanden sedert eene vroegere aanvulling binnen het rechtsgebied van den Staat zijn verstreken.

Artikel 10.

Eene prijs mag in het rechtsgebied van den Staat alleen worden binnengebracht wegens onzeewaardigheid, slechte gesteldheid der zee, gebrek aan brandstof of aan levensmiddelen.

Zij moet weder vertrekken zoodra de oorzaak, die het binnenloopen heeft gerechtvaardigd, is vervallen.

Indien zij zulks niet doet, zal haar het bevel kenbaar gemaakt worden om onmiddellijk te vertrekken; ingeval zij daaraan geen gevolg geeft, zal gebruik gemaakt worden van de middelen die beschikbaar zijn om de prijs met hare officieren en hare bemanning vrij te laten en de bemanning, door den prijsmaker aan boord geplaatst, te interneeren.

Artikel 11.

Het is verboden binnen het rechtsgebied van den Staat ten behoeve der oorlogvoerenden strijderskorpsen te vormen of aanwervingsbureau's et openen.

Artikel 12.

Het is verboden binnen het rechtsgebied van den Staat op oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende dienst te nemen.

Artikel 13.

Het is verboden binnen het rechtsgebied van den Staat ten behoeve van een oorlogvoerende vaartuigen voor militaire doeleinden bestemd uit te rusten, te bewapenen of te bemannen, of zoodanige vaartuigen aan een oorlogvoerende toe te voeren of te verschaffen.

Artikel 14.

Het is verboden binnen het rechtsgebied van den Staat aan oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende wapenen of munitiën te verstrekken, alsook om hun op eenigerlei wijze behulpzaam te zijn in de vermeerdering hunner bemanning of uitrusting.

Artikel 15.

Het is verboden binnen het rechtsgebied van den Staat, zonder voorafgaande machtiging der bevoegde autoriteiten ter plaatse, aan oorlogsschepen of daarmede gelijkgestelde vaartuigen van een oorlogvoerende herstellingen aan te brengen en levensmiddelen of brandstoffen te verstrekken.

Artikel 16.

Het is verboden binnen het rechtsgebied van den Staat mede te werken tot het onttakelen of herstellen van prijzen, behalve voor zooveel noodig om ze zeewaardig te maken, zoomede prijzen of prijsgoederen te koopen, in ruil of ten geschenke aan te nemen of in bewaring te hebben.

Artikel 17.

Onder het rechtsgebied van den Staat is mede begrepen de kustzee tot op een afstand van 3 zeemijlen van 60 in den breedtegraad gerekend van de laagwaterlijn.

Voor zooveel de baaien aangaat, wordt die afstand van drie zeemijlen gemeten van eene rechte lijn, dwars door de baai getrokken zoo dicht mogelijk bij den ingang op het eerste punt, waar de opening der baai geen tien zeemijlen van 60 in den breedtegraad te boven gaat.

Artikel 18.

Verder wordt de aandacht gevestigd op de artt. 100, onder 1^0., en 205 van het Wetboek van Strafrecht; *Indisch Staatsblad* 1905, n^0. 62; art. 7, onder 4^0., der wet op het Nederlanderschap en ingezetenschap (*Nederlandsch Staatsblad* 1892, n^0. 268; 1910, n^0. 216); art. 2, n^0. 3, van de wet op het Nederlandsch Onderdaanschap (*Nederlandsch Staatsblad* 1910, n^0. 55; *Indisch Staatsblad* 1910, n^0. 296); de artt. 54 en 55 van het Surinaamsche Wetboek van Strafrecht; de artt. 54 en 55 van het Curaçaosche Wetboek van Strafrecht.

Mede wordt de aandacht van scheepsbevelhebbers, reeders en inladers gevestigd op het gevaar en de nadeelen, waaraan zij zich zouden blootstellen door werkelijke blokkade der oorlogvoerenden niet te eerbiedigen, dan wel oorlogscontrabande of militaire dépêches (tenzij in den regelmatigen postdienst) voor de oorlogvoerenden te vervoeren of andere transportdiensten voor hen te verrichten.

Zij die zich aan zoodanige handelingen zouden schuldig maken, zouden aan alle daaruit voortvloeiende gevolgen onderworpen blijven, zonder te dien aanzien op eenige bescherming of tusschenkomst van de Nederlandsche Regeering aanspraak te kunnen hebben.

II.

Traduction française.

Les Ministres des Affaires Etrangères, de la Justice, de la Marine, de la Guerre et des Colonies, autorisés à cette fin par Sa Majesté la Reine, portent à la connaissance de tous ceux que la chose concerne, que le Gouvernement néerlandais observera dans la guerre qui a éclaté entre les Puissances amies des Pays-Bas, Grande-Bretagne et Allemagne, et Belgique et Allemagne, une stricte neutralité et qu'en vue de l'observation de cette neutralité les dispositions suivantes ont été arrêtées:

Article 1.

Dans le domaine où l'Etat exerce sa juridiction et qui comprend le territoire du Royaume en Europe ainsi que les colonies et possessions d'outre mer, aucun acte de guerre n'est toléré. Ce domaine ne peut davantage servir comme base d'opérations de guerre.

Article 2.

Ni l'occupation de quelque partie de ce domaine par un des belligérants, ni le passage par le territoire de leurs troupes, de convois de munitions ou de vivres, ni le passage par les eaux intérieures de navires de guerre ou navires y assimilés des belligérants n'est toléré.

Article 3.

Les troupes ou militaires, relevant des belligérants ou qui vont les joindre, et qui passent sur le territoire de l'Etat, sont immédiatement désarmés et internés jusqu'à la fin de la guerre.

Les navires de guerre ou navires y assimilés des belligérants qui agissent en violation des prescriptions des articles 2, 4 ou 7 ne sont autorisés à quitter le domaine de l'Etat qu'après la fin de la guerre.

Article 4.

La présence d'aucun navire de guerre ou navire y assimilé des belli gérants ne sera tolérée dans la juridiction de l'Etat.

Article 5.

La disposition de l'article précédent n'est pas applicable:

1⁰. aux navires de guerre ou navires y assimilés des belligérants, qui pour cause d'avaries ou à raison de l'état de la mer ont été obligés d'entrer dans un des ports ou une des rades de l'Etat. Ces navires devront partir dès que les circonstances qui ont rendu l'entrée nécessaire auront cessé d'exister;

2⁰. aux navires de guerre ou navires y assimilés des belligérants qui touchent un port ou une rade dans le domaine des colonies et possessions d'outre mer dans le but exclusif de compléter leur approvisionnement de vivres ou de charbon. Ces navires devront partir aussitôt que les circonstances qui ont rendu l'entrée nécessaire auront cessé d'exister. Dans aucun cas ils ne peuvent demeurer dans le port ou la rade pendant plus de 24 heures;

3⁰. aux navires de guerre ou navires y assimilés des belligérants exclusivement affectés à une mission réligieuse, scientifique ou philanthropique.

Article 6.

Les navires de guerre ou navires y assimilés des belligérants ne peuvent dans les ports ou rades réparer leurs avaries que dans la mesure indispensable à la sécurité de leur navigation, et non pas accroître, d'une manière quelconque, leur force militaire.

Article 7.

Les navires de guerre ou navires y assimilés des belligérants, qui à l'ouverture des hostilités se trouvent dans la juridiction de l'Etat, doivent la quitter dans les 24 heures après la promulgation de ces dispositions.

Article 8.

Lorsque des navires de guerre ou navires y assimilés des deux parties belligérantes se trouvent, sous les circonstances prévues par l'article 5, dans le domaine de l'Etat situé dans la même partie du monde, il doit s'écouler au moins 24 heures entre le départ du navire d'un belligérant et le départ du navire de l'autre.

L'ordre des départs, sauf circonstance imprévue, est déterminé par l'ordre des arrivées.

Un navire de guerre ou navire y assimilé des belligérants ne peut quitter le domaine de l'Etat moins de 24 heures après le départ d'un navire de commerce portant le pavillon de son adversaire.

Article 9.

Les navires de guerre ou navires y assimilés d'un belligérant visés aux articles 5 et 7 ne peuvent se ravitailler dans les ports et rades de l'Etat que pour compléter leur approvisionnement normal du temps de paix.

De même ils ne peuvent compléter leur combustible que jusqu'à la quantité nécessaire pour gagner le port le plus proche de leur propre pays.

Un même navire n'est admis à renouveler son approvisionnement de charbon qu'après l'expiration d'un délai d'au moins trois mois depuis le dernier approvisionnement dans la juridiction de l'Etat.

Article 10.

Une prise ne peut être amenée dans la juridiction de l'Etat que pour cause d'innavigabilité, de mauvais état de la mer, de manque de combustible ou de provisions.

Elle doit repartir aussitôt que la cause qui en a justifié l'entrée a cessé.

Si elle ne le fait pas, l'ordre lui sera notifié de partir immédiatement. Au cas où elle ne s'y conformerait pas il sera fait usage des moyens disponibles pour relâcher la prise, ses officiers et son équipage, et pour interner l'équipage mis à bord par le capteur.

Article 11.

Il est interdit de former dans la juridiction de l'Etat des corps de combattants et d'ouvrir des bureaux d'enrôlement.

Article 12.

Il est interdit dans la juridiction de l'Etat de prendre service à bord des navires de guerre ou navires y assimilés des belligérants.

Article 13.

Il est interdit dans la juridiction de l'Etat d'équiper ou d'armer des navires, destinés à concourir aux opérations de guerre et de faire parvenir de tels navires aux belligérants.

Article 14.

Il est interdit dans la juridiction de l'Etat de fournir des armes ou des munitions à des navires de guerre ou navires y assimilés des belli-

gérants ou de faciliter en quelque manière à ces navires l'augmentation de leur armement ou de leur équipage.

Article 15.

Il est interdit dans la juridiction de l'Etat, sans autorisation préalable des autorités locales compétentes, d'exécuter des réparations à des navires de guerre ou navires y assimilés des belligérants ou de fournir des vivres ou du charbon à ces navires.

Article 16.

Il est interdit dans la juridiction de l'Etat de contribuer au désarmement ou à la réparation des prises, sauf pour les mettre en état de tenir la mer. Il est également interdit de vendre, de troquer, d'accepter en donation, ou de garder pour autrui des prises ou des marchandises saisies.

Article 17.

Le domaine où l'Etat exerce sa juridiction comprend également la mer littorale jusqu'à une distance de 3 milles marins de 60 au degré de latitude à partir de la laisse de la basse mer.

Pour les baies le rayon de 3 milles est mesuré à partir d'une ligne droite tirée en travers de la baie dans la partie la plus rapprochée de l'entrée au premier point où l'ouverture n'excède pas 10 milles de 60 au degré de latitude.

Article 18.

Ensuite l'on attire l'attention sur les articles 100 N°. 1 et 205 du Code Pénal; Journal officiel des Indes 1905, N°. 62; l'article 7, N°. 4, de la Loi relative à la qualité de néerlandais et de regnicole; (Journal officiel néerlandais 1892, N°. 268; 1910, N°. 216); l'article 2, N°. 3, de la Loi relative à la sujétion néerlandaise (Journal officiel néerlandais 1910, N°. 55; Journal officiel des Indes 1910, N°. 296); les articles 54 et 55 du Code Pénal de Surinam; et sur les articles 54 et 55 du Code Pénal de Curaçao.

Enfin l'attention des capitaines de navires, armateurs et expéditeurs est fixée sur les dangers et dommages auxquels ils s'exposeraient en ne respectant pas les blocus effectifs des belligérants, et en transportant de la contrebande de guerre ou des dépêches militaires (sauf par service postal régulier) au profit des belligérants, ou en leur rendant d'autres services de transport.

Ceux qui se rendraient coupables de ces agissements resteraient soumis à toutes les conséquences qui en dérivent, sans pouvoir à cet égard en appeler à la protection ou à l'intervention du Gouvernement Néerlandais.

196

PAYS-BAS.

Loi interdisant l'usage abusif des signes distinctifs désignés à l'article 5 de la Convention du 18 octobre 1907 pour l'adaptation à la guerre maritime des principes de la Convention de Genève;*) du 27 août 1914.

Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1914, No. 426.

Wet van den 27sten Augustus 1914, tot verzekering van de naleving van het onder dagteekening van 18 October 1917ter Tweede Vredesconferentie gesloten verdrag voor de toepassing op den zeeoorlog der beginselen van het verdrag van Genève.

Wij Wilhelmina, bij de gratie Gods, Koningin der Nederlanden, Prinses van Oranje-Nassau, enz., enz., enz.

Allen, die deze zullen zien of hooren lezen, salut! doen te weten: Allzoo Wij in overweging genommen hebben, dat wettelijke bepalingen noodig zijn tot verzekering van de naleving van het onder dagteekening van 18 Oktober 1907 ter Tweede Vredesconferentie gesloten verdrag voor de toepassing op den zeeoorlog der beginselen van het verdrag van Genève;

Zoo is het, dat Wij, den Raad van Staate gehoord, en met gemeen overleg der Staten-Generaal, hebben goedgevonden en verstaan, gelijk Wij goedvinden en verstaan bij deze:

Eenig artikel.

Na artikel 473 van het Wetboek van Strafrecht wordt ingelascht een nieuw artikel 473 a, luidende als volgt:

„Hij die, zonder daartoe gerechtigd te zijn, gebruik maakt, zij het ook met eene geringe afwijking, van een onderscheidingsteeken waarvan het gebruik krachtens wettelijk voorschrift uitsluitend aan hospitaalschepen, aan sloepen van zoodanige schepen of aan kleine vaartuigen voor den hospitaaldienst bestemd, is toegekend, wordt gestraft met hechtenis van ten hoogste eene maand of geldboete van ten hoogste driehonderd gulden."

Lasten en bevelen, dat deze in het *Staatsblad* zal worden geplaatst, en dat alle Ministerieele Departementen, Autoriteiten, Colleges en Ambtenaren, wie zulks aangaat, aan de nauwkeurige uitvoering de hand zullen houden.

Gegeven te 's-Gravenhage, den 27sten Augustus 1914.

Wilhelmina.

De Minister van Justitie, B. Ort.
De Minister van Marine, J. J. Rambonnet.
De Minister van Buitenlandsche Zaken, J. Loudon.

Uitgegeven den acht en twintigsten Augustus 1914.

De Minister van Justitie, B. Ort.

---

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 630.

197.

DANEMARK.

Décret concernant la conduite des armateurs et des navires danois pendant une guerre entre des Etats étrangers; du 6 août 1914.

Lovtidende 1914, No. 24.

Anordning angaaende de Regler, der bør iagttages til Betryggelse af den danske Handel og Søfart under en Krig mellem fremmede Magter.

Vi Christian den Tiende, af Guds Naade Konge til Danmark, de Venders og Goters, Hertug til Slesvig, Holsten, Stormarn, Ditmarsken, Lauenborg og Oldenborg,

Gøre vitterligt: Angaaende de Regler, der bør iagttages til Betryggelse af den danske Handel og Søfart under en Krig mellem fremmede Magter, ville vi Allernaadigst have anordnet som følger:

§ 1.

Naar dansk Handelsskib i aaben Sø eller paa en krigsførende Magts Søterritorium prajes af noget de krigsførende Magter tilhørende, armeret Skib, har det paa Chefens Begæring uvægerlig at forevise Skibspapirerne, nemlig Nationalitets- og Registrerings-Certifikat (eller i Mangel af saadant et af dansk Konsul udstedt Interims-Nationalitets-Certifikat), Skibsbemandingslisten, Udklareringsbeviset og Ladningspapirerne. Hverken før Visitationen eller medens denne staar paa, maa Papirer vedrørende Skibet eller Ladningen skjules, kastes overbord eller tilintetgøres. Intet dansk Skib maa være forsynet med dobbelte Skibspapirer eller føre andet Flag end det danske.

Uden dertil i hvert enkelt Tilfælde indhentet Tilladelse fra Udenrigsministeriet bliver intet Interims-Nationalitets-Certifikat at udfærdige for noget Skib, der under Krigen eller i de sidste seks Maaneder før dens Udbrud har sejlet under nogen af de krigsførende Staters Flag.

§ 2.

Skulde det, medens et dansk Fartøj befinder sig i Udlandet, være nødvendigt dèr at antage fremmede Somænd, bør fortrinsvis neutrale Staters Undersaatter forhyres. Enhver Forandring, som sker med Mandskabet, bør tilligemed Grunden dertil paa behørig Maade angives i Skibsbemandingslisten, som derefter skal forelægges vedkommende danske Konsul til Paategning om den stedfundne Paamønstring. I Tilfælde af, at dansk Konsul ikke findes paa Stedet, skal Paamønstringen søges attesteret af vedkommende

Øvrighed, Notarius publicus eller anden Myndighed, som efter Stedets Ret nyder offentlig Troværdighed.

§ 3.

Ingen Skibsfører maa sejle til nogen Havn, som er blokeret af en af de krigsførende Magter. Han har saa vidt muligt at skaffe sig Oplysning om, hvorvidt Adgangen er fri til den Havn, hvortil han agter sig. Dersom han ved Indsejlingen til en Havn, hvis Blokade var ham ubekendt, prajes af et Skib under vedkommende krigsførende Magts Orlogsflag, og det tilkendegives ham af den kommanderende, at Havnen er blokeret, har han ufortøvet at fjerne sig derfra uden at søge hemmelig at indsnige sig i Havnen.

Ved en blokeret Havn forstaas en saadan, som er blokeret effektivt, d. v. s. af en Styrke, der er tilstrækkelig til faktisk at afskære Adgangen til den blokerede Kyst.

§ 4.

Som ubetinget Krigskontrabande, der vil kunne konfiskeres af en krigsførende Magt, naar Varerne ad direkte eller indirekte Vej befordres til den anden af de krigsførende Magters Territorium eller til noget af den besat. Territorium eller til dens Stridskræfter, anses:

1. Vaaben af enhver Art, derunder indbefattet Jagtvaaben, samt enkelte Dele deraf, der er kendelige som saadanne,

2. Projektiler, Karduser og Patroner af enhver Art, samt enkelte Dele deraf, der er kendelige som saadanne,

3. Krudt og Sprængstoffer, der særlig er bestemte til Krigsbrug,

4. Lavetter, Amunitionsvogne, Forstillinger, Trænvogne, Feltesser og enkelte Dele deraf, der er kendelige som saadanne.

5. Militære Beklædnings- og Udrustningsgenstande, der er kendelige som saadanne,

6. Militære Seletøjsgenstande af enhver Art, der er kendelige som saadanne,

7. Ride-, Træk- og Lastdyr brugelige i Krig,

8. Lejrmateriel og enkelte Dele deraf, der er kendelige som saadanne,

9. Panserplader,

10. Krigsskibe og -fartøjer og Dele dertil, naar de efter deres Natur kendelig kun kan anvendes paa et Krigsskib,

11. Instrumenter og Apparater, som udelukkende er forfærdigede til Fabrikation af Krigsammunition, til Fabrikation eller Reparation af Vaaben og Materiel til Land- eller Søkrig.

§ 5.

Som betinget Krigskontrabande, der vil kunne konfiskeres af en krigsførende Magt, naar Varerne befordres til Brug for den anden af de krigsførende Staters væbnede Magt eller Administration, i sidste Tilfælde medmindre Genstandene faktisk ikke kan benyttes under den stedfindende Krig, anses:

1. Levnedsmidler,

2. Foderstoffer og Korn, der er egnet til Kvægfoder,

3. Beklædningsgenstande, vævede Stoffer dertil og Fodtøj, som er egnet til militært Brug,

4. Guld og Sølv, møntet eller i Barrer, Pengesedler,

5. Befordringsmidler af enhver Art, som kan bruges i Krig, saavel som Dele dertil,

6. Skibe, Baade og Fartøjer af enhver Art, Flydedokke, Indretninger til Tørdokke saavel som Dele dertil,

7. Fast eller rullende Jernbanemateriel, Materiel til Telegrafer, Radiotelegrafer og Telefoner,

8. Luftskibe og Flyvemaskiner, Dele dertil, der er kendelige som saadanne, samt Tilbehør, Genstande og Materialer, der kendelig skal tjene til Luftsejlads eller Flyvning,

9. Brændselsstoffer og Smørestoffer,

10. Krudt og Sprængstoffer, som ikke særlig er bestemt for Krigsbrug,

11. Pigtraad samt Redskaber, bestemte til at fastgøre eller overklippe samme,

12. Hestesko og Materialer til Skoning af Heste,

13. Seletøjs- og Sadelgenstande,

14. Kikkerter, Teleskoper, Kronometre og alle Slags nautiske Instrumenter.

Den i Slutningen af første Stykke nævnte Begrænsning gælder ikke for de under 4 nævnte Genstande.

For det Tilfælde, at Forandringer eller Tillægsbestemmelser med Hensyn til Krigskontrabande skulde blive nødvendige, bekendtgør Udenrigsministeriet efter derom indhentet nærmere allerhøjeste Resolution det videre fornødne.

§ 6.

Det er danske Skibe forbudt,

1. at sejle med det specielle Formaal at transportere enkelte Personer, som er indlemmede i en af de krigsførende Parters væbnede Magt, eller for at befordre Efterretninger i nogen af de krigsførende Magters Interesse,

2. at transportere en de krigsførende Magter tilhørende Militærafdeling eller Personer, som under Rejsen yder direkte Bistand til en af de krigsførende Magters Operationer,

3. at tage Del i Fjendtlighederne,

4. at staa under Kommando eller Kontrol af en Agent, der er sat ombord af en af de krigsførende Magter,

5. at lade sig tidsbefragte eller paa anden Maade som Helhed befragte af en af de krigsførende Magter til Benyttelse under Krigen,

6. med Magt at yde Modstand mod en beføjet Udøvelse af Retten til Standsning, Eftersøgning eller Beslaglæggelse ved en af de krigsførende Magters armerede Skibe.

§ 7.

Det er forbudt paa dansk Omraade at ekvipere eller udruste noget Skib, som er bestemt til at krydse eller til at medvirke ved fjendtlige Operationer imod en af de krigsførende Magter.

§ 8.

Det er forbudt danske Undersaatter at ekvipere eller udruste noget Fartøj, der skal benyttes til Kaperi mod nogen af de krigsførende Magter, deres Undersaatter eller Ejendom, eller deltage i et saadant Fartøjs Udrustning eller Ekvipering.

Ej heller maa dansk Undersaat tage Tjeneste om Bord paa noget Kaperfartøj.

§ 9.

Skulde et dansk Skib blive opbragt, skal dets Fører i den Havn, hvortil Skibet bringes, til den derværende danske Konsul, hvis en saadan findes, men i modsat Fald til den nærmeste danske Konsul, afgive en fuldstændig og behørig bekræftet Fremstilling af alle Omstændigheder ved samt Forløbet af den skete Opbringelse.

For saa vidt nogen Skibsfører anser sig for berettiget til at beklage sig over den Behandling, han har mødt af nogen af de krigsførendes armerede Skibe, har han snarest mulig at fremkomme med sin Reklamation til Udenrigsministeriet eller til et kongeligt Gesandtskab eller Konsulat.

§ 10.

Denne Anordning træder straks i Kraft.

Hvorefter alle Vedkommende sig have at rette.

Givet paa Amalienborg, den 6te August 1914.

Under Vor Kongelige Haand og Segl.

(L. S.) *Christian R.*

198.

SUÈDE.

Loi sur la navigation aérienne; du 7 septembre 1914, suivie de deux Décrets du 7 septembre 1914 et du 14 juillet 1916.

Svensk Författningssamling 1914, No. 182, 183; 1916, No. 278. — Seekriegsrecht im Weltkriege. Reichsmarineamt, Berlin 1918, p. 854, 855, 863.

Lag angående förbud mot lufttrafik över svenskt område; given Stockholms slott den 7 september 1914.

Vi Gustaf, med Guds nåde, Sveriges, Götes och Vendes Konung, göra veterligt: att Vi, med Riksdagen, funnit gott förordna som följer:

1 §.

Konungen äge, där så prövas nödigt, förordna, att lufttrafik över svenskt område ej må utan Konungens tillstånd äga rum med andra än svenska staten tillhöriga eller för dess räkning använda luftfartyg.

Sådant förordnande må, efter ty Konungen varje gång bestämmer, gälla för viss tid eller tills vidare.

2 §.

Där luftfartyg framföres i strid mot förbud, som i 1 § avses, äge polis- eller militärmyndighet med erforderliga medel hindra fartygets färd.

3 §.

Den, som överträder förbud, som i 1 § avses, straffes med böter från och med femtio till och med ettusen kronor; och skall det använda luftfartyget tagas i beslag samt dömas förbrutet.

4 §.

Allmän åklagare äge verkställa beslag, som ovan sägs.

Böter, som enligt denna lag ådömas, så ock luftfartyg, som dömes förbrutet, tillfalla kronan.

Saknas tillgång till fulla gäldandet av ådömda böter, skola de förvandlas enligt allmän strafflag.

Denna lag träder genast i kraft.

Det alla, som vederbör, hava sig hörsamligen att efterrätta. Till yttermera visso hava Vi detta med egen hand underskrivit och med Vårt kungl. sigill bekräfta låtit. Stockholms slott den 7 september 1914.

(L. S.) *Gustaf.*

(Civildepartementet.) Oscar von Sydow.

Kungl. Maj:ts nådiga kungörelse angående förbud mot lufttrafik över svenskt område; given Stockholms slott den 7 september 1914.

Vi Gustaf, med Guds nåde, Sveriges, Götes och Vendes Konung, göra veterligt: att Vi, med stöd av 1 § i lagen den 7 september 1914 angående förbud mot lufttrafik över svenskt område, funnit gott förordna, att lufttrafik över svenskt område tillsvidare ej må utan Vårt tillstånd äga rum med andra än svenska staten tillhöriga eller för dess räkning använda luftfartyg.

Denna kungörelse träder genast i kraft.

Det alla, som vederbör, hava sig hörsamligen att efterrätta. Till yttermera visso hava Vi detta med egen hand underskrivit och med Vårt kungl. sigill bekräfta låtit. Stockholms slott den 7 september 1914.

(L. S.) *Gustaf.*

(Civildepartementet.) Oscar von Sydow.

Traduction.

Wir Gustaf usw. tun kund, dass Wir im Einvernehmen mit dem Reichstage beschlossen haben, folgendes zu verordnen.

§ 1.

Der König verordnet, wenn es für notwendig befunden wird, dass der Luftverkehr über schwedischem Gebiet ohne Königliche Erlaubnis nur mit Luftfahrzeugen stattfinden darf, die dem Schwedischen Staate gehören oder für seine Rechnung verwendet werden.

Eine solche Verordnung kann, nach jedesmaliger Bestimmung des Königs, für eine gewisse Zeit oder bis auf weiteres gelten.

§ 2.

Wenn ein Luftfahrzeug im Widerspruch mit dem im § 1 enthaltenen Verbot fährt, haben die Polizei- oder Militärbehörden die Fahrt mit allen erforderlichen Mitteln zu verhindern.

§ 3.

Wer das im § 1 enthaltene Verbot übertritt, wird mit Geldbusse von fünfzig bis zu 1000 Kronen bestraft; auch soll das Luftfahrzeug mit Beschlag belegt und als verwirkt erklärt werden.

§ 4.

Der Staatsanwalt hat die Beschlagnahme auszuführen.

Geldstrafen, auf die nach diesem Gesetz erkannt wird, sowie Luftschiffe, die als verwirkt erklärt worden sind, fallen der Krone zu.

Im Unvermögensfalle werden die Geldstrafen nach dem allgemeinen Gesetze umgewandelt.

Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Stockholm, Schloss, den 7. September 1914.

(Unterschriften.)

Wir Gustav usw. tun kund, dass Wir gestützt auf § 1 des Gesetzes vom 7. September 1914, betreffend das Verbot des Luftverkehrs über schwedischem Gebiet, für gut befunden haben zu verordnen, dass der Luftverkehr über schwedischem Gebiet bis auf weiteres ohne Erlaubnis des Königs nur mit Luftfahrzeugen stattfinden darf, die dem Schwedischen Staate gehören oder für seine Rechnung verwendet werden.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Stockholm, Schloss, den 7. September 1914.

(Unterschriften.)

Wir Gustaf usw. machen bekannt, dass Wir, gestützt auf § 1 des Gesetzes vom 7. September 1914, betreffend das Verbot gegen den Luftverkehr über schwedisches Gebiet, unter Aufhebung der Verordnung vom gleichen Tage, betreffend das Verbot gegen den Luftverkehr über schwedisches Gebiet, für gut befunden haben zu verordnen, dass der Luftverkehr über schwedisches Gebiet, einbegriffen schwedische Territorialgewässer, bis auf weiteres bei Strafe, wie im eben genannten Gesetz vorgeschrieben, nicht ohne Unsere Zustimmung mit anderen Luftfahrzeugen stattfinden

darf, als mit solchen, die dem schwedischen Staate gehören oder für seine Rechnung benutzt werden, doch soll, was auf diese Weise verordnet worden ist, für die schwedischen Territorialgewässer im Öresund zwischen den Breitengraden, gezogen im Norden durch Vikens Feuer (Breite N 58° 8′ 7″) und im Süden durch Klagshamns Feuer (Breite N 55° 31′ 2″) keine Geltung haben.

Diese Verordnung tritt an dem auf den Tag der Verausgabung aus dem Druck in der schwedischen Verfassungssammlung folgenden Tage in Kraft.

Usw.

Stockholms Schloss, den 14. Juli 1916.

(L. S.) gez. *Gustaf.*

Das Ministerium des Innern. Johan Beck Friis.

199.

SUÈDE.

Décrets concernant la navigation et le séjour des sousmarins des puissances belligérantes dans les eaux territoriales suédoises; du 29 novembre 1915 et du 19 juillet 1916.

Seekriegsrecht im Weltkriege. Berlin, Reichsmarineamt 1918, p. 997. — Svensk Författningssamling 1916, No. 277. — Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1916, No. 203.

I.

Traduction.

Est interdit aux sousmarins des Puissances-belligérantes de naviguer ou de séjourner dans les eaux territoriales Suédoises à une distance de moins de 3 milles marins de la terre ferme ou de l'ilot ou récif le plus éloigné de la côte Suédoise qui n'est pas continuellement submergé. exception faite cependant pour la route maritime dans le Sund entre des parallèles de latitude tirés au nord par le phare de Viken (Lat. N 56° 8′ 7″) et au Sud par le phare de Klagsham (Lat. N 55° 31′ 2″). Les dispositions ci-dessus ne seront pas applicables dans le cas où par suite de l'état de la mer ou pour cause d'avarie un sousmarin serait contraint de pénétrer dans les eaux interdites, à condition toutefois que dans ces eaux il se tienne à la surface et porte le pavillon de sa nationalité. Dès que la cause de son entrée dans les eaux interdites aura cessé, le sousmarin devra les quitter dans le plus bref délai possible.

II.

Vi Gustaf, med Guds nåde, Sveriges, Götes och Vendes Konung, göra veterligt: att Vi funnit gott att såsom tillägg till nådiga kungörelsen den 20 december 1912 med vissa bestämmelser i avseende å Sveriges neutralitet under krig mellan främmande makter och med upphävande av nådiga kungörelsen den 29 november 1915, innefattande tillägg till nyssnämnda kungörelse, förordna som följer:

Undervattensbåtar, utrustade för krigsbruk och tillhörande främmande makt, äga, vid äventyr att utan föregående varning angripas med vapenmakt, icke färdas eller uppehålla sig i svenskt territorialvatten inom tre nautiska minuter (5 556 meter) från land eller ytterst från svenska kusten beläget skär, som icke ständigt av havet översköljes; dock att härifrån undantages farleden genom Öresund mellan latitudparalleller dragna i norr genom Vikens fyr (lat. N. 56° 8',7) och i söder genom Klagshamns fyr (lat. N. 55° 31',2).

I händelse undervattensbåt vid hårt väder eller haveri nödgas ingå å förbjudet område, skall vad ovan stadgas ej äga tillämpning under förutsättning att fartyget inom området hålles i övervattensläge och har nationalitetsflaggan samt internationell signal om anledningen till sin närvaro hissade. Så snart ske kan, efter det orsaken till inlöpandet upphört, skall fartyget lämna området.

Denna kungörelse träder i kraft den 28 juli 1916.

Det alla, som vederbör, hava sig hörsamligen att efterrätta. Till yttermera visso hava Vi detta med egen hand underskrivit och med Vårt kungl. sigill bekräfta låtit. Särö den 19 juli 1916.

(L. S.) *Gustaf.*

(Utrikesdepartementet.) Hj. L. Hammarskjöld.

Traduction.

Unterseeboote, die zum Gebrauch im Kriege ausgerüstet sind und einer fremden Macht gehören, dürfen, auf die Gefahr hin, ohne vorhergehende Warnung mit Waffengewalt angegriffen zu werden, nicht in schwedischen Hoheitsgewässern innerhalb dreier nautischer Minuten (Seemeilen) vom Lande oder von der schwedischen Küste zu äusserst vorgelagerten Klippeninseln, die nicht stets vom Meere überspült werden, fahren oder sich aufhalten. Ausgenommen davon ist die Fahrstrasse durch den Oeresund zwischen der Breitenparallele durch den Leuchtturm Viken, 56 Grad 8,7 Minuten nördlich und der Breitenparallele durch den Leuchtturm Klagshamn, 55 Grad 31,2 Minuten südlich. Ist ein Unterseeboot genötigt, infolge schweren Wetters oder Seeschadens in das verbotene Gebiet einzulaufen, so soll das obige Verbot keine Geltung haben, vorausgesetzt, dass das Boot in Überwasserlage gehalten wird und seine Nationalflagge und das internationale Signal geheisst hat, das die Ursache seines Verweilens in dem verbotenen Gewässer angibt. Wenn diese Ursache aufhört, soll das Boot das verbotene Gebiet sobald wie möglich verlassen.

200.

SUÈDE.

Ordonnance imposant aux navires de commerce le devoir d'arborer le pavillon national dans les eaux territoriales suédoises; du 14 août 1916.

Svensk Författningssamling 1916, No. 372. — Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft 1916, No. 75.

Vi Gustaf, med Guds nåde, Sveriges, Götes och Vendes Konung, göra veterligt: att Vi, med anledning av framställning av chefen för marinstaben och efter kommerskollegiets hörande, funnit gott förordna som följer:

§ 1.

Inom svenskt territorialvatten skall under tiden från solens uppgång till dess nedgång handelsfartyg hava nationalitetsflaggan hissad, medan svenska krigsmakten tillhörande fartyg är i sikte.

Ligger handelsfartyget i hamn eller å ankarplats, dit krigsfartyget ankommer, eller anländer handelsfartyget till hamn eller ankarplats, där krigsfartyget befinner sig, må flaggan nedhalas, sedan det ankommande fartyget ankrat eller förtöjt.

§ 2.

Inom sådant svenskt territorialvatten, som enligt utfärdad kungörelse ingår i område för krigshamn eller är spärrat genom undervattensminor eller andra försvarsmedel, skall, även om skyldighet att föra flagga icke föreligger enligt § 1, handelsfartyg från solens uppgång till dess nedgång hava nationalitetsflaggan hissad, medan fartyget är under gång.

Vid infart till område, som i denna § avses, skall flaggan hissas, när fartyget befinner sig en distansminut utanför området.

§ 3.

Då riket befinner sig i krig, är handelsfartygs skyldighet att föra flagga ej inskränkt till tiden mellan solens uppgång och dess nedgång, ej heller, inom område som avses i § 2, till den tid, då fartyget är under gång.

§ 4.

Fartyg, som ligger i hamn eller å ankarplats utan besättning, har ej i något fall skyldighet att föra flagga.

§ 5.

Prejas handelsfartyg inom svenskt territorialvatten av svenska krigsmakten tillhörande fartyg eller båt, skall det genast stoppa och, även om det enligt vad ovan i denna kungörelse stadgas icke är skyldigt föra nationalitetsflagga, hissa densamma. Skall visitering äga rum, är handelsfartygets befälhavare skyldig att, på anmaning, vidtaga åtgärder, som kunna underlätta visiteringen, samt lämna alla de upplysningar, vilka kunna vara

av betydelse för de militära myndigheterna, ävensom att följa av krigsfartygets befälhavare givna anvisningar beträffande den fortsatta resan inom det svenska territorialvattnet.

§ 6.

Handelsfartyg må ej inom svenskt territorialvatten passera mellan svenska krigsmakten tillhörande fartyg eller båtar, vilka utföra minsvepning, och ej heller utan tvingande skäl mellan svenska krigsfartyg, som i territorialvattnet befinna sig under gång i formering.

Med minsvepning sysselsatta fartyg eller båtar föra vid dager såsom igenkänningstecken en blå eller röd flagga på masttoppen eller i förstäven och visa under mörker mot annalkande fartyg, förutom de ljus, som finnas föreskrivna i förordningen angående åtgärder till undvikande av ombordläggning samt signaler för angivande av nöd å fartyg, tillika ett blinkande ljus med rött sken.

§ 7.

Vid skjutövningar från svenska krigsmakten tillhörande fartyg eller båtar böra i närheten befintliga handelsfartyg manövrera så, att hinder för skjutningen ej uppstår.

§ 8.

Underlåter befälhavare å handelsfartyg att därå föra nationalitetsflagga, när sådan skyldighet enligt denna kungörelse är stadgad, eller att vid anprejning stoppa fartyget eller att vid visitering iakttaga föreskrifterna i § 5 eller bryter han mot förbud, som meddelats i § 6, böte från och med fem till och med femhundra kronor.

§ 9.

Allmän åklagare skall tala å förseelse, varom i § 8 förmäles.

Om laga domstol i mål rörande sådan förseelse skall vad i 328 § sjölagen stadgas äga motsvarande tillämpning.

Böter, som i dylikt mål ådömas, tillfalla kronan och skola vid bristande tillgång till deras fulla gäldande förvandlas enligt allmänna strafflagen.

§ 10.

Med handelsfartyg förstås i denna kungörelse alla fartyg och båtar, som ej tillhöra svenska krigsmakten eller främmande krigsmakt; dock att vad i §§ 1, 2 och 3 stadgats endast skall gälla fartyg, som hava en bruttodräktighet av minst 80 ton.

Denna kungörelse träder i kraft den 1 oktober 1916.

Det alla, som vederbör, hava sig hörsamligen att efterrätta. Till yttermera visso hava Vi detta med egen hand underskrivit och med Vårt kungl. sigill bekräfta låtit. Stockholms slott den 14 augusti 1916.

(L. S.) *Gustaf.*

(Finansdepartementet.) K. A. Wallenberg.

Traduction.

§ 1.

Handelsfahrzeuge in schwedischen Hoheitsgewässern sollen während der Zeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang die Nationalitätsflagge geheisst haben, solange Fahrzeuge in Sicht sind, die der schwedischen Kriegsmacht angehören.

Liegt das Handelsfahrzeug in einem Hafen oder auf einem Ankerplatze, bei dem das Kriegsfahrzeug eintrifft, oder trifft das Handelsfahrzeug in einem Hafen oder auf einem Ankerplatz ein, wo sich das Kriegsfahrzeug befindet, so darf die Flagge niedergeholt werden, sobald das ankommende Schiff geankert hat oder vertaut worden ist.

§ 2.

In solchen schwedischen Hoheitsgewässern, die nach darüber erlassener Kundmachung zu Kriegshafengebieten gehören oder durch Unterseeminen oder andere Verteidigungsmittel gesperrt sind, soll das Handelsfahrzeug, auch wenn gemäss § 1 eine Verpflichtung zum Führen der Flagge nicht vorliegt, gleichwohl von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang die Nationalitätsflagge geheisst haben, solange das Fahrzeug in Bewegung ist.

Bei der Einfahrt in Gebiete, wie sie in diesem Paragraphen behandelt sind, soll die Flagge geheisst werden, sobald sich das Fahrzeug eine Distanzminute aussen vor dem Gebiete befindet.

§ 3.

Wenn das Reich sich im Kriege befindet, so ist die Verpflichtung des Handelsfahrzeugs zum Führen der Flagge nicht auf die Zeit zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang beschränkt, auch nicht, in Gebieten, wie sie im § 2 behandelt sind, auf die Zeit, während welcher das Fahrzeug in Bewegung ist.

§ 4.

Fahrzeuge, die ohne Besatzung in einem Hafen oder auf einem Ankerplatze liegen, sind in keinem Falle zum Führen der Flagge verpflichtet.

§ 5.

Wird ein Handelsfahrzeug in schwedischen Hoheitsgewässern von einem der schwedischen Kriegsmacht angehörenden Fahrzeug oder Boote angerufen, so hat es sogleich zu stoppen und die Nationalitätsflagge zu heissen, auch wenn es nach den vorstehenden Bestimmungen der gegenwärtigen Kundmachung zum Führen der Nationalitätsflagge nicht verpflichtet ist. Soll eine Visitierung stattfinden, so ist der Führer des Handelsfahrzeugs auf Aufforderung gehalten, Vorkehrungen zur Erleichterung der Visitierung zu treffen und alle Aufschlüsse zu erteilen, die für die militärischen Behörden von Bedeutung sein können, ferner hat er den vom Befehlshaber des Kriegsschiffs wegen der Fortsetzung der Reise im schwedischen Hoheitsgewässer gegebenen Anweisungen zu folgen.

§ 6.

Handelsfahrzeuge dürfen in schwedischen Hoheitsgewässern nicht zwischen der schwedischen Kriegsmacht angehörenden Fahrzeugen oder Booten hindurchfahren, die Minen suchen (Minsvepning), auch dürfen sie nicht ohne zwingenden Grund zwischen schwedischen Kriegsfahrzeugen hindurchfahren, die sich im Hoheitsgewässer unter Bewegung in Formierung befinden.

Mit Minensuchen beschäftigte Fahrzeuge oder Boote führen tags als Erkennungszeichen eine blaue oder rote Flagge am Masttopp oder am Vordersteven und zeigen während der Dunkelheit herannahenden Schiffen gegenüber, neben den Lichtern, die in der Verordnung, betreffend Verhütung von Zusammenstössen und die Schiffsnotsignale, vorgeschrieben sind, ein Blinklicht mit rotem Schein.

§ 7.

Bei Schiessübungen von Fahrzeugen oder Booten, die der schwedischen Kriegsmacht angehören, müssen in der Nähe befindliche Handelsfahrzeuge so manövrieren, dass das Schiessen nicht behindert wird.

§ 8.

Unterlässt der Führer eines Handelsfahrzeugs die Führung der Nationalitätsflagge auf dem Fahrzeug, wenn ihm die Verpflichtung dazu gemäss dieser Kundmachung vorgeschrieben ist, oder unterlässt er, auf Anruf zu stoppen, oder unterlässt er bei einer Visitierung die Beachtung der Vorschriften in § 5, oder handelt er gegen das in § 6 erlassene Verbot, so wird er mit 5 bis 500 Kronen bestraft.

§ 9.

Der Staatsanwalt hat wegen Übertretungen, wie sie in § 8 genannt sind, Anklage zu erheben.

Wegen der Zuständigkeit des Gerichtshofs in solchen Übertretungsfällen finden die Bestimmungen in § 328 des Seegesetzes entsprechende Anwendung.

Geldstrafen, auf die in solchen Fällen erkannt wird, fallen der Krone zu und sollen, wenn sie nicht voll beigetrieben werden können, nach dem Allgemeinen Strafgesetz umgewandelt werden.

§ 10.

Unter Handelsfahrzeugen werden in der vorliegenden Kundmachung alle Fahrzeuge und Boote verstanden, die weder der schwedischen Kriegsmacht noch einer fremden Kriegsmacht angehören; indes beziehen sich die Vorschriften in den §§ 1, 2 und 3 nur auf Fahrzeuge, die eine Bruttotragfähigkeit von mindestens 80 Tons haben.

Die gegenwärtige Kundmachung tritt am 1. Oktober 1916 in Kraft.

201.

SUÈDE.

Ordonnance concernant l'usage des stations radiotélégraphiques à bord des navires de commerce dans les eaux territoriales suédoises; du 4 septembre 1916.

Svensk Författningssamling 1916, No. 375.

Vi Gustaf, med Guds nåde, Sveriges, Götes och Vendes Konung, göra veterligt: att Vi, med stöd av lagen den 31 augusti 1907 om utförande och nyttjande av elektrisk anläggning för telegrafering eller telefonering utan tråd, funnit gott att, såsom tillägg till vad genom särskilda föreskrifter stadgats i fråga om nyttjande av dylik anläggning ombord å handelsfartyg, förordna följande att gälla tills vidare:

§ 1.

Då omständigheterna det påkalla, må befälhavare å svenskt örlogsfartyg förbjuda eljest tillåtet nyttjande av elektrisk anläggning för telegrafering eller telefonering utan tråd ombord å handelsfartyg, svenskt eller främmande, som befinner sig inom svenskt territorialvatten; och äger befälhavaren tillika, därest det finnes nödigt för förbudets upprätthållande, föreskriva, att den till anläggningen hörande antennen skall nedfiras. Har ej om förbudets varaktighet särskild bestämmelse blivit av örlogsfartygets befälhavare meddelad, må anläggningen åter användas och nedfirad antenn åter upphissas, sedan örlogsfartyget kommit utanför gränsen för optisk signalförbindelse med handelsfartyget.

§ 2.

Befälhavare å handelsfartyg, vilken överträder förbud eller underlåter att efterkomma föreskrift, som meddelats enligt § 1, straffes med böter från och med tjugufem till och med ettusen kronor.

§ 3.

Allmän åklagare skall tala å förseelse, varom i § 2 förmäles.

Om laga domstol i mål rörande sådan förseelse skall vad i 328 § sjölagen stadgas äga motsvarande tillämpning.

Böter, som i dylikt mål ådömas, tillfalla kronan. Saknas tillgång till böternas fulla gäldande, skola de förvandlas enligt allmänna strafflagen.

Denna kungörelse träder i kraft den 15 september 1916.

Det alla, som vederbör, hava sig hörsamligen att efterrätta. Till yttermera visso hava Vi detta med egen hand underskrivit och med Vårt kungl. sigill bekräfta låtit. Stockholms slott den 4 september 1916.

(L. S.) *Gustaf.*

(Civildepartementet.) Steno Stenberg.

202.

NORVÈGE.

Loi concernant la punition des délits commis par les militaires internés durant une guerre entre des puissances étrangères; du 17 mars 1916.

Norsk Lovtidende 1916, No. 16.

Lov om straffebestemmelser for utenlandske militærpersoner, som er internert her i riket under krig mellem fremmede magter.

Vi Haakon, Norges Konge, gjør vitterlig:

at Os er blit forelagt Stortingets beslutning, av 14 mars 1916 saalydende:

§ 1. En utenlandsk militærperson, som er tilbakeholdt, bevogtet eller paa anden maate internert her i riket under krig mellem fremmede magter og som uten tilladelse forlater eller søker at forlate et anvist interneringsomraade eller overtræder betingelserne for en meddelt tilladelse til større bevægelsesfrihet inden rikets grænser, straffes med arrest eller fængsel indtil 2 aar.

Paa samme maate straffes en utenlandsk militærperson, som er internert her i riket og medvirker til en saadan forbrydelse.

§ 2. En utenlandsk militærperson, som under internering her i riket overtræder nogen forskrift, som er git av en offentlig myndighet angaaende interneringen, eller medvirker til saadan overtrædelse, straffes med arrest eller fængsel indtil 6 maaneder.

§ 3. De strafbare handlinger, som omhandles i §§ 1 og 2, er militære forbrydelser.

De kan straffes disciplinært med revselse, saafremt en av de i den militære straffelovs § 110 nævnte revselser ansees tilstrækkelig. I saa fald faar nævnte lovs § 108, sidste led, tilsvarende anvendelse.

De kan ogsaa søkes avgjort ved forelægsstraf, saafremt en av de i den militære straffelovs § 112 nævnte straffe ansees tilstrækkelig.

§ 4. En utenlandsk militærperson, som under internering her i riket gjør sig skyldig i nogen forseelse mot militær tugt og orden, som ikke er strafbar efter § 1 eller § 2, kan straffes disciplinært med revselse.

§ 5. Den militære straffelovs §§ 110—128 faar tilsvarende anvendelse paa norske militærmyndigheters utøvelse av disciplinærmyndighet overfor de internerte.

§ 6. Denne lov træder i kraft straks.

Den provisoriske anordning av 17 december 1915 om straffebestemmelser for utenlandske militærpersoner, som er internert her i riket under krig mellem fremmede magter, ophæves.

Ti har Vi antat og bekræftet, likesom Vi herved antar og bekræfter samme som lov, under Vor haand og rikets segl.

Git paa Kristiania slot den 17 mars 1916.

(L. S.) *Haakon.*

Gunnar Knudsen. Hesselberg.

203.

NORVÈGE.

Décrets concernant la circulation des sousmarins dans les eaux territoriales norvégiennes; du 13 octobre 1916 et du 30 janvier 1917.

Norsk Lovtidende 1916, No. 62; 1917, No. 6.

Kongelig resolution av 13 oktober.

I.

Undervandsbaater, utrustet for krigsbruk og tilhørende krigførende magt, maa ikke færdes eller opholde sig paa norsk sjøterritorium. Hvis de overtræder dette forbud, utsætter de sig for uten varsel at bli angrepet med vaabenmagt.

Forbudet er ikke til hinder for, at undervandsbaat paa grund av haardt veir eller havari søker norsk omraade for at redde menneskeliv; fartøiet skal da inden omraadet holdes i overvandsstilling og ha nationalflagget og det internationale signal for anledningen til sin nærværelse heist. Fartøiet skal forlate omraadet, saasnart den grund, som har berettiget dets ankomst, er bortfaldt.

Andre undervandsbaater end de nævnte kan heller ikke gaa ind eller færdes paa norsk sjøterritorium, medmindre det sker ved lys dag i sigtbart veir og i overvandsstilling med nationalflagget heist.

Fremmed undervandsbaat, som færdes i norsk farvand, maa paa grund av de vanskeligheter, der er forbundet med at skjelne mellem de forskjellige arter av undervandsbaater, selv bære al risiko for enhver skade, eventuelt ødelæggelse, foraarsaket ved forveksling av skibets karakter.

II.

Denne resolution træder i kraft den 20 oktober 1916.

Traduction.*)

I.

Für Kriegsverwendung ausgerüstete und einer kriegführenden Macht gehörige Unterseeboote dürfen auf norwegischem Seegebiet nicht fahren oder sich darin aufhalten. Wer dieses Verbot übertritt, setzt sich dem aus, dass er ohne Warnung mit Waffengewalt angegriffen wird.

Das Verbot hindert nicht, dass ein Unterseeboot infolge schweren Wetters oder einer Havarie norwegisches Gebiet aufsucht, um Menschenleben zu retten; das Fahrzeug soll dann innerhalb des Gebietes in Ueberwasserstellung gehalten werden und die Nationalflagge sowie das internationale Signal für die Ver-

---

*) Seekriegsrecht im Weltkriege. Reichsmarineamt. Berlin 1916. II, p. 836.

anlassung seiner Anwesenheit geheisst haben. Das Fahrzeug soll das Gebiet verlassen, sobald der Grund, der seine Ankunft verursacht hat, fortgefallen ist.

Andere Unterseeboote als die genannten dürfen in norwegisches Seegebiet weder einlaufen, noch es befahren, ausser bei hellem Tage in sichtigem Wetter und in Ueberwasserstellung mit geheisster Nationalflagge.

Ein fremdes Unterseeboot, das norwegisches Fahrwasser befährt, muss auf Grund der Schwierigkeiten, die mit der Unterscheidung zwischen den verschiedenen Arten von Unterseebooten verbunden sind, selbst alle Gefahr für jeden Schaden, unter Umständen für die Vernichtung, auf sich nehmen, den die Verwechslung des Charakters des Schiffes verursacht.

II.

Diese Verordnung tritt am 20. Oktober 1916 in Kraft.

Kongelig resolution av 30 januar.

Den kongelige resolution av 13 oktober 1916 angaaende forbud mot, at undervandsbaater, utrustet for krigsbruk og tilhørende krigførende magt, færdes eller opholder sig paa norsk sjøterritorium m. v., ændres saaledes, at den fra og med 6 februar 1917 kommer til at lyde:

Undervandsbaater, utrustet vor krigsbruk og tilhørende krigførende magt, maa ikke færdes eller opholde sig paa norsk sjøterritorium. Hvis de overtræder dette forbud, utsætter de sig for uten varsel at bli angrepet med vaabenmagt.

Forbudet er ikke til hinder for, at undervandsbaat søker norsk omraade paa grund av haardt veir eller havari eller for at redde menneskeliv; fartøiet skal da inden omraadet holdes i overvandsstilling og ha nationalflagget og det internationale signal for anledningen til sin nærværelse heist. Fartøiet skal forlate omraadet, saasnart den grund, som har berettiget dets ankomst, er bortfaldt.

Undervandsbaater, utrustet for krigsbruk og tilhørende ikke krigførende fremmed magt, kan heller ikke gaa ind eller færdes paa norsk sjøterritorium, medmindre det sker ved lys dag i sigtbart veir og i overvandsstilling med nationalflagget heist.

Traduction.

Die königliche Verordnung vom 13. Oktober 1916, betreffend das Verbot für Unterseeboote, die zum Kriegsgebrauch ausgerüstet sind und einer kriegführenden Macht gehören, im norwegischen Seegebiet zu fahren oder sich aufzuhalten u. s. w., wird mit Wirkung von und mit dem 6. Februar 1917 folgendermassen geändert:

Für Kriegsverwendungen ausgerüstete und einer kriegführenden Macht gehörige Unterseeboote dürfen auf norwegischem Seegebiete nicht fahren oder sich aufhalten. Wer dieses Verbot übertritt, setzt sich dem aus, dass er ohne Warnung mit Waffengewalt angegriffen wird.

Das Verbot hindert nicht, dass ein Unterseeboot wegen schweren Wetters oder Havarie oder um Menschenleben zu retten, norwegisches Gebiet aufsucht. Das Fahrzeug soll dann innerhalb des Gebietes in Überwasserstellung gehalten werden und die Nationalflagge sowie das internationale Signal für die Veranlassung seiner Anwesenheit geheisst haben. Das Fahrzeug soll das Gebiet verlassen, sobald der Grund, der seine Ankunft verursacht hat, fortgefallen ist.

Unterseeboote, die für Kriegsverwendung ausgerüstet sind und keiner kriegführenden Macht angehören, dürfen in norwegisches Seegebiet weder einlaufen, noch es befahren ausser bei hellem Tage in sichtigem Wetter und in Überwasserstellung mit geheisster Nationalflagge.

204.

TURQUIE.

Notes verbales circulaires au sujet des règlements pour les bâtiments de guerre belligérants dans les eaux territoriales turques; des 28 septembre et 1er octobre 1914.

Copie officielle.

I.

Sublime Porte.
Ministère des affaires étrangères.
J. No. 54676/98.
Circulaire Note Verbale.

Le Ministère des affaires étrangères, en vue d'observer ses devoirs de neutralité pendant toute la durée des hostilités, porte les dispositions qui suivent à la connaissance de l'Ambassade de . . .:

1° L'entrée dans les ports, rades et eaux territoriales ottomans est interdite aux navires de guerre des puissances belligérantes, sauf pour cause d'avarie ou à raison de l'état de la mer. Dans ces cas, ils ne devront résider que le strict temps matériel nécessaire pour réparer les dites avaries, ou pour attendre que l'état de la mer soit amélioré.

2° Tout navire belligérant qui demanderait à entrer dans un port ou dans une rade ottomans pour cause de ravitaillement en combustible ou approvisionnement, pourra y être autorisé à la condition d'obtenir l'assentiment de l'autorité impériale locale, après avoir établi les motifs de son arrivée, de ne pas résider plus de vingt-quatre heures dans lesdits port ou rade et de n'être à la fois pas plus de trois unités du même pavillon dans le même port ou rade.

3⁰ Les ports de Smyrne et de Beyrouth sont interdits auxdits navires, ainsi que les eaux intérieures dont l'accès est barré soit par des mines sous-marines, soit par d'autres moyens de défense.

4⁰ Si le navire de guerre ne quitte pas les eaux ottomanes à l'expiration des délais prévus plus haut, le gouvernement impérial prendra les mesures qu'il jugera nécessaires pour mettre le navire dans l'impossibilité de prendre la mer pendant la durée de la guerre.

5⁰ Les bâtiments de guerre sont tenus de respecter les droits souverains de l'Empire ottoman, de s'abstenir de tous actes contraires à sa neutralité, de ne point se livrer dans les eaux territoriales ottomanes à des actes d'hostilité, y compris la capture et le droit de visite.

6⁰ Si des navires de guerre belligérants ennemis se trouvent simultanément dans le même port ou rade ottoman, il doit s'écouler au moins vingt-quatre heures entre le départ du navire d'un belligérant et celui du navire de l'autre belligérant ennemi, l'ordre de départ étant déterminé par celui des arrivées, à moins que le bâtiment arrivé le premier ne soit obligé de rester en raison des causes prévues plus haut au n⁰ 1. De même, un bâtiment de guerre belligérant ne peut quitter un des ports ou rades ottomans que vingt-quatre heures après le départ d'un navire de commerce sous pavillon de son adversaire.

7⁰ Dans les ports et rades ottomans non interdits, les bâtiments de guerre des belligérants ne pourront réparer leurs avaries que dans la mesure indispensable à la sécurité de la navigation et ne pourront accroître d'une manière quelconque leur force militaire. Les autorités impériales ottomanes constateront la nature des réparations à faire; elles devront être exécutées le plus rapidement possible.

8⁰ Lesdits bâtiments ne pourront s'y ravitailler que pour compléter leur approvisionnement normal du temps de paix. Toutefois, étant données les circonstances exceptionnelles de la guerre actuelle, les autorités impériales pourront réduire cet approvisionnement, suivant les nécessités des lieux, au strict nécessaire pour suffire à se rendre dans un port étranger neutre le plus proche une première fois, et refuser tout approvisionnement en cas de retour une seconde fois de bâtiments d'une même nation belligérante.

9⁰ Ces navires ne peuvent prendre de combustible que pour gagner le port le plus proche de leur propre pays, ou de celui dont l'administration est confiée à leur gouvernement, ou du pays allié, au choix de l'autorité impériale locale. Les restrictions précédentes concernant les approvisionnements seront applicables au combustible.

10⁰ Les règlements sanitaires, de pilotage, de douane, de port et des phares ottomans devront être observés et respectés par les bâtiments de guerre des belligérants.

11⁰ Il est défendu d'amener des prises dans un des ports ou rades ottomans (non interdits), sauf pour cause d'innavigabilité, de mauvais état de la mer, de manque de combustible ou de provisions, auquel cas autorisation devra être demandée aux autorités impériales locales; celles-ci l'accorderont après constatation de la cause précitée. La prise devra repartir

aussitôt que ladite cause aura cessé; le ravitaillement en combustible et provisions se fera dans les conditions prévues pour les navires de guerre.

Aucun tribunal des prises ne peut être constitué par un belligérant, ni sur le sol de l'Empire, ni sur un navire dans ses eaux territoriales.

12⁰ Il est interdit aux belligérants de faire des ports et eaux ottomans la base d'opérations navales contre leurs adversaires; d'installer sur le sol et dans les eaux territoriales des stations radiotélégraphiques ou tout appareil destiné à servir comme moyens de communication avec les forces belligérantes sur terre ou sur mer; d'établir des dépôts de combustible. soit sur le sol ottoman, soit sur des navires stationnés dans ses eaux territoriales.

13⁰ Les dispositions qui précèdent ne dérogent en rien au régime des Détroits, qui reste le même, tel qu'il est établi par les traités internationaux.

14⁰ Le droit international général est applicable dans toutes les questions non prévues par les dispositions qui précèdent.

Constantinople, le 28 septembre 1914.

II.

Sublime Porte. le 1er Octobre 1914.
Ministère des Affaires Etrangères.
J. No. 54917/99.
Circulaire Note Verbale.

Se référant à sa Note Verbale Circulaire du 28 septembre 1914, No. 54676/98, le Ministère des Affaires Etrangères a l'honneur d'informer l'Ambassade de . . . que l'étendue des eaux territoriales ottomanes, au point de vue militaire est limitée par une ligne hypothétique parallèle à la côte tracée à une distance de six milles marins pour la Mer Noire, l'Archipel, la Méditerranée, la Mer Rouge, la Mer d'Oman et le Golfe Persique.

La Mer de Marmara étant une mer intérieure elle fait entièrement partie des eaux territoriales.

Pour les golfes, baies, rades, ports et embouchures des fleuves, l'étendue des eaux territoriales est déterminée par la tangente joignant extérieurement les deux circonférences dont le rayon serait de 6 milles et le centre, les deux points de la côte les plus avancés dans la direction de la mer.

En outre, en ce qui concerne l'entrée extérieure du Détroit des Dardanelles, l'espace compris dans une circonférence d'un rayon de six milles marins et ayant pour centre le milieu de la ligne droite tracée de Koum Kalé à Sed-ul-Bahr, est déclarée zone absolument interdite.

Quant à l'entrée extérieure du Détroit, du Bosphore est également déclarée comme telle, la zone comprise dans une circonférence d'un rayon égal et ayant pour centre le milieu de la ligne droite allant de l'Anatolie-Phéneri à Rouméli-Phénéri.

Est aussi zone interdite l'espace intérieur limité, par le prolongement vers Touzla d'une ligne partant du Cap Spiro et passant par le promontoire sud de Keusten Adassi.

L'étendue de mer à l'embouchure du Chatt-el-Arab, comprise dans une circonférence dont le rayon est de six milles marins et dont le centre est Reis-el-Bicha, de même que tout le fleuve, sont déclarés zones interdites.

L'accès de jour et de nuit de toutes les zones interdites précitées est formellement défendu aux navires de guerre étrangers.

Il est également défendu dans les mêmes conditions aux navires étrangers de toute catégorie, de naviguer dans les eaux territoriales sans que les feux règlementairement prescrits soient allumés. De même, aucun navire quelconque ne pourra avoir accès dans les zones interdites pendant la nuit même s'il porte les feux prescrits.

Ceux qui enfreindront les dispositions précitées encourront les sanctions et mesures de répression ou de défense les plus sévères.

En portant ce qui précède à la connaissance de l'Ambassade Impériale, le Ministère des Affaires Etrangères la prie de vouloir bien donner à qui de droit les instructions nécessaires pour leur stricte observation, afin d'éviter aux navires intéressés tout incident ou accident fâcheux.

205.

ESPAGNE.

Décret concernant la navigation et le séjour des sousmarins des puissances belligérantes et neutrales dans les eaux territoriales espagnoles; du 29 juin 1917.

Seekriegsrecht im Weltkriege. Reichsmarineamt, Berlin 1918, p. 1410.

Real Decreto.

A propuestá de Mi Consejo de Ministros,

Vengo en decretar lo siguiente:

Artículo 1.º Queda prohibida a los buques submarinos de cualquier clase que sean, de las naciones beligerantes, la navegación en aguas jurisdiccionales españolas y la entrada en los puertos de la Nación.

Art. 2.º Todos los buques submarinos comprendidos en el artículo anterior que penetren en la juridicción española, sea cual fuere la causa, quedarán internados hasta el final de la guerra.

Art. 3.º Los submarinos neutrales que penetren en aguas españolas deberán hacerlo navegando sobre la superficie y con el pabellón de su Nación en forma ostensible.

Art. 4º. El Real decreto de 23 de noviembre de 1914 quedará en vigor en cuanto no haya sido modificado por el presente.

Dado en Palacio a veintinueve de Junio de mil novecientos diez y siete.

Alfonso.

El Presidente del Consejo de Ministros,
Eduardo Dato.

Traduction.

Königlicher Erlass.

Artikel I. Den Tauchbooten der kriegführenden Staaten, welcher Art sie auch sein mögen, wird das Operieren in spanischen Hoheitsgewässern und die Einfahrt in spanische Häfen verboten.

Artikel II. Alle in dem vorstehenden Artikel bezeichneten Tauchboote, die aus irgendeinem Grunde in spanisches Hoheitsgebiet einfahren, werden bis zum Ende des Krieges interniert.

Artikel III. Die neutralen Tauchboote, die spanische Gewässer befahren, müssen auf der Oberfläche fahren und die Flagge ihrer Nation sichtbar führen.

Artikel IV. Der Erlass vom 23. November 1914 bleibt in Kraft, soweit er nicht durch diesen Erlass abgeändert wird.

206.

MAROC.

Dahir concernant la navigation et le séjour des sousmarins des puissances belligérantes et neutrales dans les eaux territoriales de la Zone d'influence espagnole au Maroc; du 18 juillet 1917.

Seekriegsrecht im Weltkriege. Reichsmarineamt, Berlin 1918, p. 1426.

Dahir dictando reglas referentes al trato de que debe hacerse objeto a los submarinos beligerantes y neutrales en las aguas jurisdiccionales de la zona de influencia española en Marruecos, y Decreto correspondente.

Loor a Dios único.

Sólo su Imperio es perdurable.

(Lugar dell sello.)

Se hace saber por este nuestro escrito, que nos, por la gracia de Dios, su fuerza y su poder, teniendo en cuenta la necesidad de fijar reglas concretas a que deben ajustar su conducta las autoridades y funcionarios

de esta zona, en cuanto se relaciona con el ejercicio de los derechos y el cumplimiento de los deberes consiguientes a la neutralidad que venimos observando desde el principio de la guerra, y hallando los preceptos vigentes en España propios para ser aplicados en la zona de influencia española en Marruecos, hemos tenido a bien disponer lo siguiente:

Artículo 1°. Para los efectos de la neutralidad que viene observando la zona española de Marruecos en relación con la guerra actual, y sólo en lo que afecta a los derechos y deberes que la neutralidad impone al Majzén jalifiano en la guerra marítima, se entenderán por aguas neutrales de la zona española de Marruecos, las comprendidas entre la rompiente del mar sobre la costa y una línea imaginaria paralela a dicha rompiente, y a tres millas de distancia hacia el mar. En las radas, bahías o golfos, cuya abra, medida entre los puntos más salientes hacia el mar, sea inferior a doce millas, la línea a que se refiere el párrafo anterior será la tangente común a dos arcos de circumferencia trazados con un radio de tres millas, desde aquellos puntos, como centros hacia el mar.

Art. 2°. Queda prohibida a los buques submarinos de cualquier clase que sean, de las naciones beligerantes, la navegación en aguas jurisdiccionales de la zona española de Marruecos y la entrada en los puertos de este Protectorado.

Art. 3°. Todos los buques submarinos comprendidos en el artículo anterior que penetren en la jurisdicción de la zona española de Marruecos, sea cual fuere la causa, quedarán internados hasta el final de la guerra.

Art. 4°. Los submarinos neutrales que penetren en aguas de la zona española de Marruecos deberán hacerlo sobre la superficie y con el pabellón de su nación en forma ostensible.

Art. 5°. En cuanto no resulte modificado por los artículos anteriores, todas las autoridades y funcionarios de cualquier clase de la zona española de Marruecos ajustarán su conducta y sus disposiciones a los preceptos contenidos en el XIII Convenio de El Haya del 18 de Octubre de 1907, relativo a los derechos y deberes de las Potencias neutrales en caso de guerra maritima; Convenio que rige en España y cuya aplicación a esta zona de influencia se acepta provisionalmente hasta el restablecimiento de la paz.

En su consecuencia, ordenamos a nuestras autoridades y demás encargados de nuestra mando que esto leyeren obren a su tenor sin extralimitación.

Y la paz.

Escrita esta nuestra orden, glorificado per Dios, a 28 de Romadan de 1335 (18 de Julio de 1917).

Vista el Dahir expedido en esta fecha por Su Alteza Imperial el Príncipe Muley El Mehdi Ben Ismail Ben Mohamed dictando reglas referentes al trato de que debe hacerse objeto a los submarinos beligerantes

y neutrales en las aguas jurisdiccionales de esta zona de influencia española en Marruecos.

Vengo en promulgar el referido Dahir.

Dado en Tetuán a 18 de Julio de 1917.

(Firmado) *F. G. Jordana.*

207.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Proclamation de neutralité; du 4 août 1914.

Publication officielle.

Proclamation of Neutrality by the President of the United States of America. No. 1271 — August 4, 1914.

Whereas a state of war unhappily exists between Austria-Hungary and Servia and between Germany and Russia and between Germany and France;*) And Whereas the United States is on terms of friendship and amity with the contending Powers, and with the persons inhabiting their several dominions;

And Whereas there are citizens of the United States residing within the territories or dominions of each of the said belligerents and carrying on commerce, trade, or other business or pursuits therein;

And Whereas there are subjects of each of the said belligerents residing within the territory or jurisdiction of the United States, and carrying on commerce, trade, or other business or pursuits therein;

And Whereas the laws and treaties of the United States, without interfering with the free expression of opinion and sympathy, or with the commercial manufacture or sale of arms or munitions of war, nevertheless impose upon all persons who may be within their territory and jurisdiction the duty of an impartial neutrality during the existence of the contest;

And Whereas it is the duty of a neutral government not to permit or suffer the making of its waters subservient to the purposes of war;

Now, Therefore, I, Woodrow Wilson, President of the United States of America, in order to preserve the neutrality of the United States and of its citizens and of persons within its territory and jurisdiction, and to

---

*) Identical proclamations have been issued for the following belligerents: Germany and Great Britain, signed August 5, 1914; Austria-Hungary and Russia, signed August 7, 1914; Great Britain and Austria-Hungary, signed August 13, 1914; France and Austria-Hungary, signed August 14, 1914; Belgium and Germany, signed August 18, 1914; Japan and Germany, signed August 24, 1914; Japan and Austria-Hungary, signed August 27, 1914; Belgium and Austria-Hungary, signed September 1, 1914.

enforce its laws and treaties, and in order that all persons, being warned of the general tenor of the laws and treaties of the United States in this behalf, and of the law of nations, may thus be prevented from any violation of the same, do hereby declare and proclaim that by certain provisions of the act approved on the 4th day of March, A. D. 1909, commonly known as the "Penal Code of the United States" the following acts are forbidden to be done, under severe penalties, within the territory and jurisdiction of the United States, to-wit:

1. Accepting and exercising a commissiòn to serve either of the said belligerents by land or by sea against the other belligerent.

2. Enlisting or entering into the service of either of the said belligerents as a soldier, or as a marine, or seaman on board of any vessel of war, letter of marque, or privateer.

3. Hiring or retaining another person to enlist or enter himself in the service of either of the said belligerents as a soldier, or as a marine, or seaman on board of any vessel of war, letter of marque, or privateer.

4. Hiring another person to go beyond the limits or jurisdiction of the United States with intent to be enlisted as aforesaid.

5. Hiring another person to go beyond the limits of the United States with intent to be entered into service as aforesaid.

6. Retaining another person to go beyond the limits of the United States with intent to be enlisted as aforesaid.

7. Retaining another person to go beyond the limits of the United States with intent to be entered into service as aforesaid. (But the said act is not to be construed to extend to a citizen or subject of either belligerent who, being transiently within the United States, shall, on board of any vessel of war, which, at the time of its arrival within the United States, was fitted and equipped as such vessel of war, enlist or enter himself or hire or retain another subject or citizen of the same belligerent, who is transiently within the United States, to enlist or enter himself to serve such belligerent on board such vessel of war, if the United States shall then be at peace with such belligerent.)

8. Fitting out and arming, or attempting to fit out and arm, or procuring to be fitted out and armed, or knowingly being concerned in the furnishing, fitting out, or arming of any ship or vessel with intent that such ship or vessel shall be employed in the service of either of the said belligerents.

9. Issuing or delivering a commission within the territory or jurisdiction of the United States for any ship or vessel to the intent that she may be employed as aforesaid.

10. Increasing or augmenting, or procuring to be increased or augmented, or knowingly being concerned in increasing or augmenting, the force of any ship of war, cruiser, or other armed vessel, which at the time of her arrival within the United States was a ship of war, cruiser, or armed vessel in the service of either of the said belligerents, or belonging to the subjects of either, by adding to the number of guns of

such vessels, or by changing those on board of her for guns of a larger calibre, or by the addition thereto of any equipment solely applicable to war.

11. Beginning or setting on foot or providing or preparing the means for any military expedition or enterprise to be carried on from the territory or jurisdiction of the United States against the territories or dominions of either of the said belligerents.

And I do hereby further declare and proclaim that any frequenting and use of the waters within the territorial jurisdiction of the United States by the armed vessels of a belligerent, whether public ships or privateers, for the purpose of preparing for hostile operations, or as posts of observation upon the ships of war or privateers or merchant vessels of a belligerent lying within or being about to enter the jurisdiction of the United States, must be regarded as unfriendly and offensive, and in violation of that neutrality which it is the determination of this government to observe; and to the end that the hazard and inconvenience of such apprehended practices may be avoided, I further proclaim and declare that from and after the fifth day of August instant, and during the continuance of the present hostilities between Austria-Hungary and Servia, and Germany and Russia and Germany and France, no ship of war or privateer of any belligerent shall be permitted to make use of any port, harbor, roadstead, or waters subject to the jurisdiction of the United States from which a vessel of an opposing belligerent (whether the same shall be a ship of war, a privateer, or a merchant ship) shall have previously departed, until after the expiration of at least twenty-four hours from the departure of such last-mentioned vessel beyond the jurisdiction of the United States. If any ship of war or privateer of a belligerent shall, after the time this notification takes effect, enter any port, harbor, roadstead, or waters of the United States, such vessel shall be required to depart and to put to sea within twenty-four hours after her entrance into such port, harbor, roadstead, or waters, except in case of stress of weather or of her requiring provisions or things necessary for the subsistence of her crew, or for repairs; in any of which cases the authorities of the port or of the nearest port (as the case may be) shall require her to put to sea as soon as possible after the expiration of such period of twenty-four hours, without permitting her to take in supplies beyond what may be necessary for her immediate use; and no such vessel which may been have permitted to remain within the waters of the United States for the purpose of repair shall continue within such port, harbor, roadstead, or waters for a longer period than twenty-four hours after her necessary repairs shall have been completed, unless within such twenty-four hours a vessel, whether ship of war, privateer, or merchant ship of an opposing belligerent, shall have departed therefrom, in which case the time limited for the departure of such ship of war or privateer shall be extended so far as may be necessary to secure an interval of not less than twenty-four hours between such departure and that of any ship of war, privateer, or merchant ship of an opposing belligerent which may have previously

quit the same port, harbor, roadstead, or waters. No ship of war or privateer of a belligerent shall be detained in any port, harbor, roadstead, or waters of the United States more than twenty-four hours, by reason of the successive departures from such port, harbor, roadstead, or waters of more than one vessel of an opposing belligerent. But if there be several vessels of opposing belligerents in the same port, harbor, roadstead, or waters, the order of their departure therefrom shall be so arranged as to afford the opportunity of leaving alternately to the vessels of the opposing belligerents, and to cause the least detention consistent with the objects of this proclamation. No ship of war or privateer of a belligerent shall be permitted, while in any port, harbor, roadstead, or waters within the jurisdiction of the United States, to take in any supplies except provisions and such other things as may be requisite for the subsistence of her crew, and except so much coal only as may be sufficient to carry such vessel, if without any sail power, to the nearest port of her own country; or in case the vessel is rigged to go under sail, and may also be propelled by steam power, then with half the quantity of coal which she would be entitled to receive, if dependent upon steam alone, and no coal shall be again supplied to any such ship of war or privateer in the same or any other port, harbor, roadstead, or waters of the United States. without special permission, until after the expiration of three months from the time when such coal may have been last supplied to her within the waters of the United States, unless such ship of war or privateer shall, since last thus supplied, have entered a port of the government to which she belongs.

And I do further declare and proclaim that the statutes and the treaties of the United States and the law of nations alike require that no person, within the territory and jurisdiction of the United States, shall take part, directly or indirectly, in the said wars, but shall remain at peace with all of the said belligerents, and shall maintain a strict and impartial neutrality.

And I do hereby enjoin all citizens of the United States, and all persons residing or being within the territory or jurisdiction of the United States, to observe the laws thereof, and to commit no act contrary to the provisions of the said statutes or treaties or in violation of the law of nations in that behalf.

And I do hereby warn all citizens of the United States, and all persons residing or being within its territory or jurisdiction that, while the free and full expression of sympathies in public and private is not restricted by the laws of the United States, military forces in aid of a belligerent cannot lawfully be originated or organized within its jurisdiction; and that, while all persons may lawfully and without restriction by reason of the aforesaid state of war manufacture and sell within the United States arms and munitions of war, and other articles ordinarily known as „contraband of war", yet they cannot carry such articles upon the high seas for the use or service of a belligerent. nor can they trans-

port soldiers and officers of a belligerent, or attempt to break any blockade which may be lawfully established and maintained during the said wars without incurring the risk of hostile capture and the penalties denounced by the law of nations in that behalf.

And I do hereby give notice that all citizens of the United States and others who may claim the protection of this government, who may misconduct themselves in the premises, will do so at their peril, and that they can in no wise obtain any protection from the Government of the United States against the consequences of their misconduct.

In Witness Whereof I have hereunto set my hand and caused the seal of the United States to be affixed.

Done at the city of Washington this fourth day of August in the year of our Lord one thousand nine hundred and fourteen and of the independence of the United States of America the one hundred and thirty-ninth.

(Seal.) *Woodrow Wilson.*

By the President:
William Jennings Bryan
Secretary of State.

208.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Décrets concernant les stations radiotélégraphiques; du 5 août et du 5 septembre 1914.

Publication officielle.

Executive order of the President of the United States with reference to radio communication.

No. 2011 — August 5, 1914.

Whereas Proclamations having been issued by me declaring the neutrality of the United States of America in the wars now existing between various European nations; and

Whereas it is desirable to take precautions to insure the enforcement of said Proclamations in so far as the use of radio communication is concerned;

It is now ordered, by virtue of authority vested in me to establish regulations on the subject, that all radio stations within the jurisdiction of the United States of America are hereby prohibited from transmitting or receiving for delivery messages of an unneutral nature, and from in any way rendering to any one of the belligerents any unneutral service, during the continuance of hostilities.

The enforcement of this order is hereby delegated to the Secretary of the Navy, who is authorized and directed to take such action in the premises as to him may appear necessary.

This order to take effect from and after this date.

The White House. *Woodrow Wilson.*

Executive order of the President of the United States with further reference to radio communication.

No. 2042 — September 5, 1914.

Whereas an order has been issued by me dated August 5, 1914 declaring that all radio stations within the jurisdiction of the United States of America were prohibited from transmitting or receiving for delivery messages of an unneutral nature and from in any way rendering to any one of the belligerents any unneutral service; and

Whereas it is desirable to take precautions to insure the enforcement of said order insofar as it relates to the transmission of code and cipher messages by high-powered stations capable of trans-Atlantic communication;

Now Therefore it is ordered by virtue of authority vested in me by the radio Act of August 13, 1912, that one or more of the high-powered radio stations within the jurisdiction of the United States and capable of trans-Atlantic communication shall be taken over by the Government of the United States and used or controlled by it to the exclusion of any other control or use for the purpose of carrying on communication with land stations in Europe, including code and cipher messages.

The enforcement of this order and the preparation of regulations therefor is hereby delegated to the Secretary of the Navy, who is authorized and directed to take such action in the premises as to him may appear necessary.

This order shall take effect from and after this date.

The White House. *Woodrow Wilson.*

209.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Proclamation concernant le maintien de la neutralité dans la zone du Canal de Panama; du 13 novembre 1914.

Publication officielle.

Proclamation by the President of the United States of America prescribing Rules and Regulations for the use of the Panama Canal by belligerent vessels. No. 1287 — November 13, 1914.

Whereas, the United States is neutral in the present war and whereas the United States exercises sovereignty in the land and waters of the Canal Zone and is authorized by its treaty with Panama of February twenty-six,

nineteen hundred and four,*) to maintain neutrality in the cities of Panama and Colon, and the harbors adjacent to the said cities:

Now, Therefore, I, Woodrow Wilson, President of the United States of America, do hereby declare and proclaim the following Rules and Regulations Governing the Use of the Panama Canal by Vessels of Belligerents and the Maintenance of Neutrality by the United States in the Canal Zone, which are in addition to the general „Rules and Regulations for the Operation and Navigation of the Panama Canal and Approaches Thereto, including all Waters under its jurisdiction" put into force by Executive Order of July 9, 1914, and I do bring to the attention of all concerned the protocol of an agreement between the United States and the Republic of Panama, signed at Washington, October 10, 1914, which protocol is hereunto annexed.**)

Rule 1. A vessel of war, for the purposes of these rules, is defined as follows: a public armed vessel, under the command of an officer duly commissioned by the government, whose name appears on the list of officers of the military fleet, and the crew of which are under regular naval discipline, which vessel is qualified by its armament and the character of its personnel to take offensive action against the public or private ships of the enemy.

Rule 2. In order to maintain both the neutrality of the Canal and that of the United States owning and operating it as a government enterprise, the same treatment, except as hereinafter noted, as that given to vessels of war of the belligerents shall be given to every vessel, belligerent or neutral, whether armed or not, that does not fall under the definition of Rule 1, which vessel is employed by a belligerent Power as a transport or fleet auxiliary or in any other way for the direct purpose of prosecuting or aiding hostilities, whether by land or sea; but such treatment shall not be given to a vessel fitted up and used exclusively as a hospital ship.

Rule 3. A vessel of war of a belligerent, or a vessel falling under Rule 2 which is commanded by an officer of the military fleet, shall only be permitted to pass through the Canal after her commanding officer has given written assurance to the authorities of the Panama Canal that the Rules and Regulations will be faithfully observed.

The authorities of the Panama Canal shall take such steps as may be requisite to insure the observance of the Rules and Regulations by vessels falling under Rule 2 which are not commanded by an officer of the military fleet.

Rule 4. Vessels of war of a belligerent and vessels falling under Rule 2 shall not revictual nor take any stores in the Canal except so far as may be strictly necessary; and the transit of such vessels through the Canal shall be effected with the least possible delay in accordance

*) V. N. R. G. 2. s. XXXI, p. 599.
**) V. N. R. G. 3. s. IX, p. 20.

with the Canal Regulations in force, and with only such intermission as may result from the necessities of the service.

Prizes shall be in all respects subject to the same rules as vessels of war of the belligerents.

Rule 5. No vessel of war of a belligerent or vessel falling under Rule 2 shall receive fuel or lubricants while within the territorial waters of the Canal Zone, except on the written authorization of the Canal authorities, specifying the amount of fuel and lubricants which may be received.

Rule 6. Before issuing any authorization for the receipt of fuel and lubricants by any vessel of war of a belligerent or vessel falling under Rule 2, the Canal authorities shall obtain a written declaration, duly signed by the officer commanding such vessel, stating the amount of fuel and lubricants already on board.

Rule 7. Supplies will not be furnished by the Government of the United States, either directly, or indirectly through the intervention of a corporation, or otherwise, to vessels of war of a belligerent or vessels falling under Rule 2. If furnished by private contractors, or if taken from vessels under the control of a belligerent, fuel and lubricants may be taken on board vessels of war of a belligerent or vessels falling under Rule 2 only upon permission of the Canal authorities, and then only in such amounts as will enable them, with the fuel and lubricants already on board, to reach the nearest accessible port, not an enemy port, at which they can obtain supplies necessary for the continuation of the voyage. The amounts of fuel and lubricants so received will be deducted from the amounts otherwise allowed in the ports under the jurisdiction of the United States during any time within a period of three months thereafter. Provisions furnished by contractors may be supplied only upon permission of the Canal authorities, and then only in amount sufficient to bring up their supplies to the peace standard.

Rule 8. No belligerent shall embark or disembark troops, munitions of war, or warlike materials in the Canal, except in case of necessity due to accidental hindrance of the transit. In such cases the Canal authorities shall be the judge of the necessity, and the transit shall be resumed with all possible dispatch.

Rule 9. Vessels of war of a belligerent and vessels falling under Rule 2 shall not remain in the territorial waters of the Canal Zone under the jurisdiction of the United States longer than twenty-four hours at any one time, except in case of distress; and in such case, shall depart as soon as possible; but a vessel of war of one belligerent shall not depart within twenty-four hours from the departure of a vessel of an opposing belligerent.

The twenty-four hours of this rule shall be construed to be twenty-four hours in addition to the time necessarily occupied in passing through the Canal.

Rule 10. In the exercise of the exclusive right of the United States to provide for the regulation and management of the Canal, and in order to ensure that the Canal shall be kept free and open on terms of entire equality to vessels of commerce and of war, there shall not be, except by special arrangement, at any one time a greater number of vessels of war of any one nation, including those of the allies of a belligerent nation, than three in either terminal port and its adjacent terminal waters, or than three in transit through the Canal; nor shall the total number of such vessels, at any one time, exceed six in all the territorial waters of the Canal Zone under the jurisdiction of the United States.

Rule 11. When vessels of war or vessels falling under Rule 2, belonging to or employed by opposing belligerents, are present simultaneously in the waters of the Canal Zone, a period of not less than twenty-four hours must elapse between the departure of the vessel belonging to or employed by one belligerent and the departure of the vessel belonging to or employed by his adversary.

The order of departure is determined by order of arrival, unless the vessel which arrived first is so circumstanced that an extension of her stay is permissible.

A vessel of war of a belligerent or vessel falling under Rule 2 may not leave the waters of the Canal Zone until twenty-four hours after the departure of a private vessel flying the flag of the adversary.

Rule 12. A vessel of war of a belligerent or vessel falling under Rule 2 which has left the waters of the Canal Zone, whether she has passed through the Canal or not, shall, if she returns within a period of one week after her departure, lose all privileges of precedence in departure from the Canal Zone, or in passage through the Canal, over vessels flying the flag of her adversaries which may enter those waters after her return and before the expiration of one week subsequent to her previous departure. In any such case the time of departure of a vessel which has so returned shall be fixed by the Canal authorities, who may in so doing consider the wishes of the commander of a public vessel or of the master of a private vessel of the adversary of the returned vessel, which adversary's vessel is then present within the waters of the Canal Zone.

Rule 13. The repair facilities and docks belonging to the United States and administered by the Canal authorities shall not be used by a vessel of war of a belligerent, or vessels falling under Rule 2, except when necessary in case of actual distress, and then only upon the order of the Canal authorities, and only to the degree necessary to render the vessel sea-worthy. Any work authorized shall be done with the least possible delay.

Rule 14. The radio installation of any vessel of a belligerent Power, public or private, or of any vessel falling under Rule 2, shall be used only in connection with Canal business to the exclusion of all other business while within the waters of the Canal Zone, including the waters of Colon and Panama harbors.

Rule 15. Air craft of a belligerent Power, public or private, are forbidden to descend or arise within the jurisdiction of the United States at the Canal Zone, or to pass through the air spaces above the lands and waters within said jurisdiction.

Rule 16. For the purpose of these rules the Canal Zone includes the cities of Panama and Colon and the harbors adjacent to the said cities.

In Witness whereof, I have hereunto set my hand and caused the seal of the United States to be affixed.

Done at the city of Washington this thirteenth day of November in the year of our Lord one thousand nine hundred and fourteen and of the independence of the United States the one hundred and thirty-ninth.

(Seal.) *Woodrow Wilson.*

By the President:
W. J. Bryan
Secretary of State.

210.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Proclamation concernant la protection et la neutralité du Canal de Panama; du 23 mai 1917.

Publication officielle.

Rules and Regulations for the Regulation, Management and Protection of the Panama Canal and the Maintenance of its Neutrality. By the President of the United States of America. A Proclamation No. 1371, May 23, 1917.

Whereas the United States exercises sovereignty in the land and waters of the Canal Zone and is responsible for the construction, operation, maintenance, and protection of the Panama Canal:

Now, therefore, I, Woodrow Wilson, President of the United States of America, do hereby declare and proclaim the following Rules and Regulations for the regulation, management and protection of the Panama Canal and the Maintenance of its Neutrality which are in addition to the general „Rules and Regulations for the Operation and Navigation of the Panama Canal and Approaches Thereto, including all Waters under its jurisdiction" put into force by Executive Order of July 9, 1914.

Rule 1. A vessel of war, for the purposes of these rules, is defined as a public armed vessel, under the command of an officer duly commissioned by the government, whose name appears on the list of officers of the military fleet, and the crew of which are under regular naval discipline, which vessel is qualified by its armament and the character

of its personnel to take offensive action against the public or private ships of the enemy.

Rule 2. An auxiliary vessel, for the purposes of these rules, is defined as any vessel, belligerent or neutral, armed or unarmed, which does not fall under the definition of Rule 1, which is employed as a transport or fleet auxiliary or in any other way for the direct purpose of prosecuting or aiding hostilities, whether by land or sea; but a vessel fitted up and used exclusively as a hospital ship is excepted.

Rule 3. A vessel of war or an auxiliary vessel of a belligerent, other than the United States, shall only be permitted to pass through the Canal after her commanding officer has given written assurance to the Authorities of the Panama Canal that the Rules and Regulations will be faithfully observed.

The authorities of the Panama Canal shall take such steps as may be requisite to insure the observance of the Rules and Regulations by auxiliary vessels which are not commanded by an officer of the military fleet.

Rule 4. Vessels of war or auxiliary vessels of a belligerent, other than the United States, shall not revictual nor take any stores in the Canal except so far as may be strictly necessary; and the transit of such vessels through the Canal shall be effected with the least possible delay in accordance with the Canal Regulations in force, and with only such intermission as may result from the necessities of the service.

Prizes shall be in all respects subject to the same Rules as vessels of war of a belligerent.

Rule 5. No vessel of war or auxiliary vessel of a belligerent, other than the United States, shall receive fuel or lubricants while within the territorial waters of the Canal Zone, except on the written authorization of the Canal Authorities, specifying the amount of fuel and lubricants which may be received.

Rule 6. Before issuing any authorization for the receipt of fuel and lubricants by any vessel of war or auxiliary vessel of a belligerent, other than the United States, the Canal Authorities shall obtain a written declaration, duly signed by the officer commanding such vessel, stating the amount of fuel and lubricants already on board.

Rule 7. Fuel and lubricants may be taken on board vessels of war or auxiliary vessels of a belligerent, other than the United States, only upon permission of the Canal Authorities, and then only in such amounts as will enable them, with the fuel and lubricants already on board, to reach the nearest accessible port, not an enemy port, at which they can obtain supplies necessary for the continuation of the voyage. Provisions furnished by contractors may be supplied only upon permission of the Canal Authorities, and then only in amount sufficient to bring up their supplies to the peace standard.

Rule 8. No belligerent, other than the United States, shall embark or disembark troops, munitions of war, or war-like materials in the Canal, except in case of necessity due to accidental hindrance of the transit.

In such cases the Canal Authorities shall be the judge of the necessity, and the transit shall be resumed with all possible dispatch.

Rule 9. Vessels of war or auxiliary vessels of a belligerent, other than the United States, shall not remain in the territorial waters of the Canal Zone under the jurisdiction of the United States longer than twenty-four hours at any one time, except in case of distress; and in such case, shall depart as soon as possible.

Rule 10. In the exercise of the exclusive right of the United States to provide for the regulation and management of the Canal, and in order to ensure that the Canal shall be kept free and open on terms of entire equality to vessels of commerce and of war, there shall not be. except by special arrangement, at any one time a greater number of vessels of war of any one nation, other than the United States, including those of the allies of such nation, than three in either terminal port and its adjacent terminal waters, or than three in transit through the Canal; nor shall the total number of such vessels, at any one time, exceed six in all the territorial waters of the Canal Zone under the jurisdiction of the United States.

Rule 11. The repair facilities and docks belonging to the United States and administered by the Canal Authorities shall not be used by a vessel of war or an auxiliary vessel of a belligerent, other than the United States, except when necessary in case of actual distress, and then only upon the order of the Canal Authorities, and only to the degree necessary to render the vessel seaworthy. Any work authorized shall be done with the least possible delay.

Rule 12. The radio installation of any public or private vessel or of any auxiliary vessel of a belligerent, other than the United States, shall be used only in connection with Canal business to the exclusion of all other business while within the waters of the Canal Zone, including the waters of Colon and Panama Harbors.

Rule 13. Air craft, public or private, of a belligerent, other than the United States, are forbidden to descend or arise within the jurisdiction of the United States at the Canal Zone, or to pass through the air spaces above the lands and waters within said jurisdiction.

Rule 14. For the purpose of these rules the Canal Zone includes the cities of Panama and Colon and the harbors adjacent to the said cities.

Rule 15. In the interest of the protection of the Canal while the United States is a belligerent no vessel of war, auxiliary vessel, or private vessel of an enemy of the United States or an ally of such enemy shall be allowed to use the Panama Canal nor the territorial waters of the Canal Zone for any purpose, save with the consent of the Canal Authorities and subject to such rules and regulations as they may prescribe.

In witness whereof, I have hereunto set my hand and caused the seal of the United States to be affixed.

Done at the city of Washington this twenty-third day of May in the year of our Lord one thousand nine hundred and seventeen, and of

the Independence of the United States of America the one hundred and forty-first.

(Seal.) *Woodrow Wilson.*

By the President:
Robert Lansing,
Secretary of State.

211.

COLOMBIE.

Résolution concernant les règles de neutralité à observer dans les ports et dans les eaux territoriales de la République; des 13 et 22 août 1914.

Niemeyer und Strupp, Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkriegs III. 1919, p. 138.

Resolucion Ministerio de Relaciones Exteriores.

Bogotá, agosto 13 de 1914.

Con ocasión de la guerra que existe actualmente entre varias naciones europeas;

En atención a las notificaciones y solicitudes que sobre el despacho de buques han hecho algunas de esas potencias al Gobierno de la República por medio de sus Legaciones en esta ciudad;

En consideración a los deberes impuestos al Gobierno colombiano por su neutralidad respecto de los Estados beligerantes;

Y teniendo presente la doctrina que acerca del asunto sigue este Ministerio, deducida de la conducta observada por el Gobierno colombiano, respecto del estado de guerra entre Chile, Perú y Bolivia en 1879; entre el Gobierno de Chile y el partido que contra él se levantó en 1891; y entre España y los Estados Unidos de América en 1898,

Se Resuelve:

Los Gobernadores de los Departamentos de Nariño, Cauca, El Valle, Bolívar, Atlántico y Magdalena, tendrán como guí a acerca del despacho de buques mercantes o de guerra de las naciones beligerantes las siguentes reglas, que se servirán transmitir a las autoridades de los puertos respectivos, a saber:

1.⁰ Impedir, usando de la vigilancia debida, el despacho de armamentos, municiones y demás elementos de guerra en buques de cualquiera de las escuadras beligerantes.

2.⁰ Impedir el despacho de los mismos artículos en buques mercantes, siempre que un agente autorizado denuncie el cargamento como destinado a fuerzas que hacen la guerra.

3.º Impedir el embarque de carbón en buques de las mismas escuadras, a menos que conste que el buque está desprovisto y que sólo recibe al efecto la cantidad de carbón estrictamente precisa para terminar la travesía hasta el puerto extranjero más cercano.

4.º Permitir aun a buques de guerra el proveerse de víveres y demás artículos que no sean armas, municiones, carbón y demás elementos de guerra.

Como el criterio del cual se deducen las prácticas regulares en esta materia es la definición exacta de lo que debe entenderse por contrabando de guerra; y como la nación primordial de contrabando comprende sólo artículos que por su naturaleza están destinados al servicio bélico, hay objetos cuya clasificación accidental no puede establecerse en una Resolución como la presente. El desenvolvimiento del comercio y de los usos de la guerra puede dar el carácter de contrabando accidental a artículos que antes no lo tenían. En estos casos las autoridades respectivas consultáran oportunamente al Ministerio de Relaciones Exteriores, ciñéndose por lo demás a la aplicación de las enunciadas reglas, que parten del concepto de que sólo son contrabando aquellos artículos que per se sirvan para los usos de la beligerancia.

La presente Resolución tiene el carácter del provisional mientras se estudian y exponen con más espacio los fundamentos y razones en que ella se apoya, o las modificaciones que consienta.

Transcríbase por telégrafo a las Gobernaciones de Nariño, Cauca, El Valle, Bolívar, Atlántico y Magdalena.

Publíquese en el Diario Oficial.

Por Su Excelencia el Presidente de la República, el Ministro de Relaciones Exteriores,

Marco Fidel Suárez.

Resolucion que adiciona la de 13 de agosto de 1914, de este Ministerio, sobre neutralidad en el despacho de buques. Ministerio de Relaciones Exteriores. Bogotá, agosto 22 de 1914.

Considerando que en la segunda Conferencia de La Haya, en 1907, las naciones contratantes establecieron como obligaciones de los Estados neutrales el impedir en sus aguas el uso de estaciones radioeléctricas, instalades en buques de las naciones beligerantes, y el impedir el despacho de buques mercantes que vayan a ser armados en guerra en alta mar;

Considerando que los representantes de Colombia suscribieron las disposiciones que acaban de citarse; y

Considerando que aunque las disposiciones de la referida Conferencia, a las cuales adhirió la República, no llegaron a ser aprobadas por el Congreso colombiano, con todo, esos actos forman una verdadera doctrina, tan respetable por su origen como por sus obvios fundamentos,

Resuelve:

Adiciónase la Resolución de 13 de agosto de 1914, de este Ministerio, sobre neutralidad en el despacho de buques, en esta forma:

Las autoridades de los puertos marítimos de la Republica notificarán a los buques de las naciones que se hallan en guerra que no les es permitido, mientras permanezcan en aguas colombianas, usar instalaciones radiotelegráficas, las cuales deberán desarmarse durante ese tiempo; y que en esas mismas circunstancias no podrán hacer preparativo para que los buques mercantes se conviertan en buques de guerra en alta mar.

Comuníquese a los Gobernadores de Nariño, Cauca, el Valle, Bolívar et Atlántico y el Magdalena.

Publíquese en el Diario Oficial.

Por Su Excelencia el Presidente de la República, el Ministro,

Marco Fidel Suárez.

212.

URUGUAY.

Décret concernant les règles de neutralité à observer dans les ports, rades et eaux territoriales de la République; du 7 août 1914, suivi de plusieurs Décrets additionnels du 18 et du 31 août, du 8 et du 29 septembre, du 20 octobre et du 15 décembre 1914.

Niemeyer und Strupp, Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkriegs II. 1918, p. 635.

Reglas marítimas de neutralidad que deberán observarse en todos los puertos, radas ó aguas territoriales y jurisdiccionales de la República.

Ministerio de Relaciones Exteriores.
Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 7 de Agosto de 1914.

Vistos: Las prescripciones de las Convenciones de La Haya de 1907,*) prácticamente adoptadas por todas las naciones marítimas y otras y ajustadas á los principios del Derecho Internacional;

Las prescripciones contenidas en las tres reglas del convenio entre Inglaterra y Estados Unidos del 8 de Mayo de 1871,**) igualmente consideradas de aplicación general práctica, con relación á los deberes de los países neutrales en casos de guerra marítima;

Los artículos 139, 140, 141, 142, 143, 144 y 145 del Código Penal de la República, relativos á los delitos contra el Derecho de Gentes,***)

---

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 323.

**) V. N. R. G. XX, p. 702.

***) Código Penal. — Sección III. — De los delitos contra el Derecho de Gentes.

139. Incurrirá en la pena de cuatro á seis años de penitenciaría, el que con actos ilegales, ó no autorizados, provocare ó diere motivo á una declaración

El Presidente de la República
Acuerda y Decreta:

Art. 1. En caso de guerra entre dos ó más países y en que la República sea neutral, se aplicarán las siguientes disposiciones en todos los puertos, radas y aguas territoriales de ella:

Art. 2. De acuerdo con el principio consagrado en el Tratado de Montevideo, de 1889 (Derecho Penal, artículo 12),*) y con los principios

---

de guerra contra la República por parte de una nación extranjera, ó expusiere á los habitantes de aquélla á sufrir hostilidades ó represalias en sus personas ó en sus bienes.

Si la guerra no llegase á declararse, ó no sucediesen las hostilidades ó represalias, se impondrá, la pena de dos á cuatro años de penitenciaría.

140. Incurrirá en la pena de dos á cuatro años de penitenciaría el que sin autorización bastante, levantare tropas en el territorio de la República para el servicio de una nación extranjera, ó destinare buques al corso, cualquiera que sea el objeto que se proponga ó la nación á que intente hostilizar.

141. Será castigado con quince á dieciocho meses de prisión:

1. El que violase la neutralidad de la República, comerciando con los beligerantes en artículos declarados contrabando de guerra por las ordenanzas ó proclamas de neutralidad, expedidas por la autoridad competente.

142. Son considerados piratas:

1. Los que perteneciendo á la tripulación de un buque mercante cualquiera, apresaren á mano armada alguna embarcación nacional ó de otro Estado amigo que navegare en el mar, ó cometieren actos de depredación y violencia sobre el cargamento ó contra las personas que se hallaren á su bordo;
2. Los que, constituídos en bando ó cuadrilla asaltaren y se apoderaren, por la fuerza, de una embarcación cualquiera, ya se halle ésta navegando en aguas territoriales de la República, ó surta en sus puertos y bahías, ó cometieren los actos de depredación y violencia mencionados en el inciso anterior;
3. Los que, sublevándose contra el capitán ó patrón de una embarcación á cuyo bordo navegaren, se apoderaren de ésta ó de su cargamento;
4. Los, que, en tiempo de guerra, hicieren el corso sin la patente legítima del Gobierno ó con patentes de distintos Gobiernos.

143. El delito de piratería será castigado de la manera siguiente: A los capitanes, patrones ó jefes de cuadrilla, se les impondrá la pena de quince á diecisiete años de penitenciaría. A los demás culpables, se les impondrá la de diez á doce años de penitenciaría. Cuando el delito vaya acompañado de homicidio, de lesiones graves, de atentados contra la honestidad, ó cuando se hayan, dejado algunas personas sin medio de salvarse, el capitán, patrón, ó jefe será castigado con treinta años de penitenciaría ó muerte,†) y los demás piratas con veintidós á veinticuatro años de penitenciaría.

144. Además de las penas establecidas en el artículo anterior, se decomisarán, las embarcaciones de los piratas, siempre que sean apresadas.

145. Los que, residiendo en la República, traficaren con piratas, conocidos como tales, seran castigados como encubridores.

---

†) Modificado en este punto por la ley de 23 de Septiembre de 1907, que abolió la pena de muerte en lo civil y militar cuya publicación podrá verse en el Año I. página 1206.

---

*) V. N. R. G. 2. s. XVIII, p. 435.

generalmente admitidos sobre la materia, las aguas se consideran territoriales hasta el límite de cinco millas desde la costa de tierra firme é islas, de los bancos visibles dependientes y del balizamiento fijo que determine el límite de los bancos no visibles.

Para las bahiás, el radio de cinco millas se medirá desde una línea recta trazada al través de la bahía en la parte más próxima á la entrada.

Fuera de las bahías ó radas consagradas por las leyes y costumbres, serán consideradas bahías aquellos lugares de la costa que tengan la forma característica de tales, y una apertura no mayor de diez millas. Para las demás aguas limítrofes el régimen será, según los casos, el de la línea media, el thalweg ó la jurisdicción común, de acuerdo con los diferentes Tratados y situaciones.

Art. 3. El número máximo de navíos de guerra (acorazados, cruceros acorazados, cruceros protegidos, transportes armados ó exploradores) de un beligerante, que podrán encontrarse al mismo tiempo en un puerto ó en una rada de la República será de cuatro.

Art. 4. Los navíos de flotillas (contratorpederos, torpederos, submarinos, etc.), serán admitidos en grupos, según su organización normal. Su número, sin embargo, no podrá ser superior á doce.

Art. 5. Los navíos de guerra beligerantes, con excepción de los exclusivamente destinados á una misión religiosa, filantrópica ó científica, no podrán permanecer en los puertos, radas ó aguas territoriales ó jurisdiccionales uruguayas, durante más de setenta y dos horas.

En ese plazo estará comprendido el tiempo necesario para formalidades administrativas y tratos con los abastecedores, antes del embarque eventual de combustible.

Art. 6. Si después de recibida la notificación de apertura de hostilidades, por el Gobierno de la República ó después que sea notoriamente conocido el estado de guerra, un navío de guerra de un beligerante se encuentra en un puerto, rada ó aguas territoriales ó jurisdiccionales del Uruguay, le será notificado que debe partir en el plazo de setenta y dos horas á contar de la notificación.

Art. 7. Los navíos de guerra beligerantes no podrán prolongar su permanencia en los puertos ó aguas de la República fuera del plazo señalado, á no ser por causa de avería ó por el estado del mar, y deberán partir desde que cese la causa del retardo.

Art. 8. Los navíos de guerra beligerantes no podrán abastecerse de víveres y artículos de consumo más que hasta completar sus provisiones normales de tiempo de paz.

En cuanto al combustible, podrán completar sus carboneras propiamente dichas, salvo razones de circunstancias que obliguen á imponer la reducción de la provisión.

Art. 9. Los navíos beligerantes deberán servirse de pilotos diplomados en los casos que lo requiera la entrada y salida de puerto ó la navegación por aguas territoriales ó jurisdiccionales.

Art. 10. Los navíos beligerantes quedan obligados á observar todos los reglamentos sanitarios, de puertos, aduanas y policía.

Art. 11. El acceso de los puertos y radas es permitido á las presas, escoltadas ó no, cuando sean llevadas para quedar en secuestro á la espera de la decisión del Tribunal de Presas.

En los demás casos regirán las disposiciones aplicables á los navíos de guerra beligerantes.

Art. 12. Los navíos de comercio que se encuentren ó lleguen á puertos, radas ó aguas territoriales ó jurisdiccionales, mientras dure el estado de guerra, y que pertenezcan á cualquiera de las naciones beligerantes, serán requeridos por las autoridades marítimas inmediatamente de su llegada, ó desde que empiecen á regir las disposiciones del estado de guerra, sobre la clase de operaciones que se proponen realizar en el puerto ó aguas de la República.

Si declaran pertenecer á la reserva de la marina de guerra de su respectiva nación y que desean gozar de las prerrogativas de nave de guerra, les serán aplicables las medidas á que se refieren los artículos 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 y 10.

Si declaran que sólo se ocuparán de operaciones comerciales lícitas, se vigilará para que se limiten a ellas y se verificará si tienen ó no á bordo contrabando de guerra ó elementos para transformarse, en el puerto ó en alta mar, en navíos de corso ó capaces de fines guerreros.

Si se comprueba la existencia de tales elementos, se les intimará el desembarco de ellos (para quedar depositados hasta que cesen las circunstancias de guerra); y en caso de negativa, se les aplicarán las medidas que corresponden á los navíos de guerra y se les impondrá la salida con término de veinticuatro horas.

Art. 13. Se prohibe á todos los navíos el uso de sus aparatos de telegrafía sin hilos, mientras estén en los puertos ó aguas de la República.

Art. 14. Se declara contrabando de guerra, á los efectos previstos en el inciso 1. del artículo 141 del Código Penal: toda clase de armas, aparatos de guerra, cañones, obuses, ametralladoras, revólvers, bombas, torpedos, y cualquier otra arma de fuego, explosivas ó incendiarias; las armas blancas, la pólvora y las substancias fulminantes; los útiles de ingeniería militar; los cascos, corazas, arneses, sillas y monturas uniformes, embarcaciones de guerra y partes de ellas (torres, blindajes, espolones, etc.); todos los instrumentos ú objetos especialmente fabricados para las necesidades de la guerra, en tierra ó en mar; las municiones navales, maderas de construcción de naves; y materiales destinados, á la fabricación ó reparación de naves y substancias y máquinas para la fabricación de municiones de guerra (exceptuados los nitratos y fosfatos para abono, según la declaración de la Conferencia de Londres de 1909).

Art. 15. Las autoridades marítimas vigilarán á las naves mercantes á fin de que no embarquen contrabando de guerra ni elementos adecuados para convertirlas en naves de corso ó aptas para fines de guerra; ni recluten tripulación ó tropa en los puertos y aguas de la República.

A tal efecto revisarán los papeles de las naves y en caso de que ellos no estén en regla con relación á su cargamento ó con las operaciones que se proponen realizar, les intimarán la continuación del viaje, dentro del término de veinticuatro horas, sin hacer operaciones, á menos que se sometan á las medidas que disponga la autoridad para garantía de los deberes de neutralidad.

Art. 16. Los infractores, aparte de las medidas de seguridad y secuestro de los artículos de contrabando, serán sometidos á la autoridad judicial á los efectos previstos en las disposiciones del Código Penal.

Batlle y Ordóñez.
Baltasar Brum.
Juan Bernassa y Jerez.

Abanderamiento de nave de potencia beligerante.

Declárase inasequible por parte del Uruguay, Nación neutral. (Consulta del Consulado General en el Brasil).

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Montevideo, 18 de Agosto de 1914.

Vistos: 1. La consulta del Consulado General en el Brasil, sobre la solicitud de una Empresa brasileña que desea tomar la bandera uruguaya para un vapor que lleva actualmente la bandera de una Potencia beligerante;

2. La declaración de la Conferencia Naval de Londres del 26 de Febrero de 1909*) en su artículo 56, que dice: „La transferencia bajo bandera neutral de un navío enemigo, efectuada después del rompimiento de hostilidades, es nula, á menos que se establezca que esa transferencia no ha sido efectuada en vista de eludir las consecuencias que comporta el carácter de navío enemigo";

3. La dificultad en el caso en consulta, de establecer otro objeto que no sea el previsto por la citada declaración, desde que no se trata de un navío adquirido por Empresa ó persona uruguaya y para servicios de interés y utilidad del país cuya bandera se quiere tomar,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. En el caso en consulta no se considera procedente la concesión de embanderamiento como nave uruguaya de la nave que lleva bandera de un país beligerante.

Art. 2. Comuníquese, insértese y publíquese.

Batlle y Ordóñez.
Baltasar Brum.

---

*) V. N. R. G. 3. s. VII, p. 39.

Neutralidad de la República.

Prohíbese en los puertos nacionales, aguas de su jurisdicción é interiores, toda comunicación telegráfica sin hilos, directa, entre naves de guerra ó mercantes.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 31 de Agosto de 1914.

Vistos: 1. Lo dispuesto en el artículo 13 del decreto del 7 de Agosto corriente, respecto del uso de aparatos de telegrafía sin hilos por los navíos que se encuentren en los puertos ó aguas de la República; y 2. Los artículos 8 de la Convención Telegráfica Internacional de San Petersburgo,*) 17 de las Convenciones de Radiotelegrafía de Berlín**) y Londres y 5°. y 25 de la Convención XIII de La Haya de 1907,***)

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Se prohibe en los puertos, aguas jurisdiccionales y territoriales toda comunicación telegráfica sin hilos directamente de nave á nave, sean éstas de guerra ó de comercio.

Art. 2. Las comunicaciones radiotelegráficas procedentes de naves ó dirigidas á éstas, deberán redactarse en lenguaje claro y en los idiomas español, francés, inglés, alemán, italiano ó portugués. Tampoco se permite en los despachos las abreviaturas ni las direcciones ó firmas convencionales.

Los despachos procedentes de Gobiernos ó Legaciones podrán circular en lenguaje cifrado ó convencional, siempre que lleven constancia fehaciente de la procedencia.

Art. 3. Las estaciones de telegrafía sin hilos advertirán á toda nave de guerra ó mercante que entre en aguas territoriales ó jurisdiccionales que le está prohibido hacer uso de sus aparatos, salvo para el caso de peligro, y en este caso sólo para dirigirse á estaciones costeras.

Art. 4. Las estaciones que noten cualquier comunicación entre naves que se encuentren en aguas territoriales ó jurisdiccionales, harán las advertencias dispuestas en el artículo 3°, y darán cuenta inmediatamente á las autoridades marítimas, transmitiendo el texto de las comunicaciones que hayan podido recibir.

Art. 5. Sin perjuicio de las penas que corresponde aplicar por desacato á los mandatos de la autoridad, se obligará á desmontar los aparatos de telegrafía á toda nave que en puertos ó aguas de la República infrinja las disposiciones del presente decreto; y cuando esta medida no pudiera aplicarse, se le prohibirá el acceso á los puertos. (Art. 9° de la Convención XIII de La Haya).

---

*) V. N. R. G. 2. s. III, p. 614.
**) V. N. R. G. 3. s. III, p. 147.
***) V. N. R. G. 3. s. III, p. 713.

Art. 6. La Inspección General de Telegrafía sin Hilos queda encargada del cumplimiento de las disposiciones de este decreto.

Art. 7. Comuníquese, insértese y publíquese.

Batlle y Ordóñez.
Baltasar Brum.
Juan Bernassa y Jerez.

Adición al decreto de 7 de Agosto de 1914 que fija los deberes del país, como potencia neutral, en lo concerniente á buques de comercio con armas defensivas.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 8 de Septiembre de 1914.

Vistos: 1. Que se han presentado á las autoridades marítimas dudas sobre el alcance de las disposiciones contenidas en los artículos 12 y 15 del decreto de 7 de Agosto de 1914, en cuanto á las naves que, no obstante declarar que sólo se ocupan de operaciones comerciales, llevan á bordo algunas armas que podrían servir para fines hostiles;

2. El artículo 8. de la Convención XIII de La Haya, que establece la obligación para los Gobiernos neutrales de usar de todos los medios de que dispongan para impedir que en su jurisdicción se arme cualquier navío para navegar en corso ó concurrir á operaciones hostiles contra una Potencia con la cual esté en paz, é impedir que parta un navío en las mismas condiciones;

3. Que puede y debe considerarse compatible con el destino de operaciones comerciales lícitas el hecho de tener las naves algunas armas destinadas á su defensa, siempre que esas naves, por las demás condiciones de su equipo y navegación, ofrezcan las seguridades de su verdadero carácter.

El Presidente de la República,

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Serán consideradas dedicadas al comercio, aun cuando tengan armas á su bordo, las naves que lleguen á puertos de la República conduciendo carga y pasajeros, en operaciones normales de navegación.

Será exigida para cada nave la declaración expresa por escrito: 1. De que está destinada al comercio; 2. De que no se transformará en nave de corso; y 3. De que las armas que tiene á bordo sólo sirven para defensa de la nave en caso de ataque.

Art. 2. Si las autoridades tienen dudas respecto del destino de las armas ó municiones que tenga la nave, por su cantidad, disposición, etc. procederán con arreglo á las disposiciones del decreto del 7 de Agosto.

Art. 3. La nave de comercio que no lleve pasajeros ó carga será considerada también en dicho carácter, aun cuando tenga armas, si la Legación del país á que pertenece hace por escrito al Ministerio de Relaciones Exteriores una declaración equivalente á la del artículo 1.

Art. 4. La falsedad en las declaraciones á que se refiere el artículo 1. dará lugar á la aplicación de lo dispuesto en el artículo 9. de la Convención XIII de La Haya y demás que corresponda cuando la nave esté en la jurisdicción de la República.

Art. 5. Comuníquese, insértese y publíquese.

Batlle y Ordóñez.
Baltasar Brum.
Juan Bernassa y Jerez.

Neutralidad de la República.

Adición al decreto de 31 de Agosto de 1914 que prohibe en los puertos nacionales, aguas de su jurisdicción é interiores, toda comunicación telegráfica sin hilos, directa, entre naves de guerra ó mercantes.

Ministerio de Relaciones Exteriores.
Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 29 de Septiembre de 1914.

Considerando necesario ampliar el decreto del 31 de Agosto pasado relativo á las comunicaciones por telegrafía sin hilos en los puertos y aguas jurisdiccionales y territoriales,

El Presidente de la República
Acuerda y Decreta:

Art. 1. Las naves que por cualquier circunstancia permanezcan estacionadas en los puertos ó radas por más de setenta y dos horas, deberán tener desmontados los aparatos de telegrafía sin hilos, en forma que no puedan transmitir ni recibir comunicaciones.

Art. 2. La Inspección General de Telegrafía sin Hilos, de acuerdo con las autoridades marítimas, tomará las medidas oportunas para el cumplimiento de este decreto.

Art. 3. Comuníquese, insértese y publíquese.

Batlle y Ordóñez.
Baltasar Brum.
Juan Bernassa y Jerez.

Telégrafos sin Hilos.

Reglaméntase su instalación y funcionamiento en tierra y en buques de las marinas nacional ó extranjera surtos en puertos ó aguas de la Nación.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Ministerio de Industrias.
Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 20 de Octubre de 1914.

Vistos: 1. Las disposiciones de los artículos 1, 6, 8 y 21 de la Convención del 5 de Julio de 1912 sobre la telegrafía sin hilos, y el artículo 9. del reglamento adicional, que se refiere á las obligaciones de imponer las reglas internacionales convenidas á todas las estaciones, á la

comunicación entre las Potencias de las estaciones que se establezcan en cada país, á la previsión de no perturbar el servicio de unas estaciones por otras y á la necesidad de la autorización para el funcionamiento de estaciones, etc.:

2. Los artículos 3 de la Convención V, 5 y 25 de la Convención XIII de La Haya de 1907; y

3. Los decretos del 31 de Agosto y 29 de Septiembre de 1914 sobre limitación en el uso de aparatos de telegrafía sin hilos;

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Ninguna persona ó Empresa podrá establecer estaciones de telegrafía sin hilos, ni instalar ó hacer funcionar aparatos para telegrafía sin hilos en tierra ó en buques de la matrícula nacional, sin un permiso del Poder Ejecutivo.

Art. 2. No se podrá usar aparatos instalados en los buques que se encuentren en los puertos ó aguas territoriales ó jurisdiccionales de la República, sino de acuerdo con las disposiciones de la autoridad nacional.

Art. 3. En el pedido de autorización para instalar ó hacer funcionar estaciones ó aparatos de telegrafía sin hilos se deberá establecer:

a) La clase de aparato, con especificación de la potencia y origen de la energía.
b) El uso á que se destinará.
c) El local ó nave donde se instalará.
d) El nombre de la persona ó Empresa propietaria del local ó nave y su nacionalidad, acompañando documentos justificativos.
e) Un esquema de la instalación interna y exterior, con indicación de las medidas.

Art. 4. El Poder Ejecutivo se reserva autorizar ó no el funcionamiento de la estación ó aparato, así como exigir cualquier informe ó documentación suplementaria para estudiar, en cada caso, la posibilidad de la autorización.

Art. 5. Bajo la denominación de telegrafía sin hilos se comprenderá toda clase de aparatos de los sistemas Marconi, Telefunken, Rochefort y cualquier otro semejante para la transmisión de comunicaciones sin alambre ó cables; aparatos telegráficos adaptables al mismo uso y cualquier mecanismo ó medio equivalente, como ser aparatos ópticos, de señales, luces, banderas etc.

Art. 6. Las solicitudes para cualquier trámite relacionado con este decreto serán presentadas al Ministerio de Guerra y Marina.

Art. 7. Toda persona ó Empresa que tenga instalados estaciones ó aparatos de telegrafía sin hilos en tierra ó en naves de la matrícula nacional, ó en extranjeras fondeadas para permanecer más de tres días en puertos ó aguas de la República, deberá, dentro del plazo de diez días, hacer la comunicación correspondiente al Ministerio de Guerra y Marina, de acuerdo con lo dispuesto en el artículo 3.

Art. 8. Vencido el plazo que se establece en el artículo 7, serán desmontadas é inutilizadas todas las estaciones ó instalaciones que se hallen en constravención con la disposiciones vigentes.

Art. 9. Las autoridades marítimas, el Telégrafo Nacional y la Usina Eléctrica de Montevideo prestarán á la Inspección Nacional de Telegrafía sin Hilos el concurso necesario para comprobar la existencia de estaciones ó instalaciones de telegrafía sin hilos y para el exacto cumplimiento de las disposiciones del presento decreto. Igual concurso se solicitará de las Empresas telegráficas y telefónicas privadas.

Art. 10. Las infracciones á lo dispuesto en este decreto serán castigadas con la penalidad prevista en la sección IX del libro II, título III del Código Penal,*) sin perjuicio de la inutilización que se hará de los aparatos é instalaciones, ó de las medidas que prevén los decretos del 31 de Agosto y 29 de Septiembre de 1914.

Art. 11. Comuníquese, insértese y publíquese.

Batlle y Ordóñez.
Baltasar Brum.
José Ramasso.
Juan Bernassa y Jerez.

---

*) Código Penal. — Libro II. — Título III. — Sección IX. — Atentado y desacato contra la autoridad. — 190 Incurren en el delito de atentado, los que, sin alzamiento público, amenazan ó acometen á la autoridad pública ó á sus agentes ó emplean fuerza contra aquélla ó éstos al tiempo de ejercer sus funciones ó con motivo de haberlas ejercido.

191. Si el atentado se cometiere á mano armada, será castigado con quince á dieciocho meses de prisión. Si se cometiere sin armas, la pena será de seis á nueve meses de prisión.

192. Cometen desacato contra la autoridad:

1. Los que provocan á duelo ó injurian á un funcionario público en su presencia, hallándose en el ejercicio de sus funciones, ó con motivo de éstas;

2. Los que, en las sesiones de la Cámaras, ó en las audiencias de los Tribunales ó Juzgados, introducen el desorden con gritos, actitud amenazante ó con manifestaciones ofensivas al decoro de los Representantes ó Magistrados;

3. Los que entran armados, manifiesta ú ocultamente, al salón de sesiones de las Cámaras Legislativas, ó al despacho de los Tribunales ó de cualquiera otra autoridad;

4. Los que resisten abiertamente á los mandatos de la autoridad.

193. Los culpables de cualquiera de los delitos comprendidos en el número 1. del artículo anterior, sufrirán la pena de seis á nueve meses de prisión, si el delito se cometiere en el local donde la autoridad ejerce sus funciones ó en el despacho del funcionario público; y con prisión de tres á seis meses cuando el delito se cometa fuera de dicho local.

Los reos de los delitos expresados en los demás números del artículo 192, sufrirán multa de cien á doscientos pesos.

Los desacatos cometidos en juicio por las partes mismas, sus abogados y procuradores, y no comprendidos en el número 1. del artículo 192, se rigen por las disposiciones de los Códigos de Procedimiento.

Comercio Autorizado con Naciones Beligerantes.

Determínanse los productos y artículos que la República no considera contrabando de guerra y cuyo riesgo será por cuenta de los interesados.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Ministerio de Industrias.

Montevideo, 20 de Octubre de 1914.

Vistos: 1. El artículo 18 de la Convención V de La Haya de 1907, que se refiere á los aprovisionamientos á los beligerantes;*)

2. Los artículos 22, 23, 24, 28 y 29 (Capítulo II), de la Declaración de Londres de 1909 sobre clasificación del contrabando de guerra y excepciones, y las disposiciones del mismo capítulo II y del III sobre confiscación de mercaderías y naves y asistencia hostil;

3. El artículo 14 del decreto del 7 de Agosto de 1914, que contiene la declaración de contrabando de guerra, y el art. 141, inciso 1. del Código Penal;

4. Que es posible autorizar el comercio, con beligerantes, de artículos que la legislación de la República no considera contrabando de guerra, aun cuando sean de aquellos que la Declaración de Londres considere contrabando absoluto ó condicional;

5. Que el comercio á que se refiere el número anterior debe hacerse en todos los casos por cuenta y riesgo de los comerciantes, proveedores ó compradores, quedando excluída toda responsabilidad del Estado en el caso de confiscación;

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Se declara lícita la venta de víveres, los forrajes y granos propios para alimentos de animales, las ropas, tejidos y calzados, los cueros curtidos, los caballos y mulas, el ganado vacuno, lanar y porcino en pie, aun cuando sean adquiridos para ejércitos en guerra.

Art. 2. No son considerados contrabandos de guerra, de acuerdo con los artículos 28 y 29 de la Declaración de Londres, las lanas y materias primas de industria textil, así como los hilados, los granos oleaginosos, los cueros en bruto y los cuernos, los abonos para la agricultura, los minerales, las tierras, arcillas, cal, tiza, piedras, mármoles, ladrillos, tejas, los jabones, colores y materias destinadas á producirlos, y los barnices, el papel y la materia preparada para su fabricación, las plumas de todo género, crines y sedas, objetos de mobiliario ó adorno, muebles y accesorios de oficinas, objetos y materiales que sirvan exclusivamente para cuidar enfermos y heridos (salvo derecho de requisición pagada en caso de ser destinados al territorio de un enemigo ó territorio ocupado por él ó sus fuerzas), objetos y materiales destinados al uso de la nave en que se encuentren y al uso de la tripulación y pasajeros durante la travesía;

Art. 3. Los fletadores deben tener en cuenta, para el riesgo, las disposiciones de los capítulos II y III de la Declaración de Londres, y especial-

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 504.

mente que aún el navío neutro es considerado sujeto á confiscación, cuando es fletado en totalidad por un Gobierno beligerante.

Art. 4. En caso de confiscación de cargamentos ó de naves procedentes de la República, como en los demás riesgos y conflictos que puedan ocasionarse á los cargadores y vendedores, se estará, antes de la partida de la nave del puerto uruguayo, á lo dispuesto en la legislación respectiva; y tanto en ese caso, como una vez empezado el viaje, queda excluída toda intervención de carácter diplomático del Uruguay.

Art. 5. Comuníquese, publíquese é insértese.

Battle y Ordóñez.
Baltasar Brum.
José Ramasso.

Neutralidad de la Nación.

Nuevas reglas marítimas á observarse respecto de las naves de guerra beligerantes.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 15 de Diciembre de 1914.

Vistos: 1. Los artículos 12 y 15 del decreto de 7 de Agosto de 1914 y el decreto del 8 de Septiembre que se refieren á las naves de comercio y á las condiciones y formalidades para considerarlas en ese carácter, á los efectos de la permanencia en los puertos de la República. tomar provisiones, etc., etc.;

2. La conveniencia de completar y precisar reglas que sirvan para determinar con toda imparcialidad el carácter de las naves y la observacion de los principios de neutralidad;

3. Los antecedentes autorizados de los reglamentos dictados por los Estados Unidos de América y otros, países americanos;

4. La situación de los puertos de la República con relación á las grandes líneas de navegación, su condición de proveedores en gran escala de carbón y provisiones generales de marina, las distancias de los puertos de países vecinos de frecuente escala y demás circunstancias particulares.

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. A los efectos de evitar que los puertos de la República sean tomados como base de operaciones de las naves de guerra beligerantes, se observarán las siguientes reglas:

A. Se presume que puede ocurrir el hecho cuando se carga en un puerto combustibles y provisiones para aquellas naves, más de una vez dentro del término de tres meses, desde el comienzo de la guerra ó durante ésta, sea directamente ó por intermedio de naves auxiliares adjuntas á la flota beligerante, sea por intermedio de buques mercantes de nacionalidad beligerante ó neutral que obren como auxiliares.

B. Los simples rumores de que una nave carga combustible ó provisiones navales con la intención de entregar su carga á una nave de guerra beligerante en alta mar, cuando no se apoyan en pruebas directas ó indirectas, no imponen el deber á las autoridades neutrales de detener la nave mercante con el fin de hacer una investigación, á menos que se sepa que esa nave ha transportado precedentemente provisiones para una nave de guerra beligerante.

C. Cuando se tiene una prueba indirecta que confirma el rumor ó suposición de que la nave mercante tiene la intención de abastecer en alta mar con combustible ú otras provisiones á un navío de guerra beligerante, procede la detención de la nave sospechosa hasta que se pueda verificar su intención. Este procedimiento debe adoptarse sobre todo: cuando se sabe ó existe una fuerte presunción de que un navío de- guerra beligerante está al largo cerca del puerto donde la nave mercante toma cargamento que puede ser utilizado para aprovisionamiento naval; cuando la nave mercante es de la nacionalidad del beligerante á que pertenece el navío de guerra cuya presencia en la costa es notoria; cuando una nave mercante que, en su viaje precedente entre un puerto uruguayo y un puerto de un país neutral, ha llegado al puerto de destino sin tener á bordo la carga de provisiones navales tomadas en el puerto de partida y pretende tomar una carga semejante; cuando agentes de un gobierno beligerante compren combustibles ú otras provisiones y sean cargados en una nave mercante que no es expedida para un puerto del país beligerante, sino para un puerto vecino neutral, y cuando agentes del gobierno beligerante toman pasaje á bordo de la nave mercante que toma cargamento de combustible ó de otras provisiones y que es expedida para un puerto vecino neutral.

D. Aunque una nave mercante cargada de combustibles ó de otras provisiones navales trate de partir en circunstancias que den motivo á suponer fundadamente que tiene la intención de llevar el combustible ó provisiones á un navío de guerra beligerante, no se procederá á su detención por ese solo hecho, si el caso es aislado y si ni la nave mercante ni al navío de guerra al que se suponen destinadas las provisiones no han cargado precedentemente provisiones semejantes desde el comienzo de la guerra ó dentro del término de tres meses.

E. Para juzgar que un beligerante trata de convertir el territorio neutral en base de operaciones navales, hay que tener en cuenta como idea esencial la partida repetida de ese territorio de un navío auxiliar de la flota de un beligerante ó de una nave mercante al servicio de un beligerante, cargados de combustible ó de otras provisiones navales.

F. No será detenida ni se le impedirá cargar á una nave mercante que habiendo tomado antes un cargamento de provisiones navales

en un puerto de la República para un puerto neutral lo haya llevado á su destino y aunque se trate de una carga igual, y aun cuando el puerto neutral de destino pueda ser base de operaciones de un beligerante.

G. El' deber de impedir un acto contrario á la neutralidad corresponde exclusivamente al país neutral cuyo territorio es utilizado como base; y aun cuando las provisiones sean transportadas directamente para una base naval establecida en territorio de un beligerante ó en un territorio dominado por un beligerante, no están las autoridades uruguayas obligadas por deber de neutralidad á limitar esos cargamentos ó detener las naves ó trabar el comercio de otra manera.

Art. 2. Las naves de comercio con bandera de un país beligerante, que se encuentren en puertos de la República por haber interrumpido sus viajes á causa del estado de guerra ó que lleguen á los puertos por causas relacionadas con ese estado de guerra, no podrán salir, aun cuando no existan motivos de sospecha sobre su intención de faltar á la neutralidad (según lo prescribe el artículo 1.), sin que medie la declaración del representante consular del respectivo país, indicando los puertos de escala y el puerto de destino y asegurando que el viaje tiene un fin puramente comercial.

Art. 3. Cuando una nave mercante haya salido ó salga de un puerto de la República y se pruebe que no ha llenado el itinerario declarado por el Cónsul, no podrá hacer operaciones en ningún puerto, y sólo podrá entrar para permanecer en el lugar que le señalen las autoridades hasta el fin de la guerra, sin perjuicio de las demás medidas que procedan en vista de la falsa declaración del Cónsul ó de la falta del armador ó capitán.

Art. 4. Para impedir las partidas clandestinas de naves mercantes que se encuentren en los puertos, las autoridades tomarán las siguientes disposiciones:

A. No permitir que empiecen á cargar provisiones antes de tenerse las declaraciones y seguridades previstas en el artículo 2.

B. Obligarles á descargar todo el combustible y provisiones que no sean estrictamente necesarios para las exigencias de la permanencia en el puerto.

C. Fijarles un fondeadero que permita la mejor vigilancia.

D. Cualquier otra medida de previsión (como la que impida el funcionamiento de las máquinas), sin perjudicar la seguridad y buena conservación de la nave.

Art. 5. Las disposiciones de este decreto se aplicarán á las naves de comercio que se encuentren en puertos de la República en la fecha del mismo, y á las que lleguen en adelante hasta el fin de la guerra.

Art. 6. Comuníquese, etc.

Batlle y Ordóñez.
Baltasar Brum.
Juan Bernassa y Jerez.

Disposiciones relativas á la provisión de carbón en los puertos de la República, por parte de los buques de guerra beligerantes.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 15 de Diciembre de 1914.

Vistos: 1. Los artículos 5 y 19 de la Convención XIII de la Haya (1907).

2. La iniciativa del Gobierno de la República de Chile respecto de la adopción de ciertas reglas que sirvan para mejor garantía de la neutralidad, iniciativa que ha merecido el apoyo de este Gobierno y ha sido tomada en cuenta también en otro decreto de la fecha del presente,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Las naves de guerra de los beligerantes sólo podrán proveerse de carbón en los puertos de la República en la cantidad necesaria para llegar al primer puerto carbonero de la nación vecina al Uruguay.

Art. 2. Las autoridades tendrán en cuenta, para la determinación de la carga máxima de combustible, el consumo normal de la nave con relación á su marcha y á la distancia del puerto inmediato á que se dirija.

Art. 3. Queda modificado por este decreto el inciso 2 del artículo 8 del decreto del 7 de Agosto de 1914.

Art. 4. Comuníquese, etc.

Batlle y Ordóñez.
Baltasar Brum.
Juan Bernassa y Jerez.

Limítase á veinticuatro horas el tiempo de permanencia en los puertos, radas ó aguas de jurisdicción nacional, de los navíos de guerra beligerantes.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 15 de Diciembre de 1914.

Vistos: 1. El artículo 12 de la Convención XIII de la Haya (1907) relativo al tiempo de permanencia de los navíos de guerra de los beligerantes en puertos, radas ó aguas neutrales; y el artículo 5 y concordantes del decreto del 7 de Agosto de 1914, que se refiere á esa permanencia;

2. La conveniencia de uniformar las disposiciones vigentes en la República con las de otros países, especialmente los americanos, que han limitado á veinticuatro horas el plazo de permanencia normal de tales navíos,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Limítase á veinticuatro horas el tiempo de permanencia en los puertos, radas ó aguas de la República, de los navíos de guerra de

los beligerantes, salvo en los casos y excepciones previstos en la Convención XIII de La Haya y en los artículos 5, 7 y 12 del decreto del 7 de Agosto, conformes con las disposiciones de esa Convención.

Art. 2. Comuníquese, publíquese é insértese.

Batlle y Ordóñez.
Baltasar Brum.
Juan Bernassa y Jerez.

213.

CHILI.

Décrets concernant les règles de neutralité à observer dans les ports, rades et eaux territoriales du pays; du 7 août 1914 au 17 mai 1915.

Niemeyer und Strupp, Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges III. 1919.

Santiago, 7 août 1914.

Monsieur le ministre de l'intérieur.

Les règles qui devront être observées par les autorités chiliennes, relativement à la neutralité, dans la guerre européenne, sont celles établies à ce sujet par la deuxième Conférence de la Haye.*) Les conventions de la Haye devront être suivies, bien qu'elles n'aient pas été ratifiées par le gouvernement du Chili, étant donné que celles-ci sont inspirées par les principes du droit international universellement reconnus.

Santiago, 14 août 1914.

Ministère des relations extérieures.

1. Tout navire en relâche dans les ports chiliens ou qui navigue dans les eaux territoriales nationales, sera soumis à l'inspection de ses papiers par les autorités chiliennes, lesquelles pourront, quand elles le jugeront nécessaire, selon les règles qui sont spécifiées plus loin, procéder de nouveau à l'inspection du navire, de ses passagers, de son chargement et de ses documents.

En conséquence, on ne pourra autoriser la mise en route d'aucun navire, quel que soit son chargement et quelle que soit sa destination, tant que ce navire n'aura pas présenté des manifestes complets.

2. On ne permettra la sortie d'aucun navire de commerce qui aurait altéré ou essayé d'altérer ses status, lorsqu'il existera des motifs de croire

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 323.

que le navire a voulu le faire pour se transformer en croiseur auxiliaire ou en navire armé, en quelque degré que ce soit.

Les actes suivants seront considérés comme présomption de modification des status:

a) Changer l'emplacement ou la position des canons qui se trouveraient à bord du navire, au moment de son arrivée; changer la couleur, le gréement ou l'équipement du navire de manière à faire présumer que ce changement a pour objet de le destiner à des opérations de guerre.

b) Embarquer des canons, armes ou munitions dans des circonstances qui indiquent l'adaptation du navire à des fins militaires.

c) Se refuser à prendre à bord des passagers, si le navire possède des installations commodes pour ceux-ci.

Santiago, 14 octobre 1914.

Ministère des relations extérieures.

En ce qui concerne l'application de l'article 19 de la convention nº XIII de la Haye du 18 octobre 1907, au sujet de l'approvisionnement en charbon des navires de guerre belligérants dans les ports neutres,*) il faut entendre par le port le plus proche de leur propre pays dont parle l'article 19 un port de la métropole et non pas le port d'une colonie.

Santiago, 14 octobre 1914.

1. Il est interdit à tous les navires pourvus d'appareils de télégraphie sans fil, sans distinction de nationalité, qui naviguent dans nos eaux territoriales ou sont ancrés dans nos ports, de se servir desdits appareils.

2. En arrivant dans un port ou dans une rade, ces navires devront amener les antennes, supprimant leur connexion avec les drisses et les appareils, aussitôt qu'ils auront été reçus par les autorités maritimes, lesquelles veilleront personnellement au strict accomplissement de cet ordre, procédant immédiatement à l'apposition de leurs *sceaux et timbres* sur les portes, fenêtres, claire-voies et autres voies d'accès au local dans lequel sont placés ces appareils.

3. Tout navire national ou étranger qui demeurera dans un port plus de quatre jours démontera les antennes qui seront gardées dans le même local où se trouvent les appareils des stations de télégraphie sans fil, observant ensuite les mêmes instructions pour le scellement des voies d'accès à ce local.

4. Les autorités maritimes rendront compte à la direction du territoire maritime de l'accomplissement des présentes instructions, ne devant pas oublier que leur non accomplissement peut compromettre la neutralité du pays.

---

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 713.

Santiago, 2 novembre 1914.

1. Tout navire marchand de pavillon belligérant ayant un chargement ou des passagers, ou ayant seulement un chargement, ou encore naviguant sur lest, pourra prendre le charbon nécessaire, plus un 20 % pour les éventualités, pour arriver au Callao ou à Montevideo, selon la route qu'il prendra (c'est-à-dire dans la direction du Nord ou dans la direction du Sud du Chili).

2. Si l'un des navires auxquels se réfère l'article précédent venait à toucher à un autre port du Chili pour prendre de nouveau du charbon ou des vivres, sous prétexte que le combustible qu'il portait lui aurait été enlevé par un navire de guerre, on ne lui permettra pas de prendre une quantité de charbon supérieure à celle nécessaire pour le service.

3. Les navires de pavillon neutre, qu'ils portent ou non des passagers et un chargement, pourront prendre le charbon nécessaire pour arriver au port de leur destination.

Santiago, den 5. November 1914.*)

In Erwägung, dass zwar die Gesetze der Republik die Grenze der Territorialgewässer und des nationalen Hoheitsgebiets festgelegt haben, ebenso wie die Entfernung, bis zu welcher sich das Polizeirecht für Angelegenheiten, betreffend die Sicherheit des Landes und die Beobachtung der Finanzgesetze erstreckt, dass aber nicht festgesetzt worden ist die Meereszone zum Zwecke der Wahrung der Rechte und der Erfüllung der Pflichten, die sich aus der von der Regierung im Falle internationaler Konflikte erklärten Neutralität herleiten, in Erwägung ferner, dass das Recht, diese Zone festzusetzen, ein Ausfluss der Souveränität der Staaten ist, verordne ich:

Als Hoheits- oder neutrales Meer an den Küsten der Republik behufs Wahrung der Rechte und Erfüllung der Pflichten, die sich aus der von der Regierung im Falle internationaler Konflikte erklärten Neutralität herleiten, wird erklärt das benachbarte Meeresgebiet bis zu einer Entfernung von drei Seemeilen, gerechnet von der Linie der tiefsten Ebbe aus.

Zu vermerken, mitzuteilen, zu veröffentlichen und einzureihen in die Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Regierung.

gez.: *Barros Luco.*
gez.: *Manuel Salinas.*

Valparaiso, 7 novembre 1914.

L'autorité navale, afin d'éviter les continuelles réclamations qui lui sont présentées sur les mouvements et les approvisionnements des navires de commerce de pays belligérants, a été autorisée par le gouvernement à

*) Übersetzung nach „Seekriegsrecht im Weltkriege". Sammlung diplomatischer Noten und anderer Urkunden. Zusammengestellt im Auftrage des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. Berlin 1918.

exiger, des agents des Compagnies respectives, et du consul de la nation à laquelle appartiennent les navires en cause, une garantie que ceux-ci ne fourniront ni charbon ni vivres à des navires de guerre belligérants, ordonnant aux autorités maritimes de faire exécuter cette disposition comme première condition pour la sortie des dits navires.

Cette résolution est portée, par la présente circulaire, à la connaissance de Messieurs les consuls et agents des navires dont il est question, en les priant de vouloir bien, avant de commencer les formalités pour la sortie d'un navire, garantir, par une déclaration écrite, que les vivres et le charbon que celui-ci va embarquer seront exclusivement destinés à son propre usage et que la sortie du dit navire n'a pas d'autre objet que de continuer son voyage dans un but commercial.

On prévient en même temps que la sanction contre la Compagnie à laquelle appartiendrait un navire qui violerait l'engagement ci-dessus serait de refuser, dans la suite, toute espèce de provisions et de combustible à tous les navires de la dite Compagnie.

Santiago, 13 novembre 1914.

Il est défendu de transmettre des télégrammes en langage conventionnel ou chiffré. Les télégrammes en langage clair rédigés en espagnol, en allemand, en français, en anglais, en italien ou en portugais seront acceptés toutes les fois qu'ils ne transmettront pas de nouvelles relatives à la situation, aux mouvements ou aux opérations des navires de guerre des nations belligérantes. Seront exceptés de ces restrictions les télégrammes des agents diplomatiques et consulaires. En cas de doute sur le contenu de télégrammes rédigés en langues étrangères, on consultera l'Inspection.

Santiago, 15 décembre 1914.

No. 1986. Considérant que le détroit de Magellan aussi bien que les canaux de la région australe se trouvent dans les limites internationales du Chili et par conséquent font partie du territoire de la République;

Il est décrété:

Pour les effets de la neutralité établie dans le décret n⁰ 1857 du 5 novembre dernier du ministère des affaires étrangères, doivent être considérées comme faisant partie de la mer juridictionnelle ou neutre les eaux intérieures du détroit de Magellan et des canaux de la région australe, même dans les parties qui sont distantes de plus de trois milles de l'une ou de l'autre rive.

Santiago, 15 décembre 1914.

No. 2009. Considérant que la convention XIII de la Haye, relative aux droits et devoirs des puissances neutres en cas de guerre maritime, porte dans son article 19 que les navires de guerre belligérants peuvent

prendre du combustible dans les ports neutres en quantité suffisante pour gagner le port le plus proche de leur propre pays, et ajoute dans l'article 20 que ces navires ne peuvent renouveler leur approvisionnement de combustible qu'après trois mois dans un port de la même puissance:

Que ces dispositions ainsi que d'autres de la convention précitée indiquent le but fondamental d'éviter que les puissances neutres coopèrent directement ou indirectement à l'action des belligérants et d'éloigner des ports neutres les navires de guerre en leur procurant seulement les éléments nécessaires pour arriver aux côtes du pays auquel ils appartiennent;

Que l'application de ces règles dans les ports de la République produit des résultats ouvertement contraires à l'esprit qui anime toutes les dispositions de la convention susdite, puisqu'à raison de la grande distance qui sépare nos côtes des pays belligérants, la provision de charbon qui doit être donnée aux navires de guerre est très considérable et qu'ainsi ces navires ont profité de la facilité que leur donne cette circonstance, non pour se diriger vers les côtes de leur propre pays, mais pour continuer leurs opérations belliqueuses dans les mers américaines;

Que de cette manière les dispositions citées concourent à augmenter en fait l'activité de la guerre maritime dans l'océan Pacifique contrairement à la volonté et aux intérêts du Chili;

Que pour la même raison les conséquences du conflit européen se sont fait sentir plus gravement dans notre pays, puisque aux perturbations apportées à son commerce international et à sa vie économique et industrielle s'ajoutent les préoccupations résultant de l'accomplissement des devoirs de la neutralité et de la surveillance de notre côte étendue qui absorbent l'activité de nos autorités maritimes et imposent au Trésor public des dépenses considérables;

Que la même convention n⁰ XIII, dans le paragraphe 5 des considérants qui précèdent ses dispositions, réserve aux pays signataires la faculté d'en changer les prescriptions, au cours d'une guerre, quand l'expérience acquise en démontrerait la nécessité pour la sauvegarde de leurs droits;

Que les inconvénients résultant de l'application de l'article 19 seraient beaucoup réduits si à la règle permettant de livrer aux navires de guerre le charbon nécessaire pour gagner un port de leur nation était substituée celle les autorisant à prendre seulement le combustible suffisant pour atteindre le premier port neutre le plus proche, car les navires approvisionnés dans ces conditions limitées ne pourraient aventurer des opérations belliqueuses sans courir le risque de se trouver immobilisés en pleine mer;

Que le fait pour notre pays d'être producteur de charbon décide les navires belligérants à s'approvisionner de ce combustible dans nos ports plutôt que dans ceux d'autres pays se trouvant dans le même cas, considération qui impose spécialement au gouvernement du Chili l'obligation morale d'éviter l'abus qui pourrait être fait à l'avenir des approvisionnements de charbon dans ses ports;

Qu'il est nécessaire d'adopter pour les cas de violation de la neutralité par les navires marchands une sanction qui par sa gravité déterminerait directement les Compagnies de vapeurs à observer complètement les règles édictées par le gouvernement;

Qu'il est enfin nécessaire de trouver quelque moyen de diminuer autant que possible les charges qu'impose au gouvernement la surveillance des navires internés dans les ports de la République pour violations de neutralité ou que leurs propriétaires y ont volontairement laissés:

Décrète:

1. A l'avenir les provisions de charbon que les navires de guerre des nations belligérantes pourront prendre successivement dans des ports chiliens ne devront pas excéder la quantité nécessaire pour atteindre le premier port charbonnier du pays voisin.

2. En cas de violation par un navire marchand de quelqu'une des règles sur l'observation de la neutralité adoptées par le gouvernement de la République, il ne sera plus accordé de combustible dans les ports chiliens à aucun des navires de la Compagnie dont dépend le navire qui a commis l'infraction.

3. Les navires internés par décision du gouvernement à raison d'une violation de la neutralité et ceux dont les propriétaires manifestent l'intention de les retenir dans des ports chiliens jusqu'à la fin de la guerre seront concentrés dans les ports chiliens que l'autorité administrative déterminera dans chaque cas.

4. La quantité de charbon pouvant être livrée dans les ports de la République aux navires marchands sera limitée à la capacité de leurs soutes charbonnières ordinaires, à moins qu'ils ne désirent faire un voyage direct vers des ports européens, auquel cas on leur donnera la quantité de charbon nécessaire pour ce voyage, pourvu que la Compagnie dont dépend le navire fournisse une garantie suffisante, au jugement du gouvernement, que le combustible sera destiné uniquement à réaliser le voyage en question.

Les dispositions précédentes seront appliquées dans tout le territoire de la République à partir du 1er du mois prochain.

Santiago, 30 décembre 1914.

1. Les intendants et gouverneurs de la République procéderont au démontage des appareils télégraphiques, téléphoniques et de télégraphie sans fil, destinés ou non au service public, dont l'installation n'aurait pas été dûment autorisée.

2. Les entreprises télégraphiques, câblographiques ou de télégraphie sans fil appartenant à l'État ou à des particuliers ne pourront, à l'avenir et jusqu'à nouvel ordre, accepter, pour les transmettre, les communications rédigées en langage chiffré ou conventionnel.

3. Seront exceptées de cette règle les communications adressées par les agents diplomatiques accrédités près de la République et celles que

les banques échangent entre leurs diverses succursales, la clef du langage devant toutefois être préalablement communiquée à la direction générale des télégraphes. — Les seules communications qui pourront être transmises sont celles rédigées en langage clair en allemand, en espagnol, en français, en anglais, en italien et en portugais et qui ne donneront aucuns renseignements sur la situation, les mouvements ou les opérations des navires des nations belligérantes.

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 4 janvier 1915.

L'article 19 de la convention XIII de la Haye n'autorise les navires de guerre belligérants à se ravitailler dans les ports et rades neutres que pour compléter leur approvisionnement normal du temps de paix; en conséquence, l'approvisionnement doit être calculé en se basant sur la consommation courante de l'équipage, de façon que si un navire belligérant qui a reçu dans un port chilien des vivres pour un certain nombre de jours revient dans un autre port chilien, il ne pourrait recevoir une nouvelle provision de vivres avant qu'ait expiré le délai qui avait servi de base pour la fourniture de l'approvisionnement antérieur.

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 12 janvier 1915.

Monsieur le ministre de la guerre et de la marine,

La situation normale d'un navire marchand ne peut pas être altérée par le fait de simples dénonciations; il faut au moins une preuve que le navire a commis un acte contraire à la neutralité; en cas de suspicion grave et fondée, on peut seulement, si cela est indispensable, retenir un navire pour faire une rapide enquête sur les faits. On formera, pour chaque cas, un dossier dans lequel seront consignées les déclarations de l'intéressé et des témoins ainsi que toute autre preuve propre à faire la lumière. Les résolutions prises par l'autorité maritime ne devront avoir qu'un caractère provisoire jusqu'à leur ratification par le gouvernement. On ne donnera en aucun cas à la presse des renseignements sur l'affaire en cours, même sous prétexte de rectification ou de défense des procédés du gouvernement: c'est au gouvernement seulement qu'il appartient de décider les publications qu'il y aura à faire.

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 23 janvier 1915.

Les autorités maritimes doivent obtenir télégraphiquement l'autorisation de la Supériorité navale avant d'accorder aux navires de guerre belligérants la permission d'embarquer du charbon dans les ports chiliens, et ces autorités, si elles ne reçoivent pas en temps opportun cette autorisation, doivent réclamer des commandants des navires une déclaration écrite qu'ils n'ont pas pris de charbon dans les ports chiliens pendant les trois derniers mois.

Santiago, 25 janvier 1915.

1. Les communications des représentants diplomatiques et agents consulaires accrédités au Chili pourront être transmises et reçues en langage chiffré ou conventionnel sans aucune restriction et avec le principe de la réciprocité.

2. Les communications télégraphiques particulières dans le pays même ou avec des pays neutres peuvent être transmises en langage conventionnel ou chiffré.

3. Les communications télégraphiques particulières en chiffres avec les pays belligérants ne pourront être faites que par le moyen des clefs A. B. C., 5e édition; Scotts Code, 10e édition; Bent Leys Complete Phrase Code-Western Union Code; Liebers Code; on permettra aussi celles qu'autorisera le gouvernement du Chili, à condition que l'envoyeur remette à l'autorité administrative correspondante une traduction du télégramme et que celle-ci autorise sa transmission, mettant sur l'original chiffré son autorisation de transmettre.

4. Il ne pourra être transmis de communications télégraphiques particulières, chiffrées ou non, qui renferment des renseignements sur la situation, les mouvements ou les opérations des navires de guerre ou de commerce des nations belligérantes; toutefois, les agents des Compagnies de vapeurs ou de maisons de commerce pourront transmettre des communications télégraphiques chiffrées ou en langage conventionnel, dans le pays même ou avec des pays neutres, sur des mouvements de vapeurs ou de navires marchands.

Ministère des relations extérieures. — Santiago, 13 mars 1915.

Monsieur le ministre de la guerre et de la marine,

La disposition de la règle consignée dans le n° 4 du décret du 15 décembre 1914 doit s'entendre en ce sens que la provision de charbon ne doit pas dépasser la quantité nécessaire pour que le navire arrive à son port de destination, en limitant en même temps la provision à la capacité des soutes ordinaires et en prenant comme base l'itinéraire et les escales habituelles des navires analogues. En conséquence, le maximum de charbon qui pourra être fourni dans les ports chiliens à des navires marchands de pavillon belligérant sera celui que peuvent contenir ses soutes ordinaires; mais dans le cas de voyage à un port où le navire pourra arriver sans employer tout le contenu de ses soutes ordinaires, la provision devra être réduite à la quantité nécessaire pour arriver à ce port de destination, prenant en considération l'itinéraire et les escales accoutumées des navires analogues. Dans tous les cas, il faudra exiger des intéressés une garantie suffisante que le combustible qui leur sera fourni ne sera pas employé à aider à des opérations de guerre.

Santiago, 17 mai 1915.

Les Compagnies de navigation qui demanderont du charbon dans des ports chiliens pour des navires de pavillon belligérant qui désirent aller en voyage direct à des ports européens, devront constituer, en garantie de la destination du combustible déclarée, un dépôt de cinq livres sterling par tonne de charbon embarquée, sans préjudice de la responsabilité établie dans le n⁰ 2 du décret 2009 du 15 décembre 1914. Ce dépôt sera restitué sur présentation d'un certificat attestant l'arrivée du navire à sa destination déclarée, dans un délai convenable que, dans chaque cas, déterminera l'autorité maritime. Cette même autorité fixera les conditions que devra remplir le certificat.

214.

TURQUIE, FRANCE, GRANDE-BRETAGNE, RUSSIE, PAYS-BAS.

Correspondance au sujet de l'abrogation du régime des Capitulations; du 9 septembre 1914 au 1er février 1915.

Livre orange russe, Affaires de Turquie 1914. — Livre orange néerlandais 1915. — Fauchille, La guerre de 1914, I, p. 241.

I.

Correspondance entre la Porte Ottomane et les Puissances de la Triple Entente.

Note du Gouvernement ottoman adressée aux représentants étrangers près la Sublime Porte au sujet de l'abrogation des Capitulations à compter du 1er octobre 1914, en date du 27 août / 9 septembre 1914.

Le gouvernement ottoman, poussé par des sentiments d'amitié envers les Européens, avait, dans le temps, défini et communiqué aux puissances les conditions dans lesquelles les étrangers venant en Orient pouvaient faire le commerce. Ces conditions, qui avaient été admises de son propre gré par la Sublime-Porte, furent plus tard interprétées sous une forme de privilège, et étendues, parvinrent jusqu'à nous sous le nom de Capitulations. Mais ces privilèges étant diamétralement opposés aux principes de droit du siècle dernier et aux bases de la souveraineté nationale, ces privilèges d'un côté s'opposaient au progrès et au développement du gouvernement impérial et de l'autre constituaient un obstacle à ce que ses relations avec les puissances étrangères, par suite de certains malentendus, qu'ils provoquaient, prissent un caractère aussi satisfaisant et aussi cordial qu'on l'aurait désiré.

L'Empire ottoman a continué à persévérer dans la voie de renaissance et de réformes dans laquelle il s'est engagé par le hatt-i-humayoun de Gulhané de 1255, résolu à surmonter tous les obstacles qui pourraient surgir, et ne s'est pas départi du programme consistant à adopter les principes de droit moderne, afin de conquérir la place à laquelle il a droit dans la famille civilisée de l'Europe, et à faire étayer sur eux l'édifice de l'Etat.

L'établissement du régime constitutionnel indique que les efforts déployés par le gouvernement ottoman dans la voie de la régénération ont été couronnés d'un succès heureux.

Néanmoins, certaines clauses exceptionnelles constituaient un obstacle insurmontable à toutes les tentatives faites en vue du progrès des institutions judiciaires, à savoir, par exemple: la participation des étrangers, comme conséquence des Capitulations, à l'œuvre de justice qui constitue une des bases les plus importantes de la souveraineté de l'Etat; la restriction du droit de législation de l'Etat par suite de l'allégation que nombre de lois ne peuvent être appliquées aux étrangers; l'impossibilité d'ordonner des poursuites contre l'auteur d'un délit susceptible de troubler la sécurité publique pour la raison qu'il est de sujétion étrangère; les atteintes portées au droit public par suite de l'obligation qu'il y avait de respecter certaines conditions; le fait que les litiges résultant d'un même acte étaient résolus devant les tribunaux et par des procédés différents, suivant la sujétion des contractants.

En outre, l'exemption des étrangers des contributions fiscales en Turquie, exemption découlant des Capitulations, mettait la Sublime-Porte non seulement dans l'impossibilité de se procurer les ressources nécessaires pour les réformes, mais aussi de pourvoir à ses besoins ordinaires sans recourir à la conclusion d'emprunts. L'impossibilité de majorer les contributions indirectes fait qu'il était devenu également impossible d'augmenter les impôts directs et que les contribuables ottomans s'en trouvent écrasés. Et pourtant le fait que les étrangers, jouissant de toutes sortes d'immunités et de privilèges dans l'Empire ottoman et s'occupant librement de commerce, sont assujettis à moins d'impôts que les Ottomans constitue une injustice inadmissible en même temps qu'un phénomène portant atteinte à l'indépendance et au prestige du gouvernement.

Tandis qu'en dépit de tous ces obstacles, le gouvernement était résolu à poursuivre son œuvre de réformes, la guerre générale a rendu plus aiguës les difficultés financières auxquelles le pays était en butte et menace de laisser stériles toutes les réformes entreprises ou à entreprendre. La Sublime-Porte est convaincue que le seul moyen de salut pour le gouvernement ottoman réside dans la réalisation des réformes et des rénovations. La Sublime-Porte est également convaincue que les puissances encourageront les pas résolus qu'elle fera dans cette voie. C'est inspirée de cette assurance qu'elle a décidé de supprimer, à partir du 1er octobre 1914, les Capitulations qui avaient été jusqu'à ce jour une entrave au progrès de l'Etat, et tous les droits et privilèges antérieurs et ultérieurs à elles, et d'adopter pour ses relations avec les puissances les principes du droit international.

Au moment où je prends la liberté de porter à votre connaissance ladite décision qui inaugurera une ère heureuse pour le gouvernement ottoman et qui sera, sans nul doute, accueillie avec satisfaction par Votre Excellence, je me fais un devoir d'ajouter qu'en supprimant les Capitulations, la Sublime-Porte ne nourrit des intentions inamicales envers aucune des puissances étrangères, qu'elle agit dans l'intérêt suprême de la patrie ottomane et qu'elle est prête à conclure des traités de commerce basés sur les principes du droit international.

Saïd Halim.

Note en réponse à la Note ottomane sur l'abolition des Capitulations, remise le 28 août/10 septembre 1914 au grand vizir par l'ambassadeur de Russie à Constantinople.*)

J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Altesse de sa lettre du 9 courant par laquelle elle veut bien m'informer de la décision prise par le gouvernement impérial de supprimer les Capitulations en Turquie à partir du 1er octobre prochain.

Je ne manquerai pas de porter cette décision et les considérations sur lesquelles elle se base à la connaissance de mon gouvernement, mais je crois devoir dès à présent faire observer à Votre Altesse, en contradiction avec le début de l'exposé, que le régime capitulaire, tel qu'il fonctionne en Turquie, n'est pas une institution autonome de l'Empire, mais la résultante des traités internationaux, d'accords diplomatiques et d'actes contractuels de diverses sortes. Ce régime ne saurait, par suite, être modifié dans aucune de ses parties et à plus forte raison être supprimé dans son ensemble par le gouvernement ottoman qu'à la suite d'une entente avec les puissances contractantes.

Faute donc d'une entente conforme réalisée avant le 1er octobre prochain entre le gouvernement ottoman et mon propre gouvernement, je me trouverais dans l'impossibilité de reconnaître force exécutoire, à partir de cette date, à la décision unilatérale de la Sublime Porte.

Note identique des puissances de la Triple Entente à la Sublime Porte en ce qui concerne l'abolition des Capitulations, du 28 août/ 10 septembre 1914.**)

Le régime des Capitulations étant fondé sur des pactes synallagmatiques, il n'appartient pas à la Sublime Porte d'en prononcer l'abrogation par un

*) Des réponses de rédaction identique ont été remises à la Sublime Porte par les représentants des autres puissances, spécialement de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie et aussi de l'Allemagne et de l'Autriche-Hongrie (Livre orange russe, Affaires de Turquie, n⁰ 43).

**) Les ambassadeurs d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie, qui s'étaient associés à la Note identique des puissances protestant contre l'abrogation des Capitulations, se sont quelques jours après écartés de leur protestation contre cette abrogation (V. ambassadeur de Russie à Constantinople au ministre russe des affaires étrangères, 31 août 13 septembre 1914, Livre orange russe, Affaires de Turquie, n⁰ 51).

simple acte de sa propre volonté. Les gouvernements russe, français et britannique sont néanmoins disposés à examiner immédiatement et dans l'esprit le plus amical les propositions que la Sublime Porte croirait devoir leur adresser pour substituer au régime actuel un régime conforme aux principes généraux du droit international. Lesdits gouvernements ne pourront toutefois se prêter à cet examen qu'après avoir reçu de la Sublime Porte l'assurance qu'elle observera une stricte neutralité dans la guerre actuelle et qu'elle s'abstiendra également de tout acte offensif à l'égard d'aucun Etat voisin de la Turquie.

Déclaration du Gouvernement de Russie au gouvernement ottoman au sujet de l'abolition des Capitulations en Turquie, en date du 13/26 septembre 1914.

Le gouvernement de Russie confirme les protestations que l'ambassadeur de Russie à remises le 28 août/10 septembre dernier à la Sublime Porte. Le régime des Capitulations étant fondé sur des actes synallagmatiques, il n'est pas au pouvoir de la Porte d'en prononcer l'abrogation par un acte unilatéral. Le gouvernement impérial fait donc toutes réserves quant aux mesures que les autorités ottomanes auraient prises ou viendraient à prendre en violation des stipulations capitulaires, et il se déclare dès maintenant résolu à demander, en son temps, les réparations légitimes pour les dommages que ses ressortissants subiraient de ce fait.

Le gouvernement de Russie croirait manquer à la confiante amitié qui unit très heureusement la Russie à la Turquie, s'il n'appelait la plus sérieuse attention de la Sublime Porte sur les conséquences de la politique où elle semble vouloir s'engager. La sympathie de la Russie constitue, pour la Turquie, un gage assuré de tranquillité, ainsi qu'une promesse précieuse d'assistance qu'il n'est pas dans l'intérêt de la Turquie de méconnaître.

II.

Correspondance entre la Porte Ottomane et le Gouvernement des Pays-Bas.

Brief van den Turkschen Minister van Buitenlandsche Zaken aan Harer Majesteits Gezant te Constantinopel, dd. 9 September 1914.

Monsieur le Ministre,

Le Gouvernement Impérial Ottoman dans ses sentiments d'hospitalité et de sa sympathie à l'égard des sujets des Puissances amies, avait jadis déterminé d'une façon spéciale les règles auxquelles seraient assujettis les étrangers venant en Orient pour y commercer, et avait notifié ces règles aux Puissances. Subséquemment, ces règles, que la Sublime Porte avait édictées exclusivement de son propre agrément, furent interprétées en des privilèges, corroborées et étendues par certaines pratiques, et se maintinrent

jusqu'à nos jours sous le nom d'anciens traités (ou Capitulations). Cependant ces privilèges qui, d'un côté, se trouvèrent être en opposition complète avec les règles juridiques du siècle et avec le principe de la Souveraineté nationale, constituèrent, d'autre part, un empêchement au progrès et au développement de l'Empire Ottoman, de même qu'ils firent naître certains malentendus dans les relations avec les Puissances étrangères; et ainsi ils forment un obstacle à ce que ces relations atteignent le degré voulu de cordialité et de sincérité.

L'Empire Ottoman, surmontant toute résistance, continue à marcher dans le chemin de renaissance et de réforme où il s'était engagé en 1255 par le Hatti-Hûmayoun de Gul-Hâné, et, afin de s'assurer la place qui lui était due dans la famille des peuples civilisées d'Europe, accepta les principes juridiques les plus modernes et ne s'écarta pas du programme d'appuyer sur ces fondements l'édifice de l'Etat. L'établissement du régime constitutionnel démontre de quel heureux succès furent couronnés les efforts du Gouvernement Ottoman dans la voie du progrès.

Cependant, comme conséquences tirées des Capitulations, l'intervention des étrangers dans l'exercice du pouvoir judiciaire, qui constitue l'assise la plus importante de la souveraineté de l'Etat; la limitation du pouvoir législatif par la prétention émise que beaucoup de lois ne sauraient être appliquées aux étrangers; le fait qu'un criminel ayant porté atteinte à la sécurité publique se trouve soustrait à l'application des lois par le seul motif qu'il est de nationalité étrangère, ou bien encore le fait que l'action publique se trouve compromise par la nécessité de respecter à l'égard du délinquant étranger toutes sortes de restrictions et de conditions; le fait enfin que suivant la nationalité des contractants un différend, né d'un même contract, comporte un for et un mode de procéder différents; tous ces faits et d'autres privilèges restrictifs semblables constituent une insurmontable barrière à toute organisation de tribunaux institués en vue d'assurer dans le pays le parfait fonctionnement de la justice.

De même encore, cette conséquence des Capitulations qui rend les étrangers francs et libres d'impôts dans l'Empire Ottoman, rend la Sublime Porte impuissante non seulement à se procurer les moyens nécessaires pour pourvoir à l'exécution des réformes, mais même à satisfaire aux besoins administratifs courants sans avoir recours à l'emprunt. Dans le même ordre d'idées les entraves apportées à l'augmentation des impôts indirects ont pour conséquence d'élever la quotité des contributions directes et d'accabler les contribuables Ottomans. Le fait que les étrangers commerçant dans l'Empire Ottoman et y jouissant de toutes sortes d'immunités et de privilèges, sont moins imposés que les Ottomans, constitue à la fois une injustice évidente et une atteinte à l'indépendance et à la dignité de l'Etat. Le Gouvernement Impérial, malgré tous ces obstacles, poursuivait avec zèle ses efforts réformateurs, quand la survenance de la guerre générale rendit de la dernière acuité les difficultés financières dans le pays, mettant en danger l'accomplissement de toute l'oeuvre commencée ou dont l'entreprise a été résolue.

Or, la Sublime Porte a la conviction que le seul moyen de salut pour la Turquie est de réaliser au plus tôt cette oeuvre de réforme et de développement, comme elle a aussi la conviction que tous les pas qu'elle fera dans cette voie, jouiront de l'encouragement de toutes les Puissances amies.

C'est sur la base de cette conviction que la décision a été prise d'abroger, à compter de la date du 1er Octobre 1914, les Capitulations, qui jusqu'à présent constituèrent une entrave à tout progrès de l'Empire, ainsi que tous privilèges et tolérances accessoires à ces capitulations ou en découlant, et d'adopter comme base des relations, avec tous les Etats, les principes généraux du droit international.

Tout en ayant l'honneur de notifier la présente décision, qui, devant ouvrir pour l'Empire Ottoman une ère de bonheur, sera à ce titre, je n'en doute point, accueillie avec satisfaction par le Gouvernement Hollandais, je me fais un devoir d'ajouter que la Sublime Porte, inspirée exclusivement, dans sa décision, par les intérêts supérieurs de la patrie Ottomane, ne nourrit, en abrogeant les capitulations, aucune pensée inamicale à l'égard d'aucune Puissance et qu'elle est toute disposée à entamer des négociations en vue de conclure avec le Gouvernement Hollandais des traités de commerce sur la base des principes généraux du droit international public.

Veuillez etc. (get.) *Saïd Halim.*

Brief van Harer Majesteits Gezant te Constantinopel aan den Turkschen Minister van Buitenlandsche Zaken d.d. 11 September 1914.

Altesse:

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que Votre Altesse a bien voulu m'adresser sous la date du 9 courant nº. 53699/89 et ne manquerai pas d'en porter le contenu à la connaissance du Gouvernement Royal.

Toutefois je crois devoir formuler dès à présent toutes mes réserves quant au caractère unilatéral qu'Elle attribue aux Capitulations, ne pouvant partager l'opinion exprimée à ce sujet par Votre Altesse.

Veuillez etc. (get.) *van der Does de Willebois.*

Brief van Harer Majesteits Gezant de Constantinopel aan den Turkschen Minister van Buitenlandsche Zaken d.d. 26 September 1914.

Altesse:

D'ordre du Ministre des Affaires Etrangères à la Haye et pour faire suite à ma note du 11 de ce mois nº. 1476/59, j'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Altesse que le Gouvernement Royal, attribuant aux Capitulations un caractère bilatéral, ne saurait reconnaître leur abolition par un acte autonome de la Sublime Porte. Mon Gouvernement s'oppose

donc à toute infraction aux droits néerlandais basés sur ou se rattachant au régime Capitulaire.

Veuillez etc. (get.) *van der Does de Willebois.*

Brief van den Turkschen Minister van Buitenlandsche Zaken aan Harer Majesteits Gezant te Constantinopel d.d. 5 December 1914.

Monsieur le Ministre:

J'ai pris connaissance de la Note que V.E. a bien voulu m'adresser le 11 septembre 1914 n⁰. 59 relativement à l'abrogation des Capitulations.

Le Ministère Impérial ne désire pas entrer, en cette question, dans des considérations sur les Traités, qui ont été conclus à ce sujet, ni sur les interprétations extensives, qui ont été données aux clauses faisant exception au droit de souveraineté territorial, clauses qui par la nature juridique des choses, auraient dû être interprétées restrictivement.

Il ne cherche pas non plus à relever que la partie des ententes et arrangements conclus en faveur du Gouvernement Impérial était réduite au point de leur faire perdre leur intérêt le plus notable. Il se contente de faire ressortir que la Sublime Porte a comme tout Etat, le droit de dénoncer à son heure les Actes internationaux conclus sans stipulation de délai.

En effet, aucun Traité ne peut contenir des dispositions devant se perpétuer éternellement, lorsqu'elles portent sur des matières de commerce, d'organisation et de procédure judiciaire ou d'administration, lesquelles sont évidemment soumises à l'évolution du temps.

Le Gouvernement Impérial a d'autant plus indéniablement le droit d'user de la faculté de dénoncer qui lui appartient que le régime des Capitulations, suranné et ne répondant plus aux exigences modernes, même lorsqu'il est confiné dans ses vraies limites contractuelles, menace sa propre existence et rend le fonctionnement de la chose publique ottomane bien difficile.

Pour tous ces motifs la Sublime Porte croit devoir maintenir son point de vue exposé dans sa note du 9 septembre 1914 sub n⁰. 53699/89.

Veuillez etc. (get.) *Said Halim.*

Brief van Harer Majesteits Gezant te Constantinopel aan den Turkschen Minister van Buitenlandsche Zaken d.d. 11 December 1914.

Altesse:

En réponse à la note que Votre Excellence a bien voulu m'adresser sous la date du 5 courant n⁰. 58181/137, j'ai l'honneur de porter à Sa connaissance que, les Capitulations ne rentrant pas dans la catégorie des traités auxquels un acte unilatéral peut mettre fin — principe du reste encore récemment reconnu par la Sublime Porte dans des Conventions

avec d'autres Puissances — je ne puis de mon coté que confirmer par la présente ma note du 26 septembre dernier n⁰. 1576/64, exposant le point de vue et l'attitude du Gouvernement Royal à l'égard de l'abrogation des Capitulations par le Gouvernement Impérial.

Veuillez etc. (get.) *van der Does de Willebois.*

Brief van den Turkschen Minister van Buitenlandsche Zaken aan Harer Majesteits Gezant te Constantinopel d.d. 1 Februari 1915.

Monsieur l'Envoyé,

En réponse à la note que Votre Excellence a bien voulu m'adresser en date du 11 décembre dernier n⁰. 1899/78, pour confirmer le point de vue et l'attitude du Gouvernement Royal des Pays-Bas à l'égard de l'abrogation des Capitulations par le Gouvernement Impérial, j'ai l'honneur de L'informer que la Sublime Porte se trouve au regret de ne pouvoir se départir de son point de vue suffisamment exposé et motivé dans les précédentes communications à ce sujet.

Veuillez etc. (handteekening ontbreekt.)

215.

TURQUIE.

Loi provisoire concernant les droits et devoirs des étrangers dans l'Empire Ottoman; du 23 février 1915.

Livre orange néerlandais 1915, p. 57.

Article 1er. Les étrangers se trouvant dans l'Empire Ottoman ne peuvent point profiter des droits politiques et municipaux qui sont conférés aux Ottomans par la Loi Constitutionnelle et les autres Lois.

Ils bénéficient des droits privés qui ne sont pas réservés aux Ottomans par les Lois et Règlements Ottomans.

Article 2. Toutes les Lois et tous les Règlements Ottomans qui concernent la sûreté et l'ordre public du pays s'appliquent également à tous les étrangers se trouvant dans l'Empire Ottoman.

Article 3. En matière civile et commerciale, les étrangers peuvent recourir aux Tribunaux Ottomans de toute catégorie et de tous degrés et y faire valoir, ainsi que défendre leurs droits comme les Ottomans.

Toutefois, pour que les étrangers qui ne sont pas propriétaires d'immeubles en quantité suffisante dans l'Empire, puissent faire entendre et examiner les procès contre les Ottomans qu'ils intenteraient en qualité de demandeurs ou auxquels ils participeraient par voie d'intervention, ils sont tenus de fournir préalablement — en vue de couvrir les frais judiciaires et les dommages-intérêts — le dépôt ou la caution d'une somme dont le Tribunal appréciera le montant.

Cependant. cette obligation peut être levée à condition de réciprocité.

Article 4. Tous les procès des étrangers relatifs aux immeubles, leurs procès concernant les autres affaires civiles, ainsi que leurs procès commerciaux et pénaux, sont jugés par les Tribunaux Ottomans conformément aux Lois, Règlements et règles établies ottomans, même si des Ottomans n'y sont pas intéressés.

Toutefois, pour que les procès entre sujets étrangers non-musulmans concernant le droit de famille, c'est-à-dire la conclusion et l'annulation du mariage, la séparation de corps, la paternité, la filiation, l'adoption, ou concernant la capacité, c'est-à-dire la majorité, l'émancipation, l'interdiction, la tutelle, ou bien concernant les successions et testaments de biens mobiliers, puissent être jugés par les Tribunaux Ottomans, il faut que les deux parties y aient recours de leur consentement, ou que des Ottomans y soient intéressés, ou bien que lesdits procès aient quelque relation à des procès en cours par devant les Tribunaux Ottomans.

Dans cette circonstance, seront prises en considération les Lois des Etats dont relèvent les intéressés, et en cas de conflit, les principes du droit international privé, le tout à la condition de n'être pas contraire à l'ordre public ottoman.

Article 5. Les étrangers seront également soumis, aux mêmes degré et conditions que les Ottomans, aux impôts et taxes imposés à ces derniers et perçus d'eux conformément aux lois et dispositions en vigueur.

Article transitoire. Les droits acquis des sujets étrangers qui, lors de la publication de la présente Loi, exercent effectivement la profession d'avocat, de médecin, de pharmacien, d'ingénieur et de professeur, ou qui ont ouvert des écoles ou qui publient des journaux et revues sont maintenus, à la condition que lesdits sujets étrangers se soumettent aux Lois et Règlements Ottomans.

Article 6. Le Conseil des Ministres est chargé de l'application de cette loi qui entre en vigueur à partir de sa publication.

Le 21 Rébi-ul-Akhir 1333.
Le 23 février 1330 (1915).

216.

TURQUIE.

Loi provisoire sur le déplacement et la résidence des étrangers en Turquie; du 2 mars 1915.

Livre orange néerlandais 1915, p. 58.

Art. 1. Les étrangers sont libres de séjourner et de voyager dans toutes les parties de l'Empire, sauf dans les zones, comme le Hedjaz, et les villes, dont l'accès est interdit par les règles de l'Etat établies de longue date.

Art. 2. Les étrangers qui arriveront en Turquie sont tenus de présenter au poste de police de la localité où ils séjourneront ou voyageront, dans les quinze jours qui suivront leur arrivée, une déclaration indiquant leurs noms, l'endroit et la date de leur naissance, leurs qualité et profession, le motif de leur voyage, les noms et qualité de leur père et de leur mère, les noms de leurs enfants mineurs et de leurs femmes qui les accompagnent, leur sujétion et les localités de la Turquie où ils séjourneront ou voyageront. Le poste de police est tenu de délivrer, au reçu de la déclaration, un permis de séjour ou de voyage. L'obligation de présenter une déclaration ne concerne pas les musulmans sujets étrangers qui se rendent en pélerinage au Hedjaz.

Art. 3. Ceux qui ont obtenu un permis de séjour pour résider dans une ville ou dans un bourg, l'exhiberont au poste de police de la localité où ils vont, au cas où ils se rendraient dans une autre ville ou dans un autre bourg. De même, ceux qui ont obtenu un permis de voyage devront le présenter au poste de la localité où ils vont, au cas où ils se rendraient dans les localités autre que celles indiquées dans les permis.

Art. 4. Ceux qui fournissent dans les déclarations de fausses indications concernant leur identité et celle des personnes qui les accompagnent sont condamnés de 15 jours à 2 ans de prison et de 5 à 100 livres turques d'amende. Ceux qui n'observent pas l'obligation mentionnée aux articles 2 et 3 sont condamnés à une amende de 1 à 20 livres turques.

Art. 5. Le ministre de l'intérieur peut, soit de sa propre initiative, soit par décision du conseil des ministres, éloigner *sine die* ou pour une durée fixe, de la ville ou des zones où ils se trouvent, les étrangers voyageant ou résidant en Turquie, s'il le juge nécessaire pour des considérations politiques ou d'ordre policier, ou bien les inviter à résider dans d'autres parties de l'Empire ou à quitter le territoire ottoman, ou bien les expulser du territoire en les faisant accompagner de la force publique. L'étranger qui, invité à s'éloigner d'une localité ou à quitter le territoire ottoman, n'obéit pas à cette invitation dans le délai fixé, est éloigné ou expulsé avec l'intervention de la force publique. Si les infracteurs, n'obtempérant pas, se cachent quelque part, ils sont emprisonnés pendant une durée de 3 à 6 mois et ne sont éloignés ou expulsés qu'après avoir purgé leur peine. Ceux qui sont éloignés ou expulsés par l'intervention de la force publique, pour cause de désobéissance, ne peuvent pas rentrer une seconde fois dans la localité d'où ils ont été éloignés ou dans l'Empire ottoman.

Art. 6. Ceux qui s'éloignent ou que l'on éloigne ainsi d'une ville ou d'une zone pour une durée indéterminée ne peuvent pas rentrer sans autorisation officielle et ceux qui se sont éloignés ou ont été éloignés pour une durée fixe, avant l'expiration du délai, — sous peine d'un emprisonnement d'une semaine à quinze jours ou d'une amende de 1 à 10 livres, ou de ces deux pénalités à la fois. Ils sont éloignés de la ville ou de la zone après avoir purgé la peine ou acquitté l'amende.

Art. 7. Ceux qui sont expulsés du territoire ottoman pour une durée fixe ne peuvent pas rentrer avant l'expiration du délai. — et ceux ex-

pulsés pour une durée indéterminée sans avoir obtenu une autorisation spéciale, — et cela sous peine d'un emprisonnement de 1 à 6 mois ou d'une amende de 10 à 50 livres ou bien de ces deux peines à la fois. Ils sont reconduits en dehors des frontières après avoir purgé leur peine ou acquitté l'amende.

Art. 8. Sur les frontières et dans les vilayets et mutessarifats indépendants des littoraux à désigner par le ministère de l'intérieur, les valis et les gouverneurs peuvent inviter les étrangers dont les gestes paraissent suspects au point de vue de la sécurité intérieure et extérieure du pays, et dont le séjour est jugé nuisible pour la tranquillité et la sécurité de la région, à s'éloigner du vilayet ou du sandjak pour une durée maxima de trois mois ou à quitter le territoire ottoman, ou bien les éloigner et les expulser. Ils devront dans ce cas informer immédiatement le ministère de l'intérieur des motifs de la mesure.

Art. 9. Les pénalités prévues par cette loi sont prononcées par les juges de paix, et dans les localités où la justice de paix n'est pas encore organisée, par les tribunaux de première instance, conformément à la loi sur les juges de paix.

Art. 10. Cette loi entre en vigueur quinze jours après la date de sa promulgation.

Art. 11. Les étrangers qui résident en Turquie à la date de l'entrée en vigueur de la présente loi, sont tenus de présenter la déclaration mentionnée à l'article 2, dans les deux mois qui suivront cette date.

Art. 12. Les ministres de l'intérieur et de la justice sont chargés de l'exécution de la présente loi.

Le 28 Rébi-ul-akher 1333.

Le 2 mars 1331 (1915).

217.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Protocole concernant le maintien du status quo territorial dans les régions de la Mer baltique; signé à St.-Petersbourg, le 16/29 octobre 1907.*)

Copie officielle.

Protocole Secret.

Les deux Gouvernements Impériaux d'Allemagne et de Russie, reconnaissant l'existence d'une parfaite communauté d'intérêts dans leur politique par rapport aux régions de la mer Baltique,

---

*) Ce n'est qu'aujourd'hui que nous sommes en mesure de publier le texte original de ce document dont nous avons reproduit une traduction allemande ci-dessus p. 87.

et désireux de consolider, par une entente y relative, les liens, plusieurs fois séculaires, d'amitié traditionnelle et de bon voisinage qui unissent leurs Etats,

déclarent par le présent protocole que leur politique générale dans ces parages a pour objet le maintien du statu quo territorial actuel.

Conformément à ce principe fondamental de leur politique les deux Gouvernements Impériaux sont fermement résolus à conserver intacts les droits de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies sur Leurs possessions continentales et insulaires respectives situées dans les dites régions.

Les deux autres Etats riverains de la Baltique, à savoir la Suède et le Danemark, pourront être admis à conclure avec les deux Empires des accords spéciaux reconnaissant leur intégrité territoriale et assurant ainsi le maintien général du statu quo actuel dans le bassin de la mer Baltique.

Il est bien entendu que le Gouvernement Impérial d'Allemagne n'envisagera pas comme étant contraire aux principes ci-dessus énoncés l'abrogation éventuelle, en faveur de la Russie, de la convention du 30 Mars 1856 conclue à Paris entre la Russie, la France et la Grande Bretagne et relative aux îles d'Aland.

Les deux Gouvernements Impériaux sont d'accord que le présent protocole restera secret jusqu'au moment où ils jugeront, après entente préalable, opportun de le rendre public ou de le communiquer à d'autres Gouvernements.

En foi de quoi, les Soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole et y ont apposé les cachets de leurs armes.

Fait en double à St. Pétersbourg, le 16/29 octobre 1907.

(s.) *Schoen.* (s.) *Gubastow.*

218.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE, BULGARIE, TURQUIE, RÉPUBLIQUE UKRAINIENNE.

Traité de paix; signé à Brest-Litowsk, le 9 février 1918,*)**) suivi d'un Protocole explicatif, signé le 4 mars 1918.

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1918, No. 107.

Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik anderseits.

Da das ukrainische Volk sich im Laufe des gegenwärtigen Weltkrieges als unabhängig erklärt und den Wunsch ausgedrückt hat, zwischen

*) Les ratifications ont été échangées entre l'Allemagne et l'Ukraine à Vienne, le 24 juillet 1918.

**) En langues allemande, hongroise, bulgare, turque et ukrainienne. Nous n'imprimons que le texte allemand.

der Ukrainischen Volksrepublik und den mit Russland im Kriege befindlichen Mächten den Friedenszustand herzustellen, haben die Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei beschlossen, mit der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik einen Friedensvertrag zu vereinbaren; sie wollen damit den ersten Schritt tun zu einem dauerhaften und für alle Teile ehrenvollen Weltfrieden, der nicht nur den Schrecknissen des Krieges ein Ende setzen, sondern auch zur Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern auf politischem, rechtlichem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiete führen soll. Zu diesem Zwecke sind die Bevollmächtigten der vorbezeichneten Regierungen, nämlich

für die Kaiserlich Deutsche Regierung:

der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserliche Wirkliche Geheime Rat, Herr Richard von Kühlmann,

für die k. u. k. gemeinsame österreichisch-ungarische Regierung:

der Minister des Kais. und Kön. Hauses und des Äussern, Sr. k. u. k. Apost. Majestät Geheimer Rat, Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz,

für die Königlich Bulgarische Regierung:

der Ministerpräsident, Herr Dr. Wassil Radoslavoff,
der Gesandte, Herr Andrea Toscheff,
der Gesandte, Herr Ivan Stoyanovitch,
der Militärbevollmächtigte, Herr Oberst Peter Gantchew,
Herr Dr. Theodor Anastassoff,

für die Kaiserlich Osmanische Regierung:

S. H. der Grosswesir Talaat Pascha,
der Minister des Äussern Ahmet Nessimi Bey,
S. H. Ibrahim Hakki Pascha,
der General der Kavallerie Ahmet Izzet Pascha,

für die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik:

die Mitglieder der Ukrainischen Zentralrada
Herr Alexander Ssewrjuk,
Herr Mykola Ljubynsjkyj und
Herr Mykola Lewitsjkyj,

zur Einleitung von Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zusammengetreten und haben sich, nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel I.

Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und die Ukrainische Volksrepublik anderseits erklären, dass der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Die vertragschliessenden Parteien sind entschlossen, miteinander fortan in Frieden und Freundschaft zu leben.

Artikel II.

1. Zwischen Österreich-Ungarn einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik anderseits werden, insoweit diese beiden Mächte aneinander grenzen werden, jene Grenzen bestehen, welche vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges zwischen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und Russland bestanden haben.

2. Weiter nördlich wird die Grenze der Ukrainischen Volksrepublik von Tarnograd angefangen im allgemeinen in der Linie Bilgoraj — Szczebrzeszyn — Krasnostaw — Pugatschow — Radin — Meshiretschje — Sarnaki — Melnik — Wysoko-Litowsk — Kamenetz-Litowsk — Prushany — Wygonowskoje-See verlaufen.

Im einzelnen wird diese Grenze nach den ethnographischen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden.*)

3. Für den Fall, dass die Ukrainische Volksrepublik noch mit einer anderen der Mächte des Vierbundes gemeinsame Grenzen haben sollte, werden hierüber besondere Vereinbarungen vorbehalten.

Artikel III.

Die Räumung der besetzten Gebiete wird unverzüglich nach der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrags beginnen.

Die Art der Durchführung der Räumung und die Übergabe der geräumten Gebiete werden durch Bevollmächtigte der interessierten Teile bestimmt werden.

Artikel IV.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragschliessenden Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrags aufgenommen werden.

Wegen möglichst weitgehender Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.

Artikel V.

Die vertragschliessenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, das heisst der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung, sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, das heisst derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Massnahmen mit Einschluss aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.

Artikel VI.

Die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden in ihre Heimat entlassen werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaats in seinen Gebieten zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen.

---

*) Comp. le Protocole du 4 mars 1918, ci-dessous p. 761.

Die Regelung der hiermit zusammenhängenden Fragen erfolgt durch die im Artikel VIII vorgesehenen Einzelverträge.

Artikel VII.

Über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragschliessenden Teilen wird folgendes vereinbart:

I.

Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich gegenseitig, unverzüglich die wirtschaftlichen Beziehungen anzuknüpfen und den Warenaustausch auf Grund folgender Bestimmungen zu organisieren:

Bis zum 31. Juli des laufenden Jahres ist der gegenseitige Austausch der Überschüsse der wichtigsten landwirtschaftlichen und industriellen Produkte zur Deckung der laufenden Bedürfnisse nach Massgabe der folgenden Bestimmungen durchzuführen:

a) Die Mengen und die Art der Produkte, deren Austausch im vorhergehenden Absatz vorgesehen ist, werden auf jeder Seite durch eine Kommission festgestellt, die aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern beider Seiten besteht und sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrags zusammentritt.

b) Die Preise der Produkte beim erwähnten Warenaustausch werden auf Grund gegenseitiger Vereinbarung durch eine Kommission festgestellt, die aus der gleichen Zahl von Mitgliedern der beiden Seiten besteht.

c) Die Verrechnung erfolgt in Gold auf folgender Basis:

1000 deutsche Reichsmark in Gold = 462 Karbowanjez Gold der Ukrainischen Volksrepublik = 462 Rubel Gold des früheren russischen Kaiserreichs (1 Rubel = $^1/_{15}$ Imperial) oder 1000 österreichische und ungarische Kronen Gold = 393 Karbowanjez 78 Grosch Gold der Ukrainischen Volksrepublik = 393 Rubel 78 Kopeken Gold des früheren russischen Kaiserreichs (1 Rubel = $^1/_{15}$ Imperial).

d) Der Austausch der Waren, die durch die in Absatz a) vorgesehene Kommission festgestellt werden, erfolgt durch die staatlichen Zentralstellen oder durch vom Staate kontrollierte Zentralstellen.

Der Austausch jener Produkte, welche durch die oben vorgesehenen Kommissionen nicht festgestellt werden, erfolgt im Wege des freien Verkehrs unter den Bedingungen des provisorischen Handelsvertrags, der in der folgenden Ziffer II vorgesehen ist.

II.

Soweit nicht in Ziffer I anderes vorgesehen ist, sollen den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragschliessenden Teilen provisorisch bis zum Abschluss eines endgültigen Handelsvertrags, jedenfalls aber bis zum Ablauf von mindestens sechs Monaten nach Abschluss des Friedens zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und den zur Zeit mit ihnen im Kriege befindlichen europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan anderseits folgende Bestimmungen zu Grunde gelegt werden:

A.

Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Ukrainischen Volksrepublik diejenigen Vereinbarungen, die in den nachstehenden Bestimmungen des russisch-deutschen Handels- und Schiffahrtsvertrags von 1894/1904*) niedergelegt sind, nämlich:

Artikel 1—6, 7, einschliesslich der Tarife A und B, 8—10, 12, 13—19, ferner in den Bestimmungen im Schlussprotokoll, erster Teil, zu Artikel 1 Absatz 1 und 3, zu Artikel 1 und 12 Absatz 1, 2, 4, 5, 6, 8, 9, zu Artikel 3, zu Artikel 5 Absatz 1 und 2, zu Artikel 5, 6, 7, 9 und 10, zu Artikel 6, 7 und 11, zu Artikel 6—9, zu Artikel 6 und 7, zu Artikel 12 Absatz 1, 2, 3, 5, ferner in dem Schlussprotokoll, vierter Teil, die §§ 3, 6, 7, 12, 12b, 13, 14, 15, 16, 17, 18 (mit Vorbehalt der entsprechenden Änderung der Behördenorganisationen), 19, 20, 21, 23.

Dabei besteht Einverständnis über folgende Punkte:

1. Der allgemeine russische Zolltarif vom 13./26. Januar 1903 bleibt aufrechterhalten.

2. Der Artikel 5 erhält folgende Fassung:

„Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen und die freie Durchfuhr zu gestatten.

Ausnahmen sind nur für solche Erzeugnisse zulässig, welche auf dem Gebiet eines der vertragschliessenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, sowie auch für gewisse Erzeugnisse, für die aus Rücksichten auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei und die öffentliche Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Gründen ausserordentliche Verbotsmassregeln, insbesondere im Zusammenhange mit der auf den Krieg folgenden Übergangszeit ergehen könnten.“

3. Kein Teil wird die Begünstigungen in Anspruch nehmen, welche der andere Teil irgendeinem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung, wie sie z. B. zwischen dem Deutschen Reiche und dem Grossherzogtume Luxemburg besteht, oder im kleinen Grenzverkehre bis zu einer Grenzzone von 15 Kilometern Breite gewährt oder gewähren wird.

4. Artikel 10 erhält folgende Fassung:

„Die Waren aller Art, welche durch das Gebiet eines der beiden Teile durchgeführt werden, sollen wechselseitig von jeder Durchgangsabgabe frei sein, sei es, dass sie unmittelbar durchgeführt werden, sei es, dass sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden.“

5 An Stelle des Artikel 12a soll folgende Bestimmung treten:

„a) Hinsichtlich des gegenseitigen Schutzes des Urheberrechts an Werken der Literatur, Kunst und Photographie sollen im

*) V. N. R. G. 2. s. XX, p. 6; XXXIV, p. 551.

Verhältnis zwischen Deutschland und der Ukrainischen Volksrepublik die Bestimmungen des zwischen Russland und dem Deutschen Reiche geschlossenen Vertrags vom 28. Februar 1913 gelten.*)

b) Hinsichtlich des gegenseitigen Schutzes der Warenbezeichnungen sollen die Bestimmungen der Deklaration vom 23./11. Juli 1873 auch in Zukunft massgebend sein."**)

6. Die Bestimmung des Schlussprotokolls zu Artikel 19 erhält folgende Fassung:

„Die vertragschliessenden Teile werden einander im Eisenbahntarifwesen, insbesondere durch Erstellung direkter Tarife, tunlichst unterstützen. Zu diesem Zwecke sind beide vertragschliessenden Teile bereit, möglichst bald in Verhandlungen miteinander zu treten."

7. § 5 des 4. Teiles des Schlussprotokolls erhält folgende Fassung:

„Es besteht beiderseitiges Einverständnis, dass die Zollämter der beiden Länder an allen Tagen des Jahres geöffnet bleiben mit Ausnahme der Sonntage und der gesetzlichen Feiertage."

B.

Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und der Ukrainischen Volksrepublik diejenigen Vereinbarungen, die in den nachstehenden Bestimmungen des russisch-österreichisch-ungarischen Handels- und Schiffahrtsvertrags vom 15. Februar 1906***) niedergelegt sind, nämlich:

Artikel 1, 2, 5 einschliesslich der Tarife A und B, Artikel 6, 7, 9—13, 14 Absatz 2 und 3, Artikel 15—24, ferner in den Bestimmungen im Schlussprotokoll zu Artikel 1 und 12, Absatz 1, 2, 4, 5 und 6, zu Artikel 2, zu Artikel 2, 3 und 5, zu Artikel 2 und 5, zu Artikel 2, 4, 5, 7 und 8, zu Artikel 2, 5, 6 und 7, zu Artikel 17 sowie zu Artikel 22 Absatz 1 und 3.

Dabei besteht Einverständnis über folgende Punkte:

1. Der allgemeine russische Zolltarif vom 13./26. Januar 1903 bleibt aufrechterhalten.

2. Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hindern. Ausnahmen hiervon dürfen nur stattfinden:

a) Bei Tabak, Salz, Schiesspulver oder sonstigen Sprengstoffen sowie bei anderen Artikeln, welche jeweils in den Gebieten

*) V. N. R. G. 3. s. IX, p. 458.
**) V. N. R. G. 2. s. I, p. 602.
***) V. N. R. G. 2. s. XXXV, p. 98.

eines der vertragschliessenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden;

b) in Beziehung auf Kriegsbedürfnisse unter ausserordentlichen Umständen;

c) aus Rücksichten der öffentlichen Sicherheit, aus Gesundheits- und Veterinärpolizeirücksichten;

d) bei gewissen Erzeugnissen, für die aus anderen schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Gründen ausserordentliche Verbotsmassregeln, insbesondere im Zusammenhange mit der auf den Krieg folgenden Übergangszeit ergehen könnten."

3. Kein Teil wird die Begünstigungen in Anspruch nehmen, welche der andere Teil irgendeinem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung, wie sie z. B. zwischen Österreich-Ungarn und dem Fürstentume Liechtenstein besteht, oder im kleinen Grenzverkehre bis zu einer Grenzzone von 15 Kilometern Breite gewährt oder gewähren wird.

4. Artikel 8 erhält folgende Fassung:

„Die Waren aller Art, welche durch die Gebiete eines der vertragschliessenden Teile durchgeführt werden, sollen wechselseitig von jeder Durchfuhrabgabe frei sein, sei es, dass sie unmittelbar durchgeführt werden, sei es, dass sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden."

5. Die Bestimmung des Schlussprotokolls zu Artikel 21 erhält folgende Fassung:

„Die vertragschliessenden Teile werden einander im Eisenbahntarifwesen, insbesondere durch Erstellung direkter Tarife, tunlichst unterstützen. Zu diesem Zwecke sind beide vertragschliessenden Teile bereit, möglichst bald in Verhandlungen miteinander zu treten."

C.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bulgarien und der Ukrainischen Volksrepublik betrifft, so sollen sich diese bis zum Abschluss eines definitiven Handelsvertrags nach dem Rechte der meistbegünstigten Nation regeln.

Kein Teil wird die Begünstigungen in Anspruch nehmen, welche der andere Teil irgendeinem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung oder im kleinen Grenzverkehre bis zu einer Grenzzone von 15 Kilometer Breite gewährt oder gewähren wird.

D.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Osmanischen Reiche und der Ukrainischen Volksrepublik betrifft, so werden sich beide Teile bis zum Abschluss eines neuen Handelsvertrags gegenseitig dieselbe Behandlung gewähren, welche sie auf die meistbegünstigte Nation anwenden.

Kein Teil wird die Begünstigungen in Anspruch nehmen, welche der andere Teil irgendeinem anderen Staate auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung oder im kleinen Grenzverkehre gewährt oder gewähren wird.

III.

Die Gültigkeitsdauer der in Ziffer II des gegenwärtigen Vertrags für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reiche einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik anderseits vorgesehenen provisorischen Bestimmungen kann in beiderseitigem Einverständnisse der Parteien verlängert werden.

Wenn die im ersten Absatz der Ziffer II vorgesehenen Termine nicht vor dem 30. Juni 1919 eintreten sollten, steht es jedem der beiden vertragschliessenden Teile frei, die in der obengenannten Ziffer enthaltenen Bestimmungen vom 30. Juni 1919 an sechsmonatlich zu kündigen.

IV.

A.

Die Ukrainische Volksrepublik wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche Deutschland an Österreich-Ungarn oder an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Österreich-Ungarn zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, oder welche Deutschland seinen eigenen Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten oder jenen der mit ihm zollverbündeten Länder gewährt.

Deutschland wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche die Ukrainische Volksrepublik an ein anderes mit ihr durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an die Ukraine unmittelbar oder durch ein anderes mit ihr zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, oder den Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten eines der mit ihr zollverbündeten Länder gewährt.

B.

Im wirtschaftlichen Verkehre zwischen dem Vertragszollgebiete der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik anderseits wird die Ukrainische Volksrepublik keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche Österreich-Ungarn an Deutschland oder an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land gewährt, das an Österreich-Ungarn unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Deutschland zollverbündetes Land mittelbar angrenzt. Kolonien, auswärtige Besitzungen und Schutzgebiete werden in dieser Beziehung dem Mutterlande gleichgestellt.

Österreich-Ungarn wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche die Ukrainische Volksrepublik an ein anderes mit ihr durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an die Ukraine unmittelbar oder durch ein anderes mit ihr zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, oder den Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten eines der mit ihr zollverbündeten Länder gewährt.

V.

A.

Soweit in neutralen Staaten Waren lagern, welche aus Deutschland oder der Ukraine stammen, die aber mit der Verpflichtung belegt sind, dass sie weder unmittelbar noch mittelbar nach den Gebieten des anderen vertragschliessenden Teiles ausgeführt werden dürfen, sollen derartige Verfügungsbeschränkungen im Verhältnis zu den vertragschliessenden Teilen aufgehoben werden. Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich daher, den Regierungen der neutralen Staaten von der vorerwähnten Aufhebung dieser Verfügungsbeschränkung unverzüglich Kenntnis zu geben.

B.

Soweit in neutralen Staaten Waren lagern, welche aus Österreich-Ungarn oder der Ukraine stammen, die aber mit der Verpflichtung belegt sind, dass sie weder unmittelbar noch mittelbar nach den Gebieten des andern vertragschliessenden Teiles ausgeführt werden dürfen, sollen derartige Verfügungsbeschränkungen im Verhältnis zu den vertragschliessenden Teilen aufgehoben werden. Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich daher, den Regierungen der neutralen Staaten von der vorerwähnten Aufhebung dieser Verfügungsbeschränkung unverzüglich Kenntnis zu geben.

Artikel VIII.

Die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, der Austausch der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten, die Amnestiefrage sowie die Frage der Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handelsschiffe werden in Einzelverträgen mit der Ukrainischen Volksrepublik geregelt, welche einen wesentlichen Bestandteil des gegenwärtigen Friedensvertrags bilden und, soweit tunlich, gleichzeitig mit diesem in Kraft treten.

Artikel IX.

Die in diesem Friedensvertrage getroffenen Vereinbarungen bilden ein unteilbares Ganzes.

Artikel X.

Bei der Auslegung dieses Vertrags sind für die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine der deutsche und der ukrainische Text, für die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine der deutsche, der ungarische und der ukrainische Text, für die Beziehungen zwischen Bulgarien und der Ukraine der bulgarische und der ukrainische Text und für die Beziehungen zwischen der Türkei und der Ukraine der türkische und der ukrainische Text massgebend.

Schlussbestimmung.

Der gegenwärtige Friedensvertrag wird ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen tunlichst bald in Wien ausgetauscht werden.

Der Friedensvertrag tritt, soweit darin nichts anderes bestimmt ist, mit seiner Ratifikation in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Brest-Litowsk am 9. Februar 1918.

(L. S.) *R. v. Kühlmann*

Als Vertreter der Deutschen Obersten Heeresleitung
Hoffmann
Generalmajor und Chef
des Generalstabs des Oberbefehlshabers Ost

Czernin
Dr. V. Radoslavoff
A. Toscheff
Iv. Stoyanovitch
Oberst P. Gantchew
Dr. Anastassoff
Talaat
I. Hakky
Ahmed Nessimi
(L. S.) *A. Izzet*

Al. Ssewrjuk
Mykola Ljubynsjkyj
M. Lewitsjkyj

Notiz zu Artikel VII des Friedensvertrags vom 9. Februar 1918.

Es besteht Einverständnis darüber, dass das im zweiten Absatz der Ziffer III des obengenannten Artikels enthaltene Kündigungsrecht hinsichtlich der einzelnen (in Ziffer II unter A, B, C, D angeführten) Vereinbarungen jeder der an diesen einzelnen Vereinbarungen beteiligten Parteien selbstständig zusteht.

Es soll daher in diesem Absatz statt „jedem der beiden vertragschliessenden Teile“ heissen: „jedem der fünf vertragschliessenden Teile.“

Brest-Litowsk, am 9. Februar 1918.

Al. Ssewrjuk
R. v. Kühlmann

Czernin
Talaat
Dr. V. Radoslavoff

Protocole.*)

Da Zweifel über die Auslegung des Punktes 2, Artikels 2 des am 9. Februar in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits geschlossenen Friedensvertrages entstanden sind, haben die Regierungen der genannten Mächte beschlossen, diese Zweifel durch eine ergänzende Erklärung zu beseitigen, und haben ihre zu den Friedensverhandlungen mit Russland nach Brest-Litowsk entsandten Bevollmächtigten

(folgt die Aufzählung der Bevollmächtigten)

beauftragt, Nachstehendes zu erklären:

*) Communication officielle.

Zur Vermeidung von Missverständnissen bei Auslegung des Punktes 2 des Artikels 2 des am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geschlossenen Friedensvertrages wird festgestellt, dass die im zweiten Absatz dieser Vertragsbestimmung vorgesehene gemischte Kommission bei Festsetzung der Grenze nicht gebunden ist, die Grenzlinie durch die Orte Bilgoraj, Szcezcbrzsryn, Krastnostaw, Pugaszow, Radan, Meshiretschie, Arnaki zu legen, sondern das Recht besitzt, auf Grund des Artikels 2 Punkt 2 dieses Friedensvertrages die sich aus den ethnographischen Verhältnissen und Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze Krastnostaw, Pugaszow, Radin, Meshiretschie, Sarnaki zu führen.

Die erwähnte gemischte Kommission wird aus Vertretern der vertragschliessenden Teile und aus Vertretern Polens gebildet werden und es wird jede dieser Parteien die gleiche Anzahl von Delegierten zur Kommission entsenden.

Die vertragschliessenden Teile werden einverständlich bestimmen, in welchem Zeitpunkt diese Kommission zusammentreten wird.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Brest-Litowsk am 4. März 1918.

219.

ALLEMAGNE, RÉPUBLIQUE UKRAINIENNE.

Traité additionnel au Traité de paix; signé à Brest-Litowsk, le 9 février 1918.*)

*Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1918, No. 107.***)

Deutsch-Ukrainischer Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik anderseits.

Auf Grund des Artikel VIII des heute unterzeichneten Friedensvertrags zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik anderseits†) sind

der Bevollmächtigte des Deutschen Reichs,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat Herr Richard von Kühlmann, und

*) Les ratifications ont été échangées à Vienne, le 24 juillet 1918.

**) En langues allemande et ukrainienne. Nous n'imprimons que le texte allemand.

†) V. ci-dessus, No. 218.

die Bevollmächtigten der Ukrainischen Volksrepublik, nämlich

die Mitglieder der Ukrainischen Zentralrada

Herr Alexander Ssewrjuk,

Herr Mykola Lubynsjkyj und

Herr Mykola Lewitsjkyj

übereingekommen, die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die Fürsorge für Rückwanderer, die aus Anlass des Friedensschlusses zu erlassende Amnestie und die Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kauffahrteischiffe unverzüglich zu regeln und zu diesem Zwecke einen Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrag abzuschliessen.

Nachdem die Bevollmächtigten festgestellt hatten, dass die von ihnen bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags vorgelegten Vollmachten die Erledigung der vorstehend bezeichneten Gegenstände mit umfassen, haben sie sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Erstes Kapitel.

Aufnahme der konsularischen Beziehungen.

Artikel 1.

Bei Aufnahme der konsularischen Beziehungen gemäss Artikel IV des Friedensvertrags wird jeder vertragschliessende Teil die Konsuln des anderen Teiles an allen Plätzen seines Gebiets zulassen, soweit nicht bereits vor dem Kriege für einzelne gemischt-sprachige Plätze oder Gebietsteile Ausnahmen bestanden und diese Ausnahmen nach dem Kriege jeder dritten Macht gegenüber gleichmässig aufrechterhalten werden.

Jeder Teil behält sich vor, aus Gründen der Kriegsnotwendigkeiten an gewissen Plätzen Konsuln des anderen Teiles erst nach Abschluss des allgemeinen Friedens zuzulassen.

Artikel 2.

Jeder vertragschliessende Teil wird alle Schäden ersetzen, die in seinem Gebiete während des Krieges von den dortigen staatlichen Organen oder der Bevölkerung durch völkerrechtswidrige Handlungen konsularischen Beamten des anderen Teiles zugefügt oder an Konsulatsgebäuden dieses Teiles oder an deren Inventar angerichtet worden sind.

Zweites Kapitel.

Wiederherstellung der Staatsverträge.

Artikel 3.

Die Verträge, Abkommen und Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und Russland vor der Kriegserklärung in Kraft gewesen sind, treten zwischen den vertragschliessenden Teilen vorbehaltlich abweichender Bestimmungen des Friedensvertrags und dieses Zusatzvertrags bei deren Ratifikation mit der Massgabe wieder in Kraft, dass, soweit sie für eine bestimmte Zeit unkündbar sind, diese Zeit um die Kriegsdauer verlängert wird.

Die Deutsche Regierung wird der Ukrainischen Regierung binnen vier Wochen nach der Ratifikation des Friedensvertrags die im Abs. 1 bezeichneten Verträge, Abkommen und Vereinbarungen ihrem Wortlaut nach mitteilen.

Artikel 4.

Jeder vertragschliessende Teil kann dem anderen Teile binnen sechs Monaten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags die Verträge, Abkommen oder Vereinbarungen oder deren Einzelbestimmungen mitteilen, die nach seiner Auffassung mit den während des Krieges eingetretenen Veränderungen in Widerspruch stehen. Diese Vertragsbestimmungen sollen tunlichst bald durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen.

Zur Ausarbeitung der im Abs. 1 vorgesehenen neuen Verträge wird binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags eine aus Vertretern der beiden Teile bestehende Kommission an einem später zu bestimmenden Orte zusammentreten. Soweit sich diese binnen drei Monaten nach ihrem Zusammentritte nicht einigt, steht es jedem Teile frei, von den Vertragsbestimmungen zurückzutreten, die er gemäss Abs. 1 Satz 1 dem anderen Teile mitgeteilt hat; handelt es sich dabei um Einzelbestimmungen, so steht dem anderen Teile der Rücktritt vom ganzen Vertrage frei.

Artikel 5.

Die Verträge, Abkommen und Vereinbarungen, an denen ausser Deutschland und Russland dritte Mächte beteiligt sind und in welche die Ukrainische Volksrepublik neben Russland oder an dessen Stelle eintritt, treten zwischen den vertragschliessenden Teilen bei der Ratifikation des Friedensvertrags oder, sofern der Eintritt später erfolgt, in diesem Zeitpunkt in Kraft. Auf die mit solchen Kollektivverträgen in Zusammenhang stehenden Einzelverträge zwischen den beiden Teilen finden die Bestimmungen des Artikel 3 über die Verlängerung der Geltungsdauer und des Artikel 4 über den Rücktritt keine Anwendung.

Wegen der Kollektivverträge politischen Inhalts, an denen noch andere kriegführende Mächte beteiligt sind, behalten sich die beiden Teile ihre Stellungnahme bis nach Abschluss des allgemeinen Friedens vor.

Drittes Kapitel.

Wiederherstellung der Privatrechte.

Artikel 6.

Alle in dem Gebiet eines vertragschliessenden Teiles bestehenden Bestimmungen, wonach mit Rücksicht auf den Kriegszustand die Angehörigen des anderen Teiles in Ansehung ihrer Privatrechte irgendwelcher besonderen Regelung unterliegen (Kriegsgesetze), treten mit der Ratifikation des Friedensvertrags ausser Anwendung.

Als Angehörige eines vertragschliessenden Teiles gelten auch solche juristische Personen und Gesellschaften, die in seinem Gebiet ihren Sitz

haben. Ferner sind den Angehörigen eines Teiles juristische Personen und Gesellschaften, die in seinem Gebiete nicht ihren Sitz haben, insoweit gleichzustellen, als sie im Gebiete des anderen Teiles den für diese Angehörigen geltenden Bestimmungen unterworfen waren.

Artikel 7.

Über privatrechtliche Schuldverhältnisse, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, wird nachstehendes vereinbart.

§ 1.

Die Schuldverhältnisse werden wiederhergestellt, soweit sich nicht aus den Bestimmungen der Artikel 7 bis 11 ein Anderes ergibt.

§ 2.

Die Bestimmung des § 1 hindert nicht, dass die Frage, welchen Einfluss die durch den Krieg geschaffenen Zustände, insbesondere die durch Verkehrshindernisse oder Handelsverbote herbeigeführte Unmöglichkeit der Erfüllung, auf die Schuldverhältnisse ausüben, im Gebiete jedes vertragschliessenden Teiles nach den dort für alle Landeseinwohner geltenden Gesetzen beurteilt wird.

Dabei dürfen die Angehörigen des anderen Teiles, die durch Massnahmen dieses Teiles behindert worden sind, nicht ungünstiger behandelt werden als die Angehörigen des eigenen Staates, die durch dessen Massnahmen behindert worden sind. Auch soll derjenige, der durch den Krieg an der rechtzeitigen Bewirkung einer Leistung behindert war, nicht verpflichtet sein, den dadurch entstandenen Schaden zu ersetzen.

§ 3.

Geldforderungen, deren Bezahlung im Laufe des Krieges auf Grund von Kriegsgesetzen verweigert werden konnte, brauchen nicht vor Ablauf von drei Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags bezahlt zu werden. Sie sind von der ursprünglichen Fälligkeit an für die Dauer des Krieges und der anschliessenden drei Monate ohne Rücksicht auf Moratorien mit fünf vom Hundert für das Jahr zu verzinsen; bis zur ursprünglichen Fälligkeit sind gegebenenfalls die vertraglichen Zinsen zu zahlen.

§ 4.

Für die Abwicklung der Aussenstände und sonstigen privatrechtlichen Verbindlichkeiten sind die staatlich anerkannten Gläubigerschutzverbände zur Verfolgung der Ansprüche der ihnen angeschlossenen natürlichen und juristischen Personen als deren Bevollmächtigte wechselseitig anzuerkennen und zuzulassen.

Artikel 8.

Die vertragschliessenden Teile sind darüber einig, dass nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Bezahlung der staatlichen Verbindlichkeiten, insbesondere der öffentliche Schuldendienst, den beiderseitigen Angehörigen gegenüber aufgenommen werden soll.

Im Hinblick auf die von der Ukrainischen Volksrepublik in Aussicht genommene Vermögensauseinandersetzung mit den übrigen Teilen des ehemaligen Russischen Kaiserreichs bleibt die Ausführung des im Abs. 1 aufgestellten Grundsatzes besonderer Vereinbarung vorbehalten. Dabei wird die Ukrainische Volksrepublik den deutschen Staatsangehörigen gegenüber jedenfalls die Verbindlichkeiten übernehmen, die für die in der Ukraine vorgenommenen öffentlichen Arbeiten eingegangen oder durch dort befindliche Vermögensgegenstände sichergestellt sind.

Artikel 9.

Die vertragschliessenden Teile sind darüber einig, dass vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikel 11 Urheberrechte und gewerbliche Schutzrechte, Konzessionen und Privilegien sowie ähnliche Ansprüche auf öffentlichrechtlicher Grundlage, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, für das Gebiet der Ukraine wiederhergestellt werden.

Die Bestimmung des Abs. 1 soll auf Konzessionen, Privilegien und ähnliche Ansprüche keine Anwendung finden, soweit diese auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Rechte der gleichen Art geltenden Gesetzgebung inzwischen abgeschafft oder vom Staate oder von Gemeinden übernommen worden sind und in deren Besitze verbleiben.

Die Ausführung der in den Absätzen 1 und 2 aufgestellten Grundsätze bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 10.

Die Fristen für die Verjährung von Rechten sollen im Gebiete jedes vertragschliessenden Teiles gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles, falls sie zur Zeit des Kriegsausbruchs noch nicht abgelaufen waren, frühestens ein Jahr nach der Ratifikation des Friedensvertrags ablaufen. Das Gleiche gilt von den Fristen zur Vorlegung von Zinsscheinen und Gewinnanteilscheinen sowie von ausgelosten oder sonst zahlbar gewordenen Wertpapieren.

Artikel 11.

Die Tätigkeit der Stellen, die auf Grund von Kriegsgesetzen mit der Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Liquidation von Vermögensgegenständen oder der Annahme von Zahlungen befasst worden sind, soll unbeschadet der Bestimmungen des Artikel 12 nach Massgabe der nachstehenden Grundsätze abgewickelt werden.

§ 1.

Die beaufsichtigten, verwahrten oder verwalteten Vermögensgegenstände sind auf Verlangen des Berechtigten unverzüglich freizugeben; bis zur Übernahme durch den Berechtigten ist für eine Wahrung seiner Interessen zu sorgen.

§ 2.

Die Bestimmungen des § 1 sollen wohlerworbene Rechte Dritter nicht berühren. Zahlungen und sonstige Leistungen eines Schuldners, die von

den im Eingang dieses Artikels erwähnten Stellen oder auf deren Veranlassung entgegengenommen worden sind, sollen in den Gebieten der vertragschliessenden Teile die gleiche Wirkung haben, wie wenn sie der Gläubiger selbst empfangen hätte.

Privatrechtliche Verfügungen, die von den bezeichneten Stellen oder auf deren Veranlassung oder ihnen gegenüber vorgenommen worden sind, bleiben mit Wirkung für beide Teile aufrechterhalten.

§ 3.

Über die Tätigkeit der im Eingang dieses Artikels erwähnten Stellen, insbesondere über die Einnahmen und Ausgaben, ist den Berechtigten auf Verlangen unverzüglich Auskunft zu erteilen.

Artikel 12.

Grundstücke oder Rechte an einem Grundstück, Bergwerksgerechtsame sowie Rechte auf die Benutzung oder Ausbeutung von Grundstücken, Unternehmungen oder Beteiligungen an einem Unternehmen, insbesondere Aktien, die infolge von Kriegsgesetzen veräussert oder dem Berechtigten sonst durch Zwang entzogen worden sind, sollen dem früheren Berechtigten auf einen innerhalb eines Jahres nach der Ratifikation des Friedensvertrags zu stellenden Antrag gegen Rückgewähr der ihm aus Anlass der Veräusserung oder Entziehung etwa erwachsenen Vorteile frei von allen inzwischen begründeten Rechten Dritter wieder übertragen werden.

Die Bestimmungen des Abs. 1 finden keine Anwendung, soweit die veräusserten Vermögensgegenstände auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetzgebung inzwischen vom Staate oder von Gemeinden übernommen worden sind und in deren Besitze verbleiben; im Falle der Wiederaufhebung der Übernahme kann der im Abs. 1 vorgesehene Antrag auf Rückgewähr innerhalb eines Jahres nach der Wiederaufhebung gestellt werden.

Viertes Kapitel.

Ersatz für Zivilschäden.

Artikel 13.

Die vertragschliessenden Teile sind darüber einig, dass den beiderseitigen Angehörigen die Schäden ersetzt werden, die sie infolge von Kriegsgesetzen durch die zeitweilige oder dauernde Entziehung von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten, Konzessionen, Privilegien und ähnlichen Ansprüchen oder durch die Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Veräusserung von Vermögensgegenständen erlitten haben. Das Gleiche gilt für die Schäden, die den Zivilangehörigen jedes Teiles während des Krieges ausserhalb der Kriegsgebiete von den staatlichen Organen oder der Bevölkerung des anderen Teiles durch völkerrechtswidrige Gewaltakte an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind.

Im Hinblick auf die von der Ukrainischen Volksrepublik in Aussicht genommene Vermögensauseinandersetzung mit den übrigen Teilen des ehemaligen Russischen Kaiserreichs bleibt die Ausführung der im Abs. 1 aufgestellten Grundsätze besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Fünftes Kapitel.

Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Artikel 14.

Über den im Artikel VI des Friedensvertrags vorgesehenen Austausch der Kriegsgefangenen werden die nachstehenden Bestimmungen getroffen:

§ 1.

Der bereits im Gange befindliche Austausch dienstuntauglicher Kriegsgefangener wird mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Der Austausch der übrigen Kriegsgefangenen erfolgt tunlichst bald in bestimmten, noch näher zu vereinbarenden Zeiträumen.

§ 2.

Bei der Entlassung erhalten die Kriegsgefangenen das ihnen von den Behörden des Aufenthaltsstaats abgenommene Privateigentum sowie den noch nicht ausbezahlten oder verrechneten Teil ihres Arbeitsverdienstes; diese Verpflichtung bezieht sich nicht auf Schriftstücke militärischen Inhalts.

§ 3.

Eine aus je vier Vertretern der beiden Teile zu bildende Kommission soll alsbald nach der Ratifikation des Friedensvertrags in Brest-Litowsk zusammentreten, um die im § 1 Abs. 2 vorgesehenen Zeiträume sowie die sonstigen Einzelheiten des Austausches, insbesondere die Art und Weise der Heimbeförderung, festzusetzen und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen zu überwachen.

§ 4.

Die nach völkerrechtlichen Grundsätzen zu erstattenden Aufwendungen für die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden im Hinblick auf die Gefangenenzahlen gegeneinander aufgerechnet.

Artikel 15.

Über die Heimkehr der beiderseitigen Zivilangehörigen werden die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

§ 1.

Die beiderseitigen internierten oder verschickten Zivilangehörigen werden tunlichst bald unentgeltlich heimbefördert werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaats in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen.

Die im Artikel 14 § 3 erwähnte Kommission soll die Einzelheiten der Heimbeförderung regeln und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen überwachen.

§ 2.

Die Angehörigen eines Teiles, die bei Kriegsausbruch in dem Gebiete des andern Teiles ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche oder Handelsniederlassung hatten und sich nicht in diesem Gebiet aufhalten, können dorthin zurückkehren, sobald sich der andere Teil nicht mehr in Kriegszustand befindet. Die Rückkehr kann nur aus Gründen der inneren oder äusseren Sicherheit des Staates versagt werden.

Als Ausweis genügt ein von den Behörden des Heimatstaats ausgestellter Pass, wonach der Inhaber zu den im Abs. 1 bezeichneten Personen gehört; ein Sichtvermerk auf dem Passe ist nicht erforderlich.

Artikel 16.

Die Angehörigen jedes vertragschliessenden Teiles sollen im Gebiete des anderen Teiles für die Zeit, während deren dort ihr Gewerbe- oder Handelsbetrieb oder ihre sonstige Erwerbstätigkeit infolge des Krieges geruht hat, keinerlei Auflagen, Abgaben, Steuern oder Gebühren für den Gewerbe- oder Handelsbetrieb oder die sonstige Erwerbstätigkeit unterliegen. Beträge, die hiernach nicht geschuldet werden, aber bereits erhoben sind, sollen binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags zurückerstattet werden.

Auf Handels- und sonstige Erwerbsgesellschaften, an denen Angehörige des einen Teiles als Gesellschafter, Aktionäre oder in sonstiger Weise beteiligt sind und deren Betrieb im Gebiete des anderen Teiles infolge des Krieges geruht hat, finden die Bestimmungen des Abs. 1 entsprechende Anwendung.

Artikel 17.

Jeder vertragschliessende Teil verpflichtet sich, die auf seinem Gebiete befindlichen Grabstätten der Heeresangehörigen sowie der während der Internierung oder Verschickung verstorbenen sonstigen Angehörigen des anderen Teiles zu achten und zu unterhalten; auch können Beauftragte dieses Teiles die Pflege und angemessene Ausschmückung der Grabstätten im Einvernehmen mit den Landesbehörden besorgen. Die mit der Pflege der Grabstätten zusammenhängenden Einzelfragen bleiben weiterer Vereinbarung vorbehalten.

Sechstes Kapitel.

Fürsorge für Rückwanderer.

Artikel 18.

Den Angehörigen jedes vertragschliessenden Teiles, die aus dem Gebiete des anderen Teiles stammen, soll es während einer Frist von zehn Jahren nach der Ratifikation des Friedensvertrags freistehen, im Einvernehmen mit den Behörden dieses Teiles nach ihrem Stammland zurückzuwandern.

Die zur Rückwanderung berechtigten Personen sollen auf Antrag die Entlassung aus ihrem bisherigen Staatsverband erhalten. Auch soll ihr schriftlicher oder mündlicher Verkehr mit den diplomatischen und konsularischen Vertretern des Stammlandes in keiner Weise gehindert oder erschwert werden.

Artikel 19.

Die Rückwanderer sollen durch die Ausübung des Rückwanderungsrechts keinerlei vermögensrechtliche Nachteile erleiden. Sie sollen befugt sein, ihr Vermögen zu liquidieren und den Erlös und vorbehaltlich der Bestimmungen der allgemeinen Landesgesetze auch ihre sonstige bewegliche Habe mitzunehmen; ferner dürfen sie ihre Pachtverträge unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen, ohne dass der Verpächter wegen vorzeitiger Auflösung des Pachtvertrags Schadensersatzansprüche geltend machen kann.

Siebentes Kapitel.

Amnestie.

Artikel 20.

Jeder vertragschliessende Teil gewährt den Angehörigen des anderen Teiles Straffreiheit nach Massgabe der nachstehenden Bestimmungen.

§ 1.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit den dem anderen Teile angehörenden Kriegsgefangenen für alle von ihnen begangenen gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen.

§ 2.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit den Zivilangehörigen des anderen Teiles, die während des Krieges interniert oder verschickt worden sind, für die während der Internierung oder Verschickung begangenen gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen.

§ 3.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit allen Angehörigen des anderen Teiles für die zu dessen Gunsten begangenen Straftaten und für Verstösse gegen die zum Nachteil feindlicher Ausländer ergangenen Ausnahmegesetze.

§ 4.

Die in den §§ 1 bis 3 vorgesehene Straffreiheit erstreckt sich nicht auf Handlungen, die nach der Ratifikation des Friedensvertrags begangen werden.

§ 5.

Soweit nach den Bestimmungen der §§ 1 bis 4 Straffreiheit gewährt wird, werden neue Strafverfahren nicht eingeleitet, die anhängigen Strafverfahren eingestellt und die erkannten Strafen erlassen. Doch können Kriegsgefangene, die sich wegen Kriegs- oder Landesverrats, vorsätzlicher Tötung, Raubes, räuberischer Erpressung, vorsätzlicher Brandstiftung oder Sittlichkeitsverbrechen in Untersuchungs- oder Strafhaft befinden, bis zu ihrer Entlassung in Haft gehalten werden.

Artikel 21.

Die vertragschliessenden Teile gewähren ihren eigenen Angehörigen Straffreiheit nach Massgabe der nachstehenden Bestimmungen.

§ 1.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit den Angehörigen seiner bewaffneten Macht in Ansehung der Arbeiten, die sie als Kriegsgefangene des anderen Teiles geleistet haben. Das Gleiche gilt für die von den beiderseitigen Zivilangehörigen während ihrer Internierung oder Verschickung geleisteten Arbeiten.

§ 2.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit den Bewohnern seiner von dem anderen Teile besetzten Gebiete für ihr politisches Verhalten während der Zeit der Besetzung.

§ 3.

Auf die in den §§ 1, 2 vorgesehene Straffreiheit finden die Bestimmungen des Artikel 20 § 5 Anwendung; auch dürfen in diesen Fällen über die beteiligten Personen und ihre Familien weitere Rechtsnachteile nicht verhängt werden.

Artikel 22.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, über die von jedem Teile zu gewährende Straffreiheit für die zu seinen Ungunsten begangenen Handlungen weitere Vereinbarungen zu treffen.

Achtes Kapitel.

Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kauffahrteischiffe und Schiffsladungen.

Artikel 23.

Kauffahrteischiffe des einen vertragschliessenden Teiles, die bei Kriegsausbruch in den Häfen des anderen Teiles lagen, werden ebenso wie ihre Ladungen zurückgegeben oder, soweit dies nicht möglich ist, in Geld ersetzt werden. Wegen der Vergütung für die Benutzung solcher Schiffe während des Krieges bleibt im Hinblick auf die von der Ukrainischen Volksrepublik in Aussicht genommene Auseinandersetzung mit den übrigen Teilen des ehemaligen Russischen Kaiserreichs eine besondere Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 24.

Die als Prisen aufgebrachten Kauffahrteischiffe der vertragschliessenden Teile sollen, wenn sie vor der Ratifikation des Friedensvertrags durch rechtskräftiges Urteil eines Prisengerichts kondemniert worden sind und nicht unter die Bestimmungen des Artikel 23 fallen, als endgültig eingezogen angesehen werden; im übrigen sind sie zurückzugeben oder, soweit sie nicht mehr vorhanden sind, in Geld zu ersetzen. Diese Bestimmungen finden auf die als Prisen aufgebrachten Schiffsladungen von Angehörigen der vertragschliessenden Teile entsprechende Anwendung.

Artikel 25.

Die Durchführung der in den Artikeln 23, 24 enthaltenen Bestimmungen, insbesondere die Festsetzung der zu zahlenden Entschädigungen, erfolgt durch eine gemischte Kommission, die aus je einem Vertreter der vertragschliessenden Teile und einem neutralen Obmann bestehen und binnen drei Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags in Odessa oder an einem anderen geeigneten Orte zusammentreten wird; um die Bezeichnung des Obmanns wird der Präsident des Schweizerischen Bundesrats gebeten werden.

Artikel 26.

Die vertragschliessenden Teile werden alles, was in ihrer Macht liegt, tun, damit die nach Artikel 23, 24 zurückzugebenden Kauffahrteischiffe nebst ihren Ladungen frei nach der Heimat zurückgelangen können.

Neuntes Kapitel.

Schlussbestimmungen.

Artikel 27.

Dieser Zusatzvertrag, der einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrags bildet, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen zugleich mit den Ratifikationsurkunden des Friedensvertrags ausgetauscht werden.

Artikel 28.

Der Zusatzvertrag tritt, soweit darin nicht ein Anderes bestimmt ist, gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft.

Zur Ergänzung des Zusatzvertrags, insbesondere zum Abschluss der darin vorbehaltenen weiteren Vereinbarungen, werden binnen vier Monaten nach der Ratifikation Vertreter der vertragschliessenden Teile an einem später zu bestimmenden Orte zusammentreten.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten sowie als Vertreter der Deutschen Obersten Heeresleitung der Chef des Generalstabs des Oberbefehlshabers Ost, Königlich Preussischer Generalmajor Herr Max Hoffmann diesen Zusatzvertrag unterzeichnet und mit amtlichen Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Brest-Litowsk am 9. Februar 1918.

(L. S.)

R. v. Kühlmann.
Hoffmann.

(L. S.)

Al. Ssewrjuk.
M. Ljubynsjkyj.
M. Lewitsjkyj.

220.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE, BULGARIE, TURQUIE, RUSSIE.

Traité de paix; signé à Brest-Litowsk et à Bukarest, les 3 et 7 mars 1918.*)**)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1918, No. 77.

Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland andererseits.

Da Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Russland andererseits übereingekommen sind, den Kriegszustand zu beenden und die Friedensverhandlungen möglichst rasch zum Ziele zu führen, wurden zu Bevollmächtigten ernannt:

von der Kaiserlich Deutschen Regierung:

der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat, Herr Richard von Kühlmann,

der Kaiserliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Herr Dr. von Rosenberg,

der Königlich Preussische Generalmajor Hoffmann, Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers Ost,

der Kapitän zur See Horn,

von der k. u. k. gemeinsamen österreichisch-ungarischen Regierung:

der Minister des Kais. und Kön. Hauses und des Äussern, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät Geheimer Rat, Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz,

der ausserordentliche und bevollmächtigte Botschafter, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät Geheimer Rat, Herr Kajetan Mérey von Kapos-Mére,

der General der Infanterie, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät Geheimer Rat, Herr Maximilian Csicserics von Bacsany,

von der Königlich Bulgarischen Regierung:

der Königliche Ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister in Wien, Andrea Toscheff,

---

*) Les ratifications ont été échangées entre l'Allemagne et la Russie à Berlin, le 29 mars 1918.

**) En langues allemande, hongroise, bulgare, turque et russe. Nous n'imprimons que le texte allemand.

der Oberst im Generalstabe, Königlich Bulgarischer Militärbevollmächtigter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und Flügeladjutant Seiner Majestät des Königs der Bulgaren, Peter Gantschew,

der Königlich Bulgarische Erste Legationssekretär Dr. Theodor Anastassoff,

von der Kaiserlich Osmanischen Regierung:

Seine Hoheit Ibrahim Hakki Pascha, ehemaliger Grosswesir. Mitglied des Ottomanischen Senats, bevollmächtigter Botschafter Seiner Majestät des Sultans in Berlin,

Seine Exzellenz, General der Kavallerie, Generaladjutant Seiner Majestät des Sultans und Militärbevollmächtigter Seiner Majestät des Sultans bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, Zeki Pascha,

von der Russischen Förderativen Sowjets-Republik:

Grigorij Jakowlewitsch Sokolnikow, Mitglied des Zentralexekutivausschusses der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten,

Lew Michailowitsch Karachan, Mitglied des Zentralexekutivausschusses der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten,

Georgij Wassiliewitsch Tschitscherin, Gehilfe des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten,

Grigorij Iwanowitsch Petrowskij, Volkskommissar für innere Angelegenheiten.

Die Bevollmächtigten sind in Brest-Litowsk zu den Friedensverhandlungen zusammengetreten und haben sich nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen geeinigt.

Artikel I.

Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Russland andererseits erklären, dass der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Sie sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Artikel II.

Die vertragschliessenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles unterlassen. Die Verpflichtung gilt, soweit sie Russland obliegt, auch für die von den Mächten des Vierbundes besetzten Gebiete.

Artikel III.

Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragschliessenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Russland gehört haben, werden der

russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen; die vereinbarte Linie ergibt sich aus der diesem Friedensvertrag als wesentlicher Bestandteil beigefügten Karte (Anlage 1).*) Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen.

Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Russland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Russland erwachsen.

Russland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Artikel IV.

Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilmachung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der im Artikel III Absatz I bezeichneten Linie zu räumen, soweit nicht Artikel VI anders bestimmt.

Russland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um die alsbaldige Räumung der ostanatolischen Provinzen und ihre ordnungsmässige Rückgabe an die Türkei sicherzustellen.

Die Bezirke Erdehan, Kars und Batum werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen geräumt. Russland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überlässt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei durchzuführen.

Artikel V.

Russland wird die völlige Demobilmachung seines Heeres einschliesslich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile unverzüglich durchführen.

Ferner wird Russland seine Kriegsschiffe entweder in russische Häfen überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluss belassen oder sofort desarmieren. Kriegsschiffe der mit den Mächten des Vierbundes im Kriegszustand verbleibenden Staaten werden, soweit sie sich im russischen Machtbereich befinden, wie russische Kriegsschiffe behandelt werden.

Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluss bestehen. In der Ostsee und, soweit die russische Macht reicht, im Schwarzen Meere wird sofort mit der Wegräumung der Minen begonnen. Die Handelsschiffahrt in diesen Seegebieten ist frei und wird sofort wieder aufgenommen. Zur Festlegung der näheren Bestimmungen, namentlich zur Bekanntgabe der gefahrlosen Wege für die Handelsschiffe, werden gemischte Kommissionen eingesetzt. Die Schiffahrtswege sind dauernd von treibenden Minen freizuhalten.

---

*) Non reproduite.

Artikel VI.

Russland verpflichtet sich, sofort Frieden mit der Ukrainischen Volksrepublik zu schliessen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Mächten des Vierbundes anzuerkennen. Das ukrainische Gebiet wird unverzüglich von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Russland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen der Ukrainischen Volksrepublik ein.

Estland und Livland werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Die Ostgrenze von Estland läuft im allgemeinen dem Narwa-Flusse entlang. Die Ostgrenze von Livland verläuft im allgemeinen durch den Peipus-See und Pskowschen See bis zu dessen Südwestecke, dann über den Lubanschen See in Richtung Livenhof an der Düna. Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Russland wird alle verhafteten oder verschleppten Bewohner Estlands und Livlands sofort freilassen und gewährleistet die sichere Rücksendung aller verschleppten Estländer und Livländer.

Auch Finnland und die Aalandinseln werden alsbald von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde, die finnischen Häfen von der russischen Flotte und den russischen Seestreitkräften geräumt. Solange das Eis die Überführung der Kriegsschiffe in russische Häfen ausschliesst, werden auf den Kriegsschiffen nur schwache Kommandos zurückbleiben. Russland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen Finnlands ein.

Die auf den Aalandinseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen. Über die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Russland und Schweden zu treffen; es besteht Einverständnis darüber, dass hierzu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuziehen sein würden.

Artikel VII.

Von der Tatsache ausgehend, dass Persien und Afghanistan freie und unabhängige Staaten sind, verpflichten sich die vertragschliessenden Teile, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit dieser Staaten zu achten.

Artikel VIII.

Die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden in ihre Heimat entlassen. Die Regelung der hiermit zusammenhängenden Fragen erfolgt durch die im Artikel XII vorgesehenen Einzelverträge.

Artikel IX.

Die vertragschliessenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, d. h. der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung, sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d. h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Massnahmen mit Einschluss aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.

Artikel X.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragschliessenden Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages wieder aufgenommen. Wegen Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.

Artikel XI.

Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Russland sind die in den Anlagen 2 bis 5 enthaltenen Bestimmungen massgebend, und zwar Anlage 2 für die deutsch-russischen, Anlage 3 für die österreichisch-ungarisch-russischen, Anlage 4 für die bulgarisch-russischen, Anlage 5 für die türkisch-russischen Beziehungen.*)

Artikel XII.

Die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, der Austausch der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten, die Amnestiefrage sowie die Frage der Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handelsschiffe werden in Einzelverträgen mit Russland geregelt, welche einen wesentlichen Bestandteil des gegenwärtigen Friedensvertrages bilden und, soweit tunlich, gleichzeitig mit diesem in Kraft treten.

Artikel XIII.

Bei der Auslegung dieses Vertrages sind für die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland der deutsche und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland der deutsche, der ungarische und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Bulgarien und Russland der bulgarische und der russische Text, und für die Beziehungen zwischen der Türkei und Russland der türkische und der russische Text massgebend.

Artikel XIV.

Der gegenwärtige Friedensvertrag wird ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Die Russische Regierung verpflichtet sich, den Austausch der Ratifikationsurkunden auf Wunsch einer der Mächte des Vierbundes innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen. Der Friedensvertrag tritt, soweit nicht seine Artikel, seine Anlagen oder die Zusatzverträge anders bestimmen, mit seiner Ratifikation in Kraft.

---

*) Nous n'imprimons au préalable que l'Annexe 2.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterzeichnet.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Brest-Litowsk am 3. März 1918.

R. v. Kühlmann,
Bukarest 7. März 1918.
v. Rosenberg.
Hoffmann.
Horn.
Czernin,
Bukarest 7. März 1918.
Mérey.
A. Toscheff.
Oberst P. Gantcheff.
Dr. Theodor Anastassoff.
I. Hakky.
Zeki.

Г. Сокольниковъ.
Л. Караханъ.
Г. Чичеринъ.
Г. Петровскій.

Anlage 2.

Über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland wird folgendes vereinbart:

1. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1894/1904*) tritt nicht wieder in Kraft.

Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, tunlichst bald nach Abschluss des allgemeinen Friedens zwischen Deutschland einerseits und den zur Zeit mit ihm in Krieg befindlichen europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan andererseits in Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Handelsvertrages einzutreten.

2. Bis zu diesem Zeitpunkte, jedenfalls aber bis zum 31. Dezember 1919, sollen den gegenseitigen Handelsbeziehungen die in der Anlage enthaltenen Bestimmungen zu Grunde gelegt werden, welche einen wesentlichen Bestandteil dieses Friedensvertrages bilden. Jedem der beiden vertragschliessenden Teile soll es jedoch freistehen, diese Bestimmungen vom 30. Juni 1919 an mit sechsmonatiger Frist zu kündigen. Falls von diesem Kündigungsrechte bis zum 31. Dezember 1922 Gebrauch gemacht wird, werden bis zum 31. Dezember 1925, falls die Kündigung nach dem 31. Dezember 1922 erfolgt, für einen Zeitraum von 3 Jahren von dem Tage des Ausserkrafttretens der in der Anlage enthaltenen Bestimmungen an gerechnet, die Angehörigen, die Handels-, Erwerbs- und Finanzgesellschaften mit Einschluss der Versicherungsgesellschaften, die Boden- und Gewerbeerzeugnisse und die Schiffe jedes der beiden vertragschliessenden Teile im Gebiete des anderen Teiles die meistbegünstigte Behandlung geniessen. Diese Regelung umfasst insbesondere auch:

*) V. N. R. G. 2. s. XX, p. 6; XXXIV, p. 551.

a) den Erwerb und Besitz von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, die Verfügung hierüber, die Ausübung von Handelsunternehmungen, Gewerben und Berufen, sowie die in diesem Falle zu entrichtenden Abgaben,

b) die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr, die Zölle, die Zollförmlichkeiten, die inneren Verbrauchs- und ähnlichen Steuern und die Verkehrsverbote,

c) die Behandlung, welche staatliche oder unter staatlicher Kontrolle stehende Monopolverwaltungen des einen vertragschliessenden Teiles den Abnehmern oder Lieferern des anderen Teiles in der Preisstellung oder der sonstigen Geschäftsgebarung zuteil werden lassen,

d) die Beförderung und die Beförderungspreise auf Eisenbahnen und anderen Verkehrswegen,

e) die Zulassung und Behandlung der Schiffe, ihrer Mannschaften und Ladungen, sowie die Schiffahrtsabgaben,

f) die Beförderung von Personen durch Transportunternehmer, einschliesslich der auf dem Land- oder Seeweg erfolgenden Beförderung von Auswanderern und einschliesslich der Tätigkeit von Auswanderungsvermittlern.

3. Während der Dauer der Meistbegünstigung wird kein Teil zu Lasten des anderen Teiles an einer Grenze seines Gebiets höhere Einfuhr- oder Ausfuhrzölle erheben als an irgendeiner anderen Grenze.

Ausserdem wird während dieser Zeit Russland die Ausfuhr von rohem und behauenem Holz, soweit dasselbe in Nr. 6 des Verzeichnisses der Ausfuhrzölle nicht besonders benannt ist, sowie von Erzen aller Art weder verbieten noch mit Ausfuhrzöllen belasten.

4. Russland wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche Deutschland an Österreich-Ungarn oder an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land gewährt, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Österreich-Ungarn zollverbündetes Land mittelbar angrenzt. Kolonien, auswärtige Besitzungen und Schutzgebiete werden in dieser Beziehung dem Mutterland gleichgestellt.

Deutschland wird keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, welche Russland an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land, das an Russland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, oder den Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten eines der mit ihm zollverbündeten Länder gewährt.

5. Soweit in neutralen Staaten Waren lagern, welche aus Deutschland oder Russland stammen, die aber mit der Verpflichtung belegt sind, dass sie weder unmittelbar noch mittelbar nach den Gebieten des anderen vertragschliessenden Teiles ausgeführt werden dürfen, sollen derartige Verfügungsbeschränkungen im Verhältnis zu den vertragschliessenden Teilen aufgehoben werden. Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich daher, den Regierungen der neutralen Staaten von der vorerwähnten Aufhebung dieser Verfügungsbeschränkung unverzüglich Kenntnis zu geben.

6. Bevorzugungen, die einer der vertragschliessenden Teile während des Krieges anderen Ländern durch Konzessionserteilungen oder andere

staatliche Massnahmen gewährt hat, sollen aufgehoben oder auf den anderen Teil durch Gewährung gleicher Rechte ausgedehnt werden.

7. Soweit nicht in der Tarifanlage A oder sonst anderes bestimmt ist, soll für die ganze Dauer dieses Provisoriums sowie der nach Ziffer 2 wechselseitig zu gewährenden Meistbegünstigung der allgemeine russische Zolltarif vom 13./26. Januar 1903 massgebend sein.

8. Die am 31. Juli 1914 in Geltung gewesenen Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reiche und Russland über die Behandlung russischen Zuckers sollen während der Dauer dieses Provisoriums sowie der nach Ziffer 2 wechselseitig zu gewährenden Meistbegünstigung in Kraft bleiben.

9. Die vertragschliessenden Teile sind darüber einig, dass mit dem Friedensschluss die Beendigung des Krieges auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet erfolgt. Sie verpflichten sich, weder direkt noch indirekt an Massnahmen teilzunehmen, die auf die Weiterführung der Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiet abzielen, und innerhalb ihres Staatsgebietes solche Massnahmen mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln zu verhindern.

In der Übergangszeit, die zur Überwindung der Kriegsfolgen und Neuordnung der Verhältnisse erforderlich ist, verpflichten sich die vertragschliessenden Parteien, möglichst keine Schwierigkeiten in der Beschaffung der notwendigen Güter durch Einführung hoher Eingangszölle zu bereiten, und sprechen die Bereitwilligkeit aus, alsbald in Verhandlungen einzutreten, um, soweit als tunlich, die während des Krieges festgesetzten Zollbefreiungen vorübergehend noch länger aufrecht zu erhalten und weiter auszudehnen.

Unteranlage 1 zu Anlage 2.

Artikel 1.

Die Angehörigen eines der beiden vertragschliessenden Teile, welche sich in dem Gebiete des anderen Teiles niedergelassen haben oder sich dort vorübergehend aufhalten, sollen dort im Handels- und Gewerbebetriebe die nämlichen Rechte geniessen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden als die Inländer. Sie sollen in dem Gebiete des anderen Teiles in jeder Hinsicht dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen haben wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes.

Es herrscht jedoch darüber Einverständnis, dass durch die vorstehenden Bestimmungen die besonderen Gesetze, Erlasse und Verordnungen auf dem Gebiete des Handels, der Gewerbe und der Polizei nicht berührt werden, welche in jedem der beiden vertragschliessenden Länder gelten oder gelten werden und auf alle Ausländer Anwendung finden.

Artikel 2.

Die Angehörigen jedes der beiden vertragschliessenden Teile sollen in dem Gebiete des anderen Teiles gleich den Inländern berechtigt sein,

jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu erwerben, zu besitzen und zu verwalten sowie darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, Eheschliessung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen, auch Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben, ohne in einem der genannten Fälle unter irgendeiner Bezeichnung anderen oder höheren Abgaben, Steuern oder Auflagen unterworfen zu sein als die Inländer.

Jeder der vertragschliessenden Teile behält sich vor, Ausnahmen von dieser Regel für Teile seines Gebiets zu machen, die als Grenzschutzbezirke oder Festungsrayons erklärt sind.

In keinem der vorerwähnten Fälle sollen jedoch die Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles ungünstiger behandelt werden als die Angehörigen irgendeines dritten Landes.

Die Angehörigen eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile sollen den Erlös aus dem Verkaufe ihres Eigentums und ihr Vermögen überhaupt unter Beobachtung der Landesgesetze frei ausführen können, ohne als Ausländer zur Entrichtung anderer oder höherer Abgaben verpflichtet zu sein, als die Inländer unter gleichen Verhältnissen zu entrichten haben würden.

Sie sollen unter Beobachtung der Landesgesetze freien Zutritt zu den Gerichten haben, um als Kläger oder Beklagte aufzutreten, und sollen in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Sachwalter und Vertreter jeder Art zu bedienen.

Artikel 3.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Teile sollen in dem Gebiete des anderen zu Gerichts-, Administrativ- oder Munizipaldiensten, mit Ausnahme der Vormundschaft, nicht verpflichtet sein; ebenso bleiben sie frei von jedem persönlichen Dienste im Landheere, in der Marine, in der Reserve der Land- und Seemacht und in der Nationalmiliz, sowie von allen Lasten, Zwangsanleihen, militärischen Requisitionen und Leistungen jeder Art, welche im Kriegsfalle oder infolge von aussergewöhnlichen Umständen auferlegt werden; ausgenommen sind die aus irgendwelchem Rechtstitel mit dem Besitze eines Grundstücks verbundenen Lasten, sowie die Verpflichtung zur Quartierleistung und zu sonstigen besonderen Leistungen für die bewaffnete Macht, die den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation als Eigentümern, Pächtern oder Mietern von Immobilien obliegen.

Artikel 4.

Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften einschliesslich der Versicherungsgesellschaften, welche in einem der beiden Länder nach den bestehenden Gesetzen rechtsgültig errichtet worden sind und dort ihren Sitz haben, sollen in dem anderen Lande als gesetzlich bestehend anerkannt werden und dort namentlich das Recht haben, vor Gericht als Kläger oder als Beklagte Prozesse zu führen.

Es herrscht jedoch darüber Einverständnis, dass durch die vorstehende Bestimmung die Frage nicht berührt wird, ob derartige in einem der beiden Länder errichtete Gesellschaften in dem anderen Lande zum Handels- und Gewerbebetriebe zugelassen werden sollen oder nicht. Diese Frage bleibt, wie bisher, den in dem betreffenden Lande bestehenden oder noch einzuführenden Bestimmungen vorbehalten.

In jedem Falle sollen die gedachten Gesellschaften in dem anderen Lande dieselben Rechte geniessen, welche den gleichartigen Gesellschaften irgendeines Landes zustehen oder zugestanden werden sollten.

Artikel 5.

Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen und die freie Durchfuhr zu gestatten.

Ausnahmen sind nur für solche Erzeugnisse zulässig, welche auf dem Gebiete eines der vertragschliessenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, sowie auch für gewisse Erzeugnisse, für die aus Rücksichten auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei und die öffentliche Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Gründen ausserordentliche Verbotsmassregeln, insbesondere im Zusammenhang mit der auf den Krieg folgenden Übergangszeit, ergehen könnten.

In der auf den Krieg folgenden Übergangszeit zur Überwindung der Folgen des Krieges können Verkehrsbeschränkungen wie Einfuhrverbote, Ausfuhrverbote und Durchfuhrverbote erlassen werden; sie sind so zu handhaben, dass sie möglichst wenig lästig empfunden werden und sind, sobald es die Verhältnisse gestatten, ausser Kraft zu setzen.

Artikel 6.

Die russischen Boden- und Gewerbeerzeugnisse, welche im Deutschen Reiche, und die deutschen Boden- und Gewerbeerzeugnisse, welche in Russland eingeführt werden, sollen dort, sie mögen zum Verbrauch oder zur Lagerung, zur Wiederausfuhr oder zur Durchfuhr bestimmt sein, der nämlichen Behandlung wie die Erzeugnisse des meistbegünstigten Landes unterliegen. In keinem Falle und aus keinem Grunde sollen sie höheren oder anderen Zöllen, Gebühren, Steuern oder Abgaben unterworfen sein, noch mit Zuschlägen oder einem Einfuhrverbote belegt werden, von denen nicht auch die gleichartigen Erzeugnisse irgendeines anderen Landes betroffen werden. Insbesondere wird jede Begünstigung und Erleichterung, jede Befreiung und jede Ermässigung der in dem Generaltarif oder in den Vertragstarifen enthaltenen Eingangszölle, welche einer der vertragschliessenden Teile einer dritten Macht dauernd oder zeitweise, ohne Gegenleistung oder mit Kompensation zugesteht, ohne weiteres und bedingungs-, vorbehalts- oder kompensationslos auf die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des anderen ausgedehnt werden.

Artikel 7.

Die in dem beiliegenden Tarif A*) bezeichneten deutschen Boden- und Gewerbeerzeugnisse sollen bei ihrer Einfuhr in Russland und die in dem beiliegenden Tarif B*) bezeichneten russischen Boden- und Gewerbeerzeugnisse sollen bei ihrer Einfuhr in Deutschland keinen anderen oder höheren Eingangszöllen unterliegen, als den in diesen Anlagen festgesetzten.

Wenn einer der vertragschliessenden Teile auf einen in der Anlage A ober Anlage B des gegenwärtigen Vertrags angeführten Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation zum Vorteil der Staatskasse eine neue innere Steuer oder Akzise oder einen Zuschlag zu einer solchen inneren Steuer oder Akzise legen sollte, so kann der gleichartige Gegenstand bei der Einfuhr mit einer gleichen oder entsprechenden Abgabe belegt werden, vorausgesetzt, dass diese Abgabe für die Provenienz aller Länder gleich ist.

Artikel 8.

Innere Abgaben, welche im Gebiete des einen der vertragschliessenden Teile für Rechnung des Staates, der Gemeinden oder der Korporationen von der Hervorbringung, der Zubereitung, der Beförderung, dem Vertrieb oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses gegenwärtig oder künftig erhoben werden, dürfen auch den gleichartigen Erzeugnissen des anderen Teils auferlegt werden, diese jedoch unter keinem Vorwand höher oder in lästigerer Weise treffen als die Erzeugnisse des eigenen Landes. Soweit innere Abgaben auf Rohstoffe oder Halbwaren gelegt werden, soll die Feststellung eines angemessenen Steuerausgleichs für die Einfuhr von Erzeugnissen, welche aus solchen Rohstoffen oder Halbwaren gewonnen werden, auch dann statthaft sein, wenn die gleichartigen inländischen Erzeugnisse nicht unmittelbar den Gegenstand der Abgabe bilden.

Es bleibt jedem der vertragschliessenden Teile unbenommen, geeignete Waren einem Staatsmonopol oder einer zur Gewinnung von Staatseinnahmen dienenden monopolähnlichen Regelung zu unterwerfen. Die vorstehenden Grundsätze finden in diesem Falle entsprechende Anwendung.

Artikel 9.

Bei der Ausfuhr von Waren aus einem der beiden Länder nach dem anderen dürfen keine anderen oder höheren Ausgangsabgaben erhoben werden als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung meistbegünstigten Lande. Auch jede sonst von einem der vertragschliessenden Teile einer dritten Macht für die Ausfuhr zugestandene Begünstigung wird ohne weiteres und bedingungslos dem andern zuteil werden.

Artikel 10.

Die Waren aller Art, welche durch das Gebiet eines der beiden Teile durchgeführt werden, sollen wechselseitig von jeder Durchgangsabgabe frei sein, sei es, dass sie unmittelbar durchgeführt werden, sei es, dass sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden.

---

*) Non reproduit.

Artikel 11.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags berühren nicht:

1. die Begünstigungen, welche anderen angrenzenden Staaten zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb einer Grenzzone bis zu 15 km Breite gegenwärtig gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden sollten,
2. die Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Teile einem anderen Staat auf Grund einer bestehenden oder künftigen Zolleinigung gewährt oder gewähren wird,
3. die Begünstigungen, welche für die Einfuhr oder Ausfuhr den Bewohnern des Gouvernements Archangel gegenwärtig gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden sollten.

Doch soll die deutsche Einfuhr in gleicher Weise alle der Einfuhr eines europäischen oder nordamerikanischen Staates in dieses Gebiet eingeräumten Zollerleichterungen mitgeniessen.

Artikel 12.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimatlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetrieb berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch die in ihren Diensten stehenden Reisenden in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Teiles Wareneinkäufe zu machen oder Bestellungen, auch unter Mitführung von Mustern, zu suchen. Die gedachten Kaufleute, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden oder Handlungsreisenden sollen wechselseitig in den beiden Ländern hinsichtlich der Pässe und der den Handelsbetrieb treffenden Abgaben wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation behandelt werden.

Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Warenmuster aller Art, aber keine Waren mit sich führen. Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den vorbezeichneten Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben unter der Voraussetzung zugestanden, dass diese Gegenstände, falls sie nicht verkauft worden sind, binnen einer Frist von einem Jahre wieder ausgeführt werden, und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist, wobei es gleichgültig sein soll, über welches Zollamt die Gegenstände ausgeführt werden.

Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrages der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden.

Die vertragschliessenden Teile werden sich gegenseitig Mitteilung darüber machen, welche Behörden zur Erteilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen, nach welchem Muster diese Karten ausgefertigt werden, und welche Vorschriften die Reisenden bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten haben.

Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Teile, welche sich in das Gebiet des anderen zum Besuche der Messen und Märkte begeben, um dort Handel zu treiben oder ihre Erzeugnisse feilzuhalten, werden wechselseitig wie die Inländer behandelt und keinen höheren Abgaben als diese unterworfen werden.

Artikel 13.

Hinsichtlich des gegenseitigen Schutzes des Urheberrechtes an Werken der Literatur, Kunst und Photographie sollen im Verhältnis zwischen Deutschland und Russland die Bestimmungen des zwischen dem Deutschen Reiche und Russland geschlossenen Vertrages vom 28. Februar 1913 gelten.*)

Hinsichtlich des gegenseitigen Schutzes der Warenbezeichnungen sollen die Bestimmungen der Deklaration von 23./11. Juli 1873**) auch in Zukunft massgebend sein.

Artikel 14.

Die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Russland, und die russischen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Deutschland ganz wie die inländischen Schiffe und Ladungen behandelt werden, gleichviel, von wo die Schiffe ausgelaufen oder wohin sie bestimmt sind, und woher die Ladungen stammen oder wohin sie bestimmt sind.

Jedes Vorrecht und jede Befreiung, welche in dieser Beziehung von einem der vertragschliessenden Teile einer dritten Macht eingeräumt werden sollte, soll ohne weiteres und bedingungslos auch dem anderen Teile zustehen.

Von den vorstehenden Bestimmungen wird jedoch eine Ausnahme gemacht:

a) in betreff derjenigen besonderen Begünstigungen, welche dem inländischen Fischfang und dessen Erzeugnissen in dem einen oder dem anderen Lande jetzt oder in Zukunft gewährt werden sollten,

b) in betreff der jetzt oder künftig der nationalen Kauffahrteiflotte gewährten Begünstigungen.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden keine Anwendung auf die Küstenschiffahrt, welche nach wie vor durch die in jedem der beiden Länder jetzt oder künftig in Kraft stehenden Gesetze geregelt wird. Immerhin soll es den deutschen und russischen Schiffen freistehen, aus einem Hafen des einen der beiden vertragschliessenden Länder nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes zu fahren, sei es, um dort die aus dem Auslande mitgebrachte Ladung ganz oder teilweise zu löschen, oder um eine nach dem Auslande bestimmte Ladung einzunehmen oder zu ergänzen.

Artikel 15.

Die Nationalität der Schiffe soll beiderseits nach den jedem Lande eigentümlichen Gesetzen und Verordnungen auf Grund der an Bord be-

*) V. N. R. G. 3. s. IX, p. 458. **) V. N. R. G. 2. s. I, p. 602.

findlichen, durch die zuständigen Behörden ausgestellten Urkunden und Patente anerkannt werden.

Die von dem einen der vertragschliessenden Teile ausgestellten Schiffsmessbriefe werden nach Massgabe der zwischen den beiden vertragschliessenden Teilen getroffenen oder zu treffenden besonderen Vereinbarungen von dem anderen Teile anerkannt werden.

Artikel 16.

Die deutschen Schiffe, welche nach einem russischen Hafen, und umgekehrt die russischen Schiffe, welche nach einem deutschen Hafen kommen, nur um dort ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Teil derselben zu löschen, sollen, vorausgesetzt, dass sie sich nach den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Staates richten, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Teil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen Teil ihrer Ladung irgendwelche Gefälle zu bezahlen, ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Artikel 17.

Von Tonnengeldern und Abfertigungsgebühren sollen in den Häfen eines jeden der beiden Länder völlig befreit sein:

1. die Schiffe, welche von irgendeinem Orte mit Ballast ein- und damit wieder auslaufen;
2. die Schiffe, welche aus einem Hafen des einen der beiden Länder nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über die in einem anderen Hafen desselben Landes bereits erfolgte Zahlung jener Abgaben ausweisen können;
3. die Schiffe, welche freiwillig oder notgedrungen mit Ladung nach einem Hafen kommen und ihn, ohne irgendwie Handel betrieben zu haben, wieder verlassen.

Diese Befreiung wird nicht gewährt für Leuchtturm-, Lotsen-, Remorkierungs-, Quarantäne- und sonstige auf dem Schiffskörper lastende Abgaben, welche für dem Verkehr dienende Leistungen und Vorkehrungen in gleichem Masse von den inländischen und von den Schiffen der meistbegünstigten Nation zu entrichten sind.

Ist das Einlaufen durch Not veranlasst worden, so gelten nicht als Ausübung des Handelsbetriebes das zur Ausbesserung des Schiffes erfolgte Löschen und Wiedereinladen der Waren, das Überladen auf ein anderes Schiff im Falle der Seeuntüchtigkeit des ersten, die zur Verproviantierung der Schiffsmannschaft notwendigen Aufwendungen und der Verkauf der beschädigten Waren mit Genehmigung der Zollverwaltung.

Artikel 18.

Wenn ein Schiff eines der vertragschliessenden Teile an den Küsten des anderen Teiles strandet oder Schiffbruch leidet, sollen Schiff und Ladung

dieselben Begünstigungen und Befreiungen geniessen, welche die Gesetzgebung des betreffenden Landes den eigenen Schiffen in gleicher Lage bewilligt. Es soll jederlei Hilfe und Beistand dem Führer und der Mannschaft sowohl für ihre Person wie für Schiff und Ladung geleistet werden.

Die vertragschliessenden Teile kommen ausserdem überein, dass die geborgenen Waren keiner Zollabgabe unterliegen sollen, es sei denn, dass sie in den inländischen Verbrauch übergehen.

Artikel 19.

Die Benutzung der Chausseen und sonstigen Strassen, Kanäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lotsenwesens, der Krane und Wageanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern und dergleichen mehr sollen, insoweit die Anlagen oder Anstalten für den öffentlichen Verkehr und den Handel im allgemeinen bestimmt sind, gleichviel, ob sie vom Staate oder mit staatlicher Genehmigung von Privatpersonen verwaltet werden, den Angehörigen des anderen vertragschliessenden Teiles unter gleichen Bedingungen und gegen Zahlung gleicher Gebühren wie den Angehörigen des eigenen Staates gestattet werden.

Solche Gebühren dürfen, vorbehaltlich der beim Seebeleuchtungs- und Seelotsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen, nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen oder Anstalten erhoben werden.

Artikel 20.

Die beiden vertragschliessenden Teile behalten sich das Recht vor, ihre Eisenbahntransporttarife nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

Jedoch soll weder hinsichtlich der Beförderungspreise noch hinsichtlich der Zeit und der Art der Abfertigung zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschliessenden Teile ein Unterschied gemacht werden. Insbesondere sollen für die von Russland nach einer deutschen Station oder durch Deutschland beförderten Gütertransporte auf den deutschen Bahnen keine höheren Tarife angewendet werden, als für gleichartige deutsche oder ausländische Erzeugnisse in derselben Richtung und auf derselben Verkehrsstrecke erhoben werden. Das gleiche soll auf den russischen Bahnen für Gütersendungen aus Deutschland gelten, welche nach einer russischen Station oder durch Russland befördert werden.

Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen sollen nur zulässig sein, soweit es sich um Transporte zu ermässigten Preisen für öffentliche oder milde Zwecke handelt.

Schlussprotokoll.

Erster Teil.

Zum Vertragstext.

Zu Artikel 1.

Haushaltungsgegenstände, die schon gebraucht und Bestandteile des Mobiliars von Angehörigen eines der vertragschliessenden Teile sind, die im Begriffe sind, sich im Gebiete des anderen Teiles niederzulassen, sollen in dem letzteren keinerlei Eingangszoll unterworfen sein.

Die deutschen Berufskonsulate und die Beamten der diplomatischen sowie der gedachten konsularischen Vertretungen, die von der Deutschen Regierung nach Russland entsandt sind, sollen sowohl für die Zeitungen wie für die Erzeugnisse der Wissenschaften, der Künste und der Belletristik gegenüber der russischen Zensur volle und ganze Freiheit geniessen.

Die nach Artikel 2 des Vertrages zwischen Deutschland und Russland vom 8. Dezember / 26. November 1874*) den Konsulatsbeamten zustehenden Vorrechte und Befreiungen werden auch den den deutschen Konsulaten in Russland beigegebenen Spezialbeamten sowie den Agenten des russischen Finanzministeriums und ihren Sekretären (oder Attachés) in Deutschland zugestanden.

Zu Artikel 1 und 12.

Im Passwesen werden die Angehörigen beider Teile wie die der meistbegünstigten Nation behandelt werden.

Die Gültigkeitsdauer des Passvisa wird in Russland auf einen Zeitraum von sechs Monaten erstreckt.

Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf das Passvisa der deutschen Handlungsreisenden mosaischer Religion.

Die Gebühr für die Erteilung der Auslandspässe an die in Russland wohnenden Deutschen wird den Betrag von 50 Kopeken nicht übersteigen. Russland wird auch künftig für die Gültigkeit der Legitimationsscheine, welche innerhalb einer Grenzzone von 30 Kilometern Geltung haben, und den Inhaber, wie dies gegenwärtig der Fall ist, zum mehrmaligen Überschreiten der Grenze an beliebigen Grenzübergängen berechtigen, eine Dauer von 28 Tagen bewilligen. Diese Gültigkeitsdauer wird beiderseitig vom Tage der ersten Benutzung des Scheines zum Grenzübertritt an mit der Massgabe berechnet werden, dass die gedachten Scheine ihre Gültigkeit verlieren, wenn sie nicht zum ersten Male spätestens am fünfzehnten Tage, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet, benutzt werden. Diese Dauer von 28 Tagen wird in keinem Falle durch den während der Gültigkeitsdauer der Legitimationsscheine eintretenden Jahreswechsel berührt werden. Die in zwei Sprachen, in Deutsch und in Russisch, abgefassten Legitimationsscheine sollen beiderseits nur den eigenen Staatsangehörigen und denjenigen Angehörigen des anderen Landes erteilt werden, welche in dem Lande wohnen, wo die Scheine ausgestellt werden.

---

*) V. N. R. G. 2. s. 1, p. 233.

Das Datum des Übertritts über die Grenze wird künftig von den deutschen und russischen Behörden sowohl nach der deutschen wie nach der russischen Zeitrechnung auf den Scheinen vermerkt werden.

Die Scheine werden auch künftig, wie dies gegenwärtig der Fall ist, ebenso wie an Christen auch an Israeliten verabfolgt werden.

Jeder vertragschliessende Teil wird die Zeitwanderung seiner Angehörigen in das Gebiet des anderen Teiles zur Beschäftigung in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben gestatten und sie in keiner Weise, insbesondere auch nicht durch Passerschwerungen, hindern. Die Vertreter von staatlich beaufsichtigten Organisationen, die im Gebiete des einen Teiles zur Vermittelung der Anwerbung solcher Arbeiter gegründet sind und die von der Regierung dieses Teiles der Regierung des anderen Teiles bezeichnet werden, sollen im Gebiete des letzteren ohne weiteres zugelassen werden und ihre Vermittelungstätigkeit ungehindert ausüben dürfen.

Die russischen Arbeiter, welche nach Deutschland kommen, um daselbst in landwirtschaftlichen Betrieben oder Nebenbetrieben zu arbeiten, sollen wie bisher kostenfrei mit Legitimationspapieren, gültig vom 1. Februar bis 20. Dezember neuen Stils, versehen werden.

Auch diese Papiere sollen in deutscher und in russischer Sprache abgefasst sein.

Zu Artikel 3.

Soweit die Angehörigen eines dritten Staates auf Grund der in Kraft stehenden Verträge und Übereinkommen von der Vormundschaft in Russland befreit sind, sollen die deutschen Reichsangehörigen in Russland hinsichtlich der Vormundschaft über nichtdeutsche Minderjährige dieselbe Vergünstigung geniessen.

Zu Artikel 5.

Die von der deutschen Regierung gegenüber der russischen Einfuhr getroffenen veterinären Massnahmen können nicht in strengerer Form eingeführt werden als diejenigen gegenüber von Staaten, welche sich hinsichtlich der Tierseuchen und der veterinären Einrichtungen in demselben Zustande befinden wie Russland.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf die veterinären Abmachungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn.

Die Zahl der lebenden Schweine, deren Einfuhr nach Oberschlesien auf Grund der bestehenden Bestimmungen zugelassen ist, wird auf 2500 Stück wöchentlich erhöht.

Fleisch, welches im Sinne des deutschen Fleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 als zubereitet anzusehen ist, wird zur Einfuhr nach Deutschland nach Massgabe der Bestimmungen des erwähnten Gesetzes zugelassen werden.

Die in den Absätzen 3 und 4 der gegenwärtigen Bestimmung enthaltenen Zugeständnisse können zeitweise widerrufen oder aufgehoben werden, wenn aussergewöhnliche Gründe veterinärpolizeilicher Natur dies notwendig machen.

Zu den Artikeln 5, 6, 7, 9 und 10.

Im Hinblick darauf, dass zur Zeit in Russland gewisse Waren bei der Einfuhr über die Landgrenze höheren Zollsätzen unterliegen als bei der Einfuhr über die Ostsee, besteht Einverständnis darüber, dass vom Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages die Zölle bei der Einfuhr über die Landgrenze auf die Sätze der Zölle bei der Einfuhr über die Ostsee ermässigt werden sollen, und dass kein neuer, die Einfuhr über die Seegrenze begünstigender Unterscheidungszoll eingeführt werden darf.

Die Deutsche Regierung verpflichtet sich ihrerseits, an keiner Grenze des Deutschen Reiches andere oder günstigere Zölle einzuführen als an der Ostgrenze.

Zu Artikel 6.

Der Deutsche Bundesrat wird während der ganzen Dauer des gegenwärtigen Vertrages von seinem Rechte, die Genehmigung zur Errichtung von gemischten Getreidetransitlagern in Königsberg, Danzig, Altona, Mannheim und Ludwigshafen zu widerrufen, keinen Gebrauch machen.

Zu Artikel 6, 7 und 11.

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse einer dritten Macht, welche durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Teile durchgeführt werden, sollen bei ihrem Eingang in das Gebiet des anderen Teiles keinen anderen oder höheren Zöllen unterworfen werden, als wenn sie direkt aus dem Ursprungslande eingeführt worden wären.

Zu den Artikeln 6 bis 9.

Die Russische Regierung erklärt sich bereit, bei Zollzahlungen deutsche Goldmünzen durch die Zollämter annehmen zu lassen, und zwar 1000 Mark Gold als Gegenwert von 462 Rubel (1 Rubel = 1/15 Imperial). In dem gleichen Verhältnisse werden die russischen Zollämter die deutschen Reichsbanknoten bei Zollzahlungen annehmen.

Zu Artikel 6 und 7.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich das Recht vor, bei der Einfuhr von Waren, wenn diese je nach ihrem Herkunftsland einer unterschiedlichen Zollbehandlung unterliegen, zum Nachweise der einheimischen Erzeugung oder Bearbeitung die Vorlegung von Ursprungszeugnissen zu fordern. Es wird seitens der beiden Teile Fürsorge getroffen werden, dass die verlangten Zeugnisse den Handel möglichst wenig beengen.

Zu Artikel 12.

Um in Russland das im Abs. 1 von Artikel 12 vorgesehene Recht ausüben zu können, müssen die daselbst benannten Personen mit besonderen Gewerbescheinen versehen sein, deren zugunsten des Staates erhobene Gebühr 150 Rubel für das ganze Jahr und 75 Rubel für die zweite Hälfte des Jahres nicht übersteigen soll.

Wenn die mit den vorstehend erwähnten Gewerbescheinen versehenen Personen das in Abs. 1 von Artikel 12 vorgesehene Recht durch in ihrem Dienste stehende Handlungsreisende ausüben wollen, so müssen diese Handlungsreisenden ausserdem mit einem persönlichen Gewerbeschein versehen sein, dessen Gebühr 50 Rubel für das ganze Jahr und 25 Rubel für die zweite Hälfte des Jahres nicht überschreiten wird.

Die in Abs. 1 der gegenwärtigen Bestimmung vorgesehenen Gewerbescheine können auf den Namen der Personen selbst, die sich nach Russland begeben, ausgestellt werden, und dann sollen diese Personen nicht mehr gehalten sein, sich ausserdem mit dem persönlichen Gewerbeschein zu versehen.

Hinsichtlich der Erteilung der Gewerbescheine und des Betrags der Gebühren dafür wird ein Unterschied zwischen den Personen der christlichen Religion und denjenigen der mosaischen Religion nicht gemacht werden.

Insoweit die Einfuhr von Feuerwaffen aus dem Ausland in Russland nicht untersagt ist, können die deutschen reisenden Kaufleute Muster von solchen Waffen unter der ausdrücklichen Bedingung mit sich führen, dass sie sich allen allgemeinen und örtlichen Vorschriften, welche bezüglich der Feuerwaffen in Kraft sind oder sein werden, unterwerfen.

Zu Artikel 14.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich eine besondere Vereinbarung über die Ausübung der Schiffahrt und der Flösserei auf den beide Länder unmittelbar oder mittelbar verbindenden Binnenwasserstrassen vor. Bis zum Abschluss dieser Vereinbarung darf von deutschen Schiffen, ihrer Besatzung und deutschen Flössern auf russischen Binnenwasserstrassen und von russischen Schiffen, ihrer Besatzung und russischen Flössern auf deutschen Binnenwasserstrassen die Schlepp- und Handelsschiffahrt, einschliesslich der Beförderung von Fahrgästen, sowie die Flösserei unter den gleichen Bedingungen wie von Inländern ausgeübt werden.

Die deutschen Schiffe, welche auf den die beiderseitigen Landesgrenzen verbindenden Binnenschiffahrtswegen nach Russland fahren, um später nach Deutschland zurückzukehren, werden ohne Zahlung oder Sicherstellung des Einfuhrzolls nach Russland eingelassen werden.

Die Frist, innerhalb welcher solche Schiffe wieder nach Deutschland ausgeführt werden müssen, wird auf zwei Jahre von dem Tage ihres Eingangs nach Russland an festgesetzt. Wenn das Schiff in Russland verkauft wird oder länger als zwei Jahre daselbst verbleibt, ist der betreffende Eingangszoll dafür zu entrichten. Die gedachte Frist soll verlängert werden, wenn das Schiff durch vom Willen des Schiffsführers nicht abhängige Umstände, wie niedriger Wasserstand, beträchtliche Reparaturen erfordernde Havarie oder andere ähnliche Ursachen, zurückgehalten wird. Der Eingangszoll wird nicht erhoben, wenn das Schiff durch Feuer oder Schiffbruch zugrunde geht.

Die Scheine, welche die Verpflichtung zur Wiederausfuhr der Schiffe oder zur Zahlung des Eingangszolls enthalten, sollen von jeder Gebühr befreit sein.

Während des Aufenthalts des Schiffes in Russland wird der Schiffseichschein von den russischen Zollbehörden in Verwahrung genommen.

Zu Artikel 20.

Die vertragschliessenden Teile werden einander im Eisenbahntarifwesen, insbesondere durch Herstellung direkter Frachttarife, tunlichst unterstützen. Namentlich sollen solche direkte Frachttarife nach den deutschen Häfen Danzig (Neufahrwasser), Königsberg (Pillau) und Memel zur Vermittelung sowohl der Ausfuhr aus als der Einfuhr nach Russland den Bedürfnissen des Handels entsprechend eingeführt werden.

Zugleich sollen die Frachtsätze für die im russischen Eisenbahntarif zum Getreide gerechneten Artikel sowie für Flachs, Hanf und Holz von den russischen Aufgabestationen bis zu den oben erwähnten Häfen nach denjenigen Bestimmungen gebildet und unter die am Transport beteiligten deutschen und russischen Bahnen verteilt werden, welche für die nach den Häfen Libau und Riga führenden russischen Eisenbahnen jetzt in Kraft sind oder in Kraft treten werden. Dies gilt auch für den Fall einer Reexpedition. Die ausser den Frachtsätzen erhobenen Zuschläge (Nebengebühren) sollen in gleicher Weise gebildet und der Betrag derselben nach den russischen Vorschriften unter die beteiligten Linien verteilt werden, wobei man darüber einverstanden ist, dass nur eine einzige Grenzgebühr, die den deutschen und russischen zur Grenze führenden Bahnen zu gleichen Teilen zufällt, erhoben werden darf.

Die zur Zeit bestehenden besonderen Bestimmungen zur Regelung des Wettbewerbs zwischen Königsberg und Danzig bleiben in Kraft.

Tarifvergünstigungen, welche auf den Eisenbahnen Deutschlands oder Russlands für eine bestimmte Ware im Falle ihrer Einfuhr über einen Seehafen gewährt werden, sind auf Verlangen der betreffenden Regierung für die Beförderung entsprechender Erzeugnisse des anderen Landes auf den von der Landgrenze ausgehenden Eisenbahnen von der Grenzstation bis zur Empfangsstation zur Verfügung zu stellen. In diesem Falle wird das Mass der Vergünstigungen, auf den Kilometer bezw. auf die Werst berechnet, im Verkehr über die trockene Grenze das gleiche sein wie im Verkehr über den Seehafen.

Bei der Einfuhr über einen Seehafen wird ein Unterschied nach der Nationalität der Schiffe der vertragschliessenden Teile für die Weiterbeförderung der eingeführten Waren auf den Eisenbahnen oder Binnenwasserstrassen in keiner Weise, insbesondere auch nicht hinsichtlich der Tarifsätze, stattfinden.

Die Russische Regierung wird dafür Sorge tragen, dass die Eisenbahnfrachttarife, welche für den Versand von Phosphoriten und anderen Phosphaten sowie von Erzen aus Russland nach Deutschland bis zum 1. August 1914 bestanden haben, nicht in stärkerem Masse erhöht werden, als der durchschnittlichen allgemeinen Erhöhung der russischen Eisenbahnfrachttarife auf Entfernungen entspricht, wie sie den fraglichen Tarifen vor dem 1. August/19. Juli 1914 zugrunde gelegen haben. Auf Verlangen der Deutschen Regierung wird sie die Aufnahme neuer Versand- und Empfangsstationen in jene Tarife herbeiführen.

Die vertragschliessenden Teile stimmen überein, dass auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens die gegenseitigen Verkehrsbeziehungen, wie sie vor dem Kriege zwischen Deutschland und Russland bestanden haben, gefördert werden und jede Verschlechterung gegenüber dem früheren Zustande, die durch die Zerlegung des russischen Eisenbahnnetzes in einzelne selbständige Eisenbahnnetze entstehen könnte, nach Möglichkeit vermieden wird. Sie sind bereit, zu diesem Zwecke einem die Eisenbahnen Deutschlands, Russlands und der aus dem Russischen Reich ausscheidenden Staaten oder Verwaltungsgebiete bindenden Übereinkommen beizutreten, das namentlich die in Artikel 20 der vorstehenden Vereinbarung und in der vorliegenden Schlussprotokollbestimmung enthaltenen Abmachungen im obigen Sinne regeln und insbesondere auch das Spannungsverhältnis der vor dem Kriege gültig gewesenen Eisenbahntarife im Verkehr mit den Ostseehäfen und den Häfen des Schwarzen und Asowschen Meeres aufrecht halten wird.

Zweiter Teil.

Zu den Zollreglements.

§ 1.

Die Befugnis zur Überweisung der Waren unter Zollkontrolle an andere Ämter wird beiderseits auf alle Zollämter erster Klasse, welche keine Eisenbahnverbindung mit den Lagerämtern haben, ausgedehnt werden. Doch ist dabei Bedingung, dass solche Sendungen den einschlägigen Gesetzen und Vorschriften unterworfen bleiben.

§ 2.

Es besteht beiderseitiges Einverständnis, dass die Zollämter der beiden Länder an allen Tagen des Jahres geöffnet bleiben, mit Ausnahme der Sonntage und der gesetzlichen Feiertage.

§ 3.

Die Dienststunden sollen in den Zollämtern der beiden Länder angeschlagen werden.

Die Dienststunden für die Revision der Reisepässe und der Legitimationskarten sollen für jeden Bezirk und jeden Grenzpunkt nach besonderer Vereinbarung zwischen den betreffenden Behörden der beiden Länder festgesetzt werden. Es sollen hierbei auf beiden Seiten die gleichen Stunden eingeführt, den örtlichen Bedürfnissen Rechnung getragen und bei den Zollämtern dritter Klasse, den Nebenzollämtern und den Übergangspunkten eine Unterbrechung des Dienstes für die Mahlzeiten der Beamten gewährt werden.

§ 4.

Zollpflichtige Waren, welche von Personen eingeführt werden, die sich im Besitze einer ordnungsmässigen Legitimation zur Überschreitung der Grenze befinden, sollen auf beiden Seiten mündlich deklariert werden können, und zwar auf allen Zollämtern innerhalb ihrer Zuständigkeit, vor-

ausgesetzt, dass diese Waren nicht zu Handelszwecken eingeführt werden, und dass die Gesamtheit der zu erhebenden Zollgebühren nicht übersteigt:

fünfzehn Rubel für die Einfuhr nach Russland, und

fünfunddreissig Mark für die Einfuhr nach Deutschland.

Auf Grund dieser Ermächtigung sollen die Übergangspunkte das Recht haben, Mundvorräte (mit Ausnahme von Branntwein und anderen geistigen Getränken) sowie auch Erzeugnisse, die ausschliesslich zum Hausgebrauch bestimmt sind, zollamtlich abzufertigen.

§ 5.

Unbeschadet der besonderen Bestimmungen hinsichtlich der Flussschiffe werden Fahrzeuge aller Art einschliesslich der zugehörigen Ausrüstungsgegenstände, welche zur Zeit der Einfuhr zur Beförderung von Personen oder Waren dienen und nur aus dieser Veranlassung vorübergehend nach Russland von Personen eingeführt werden, die den russischen oder deutschen Zollbehörden bekannt sind, von den russischen Behörden ohne Erlegung des Eingangszolls oder Sicherheitsstellung für diesen Zoll eingelassen werden, sofern sich der Führer des Fuhrwerkes verpflichtet, dasselbe binnen einer bestimmten Frist wieder auszuführen. Die schriftliche Ausfertigung der Verpflichtungsscheine soll unentgeltlich und ohne jede Gebührenerhebung erfolgen.

§ 6.

Bei der Einfuhr von Waren auf dem Landwege nach Russland wird keine besondere Deklaration gefordert, sofern die Waren von Frachtbriefen begleitet sind. Es genügt in diesem Falle die Vorzeigung der Frachtbriefe bei dem Eingangsamte. Die Zahl der Pferde und der Fahrzeuge, aus denen sich der Transport zusammensetzt, sowie die Gesamtzahl der Frachtbriefe und der Kolli sind alsdann auf einem der Frachtbriefe zusammenzustellen, und es ist diese Angabe von dem leitenden Führer zu unterzeichnen.

§ 7.

Blumen und lebende Pflanzen, frische Früchte und frische Fische, sowie alle einem raschen Verderben ausgesetzten Waren sollen beiderseits, vorbehaltlich Fälle höherer Gewalt, binnen 24 Stunden, vom Einbringen der Waren in die Zollager an gerechnet, verzollt werden.

§ 8.

Die für die Anbringung der Identifizierungszeichen zu entrichtenden Gebühren werden 5 v. H. des Gesamtbetrages des Zolles nicht übersteigen.

Die für die Anbringung der Identifizierungszeichen bei Knöpfen, Bändern, Spitzen, Stickereien und Fellen zu entrichtenden Gebühren werden 1 Kopeke für jede Plombe nicht übersteigen. Der ganze Gebührenbetrag für die Plombierung wird 5 v. H. des Gesamtbetrages des Eingangszolls in jedem einzelnen Falle nicht übersteigen.

Falls indessen der Interessent selbst wünscht, dass die Ware in einer Weise plombiert wird, die über das Bedürfnis der Identifizierung hinaus-

geht, so ist er verpflichtet, den dadurch entstehenden Mehrbetrag an Gebühren zu entrichten.

Die Punzierung deutscher Gold- und Silberwaren wird keinen anderen oder höheren Gebühren unterworfen werden als die Punzierung der gleichartigen einheimischen Arbeiten.

§ 9.

Von eingeführten Waren soll Lagergeld durch die russischen Zollämter nur für die Tage der wirklichen Lagerung in den Zollagern, vom vierten Tage nach dem Beginn der Zollrevision an gerechnet, erhoben werden.

Jedoch soll die Zeit, während welcher die Lagerung gebührenfrei ist, begrenzt sein durch die an dem betreffenden Zollamt für die Deklaration von eingeführten Waren gewährte Frist, d. h. 5 bis 14 Tage, erhöht um die in Absatz 1 vorgesehene Frist von 3 Tagen.

§ 10.

Die Russische Regierung verpflichtet sich, die Bestimmungen der Artikel 15 und 16 der Berner Konvention vom 14. Oktober 1890, welche das Verfügungsrecht des Absenders über seine Sendungen regeln, während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages in keiner Weise zu ändern.

§ 11.

Die in dem Artikel 292 des russischen Reglements vom 15. Mai 1901, betreffend die Wareneinfuhr, enthaltene Vorschrift, wonach der Unterschied zwischen dem angegebenen Gewicht von Gegenständen oder Waren und dem bei der Revision ermittelten Gewicht straffrei bleibt, sofern er 5 v. H. des Gesamtgewichts der Gegenstände oder Waren nicht übersteigt, wird abgeändert und die Duldungsgrenze auf 10 v. H. des Gesamtgewichts erhöht.

§ 12.

Das Recht der Reklamationen gegen Entscheidungen der russischen Zollbehörden, die sich sowohl auf Strafen wegen einer unzutreffenden oder falschen Deklaration als auf die Tarif-Klassifizierung der Waren beziehen, soll dem Absender der Ware in gleicher Weise wie dem Deklaranten zustehen.

Eingaben dieser Art dürfen von dem Absender in deutscher Sprache abgefasst werden.

§ 13.

Die Reklamationsfrist in den in § 12 bezeichneten Angelegenheiten wird für den Absender wie für den Deklaranten auf zwei Monate festgesetzt werden, von dem Tage an gerechnet, wo die Entscheidung dem Deklaranten mitgeteilt worden ist.

Was die Entscheidung über die Tarifierung von Waren anlangt, so werden innerhalb dieser Frist Vorstellungen des Absenders nur dann zugelassen werden, wenn die streitigen Waren die Zollager noch nicht verlassen haben.

§ 14.

Die deutschen Konsuln in Russland und die russischen Konsuln in Deutschland sollen berechtigt sein, die ersteren mit dem russischen Zolldepartement, die letzteren mit den Vorständen der deutschen Zollbehörden (Provinzial-Steuerdirektor usw.) wegen der vor diesen Behörden schwebenden Zollreklamationen unmittelbar zu verkehren.

§ 15.

Falls Schaffner, Maschinisten und sonstige Eisenbahnbedienstete eines der beiden vertragschliessenden Teile überführt werden, in den Zügen Schmuggelwaren in das Gebiet des anderen Teiles eingeführt zu haben, so sollen sie auf Ansuchen der zuständigen Zollbehörden des Rechtes, Bahnzüge nach der Grenze zu begleiten, verlustig gehen.

§ 16.

Alle Quarantäne- und veterinärpolizeilichen Massregeln, nämlich die Beschlüsse wegen Schliessung oder Öffnung der Grenze für irgendeine Warengattung oder wegen Abänderungen der einschlägigen örtlichen Verordnungen usw. sollen, sobald sie erlassen sind, wechselseitig von jedem der beiden vertragschliessenden Teile dem anderen mitgeteilt werden.

Die örtlichen Massnahmen, die — aus eigener Entschliessung — von dem Vorstande eines Bezirks (Landrat in Deutschland, Natschalnik Ujesda, Isprawnik in Russland) getroffen werden, sollen unmittelbar den betreffenden Vorständen der Bezirke des anderen Landes mitgeteilt werden. Diese Mitteilung soll zugleich die Gründe der Massregel enthalten, soweit nicht die Beschaffenheit derselben ihre Mitteilung überflüssig macht.

Die Massnahmen, die in Deutschland von einem Oberpräsidenten oder von einem Regierungspräsidenten und in Russland von einem Generalgouverneur oder von einem Gouverneur getroffen werden, sollen gegenseitig dem im Range entsprechenden Beamten mitgeteilt werden. Die Mitteilung der Gründe dieser Massregeln soll auf diplomatischem Wege erfolgen.

Die Massregeln, welche von den Zentralbehörden der beiden Länder getroffen werden, sollen einschliesslich ihrer Gründe gegenseitig auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden.

Man ist darüber einig, dass die Mitteilungen über veterinäre Massregeln beiderseits tunlichst vor Ausführung derselben und spätestens gleichzeitig mit ihrem Erlasse erfolgen sollen.

Die beiden Regierungen werden Listen austauschen, in welchem die beiderseitigen Behörden bezeichnet sind, zwischen denen der gegenseitige Austausch in Gemässheit des eben angegebenen Verfahrens stattfinden soll.

§ 17.

Die Quarantänemassregeln gegen die Einschleppung epidemischer Krankheiten sollen beiderseits auf alle die Grenze überschreitenden Reisenden, je nach der grösseren oder geringeren Ansteckungsgefahr, ohne Unterschied der Nationalität angewandt werden.

§ 18.

Es wird beiderseits der Wiederaufnahme von Reisenden, die wegen mangelhafter Reisepässe oder wegen Nichtzahlung von Zollgebühren zurückgewiesen werden, kein Hindernis entgegengestellt werden; unter den bezeichneten Umständen sollen beiderseits selbst fremde Staatsangehörige wieder anfgenommen werden, zumal in den Fällen, wo sie noch nicht in das Innere des Landes gelangt sind. Die auf beiden Seiten zuständigen Behörden werden sich über die zu ergreifenden Massregeln verständigen.

Mit einem russischen Auswanderungsscheine versehene jüdische Auswanderer russischer Abkunft und andere, welche von den deutschen Behörden nach Russland zurückgesandt werden, müssen von den russischen Grenzbehörden zugelassen werden, vorausgesetzt, dass sich diese Personen in Deutschland nicht länger als einen Monat aufgehalten haben, von dem Tage an gerechnet, wo sie über die deutsch-russische Grenze gegangen sind.

§ 19.

Die Grenzbehörden jedes der beiden vertragschliessenden Teile sollen gehalten sein, passlose. Landstreicher und andere Personen dieser Art, welche in das Gebiet des anderen Teiles, dessen Angehörige sie sind, wieder aufgenommen werden sollen, ausschliesslich nach denjenigen Grenzpunkten führen zu lassen, wo eine Abfertigung für Reisende stattfindet.

221.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Traité additionnel au Traité de paix;*) signé à Brest-Litowsk et à Bukarest les 3 et 7 mars 1918.**)***)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1918, No. 77.†)

Deutsch-Russischer Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland andererseits.

Auf Grund des Artikel XII des Friedensvertrags zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland andererseits sind

die Bevollmächtigten des Deutschen Reichs, nämlich,

der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat, Herr Richard von Kühlmann,

*) V. ci-dessus, No. 220.

**) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 29 mars 1918.

***) Plusieurs articles de ce Traité ont été supprimés par la Convention financière du 27 août 1918. V. ci-dessus, Nr. 223.

†) En langues allemande et russe. Nous n'imprimons que le texte allemand.

der Kaiserliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Herr Dr. von Rosenberg,

der Königlich Preussische Generalmajor Hoffmann, Chef des Generalstabs des Oberbefehlshabers Ost, und

der Kaiserliche Kapitän zur See Horn, sowie

die Bevollmächtigten der Russischen Föderativen Sowjets-Republik, nämlich

Grigorij Jakowlewitsch Sokolnikow, Mitglied des Zentralexekutivausschusses der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten,

Lew Michailowitsch Karachan, Mitglied des Zentralexekutivausschusses der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten,

Georgij Wassiliewitsch Tschitscherin, Gehilfe des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, und

Grigorij Iwanowitsch Petrowskij, Volkskommissar für innere Angelegenheiten,

übereingekommen, die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die Fürsorge für Rückwanderer, die aus Anlass des Friedensschlusses zu erlassende Amnestie und die Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kauffahrteischiffe unverzüglich zu regeln und zu diesem Zwecke einen Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrag abzuschliessen.

Nachdem die Bevollmächtigten festgestellt hatten, dass die von ihnen bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags vorgelegten Vollmachten die Erledigung der vorstehend bezeichneten Gegenstände mit umfassen, haben sie sich über folgende Bestimmungen geeinigt.

Erstes Kapitel.

Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen.

Artikel 1.

Bei Wiederaufnahme der konsularischen Beziehungen gemäss Artikel X des Friedensvertrags wird jeder vertragschliessende Teil die Konsuln des anderen Teiles an allen Plätzen seines Gebiets zulassen, soweit nicht bereits vor dem Kriege für einzelne gemischtsprachige Plätze oder Gebietsteile Ausnahmen bestanden und diese Ausnahmen nach dem Kriege jeder dritten Macht gegenüber gleichmässig aufrechterhalten werden.

Jeder Teil behält sich vor, aus Gründen der Kriegsnotwendigkeit an gewissen Plätzen Konsuln des anderen Teiles erst nach Abschluss des allgemeinen Friedens zuzulassen.

Artikel 2.

Jeder vertragschliessende Teil wird alle Schäden ersetzen, die in seinem Gebiete während des Krieges von den dortigen staatlichen Organen oder der Bevölkerung durch völkerrechtswidrige Handlungen diplomatischen und konsularischen Beamten des anderen Teiles zugefügt oder an Botschafts- und Konsulatsgebäuden dieses Teiles oder an deren Inventar angerichtet worden sind.

Zweites Kapitel.

Wiederherstellung der Staatsverträge.

Artikel 3.

Die Verträge, Abkommen und Vereinbarungen, die zwischen den vertragschliessenden Teilen vor der Kriegserklärung in Kraft gewesen sind, treten vorbehaltlich abweichender Bestimmungen des Friedensvertrags und dieses Zusatzvertrags bei deren Ratifikation mit der Massgabe wieder in Kraft, dass, soweit sie für eine bestimmte Zeit unkündbar sind, diese Zeit um die Kriegsdauer verlängert wird.

Artikel 4.

Jeder vertragschliessende Teil kann dem anderen Teile binnen sechs Monaten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags die Verträge, Abkommen oder Vereinbarungen oder deren Einzelbestimmungen mitteilen, die nach seiner Auffassung mit den während des Krieges eingetretenen Veränderungen in Widerspruch stehen. Diese Vertragsbestimmungen sollen tunlichst bald durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen.

Zur Ausarbeitung der im Absatz 1 vorgesehenen neuen Verträge wird binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags eine aus Vertretern der beiden Teile bestehende Kommission in Berlin zusammentreten. Soweit sich diese binnen drei Monaten nach ihrem Zusammentritt nicht einigt, steht es jedem Teile frei, von den Vertragsbestimmungen zurückzutreten, die er gemäss Absatz 1 Satz 1 dem anderen Teile mitgeteilt hat; handelt es sich dabei um Einzelbestimmungen, so steht dem anderen Teile der Rücktritt vom ganzen Vertrage frei.

Artikel 5.

Die Verträge, Abkommen und Vereinbarungen, an denen ausser den vertragschliessenden Teilen dritte Mächte beteiligt sind, treten zwischen den beiden Teilen, vorbehaltlich abweichender Bestimmungen des Friedensvertrags bei dessen Ratifikation wieder in Kraft. Auf die mit solchen Kollektivverträgen in Zusammenhang stehenden Einzelverträge zwischen den beiden Teilen finden die Bestimmungen des Artikel 3 über die Verlängerung der Geltungsdauer und des Artikel 4 über den Rücktritt keine Anwendung.

Wegen der Kollektivverträge politischen Inhalts, an denen noch andere kriegführende Mächte beteiligt sind, behalten sich die beiden Teile ihre Stellungnahme bis nach Abschluss des allgemeinen Friedens vor.

Drittes Kapitel.

Wiederherstellung der Privatrechte.

Artikel 6.

Alle in dem Gebiet eines vertragschliessenden Teiles bestehenden Bestimmungen, wonach mit Rücksicht auf den Kriegszustand die Angehörigen des anderen Teiles in Ansehung ihrer Privatrechte irgendwelcher besonderen Regelung unterliegen (Kriegsgesetze), treten mit der Ratifikation des Friedensvertrags ausser Anwendung.

Als Angehörige eines vertragschliessenden Teiles gelten auch solche juristische Personen und Gesellschaften, die in seinem Gebiet ihren Sitz haben. Ferner sind den Angehörigen eines Teiles juristische Personen und Gesellschaften, die in seinem Gebiete nicht ihren Sitz haben, insoweit gleichzustellen, als sie im Gebiete des anderen Teiles den für diese Angehörigen geltenden Bestimmungen unterworfen waren.

Artikel 7.

Über privatrechtliche Schuldverhältnisse, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, wird nachstehendes vereinbart.

§ 1.

Die Schuldverhältnisse werden wiederhergestellt, soweit sich nicht aus den Bestimmungen der Artikel 7 bis 11 ein Anderes ergibt.

§ 2.

Die Bestimmung des § 1 hindert nicht, dass die Frage, welchen Einfluss die durch den Krieg geschaffenen Zustände, insbesondere die durch Verkehrshindernisse oder Handelsverbote herbeigeführte Unmöglichkeit der Erfüllung, auf die Schuldverhältnisse ausüben, im Gebiete jedes vertragschliessenden Teiles nach den dort für alle Landeseinwohner geltenden Gesetzen beurteilt wird.

Dabei dürfen die Angehörigen des anderen Teiles, die durch Massnahmen dieses Teiles behindert worden sind, nicht ungünstiger behandelt werden, als die Angehörigen des eigenen Staates, die durch dessen Massnahmen behindert worden sind. Auch soll derjenige, der durch den Krieg an der rechtzeitigen Bewirkung einer Leistung behindert war, nicht verpflichtet sein, den dadurch entstandenen Schaden zu ersetzen.

§ 3.

Geldforderungen, deren Bezahlung im Laufe des Krieges auf Grund von Kriegsgesetzen verweigert werden konnte, brauchen nicht vor Ablauf von sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags bezahlt zu werden. Sie sind von der ursprünglichen Fälligkeit an für die Dauer des Krieges und der anschliessenden sechs Monate ohne Rücksicht auf Moratorien mit fünf vom Hundert für das Jahr zu verzinsen; bis zur ursprünglichen Fälligkeit sind gegebenenfalls die vertraglichen Zinsen zu zahlen.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, nähere Bestimmungen auf dem Gebiete des Wechsel- und Scheckrechts sowie der Valutageschäfte zu vereinbaren.

§ 4.

Für die Abwickelung der Aussenstände und sonstigen privatrechtlichen Verbindlichkeiten sind die staatlich anerkannten Gläubigerschutzverbände zur Verfolgung der Ansprüche der ihnen angeschlossenen natürlichen und juristischen Personen als deren Bevollmächtigte wechselseitig anzuerkennen und zuzulassen.

Artikel 8.

Jeder vertragschliessende Teil mit Einschluss seiner Gliedstaaten wird sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrags die Bezahlung seiner Verbindlichkeiten, insbesondere den öffentlichen Schuldendienst, gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles wiederaufnehmen. Die vor der Ratifikation fällig gewordenen Verbindlichkeiten werden binnen sechs Monaten nach der Ratifikation bezahlt werden.

Die Bestimmung des Absatz 1 findet keine Anwendung auf solche gegenüber einem Teile bestehenden Forderungen, die erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags auf Angehörige des anderen Teiles übergegangen sind.

Artikel 9.

Über Urheberrechte und gewerbliche Schutzrechte, Konzessionen und Privilegien sowie ähnliche Ansprüche auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, wird nachstehendes vereinbart.

§ 1.

Die im Eingang bezeichneten Rechte werden wiederhergestellt, soweit sich nicht aus dem Artikel 11 ein Anderes ergibt.

Dem Berechtigten werden die von ihm für die Zeit der Entziehung der Rechte geschuldeten Gebühren erlassen oder, falls er sie bereits bezahlt hat, zurückerstattet; hat der Staat aus der Benutzung der Rechte durch Dritte Vermögensvorteile gezogen, welche die Gebühren übersteigen, so ist dem Berechtigten der Mehrbetrag herauszugeben. Soweit der Staat Rechte, die ihm übereignet worden sind, benutzt hat, ist der Berechtigte angemessen zu entschädigen.

§ 2.

Jeder vertragschliessende Teil wird den Angehörigen des anderen Teiles, die aus Anlass des Krieges eine gesetzliche Frist für die Vornahme einer zur Begründung oder Erhaltung eines gewerblichen Schutzrechts erforderlichen Handlung versäumt haben, unbeschadet wohlerworbener Rechte Dritter, für die Nachholung der Handlung eine Frist von mindestens einem Jahre nach der Ratifikation des Friedensvertrags gewähren.

Gewerbliche Schutzrechte der Angehörigen des einen Teiles sollen im Gebiete des anderen Teiles wegen Nichtausübung nicht vor Ablauf von vier Jahren nach der Ratifikation verfallen.

§ 3.

Die Bestimmung des § 1 Abs. 1 findet auf Konzessionen und Privilegien sowie ähnliche Ansprüche auf öffentlich-rechtlicher Grundlage keine Anwendung, soweit diese auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Rechte der gleichen Art geltenden Gesetzgebung inzwischen abgeschafft oder vom Staate oder von Gemeinden übernommen worden sind und in deren Besitze verbleiben; in diesen Fällen regelt sich die Entschädigung des Berechtigten nach den Bestimmungen des Artikel 13.

§ 4.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, wegen der Priorität gewerblicher Schutzrechte besondere Bestimmungen zu vereinbaren.

Artikel 10.

Die Fristen für die Verjährung von Rechten sollen im Gebiete jedes vertragschliessenden Teiles gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles, falls sie zur Zeit des Kriegsausbruchs noch nicht abgelaufen waren, frühestens ein Jahr nach der Ratifikation des Friedensvertrages ablaufen. Das Gleiche gilt von den Fristen zur Vorlegung von Zinsscheinen und Gewinnanteilscheinen sowie von ausgelosten oder sonst zahlbar gewordenen Wertpapieren.

Artikel 11.

Die Tätigkeit der Stellen, die auf Grund von Kriegsgesetzen mit der Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Liquidation von Vermögensgegenständen oder der Annahme von Zahlungen befasst worden sind, soll unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 12, 13 nach Massgabe der nachstehenden Grundsätze abgewickelt werden.

§ 1.

Die beaufsichtigten, verwahrten oder verwalteten Vermögensgegenstände sind auf Verlangen des Berechtigten unverzüglich freizugeben; bis zur Übernahme durch den Berechtigten ist für die Wahrung seiner Interessen zu sorgen.

Gelder und Wertpapiere, die sich bei einer zentralen Hinterlegungsstelle, einem öffentlichen Treuhändler oder einer sonstigen staatlich beauftragten Sammelstelle befinden, sind binnen drei Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags dem Berechtigten zur Verfügung zu stellen; mit den Geldern sind Zinsen zum Jahressatze von vier vom Hundert seit der Einzahlung bei der Sammelstelle, mit den Wertpapieren sind die eingezogenen Zinsen und Gewinnanteile herauszugeben.

§ 2.

Die Bestimmungen des § 1 sollen wohlerworbene Rechte Dritter nicht berühren. Zahlungen und sonstige Leistungen eines Schuldners, die von den im Eingang dieses Artikels erwähnten Stellen oder auf deren Ver-

anlassung entgegengenommen worden sind, sollen in den Gebieten der vertragschliessenden Teile die gleiche Wirkung haben, wie wenn sie der Gläubiger selbst empfangen hätte.

Privatrechtliche Verfügungen, die von den bezeichneten Stellen oder auf deren Veranlassung oder ihnen gegenüber vorgenommen worden sind, bleiben mit Wirkung für beide Teile aufrechterhalten.

§ 3.

Über die Tätigkeit der im Eingang dieses Artikels erwähnten Stellen, insbesondere über die Einnahmen und Ausgaben, ist den Berechtigten auf Verlangen unverzüglich Auskunft zu erteilen.

Ersatzansprüche wegen der Tätigkeit dieser Stellen oder wegen der auf ihre Veranlassung vorgenommenen Handlungen können nur gemäss den Bestimmungen des Artikel 13 geltend gemacht werden.

Artikel 12.

Grundstücke oder Rechte an einem Grundstück, Bergwerksgerechtsame sowie Rechte auf die Benutzung oder Ausbeutung von Grundstücken, Unternehmungen oder Beteiligungen an einem Unternehmen, insbesondere Aktien, die infolge von Kriegsgesetzen veräussert oder dem Berechtigten sonst durch Zwang entzogen worden sind, sollen dem früheren Berechtigten auf einen innerhalb eines Jahres nach der Ratifikation des Friedensvertrags zu stellenden Antrag gegen Rückgewährung der ihm aus der Veräusserung oder Entziehung etwa erwachsenen Vorteile frei von allen inzwischen begründeten Rechten Dritter wieder übertragen werden.

Die Bestimmungen des Absatz 1 finden keine Anwendung, soweit die veräusserten Vermögensgegenstände auf Grund einer für alle Landeseinwohner und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetzgebung inzwischen vom Staate oder von Gemeinden übernommen worden sind und in deren Besitze verbleiben. In diesen Fällen regelt sich die Entschädigung des Berechtigten nach den Bestimmungen des Artikel 13; auch kann bei einer Wiederaufhebung der Übernahme der im Absatz 1 vorgesehene Antrag auf Rückgewährung innerhalb eines Jahres nach der Wiederaufhebung gestellt werden.

Viertes Kapitel.

Ersatz für Zivilschäden.

Artikel 13.

Der Angehörige eines vertragschliessenden Teiles, der im Gebiete des anderen Teiles infolge von Kriegsgesetzen durch die zeitweilige oder dauernde Entziehung von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten, Konzessionen, Privilegien und ähnlichen Ansprüchen oder durch die Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Veräusserung von Vermögensgegenständen einen Schaden erlitten hat, ist in angemessener Weise zu entschädigen, soweit der Schaden nicht durch Wiedereinsetzung in den

vorigen Stand ersetzt wird. Dies gilt auch von Aktionären, die wegen ihrer Eigenschaft als feindliche Ausländer von einem Bezugsrecht ausgeschlossen worden sind.

Artikel 14.

Jeder vertragschliessende Teil wird den Zivilangehörigen des anderen Teiles die Schäden ersetzen, die ihnen in seinem Gebiete während des Krieges von den dortigen staatlichen Organen oder der Bevölkerung durch völkerrechtswidrige Gewaltakte an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind. Diese Bestimmung findet auch Anwendung auf die Schäden, welche die Angehörigen des einen Teiles als Teilhaber der auf dem Gebiete des anderen Teiles befindlichen Unternehmungen erlitten haben.

Artikel 15.

Zur Feststellung der nach Artikel 13, 14 zu ersetzenden Schäden soll alsbald nach der Ratifikation des Friedensvertrages in St. Petersburg eine Kommission zusammentreten, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird; um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, wird der Präsident des Schweizerischen Bundesrats gebeten werden.

Die Kommission stellt die für ihre Entscheidungen massgebenden Grundsätze auf; auch erlässt sie die zur Erledigung ihrer Aufgaben erforderliche Geschäftsordnung und die Bestimmungen über das dabei einzuschlagende Verfahren. Ihre Entscheidungen erfolgen in Unterkommissionen, die aus je einem Vertreter der beiden Teile und einem neutralen Obmann gebildet werden. Die von den Unterkommissionen festgestellten Beträge sind innerhalb eines Monats nach der Feststellung zu bezahlen.

Artikel 16.

Jeder vertragschliessende Teil wird die von ihm in seinem Gebiete bei Angehörigen des anderen Teiles angeforderten Gegenstände, soweit dies noch nicht geschehen ist, unverzüglich bezahlen.

Wegen Regelung der Entschädigung für solche Vermögenswerte von Angehörigen des einen Teiles, die abgesehen von den im Artikel 9 § 3 und im Artikel 12 Abs. 2 bezeichneten Fällen im Gebiete des anderen Teiles ohne ausreichenden Ersatz enteignet worden sind, bleibt eine besondere Vereinbarung vorbehalten.

Fünftes Kapitel.

Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Artikel 17.

Über den im Artikel VIII des Friedensvertrags vorgesehenen Austausch der Kriegsgefangenen werden die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

§ 1.

Die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden in ihre Heimat entlassen werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Nehmestaats in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen.

Der bereits im Gange befindliche Austausch dienstuntauglicher Kriegsgefangenen wird mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Der Austausch der übrigen Kriegsgefangenen erfolgt tunlichst bald in bestimmten, noch näher zu vereinbarenden Zeiträumen.

Russland wird auf seinem Gebiete deutsche Kommissionen zum Zwecke der Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene zulassen und nach Kräften unterstützen.

§ 2.

Bei der Entlassung erhalten die Kriegsgefangenen das ihnen von den Behörden des Nehmestaats abgenommene Privateigentum sowie den noch nicht ausbezahlten oder verrechneten Teil ihres Arbeitsverdienstes; diese Verpflichtung bezieht sich nicht auf Schriftstücke militärischen Inhalts.

§ 3.

Jeder vertragschliessende Teil wird die Aufwendungen, die für seine in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen von dem anderen Teile gemacht worden sind, erstatten, soweit die Aufwendungen nicht durch die Arbeit der Kriegsgefangenen in Staats- oder Privatbetrieben als abgegolten anzusehen sind.

Die Bezahlung erfolgt in der Währung des Nehmestaats in Teilbeträgen für je 50000 Kriegsgefangene, und zwar jedesmal innerhalb einer Woche nach deren Entlassung.

§ 4.

Eine aus je vier Vertretern der beiden Teile zu bildende Kommission soll alsbald nach der Ratifikation des Friedensvertrags an einem noch zu bestimmenden Orte zusammentreten, um die im § 1 Abs. 3 vorgesehenen Zeiträume sowie die sonstigen Einzelheiten des Austausches, insbesondere die Art und Weise der Heimbeförderung, festzusetzen und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen zu überwachen.

Ferner wird die Kommission die nach § 3 von den beiden Teilen zu erstattenden Aufwendungen für Kriegsgefangene festsetzen. Sollte sie sich innerhalb zweier Monate nach ihrem Zusammentritt über die Festsetzung nicht geeinigt haben, so soll diese in endgültiger Weise unter Zuziehung eines neutralen Obmanns nach Stimmenmehrheit erfolgen; um die Bezeichnung des Obmanns würde der Präsident des Schweizerischen Bundesrats zu bitten sein.

Artikel 18.

Über die Heimkehr der beiderseitigen Zivilangehörigen werden die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

§ 1.

Die beiderseitigen internierten oder verschickten Zivilangehörigen werden tunlichst bald unentgeltlich heimbefördert werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaats in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen.

Die in St. Petersburg über die Heimkehr der Zivilangehörigen getroffenen Vereinbarungen werden mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Die im Artikel 17 § 4 erwähnte Kommission soll die bei den Verhandlungen in St. Petersburg offengebliebenen Fragen regeln und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen überwachen.

Die im Artikel 17 § 1 Abs. 4 vorgesehenen deutschen Kommissionen werden auch die Fürsorge für deutsche Zivilpersonen übernehmen.

§ 2.

Die Angehörigen eines Teiles, die bei Kriegsausbruch in dem Gebiete des anderen Teiles ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche oder Handelsniederlassung hatten und sich nicht in diesem Gebiet aufhalten, können dorthin zurückkehren, sobald sich der andere Teil nicht mehr im Kriegszustand befindet. Die Rückkehr kann nur aus Gründen der inneren oder äusseren Sicherheit des Staates versagt werden.

Als Ausweis genügt ein von den Behörden des Heimatstaats ausgestellter Pass, wonach der Inhaber zu den im Absatz 1 bezeichneten Personen gehört; ein Sichtvermerk auf dem Passe ist nicht erforderlich.

Artikel 19.

Die Angehörigen jedes vertragschliessenden Teiles sollen im Gebiete des anderen Teiles für die Zeit, während deren dort ihr Gewerbe- oder Handelsbetrieb oder ihre sonstige Erwerbstätigkeit infolge des Krieges geruht hat, keinerlei Auflagen, Abgaben, Steuern oder Gebühren für den Gewerbe- oder Handelsbetrieb oder die sonstige Erwerbstätigkeit unterliegen. Beträge, die hiernach nicht geschuldet werden, aber bereits erhoben sind, sollen binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags zurückerstattet werden.

Auf Handels- und sonstige Erwerbsgesellschaften, an denen Angehörige des einen Teils als Gesellschafter, Aktionäre oder in sonstiger Weise beteiligt sind und deren Betrieb im Gebiete des anderen Teiles infolge des Krieges geruht hat, finden die Bestimmungen des Absatz 1 entsprechende Anwendung.

Artikel 20.

Jeder vertragschliessende Teil verpflichtet sich, die auf seinem Gebiete befindlichen Grabstätten der Heeresangehörigen sowie der während der Internierung oder Verschickung verstorbenen sonstigen Angehörigen des anderen Teiles zu achten und zu unterhalten; auch können Beauftragte dieses Teiles die Pflege und angemessene Ausschmückung der Grabstätten im Einvernehmen mit den Landesbehörden besorgen. Die mit der Pflege der Grabstätten zusammenhängenden Einzelfragen bleiben weiterer Vereinbarung vorbehalten.

Sechstes Kapitel.

Fürsorge für Rückwanderer.

Artikel 21.

Den Angehörigen jedes vertragschliessenden Teiles, die aus dem Gebiete des anderen Teiles stammen, soll es während einer Frist von zehn

Jahren nach der Ratifikation des Friedensvertrages freistehen, im Einvernehmen mit den Behörden dieses Teiles nach ihrem Stammland zurückzuwandern.

Die zur Rückwanderung berechtigten Personen sollen auf Antrag die Entlassung aus ihrem bisherigen Staatsverband erhalten. Auch soll ihr schriftlicher oder mündlicher Verkehr mit den diplomatischen und konsularischen Vertretern des Stammlandes in keiner Weise gehindert oder erschwert werden.

Die im Artikel 17 § 1 Abs. 4 vorgesehenen deutschen Kommissionen werden auch die Fürsorge für deutsche Rückwanderer übernehmen.

Artikel 22.

Die Rückwanderer sollen für die ihnen während des Krieges wegen ihrer Abstammung zugefügten Unbilden eine billige Entschädigung erhalten, auch durch die Ausübung des Rückwanderungsrechts keinerlei vermögensrechtliche Nachteile erleiden. Sie sollen befugt sein, ihr Vermögen zu liquidieren und den Erlös sowie ihre sonstige bewegliche Habe mitzunehmen; ferner dürfen sie ihre Pachtverträge unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen, ohne dass der Verpächter wegen vorzeitiger Auflösung des Pachtvertrags Schadensersatzansprüche geltend machen kann.

Siebentes Kapitel.

Amnestie.

Artikel 23.

Jeder vertragschliessende Teil gewährt den Angehörigen des anderen Teiles Straffreiheit nach Massgabe der nachstehenden Bestimmungen.

§ 1.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit den dem anderen Teile angehörenden Kriegsgefangenen für alle von ihnen begangenen gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen.

§ 2.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit den Zivilangehörigen des anderen Teiles, die während des Krieges interniert oder verschickt worden sind, für die während der Internierung oder Verschickung begangenen gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen.

§ 3.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit allen Angehörigen des anderen Teiles für die zu dessen Gunsten begangenen Straftaten und für Verstösse gegen die zum Nachteil feindlicher Ausländer ergangenen Ausnahmegesetze.

§ 4.

Die in den §§ 1 bis 3 vorgesehene Straffreiheit erstreckt sich nicht auf Handlungen, die nach der Ratifikation des Friedensvertrags begangen werden.

Artikel 24.

Jeder vertragschliessende Teil gewährt volle Straffreiheit den Angehörigen seiner bewaffneten Macht in Ansehung der Arbeiten, die sie als Kriegsgefangene des anderen Teiles geleistet haben. Das Gleiche gilt für die von den beiderseitigen Zivilangehörigen während ihrer Internierung oder Verschickung geleisteten Arbeiten.

Artikel 25.

Jeder vertragschliessende Teil gewährt volle Straffreiheit den Bewohnern seiner von dem anderen Teile besetzten Gebiete für ihr politisches und militärisches Verhalten während der Zeit der Besetzung.

Abgesehen von den im Absatz 1 bezeichneten Fällen gewährt jeder Teil volle Straffreiheit den Angehörigen der Gebiete, die nach den Artikeln III, VI des Friedensvertrags der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen oder von den russischen Truppen zu räumen sind, für ihr politisches und militärisches Verhalten bis zur Ratifikation des Friedensvertrags.

Artikel 26.

Soweit nach den Bestimmungen der Artikel 23 bis 25 Straffreiheit gewährt wird, werden neue Strafverfahren nicht eingeleitet, die anhängigen Strafverfahren eingestellt und die erkannten Strafen nicht vollstreckt.

Kriegsgefangene, die sich wegen Kriegs- oder Landesverrats, vorsätzlicher Tötung, Raubes, räuberischer Erpressung, vorsätzlicher Brandstiftung oder Sittlichkeitsverbrechen in Untersuchungs- oder Strafhaft befinden, können bis zu ihrer Entlassung, die möglichst mit dem ersten Austausch der Diensttauglichen zu erfolgen hat, in Haft behalten werden. Auch behält sich Deutschland bis zum Abschluss des allgemeinen Friedens das Recht vor, gegenüber Personen, denen es Straffreiheit gewährt, die im Interesse seiner militärischen Sicherheit erforderlichen Massnahmen zu treffen.

Über Personen, denen Straffreiheit gewährt wird, und über ihre Familien dürfen auch sonstige Rechtsnachteile nicht verhängt werden; soweit dies bereits geschehen ist, sind sie in den früheren Stand wiedereinzusetzen.

Artikel 27.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, weitere Vereinbarungen zu treffen, wonach jeder Teil wegen der zu seinen Ungunsten begangenen Handlungen Freiheit von Strafen und sonstigen Rechtsnachteilen gewährt.

Achtes Kapitel.

Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kauffahrteischiffe und Schiffsladungen.

Artikel 28.

Auf die Kauffahrteischiffe der vertragschliessenden Teile und auf deren Ladungen findet ohne Rücksicht auf entgegenstehende Prisenurteile das Sechste Haager Abkommen über die Behandlung der feindlichen Kauf-

fahrteischiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten vom 18. Oktober 1907*) mit nachstehenden Massgaben Anwendung.

Die Erlaubnis zum Auslaufen im Sinne des Artikel 2 Abs. 1 des Abkommens kann nur dann als erteilt angesehen werden, wenn sie auch von den übrigen feindlichen Seemächten anerkannt war. Kauffahrteischiffe, die gemäss Artikel 2 Abs. 2 des Abkommens angefordert worden sind, müssen unter Entschädigung für die Zeit der Benutzung entweder zurückgegeben oder im Falle des Verlustes in Geld ersetzt werden. Für nicht angeforderte Schiffe hat der Flaggenstaat die Aufwendungen zur Instandhaltung, nicht aber Hafengelder und sonstige Liegekosten zu erstatten. Die nach ihrer Bauart zur Umwandlung in Kriegsschiffe geeigneten Kauffahrteischiffe werden abweichend vom Artikel 5 des Abkommens wie andere Kauffahrteischiffe behandelt.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auch auf solche Kauffahrteischiffe Anwendung, die bereits vor Ausbruch des Krieges angefordert oder aufgebracht waren.

Artikel 29.

Die als Prisen aufgebrachten Kauffahrteischiffe der vertragschliessenden Teile sollen, wenn sie vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags durch rechtskräftiges Urteil eines Prisengerichts kondemniert worden sind und nicht unter die Bestimmungen der Artikel 28, 30 fallen, als endgültig eingezogen angesehen werden. Im übrigen sind sie zurückzugeben oder, soweit sie nicht mehr vorhanden sind, in Geld zu ersetzen.

Die Bestimmungen des Absatz 1 finden auf die als Prisen aufgebrachten Schiffsladungen von Angehörigen der vertragschliessenden Teile entsprechende Anwendung. Doch sollen Güter von Angehörigen des einen Teiles, die auf Schiffen feindlicher Flagge in die Gewalt des anderen Teiles geraten sind, in allen Fällen den Berechtigten herausgegeben oder, soweit dies nicht möglich ist, in Geld ersetzt werden.

Artikel 30.

Kauffahrteischiffe eines vertragschliessenden Teiles, die in neutralen Hoheitsgewässern von Streitkräften des anderen Teiles aufgebracht, mit Beschlag belegt oder versenkt wurden, sind ebenso wie ihre Ladungen ohne Rücksicht auf entgegenstehende Prisenurteile zurückzugeben oder, soweit sie nicht mehr vorhanden sind, in Geld zu ersetzen; für die Zeit bis zur Rückgabe oder Ersatzleistung ist Entschädigung zu gewähren.

Artikel 31.

Kauffahrteischiffe, die nach den Artikeln 28 bis 30 zurückzugeben sind, sollen sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrags in dem Zustand und in dem Hafen, in dem sie sich befinden, dem Flaggenstaat zur Verfügung gestellt werden. Befindet sich ein solches Schiff am Tage der Ratifikation auf einer Reise, so muss es nach deren Beendigung und nach Löschung der an dem bezeichneten Tage vorhandenen Ladung, spätestens

*) V. N. R. G. 3. s. III, p. 533.

aber nach einem Monat zurückgegeben werden; für die Zwischenzeit ist die höchste Tageszeitfracht zu vergüten.

Hat der Zustand eines nach Artikel 28 zurückzugebenden Schiffes während der Zeit der Anforderung eine über die gewöhnliche Abnutzung hinausgehende Verschlechterung erfahren, so ist eine entsprechende Entschädigung zu leisten. Das Gleiche gilt für ein nach Artikel 30 zurückzugebendes Schiff, selbst wenn es nicht angefordert wurde. Für Verschlechterungen oder Verluste, die nach Einstellung der Feindseligkeiten durch das Verhalten des rückgabepflichtigen Teiles herbeigeführt worden sind, ist in allen Fällen Entschädigung zu gewähren.

Als Ersatz für ein nicht mehr vorhandenes Schiff ist der Verkaufswert, den es am Tage der Ratifikation des Friedensvertrags haben würde, zu zahlen. Als Entschädigung für die Benutzung ist die übliche Tageszeitfracht zu entrichten.

Artikel 32.

Alsbald nach der Ratifikation des Friedensvertrags soll zur Durchführung der in den Artikeln 28 bis 31 enthaltenen Bestimmungen eine Kommission aus je zwei Vertretern der vertragschliessenden Teile und einem neutralen Obmann an einem noch zu bestimmenden Orte zusammentreten; um die Bezeichnung des Obmanns wird der Präsident des Schweizerischen Bundesrats gebeten werden.

Die Kommission hat insbesondere die Frage, ob im Einzelfalle die Voraussetzungen für die Rückgabe oder den Ersatz eines Schiffes oder für die Zahlung einer Entschädigung vorliegen, zu entscheiden und die Höhe der zu zahlenden Beträge, und zwar in der Währung des Flaggenstaats, festzusetzen. Die Beträge sind innerhalb eines Monats nach der Festsetzung der Regierung des Flaggenstaats für Rechnung der Berechtigten zur Verfügung zu stellen.

Neuntes Kapitel.

Organisation des Spitzbergen-Archipels.

Artikel 33.

Die vertragschliessenden Teile werden darauf hinwirken, dass die auf der Spitzbergenkonferenz im Jahre 1914 in Aussicht genommene internationale Organisation des Spitzbergen-Archipels unter Gleichstellung der beiden Teile durchgeführt wird.

Zu diesem Zwecke werden die Regierungen der beiden Teile die Königlich Norwegische Regierung bitten, die Fortsetzung der Spitzbergenkonferenz tunlichst bald nach Abschluss des allgemeinen Friedens herbeizuführen.

Zehntes Kapitel.

Schlussbestimmungen.

Artikel 34.

Dieser Zusatzvertrag, der einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrags bildet, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen zugleich mit den Ratifikationsurkunden des Friedensvertrags ausgetauscht werden.

Artikel 35.

Der Zusatzvertrag tritt, soweit darin nicht ein Anderes bestimmt ist, gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft.

Zur Ergänzung des Zusatzvertrags, insbesondere zum Abschluss der darin vorbehaltenen weiteren Vereinbarungen, werden binnen vier Monaten nach der Ratifikation Vertreter der vertragschliessenden Teile in Berlin zusammentreten. Dabei soll auch die Anwendung der Bestimmungen des Zusatzvertrags auf die deutschen Schutzgebiete geregelt werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Zusatzvertrag eigenhändig unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in

Bukarest 7. März 1918.

R. v. Kühlmann.

Brest-Litowsk 3. März 1918.

v. Rosenberg.
Hoffmann.
Horn.

Brest-Litowsk am 3. März 1918.

Г. Сокольниковъ.
Л. Караханъ.
Г. Петровскій.
Г. Чичеринъ.

222.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Traité supplémentaire au Traité de paix, conclu à Brest-Litowsk, le 3/7 mars 1918;*) signé à Berlin, le 27 août 1918.**)

*Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1918, No. 130.****)*

Deutsch-Russischer Ergänzungsvertrag zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland anderseits.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjets-Republik,

von dem Wunsche geleitet, gewisse im Anschluss an den Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland anderseits vom 3./7. März 1918 aufgetauchte politische Fragen im Geiste freundschaftlicher Verständigung und wechselseitigen Entgegenkommens zu lösen und damit die durch den Friedens-

*) V. ci-dessus, No. 220.
**) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 6 septembre 1918.
***) En langues allemande et russe. Nous n'imprimons que le texte allemand.

schluss angebahnte Wiederherstellung guter und vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Reichen zu fördern,

sind übereingekommen, zu diesem Zwecke einen Ergänzungsvertrag zu dem Friedensvertrag abzuschliessen und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Kaiserlich Deutsche Regierung:

den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserlichen Wirklichen Geheimen Rat, Konteradmiral a. D. Herrn Paul von Hintze und

den Direktor im Auswärtigen Amte, Kaiserlichen Wirklichen Geheimen Rat, Herrn Dr. Johannes Kriege;

die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjets-Republik:

ihren diplomatischen Vertreter bei der Kaiserlich Deutschen Regierung Herrn Adolf Joffé.

Die Bevollmächtigten haben sich, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen geeinigt:

Erstes Kapitel.

Demarkations- und Grenzkommissionen.

Artikel 1.

Für alle Fronten, an denen deutsche und russische Truppen einander gegenüberstehen, sollen, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort deutsch-russische Kommissionen zur Festlegung von Demarkationslinien gebildet werden; das Nähere hierüber werden die beiderseitigen Truppenbefehlshaber vereinbaren.

Die Demarkationslinien sollen so gezogen werden, dass zwischen den beiderseitigen Fronten neutrale Zonen bestehen, die von den beiderseitigen Heeresangehörigen mit Ausnahme der Parlamentäre nicht betreten werden dürfen. Soweit zwischen den beiderseitigen Fronten nicht bereits ein geregelter Verkehr besteht, wird ein solcher von den Demarkationskommissionen eingerichtet werden.

Artikel 2.

Die deutsch-russische Kommission zur Festlegung der im Artikel III Abs. 1 des Friedensvertrags vorgesehenen Grenzlinie soll auch die im Artikel VI Abs. 2 dieses Vertrags vereinbarte Ostgrenze Estlands und Livlands genauer festlegen.

Nach der im Absatz 1 vorgesehenen Festlegung der Ostgrenze Estlands und Livlands wird Deutschland das von ihm besetzte Gebiet östlich dieser Grenze unverzüglich räumen.

Artikel 3.

Deutschland wird das von ihm besetzte Gebiet östlich der Beresina nach Massgabe der Barzahlungen, die Russland nach Artikel 2 des Deutsch-

Russischen Finanzabkommens vom heutigen Tage zu leisten hat, schon vor Abschluss des allgemeinen Friedens räumen; die näheren Bestimmungen hierüber, insbesondere die Festsetzung der einzelnen zu räumenden Abschnitte bleiben der im Artikel 2 Abs. 1 dieses Ergänzungsvertrags erwähnten Kommission überlassen.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, wegen der vor Abschluss des allgemeinen Friedens zu bewirkenden Räumung des Besetzungsgebiets westlich der Beresina nach Massgabe der Erfüllung der übrigen von Russland übernommenen finanziellen Verpflichtungen weitere Vereinbarungen zu treffen.

Zweites Kapitel.

Loslösungsbestrebungen im Russischen Reiche.

Artikel 4.

Deutschland wird sich, soweit nicht im Friedensvertrag oder in diesem Ergänzungsvertrag ein Anderes bestimmt ist, in die Beziehungen zwischen dem Russischen Reiche und seinen Teilgebieten in keiner Weise einmischen, also insbesondere die Bildung selbständiger Staatswesen in diesen Gebieten weder veranlassen noch unterstützen.

Drittes Kapitel.

Nordrussische Gebiete.

Artikel 5.

Russland wird alsbald alle verfügbaren Mittel anwenden, um in Wahrung seiner Neutralität die Entente-Streitkräfte aus den nordrussischen Gebieten zu entfernen.

Deutschland übernimmt die Gewähr dafür, dass während dieser Operationen von finnischer Seite irgendwelche Angriffe auf russisches Gebiet, insbesondere auf St. Petersburg, nicht erfolgen.

Artikel 6.

Nach Räumung der nordrussischen Gebiete seitens der Entente-Streitkräfte werden die örtliche russische Küstenschiffahrt innerhalb der 3 Meilen Grenze der Nordküste sowie die Segelfischerei innerhalb eines Streifens von 30 Meilen entlang dieser Küste von der Sperrgebietsdrohung ausgeschlossen werden. Die Organe der deutschen Seekriegsleitung werden in einer noch näher zu vereinbarenden Weise Gelegenheit erhalten, sich davon zu überzeugen, dass diese Vergünstigung nicht zur Beförderung von Bannware missbraucht wird.

Viertes Kapitel.

Estland, Livland, Kurland und Litauen.

Artikel 7.

Indem Russland den in Estland und Livland bestehenden tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt, verzichtet es auf die Staatshoheit über diese

Gebiete sowie auf jede Einmischung in deren innere Verhältnisse. Ihr künftiges Schicksal wird im Einvernehmen mit ihrer Bevölkerung bestimmt werden.

Aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Russland werden Estland und Livland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Russland erwachsen.

Artikel 8.

Zur Erleichterung des russischen Handelsverkehrs über Estland, Livland, Kurland und Litauen wird nachstehendes vereinbart.

§ 1.

In Estland, Livland, Kurland und Litauen soll der Durchgangsverkehr von Waren nach und von Russland auf den Zollstrassen völlig frei sein, ohne dass die durchzuführenden Waren irgendwelchen Durchgangsabgaben oder allgemeinen Transportsteuern unterworfen werden dürfen.

§ 2.

Auf den Russland mit Reval, Riga und Windau verbindenden Eisenbahnlinien sollen die Frachttarife für die im Durchgangsverkehre mit Russland zu befördernden Waren möglichst niedrig gehalten werden. Über den Stand vom 1. August 1914 dürfen sie nur im Durchschnitt des Betrags erhöht werden, in welchem eine allgemeine Erhöhung der Frachttarife der in Betracht kommenden Linien zwecks Deckung der Unterhaltungs- und Betriebskosten, einschliesslich der Verzinsung und angemessenen Tilgung des Anlagekapitals, erforderlich wird. Auch dürfen sie nicht höher sein als die Frachttarife für die auf der gleichen Strecke und in derselben Richtung beförderten gleichartigen Güter, die aus dem Inland kommen oder zum Verbleib dortselbst bestimmt sind.

§ 3.

Die Schiffahrt auf der Düna zwischen Russland und dem offenen Meere sowie zwischen allen Plätzen an der livländisch-kurländischen Düna und an der russischen Düna soll unter der Bedingung, dass die allgemein gültigen polizeilichen Vorschriften beachtet werden, zur Beförderung von Waren und Reisenden frei sein, ohne dass ein Unterschied zwischen den Schiffen und den Angehörigen des einen und des anderen Teiles gemacht werden darf. Sie soll keiner Abgabe unterliegen, die sich lediglich auf die Tatsache der Befahrung gründet. Sie soll keiner Stations-, Stapel-, Niederlage-, Umschlags- oder Aufenthaltsverpflichtung unterworfen werden.

Ausschliessliche Schiffahrtsvergünstigungen dürfen weder an irgendwelche Gesellschaften oder Körperschaften noch an Privatpersonen verliehen werden.

Abgaben für die Benutzung von Werken und Einrichtungen, die zur Erleichterung des Verkehrs oder zur Verbesserung und Erhaltung der Schiffbarkeit des Stromes geschaffen sind oder künftig geschaffen werden, dürfen nur gleichmässig nach veröffentlichten Tarifen und nur in einer Höhe erhoben werden, die erforderlich ist, die Herstellungs- und Unter-

haltungskosten, einschliesslich der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals, zu decken. Die Herstellungs- und Unterhaltungskosten für Werke und Einrichtungen, die nicht nur zur Erleichterung des Verkehrs und zur Verbesserung und Erhaltung der Schiffbarkeit des Stromes, sondern auch zur Förderung anderer Zwecke und Interessen bestimmt sind, dürfen nur zu einem verhältnismässigen Anteil durch Schiffahrtsabgaben aufgebracht werden.

Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 finden auch auf die Flösserei Anwendung.

§ 4.

Russland soll bei Reval, Riga und Windau zweckmässig belegene Freihafengebiete zugewiesen erhalten, in denen die Lagerung und Umpackung der aus Russland eintreffenden oder für Russland bestimmten Waren ungehindert stattfinden und die Abfertigung des Austritts aus dem russischen Zollgebiet und des Eintritts in dasselbe durch russische Beamte stattfinden kann.

§ 5.

Die mit den Bestimmungen der §§ 1 bis 4 zusammenhängenden Einzelfragen, insbesondere die Einschränkungen, die diese Bestimmungen etwa in Kriegszeiten aus Rücksichten der Kriegsnotwendigkeit oder aus zwingenden gesundheitlichen Gründen erleiden können, sollen durch eine besondere Vereinbarung geregelt werden.

Artikel 9.

Das Wasser des Peipussees darf nach keiner Seite dergestalt künstlich abgeleitet werden, dass eine Senkung des Wasserspiegels eintritt. Auch darf auf diesem See keine Raubwirtschaft in Ansehung des Fischbestandes betrieben werden; eine nähere Vereinbarung hierüber bleibt vorbehalten.

Die Wasserkräfte der Narowa sollen auch für die Elektrizitätsversorgung des Petersburger Gouvernements nach Massgabe einer darüber zu treffenden besonderen Abmachung tunlichst nutzbar gemacht werden.

Artikel 10.

In Ansehung Estlands, Livlands, Kurlands und Litauens sollen mit Russland unter anderem Vereinbarungen über folgende Punkte getroffen werden:

1. über die Staatsangehörigkeit der bisherigen russischen Bewohner dieser Gebiete, wobei ihnen jedenfalls ein Options- und Abzugsrecht gewährt werden muss;
2. über die Herausgabe des in Russland befindlichen Eigentums von Angehörigen dieser Gebiete, insbesondere von öffentlich-rechtlichen Verbänden, Anstalten und Stiftungen, sowie des in den Gebieten befindlichen Eigentums russischer Staatsangehörigen;
3. über die Auseinandersetzung wegen des Vermögens der durch die neuen Grenzen zerschnittenen Kommunalbezirke;

4. über die Auseinandersetzung wegen der Archive, wegen der Akten der Gerichts- und Verwaltungsbehörden, wegen der Gerichts- und Verwaltungsdepots sowie wegen der Personenstandsregister;
5. über die Behandlung der neuen Grenzen;
6. über die Wirkung der Gebietsveränderungen auf die Staatsverträge.

Fünftes Kapitel.

Russiche Schwarzmeergebiete mit Ausnahme Kaukasiens.

Artikel 11.

Deutschland wird, vorbehaltlich der Bestimmungen im Artikel 12, die von ihm besetzten russischen Schwarzmeergebiete ausserhalb Kaukasiens nach der Ratifikation des zwischen Russland und der Ukraine abzuschliessenden Friedensvertrags räumen.

Artikel 12.

Die Teile des Besetzungsgebiets, die nicht zu dem im dritten ukrainischen Universal vom 7. November 1917 erwähnten Gebiete gehören, werden von den deutschen Streitkräften spätestens beim Abschluss des allgemeinen Friedens geräumt werden, sofern bis dahin der Friede zwischen Russland und der Ukraine nicht zustande gekommen sein sollte.

Die Räumung der Eisenbahnlinie Rostow-Woronesch sowie des östlich davon gelegenen Besetzungsgebiets und eines westlich davon gelegenen angemessenen Grenzstreifens mit Einschluss der Stadt Rostow wird erfolgen, sobald dies russischerseits verlangt werden wird. Bis zur Räumung wird Deutschland auf dem im Besetzungsgebiete gelegenen Teile dieser Bahn die Beförderung von Getreide und anderen Waren für die Russische Regierung unter Aufsicht russischer Beamten zulassen; das Gleiche gilt für die im Besetzungsgebiete gelegenen Teile der Eisenbahnlinien Taganrog-Rostow und Taganrog-Kursk während der Dauer der Besetzung.

Solange das Donezbecken gemäss Artikel 11, Artikel 12 Abs. 1 durch deutsche Truppen besetzt bleibt, erhält Russland von den dort geförderten Kohlenmengen monatlich eine dreifach grössere Tonnenzahl, als es gemäss Artikel 14 Abs. 2 aus dem Bakugebiete Rohöl oder Rohölprodukte an Deutschland überlässt, und eine vierfach grössere Tonnenzahl für die darunter befindlichen Benzinlieferungen; soweit die Kohlenförderung im Donezbecken hierzu nicht ausreicht oder für andere Zwecke verwendet werden muss, wird sie durch deutsche Kohlen ergänzt werden.

Sechstes Kapitel.

Kaukasien.

Artikel 13.

Russland erklärt sich damit einverstanden, dass Deutschland Georgien als selbständiges Staatswesen anerkennt.

Artikel 14.

Deutschland wird keiner dritten Macht bei etwaigen militärischen Operationen in Kaukasien ausserhalb Georgiens oder der im Artikel IV

Abs. 3 des Friedensvertrags erwähnten Bezirke Unterstützung leisten. Auch wird es dafür eintreten, dass in Kaukasien Streitkräfte einer dritten Macht die nachstehende Linie nicht überschreiten: Kura von der Mündung bis zum Orte Petropawlowskoje, von da an Grenze des Kreises Schemacha bis zum Orte Agrioba; weiter gerade Linie bis zu dem Punkte, wo sich die Grenzen der Kreise Baku, Schemacha und Kuba treffen, dann Nordgrenze des Kreises Baku bis zum Meere.

Russland wird im Bakugebiete die Gewinnung von Rohöl und Rohölprodukten nach Kräften fördern und von den gewonnenen Mengen ein Viertel, jedoch monatlich mindestens eine noch zu vereinbarende bestimmte Tonnenzahl, an Deutschland überlassen; soweit die im Bakugebiete gewonnenen Mengen zur Lieferung dieser Tonnenzahl nicht ausreichen oder für andere Zwecke verwendet werden müssen, werden sie durch anderwärts gewonnene Mengen ergänzt werden. Der Kaufpreis wird auf den Preis der gemäss Artikel 12 Abs. 3 an Russland zu überlassenden Kohlenmengen und im übrigen auf die gemäss Artikel 3 § 2 des Deutsch-Russischen Finanzabkommens vom heutigen Tage russischerseits an Deutschland zu liefernden Warenbeträge verrechnet.

Siebentes Kapitel.

Behandlung der nach Friedensschluss von deutschen Streitkräften beschlagnahmten russischen Kriegsschiffe und russischen Vorräte.

Artikel 15.

Deutschland erkennt das Eigentum Russlands an den nach der Ratifikation des Friedensvertrags von deutschen Streitkräften beschlagnahmten russischen Kriegsschiffen an, vorbehaltlich der Auseinandersetzung Russlands mit der Ukraine und Finnland über das Staatsvermögen des ehemaligen russischen Kaiserreichs.

Die beschlagnahmten Kriegsschiffe bleiben bis zum Abschluss des allgemeinen Friedens unter deutscher Aufsicht.

Artikel 16.

Deutschland erkennt den Anspruch Russlands auf Vergütung für die russischen Vorräte an, die nach Friedensschluss ausserhalb der Ukraine und Finnlands von deutschen Streitkräften beschlagnahmt worden sind. Diese Vergütung wird bei der Auseinandersetzung über die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands und Russlands aus dem Zusatzvertrage zum Friedensvertrage verrechnet.

Achtes Kapitel.

Schlussbestimmungen.

Artikel 17.

Dieser Ergänzungsvertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen bis zum 6. September 1918 in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Ergänzungsvertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 27. August 1918.

(Siegel) *von Hintze.*
(Siegel) *Kriege.*
(Siegel) *A. Joffé.*

223.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Convention financière en vue de suppléer le Traité additionnel au Traité de paix conclu, le 3/7 mars 1918, à Brest-Litowsk;*) signée à Berlin, le 27 août 1918.**)

*Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1918, No. 130.****)

Deutsch-Russisches Finanzabkommen zur Ergänzung des Deutsch-Russischen Zusatzvertrags zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland anderseits.

Auf Grund des Artikel 35 Abs. 2 des Deutsch-Russischen Zusatzvertrags zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland anderseits sind

die Bevollmächtigten des Deutschen Reichs, nämlich

der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserliche Wirkliche Geheime Rat, Konteradmiral a. D. Herr Paul von Hintze und

der Direktor im Auswärtigen Amte, Kaiserliche Wirkliche Geheime Rat Herr Dr. Johannes Kriege, sowie

der Bevollmächtigte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjets-Republik, nämlich

der diplomatische Vertreter der Sowjets-Republik bei der Kaiserlich Deutschen Regierung Herr Adolf Joffé,

übereingekommen, die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands und Russlands aus dem Deutsch-Russischen Zusatzvertrage, die Herausgabe der beiderseitigen Bankdepots und Bankguthaben sowie den Ausgleich gewisser Verschiedenheiten der beiderseitigen Wirtschaftssysteme zu regeln und zu diesem Zwecke unter Berücksichtigung der russischen Bestimmungen über

*) V. ci-dessus, No. 221.
**) L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 6 septembre 1918.
***) En langues allemande et russe. Nous n'imprimons que le texte allemand.

die Annullierung der russischen Staatsanleihen und Staatsgarantien sowie über die Nationalisierung gewisser in Russland befindlicher Vermögenswerte ein Ergänzungsabkommen zu dem Deutsch-Russischen Zusatzvertrage zu treffen.

Die Bevollmächtigten haben sich, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen geeinigt:

Erstes Kapitel.

Finanzielle Verpflichtungen Deutschlands und Russlands aus dem Deutsch-Russischen Zusatzvertrage zu dem Friedensvertrage.

Artikel 1.

Folgende Bestimmungen des Deutsch-Russischen Zusatzvertrags zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland anderseits werden aufgehoben: Artikel 2, Artikel 8, soweit er sich auf den russischen öffentlichen Schuldendienst mit Einschluss staatlicher Garantien bezieht, Artikel 9 § 1 Abs. 2, soweit er nicht vom Erlass geschuldeter Gebühren handelt, Artikel 9 § 3 Halbsatz 2, Artikel 12 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1, Artikel 13 bis 15, Artikel 16 Abs. 1, Artikel 16 Abs. 2, soweit er sich auf russische Enteignungen vor dem 1. Juli 1918 bezieht, und Artikel 17 § 3, § 4 Abs. 2.

Artikel 2.

Russland wird zur Entschädigung der durch russische Massnahmen geschädigten Deutschen unter Berücksichtigung der entsprechenden russischen Gegenforderungen und unter Anrechnung des Wertes der nach Friedensschluss von deutschen Streitkräften in Russland beschlagnahmten Vorräte einen Betrag von 6 Milliarden Mark an Deutschland zahlen.

Artikel 3.

Die Bezahlung der im Artikel 2 erwähnten 6 Milliarden Mark erfolgt in nachstehender Weise.

§ 1.

Ein Betrag von $1^1/_2$ Milliarden Mark wird durch Überweisung von

245 564 Kilogramm Feingold und
545 440 000 Rubel in Banknoten, und zwar
363 628 000 Rubel in Stücken zu 50, 100 oder 500 Rubel,
181 812 000 Rubel in Stücken zu 250 oder 1000 Rubel,

bezahlt werden.

Die Überweisung erfolgt in fünf Teilbeträgen, nämlich

1. einem am 10. September 1918 zu zahlenden Betrage von
42 860 Kilogramm Feingold und
90 900 000 Rubel in Banknoten, und zwar
60 600 000 Rubel in Stücken zu 50, 100 oder 500 Rubel,
30 300 000 Rubel in Stücken zu 250 oder 1000 Rubel,

2. vier am 30. September, 31. Oktober, 30. November und 31. Dezember 1918 zu zahlenden Beträgen von je

50 676 Kilogramm Feingold und

113 635 000 Rubel in Banknoten, und zwar

75 757 000 Rubel in Stücken zu 50, 100 oder 500 Rubel,

37 878 000 Rubel in Stücken zu 250 oder 1000 Rubel.

Die Teilbeträge sind in Orscha oder Pskow den Beauftragten der Deutschen Regierung zu übergeben; die Beauftragten werden beim Empfang eine vorläufige Quittung ausstellen, die nach Abschluss der Prüfung und Zählung des Goldes und der Noten durch eine endgültige Quittung ersetzt werden soll.

§ 2.

Ein Betrag von 1 Milliarde Mark soll durch Lieferung russischer Waren nach Massgabe der darüber zu treffenden besonderen Vereinbarung getilgt werden. Die Waren sind im Werte von je 50 Millionen Mark bis zum 15. November und 31. Dezember 1918, im Werte von je 150 Millionen Mark bis zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 1919, im Werte von 300 Millionen Mark bis zum 31. März 1920 zu liefern; soweit die Lieferungen bis zu diesen Terminen nicht erfolgen können, würde der jeweils fehlende Betrag alsbald entweder in deutschen Reichsbanknoten zum Nennwert oder in Feingold und Rubelnoten nach dem Verhältnis drei zu zwei, und zwar zu einem jeweils festzusetzenden Kurse, zu begleichen sein.

§ 3.

Ein Betrag von $2^1/_2$ Milliarden Mark wird bis zum 31. Dezember 1918 durch Übergabe von Titeln einer vom 1. Januar 1919 an mit 6 vom Hundert verzinslichen und mit $^1/_2$ vom Hundert zuzüglich der ersparten Zinsen zu tilgenden Anleihe beglichen werden, die von der Russischen Regierung im Nennbetrage der bezeichneten Summe in Deutschland aufgenommen wird, und deren Bedingungen als Bestandteil dieser Vereinbarung gelten sollen.

Als Sicherheiten für die im Absatz 1 bezeichnete Anleihe sollen bestimmte Staatseinnahmen, insbesondere auch die Pachtgebühren für gewisse an Deutsche zu erteilende wirtschaftliche Konzessionen haften; die Sicherheiten sind im einzelnen durch eine besondere Vereinbarung festzusetzen, dergestalt, dass die veranschlagten Jahreseinkünfte aus ihnen den Jahresbetrag der Verzinsung und Tilgung um mindestens 20 vom Hundert übersteigen.

§ 4.

Wegen des Restbetrags von 1 Milliarde Mark bleibt, soweit seine Zahlung nicht mit Zustimmung Deutschlands von der Ukraine und Finnland bei ihrer Vermögensauseinandersetzung mit Russland übernommen wird, eine besondere Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 4.

In Russland befindliche Vermögensgegenstände von Deutschen, die vor dem 1. Juli 1918 zu Gunsten des Staates oder einer Gemeinde ent-

eignet oder sonst der Verfügungsmacht des Eigentümers entzogen worden sind, sollen diesem auf Antrag gegen Rückgewährung der Entschädigungssumme, die er aus dem im Artikel 2 bezeichneten Betrag erhalten hat, und unter Berücksichtigung etwaiger Verbesserungen oder Verschlechterungen wiederübertragen werden, wenn die Vermögensgegenstände nicht im Besitze des Staates oder der Gemeinde verbleiben oder wenn eine Enteignung oder sonstige Entziehung gleichartiger Vermögensgegenstände gegenüber Landeseinwohnern oder Angehörigen eines dritten Landes nicht erfolgt ist oder wiederaufgehoben wird; der Antrag auf Rückübertragung ist innerhalb eines Jahres nach dem Zeitpunkt, wo diese beansprucht werden kann, zu stellen.

Artikel 5.

Unberührt bleiben die Bestimmungen des Artikel 8 des Zusatzvertrags zu dem Friedensvertrage, soweit er sich nicht auf den russischen öffentlichen Schuldendienst bezieht, des Artikel 16 Abs. 2, soweit er sich auf russische Enteignungen nach dem 1. Juli 1918 bezieht, des Artikel 19 Abs. 1 Satz 2, des Artikel 22 Satz 1 und der Artikel 28 bis 32. Wegen der Zahlung und Sicherstellung der finanziellen Verpflichtungen aus diesen Bestimmungen bleibt, soweit die Regelung nicht bereits im Dritten Kapitel dieses Abkommens erfolgt ist, eine weitere Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 6.

Die vertragschliessenden Teile werden einander für die Feststellung der ihren Angehörigen im Machtbereiche des anderen Teiles erwachsenen Zivilschäden alle möglichen Auskünfte erteilen, auch den Ersuchen um Erhebung der sich auf diese Schäden beziehenden Beweise entsprechen.

Zweites Kapitel.

Herausgabe der beiderseitigen Bankdepots und Bankguthaben.

Artikel 7.

Jeder vertragschliessende Teil wird dafür Sorge tragen, dass die in seinem Gebiete bei Bank- und Geldinstituten verwahrten Vermögensgegenstände (Bankdepots) von Angehörigen des anderen Teiles, mit Einschluss der für sie bei einer zentralen Hinterlegungsstelle, einem öffentlichen Treuhänder oder einer sonstigen staatlich beauftragten Sammelstelle hinterlegten Gelder und Wertpapiere, den Berechtigten auf Verlangen ausgehändigt werden, und dass diese sie frei von staatlichen Abgaben und Gebühren in das Gebiet ihres Heimatstaats ausführen können.

Jeder Teil wird die in seinem Gebiete befindlichen Bankdepots ohne weiteres als Depots von Angehörigen des anderen Teiles im Sinne des Abs. 1 betrachten, wenn sie auf den Namen eines solchen Angehörigen hinterlegt sind. In sonstigen Fällen ist besonders nachzuweisen, dass es sich um Depots von Angehörigen des anderen Teiles handelt; etwaige Meinungsverschiedenheiten hierüber werden auf Antrag durch eine Kommission entschieden, die aus je einem Vertreter der beiden Regierungen und einem neutralen Obmann besteht.

Kommissionen der im Absatz 2 bezeichneten Art sollen alsbald nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung in Berlin, Moskau und St. Petersburg gebildet werden; die Obmänner sollen vorbehaltlich der Genehmigung der Königlich Schwedischen Regierung von den schwedischen Konsuln an diesen Plätzen ernannt werden.

Artikel 8.

Jeder vertragschliessende Teil wird dafür Sorge tragen, dass die in seinem Gebiete befindlichen Bank- und Geldinstitute fällige Geldforderungen (Bankguthaben) von Angehörigen des anderen Teiles alsbald nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung den Berechtigten auf Verlangen auszahlen, ohne sich auf die im Artikel 7 § 3 Abs. 1 Satz 1 des Zusatzvertrags zu dem Friedensvertrage vorgesehene Stundung zu berufen. Auch soll es den Berechtigten freistehen, die abgehobenen Beträge frei von staatlichen Abgaben und Gebühren in das Gebiet ihres Heimatstaats auszuführen.

Auf die im Absatz 1 bezeichneten Bankguthaben finden die Bestimmungen des Artikel 7 Abs. 2, 3 entsprechende Anwendung.

Artikel 9.

Zur möglichsten Beschleunigung der in den Artikeln 7, 8 vorgesehenen Herausgabe der beiderseitigen Bankdepots und Bankguthaben wird jeder vertragschliessende Teil alsbald einen Staatskommissar bestellen, bei dem die Angehörigen dieses Teiles ihre Ansprüche bis zum 31. Januar 1919 anmelden können. Die beiden Kommissare werden einander diese Anmeldungen das erste Mal spätestens am 25. September 1918, das zweite Mal spätestens am 15. November 1918 und das dritte Mal spätestens am 15. Februar 1919 mitteilen und dafür Sorge tragen, dass die danach herauszugebenden Bankdepots und Bankguthaben am 25. Oktober 1918, am 31. Dezember 1918 und am 31. März 1919 und, sofern die Ansprüche nach Artikel 7 Abs. 2, Artikel 8 Abs. 2 durch eine gemischte Kommission zu prüfen sind, alsbald nach der Entscheidung der Kommission deutscherseits in Berlin, russischerseits in Moskau übergeben werden.

Jeder vertragschliessende Teil wird dafür Sorge tragen, dass die Herausgabe, sofern nicht Rechte der Banken oder Dritter an den Bankdepots oder Bankguthaben entgegenstehen, gegen beglaubigte Quittung der Person erfolgt, auf deren Namen das Depot oder Guthaben geführt oder die durch eine Entscheidung der im Artikel 7 Abs. 2 vorgesehenen Kommission als berechtigt anerkannt wird. Nimmt eine andere Person das Depot oder Guthaben auf Grund eines erbrechtlichen Titels oder einer Rechtsnachfolge in das Gesamtvermögen einer juristischen Person in Anspruch, so kann die Quittung von dieser anderen Person erteilt werden, wenn sie dem gleichen vertragschliessenden Teile wie der ursprünglich Berechtigte angehört und ihre Berechtigung durch eine Erklärung des Staatskommissars dieses Teiles bescheinigt wird. In allen sonstigen Fällen ist dem Bank- oder Geldinstitute, bei dem sich das Depot oder Guthaben befindet, die Berechtigung besonders nachzuweisen.

Die Berechtigten, die ihre Ansprüche ohne Vermittlung des Staatskommissars geltend machen wollen, können sich, soweit es sich um Angehörige Deutschlands handelt, erst nach dem 25. Oktober 1918 und, soweit es sich um Angehörige Russlands handelt, erst nach dem 31. Dezember 1918 unmittelbar an die Bank- und Geldinstitute wenden.

Artikel 10.

Auf die in Russland befindlichen Bankdepots und Bankguthaben von Angehörigen Kurlands, Livlands, Estlands und Litauens, insbesondere auf die aus diesen Gebieten während des Krieges weggeführten Gelder, Wertpapiere und sonstigen Wertsachen, sowie auf die in diesen Gebieten befindlichen Bankdepots und Bankguthaben russischer Staatsangehörigen mit Einschluss der russischen Staatsbank als Rechtsnachfolgerin der nationalisierten russischen Privatbanken finden die Bestimmungen der Artikel 7, 8 entsprechende Anwendung.

Drittes Kapitel.

Ausgleich gewisser Verschiedenheiten der beiderseitigen Wirtschaftssysteme.

Artikel 11.

Vermögensgegenstände von Deutschen werden künftig in Russland nur dann enteignet oder sonst der Verfügungsmacht des Eigentümers entzogen werden, wenn die Enteignung oder sonstige Entziehung auf Grund einer für alle Landeseinwohner und Angehörigen eines dritten Landes und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetzgebung zu Gunsten des Staates oder einer Gemeinde erfolgt und der Eigentümer sofort in bar entschädigt wird.

Die Höhe der nach Absatz 1 zu zahlenden Entschädigung wird durch zwei Sachverständige festgestellt werden, von denen der eine von der Russischen Regierung, der andere von dem Berechtigten ernannt wird; sollte zwischen ihnen eine Einigung nicht erfolgen, so würden sie einen dritten Sachverständigen als Obmann zuziehen, um dessen Benennung in Ermangelung anderweitiger Verständigung der zuständige schwedische Konsul gebeten werden soll.

Artikel 12.

Ein Vermögensgegenstand, der gemäss Artikel 11 enteignet oder sonst der Verfügungsmacht des Eigentümers entzogen worden ist, soll diesem auf Antrag gegen Rückgewährung der ihm gezahlten Entschädigung und unter Berücksichtigung etwaiger Verbesserungen oder Verschlechterungen wiederübertragen werden, wenn der Vermögensgegenstand nicht im Besitze des Staates oder der Gemeinde verbleibt oder wenn die Enteignung oder sonstige Entziehung gleichartiger Vermögensgegenstände gegenüber Landeseinwohnern oder Angehörigen eines dritten Landes wiederaufgehoben wird; der Antrag auf Rückübertragung ist innerhalb eines Jahres nach dem Zeitpunkt, wo diese beansprucht werden kann, zu stellen.

Artikel 13.

Soweit in Russland befindliche Vermögensgegenstände von Deutschen nach dem 1. Juli 1918 und vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung enteignet oder sonst der Verfügungsmacht des Eigentümers entzogen worden sind, finden die Bestimmungen des Artikel 11 Abs. 2 und des Artikel 12 entsprechende Anwendung.

Der Antrag auf Rückübertragung kann in den Fällen des Absatz 1 auch dann gestellt werden, wenn eine Enteignung oder sonstige Entziehung gleichartiger Vermögensgegenstände gegenüber Landeseinwohnern oder Angehörigen eines dritten Landes nicht erfolgt ist; ein solcher Antrag ist innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung zu stellen.

Artikel 14.

Deutsche Gläubiger können für ihre vor dem 1. Juli 1918 entstandenen Forderungen alsbald nach ihrer Fälligkeit Befriedigung aus Guthaben ihrer Schuldner bei russischen Banken verlangen, wenn ihre Forderung sowohl von dem Schuldner wie von der Bank als richtig anerkannt wird. Das Anerkenntnis des Schuldners wird durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung ersetzt; bestreitet die Bank die Richtigkeit der Forderung, so entscheiden darüber die im Artikel 7 Abs. 3 vorgesehenen Kommissionen in Moskau und St. Petersburg.

Artikel 15.

Die deutsch-russische Nachlasskonvention vom $\frac{\text{12. November}}{\text{31. Oktober}}$ 1874*) bleibt mit den Massgaben in Kraft, dass in Ansehung aller seit der Neuordnung des Erbrechts in Russland eingetretenen Erbfälle die für bewegliches Eigentum vorgesehenen Bestimmungen auch für unbewegliches Eigentum gelten, dass von der Erbschaft eine Steuer nur vom Heimatstaate des Erblassers erhoben werden darf, und dass, solange in Russland das Erbrecht abgeschafft oder wesentlich eingeschränkt ist, eine Kündigung der Konvention nicht erfolgen kann.

Im übrigen behalten sich die vertragschliessenden Teile vor, einzelne Bestimmungen der Nachlasskonvention, die sich in der Praxis nicht bewährt haben, durch neue, den jetzigen Verhältnissen mehr entsprechende Bestimmungen zu ersetzen.

Viertes Kapitel.

Schlussbestimmungen.

Artikel 16.

Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen bis zum 6. September 1918 in Berlin ausgetauscht werden.

Das Abkommen tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

---

*) V. N. R. G. 2. s. I, p. 229.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 27. August 1918.

(Siegel) *von Hintze.*
(Siegel) *Kriege.*
(Siegel) *A. Joffé.*

224.

ALLEMAGNE, RUSSIE.

Convention réglant des questions du droit civil, en vue de suppléer les dispositions du Traité additionnel de paix du 3/7 mars 1918;*) signée à Berlin, le 27 août 1918.**)

*Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1918, No. 130.****)*

Deutsch-Russisches Privatrechtsabkommen zur Ergänzung des Deutsch-Russischen Zusatzvertrags zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland anderseits.

Auf Grund des Artikel 35 Abs. 2 des Deutsch-Russischen Zusatzvertrags zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland anderseits sind

die Bevollmächtigten des Deutschen Reichs, nämlich

der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserliche Wirkliche Geheime Rat, Konteradmiral a. D. Herr Paul von Hintze und

der Direktor im Auswärtigen Amte, Kaiserliche Wirkliche Geheime Rat Herr Dr. Johannes Kriege, sowie

der Bevollmächtigte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjets-Republik, nämlich

der diplomatische Vertreter der Sowjets-Republik bei der Kaiserlich Deutschen Regierung Herr Adolf Joffé,

übereingekommen, zur Ausführung der privatrechtlichen Bestimmungen des Deutsch-Russischen Zusatzvertrags die Rechtsverhältnisse aus Wechseln, Schecks und Valutageschäften (Artikel 7 § 3 Abs. 2), die gewerblichen Schutzrechte (Artikel 9), die Verjährungsfristen (Artikel 10) sowie die schiedsgerichtliche Entscheidung zivil- und handelsrechtlicher Streitigkeiten zu regeln und zu diesem Zwecke ein Ergänzungsabkommen zu dem Deutsch-Russischen Zusatzvertrage zu treffen.

---

*) V. ci-dessus, No. 221.

**) L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 6 septembre 1918.

***) En langues allemande et russe. Nous n'imprimons que le texte allemand.

Die Bevollmächtigten haben sich, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen geeinigt:

Erstes Kapitel.

Rechtsverhältnisse aus Wechseln und Schecks.

Artikel 1.

Hat die Vorlegung eines Wechsels zur Zahlung oder die Protesterhebung oder die Vornahme einer anderen zur Erhaltung der Wechselrechte erforderlichen Handlung während des Krieges infolge gesetzlicher Vorschriften oder infolge höherer Gewalt nicht erfolgen können, so soll die Handlung zu Gunsten der Angehörigen der vertragschliessenden Teile als rechtzeitig vorgenommen gelten, wenn sie vor Ablauf des achten Monats nach der Ratifikation des Friedensvertrags oder, sofern in diesem Zeitpunkt die Verhinderung noch fortdauerte, innerhalb zweier Monate nach Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags zwischen Deutschland und der letzten mit Deutschland im Kriege befindlichen Grossmacht nachgeholt wird.

Ist durch eine aus Anlass des Krieges für den Zahlungsort ergangene gesetzliche Bestimmung eine neue Frist für die Vorlegung des Wechsels zur Zahlung und für die Protesterhebung eingeführt worden, so soll eine Vorlegung und Protesterhebung, die innerhalb der neuen Frist und vor Ablauf des achten Monats nach der Ratifikation des Friedensvertrags zwischen Deutschland und Russland erfolgt, zu Gunsten der Angehörigen der vertragschliessenden Teile auch dann als rechtzeitig vorgenommen gelten, wenn der Inhaber des Wechsels an der Vornahme innerhalb der alten Frist nicht verhindert war.

Artikel 2.

Bei Wechseln, die gemäss Artikel 7 § 3 Abs. 1 des Zusatzvertrags nicht vor Ablauf von sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags bezahlt zu werden brauchen, gilt die Vorlegung zur Zahlung sowie die Protesterhebung mangels Zahlung als rechtzeitig vorgenommen, wenn sie während des siebenten oder achten Monats nach der Ratifikation, oder, sofern die Vornahme der Handlung innerhalb dieser Frist durch höhere Gewalt verhindert wird, innerhalb zweier Monate nach dem Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags zwischen Deutschland und der letzten mit Deutschland im Kriege befindlichen Grossmacht erfolgt.

Artikel 3.

Als Verhinderung durch höhere Gewalt im Sinne der Artikel 1, 2 ist es insbesondere anzusehen, wenn der unmittelbare Postverkehr mit dem Orte, wo die Handlung vorgenommen werden muss, unterbrochen ist.

Artikel 4.

Wird in den Fällen der Artikel 1, 2 nach Ablauf von 6 Monaten seit der Ratifikation des Friedensvertrags der Wechsel nicht zur Zahlung

vorgelegt, so kann sich der Schuldner von der Wechselverpflichtung dadurch befreien, dass er die Wechselsumme nebst den aufgelaufenen Zinsen bei der nach den Landesgesetzen des Zahlungsorts zuständigen amtlichen Stelle auf Gefahr und Kosten des Wechselinhabers hinterlegt.

Artikel 5.

Auf Rechtsverhältnisse aus Schecks finden die Bestimmungen der Artikel 1 bis 4 entsprechende Anwendung.

Zweites Kapitel.

Rechtsverhältnisse aus Valutageschäften.

Artikel 6.

Verpflichtungen aus Termingeschäften in Valuten, insbesondere in Geldsorten, Wechseln, Schecks und Auszahlungen, die bei Kriegsausbruch zwischen den beiderseitigen Staatsangehörigen schwebten, sollen zu den vereinbarten Bedingungen innerhalb der für die Bezahlung von Geldforderungen zwischen Deutschland und Russland festgesetzten Zeit erfüllt werden. Handelt es sich bei den Termingeschäften um die Währung eines Staates, mit dem Deutschland sich noch im Kriegszustande befindet, so hat die Erfüllung binnen 6 Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags mit diesem Staate zu erfolgen.

Drittes Kapitel.

Gewerbliche Schutzrechte.

Artikel 7.

Zur Zahlung der für gewerbliche Schutzrechte durch ihre Wiederherstellung gemäss Artikel 9 § 1 Abs. 1 des Zusatzvertrags fällig gewordenen Gebühren soll den Angehörigen jedes vertragschliessenden Teiles in dem Gebiete des anderen Teiles unter Wegfall der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen und Zuschläge eine Frist von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens zustehen.

In gleicher Weise wird die Zahlung der vor dem Inkrafttreten des Abkommens fällig gewordenen weiteren Gebühren befristet.

Artikel 8.

Die im Artikel 9 § 2 Abs. 1 des Zusatzvertrags vorgesehene Frist für die Nachholung einer aus Anlass des Krieges versäumten Handlung wird bis zum Ablauf eines Jahres nach der Ratifikation des Friedensvertrags zwischen Deutschland und der letzten mit Deutschland im Kriege befindlichen Grossmacht verlängert.

Artikel 9.

Wenn in dem Gebiet eines der vertragschliessenden Teile ein gewerbliches Schutzrecht, das nach Kriegsgesetzen nicht angemeldet werden konnte, von demjenigen, der es während des Krieges in dem Gebiete des

anderen Teiles vorschriftsmässig angemeldet hat, innerhalb eines Jahres nach der Ratifikation des Friedensvertrags zwischen Deutschland und der letzten mit Deutschland im Kriege befindlichen Grossmacht unter Inanspruchnahme der Priorität der früheren Anmeldung angemeldet wird, so soll die Anmeldung allen inzwischen eingereichten Anmeldungen vorgehen und durch inzwischen eingetretene Tatsachen nicht unwirksam gemacht werden können.

Artikel 10.

Durch die Bestimmung des Artikel 9 werden die in den jetzigen oder künftigen Gesetzen jedes Teiles enthaltenen Vorschriften nicht berührt, wonach der Schutz für Gegenstände der angemeldeten Art versagt oder im öffentlichen Interesse beschränkt oder entzogen werden kann oder gegenüber Dritten, die in der Zeit zwischen dem Eingang der früheren und dem der späteren Anmeldung den Gegenstand in gutem Glauben benutzt haben, keine Wirkung hat.

Artikel 11.

Die Russische Regierung erklärt sich bereit, demnächst mit der Deutschen Regierung in Verhandlungen über den gegenseitigen Schutz des gewerblichen Eigentums einzutreten.

Viertes Kapitel.

Verjährungsfristen.

Artikel 12.

In Ergänzung der Bestimmungen des Artikel 10 des Zusatzvertrags wird über die Erweiterung der Verjährungs- und Vorlegungsfristen vereinbart, dass, wenn der Berechtigte durch höhere Gewalt verhindert ist, sein Recht bis zum Ablauf der erweiterten Frist geltend zu machen, die Frist sich zu Gunsten der Angehörigen der vertragschliessenden Teile, vorbehaltlich weitergehender Vorschriften der Landesgesetze, bis zum Ablauf von zwei Monaten seit Wegfall des Hindernisses, jedoch nicht über sechs Monate nach der Ratifikation des Friedensvertrags zwischen Deutschland und der letzten mit Deutschland im Kriege befindlichen Grossmacht verlängert.

Die vertragschliessenden Teile sind darüber einig, dass die im Absatz 1 und im Artikel 10 des Zusatzvertrags vorgesehene Fristverlängerung auch für die Frist zur Klageerhebung aus Wechseln und Schecks gilt.

Fünftes Kapitel.

Schiedsgerichte für zivil- und handelsrechtliche Streitigkeiten.

Artikel 13.

Zivil- und handelsrechtliche Streitigkeiten zwischen den beiderseitigen Staatsangehörigen können nach Massgabe der nachstehenden Bestimmungen der Zuständigkeit der nationalen Gerichte entzogen und der Entscheidung von Schiedsgerichten unterbreitet werden.

Artikel 14.

Die Schiedsgerichte sind zuständig für Rechtsstreitigkeiten zwischen den beiderseitigen Staatsangehörigen, sofern es sich handelt um

1. vermögensrechtliche Ansprüche aus Verträgen, die vor dem 1. August 1914 geschlossen sind;
2. Ansprüche aus Wechseln oder Schecks, die vor dem 1. August 1914 ausgestellt sind;
3. Ansprüche aus Urheberrechten oder gewerblichen Schutzrechten, die vor dem 1. August 1914 begründet sind.

Artikel 15.

Im Sinne des Artikel 14 sind Deutschen oder Russen gleich zu achten juristische Personen und Gesellschaften, die in Deutschland oder Russland ihren Sitz haben. Ausgenommen sind juristische Personen und Gesellschaften, die wegen feindlicher Kapitalbeteiligung, Leitung oder Aufsicht unter Zwangsverwaltung oder Liquidation stehen.

Durch eine nach dem 29. März 1918 eingetretene Rechtsnachfolge in den Anspruch oder die Schuld wird die Zuständigkeit des Schiedsgerichts weder begründet noch ausgeschlossen.

Artikel 16.

Das Schiedsgericht kann nur angerufen werden, wenn einer der im Artikel 14 bezeichneten Ansprüche auf dem Wege der Klage oder der Widerklage geltend gemacht wird und eine Partei die Verhandlung vor dem Schiedsgericht beantragt.

Der Kläger kann den Antrag auf Verhandlung vor dem Schiedsgericht nur durch Einreichung der Klageschrift bei dem Schiedsgericht stellen. Erhebt er die Klage bei dem ordentlichen Gerichte, so verliert er das Recht auf Anrufung des Schiedsgerichts.

Der Beklagte hat den Antrag in der Klagebeantwortung, spätestens aber zwei Monate nach Zustellung der Klage, zu stellen. Wird in einem Verfahren vor dem ordentlichen Gericht eine Widerklage erhoben, so hat der Kläger den Antrag, über die Widerklage vor dem Schiedsgericht zu verhandeln, bei der Beantwortung der Widerklage, spätestens aber zwei Monate nach Erhebung der Widerklage zu stellen.

Das ordentliche Gericht hat Anträge auf Verhandlung vor dem Schiedsgericht diesem vorzulegen und dessen Entscheidung abzuwarten. Das Schiedsgericht kann einen Antrag trotz Versäumung der im Absatz 3 vorgesehenen Frist von zwei Monaten zulassen, wenn die Einhaltung der Frist infolge höherer Gewalt nicht möglich war.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts, dass seine Zuständigkeit bestehe oder nicht bestehe, ist für die Gerichte Deutschlands und Russlands bindend.

Artikel 17.

Die zur Entscheidung berufenen Schiedsgerichte werden in Berlin und Moskau errichtet.

Das Schiedsgericht in Berlin ist zuständig, wenn der Beklagte seinen Wohnsitz in Deutschland hat oder wenn er seinen Wohnsitz ausserhalb Deutschlands und Russlands hat und ein deutscher Staatsangehöriger ist.

Das Schiedsgericht in Moskau ist zuständig, wenn der Beklagte seinen Wohnsitz in Russland hat oder wenn er seinen Wohnsitz ausserhalb Russlands und Deutschlands hat und ein russischer Staatsangehöriger ist.

Ist infolge mehrfacher Wohnsitze des Beklagten die Zuständigkeit beider Schiedsgerichte begründet, so hat der Kläger die Wahl, welches Schiedsgericht er anrufen will. Das Gleiche gilt, wenn von mehreren Beklagten, die in Ansehung des Streitgegenstandes in Rechtsgemeinschaft stehen, der eine in Deutschland, der andere in Russland seinen Wohsitz hat.

Artikel 18.

Das Schiedsgericht hat seine Zuständigkeit, insbesondere die Staatsangehörigkeit der Parteien, und die Richtigkeit der Parteibehauptungen, worauf die Zuständigkeit gestützt wird, gegebenenfalls von Amtswegen zu prüfen.

Artikel 19.

Die Schiedsgerichte in Berlin und Moskau werden wie folgt gebildet:

Deutschland und Russland ernennen für jedes Schiedsgericht je einen Richter und einen Stellvertreter. Die Dänische Regierung wird gebeten werden, aus der Zahl ihrer Staatsangehörigen gleichfalls für jedes Schiedsgericht einen Richter und einen Stellvertreter zu ernennen. Die Ernennung der Richter erfolgt auf die Dauer von drei Jahren. Zum Richter kann nur ernannt werden, wer die Befähigung hat, in seinem Heimatstaat Mitglied eines Kollegialgerichts höherer Instanz zu sein.

Neben den Richtern werden auf gutachtlichen Vorschlag des zur Vertretung des Handelsstandes berufenen Organs für jedes Schiedsgericht zwei Handelsrichter bestellt, und zwar je einer von Deutschland und Russland.

Den Regierungen der beteiligten Staaten bleibt es vorbehalten, eine Vermehrung der Richterkräfte zu vereinbaren.

Artikel 20.

Jeder vertragschliessende Teil gewährt den Richtern und Handelsrichtern, die nicht seine eigenen Angehörigen sind, die diplomatischen Vorrechte und Befreiungen.

Artikel 21.

Bei jedem Schiedsgerichte führt der von der Dänischen Regierung bezeichnete Richter die Geschäfte des Präsidenten.

Der Präsident ernennt die erforderlichen Gerichtsschreiber, Kanzlei- und Unterbeamten, und zwar auf Vorschlag der Regierung des Landes wo das Schiedsgericht seinen Sitz hat.

Artikel 22.

Die Kosten der Schiedsgerichte tragen Deutschland und Russland zu gleichen Teilen.

Artikel 23.

Das Schiedsgericht entscheidet in der Besetzung mit einem dänischen, einem deutschen und einem russischen Richter; der dänische Richter führt den Vorsitz. Auf Antrag einer Partei hat der Vorsitzende ausserdem einen deutschen und einen russischen Handelsrichter zuzuziehen. Auf Antrag beider Parteien entscheidet das Schiedsgericht in der Besetzung mit einem deutschen und einem russischen Handelsrichter sowie einem dänischen Richter als Vorsitzenden.

Artikel 24.

Die Gerichtssprache ist für das Schiedsgericht in Berlin die deutsche, für das Schiedsgericht in Moskau die russische Sprache. Sind nicht sämtliche Personen der Sprache mächtig, in der verhandelt und beraten wird, so ist ein Dolmetscher zuzuziehen.

Artikel 25.

Das Schiedsgericht hat diejenigen Regeln des internationalen Privatrechts anzuwenden, die kraft Gesetzes oder Gerichtsgebrauchs vor dem 1. August 1914 an seinem Sitze gegolten haben. Nach diesen Regeln ist insbesondere, soweit nicht die Bestimmung des Artikel 10 des Zusatzvertrags oder die dazu vereinbarten Ergänzungen Platz greifen, die Frage zu beurteilen, ob ein geltend gemachter Anspruch verjährt ist.

Artikel 26.

Das Schiedsgericht hat bei der Anwendung der Gesetze und bei der Auslegung der Rechtsgeschäfte auf die Anschauungen des ehrbaren und entgegenkommenden Handels Rücksicht zu nehmen und unter freier Würdigung des gesamten Inhalts der Verhandlungen und des Ergebnisses einer etwaigen Beweisaufnahme zu entscheiden.

Artikel 27.

Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund mündlicher Verhandlung.

Die Verhandlung wird vom Vorsitzenden geleitet; sie ist öffentlich.

Über jede Verhandlung ist eine Niederschrift aufzunehmen und von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber zu unterzeichnen.

Artikel 28.

Zu der Verhandlung sind die Parteien zu laden. Der Ladung bedarf es nicht, wenn der Verhandlungstermin in ihrer oder ihrer Vertreter Gegenwart verkündet ist.

Artikel 29.

Die Frist zwischen der Zustellung der Klageschrift und dem ersten Verhandlungstermin (Einlassungsfrist) soll mindestens sechs Wochen, die Frist zwischen der Zustellung der Ladung und einem späteren Termine (Ladungsfrist) mindestens einen Monat betragen. Das Schiedsgericht kann die Einlassungsfrist und die Ladungsfrist auf Antrag aus besonderen Gründen abkürzen. Ist die Einlassungsfrist oder die Ladungsfrist nicht gewahrt, so kann die Verlegung des Termins beantragt werden.

Artikel 30.

Ist die Ladung oder die Verkündung des Termins ordnungsmässig erfolgt, so kann auch in Abwesenheit der ausgebliebenen Partei verhandelt und entschieden werden.

Artikel 31.

Das Schiedsgericht kann deutsche und russische Gerichte innerhalb ihrer Zuständigkeit im unmittelbaren Geschäftsverkehr um die Bewirkung von Zustellungen und Erhebung von Beweisen ersuchen. Es kann seinerseits Zustellungen bewirken; auch kann es Zeugen und Sachverständige, die vor ihm erscheinen, eidlich oder uneidlich vernehmen sowie Parteieide und Versicherungen an Eidesstatt abnehmen.

Das Schiedsgericht kann Zeugen und Sachverständigen, die vor ihm erscheinen, die Erstattung ihrer Auslagen und eine Entschädigung für Zeitversäumnis zubilligen; es kann ihnen auch einen Vorschuss gewähren.

Artikel 32.

Die Parteien können sich in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht durch einen Bevollmächtigten, insbesondere durch den Beauftragten eines staatlich anerkannten Gläubigerschutzverbandes vertreten lassen.

Das Schiedsgericht entscheidet nach freiem Ermessen, ob die Kosten der Parteivertreter der obsiegenden Partei zu erstatten sind.

Artikel 33.

Die Parteien und ihre Vertreter sind befugt, beim Schiedsgericht alle Rechtsbehelfe vorzubringen, die sie zur Verteidigung ihrer Sache für nützlich halten.

Nachdem die Parteien oder ihre Vertreter alle Aufklärungen zu Gunsten ihrer Sache vorgetragen und über das Beweisergebnis verhandelt haben, spricht der Vorsitzende den Schluss der Verhandlung aus.

Artikel 34.

Jede Entscheidung des Schiedsgerichts ergeht nach der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder.

Artikel 35.

Die Urteile sind von den Schiedsrichtern unter Angabe des Tages der Abfassung zu unterschreiben, in öffentlicher Sitzung des Schiedsgerichts zu verkünden und den Parteien zuzustellen. Sie sind mit Gründen zu versehen.

Artikel 36.

Das ordnungsmässig verkündete und den Parteien zugestellte Urteil entscheidet das Streitverhältnis endgültig.

Artikel 37.

Alle Streitfragen, die etwa zwischen den Parteien wegen der Auslegung des Urteils entstehen, unterliegen der Beurteilung des Schiedsgerichts, das das Urteil erlassen hat.

Artikel 38.

Die Urteile sind in den Gebieten der vertragschliessenden Teile wie inländische Urteile vollstreckbar.

Artikel 39.

Für das Verfahren vor dem Schiedsgericht werden Gebühren erhoben, die zur Deckung der Kosten verwendet werden. Das Schiedsgericht entscheidet darüber, welche Partei die Gebühren zu entrichten und die baren Auslagen zu tragen hat, und setzt auf Antrag ihre Höhe fest; die Entscheidung ist in den Gebieten der vertragschliessenden Teile vollstreckbar.

Das Schiedsgericht kann die Gerichtskosten niederschlagen, wenn die Partei glaubhaft macht, dass sie ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts zur Zahlung der Kosten ausserstande ist.

Artikel 40.

Rechtsstreitigkeiten, die zur Zeit der Ratifikation dieses Abkommens bei einem deutschen oder russischen ordentlichen Gericht anhängig, aber noch nicht rechtskräftig entschieden sind, können, soweit die Voraussetzungen der Artikel 14, 15 gegeben sind, auf Antrag einer Partei bei dem Schiedsgericht erneut anhängig gemacht werden. Der Antrag ist bei dem Schiedsgericht einzureichen und hemmt bis zu seiner Erledigung alle in dem Verfahren laufenden Fristen.

Über den Antrag entscheidet das Schiedsgericht. Wird nachgewiesen, dass ein Antrag bei dem Schiedsgericht eingereicht ist, so hat das ordentliche Gericht dessen Entscheidung abzuwarten. Der Beschluss des Schiedsgerichts ist den Parteien zuzustellen. Nach der Zustellung des Beschlusses, der den Antrag für zulässig erklärt, kann die Zwangsvollstreckung aus den Entscheidungen des ordentlichen Gerichts nur mit Zustimmung des Schiedsgerichts begonnen oder weitergeführt werden.

Das Schiedsgericht kann bei seiner Entscheidung das Ergebnis des bisherigen Verfahrens nach seinem Ermessen berücksichtigen. Mit der Zustellung der Entscheidung des Schiedsgerichts verlieren die in der Sache ergangenen Entscheidungen des ordentlichen Gerichts, soweit sie der Entscheidung des Schiedsgerichts widersprechen, ihre Kraft. Das Schiedsgericht befindet über die Rückgewähr einer auf Grund eines vorläufig vollstreckbaren Urteils des ordentlichen Gerichts freiwillig gewährten oder beigetriebenen Leistung. Die in dem Verfahren vor dem ordentlichen Gericht entstandenen Kosten gelten als Teil der Kosten des schiedsgerichtlichen Verfahrens.

Artikel 41.

Der Antrag auf Verhandlung vor dem Schiedsgericht kann nach Massgabe des Artikel 40 auch nach Eintritt der Rechtskraft des Urteils des ordentlichen Gerichts gestellt werden, wenn das Urteil erst nach dem 31. Juli 1914 ergangen ist und das Schiedsgericht auf Antrag die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt.

Der Antrag auf Wiedereinsetzung muss binnen sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens bei dem Schiedsgericht gestellt werden.

Er kann nur auf die Behauptung gegründet werden, dass die Partei infolge ihrer Zugehörigkeit zu einer feindlichen Macht oder infolge der kriegerischen Ereignisse die Gelegenheit zu ausreichender Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht gehabt hat. Die Behauptung ist glaubhaft zu machen.

Artikel 42.

Dem ordentlichen Gericht im Sinne des Artikel 40 steht ein von den Parteien vereinbartes Schiedsgericht. (Schiedskommission) gleich. Der Erlass eines Schiedsspruchs steht dem Antrag auf Verhandlung vor den Schiedsgerichten in Berlin und Moskau nicht entgegen, solange seine Vollstreckbarkeit nicht durch Entscheidung des ordentlichen Gerichts rechtskräftig ausgesprochen ist. Ist eine solche Entscheidung nach dem 31. Juli 1914 ergangen, so findet gegen diese Entscheidung und den Schiedsspruch die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Massgabe des Artikel 41 statt.

Artikel 43.

Jedes Schiedsgericht erlässt eine Geschäftsordnung und teilt sie dem anderen Schiedsgericht mit.

In der Geschäftsordnung werden insbesondere Bestimmungen getroffen:

1. über Ladungen und Zustellungen;
2. über die Gebühren des Schiedsgerichts und der Parteivertreter;
3. über die Erstattung der Auslagen der Zeugen und Sachverständigen, über die Entschädigung für ihr Zeitversäumnis sowie über die ihnen hierauf zu gewährenden Vorschüsse;
4. über die Form der Ausfertigung der Entscheidungen;
5. über die etwaige Bildung von Abteilungen und über die Verteilung der Geschäfte, namentlich auch über die Reihenfolge, in der die Handelsrichter einzuberufen sind.

Artikel 44.

Der Deutschen und der Russischen Regierung bleibt es vorbehalten, Ergänzungen und Änderungen der vorstehenden Grundsätze zu vereinbaren, falls dies sich später als zweckmässig erweisen sollte.

Artikel 45.

Die Vereinbarung über das Schiedsgericht kann von Deutschland und Russland am 1. Juli jeden Kalenderjahrs, jedoch nicht vor dem 1. Juli 1921, zum 31. Dezember gekündigt werden. Die Zuständigkeit des Schiedsgerichts für die Erledigung der bei ihm anhängigen Rechtsstreitigkeiten wird durch die Kündigung nicht berührt.

Sechstes Kapitel.

Schlussbestimmungen.

Artikel 46.

Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen bis zum 6. September 1918 in Berlin ausgetauscht werden.

Die Artikel 1 bis 12 des Abkommens treten mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, die Artikel 13 bis 45 zwei Monate nach dem Austausch in Kraft. Der Deutschen und der Russischen Regierung bleibt es vorbehalten, für das Inkrafttreten der Artikel 13 bis 45 einen späteren Zeitpunkt zu vereinbaren, wenn ein regelmässiger Personen- und Nachrichtenverkehr zwischen Deutschland und Russland nicht rechtzeitig hergestellt sein sollte.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 27. August 1918.

(Siegel) *von Hintze.*
(Siegel) *Kriege.*
(Siegel) *A. Joffé.*

225.

ALLEMAGNE, FINLANDE.

Traité de paix; signé à Berlin, le 7 mars 1918.*)**)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1918, No. 85.

Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Finnische Regierung, von dem Wunsche geleitet, nach der Erklärung der Selbständigkeit Finnlands und ihrer Anerkennung durch Deutschland den Zustand des Friedens und der Freundschaft zwischen den beiden Ländern auf eine dauernde Grundlage zu stellen, haben beschlossen, einen Friedensvertrag zu vereinbaren und zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt:

die Kaiserlich Deutsche Regierung:

den Kanzler des Deutschen Reichs, Dr. Grafen von Hertling,

die Finnische Regierung:

Herrn Dr. phil. Edvard Immanuel Hjelt, Staatsrat, stellvertretenden Kanzler der Universität Helsingfors, und

Herrn Dr. jur. Rafael Waldemar Erich, Professor des Staats- und Völkerrechts an der Universität Helsingfors,

welche nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Bestimmungen übereingekommen sind:

---

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 25 juin 1918.
**) Comp. ci-dessous, No. 227.

Erstes Kapitel

Bestätigung der Freundschaft zwischen Deutschland und Finnland und Sicherung der Selbständigkeit Finnlands.

Artikel 1.

Die vertragschliessenden Teile erklären, dass zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und dass sie entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft mit einander zu leben.

Deutschland wird dafür eintreten, dass die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abtreten noch einer solchen Macht ein Servitut an seinem Hoheitsgebiet einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.

Artikel 2.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragschliessenden Teilen werden sofort nach der Bestätigung des Friedensvertrags aufgenommen werden. Wegen möglichst weitgehender Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.

Artikel 3.

Jeder Teil wird die Schäden ersetzen, die in seinem Gebiet aus Anlass des Krieges von den dortigen staatlichen Organen oder der Bevölkerung durch völkerrechtswidrige Handlungen konsularischen Beamten des anderen Teiles an Leben, Freiheit, Gesundheit oder Vermögen zugefügt oder an Konsulatsgebäuden dieses Teiles oder an deren Inventar angerichtet worden sind.

Zweites Kapitel.

Kriegsentschädigungen.

Artikel 4.

Die vertragschliessenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, d. h. der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung, sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d. h. derjenigen Nachteile, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Massnahmen mit Einschluss aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.

Drittes Kapitel.

Wiederherstellung der Staatsverträge.

Artikel 5.

Die infolge des Krieges ausser Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Russland sollen für die Beziehungen zwischen den vertragschliessenden Teilen tunlichst bald durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen. Insbesondere werden die beiden Teile alsbald in Verhandlungen treten, um einen Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschliessen.

Einstweilen werden die Verkehrsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch ein gleichzeitig mit dem Friedensvertrage zu unterzeichnendes Handels- und Schiffahrtsabkommen geregelt werden.

Artikel 6.

Die Verträge, an denen ausser Deutschland und Russland dritte Mächte beteiligt sind und in welche Finnland neben Russland oder an dessen Stelle eintritt, treten zwischen den vertragschliessenden Teilen bei der Bestätigung des Friedensvertrags oder, sofern der Eintritt später erfolgt, in diesem Zeitpunkt in Kraft.

Wegen der Kollektivverträge politischen Inhalts, an denen noch andere kriegführende Mächte beteiligt sind, behalten sich die beiden Teile ihre Stellungnahme bis nach Abschluss des allgemeinen Friedens vor.

Viertes Kapitel.

Wiederherstellung der Privatrechte.

Artikel 7.

Alle in dem Gebiet eines vertragschliessenden Teiles bestehenden Bestimmungen, wonach mit Rücksicht auf den Kriegszustand die Angehörigen des anderen Teiles in Ansehung ihrer Privatrechte irgendwelcher besonderen Regelung unterliegen (Kriegsgesetze), treten mit der Bestätigung dieses Vertrags ausser Anwendung.

Als Angehörige eines vertragschliessenden Teiles gelten auch solche juristische Personen und Gesellschaften, die in seinem Gebiet ihren Sitz haben. Ferner sind den Angehörigen eines Teiles juristische Personen und Gesellschaften, die in seinem Gebiete nicht ihren Sitz haben, insoweit gleichzustellen, als sie im Gebiete des anderen Teiles den für diese Angehörigen geltenden Bestimmungen unterworfen waren.

Artikel 8.

Über privatrechtliche Schuldverhältnisse, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, wird nachstehendes vereinbart:

§ 1.

Die Schuldverhältnisse werden wiederhergestellt, soweit sich nicht aus den Bestimmungen der Artikel 8 bis 12 ein anderes ergibt.

§ 2.

Die Bestimmung des § 1 hindert nicht, dass die Frage, welchen Einfluss die durch den Krieg geschaffenen Zustände, insbesondere die durch Verkehrshindernisse oder Handelsverbote herbeigeführte Unmöglichkeit der Erfüllung, auf die Schuldverhältnisse ausüben, im Gebiete jedes vertragschliessenden Teiles nach den dort für alle Landeseinwohner geltenden Gesetzen beurteilt wird.

Dabei dürfen die Angehörigen des anderen Teiles, die durch Massnahmen dieses Teiles behindert worden sind, nicht ungünstiger behandelt

werden, als die Angehörigen des eigenen Staates, die durch dessen Massnahmen behindert worden sind. Auch soll derjenige, der durch den Krieg an der rechtzeitigen Bewirkung einer Leistung behindert war, nicht verpflichtet sein, den dadurch entstandenen Schaden zu ersetzen.

§ 3.

Geldforderungen, deren Bezahlung im Laufe des Krieges auf Grund von Kriegsgesetzen verweigert werden konnte, brauchen nicht vor Ablauf von drei Monaten nach der Bestätigung des Friedensvertrags bezahlt zu werden.. Sie sind, soweit nicht im Ergänzungsvertrag (Artikel 32 Abs. 2) etwas anderes bestimmt wird, von der ursprünglichen Fälligkeit an für die Dauer des Krieges und der anschliessenden drei Monate ohne Rücksicht auf Moratorien mit fünf vom Hundert für das Jahr zu verzinsen; bis zur ursprünglichen Fälligkeit sind gegebenenfalls die vertraglichen Zinsen zu zahlen.

Bei Wechseln oder Schecks hat die Vorlegung zur Zahlung sowie die Protesterhebung mangels Zahlung innerhalb des vierten Monats nach der Bestätigung dieses Vertrags zu erfolgen.

§ 4.

Für die Abwicklung der Aussenstände und sonstigen privatrechtlichen Verbindlichkeiten sind die staatlich anerkannten Gläubigerschutzverbände zur Verfolgung der Ansprüche der ihnen angeschlossenen natürlichen und juristischen Personen als deren Bevollmächtigte wechselseitig anzuerkennen und zuzulassen.

Artikel 9.

Jeder vertragschliessende Teil wird sofort nach der Bestätigung des Friedensvertrags die Bezahlung seiner Verbindlichkeiten, insbesondere den öffentlichen Schuldendienst, gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles wiederaufnehmen. Die vor der Bestätigung fällig gewordenen Verbindlichkeiten werden binnen drei Monaten nach der Bestätigung bezahlt werden.

Artikel 10.

Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte, Konzessionen und Privilegien sowie ähnliche Ansprüche auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, die durch Kriegsgesetze beeinträchtigt worden sind, werden wiederhergestellt, soweit sich nicht aus dem Artikel 12 ein anderes ergibt.

Jeder vertragschliessende Teil wird den Angehörigen des anderen Teiles, die aus Anlass des Krieges eine gesetzliche Frist für die Vornahme einer zur Begründung oder Erhaltung eines gewerblichen Schutzrechts erforderlichen Handlung versäumt haben, unbeschadet wohlerworbener Rechte Dritter, für die Nachholung der Handlung eine Frist von mindestens einem Jahre nach der Bestätigung des Friedensvertrags gewähren. Gewerbliche Schutzrechte der Angehörigen des einen Teiles, die bei Kriegsausbruch in Kraft waren, sollen im Gebiete des anderen Teiles wegen Nichtausübung nicht vor Ablauf von vier Jahren nach der Bestätigung dieses Vertrags verfallen.

Wenn in dem Gebiet eines der vertragschliessenden Teile ein gewerbliches Schutzrecht, das nach Kriegsgesetzen nicht angemeldet werden konnte, von demjenigen, der es während des Krieges in dem Gebiete des anderen Teiles vorschriftsmässig angemeldet hat, binnen sechs Monaten nach der Bestätigung des Friedensvertrags unter Beanspruchung der Priorität dieser Anmeldung angemeldet wird, so soll die Anmeldung, vorbehaltlich der Rechte Dritter, allen inzwischen eingereichten Anmeldungen vorgehen und durch inzwischen eingetretene Tatsachen nicht unwirksam gemacht werden können.

Artikel 11.

Die Fristen für die Verjährung von Rechten sollen im Gebiete jedes vertragschliessenden Teiles gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles, falls sie zur Zeit des Kriegsausbruchs noch nicht abgelaufen waren, frühestens ein Jahr nach der Bestätigung des Friedensvertrags ablaufen. Das gleiche gilt von den Fristen zur Vorlegung von Zinsscheinen und Gewinnanteilscheinen sowie von ausgelosten oder sonst zahlbar gewordenen Wertpapieren.

Artikel 12.

Die Tätigkeit der Stellen, die auf Grund von Kriegsgesetzen mit der Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Liquidation von Vermögensgegenständen oder der Annahme von Zahlungen befasst worden sind, soll, unbeschadet der Bestimmungen des Artikel 13, nach Massgabe der nachstehenden Grundsätze abgewickelt werden.

§ 1.

Die beaufsichtigten, verwahrten oder verwalteten Vermögensgegenstände sind auf Verlangen des Berechtigten unverzüglich freizugeben; bis zur Übernahme durch den Berechtigten ist für eine Wahrung seiner Interessen zu sorgen.

§ 2.

Die Bestimmungen des § 1 sollen wohlerworbene Rechte Dritter nicht berühren. Zahlungen und sonstige Leistungen eines Schuldners, die von den im Eingang dieses Artikels erwähnten Stellen oder auf deren Veranlassung entgegengenommen worden sind, sollen in den Gebieten der vertragschliessenden Teile die gleiche Wirkung haben, wie wenn sie der Gläubiger selbst empfangen hätte.

Privatrechtliche Verfügungen, die von den bezeichneten Stellen oder auf deren Veranlassung oder ihnen gegenüber vorgenommen worden sind, bleiben mit Wirkung für beide Teile aufrechterhalten.

§ 3.

Über die Tätigkeit der im Eingang dieses Artikels erwähnten Stellen, insbesondere über die Einnahmen und Ausgaben, ist den Berechtigten auf Verlangen unverzüglich Auskunft zu erteilen.

Ersatzansprüche wegen der Tätigkeit dieser Stellen oder wegen der auf ihre Veranlassung vorgenommenen Handlungen können nur gemäss den Bestimmungen des Artikel 14 geltend gemacht werden.

Artikel 13.

Grundstücke oder Rechte an einem Grundstück, Bergwerksgerechtsame sowie Rechte auf die Benutzung oder Ausbeutung von Grundstücken, Unternehmungen oder Beteiligungen an einem Unternehmen, insbesondere Aktien, die infolge von Kriegsgesetzen veräussert oder dem Berechtigten sonst durch Zwang entzogen worden sind, sollen dem früheren Berechtigten auf einen innerhalb eines Jahres nach der Bestätigung des Friedensvertrags zu stellenden Antrag gegen Rückgewähr der ihm aus Anlass der Veräusserung oder Entziehung etwa erwachsenen Vorteile frei von allen inzwischen begründeten Rechten Dritter wieder übertragen werden.

Fünftes Kapitel.

Ersatz für Zivilschäden.

Artikel 14.

Der Angehörige eines vertragschliessenden Teiles, der im Gebiete des anderen Teiles infolge von Kriegsgesetzen durch die zeitweilige oder dauernde Entziehung von Konzessionen, Privilegien und ähnlichen Ansprüchen oder durch die Beaufsichtigung, Verwahrung, Verwaltung oder Veräusserung von Vermögensgegenständen einen Schaden erlitten hat, ist in angemessener Weise zu entschädigen, soweit der Schaden nicht durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ersetzt wird. Dies gilt auch von Aktionären, die wegen ihrer Eigenschaft als feindliche Ausländer von einem Bezugsrecht ausgeschlossen worden sind.

Artikel 15.

Jeder vertragschliessende Teil wird den Zivilangehörigen des anderen Teiles die Schäden ersetzen, die ihnen in seinem Gebiete während des Krieges von den dortigen staatlichen Organen oder der Bevölkerung durch völkerrechtswidrige Gewaltakte an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind.

Artikel 16.

Jeder vertragschliessende Teil wird die von ihm in seinem Gebiete bei Angehörigen des anderen Teiles angeforderten Gegenstände, soweit dies noch nicht geschehen ist, unverzüglich bezahlen.

Artikel 17.

Zur Feststellung der nach Artikel 14, 15 zu ersetzenden Schäden soll alsbald nach der Bestätigung des Friedensvertrags eine Kommission in Berlin zusammentreten, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird; um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, wird der Präsident des Schweizerischen Bundesrats gebeten werden.

Die Kommission stellt die für ihre Entscheidungen massgebenden Grundsätze auf; auch erlässt sie die zur Erledigung ihrer Aufgaben erforderliche Geschäftsordnung und die Bestimmungen über das dabei ein-

zuschlagende Verfahren. Ihre Entscheidungen erfolgen in Unterkommissionen, die aus je einem Vertreter der beiden Teile und einem neutralen Obmann gebildet werden. Die von den Unterkommissionen festgestellten Beträge sind innerhalb eines Monats nach der Feststellung zu bezahlen.

Sechstes Kapitel.

Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Artikel 18.

Die kriegsgefangenen Finnländer in Deutschland und die kriegsgefangenen Deutschen in Finnland sollen tunlichst bald in bestimmten, von einer deutsch-finnischen Kommission zu vereinbarenden Zeiträumen und unter Ersatz der für sie aufgewendeten Kosten ausgetauscht werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaats in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen.

Die Kommission hat auch die weiteren Einzelheiten des Austausches zu regeln und seine Durchführung zu überwachen.

Artikel 19.

Die beiderseitigen verschickten oder internierten Zivilangehörigen werden tunlichst bald unentgeltlich heimbefördert werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaats in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen. Die Regelung der Einzelheiten und die Überwachung ihrer Durchführung soll durch die im Artikel 18 erwähnte Kommission erfolgen.

Die Finnische Regierung wird sich bemühen, von der Russischen Regierung die Freilassung derjenigen Deutschen zu erlangen, die auf finnischem Gebiete festgenommen worden sind und sich zur Zeit ausserhalb Finnlands auf russischem Gebiete befinden.

Artikel 20.

Die Angehörigen eines Teiles, die bei Kriegsausbruch in dem Gebiete des anderen Teiles ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche oder Handelsniederlassung hatten und sich nicht in diesem Gebiet aufhalten, können dorthin zurückkehren, sobald sich der andere Teil nicht mehr im Kriegszustande befindet. Die Rückkehr kann nur aus Gründen der inneren oder äusseren Sicherheit des Staates versagt werden.

Als Ausweis genügt ein von den Behörden des Heimatstaats ausgestellter Pass, wonach der Inhaber zu den im Absatz 1 bezeichneten Personen gehört; ein Sichtvermerk auf dem Passe ist nicht erforderlich.

Artikel 21.

Jeder vertragschliessende Teil verpflichtet sich, die auf seinem Gebiete befindlichen Grabstätten der Heeresangehörigen sowie der während der Internierung oder Verschickung verstorbenen sonstigen Angehörigen des anderen Teiles zu achten und zu unterhalten; auch können Beauftragte dieses Teiles die Pflege und angemessene Ausschmückung der Grabstätten

im Einvernehmen mit den Landesbehörden besorgen. Die mit der Pflege der Grabstätten zusammenhängenden Einzelfragen bleiben weiterer Vereinbarung vorbehalten.

Siebentes Kapitel.

Amnestie.

Artikel 22.

Jeder vertragschliessende Teil gewährt volle Straffreiheit den dem anderen Teile angehörenden Kriegsgefangenen für alle von ihnen begangenen Straftaten, ferner den internierten oder verschickten Zivilangehörigen des andern Teiles für die während der Internierung oder Verschickung begangenen Straftaten, endlich allen Angehörigen des anderen Teiles für die zu dessen Gunsten begangenen Straftaten sowie für Verstösse gegen die zum Nachteil feindlicher Ausländer ergangenen Ausnahmegesetze.

Die Straffreiheit erstreckt sich nicht auf Handlungen, die nach der Bestätigung des Friedensvertrags begangen werden.

Artikel 23.

Jeder Teil gewährt volle Straffreiheit seinen eigenen Angehörigen in Ansehung der Arbeiten, die sie im Gebiete des anderen Teiles als Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder Verschickte geleistet haben.

Artikel 24.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, weitere Vereinbarungen zu treffen, wonach jeder Teil wegen der zu seinen Ungunsten begangenen Handlungen Freiheit von Strafen und sonstigen Rechtsnachteilen gewährt.

Achtes Kapitel.

Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kauffahrteischiffe und Schiffsladungen.

Artikel 25.

Kauffahrteischiffe eines vertragschliessenden Teiles, die bei Kriegsausbruch in den Häfen des anderen Teiles lagen, werden ebenso wie ihre Ladungen zurückgegeben oder, soweit dies nicht möglich ist, in Geld ersetzt werden. Für die Benutzung solcher Embargoschiffe während des Krieges ist die übliche Tageszeitfracht zu vergüten.

Artikel 26.

Deutsche Kauffahrteischiffe und ihre Ladungen, die sich, abgesehen von den Fällen des Artikel 25, bei der Unterzeichnung dieses Vertrags im Machtbereiche Finnlands befinden oder später dorthin gelangen, sollen zurückgegeben werden, wenn sie bei Kriegsausbruch in einem feindlichen Hafen lagen oder in neutralen Hoheitsgewässern von feindlichen Streitkräften aufgebracht worden sind.

Artikel 27.

Die im Machtbereich eines vertragschliessenden Teiles befindlichen, als Prisen aufgebrachten Kauffahrteischiffe des anderen Teiles sollen, wenn

sie vor der Bestätigung des Friedensvertrags durch rechtskräftiges Urteil eines Prisengerichts kondemniert worden sind und nicht unter die Bestimmungen der Artikel 25, 26 fallen, als endgültig eingezogen angesehen werden; im übrigen sind sie zurückzugeben oder, soweit sie nicht mehr vorhanden sind, in Geld zu ersetzen.

Die Bestimmungen des Absatz 1 finden auf die als Prisen aufgebrachten Schiffsladungen von Angehörigen der vertragschliessenden Teile entsprechende Anwendung. Doch sollen Güter von Angehörigen des einen Teiles, die auf Schiffen feindlicher Flagge in die Gewalt des anderen Teiles geraten sind, in allen Fällen den Berechtigten herausgegeben oder, soweit dies nicht möglich ist, in Geld ersetzt werden.

Artikel 28.

Die Durchführung der in den Artikeln 25 bis 27 enthaltenen Bestimmungen, insbesondere die Festsetzung der zu zahlenden Entschädigungen, erfolgt durch eine gemischte Kommission, die aus je einem Vertreter der vertragschliessenden Teile und einem neutralen Obmann besteht und binnen drei Monaten nach der Bestätigung des Friedensvertrags in Stettin zusammentreten wird; um die Bezeichnung des Obmanns wird der Präsident des Schweizerischen Bundesrats gebeten werden.

Artikel 29.

Die vertragschliessenden Teile werden alles, was in ihrer Macht liegt, tun, damit die nach Artikel 25 bis 27 zurückzugebenden Kauffahrteischiffe nebst ihren Ladungen frei nach der Heimat zurückgelangen können.

Auch werden beide Teile einander bei der Herstellung gesicherter Schiffahrtswege für den durch den Krieg gestörten gegenseitigen Handelsverkehr jede Unterstützung zuteil werden lassen.

Neuntes Kapitel.

Regelung der Aalandfrage.

Artikel 30.

Die vertragschliessenden Teile sind darüber einig, dass die auf den Aaland-Inseln angelegten Befestigungen sobald als möglich zu entfernen und die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln, wie ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht durch ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Russland und Schweden zu regeln sind; hierzu werden auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein.

Zehntes Kapitel.

Schlussbestimmungen.

Artikel 31.

Dieser Friedensvertrag wird bestätigt werden. Die Bestätigungsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden.

Artikel 32.

Der Friedensvertrag tritt, soweit darin nicht ein anderes bestimmt ist, mit seiner Bestätigung in Kraft.

Zur Ergänzung des Vertrags werden binnen vier Monaten nach der Bestätigung Vertreter der vertragschliessenden Teile in Berlin zusammentreten.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 7. März 1918.

(L. S.) *Graf von Hertling.* (L. S.) *Dr. Hjelt.*
(L. S.) *Dr. Erich.*

226.

ALLEMAGNE, FINLANDE.

Convention de commerce et de navigation; signée à Berlin, le 7 mars 1918.*)**)

Deutsches Reichs-Gesetzblatt 1918, No. 85.

Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen Deutschland und Finnland.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Finnische Regierung, von dem Wunsche geleitet, die durch den Krieg zwischen Deutschland und Russland unterbrochenen Beziehungen des freundschaftlichen Verkehrs zwischen Deutschland und Finnland wieder anzuknüpfen und für die Zukunft möglichst erspriesslich zu gestalten, haben beschlossen, ein Handels- und Schiffahrtsabkommen zu vereinbaren, und zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt:

die Kaiserlich Deutsche Regierung:
den Kanzler des Deutschen Reichs, Dr. Grafen von Hertling,
die Finnische Regierung:
Herrn Dr. phil. Edvard Immanuel Hjelt, Staatsrat, stellvertretenden Kanzler der Universität Helsingfors, und
Herrn Dr. jur. Rafael Waldemar Erich, Professor des Staats- und Völkerrechts an der Universität Helsingfors,

welche nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Bestimmungen übereingekommen sind:

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 25 juin 1918.
**) Comp. ci-dessous, No. 227.

Artikel 1.

Da zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und die vertragschliessenden Teile entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben, versteht es sich von selbst, dass auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete feindliche Handlungen zwischen den beiden Ländern ausgeschlossen sein müssen.

Demgemäss werden die vertragschliessenden Teile sich wechselseitig an keinerlei Massnahmen, die auf Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiete hinauslaufen, unmittelbar oder mittelbar beteiligen und innerhalb ihres Staatsgebiets solche Massnahmen, auch wenn sie von privater oder sonstiger Seite ausgehen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verhindern. Andererseits werden sie Hindernisse, die der Wiederaufnahme freundlicher Handels- und Geschäftsbeziehungen entgegenstehen, aus dem Wege räumen und den wechselseitigen Warenaustausch nach Möglichkeit erleichtern.

In der Übergangszeit, die zur Überwindung der Kriegsfolgen und zur Neuordnung der Verhältnisse erforderlich ist, werden sie die Verkehrsbeschränkungen, wie Ausfuhrverbote, Regelung der Einfuhr usw., die während dieser Zeit unumgänglich sind, derart handhaben, dass sie möglichst wenig lästig empfunden werden. Andererseits werden sie in dieser Zeit die Versorgung mit den nötigen Gütern möglichst wenig durch Eingangszölle belasten und daher soweit wie tunlich die während des Krieges festgesetzten Zollbefreiungen und Zollerleichterungen vorübergehend noch länger aufrechterhalten und weiter ausdehnen.

Artikel 2.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Teile sollen im Gebiete des anderen Teiles in bezug auf Handel und sonstige Gewerbe dieselben Rechte und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern zustehen oder zustehen werden.

Sie sollen gleich den Inländern berechtigt sein, bewegliches oder unbewegliches Vermögen zu erwerben, zu besitzen und zu verwalten sowie darüber zu verfügen. Sie sollen weder für ihre Person oder ihren Geschäfts- oder Gewerbebetrieb noch in bezug auf ihren Grundbesitz, ihr Einkommen oder ihr Vermögen grösseren allgemeinen oder örtlichen Abgaben oder Lasten unterliegen als die Inländer.

Die Bestimmung des ersten Absatzes findet keine Anwendung auf Apotheker, Drogisten, Handels- und Börsenmakler, Hausierer und andere Personen, welche ein im Umherziehen ausgeübtes Gewerbe betreiben.

In Festungsrayons und solchen Gebieten, die als Grenzschutzgebiete erklärt sind, ist jeder Staat berechtigt, die Angehörigen des anderen vertragschliessenden Teiles Beschränkungen im Erwerb und in der Benutzung von Grundeigentum zu unterwerfen.

In keinem der vorerwähnten Fälle sollen jedoch die Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles ungünstiger behandelt werden als die Angehörigen irgendeines dritten Landes.

Artikel 3.

Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und andere kommerzielle, industrielle und finanzielle Gesellschaften mit Einschluss der Versicherungsgesellschaften, die in dem Gebiete des einen vertragschliessenden Teiles ihren Sitz haben und nach dessen Gesetzen errichtet sind, sollen auch in dem Gebiete des anderen Teiles als gesetzlich bestehend anerkannt werden und insbesondere das Recht haben, vor Gericht als Kläger und Beklagte aufzutreten. Die Zulassung solcher Gesellschaften des einen vertragschliessenden Teiles zum Gewerbe- oder Geschäftsbetriebe sowie zum Erwerbe von Grundstücken und sonstigem Vermögen in dem Gebiete des anderen Teiles bestimmt sich nach den dort geltenden Vorschriften. Doch sollen die Gesellschaften in diesem Gebiete jedenfalls dieselben Rechte geniessen, welche den gleichartigen Gesellschaften irgendeines dritten Landes zustehen.

Artikel 4.

Die Boden- und Gewerbserzeugnisse des einen Teiles sollen in dem Gebiete des anderen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt werden. Diese Behandlung gilt für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr und im allgemeinen in jeder die Zölle und sonstigen Abgaben, die Eisenbahntarife sowie die Handelsgeschäfte betreffenden Beziehung, ferner für die Behandlung, welche staatliche oder unter staatlicher Kontrolle stehende Monopolverwaltungen des einen vertragschliessenden Teiles den Abnehmern oder Lieferern des anderen Teiles in der Preisstellung oder der sonstigen Geschäftsgebarung zuteil werden lassen.

Artikel 5.

Vorrechte, die einer der vertragschliessenden Teile während des Krieges anderen Ländern durch Erteilung von Konzessionen oder durch andere staatliche Massnahmen gewährt hat, sollen aufgehoben oder auf den anderen Teil durch Gewährung gleichwertiger Rechte ausgedehnt werden.

Artikel 6.

Die Bestimmungen der Artikel 2 bis 5 berechtigen nicht zur Teilnahme an den Begünstigungen,

1. die angrenzenden Ländern zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb einer Grenzzone bis zu fünfzehn Kilometer Breite gegenwärtig oder künftig gewährt werden,
2. die gegenwärtig oder künftig einer der vertragschliessenden Teile den mit ihm zollgeeinten Ländern oder Gebieten gewährt,
3. die Deutschland, Österreich-Ungarn oder einem anderen mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenen Lande, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Österreich-Ungarn zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, oder seinen eigenen Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten oder denen der mit ihm zollverbündeten Länder etwa gewähren wird.

Artikel 7.

Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen.

Ausnahmen, sofern sie auf alle oder doch auf alle diejenigen Länder angewendet werden, bei denen die gleichen Voraussetzungen zutreffen, können in folgenden Fällen stattfinden:

1. in Beziehung auf Kriegsbedarf unter ausserordentlichen Umständen,
2. aus Rücksichten auf die öffentliche Sicherheit,
3. aus Rücksichten der Gesundheitspolizei oder zum Schutze von Tieren oder Nutzpflanzen gegen Krankheiten oder Schädlinge,
4. zu dem Zwecke, um hinsichtlich fremder Waren Verbote oder Beschränkungen, die durch die innere Gesetzgebung für die Erzeugung, den Vertrieb, die Beförderung oder den Verbrauch gleichartiger einheimischer Waren im Inland festgesetzt sind oder festgesetzt werden, durchzuführen.

Artikel 8.

Innere Abgaben, welche im Gebiete des einen der vertragschliessenden Teile für Rechnung des Staates, der Gemeinden oder der Korporationen von der Hervorbringung, der Zubereitung, der Beförderung, dem Vertrieb oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses gegenwärtig oder künftig erhoben werden, dürfen auch den gleichartigen Erzeugnissen des anderen Teiles auferlegt werden, diese jedoch unter keinem Vorwand höher oder in lästigerer Weise treffen als die Erzeugnisse des eigenen Landes. Soweit innere Abgaben auf Rohstoffe oder Halbwaren gelegt werden, soll die Feststellung eines angemessenen Steuerausgleichs für die Einfuhr von Erzeugnissen, welche aus oder mit solchen Rohstoffen oder Halbwaren gewonnen werden, auch dann statthaft sein, wenn die gleichartigen inländischen Erzeugnisse nicht unmittelbar den Gegenstand der Abgabe bilden.

Es bleibt jedem der vertragschliessenden Teile unbenommen, geeignete Waren einem Staatsmonopol oder einer zur Gewinnung von Staatseinnahmen dienenden monopolähnlichen Regelung zu unterwerfen. Die vorstehenden Grundsätze finden in diesem Falle entsprechende Anwendung.

Artikel 9.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den zuständigen Behörden des Heimatlandes ausgefertigten Gewerbe-Legitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, die gesetzlichen Steuern und Abgaben entrichten, sollen befugt sein, persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende im Gebiete des anderen vertragschliessenden Teiles, soweit es den Angehörigen des eigenen Landes gestattet ist, bei Kaufleuten oder in offenen Verkaufsstellen oder bei solchen Personen, welche die Waren produzieren, Warenankäufe zu machen oder bei Kaufleuten in deren Geschäftsräumen oder bei solchen Personen, in deren Gewerbebetriebe Waren der angebotenen Art Verwendung finden, Bestellungen zu suchen. Weder

in dem einen noch in dem anderen Falle sollen sie hierfür eine besondere Abgabe entrichten müssen.

Die Inhaber der Gewerbe-Legitimationskarten dürfen nur Warenmuster, aber keine Waren mit sich führen.

Die vertragschliessenden Teile werden sich gegenseitig Mitteilung darüber machen, welche Behörden zur Erteilung von Gewerbe-Legitimationskarten befugt sein sollen, und welche Vorschriften von den Inhabern dieser Karten bei Ausübung ihrer Tätigkeit als Handlungsreisende zu beachten sind.

Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den vorbezeichneten Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben unter der Voraussetzung zugestanden, dass diese Gegenstände binnen einer Frist von sechs Monaten wieder ausgeführt werden und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist, wobei es gleichgültig sein soll, über welches Zollamt die Gegenstände ausgeführt werden.

Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrags der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden.

Die Erkennungszeichen (Stempel, Siegel, Bleie usw.), die zur Wahrung der Identität der Muster amtlich angelegt worden sind, sollen gegenseitig anerkannt werden, und zwar in dem Sinne, dass die von der Zollbehörde des Ausfuhrlandes angelegten Zeichen auch in dem anderen Lande zum Beweise der Identität dienen. Die beiderseitigen Zollämter dürfen jedoch weitere Erkennungszeichen anlegen, falls dies im einzelnen Falle notwendig erscheint.

Artikel 10.

Während des Bestehens dieses Abkommens wird der finnische Zolltarif nach dem Stande vom 1. Januar 1914 gegenüber Deutschland in Anwendung kommen. Der Tarif kann während dieser Zeit Deutschland gegenüber weder erhöht noch durch Zölle auf am 1. Januar 1914 zollfreie Waren erweitert werden. Die Finnische Regierung behält sich jedoch vor, vorzuschreiben, dass die im genannten Zolltarif in Finnischer Mark festgesetzten Zölle entweder in Gold oder nach Wahl des Zollpflichtigen in Papier zum Goldwert zu entrichten sind.

Artikel 11.

Auf Eisenbahnen soll hinsichtlich der Gestellung und Benutzung der Beförderungsmittel und der übrigen Einrichtungen, hinsichtlich der Abfertigung und hinsichtlich der Beförderungspreise und der übrigen Abgaben kein Unterschied zwischen Deutschen und Finnländern oder den Angehörigen des meistbegünstigten dritten Landes und ihren Gütern bestehen.

Artikel 12.

Jeder der vertragschliessenden Teile wird die Seeschiffe des anderen und deren Ladungen unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben wie die eigenen Schiffe zulassen, so dass ein Unterschied wegen

der Nationalität der Schiffe in keiner Weise und auch nicht hinsichtlich der Zollbehandlung der ein-, aus- und durchgeführten Waren sowie auch nicht hinsichtlich der anschliessenden oder vorhergehenden Beförderung auf Eisenbahnen oder Wasserwegen stattfindet.

Jedes Vorrecht und jede Befreiung, welche in dieser Hinsicht oder sonst in bezug auf Schiffahrt von einem der vertragschliessenden Teile einer dritten Macht gegenwärtig oder künftig eingeräumt ist, soll ohne weiteres und bedingungslos auch dem anderen Teile zustehen.

Von den Bestimmungen dieses Artikels wird eine Ausnahme in betreff derjenigen besonderen Begünstigungen, welche den Erzeugnissen des inländischen Fischfanges in dem einen oder dem anderen Lande jetzt oder in Zukunft gewährt werden sollten sowie in betreff der Küstenschiffahrt gemacht. Indes soll jeder der beiden Teile alle Rechte und Begünstigungen, welche der andere Teil hinsichtlich der Küstenschiffahrt irgend einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird, insoweit für seine Schiffe in Anspruch nehmen können, als er den Schiffen des anderen Teiles für sein Gebiet dieselben Rechte und Begünstigungen einräumt.

Artikel 13.

Um die Rechtsbeziehungen zwischen beiden Ländern hinsichtlich des Schutzes des gewerblichen Eigentums und des Urheberrechts mit den im internationalen Verkehr anerkannten Rechtsgrundsätzen in Einklang zu bringen, verpflichten sich beide Regierungen, dass zur Gewährung eines gegenseitigen Schutzes die zuletzt international vereinbarten Regeln, und zwar:

1. für den Schutz auf dem Gebiete des gewerblichen Eigentums die Bestimmungen der revidierten Pariser Übereinkunft vom 2. Juni 1911,*)
2. für den Schutz auf dem Gebiete des literarischen und künstlerischen Urheberrechts die Bestimmungen der revidierten Berner Übereinkunft vom 13. November 1908**)

derart massgebend sein sollen, als ob sie Inhalt dieses Vertrags wären.

Artikel 14.

Die vertragschliessenden Teile kommen überein, zwischen beiden Ländern den Post- und Telegraphenverkehr unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Weltpostvertrags***) und seiner Nebenabkommen, des Internationalen Telegraphenvertrags†) und des Internationalen Funkentelegraphenvertrags††) aufzunehmen. Die näheren Festsetzungen erfolgen durch Abkommen, die zwischen den beiderseitigen Verwaltungen geschlossen werden.

*) V. N. R. G. 3. s. VIII, p. 760. **) V. N. R. G. 3. s. IV, p. 590.
***) V. N. R. G. 3. s. I, p. 355.
†) V. N. R. G. 2. s. III, 614; 3. s. V, p. 208.
††) V. N. R. G. 3. s. III, p. 147.

Schon jetzt wird vereinbart:

1. die Telegramme werden bis auf weiteres über Schweden geleitet,
2. als Wortgebühr für ein gewöhnliches Telegramm ist der Betrag von 25 Centimen in Aussicht genommen. Die Festsetzung der Anteile der beteiligten Länder bleibt der Vereinbarung der Verwaltungen vorbehalten.

Artikel 15.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, zur Regelung der Konsularverhältnisse, der Nachlässe, des Rechtsschutzes und der Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten tunlichst bald Verträge abzuschliessen, die den Anschauungen und den Verhältnissen der Gegenwart entsprechen. Bis zum Inkrafttreten dieser Verträge sollen zwischen den beiden Ländern die Bestimmungen der nachstehenden Vereinbarungen Anwendung finden:

1. des deutsch-russischen Konsularvertrags vom $\frac{\text{8. Dezember}}{\text{26. November}}$ 1874,*)
2. der deutsch-russischen Konvention über die Regulierung von Hinterlassenschaften vom $\frac{\text{12. November}}{\text{31. Oktober}}$ 1874,**)
3. des Haager Abkommens über den Zivilprozess vom 17. Juli 1905***) und des Notenwechsels, betreffend die wechselseitige Befreiung des Deutschen Reichs und Russlands von der ihnen für Ausländer in Rechtsstreitigkeiten obliegenden Verpflichtung zur Sicherheitsleistung, Vorschusszahlung und Gebührenentrichtung, vom $\frac{\text{8. September}}{\text{27. August}}$ 1897.†)

Ferner verpflichten sich die beiden vertragschliessenden Teile, sobald wie möglich in Verhandlungen über den Abschluss eines Vertrags über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen auf neuzeitlicher Grundlage einzutreten. Bis zum Inkrafttreten dieses Vertrags räumen sie sich gegenseitig die Rechte und Begünstigungen ein, die jeder Teil mit Beziehung auf die Auslieferung von Verbrechern und die Rechtshilfe in Strafsachen der meistbegünstigten Nation eingeräumt hat oder künftig einräumen wird, sofern der ersuchende Teil bei Stellung des Antrags dem ersuchten Teile die Gegenseitigkeit für gleiche Fälle zusichert.

Artikel 16.

Jeder vertragschliessende Teil wird die Zeitwanderung seiner Angehörigen in das Gebiet des anderen Teiles zur Beschäftigung in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben gestatten und sie in keiner Weise, insbesondere auch nicht durch Passerschwerungen, hindern. Die Vertreter von Organisationen, die im Gebiete des einen Teiles zur Vermittlung der Anwerbung solcher Arbeiter gegründet sind, und die von der Regierung dieses Teiles der Regierung des anderen Teiles bezeichnet werden, sollen im Gebiete des letzteren ohne weiteres zugelassen werden und ihre Vermittlungstätigkeit ungehindert ausüben dürfen.

---

*) V. N. R. G. 2. s. I, p. 233.
**) V. N. R. G. 2. s. I, p. 229.
***) V. N. R. G. 3. s. II, p. 243.
†) V. N. R. G. 2. s. XXXII, p. 266.

Artikel 17.

Dieses Abkommen soll zwei Wochen nach dem Austausch der Bestätigungsurkunden in Wirksamkeit treten und bis zur Inkraftsetzung eines Handels- und Schiffahrtsvertrags, über dessen Abschluss die vertragschliessenden Teile tunlichst bald in Verhandlungen treten werden, in Geltung bleiben.

Sollte bis zum 31. Dezember 1920 der Handels- und Schiffahrtsvertrag nicht abgeschlossen und in Kraft getreten sein, so soll jeder der vertragschliessenden Teile befugt sein, das gegenwärtige Abkommen mit einjähriger Frist zu kündigen.

Artikel 18.

Dieses Abkommen wird bestätigt werden. Die Bestätigungsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin, am 7. März 1918.

(L. S.) *Graf von Hertling.* (L. S.) *Dr. Hjelt.*
(L. S.) *Dr. Erich.*

227.

ALLEMAGNE, FINLANDE.

Protocole additionnel aux Traités de paix, de commerce et de navigation, signés le 7 mars 1918;*) du 7 mars 1918, suivi d'un Echange de notes du 7 au 11 mars 1918.

Drucksachen des Deutschen Reichstages, 13. Leg.-Per., II. Sess., 1914/18. Nr. 1396.

Zusatzprotokoll und Notenwechsel zum Friedensvertrag und zum Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen Deutschland und Finnland.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Kaiserlich Deutschen Regierung und der Finnischen Regierung, nämlich:

für die Kaiserlich Deutsche Regierung:
der Kanzler des Deutschen Reichs, Dr. Graf von Hertling,
für die Finnische Regierung:
Herr Dr. phil. Edvard Immanuel Hjelt, Staatsrat, stellvertretender Kanzler der Universität Helsingfors, und
Herr Dr. jur. Rafael Waldemar Erich, Professor des Staats- und Völkerrechts an der Universität Helsingfors,

*) V. ci-dessus No. 225, 226.

stellen bei Unterzeichnung des Friedensvertrags und des Handels- und Schiffahrtsabkommens zwischen Deutschland und Finnland fest, dass unter ihnen über folgende Punkte Einverständnis besteht:

1. Es werden nachträglich finnische und schwedische Texte des Friedensvertrags und des Handels- und Schiffahrtsabkommens angefertigt werden. Diese Texte, die durch eine aus der gleichen Anzahl von Vertretern beider Vertragsteile zu bildende Kommission geprüft werden, sollen nach erfolgter Genehmigung in gleicher Weise wie der deutsche Text als Wortlaut des Friedensvertrags und des Handels- und Schiffahrtsabkommens massgebend sein.

2. Die Deutsche Regierung wird sich bemühen, dass der Schaden, für den Finnland gemäss Artikel 15 des Friedensvertrags haftet, von der Russischen Regierung an Finnland erstattet wird, soweit er nachweislich durch völkerrechtswidrige Gewaltakte russischer staatlicher Organe entstanden ist.

3. Die Finnische Regierung wird sich bei den in Artikel 24 des Friedensvertrags vorbehaltenen Vereinbarungen verpflichten, ihren Angehörigen für alle Handlungen, die sie bis zur Bestätigung des Friedensvertrags im Kriege oder vor dem Kriege zu Gunsten Deutschlands begangen haben, volle Straffreiheit zu gewähren und ihnen auch sonst keinerlei rechtliche Nachteile zuzufügen.

4. Die der Finnischen Regierung nach Artikel 25 des Friedensvertrags obliegende Verpflichtung zur Rückgabe deutscher Kauffahrteischiffe und ihrer Ladungen oder zum Wertersatz tritt hinsichtlich derjenigen Schiffe und Ladungen, welche von der Russischen Regierung fortgeführt oder zerstört worden sind, für den Fall nicht ein, dass Rückgabe oder Ersatz von der Russischen Regierung innerhalb eines Jahres nach der Bestätigung des Friedensvertrags erfolgt. Soweit solche Schiffe von der Russischen Regierung benutzt worden sind, gilt das gleiche hinsichtlich der für die Benutzung der Schiffe zu leistenden Vergütung.

5. Über den Post-, Telegraphen- und Reiseverkehr zwischen Deutschland und Finnland sollen durch eine gemischte Kommission Übergangsbestimmungen getroffen werden, die dem Umstande Rechnung tragen, dass sich Deutschland noch mit anderen Mächten im Kriegszustande befindet.

Dieses Protokoll soll ohne besondere Bestätigung mit dem Austausch der Bestätigungsurkunden zum Friedensvertrag und zum Handels- und Schiffahrtsabkommen als von beiden Regierungen genehmigt gelten.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 7. März 1918.

Graf von Hertling. *Dr. Hjelt.*
Dr. Erich.

Die Bevollmächtigten
der Finnischen Regierung.

Berlin, den 7. März 1918.

Die Unterzeichneten beehren sich, Seiner Exzellenz dem Kanzler des Deutschen Reichs, Herrn Dr. Grafen von Hertling, mitzuteilen:

Nach Artikel 2 des Handels- und Schiffahrtsabkommens zwischen Finnland und dem Deutschen Reiche vom heutigen Tage sollen die Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles in bezug auf Handel und Gewerbe den Inländern gleichgestellt sein.

Von der Finnischen Regierung wird vorausgesetzt, dass durch diese Bestimmung vorerst keine Änderung der in Finnland geltenden Vorschriften bewirkt wird, welche in bezug auf Gesellschaften gewisser Art für die Mitgliedschaft oder für die Besetzung des Vorstandes die finnische Staatsangehörigkeit zur Bedingung machen.

Die Finnische Regierung wird jedoch mit tunlichster Beschleunigung dem finnischen Landtag ein Gesetz vorschlagen, durch welches ermöglicht wird, auch in dieser Hinsicht die Angehörigen des Deutschen Reichs den Inländern gleichzustellen, und wird das Ihrige tun, um dieses Gesetz zur Annahme zu bringen und in Kraft zu setzen.

Die Unterzeichneten benutzen auch diesen Anlass, um Seiner Exzellenz dem Herrn Kanzler des Deutschen Reichs die Versicherung ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Dr. Hjelt. *Dr. Erich.*

An den Kanzler des Deutschen Reichs,
Herrn Dr. Grafen von Hertling, Exzellenz.

Der Reichskanzler.
Ausw. Amt Fr. II. 676.

Berlin, den 7. März 1918.

Der Unterzeichnete beehrt sich, den Bevollmächtigten der Finnischen Regierung, Herrn Staatsrat Dr. Hjelt und Herrn Professor Dr. Erich, den Empfang der gefälligen Note vom heutigen Tage zu bestätigen. Namens der Kaiserlich Deutschen Regierung hat er davon Akt genommen, dass die Finnische Regierung mit tunlichster Beschleunigung dem finnischen Landtag ein Gesetz vorschlagen wird, durch welches ermöglicht werden soll, die Angehörigen des Deutschen Reichs in Finnland hinsichtlich der Zulassung zur Mitgliedschaft und zum Vorstand von kommerziellen, industriellen und finanziellen Gesellschaften den Inländern gleichzustellen, und dass sie das Ihrige tun wird, um dieses Gesetz zur Annahme zu bringen und in Kraft zu setzen.

Der Unterzeichnete benutzt auch diesen Anlass, um den Herren Bevollmächtigten der Finnischen Regierung die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Graf von Hertling.

An die Bevollmächtigten der Finnischen Regierung,
Herrn Staatsrat Dr. Hjelt, Hochwohlgeboren, und
Herrn Professor Dr. Erich, Hochwohlgeboren.

Auswärtiges Amt.
Fr. IIIa 89.

Berlin, den 11. März 1918.

Der Unterzeichnete beehrt sich, den Bevollmächtigten der Finnischen Regierung, Herrn Staatsrat Dr. Hjelt und Herrn Professor Dr. Erich, nachstehendes mitzuteilen.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung legt Wert darauf, dass die Vertreter der Deutschen und der Finnischen Regierung, die zur Ergänzung des Friedensvertrags zwischen Deutschland und Finnland vom 7. d. M. zusammentreten sollen (Artikel 32 Abs. 2), auch damit beauftragt werden, die Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrags sowie des Handels- und Schiffahrtsabkommens zwischen Deutschland und Finnland vom gleichen Tage auf die deutschen Schutzgebiete zu regeln.

Indem der Unterzeichnete einer gefälligen Antwort darüber entgegensieht, ob die Finnische Regierung bereit ist, dieser Anregung zu entsprechen, benutzt er auch diesen Anlass, um den Herren Bevollmächtigten der Finnischen Regierung die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

gez. *von Stumm.*

An die Bevollmächtigten der Finnischen Regierung,
Herrn Staatsrat Dr. Hjelt, Hochwohlgeboren und
Herrn Professor Dr. Erich, Hochwohlgeboren.

Die Bevollmächtigten
der Finnischen Regierung.

Berlin, den 11. März 1918.

Die Unterzeichneten beehren sich, dem Herrn Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte von Stumm den Empfang des gefälligen Schreibens vom heutigen Tage — Fr. IIIa 89 — zu bestätigen und zugleich zu erklären, dass die Finnische Regierung der darin enthaltenen Anregung der Kaiserlich Deutschen Regierung wegen der Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrags sowie des Handels- und Schiffahrtsabkommens zwischen Deutschland und Finnland auf die deutschen Schutzgebiete Folge geben wird.

Die Unterzeichneten benutzen auch diesen Anlass, um dem Herrn Unterstaatssekretär die Versicherung ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. *Hjelt.* gez. *Erich.*

An den
Herrn Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte
Herrn von Stumm, Hochwohlgeboren.

228.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE, BULGARIE, TURQUIE, ROUMANIE.

Préliminaires de paix; signés à Buftéa, le 5 mars 1918.

Copie officielle.

Beseelt von dem gemeinsamen Wunsche, den Kriegszustand zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien andererseits zu beenden und den Frieden wiederherzustellen, sind die Unterzeichneten, und zwar:

der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat, Herr Richard von Kühlmann als Bevollmächtigter Deutschlands,

der Minister des Kaiserlichen und Königlichen Hauses und des Äussern, Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät Geheimer Rat, Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz als Bevollmächtigter Österreich-Ungarns,

der Vizepräsident der Sobranje Herr Dr. Momtschiloff als Bevollmächtigter Bulgariens,

Seine Hoheit der Grosswesir Talaat Pascha als Bevollmächtigter der Türkei einerseits

und Herr C. Argetoiano als Bevollmächtigter Rumäniens andererseits

nach Prüfung ihrer Vollmachten dahin übereingekommen, dass, nachdem der zu Focsani am 9. Dezember 1917 unterzeichnete Waffenstillstands-Vertrag am 2. März 1918 gekündigt und am 5. März 1918 12 Uhr mittags abgelaufen ist, vom 5. März 1918 Mitternacht an eine vierzehntägige Waffenruhe mit dreitägiger Kündigungsfrist laufen soll. Zwischen den Unterzeichneten besteht vollkommene Übereinstimmung darüber, dass innerhalb dieses Zeitraums der endgültige Frieden abzuschliessen ist, und zwar auf Grundlage nachstehender Vereinbarung:

1. Rumänien tritt an die Verbündeten Mächte die Dobrudscha bis zur Donau ab.

2. Die Mächte des Vierbundes werden für die Erhaltung eines Handelswegs für Rumänien über Konstanza nach dem Schwarzen Meere Sorge tragen.

3. Die von Österreich-Ungarn geforderten Grenzberichtigungen an der österreichisch-ungarisch-rumänischen Grenze werden rumänischerseits grundsätzlich angenommen.

4. Ebenso werden der Lage entsprechende Massnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete grundsätzlich zugestanden.

5. Die Rumänische Regierung verpflichtet sich, sofort mindestens acht Divisionen der rumänischen Armee zu demobilisieren. Die Leitung der Demobilmachung wird gemeinsam durch das Oberkommando der Heeresgruppe Mackensen und die rumänische Oberste Heeresleitung erfolgen.

Sobald zwischen Russland und Rumänien der Frieden wiederhergestellt ist, werden auch die übrigen Teile der rumänischen Armee zu demobilisieren sein, soweit sie nicht zum Sicherheitsdienst an der russisch-rumänischen Grenze benötigt werden.

6. Die rumänischen Truppen haben sofort das von ihnen besetzte Gebiet der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zu räumen.

7. Die Rumänische Regierung verpflichtet sich, den Transport von Truppen der Verbündeten Mächte durch die Moldau und Bessarabien nach Odessa eisenbahntechnisch mit allen Kräften zu unterstützen.

8. Rumänien verpflichtet sich, die noch in rumänischen Diensten stehenden Offiziere der mit dem Vierbund im Kriege befindlichen Mächte sofort zu entlassen; diesen Offizieren wird seitens der Vierbundmächte freies Geleit zugesichert.

9. Dieser Vertrag tritt sofort in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Buftea am 5. März 1918.

(Unterschriften.)

229.

ALLEMAGNE, AUTRICHE-HONGRIE, BULGARIE, TURQUIE, ROUMANIE.

Traité de paix; signé à Bucarest, le 7 mai 1918.*)

Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien andererseits.

Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rumänien andererseits, von dem Wunsche geleitet, den Kriegszustand zwischen ihnen zu beenden und die freundschaftlichen Beziehungen ihrer Völker auf politischem, rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete wiederherzustellen, haben beschlossen, die in Buftea am 5. März 1918 unterzeichneten Friedens-Präliminarien**) in einen endgültigen Friedensvertrag umzugestalten. Demzufolge sind die Bevollmächtigten der Regierungen der vorbezeichneten Mächte, nämlich

---

*) Non ratifié. **) V. ci-dessus, p. 855.

für die Kaiserlich Deutsche Regierung
der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat, Herr Richard von Kühlmann,
der Kaiserliche Wirkliche Geheime Rat Herr Paul von Körner,
der Direktor im Auswärtigen Amte, Kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat, Herr Dr. Johannes Kriege,
der Königlich Preussische Generalmajor Herr Emil Hell, Chef des Generalstabs des Oberkommandos der Heeresgruppe von Mackensen.
der Kaiserliche Kapitän zur See Herr Hans Bene;

für die K. u. K. gemeinsame Österreichisch-Ungarische Regierung
der Minister des Kaiserlichen und Königlichen Hauses und des Äussern, Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät Geheimer Rat, Herr Stephan Baron Burián von Rajecz;

für die Königlich Bulgarische Regierung
der Königliche Ministerpräsident und Minister des Äussern Herr Dr. Wassil Radoslavoff,
der Königliche Finanzminister Herr Dimiter Tontscheff,
der Königliche Generalmajor Herr Peter Tantiloff,
der Abgeordnete zur Nationalversammlung Herr Ivan Kostoff,
der Professor an der Universität Sofia, Herr Dr. Lubomir Miletitsch;

für die Kaiserlich Osmanische Regierung
der Kaiserliche Minister des Äussern Ahmed Nessimy Bey,
der Kaiserliche General der Kavallerie Ahmed Izzet Pascha,
der Unterstaatssekretär im Kaiserlichen Ministerium des Äussern Réchad Hikmet Bey;

für die Königlich Rumänische Regierung
der Königliche Ministerpräsident Herr Alexandru Marghiloman,
der Königliche Minister des Äussern Herr Constantin C. Arion,
der Königliche bevollmächtigte Minister Herr Joan N. Papiniu und
der Königliche bevollmächtigte Minister zur Disposition Herr Mihail N. Burghele,

zur Weiterführung der Friedensverhandlungen in Bukarest zusammengetreten und, nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Erstes Kapitel.

Wiederherstellung von Friede und Freundschaft.

Artikel I.

Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rumänien andererseits erklären, dass der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Die vertragschliessenden Teile sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Artikel II.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragschliessenden Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrags wiederaufgenommen werden.

Wegen der Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben weitere Vereinbarungen vorbehalten.

Zweites Kapitel.

Demobilisierung der rumänischen Streitkräfte.

Artikel III.

Die im Gange befindliche Demobilisierung der rumänischen Armee wird unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags nach Massgabe der in den Artikeln IV bis VII enthaltenen Bestimmungen durchgeführt werden.

Artikel IV.

Die allgemeinen militärischen Dienststellen, höheren Kommandobehörden und militärischen Anstalten bleiben bestehen, wie sie im letzten Friedens-Budget vorgesehen waren.

Die Divisionen 11 bis 15 setzen ihre Demobilisierung fort, wie dies im Vertrage von Focsani vom 8. März 1918 bestimmt worden ist.

Von den rumänischen Divisionen 1 bis 10 bleiben die zur Zeit in Bessarabien verwendeten 2 Infanterie-Divisionen, mit Einschluss der aus den aufgelösten Jäger-Divisionen ausscheidenden Jäger-Bataillone, und die 2 Kavallerie-Divisionen der rumänischen Armee auf Kriegsstärke, bis infolge der in der Ukraine durchgeführten militärischen Operationen der Verbündeten Mächte eine Gefahr für die Grenzen Rumäniens nicht mehr besteht.

Die übrigen 8 Divisionen sollen in der Moldau unter Beibehaltung ihrer Stäbe und Kommandobehörden in verringerter Friedensstärke erhalten bleiben. Sie werden sich aus je 4 Infanterie-Regimentern zu je 3 Bataillonen, 2 Kavallerie-Regimentern zu je 4 Eskadrons, 2 Feldartillerie-Regimentern zu je 7 Batterien, einem Pionier-Bataillon sowie der erforderlichen, noch näher zu vereinbarenden Anzahl technischer Truppen und Trains zusammensetzen; dabei soll die Gesamtsumme der Infanterie dieser 8 Divisionen die Zahl von 20000 Mann, der Kavallerie von 3200 Mann und der gesamten Artillerie der rumänischen Armee, abgesehen von den mobil bleibenden Divisionen, die Zahl von 9000 Mann nicht überschreiten.

Die in Bessarabien mobil bleibenden Divisionen sind im Falle der Demobilmachung auf denselben verringerten Friedensstand zu bringen wie die im Absatz 4 erwähnten 8 Divisionen.

Alle übrigen rumänischen Truppenteile, die nicht im Frieden bestanden haben, werden aufgelöst.

Die aktive Dienstzeit bleibt die gleiche wie im Frieden. Reservisten, mit Einschluss der Mannschaften der Calarasch-Regimenter, sollen bis zum Abschluss des allgemeinen Friedens nicht zu Übungen eingezogen werden.

Artikel V.

Die infolge der Herabsetzung oder Auflösung der rumänischen Truppenteile verfügbaren Geschütze, Maschinengewehre, Handwaffen, Pferde-, Wagen- und Munitionsbestände werden bis zum Abschluss des allgemeinen Friedens dem Oberkommando der verbündeten Streitkräfte in den besetzten rumänischen Gebieten zur Aufbewahrung übergeben werden, wo sie von rumänischen Depot-Truppen unter Oberaufsicht des Oberkommandos bewacht und verwaltet werden.

Die der rumänischen Armee in der Moldau zu belassende Munition wird auf 250 Patronen für das Gewehr, auf 2500 Patronen für das Maschinengewehr und auf 150 Schuss für das Geschütz festgesetzt.

Die rumänische Armee ist berechtigt, aus den Depots der besetzten Gebiete unbrauchbares Material im Einvernehmen mit dem Oberkommando der verbündeten Streitkräfte auszutauschen und aus den Munitions-Depots Ersatz für verschossene Munition anzufordern.

Die mobil bleibenden Divisionen in Bessarabien behalten die ihnen kriegsmässig zustehende Munition.

Artikel VI.

Die demobilisierten rumänischen Truppen sollen bis zur Räumung der besetzten rumänischen Gebiete in der Moldau verbleiben. Ausgenommen hiervon sind die im Artikel V Abs. 1 erwähnten, zur Unterhaltung der in diesen Gebieten niedergelegten Waffen und Materialbestände erforderlichen Dienststellen und Mannschaften.

Die demobilisierten Mannschaften und Reserve-Offiziere können in die besetzten Gebiete zurückkehren. Aktive und ehemals aktive Offiziere bedürfen zur Rückkehr in diese Gebiete der Erlaubnis des Oberkommandos der verbündeten Streitkräfte.

Artikel VII.

Zu dem rumänischen Oberbefehlshaber in der Moldau tritt ein Generalstabsoffizier der Verbündeten Mächte mit Stab, zu dem Oberkommando der verbündeten Streitkräfte in den besetzten rumänischen Gebieten ein rumänischer Generalstabsoffizier mit Stab als Verbindungsoffizier.

Artikel VIII.

Die rumänischen Fluss- und Seestreitkräfte werden bis zur Klärung der Verhältnisse in Bessarabien in ihrer vollen Bemannung und Ausrüstung belassen, soweit die Bemannung nicht nach Artikel IX eingeschränkt werden soll. Alsdann sind diese Streitkräfte auf den gewöhnlichen Friedensstand zu bringen.

Ausgenommen hiervon sind die für Zwecke der Strompolizei erforderlichen Flussstreitkräfte und die auf dem Schwarzen Meere zum Schutze der Handelsschiffahrt und zur Herstellung minenfreier Fahrstrassen verwendbaren Seestreitkräfte. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags werden diese Flussstreitkräfte auf Grund besonderer Ver-

einbarung den mit der Strompolizei beauftragten Organen zur Verfügung gestellt. Über die Seestreitkräfte erhält die Nautisch-Technische Schwarze-Meer-Kommission das Verfügungsrecht; zur Herstellung der Verbindung mit dieser Kommission ist ihr ein rumänischer Seeoffizier zuzuteilen.

Artikel IX.

Alle im Heere und Marine stehenden Mannschaften, die im Frieden in den Häfen oder in der Schiffahrt tätig gewesen sind, sollen bei der Demobilisierung zuerst entlassen werden, um in ihrer früheren Tätigkeit Verwendung finden zu können.

Drittes Kapitel.

Gebietsabtretungen.

Artikel X.

Über die nach Nr. 1 der Friedens-Präliminarien von Rumänien abzutretende Dobrudscha werden die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

A.

Rumänien tritt das ihm nach dem Bukarester Friedensvertrag von 1913*) zugefallene bulgarische Gebiet an Bulgarien mit einer Grenzberichtigung zu dessen Gunsten wieder ab, dergestalt, dass in der Dobrudscha die neue bulgarische Grenze, die auf der anliegenden Karte mit roter Farbe eingetragen ist, fortan wie folgt verläuft:

Die neue Grenze Bulgariens in der Dobrudscha beginnt an einem westlich vom Dorfe Cochirleni an der Donau gelegenen Punkte, wobei der den südlich vom Dorfe Cochirleni gelegenen See und die Donau verbindende Bach Bulgarien zufällt. Sie führt durch die Mitte des südlich vom Dorfe Cochirleni gelegenen Sees und durch die Mitte des Teiches, der nördlich des Dorfes Ivrinez Mic liegt, folgt dem Talweg des Tales Pestera, führt nördlich vom nördlichen Rande des Dorfes Saidia, das Bulgarien zufällt, schneidet die Höhe zwischen den Dörfern Saidia und Mircea Voda, führt nördlich vom nördlichen Rande des Dorfes Mircea Voda, das Bulgarien zufällt, folgt sodann dem Kamm der Höhe, die sich östlich vom Dorfe Mircea Voda erhebt, schneidet die Kote 127 (Idris Kiruos), setzt in östlicher Richtung bis zum Trajanswall fort, den sie etwa 2½ Kilometer nördlich der Kote 129 erreicht, folgt sodann dem Trajanswall bis zu einem südlich vom Dorfe Osmancea gelegenen Punkte und dann dem Talweg des die Dörfer Osmancea und Omurcea verbindenden Tales, läuft nördlich des nördlichen Randes des Dorfes Omurcea, das Bulgarien zufällt, sodann in östlicher Richtung bis zur Kote 68 (Pipiliga Juk), schneidet diese und hält die östliche Richtung ein, indem sie Orta Tabia und dann 1 Kilometer nördlich vom nördlichen Rande des Dorfes Agigea, das Bulgarien zufällt, die Chaussee Konstanza-Techirghiol schneidet, läuft in südöstlicher

*) V. N. R. G. 3. s. VIII, p. 61.

Richtung in den östlich vom Dorfe Agigea gelegenen See und durchquert ihn so, dass sie in der Mitte des östlichen Ufers austritt, um in das Schwarze Meer zu münden.

Die im Eingang erwähnte Karte bildet einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrags. Eine aus Vertretern der Verbündeten Mächte zusammengesetzte Kommission soll alsbald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags an Ort und Stelle die neue Grenzlinie in der Dobrudscha feststellen und vermarken.

Die Donaugrenze zwischen dem an Bulgarien abgetretenen Gebiet und Rumänien folgt dem Talweg des Stromes. Wegen der Bestimmung des Talwegs soll alsbald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags das Nähere zwischen den beiden Mächten vereinbart werden; die Vermarkung wird im Herbste 1918 bei niedrigem Wasserstand erfolgen.

B.

Rumänien tritt an die Verbündeten Mächte den nördlich der unter A beschriebenen neuen Grenzlinie liegenden Teil der Dobrudscha bis zur Donau ab, und zwar zwischen der Gabelung des Stromes und dem Schwarzen Meere bis zum St. Georgsarm.

Die Donaugrenze zwischen dem an die Verbündeten Mächte abgetretenen Gebiet und Rumänien wird durch den Talweg des Stromes gebildet. Wegen der Bestimmung des Talwegs soll alsbald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags das Nähere zwischen den beteiligten Mächten vereinbart werden; die Vermarkung wird im Herbste 1918 bei niedrigem Wasserstand erfolgen.

Die Verbündeten Mächte werden dafür Sorge tragen, dass Rumänien einen gesicherten Handelsweg nach dem Schwarzen Meere über Cernavoda-Konstanza erhält.

Artikel XI.

Rumänien ist damit einverstanden, dass seine Grenze zu Gunsten Österreich-Ungarns eine Berichtigung erfährt, dergestalt, dass die auf der anliegenden Karte mit roter Farbe eingetragene neue Grenze fortan wie folgt verläuft:

Die neue Grenze beginnt beim Eisenbahndurchlass westlich Turn-Severin, südlich Dudasu.

Im weiteren Verlaufe führt sie 400 Meter westlich der westlichsten Häuser von Dudasu und am Westrand des Ortes Seretu, über das J der Beschreibung Bach Jidoscita, über das J der Beschreibung Ort Jidoscita, über Kote 682 D. Matoret (Höhe fällt Ungarn zu), sodann längs der von der genannten Kote nach Ciresiu führenden Landstrasse, wobei die Strasse Ungarn zufällt, am Westrand von Ciresiu, entlang des Feldwegs über das N der Beschreibung Jupanesci, auf das E der Beschreibung Gornenti, über das E der Beschreibung Costesci, auf Kote 1333 Mt. Sec (Höhe fällt Ungarn zu), von da direkt in nördlicher Richtung zur gegenwärtigen Grenze zwischen Rumänien und Ungarn, welche bis zur Einmündung des Baches Craiova in die Cserna aufrecht bleibt.

Die neue Grenze bildet von der genannten Einmündung die Cserna selbst bis zum A der Beschreibung Riu Cernisora, sodann biegt die Grenze nach Osten um und geht über Beschreibung D. Milano, an der Beschreibung D. Negoea südlich vorbei, über Beschreibung D. Seniuleului in direkt östlicher Richtung zu der vom Vulkanpass gegen Süden führenden Strasse, welche 600 Meter südlich Buliga geschnitten wird, sodann zum Schnittpunkt des Zsilyflusses mit der Strasse südlich der Beschreibung Lainici.

Weiter direkt östlich bis zum Bach Sadu, sodann längs des Baches gegen Nordosten bis zu dessen Ursprung (1 Kilometer östlich des U der Beschreibung Stana Prislopu), dann direkt nördlich zur gegenwärtigen Grenze bei Kote 2529 Vrf. Mändrei, entlang der alten Grenze bis 400 Meter südwestlich V der Beschreibung Vrf. Ciobanul.

Von diesem Punkte führt die Grenze direkt in östlicher Richtung am Südrand Bucolie, südlich der Beschreibung Vrf. Repede, südlich der Beschreibung Ciungetu und der Beschreibung Par. Latorita.

Sie führt dann 400 Meter südlich Kote 1632 Piscu Moldovisului in östlicher Richtung bis zur Bacheinmündung 1 Kilometer südwestlich des R der Beschreibung Racovita, 2 Kilometer südlich des Ortes Boisoara, am Nordrand von Titesti, zur Kote 1248 Zanoaga (Höhe fällt Ungarn zu), über das U der Beschreibung Stana Cioricu, 1 Kilometer südlich Kote 1862 Comarnicul, die Kleinbahn 3 Kilometer südwestlich Kote 2000 Mt. Lipitoarea schneidend, dann in östlicher Richtung über Koten 1961, 1932, 1576, 1172, 1607, 2338 Mt. Batrână, 2237, Trigonometer 2379 Mt. Păpusa, 1785, 1411, 1264, 1265, 1074 (sämtliche Höhen fallen Ungarn zu), schneidet die Strasse Câmpulung—Brassó bei der Brücke 1 Kilometer südöstlich des Punktes 1074, führt dann über Punkt 1265 (Brücke und Höhe fallen Ungarn zu) und erreicht in nahezu östlicher Richtung halbwegs zwischen den Beschreibungen Vrf. Santu Ilie und Vrf. Sigluia bei Kote 1880 die gegenwärtige Grenze.

Die gegenwärtige Grenze bis zur Kote 1909 bleibt aufrecht; die neue Grenze führt dann von der Kote über das zweite C der Beschreibung Schitu Pestera Decebal über das U der Beschreibung Caraimanu, über das B der Beschreibung V Cerbului, am Nordrand von Azuga vorbei über das zweite A der Beschreibung Azuga, über die Kote 1505, die Rumänien verbleibt, über das V der Beschreibung Vrf. Cazacu, dann nach Südosten biegend 1 Kilometer südlich Kote 1757 Vrf. Cazacu vorbei knapp südlich der Beschreibung Mt. Prislop über Kote 1531 (diese fällt Ungarn zu), über Kote 1128, 878, 1235, 1540 (alle Koten fallen Ungarn zu), 1 Kilometer südlich 1771 Mt. Grohotis 1450 (alle Punkte kommen Ungarn zu), dann 700 Meter südlich des Punktes 871 Ort Teleajenul, über Punkt 961 (Punkt kommt Ungarn zu), 1 Kilometer südlich des Punktes 1340 (über V der Beschreibung Tatár Havas P.), über Punkt 975, 1486, 1115 (alle drei Punkte fallen Ungarn zu), dann weiter in nordöstlicher Richtung die Strasse im Bodzatal, 2 Kilometer nordwestlich G der Beschreibung Gura Siriului schneidend, sodann über Punkt 1183, 1363, 600 Meter südlich

des Punktes 1338, dann nach Nordosten bis 1 Kilometer nördlich des Punktes 789, wo sie in die gegenwärtige Grenze zwischen Ungarn und Rumänien einmündet. Die bisherige Grenze bleibt bis zum Punkt 2½ Kilometer südwestlich Popii aufrecht, führt dann in nordöstlicher Richtung bis zum Punkt 1 Kilometer südöstlich des Punktes 1530, biegt hier scharf Nordwest östlich um den Punkt 1530 herum, östlich der Punkte 1521, 1587, nach Nordosten umbiegend um den Punkt 1490 Mt. Condratu herum, östlich des Punktes 950 die Schmalspurbahn 4 Kilometer westlich Lepsa schneidend, östlich des Punktes 1374 Mt. Sboina Neagra, östlich Punkt 1014 Mt. Resboiului vorbei, die Kleinbahn 2 Kilometer östlich des Punktes 508 schneidend, 1 Kilometer östlich Trigonometer 1167 Mgr. Casinului vorbei, sodann über Punkt 843, 1 Kilometer östlich des Punktes 737, über Punkt 704, 716, S der Beschreibung Hirsa, Südwestrand Harja, Kordonposten 962, Kordonposten 3 Kilometer nordwestlich davon (sämtliche vorgenannten Punkte fallen Ungarn zu), sodann nach Norden abbiegend über den Punkt 1050 Vrf. Cheschiului (Punkt fällt Ungarn zu), hier scharf nach Nordwesten wendend nördlich des Punktes 1071 Mt. Cleja, am Hange nördlich des Punktes 1108, östlich des Trigonometers 1653 Mt. Nemira, östlich des Punktes 1370 vorbei, die Kleinbahn 3 Kilometer westlich des Punktes 479 Poiana Uzului schneidend, über Trigonometer 1342 (Höhe fällt Ungarn zu), 1800 Meter östlich des Punktes 682 vorbei, die Trotustalbahn beim P der Beschreibung Preluci schneidend, knapp östlich des U der Beschreibung Agasu, über Punkt 1275, 1613 (Punkte fallen Ungarn zu), östlich Trigonometer Csülemér 1651, östlich Trigonometer Tarhavas 1662, über das M der Beschreibung Schimba Garda, östlich des Punktes 1573, vorbei östlich des Punktes 1463 Mt. Mairus, 703, knapp westlich des Punktes 1211, die Kleinbahn im Bicazuluital am Ostausgang von Tasca schneidend, östlich Punkt 1245, westlich des Punktes 932 um Trigonometer 1904, Toca herum (2 Kilometer nordöstlich des höchsten Punktes), über S der Beschreibung Schitul Ducau, westlich des Punktes 1080, die Strasse im Bistricioaratal schneidend, über G der Beschreibung Grintiesiul, dann östlich über Punkt 1145 Frasin, 1021, über C der Beschreibung Farcasa, östlich an den Punkten Trigonometer 1086, Punkt 1150, Trigonometer 1534, Monte Bivol, Punkt 1276, Punkt 1208, 975, 1010, 862 vorbei, hier nach Nordosten bis 2 Kilometer südlich Paiseni abbiegend über das N der Beschreibung Paiseni, O der Beschreibung Moldava, L der Beschreibung Kornoluncze, über Ostrand des Ortes Rotopanesti und Südrand Mihaesti, dann Kote 393 bei A von Mihaesti, sodann die alte Grenze Österreichs gegen Rumänien bis 2 Kilometer südöstlich des Trigonometers 503 La Zare, sodann nach Nordost abbiegend über Punkt 305, 281 am Sereth, Ostrand von Talpa, Ostrand von Calinesti, Punkt 396, 402, ½ Kilometer östlich Dersca, über Punkt 189, 198, 332, 304, Ziehbrunnen 1 Kilometer südwestlich des Punktes 311, Ostrand von Baranca, Ostrand von Pilipauti, Punkt 251, bis an den Pruth 1 Kilometer östlich Lunca.

Die im Eingang erwähnte Karte bildet einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrags. Zwei gemischte Kommissionen, die sich aus der

gleichen Anzahl von Vertretern der beteiligten Mächte zusammensetzen, sollen unmittelbar nach der Ratifikation des Friedensvertrags an Ort und Stelle die neue Grenzlinie feststellen und vermarken.

Artikel XII.

Das Staatsvermögen in den abgetretenen rumänischen Gebieten geht ohne Entschädigung und ohne Lasten, jedoch unter Wahrung der darauf ruhenden Privatrechte, auf die diese Gebiete erwerbenden Staaten über.

Aus der früheren Zugehörigkeit der Gebiete zu Rumänien sollen sich weder für diese selbst noch für die erwerbenden Staaten irgendwelche Verpflichtungen ergeben.

Im übrigen werden diejenigen Staaten, denen die abgetretenen Gebiete zufallen, mit Rumänien unter anderem Vereinbarungen über folgende Punkte treffen:

1. über die Staatsangehörigkeit der bisherigen rumänischen Bewohner dieser Gebiete, wobei ihnen jedenfalls ein Options- und Abzugsrecht gewährt werden muss;
2. über die Auseinandersetzung wegen des Vermögens der durch die neuen Grenzen zerschnittenen Kommunalbezirke;
3. über die Auseinandersetzung wegen der Archive, wegen der Akten der Gerichts- und Verwaltungsbehörden, wegen der Gerichts- und Verwaltungsdepots sowie wegen der Personenstandsregister;
4. über die Behandlung der neuen Grenzen;
5. über die Wirkung der Gebietsänderungen auf die Diözesanbezirke;
6. über die Wirkung der Gebietsänderungen auf die Staatsverträge.

Rumänien wird nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags die aus den abgetretenen Gebieten stammenden Offiziere und Mannschaften auf deren Antrag entlassen und ihnen die Rückkehr in die Heimat gestatten.

Viertes Kapitel.

Kriegsentschädigungen.

Artikel XIII.

Die vertragschliessenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, d. h. der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung.

Wegen der Regelung von Kriegsschäden bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.

Fünftes Kapitel.

Räumung der besetzten Gebiete.

Artikel XIV.

Die von den Streitkräften der Verbündeten Mächte besetzten rumänischen Gebiete werden vorbehaltlich der Bestimmungen im Dritten Kapitel über die Gebietsabtretungen zu einem später zu vereinbarenden Zeitpunkt geräumt werden. Während der Zeit der Besetzung wird die Stärke des Besetzungsheers, abgesehen von den im Wirtschaftsbetrieb verwendeten Formationen, sechs Divisionen nicht übersteigen.

Artikel XV.

Bis zur Ratifikation des Friedensvertrags bleibt die gegenwärtige Okkupationsverwaltung mit den von ihr bisher ausgeübten Befugnissen bestehen. Doch ist die Rumänische Regierung alsbald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags befugt, zur Ergänzung des Beamtenkörpers die ihr geeignet scheinenden Ernennungen und Entlassungen vorzunehmen.

Artikel XVI.

Nach der Ratifikation des Friedensvertrags wird die Zivilverwaltung der besetzten Gebiete den rumänischen Behörden nach Massgabe der Artikel XVII bis XXIII wieder übergeben werden.

Artikel XVII.

Dem Wunsche der Rumänischen Regierung entsprechend, wird bis zur Räumung der besetzten Gebiete den rumänischen Ministerien je ein Zivilbeamter der Okkupationsverwaltung beigeordnet werden, um den Übergang der Zivilverwaltung auf die rumänischen Behörden tunlichst zu erleichtern.

Ferner haben die rumänischen Behörden den Anordnungen zu entsprechen, welche die Befehlshaber des Besetzungsheers im Interesse der Sicherheit der besetzten Gebiete sowie der Sicherheit, des Unterhalts und der Verteilung ihrer Truppen für erforderlich erachten.

Die Verkehrseinrichtungen, wie insbesondere Eisenbahnen, Post und Telegraphen, werden bis auf weiteres in militärischer Verwaltung bleiben; sie sollen den Behörden und der Bevölkerung Rumäniens nach Massgabe der darüber zu treffenden Vereinbarungen zur Verfügung stehen.

Wegen der Mitwirkung des Oberkommandos bei der Regelung des Geld- und Zahlungsverkehrs, insbesondere auch bei der Geschäftsführung der Rumänischen Nationalbank und der Zentralkasse der Volksbanken, bleibt eine besondere Vereinbarung vorbehalten.

Artikel XVIII.

Die Gerichtsbarkeit in den besetzten Gebieten wird, vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 2, 3, von den rumänischen Gerichten in vollem Umfang wieder übernommen.

Die Gerichtsbarkeit über die Angehörigen des Besetzungsheers, und zwar sowohl in Strafsachen wie in Zivilsachen, verbleibt ebenso wie die Polizeigewalt über diese Personen in vollem Umfang den Verbündeten Mächten.

Strafbare Handlungen gegen das Besetzungsheer werden von dessen Militärgerichtsbarkeit abgeurteilt werden; das Gleiche gilt für Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen der Okkupationsverwaltung, soweit diese gemäss Artikel XXII Abs. 1 vorläufig noch in Kraft bleiben. Ferner sind die Angelegenheiten, mit denen die von der Okkupationsverwaltung eingesetzten Gerichte vor der Ratifikation des Friedensvertrags befasst worden sind, von diesen zu Ende zu führen.

Artikel XIX.

Wegen des Verkehrs zwischen den besetzten und den nichtbesetzten Gebieten wird das Oberkommando des Besetzungsheers mit der Rumänischen Regierung die erforderlichen Abmachungen treffen. Danach soll unter anderem die Rückwanderung in die besetzten Gebiete nur in dem Masse erfolgen, wie die Rumänische Regierung den Unterhalt der Rückwanderer durch eine entsprechende Einfuhr von Lebensmitteln aus der Moldau oder aus Bessarabien sicherstellt.

Artikel XX.

Nach der Ratifikation des Friedensvertrags wird das Besetzungsheer Requisitionen, sei es in Geld, sei es in Naturalien, vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatz 2 nicht mehr vornehmen.

Das Recht des Oberkommandos des Besetzungsheers zur Requisition von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln, Wolle, Vieh und Fleisch aus den Erzeugnissen des Jahres 1918, ferner von Hölzern sowie von Erdöl und Erdölerzeugnissen bleibt bestehen, ebenso das Recht, wegen der Gewinnung, der Verarbeitung, der Beförderung und der Verteilung dieser Produkte die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Dabei wird auf die Aufstellung eines ordnungsmässigen Aufbringungsplans sowie auf die Befriedigung des rumänischen Inlandsbedarfs gebührend Bedacht genommen werden; in dieser Hinsicht bleiben nähere Abmachungen zwischen dem Oberkommando und der Rumänischen Regierung vorbehalten.

Im übrigen hat die Rumänische Regierung dem Ersuchen des Oberkommandos um Vornahme von Requisitionen für die Bedürfnisse des Besetzungsheers zu entsprechen, ebenso von Requisitionen sonstiger Gegenstände, die von Rumänien nach den mit ihm getroffenen anderweiten Vereinbarungen zu liefern sind.

Artikel XXI.

Von der Ratifikation des Friedensvertrags an wird der Unterhalt des Besetzungsheers mit Einschluss der dafür vorgenommenen Requisitionen auf Kosten Rumäniens erfolgen.

Die nicht für das Besetzungsheer requirierten Gegenstände werden von der Ratifikation des Friedensvertrags an von den Verbündeten Mächten aus eigenen Mitteln bezahlt werden.

Artikel XXII.

Über die Einzelheiten der im Artikel XVI vorgesehenen Übergabe der Zivilverwaltung sowie über den Abbau der von der Okkupationsverwaltung erlassenen Anordnungen wird eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Wegen solcher Anordnungen können Schadensersatzansprüche nicht erhoben werden; auch bleiben die auf Grund der Anordnungen erworbenen Rechte Dritter aufrechterhalten.

Die auf Anordnung der Okkupationsverwaltung eingesetzten Zwangsverwalter und Liquidatoren können wegen Verletzung ihrer Pflichten nur mit Zustimmung des Oberkommandos des Besetzungsheers strafrechtlich

oder zivilrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden; auch dürfen über sie wegen ihrer Tätigkeit als solcher weder Strafen noch sonstige Rechtsnachteile verhängt werden.

Artikel XXIII.

Die Aufwendungen, die aus Mitteln der Verbündeten Mächte in den besetzten Gebieten für öffentliche Arbeiten, mit Einschluss der gewerblichen Unternehmungen, gemacht worden sind, werden diesen Mächten bei der Übergabe ersetzt werden.

Bis zur Räumung der besetzten Gebiete werden die im Absatz 1 erwähnten gewerblichen Unternehmungen in militärischer Verwaltung bleiben. Bei der Verwertung ihrer Erzeugnisse wird auch auf die Befriedigung des rumänischen Inlandsbedarfs Rücksicht genommen werden.

Sechstes Kapitel.

Regelung der Donauschiffahrt.

Artikel XXIV.

Rumänien wird mit Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei eine neue Donauschiffahrtsakte, welche die Rechtsverhältnisse auf der Donau von dem Punkte an, wo sie schiffbar wird, regelt, unter Berücksichtigung der nachstehenden, unter A bis D aufgeführten Bestimmungen und mit der Massgabe abschliessen, dass die Bestimmungen unter B für alle Teilnehmer der Donauakte gleichmässig gelten.

Die Verhandlungen über die neue Donauschiffahrtsakte sollen möglichst bald nach der Ratifikation des Friedensvertrags in München beginnen.

Bis zum Inkrafttreten der neuen Donauschiffahrtsakte wird die Donauschiffahrtsakte vom 7. November 1857*) auch auf den rumänischen Teil der Donau entsprechend angewendet werden.

A.

Für den Strom von Braila abwärts mit Einschluss dieses Hafens wird die Europäische Donaukommission in ihren bisherigen Befugnissen, Vorrechten und Verpflichtungen unter dem Namen „Donaumündungskommission“ als dauernde Einrichtung mit folgenden Massgaben aufrechterhalten werden:

1. Die Kommission wird hinfort nur aus Vertretern von Staaten bestehen, die an der Donau oder an der europäischen Küste des Schwarzen Meeres gelegen sind.

2. Die Zuständigkeit der Kommission erstreckt sich von Braila abwärts auf sämtliche Arme und Mündungen der Donau und die ihnen vorgelagerten Teile des Schwarzen Meeres; die von der Kommission für den Sulinaarm erlassenen Vorschriften sollen auch auf diejenigen Arme oder Teile eines Armes, für die bisher die Kommission nicht oder nicht ausschliesslich zuständig war, entsprechend angewendet werden.

---

*) V. N. R. G. XVI, 2 p. 75.

B.

Rumänien gewährleistet den Schiffen der anderen vertragschliessenden Teile den freien Verkehr auf dem rumänischen Teile der Donau mit Einschluss der zugehörigen Häfen.

Rumänien wird von Schiffen und Flössen der vertragschliessenden Teile und von deren Ladungen keine Gebühr erheben, die sich lediglich auf die Tatsache der Befahrung des Stromes gründet; auch wird Rumänien künftig auf dem Strome keine anderen Gebühren und Abgaben als die durch die neue Donauschiffahrtsakte zugelassenen erheben.

C.

Die rumänische Abgabe von $^{1}/_{2}$ Prozent auf den Wert der in den Häfen des Landes eingeführten oder ausgeführten Waren wird nach Inkrafttreten der neuen Donauschiffahrtsakte und sobald Rumänien für die Benutzung öffentlicher Anstalten, die der Abwickelung des Schiffsverkehrs und der Güterbewegung dienen, Abgaben gemäss der neuen Donauschiffahrtsakte eingeführt haben wird, spätestens jedoch 5 Jahre nach Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrags aufgehoben werden. Die auf der Donau zur Beförderung gelangenden Güter und Flösse werden in Rumänien aus Anlass dieser Beförderung einer Verkehrssteuer nicht unterworfen werden.

D.

Die Katarakten- und Eiserne Tor-Strecke, auf die sich die Bestimmungen des Artikel VI des Londoner Vertrags vom 13. März 1871*) und des Artikel LVII des Berliner Vertrags vom 13. Juli 1878**) beziehen, umfasst die Stromstrecke von O-Moldova bis Turn-Severin in ihrer ganzen Strombreite von einem Ufer bis zum anderen und mit Einschluss sämtlicher zwischen ihnen liegenden Stromarme und Inseln.

Demnach werden die Verpflichtungen wegen der Erhaltung der Schiffbarkeit der Katarakten- und Eisernen Tor-Strecke, die von Österreich-Ungarn auf Grund der im Absatz 1 erwähnten Bestimmungen übernommen und Ungarn zur Durchführung übertragen worden sind, ebenso wie die Ungarn hieraus erwachsenden Sonderrechte fortan für die im Absatz 1 näher bezeichnete Donaustrecke Platz greifen.

Die Uferstaaten dieses Teiles des Stromes werden Ungarn alle Erleichterungen gewähren, die von diesem Staate im Interesse der von ihm daselbst auszuführenden Arbeiten verlangt werden sollten.

Artikel XXV.

Rumänien wird bis zum Zusammentritt der Donaumündungskommission das gesamte in seinem Besitz befindliche Eigentum der Europäischen Donaukommission ordnungsmässig verwalten und vor Schaden bewahren.

Alsbald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags wird sich eine Kommission, die aus mindestens je zwei Vertretern der vertragschliessenden

*) V. N. R. G. XVIII, p. 303. **) V. N. R. G. 2. s. III, p. 449.

Teile besteht, über den Zustand des von Rumänien in Gewahrsam genommenen Materials überzeugen.

Über die Verpflichtung Rumäniens zur sofortigen vorläufigen Herausgabe dieses Materials wird eine besondere Vereinbarung getroffen.

Artikel XXVI.

Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei und Rumänien haben das Recht, auf der Donau Kriegsschiffe zu halten. Diese dürfen stromabwärts bis zum Meere, stromaufwärts bis zur oberen Grenze des eigenen Staatsgebiets fahren; sie dürfen aber mit dem Ufer eines anderen Staates, ausser im Falle höherer Gewalt, nur mit der auf diplomatischem Wege einzuholenden Zustimmung dieses Staates in Verkehr treten oder dort anlegen.

Jede der in der Donaumündungskommission vertretenen Mächte hat das Recht, je zwei leichte Kriegsschiffe als Stationsschiffe an den Donaumündungen zu halten. Diese Schiffe können ohne besondere Ermächtigung bis nach Braila hinauf Aufenthalt nehmen.

Den in den Absätzen 1, 2 erwähnten Kriegsschiffen stehen in den Häfen und Gewässern der Donau alle Vorrechte und Vergünstigungen der Kriegsschiffe zu.

Siebentes Kapitel.

Gleichstellung der Religionsbekenntnisse in Rumänien.

Artikel XXVII.

In Rumänien wird dem römisch-katholischen, dem griechisch-unierten, dem bulgarisch-orthodoxen, dem protestantischen, dem islamitischen und dem jüdischen Kultus dieselbe Freiheit sowie derselbe gesetzliche und behördliche Schutz wie dem rumänisch-orthodoxen Kultus gewährt. Insbesondere soll ihnen das Recht zustehen, Pfarreien oder Kultusgemeinden zu errichten sowie Schulen zu gründen, die als Privatschulen angesehen werden und in ihrem Betriebe nur im Falle einer Verletzung der staatlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung behindert werden können.

In allen öffentlichen und Privatschulen können die Schüler zur Teilnahme am Religionsunterricht nur insoweit verpflichtet werden, als er von den dazu berechtigten Lehrern ihres Bekenntnisses erteilt wird.

Artikel XXVIII.

Die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses soll in Rumänien keinen Einfluss auf die Rechtsstellung der Einwohner, insbesondere auf ihre politischen und bürgerlichen Rechte ausüben.

Der im Absatz 1 ausgesprochene Grundsatz wird auch insoweit zur Durchführung gebracht werden, als es sich um die Einbürgerung der staatlosen Bevölkerung Rumäniens mit Einschluss der dort bisher als Fremde angesehenen Juden handelt. Zu diesem Zwecke wird in Rumänien bis zur Ratifikation des Friedensvertrags ein Gesetz erlassen werden, wonach jedenfalls alle Staatlosen, die am Kriege, sei es im aktiven Militärdienst, sei es im Hilfsdienst, teilgenommen haben oder die im Lande geboren und

dort ansässig sind und von dort geborenen Eltern stammen, ohne weiteres als vollberechtigte rumänische Staatsangehörige angesehen werden sollen und sich als solche bei den Gerichten einschreiben lassen können; der Erwerb der rumänischen Staatsangehörigkeit wird sich auch auf die Ehefrauen, die Witwen und die minderjährigen Kinder solcher Personen erstrecken.

Achtes Kapitel.

Schlussbestimmungen.

Artikel XXIX.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Verbündeten Mächten und Rumänien werden in Einzelverträgen geregelt, die einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrags bilden und, soweit darin nicht ein Anderes bestimmt ist, gleichzeitig mit diesem in Kraft treten.

Das Gleiche gilt von der Wiederherstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, der Regelung von Kriegs- und Zivilschäden, dem Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, dem Erlass von Amnestien sowie der Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Flussfahrzeuge und sonstigen Verkehrsmittel.

Artikel XXX.

Bei der Auslegung dieses Vertrags sind für die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien der deutsche und der rumänische Text, für die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien der deutsche, der ungarische und der rumänische Text, für die Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien der bulgarische und der rumänische Text und für die Beziehungen zwischen der Türkei und Rumänien der türkische und der rumänische Text massgebend.

Artikel XXXI.

Dieser Friedensvertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen tunlichst bald in Wien ausgetauscht werden.

Der Friedensvertrag tritt, soweit darin nicht ein Anderes bestimmt ist, mit seiner Ratifikation in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Friedensvertrag unterzeichnet und mit amtlichen Siegeln versehen.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Bukarest am 7. Mai 1918.

R. v. Kühlmann. *A. Marghiloman.*
von Koerner. *C. C. Arion.*
Kriege. *J. Papiniu.*
Hell. *M. Burghele.*
Bene.
Burián.
Dr. W. Radoslavoff. *D. Tontscheff.*
Tantiloff. *Iv. Kostoff.* *Prof. Dr. Miletitsch.*
Ahmed Nessimy. *A. Izzet.* *Réchad Hikmet.*

230.

SUISSE, FRANCE.

Conventions additionnelles à la Convention pour l'amélioration des voies d'accès au chemin de fer du Simplon, conclue le 18 juin 1909;*) signées à Paris, le 11 juillet 1914.**)

Schweizerische Gesetzsammlung 1915, No. 16.

Convention entre la Suisse et la France réglant le service postal sur les lignes de Frasne à Vallorbe et de Pontarlier à Vallorbe, ainsi qu'à la gare internationale de Vallorbe.

Le Conseil fédéral suisse et le Président de la République française, désirant régler par une convention le service postal sur les lignes de Frasne à Vallorbe et de Pontarlier à Vallorbe, ainsi qu'à la gare internationale de Vallorbe, en exécution de la Convention internationale concernant les voies d'accès au Simplon du 18 juin 1909 et des articles 20 et 21 de la Convention postale universelle de Rome, ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires:

Le Conseil fédéral suisse:

M. Lardy, Ministre de Suisse à Paris,

Le Président de la République française:

M. René Viviani, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères de la République française,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier. Sous réserve des stipulations contraires du présent arrangement, les rapports postaux entre la Suisse et la France seront régis, à tous égards, par les conventions, arrangements et règlements de l'Union postale universelle et par les conventions et arrangements spéciaux conclus entre les deux pays ou entre leurs administrations postales.

Art. 2. L'échange régulier de correspondances, de colis postaux et d'articles de messagerie, expédiés soit directement, soit en transit, sera assuré entre le territoire de la Suisse et le territoire de la France sur les lignes de Frasne à Vallorbe et de Pontarlier à Vallorbe, par l'intermédiaire de l'Office français.

Les deux pays s'engagent, chacun en ce qui le concerne, à expédier d'une façon aussi rapide que possible, les correspondances, colis postaux et articles de messagerie dont le transport leur est confié. Ils devront

---

*) V. N. R. G. 3. s. V, p. 536.

**) L'échange des actes de ratification a eu lieu à Paris, le 26 avril 1915.

en particulier utiliser en tout temps, pour le transport des objets de correspondance, les moyens les plus rapides dont ils disposent.

Art. 3. La remise des correspondances, colis postaux et articles de messagerie, échangés entre la Suisse et la France et transportés par les lignes Frasne-Vallorbe et Pontarlier-Vallorbe, aura lieu à la gare de Vallorbe.

Le service français installera en gare de Vallorbe un bureau chargé d'assurer l'échange des colis postaux et des articles de messagerie.

Conformément à l'article 13 du traité conclu le 14/15 octobre 1902 entre la Compagnie des chemins de fer de Paris à Lyon et à la Méditerranée et celle du Jura-Simplon pour la construction et l'exploitation d'une ligne à travers le Mont d'Or se joignant à Vallorbe avec le réseau suisse, les locaux nécessaires à l'installation de ce bureau seront fournis au service français aux conditions indiquées dans ce traité.

Art. 4. La remise à Vallorbe sera effectuée:

a) pour les objets de correspondance:
par les agents postaux français, aux agents suisses des wagons-poste des trains pour la Suisse et, par les agents postaux suisses, aux agents français des wagons-poste pour la France;

b) pour les colis postaux et articles de messagerie:
par le personnel de l'administration qui livre à l'autre, dans les locaux de cette dernière.

Les employés chargés de ces remises porteront des insignes de service.

La remise réciproque des colis postaux et des articles de messagerie aura lieu au moins deux fois par jour.

Art. 5. La remise des dépêches de correspondances s'effectuera au moyen de bordereaux établis en double exemplaire dont un, dûment quittancé, sera rendu au service cédant; la remise des colis postaux et articles de messagerie aura lieu par inscription sur une feuille de route établie en triple expédition dont une pour le service de la douane, une seconde pour le service prenant charge et la troisième pour le service cédant, dûment quittancée. Les observation ou réserves éventuelles seront formulées sur le bordereau ou sur la feuille de route quittancée.

Art. 6. Les administrations postales des deux pays désigneront, d'un commun accord, les offices de poste et bureaux ambulants à mettre en relations en vue de l'échange des dépêches de correspondances et des colis postaux par les lignes de Frasne à Vallorbe et de Pontarlier à Vallorbe. Elles régleront également les heures d'expédition et la composition des dépêches de correspondances et des colis postaux suivant la marche des trains, l'organisation des courses postales, et suivant les exigences du service.

En ce qui concerne l'échange de la messagerie, cet accord interviendra entre l'Administration des chemins de fer de Paris à Lyon et à la Méditerranée et l'Administration des postes suisses.

Art. 7. Les administrations postales se garantissent réciproquement la liberté et la gratuité du transit pour les envois de correspondances de

leur service intérieur. Le transit aura lieu en dépêches closes. Par exception et s'il s'agit d'un petit nombre d'envois, les objets de correspondance pourront être remis à découvert.

Par mesure exceptionnelle, les correspondances officielles échangées entre les agents des postes et des douanes suisses en service dans les gares de France et les administrations de l'Etat auxquelles ces agents ressortissent peuvent être remises directement aux fonctionnaires destinataires ou reçues de ces mêmes fonctionnaires par les bureaux ambulants et courriers suisses aboutissant aux gares où se trouvent lesdits fonctionnaires.

Et, réciproquement, les correspondances officielles échangees entre les agents des postes et des douanes françaises en service dans les gares de Suisse et les administrations de l'Etat auxquelles ces agents ressortissent peuvent être remises directement aux fonctionnaires destinataires ou reçues de ces mêmes fonctionnaires par les bureaux ambulants ou courriers français aboutissant aux gares où se trouvent lesdits fonctionnaires.

Art. 8. Les bureaux ambulants ou courriers français qui prolongent leur parcours jusqu'en Suisse, et, réciproquement, les bureaux ambulants ou courriers suisses qui prolongent leur parcours jusqu'en France, ne peuvent recevoir directement du public sur le territoire suisse ou français ni distribuer sur le même territoire de correspondances privées.

Les correspondances de cette nature doivent être remises au service partant par la poste locale ou livrées à cette même poste par le service arrivant.

Les boîtes des bureaux ambulants et courriers français ou suisses ne sont pas mises à la disposition du public pendant le passage ou le stationnement desdits services en territoire suisse ou français.

Art. 9. Les bureaux ambulants de la poste et les compartiments de voitures ou de fourgons affectés dans les trains au transport des correspondances de Suisse en France ou de France en Suisse peuvent, lorsqu'ils dépassent la frontière, être visités à l'intérieur par les préposés de la douane suisse ou française.

La vérification de la douane ne peut s'exercer qu'en présence des agents de la poste de service dans le bureau ambulant à visiter ou des courriers chargés de convoyer les dépêches; elle doit être effectuée, autant que possible, dès l'arrivée du train, à la première station où est établi un poste douanier et toujours de façon à ne pas gêner les opérations postales et à ne pas retarder la marche des trains.

Les préposés de la douane peuvent se faire communiquer les listes ou parts portant description des dépêches postales, mais ils ne doivent, en aucun cas, ouvrir des dépêches dûment scellées et étiquetées. Il leur appartient en cas de soupçon de fraude, de surveiller les dépêches tant que le train est en gare, et, ultérieurement, de suivre, s'ils le jugent nécessaire, les envois postaux jusqu'à l'arrivée au bureau de poste de destination indiqué par l'étiquette ou jusqu'à la sortie du territoire sur lequel s'exerce leur action.

Art. 10. L'Administration des postes françaises sera exonérée de tout impôt au profit de la Confédération suisse, de l'Etat de Vaud ou de la

commune de Vallorbe pour l'exploitation du service postal international en gare de Vallorbe et pour le matériel servant à cette exploitation. Ce matériel sera également exempt des droits de douane suisse.

Art. 11. Les autorités des deux pays accorderont aux fonctionnaires et employés de l'autre pays, dans l'exercice de leurs fonctions, la même protection qu'aux organes de leur propre pays.

Art. 12. Pour tout ce qui concerne le service et la discipline, les fonctionnaires et employés de l'exploitation postale française en service à Vallorbe relèveront exclusivement des autorités françaises. De même, le personnel postal suisse, en service sur le territoire français, relèvera de la discipline des autorités suisses.

En cas de contravention aux lois pénales et règlements de police en vigueur en Suisse et en France, le personnel des deux pays mentionné à l'alinéa précédent sera soumis aux lois et règlements du pays sur le territoire duquel la contravention aura été commise.

Art. 13. Les fonctionnaires et employés de nationalité française effectuant le service postal français, stationnés à Vallorbe, ainsi que les membres de leurs familles, ne seront astreints à aucun service militaire ni à aucune prestation de service personnel au profit de l'Etat suisse, du canton de Vaud, ou de la commune de Vallorbe. Ils ne seront soumis à aucune taxe ou impôt dont seraient dispensés les autres habitants de Vallorbe.

Art. 14. Les deux Gouvernements se réservent la faculté d'apporter à la présente convention, par simple correspondance diplomatique, les modifications dont l'expérience aurait fait connaître l'opportunité.

Art. 15. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris le plus tôt que faire se pourra.

Elle entrera en vigueur le jour de l'échange des ratifications et demeurera exécutoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où elle serait dénoncée par l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Paris, le 11 juillet 1914.

Lardy. *René Viviani.*

(Übersetzung.)

Übereinkommen zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend den Postdienst auf den Linien Frasne-Vallorbe und Pontarlier-Vallorbe, sowie im internationalen Bahnhof Vallorbe.

Der schweizerische Bundesrat und der Präsident der französischen Republik, in der Absicht, den Postdienst auf den Linien Frasne-Vallorbe und Pontarlier-Vallorbe, sowie im internationalen Bahnhof Vallorbe durch ein Übereinkommen zu ordnen, in Ausführung des Staatsvertrags betreffend die Zufahrtslinien zum Simplon, vom 18. Juni 1909, und der Artikel 20

und 21 des Weltpostvertrags von Rom, haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der schweizerische Bundesrat:
Herrn Lardy, Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft in Paris,

Der Präsident der französischen Republik:
Herrn René Viviani, Präsident des Ministeriums, Minister der auswärtigen Angelegenheiten der französischen Republik,

welche, nachdem sie sich ihre Vollmachten mitgeteilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, folgende Bestimmungen vereinbart haben:

Art. 1. Unter Vorbehalt der abweichenden Bestimmungen des gegenwärtigen Übereinkommens gelten im Postverkehr zwischen der Schweiz und Frankreich in allen Teilen die Bestimmungen der Verträge, Übereinkommen und Ausführungsvorschriften des Weltpostvereins, ferner die zwischen den beiden Ländern oder ihren Postverwaltungen abgeschlossenen besondern Verträge und Übereinkommen.

Art. 2. Den regelmässigen Austausch von Briefpostgegenständen, Poststücken und Postfrachtstücken im unmittelbaren, sowie im Durchgangsverkehr zwischen dem schweizerischen und dem französischen Gebiet über die Linien Frasne-Vallorbe und Pontarlier-Vallorbe besorgt die französische Verwaltung.

Die beiden Länder verpflichten sich, jedes soweit es in Frage kommt, die ihm übergebenen Briefschaften, Poststücke und Postfrachtstücke mit möglichster Beschleunigung zu befördern. Insbesondere sollen für die Briefpostsendungen jederzeit die schnellsten zur Verfügung stehenden Beförderungsgelegenheiten benutzt werden.

Art. 3. Die Übergabe der Briefpostgegenstände, Poststücke und Postfrachtstücke, die zwischen der Schweiz und Frankreich über die Linien Frasne-Vallorbe und Pontarlier-Vallorbe ausgewechselt werden, erfolgt im Bahnhof Vallorbe.

Die französische Verwaltung wird zum Zweck der Auswechslung der Poststücke und Postfrachtstücke im Bahnhof Vallorbe ein Bureau errichten.

Gemäss Art. 13 des am 14./15. Oktober 1902 zwischen der Paris-Lyon-Mittelmeer-Bahn und der Jura-Simplon-Bahn abgeschlossenen Vertrages, betreffend den Bau und Betrieb einer Linie durch den Mont d'Or mit Anschluss an das schweizerische Netz in Vallorbe, werden die für die Einrichtung des genannten Bureaus nötigen Diensträume der französischen Verwaltung zu den in diesem Vertrag erwähnten Bedingungen geliefert.

Art. 4. Die Übergabe in Vallorbe erfolgt:

a) für die Briefpostsendungen:
durch das französische Postpersonal an das schweizerische Personal in den Bahnpostwagen der Züge nach der Schweiz und durch das schweizerische Postpersonal an das französische Personal in den Bahnpostwagen nach Frankreich;

b) für die Poststücke und Postfrachtstücke:
durch das Personal der übergebenden Verwaltung in den Diensträumen der übernehmenden Verwaltung.

Die Angestellten, die die Übergaben besorgen, haben Dienstabzeichen zu tragen.

Die gegenseitige Übergabe der Poststücke und Postfrachtstücke erfolgt täglich wenigstens zweimal.

Art. 5. Die Übergabe der Briefkartenschlüsse geschieht auf Grund von Übergangsfrachtzetteln in doppelter Ausfertigung, von denen einer, gehörig unterzeichnet, der überliefernden Anstalt zurückzugeben ist; die Übergabe der Poststücke und Postfrachtstücke erfolgt durch Eintragung auf einer in drei Ausfertigungen zu erstellenden Frachtkarte, von denen eine für den Zolldienst, die zweite für die übernehmende Anstalt und die dritte, gehörig unterzeichnete, für die überliefernde Anstalt bestimmt ist. Allfällige Bemerkungen oder Vorbehalte sind auf der unterschriebenen Ausfertigung des Übergangsfrachtzettels oder der Frachtkarte anzubringen.

Art. 6. Die Postverwaltungen der beiden Länder bezeichnen in gegenseitigem Einverständnis die Poststellen und Bahnposten, die zum Austausch von Briefpostkartenschlüssen und Poststücken über die Linien Frasne-Vallorbe und Pontarlier-Vallorbe miteinander in Verbindung zu setzen sind. Sie bestimmen ebenfalls die Abfertigungszeiten und die Zusammensetzung der Brief- und der Poststückkartenschlüsse unter Berücksichtigung der Fahrtordnung der Züge und der Postwagen, sowie der Bedürfnisse des Dienstes.

Die Verständigung hinsichtlich des Austausches der Postfrachtstücke hat zwischen der Verwaltung der Paris-Lyon-Mittelmeer-Bahn und der schweizerischen Postverwaltung zu erfolgen.

Art. 7. Die Postverwaltungen räumen sich gegenseitig das Recht des unentgeltlichen Transits der Briefpostsendungen des innern Verkehrs ein. Der Transit hat in geschlossenen Kartenschlüssen zu erfolgen. Ausnahmsweise und wenn es sich um eine kleine Zahl von Gegenständen handelt, können Briefpostsendungen auch offen übergeben werden.

Die amtlichen Briefpostgegenstände, die zwischen dem in französischen Bahnhöfen im Dienst stehenden schweizerischen Post- und Zollpersonal und den Verwaltungen des Staates, denen dieses Personal angehört, ausgewechselt werden, können im Sinne einer Ausnahme durch die schweizerischen Bahnposten oder Postkurse, die in diesen Bahnhöfen ausmünden, dem genannten Personal ausgehändigt oder von diesem Personal entgegengenommen werden.

Umgekehrt können die zwischen dem französischen, in schweizerischen Bahnhöfen im Dienste stehenden Post- und Zollpersonal und den Verwaltungen des Staates, denen dieses Personal angehört, auszuwechselnden Briefpostgegenstände, durch die französischen Bahnposten oder Postkurse, die in diesen Bahnhöfen ausmünden, dem genannten Personal ausgehändigt oder von diesem Personal entgegengenommen werden.

Art. 8. Die französischen Bahnposten und Postkurse, die ihre Fahrt auf schweizerisches Gebiet verlängern und umgekehrt, die schweizerischen Bahnposten oder Postkurse, die ihre Fahrt auf französisches Gebiet ver-

längern, können auf schweizerischem oder französischem Gebiet weder vom Publikum private Briefe in Empfang nehmen, noch solche an das Publikum abgeben.

Briefpostgegenstände dieser Art sind den abgehenden Kursen durch die Ortspost zu übergeben und von den ankommenden Kursen der Ortspost abzuliefern.

Die Briefeinwürfe der französischen und der schweizerischen Bahnposten und Postkurse werden während der Fahrt oder dem Aufenthalt in schweizerischem oder französischem Gebiet nicht zur Verfügung des Publikums gestellt.

Art. 9. Die Bahnpostwagen und die Abteile der Postwagen und der Fourgons, die in den Zügen zur Beförderung der Briefpost aus der Schweiz nach Frankreich oder aus Frankreich nach der Schweiz dienen, können beim Überschreiten der Grenze im Innern durch die Vorsteher der schweizerischen oder der französischen Zollstätten untersucht werden.

Die zollamtliche Untersuchung kann nur im Beisein der Postbeamten des zu untersuchenden Bahnpostbureaus oder des die Kartenschlüsse begleitenden Angestellten stattfinden; sie soll soviel als möglich bei der Ankunft des Zuges auf der ersten Haltstelle, wo ein Zollposten steht und immer in der Weise vorgenommen werden, dass dadurch weder die Postgeschäfte gehemmt werden, noch eine Verspätung der Züge verursacht wird.

Die Vorsteher der Zollämter können sich die Frachtzettel oder Stundenpässe, auf denen die Postkartenschlüsse eingetragen sind, vorweisen lassen; dagegen dürfen sie in keinem Fall geschlossene und mit der Bezeichnung des Bestimmungsorts versehene Kartenschlüsse öffnen. Es steht ihnen zu, im Fall der Vermutung von Schmuggel, die Sendungen während des Aufenthaltes des Zuges im Bahnhof zu überwachen und, nachher, wenn sie es für nötig erachten, die Kartenschlüsse bis zu dem darauf vermerkten Bestimmungspostbureau oder bis zur Grenze des Gebietes, über welches sich ihre Amtsgewalt erstreckt, zu begleiten.

Art. 10. Die französische Postverwaltung ist für den Betrieb des internationalen Postdienstes im Bahnhof Vallorbe und für das zur Ausübung dieses Betriebes dienende Material von jeder Steuer zugunsten der schweizerischen Eidgenossenschaft, des Kantons Waadt oder der Gemeinde Vallorbe enthoben. Das Material ist auch von den schweizerischen Zollgebühren befreit.

Art. 11. Die Behörden jedes der beiden Länder werden den Beamten und Angestellten des andern Landes in der Ausübung ihres Dienstes den nämlichen Schutz angedeihen lassen, wie den Organen des eigenen Landes.

Art. 12. In allem, was den Dienst und die Disziplin anbetrifft, sind die in Vallorbe im Dienste stehenden Beamten und Angestellten des französischen Postbetriebes ausschliesslich den französischen Behörden unterstellt. Ebenso untersteht das schweizerische Postpersonal, das sich dienstlich auf französischem Gebiet befindet, den schweizerischen Behörden.

Im Falle der Übertretung von in der Schweiz oder in Frankreich zu Kraft bestehenden Strafgesetzen oder Polizeiverordnungen untersteht das

im vorhergehenden Absatz erwähnte Personal beider Länder den Gesetzen und Vorschriften des Landes, auf dessen Gebiet die Übertretung stattgefunden hat.

Art. 13. Die in Vallorbe wohnenden Beamten und Angestellten französischer Herkunft, die den französischen Postdienst besorgen, sowie die Glieder ihrer Familien, dürfen zu keinem Militärdienst und zu keiner persönlichen Dienstleistung zugunsten des schweizerischen Staates, des Kantons Waadt oder der Gemeinde Vallorbe herangezogen werden. Sie dürfen keiner Taxe und keiner Steuer unterworfen werden, die nicht auch die andern Bewohner von Vallorbe zu bezahlen haben.

Art. 14. Die beiden Regierungen behalten sich vor, allfällige, durch die Erfahrung als nötig sich erweisende Abänderungen des vorliegenden Übereinkommens im Wege des einfachen Notenaustausches herbeizuführen.

Art. 15. Das vorliegende Übereinkommen ist zu ratifizieren, und der Austausch der Ratifikation hat sobald als möglich in Paris stattzufinden.

Es tritt mit dem Tage des Ratifikationsaustausches in Kraft und bleibt gültig bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an, da dessen Kündigung vom einen oder andern der hohen vertragschliessenden Teile erfolgen sollte.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Übereinkommen unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

So geschehen in Paris in doppelter Ausfertigung, den 11. Juli 1914.

sig. *Lardy.* sig. *René Viviani.*

Convention entre la Suisse et la France réglant le service des douanes à la gare internationale de Vallorbe.

Le Conseil fédéral suisse et le Président de la République française, désirant régler par une convention le service des douanes à la gare internationale de Vallorbe en exécution de la Convention internationale concernant les voies d'accès au Simplon, du 18 juin 1909, ont nommé, à cet effet, pour leurs plénipotentiaires:

Le Conseil fédéral suisse:
M. Lardy, Ministre de Suisse à Paris,

Le Président de la République française:
M. René Viviani, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères de la République française,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier. La ligne Frasne-Vallorbe avec tunnel sous le Mont d'Or sera considérée comme route douanière.

Les trains de voyageurs et de marchandises circuleront librement sur cette route, de nuit comme de jour, les jours fériés comme les jours ouvrables, moyennant l'observation des règles convenues et sous réserve

des restrictions que chacun des deux Etats contractants pourrait apporter à la circulation des trains de marchandises le dimanche et les jours fériés.

Art. 2. La gare de Vallorbe est, au point de vue douanier, gare internationale et comporte ainsi les services des douanes suisses et françaises.

Art. 3. Les locaux nécessaires aux services des douanes suisses et françaises devront être fournis gratuitement par les chemins de fer fédéraux suivant les demandes des Etats intéressés et être agréés par le Gouvernement des deux Pays chacun en ce qui le concerne.

Les frais d'aménagement intérieur, d'éclairage, de chauffage et de nettoyage des locaux affectés aux deux douanes, à l'exception des salles de visite des bagages, ne seront pas à la charge de l'administration des chemins de fer fédéraux, sauf accords contraires entre les administrations des chemins de fer des deux Pays.

L'administration des chemins de fer fédéraux pourvoira à ses frais à l'éclairage, au chauffage et au nettoyage des salles de visite.

Elle mettra trois voies de consigne à la disposition du service des douanes françaises, dès l'ouverture de la ligne Frasne-Vallorbe à l'exploitation. Il est entendu que deux nouvelles voies (quatre et cinq) seront établies dès que le Gouvernement français, ayant jugé cette extension nécessaire, en aura fait la demande.

Art. 4. La gare internationale de Vallorbe, ainsi que les sections de la voie ferrée entre cette gare et la frontière, seront soumises à la surveillance des autorités douanières suisses, sous réserve du droit de la douane française d'exercer de son côté le contrôle et la surveillance nécessaires à la sauvegarde de ses intérêts.

Art. 5. Les attributions des bureaux de douane suisses et français installés à la gare internationale de Vallorbe seront déterminées par les règlements émanant de leurs administrations respectives. Ces dernières fixeront également les heures d'ouverture et de fermeture des bureaux et des magasins de visite, le service des voyageurs et des bagages proprement dits restant assuré en tous temps.

Art. 6. Les bureaux de douane des deux Etats à la gare internationale de Vallorbe feront leur service respectif et procéderont aux opérations qui s'y rapportent conformément aux lois et règlements de leur propre pays.

Art. 7. Outre le droit de surveiller dans l'enceinte de la gare de Vallorbe les magasins et lieux de dépôt des marchandises destinées à entrer dans leur propre pays, ou en sortant, les agents douaniers des deux Etats auront, pendant le service, le droit d'accès dans tous les autres magasins et lieux de dépôt situés dans l'enceinte de ladite gare, et pourront assister aux opérations de chargement, de déchargement et de pesage, faites par les agents des chemins de fer.

Les autorités douanières des deux Etats agiront de concert pour empêcher les fraudes dans le trafic passible de droits, et pour amener la découverte des infractions aux lois et prescriptions. A cet effet les agents supérieurs des bureaux de douane à la gare de Vallorbe fourniront les

renseignements demandés et permettront l'examen des registres, livres et papiers relatifs au mouvement des marchandises.

Art. 8. Les bureaux de la douane française à la gare internationale de Vallorbe pourront être désignés à l'extérieur par une inscription et par les armoiries de leur pays.

Le personnel de ces bureaux pourra porter l'uniforme prescrit par les règlements qui le régissent.

Les agents du service actif des douanes françaises pourront également être porteurs de leurs armes dans la salle de visite, dans les trains de voyageurs, dans l'escorte des convois et, dans la gare, pour la garde des marchandises et de la caisse.

Art. 9. Les délits et contraventions prévus en matière de douane par les lois françaises et commis dans la gare internationale de Vallorbe, ou sur les sections du chemin de fer comprises entre cette gare et la frontière, seront constatés et poursuivis par les agents de la douane française et réprimés par les tribunaux français.

Les autorités françaises auront le droit de procéder à des enquêtes dans l'enceinte de la gare et dans les trains sur les sections de chemin de fer comprises entre la gare de Vallorbe et la frontière pour constater ces contraventions; de retenir à l'intérieur de la salle de visite française et des halles douanières françaises, ainsi que dans les trains circulant sur lesdites sections, les marchandises et objets appartenant aux délinquants, pour assurer le paiement des frais, des droits et amendes encourus ou prononcés; de transporter en territoire français les marchandises retenues à titre de gage et les objets saisis dont la confiscation aura été prononcée par les tribunaux, ou de les faire vendre en Suisse par le ministère d'un fonctionnaire compétent. Elles ne pourront toutefois procéder à des arrestations en territoire suisse.

A la demande qui leur en sera faite par l'autorité française, les autorités suisses compétentes procéderont:

a) à l'audition de témoins et d'experts, ainsi qu'à des informations officielles dont elles certifieront et notifieront le résultat;

b) à la notification à tous prévenus ou condamnés de toute pièce de procédure et de décisions de l'administration française.

Art. 10. Les chemins de fer fédéraux et la Compagnie des chemins de fer de Paris à Lyon et à la Méditerranée auront à Vallorbe des agents spéciaux nommés et payés exclusivement par ces administrations, pour effectuer les opérations douanières pour les marchandises et le bétail passant d'un réseau sur l'autre. Les agents P. L. M. seront chargés, dans les conditions prévues par l'article 10 de la Convention internationale du 14 octobre 1890, des opérations relatives à la sortie de France et à l'entrée dans ce pays, et les agents des chemins de fer fédéraux, des opérations relatives à la sortie de Suisse et à l'entrée dans ce pays.

Les colis postaux ainsi que les colis de messagerie dont le transport est réservé à l'administration des postes suisses, expédiés de France en Suisse, seront remis par la Compagnie des chemins de fer P. L. M. à la

poste fédérale pour l'accomplissement des formalités douanières françaises à la sortie de France; les colis de cette même catégorie passant de Suisse en France seront remis par la poste fédérale à la Compagnie des chemins de fer P. L. M.

Art. 11. La visite des voyageurs et des bagages ainsi que les opérations douanières qui s'y rapportent se feront par les bureaux de douane des deux Etats dans la salle affectée à cet usage, savoir: dans la salle de revision de la douane suisse, pour les trains de voyageurs venant de France par la voie du Mont d'Or et par celle de Pontarlier, dans la salle de revision de la douane française pour les trains sortant de Suisse par la voie du Mont d'Or et par celle de Pontarlier.

Si le service des douanes faisait, pour certains trains, procéder à la visite des bagages à main dans les voitures, pendant le stationnement, les voyageurs seraient prévenus par les agents de chemins de fer qu'ils ne doivent pas quitter le train avant l'achèvement de la visite.

Art. 12. Sur demande, la visite des bagages enregistrés pourra être réservée à un bureau de douane de l'intérieur des deux Etats autorisé à cet effet. Dans ce cas, les bagages seront accompagnés des pièces douanières nécessaires établies par le bureau de douane respectif de Vallorbe.

Art. 13. Les bureaux de douane des deux Etats procéderont de concert à la revision et aux mesures à prendre en vue du contrôle de l'identité des marchandises importées ou exportées temporairement d'un pays dans l'autre.

Art. 14. Les plombs et cadenas, etc. que porteront les wagons ou des colis isolés pour garantir les marchandises qui doivent être soumises aux opérations douanières à Vallorbe pour le compte des deux Etats, ne seront enlevés par les employés du bureau de douane de sortie qu'en présence des employés de l'autre Etat, lesquels, s'il y a lieu, y substitueront immédiatement leurs plombs, cadenas, etc.

Art. 15. Pour tous les trains arrivant à la gare internationale de Vallorbe avec des marchandises à destination de l'autre Etat, les administrations de chemins de fer remettront dans le plus bref délai possible au bureau de douane respectif les papiers nécessaires d'après les prescriptions douanières en vigueur dans le pays où entrent les marchandises.

Art. 16. Dès leur arrivée en gare jusqu'à leur départ, les marchandises et les bagages seront soumis, en ce qui concerne le contrôle, le déchargement, le chargement et la surveillance, aux dispositions du bureau de douane de l'Etat dans lequel les marchandises doivent entrer, en ayant égard aux intérêts de la douane de l'autre Etat.

Art. 17. La surveillance exercée par chacun des bureaux de douane des deux Etats sur les magasins, lieux de dépôt ou de stationnement des marchandises à la gare internationale de Vallorbe n'aura pour objet que de sauvegarder les intérêts du fisc de ces deux Etats, et ne diminuera en aucune façon la responsabilité des administrations de chemins de fer envers les propriétaires ou destinataires, pour la garde des marchandises.

Art. 18. Les administrations de chemins de fer seront tenues de prendre toutes les précautions nécessaires pour que les marchandises, les voyageurs et leurs bagages soumis aux formalités de douane ne puissent entrer dans la gare internationale ni en sortir que par les passages qui seront désignés à cet effet dans l'intérêt douanier de deux Etats.

Art. 19. Les administrations de chemins de fer préviendront en temps utile les bureaux de douane des deux Etats de tout changement ordinaire ou extraordinaire apporté à l'horaire des trains de voyageurs ou de marchandises, ainsi que de la mise en marche de tout train extraordinaire.

Pour l'établissement de leurs horaires, elles devront tenir compte des nécessités du service de douanes.

Art. 20. Si des marchandises ou bagages soumis aux formalités de l'une ou l'autre douane à la gare internationale de Vallorbe étaient livrés sans que ces formalités aient été remplies, la responsabilité des administrations de chemins de fer serait engagée dans la limite fixée par la législation de chacun des deux Etats.

Les administrations de chemins de fer seront tenues de veiller, sous leur responsabilité, à ce que les marchandises déposées dans les locaux spéciaux pour une destination déterminée, ne soient pas retirées de ces locaux pour recevoir une autre destination, sans le consentement exprès des bureaux de douane intéressés.

Les magasins mis à la disposition de la douane française seront à tous égards soumis aux règlements généraux de cette administration.

Art. 21. Les autorités suisses accorderont aux employés et agents des douanes françaises, dans l'exercice de leurs fonctions, la même protection qu'aux employés et agents des douanes suisses.

Art. 22. Les employés et agents des douanes françaises de service à Vallorbe dépendront exclusivement de l'autorité française pour tout ce qui concerne le service et la discipline.

Ils devront toutefois se conformer aux lois pénales et règlements de police en vigueur à Vallorbe et seront, sous ce rapport, soumis à la juridiction suisse et vaudoise. Dans le cas où un employé ou un agent des administrations françaises contreviendrait à ces lois ou règlements, l'autorité dont il dépend en serait immédiatement prévenue.

Les susdits employés et agents ainsi que les membres de leurs familles ne seront astreints à aucun service militaire ni à aucune autre prestation de service personnel au profit de l'Etat suisse, du canton de Vaud ou de la commune de Vallorbe. Ils ne seront soumis à aucune taxe ou impôt dont seraient dispensés les autres habitants de Vallorbe.

Art. 23. Les employés et agents des administrations françaises de service à la gare internationale de Vallorbe jouiront eux et leurs familles, lors de leur premier établissement, de la franchise des droits de douane ou autres pour les meubles, effets et tous objets de leur ménage déjà usagés. Les provisions de ménage et les boissons sont en revanche passibles des droits.

Les uniformes du personnel des administrations françaises et les armes des agents de la douane française seront de même, à leur entrée en Suisse, exempts de tous droits de douane ou autres, ainsi que les meubles, outils, ustensiles, formulaires, etc. nécessaires aux bureaux français établis dans la gare de Vallorbe.

Les combustibles, les matières à graisser, les pièces de rechange du matériel roulant et des locomotives nécessaires à la traction et à la conduite des trains (y compris l'éclairage, le chauffage et le nettoyage) sur les sections de Vallorbe à la frontière franco-suisse seront également exempts de tous droits d'entrée ou autres en Suisse.

Toutes les importations énoncées dans cet article devront être préalablement déclarées à la douane suisse.

Art. 24. Les deux Gouvernements se réservent la faculté d'apporter à la présente convention, par simple correspondance diplomatique, les modifications dont l'expérience aurait fait reconnaître l'opportunité.

Art. 25. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris le plus tôt que faire se pourra.

Elle entrera en vigueur le jour de l'échange des ratifications et demeurera exécutoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où elle serait dénoncée par l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Paris, le 11 juillet 1914.

Lardy. *René Viviani.*

(Übersetzung.)

Übereinkommen zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend den Zolldienst im internationalen Bahnhof Vallorbe.

Der schweizerische Bundesrat und der Präsident der französischen Republik, in der Absicht, in Vollziehung des Staatsvertrages zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend die Zufahrtslinien zum Simplon, vom 18. Juni 1909, den Zolldienst im internationalen Bahnhof Vallorbe zu ordnen, haben zu diesem Behufe zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der schweizerische Bundesrat:

Herrn Lardy, Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft in Paris,

Der Präsident der französischen Republik:

Herrn René Viviani, Präsident des Ministerrates, Minister der auswärtigen Angelegenheiten der französischen Republik,

welche, nachdem sie sich ihre Vollmachten mitgeteilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, folgende Artikel vereinbart haben:

Art. 1. Die Linie Frasne-Vallorbe mit Tunnel unter dem Mont d'Or wird als Zollstrasse betrachtet.

Die Personen- und Güterzüge können unter Beobachtung der vereinbarten Vorschriften und, vorbehältlich der von jedem der vertragschliessenden Staaten für die Güterzüge an Sonn- und Feiertagen allfällig einzuführenden Verkehrsbeschränkungen, auf dieser Strasse frei verkehren, sowohl nachts als am Tage und an Feier- wie an Werktagen.

Art. 2. Der Bahnhof Vallorbe ist in zolldienstlichem Sinn internationaler Bahnhof und umfasst daher sowohl den schweizerischen als den französischen Zolldienst.

Art. 3. Die für den schweizerischen und französischen Zolldienst nötigen Räumlichkeiten sind von den schweizerischen Bundesbahnen gemäss den Anforderungen der beteiligten Staaten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und müssen von den beiderseitigen Regierungen, jede soweit es sie betrifft, genehmigt sein.

Die Kosten für die innere Einrichtung, die Beleuchtung, Heizung und Reinigung der den beiden Zollverwaltungen eingeräumten Lokale fallen, mit Ausnahme derjenigen für die Gepäckrevisionslokale, nicht zu Lasten der schweizerischen Bundesbahnen, gegenteilige Vereinbarung zwischen den Bahnverwaltungen der beiden Staaten vorbehalten.

Für die Beleuchtung, Heizung und Reinigung der Revisionssäle hat die Verwaltung der schweizerischen Bundesbahnen aufzukommen.

Letztere hat von Beginn des Betriebes der Linie Frasne-Vallorbe an drei Zollgeleise zur Verfügung der französischen Zollverwaltung zu stellen. Zwei weitere Geleise (ein viertes und ein fünftes) sollen erstellt werden, sobald die französische Regierung diese Erweiterung für nötig erachtet und dieselbe nachgesucht hat.

Art. 4. Der internationale Bahnhof in Vallorbe, sowie die Bahnstrecke zwischen diesem Bahnhofe und der Grenze, wird unter die Aufsicht der schweizerischen Zollorgane gestellt. Der französischen Douane ist jedoch das Recht vorbehalten, ihrerseits die zur Wahrung ihrer Interessen nötige Kontrolle und Aufsicht auszuüben.

Art. 5. Die Befugnisse der im internationalen Bahnhof in Vallorbe errichteten schweizerischen und französischen Zollämter sind auf Grund der Vorschriften der Verwaltungen, denen sie angehören, festzusetzen. Letztere bestimmen auch die Zeit für die Offenhaltung und die Schliessung der Bureaux und der Revisionslokale, wobei indessen die Abfertigung der Reisenden und des Reisendengepäckes jederzeit gesichert sein muss.

Art. 6. Die Zollämter der beiden Staaten im internationalen Bahnhof Vallorbe besorgen ihren Dienst und die damit im Zusammenhange stehenden Zolloperationen gemäss den Gesetzen und Verordnungen des eigenen Landes.

Art. 7. Ausser dem ihm zustehenden Aufsichtsrecht über die im Bereiche des Bahnhofes Vallorbe liegenden Magazine und Lagerungsplätze für die zur Einfuhr nach dem eigenen Lande oder zur Ausfuhr bestimmten Waren hat das Zollpersonal der beiden Staaten, in Ausübung des Dienstes, Zutritt zu allen andern im Bereiche des genannten Bahnhofes liegenden

Magazinen und Lagerungsplätzen und kann der Verladung, Entladung und Abwiegung der Waren durch das Bahnpersonal beiwohnen.

Die beiderseitigen Zollbehörden werden zusammenwirken, um Unterschleifen beim zollpflichtigen Verkehr vorzubeugen und um Vergehen gegen die bezüglichen Gesetze und Vorschriften zur Entdeckung zu bringen. Zu diesem Zwecke werden die Oberbeamten der Zollbureaux im Bahnhofe Vallorbe auf Verlangen Auskunft erteilen und die Prüfung der den Warenverkehr betreffenden Register, Bücher und Papiere gestatten.

Art. 8. Die französischen Zollbureaux im internationalen Bahnhof in Vallorbe können äusserlich durch eine Aufschrift und das Wappen ihres Landes gekennzeichnet werden.

Das Personal dieser Bureaux kann die durch die bezüglichen Reglemente vorgeschriebene Uniform tragen.

Die im aktiven Dienste stehenden Angestellten der französischen Zollverwaltung können ferner während ihres Dienstes im Revisionssaal, in den Personenzügen, bei der Zugsbegleitung, ferner im Bahnhofe zur Bewachung von Waren und der Kasse ihre Waffen tragen.

Art. 9. Nach den französischen Gesetzen strafbare Zollvergehen und -übertretungen, welche im internationalen Bahnhof in Vallorbe oder auf den Bahnstrecken zwischen diesem Bahnhofe und der Grenze begangen werden, sind von den Beamten der französischen Douane festzustellen und zu verfolgen und durch die französischen Gerichte abzuurteilen.

Den französischen Behörden steht das Recht zu, im Bereiche des Bahnhofes, sowie in den Zügen auf den Bahnstrecken zwischen dem Bahnhof Vallorbe und der Grenze Untersuchungen zum Zwecke der Feststellung solcher Übertretungen vorzunehmen, Waren und Gegenstände der Fehlbaren im französischen Revisionssaal und in den französischen Zollhallen, sowie in den auf jenen Strecken verkehrenden Zügen zurückzuhalten zur Sicherstellung der Kosten, Zollgebühren und Bussen, welche entstehen oder ausgesprochen werden, ferner die als Sicherheit zurückbehaltenen Waren und die beschlagnahmten Gegenstände, deren Konfiskation von den Gerichten verfügt wurde, auf französisches Gebiet zu verbringen oder sie in der Schweiz durch Vermittlung eines zuständigen Beamten verkaufen zu lassen. Sie dürfen dagegen auf schweizerischem Gebiet nicht zur Verhaftung schreiten.

Auf Ansuchen der französischen Behörde werden die zuständigen schweizerischen Behörden:

a) Zeugen und Sachverständige einvernehmen, sowie amtliche Erhebungen veranlassen und deren Ergebnis beglaubigen und mitteilen;
b) den Angeschuldigten oder Verurteilten Prozessakten und Erkenntnisse der französischen Verwaltung eröffnen.

Art. 10. Die Bundesbahnen und die Eisenbahngesellschaft der P. L. M. haben in Vallorbe ein besonderes, ausschliesslich von ihnen ernanntes und besoldetes Personal zu halten für die Besorgung der zur Zollbehandlung

nötigen Verrichtungen beim Übergang von Waren und Vieh von einem Bahnnetz auf das andere. Dem Personal der P. L. M. liegen die daherigen Verrichtungen im Sinne von Art. 10 der internationalen Übereinkunft vom 14. Oktober 1910 bei der Ausfuhr aus Frankreich und bei der Einfuhr nach diesem Lande ob, dem Personal der Bundesbahnen die Verrichtungen bei der Ausfuhr aus der Schweiz und der Einfuhr in dieses Land.

Die aus Frankreich nach der Schweiz eingehenden Post- und Fahrpoststücke, deren Transport der schweizerischen Postverwaltung vorbehalten ist, sind zum Zwecke der Erfüllung der schweizerischen Zollformalitäten von der Eisenbahngesellschaft der P. L. M. der schweizerischen Post zu übergeben; die von der Schweiz nach Frankreich gehenden Kolli der gleichen Art sind von der schweizerischen Post der Eisenbahngesellschaft der P. L. M. zu übergeben.

Art. 11. Die Revision des Reisendengepäcks und die bezüglichen zollamtlichen Verrichtungen werden von den Zollämtern der beiden Staaten in dem hierfür bestimmten Saale vorgenommen, d. h. im Revisionssaale des schweizerischen Zollamtes für die auf der Mont d'Or- und der Pontarlierlinie aus Frankreich eingehenden Personenzüge, im französischen Revisionssaale für die auf der Mont d'Or- und der Pontarlierlinie aus der Schweiz austretenden Züge.

Wenn der Zolldienst für einzelne Züge die Vornahme der Revision des Handgepäcks im Zuge selbst während des Aufenthaltes im Bahnhofe in Aussicht nehmen sollte, so werden die Reisenden vom Bahnpersonal Weisung erhalten, den Zug vor Beendigung der Revision nicht zu verlassen.

Art. 12. Auf Verlangen kann die Revision des eingeschriebenen Gepäcks einem hierzu ermächtigten Zollamte im Innern der beiden Staaten vorbehalten werden. In diesem Falle sind dem Gepäck die notwendigen, durch das zuständige Zollamt in Vallorbe auszustellenden zollamtlichen Begleitpapiere beizugeben.

Art. 13. Für Waren, welche vorübergehend aus einem Lande in das andere ein- oder ausgeführt werden, erfolgt die Vornahme der Revision und der im Hinblick auf die Identifizierung nötigen Massnahmen durch die Zollämter der beiden Staaten gemeinschaftlich.

Art. 14. Die an den Wagen und einzelnen Kolli angebrachten Verbleiungen, Vorlegeschlösser etc., welche die Sicherung der in Vallorbe auf Rechnung der beiden Staaten zollamtlich zu behandelnden Waren zum Zwecke haben, dürfen vom Personal des Ausgangszollamtes nur in Gegenwart desjenigen des anderen Staates entfernt werden, welch letzteres gegebenenfalls die obgenannten Verbleiungen, Schlösser etc. unverzüglich durch eigene ersetzen kann.

Art. 15. Für alle im internationalen Bahnhof Vallorbe eingehenden Züge mit nach dem andern Staate bestimmten Waren haben die Bahnverwaltungen den in Betracht fallenden Zollämtern in kürzester Zeit diejenigen Papiere zuzustellen, die nach den Zollvorschriften des Landes, in welches die Waren eingehen, nötig sind.

Art. 16. Von ihrer Ankunft im Bahnhof bis zu ihrem Abgang unterliegen die Waren und Gepäckstücke bezüglich Kontrolle, Ab- und Verlad, sowie Überwachung den Vorschriften des Zollamtes desjenigen Staates, in welchen die Waren zur Einfuhr gelangen sollen, immerhin unter Berücksichtigung der Interessen der Zollverwaltung des andern Staates.

Art. 17. Die durch jedes der Zollämter der beiden Staaten ausgeübte Aufsicht über die Magazine, Warenlagerungs- und Standplätze im internationalen Bahnhof in Vallorbe bezweckt nur die Wahrung der fiskalischen Interessen dieser beiden Staaten und vermindert in keiner Weise die Verantwortlichkeit der Bahnverwaltungen für die Sicherheit der Waren den Eigentümern und Adressaten gegenüber.

Art. 18. Die Bahnverwaltungen sind gehalten, alle erforderlichen Massnahmen zu treffen, damit die der Zollbehandlung unterworfenen Waren, Reisenden und deren Gepäck nur durch diejenigen Zugänge im internationalen Bahnhof ein- und austreten können, welche im zolldienstlichen Interesse beider Staaten hierfür bestimmt sind.

Art. 19. Die Bahnverwaltungen haben die Zollämter der beiden Staaten rechtzeitig von jeder gewöhnlichen oder aussergewöhnlichen Änderung im Fahrplan der Personen- und Güterzüge, sowie vom Ablassen eines jeden Extrazuges in Kenntnis zu setzen.

Bei Aufstellung ihrer Fahrpläne haben sie den Bedürfnissen des Zolldienstes Rechnung zu tragen.

Art. 20. Wenn Waren oder Gepäckstücke, die noch der Zollbehandlung des einen oder andern Zollamtes im Bahnhofe Vallorbe unterliegen, vor stattgehabter Zollbehandlung ausgeliefert werden sollten, so haftet die Bahnverwaltung nach den Bestimmungen der Zollgesetzgebung des betreffenden Staates.

Die Bahnverwaltungen sind bei eigener Verantwortlichkeit gehalten, darüber zu wachen, dass die mit spezieller Bestimmung in den besondern Lokalen eingelagerten Waren aus diesen Lokalen zum Zwecke einer anderweitigen Bestimmung nicht ohne die ausdrückliche Einwilligung der beteiligten Zollämter entfernt werden.

Die der französischen Zollverwaltung zur Verfügung gestellten Magazine unterstehen in jeder Beziehung den allgemeinen Vorschriften dieser Verwaltung.

Art. 21. Die schweizerischen Behörden werden den französischen Zollbeamten und -angestellten in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen den nämlichen Schutz gewähren, wie den schweizerischen Zollbeamten und -angestellten.

Art. 22. Die in Vallorbe im Dienste befindlichen französischen Zollbeamten und -angestellten unterstehen in bezug auf Dienst und Disziplin ausschliesslich der französischen Behörde.

Immerhin haben sie den in Vallorbe zu Kraft bestehenden Strafgesetzen und Polizeiverordnungen nachzuleben und sind in dieser Beziehung der schweizerischen und waadtländischen Gesetzgebung unterstellt. Falls ein

Beamter oder Angestellter der französischen Verwaltungen diesen Gesetzen oder Verordnungen zuwiderhandeln sollte, würde der ihm vorgesetzten Behörde unverzüglich hiervon Kenntnis gegeben.

Die obgenannten Beamten und Angestellten, sowie ihre Familienangehörigen sind zu keinerlei Militärdienst oder irgend einer andern persönlichen Dienstleistung zugunsten des schweizerischen Staates, des Kantons Waadt oder der Gemeinde Vallorbe verpflichtet. Sie dürfen zu keiner Steuer oder Auflage herangezogen werden, von denen die übrigen Einwohner von Vallorbe befreit sind.

Art. 23. Die im internationalen Bahnhof in Vallorbe im Dienst stehenden Beamten und Angestellten der französischen Verwaltungen, mit Einschluss ihrer Familien, geniessen bei ihrer ersten Niederlassung Befreiung von Zoll- und andern Gebühren für ihre gebrauchten Möbel, Effekten und andern Haushaltungsgegenstände. Vorräte für den Haushaltungsbedarf und Getränke sind dagegen zollpflichtig.

Die Uniformen des Personals der französischen Verwaltungen und die Bewaffnung des französischen Zollpersonals sind bei ihrem Eingang in die Schweiz ebenfalls von jeder Zoll- oder andern Gebühr befreit, ebenso die Möbel, Werkzeuge, Geräte, Formulare etc., welche für die im Bahnhof Vallorbe errichteten französischen Bureaux notwendig sind.

Das für den Betrieb (einschliesslich Beleuchtung, Heizung und Reinigung) und die Führung der Züge auf der Strecke von Vallorbe bis zur französisch-schweizerischen Grenze erforderliche Brenn- und Schmiermaterial, die Ersatzstücke für Rollmaterial und Lokomotiven, sind bei der Einfuhr nach der Schweiz ebenfalls von jeder Zoll- oder andern Gebühr befreit.

Für alle in diesem Artikel aufgeführten Gegenstände hat aber eine vorherige Anmeldung beim schweizerischen Zolldienst stattzufinden.

Art. 24. Die beiden Regierungen behalten sich vor, allfällige, durch die Erfahrung als nötig sich erweisende Abänderungen des vorliegenden Übereinkommens im Wege des einfachen Notenaustausches herbeizuführen.

Art. 25. Das vorliegende Übereinkommen ist zu ratifizieren, und der Austausch der Ratifikationen hat sobald als möglich in Paris stattzufinden.

Es tritt mit dem Tage des Ratifikationsaustausches in Kraft und bleibt gültig bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an, da dessen Kündigung vom einen oder andern der hohen vertragschliessenden Teile erfolgen sollte.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Übereinkommen unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

So geschehen in Paris in doppelter Ausfertigung, den 11. Juli 1914.

Lardy. *René Viviani.*

Convention entre la Suisse et la France réglant les services télégraphique et téléphonique sur la ligne de Frasne à Vallorbe et à la gare internationale de Vallorbe.

Le Conseil fédéral suisse et le Président de la République française, désirant régler par une convention les services télégraphique et téléphonique sur la ligne de chemin de fer de Frasne à Vallorbe et à la gare internationale de Vallorbe, en exécution de la Convention internationale concernant les voies d'accès au Simplon du 18 juin 1909 et du traité passé entre les compagnies Paris-Lyon-Méditerranée et Jura-Simplon les 14/15 octobre 1902 pour la construction et l'exploitation d'une ligne à travers le Mont d'Or se joignant à Vallorbe avec le réseau suisse, ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires:

Le Conseil fédéral suisse:

M. Lardy, Ministre de Suisse à Paris,

Le Président de la République française:

M. René Viviani, Président du Conseil, Ministre de Affaires étrangères de la République française,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier. L'Administration des télégraphes suisses établira à la gare internationale de Vallorbe un bureau télégraphique public de consignation, ainsi qu'une station publique de téléphone qui seront reliés l'un au bureau des télégraphes, l'autre à la station téléphonique centrale de la localité.

L'Administration française ouvrira le bureau gare de Frasne au public. Ce bureau admettra au départ tous les télégrammes déposés, mais il n'acceptera à l'arrivée que ceux à distribuer dans l'enceinte de la gare ou adressés „télégraphe restant".

Art. 2. Aussitôt que les administrations intéressées dex deux Etats en auront reconnu la nécessité, le bureau télégraphique et la station téléphonique centrale de Vallorbe seront reliés par l'intermédiaire de fils directs au bureau télégraphique et à la station téléphonique centrale de Frasne.

Art. 3. Les télégrammes privés déposés au bureau télégraphique public de consignation de Vallorbe seront soumis au tarif télégraphique de la Confédération suisse; pour les conversations téléphoniques de la même origine, le tarif téléphonique suisse ainsi que la convention réglant le service de la correspondance téléphonique entre la France et la Suisse seront appliqués.

Les télégrammes privés déposés au bureau télégraphique établi à la gare de Frasne seront soumis au tarif télégraphique en vigueur en France; pour les conversations téléphoniques de la même origine, le tarif téléphonique français et, suivant le cas, la convention ci-dessus mentionnée, seront appliqués.

Art. 4. Les correspondances en langage clair originaires de Frasne et à destination de Vallorbe, ou réciproquement, échangées entre les chefs des services des postes et des télégraphes, de la police, de la police sanitaire et vétérinaire et des douanes, et relatives à ces services, seront transmises en franchise sur les lignes françaises et suisses.

Au cas où le service des bureaux de poste ambulants suisses ou français devrait se prolonger jusqu'au delà des gares de Vallorbe et de Frasne, les agents de ces bureaux ambulants pourront utiliser aux mêmes conditions les télégraphes des deux Etats et le télégraphe du chemin de fer sur tout le trajet parcouru par lesdits bureaux ambulants sur le territoire étranger.

En règle générale, ces télégrammes devront cependant être expédiés par les fils du réseau général.

Art. 5. Les bureaux télégraphiques du chemin de fer de la section de Vallorbe à Frasne ne pourront échanger directement entre eux des télégrammes privés. Ces télégrammes seront acheminés par l'intermédiaire des bureaux des Administrations télégraphiques des deux Etats.

Art. 6. Exceptionnellement, les bureaux télégraphiques du chemin de fer de Vallorbe à Frasne sont autorisés à échanger directement entre eux des télégrammes privés au moyen des fils du chemin de fer lorsque ces correspondances ne peuvent parvenir en temps utile en employant les fils du réseau général.

Toutefois cette disposition n'est applicable qu'aux télégrammes relatifs:

a) à des recherches de bagages perdus ou égarés;
b) à des retards de train ou à des voyageurs ayant fait fausse route;
c) à des recherches de billets de chemins de fer perdus;
d) à des commandes de billets collectifs;
e) à des cas graves de maladie ou d'accident.

Ces télégrammes privés devront être adressés à l'un des services établis dans le rayon de l'une ou de l'autre des gares de Frasne et de Vallorbe. Il ne sera pas distribué de télégrammes privés hors des deux gares.

Art. 7. Sous réserve des stipulations qui précèdent, les rapports télégraphiques et téléphoniques entre la France et la Suisse, sur la ligne de chemin de fer de Frasne à Vallorbe et à la gare internationale de Vallorbe, seront régis, à tous égards, par les conventions, arrangements et règlements de l'Union télégraphique internationale et par les conventions et arrangements spéciaux conclus entre les deux pays ou entre leurs administrations télégraphique et téléphonique.

Art. 8. Les deux Gouvernements se réservent la faculté d'apporter à la présente convention, par simple correspondance diplomatique, les modifications dont l'expérience aurait fait reconnaître l'opportunité.

Art. 9. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris le plus tôt que faire se pourra.

Elle entrera en vigueur le jour de l'échange des ratifications et demeurera exécutoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où elle serait dénoncée par l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Paris, le 11 juillet 1914.

Lardy. *René Viviani.*

(Übersetzung.)

Übereinkommen zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend Regelung des Telegraphen- und Telephondienstes auf der Linie Frasne-Vallorbe und im internationalen Bahnhof Vallorbe.

Der schweizerische Bundesrat und der Präsident der französischen Republik, vom Wunsche beseelt, den Telegraphen- und Telephondienst auf der Eisenbahnlinie Frasne-Vallorbe und im internationalen Bahnhof Vallorbe durch ein Übereinkommen zu ordnen, haben zu diesem Zwecke, in Ausführung des Staatsvertrages betreffend die Zufahrtslinien zum Simplon vom 18. Juni 1909 und des zwischen der Gesellschaft der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn und der Jura-Simplon-Bahn-Gesellschaft betreffend den Bau und Betrieb einer Verbindungslinie mit dem schweizerischen Bahnnetz durch den Mont d'Or nach Vallorbe abgeschlossenen Vertrages vom 14./15 Oktober 1902, zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der schweizerische Bundesrat:

Herrn Lardy, schweizerischen Gesandten in Paris,

Der Präsident der französischen Republik:

Herrn René Viviani, Präsidenten des Ministerrates, Minister der auswärtigen Angelegenheiten der französischen Republik,

welche, nachdem sie sich ihre Vollmachten mitgeteilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, folgende Artikel vereinbart haben:

Art. 1. Die schweizerische Telegraphenverwaltung errichtet im internationalen Bahnhofe Vallorbe eine öffentliche Telegrammaufgabestelle und eine öffentliche Telephonstation, von welchen die eine mit dem Telegraphenbureau und die andere mit der Telephonzentralstation des Ortes verbunden werden.

Die französische Verwaltung öffnet das Bahnbureau Frasne dem Publikum. Dieses Bureau lässt zur Aufgabe alle Telegramme zu, nimmt aber bei der Ankunft nur diejenigen Telegramme an, die in der Umgebung des Bahnhofes zu bestellen oder „Télégraphe restant" adressiert sind.

Art. 2. Sobald die beteiligten Verwaltungen der beiden Staaten es als notwendig erachten, werden das Telegraphenbureau und die Telephonzentralstation Vallorbe vermittelst direkter Drähte an das Telegraphenbureau und an die Telephonzentralstation Frasne angeschlossen.

Art. 3. Die bei der öffentlichen Telegrammaufgabestelle in Vallorbe zur Aufgabe gelangenden Privattelegramme sind dem Telegraphentarife der schweizerischen Eidgenossenschaft unterworfen; für die Telephongespräche der nämlichen Herkunft gelten der schweizerische Telephontarif, sowie der Vertrag zwischen Frankreich und der Schweiz, betreffend Regelung des Telephonverkehrs.

Die Privattelegramme, die auf dem am Bahnhof Frasne errichteten Telegraphenbureau zur Aufgabe gelangen, sind dem in Frankreich gültigen Telegraphentarif unterworfen; auf die Telephongespräche der nämlichen Herkunft findet der französische Telephontarif und, je nach dem Falle, der vorerwähnte Vertrag Anwendung.

Art. 4. Die Korrespondenzen in offener Sprache, die, von Frasne herkommend und nach Vallorbe gehend oder umgekehrt, zwischen den Dienstchefs der Posten und Telegraphen, der Polizei, der Gesundheits- und Tierarztpolizei und des Zolles in Dienstangelegenheiten ausgewechselt werden, geniessen auf den französischen und schweizerischen Linien die Taxfreiheit.

Für den Fall, dass der Dienst der schweizerischen oder französischen Bahnposten bis über die Bahnhöfe Vallorbe oder Frasne hinaus ausgedehnt werden sollte, kann das Personal dieser Bahnposten die Telegraphen der beiden Staaten und den Bahntelegraphen zu den nämlichen Bedingungen auf der ganzen Strecke benutzen, die die genannten Bahnposten auf fremdem Gebiete durchlaufen haben.

In der Regel sollen diese Telegramme indessen auf den Drähten des allgemeinen Netzes befördert werden.

Art. 5. Die Eisenbahntelegraphenbureaux der Strecke Vallorbe-Frasne können direkt unter sich keine Privattelegramme auswechseln. Diese Telegramme sollen durch die Bureaux der Telegraphenverwaltung der beiden Staaten vermittelt werden.

Art. 6. Ausnahmsweise sind die Bahntelegraphenbureaux von Vallorbe nach Frasne ermächtigt, auf den Bahndrähten Privattelegramme direkt unter sich auszuwechseln, wenn diese Korrespondenzen bei Benützung der Drähte des allgemeinen Netzes nicht in nützlicher Frist ihren Bestimmungsort erreichen können.

Immerhin ist diese Bestimmung nur auf Telegramme anwendbar, die Bezug haben

a) auf Nachforschungen nach verirrtem oder verlorenem Gepäck;
b) auf Zugverspätungen oder auf Reisende, welche irrig gefahren sind;
c) auf Nachforschungen nach verlorenen Eisenbahnbillets;
d) auf Bestellungen von Kollektivbillets;
e) auf schwere Krankheits- oder Unglücksfälle.

Diese Privattelegramme müssen an eine der Dienststellen, die auf dem Gebiete des einen oder andern der Bahnhöfe von Frasne oder Vallorbe eingerichtet sind, adressiert werden.

Ausserhalb der beiden Bahnhöfe werden keine Privattelegramme bestellt.

Art. 7. Vorbehältlich der Bestimmungen, welche vorangehen, werden die telegraphischen und telephonischen Beziehungen zwischen der Schweiz

und Frankreich in jeder Hinsicht durch die Verträge, Abkommen und Reglemente der internationalen Telegraphenunion und durch die Verträge und besonderen Abkommen geleitet, welche zwischen den beiden Ländern oder zwischen ihren Telegraphen- und Telephonverwaltungen abgeschlossen werden.

Art. 8. Die beiden Regierungen behalten sich vor, allfällige, durch die Erfahrung als nötig sich erweisende Abänderungen des vorliegenden Übereinkommens im Wege des einfachen Notenaustausches herbeizuführen.

Art. 9. Das vorliegende Übereinkommen ist zu ratifizieren, und der Austausch der Ratifikationen hat sobald als möglich in Paris stattzufinden.

Es tritt mit dem Tage des Ratifikationsaustausches in Kraft und bleibt gültig bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an, da dessen Kündigung vom einen oder andern der hohen vertragschliessenden Teile erfolgen sollte.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Übereinkommen unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

So geschehen in Paris, in doppelter Ausfertigung, den 11. Juli 1914.

sig. *Lardy.* sig. *René Viviani.*

Convention entre la Suisse et la France réglant le service de police sanitaire (épidémies) à la gare internationale de Vallorbe.

Le Conseil fédéral suisse et le Président de la République française, désirant régler par une convention le service de la police sanitaire (épidémies) à la gare internationale de Vallorbe, en exécution de la Convention internationale concernant les voies d'accès au Simplon du 18 juin 1909, ont nommé, à cet effet, pour leurs plénipotentiaires:

Le Conseil fédéral suisse:

M. Lardy, Ministre de Suisse à Paris,

Le Président de la République française:

M. René Viviani, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères de la République française,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier. Les opérations concernant les visites sanitaires ordonnées par les deux Etats à l'égard des voyageurs et des bagages transportés de Suisse en France ou de France en Suisse, par les lignes de Frasne à Vallorbe et de Pontarlier à Vallorbe seront effectuées dans le bâtiment destiné à cet usage à la gare internationale de Vallorbe et comprenant une station de désinfection et une infirmerie.

Art. 2. Chacun des deux Etats contractants pourra avoir à la gare internationale de Vallorbe, à ses frais, un médecin chargé de diriger ce service.

Art. 3. Le personnel de service pourra être nommé d'un commun accord par les deux Gouvernements; dans ce cas, la dépense sera partagée par moitié. Dans le cas contraire, chacun des deux Etats devra entretenir, à ses frais, son personnel particulier.

Art. 4. Le médecin suisse et le médecin français auront en commun l'usage des locaux du bâtiment prévu à l'article premier ci-dessus.

Leur compétence respective sera déterminée par la destination des voyageurs et des bagages.

L'usage des étuves et des autres appareils de désinfection sera réglé, d'accord entre les deux médecins de manière à assurer l'accomplissement le plus rapide du service et à éviter des retards dans la circulation des trains.

Art. 5. Les dépenses faites pour les désinfection et pour le fonctionnement des appareils (charbon, produits chimiques, etc.) seront supportées par l'Etat dont le médecin les aura ordonnées.

Art. 6. Une infirmerie sera destinée à recevoir et à isoler provisoirement et d'urgence les voyageurs que le medécin suisse ou le médecin français, chacun dans la limite de sa compétence, aura reconnus atteints ou suspects d'une maladie contagieuse épidémique, et qu'il aura jugé nécessaire de retenir.

Les malades dont le transfert dans un lazaret aura été reconnu nécessaire seront remis à l'autorité sanitaire de Vallorbe.

Art. 7. Les frais causés par l'isolement des voyageurs malades ou suspects dans l'infirmerie (traitement, nourriture, médicaments, infirmier, etc.) par leur transport au lazaret et par leur traitement dans ce lazaret seront à la charge de celui des deux Etats dont le médecin aura ordonné ces mesures dans l'intérêt de son propre pays.

Art. 8. Le Gouvernement français bonifiera au Gouvernement fédéral suisse la moitié des intérêts, à 5 % l'an, du capital affecté aux installations spécialement destinées au service de la police sanitaire des épidémies.

Le Gouvernement francais bonifiera également au Gouvernement fédéral la moitié des frais d'entretien, d'éclairage et de chauffage des locaux affectés au service de la police sanitaire (épidémies).

Art. 9. Les deux Gouvernements se réservent la faculté d'apporter à la présente convention, par simple correspondance diplomatique, les modifications dont l'expérience aurait fait reconnaître l'opportunité.

Art. 10. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris, le plus tôt que faire se pourra.

Elle entrera en vigueur le jour de l'échange des ratifications et demeurera exécutoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où elle serait dénoncée par l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Paris, le 11 juillet 1914.

Lardy. *René Viviani.*

(Übersetzung.)

Übereinkommen zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend den Gesundheitspolizeidienst im internationalen Bahnhof Vallorbe.

Der schweizerische Bundesrat und der Präsident der französischen Republik haben, in der Absicht, gemäss der internationalen Übereinkunft betreffend die Zufahrtslinien zum Simplon vom 18. Juni 1909, durch ein Übereinkommen den Seuchendienst im internationalen Bahnhof Vallorbe zu regeln, als Bevollmächtigte ernannt:

Der schweizerische Bundesrat:

Herrn Lardy, schweizerischen Gesandten in Paris,

Der Präsident der französischen Republik:

Herrn René Viviani, Präsident des Ministerrates, Minister der auswärtigen Angelegenheiten der französischen Republik,

welche, nachdem sie sich ihre Vollmachten mitgeteilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, folgende Artikel vereinbart haben:

Art. 1. Die von den beiden Staaten angeordneten sanitarischen Untersuchungen der Reisenden und des Reisegepäcks, welche auf den Linien Frasne-Vallorbe und Pontarlier-Vallorbe von der Schweiz nach Frankreich oder von Frankreich nach der Schweiz befördert werden, sind in dem beim internationalen Bahnhof von Vallorbe gelegenen, eigens hierzu bestimmten Gebäude vorzunehmen, das ein Krankenzimmer und eine Desinfektionsanstalt enthält.

Art. 2. Jeder der beiden Vertragsstaaten hat das Recht, auf seine Kosten auf dem internationalen Bahnhof von Vallorbe einen Arzt zu halten, um den vorgenannten Dienst zu leiten.

Art. 3. Das Dienstpersonal kann von den beiden Regierungen gemeinschaftlich ernannt werden; in diesem Falle werden die Kosten je zur Hälfte getragen. Andernfalls wird jeder Staat auf seine Kosten für eigenes Personal sorgen.

Art. 4. Die Räumlichkeiten des in Art. 1 vorgesehenen Gebäudes stehen dem französischen und dem schweizerischen Arzt in gleicher Weise zur Verfügung.

Die Befugnisse der Ärzte richten sich nach dem Reiseziel der Passagiere und des Gepäcks.

Die Benutzung der Dampf- und sonstigen Desinfektionsapparate ist im Einverständnis der beiden Ärzte derart zu ordnen, dass der Dienst möglichst rasch abgewickelt und eine Verspätung der Züge vermieden wird.

Art. 5. Die Kosten der Desinfektionen und der Inbetriebsetzung der betreffenden Apparate (Kohlen, Chemikalien usw.) sind von dem Staate zu tragen, dessen Arzt die Massnahmen angeordnet hat.

Art. 6. Das Krankenzimmer ist zur Aufnahme und sofortigen vorläufigen Absonderung derjenigen Reisenden bestimmt, welche der schweizerische oder französische Arzt im Rahmen seiner Befugnisse als von einer kontagiös-epidemischen Krankheit befallen oder einer solchen verdächtig erkannt und zurückzubehalten für nötig befunden hat.

Kranke, deren Überführung in ein Absonderungshaus sich als notwendig erweist, sind der Gesundheitsbehörde von Vallorbe zu übergeben.

Art. 7. Die Kosten der Absonderung kranker oder verdächtiger Reisender im Krankenzimmer (für Behandlung, Nahrung, Arznei, Wartung usw.), sowie diejenigen der Überführung ins Absonderungshaus und der Behandlung daselbst fallen zu Lasten desjenigen Staats, dessen Arzt diese Massnahmen zum Schutz seines eigenen Landes angeordnet hat.

Art. 8. Die französische Regierung wird der schweizerischen die Hälfte der Zinsen zu 5% von demjenigen Kapital vergüten, das zur Erstellung der für den Epidemiensanitätsdienst bestimmten Einrichtungen verwendet wurde.

Ebenso wird die französische Regierung der schweizerischen die Hälfte der Kosten des Unterhalts, der Beleuchtung und der Heizung der für den Sanitätsdienst dienenden Räumlichkeiten vergüten.

Art. 9. Die beiden Regierungen behalten sich vor, allfällige, durch die Erfahrung als nötig sich erweisende Abänderungen des vorliegenden Übereinkommens im Wege des einfachen Notenaustausches herbeizuführen.

Art. 10. Das vorliegende Übereinkommen ist zu ratifizieren, und der Austausch der Ratifikationen hat sobald als möglich in Paris stattzufinden.

Es tritt mit dem Tage des Ratifikationsaustausches in Kraft und bleibt gültig bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an, da dessen Kündigung von einem oder andern der hohen vertragschliessenden Teile erfolgen sollte.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Übereinkommen unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

So geschehen in Paris in doppelter Ausfertigung, den 11. Juli 1914.

sig. *Lardy.* sig. *René Viviani.*

Convention entre la Suisse et la France réglant le service de police vétérinaire (épizooties) à la gare internationale de Vallorbe.

Le Conseil fédéral suisse et le Président de la République française, désirant régler par une convention le service de police vétérinaire (épizooties) à la gare internationale de Vallorbe, en exécution de la Convention internationale concernant les voies d'accès au Simplon du 18 juin 1909, ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires:

Le Conseil fédéral suisse:

M. Lardy, Ministre de Suisse à Paris,

Le Président de la République française:

M. René Viviani, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères de la République française,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier. Les opérations sanitaires du service de la police vétérinaire qui se font à la frontière et qui sont applicables au bétail vivant, aux viandes et aux produits animaux transportés de Suisse en France ou de France en Suisse par les lignes de Frasne à Vallorbe et de Pontarlier à Vallorbe seront effectuées sur les quais et dans les bâtiments destinés à cet usage à la gare internationale de Vallorbe.

Art. 2. Chacun des Gouvernements contractants commettra à ses frais, dans cette gare, un ou plusieurs vétérinaires chargés de diriger ce service conformément aux lois et prescriptions réglant la matière dans l'Etat dont ils relèvent.

Art. 3. En cas de maladie infectieuse ou contagieuse du bétail constatée ou soupçonnée lors de la visite vétérinaire, il sera dressé un procès-verbal par les soins du vétérinaire qui aura fait la constatation. Le procès-verbal indiquera la maladie constatée ou soupçonnée, la provenance des animaux, leur signalement, les noms et prénoms de l'expéditeur et du conducteur, le numéro des certificats d'origine et toutes les autres circonstances dignes d'être notées.

Le vétérinaire, qui aura rédigé le procès-verbal en remettra, dans la journée, une copie au vétérinaire de l'autre Etat.

Art. 4. Si, lors des visites vétérinaires, on constate un ou plusieurs cas avérés ou suspects de maladies infectieuses ou contagieuses, les animaux malades ou suspects, ainsi que ceux qui ont voyagé dans le même wagon ou qui, suivant l'appréciation du vétérinaire de frontière en fonctions, présentent pour un autre motif quelconque, un danger d'infection devront, s'ils viennent de la direction de France, être immédiatement refoulés sur Frasne ou sur Pontarlier, suivant leur provenance; s'ils viennent de la direction de Suisse, le vétérinaire frontière suisse prendra toutes les mesures de précaution nécessaires pour empêcher la propagation de la maladie.

En cas de déchargement, le ou les wagons qui ont contenu ces animaux devront être en même temps conduits sur l'emplacement de la gare destiné aux désinfections, pour être aussitôt soumis à une désinfection complète. On désinfectera également les quais de chargement, les emplacements où les animaux ont stationné pour la visite, le chemin qu'ils ont parcouru dans la gare, les ponts mobiles, les agrès et tous autres objets ayant servi au transport ou au chargement; de même on procédera à une désinfection appropriée du personnel occupé à ces travaux ainsi que des habits et des ustensiles.

L'exécution des opérations de désinfection et des mesures mentionnées à l'alinéa 2 est confiée au vétérinaire suisse sous sa responsabilité.

Art. 5. Les frais causés par les mesures de désinfection mentionnées à l'article 4 seront à la charge de celui des deux Etats d'où proviennent les transports refoulés.

Art. 6. Le Gouvernement français bonifiera au Gouvernement suisse:

a) les intérêts, à 5 % l'an, du capital affecté aux locaux spécialement destinés au service français de police vétérinaire (épizooties);

b) les frais d'entretien de ces locaux.

Les frais d'aménagement, de chauffage et d'éclairage du bureau occupé par les vétérinaires français ainsi que des autres locaux affectés éventuellement au service français de police vétérinaire seront supportés par le Gouvernement français.

Art. 7. Les deux Gouvernements se réservent la faculté d'apporter à la présente convention, par simple correspondance diplomatique, les modifications dont l'expérience aurait fait reconnaître l'opportunité.

Art. 8. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris le plus tôt que faire se pourra.

Elle entrera en vigueur le jour de l'échange des ratifications et demeurera exécutoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où elle serait dénoncée par l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Paris, le 11 juillet 1914.

Lardy. *René Viviani.*

(Übersetzung.)

Übereinkommen zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend den Veterinärpolizeidienst (Viehseuchen) im internationalen Bahnhof Vallorbe.

Der schweizerische Bundesrat und der Präsident der französischen Republik, in der Absicht, in Vollziehung des Staatsvertrages zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend die Zufahrtslinien zum Simplon, vom 18. Juni 1909, den Dienst der Veterinärpolizei (Viehseuchen) im internationalen Bahnhof in Vallorbe zu ordnen, haben zu diesem Behufe zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der schweizerische Bundesrat:
Herrn Lardy, schweizerischen Gesandten in Paris,

Der Präsident der französischen Republik:
Herrn René Viviani, Präsident des Ministerrates, Minister der auswärtigen Angelegenheiten der französischen Republik,

welche, nachdem sie sich ihre Vollmachten mitgeteilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, folgende Artikel vereinbart haben:

Art. 1. Die Ausübung des polizeilichen grenztierärztlichen Dienstes hinsichtlich des Viehes, der Fleischwaren und sonstigen tierischen Produkte, die auf den Linien Frasne-Vallorbe oder Pontarlier-Vallorbe aus der Schweiz nach Frankreich oder aus Frankreich nach der Schweiz befördert werden, hat auf den Quais und in den zu diesem Zweck bestimmten Gebäulichkeiten im internationalen Bahnhof Vallorbe stattzufinden.

Art. 2. Jeder der beiden Vertragsstaaten wird auf seine Kosten in diesem Bahnhof einen oder mehrere Tierärzte halten, denen die Aufgabe obliegt, den Dienst nach den Gesetzen und Vorschriften zu leiten, die hierüber im eigenen Lande massgebend sind.

Art. 3. Wenn anlässlich der tierärztlichen Untersuchung eine infektiöse oder eine kontagiöse Tierkrankheit konstatiert oder vermutet wird, ist von demjenigen Tierarzt, der diese Feststellung gemacht hat, ein Protokoll aufzunehmen. In diesem Protokoll sind anzugeben: die festgestellte oder vermutete Krankheit, die Herkunft der Tiere, ihr Signalement, Name und Vorname des Absenders und des Transportführers, die Nummern der Ursprungszeugnisse und alle andern nennenswerten Umstände.

Derjenige Tierarzt, der das Protokoll aufgenommen hat, soll gleichen Tags eine Abschrift davon dem Tierarzt des andern Staates zustellen.

Art. 4. Werden anlässlich der tierärztlichen Untersuchungen ein oder mehrere erwiesene oder verdächtige Fälle einer infektiösen oder kontagiösen Krankheit festgestellt, so müssen die kranken oder verdächtigen Tiere, sowie alle andern Tiere, die im gleichen Wagen befördert worden sind, oder welche nach dem Dafürhalten des amtenden Grenztierarztes aus irgend einem andern Grunde eine Infektionsgefahr bieten, sofern der Transport aus Frankreich stammt, entsprechend ihrer Herkunft nach Frasne oder Pontarlier zurückgewiesen werden; sind die Tiere schweizerischer Herkunft, so hat der schweizerische Grenztierarzt alle zur Verhinderung der Seucheverbreitung geeigneten Massregeln zu treffen.

Im Falle des Ausladens müssen der oder die Wagen, in denen die Tiere sich befanden, gleichzeitig nach der Desinfektionsanlage des Bahnhofs befördert und dort einer vollständigen Desinfektion unterworfen werden. Ebenfalls zu desinfizieren sind die Ladequais, der benutzte Untersuchungsplatz, der innerhalb der Bahnhofsanlage von den Tieren begangene Weg, die beweglichen Ladebrücken, die Gerätschaften und alle andern beim Transport und beim Ausladen benutzten Gegenstände; desgleichen hat eine geeignete Desinfektion des bei diesen Arbeiten verwendeten Personals, der Kleider und Gerätschaften stattzufinden.

Die Durchführung der Desinfektions- und der im Absatz 2 erwähnten übrigen Massnahmen ist unter seiner Verantwortlichkeit dem schweizerischen Grenztierarzt übertragen.

Art. 5. Die Kosten, die aus den im Art. 4 erwähnten Desinfektionsmassnahmen erwachsen, sind von demjenigen der beiden Staaten zu tragen, aus dem die zurückgewiesenen Transporte herkommen.

Art. 6. Die französische Regierung wird an die schweizerische Regierung folgende Vergütungen leisten:

a) die Zinsen zu 5 % des Kapitals, das für die dem französischen Veterinärpolizeidienst (Viehseuchen) besonders bestimmten Räumlichkeiten aufgewendet worden ist;

b) die Kosten des Unterhalts dieser Räumlichkeiten.

Die Kosten für die Einrichtung, die Heizung und Beleuchtung des von den französischen Tierärzten benutzten Bureaus, sowie allfällig anderer, dem französischen Veterinärpolizeidienst zugeteilter Räume, sind von der französischen Regierung zu tragen.

Art. 7. Die beiden Regierungen behalten sich vor, allfällige, durch die Erfahrung als nötig sich erweisende Abänderungen des vorliegenden Übereinkommens im Wege des einfachen Notenaustausches herbeizuführen.

Art. 8. Das vorliegende Übereinkommen ist zu ratifizieren, und der Austausch der Ratifikationen hat sobald als möglich in Paris stattzufinden.

Es tritt mit dem Tage des Ratifikationsaustausches in Kraft und bleibt gültig bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an, da dessen Kündigung vom einen oder andern der hohen vertragschliessenden Teile erfolgen sollte.

Zu Urkunde dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Übereinkommen unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

So geschehen in Paris in doppelter Ausfertigung, den 11. Juli 1914.

sig. *Lardy.* sig. *René Viviani.*

231.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, GRANDE-BRETAGNE.

Arrangement en vue de renouveler la Convention d'arbitrage, conclue le 4 avril 1908*) et prolongée le 31 mai 1913;**) signé à Washington, le 3 juin 1918.***)

Treaty Series (Washington), No. 635.

The President of the United States of America and His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, being desirous of extending for another five years the period during which the Arbitration Convention concluded between them on April 4, 1908, extended by the agreement concluded between the two Governments on May 31, 1913, shall remain in force, have authorized the undersigned, to wit: Robert Lansing, Secretary of State of the United States and The Earl of Reading, His Britannic Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary on Special Mission to the United States, to conclude the following Articles:

Article I.

The Convention of Arbitration of April 4, 1908, between the Government of the United States of America and the Government of His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, the duration

*) V. N. R. G. 3. s. II, p. 313. **) V. N. R. G. 3. s. VIII, p. 706.

***) Les ratifications ont été échangées à Washington, le 24 septembre 1918.

of which by Article IV thereof was fixed at a period of five years from the date of the exchange of ratifications of the said Convention on June 4, 1908, which period by the agreement of May 31, 1913, between the two Governments, was extended for five years from June 4, 1913, is hereby extended and continued in force for the further period of five years from June 4, 1918.

Article II.

The present Agreement shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof, and by His Britannic Majesty, and it shall become effective upon the date of the exchange of ratifications which shall take place at Washington as soon as possible.

Done in duplicate, this third day of June, one thousand nine hundred and eighteen.

Robert Lansing. (seal.)
Reading. (seal.)

232.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, JAPON.

Arrangement en vue de renouveler la Convention d'arbitrage du 5 mai 1908,*) prolongée le 28 juin 1913;**) signé à Washington, le 23 août 1918.***)

Treaty Series, No. 639.

The Government of the United States of America and the Government of His Majesty the Emperor of Japan, desiring to extend for another five years the period during which the Arbitration Convention concluded between them on May 5, 1908, and extended by the Agreement concluded between the two Governments on June 28, 1913, shall remain in force, have authorized the undersigned, to wit: Robert Lansing, Secretary of State of the United States, and Viscount Kikujiro Ishii, His Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Washington, to conclude the following Agreement:

Article I.

The Convention of Arbitration of May 5, 1908, between the Government of the United States of America and the Government of His Majesty the Emperor of Japan, the duration of which by Article III thereof was fixed at a period of five years from the date of the exchange of rati-

*) V. N. R. G. 3. s. II, p. 722. **) V. N. R. G. 3. s. VIII, p. 714.
***) Les ratifications ont été échangées à Washington, le 30 décembre 1918.

fications, which period, by the Agreement of June 28, 1913, between the two Governments was extended for five years from August 24, 1913, is hereby extended and continued in force for the further period of five years from August 24, 1918.

Article II.

The present Agreement shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof, and by His Majesty the Emperor of Japan, and it shall become effective upon the date of the exchange of ratifications, which shall take place at Washington as soon as possible.

Done in duplicate in the English language at Washington this twenty-third day of August, one thousand nine hundred and eighteen, corresponding to the twenty-third day of the eighth month of the seventh year of Taisho.

Robert Lansing. (seal.)
K. Ishii. (seal.)

233.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, ESPAGNE.

Arrangement en vue de renouveler la Convention d'arbitrage du 20 avril 1908,*) prolongée le 29 mai 1913;**) signé à Washington, le 8 mars 1919.***)

Treaty Series, No. 644.

The Government of the United States of America and the Government of His Majesty the King of Spain, being desirous of extending for another five years the period during which the Arbitration Convention concluded between them on April 20, 1908, extended by the agreement concluded between the two Governments on May 29, 1913, shall remain in force, have authorized the undersigned, to wit:

The Honorable Frank L. Polk, Acting Secretary of State of the United States, and

El Gobierno de los Estados Unidos de América y el Gobierno de Su Majestad el Rey de España deseando extender por otros cinco años el período durante el cual el Tratado de Arbitrage concertado entre ellos el 20 Abril de 1908, prolongado por el convenio efectuado entre los dos gobiernos el 29 de Mayo de 1913, ha de permanecer vigente, han autorizado á los infrascritos, á saber:

El Honorable Frank L. Polk, Secretario Interino de Estado de los Estados Unidos, y

---

*) V. N. R. G. 3. s. II, p. 720. **) V. N. R. G. 3. s. VIII, p. 704.
***) Les ratifications ont été échangées à Washington, le 14 octobre 1919.

His Excellency, Señor Don Juan Riaño y Gayangos, Chamberlain to His Majesty the King of Spain, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of His Majesty at Washington,

To conclude the following agreement:

Article I.

The Convention of Arbitration of April 20, 1908, between the Government of the United States of America and the Government of His Majesty the King of Spain, the duration of which by Article III thereof was fixed at a period of five years from the date of the exchange of ratifications of the said Convention on June 2, 1908, which period, by the agreement of May 29, 1913, between the two Governments was extended for five years from June 2, 1913, is hereby renewed and continued in force for a further period of five years from June 2, 1918.

Article II.

The present Agreement shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof, and by the Government of His Majesty, the King of Spain, in accordance with its Constitution and laws, and it shall become effective upon the date of the exchange of ratifications, which shall take place at Washington as soon as possible.

Done in duplicate, in the English and Spanish languages, at Washington, this eighth day of March, one thousand nine hundred and nineteen.

El Excelentísimo Señor Don Juan Riaño y Gayangos, Gentilhombre de Cámara de Su Majestad el Rey de España, Embajador Extraordinario y Plenipotenciario de Su Majestad en Washington.

Para concertar el siguiente convenio:

Artículo I.

El Tratado de Arbitrage de 20 de Abril de 1908 entre el Gobierno de los Estados Unidos de América y el Gobierno de Su Majestad el Rey de España, cuya duración fijaba en un período de cinco años el artículo III del mismo, á partir de la fecha del canje de ratificaciones de dicho Tratado el 2 de Junio de 1908, cuyo período, por el Convenio de 29 de Mayo de 1913 entre los dos Gobiernos fué prolongado por cinco años más á partir de la fecha de 2 de Junio de 1913, se extiende por la presente y continuará en vigor por un nuevo período de cinco años, á partir del 2 de Junio de 1918.

Artículo II.

El presente Convenio será ratificado por el Presidente de los Estados Unidos de América con el consejo y consentimiento del Senado, y por el Gobierno de Su Majestad el Rey de España, de acuerdo con su Constitución y con sus leyes, y entrará en vigor en la fecha del canje de ratificaciones, el cual tendrá lugar en Washington lo antes posible.

Fecho por duplicado en lengua inglesa e española, en Washington el día 8 de marzo de mil novecientos diez y nueve.

(seal.) *Frank L. Polk.*
(seal.) *Juan Riaño y Gayangos.*

234.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, ITALIE.

Arrangement en vue de renouveler la Convention d'arbitrage du 28 mars 1908,*) prolongée le 28 mai 1913;**) signé à Washington, le 20 mars 1919.***)

Treaty Series, No. 645.

The Government of the United States of America and the Government of His Majesty the King of Italy, being desirous of extending for another five years the period during which the Arbitration Convention concluded between them on March 28, 1908, extended by the Agreement concluded between the two Governments on May 28, 1913, shall remain in force, have authorized the undersigned, to wit: the Honorable Frank L. Polk, Acting Secretary of State of the United States, and Baron Pietro Arone di Valentino, His Majesty's Chargé d'Affaires at Washington, to conclude the following agreement:

Article I.

The Convention of Arbitration of March 28, 1908, between the Government of the United States of America and the Government of His Majesty the King of Italy, the duration of which by Article III thereof was fixed at a period of five years from the date of the exchange of ratifications of the said Convention on January 22, 1909, which period, by the agreement of May 28, 1913, between the two Governments was ex-

Il Governo Stati Uniti d'America e il Governo di Sua Maestà il Re d'Italia, essendo desiderosi di prorogare per altri cinque anni il periodo durante il quale la Convenzione di Arbitrato conclusa fra essi il 28 Marzo 1908, prorogata dall' accordo concluso fra i due Governi il 28 Maggio 1913, deve rimanere in vigore, hanno autorizzato i sottoscritti, cioè: l'Onorevole Frank L. Polk, Facente Funzione di Segretario di Stato degli Stati Uniti, e il Barone Pietro Arone di Valentino, Incaricato d'Affari di Sua Maestà a Washington, a concludere l'accordo seguente:

Articolo I.

La Convenzione di Arbitrato del 28 Marzo 1908, fra il Governo degli Stati Uniti d'America ed il Governo di Sua Maestà il Re d'Italia, la durata della quale, a termini dell' Articolo III di essa, ere stata fissata ad un periodo di cinque anni dalla data dello scambio delle ratifiche della detta Convenzione avvenuto il 22 gennaio 1909, il quale periodo per l'accordo del 28 Maggio 1913 fra i due Governi fu esteso per altri cinque anni

---

*) V. N. R. G. 3. s. II, p. 311. **) V. N. R. G. 3. s. VIII, p. 703.
***) Les ratifications ont été échangées à Washington, le 13 octobre 1919.

tended for five years from January 22, 1914, is hereby renewed and declared in force for a further period of five years from January 22, 1919.

Article II.

The present Agreement shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof, and by the Government of His Majesty, the King of Italy, in accordance with its Constitution and laws, and it shall become effective upon the date of the exchange of ratifications, which shall take place at Washington as soon as possible.

Done in duplicate, in the English and Italian languages, at Washington this 20th day of March nineteen hundred and nineteen.

a datare del 22 gennaio 1914, viene col presente atto prorogata e mantenuta in vigore per un nuovo periodo di cinque anni, a datare dal 22 gennaio 1919.

Articolo II.

Il presente accordo sarà ratificato dal Presidente degli Stati Uniti d'America, in base al parere e col consenso del Senato degli Stati Uniti, e dal Governo di Sua Maestà il Re d'Italia in conformità della sua Costituzione e delle sue leggi, e diventerà effettivo alla data dello scambio delle ratifiche, il quale avrà luogo a Washington al più presto possibile.

Fatto in doppio, nelle lingue inglese ed italiana, a Washington il 20 Marzo millenovecentodiciannove.

(seal.) *Frank L. Polk.*
(seal.) *Pietro Arone di Valentino.*

235.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, HAÏTI.

Protocole concernant la constitution d'une Commission des réclamations; signé à Port-au-Prince, le 3 octobre 1919.

Treaty Series, No. 643.

Protocol between the United States of America and the Republic of Haiti.

Article I.

In pursuance of the objects of the Treaty concluded September 16, 1915,*) between the United States of America and the Republic of Haiti

Protocole entre les Etats-Unis d'Amérique et la Republique d'Haïti.

Article I.

En vue d'accomplir les objets du Traité conclu le 16 Septembre 1915*) entre les Etats-Unis d'Amérique et la République d'Haïti, aux fins d'établir

*) V. N. R. G. 3. s. IX, p. 354.

to establish the finances of Haiti on a firm and solid basis, the Government of the United States and the Government of Haiti through duly authorized representatives agree upon this Protocol for the purpose of carrying out the objects of the aforesaid Treaty and of giving effect to Article 12 thereof. It is clearly understood that this Protocol does not in fact or by implication extend the provisions of the Treaty of September 16, 1915, hereinbefore mentioned.

Article II.

Since the settlement by arbitration or otherwise of all pending pecuniary claims of foreign corporations, companies, citizens or subjects against Haiti, makes it necessary to assemble, analyze and adjust such claims, the Government of Haiti agrees to constitute forthwith a Claims Commission of three members, one member to be nominated by the Secretary of State for Finance of Haiti; one member to be nominated by the Secretary of State of the United States, and the third member who shall not be a citizen either of Haiti or of the United States to be nominated by the Financial Adviser, the three members so nominated to be appointed by the Government of Haiti.

In case a vacancy occurs in the office of any member by reason of his disability or for any other cause, a new member shall be nominated and appointed in the same manner as was the former incumbent.

Article III.

The Claims Commission shall have jurisdiction to examine and pass upon all pecuniary claims against Haiti.

les finances d'Haïti sur une base ferme et solide, le Gouvernement des Etats-Unis et le Gouvernement d'Haïti, par leurs plénipotentiaires dûment autorisés, sont tombés d'accord sur ce Protocole, dans le but de mettre à exécution les objets du dit Traité en son Article 12. Il est bien entendu que ce Protocole n'amplifie ni de fait ni implicitement les prévisions du Traité du 16 Septembre 1915 cidessus mentionnées.

Article II.

Attendu que le règlement par voie d'arbitrage ou de toute autre manière, de toutes les réclamations pécuniaires des sociétés, compagnies, citoyens ou sujets étrangers pendantes contre Haïti, rend nécessaire de classer, de vérifier et de fixer ces réclamations, le Gouvernement d'Haïti s'engage à constituer immédiatement une Commission des Réclamations de trois membres, dont un membre sera désigné par le Secrétaire d'Etat des Finances d'Haïti, un membre par le Secrétaire d'Etat des Etats-Unis et un troisième qui ne devra être ni citoyen Haïtien, ni citoyen des Etats-Unis, sera désigné par le Conseiller Financier.

Les trois membres ainsi désignés seront commissionnés par le Gouvernement d'Haïti.

Au cas où une vacance se produirait parmi les membres, en raison d'empêchement ou par toute autre cause, un nouveau membre sera désigné et commissionné de la même manière que son prédécesseur.

Article III.

La Commission des Réclamations aura pleins pouvoirs pour examiner et se prononcer sur toutes les ré-

It is understood, however, that the Commission shall not have jurisdiction to consider or pass upon:

1) The indebtedness represented by the three bond issues of 1875, 1896 and 1910, now outstanding;

2) That to the Banque Nationale de la République d'Haïti, as of December 31, 1916, as acknowledged by the Haytian Government on the 12th of April, 1919;

3) The sum due as interest as this sum will have been verified and admitted by the Financial Adviser, upon the bonds of the Compagnie Nationale des Chemins de Fer d'Haïti, duly authorized and bearing the guarantee of the Haytian Government, to the amount of $3,544,548.74; and

4) So much of the sum due to the Compagnie des Chemins de Fer de la Plaine du Cul-de-Sac on account of the interest guarantee upon its bonds as has as not hitherto been in dispute between the railroad and the Haytian Government, the Government having recognized its obligation to pay to the Compagnie des Chemins de Fer de la Plaine du Col-de-Sac a sum equal to $41,280 per annum, less the net profits of the railroad.

It is further understood that the claims heretofore presented to the Claims Commission appointed by the decree of November four nineteen sixteen need not be presented de novo to the new Claims Commission who will review the findings of the Commission appointed by the decree

clamations pécuniaires contre Haïti. Toutefois, il est bien entendu que la Commission n'aura pas juridiction pour examiner et se prononcer sur:

1°. Les dettes représentées par les trois emprunts 1875, 1896 et 1910 actuellement existants;

2°. Celle due à la Banque Nationale de la République d'Haïti, à la date du 31 Décembre 1916, comme elle a été reconnue par le Gouvernement Haïtien le 12 Avril 1919;

3°. La somme due à titre d'intérêts, après que cette somme aura été vérifiée et acceptée par le Conseiller Financier, sur les bons de la Compagnie Nationale des Chemins de Fer d'Haïti, dûment autorisés et portant la garantie du Gouvernement Haïtien, montant à Or $ 3,544,548.74;

4°. Telle somme due à la Compagnie des Chemins de Fer de la Plaine du Cul-de-Sac, à titre de garantie d'intérêts sur ses bons et qui n'a pas été jusqu'ici en contestation entre le Chemin de Fer et le Gouvernement Haïtien, le Gouvernement ayant reconnu devoir payer à la Compagnie des Chemins de Fer de la Plaine du Cul-de-Sac une somme égale à or $ 41,280 per annum, moins les bénéfices nets du Chemin de Fer.

Il est de plus entendu que les réclamations déjà présentées à la Commission des Réclamations nommée par le Décret du 4 Novembre 1916 pourront ne pas être soumises à nouveau à la nouvelle Commission des Réclamations qui révisera les conclusions de la Commission nommée par le Dé-

of November four nineteen sixteen in respect of these claims, may require the production of further evidence where they deem this necessary and shall make such final awards as seem to them just and equitable.

Article IV.

The Claims Commission shall proceed, as soon as constituted, to hold meetings at Port-au-Prince, or elsewhere in the Republic of Haiti, to formulate rules of procedure for the filing and adjudication of claims.

The Claims Commission may fix the date after which claims may not be filed, but such date shall not be less than six months after the date of the first public announcement by the Commission of its readiness to receive claims. The Commission shall be bound to examine and decide upon every claim within two years from the day of its first meeting. A majority vote of the Commissioners shall constitute a binding decision upon any claim.

Article V.

The Claims Commission shall determine the proportion of each award which is to be paid in cash and the proportion to be paid in bonds of Haiti; and it shall state these amounts respectively in its certificate of award which is to be issued to each creditor in whose favor an award is made, and which is to be surrendered by him to the Secretary of State for Finance upon payment of the award.

cret du 4 Novembre 1916 touchant ces réclamations; elle pourra exiger la production de nouvelles preuves lorsqu'elle le jugera nécessaire et prendre telles décisions finales qui lui paraîtront justes et équitables.

Article IV.

La Commission des Réclamations, aussitôt constituée, se mettra en devoir de tenir des réunions à Port-au-Prince ou ailleurs dans la République d'Haïti, afin d'établir la procédure à suivre pour le dépôt et la vérification des réclamations.

La Commission des Réclamations pourra fixer la date après laquelle les réclamations ne pourront pas être reçues, mais cette date ne sera pas moindre de six mois après celle du premier avis qui sera publié par la Commission annonçant qu'elle est prête à recevoir les réclamations.

La Commission sera tenue d'examiner chaque réclamation et de prendre une décision à son sujet dans un délai de deux années, à partir du jour de sa première réunion.

Un vote à la majorité des voix des Commissaires constituera une décision obligatoire sur toutes réclamations.

Article V.

La Commission des Réclamations déterminera pour chaque reconnaissance. la proportion qui devra être payée en cash et la proportion qui devra être payée en titres d'Haïti et indiquera ces montants respectivement sur le certificat constatant la décision; ce certificat sera remis à chaque créancier en faveur duquel une reconnaissance aura été émise, laquelle sera par lui remise au Secrétaire d'Etat des Finances sur paiement de la reconnaissance.

Article VI.

In order to make possible the settlement of the awards rendered by the Claims Commission and the refunding of those obligations specifically mentioned in Numbers 1, 2, 3 and 4 in Article III above, and otherwise to establish the finances of Haiti on a firm and solid basis, the Republic of Haiti agrees to issue, upon the terms and at a time to be fixed in accord with the Financial Adviser, but not later than two years after the date of the signature of this Protocol a national loan of 40,000,000 dollars gold ($40,000,000), payable in thirty years by annual drawings at par, or by purchase below par in the open market. It is agreed that the Government of Haiti shall have the right to pay off the entire loan at any time upon reasonable previous notice after fifteen years from the date of issue.

Article VI.

Pour permettre le règlement des reconnaissances rendues par la Commission des Réclamations et le remboursement de ces obligations spécifiquement mentionnées dans les paragraphes 1, 2, 3 et 4 de l'Article III ci-dessus, et, autrement, en vue d'établir les finances d'Haïti sur une base ferme et solide, la République d'Haïti s'engage à contracter, selon les termes et à l'époque qui seront fixés, d'accord avec le Conseiller Financier, mais pas plus tard que deux ans après la date de la signature de ce Protocole, un emprunt national de 40,000,000 dollars or payable en trente ans par tirages annuels au pair, ou par voie d'achat sur le marché des titres au-dessous du pair.

Il est bien entendu que le Gouvernement d'Haïti aura le droit de se libérer de la totalité de l'emprunt, moyennant un préavis donné dans un délai raisonnable à n'importe quel moment, quinze ans après la date de l'émission.

Article VII.

It is further agreed that this loan, to the issuance of which the President of the United States consents, will be used to pay or otherwise provide for the obligations specifically mentioned and numbered 1, 2, 3 and 4 in Article III hereof, and also the awards rendered by the Claims Commission provided for herein. Provision shall be made for the exchange of the bonds of this loan for the bonds of the issues of 1875, 1896 and 1910, such exchange to take place with due regard for the interest rates of the respective bonds and to be carried on between the Secretary of State for Finance of the Republic

Article VII.

Il est en outre convenu que cet emprunt à l'émission duquel le Président des Etats-Unis donne son consentement sera employé à payer les charges spécifiées aux paragraphes 1, 2, 3 et 4 de l'Article III ci-dessus, ou pour pourvoir autrement à leur liquidation, de même que des reconnaissances rendues par la Commission des Réclamations dont la constitution est prévue par le présent Protocole.

Il sera pourvu à l'échange des titres de cet emprunt contre les titres des emprunts de 1875, 1896 et 1910, cet échange devant se faire en tenant compte du taux des intérêts des titres respectifs et devant avoir lieu entre

of Haiti, in accord with the Financial Adviser, and such agency as may represent the holders of said bonds. After two years from the date of the official announcement of the beginning of the conversion the bonds of this loan not used for the purpose of conversion shall be returned to the Secretary of State for Finance of Haiti at Port-au-Prince for the use of the Government. The holders of any said old bonds which shall not have been presented for exchange within this period of two years shall apply for redemption of the same directly to the Secretary of State for Finance of Haiti. Any surplus remaining after the foreign and domestic indebtedness has been paid or otherwise provided for shall be applied by the Republic of Haiti, in accord with the Financial Adviser, to the construction of necessary public works or to the service of the loan hereinabove authorized.

le Secrétaire d'Etat des Finances de la République d'Haïti d'accord avec le Conseiller Financier, d'une part, et tels agents qui pourraient représenter les porteurs des dits titres, d'autre part.

Daux années à partir de la date de la publication officielle du commencement de la conversion des titres de cet emprunt, ceux qui n'auront pas été convertis seront retournés au Secrétaire d'Etat des Finances d'Haïti à Port-au-Prince et appliqués au service du Gouvernement. Les porteurs des susdits anciens titres qui n'auront pas été présentés à l'échange dans ce délai de deux ans s'adresseront pour leur rachat directement au Secrétaire d'Etat des Finances d'Haïti. Toute valeur non employée après que les dettes intérieures et extérieures auront été payées ou autrement réglées, sera appliquée par la République d'Haïti, d'accord avec le Conseiller Financier, à la construction des travaux publics nécessaires ou au service de l'emprunt ci-dessus autorisé.

Article VIII.

It is agreed that the payment of interest and the amortization of this loan will constitute a first charge upon all the internal revenues of Haiti, and a second charge upon the customs revenues of Haiti next in order, until the expiration of the Treaty of September 16, 1915, after payment of salaries, allowances and expenses of the General Receiver and the Financial Adviser and their assistants; and it is further agreed that the control by an officer or officers duly appointed by the President of Haiti, upon nomination by the President of the United States, of the collection and allocation of the hy-

Article VIII.

Il est convenu que le paiement des intérêts et l'amortissement de cet emprunt constitueront une première charge sur tous les revenus intérieurs d'Haïti, et une seconde charge sur les revenus des douanes d'Haïti, jusqu'à l'expiration du Traité du 16 Septembre 1915, après paiement des salaires, allocations, dépenses du Receveur Général et du Conseiller Financier et de leurs aides; il est en outre entendu qu'il sera pourvu au contrôle par un ou des fonctionnaires dûment commissionnés par le Président d'Haïti sur la désignation du Président des Etats-Unis, des recettes et allocations des revenus gagés, et

pothecated revenues, will be provided for during the life of the loan after the expiration of the aforesaid Treaty so as to make certain that adequate provision be made for the amortization and interest of the loan.

Article IX.

Each member of the Claims Commission will receive $8,000 gold per annum as salary, and $2,000 gold per annum as expenses; and the Commission is authorized, after approval of the Secretary of State for Finance in accord with the Financial Adviser, to retain the services of such assistants and experts and otherwise to incur such actual and necessary expenses as may be required for the proper discharge of its duties; and it is agreed that upon proper certification by the Secretary of State for Financé, such salaries, allowances and expenses thus authorized will be paid from the General Treasury of the Republic.

Article X.

The Government of Haiti agrees to empower the Commission by appropriate legislation or otherwise to compel the attendance at its sessions in Haiti of witnesses whose testimony is desired in connection with any claim pending before the Commission, and to require the production of papers which the Commission may deem necessary for it to consider. The Government of Haiti further agrees to enact such legislation as may be necessary to give effect to the provisions of this Protocol.

Article XI.

This Protocol will take effect immediately upon signature by the Mi-

ce, pendant le temps que l'emprunt sera en cours après l'expiration du susdit Traité, de manière à assurer de façon adéquate l'amortissement et les intérêts de l'emprunt.

Article IX.

Chaque membre de la Commission des Réclamations recevra un salaire de 8,000 dollars or par an et de 2,000 dollars or l'an à titre de frais; et la Commission est autorisée à engager, après approbation du Secrétaire d'Etat des Finances et du Conseiller Financier tels aides et experts et à faire telles dépenses actuelles qui seront nécessaires à l'exercice de ses devoirs; il est convenu que sur justification en due forme faite au Secrétaire d'Etat des Finances, ces salaires, allocations et dépenses ainsi autorisés seront acquittés par le Trésor général de la République.

Article X.

Le Gouvernement d'Haïti s'engage à donner les pouvoirs à la Commission par une législation appropriée ou autrement, de demander ou forcer la comparution par devant elle en Haïti des témoins dont la déposition est désirée relativement à toutes réclamations pendantes devant la Commission et de requérir la production de toutes pièces que la Commission pourra juger utile de vérifier.

Le Gouvernement d'Haïti s'engage en outre à prendre toutes mesures législatives nécessaires pour donner plein effet aux prévisions de ce Protocole.

Article XI.

Ce Protocole entrera en vigueur immédiatement après sa signature par

nister of the United States to Haiti representing the Government of the United States, and by the Secretary of State for Foreign Affairs of Haiti representing the Government of Haiti.

In witness whereof this agreement has been signed and sealed by Mr. Arthur Bailly-Blanchard, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the United States of America on behalf of the United States, and by Mr. Constantin Benoit, Secretary of State for Foreign Affairs of Haiti on behalf of the Republic of Haiti.

Done in duplicate in the English and French languages at the City of Port-au-Prince on the third day of October, one thousand nine hundred and nineteen

le Ministre des Etats-Unis en Haïti représentant le Gouvernement des Etats-Unis, et par le Secrétaire d'Etat des Relations Extérieures d'Haïti représentant le Gouvernement d'Haïti.

En foi de quoi cette Convention a été signée et scellée par Monsieur Arthur Bailly-Blanchard, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire des Etats-Unis d'Amérique pour les Etats-Unis et par Monsieur Constantin Benoit, Secrétaire d'Etat des Relations Extérieures d'Haïti pour la République d'Haïti.

Fait en double en Anglais et en Français à Port-au-Prince le trois Octobre mil neuf cent dix neuf.

(seal.) *A. Bailly-Blanchard*
(seal.) *C. Benoit*

av.

Annexe.

Adhésions, Signatures et Ratifications ultérieures, Prorogations, Abrogations, Dénonciations, Addenda, Errata.*)

I.

Allemagne, Etats-Unis d'Amérique, Argentine etc. Convention postale universelle; signée à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 355).

1) Ratification ultérieure:

Le Salvador, en 1917. Notification en a été faite le 15 septembre 1917. V. Overenskomster med fremmede stater 1917, No. 4.

2) Adhésions:

a) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 22 avril 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 327.
b) Le Maroc. Notification en a été faite le 1er octobre 1920. V. ibid. p. 635.
c) L'Espagne pour la zône du Protectorat espagnol au Maroc, par une Note du 14 octobre 1920. V. ibid. 1921, p. 125.

3) Dénonciation:

La Grande-Bretagne a dénoncé la Convention pour la Nigéria du Sud, par une Note du 12 janvier 1915. V. Schweizerische Gesetzsammlung 1915, p. 80.

II.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Arrangement concernant l'échange des lettres et des boîtes avec valeur déclarée; signé à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 395).

1) Adhésions:

a) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 22 avril 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 327.
b) Le Maroc. Notification en a été faite le 1er octobre 1920. V. ibid. p. 635.
c) L'Espagne pour la zône du Protectorat espagnol au Maroc, par une Note du 14 octobre 1920. V. ibid. 1921, p. 125.

2) Dénonciation:

La dénonciation de la Convention principale (v. ci-dessous No. I), déclarée par la Grande-Bretagne pour la Nigéria du Sud a eu pour conséquence que l'Arrangement précité a perdu ses effets pour la dite Colonie. V. Schweizerische Gesetzsammlung 1915, p. 80.

---

*) Les indications ne se rapportent qu'aux documents contenus dans les volumes de la troisième série.

III.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Arrangement concernant le service des mandats de poste; signé à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 415).

1) Ratification ultérieure:

Le Salvador, en 1917. Notification en a été faite le 15 septembre 1917. V. Overenskomster med fremmede stater 1917, No. 4.

2) Adhésions:

a) La Finlande, par une Note du 27 janvier 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 163.
b) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 22 avril 1920. V. ibid. p. 327.
c) Le Maroc. Notification en a été faite le 1er octobre 1920. V. ibid. p. 635.
d) L'Espagne pour la zône du Protectorat espagnol au Maroc, par une Note du 14 octobre 1920. V. ibid. 1921, p. 125.

IV.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Convention concernant l'échange des colis postaux; signée à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 430).

1) Ratification ultérieure:

Le Salvador, en 1917. Notification en a été faite le 15 septembre 1917. V. Overenskomster med fremmede stater 1917, No 4.

2) Adhésions:

a) L'Irlande a demandé l'adhésion à la Convention en réclamant la faculté de percevoir une surtaxe de 50 centimes par colis. Le Conseil fédéral suisse a soumis, par une Note du 15 novembre 1919, la demande à tous les pays participant à la Convention. Dans le délai de six mois prévu par la Convention, aucune objection n'a été présentée. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p 328.
b) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 22 avril 1920. V. ibid. p. 327.
c) Le Maroc. Notification en a été faite le 1er octobre 1920. V. ibid. p 635.
d) L'Espagne pour la zône du Protectorat espagnol au Maroc, par une Note du 14 octobre 1920. V. ibid. 1921, p. 125.

V.

Allemagne, Autriche, Belgique etc. Arrangement concernant le service des recouvrements; signé à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 455).

Adhésions:

a) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 22 avril 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 327.
b) Le Maroc. Notification en a été faite le 1er octobre 1920. V. ibid. p. 635.
c) L'Espagne pour la zône du Protectorat espagnol au Maroc, par une Note du 14 octobre 1920. V. ibid. 1921, p. 125.

VI.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Arrangement concernant l'intervention de la poste dans les abonnements aux journaux; signé à Rome, le 26 mai 1906 (I, p. 465).

Adhésions :

a) La Finlande, par une Note du 27 janvier 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 163.
b) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 22 avril 1920. V. ibid. p. 327.
c) Le Maroc. Notification en a été faite le 1er octobre 1920. V. ibid. p. 635.
d) L'Espagne pour la zône du Protectorat espagnol au Maroc, par une Note du 14 octobre 1920. V. ibid. 1921, p. 125.

VII.

Suisse, Espagne. Traité de commerce; signé à Berne, le 1er septembre 1906 (I, p. 496).

Dénonciation:

L'Espagne a dénoncé la Convention en décembre 1920. Le Traité a cessé d'avoir effet le 20 mars 1921. Toutefois les deux Gouvernements ont stipulé une prorogation provisoire jusqu'au 20 mai 1921. V. Gaceta de Madrid du 18 décembre 1920; Schweizerisches Bundesblatt 1921, II, p. 656.

VIII.

Allemagne, Argentine, Autriche-Hongrie etc. Convention pour l'amélioration du sort des blessés et malades dans les armées en campagne; signée à Genève, le 6 juillet 1906 (II, p. 620).

1) Ratifications ultérieures:

a) L'Uruguay. L'instrument de ratification a été déposé à Berne le 25 novembre 1919. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 78.
b) La Grèce. La ratification a été déposée à Berne le 27 mai 1921. V. Schweizerisches Bundesblatt 1921, III, p. 445.

2) Adhésions:

a) La Pologne, par une Note du 28 juin 1919. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 77.
b) La Tchéco-Slovaquie, par des Notes du 15 septembre et du 17 novembre 1919. V. ibid. p. 78.
c) La Finlande, par une Note du 27 janvier 1920. V. ibid. p. 164.
d) L'Esthonie, par une Note du 10 mars 1921. V. ibid. 1921, p. 323.

IX.

Argentine, Bulgarie, Chili etc. Arrangement concernant les livrets d'identité; signé à Rome, le 26 mai 1906 (II, p. 841).

Adhésions:

a) Le Maroc. Notification en a été faite le 1er octobre 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 635.
b) L'Espagne pour la zône du Protectorat espagnol au Maroc; par une Note du 14 octobre 1920. V. ibid. 1921, p. 125.

X.

Allemagne, Autriche, Hongrie etc. Convention internationale sur l'interdiction du travail de nuit des femmes employées dans l'industrie: signée à Berne, le 26 septembre 1906 (II, p. 861).

1) **Adhésion:**

La Pologne, par une Note du 14 janvier 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 85.

2) **Déclaration:**

Par une Note du 25 juillet 1921 le Gouvernement d'Autriche a déclaré qu'il se regarde être lié par la Convention de 1906 envers tous les États contractants, non seulement envers les Puissances alliées et associées, signataires du Traité de St.-Germain. V. ibid. p. 663.

XI.

Allemagne, Danemark, France etc. Convention internationale sur l'interdiction de l'emploi du Phosphore blanc (jaune) dans l'industrie des allumettes: signée à Berne, le 26 septembre 1906 (II, p. 872).

Adhésions:

a) La Grande-Bretagne pour les Indes britanniques et pour l'Australie, par une Note du 30 décembre 1919. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 88.
b) La Suède, par une Note du 10 avril 1920. V. ibid. p. 264.
c) La Pologne, par une Note du 14 janvier 1921. V. ibid. 1921, p. 124.
d) L'Autriche, par une Note du 23 mars 1921. V. ibid. p. 244.
e) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 12 avril 1921. V. ibid p. 324.
f) La Roumanie, par une Note du 21 juillet 1921. V. ibid. p. 580.

XII.

Allemagne, Autriche, Hongrie etc. Protocole concernant l'unité technique des chemins de fer; signé à Berne, le 18 mai 1907 (II, p. 888).

Adhésions:

a) La Pologne. Notification en a été faite le 21 février 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 176.
b) La Tchéco-Slovaquie Notification en a été faite le 1er avril 1921. V. ibid. p. 232.

XIII.

Belgique, Brésil, Espagne etc. Arrangement pour la création, à Paris, d'un Office international d'Hygiène publique: signé à Rome, le 9 décembre 1907 (II. p. 913).

Adhésions:

Par des notes du 25 mars, du 1er et du 19 mai 1920, du 21 février et du 2 mars 1921 le Gouvernement italien a fait savoir que l'Union de l'Afrique du Sud, la Pologne, la Roumanie, la France pour la zône du Protectorat français au Maroc, l'Afrique occidentale française et le Madagascar, l'Espagne pour la zône du Protectorat espagnol au Maroc ont déclaré l'adhésion à l'Arrangement.

V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 230: 1921, p. 204.

XIV.

Allemagne, Autriche, Hongrie etc. Convention internationale relative à la circulation des automobiles; signée à Paris, le 11 octobre 1909 (III, p. 834).

Adhésion:

La Tchéco-Slovaquie. Notification en a été faite le 26 avril 1921. Les automobiles tchéco-slovaques porteront comme signe distinctif une plaque ovale munie des lettres C. S. V. Schweizerisches Bundesblatt 1921, II, p. 987.

XV.

Allemagne, Autriche, Hongrie etc. Deuxième Convention additionnelle à la Convention internationale du 14 octobre 1890 sur le transport de marchandises par chemins de fer; signée à Berne, le 19 septembre 1906 (III, p. 920).

Dénonciation:

La Serbie a dénoncé la Convention le 15/28 décembre 1918. V. Bulletin des transports internationaux par chemins de fer, mai 1919.

Comp. **N. R. G.** 3. s. IX, p. 918.

XVI.

Allemagne, Belgique, Danemark etc. Convention de Berne revisée pour la protection des œuvres littéraires et artistiques; signée à Berlin, le 13 novembre 1908 (IV, p. 590).

1) **Ratification ultérieure:**

La Suède. Le dépôt de la ratification a eu lieu à Berne, le 22 septembre 1919. A cette occasion le Gouvernement suédois a formulé cette réserve:

„En ce qui concerne la reproduction des articles de journaux et de recueils périodiques au lieu d'adhérer à l'article 9 de la dite Convention revisée du 13 novembre 1908 le Gouvernement Royal de Suède entend rester lié par l'article 7 de la Convention de Berne du 9 septembre 1886.

La convention déploiera des effets pour la Suède à partir du 1 janvier 1920."

V. Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1919, No. 6.

2) **Adhésions:**

a) La Pologne, par une Note du 28 janvier 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 165.

b) La Grande-Bretagne pour l'Union sud-africaine, par une Note du 28 avril 1920. Cette adhésion comporte la même réserve visant l'article 18 de la Convention que le Gouvernement britannique a formulée par la déclaration du 14 juin 1912 (v. **N. R. G.** 3. s. VI, p. 920).
V. ibid. p. 282; Deutsches Reichsgesetzblatt 1920, p. 1460.

c) L'Autriche en 1920. L'adhésion a produit ses effets le 1er octobre 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 622.

d) La Grèce, par une Note du 9 novembre 1920, en formulant la réserve suivante:

„1. En ce qui concerne le droit exclusif des auteurs de faire ou d'autoriser la traduction de leurs œuvres, le Gouvernement de la Grèce, au lieu d'adhérer à l'article 8 de la Convention susmentionnée, entend rester lié par les dispositions de l'article 5 de la Convention de Berne du 9 septembre 1886;

2. En ce qui concerne la reproduction des articles de journaux et de recueils périodiques, le Gouvernement de la Grèce, au lieu d'adhérer à l'article 9 de la Convention revisée du 13 novembre 1908, entend rester lié par l'article 7 de la Convention de Berne du 9 septembre 1886;

3. En ce qui concerne le droit de représenter publiquement les œuvres dramatiques ou dramatico-musicales et celui d'exécuter publiquement les œuvres musicales, le Gouvernement de la Grèce, au lieu d'adhérer à l'article 11 de la Convention revisée du 13 novembre 1908, entend rester lié par l'article 9 de la Convention de Berne du 9 septembre 1886 "

V. ibid. p. 785; Deutsches Reichsgesetzblatt 1920, p. 2041.

e) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 22 février 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 665.
f) Le Brésil, par une Note du 18 juillet 1921, sous réserve de la résolution définitive du Congrès national à Rio de Janeiro. V. ibid. p. 665.

Comp. ci-dessous, No. XXVI.

XVII.

Allemagne, Argentine, Autriche etc. Convention télégraphique internationale de St.-Pétersbourg; conclue le 10/22 juillet 1875, revisée à Lisbonne, le 11 juin 1908 (V, p. 208).

Adhésions:

a) La Pologne, en 1919. V. Dansk Lovtidenden 1919, p. 1476; 1920, p. 1751.
b) La Tchéco-Slovaquie. Notification en a été faite le 17 février 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 166.
c) Le Vénézuéla. Notification en a été faite le 7 mars 1921. V. ibid. 1921, p. 426.

XVIII.

Allemagne, Suisse. Traité d'établissement; signé à Berne, le 13 novembre 1909 (V, p. 608).

Dénonciation:

La Suisse a dénoncé le Traité, le 10 avril 1919. V. Schweizerisches Bundesblatt 1920, II, p. 62.

XIX.

Allemagne, Suisse. Traité réglant certains droits des ressortissants de chacune des parties contractantes sur le territoire de l'autre partie; signé à Berne, le 31 octobre 1910 (V, p. 613).

Dénonciation:

La Suisse a dénoncé le Traité le 10 avril 1919. V. Schweizerisches Bundesblatt 1920, II, p. 62.

XX.

Allemagne, Autriche-Hongrie, Belgique etc. Convention relative au régime des sucres; signée à Bruxelles, le 5 mars 1902, prolongée le 28 août 1907 (I, p. 874) et le 17 mars 1912 (VI, p. 7).

Dissolution de l'Union:

La France, la Belgique, les Pays-Bas, le Pérou et la Suisse ont dénoncé la Convention ainsi que les actes qui s'y rapportent. La

Convention a cessé d'avoir effet pour la France le 1er septembre 1918, pour les autres Etats dénonçants le 1er septembre 1920. Après cela le Gouvernement belge a exprimé, par des Notes du 30 août 1920, l'opinion que, par suite des dénonciations précitées et en considération du changement des circonstances arrivé pendant les années dernières, l'Union constituée par la Convention de 1902 avait cessé d'exister à partir du 1er septembre 1920. Les Gouvernements d'Allemagne, de Suède et d'Autriche ont déclaré leur assentiment à cet avis.

V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 596; Deutsches Reichsgesetzblatt 1920, p. 1679.

XXI.

Danemark, Bulgarie. Arrangement commercial, réalisé par un Echange de notes du 10 décembre/27 novembre 1909 (VI, p. 541).

Prorogation:

Par voie d'un Echange de notes effectué le 30 novembre 1920, les Parties contractantes ont stipulé que l'Accord ne cessera d'avoir effet que le 9 août 1921. V. Dansk Lovtidenden 1921, p. 85.

XXII.

Allemagne, Autriche-Hongrie, Belgique etc. Arrangement relatif à la répression de la circulation des publications obscènes; signé à Paris, le 4 mai 1910 (VII, p. 266).

Adhésion:

La Pologne. Notification en a été faite le 18 mars 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 207.

XXIII.

Allemagne, Suède. Traité de commerce et de navigation; signé à Berlin, le 2 mai 1911 (VIII, p. 435).

Dénonciation:

Le Traité, dénoncé par la Suède (IX, p. 919), prorogé provisoirement à deux reprises (v. Deutscher Reichsanzeiger 1920, Nr. 1; Reichsgesetzblatt 1920, p. 417) a cessé d'être en vigueur dès le 16 mars 1921. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1921, p. 234.

XXIV.

Allemagne, Autriche, Hongrie etc. Convention d'Union de Paris du 20 mars 1883 pour la protection de la propriété industrielle; revisée à Washington, le 2 juin 1911 (VIII, p. 760).

Adhésions:

a) La Tchéco-Slovaquie, par des Notes du 20 juin et du 8 août 1919. V. Deutsches Reichsgesetzblatt 1919, p. 1797.
b) La Pologne, par des Notes du 24 juin et du 23 septembre 1919. V. ibid. p. 1867.
c) La Roumanie, par une Note du 26 août 1920. V. ibid. 1920, p. 1781.
d) L'Etat serbe-croate-slovène. Notification en a été faite le 26 janvier 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 175.
e) La Bulgarie, par une Note du 30 avril 1921. V. ibid. p. 666.
f) La Finlande, par une Note du 2 août 1921. V. ibid. p. 666.

XXV.

Autriche, Hongrie, Belgique etc. Arrangement de Madrid du 14 avril 1891 pour l'enregistrement international des marques de fabrique et de commerce; revisé à Washington, le 2 juin 1911 (VIII, p. 786).

Adhésions:

a) La Tchéco-Slovaquie, par des Notes du 20 juin et du 8 août 1919. V. Schweizerisches Bundesblatt 1919, V, p. 33.
b) La Roumanie, par une Note du 26 août 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 586
c) L'Etat serbe-croate-slovène. Notification en a été faite le 26 janvier 1921. V. ibid. 1921, p. 175.

XXVI.

Allemagne, Belgique, Danemark etc. Protocole additionnel à la Convention de Berne revisée pour la protection des œuvres littéraires et artistiques du 13 novembre 1908; signé à Berne, le 20 mars 1914 (X, p. 114).

1) Ratification ultérieure:

La Tunisie, L'instrument de ratification a été transmis par une Note du Gouvernement français du 23 avril 1920. V. Schweizerisches Bundesblatt 1920, III, p. 249.

2) Adhésions:

a) La Grande-Bretagne pour l'Union sud-africaine, par une Note du 28 avril 1920. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1920, p. 282.
b) L'Autriche, à partir du 1er octobre 1920. Notification en a été faite le 21 septembre 1920. V. ibid. p. 622.
c) La Tchéco-Slovaquie, par une Note du 22 février 1921. V. ibid. 1921, p. 665.
d) La Brésil, par une Note du 18 juillet 1921. V. ibid. p. 665.

XXVII.

Autriche. Loi sur la juridiction consulaire; du 23 décembre 1917 (X, p. 120).

Addendum:

Une loi hongroise correspondant à la loi autrichienne, a été sanctionnée le 27 décembre et publiée le 30 décembre 1917. (Communication officielle.)

XXVIII.

Allemagne. Memorandum concernant l'interdiction de la navigation dans certaines zônes de la mer; du 31 janvier 1917 (X, p. 630).

Addendum:

Notification du 5 janvier 1918, concernant l'extension de la zone fermée.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung du 8 janvier 1918.

Die nachstehende Ergänzung der Sperrgebietserklärung vom 31. Januar 1917 wird bekanntgegeben:

Um die feindlichen Stützpunkte auf den Kap Verdeschen Inseln und den Stützpunkt Dakar mit dem anschließenden Küstengebiet wird vom 11. Januar 1918 ab ein neues Sperrgebiet mit folgendem Grenzverlauf erklärt:

Von Kap Palmas Leuchtturm

nach	10° 0′ N	29° 30′ W
„	17° 0′ N	29° 30′ W
„	20° 30′ N	25° 30′ W

auf dem Breitenparallel 20° 30′ N in östlicher Richtung bis zum Schnittpunkt dieses Parallels mit der Strandlinie der westafrikanischen Küste.

Mit dem gleichen Datum wird das Sperrgebiet um die Azoren nach Osten bis über die unseren Gegnern als Stützpunkt dienende Insel Madeira ausgedehnt, so daß dieses Gebiet folgende neue Grenze erhält:

Von	44° 0′ N	27° 45′ W
nach	44° 0′ N	34° 0′ W
„	42° 30′ N	37° 0′ W
„	37° 0′ N	37° 0′ W
„	30° 0′ N	26° 0′ W
„	30° 0′ N	17° 0′ W
„	34° 0′ N	12° 0′ W
„	36° 45′ N	12° 0′ W

nach dem Anfangspunkt zurück.

Neutrale Schiffe, die zur Zeit der Veröffentlichung dieser Erklärung in Häfen innerhalb des oben angeführten Sperrgebiets liegen, können dieses Gebiet noch verlassen, ohne daß das für das Sperrgebiet angeordnete militärische Verfahren Anwendung findet, wenn sie bis 18. Januar 1918 auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen. Für neutrale Schiffe, die in das neu erklärte Sperrgebiet geraten, ohne daß sie von seiner Erklärung Kenntnis haben oder haben erhalten können, sind ausreichende Schutzfristen festgesetzt.

Es wird dringend geraten, die neutrale Schiffahrt zu warnen und umzuleiten.

Berlin, den 5. Januar 1918.

XXIX.

Suisse. Décret concernant le maintien de la neutralité; du 4 août 1914 (X, p. 644).

Abrogation:

Le Décret du 4 août 1914 a été aboli le 22 juillet 1921. V. Eidgenössische Gesetzsammlung 1921, p. 568.

Corrections.

Page 427,	No. 139,	au lieu de	*but*	lire	*début.*
„ 431,	„ 140,	„ „ „	*but*	„	*début.*
„ 433,	„ 141,	„ „ „	*but*	„	*début.*
„ 434,	„ 142,	„ „ „	*but*	„	*début.*

Table chronologique.

1884.

1887.

1888.

1889.

1891.

1892.

1896.

1897.

1900.

1902.

1904.

1907.

1909.

1911.

1912.

1913.

1914.

1916.

1918.

Table alphabétique.

Allemagne.

Anhalt.

Argentine.

Autriche.

Autriche-Hongrie.

Belgique.

Bolivie.

Brésil.

Bulgarie.

Chili.

Chine.

Colombie.

Costa-Rica.

Danemark.

Egypte.

Espagne.

Etats-Unis d'Amérique.

Finlande.

France.

Grande-Bretagne.

Italie.

Libéria.

Luxembourg.

Maroc.

Monaco.

Mongolie.

Russie.

Saxe.

Saxe-Altenbourg.

Saxe-Cobourg-Gotha.

Saxe-Meiningen.

Schaumbourg-Lippe.

Serbie.

Siam.

Suède.

Suède et Norvège.

Suisse.

Tunisie.

Turquie.

Table analytique

